Stéphane Courtois
Nicolas Werth
Jean-Louis Panné
Andrzej Paczkowski
Karel Bartosek
Jean-Louis Margolin
Joachim Gauck
Ehrhart Neubert

Das Schwarzbuch des Kommunismus

Unterdrückung, Verbrechen und Terror

PIPER

Einmalige Sonderausgabe des Weltbestsellers

Stéphane Courtois, Nicolas Werth
Jean-Louis Panné, Andrzej Paczkowski
Karel Bartosek, Jean-Louis Margolin,
Joachim Gauck, Ehrhart Neubert

Mitarbeit: Rémi Kauffer, Pierre Rigoulot, Pascal Fontaine,
Yves Santamaria, Sylvain Boulouque

DAS SCHWARZBUCH DES KOMMUNISMUS

Unterdrückung, Verbrechen und Terror

Aus dem Französischen von
Irmela Arnsperger,
Bertold Galli, Enrico Heinemann,
Ursel Schäfer, Karin Schulte-Bersch,
Thomas Wollermann

Piper
München Zürich

Die französische Originalausgabe
erschien unter dem Titel
»Le livre noir du communisme«
1997 bei Editions Robert Laffont, Paris,
unter der Verantwortung
von Charles Ronsac.

Mit 77 Abbildungen und 6 Karten

Dr. Irmela Arnsperger übersetzte die Seiten 299-387;
Karin Schulte-Bersch S. 11-43; 711-825;
Bertold Galli S. 51-295; Thomas Wollermann S. 397-504;
Enrico Heinemann und Dr. Ursel Schäfer S. 511-708, 895-907

ISBN 3-492-04664-9
Sonderausgabe 2004
2. Auflage 2004
© Editions Robert Laffont, Paris 1997
Deutsche Rechte:
© Piper Verlag GmbH, München 1998
© für die Beiträge von J. Gauck und E. Neubert:
Piper Verlag GmbH, München 1998
© für die deutschen Rechte am Nachwort von S. Courtois:
Piper Verlag GmbH, München 2000
Gesetzt aus der Times-Antiqua
Karten: Edigraphie, Paris
Satz: Dr. Ulrich Mihr GmbH, Tübingen
Druck und Bindung: Clausen & Bosse, Leck
Printed in Germany

scan & corr by rz 08/2008
Leerseiten beseitigt

Inhalt

DIE VERBRECHEN DES KOMMUNISMUS 11
Von Stéphane Courtois

Teil Eins

EIN STAAT GEGEN SEIN VOLK
Gewalt, Unterdrückung
und Terror in der Sowjetunion
Von Nicolas Werth

1 Oktober 1917: Gegensätzliche Standpunkte und Missverständnisse 51
2 Der »bewaffnete Arm der Diktatur des Proletariats« 67
3 Der rote Terror 85
4 Der »schmutzige Krieg« 95
5 Von Tambow bis zur großen Hungersnot 124
6 Von der Kampfpause zur »Großen Wende« 149
7 Zwangskollektivierung und Entkulakisierung 155
8 Die Große Hungersnot 178
9 »In sozialer Hinsicht fremde Elemente« und Repressionszyklen 189
10 Der Große Terror (1936-1938) 206
11 Die Welt der Lager 226
12 Die Kehrseite eines Sieges 240
13 Höhepunkt und Krise des Gulag-Systems 257
14 Die letzte Verschwörung 268
15 Das Ende des Stalinismus 276
16 Eine abschließende Zusammenfassung 288

Teil Zwei

WELTREVOLUTION, BÜRGERKRIEG UND TERROR

1 Die Komintern in Aktion 299
Von Stephane Courtois und Jean-Louis Panne
Die Revolution in Europa 299
Komintern und Bürgerkrieg 303
Diktatur, Kriminalisierung der Gegner und Unterdrückung in der Komintern 315

Der große Terror erfaßt die Komintern 326
Der Terror innerhalb der kommunistischen Parteien 330
Die Jagd auf die »Trotzkisten« 336
Ausländische Antifaschisten und Revolutionäre als Opfer des sowjetischen Terrors 343
Bürgerkrieg und nationaler Befreiungskrieg 355

2 Der lange Schatten des NKWD fällt auf Spanien 366
Von Stephane Courtois und Jean-Louis Panne
Die Generallinie der Kommunisten 367
»Berater« und Agenten 369
»Erst die Verleumdungen..., dann die Kugeln im Genick 372
Der Mai 1937 und die Liquidierung der POUM 373
Der NKWD am Werk 378
Ein »Moskauer Prozeß« in Barcelona 380
In den Internationalen Brigaden 381
Das Exil und der Tod im »Vaterland aller Proletarier« 384

3 Kommunismus und Terrorismus 387
Von Remi Kauffer

Teil Drei

DAS ÜBRIGE EUROPA ALS OPFER, DES KOMMUNISMUS

1 Polen, der »Erbfeind« 397
Von Andrzej Paczkowski
Sowjetische Repressionsmaßnahmen gegen Polen 397
Die POW-Affäre und die »polnische Operation« des NKWD (1933-1938) 398
Katyn, die Gefängnisse und die Deportationen (1939 -1941) 402
Der NKWD im Kampf gegen die Armija krajowa (Heimatarmee) 408
Polen 1944-1989: Das System der Unterdrückung 411
Die Eroberung des Staates oder der Massenterror (1944 -1947) 411
Die Eroberung der Gesellschaft oder der generalisierte Terror (1948-1956) 416
Der real existierende Sozialismus oder das System der selektiven Repression (1956-1981) 421
Das Kriegsrecht als Versuch einer totalen Unterdrückung 426
Vom Waffenstillstand bis zur Kapitulation oder die Auflösung der Macht (1986-1989) 429

2 Mittel- und Südosteuropa 430
Von Karel Bartosek
»Importierter« Terror? 430
Die politischen Prozesse gegen die nichtkommunistischen Bündnispartner 435
Die Zerstörung der Bürgergesellschaft 445
Die »kleinen Leute« und das Lagersystem 453

Die Prozesse gegen kommunistische Parteiführer 464
Der Übergang vom »Post-Terror« zum Postkommunismus 480
Die schwierige Bewältigung der Vergangenheit 497

Teil Vier

KOMMUNISTISCHE REGIME IN ASIEN

ZWISCHEN »UMERZIEHUNG« UND MASSENMORD

1 China: Ein langer Marsch in die Nacht 511
Von Jean-Louis Margolin
Eine Tradition der Gewalt? 513
Revolution und Terror (1927-1946) 519
Landreform und Säuberungen in den Städten (1946-1957) 526
Die größte Hungersnot aller Zeiten (1959-1961) 539
Ein versteckter »Gulag«: Das Laogai-System 553
Die Kulturrevolution: Anarchischer Totalitarismus (1966-1976) 570
Die Ära Deng: Der allmähliche Zerfall des Terrors 599
Tibet: Genozid auf dem Dach der Welt? 603

2 Nordkorea, Vietnam, Laos: Die Saat des Drachens 609
Verbrechen, Terror und Geheimnis in Nordkorea 609
Von Pierre Rigoulot
Vor der Gründung des kommunistischen Staates 610
Opfer des bewaffneten Kampfes 611
Kommunistische Opfer der nordkoreanischen Staatspartei 613
Die Hinrichtungen 615
Gefängnisse und Lager 616
Die Überwachung der Bevölkerung 621
Versuch eines intellektuellen Genozids? 623
Eine starre Hierarchie 624
Flucht 625
Aktivitäten des Regimes außerhalb der Landgrenzen 626
Hunger und Mangel 627
Fazit 629
Vietnam: Die Sackgasse eines Kriegskommunismus 630
Von Jean-Louis Margolin
Laos: Völker auf der Flucht 640
Von Jean-Louis Margolin

3 Kambodscha: Im Land der unfaßbaren Verbrechen 643
Von Jean-Louis Margolin
Die Spirale des Grauens 645
Variationen um ein Martyrologium 653
Der alltägliche Tod unter Pol Pot 663
Die Ursachen des Wahnsinns 682
Ein Völkermord? 700
Schlußfolgerung 703

Teil Fünf

DIE DRITTE WELT

1 Lateinamerika: Heimsuchungen des Kommunismus 711
Von Pascal Fontaine
Kuba: Der fast nicht endende tropische Totalitarismus 711
Nicaragua: Das Scheitern eines totalitären Projekts 731
Peru: Der blutige »Lange Marsch« des Sendero Luminoso 742

2 Formendes Afrokommunismus: Äthiopien; Angola, Moçambique 748
Von Yves Santamaria
Der Kommunismus im Spiegel Afrikas
Das rote Imperium: Äthiopien 753
Gewaltherrschaft im portugiesischsprachigen Afrika:
Angola und Moçambique 742
Die Volksrepublik Angola 762
Moçambique 767

3 Der Kommunismus in Afghanistan 772
Von Sylvain Boulouque
Afghanistan und die Sowjetunion von 1917 bis 1973 773
Die afghanischen Kommunisten 775
Der Staatsstreich Mohammed Dauds 776
Der Staatsstreich vom April 1978: Die »Saur-Revolution« 777
Die sowjetische Intervention 781
Das Ausmaß der Unterdrückung 784

WARUM? 793
Von Stephane Courtois

DIE AUFARBEITUNG DES SOZIALISMUS IN DER DDR

1 Politische Verbrechen in der DDR 829
Von Ehrhart Neubert
Flucht aus der Geschichte 829
Sowjetischer und »deutscher« Kommunismus 838
»Liquidierung« von Gesellschaft und Tradition 844
Repression und Gewalt - Phänomene der permanenten Revolution 861
1990 - Öffnung der Geschichte 881

2 Vom schwierigen Umgang mit der Wahrnehmung 885
Von Joachim Gauck

NACHWORT 2000 895
Von Stephane Courtois

ANHANG

Anmerkungen 911

Auswahlbliographie 975

Zu den Autoren 981

Personenregister 985

Die Verbrechen des Kommunismus

von Stephane Courtois

»Das Leben hat gegen den Tod verloren, aber die Erinnerung gewinnt in ihrem Kampf gegen das Nichts.«

Tzvetan Todorov

»Die Geschichte ist die Wissenschaft vom Unglück des Menschen.«[1] Diesen Satz Raymond Queneaus scheint unser von Gewalttätigkeit bestimmtes Jahrhundert eindrucksvoll zu bestätigen. Gewiß, auch in früheren Jahrhunderten gab es kaum ein Volk, kaum einen Staat, in dem es nicht zu Gewaltausbrüchen gegen bestimmte Gruppen gekommen wäre. Alle großen europäischen Mächte waren in den Sklavenhandel verwickelt. Frankreich hat einen Kolonialismus praktiziert, der zwar auch Positives leistete, aber bis zu seinem Ende von vielen widerwärtigen Episoden gekennzeichnet war. Die Vereinigten Staaten durchdringt nach wie vor eine Kultur der Gewaltausübung, die in zwei großen Verbrechen wurzelt: der Versklavung der Schwarzen und der Ausrottung der Indianer.

Aber man kann es nicht anders sagen: Was Gewalttätigkeit angeht, scheint dieses Jahrhundert seine Vorgänger übertroffen zu haben. Blickt man darauf zurück, drängt sich ein niederschmetterndes Resümee auf: Dies war das Jahrhundert der großen Menschheitskatastrophen - zwei Weltkriege und der Nationalsozialismus, einmal abgesehen von begrenzteren Tragödien in Armenien, Biafra, Ruanda und anderswo. Das Osmanische Reich hat sich zum Genozid an den Armeniern hinreißen lassen und Deutschland zu dem an Juden, Roma und Sinti. Das Italien Mussolinis massakrierte die Äthiopier. Den Tschechen fällt es schwer zuzugeben, daß ihr Verhalten gegenüber den Sudetendeutschen in den Jahren 1945/46 nicht über jeden Verdacht erhaben war. Und selbst die kleine Schweiz wird heute von ihrer Vergangenheit als Raubgoldverwalter eingeholt, auch wenn sich die Abscheulichkeit dieses Verhaltens nicht mit der des Völkermords vergleichen läßt.

In diese Epoche der Tragödien gehört der Kommunismus, ja, er ist eines ihrer stärksten und bedeutendsten Momente. Als wesentliches Phänomen dieses kurzen 20. Jahrhunderts, das 1914 beginnt und 1991 in Moskau endet, steht er im Zentrum des Geschehens. Der Kommunismus bestand vor dem Faschismus und vor dem Nationalsozialismus, er hat sie überlebt und sich auf den vier großen Kontinenten manifestiert.

Was genau verstehen wir eigentlich unter »Kommunismus«? Schon an dieser Stelle muß man zwischen Theorie und Praxis unterscheiden. Als politische Philosophie existiert der Kommunismus seit Jahrhunderten, um nicht zu sagen Jahrtausenden. War es nicht Platon, der in seinem »Staat« die Idee eines idealen Gemeinwesens begründete, in dem die Menschen

nicht von Geld und Macht korrumpiert werden, in dem Weisheit, Vernunft und Gerechtigkeit herrschen? Und ein so bedeutender Denker und Staatsmann wie Thomas Morus, um 1530 Lordkanzler in England, der die berühmte Schrift »Utopia« verfaßte und auf Befehl Heinrichs VIII. enthauptet wurde - war er nicht ein weiterer Wegbereiter dieser Vorstellung vom idealen Gemeinwesen? Die Utopie scheint absolut legitim als Maßstab der Gesellschaftskritik. Sie gehört zur Diskussion der Ideen, dem Sauerstoff unserer Demokratien. Doch der Kommunismus, von dem hier zu reden ist, befindet sich nicht in der überirdischen Sphäre der Ideen. Es ist ein sehr realer Kommunismus, der in einer bestimmten Zeit in bestimmten Ländern bestand und von gefeierten Führern verkörpert wurde - Lenin, Stalin, Mao, Ho Chi Minh, Castro usw., sowie, der französischen Geschichte näher, Maurice Thorez, Jacques Duclos, Georges Marchais.

Wie groß auch immer der Einfluß der kommunistischen Lehre vor 1917 auf die Praxis des realen Kommunismus gewesen sein mag - wir kommen darauf zurück - es war dieser real existierende Kommunismus, der eine systematische Unterdrückung einführte bis hin zum Terror als Regierungsform. Ist die Ideologie deshalb unschuldig? Nostalgiker oder Spitzfindige werden immer behaupten können, daß der reale nichts mit dem idealen Kommunismus zu tun hatte. Und natürlich wäre es absurd, Theorien, die vor Christi Geburt, in der Renaissance oder selbst noch im 19. Jahrhundert aufgestellt wurden, für Ereignisse verantwortlich zu machen, die im 20. Jahrhundert geschehen sind. Dennoch erkennt man, wie Ignazio Silone schreibt, in Wirklichkeit die Revolutionen wie die Bäume an ihren Früchten. Und nicht von ungefähr beschlossen die als »Bolschewiken« bekannten russischen Sozialdemokraten im November 1917, sich »Kommunisten« zu nennen. Auch war es kein Zufall, daß sie an der Kremlmauer ein Denkmal für die errichteten, die sie für ihre Vorläufer hielten: Morus und Campanella.

Über einzelne Verbrechen, punktuelle, situationsbedingte Massaker hinaus machten die kommunistischen Diktaturen zur Festigung ihrer Herrschaft das Massenverbrechen regelrecht zum Regierungssystem. Zwar ließ der Terror nach einer bestimmten Zeit - von einigen Jahren in Osteuropa bis zu mehreren Jahrzehnten in der Sowjetunion oder in China - allmählich nach, und die Regierungen stabilisierten sich in der Verwaltung der alltäglichen Unterdrückung mittels Zensur aller Kommunikationsmedien, Grenzkontrollen und Ausweisung von Dissidenten. Doch garantierte die Erinnerung an den Terror weiterhin die Glaubwürdigkeit und damit die Effektivität der Repressionsdrohung. Keine Spielart des Kommunismus, die einmal im Westen populär war, ist dieser Gesetzmäßigkeit entgangen - weder das China des »Großen Vorsitzenden« noch das Korea Kim II-sungs, nicht einmal das Vietnam des freundlichen »Onkels Ho« oder das Kuba des charismatischen Fidel, dem der unbeirrbare Che Guevara zur Seite stand, nicht zu vergessen das Äthiopien Mengistus, das Angola Netos und das Afghanistan Najibullahs.

Aber eine legitime und normale Bewertung der Verbrechen des Kommunismus fand nicht statt, weder aus historischer noch aus moralischer Sicht. Wahrscheinlich ist das vorliegende Buch einer der ersten Versuche, sich mit dem Kommunismus unter dem Gesichtspunkt der verbrecherischen Dimension als einer zugleich zentralen und globalen Fragestellung zu beschäftigen. Man wird diesem Ansatz entgegenhalten, daß die meisten Verbrechen einer »Legalität« entsprachen, die wiederum von Institutionen ausgeübt wurde, die zu etablierten, international anerkannten Regierungen gehörten, deren Chefs von unseren eigenen politischen Führern mit großem Pomp empfangen wurden. Doch verhielt es sich mit dem Nationalsozialismus nicht genauso? Die hier dargestellten Verbrechen werden nicht nach der Gesetzgebung kommunistischer Diktaturen definiert, sondern nach den nicht schriftlich niedergelegten, natürlichen Rechten des Menschen.

Die Geschichte der kommunistischen Regime und Parteien, ihrer Politik, ihrer Beziehungen zur Gesellschaft in den jeweiligen Ländern und zur Völkergemeinschaft erschöpft sich nicht in dieser Dimension des Verbrechens, auch nicht in einer Dimension des Terrors und der Unterdrückung. In der Sowjetunion und den »Volksdemokratien« schwächte sich der Terror nach Stalins, in China nach Maos Tod ab, die Gesellschaft gewann wieder Farbe, die »friedliche Koexistenz« wurde - selbst als »Fortsetzung des Klassenkampfs in anderer Form« ~ zu einer Konstante der internationalen Beziehungen. Dennoch belegen die Archive und unzählige Zeugenaussagen, daß der Terror von Anfang an ein Grundzug des modernen Kommunismus war. Verabschieden wir uns von der Vorstellung, diese oder jene Geiselerschießung, dieses Massaker an aufständischen Arbeitern oder jene Hungersnot, der man zahllose Bauern zum Opfer fallen ließ, sei lediglich dem zufälligen Zusammentreffen unglückseliger Umstände zuzurechnen, die sich nur in eben diesem Land oder zu jener Zeit ergeben konnten. Unser Ansatz geht über spezifische Themenkomplexe hinaus und untersucht die verbrecherische Dimension als eine, die für das gesamte kommunistische System charakteristisch war, solange es existierte.

Von welchen Verbrechen sprechen wir also? Der Kommunismus hat unzählige begangen: vor allem Verbrechen wider den Geist, aber auch Verbrechen gegen die universale Kultur und die nationalen Kulturen. Stalin ließ in Moskau an die zehn Kirchen niederreißen. Ceauçescu zerstörte den historischen Stadtkern Bukarests, um Gebäude megalomanischen Ausmaßes zu errichten. Auf Geheiß Pol Pots wurden die Kathedrale von Phnom Penh Stein für Stein abgetragen und die Tempel von Angkor dem Dschungel überlassen. Während der maoistischen Kulturrevolution zerschlugen oder verbrannten die Roten Garden Kunstwerke von unschätzbarem Wert. Doch wie schwer diese Zerstörungen auf lange Sicht für die einzelnen Nationen und die ganze Menschheit auch wiegen, was sind sie gegen den Massenmord an Männern, Frauen, Kindern?

Deshalb geht es hier nur um die Verbrechen gegen Personen, den Kern

des terroristischen Phänomens. Sie haben eine gemeinsame Nomenklatur, auch wenn, je nach Regime, die eine oder andere Praxis stärker ausgeprägt ist: Hinrichtung mit verschiedenen Mitteln (Erschießen, Erhängen, Ertränken, Prügeln; in bestimmten Fällen Kampfgas, Gift, Verkehrsunfall), Vernichtung durch Hunger (Hungersnöte, die absichtlich hervorgerufen und/oder nicht gelindert wurden), Deportation (wobei der Tod auf Fußmärschen oder im Viehwaggon eintreten konnte oder auch am Wohnort und/oder bei Zwangsarbeit durch Erschöpfung, Krankheit, Hunger, Kälte). Die Zeiten sogenannten Bürgerkriegs sind komplizierter zu beurteilen: Hier ist nicht leicht zu unterscheiden, was zum Kampf zwischen Staatsmacht und Rebellen gehört und was ein Massaker an der Zivilbevölkerung ist.

Dennoch können wir eine erste Bilanz ziehen, deren Zahlen zwar nur eine Annäherung und noch zu präzisieren sind, die aber, gestützt auf persönliche Schätzungen, die Größenordnung aufzeigen und klarmachen, wie wichtig dieses Thema ist:

- Sowjetunion: 20 Millionen Tote
- China: 65 Millionen Tote
- Vietnam: 1 Million Tote
- Nordkorea: 2 Millionen Tote
- Kambodscha: 2 Millionen Tote
- Osteuropa: 1 Million Tote
- Lateinamerika: 150000 Tote
- Afrika: 1,7 Millionen Tote
- Afghanistan: 1,5 Millionen Tote
- kommunistische Internationale und nicht an der Macht befindliche «i kommunistische Parteien: etwa 10000 Tote.

Alles in allem kommt die Bilanz der Zahl von hundert Millionen Toten nahe.

Hinter diesem groben Raster verbergen sich große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. Relativ gesehen, gebührt der erste Platz zweifellos Kambodscha, wo es Pol Pot gelang, in dreieinhalb Jahren rund ein Viertel der Bevölkerung auf grausamste Weise umzubringen, mit allgemeinem Hunger und Folter. Beim Maoismus hingegen macht die immense Masse von Toten schaudern. Was das leninistische und stalinistische Rußland betrifft, so gefriert einem das Blut in den Adern, betrachtet man den einerseits experimentellen, andererseits jedoch absolut durchdachten, logischen und politischen Charakter der Maßnahmen.

Dieser rein zahlenmäßige Ansatz beantwortet unsere Frage nicht erschöpfend. Um ihn zu vertiefen, muß man den »qualitativen« Aspekt betrachten, ausgehend von einer Definition des Verbrechens, die sich auf »objektive« juristische Kriterien stützt. Die Frage des von einem Staat begangenen Verbrechens wurde unter juristischen Gesichtspunkten erstmals 1945 vom Internationalen Militärgerichtshof der Alliierten in Nürnberg behandelt, der

Über die Nazi-Verbrechen zu Gericht saß. Diese Verbrechen wurden im Artikel 6 des Statuts dieses Tribunals definiert, der drei Hauptverbrechen aufführt: Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Untersucht man sämtliche unter dem leninistisch-stalinistischen Regime und in der kommunistischen Welt allgemein begangenen Verbrechen, findet man jede der drei Kategorien wieder.

Verbrechen gegen den Frieden sind im Artikel 6 a) definiert und betreffen »Planen, Vorbereitung, Einleitung oder Durchführung eines Angriffskrieges oder eines Krieges unter Verletzung internationaler Verträge, Abkommen oder Zusicherungen oder Beteiligung an einem gemeinsamen Plan oder an einer Verschwörung zur Ausführung einer der vorgenannten Handlungen«. Stalin hat unbestreitbar Verbrechen dieser Art begangen, und seien es nur - in den beiden Verträgen vom 23. August und 28. September 1939 mit Hitler nach Geheimverhandlungen vereinbart - die Teilung Polens und die Annexion der baltischen Staaten, der nördlichen Bukowina sowie Bessarabiens durch die Sowjetunion. Der Vertrag vom 23. August, der Deutschland der Gefahr eines Zweifrontenkriegs enthob, löste den Zweiten Weltkrieg unmittelbar aus. Ein weiteres Verbrechen gegen den Frieden beging Stalin mit seinem Angriff auf Finnland am 30. November 1939. Der Überraschungsangriff Nordkoreas auf Südkorea am 25. Juni 1950 und die massive Intervention der Armee des kommunistischen China gehören in dieselbe Kategorie. Die Methoden der Subversion, in der sich die von Moskau finanzierten kommunistischen Parteien einst abwechselten, könnte man ebenso als Verbrechen gegen den Frieden ansehen, denn ihre Aktionen mündeten in Kriege. So führte ein kommunistischer Staatsstreich in Afghanistan am 27. Dezember 1979 zu einer massiven Militärintervention der Sowjetunion und löste einen Krieg aus, der immer noch nicht beendet ist.

Kriegsverbrechen werden im Artikel 6 b) definiert als »Verletzungen der Kriegsgesetze oder -gebrauche. Solche Verletzungen umfassen, ohne jedoch darauf beschränkt zu sein, Mord, Mißhandlungen oder Deportation zur Sklavenarbeit oder für irgendeinen anderen Zweck, von Angehörigen der Zivilbevölkerung von oder in besetzten Gebieten, Mord oder Mißhandlungen von Kriegsgefangenen oder Personen auf hoher See, Töten von Geiseln, Plünderung öffentlichen oder privaten Eigentums, die mutwillige Zerstörung von Städten, Märkten oder Dörfern oder jede durch militärische Notwendigkeit nicht gerechtfertigte Verwüstung.« Die Gesetze und Gebräuche des Kriegs sind in Konventionen niedergelegt, von denen die bekannteste, das Haager Abkommen von 1907, bestimmt, daß in Kriegszeiten »die Bevölkerung und die Kriegführenden unter dem Schutze und der Herrschaft der Grundsätze des Völkerrechts bleiben, wie sie sich ergeben aus den unter gesitteten Völkern feststehenden Gebräuchen, aus den Gesetzen der Menschlichkeit und aus den Forderungen des menschlichen Gewissens«.

Stalin hat zahlreiche Kriegsverbrechen befohlen oder autorisiert. Die Liquidierung fast aller 1939 gefangengenommenen polnischen Offiziere -

von denen die 4500 Toten von Katyn nur ein Teil waren - ist das spektakulärste. Doch andere Verbrechen viel größeren Ausmaßes geschahen unbemerkt, wie die Ermordung oder der Tod im Gulag von Hunderttausenden zwischen 1943 und 1945 gefangengenommener deutscher Soldaten. Hinzu kommen die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen durch Soldaten der Roten Armee im besetzten Deutschland und die systematische Plünderung von Industrieanlagen in den von der Roten Armee besetzten Ländern. Ebenfalls unter den Artikel 6b) des Statuts des Internationalen Militärgerichtshofs fallen die die kommunistischen Machthaber offen bekämpfenden organisierten Widerstandskämpfer, soweit sie gefangengenommen, erschossen oder deportiert wurden: so die Angehörigen der polnischen Widerstandsorganisationen gegen die Nazis (z. B. der »Heimatarmee« AK), Mitglieder der baltischen und ukrainischen bewaffneten Partisanenorganisationen, die afghanischen Widerstandskämpfer usw.

Der Ausdruck »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« tauchte zum erstenmal am 18. Mai 1915 in einer Erklärung auf, in der Frankreich, England und Rußland das türkische Massaker an den Armeniern anprangern als »neuartiges Verbrechen der Türkei gegen die Menschlichkeit und die Zivilisation«. Die Ausschreitungen der Nazis veranlaßten den Nürnberger Gerichtshof, den Begriff im Artikel 6 c) seines Statuts neu zu fassen: »Mord, Ausrottung, Versklavung, Deportation oder andere unmenschliche Handlungen, begangen an irgendeiner Zivilbevölkerung vor oder während des Krieges, Verfolgung aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen, begangen in Ausführung eines Verbrechens oder in Verbindung mit einem Verbrechen, für das der Gerichtshof zuständig ist, und zwar unabhängig davon, ob die Handlung gegen das Recht des Landes verstieß, in dem sie begangen wurde, oder nicht«.

Der französische Hauptankläger, François de Menthon, hob in seinem Plädoyer die ideologische Dimension dieser Verbrechen hervor:

> »Heute möchte ich Ihnen zeigen, daß dieses gesamte organisierte und massive Verbrechertum einem, wie ich es nennen will, Verbrechen wider den Geist entsprungen ist, ich möchte sagen, einer Lehre, die alle geistigen, vernunftmäßigen und moralischen Werte verneint, auf denen die Völker seit Jahrtausenden den Fortschritt der Zivilisation aufzubauen versuchten. Dieses Verbrechertum machte es sich zur Aufgabe, die Menschheit in die Barbarei zurückzuwerfen, nicht in das natürliche und ursprüngliche Barbarentum der primitiven Völker, sondern in das dämonische Barbarentum, das sich seiner selbst wohl bewußt ist und für seine Zwecke alle materiellen Mittel verwendet, die die zeitgenössische Wissenschaft in den Dienst des Menschen stellt. Diese Sünde wider den Geist ist der ursprüngliche Fehler des Nationalsozialismus, aus dem alle Verbrechen entspringen. Diese ungeheuerliche Lehre ist die der Rassentheorie… Ob es sich um Verbrechen gegen den Frieden oder um Kriegsver-

brechen handelt, wir finden uns nicht einem zufälligen, gelegentlichen Verbrechertum gegenüber, das die Ereignisse, wenn auch nicht rechtfertigen, so doch erklären könnte, wir finden uns vielmehr vor ein systematisches Verbrechertum gestellt, das die direkte und zwangsläufige Folge einer ungeheuerlichen Lehre ist, die von den Führern Nazi-Deutschlands wohlüberlegt gebraucht wurde.«

Und über die Deportationen aus den besetzten Ländern, die dem doppelten Zweck dienten, der deutschen Kriegsmaschine zusätzliche Arbeitskräfte zuzuführen und den größten Widerstand zu eliminieren, sagte François de Menthon, sie seien »nur eine natürliche Folge der nationalsozialistischen Lehre, nach welcher der Mensch wertlos ist, wenn er nicht der deutschen Rasse dient«. Alle Erklärungen in Nürnberg unterstrichen eines der wichtigsten Kennzeichen des Verbrechens gegen die Menschlichkeit: Es besteht darin, daß die Macht des Staats in den Dienst einer verbrecherischen Politik und Praxis gestellt wird. Die Zuständigkeit des Gerichtshofs beschränkte sich jedoch auf Verbrechen, die während des Zweiten Weltkriegs begangen worden waren. Daher war es unerläßlich, den juristischen Begriff des Verbrechens gegen die Menschlichkeit auf Situationen auszudehnen, die nicht zu diesem Krieg gehören. Das neue, am 23. Juli 1992 verabschiedete französische Strafgesetzbuch definiert das Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie folgt: »die Deportation, die Versklavung oder die massive und systematische Anwendung von Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren sowie von Entführungen von Personen, die danach verschwinden, gefoltert oder unmenschlich behandelt werden, aus *politischen, weltanschaulichen,* rassischen oder religiösen Gründen nach einem abgestimmten, gegen eine Gruppe der Zivilbevölkerung gerichteten Plan« (Hervorhebung vom Verf.).

All diese Definitionen, besonders die jüngste französische, treffen auf zahlreiche unter Lenin und vor allem unter Stalin begangene Verbrechen zu, und des weiteren auf Verbrechen, die in sämtlichen kommunistisch regierten Ländern verübt wurden, mit Ausnahme (die aber noch zu überprüfen wäre) Kubas und des sandinistischen Nicaraguas. Der Hauptvorwurf ist wohl unbestreitbar: Die kommunistischen Regime handelten im Namen eines Staats, der eine Politik der ideologischen Hegemonie verfolgte. Und es geschah gerade im Namen einer Doktrin, einer logischen und notwendigen Begründung des Systems, daß Millionen Unschuldige umgebracht wurden, denen nichts vorzuwerfen war- es sei denn, es wäre kriminell, Adliger, Bürger, Kulake, Ukrainer oder gar Arbeiter oder KP-Mitglied zu sein. Die aktive Intoleranz war Teil des Programms. War es nicht Tomski, der mächtige Vorsitzende der sowjetischen Gewerkschaften, der am 13. November 1927 in der Zeitung »Trud« erklärte: »Auch bei uns können andere Parteien existieren. Aber das Grundprinzip, das uns vom Westen unterscheidet, ist folgendes. Man kann sich die Situation so vorstellen: Eine Partei regiert, alle anderen sind im Gefängnis.«[2]

Der Begriff des Verbrechens gegen die Menschlichkeit ist komplex und umfaßt Verbrechen, die ausdrücklich genannt werden. Eines der spezifischsten ist der Völkermord. Nach dem von den Nationalsozialisten verübten Genozid an den Juden und zur Präzisierung des Artikels 6 c) des Statuts des Internationalen Militärgerichtshofs von Nürnberg wurde der Begriff des Völkermords in einer Konvention der Vereinten Nationen vom 9. Dezember 1948 festgelegt: »Völkermord bedeutet eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz öder teilweise zu zerstören:

a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;
c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;
d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;
e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe.«

Das neue französische Strafgesetzbuch faßt die Genozid-Definition noch weiter: »...in Ausführung eines *abgestimmten Plans,* der auf die völlige oder *teilweise* Vernichtung einer nationalen, ethnischen, rassischen oder religiösen Gruppe oder *einer nach irgendeinem anderen willkürlichen Kriterium festgelegten Gruppe* zielt« (Hervorhebungen vom Verf.). Diese juristische Definition widerspricht nicht dem eher philosophischen Ansatz Andre Frossards, für den ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorliegt, »wenn man jemanden unter dem Vorwand tötet, daß er geboren ist«. Und in seiner großartigen Erzählung »Alles fließt…« sagt Wassilij Grossman von dem aus den Lagern zurückgekehrten Iwan Grigorjewitsch: »Er blieb nur immer der, der er von Geburt an war - ein Mensch.«[4] Genau deshalb war er Opfer des Terrors geworden. Aufgrund der französischen Definition kann man sagen, daß der Genozid nicht immer von derselben Art ist - rassisch, wie im Fall der Juden - sondern daß er auch gesellschaftliche Gruppen betreffen kann. In einem 1924 in Berlin veröffentlichten Buch zitierte der russische Historiker und Sozialist Sergej Melgunow einen der ersten Chefs der Tscheka (der sowjetischen politischen Polizei), Lazis, der seinen Untergebenen am 1. November 1918 folgende Anweisung gab: »Wir führen nicht Krieg gegen bestimmte Personen. Wir löschen die Bourgeoisie als Klasse aus. Suchen Sie bei den Ermittlungen nicht nach Dokumenten oder Beweisen für das, was der Angeklagte in Worten oder Taten gegen die Sowjetmacht getan hat. Die erste Frage, die Sie ihm stellen müssen, lautet, welcher Klasse er angehört, was seine Herkunft, sein Bildungsstand, seine Schulbildung, sein Beruf ist.«[5]

Von vornherein verstanden sich Lenin und seine Genossen als Führer

eines gnadenlosen Klassenkampfs, in dem der politische oder ideologische Gegner, ja sogar widerspenstige Bevölkerungsteile als auszumerzende Feinde betrachtet und auch so behandelt wurden. Die Bolschewiken beschlossen, jegliche - auch passive - Opposition gegen ihre Vormachtstellung rechtlich, aber auch physisch zu eliminieren. Das richtete sich nicht nur gegen Gruppen politischer Oppositioneller, sondern auch gegen ganze gesellschaftliche Gruppierungen (Adel, Bürgertum, Intelligenz, Kirche usw.) sowie gegen Berufsstände (Offiziere, Polizisten usw.) und nahm zum Teil Züge eines Genozids an. Von 1920 an entspricht die Entkosakisierung im wesentlichen der Definition des Genozids: Die Gesamtheit einer auf streng umrissenem Raum angesiedelten Bevölkerung, die Kosaken, wurde als solche ausgelöscht. Die Männer wurden erschossen, Frauen, Kinder und Alte deportiert, die Dörfer dem Erdboden gleichgemacht oder neuen, nichtkosakischen Bewohnern übergeben. Lenin verglich die Kosaken mit den Bewohnern der Vendée während der Französischen Revolution und wollte ihnen die Behandlung zukommen lassen, die Gracchus Babeuf, der »Erfinder« des modernen Kommunismus, 1795 als »populicide«[6] bezeichnet hatte.

Die Entkulakisierung von 1930 bis 1932 war nichts als eine Wiederholung der Entkosakisierung in großem Stil, wobei die Operation von Stalin selbst gefordert wurde, unter der offiziellen, von der Regierungspropaganda verbreiteten Losung: »Die Kulaken als Klasse auslöschen.« Kulaken, die sich der Kollektivierung widersetzten, wurden erschossen, andere zusammen mit Frauen, Kindern und Alten deportiert. Sicher sind nicht alle regelrecht ausgelöscht worden, aber die Zwangsarbeit in Sibirien und dem hohen Norden ließ ihnen kaum eine Überlebenschance. Hunderttausende kamen dort um, doch bleibt die genaue Zahl der Opfer unbekannt. Die große Hungersnot von 1932/33 in der Ukraine, die mit dem Widerstand der Landbevölkerung gegen die Zwangskollektivierung zusammenhing, forderte binnen weniger Monate sechs Millionen Todesopfer.

Hier sind sich »Rassen-Genozid« und »Klassen-Genozid« sehr ähnlich: Der Tod eines ukrainischen Kulakenkindes, das das stalinistische Regime gezielt der Hungersnot auslieferte, wiegt genauso schwer wie der Tod eines jüdischen Kindes im Warschauer Ghetto, das dem vom NS-Regime herbeigeführten Hunger zum Opfer fiel. Dieser Vergleich stellt die Einzigartigkeit von Auschwitz nicht in Frage - die Aufbietung modernster technischer Ressourcen, das Ingangsetzen eines regelrechten industriellen Prozesses, die Vernichtungsmaschinerie der Vergasung und Leichenverbrennung. Die Feststellung unterstreicht aber eine Besonderheit vieler kommunistischer Diktaturen: den systematischen Einsatz des Hungers als Waffe. Das Regime kontrolliert in der Regel alle verfügbaren Nahrungsmittelvorräte, teilt sie aber, manchmal nach einem ausgeklügelten Rationierungssystem, nur nach »Verdienst« beziehungsweise »Verschulden« der jeweiligen Menschen aus. Dieses Verfahren kann so weit gehen, daß gigantische Hungersnöte entstehen. Es ist daran zu erinnern, daß es in der Zeit nach 1918 nur kommunisti-

sche Länder waren, in denen Hungersnöte auftraten, die Hunderttausende, ja Millionen Todesopfer forderten. Noch im vergangenen Jahrzehnt haben zwei afrikanische Länder, die sich marxistisch-leninistisch nannten - Äthiopien und Moçambique -, solche verheerenden Hungersnöte durchgemacht. Als eine erste weltweite Bilanz dieser Verbrechen kann folgende Aufstellung gelten:

- Erschießung Zehntausender von Geiseln oder ohne Urteil Eingekerkerten und Massaker an Hunderttausenden revoltierender Arbeiter und Bauern zwischen 1918 und 1922
- Hungersnot von 1922, die den Tod von fünf Millionen Menschen verursachte
- Liquidierung und Deportation der Donkosaken 1920
- Ermordung Zehntausender in den Konzentrationslagern zwischen 1918 und 1930
- Liquidierung von annähernd 690000 Menschen während der Großen Säuberung von 1937/38
- Deportation von zwei Millionen Kulaken (bzw. Menschen, die als solche bezeichnet wurden) 1930 bis 1932
- Vernichtung von sechs Millionen Ukrainern durch die absichtlich hervorgerufene und nicht gelinderte Hungersnot von 1932/33
- Deportation Hunderttausender Polen, Ukrainer, Balten, Moldauer, Bessarabier 1939 bis 1941 und nochmals 1944/45
- Deportation der Wolgadeutschen 1941
- Verbannung der Krimtataren 1943
- Verbannung der Tschetschenen 1944
- Verbannung der Inguschen 1944
- Deportation/Liquidierung der städtischen Bevölkerung Kambodschas zwischen 1975 und 1978
- allmähliche Vernichtung der Tibeter durch die Chinesen seit 1950 usw.

Die Zahl der Verbrechen des Leninismus und Stalinismus ist schier unendlich. Häufig werden sie von den Diktaturen Mao Tse-Tungs, Kim Il-sungs, Pol Pots in fast der gleichen Weise reproduziert.

Ein erkenntnistheoretisches Problem bleibt bestehen: Darf ein Historiker in seiner Darstellung und Interpretation von Fakten die Begriffe »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« und »Genozid« gebrauchen, die, wie erläutert, aus dem juristischen Bereich stammen? Ist das Verständnis dieser Begriffe nicht allzu zeitgebunden - im Zusammenhang mit der Ächtung des Nationalsozialismus in Nürnberg -, als daß man sie in historischen Überlegungen für eine mittelfristige Analyse benutzen könnte? Sind außerdem diese Begriffe nicht überfrachtet mit Wertungen, die die Objektivität der historischen Analyse beeinträchtigen könnten?

Zur ersten Frage: Die Geschichte dieses Jahrhunderts hat gezeigt, daß sich die Praxis der Massenvernichtung durch Staaten oder Staatsparteien nicht auf den Nationalsozialismus beschränkte. Was in Bosnien und Ruanda

geschah, beweist, daß diese Praktiken fortgesetzt werden. Sie sind wahrscheinlich eines der wichtigsten Kennzeichen dieses Jahrhunderts.

Zur zweiten Frage: Es geht nicht darum, in ein Geschichtsverständnis des 19. Jahrhunderts zurückzufallen, dem zufolge der Historiker eher zu »urteilen« denn zu »verstehen« suchte. Dennoch: Kann ein Historiker angesichts der ungeheuren Tragödien, die von bestimmten ideologischen und politischen Konzeptionen ausgelöst wurden, von jeglicher Bezugnahme auf den Humanismus absehen, der doch eng mit unserer jüdisch-christlichen Zivilisation und demokratischen Kultur verbunden ist - etwa dem Bezug auf die Würde des Menschen? Viele renommierte Historiker zögern nicht, die NS-Verbrechen mit dem Ausdruck »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« (französisch: »crime contre l'humanite«) zu qualifizieren, so zum Beispiel Jean-Pierre Azema in einem Artikel über Auschwitz[7] oder Pierre Vidal-Naquet anläßlich des Touvier-Prozesses[8]. Daher kann es nicht unzulässig sein, diese Begriffe zur Charakterisierung bestimmter unter den kommunistischen Regimen begangener Verbrechen zu benutzen.

Über die Frage der unmittelbaren Verantwortung der an der Macht befindlichen Kommunisten hinaus stellt sich die nach der Mitschuld. Nach Artikel 7 (3.77) des 1987 geänderten kanadischen Strafgesetzbuchs schließen Verbrechen gegen die Menschlichkeit den Versuch, die Mittäterschaft, die Beratung, die Hilfe, *die Ermutigung oder die faktische Mitschuld ein*[9]. Ebenso werden im Artikel 7 (3.76) »der Versuch, der Plan, die *Komplizenschaft nach der Tat,* die Beratung, die Hilfe oder die Ermutigung hinsichtlich dieser Tat« (Hervorhebungen vom Verf.) dem Tatbestand des Verbrechens gegen die Menschlichkeit gleichgestellt. Doch von den zwanziger bis zu den fünfziger Jahren applaudierten die Kommunisten in aller Welt sowie viele andere begeistert der Politik Lenins und später Stalins. Hunderttausende engagierten sich in der kommunistischen Internationale und den örtlichen Sektionen der »Partei der Weltrevolution«. Von den fünfziger bis zu den siebziger Jahren beweihräucherten weitere Hunderttausende den »Großen Vorsitzenden« der chinesischen Revolution und besangen die Errungenschaften des Großen Sprungs oder der Kulturrevolution. Und unserer Zeit noch näher gab es viele, die sich über die Machtergreifung Pol Pots freuten[10]. Viele werden sagen, daß sie »nicht wußten«. Tatsächlich war es nicht immer einfach, Bescheid zu wissen, denn für die kommunistischen Diktaturen war die Geheimhaltung eine bevorzugte Abwehrstrategie. Aber häufig war dieses Nichtwissen lediglich auf Verblendung aufgrund des Glaubens an die Partei zurückzuführen. Seit den vierziger und fünfziger Jahren waren viele Fakten bekannt und unbestreitbar. Wenn auch inzwischen viele Anhänger ihre Idole von gestern im Stich gelassen haben, geschah dies doch klammheimlich. Aber was ist von einem solch abgrundtiefen Amoralismus zu halten, der ein öffentliches Engagement einfach in der Versenkung verschwinden läßt, ohne daraus eine Lehre zu ziehen?

1969 schrieb einer der Pioniere der Untersuchungen über den kommuni-

stischen Terror, Robert Conquest: »Der Umstand, daß so viele es ›schluckten‹ [die Große Säuberung], war also sicherlich ein Faktor, der die ganze Säuberung erst möglich machte. Insbesondere die Prozesse hätten nur wenig Bedeutung gehabt, wenn sie nicht von einigen ausländischen, also ›unabhängigen‹ Kommentatoren für rechtmäßig erklärt worden wären.«[11] Diese könne man kaum von einer gewissen Mitschuld an den politischen Morden freisprechen, oder jedenfalls nicht von Mitschuld daran, daß die Morde sich wiederholten, nachdem der ersten Operation, dem Sinowjew-Prozeß von 1936, ungerechtfertigterweise soviel Glauben geschenkt worden war. Wenn schon die moralische und intellektuelle Mitschuld einer Reihe von Nichtkommunisten mit dieser Elle gemessen wird, wie steht es dann um die Mitschuld der Kommunisten? Man erinnert sich nicht, daß Louis Aragon öffentlich bedauert hätte, in einem Gedicht von 1931 die Schaffung einer kommunistischen politischen Polizei in Frankreich als wünschenswert[12] bezeichnet zu haben, wenn er auch zeitweilig die stalinistische Periode zu kritisieren schien.

Joseph Berger, ein ehemaliger Komintern-Kader, der der »Großen Säuberung« anheimfiel und durch die Lager ging, zitiert den Brief einer ehemaligen Gulag-Deportierten, die auch nach ihrer Rückkehr aus den Lagern immer noch Parteimitglied war: »Die Kommunisten meiner Generation akzeptierten Stalins Autorität. Sie billigten seine Verbrechen. Dies gilt nicht nur für die sowjetischen Kommunisten, sondern für die der ganzen Welt. Von diesem Schandfleck sind wir gezeichnet, als einzelne und als Gruppe. Wir können ihn nicht wegwischen, es sei denn, wir tun alles dafür, daß so etwas nie wieder passiert. Was ist geschehen? Hatten wir den Verstand verloren, oder verraten wir jetzt den Kommunismus? Die Wahrheit ist, daß alle - auch die, die Stalin am nächsten waren - die Verbrechen ins Gegenteil verkehrten. Wir sahen sie als wichtige Beiträge zum Sieg des Sozialismus an. Wir glaubten, daß alles, was die politische Macht der Kommunistischen Partei in der Sowjetunion und in der Welt stärkte, ein Sieg für den Sozialismus sei. Niemals kamen wir auf den Gedanken, daß es innerhalb des Kommunismus einen Konflikt zwischen Politik und Ethik geben könnte.«[13]

Berger selbst nuanciert diese Aussage: »Meines Erachtens kann man zwar die Einstellung derer verurteilen, die Stalins Politik akzeptierten -was nicht alle Kommunisten taten -, aber schwieriger ist es, ihnen vorzuwerfen, daß sie diese Verbrechen nicht verhindert haben. Zu glauben, daß zumindest hochgestellte Persönlichkeiten Stalins Absichten hätten vereiteln können, heißt nichts von seinem byzantinischen Despotismus verstanden zu haben.« Nun ist Berger insofern »entschuldigt«, als er sich in der Sowjetunion befand und daher dem höllischen Apparat unentrinnbar ausgeliefert war. Aber die westeuropäischen Kommunisten hatten nicht unmittelbar unter der Repression der NKWD zu leiden - welche Verblendung verleitete sie, weiterhin dem System und seinem Führer zu lobsingen? Wie stark mußte der magische Filter sein, der sie unterwürfig hielt... In seinem bemerkenswer-

ten Buch über die russische Revolution lüftet Martin Maha einen Zipfel des Schleiers, wenn er von dem Paradox spricht, »daß hinter großen Verbrechen hohe Ideale stehen«[14]. Annie Kriegel, eine weitere bedeutende Analytikerin des Kommunismus, bestand auf dieser fast zwangsläufig doppelten Ausprägung des Kommunismus, seiner Licht- und seiner Schattenseite.

Auf dieses Paradox hat Tzvetan Todorov eine erste Antwort: »Der Bürger einer westlichen Demokratie möchte den Totalitarismus als eine dem normalen menschlichen Streben völlig fremde Haltung ansehen. Der Totalitarismus hätte sich aber nicht so lange gehalten und nicht so viele Individuen in seinem Kielwasser hinter sich hergezogen, wenn dem so gewesen wäre. Vielmehr handelt es sich um eine Maschinerie von fürchterlicher Effizienz. Die kommunistische Ideologie zeigt uns das Bild einer besseren Gesellschaft und fordert uns auf, diese anzustreben - Ist nicht der Wunsch, die Welt nach einem Idealbild umzugestalten, ein wichtiger Bestandteil des menschlichen Wesens? [...] Außerdem beraubt die kommunistische Gesellschaft den Einzelnen seiner Verantwortung: Es sind immer ›sie‹, die entscheiden. Verantwortung ist oft eine schwere Bürde. [...] Die Anziehungskraft des totalitären Systems, die unbewußt sehr viele Menschen erfahren, ergibt sich aus einer gewissen Angst vor der Freiheit und der Verantwortung. Das erklärt die Popularität aller autoritären Regime (so die These Erich Fromms in ›Die Furcht vor der Freiheit‹). Schon La Boetie sprach von ›freiwilliger Knechtschaft‹.«[15]

Die Mitschuld derer, die sich freiwillig in Knechtschaft begeben haben, war nicht und ist nie abstrakt und theoretisch. Die bloße Tatsache des Akzeptierens und/oder der Weiterverbreitung von Propaganda zur Vertuschung der Wahrheit implizierte und impliziert immer eine aktive Komplizenschaft. Denn Öffentlichkeit herzustellen ist das einzige - wenn auch, wie die Tragödie in Ruanda gezeigt hat, nicht immer wirksame - Mittel, die im Verborgenen begangenen Massengewaltverbrechen zu bekämpfen.

Es ist nicht leicht, diesen zentralen Aspekt des Kommunismus an der Macht zu analysieren: Diktatur und Terror. Jean Ellenstein hat das Phänomen des Stalinismus als eine Mischung aus griechischer Tyrannis und orientalischem Despotismus definiert. Die Formel ist naheliegend, berücksichtigt aber nicht den modernen Charakter des Phänomens, seinen totalitären Aspekt, durch den er sich von früher bekannten Formen der Diktatur unterscheidet. Ein kurzer vergleichender Überblick soll helfen, diesen Aspekt besser einzuordnen.

Zunächst wäre an die russische Tradition der Unterdrückung zu erinnern. Die Bolschewiken bekämpften das terroristische Zarenregime, das allerdings vor den Schrecken des an die Macht gelangten Bolschewismus verblaßt. Unter dem Zaren wurden die politischen Gefangenen vor ein ordentliches Gericht gestellt. Die Verteidigung konnte sich ebensosehr - wenn nicht noch mehr - zur Geltung bringen wie die Anklage. Sie konnte sich

auf eine öffentliche Meinung im Inland berufen, die unter dem kommunistischen Regime nicht existierte, und vor allem auf die internationale Öffentlichkeit. Die Untersuchungsgefangenen und Verurteilten unterstanden immerhin einer Gefängnisordnung, und die für Verbannung oder sogar Deportation geltenden Vorschriften waren vergleichsweise milde. Die Deportierten konnten ihre Familie mitnehmen, lesen und schreiben, was ihnen beliebte, jagen, fischen, Freizeit mit ihren Schicksalsgefährten verbringen. Lenin und Stalin hatten darin persönlich Erfahrungen sammeln können. Selbst Dostojewskis »Aufzeichnungen aus einem Totenhause«, die zur Zeit der Publikation die Öffentlichkeit erschütterten, erscheinen harmlos gegenüber den Schrecken des Kommunismus. Gewiß wurden im Rußland der Jahre 1880 bis 1914 Meutereien und Aufstände von einem archaischen politischen System hart unterdrückt. Dennoch: Die Zahl der von 1825 bis 1917 wegen ihrer Meinung oder wegen politischer Aktivitäten zum Tode verurteilten Personen belief sich auf 6360. Davon wurden 3932 hingerichtet: 191 in der Zeit von 1825 bis 1905 und 3 741 in den Jahren 1906 bis 1910. Diese Zahl hatten die Bolschewiken bereits im März 1918 übertroffen, nach nur vier Monaten Machtausübung. Die Bilanz der zaristischen Unterdrückung ist also mit der des kommunistischen Terrors nicht zu vergleichen.

In den zwanziger bis zu den vierziger Jahren prangerte der Kommunismus den Terror der faschistischen Regime heftig an. Ein Blick auf die Zahlen zeigt auch hier, daß die Dinge so einfach nicht liegen. Der italienische Faschismus, der sich als erster manifestierte und sich offen als totalitär bezeichnete, hat seine politischen Gegner zweifellos gefangengesetzt und häufig mißhandelt. Allerdings kam es selten zu Ermordungen. Mitte der dreißiger Jahre zählte Italien einige hundert politische Gefangene und mehrere hundert »confinati«, die unter Bewachung auf den Inseln leben mußten. Einzuräumen ist, daß sich Zehntausende Italiener im politischen Exil befanden.

Der nationalsozialistische Terror betraf bis Kriegsbeginn nur einige Gruppen. Die Gegner des Regimes - im wesentlichen Kommunisten, Sozialisten, Anarchisten, bestimmte Gewerkschafter - wurden offen unterdrückt, eingekerkert und vor allem in Konzentrationslagern interniert und Quälereien ausgesetzt. Insgesamt wurden von 1933 bis 1939 rund 20000 aktive Linke in den Lagern und Gefängnissen mit oder ohne Gerichtsverfahren ermordet, zu schweigen von Abrechnungen der Nationalsozialisten untereinander wie der »Nacht der langen Messer« im Juni 1934. Zu einer weiteren Opferkategorie gehörten die Deutschen, die durch das Raster der Rassekriterien (»groß, blond, arisch«) fielen: geistig und körperlich behinderte sowie alte Menschen. Hier entschloß sich Hitler im Krieg, zur Tat zu schreiten: 70 000 Deutsche wurden zwischen Ende 1939 und Anfang 1941 Opfer der Euthanasie durch Vergasung, bis die Kirchen protestierten und das Programm gestoppt wurde. Die dabei entwickelten Methoden der Vergasung wurden auf die dritte Gruppe von Opfern, die Juden, angewandt.

Bis Kriegsbeginn wurden die diskriminierenden Maßnahmen gegen Ju-

den durchgängig praktiziert, wobei die Verfolgung einen Höhepunkt in der »Reichskristallnacht« erreichte - mehrere hundert Tote und Internierung von 35000 Menschen in Konzentrationslagern. Erst im Krieg, vor allem mit dein Angriff auf die Sowjetunion, wurde der NS-Terror in vollem Umfang entfesselt. Zusammengefaßt lautet seine Bilanz wie folgt: 15 Millionen in den besetzten Ländern getötete Zivilisten, 5,1 Millionen Juden, 3,3 Millionen sowjetische Kriegsgefangene, 1,1 Millionen in den Lagern gestorbene Deportierte, mehrere hunderttausend Roma und Sinti. Hinzu kommen 8 Millionen Zwangsarbeiter und 1,6 Millionen überlebende KZ-Häftlinge.

Der NS-Terror hat unsere Vorstellungen in dreierlei Hinsicht geprägt. Zunächst einmal, weil er die Europäer unmittelbar betraf Sodann, nach dem Sieg über die Nationalsozialisten und der Verurteilung ihrer Führungsspitze in Nürnberg, waren ihre Verbrechen offiziell als solche bezeichnet und stigmatisiert. Und schließlich war die Aufdeckung des Völkermords an den Juden aufgrund seines scheinbar irrationalen Charakters, seiner rassistischen Dimension und der Radikalität des Verbrechens ein Schock für die Gewissen.

Es geht hier nicht darum, irgendwelche makabren arithmetischen Vergleiche aufzustellen, eine Art doppelte Buchführung des Horrors, eine Hierarchie der Grausamkeit. Die Fakten zeigen aber unwiderleglich, daß die kommunistischen Regime rund hundert Millionen Menschen umgebracht haben, während es im Nationalsozialismus rund 25 Millionen waren. Diese einfache Feststellung sollte zumindest zum Nachdenken über die Ähnlichkeit anregen, die zwischen dem NS-Regime, das seit 1945 als das verbrecherischste System des Jahrhunderts angesehen wird, und dem kommunistischen besteht, dessen Legitimität auf internationaler Ebene bis 1991 unangefochten war, das bis heute in bestimmten Ländern die Macht innehat und nach wie vor über Anhänger in der ganzen Welt verfügt. Wenn auch viele kommunistische Parteien mit Verspätung die Verbrechen des Stalinismus anerkannt haben, haben die meisten Lenins Prinzipien doch nicht aufgegeben, und sie hinterfragen kaum ihre eigene Verwicklung in den Terror.

Die von Lenin erarbeiteten, von Stalin und seinen Schülern systematisierten Methoden lassen an die Methoden der Nazis denken, nehmen sie aber oftmals voraus. In dieser Hinsicht hatte Rudolf Höß, beauftragt mit der Errichtung des KZ Auschwitz und später Lagerkommandant, eindeutige Vorgaben: »Vom Reichssicherheitshauptamt wurde dem Kommandanten eine umfangreiche Berichtzusammenstellung über die russischen Konzentrationslager überreicht. Von Entkommenen wurde darin über die Zustände und Einrichtungen bis ins einzelne berichtet. Besonders hervorgehoben wurde darin, daß die Russen durch die großen Zwangsarbeitsmaßnahmen ganze Völkerschaften vernichteten.«[16] Dennoch bedeutet die Tatsache, daß das Ausmaß und die Techniken der Massengewaltausübung von den Kommunisten eingeführt wurden und die Nazis sich von ihnen inspirieren ließen, keineswegs, daß man eine direkte kausale Beziehung zwischen der Machter-

greifung der Bolschewisten und dem Aufstieg des Nationalsozialismus herstellen kann.

Ende der zwanziger Jahre führte die GPU (so die neue Bezeichnung der Tscheka) das Quotensystem ein: Jede Region, jeder Bezirk mußte einen bestimmten Prozentsatz von Personen verhaften, deportieren oder erschießen, die »feindlichen« Gesellschaftsschichten angehörten. Diese Prozentsätze wurden zentral von der Parteileitung festgelegt. Planungswut und Statistikmanie betrafen nicht nur die Wirtschaft, sondern eroberten auch den Bereich des Terrors. Von 1920 an, seit dem Sieg der Roten über die Weiße Armee auf der Krim, wurden statistische beziehungsweise soziologische Methoden angewandt: Die Opfer werden nach genau festgelegten Kriterien ausgewählt, gestützt auf Fragebogen, denen sich keiner entziehen kann. Nach denselben »soziologischen« Methoden organisieren die Sowjets die Liquidationen und Massendeportationen in den baltischen Staaten und im besetzten Polen der Jahre 1939 bis 1941. Der Transport der Deportierten in Viehwaggons führte zu den gleichen »Aberrationen« wie bei den Nationalsozialisten: 1943/44, mitten im Krieg, ließ Stalin Tausende von Waggons und Hunderttausende von Soldaten der NKWD-Sondertruppen von der Front abziehen, um sicherzustellen, daß die kaukasischen Völker binnen weniger Tage deportiert wurden. Diese Logik des Völkermords - der nach dem französischen Strafgesetzbuch in der totalen oder teilweisen Vernichtung einer nationalen, ethnischen, rassischen, religiösen oder durch ein anderes willkürliches Kriterium bestimmten Gruppe besteht -, angewandt von den kommunistischen Machthabern auf als feindlich bezeichnete Gruppen, Teile ihrer eigenen Gesellschaft, fand in den Taten Pol Pots und seiner Roten Khmer ihren Höhepunkt.

Nationalsozialismus und Kommunismus bezüglich der Vernichtung von Menschen so nahe zusammenzurücken, mag schockieren. Aber es ist immerhin Wassilij Grossman (dessen Mutter von den Nazis im Ghetto von Berditschew umgebracht wurde, der den ersten Bericht über Treblinka veröffentlicht hat und zu den Autoren des »Schwarzbuchs« über den Untergang des sowjetischen Judentums gehörte), der in seinem Roman »Alles fließt…« eine Figur über die Hungersnot in der Ukraine sagen läßt: »die Schriftsteller schreiben, und Stalin selbst, alle sagen das eine: ›Kulaken -Parasiten, sie verbrennen das Brot, sie morden Kinder ‹ Und man erklärte geradeheraus: die Wut der Massen gegen sie aufpeitschen, sie als Klasse vernichten, die Verfluchten. [...] Um sie zu töten, mußte man erklären: Kulaken - keine Menschen. Wie die Deutschen sagten: Juden - keine Menschen. Ebenso Lenin und Stalin: Kulaken sind keine Menschen.« Und über das Schicksal der Kulakenkinder sagt Grossman: »Genau wie die Deutschen, die die Judenkinder im Gas erstickt haben - ihr sollt nicht leben, ihr. seid Juden.«[17]

In beiden Fällen sind nicht so sehr Einzelpersonen das Ziel als vielmehr Gruppen. Der Terror soll eine als feindlich bezeichnete Gruppe auslöschen.

die sicherlich nur einen Teil der Gesellschaft darstellt, aber als solcher von der Logik des Genozids getroffen wird. Somit ähneln die Mechanismen der Trennung und des Ausschlusses im »Klassen-Totalitarismus« ganz besonders denen im »Rassen-Totalitarismus«. Die künftige NS-Gesellschaft sollte auf der »reinen Rasse« aufgebaut werden, die künftige kommunistische Gesellschaft auf einem von jeglicher bürgerlichen Schlacke freien proletarischen Volk. Die Umgestaltung dieser beiden Gesellschaften wurde auf dieselbe Weise angestrebt, auch wenn die Ausschlußkriterien nicht die gleichen waren. Es ist daher falsch zu behaupten, der Kommunismus habe universalen Charakter: Wenn dieses Projekt eine weltumspannende Bestimmung hat, wird ein Teil der Menschheit für unwürdig erklärt, darin zu existieren, wie es auch im Nationalsozialismus geschieht. Der Unterschied besteht darin, daß eine Abtrennung nach Schichten (Klassen) erfolgt, statt einer rassischen und territorialen Trennung wie bei den Nazis. Die leninistischen, stalinistischen und maoistischen Verbrechen sowie die kambodschanische Erfahrung stellen somit der Menschheit - und den Juristen und Historikern - eine neue Frage: Wie ist das Verbrechen zu bezeichnen, das darin besteht, aus politisch-ideologischen Gründen nicht Einzelne oder begrenzte Gruppen Oppositioneller, sondern große Teile der Gesellschaft auszulöschen? Muß man einen neuen Begriff erfinden? Einige angelsächsische Autoren sind dieser Meinung und haben den Ausdruck »politicide« geprägt. Oder soll man so weit gehen wie die tschechischen Juristen, die die unter dem kommunistischen Regime begangenen Verbrechen kurzerhand als »kommunistische Verbrechen« bezeichnen?

Was wußte man über die Verbrechen des Kommunismus? Was wollte man davon wissen? Warum hat es bis zum Ende des Jahrhunderts gedauert, daß sich die Wissenschaft mit diesem Thema befaßt? Ganz offensichtlich ist das Studium des stalinistischen und allgemein des kommunistischen Terrors im Vergleich zu den Untersuchungen der NS-Verbrechen gewaltig im Rückstand, auch wenn im Osten jetzt mehr und mehr darüber gearbeitet wird.

Hier besteht ein eindrucksvoller, nicht von der Hand zu weisender Kontrast. Die Sieger von 1945 stellten legitimerweise das Verbrechen - und besonders den Völkermord an den Juden - in den Mittelpunkt ihrer Verurteilung des Nationalsozialismus. Viele Wissenschaftler aus der ganzen Welt arbeiten seit Jahrzehnten über dieses Thema. Tausende von Büchern sind dazu geschrieben, Dutzende von Filmen gedreht worden, darunter einige weltberühmte, und in ganz unterschiedlichen Sparten - »Nacht und Nebel« oder »Shoah«, »Sophies Entscheidung« oder »Schindlers Liste«. Raul Hilberg, um nur ihn zu erwähnen, beschreibt in seinem Hauptwerk detailliert, mit welchen Methoden die Juden im Dritten Reich umgebracht wurden[18].

Doch zur Frage der kommunistischen Verbrechen gibt es keine Arbeiten dieser Art. Während die Namen Himmlers oder Eichmanns in der ganzen Welt als Symbole zeitgenössischer Barbarei bekannt sind, sind Dserschin-

ski, Jagoda oder Jeschow weitgehend unbekannt. Was Lenin, Mao, Ho Chi Minh und selbst Stalin betrifft, so wird ihnen immer noch eine erstaunliche Verehrung zuteil. In Frankreich war die staatliche Lotteriegesellschaft sogar so unbedacht, Stalin und Mao in einer ihrer Werbekampagnen zu erwähnen. Wer käme auf die Idee, Hitler oder Goebbels zu so etwas heranzuziehen?

Die außerordentliche Aufmerksamkeit, die den Verbrechen Hitlers gilt, ist völlig gerechtfertigt. Sie Entspricht der Bereitschaft der Überlebenden, Zeugnis abzulegen, dem Wunsch der Wissenschaftler, zu verstehen, und dem Willen der moralischen und politischen Autoritäten, demokratische Werte zu bekräftigen. Aber warum reagiert die öffentliche Meinung so schwach auf die Zeugenaussagen über die kommunistischen Verbrechen? Warum das peinlich berührte Schweigen der Politik? Und vor allem: Warum sagt die akademische Welt nichts zu der kommunistischen Katastrophe, die achtzig Jahre lang rund ein Drittel der Menschheit auf vier Kontinenten betraf? Warum diese Unfähigkeit, in den Mittelpunkt der Analyse des Kommunismus einen so wesentlichen Faktor wie das Verbrechen zu stellen, das systematische Massenverbrechen, das Verbrechen gegen die Menschlichkeit? Ist es etwa unmöglich zu begreifen? Handelt es sich nicht eher um eine bewußte Weigerung, wissen zu wollen, um eine Angst vor dem Begreifen?

Die Verschleierung hat viele komplexe Gründe. Zunächst ist da das klassische unaufhörliche Bemühen der Henker, die Spuren ihrer Verbrechen zu beseitigen und zu rechtfertigen, was sie nicht verbergen konnten. Die »Geheimrede« Chruschtschows von 1956, die die erste Anerkennung dieser Verbrechen durch kommunistische Führer selbst darstellt, ist auch der Bericht eines Henkers, der seine eigenen Verbrechen (als Führer der ukrainischen KP auf dem Höhepunkt des Terrors) vertuschen will, indem er sie Stalin allein anlastet und sich darauf beruft. Befehlen gehorcht zu haben. Gleichzeitig sucht er den größten Teil der Verbrechen zu verbergen, denn er spricht nur von den kommunistischen Opfern, die der Zahl nach wesentlich geringer waren als die anderen. Außerdem verharmlost er diese Verbrechen, indem er sie als »Mißbrauch unter Stalin« bezeichnet, und versucht schließlich, das Fortbestehen des Systems mit denselben Prinzipien, denselben Strukturen und denselben Menschen zu rechtfertigen.

Chruschtschow bezeugt das ganz unverblümt, wenn er den Widerstand beschreibt, auf den er während der Vorbereitungen für seinen Bericht stieß, vor allem seitens eines Vertrauten Stalins: »Kaganowitsch war ein solcher Jasager, daß er auf einen Wink Stalins seinem eigenen Vater die Kehle durchgeschnitten und gesagt hätte, es sei im Interesse der Sache - der Sache Stalins, wohlgemerkt... er argumentierte gegen mich aus selbstsüchtiger Angst um seine eigene Haut. Er wurde ausschließlich von seinem heftigen Verlangen getrieben, sich jeder Verantwortung für das, was geschehen war, zu entziehen. Wenn Verbrechen begangen worden waren, dann wollte Kaganowitsch sichergehen, daß seine eigenen Spuren verwischt waren.«[19] Daß die Archive der kommunistischen Länder unter strengstem Verschluß stan-

den, die totale Kontrolle von Presse und Rundfunk sowie aller Wege ins Ausland, die Propaganda über die »Errungenschaften« des Regimes, dieser ganze Apparat zur Abriegelung von Informationen sollte in erster Linie verhindern, daß die Wahrheit über die Verbrechen ans Licht kam.

Die Henker begnügten sich nicht damit, ihre Verbrechen zu verbergen, sondern bekämpften auch Menschen, die zu informieren suchten, mit allen Mitteln. Denn einige Beobachter und Analytiker haben sich bemüht, ihre Zeitgenossen aufzuklären. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde dies in Frankreich bei zwei Gelegenheiten besonders deutlich. Von Januar bis April 1949 fand in Paris ein Prozeß statt, in dem sich Viktor Krawtschenko (ein ehemaliger hochrangiger sowjetischer Funktionär, der in seinem Buch »Ich wählte die Freiheit« die stalinistische Diktatur beschrieben hatte) und die von Louis Aragon herausgegebene Zeitschrift »Les Lettres françaises« gegenüberstanden, die ihren Prozeßgegner mit Beleidigungen überschüttete. Von November 1950 bis Januar 1951 fand wiederum in Paris ein weiterer Prozeß statt. Die Gegner waren erneut »Les Lettres françaises« und David Rousset, ein Intellektueller und ehemaliger Trotzkist, der von den Nazis nach Deutschland deportiert worden war und 1946 für sein Buch »L'Univers concentrationnaire« den Prix Renaudot erhalten hatte. Rousset hatte am 12. November 1949 alle ehemaligen Deportierten aus den NS-Lagern aufgerufen, eine Kommission zur Untersuchung der sowjetischen Lager zu bilden, und war dafür von der kommunistischen Presse, die die Existenz dieser Lager leugnete, heftig angegriffen worden. Auf den Aufruf Roussets hin berichtete Margarete Buber-Neumann am 25. Februar 1950 im »Figaro litteraire« unter der Überschrift »Für die Untersuchung der sowjetischen Lager. Wer ist schlimmer, Satan oder Beelzebub?« über ihre doppelte Erfahrung als Deportierte in nationalsozialistischen und sowjetischen Lagern.

Gegen all diese Aufklärer des Gewissens der Menschheit boten die Henker in einem systematischen Kampf das ganze Arsenal der Möglichkeiten großer moderner Staaten auf, die überall auf der Weh intervenieren können. Sie wollten sie disqualifizieren, unglaubwürdig machen, einschüchtern. Solschenizyn, Bukowski, Sinowjew, Pljuschtsch wurden ausgewiesen, Sacharow nach Gorkij verbannt, General Grigorenko in einer Irrenanstalt inhaftiert, Markow mit einem vergifteten Regenschirm ermordet.

Angesichts der nachdrücklichen Einschüchterung und Verschleierung zögerten die noch lebenden Opfer ihrerseits, an die Öffentlichkeit zu treten. Sie sahen sich außerstande, sich in eine Gesellschaft wiedereinzugliedern, in der die, von denen sie denunziert und gepeinigt worden waren, unbehelligt herumstolzierten. Wassilij Grossman[20] zeichnet diese verzweifelte Lage nach. Im Unterschied zur jüdischen Tragödie - die internationale jüdische Gemeinde hält die Erinnerung an den Völkermord wach - war es den Opfern des Kommunismus und ihren Angehörigen lange verwehrt, das Gedächtnis des tragischen Geschehens in der Öffentlichkeit zu pflegen, da jegliche Erinnerung oder Rehabilitationsforderung verboten war.

Wenn es den Henkern nicht gelang, eine Wahrheit zu verschleiern - die Erschießungen, die Lager, die absichtlich ausgelöste Hungersnot -, rechtfertigten sie die Fakten, indem sie sie dick übertünchten. Wenn sie sich zum Terror bekannten, machten sie ihn zur Allegorie der Revolution: Wo gehobelt wird, fallen Späne. Oder, wie es in Frankreich heißt: Man kann kein Omelett machen, ohne Eier aufzuschlagen. Dem entgegnete Wladimir Bukowski einmal, er habe wohl die zerbrochenen Eier gesehen, aber niemals das Omelett zu kosten bekommen. Am schlimmsten wirkte sicherlich die Pervertierung der Sprache. Wie durch Zauberei wurden das System der Lager zum Werk der Umerziehung, die Henker zu Erziehern, bemüht, die Mitglieder der alten Gesellschaft zu »neuen Menschen« zu formen. Man »bat« die Lagerhäftlinge mit Gewalt, an ein System zu glauben, das sie versklavte. In China heißt der Lagerhäftling »Student«: Er soll das richtige Denken der Partei studieren und das eigene falsche Denken korrigieren.

Oft ist die Lüge nicht das genaue Gegenteil der Wahrheit, und jede Lüge fußt auf wahren Elementen. Die pervertierten Wörter werden aus einer verschobenen Perspektive gebraucht, die den Blick auf das Ganze verzerrt: Das ist sozialer und politischer Astigmatismus. Zwar ist es leicht, eine von der kommunistischen Propaganda verzerrte Sicht zu korrigieren, aber es ist äußerst schwierig, den Fehlsichtigen wieder dazu zu bringen, die Dinge intellektuell stichhaltig zu erfassen. Der erste Eindruck bleibt und wird zum Vorurteil. Die unvergleichliche propagandistische Stärke der Kommunisten stützte sich vor allem auf die Pervertierung der Sprache. So bedienten sie sich wie Judokämpfer der Kraft des Gegners, indem sie die Kritik an ihren terroristischen Methoden umdrehten und gegen die Kritiker selbst richteten. Dabei schweißten sie die Reihen ihrer Aktivisten und Sympathisanten immer wieder neu mit dem kommunistischen Glaubensbekenntnis zusammen. Auf diese Weise fanden die Kommunisten zum ersten Grundsatz ideologischen Glaubens zurück, der seinerzeit von Tertullian formuliert worden war: »Ich glaube, weil es absurd ist.«

Im Rahmen dieser propagandistischen Gegenmaßnahmen haben sich Intellektuelle buchstäblich prostituiert. 1928 erklärte sich Maxim Gorki zu einer »Exkursion« auf die Solowki-Inseln bereit, zu dem ersten Zwangsarbeitslager, aus dem durch »Metastasen« (Solschenizyn) das Gulag-System werden sollte. Nach dieser Reise veröffentlichte er ein Buch voll des Lobes über Solowki und die sowjetische Regierung. Ein französischer Schriftsteller, Henri Barbusse (1916 ausgezeichnet mit dem Prix Goncourt), zögerte nicht, das stalinistische Regime zu beweihräuchern, als finanzielle Unterstützung winkte. 1928 publizierte er ein Buch über das »wunderbare Georgien« - jene Region, in der Stalin und sein Helfershelfer Ordschonikidse 1921 ein regelrechtes Gemetzel veranstaltet hatten und in der sich der NKWD-Chef Berija durch Skrupellosigkeit und Sadismus hervortat - und 1935 die erste offiziöse Stalin-Biographie. Später sang Maria-Antonietta Macciochi ein Loblied auf Mao, während Danielle Mitterrand Castro

schmeichelte. Gier, Schwäche, Eitelkeit, die Faszination, die von Kraft und Gewalt ausgeht, revolutionäre Leidenschaft - was auch immer die Motive für solche Loblieder sein mögen, stets haben die totalitären Diktaturen die Beweihräucherer gefunden, die sie brauchten. Die kommunistische macht da keine Ausnahme.

Der Westen bewies gegenüber der kommunistischen Propaganda eine außerordentliche Verblendung, in der sich Ahnungslosigkeit angesichts eines ausgesprochen hinterlistigen Systems, Angst vor der Macht der Sowjets und Zynismus von Politikern und Geschäftemachern mischten. Um Verblendung handelte es sich beim Treffen von Jalta, als Präsident Roosevelt Stalin Osteuropa gegen das förmliche Versprechen preisgab, dort baldmöglichst freie Wahlen durchführen zu lassen. Realismus und Resignation bestimmten das Treffen von Moskau, bei dem General de Gaulle im Dezember 1944 das unglückselige Polen dem Moloch opferte und dafür vom nach Paris zurückgekehrten Generalsekretär der KPF, Maurice Thorez, sozialen Frieden und politisches Stillhalten zugesichert bekam.

Die Verblendung wurde bei den westlichen Kommunisten und vielen Linken durch die Überzeugung begünstigt, ja beinahe legitimiert, daß jene Länder sich im Aufbau des Sozialismus befänden und daß diese Utopie, die in den demokratisch verfaßten Ländern die sozialen und politischen Konflikte nährte, dort Realität würde - eine Realität, deren Reiz Simone Weil hervorgehoben hat: »Die revolutionären Arbeiter sind allzu glücklich, daß ein Staat hinter ihnen steht - ein Staat, welcher ihren Unternehmungen jenen offiziellen Charakter, jene Legitimität, jene Wirklichkeit verleiht, die einzig der Staat verleihen kann, und welcher gleichzeitig geographisch allzuweit entfernt ist, um ihren Abscheu zu erregen.«[21] Der Kommunismus präsentierte sich also von seiner hellen Seite. Er nahm für sich die Aufklärung in Anspruch, eine Tradition der sozialen und menschlichen Emanzipation, den Traum von der »wirklichen Gleichheit« und dem »Glück für alle«, von dem Gracchus Babeuf als erster gesprochen hatte. Diese leuchtende Seite verbarg fast völlig die dunkle.

Zu dieser Unkenntnis - sei sie nun beabsichtigt oder nicht - der verbrecherischen Dimension des Kommunismus tritt, wie immer, die Indifferenz der Zeitgenossen für ihre Mitmenschen. Nicht, daß der Mensch ein Herz aus Stein hätte. Im Gegenteil, in vielen Grenzsituationen zeigt er ungeahnte Kräfte der Solidarität, der Freundschaft, des Gefühls und sogar der Liebe. Doch »hindert uns die Erinnerung an unseren Schmerz, das Leiden der anderen wahrzunehmen«[22], wie Tzvetan Todorov unterstreicht. Welches europäische oder asiatische Volk war nach dem Ersten und dann nach dem Zweiten Weltkrieg nicht damit beschäftigt, die von unzähligen Verlusten gerissenen Wunden zu verbinden?

Die Verschleierung der kriminellen Dimension des Kommunismus hat allerdings noch mit drei konkreteren Gründen zu tun. Der erste betrifft das Festhalten an der Revolutionsidee selbst. Noch heute ist die Trauerarbeit

um die Idee der Revolution, wie sie im 19. und 20. Jahrhundert gedacht wurde, längst nicht abgeschlossen. Ihre Symbole - die rote Fahne, die Internationale, die erhobene Faust - erstehen bei jeder großen sozialen Bewegung neu. Che Guevara kommt wieder in Mode. Eindeutig revolutionäre Gruppen dürfen ungehindert an die Öffentlichkeit treten, sie reagieren verachtungsvoll auf die geringste kritische Anmerkung zu den Verbrechen ihrer Vorgänger und wiederholen ohne Scheu die alten Rechtfertigungsreden Lenins, Trotzkis oder Maos. Diese revolutionäre Leidenschaft ist uns nicht ganz fremd. Mehrere Autoren dieses Buches haben einmal selbst der kommunistischen Propaganda geglaubt.

Der zweite Grund hat mit der sowjetischen Beteiligung am Sieg über den Nationalsozialismus zu tun, der es den Kommunisten ermöglichte, ihr eigentliches Ziel - die Machtergreifung - unter glühendem Patriotismus zu verstecken. Von Juni 1941 an begaben sich die Kommunisten in allen besetzten Ländern in den aktiven - und oft bewaffneten - Widerstand gegen die deutschen oder italienischen Besatzer. Wie die Widerstandskämpfer anderer ideologischer Richtungen bezahlten sie den Preis der Unterdrückung, hatten Tausende von Erschossenen, Massakrierten, Deportierten zu beklagen. Und sie haben sich dieser Märtyrer bedient, um die Sache des Kommunismus zu heiligen und jegliche Kritik an ihm verstummen zu lassen. Außerdem knüpften viele Nichtkommunisten im Widerstand Bande der Solidarität, des Kampfes, des Bluts mit Kommunisten, was vielen die Augen getrübt hat. In Frankreich war die Haltung der Gaullisten häufig von dieser gemeinsamen Erinnerung bestimmt und wurde durch die Politik de Gaulles noch bestärkt, der gegenüber den Amerikanern gern das sowjetische Gegengewicht ausspielte[23].

Durch die Beteiligung der Kommunisten am Krieg und am Sieg über den Nationalsozialismus triumphierte der Begriff des Antifaschismus in der Linken endgültig als Wahrheitskriterium, und natürlich traten die Kommunisten als die besten Vertreter und Verteidiger dieses Antifaschismus auf. Der Antifaschismus wurde zur definitiven Etikettierung des Kommunismus. Das machte es den Kommunisten leicht, Aufmuckende im Namen des Antifaschismus zum Schweigen zu bringen. François Furet hat zu diesem entscheidenden Punkt erhellende Bemerkungen gemacht. Nachdem der besiegte Nationalsozialismus von den Alliierten zum absoluten Bösen erklärt worden war, geriet der Kommunismus beinahe automatisch in das Lager der Guten. Dies wurde deutlich bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen, in denen die Sowjets als Ankläger auftraten. So wurden nach demokratischen Maßstäben peinliche Episoden - wie der deutsch-sowjetische Pakt von 1939 oder das Massaker von Katyn - rasch heruntergespielt. Der Sieg über den Nationalsozialismus wurde als Beweis für die Überlegenheit des kommunistischen Systems angeführt. Im von den Westalliierten befreiten Europa rief das eine doppelte Reaktion hervor: ein Gefühl der Dankbarkeit gegenüber der Roten Armee (deren Besatzung man nicht zu ertragen hatte)

und Schuldgefühle angesichts der Opfer, die die Völker der Sowjetunion gebracht hatten - Gefühle, die die kommunistische Propaganda weidlich ausgenutzt hat.

Gleichzeitig blieben die Umstände der »Befreiung« Osteuropas durch die Rote Armee im Westen weitgehend unbekannt, wo die Geschichtsschreibung zwei sehr unterschiedliche Arten von »Befreiung« mehr oder weniger gleichsetzte: Die eine führte zur Wiederherstellung der Demokratie, die andere ermöglichte die Einsetzung von Diktaturen. In Mittel- und Osteuropa trat das sowjetische System die Nachfolge des »Tausendjährigen Reichs« an. Witold Gombrowicz drückte das dramatische Schicksal dieser Völker in wenigen Worten aus: »Die Beendigung des Krieges brachte den Polen keine Befreiung, - dort, in diesem so traurigen mittelöstlichen Europa geschah sie als ein Austausch von einer Nacht zur anderen, ein Austausch der Sbirren Hitlers mit den Sbirren Stalins. Während in den Pariser Cafés verschiedene edle Geister mit freudigem Krähen ›die Erlösung des polnischen Volkes aus der feudalen Bedrückung‹ begrüßten, ging in Polen einfach ein und dieselbe angezündete Zigarette von einer Hand in die andere, um weiterhin dem Menschen die Haut anzubraten.«[24] Hier verläuft der Riss zwischen zwei europäischen Erinnerungen. Doch einige Veröffentlichungen haben schon früh den Schleier gelüftet, der verdeckte, wie die Sowjetunion Polen, Deutsche, Tschechen und Slowaken vom Nationalsozialismus befreite[25]

Ein letzter Grund für die Verschleierung ist subtiler und auch heikler zu erklären. Nach 1945 erschien der Genozid an den Juden als das Paradigma moderner Barbarei, und zwar so sehr, daß er allen Raum für die Wahrnehmung von Massenterror im zwanzigsten Jahrhundert beanspruchte. Nachdem sie zunächst das Besondere der Judenverfolgung durch die Nazis geleugnet hatten, erkannten die Kommunisten bald den Vorteil, den sie aus der Anerkennung dieser Besonderheit für die regelmäßige Mobilisierung des Antifaschismus ziehen konnten. »Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch« - mit dieser Brechtschen Schreckensvision gingen sie bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit hausieren. Neuerdings hat die Hervorhebung einer »Einzigartigkeit« des Genozids an den Juden, die die Aufmerksamkeit auf seine außergewöhnliche Grausamkeit lenkt, ebenfalls die Wahrnehmung vergleichbarer Tatsachen in der kommunistischen Welt behindert. Und schließlich: Ist es vorstellbar, daß die, die mit ihrem Sieg zur Zerstörung eines genozidalen Systems beigetragen hatten, selbst solche Methoden anwandten? Die am meisten verbreitete, reflexartige Antwort darauf war die Weigerung, ein solches Paradox für möglich zu halten.

Die erste große Wende in der offiziellen Haltung zu den kommunistischen Verbrechen datiert vom 24.2.1956. An jenem Abend steigt der Erste Sekretär Nikita Chruschtschow auf die Tribüne des XX. Parteitags der KPdSU. Die Sitzung ist nichtöffentlich, nur die Parteitagsdelegierten sind zugegen.

Entsetzt, in vollkommenem Schweigen, hören sie zu, wie der Erste Sekretär der Partei systematisch das Bild des »genialen Stalin«, des »Vaters der Völker« zerstört, der dreißig Jahre lang der Held des Weltkommunismus war. Dieser später als »Geheimrede« bekanntgewordene Bericht stellt einen entscheidenden Wendepunkt im zeitgenössischen Kommunismus dar. Zum erstenmal erkannte ein Kommunist aus der Führungsspitze offiziell - wenn auch ausschließlich zur Kenntnis der Kommunisten - an, daß das Regime, das 1917 die Macht ergriffen hatte, eine verbrecherische Seite hatte.

Es gibt viele Gründe dafür, daß Chruschtschow eines der größten Tabus des Sowjetregimes brach. Sein Hauptziel war, die Verbrechen des Kommunismus Stalin allein zuzuschreiben, das Übel somit einzugrenzen und auszumerzen, um das System als solches zu retten. Außerdem wollte er eine Attacke gegen den Stalinisten-Clan reiten, der sich seiner Macht im Namen der Methoden des früheren Chefs widersetzte. Diese Politiker wurden übrigens von Sommer 1957 an sämtlicher Ämter enthoben. Doch zum erstenmal seit 1934 folgte auf den politischen Tod nicht eine tatsächliche Tötung. Aus diesem simplen »Detail« läßt sich ersehen, daß Chruschtschows Motive nicht ganz oberflächlich waren. Er, der jahrelang über die Ukraine geherrscht und in dieser Rolle ungeheure Gemetzel veranlaßt und gedeckt hatte, schien des Blutvergießens müde zu sein. In seinen Memoiren (in denen er sich sicherlich in günstigem Licht darstellt) schildert Chruschtschow seine Stimmung: »Der Parteitag wird zu Ende gehen, und man wird Resolutionen verabschieden - alles eine Formsache. Aber was dann? Die Hunderttausende von Menschen, die erschossen wurden, werden weiterhin auf unserem Gewissen lasten.«[26]

Unvermittelt konfrontiert er die Genossen der Führungsspitze mit seinen Gedanken: »Was tun wir mit all denen, die verhaftet und ausgeschaltet wurden? [...] Wir wissen heute, daß die Menschen, die zur Zeit der Unterdrükkung gelitten haben, unschuldig waren. Wir haben unwiderlegbare Beweise, daß sie, weit davon entfernt. Feinde des Volkes zu sein, ehrliche Männer und Frauen waren, der Partei ergeben, der Revolution ergeben, der leninistischen Sache und dem Aufbau des Sozialismus und Kommunismus in der Sowjetunion ergeben. [...] Ich halte es für unmöglich, alles zu vertuschen. Früher oder später werden die Leute aus den Gefängnissen und Lagern kommen und in die Städte zurückkehren. Sie werden ihren Verwandten, Freunden, Genossen und allen daheim erzählen, was passiert ist. [...] Wir sind deshalb verpflichtet, den Delegierten offen einzugestehen, wie sich die Parteiführung während der fraglichen Jahre verhalten hat. [...] Wie können wir so tun, als wüßten wir nicht, was geschehen ist? [...] Wir wissen, daß es eine Herrschaft der Unterdrückung und Willkür in der Partei gegeben hat, und wir müssen dem Parteitag sagen, was wir wissen. [...] Im Leben eines jeden, der ein Verbrechen begangen hat, kommt ein Augenblick, da ihm ein Geständnis Milde, wenn nicht gar Verzeihung gewährleistet.«[27]

Bei einigen dieser Männer, die direkt an den unter Stalin begangenen Ver-

brechen beteiligt waren und ihre Karriere mehrheitlich der Vernichtung ihrer Vorgänger im Amt zu verdanken hatten, machte sich etwas wie Gewissensbisse bemerkbar. Gewiß war es eine begrenzte, eine interessierte Reue - Gewissensbisse von Politikern -, aber immerhin Reue. Irgend jemand mußte ja dem Morden Einhalt gebieten. Chruschtschow hatte den Mut dazu, selbst wenn er 1956 nicht zögerte, die sowjetischen Panzer nach Budapest zu schicken.

1961, auf dem XXII. Parteitag der KPdSU, erinnerte Chruschtschow nicht nur an die kommunistischen Opfer, sondern an alle Opfer Stalins, und schlug sogar die Errichtung eines Denkmals zu ihrem Gedächtnis vor. Wahrscheinlich hatte er die unsichtbare Grenze überschritten, jenseits derer das Grundprinzip des Systems in Frage gestellt wurde: das absolute Machtmonopol der Kommunistischen Partei. Das Denkmal wurde nie errichtet. 1962 autorisierte der Erste Sekretär die Veröffentlichung des Buches »Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch« von Alexander Solschenizyn. Am 24. Oktober 1964 wurde Chruschtschow brutal aus allen seinen Ämtern entfernt, aber auch er nicht liquidiert. Er starb 1971 in der Anonymität.

Sämtliche Fachleute erkennen die entscheidende Bedeutung der »Geheimrede« an, die zu einem tiefen Bruch in der Entwicklung des Kommunismus im 20. Jahrhundert führte. François Füret, der just 1954 aus der KPF ausgetreten war, schreibt dazu: »Der ›Geheimbericht‹ vom Februar 1956 verändert unmittelbar nach seinem Bekanntwerden grundlegend den Stellenwert der kommunistischen Idee in der Welt. Jetzt wird die Stimme gegen Stalins Verbrechen nicht mehr im Westen, sondern in Moskau - noch dazu im Allerheiligsten Moskaus, im Kreml - erhoben. Es handelt sich nicht mehr um die eines Kommunisten, der mit dem System gebrochen hat, sondern um die des weltweit ranghöchsten Kommunisten, des Vorsitzenden der Partei der Sowjetunion. Ihm haftet nicht derselbe Verdacht an wie den Ausführungen ehemaliger Kommunisten. Er verkörpert vielmehr die höchste Autorität, die in diesem System dem führenden Politiker zuerkannt wird. [...] Der nachhaltige Eindruck, den der ›Geheimbericht‹ hinterläßt, rührt daher, daß es keinen Widerspruch gibt.«[28]

Der Vorgang war um so paradoxer, als von Anfang an viele Zeitgenossen die Bolschewiken vor den Gefahren ihres Wegs gewarnt hatten. Ab 1917/18 standen sich innerhalb der sozialistischen Bewegung die auf das »Licht aus dem Osten« vertrauenden Gläubigen und die gegenüber, die die Bolschewisten unablässig kritisierten. Der Streit bezog sich im wesentlichen auf Lenins Vorgehensweise: Gewalt, Verbrechen, Terror. Doch während von den zwanziger bis zu den fünfziger Jahren die Schattenseite der bolschewistischen Erfahrung von zahlreichen Zeugen - Opfern oder qualifizierten Beobachtern - und in unzähligen Artikeln und Werken aufgezeigt wurde, war es nötig, daß die machthabenden Kommunisten selbst diese Realität eingestanden (wenn auch eingeschränkt), damit ein allmählich wachsender Teil der Öffentlichkeit sich des Dramas bewußt zu werden begann. Es war eine

eingeschränkte Anerkennung, denn die »Geheimrede« sprach nur von den kommunistischen Opfern. Aber sie war ein Eingeständnis. Es bestätigte die früheren Zeugenaussagen und Studien zum erstenmal und untermauerte, was jeder seit langem ahnte: Der Kommunismus hatte in Rußland zu einer ungeheuren Tragödie geführt.

Viele Führer der Bruderparteien waren nicht von vornherein davon überzeugt, daß jetzt die Zeit für Enthüllungen gekommen sei. Neben dem Wegbereiter Chruschtschow erscheinen sie sogar als Zurückgebliebene. Es dauerte bis 1979, daß die chinesische KP in der Politik Maos »große Verdienste« (bis 1957) und »große Irrtümer« (in der Zeit danach) erkannte. Die Vietnamesen behandeln die Frage nur unter dem Aspekt der Verdammung des von Pol Pot begangenen Völkermords. Was Castro betrifft, so leugnet er die unter seiner Führung geschehenen Greuel.

Bis zu jenem Moment wurden die kommunistischen Verbrechen nur von Feinden der Bolschewisten, trotzkistischen oder anarchistischen Dissidenten denunziert - ohne besonderen Erfolg. Die Überlebenden der kommunistischen Massaker waren ebensosehr bereit, Zeugnis abzulegen, wie die Überlebenden von NS-Massakern. Doch wurden sie kaum oder gar nicht gehört, vor allem nicht in Frankreich, wo nur kleine Gruppen, zum Beispiel die elsaß-lothringischen Malgrenous, unmittelbar Erfahrungen mit dem sowjetischen Lagersystem gemacht hatten[29]. Die meiste Zeit über wurden die Zeugnisse, die Erinnerungsschübe, die auf der Initiative weniger Einzelpersonen beruhenden Arbeiten unabhängiger Kommissionen - David Roussets Commission internationale sur le regime concentrationnaire, oder die »Commission pour la vcrite sur les crimes des Staline« - von der kommunistischen Propagandaflut zugeschüttet, begleitet von einem wachsweichen oder indifferenten Schweigen. Dieses Schweigen folgt im allgemeinen auf einen Moment der Sensibilisierung, ausgelöst vom Erscheinen eines Buchs - Solschenizyns »Archipel Gulag« - oder von einem Zeugnis, das unbestreitbarer als andere ist - die Kolyma-Erzählungen von Warlam Schatamow[30] oder »Du mußt überleben, mein Sohn!« von Pin Yathay[31] -, und es zeigt eine gewisse Widerwilligkeit gegenüber dem kommunistischen Phänomen, die typisch ist für mehr oder weniger große Teile der westlichen Gesellschaften. Bis jetzt haben sie sich geweigert, der Realität ins Auge zu sehen: Das kommunistische System hat, wenn auch in unterschiedlicher Stärke, eine grundsätzlich verbrecherische Dimension. Aufgrund dieser Weigerung beteiligten sie sich, im Sinne von Nietzsche, an der Lüge: »Sich weigern, etwas zu sehen, das man sieht, sich weigern, etwas zu sehen, wie man es sieht.«

Trotz all dieser Schwierigkeiten, die Frage zu behandeln, haben sich zahlreiche Beobachter daran versucht. Von den zwanziger bis zu den fünfziger Jahren stützten sich die Recherchen - mangels verläßlicherer Daten, die von der Sowjetregierung sorgfältig verheimlicht wurden - auf die Aussagen von Überläufern. Da nicht auszuschließen war, daß diese Aussagen (die für

Historiker so zweifelhaft sind wie jede Zeugenaussage) dem Wunsch nach Rache entsprangen, systematische Verleumdungen enthielten oder von einer antikommunistischen Macht manipuliert waren, wurden sie von den Beweihräucherern des Kommunismus grundsätzlich diskreditiert. Was war 1959 von der Beschreibung des Gulag durch einen hochrangigen KGB-Überläufer zu halten, so wie sie in einem Buch von Paul Barton[32] wiedergegeben wurde? Und was war von Paul Barton selbst zu halten, einem tschechoslowakischen Exilanten, der eigentlich Jiri Veltrusky hieß, 1945 in Prag den Aufstand gegen die Nazis mitorganisierte und sich 1948 gezwungen sah, aus seinem Land zu fliehen? Doch der Vergleich mit den inzwischen zugänglichen Archiven zeigt, daß die Information von 1959 absolut zuverlässig war.

In den siebziger und achtziger Jahren erschütterten die Bücher Solschenizyns - »Der Archipel Gulag«, später der Zyklus »Das rote Rad« über die russische Revolution - die öffentliche Meinung. Wahrscheinlich war der durch das Werk des genialen Chronisten verursachte Schock größer als die allgemeine Kenntnisnahme des schrecklichen Systems, das er beschrieb. Es war für Solschenizyn nicht leicht, durch die Kruste von Lügen zu dringen. 1975 verglich ihn ein Journalist einer großen französischen Tageszeitung mit Pierre Laval, Doriot und Deat, »die die Nazis als Befreier begrüßten«[33]. Dennoch gab Solschenizyns Zeugnis den Anstoß dazu, daß das Problem der Öffentlichkeit bewußt zu werden begann, wie auch das Zeugnis Schalamows über Kolyma, oder das Pin Yathays über Kambodscha. In jüngster Zeit hat Wladimir Bukowski, eine der wichtigsten Persönlichkeiten unter den sowjetischen Dissidenten der Ära Breschnew, unter dem Titel »Abrechnung mit Moskau«[34] erneut Protest erhoben. In diesem Buch fordert er ein den Nürnberger Prozessen vergleichbares Verfahren, in dem die verbrecherischen Aktivitäten des Sowjetregimes verurteilt werden sollen. Das Werk verzeichnete im Westen einen Achtungserfolg. Gleichzeitig sprießen die Veröffentlichungen zur Rehabilitation Stalins wie Pilze aus dem Boden.[35]

Aufweiche Motivation kann sich am Ende des 20. Jahrhunderts die Erforschung eines so tragischen, finsteren und umstrittenen Themas stützen? Heute bestätigen die Archive nicht nur die vorliegenden Zeugenaussagen, sie erlauben es auch, noch viel weiter zu gehen. Die internen Archive des Unterdrückungsapparats der Sowjetunion, der ehemaligen Volksdemokratien und Kambodschas bringen eine erschreckende Realität ans Licht - die Massivität und den systematischen Charakter des Terrors, der in vielen Fällen bis zum Verbrechen gegen die Menschlichkeit ging. Die Zeit ist gekommen, die sich allen Beobachtern immer wieder stellende Frage wissenschaftlich, belegt mit unbestreitbaren Fakten und frei von politisch-ideologischem Ballast zu bearbeiten: Welchen Platz nimmt das Verbrechen im kommunistischen System ein?

Was kann unter diesem Blickwinkel unser besonderer Beitrag sein? Un-

ser Ansatz entspricht zunächst einmal einer historiographischen Pflicht. Kein Thema ist für den Historiker tabu. Gefahren oder Druck jeglicher Art - politisch, ideologisch, persönlich - dürfen ihn nicht davon abhalten, den Weg der Kenntnisnahme, Ausgrabung und Auswertung von Fakten zu verfolgen, insbesondere wenn diese lange Zeit absichtlich in den Archiven und Gewissen verborgen waren. Die Geschichte des kommunistischen Terrors stellt eines der Hauptstücke einer europäischen Geschichte dar, die beide Enden des großen historiographischen Themas Totalitarismus zusammenhält. Der Totalitarismus hat eine nationalsozialistische, aber auch eine leninistisch/stalinistische Version. Es ist nicht länger akzeptabel, eine halbseitig gelähmte Geschichte zu schreiben, ohne Berücksichtigung der kommunistischen Variante. Auch kann man sich nicht länger auf eine Position zurückziehen, die die Geschichte des Kommunismus auf seine nationalen, sozialen und kulturellen Aspekte reduziert, zumal die Verwicklung in den Totalitarismus sich nicht auf Europa und die sowjetische Episode beschränkt. Sie betrifft ebenso das maoistische China, Nordkorea, das Kambodscha Pol Pots. Jede nationale Ausprägung des Kommunismus war wie über eine Nabelschnur mit der sowjetrussischen Matrix verbunden und trug gleichzeitig zur Entwicklung dieser weltweiten Bewegung bei. Die Geschichte, mit der wir hier zu tun haben, ist die eines Phänomens, das sich überall auf der Welt entfaltet hat und die ganze Menschheit betrifft.

Die zweite Aufgabe, die dieses Buch übernimmt, ist die Pflicht zur Erinnerung. Es ist eine moralische Verpflichtung, das Gedächtnis der Toten zu ehren, vor allem wenn es sich um unschuldige, anonyme Opfer eines Molochs handelt, der in seiner absoluten Macht selbst die Erinnerung an sie auslöschen wollte. Nach dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch des kommunistischen Machtzentrums in Moskau ist Europa - der Kontinent, von dem die tragischen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts ausgingen - dabei, wieder ein gemeinsames Gedächtnis aufzubauen. Wir können unseren Beitrag dazu leisten. Auch die Autoren des vorliegenden Buches sind Träger dieser Erinnerung, wobei der eine durch seinen Lebenslauf stärker mit Mitteleuropa, der andere durch sein Engagement 1968 oder später eher mit der revolutionären Idee und Praxis verbunden sein mag.

Diese doppelte Aufgabe des Erinnerns und der Geschichtsschreibung besteht in ganz verschiedenen Kontexten. Hier betrifft sie Länder, in denen der Kommunismus praktisch nie zum Tragen kam, weder in der Gesellschaft noch in der Regierung - Großbritannien, Australien, Belgien usw. Dort stellt sie sich in Ländern, in denen der Kommunismus - wie in den Vereinigten Staaten nach 1946 - ein gefürchtetes oder - wie in Frankreich, Italien, Spanien, Griechenland, Portugal - ein gefährliches Phänomen war, auch wenn er dort nie an die Macht kam. In wieder anderen Regionen drängt sich die Aufgabe unabweisbar auf: in Osteuropa und Rußland, wo der Kommunismus die Macht verlor, die er mehrere Jahrzehnte lang innegehabt hatte. Schließlich flackert die Aufgabe wie ein Flämmchen im Wind dort, wo der

Kommunismus noch an der Macht ist, in China, Nordkorea, Kuba, Laos, Vietnam.

Die Einstellung der Zeitgenossen zur Geschichte und zur Erinnerung ist je nach Situation unterschiedlich. In den ersten beiden Fällen handelt es sich um das vergleichsweise einfache Bemühen, zur Kenntnis zu nehmen und zu reflektieren. Im dritten Fall stehen die Menschen vor der Notwendigkeit der nationalen Versöhnung, mit oder ohne Bestrafung der Henker. In dieser Hinsicht bietet das vereinte Deutschland zweifellos das überraschendste und »wundervollste« Beispiel, zumindest wenn man an das jugoslawische Desaster denkt. Aber auch die ehemalige Tschechoslowakei, aus der die Tschechische und die Slowakische Republik entstanden sind, Polen und Kambodscha leiden an der Erinnerung und an der Geschichte des Kommunismus. Ein Quantum spontaner oder offizieller Amnesie mag unerläßlich scheinen, um die moralischen, psychischen, emotionalen, persönlichen und kollektiven Wunden zu verbinden, die ein halbes Jahrhundert oder mehr Kommunismus geschlagen hat. Dort, wo der Kommunismus noch an der Macht ist, organisieren die Henker oder ihre Erben entweder eine systematische Leugnung, wie auf Kuba oder in China, oder sie praktizieren nach wie vor den Terror als Regierungsform: in Nordkorea.

Diese Aufgabe der Geschichtsschreibung und Erinnerung hat einen moralischen Aspekt, das ist unbestreitbar. Und man könnte uns fragen: »Wer gibt euch das Recht, Gutes und Böses zu unterscheiden?«

Um diesen Aspekt ging es der katholischen Kirche - wenn auch nach den ihr eigenen Kriterien -, als Papst Pius XI. mit zwei Enzykliken im Abstand von nur wenigen Tagen den Nationalsozialismus (»Mit brennender Sorge« vom 14.3.1937) und den Kommunismus (»Divini redemptoris« vom 19.3.1937) verurteilte. Letztere betonte, daß Gott den Menschen mit Vorrechten ausgestattet habe: »dem Recht auf das Leben, auf die Unverletzlichkeit des Körpers, auf die zum Leben notwendigen Mittel; dem Recht, dem letzten Ziele auf dem von Gott vorgezeichneten Wege zuzustreben; dem Recht auf Zusammenschluß, Eigentum und Gebrauch des Eigentums«. Selbst wenn man der Kirche eine gewisse Heuchelei vorwerfen kann, weil sie die exzessive Bereicherung der einen dank der Enteignung der anderen guthieß, mindert das die Bedeutung ihres Appells hinsichtlich der Würde des Menschen nicht.

Schon 1931 hatte Pius XI. in seiner Enzyklika »Quadragesimo Anno« geschrieben, der Kommunismus »verfolgt in Theorie und Praxis seine beiden Hauptziele: schärfster Klassenkampf und äußerste Eigentumsfeindlichkeit. Nicht auf Schleich- und Umwegen, sondern mit offener und rücksichtsloser Gewalt geht er aufs Ziel. Vor nichts schreckt er zurück; nichts ist ihm heilig. Zur Macht gelangt, erweist er sich von unglaublicher und unbeschreiblicher Härte und Unmenschlichkeit. Die unseligen Trümmer und Verwüstungen, die er in dem ungeheueren Ländergebiet von Osteuropa und Asien angerichtet hat, sprechen eine beredte Sprache.« Diese Warnung ist erst richtig

zu würdigen, wenn man bedenkt, daß sie von einer Institution kommt, die jahrhundertelang im Namen des Glaubens Massaker an Ungläubigen rechtfertigte, die Inquisition aufbaute, der Gedankenfreiheit Maulkörbe verpaßte und später Diktaturen wie die Francos oder Salazars unterstützte.

Doch wenn die Kirche hier ihre Rolle als moralischer Richter wahrnimmt, wie soll, wie kann der Historiker schreiben angesichts der »heroischen« Darstellung der Parteigänger des Kommunismus oder der leidvollen Erzählung der Opfer? In seinen Memoiren schreibt François-Rene de Chateaubriand: »Wenn man im Schweigen der Erniedrigung nur mehr die Kette der Sklaven und die Stimme des Herrn vernimmt, wenn alles vor dem Tyrannen zittert und wenn es ebenso gefährlich ist, seine Gunst zu erlangen wie seine Ungnade heraufzubeschwören, tritt der Historiker hervor, beauftragt, die Völker zu rächen. Vergebens freut sich Nero seines Lebens, schon ist Tacitus im Imperium geboren.«[36] Wir sind weit davon entfernt, als Anhänger der rätselhaften »Rache der Völker« aufzutreten, an die Chateaubriand am Ende seines Lebens nicht mehr glaubte. Aber der Historiker wird in aller Bescheidenheit und fast gegen seinen Willen zum Sprecher derer, denen es wegen des Terrors verwehrt war, die Wahrheit über ihre Verhältnisse kundzutun. Seine Aufgabe ist das Bekanntmachen. Seine erste Pflicht ist die Feststellung von Fakten und Elementen der Wahrheit, die zum Wissen werden. Darüber hinaus ist die Beziehung des Historikers zur Geschichte des Kommunismus eine besondere: Er ist gezwungen, sich zum Geschichtsschreiber der Lüge zu machen. Selbst wenn ihm durch die Öffnung der Archive die für die Arbeit unverzichtbaren Dokumente zur Verfügung stehen, muß er sich vor Leichtgläubigkeit hüten. Viele komplexe Fragen dürften Gegenstand von Kontroversen sein, bei denen es nicht immer ohne Hintergedanken zugehen mag. Trotzdem kann sich diese Kenntnisnahme historischer Fakten nicht eines Urteils enthalten, das auf Grundwerte Bezug nimmt: auf die Einhaltung der Regeln der repräsentativen Demokratie und vor allem auf die Achtung vor dem Leben und der Würde des Menschen. An diesem Maßstab mißt der Historiker die Handelnden in der Geschichte.

Zu diesen allgemeinen Gründen, die Aufgabe der Erinnerung und der Geschichtsschreibung zu übernehmen, kommt bei einigen Autoren eine persönliche Motivation hinzu. Manchen war die Faszination des Kommunismus nicht immer fremd. Gelegentlich haben sie sich sogar im Rahmen ihrer Möglichkeiten im kommunistischen System engagiert, sei es in der orthodoxen marxistisch-leninistischen Strömung, sei es in den Neben- und abweichenden Strömungen (trotzkistisch, maoistisch). Wenn - und weil - diese Autoren in der Linken beheimatet bleiben, müssen sie über die Gründe für ihre Verblendung nachdenken. Dieses Nachdenken hat auch die Wege der Erkenntnis geprägt, die von der Wahl der Arbeitsgebiete, den wissenschaftlichen Veröffentlichungen und der Mitarbeit an Zeitschriften (»La Nouvelle Alternative«, »Communisme«) gekennzeichnet sind. Das vorliegende Buch gibt lediglich einen Moment der Reflexion wieder. Die Autoren

führen sie fort, denn sie sind sich bewußt, daß man das Vorrecht, die Wahrheit zu sagen, nicht einer sich immer stärker bemerkbar machenden extremen Rechten überlassen darf. Die Verbrechen des Kommunismus sind im Namen demokratischer Werte, nicht im Namen nationalfaschistischer Ideale zu analysieren und zu verurteilen.

Zu diesem Ansatz gehört das Vergleichen: von China über die Sowjetunion bis zu Kuba und Vietnam. Doch zur Zeit ist die Qualität der Dokumentation noch nicht einheitlich. In einigen Fällen stehen die Archive offen (oder halboffen), in anderen nicht. Das schien uns kein ausreichender Grund zu sein, die Arbeit aufzuschieben. Wir wissen aus sicherer Quelle genug über dieses Thema, um uns an ein Werk zu machen, das keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, sondern als Vorarbeit zu verstehen ist. Zu wünschen wäre, daß dies der Anfang eines breiten Stroms von Untersuchungen und Reflexionen wird. In einer ersten Erhebung haben wir möglichst viele Fakten zusammengestellt - ein erster Anlauf, der es wert ist, daß ihm zu gegebener Zeit viele andere Arbeiten folgen. Aber ein Anfang muß gemacht werden, und dabei dürfen nur die eindeutigsten, unbestreitbarsten, wichtigsten Fakten berücksichtigt werden.

Dieses Buch enthält viel Text und wenig Bilder. Hier berühren wir einen kritischen Punkt in der Verschleierung der Verbrechen des Kommunismus: In einer weltweit von den Medien übersättigten Gesellschaft, in der bald allein das Bild - ob als Fotografie oder als Fernsehbild - Glaubwürdigkeit verschafft, verfügen wir lediglich über einige wenige Archivfotos aus dem Gulag oder dem chinesischen Laogai, über keine einzige Aufnahme von der Entkulakisierung oder der Hungersnot des Großen Sprungs. Die Sieger von Nürnberg konnten die Tausende von Leichen im Lager Bergen-Belsen nach Belieben fotografieren und filmen, und man hat von den Henkern selbst aufgenommene Fotos gefunden, wie das von einem Deutschen, der aus nächster Nähe eine Frau erschießt, während sie ihr Kind in den Armen hält. Nichts dergleichen für die kommunistische Welt, in der der Terror das bestgehütete Geheimnis war.

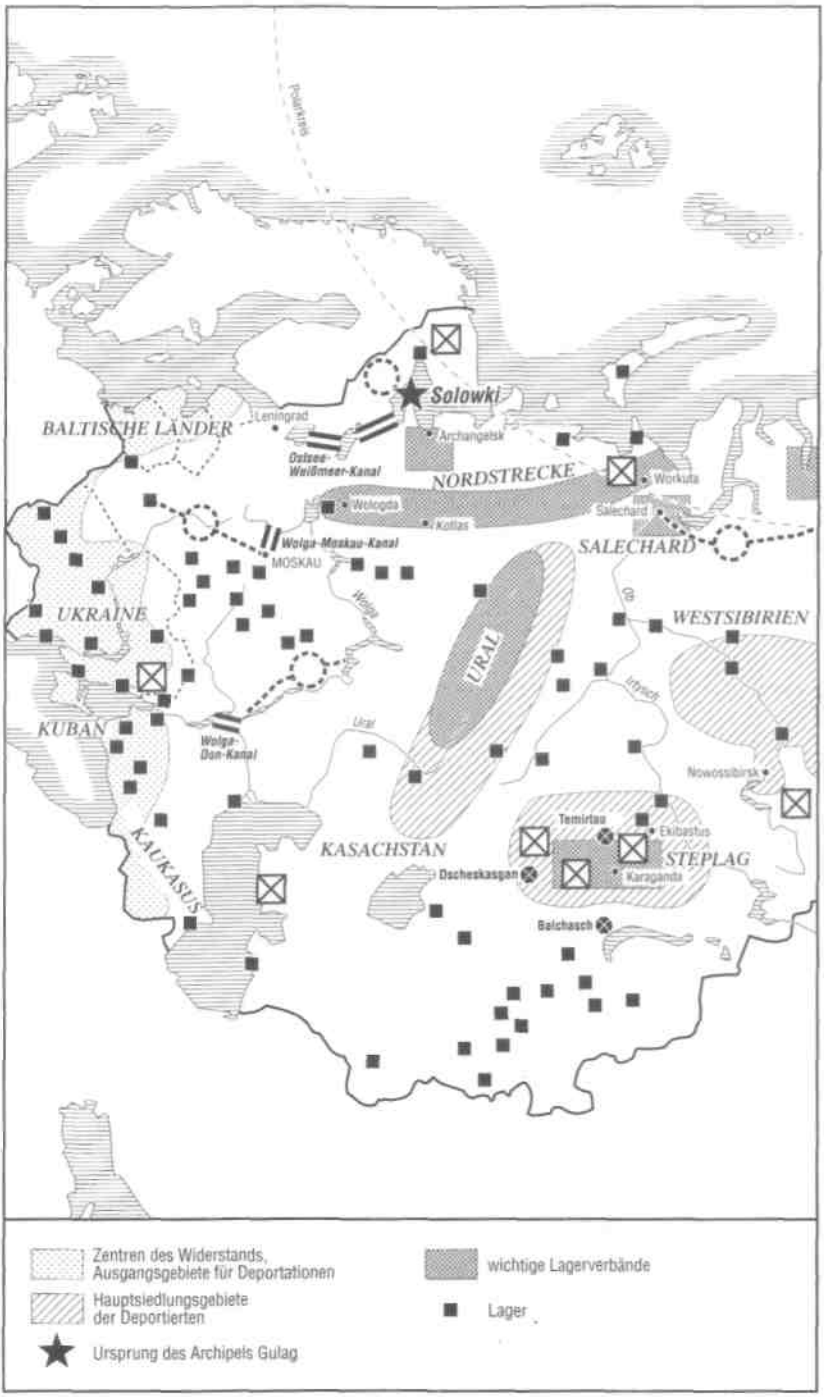
Der Leser/die Leserin möge sich nicht mit den wenigen hier zusammengestellten Bilddokumenten zufriedengeben. Nehmen Sie sich Zeit und lernen Sie Seite um Seite den Leidensweg von Millionen Menschen kennen. Es ist unerläßlich, daß Sie Ihre Phantasie bemühen, um sich die ungeheure Tragödie vorstellen zu können, die die Weltgeschichte auch in den kommenden Jahrzehnten noch prägen wird. Dann stellt sich die Hauptfrage: Warum? Warum hielten es Lenin, Trotzki, Stalin und die anderen für notwendig, all die, die sie als Feinde bezeichneten, auszulöschen? Warum glaubten sie, sie dürften das ungeschriebene Gesetz brechen, das das Leben der Menschen regiert: »Du sollst nicht töten«? Der Versuch einer Antwort auf diese Frage findet sich im Kapitel »Warum?«.

Teil Eins

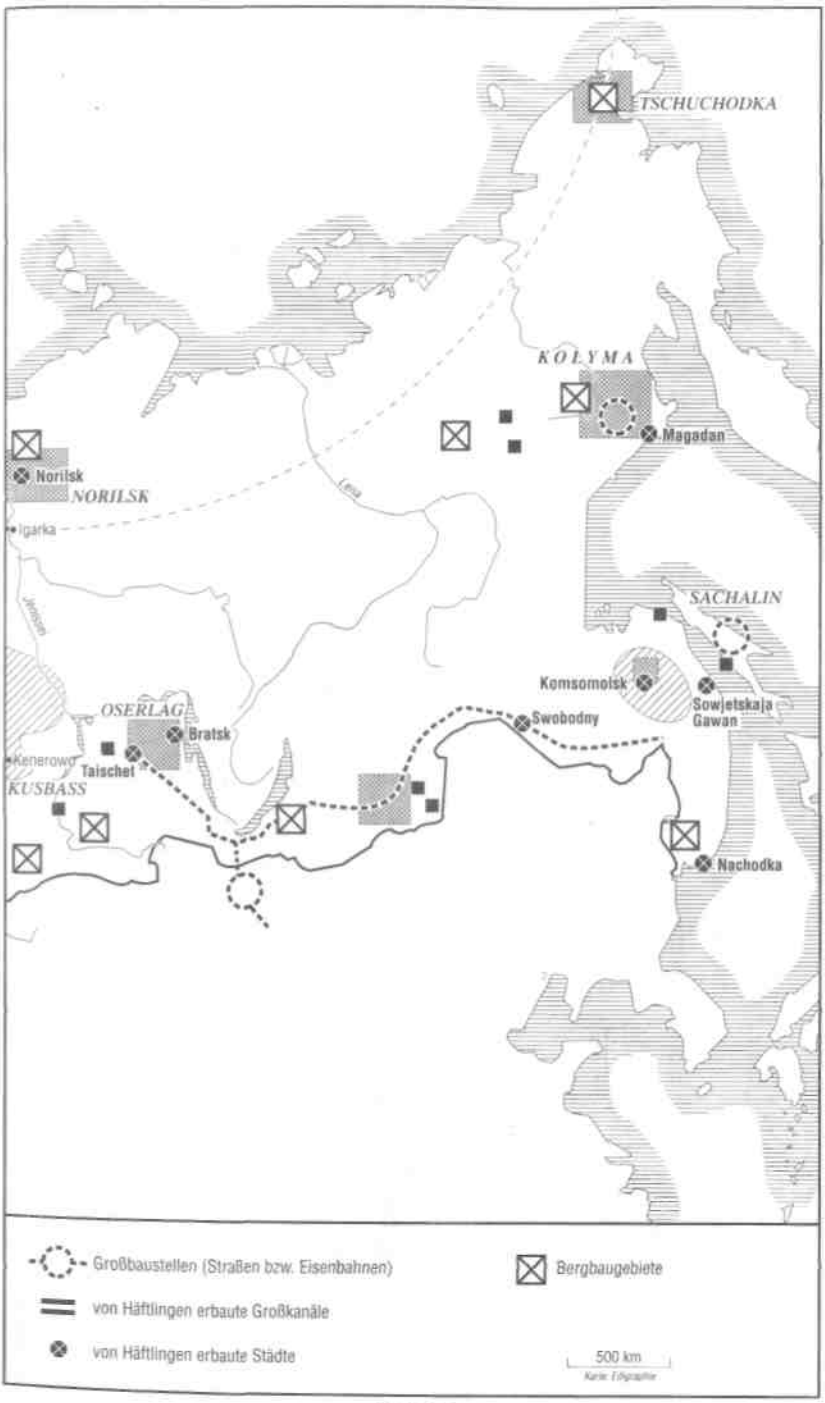
Ein Staat gegen sein Volk

Gewalt, Unterdrückung und Terror in der Sowjetunion

von Nicolas Werth

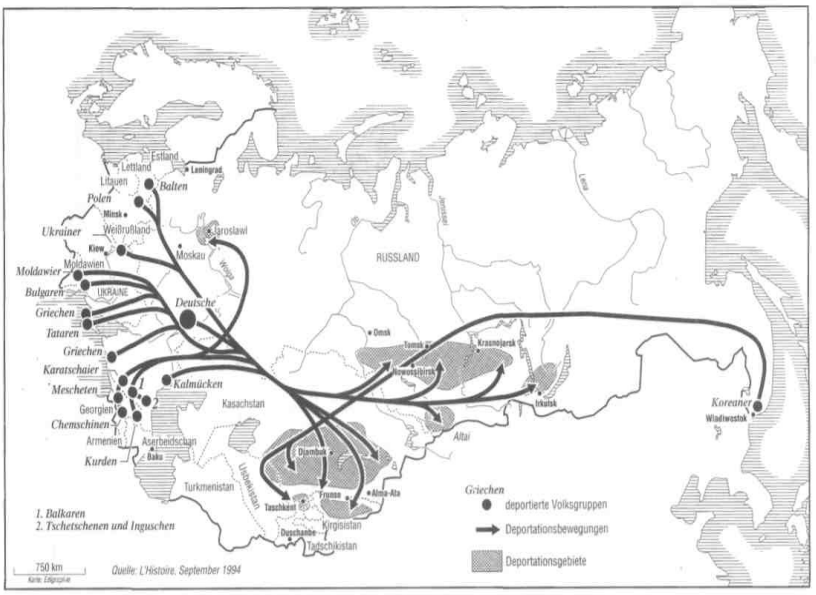


DER ARCHIPEL

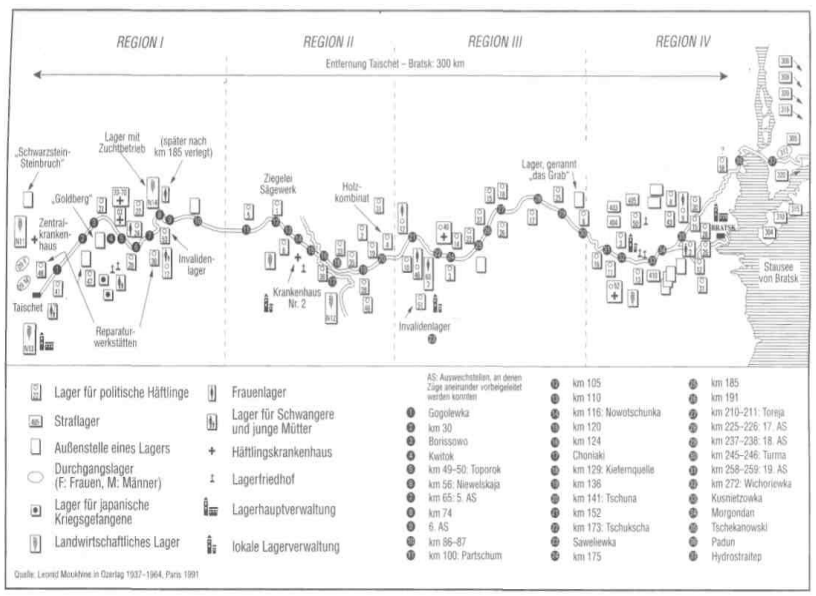

TSCHUCHODKA
KOŁYMA
Magadan
Norilsk
NORILSK
Igarka
Jenissei
SACHALIN
Komsomolsk
Sowjetskaja Gawan
Swobodny
OSERLAG
Bratsk
Kenerowo
Taischet
KUSBASS
Nachodka
Großbaustellen (Straßen bzw. Eisenbahnen)
Bergbaugebiete
von Häftlingen erbaute Großkanäle
von Häftlingen erbaute Städte
500 km

GULAG

WEGE DER DEPORTATION



DER ARCHIPEL OSERLAG



scan & corr by rz 08/2008

1
Oktober 1917: Gegensätzliche Standpunkte und Mißverständnisse

»Mit dem Untergang des Kommunismus entfiel die Notwendigkeit, die *Große Sozialistische Oktoberrevolution* als ein ›historisch unausweichliches Ereignis‹ darzustellen. Endlich konnte das Geschehen von 1917 zu einem ›normalen‹ geschichtlichem Thema werden. Leider fehlt bei den Historikern und erst recht in unserer Gesellschaft die Bereitschaft, mit dem Gründungsmythos des Jahres Null zu brechen, jenes Jahres, in dem alles begonnen haben soll: das Glück oder das Unglück des russischen Volkes.«

Mit diesen Worten verdeutlicht ein russischer Historiker unserer Tage eine feststehende Tatsache: Selbst 80 Jahre nach dem Ereignis geht der »Streit um die Darstellung« von 1917 weiter.

Für eine erste, durchaus als »liberal« zu bezeichnende historische Schule war die Oktoberrevolution nur ein Putsch, der mit Gewalt einer passiven Gesellschaft aufgezwungen wurde; sozusagen das Ergebnis einer geschickt ausgeklügelten Verschwörung einer Handvoll disziplinierter und zynischer Fanatiker, die im Land keinen wirklichen Rückhalt besaßen. Fast alle russischen Historiker, aber auch die gebildete Elite und die Führungskräfte des postkommunistischen Rußlands haben sich heute diese liberale Vulgata zu eigen gemacht. Befreit von ihrer sozialen und historischen Komponente, erscheint die Oktoberrevolution von 1917 als ein Unfall, der das vorrevolutionäre Rußland - ein reiches, hart arbeitendes Rußland auf dem besten Wege in die Demokratie - von seinem natürlichen Kurs abgebracht hat. Solange die beachtliche Kontinuität der Führungskräfte, die alle der kommunistischen Nomenklatura angehörten, andauert, wird man den symbolischen Bruch mit dem »monströsen sowjetischen Zwischenspiel« um so stärker hervorheben. Dies hat einen großen Vorteil: Die russische Gesellschaft wird von einem Schuldgefühl befreit, von einem Gefühl der Reue, das in den von der schmerzlichen Wiederentdeckung des Stalinismus geprägten Perestroika-Jahren eine starke Belastung gewesen ist. Wenn der bolschewistische Staatsstreich von 1917 nur ein Unfall war, so war das russische Volk nur ein unschuldiges Opfer.

Im Gegensatz dazu sah die sowjetische Geschichtsforschung in der Oktoberrevolution von 1917 ein logisches, vorhersehbares und unausweichliches

Ergebnis, für das sich die »Massen« auf ihrem Weg in die Freiheit bewußt dem Bolschewismus angeschlossen hatten. Mit einer Reihe von Umgestaltungen haben diese Geschichtsforscher den »Streit um die Darstellung« von 1917 mit der Frage nach der Legitimität des sowjetischen Regimes verknüpft. Wenn sich mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution der Sinn der Geschichte erfüllt hat und alle Völker in diesem Ereignis ein Befreiungssignal sehen dürfen, so bleiben das politische System mit seinen Institutionen und der Staat, die beide daraus hervorgegangen sind, trotz aller Fehler, die der Stalinismus begangen haben mag, legitim. Der Sturz des Sowjetregimes entzog natürlich der Oktoberrevolution von 1917 jegliche Legitimität und ließ die marxistisch gefärbte Vulgata verschwinden, die - um einen bekannten bolschewistischen Ausdruck zu gebrauchen - »auf der Müllhalde der Geschichte« landete. Doch wie die Erinnerung an die Angst bleibt auch die Erinnerung an jene Vulgata lebendig, im Westen vielleicht noch stärker als in der ehemaligen UdSSR.

In ihrer Ablehnung der liberalen wie auch der marxistisch gefärbten Vulgata bemüht sich eine dritte Richtung der Geschichtsforschung, die Geschichte der russischen Revolution zu »de-ideologisieren« und - um mit den Worten des Schriftstellers Marc Ferro zu sprechen - zu begreifen, daß »der Aufstand vom Oktober 1917 wohl eine Massenbewegung gewesen ist, an der jedoch nur eine kleine Zahl teilgenommen hat«. Viele Historiker sind nicht bereit, dem stark vereinfachten Schema der heute allgemein vorherrschenden liberalen Geschichtsschreibung zu folgen. Bei ihren Überlegungen zu 1917 geht es auch um grundsätzliche Fragen. Welche Rolle spielten die Militarisierung der Wirtschaft und die Verrohung der sozialen Beziehungen? Beides ist auch auf die russische Beteiligung am Ersten Weltkrieg zurückzuführen. Kam es dadurch zu einem spezifisch sozialen Gewaltpotential als Grundlage für ein politisches Gewaltpotential, das sich später gegen die Gesellschaft richtete? Wie konnte eine so grundsätzlich antiautoritäre und staatsverneinende plebejische Volksrevolution eine politische Gruppierung an die Macht bringen, die in ihrem Glauben an die Diktatur und den Staat nicht zu überbieten war? Im Laufe des Jahres 1917 kam es in der russischen Gesellschaft zu einer nicht zu leugnenden Radikalisierung. Welche Rolle spielte der Bolschewismus dabei?

Durch den zeitlichen Abstand und die zahlreichen Beiträge einer konfliktreichen und deshalb geistig anregenden Geschichtsforschung stellt sich uns heute die Oktoberrevolution von 1917 als ein zeitliches Aufeinandertreffen von zwei Bewegungen dar: eine politische Machtergreifung als Frucht eines sorgfältig vorbereiteten Aufstands, wodurch eine Partei nach oben kommt, die sich in ihren Praktiken, in ihrer Organisation und Ideologie grundlegend von allen anderen Trägem der Revolution unterscheidet; und eine umfassende, vielgestaltige und autonome soziale Revolution, die ganz unterschiedliche Erscheinungsformen kennt: Zunächst einmal handelt es sich um einen großen Bauernaufstand; eine breite Bewegung, deren Wut-

zeln weit in die Geschichte zurückreichen und die sich nicht nur durch vordergründigen Haß auf den Grundherrn auszeichnet, sondern auch durch ein tiefes Mißtrauen des Bauern gegenüber der Stadt, der Außenwelt und gegenüber jeder Form staatlicher Einmischung.

So gesehen bilden der Sommer und der Herbst des Jahres 1917 den endlich siegreichen Abschluß einer ganzen Serie von Aufständen, die 1902 begonnen und in den Jahren 1905 bis 1907 einen ersten Höhepunkt erreicht hatten. Das Jahr 1917 ist eine entscheidende Etappe der großen Agrarrevolution, während der sich die Bauernschaft und die Großgrundbesitzer um die Aufteilung der Ländereien streiten. Es geht um die sehnlichst erwartete »schwarze Umverteilung«, nach der das ganze Land entsprechend der Anzahl der in einer Familie zu ernährenden Personen aufgeteilt werden sollte. Aber auch für die Auseinandersetzung zwischen der Bauernschaft und dem Staat ist es eine wichtige Etappe. Die Landbevölkerung will sich nicht mehr von den Städten bevormunden lassen. In diesem Konflikt stellt das Jahr 1917 allerdings lediglich einen Meilenstein in einer langen Reihe von Kämpfen dar, die in den Jahren 1918 bis 1922 und 1929 bis 1933 ihren Höhepunkt erreichen und letztendlich zu einer völligen Niederlage des Bauernstandes fuhren, denn die mit Gewalt durchgesetzte Kollektivierung trifft die Landwirtschaft in ihrer Substanz.

Parallel zum Bauernaufstand kam es 1917 zu einer weitgehenden Auflösung der Armee. Sie bestand aus fast 10 Millionen Bauernsoldaten, die seit über drei Jahren zum Kriegsdienst verpflichtet waren, den Sinn dieses Krieges jedoch nicht begriffen. Fast alle Generäle beklagten den mangelnden Patriotismus dieser politisch nur dürftig in die Nation integrierten Bauernsoldaten, deren staatsbürgerliche Interessen nicht über die Grenzen ihres dörflichen Gemeinwesens hinausgingen.

Eine dritte, ebenfalls wichtige Bewegung geht von einer sozialen Minderheit aus, die nur 3 % der arbeitenden Bevölkerung ausmacht, aber in ihrer starken Konzentration auf die großen Städte des Landes politisch agiert: die Arbeiterschaft. In diesem Milieu verdichten sich alle sozialen Widersprüche einer vor knapp einer Generation begonnenen wirtschaftlichen Modernisierung. Daraus entwickelt sich eine arbeiterspezifische Protestbewegung mit ihrer unverkennbar revolutionären Forderung nach »Arbeiterkontrolle« und der altbekannten Parole »Alle Macht den Sowjets«.

Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Emanzipierung der verschiedenen Nationalitäten und Völker des Zarenreiches zeichnet sich eine vierte Bewegung ab, deren Forderungen zunächst auf eine größere Autonomie, später auf die Unabhängigkeit zielen.

Jede dieser Bewegungen nimmt einen anderen Verlauf, besitzt eine ihr eigene Dynamik und steht für ihre ganz spezifischen Ziele, die natürlich nicht auf die bolschewistischen Schlachtrufe und das politische Handeln dieser Partei zu reduzieren sind. Während des Jahres 1917 arbeiten diese Bewegungen als *zersetzende Kräfte* intensiv an der Zerstörung der herkömm-

lichen Institutionen und - im allgemeinen Sinne - an der Untergrabung jeglicher Form von Autorität. Durch das Verschwinden dieser Institutionen entsteht ein Freiraum, in dem die Bolschewiki als politische Minderheit agieren. Ende 1917 geht das Handeln dieser Bolschewiki für einen kurzen, aber entscheidenden Moment konform mit den Erwartungen der Mehrheit, auch wenn die mittel- und langfristigen Ziele der einzelnen Bewegungen stark voneinander abweichen. Für einen kurzen Augenblick laufen politischer Staatsstreich und soziale Revolution zusammen oder - besser gesagt - prallen aufeinander, um dann auf dem Wege in eine jahrzehntelange Diktatur wieder auseinanderzudriften.

Für die im Herbst 1917 ausbrechenden sozialen und nationalen Bewegungen ist die angespannte Wirtschaftslage ein günstiger Nährboden gewesen: Während des totalen Krieges, der ohnehin schon eine Regression und eine allgemeine Gewaltzunahme mit sich brachte, kam es zu einer Wirtschaftskrise, zu tiefgreifenden sozialen Veränderungen und zum Staatsbankrott.

Der vom Ersten Weltkrieg erhoffte neue Impuls für die zaristische Regierung und die Konsolidierung der noch unvollkommenen Sozialstruktur blieben aus. Statt dessen zeigte der Krieg die Schwächen eines autokratischen Regimes, das bereits während der Revolution von 1905/6 ins Wanken geraten war und durch seine inkonsequente Politik, die einmal unzureichende Zugeständnisse machte und ein andermal Härte demonstrierte, seinen letzten Vertrauenskredit verspielt hatte. Der Krieg deckte auch die Schwächen der noch nicht beendeten wirtschaftlichen Modernisierung auf, denn man war auf regelmäßige Lieferungen von Kapital, Spezialisten und Technologien aus dem Ausland angewiesen. Durch den Krieg offenbarte sich erneut der tiefe Riß zwischen einem urbanen, industriellen und von der Regierung bestimmten Rußland und dem bäuerlichen, politisch nicht integrierten und noch weitgehend in seinen lokalen und dörflichen Strukturen verhafteten Rußland.

Wie die anderen Kriegsparteien setzte auch die Zarenregierung auf einen kurzen Krieg. Die Sperrung der Meerengen und die Wirtschaftsblockade machten überdeutlich, wie sehr das Zarenreich von seinen ausländischen Lieferanten abhängig war. Mit dem Verlust der westlichen Provinzen, die ab 1915 von deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen besetzt waren, verfügte Rußland nicht mehr über die Produkte der polnischen Industrie, die zu den bestentwickelten des Reiches gezählt hatte. Die staatliche Wirtschaft kam durch den fortdauernden Krieg schnell zum Erliegen. Bereits 1915 brach wegen fehlender Ersatzteile das Transportsystem der Eisenbahn zusammen. Da fast alle Betriebe militärisch genutzt wurden, war der Binnenmarkt nicht aufrechtzuerhalten. Schon nach wenigen Monaten waren im Hinterland keine Industrieprodukte mehr zu bekommen. Im ganzen Land kam es zu schweren Versorgungsengpässen, und die Inflationsrate stieg. Auch auf dem Land verschlechterte sich die Lage rapide: Mit einem Schlage waren sämtliche Agrarkredite gesperrt und die Bodenreform gestoppt, die Männer wurden zwangsweise zum Kriegsdienst eingezogen, Vieh und Ge-

treide wurden beschlagnahmt. Industrieerzeugnisse waren Mangelware und an einen Warenaustausch zwischen den Städten und den ländlichen Regionen war nicht mehr zu denken. Der seit 1906 so erfolgreich in die Wege geleitete Modernisierungsprozeß der Landwirtschaft war jäh unterbrochen. Premierminister Piotr Stolypin, der Initiator der Modernisierung, war bereits 1910 ermordet worden. Die drei Kriegsjahre bestärkten bei den Bauern deren Vorstellung vom Staat als einer fremden, feindlichen Macht. Die täglichen Erniedrigungen in der Armee, wo der Soldat weniger als Bürger sondern als Leibeigener behandelt wurde, verschärften die Spannungen zwischen der einfachen Mannschaft und den Offizieren, und die militärischen Niederlagen nahmen der in allzu weiter Ferne sitzenden Zarenregierang das letzte Ansehen, das ihr noch geblieben war. Archaisches Denken und Gewalt waren auf dem Lande seit jeher präsente Kräfte, die sich bereits während den großen Bauernrevolten von 1902 bis 1906 stark bemerkbar gemacht hatten und nun neuen Auftrieb erhielten.

Gegen Ende des Jahres 1915 verlor die Regierung endgültig die Kontrolle über das Land. Angesichts der passiven Regierung und der Ohnmacht des Staates organisierten sich überall Vereinigungen und Verbände, die in Selbsthilfe die täglichen Aufgaben übernahmen: Die Pflege der Verwundeten und die Versorgung der Städte und der Armee. Die Russen gingen zur Selbstregierung über; es war der Beginn einer großen, sich aus der Gesellschaft heraus entwickelnden Bewegung, die niemand richtig abschätzen konnte. Um aber über die gleichermaßen aktiven zersetzenden Kräfte triumphieren zu können, hätte es einer politischen Macht bedurft, die diese Bewegung fördert und unterstützt.

Nikolaus II. schlug jedoch keine Brücke zwischen der Macht und den vorwärtsstrebenden Elementen der Bürgergesellschaft, sondern klammerte sich an seine monarchisch-populistische Utopie vom »Väterchen Zar, dem Heerführer seines treuen Bauernvolkes«. Er übernahm selber den Oberbefehl, was in Anbetracht der nationalen Niederlage einem Selbstmord der Autokratie gleichkam. Dem isoliert in seinem Sonderzug im Generalquartier von Mogilew sitzenden Zaren waren bereits im Herbst 1915 die Regierungszügel entglitten, und er vertraute auf seine Frau, die wegen ihrer deutschen Herkunft ausgesprochen unbeliebte Zarin Alexandra.

Während des Jahres 1916 scheint sich die politische Macht vollends aufzulösen. Die Reichsduma, die einzige gewählte Versammlung - so wenig repräsentativ sie auch war -, tagte nur noch wenige Wochen im Jahr. Es kam zu einem ständigen Wechsel der Regierungen und Minister, alle gleich inkompetent und unbeliebt. Ein Gerücht machte die Runde, daß die einflußreiche Clique um die Zarin und Rasputin dem feindlichen Heer die Landesgrenzen öffnen wolle. Es wurde offensichtlich, daß die Autokratie zu einer ordentlichen Kriegsführung nicht mehr in der Lage war. Ende 1916 war das Land unregierbar geworden. Die Ermordung Rasputins am 31. Dezember ist ein weiterer Hinweis auf die politische Krise. Die Streikwelle, die zu Beginn

des Krieges fast bedeutungslos geworden war, schwoll wieder an. Die Unruhen griffen auf die Armee über, denn wegen der katastrophalen Zustände im Transportwesen war das Versorgungssystem zusammengebrochen. Es war eine bereits völlig abgewirtschaftete und geschwächte Regierung, die von den Ereignissen des Februars 1917 überrascht wurde.

Nachdem die Arbeiter fünf Tage lang auf die Straße gegangen und einige tausend Männer der Petrograder Garnison in der gleichen Zeit einem Aufruf zur Meuterei gefolgt waren, kam es zum Sturz des Zarenregimes. Dies zeigt nicht nur die Schwäche des Zarentums und den Auflösungszustand einer Armee, an die sich der Generalstab für die Niederschlagung der Volksunruhen nicht zu wenden wagte, sondern auch, wie wenig die zutiefst entzweiten Oppositionskräfte politisch darauf vorbereitet waren, angefangen beim liberalen Flügel der konstitutionellen Demokraten bis hin zu den Sozialdemokraten.

Der spontane Volksaufstand, der auf der Straße begann und in den von der Außenwelt abgeschlossenen Kabinettsräumen des Taurischen Palais endete, wurde zu keinem Zeitpunkt von den Kräften der politischen Opposition angeführt. Die Liberalen hatten Angst vor der Straße; die sozialistischen Parteien fürchteten eine militärische Reaktion. Zwischen den über ein Anwachsen der Unruhen besorgten Liberalen und den Sozialisten, die natürlich die Stunde der »bürgerlichen« Revolution gekommen sahen - einer Revolution, die nur als erste Etappe eines langen Prozesses allmählich den Weg für eine sozialistische Revolution ebnen würde -, kam es zu langwierigen Verhandlungen, die schließlich zur unausgesprochenen Doppelmacht-Formel führten: auf der einen Seite die um die Ordnung besorgte provisorische Regierung, die auf eine parlamentarische Staatsform und auf ein kapitalistisches, modernes und liberales Rußland hinarbeitete, das fest zu seinen französischen und britischen Verbündeten stand; auf der anderen Seite die Petrograder Sowjetmacht, eine Handvoll militanter Sozialisten, die sich eben erst zusammengefunden hatten und vorgaben, in der großen Tradition des Sowjets von St. Petersburg aus dem Jahre 1905 zu stehen, der auf eine direktere und revolutionärere Weise die »Massen« vertreten hatte. Aber diese »Sowjetmacht« war selbst ständigen Bewegungen und Veränderungen unterworfen, abhängig von der Entwicklung seiner dezentralisierten, überall Knospen treibenden Strukturen und mehr noch von den Launen einer wankelmütigen öffentlichen Meinung.

Die drei provisorischen Regierungen, die vom 2. März bis zum 25. Oktober einander ablösten, waren nicht in der Lage, die Probleme, die ihnen das Zarenregime als Erbschaft hinterlassen hatte, zu lösen: die Wirtschaftskrise, den fortdauernden Krieg, die Arbeiterfrage und das Agrarproblem. Die neuen Machthaber - in den ersten beiden Regierungen mehrheitlich Liberale der konstitutionell-demokratischen Partei, in der dritten überwiegend Menschewiki und Sozialrevolutionäre - gehörten alle zur gebildeten städtischen Elite, zu jenen vorwärtsstrebenden Elementen der Bürgergesellschaft, die

zwischen dem blind-naiven Vertrauen in das »Volk« und der Furcht vor den sie umgebenden, ihnen völlig fremden »unheimlichen Massen« hin- und her schwankten. Zumindest in den ersten Revolutionsmonaten waren sie angesichts der erstaunlichen Friedfertigkeit zum großen Teil der Meinung, daß man dem durch die Krise und den Sturz des Zarenregimes ausgelösten demokratischen Schub freien Lauf lassen sollte. Rußland zum »freiesten Land der Welt« zu machen, war der Traum von Idealisten wie dem Prinzen Lwow, dem Chef der beiden ersten provisorischen Regierungen.

»Der russische Geist«, so sagt er in einer seiner ersten Erklärungen, »offenbart sich als ein von seiner Natur her ganz und gar demokratischer. Er ist nicht nur bereit, in der universellen Demokratie aufzugehen, sondern will auf dem Wege des Fortschritts sogar eine Vorreiterrolle übernehmen, angeführt von den Leitprinzipien der Französischen Revolution: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.«

In dieser felsenfesten Überzeugung hat die provisorische Regierung eine ganze Reihe weiterer demokratischer Maßnahmen erlassen: grundlegende Freiheiten, das allgemeine Wahlrecht, die Abschaffung jeglicher sozialer, rassischer oder religiöser Diskriminierung, das Selbstbestimmungsrecht für Polen und Finnland, das Autonomieversprechen für die nationalen Minderheiten usw. Diese Maßnahmen sollten ein patriotisches Hochgefühl aufkommen lassen, den sozialen Zusammenhalt fordern, den militärischen Sieg auf Seiten der Alliierten sichern und das neue Regime fest in das System der westlichen Demokratien einbinden.

In ihrer pedantischen Sorge um Legalität lehnte es die Regierung jedoch ab, im Kriegszustand wichtige, für die Zukunft bindende Maßnahmen zu treffen. Man wollte eine verfassunggebende Versammlung abwarten, deren Wahl für den Herbst 1917 vorgesehen war Die Regierung wollte bewußt »provisorisch« bleiben und legte deshalb die dringlichsten Probleme auf Eis: den Frieden und die Landverteilung. Für die Wirtschaftskrise, die mit der Fortdauer des Krieges einherging, fand die provisorische Regierung in den wenigen Monaten ihrer Existenz auch keine besseren Lösungen als das zaristische Regime: Versorgungsengpässe, Inflation, Unterbrechungen des Warenaustausches, Betriebsschließungen und das Ansteigen der Arbeitslosigkeit sorgten für zusätzliche soziale Spannungen.

Angesichts der abwartenden Haltung der Regierung organisierte sich die Gesellschaft weiterhin selbständig. In wenigen Wochen bildete sich eine Unzahl von Sowjets, von Betriebs- und Stadtteilkomitees, von bewaffneten Arbeitermilizen (den »Roten Garden«), von Bauern-, Soldaten-, Kosaken- und Hausfrauenverbänden. Überall schuf man Diskussionsforen und Versammlungsorte, auf denen Forderungen und eine öffentliche Meinung formuliert wurden und eine andere Art Politik zum Ausdruck kam. Es war ein regelrechtes Befreiungsfest, das von Tag zu Tag gewaltsamere Formen annahm, denn in der Februarrevolution kamen lang angestaute Ressentiments und soziale Frustrationen zum Ausbruch. Die *Mitingowanje* (Dauermeeting) war

das genaue Gegenteil der parlamentarischen Demokratie, von der die Politiker des neuen Regimes träumten. Im Laufe des Jahres 1917 nahm die Radikalität der Forderungen und der sozialen Bewegungen unübersehbar zu.

Ihren wirtschaftlichen Forderungen nach einem 8-Stunden-Tag, einer Sozialversicherung, einer Lohnerhöhung und nach der Streichung der Bußgelder und anderer Strafmaßnahmen schlossen die Arbeiter politische Forderungen an. Hier ging es um eine radikale Umgestaltung der sozialen Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und um eine andere Form der Macht. Die Arbeiter wollten sich in Betriebsräten organisieren, um so vor allem die Einstellungen und Entlassungen kontrollieren zu können und die Arbeitgeber an ungerechtfertigten Betriebsschließungen wegen angeblicher Versorgungsengpässe zu hindern. Daraus entstand die Forderung nach einer »Arbeiterkontrolle« über die Produktion. Doch um diese Arbeiterkontrolle durchsetzen zu können, bedurfte es einer völlig neuen Regierungsform. Allein die »Sowjetmacht« war zu radikalen Maßnahmen wie die Zwangsverwaltung und Verstaatlichung der Betriebe in der Lage. Forderungen dieser Art waren im Frühjahr 1917 noch unbekannt, doch bereits sechs Monate später wurden sie immer häufiger vorgetragen.

Im Revolutionsjahr 1917 spielten die Bauernsoldaten - eine Masse von 10000000 mobilisierten Männern - die entscheidende Rolle. Fahnenflucht und Pazifismus beschleunigten den Auflösungsprozeß der russischen Armee und sorgten für den allgemeinen Zusammenbruch der Institutionen. Die Soldatenausschüsse, die die provisorische Regierung bereits im ersten von ihr verabschiedeten Text anerkannt hatte - dem berühmten Dekret Nr. 1, einer wahren Charta der »Soldatenrechte«, welche die härtesten disziplinarischen Regeln des alten Regimes abschaffte -, dehnten ihre Vorrechte ständig aus. Schließlich lehnten sie sogar den einen oder anderen Offizier ab, wählten sich einen neuen, mischten sich in die militärische Strategie ein und schwangen sich zu einer bisher nicht gekannten »Soldatenmacht« auf. Auf der Grundlage dieser Soldatenmacht entwickelte sich ein typischer »Schützengraben-Bolschewismus«, den General Brusilow, der Oberbefehlshaber der russischen Armee, folgendermaßen beschrieb: »Die Soldaten hatten nicht die geringste Ahnung vom Kommunismus, vom Proletariat oder der Verfassung. Sie wollten Frieden, Land und ein freies Leben ohne Gesetze, Offiziere und Großgrundbesitzer. Ihr ›Bolschewismus‹ war in Wirklichkeit nur eine wunderbare Sehnsucht nach grenzenloser Freiheit, nach der Anarchie.«

Als im Juni 1917 die letzte russische Offensive scheiterte, spielte die russische Armee verrückt: Hunderte von Offizieren wurden von der Truppe der »Konterrevolution« bezichtigt, von den Soldaten verhaftet und nicht selten massakriert. Die Zahl der Fahnenflüchtigen stieg rapide an, in den Monaten August und September waren es täglich mehrere zehntausend. Die Bauernsoldaten hatten bald nur noch einen Gedanken im Kopf: heimzukehren, um die Verteilung des Landes und des Viehbestandes der Großgrundbesitzer nicht zu verpassen. Von Juni bis Oktober 1917 haben zwei Millionen Solda-

ten, die es leid waren, zu kämpfen oder mit leerem Magen in den Schützengräben oder in der Garnison zu warten, die vom Zerfall gekennzeichnete Armee verlassen. Ihre Rückkehr in die Dörfer sorgte für zusätzliche Unruhen in den ländlichen Regionen.

Bis in den Sommer hinein war das Ausmaß der Bauernunruhen im Vergleich zur Revolution von 1905/6 eher bescheiden gewesen. Als die Abdankung des Zaren bekannt wurde, versammelte sich die Bauernschaft, wie sie es immer bei einem wichtigen Ereignis getan hatte, und setzte eine Petition mit ihren Beschwerden und Wünschen auf Als erstes forderte man, daß das Land denen gehören soll, die es bearbeiten, daß das brachliegende Land der Großgrundbesitzer sofort verteilt werden und der Pachtzins niedriger festgesetzt werden soll. Allmählich organisierten sich die Bauern und gründeten sowohl auf der Dorf- wie auch auf der Bezirksebene Landwirtschaftsausschüsse, die meistens von den Vertretern der dörflichen Intelligenzija - den Dorflehrern, Popen, Agronomen und Landärzten -, die alle dem Sozialrevolutionären Milieu nahestanden, geleitet wurden. Mit den Monaten Mai und Juni 1917 wurde das Klima innerhalb der Bauernbewegung härter: Um nicht von der ungeduldigen Basis überrannt zu werden, fingen die Landwirtschaftsausschüsse an, die Geräte und den Viehbestand der Großgrundbesitzer zu beschlagnahmen und sich Wald, Weideland und brachliegendes Feld anzueignen. Dieser uralte Kampf um die »schwarze Umverteilung« des Landes wurde auf dem Rücken der Großgrundbesitzer ausgetragen, aber auch auf dem der Kulaken, jener wohlhabenden Bauern, die - von den Reformen Stolypins begünstigt - die Dorfgemeinschaft verlassen und sich, befreit von allen Gemeinschaftspflichten, auf einem eigenen Stück Land niedergelassen hatten. Seit der Oktoberrevolution von 1917 war der Kulak nur noch ein Schatten seiner selbst: Als Schreckgespenst aller bolschewistischen Reden galt er als der »reiche Raubbauer«, der »Bourgeois auf dem Lande«, der »Wucherer« oder als der »blutsaugerische Kulak«. Er mußte tatsächlich den größten Teil seines Viehbestandes, seiner Maschinen und seiner Ländereien der Dorfgemeinschaft zurückgeben, wo alles in den gemeinsamen Topf kam und nach dem alten Gleichheitsgrundsatz der »zu ernährenden Münder« neu aufgeteilt wurde.

Mit der Heimkehr von Hunderttausenden bewaffneter Deserteure nahmen die Bauernunruhen im Laufe des Sommers bedrohliche und immer gewaltsamere Formen an. Enttäuscht über die nicht eingelösten Versprechungen einer Regierung, die die Agrarreform immer wieder verschob, gingen die Bauern Ende August mit Gewalt gegen die herrschaftlichen Landgüter vor. Alle Güter wurden systematisch ausgeraubt und in Brand gesteckt, um die elenden Gutsbesitzer ein für allemal daraus zu vertreiben. In der Ukraine und m den zentralrussischen Provinzen Tambow, Pensa, Woronesch, Saratow, Orel, Tula und Rjasan brannten Tausende von den herrschaftlichen Gütern, und die Gutsbesitzer wurden zu Hunderten massakriert.

Angesichts dieser Ausschreitungen zögerten die regierende Elite und die

politischen Parteien - allein die Bolschewiki bildeten eine rühmliche Ausnahme, worauf wir aber noch zurückkommen - zwischen einer Politik, die versuchte, die soziale Revolution einigermaßen unter Kontrolle zu bringen, und dem Gedanken an einen militärischen Putsch. Sowohl die in den Arbeiterkreisen sehr beliebten Menschewiki als auch die Sozialrevolutionäre, die bei den Bauern von allen politischen Gruppierungen die größte Zustimmung fanden, beteiligten sich seit Mai an der Regierungsbildung, doch beide Parteien waren nicht in der Lage, die von ihnen schon seit langem propagierten Reformen zu verwirklichen - dies gilt vor allem für die Sozialrevolutionäre, die immer wieder von einer Neuverteilung des Landes gesprochen hatten. Die Regierungen, denen die Vertreter dieser Parteien angehörten, waren allzu sehr um die Einhaltung der Ordnung und der entsprechenden Gesetze bemüht. Die gemäßigten sozialistischen Parteien waren zu den Verwaltern und Ordnungshütern des »bürgerlichen« Staates geworden und überließen es den Bolschewiki, gegen die Mißstände Sturm zu laufen. Auch aus der Beteiligung an einer Regierung, welche die Situation im Lande mit jedem Tag weniger beherrschte, konnten diese Parteien keinen Nutzen ziehen.

In Anbetracht der immer mehr um sich greifenden Anarchie lag bei den Arbeitgebern, den Großgrundbesitzern, dem Generalstab und bei so manchem enttäuschten Liberalen der Gedanke an eine militärische Intervention nahe. General Kornilow schlug dies offen vor. Dieser Lösungsversuch scheiterte jedoch am Widerstand der provisorischen Regierung unter Alexander Kerenski. Ein siegreicher Militärputsch hätte nämlich die Zivilmacht untergraben. Denn diese hat immer, so schwach sie auch war, für einen formellen Fortgang der politischen Geschäfte gekämpft. Das Scheitern des Putsches von General Kornilow in den Tagen vom 24. bis 27. August 1917 sorgte für ein vorzeitiges Ende der provisorischen Regierung, die endgültig die Kontrolle über sämtliche angestammte Machtbereiche verloren hatte. Während die Zivilregierung und das auf eine Diktatur hoffende Militär auf dem Höhepunkt des Machtspiels sich gegenseitig bekämpften, brachen die staatstragenden Pfeiler - die Justiz, die Verwaltung und die Armee - zusammen, das Recht und jede Art von Autorität wurde mit Füßen getreten.

Bedeutete die unleugbare Radikalisierung der Massen in den Städten und auf dem Lande zugleich ihre Bolschewisierung? Nichts darf mehr bezweifelt werden als das. Die Begriffe der gemeinsamen Schlachtrufe - »Arbeiterkontrolle« , »Alle Macht den Sowjets« - hatten für die militanten Arbeiter und die bolschewistischen Parteiführer nicht dieselbe Bedeutung. In der Armee steht der »Schützengraben-Bolschewismus« vor allem für die allgemeine Friedenssehnsucht, welche die kämpfenden Soldaten der seit drei Jahren an diesem mörderischen Totalkrieg beteiligten Länder alle gleichermaßen empfanden. Die Bauernrevolte hingegen ging einen völlig eigenen Weg, der dem die »schwarze Umverteilung« propagierenden Programm der Sozialrevolutionäre wesentlich näherstand als dem der Bolschewiki, die die Verstaatlichung des Landbesitzes und dessen Bewirtschaftung in großen Kol-

lektiveinheiten befürworteten. Auf dem Lande kannte man die Bolschewiki nur aus den Erzählungen der Fahnenflüchtigen, die vom Bolschewismus nur vage Vorstellungen und vor allem zwei Zauberworte vermittelten: Frieden und Land. Bei weitem nicht alle Unzufriedenen gehörten der bolschewistischen Partei an. Anfang Oktober 1917 zählte die Partei - die Zahlen sind widersprüchlich - zwischen 100000 und 200000 Mitglieder. Im Herbst 1917 fehlte jedoch jegliche Form staatlicher Institution und Autorität. An deren Stelle waren unzählige von den Sowjets und anderen Gruppierungen ins Leben gerufene Ausschüsse getreten, und so vermochte ein gut organisierter und entschlossen vorgehender Parteikern in kurzer Zeit eine Macht zu erlangen, die in keinem Verhältnis zu seiner wirklichen Stärke stand. Genau das tat die bolschewistische Partei.

Seit ihrer Gründung im Jahre 1903 unterschied sich diese Partei sowohl auf russischer wie auf europäischer Ebene von den anderen sozialdemokratischen Strömungen durch ihre bewußte Strategie des radikalen Bruchs mit der bestehenden Ordnung und durch ihre strenge Organisationsstruktur. Es war eine elitäre, diszipliniert und effektiv arbeitende Partei, die als Avantgarde der Berufsrevolutionäre das genaue Gegenteil der großen Massenparteien war, die mit offenen Armen Sympathisanten ganz unterschiedlicher Richtung aufnahmen, beispielsweise die Menschewiki und in aller Rege! auch die europäischen Sozialdemokraten.

Der Erste Weltkrieg brachte die Besonderheit des leninistischen Bolschewismus noch stärker zur Geltung. Der mehr und mehr isolierte Lenin, der eine Zusammenarbeit mit den anderen sozialdemokratischen Strömungen kategorisch ablehnte, lieferte in seiner Schrift *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* eine theoretische Rechtfertigung seiner Position. Dort erklärte er auch, daß die Revolution nicht in einem Land mit einem starken Kapitalismus ausbreche, sondern in einem wirtschaftlich unterentwickelten Staat wie Rußland. Bedingung sei jedoch, daß die revolutionäre Bewegung dort von einer disziplinierten Spitzentruppe angeführt wird, die notfalls bis zum Äußersten geht, d. h. bis zur Diktatur des Proletariats, und den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg verwandelt.

In einem Brief an Alexander Schljapnikow, einen der bolschewistischen Parteiführer, schrieb Lenin:

»Die Kriegsniederlage des Zarentums wäre im Augenblick das kleinere Übel. [...] Die ganze Kraft unserer Arbeit (beharrlich, systematisch und vielleicht von langer Dauer) gilt dem Bestreben, den Krieg in einen Bürgerkrieg zu verwandeln. Wann sich das verwirklichen wird, ist eine andere Frage, es ist jedenfalls noch nicht klar. Wir müssen den Augenblick reifen lassen und ihn systematisch ›zur Reife treiben‹... Wir können den Bürgerkrieg nicht ›versprechen‹ und ihn auch nicht ›beschließen‹, aber wir haben die Pflicht, *darauf hinzuwirken* - solange wie es nötig ist.«

Der »imperialistische Krieg« deckte die »inter-imperialistischen Widersprüche« auf, drehte so die Begriffe des marxistischen Dogmas um und ließ

Rußland als Explosionsort wahrscheinlicher erscheinen als jeden anderen Ort. Während des Krieges kam Lenin immer wieder auf den Gedanken zurück, daß die Bolschewiki bereit sein sollten, die Entwicklung eines Bürgerkriegs mit allen Mitteln zu fordern.

»Wer den Klassenkampf akzeptiert«, schrieb er im September 1916, »muß auch den Bürgerkrieg akzeptieren, der in jeder Klassengesellschaft für die natürliche Weiterführung, Entwicklung und Zunahme des Klassenkampfes steht.«

Nach dem Sieg der Februarrevolution, an dem keiner von den maßgeblichen bolschewistischen Führungskräften beteiligt war, weil sie allesamt entweder im Exil oder anderweitig im Ausland weilten, prophezeite Lenin im Gegensatz zur überwältigenden Mehrheit der Parteioberen das Scheitern der Versöhnungspolitik, um die sich der mehrheitlich aus Sozialrevolutionären und Sozialdemokraten der unterschiedlichsten Richtung bestehende Petrograder Sowjet gegenüber der provisorischen Regierung bemühte. In seinen vier *Briefen aus der Ferne,* die er in Zürich zwischen dem 20. und 25. März 1917 geschrieben hat und von denen die bolschewistische Tageszeitung *Prawda* nur den ersten zu veröffentlichen wagte, weil der Inhalt der Briefe mit der damals von den bolschewistischen Parteioberen von Petrograd verteidigten Position nicht mehr zu vereinbaren war, forderte Lenin den sofortigen Bruch zwischen dem Petrograder Sowjet und der Provisorischen Regierung und drängte zur aktiven Vorbereitung der sich nun anschließenden »proletarischen« Phase der Revolution. Für Lenin war das Auftreten der Sowjets ein Zeichen dafür, daß die Revolution ihre »bürgerliche Phase« bereits hinter sich gebracht hatte. Ohne weiter abzuwarten, sollten die revolutionären Organe mit Gewalt die Macht an sich reißen und den imperialistischen Krieg beenden, notfalls auch unter Einbeziehung eines in revolutionären Prozessen unvermeidlichen Bürgerkriegs.

Als Lenin am 3. April nach Rußland zurückkehrte, blieb er weiter bei seinen radikalen Positionen. In seinen berühmten *Aprilthesen* wiederholte er seine bedingungslos-feindselige Haltung gegenüber der parlamentarischen Republik und dem demokratischen Prozeß. Lenins Gedanken, die von den meisten der führenden Petrograder Bolschewiki mit Bestürzung und Feindseligkeit aufgenommen wurden, breiteten sich dennoch rasch aus, besonders unter den neuen Parteimitgliedern, die Stalin mit Recht im Gegensatz zu den »Theoretikern« die *praktiki* - die »Praktiker« - nannte. Innerhalb weniger Monate hatten die plebejischen Gruppen, unter denen die Bauernsoldaten eine zentrale Stelle einnahmen, die urbanisierten, intellektuellen und im institutionalisierten Sozialkampferfahrenen Gruppen unterwandert. Es waren Militante einfacher Herkunft mit einem in der bäuerlichen Kultur verwurzelten und durch die drei Kriegsjahre noch gesteigerten Gewaltpotential, die sich weniger an das marxistische Dogma, das sie sowieso kaum kannten, gebunden fühlten. Politisch eher ungebildet, waren sie die typischen Vertreter des plebejischen Bolschewismus, der bald stark auf den intellektuell-

theoretisierenden Bolschewismus des ursprünglichen Bolschewiken abfärben sollte, und stellten sich kaum die Frage, ob eine »bürgerliche Etappe« für den »Übergang zum Sozialismus« notwendig sei oder nicht. Als Anhänger des unmittelbaren Handelns und des entschiedenen Vorgehens waren sie die eifrigsten Verfechter eines Bolschewismus, bei dem die theoretischen Debatten einer einzigen noch auf der Tagesordnung stehenden Frage gewichen sind; der Frage nach der Machtergreifung.

Lenins Weg verlief auf dem schmalen Grat zwischen einer immer ungeduldiger auf das große Abenteuer wartenden plebejischen Basis ~ die Marinesoldaten von Kronstadt, dem vor Petrograd liegenden Flottenstützpunkt, einige Garnisonseinheiten der Hauptstadt und die Roten Garden der Arbeiterviertel von Wyborg - und den Parteioberen, die vor einem allzu voreiligen und deshalb zum Scheitern verurteilten Aufstand warnten.

Entgegen einer weitverbreiteten Vorstellung blieb die bolschewistische Partei während des ganzen Jahres 1917 tief gespalten, hin- und hergerissen zwischen dem Übermut der einen und dem Vorbehalt der anderen Fraktion. Die vielgerühmte Disziplin dieser Partei entsprach nicht ganz der Wirklichkeit. Anfang Juli 1917 hätten die Ausschreitungen der Basis, die ungeduldig auf einen Schlagabtausch mit den Regierungstruppen wartete, beinahe das Aus für die bolschewistische Partei bedeutet, denn im Anschluß an die blutigen Auseinandersetzungen vom 3. bis 5. Juli in Petrograd wurde sie verboten, und die Parteioberen wurden entweder verhaftet oder mußten wie Lenin ins Exil.

Die Ohnmacht der Regierung hinsichtlich der großen Probleme, das Fehlen staatlicher Institutionen und Behörden, die Weiterentwicklung der sozialen Bewegungen und das Scheitern des Militärputsches von General Kornilow riefen die bolschewistische Partei Ende August 1917 wieder auf den Plan. Die Situation war günstig, um über einen bewaffneten Aufstand an die Macht zu kommen.

Ein weiteres Mal war Lenins persönlicher Einfluß, sowohl als Theoretiker als auch als Stratege im Kampf um die Macht, entscheidend. In den Wochen, die dem bolschewistischen Staatsstreich vom 25. Oktober 1917 vorausgingen, bereitete Lenin mit aller Sorgfalt einen militärischen Staatsstreich vor, den weder die »Massen« durch einen unkontrollierten Aufstand noch die bolschewistischen Parteioberen mit ihrer »Revolution innerhalb des gesetzlichen Rahmens« vereiteln konnten. Parteiführer wie Sinowjew oder Kamenew wollten nach den bitteren Erfahrungen des Juli-Aufstandes gemeinsam mit den Sozialrevolutionären und den verschiedenen Gruppierungen der Sozialdemokraten, die zusammen in den Sowjets über eine Mehrheit verfügten, die Macht übernehmen. Aus seinem finnischen Exil schickte Lenin unablässig Briefe und Artikel an das Zentralkomitee der bolschewistischen Partei, in denen er zum Aufstand drängte.

»Über einen sofortigen Frieden und die Landverteilung an die Bauern«, so schrieb er, »schaffen sich die Bolschewiki eine Macht, die niemand stür-

zen wird. Es wäre vergeblich, auf eine formale Mehrheit zugunsten der Bolschewiki zu warten. Darauf wartet keine Revolution. Die Geschichte wird es uns nie verzeihen, wenn wir jetzt nicht die Macht übernehmen.«

Die meisten der bolschewistischen Parteiführer reagierten mit Skepsis auf diese Appelle. Warum denn die Dinge überstürzen, wenn sich die Situation sowieso von Tag zu Tag weiter zuspitzt? Genügte es denn nicht, sich an die Massen zu halten und ihre spontanen Gewaltausbrüche zu unterstützen, der zersetzenden Wirkung der sozialen Bewegungen freien Lauf zu lassen und die für den 20. Oktober vorgesehene Versammlung des II. Allrussischen Sowjetkongresses abzuwarten? Die Bolschewiki hatten gute Chancen, in dieser Versammlung eine relative Mehrheit zu erreichen, denn die Sowjetdelegierten der großen Arbeiterzentren und Soldatenkomitees waren gegenüber den von den Sozialrevolutionären beherrschten Dorfsowjets deutlich überrepräsentiert. Für Lenin war klar, daß eine aus dem Votum des Sowjetkongresses hervorgegangene Regierung zwangsläufig eine Koalition ist, in der sich die Bolschewiki die Macht mit den anderen sozialistischen Gruppierungen teilen müssen. Seit Monaten forderte Lenin jedoch die Alleinherrschaft für die Bolschewiki und wollte, daß die Bolschewiki über eine militärische Erhebung selbst die Macht ergriffen, und zwar vor dem Zusammentreten des II. Allrussischen Sowjetkongresses. Er wußte, daß die anderen linksgerichteten Parteien den Staatsstreich verurteilen würden und ihnen deshalb nur der Weg in die Opposition blieb. Somit hätten die Bolschewiki die Alleinherrschaft.

Am 10. Oktober kehrte Lenin heimlich nach Petrograd zurück und versammelte zwölf von den 21 Zentralkomiteemitgliedern der bolschewistischen Partei um sich. Nach einer zehnstündigen Diskussion konnte er die Mehrheit der Anwesenden überzeugen, und sie stimmten für die wichtigste Entscheidung, die diese Partei jemals getroffen hat: für einen bewaffneten Aufstand zum frühestmöglichen Zeitpunkt. Die Entscheidung wurde mit zehn zu zwei Stimmen angenommen. Die Gegenstimmen kamen von Sinowjew und Kamenew, die beide entschieden der Meinung waren, daß vor dem II. Allrussischen Sowjetkongreß nichts unternommen werden sollte. Trotz des Einspruchs der gemäßigten Linken stellte Trotzki am 16. Oktober eine militärische Organisation auf, die zwar theoretisch auf den Petrograder Sowjet zurückging, in Wirklichkeit aber fest in bolschewistischer Hand war: Das Militärrevolutionäre Komitee von Petrograd (MRKP). Aufgabe des Komitees war die Machtergreifung über eine militärische Erhebung und nicht über einen unkontrolliert-spontanen Volksaufstand, der die bolschewistische Partei überrollt hätte.

Ganz im Sinne Lenins war die Zahl der aktiv an der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution Beteiligten streng begrenzt: einige tausend Soldaten von der Petrograder Garnison, der Kronstädter Marine und der dem MRKP beigetretenen Roten Garden und ein paar Hundertschaften militanter Bolschewiki aus den Arbeiterkomitees. Der Staatsstreich war erwartet, sorg-

fältig vorbereitet und konnte deshalb schnell und ohne Schwierigkeiten durchgeführt werden; so kam es nur zu wenigen Zusammenstößen, und die Zahl der Opfer war eher unbedeutend. Bezeichnenderweise fand die Machtergreifung im Namen des MRKP statt, wodurch die bolschewistischen Verantwortlichen die gesamte Macht an eine Instanz übertrugen, die nur im Auftrag des bolschewistischen Zentralkomitees gehandelt hatte und in keiner Weise vom Sowjetkongreß abhängig war.

Lenins Strategie erwies sich als richtig: Die vor vollendete Tatsachen gestellten gemäßigten Linken verurteilten »die hinter dem Rücken der Sowjets organisierte militärische Verschwörung« und verließen den II. Sowjetkongreß. Die Bolschewiki - zusammen mit ihren einzigen Verbündeten, der kleinen Linksgruppe der Sozialrevolutionäre, zahlenmäßig immer noch stark genug - ließen sich ihren Staatsstreich von den noch verbliebenen Kongreßabgeordneten absegnen. Man stimmte für einen von Lenin redigierten Text, der »alle Macht den Sowjets« übertrug. Ein rein formaler Beschluß, mit dem die Bolschewiki eine Fiktion festigen konnten, die ganze Generationen von Leichtgläubigen in die Irre führte: Sie regierten im Namen des Volkes im »Land der Sowjets«. Wenige Stunden später billigten die Abgeordneten, bevor sie sich trennten, die Berufung der neuen bolschewistischen Regierung - des Rats der Volkskommissare unter dem Vorsitz Lenins - und verabschiedeten die Dekrete über den Frieden und den Grund und Boden: die ersten Amtshandlungen des neuen Regimes.

Zwischen der neuen Macht und den sozialen Bewegungen, die in völliger Selbständigkeit gegen die alte politische, wirtschaftliche und soziale Ordnung vorgegangen waren, nahmen die Mißverständnisse und in der Folge die Konflikte sehr schnell zu. Das erste Mißverständnis betrifft die Agrarrevolution. Die Bolschewiki, die immer die Verstaatlichung von Grund und Boden propagiert hatten, mußten in einem für sie wenig günstigen Umfang das Sozialrevolutionäre Programm übernehmen oder besser »stehlen« und eine erneute Verteilung des Landes an die Bauern gutheißen. Das »Dekret über den Grund und Boden«, das in seinen Hauptbestimmungen festlegte, daß »das Privateigentum an Grund und Boden entschädigungslos aufgehoben ist und die örtlichen Agrarkomitees über das ganze Land verfügen, um es neu zu verteilen«, war in Wirklichkeit nur eine nachträgliche Legitimation dessen, was seit dem Sommer 1917 in vielen Landgemeinden durchgeführt worden war: Man hatte sich das Land der Großgrundbesitzer und der reichen Bauern, der Kulaken, auf brutale Weise angeeignet. Für den Augenblick waren die Bolschewiki gezwungen, sich an diese selbständige Bauernrevolution zu halten, denn schließlich hat sie ihnen auf dem Weg zur Macht wertvolle Hilfe geleistet. Zehn Jahre später werden die Bolschewiki jedoch wieder auf ihr Programm zurückkommen. Die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft bedeutet den Höhepunkt in der Auseinandersetzung zwischen dem aus der Oktoberrevolution von 1917 hervorgegangenen Regime und der Bauernschaft und führt zur tragischen Auflösung des Mißverständnisses von 1917.

Das zweite Mißverständnis betrifft das Verhältnis der bolschewistischen Partei zu den anderen politischen Institutionen, die ebenfalls an der Zerschlagung der herkömmlichen staatlichen Einrichtungen beteiligt waren und für eine Anerkennung und Erweiterung ihrer eigenen Kompetenzen gekämpft haben: Arbeiterkomitees, Gewerkschaften, linke Parteien, Quartierkomitees, Rote Garden und vor allem die Sowjets. Innerhalb weniger Wochen wurde diesen Institutionen die Macht entzogen, sie wurden der bolschewistischen Partei unterstellt oder eliminiert. »Alle Macht den Sowjets« - die vielleicht populärste Parole des russischen Oktobers von 1917 entwickelte sich im Handumdrehen zu einem Machtmittel der bolschewistischen Partei gegenüber den Sowjets. Was die »Arbeiterkontrolle« angeht, die andere große Forderung, für die zu kämpfen die Bolschewiki vorgaben, so wurden die Proletarier von Petrograd und der anderen großen Industriezentren zugunsten einer staatlichen Kontrolle über die Betriebe und Arbeiter, die angeblich von der Arbeiterschaft ausging, schnell beiseite geschoben. Gegenseitiges Unverständnis kennzeichnete das Verhältnis zwischen der durch Arbeitslosigkeit, schwindende Kaufkraft und Hunger schwer belasteten Arbeiterschaft und einem Staat, dessen Hauptaugenmerk der wirtschaftlichen Effizienz galt. Ab Dezember 1917 mußte sich das neue Regime einer ganzen Reihe von Arbeiterforderungen und einer neuen Streikwelle stellen. In wenigen Wochen verloren die Bolschewiki zum großen Teil den Vertrauensvorschuß, den sie sich im Laufe des Jahres 1917 bei Teilen der Arbeiterschaft erarbeitet hatten.

Das dritte Mißverständnis betrifft das Verhältnis des neuen Regimes zu den Nationalitäten des ehemaligen Zarenreiches. Mit dem bolschewistischen Staatsstreich nahmen die zentrifugalen Tendenzen zu, und die neuen Machthaber schienen sie anfänglich auch zu unterstützen. Die Bolschewiki erkannten die Gleichheit und Souveränität der Völker des alten Reiches an, sagten ihnen das Recht auf Selbstbestimmung und auf einen föderativen oder unabhängigen Status zu und luden sie anscheinend ein, sich von der Vorherrschaft der russischen Zentralgewalt zu befreien. In wenigen Monaten erklärten die Polen, Finnen, Balten, Ukrainer, Georgier, Armenier und Aserbeidschaner ihre Unabhängigkeit. Die überforderten Bolschewiki ordneten das Selbstbestimmungsrecht der Völker bald der Notwendigkeit unter, sich den ukrainischen Weizen und das Öl und die Bodenschätze aus dem Kaukasus zu sichern. Kurz: Vorrang hatten die Lebensinteressen des neuen Staates, eines Staates, der recht schnell und zumindest in territorialer Hinsicht in viel stärkerem Maße als die provisorische Regierung als Erbe des ehemaligen Zarenreiches auftrat.

Das Zusammentreffen von ganz unterschiedlichen sozialen und nationalen Revolutionsbewegungen und einer politischen Praxis, die jegliches Teilen der Macht von vornherein ausschloß, führte schnell und zwangsläufig zu einem Gewalt und Terror erzeugenden Konflikt zwischen der neuen Macht und weiten Teilen der Gesellschaft.

Der »bewaffnete Arm der Diktatur des Proletariats«

Die neue Macht stellt nach außen hin ein komplexes Gebilde dar: eine Fassade, »die Macht der Sowjets«, formal vertreten durch das zentrale Exekutivkomitee; eine legale Regierung, der Rat der Volkskommissare, der sich auf nationaler und internationaler Ebene um mehr Anerkennung bemüht; eine aus der Revolution hervorgegangene Organisation, die als Operationseinheit dem Zweck der Machtergreifung diente, das Militärrevolutionäre Komitee von Petrograd (MRKP). Felix Dserschinski, der von Anfang an eine entscheidende Rolle in diesem Komitee spielte, charakterisierte es folgendermaßen: »Eine leichte, flexible und sofort einsatzfähige Einheit ohne jegliche juristische Pedanterie. Unbeschränkte Handlungsfreiheit, um die Feinde mit dem bewaffneten Arm der Diktatur des Proletariats zu schlagen.«

Wie funktionierte in den ersten Tagen des neuen Regimes dieser »bewaffnete Arm der Diktatur des Proletariats«, um Dserschinskis bildhaften Ausdruck zu gebrauchen, der später auch für die Tscheka, die politische Polizei der Bolschewiki, verwendet wurde? Auf eine einfache und schnelle Weise. Das MRKP bestand aus etwa 60 Mitgliedern: 48 Bolschewiki, ein paar linke Sozialrevolutionäre und Anarchisten. Formell unterstand es einem Präsidenten, dem linken Sozialrevolutionär Lazimir, dem vier Bolschewiki - darunter Antonow-Owsejenko und Dserschinski - beigeordnet waren. In Wirklichkeit waren es etwa 20 Leute, die im Namen des »Präsidenten« oder des »Sekretärs« die etwa 6000 im allgemeinen mit Bleistift auf Papierschnipsel hin gekritzelten Befehle des MRKP in den 53 Tagen seiner Existenz formulierten und unterschrieben.

Mit dem gleichen »geringen operationellen Aufwand« wurden die Direktiven weitergegeben und die Befehle ausgeführt: Das MRKP agierte über ein Netz von etwa 1000 Kommissaren, die bei den unterschiedlichsten Organisationen, Sowjets, Stadtteilkomitees, Militär- und Verwaltungseinheiten eingesetzt worden. Diese Kommissare waren nur dem MRKP gegenüber Rechenschaft schuldig und trafen ihre Entscheidung oft ohne Zustimmung der Regierung oder des bolschewistischen Zentralkomitees. Schon am 26. Oktober (8. November)[1] beschlossen unbekannte und anonym gebliebene »Kommissare« in Abwesenheit der mit der Regierungsbildung beschäftigten bolschewistischen Parteioberen folgende Maßnahmen zur Festigung

der Diktatur des Proletariats: ein Verbot der »konterrevolutionären« Flugblätter, die Einstellung der sieben wichtigsten Tageszeitungen der Hauptstadt (der »bürgerlichen« und »gemäßigten linken« gleichermaßen), die Kontrolle über den Rundfunk und das Telegrafenwesen und die Aufstellung eines Programms zur Beschlagnahmung privater Wohnungen und Automobile. Die Einstellung der Zeitungen wurde zwei Tage später durch ein Regierungsdekret legalisiert, eine Woche später und nach heftigen Diskussionen auch durch ein entsprechendes Dekret des zentralen Exekutivkomitees der Sowjets.[2]

In der ersten Zeit unterstützten die bolschewistischen Parteioberen aus mangelndem Vertrauen in ihre Kraft eine Taktik, die sich im Laufe des Jahres 1917 schon mehrmals bewährt hatte, den sogenannten »Hang der Massen zu spontanen Revolutionen«. Einer von den Dorfsowjets aus der Provinz Pskow entsandten Delegation, die sich beim MRKP über die Maßnahmen zur »Vermeidung der Anarchie« erkundigen wollte, erklärte Dserschinski, daß »es die augenblickliche Aufgabe ist, die bestehende Ordnung zu brechen. Doch wir Bolschewiki sind zahlenmäßig nicht stark genug, um diese historische Aufgabe zu erfüllen, und müssen deshalb dem Befreiungskampf der Massen mit ihrem Hang zu spontanen Revolutionen freien Lauf lassen. Später werden wir Bolschewiki den Massen den Weg zeigen, den sie zu gehen haben. Es sind die Massen, die über das MRKP zu Wort kommen und gegen ihren Klassenfeind, gegen die Feinde des Volkes vorgehen. Wir können den Haß und die legitime Rachsucht der Unterdrückten gegenüber ihren Unterdrückern nur kanalisieren und lenken.«

Wenige Tage zuvor - in der MRKP-Sitzung vom 29. Oktober (10. November) - hatten ihre Anonymität wahrende Sitzungsteilnehmer von der Notwendigkeit gesprochen, energischer gegen die »Volksfeinde« zu kämpfen. Der Ausdruck »Volksfeind« wurde in den folgenden Monaten, Jahren und Jahrzehnten sehr viel gebraucht. Auch in der MRKP-Erklärung vom 13. November (26. November) hat man ihn übernommen: »Die hohen Beamten der Staatsverwaltung, der Banken, der Finanzverwaltung, der Eisenbahn, des Post- und Telegraphendienstes sabotieren die Maßnahmen der bolschewistischen Regierung. Ab sofort werden diese Leute zu Volksfeinden erklärt. Ihre Namen werden in den Zeitungen veröffentlicht, und Listen mit den Volksfeinden werden in allen öffentlichen Einrichtungen ausgehängt.«[3] Wenige Tage nach der Einführung dieser Proskriptionslisten folgte eine neue Erklärung: »Alle der Sabotage, Spekulation und unrechtmäßigen Bereicherung verdächtigen Personen können auf der Stelle als Volksfeinde verhaftet und in die Gefängnisse von Kronstadt gebracht werden.«[4]

Innerhalb weniger Tage hatte das MRKP zwei ausgesprochen schreckenerregende Ausdrücke eingeführt: den »Volksfeind« und den »Suspekten«.

Am 28. November (10. Dezember) wird der Ausdruck »Volksfeind« endgültig von der Regierung geprägt; ein von Lenin unterzeichnetes Dekret schreibt vor, daß »die Mitglieder der Führungsinstanzen der konstitutio-

nell-demokratischen Partei, der Partei der Volksfeinde, außerhalb des Gesetzes stehen, sofort zu verhaften sind und vor den Revolutionsgerichten zu erscheinen haben.«[5] Diese Gerichte waren kurz zuvor durch das »Dekret Nr. 1 über das Gerichtswesen« geschaffen worden. Mit ihm waren alle Gesetze, die »im Widerspruch standen zu den Dekreten der Arbeiter- und Bauernregierung sowie zu den politischen Programmen der sozialdemokratischen und Sozialrevolutionären Partei«, abgeschafft. Bis zum Erscheinen des neuen Strafgesetzbuches lag die Entscheidung, inwieweit die vorhandenen Gesetze »in dem durch die Revolution geschaffenen Ordnungs- und Gesetzesrahmen« noch ihre Gültigkeit besaßen, ganz bei den Richtern. Die Erklärung war so allgemein gehalten, daß jeder Mißbrauch möglich war. Die Gerichte des alten Regimes wurden aufgelöst. An ihre Stelle traten Volks- und Revolutionsgerichte, die zuständig waren für alle Verbrechen und Vergehen gegen den »proletarischen Staat«, die »Sabotage«, die »Spionage«, den »Machtmißbrauch« und alle anderen »konterrevolutionären Verbrechen«. Wie Kurski, der von 1918 bis 1928 Volkskommissar für die Justiz war, zugab, handelte es sich bei den Revolutionsgerichten nicht um Gerichte im herkömmlichen, also »bürgerlichen« Sinne, sondern um Gerichte der Diktatur des Proletariats, die sich als Kampforgane gegen die Konterrevolution eher um Ausrottung bemühten als um Urteile.[6] Unter den Revolutionsgerichten gab es auch ein »Revolutionsgericht für Presseangelegenheiten«. Es war für die Pressedelikte zuständig und sollte alle Veröffentlichungen, die »über bewußte Falschmeldungen für Verwirrung sorgen«, unterbinden.[7]

Während die neugeschaffenen Justizanstalten ganz neue Kategorien (»Suspekte«, »Volksfeinde«) aufstellten, festigte sich die Struktur des Militärrevolutionären Komitees von Petrograd immer mehr. In einer Stadt, in der die Mehlvorräte kleiner waren als die für Notzeiten festgesetzte Tagesration - ein halbes Pfund Brot für einen Erwachsenen -, hatte die Versorgungsfrage natürlich eine übergeordnete Bedeutung.

Am 4. (17.) November wurde eine Versorgungskommission gegründet, die in ihrer ersten Erklärung »die von der Armut profitierenden reichen Klassen« anprangerte und außerdem verlauten ließ: »Es wird Zeit, die Mehreinnahmen der Reichen einzuziehen und - warum nicht - ihren Besitz.« Am 11. (24.) November schickte man auf Beschluß der Versorgungskommission unverzüglich Sonderkommandos aus Arbeitern, Roten Garden, Heeres- und Marinesoldaten in die Provinzen, in denen Getreide angebaut wurde, »um für Petrograd und die Front die allernotwendigsten Lebensmittel sicherzustellen«.[8] Diese Maßnahme ging auf eine Kommission der MRKP zurück und läutete die Versorgungspolitik der nächsten drei Jahre ein: Sonderkommandos einer »Versorgungsarmee« führten Beschlagnahmungen durch und lieferten für die Gewalt und Terror erzeugende Auseinandersetzung zwischen der neuen Macht und der Bauernschaft den meisten Zündstoff.

Die am 10. (23.) November gegründete Militärische Ermittlungskommission hatte den Auftrag, konterrevolutionäre Offiziere, die meistens von ihren eigenen Soldaten denunziert worden waren, Mitglieder der »bürgerlichen« Parteien und der »Sabotage« verdächtigte Beamte zu verhaften. Diese Kommission beschäftigte sich recht bald mit den unterschiedlichsten Angelegenheiten. In den Wirren einer notleidenden Stadt, wo schnell zusammengestellte Kommandos aus Roten Garden und Milizen unter Vorgabe eines vagen, von irgendeinem »Kommissar« unterschriebenen Auftrags im Namen der Revolution beschlagnahmten, pfändeten und plünderten, wurden täglich Hunderte wegen der unterschiedlichsten Vergehen vor die Kommission gebracht: wegen Raub oder »Spekulation«, wegen »übermäßiger Inanspruchnahme« lebenswichtiger Güter, aber auch wegen »Trunkenheit« oder »Zugehörigkeit zu einer feindlichen Klasse«.[9]

Die bolschewistischen Appelle an die Masse und deren spontane Erhebungen waren eine nur schwer zu handhabende Waffe. Racheakte und Gewalttaten nahmen deutlich zu, besonders Diebstähle mit vorgehaltener Waffe und das Plündern der Kelleranlagen des Winterpalais und von Geschäften, vor allem solcher, die Alkoholika führten. Diese Entwicklung nahm mit der Zeit so überhand, daß das MRKP auf einen Vorschlag von Dserschinski hin eine Kommission zur Bekämpfung von Trunkenheit und Unruhen ins Leben rief Am 6. (20.) Dezember verhängte diese Kommission in Petrograd den Ausnahmezustand und ordnete Sperrstunden an, »um den Umtrieben und Machenschaften dieser zwielichtigen und angeblich revolutionären Elemente ein Ende zu bereiten«.[10]

Mehr noch als diese sporadischen Unruhen fürchtete die bolschewistische Regierung die Ausweitung des Beamtenstreiks, der schon seit den auf den Staatsstreich vom 25. Oktober (7. November) folgenden Tagen andauerte. Diese Bedrohung lieferte am 7. (20.) Dezember den Vorwand zur Gründung der Vserossiskaia tchrezvytchai'naia komissia po bor'be s kontr'revooliutsii, spekulatsie'i i sabotagem - der Außerordentlichen Allrussischen Kommission zur Bekämpfung der Konterrevolution, Spekulation und Sabotage. Unter ihren Initialen Vetscheka oder der Kurzform Tscheka sollte diese Kommission in die Geschichte eingehen.

Einige Tage vor der Tscheka-Gründung beschloß die Regierung - nicht ohne Zögern - die Auflösung des MRKP, das am Vorabend vor dem Aufstand als provisorische Operationseinheit gegründet worden war, um die Geländeoperationen durchführen zu können, und diese Aufgabe hatte es auch erfüllt. Das MRKP hatte die Machtergreifung ermöglicht und die Stellung des neuen Regimes so lange verteidigt, bis dieses einen eigenen Staatsapparat aufgebaut hatte. Im Interesse einer klaren Machtposition und zur Vermeidung von Kompetenzschwierigkeiten mußte das MRKP nun seine Vorrechte an die rechtmäßige Regierung abtreten, den Rat der Volkskommissare.

Aber wie konnte man in einem von den bolschewistischen Parteioberen als kritisch bezeichneten Augenblick auf den »bewaffneten Arm der Dikta-

tur des Proletariats« verzichten? In der Sitzung vom 6. Dezember beauftragte die Regierung »den Genossen Dserschinski mit der Bildung einer Spezialkommission, die nach Mitteln sucht, um den Generalstreik der Beamten mit aller der Revolution dienenden Energie zu bekämpfen, und Methoden zur Unterbindung der Sabotage festlegt«. Die Wahl des Genossen Dserschinski löste nicht die geringste Diskussion aus und schien durchaus erwartet worden zu sein. Ein paar Tage zuvor hatte Lenin, der mit Vorliebe historische Parallelen zwischen der Großen - französischen - Revolution und der russischen Revolution von 1917 aufzeigte, seinem Sekretär V. Brontsch-Brujewitsch gegenüber erklärt, daß es dringend notwendig sei, »unseren Fouquier-Tinville« zu finden, »der die ganze konterrevolutionäre Bande außer Gefecht setzen wird«.[11] Am 6. Dezember fiel die Wahl des »zuverlässigen proletarischen Jacobiners« - um einen anderen Ausdruck Lenins zu gebrauchen - einstimmig auf Felix Dserschinski, der sich innerhalb weniger Wochen durch seinen unermüdlichen Einsatz beim MRKP zum großen Spezialisten für Sicherheitsfragen entwickelt hatte. »Außerdem«, erklärte Lenin gegenüber Brontsch-Brujewitsch, »hat Felix von uns allen die längste Zeit in zaristischer Haft gesessen und sich am meisten mit der Ochranka [der politischen Polizei des Zarenreichs] angelegt. Er kennt sich aus in diesem Geschäft!«

Vor der Regierungssitzung vom 7. (20.) Dezember schrieb Lenin eine Mitteilung an Dserschinski:

»Könnten Sie - hinsichtlich Ihres heutigen Berichts - nicht ein Dekret verfassen, dem etwa folgende Präambel vorausgeht: Die Bourgeoisie ist im Begriff die schändlichsten Verbrechen zu begehen. Sie greift auf den Abschaum der Gesellschaft zurück, um Aufstände zu organisieren. Die Komplizen der Bourgeoisie, insbesondere die hohen Beamten, die Führungskräfte der Banken usw., betreiben Sabotage und organisieren Streiks, um die Maßnahmen der Regierung zur sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft zu unterlaufen. Die Bourgeoisie schreckt nicht vor einer gezielten Beeinträchtigung der Versorgung zurück und treibt so Millionen von Menschen in den Hunger. Im Kampf gegen die Saboteure und Konterrevolutionäre sind außerordentliche Maßnahmen zu treffen. Deshalb beschließt der Rat der Volkskommissare...«[12]

Am Abend des 7. (20.) Dezembers stellte Dserschinski sein Projekt dem Rat der Volkskommissare vor. Er begann seine Ausführungen mit einer Rede über die Gefahren, die der Revolution an der »inneren Front« drohten:

»An diese Front, der gefährlichsten und grausamsten aller Fronten, müssen wir zuverlässige Genossen schicken, die mit aller Entschiedenheit und Härte kämpfen und bereit sind, sich unverzagt für die Revolution zu opfern. Glaubt nicht. Genossen, daß ich nach einer Art revolutionsadäquaten Gerechtigkeit suche. Wir können mit ›Gerechtigkeit‹ nichts anfangen! Wir befinden uns im Krieg, und zwar an der grausamsten aller Fronten, denn der Feind ist maskiert auf dem Vormarsch, und es ist ein Kampf um Leben und

Tod! Mein Vorschlag, meine Forderung zielt auf die Bildung eines Organs, das auf revolutionäre und unverkennbar bolschewistische Weise mit den Konterrevolutionären abrechnet!«

Dann kommt Dserschinski auf die zentralen Punkte seiner Ausführungen zu sprechen. Der folgende Text wurde direkt dem Sitzungsprotokoll entnommen:

»Aufgabe der Kommission ist es: 1) alle Versuche und Aktionen der Konterrevolution und Sabotage zu unterbinden und zu verhindern, ganz egal, von welcher Seite sie kommen, und zwar auf dem gesamten russischen Territorium; 2) alle Saboteure und Konterrevolutionäre vor ein Revolutionsgericht zu bringen.

Die Kommission beschränkt sich auf eine Voruntersuchung, soweit sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben unerläßlich ist.

Die Kommission gliedert sich in folgende Abteilungen: 1) Information; 2) Organisation; 3) Operation.

Die Kommission behandelt mit besonderer Aufmerksamkeit die Angelegenheiten der Presse und Sabotage, die KD-Leute [konstitutionellen Demokraten], die rechten SR-Leute [Sozialrevolutionäre], die Saboteure und Streikenden.

Die Kommission bedient sich folgender repressiver Maßnahmen: Beschlagnahmung des Besitzes, Ausweisung aus der Wohnung, Entzug der Lebensmittelkarten, Veröffentlichung von Volksfeind-Listen usw.

Beschluß: Dem Plan wird zugestimmt. Die Kommission nennt sich Außerordentliche Allrussische Kommission zur Bekämpfung der Konterrevolution, Spekulation und Sabotage. Ist zu veröffentlichen.«[13]

Der Gründungstext der politischen Sowjetpolizei wirft sofort eine Frage auf: Wie ist die Diskrepanz zwischen Dserschinskis offensiver Rede und dem relativ bescheidenen Rahmen, in dem sich die Kompetenzen der Tscheka bewegen, zu verstehen? Die Bolschewiki standen gerade in Vertragsverhandlung mit den linken Sozialrevolutionären (sechs ihrer Parteioberen beteiligten sich am 12. Dezember an der Regierung), um zu einem Zeitpunkt, wo es um die Frage ging, ob die verfassunggebende Versammlung einberufen werden soll, ihre politische Isolation zu brechen. In der verfassunggebenden Versammlung waren die Bolschewiki nämlich in der Minderheit. So hielten sie sich also im Hintergrund, und entgegen dem Regierungsbeschluß vom 7. (20.) Dezember wurde kein Dekret über die Gründung der Tscheka und die Festlegung ihrer Kompetenzen veröffentlicht.

Die Tscheka, die Außerordentliche Kommission, sollte ohne jegliche Gesetzesgrundlage gedeihen und agieren. Von Dserschinski, der wie Lenin völlig freien Spielraum haben wollte, stammt folgender bemerkenswerter Satz: »Das Leben selbst weist der Tscheka den Weg.« Das Leben, d. h. »Revolutionsterror der Massen« und Gewalt auf der Straße, was von den meisten

bolschewistischen Parteiführern damals stark befürwortet wurde. Denn eine Zeitlang vergaßen sie ihr tiefes Mißtrauen gegenüber den spontanen Reaktionen der Masse.

Am 1. (13.) Dezember wandte sich Trotzki, der Volkskommissar für Kriegsfragen, mit einer Mahnung an die Delegierten des Zentralen Exekutivkomitees der Sowjets: »In weniger als einem Monat wird der Terror extrem gewaltsame Formen annehmen, so wie es auch bei der Großen Französischen Revolution gekommen ist. Nicht nur das Gefängnis, sondern auch die Guillotine, jene bemerkenswerte Erfindung der Großen Französischen Revolution, deren unbestreitbarer Vorzug es ist, den Menschen einen Kopf kürzer machen zu können, wird für unsere Feinde bereitstehen.«[14]

Ein paar Wochen später appellierte Lenin in einer Rede vor einer Arbeiterversammlung ein weiteres Mal an den Terror, die »neue Form von Klassengerechtigkeit«.

»Die Sowjetmacht hat so gehandelt, wie alle revolutionären Proletarier hätten handeln sollen: Sie hat die bürgerliche Justiz, das Machtinstrument der herrschenden Klassen, hinweggefegt. [...] Die Soldaten und Arbeiter müssen begreifen, daß ihnen niemand hilft, wenn sie sich nicht selbst helfen. Wenn die Massen sich nicht spontan erheben, werden wir gar nichts erreichen. Solange wir gegenüber den Spekulanten keinen Terror ausüben - auf der Stelle eine Kugel in den Kopf-, wird uns überhaupt nichts gelingen!«[15]

Diese Appelle an den Terror entfachten einen Sturm der Gewalt, der sicherlich auch ohne die Machtergreifung der Bolschewiki losgebrochen wäre. Bereits im Herbst 1917 waren Tausende der großen Landgüter von den wütenden Bauern geplündert worden, und die Gutsbesitzer zu Hunderten massakriert. Im Sommer 1917 war die Gewalt in Rußland allgegenwärtig. Völlig neu war diese Gewalt nicht, doch durch die Ereignisse des Jahres 1917 kamen mehrere Formen von Gewalt, die bisher nur latent vorhanden gewesen waren, zusammen: eine urbane Gewalt als »Reaktion« auf die brutalen kapitalistischen Verhältnisse einer industriellen Welt, eine bäuerliche Gewalt »herkömmlicher« Natur und die »moderne« Gewalt des Ersten Weltkriegs, die einen außerordentlichen Rückschritt und eine ungemeine Verrohung der menschlichen Beziehungen mit sich brachte. Die Mischung dieser drei Gewaltformen ergab ein explosives Gemisch, das gerade in der besonderen Wirtschaftslage des revolutionären Rußlands verheerende Folgen anrichten konnte. Denn jegliche Form staatlicher Autorität und Ordnung fehlte, die schon lange schwelenden sozialen Spannungen und die Unzufriedenheit haben beträchtlich zugenommen, und nun wurde die Gewalt der Massen auch noch als politisches Mittel eingesetzt. Das Mißtrauen zwischen den Städtern und den Menschen vom Lande beruhte auf Gegenseitigkeit. Für das Land galt die Stadt mehr denn je als der Ort der Macht und Unterdrückung. Für die städtische Elite wiederum, die Berufsrevolutionäre, die größtenteils aus der Intelligenzija stammten, waren die Bauern nach wie vor - wie Gorki beschrieb - eine Masse von »Halbwilden«, die sich mit ihren

»grausamen Instinkten« und ihrem »tierischen Individualismus« der »organisierten Vernunft der Stadt« unterzuordnen hatten. Gleichzeitig waren sich Politiker und Intellektuelle sehr wohl darüber im klaren, daß der Sturz der Provisorischen Regierung nur den Erschütterungen der Bauernrevolten zu verdanken war und die Bolschewiki, die lediglich eine kleine Minderheit hinter sich hatten, nur die Macht ergreifen konnten, weil eben staatliche Einrichtungen jeglicher Art fehlten.

Ende 1917 und Anfang 1918 gab es keine ernstzunehmende Opposition, die das neue Regime hätte bedrohen können. Einen Monat nach dem bolschewistischen Staatsstreich war der größte Teil des nördlichen und zentralen Rußlands bis hin zur mittleren Wolga unter Kontrolle, ebenso eine ganze Reihe großer Ballungsräume, die bis in den Kaukasus (Baku) und nach Zentralasien (Taschkent) reichten. Die einzige organisiert-militärische, antibolschewistische Kraft war die kleine, etwa 3000 Mann starke »Armee der Freiwilligen«, Grundstock der späteren »weißen« Armee, welche die Generäle Alexejew und Kornilow im Süden Rußlands auf die Beine gestellt hatten. Diese zaristischen Generäle setzten ihre ganze Hoffnung auf die Kosaken am Don und Kuban. Die Kosaken unterschieden sich grundlegend von den anderen russischen Bauern; als wichtiges Privileg hatten sie unter dem alten Regime als Gegenleistung für ihren bis zum 36. Lebensjahr dauernden Militärdienst 30 Hektar Land übereignet bekommen. Wenn sie schon nicht mit dem Erwerb von Neuland rechnen konnten, so wollten sie zumindest das behalten, was sie bereits besaßen, und das bedeutete vor allem ihren Status und ihre Unabhängigkeit. Beunruhigt wegen der kulakenfeindlichen Erklärungen der Bolschewiki, schlossen sich die Kosaken im Frühjahr 1918 den antibolschewistischen Kräften an.

Kann man bei den ersten Kampfhandlungen des Winters von 1917 und des Frühjahrs von 1918, bei denen sich im russischen Süden die einige tausend Mann starke Armee der Freiwilligen und die knapp 6000 Mann zählenden bolschewistischen Truppen gegenüberstehen, überhaupt von einem Bürgerkrieg sprechen? Was sofort auffällt, ist der starke Kontrast zwischen den wenigen mobilisierten Streitkräften und der ungemeinen Härte, mit der die Bolschewiki nicht nur gegen gefangene Soldaten, sondern auch gegen Zivilisten vorging. Die von General Denikin, dem Oberbefehlshaber der Streitkräfte des russischen Südens, im Juni 1919 eingesetzte »Untersuchungskommission für bolschewistische Verbrechen« bemühte sich in den wenigen Monaten ihrer Forschungstätigkeit, die von den Bolschewiki in der Ukraine, im Kuban-Gebiet, am Don und auf der Krim begangenen Grausamkeiten zu erfassen. Die von dieser Kommission gesammelten Berichte beziehen sich alle auf unzählige, schon im Januar 1918 verübte Grausamkeiten. S.P. Melgunow beruft sich in seinem Buch *Der rote Terror in Rußland (1918-1924)* - dem 1924 in London erschienenen Klassiker über den bolschewistischen Terror - hauptsächlich auf diese Berichte. In Taganrog ha-

ben Spezialkommandos der Sivers-Armee 50 an Händen und Füßen gefesselte Gutsbesitzer und »weiße« Offiziere in einen Hochofen geworfen. In Ewpatoria wurden mehrere hundert Offiziere und Bürgerliche gefoltert und anschließend gefesselt ins Meer geworfen. Auf der Krim kam es in den meisten der von den Bolschewiki besetzten Städte - Sewastopol, Jalta, Aluschta und Simferopol - zu ähnlichen Gewaltverbrechen. Die gleichen Grausamkeiten geschahen ab April/Mai 1918 in den aufständischen Kosakengemeinden. Die peinlich genauen Akten der Denikin-Kommission berichten von »Leichen mit abgehackten Händen, zerschlagenen Knochen, abgerissenen Köpfen, zerschmetterten Kieferknochen und abgeschnittenen Genitalien«.[16]

Nach einer Notiz von Melgunow ist es jedoch »schwierig, zwischen der systematischen Vorgehensweise eines organisierten Terrors und den unkontrollierten ›Exzessen‹ mit ihren unterschiedlichen Erscheinungsformen zu unterscheiden«. Bis zum August/September 1918 war fast nie von einer lokalen Tscheka die Rede, die das Kommando für diese Massaker übernommen hätte. Doch bis zu jenem Datum war das Tscheka-Netz auch ziemlich dünn. Die Massaker, die bewußt nicht nur an den kämpfenden feindlichen Truppen, sondern auch an den zivilen »Volksfeinden« verübt wurden, waren meist von »bewaffneten Kommandos«, »Roten Garden« und anderen nicht näher spezifizierten »bolschewistischen Elementen« durchgeführt worden. So befanden sich unter den 240 Personen, die Anfang März 1918 in Jalta getötet worden waren, neben den 165 Offizieren etwa 70 Politiker, Rechtsanwälte, Journalisten und Lehrer. Die Ausrottung des »Volksfeindes« war nur die logische Fortsetzung einer zugleich politischen und sozialen Revolution, bei der die einen die »Sieger« und die anderen die »Besiegten« waren. Dieses Weltbild war nicht erst mit dem Oktober 1917 entstanden, aber der bolschewistische Standpunkt, der in dieser Frage sehr eindeutig war, hatte es legitimiert.

Erinnern wir uns an das, was ein junger, äußerst klarsichtiger Hauptmann schon im März 1917 über die Revolution in seinem Regiment geschrieben hat: »Die Kluft zwischen uns und den Soldaten ist unergründlich tief. Für sie sind und bleiben wir die *barines* [Herren]. Für sie ist das, was sich jetzt ereignet hat, keine politische, sondern eine soziale Revolution, in der sie die Sieger und wir die Besiegten sind. Sie sagen uns: ›Vorher wart ihr die *barines,* jetzt sind wir es!‹ Sie glauben, sich endlich für die jahrhundertelange Knechtschaft revanchieren zu können.«[17]

Die bolschewistischen Parteiführer unterstützten alles, was die Volksmassen in ihrem Wunsch nach einer »sozialen Revanche« bestärken konnte, und erklärten deshalb die Denunzierung, den Terror und einen »gerechten« Bürgerkrieg - wie Lenin sich ausdrückte - für moralisch legitim. Am 15. (28.) Dezember veröffentlichte Dserschinski in der *Iswestija* einen Appell, der »alle Sowjets« zur Organisation von Tschekas aufforderte. Das Ergebnis war eine unübersehbare Fülle von »Kommissionen«, »Kommandoeinhei-

ten«, und anderen »außerordentlichen Organen«, welche die zentralen Behörden nur mit Mühe in den Griff bekamen, als sie wenige Monate später beschlossen, von der »Masseninitiative« Abstand zu nehmen und statt dessen ein strukturiertes, zentralisiertes Tscheka-Netz zu organisieren.[18]

Im Juli 1918 beschrieb Dserschinski die ersten sechs Monate der Tscheka: »Es war eine Zeit des Improvisierens und des vorsichtigen Versuchens, in der unsere Organisation der Situation nicht immer gewachsen war.«[19] Doch bereits zu jenem Zeitpunkt war das Konto der Tscheka als Repressionsorgan wider jede Freiheit schwer belastet. Innerhalb von sechs Monaten hat die Organisation, die noch im Dezember 1917 aus knapp hundert Leuten bestand, ihre Kräfte um das 120fache aufgestockt!

Die Anfänge dieser Organisation waren sicherlich eher bescheiden. Am 11. Januar 1918 schrieb Dserschinski an Lenin: »Trotz wertvoller Hilfeleistungen befinden wir uns in unmöglicher Situation. Keine finanzielle Unterstützung. Wir arbeiten Tag und Nacht ohne Brot, Zucker, Tee, Butter und Käse. Ergreift Maßnahmen für bescheidene Rationen oder erlaubt uns, uns selbst bei Bürgerlichen einzudecken.«[20] Dserschinski hatte um die hundert Leute angeworben, meistens ehemalige Kampfgefährten aus dem Untergrund, zum großen Teil Polen und Balten, die fast alle für das Militärrevolutionäre Komitee von Petrograd gearbeitet hatten und aus denen die Führungskräfte für die GPU der zwanziger und den NKWD der dreißiger Jahre kommen: Latsis, Menschinski, Messing, Moroz, Peters, Trilisser, Unschlicht, Jagoda.

Die erste Aktion der Tscheka war die Beendigung des Petrograder Beamtenstreiks. Die Methode war schnell - Verhaftung der »Anführer« - und die Begründung einfach: »Wer nicht mit dem Volk arbeiten will, hat auch keinen Platz in ihm«, erklärte Dserschinski, der verschiedene Sozialrevolutionäre und menschewistische Abgeordnete der verfassunggebenden Versammlung verhaften ließ. Das willkürliche Vorgehen wurde von Steinberg, dem Volkskommissar der Justiz, einem linken Sozialrevolutionär, der wenige Tage zuvor in die Regierung eingetreten war, umgehend verurteilt. Dieser erste Zusammenstoß zwischen der Tscheka und der Justiz wirft die grundlegende Frage nach dem außergesetzlichen Status dieser politischen Polizei auf.

»Wozu ein Volkskommissariat der Justiz?« fragte Steinberg damals Lenin. »Man könnte es genausogut Volkskommissariat der sozialen Ausrottung nennen, dann wäre wenigstens alles klar!«

»Eine wunderbare Idee«, antwortete Lenin. »Genauso sehe ich die Sache auch. Nur leider kann man es nicht so nennen!«[21]

Natürlich entschied Lenin den Streitfall zwischen Steinberg, der gegenüber der Tscheka eine strikte Unterordnung unter die Justiz forderte, und Dserschinski, der sich gegen die »juristische Pendanterie der alten Schule des zaristischen Regimes« auflehnte, zugunsten des letzteren. Die Tscheka war für ihr Handeln nur der Regierung gegenüber verantwortlich.

Der 6. (19.) Januar war für die Konsolidierung der bolschewistischen Diktatur ein entscheidender Meilenstein. Frühmorgens wurde die verfassunggebende Versammlung, in der die Bolschewiki mit 175 von 707 Sitzen in der Minderheit waren, mit Gewalt aufgelöst. Ihre Sitzung hatte nur einen einzigen Tag gedauert. Dieser willkürliche Akt fand jedoch im Lande keine Zustimmung. Eine kleine Protestdemonstration gegen die gewaltsame Auflösung der Versammlung wurde vom Militär niedergeschlagen. Man zählte 20 Tote. Ein hoher Preis für erste Erfahrungen mit einer parlamentarischen Demokratie, die nur wenige Stunden gedauert hat.[22]

In den Wochen und Monaten nach der Auflösung der verfassunggebenden Versammlung wurde die Lage für die bolschewistische Regierung immer unerfreulicher, zumal zur gleichen Zeit Trotzki, Kamenew, Joffe und Radek in Brest-Litowsk mit den Delegationen der Mittelmächte über die Friedensbedingungen verhandelten. Am 9. Januar 1918 war die Frage des Umzugs nach Moskau für die Regierung ein offizieller Punkt der Tagesordnung.[23]

Es war weniger die Bedrohung durch die Deutschen - der Waffenstillstand war seit dem 15. (28.) Dezember in Kraft - als vielmehr die Gefahr eines Arbeiteraufstandes, die den bolschewistischen Parteiführern Sorgen machte. In den Arbeitervierteln nämlich, wo sie zwei Monate zuvor noch Unterstützung gefunden hatten, machte sich die Unzufriedenheit deutlich bemerkbar. Mit der Demobilisierung und dem Ausbleiben der militärischen Aufträge waren Zehntausende aus den Betrieben entlassen worden. Die zunehmenden Versorgungsschwierigkeiten ließen die tägliche Brotration auf ein Viertelpfund sinken. In seiner Ohnmacht angesichts dieser Lage stellte Lenin die »Gewinnler« und »Spekulanten« als Sündenböcke hin. »Jeder Betrieb und jede Gesellschaft muß Beschlagnahmungskommandos organisieren. Nicht nur die Freiwilligen, sondern jeder ist unter Androhung des sofortigen Einzugs der Lebensmittelkarte für die Nahrungssuche zu mobilisieren«, schrieb er am 22. Januar (3. Februar) 1918.[24]

Trotzki, der am 31. Januar 1918 aus Brest-Litowsk zurückkehrte, wurde an die Spitze einer Außerordentlichen Kommission des Versorgungs- und Transportwesens berufen. Ein deutliches Zeichen dafür, wie wichtig der Regierung die »Versorgungsjagd«, die erste Etappe der »Versorgungsdiktatur«, war. Dieser Kommission unterbreitete Lenin Mitte Februar einen Verordnungsplan, von dem selbst die Kommissionsmitglieder - zu denen neben Trotzki auch Zurjupa, der Volkskommissar für das Versorgungswesen, zählte - abrieten. Der von Lenin vorbereitete Text sah vor, daß alle Bauern ihre Ernteüberschüsse gegen eine Bescheinigung abzuliefern haben. Erfolgte die Lieferung nicht innerhalb einer bestimmten Frist, sollten die Zuwiderhandelnden erschossen werden. »Als wir den Plan lasen, waren wir sprachlos«, schrieb Zurjupa in seinen Erinnerungen. »Ein solcher Beschluß hätte zu Massenhinrichtungen geführt. Letztendlich wurde Lenins Plan aufgegeben.«[25]

Trotzdem ist dieser Zwischenfall sehr aufschlußreich. Schon Anfang 1918 war Lenin, den seine Politik in eine Sackgasse geführt hatte, ange-

sichts der katastrophalen Versorgungslage in den großen Industriezentren, die als die einzigen bolschewistischen Inseln inmitten des bäuerlichen Ozeans galten, für »die Beschaffung von Getreide« zu allem bereit, nicht jedoch zu einer noch so kleinen Änderung seiner Politik. Zwischen einer Bauernschaft, die die Früchte ihrer Arbeit für sich behalten wollte und jede autoritäre Einmischung von außen strikt ablehnte, und dem neuen Regime, das seine Autorität durchsetzen, aber die wirtschaftlichen Kreislaufsysteme nicht begreifen wollte und statt dessen das, worin ihrer Meinung nach nur soziale Anarchie zum Ausdruck kam, zu bezähmen wünschte - und sich dazu auch in der Lage fühlte -, war der Konflikt unvermeidbar.

In Anbetracht der nach dem Abbruch der Verhandlungen in Brest-Litowsk blitzartig vorstoßenden deutschen Truppen erklärte die Regierung am 21. Februar 1918, daß »das sozialistische Vaterland in Gefahr« sei. Der Aufruf zum Widerstand gegen den Eindringling ging einher mit einem Aufruf zum Massenterror: »Jeder feindliche Agent, Spekulant, *Hooligan* [Ganove], konterrevolutionäre Unruhestifter und deutsche Spion wird auf der Stelle erschossen.«[26] Diese Erklärung kam in den militärischen Operationsgebieten einer Einführung des Standrechts gleich. Mit dem Frieden von Brest-Litowsk wurde sie am 3. März 1918 hinfällig. Erst am 16. Juni wurde in Rußland die Todesstrafe wieder eingeführt. Trotzdem hatte die Tscheka schon seit dem Februar 1918 zahlreiche standrechtliche Hinrichtungen außerhalb der militärischen Operationsgebiete durchgeführt.

Am 10. März 1918 zieht die Regierung von Petrograd in die neue Hauptstadt Moskau. Die Tscheka ließ sich in der Nähe des Kreml nieder, im Gebäudekomplex einer Versicherung in der Bolschaja-Lubjanka-Straße, wo sie unter wechselnden Kurzbezeichnungen - GPU, NKWD, MWD, KGB - bis zum Sturz des sowjetischen Regimes blieb. Die Zahl der im Moskauer »Großen Haus« arbeitenden Tschekisten - im März waren es noch 600 - steigt im Juli 1918 auf 2000, ohne Berücksichtigung der Spezialeinheiten. Eine beachtliche Zahl, wenn man bedenkt, daß das Volkskommissariat des Inneren, das den Riesenapparat der über das ganze Land verteilten lokalen Sowjets zu betreuen hatte, zur gleichen Zeit nur 400 Mitarbeiter zählte!

In der Nacht vom 11. auf den 12. April 1918 startete die Tscheka ihre erste Großoperation: Mit mehr als 1000 ihrer Leute überfielen die Spezialeinheiten in Moskau etwa 20 von Anarchisten besetzte Häuser. Nach einem stundenlangen, heftigen Kampf wurden 520 Anarchisten verhaftet. 25 von ihnen wurden als »Banditen« standrechtlich hingerichtet. Als Bandit galt von diesem Zeitpunkt an der streikende Arbeiter, der sich der Wehrpflicht entziehende Desserteur oder der sich gegen die Beschlagnahmungen zur Wehr setzende Bauer.[27]

Nach diesem ersten Erfolg und weiteren »pazifistischen« Operationen in Moskau und Petrograd forderte Dserschinski in einem Brief vom 29. April 1918 an das Zentrale Exekutivkomitee eine beträchtliche Aufstockung der für die Tscheka aufgewendeten Mittel: »In der augenblicklichen Phase«, so

schrieb er, »ist ein deutlich verstärktes Handeln der Tscheka nicht zu umgehen, angesichts des gewaltigen Zuwachses, den die konterrevolutionäre Opposition von allen Seiten erfährt.«[28]

Die »augenblickliche Phase«, auf die sich Dserschinski bezog, stellte sich nämlich als eine entscheidende Periode dar, entscheidend für die Errichtung der politischen und wirtschaftlichen Diktatur und für die Einführung stärkerer Repressionen gegenüber einer den Bolschewiki immer feindseliger gesinnten Bevölkerung, die seit dem Oktober 1917 keine merkliche Verbesserung ihres Alltagslebens erfahren hatte und die grundlegenden Freiheiten, die sie sich im Laufe des Jahres 1917 erkämpft hatte, nicht halten konnte. Von allen Politikern waren die Bolschewiki die einzigen, die es zuließen, daß die Bauern das lang ersehnte Land in Besitz nahmen. Doch nun wurden in den Augen der Bauern aus den Bolschewiki »Kommunisten«, die ihnen die Früchte ihrer Arbeit stahlen. »Sind es denn dieselben?« fragten sich zahlreiche Bauern, in ihren Beschwerden genau unterscheidend zwischen den »Bolschewiki, die ihnen das Land gegeben hatten«, und den »Kommunisten, die den ehrlichen Landmann erpressten und ihm das letzte Hemd wegnahmen«.

Der Frühling 1918 war nämlich ein entscheidender Zeitpunkt. Noch war das Spiel nicht entschieden: Die Sowjets trugen noch keinen Maulkorb und waren noch nicht zu einfachen Organen der Staatsverwaltung geworden, sondern bildeten das Forum für regelrechte politische Debatten zwischen den Bolschewiki und den gemäßigten Sozialisten. Trotz der alltäglichen Schikanen gab es noch eine oppositionelle Tagespresse. Das lokalpolitische Leben kannte ein vielfältiges Nebeneinander gegenseitig konkurrierender Institutionen. In jener Zeit, die durch immer schlechter werdende Lebensbedingungen und einen absoluten Stillstand des Warenaustausches zwischen den Städten und den ländlichen Regionen geprägt war, erzielten die Sozialrevolutionäre und Menschewiki unleugbare politische Erfolge. Bei den Sowjet-Neuwahlen siegten sie trotz Repression und Manipulation in 19 der 30 Provinzhauptstädten, in denen gewählt wurde, und die Ergebnisse wurden veröffentlicht.[29]

Auf diese Situation reagierte die bolschewistische Regierung mit einer verschärften Diktatur, und zwar sowohl in wirtschaftlicher als auch politischer Hinsicht. Der wirtschaftliche Kreislauf war unterbrochen; zum einen fehlten die technischen Mittel, das Transportwesen - vor allem die Eisenbahn - war in einem erbärmlichen Zustand; zum anderen fehlte es am Anreiz, denn bei den mangelnden Industrieprodukten sah der Bauer keinen Anlaß, seine Waren zu verkaufen. Das Hauptproblem war also, die Versorgung der Armee und der Städte zu sichern, den Machtzentren und dem Sitz des »Proletariats«. Dafür boten sich den Bolschewiki zwei Möglichkeiten: entweder in einer völlig desolaten Wirtschaftslage so etwas wie einen Markt aufzubauen oder Zwang auszuüben. In ihrer Überzeugung, daß der Kampf gegen die »alte Ordnung« vorangetrieben werden müsse, entschieden sie sich für die zweite Strategie.

Am 29. April 1918 erklärte Lenin während einer Rede vor dem Zentralen Exekutivkomitee ohne Umschweife: »Ja, solange es galt, die Großgrundbesitzer und Kapitalisten zu stürzen, waren die kleinen Grundbesitzer und die Kleineigentümer auf unserer Seite, auf der Seite von uns anderen Proletariern. Doch jetzt trennen sich unsere Wege. Die kleinen Grundbesitzer haben für Organisation und Disziplin nicht viel übrig. Jetzt ist es für uns an der Zeit, einen unerbittlichen, gnadenlosen Kampf gegen diese kleinen Grundbesitzer und Kleineigentümer zu führen.«[30] Wenige Tage später präzisierte der Volkskommissar für das Versorgungswesen vor dem gleichen Gremium: »Ich sage es offen: es geht hier sehr wohl um einen Krieg, denn nur mit Waffengewalt bekommen wir das Getreide.«[31] Und Trotzki ging noch einen Schritt weiter: »Unsere Partei ist für den Bürgerkrieg. Der Bürgerkrieg, das ist der Kampf ums Brot… Es lebe der Bürgerkrieg!«[32]

Zitieren wir einen letzten Text; er wurde 1921 von Karl Radek, einem anderen bolschewistischen Parteiführer, geschrieben und wirft ein deutliches Licht auf die bolschewistische Politik des Frühjahrs 1918, einer Zeit also, die der Ausweitung des bewaffneten Kampfes zwischen den Roten und Weißen, der sich letztendlich zwei Jahre lang hinzog, um Monate vorausgeht: »Der Bauer war soeben von der Front zurückgekehrt, hatte Land bekommen und seine Waffen behalten. Seine Haltung gegenüber dem Staat war folgendermaßen zusammenzufassen: Wozu ist ein Staat von Nutzen? Er wußte nichts mit ihm anzufangen. Wenn wir eine Naturalsteuer erhoben hätten, wären wir damit nicht durchgekommen. Denn wir verfügten über keinen Staatsapparat mehr, nachdem der alte zerschlagen worden war, und der Bauer hätte uns ohne Zwang nichts gegeben. Zu Beginn des Jahres 1918 war unsere Aufgabe einfach. Wir mußten den Bauern zwei grundlegende Dinge begreiflich machen: Daß der Staat für seine eigenen Bedürfnisse Anspruch hatte auf einen Teil der landwirtschaftlichen Produkte und daß er auch die Kraft besaß, seine Rechte durchzusetzen.«[33]

Im Mai/Juni 1918 griff die bolschewistische Regierung zu zwei entscheidenden Maßnahmen und eröffnete damit die Periode des Bürgerkriegs, die gemeinhin als »Kriegskommunismus« bezeichnet wird. Am 13. Mai 1918 bekam das Volkskommissariat für das Versorgungswesen per Dekret einen außerordentlichen Machtzuwachs. Es hatte den Auftrag, die landwirtschaftlichen Produkte zu beschlagnahmen, und sollte dafür eine regelrechte »Versorgungsarmee« auf die Beine stellen. Im Juli 1918 beteiligten sich bereits an die 12000 Leute an den »Versorgungskommandos«, die mit 80000 Mitstreitern im Jahre 1920 ihren Höhepunkt erreichten. Arbeitslose Arbeiter aus Petrograd, die sich für ein bescheidenes Gehalt und für eine den konfiszierten Getreidemengen entsprechende Naturalentschädigung anwerben ließen, machten gut die Hälfte dieser Kommandos aus. Am 11. Juni 1918 wurde ein weiteres Dekret beschlossen, das die Bildung von Komitees aus armen Bauern vorsah, die in enger Zusammenarbeit mit den Versorgungskommandos bei den reichen Bauern die Ernteüberschüsse beschlagnahmen

sollten. Einen Teil der Beute durften sie einbehalten. Diese Komitees aus armen Bauern sollten auch die Sowjets auf dem Lande ersetzen, die der Regierung wegen ihrer Sozialrevolutionären Prägung wenig vertrauenswürdig waren. Wenn man ihre Aufgabe bedenkt - anderen mit Gewalt die Frucht ihrer Arbeit zu nehmen - und ihre Motivationen - Machtgelüste, Frustrationsgefühl, die Lust, es den »Reichen« zu zeigen, und die Aussicht auf einen Teil der Beute -, so kann man sich vorstellen, wie die ersten Repräsentanten der bolschewistischen Macht auf dem Lande ankamen. Wie Andrea Graziosi klarsichtig geschrieben hat, »ging bei diesen Leuten ihre Hingabe für die Sache - oder vielmehr für den neuen Staat - und ihre unleugbare Einsatzfreude Hand in Hand mit einem vagen politischen und sozialen Bewußtsein, mit einem ausgeprägten Karrieredenken und ›herkömmlichen‹ Verhaltensweisen, wie etwa Brutalität gegenüber Untergebenen, Alkoholismus und Vetternwirtschaft. [...] Wir haben hier ein gutes Beispiel dafür, wie sehr das neue Regime vom ›Geist‹ der plebejischen Revolution durchdrungen war.«[34]

Trotz anfänglicher Erfolge waren die aus armen Bauern zusammengesetzten Komitees ein Fehlschlag. Allein der Gedanke, den ärmsten Teil der Bauernschaft vorzuschicken, zeigt deutlich, wie tief das Mißtrauen der Bolschewiki gegenüber der bäuerlichen Gesellschaft war. Einem vereinfachten marxistischen Schema folgend, war diese nach bolschewistischen Vorstellungen in zwei feindliche Klassen geteilt. In Wahrheit waren die Bauern jedoch untereinander ausgesprochen solidarisch gegen die feindliche Außenwelt, gegen die aus der Stadt kommenden Fremden. Als es darum ging, die Ernteüberschüsse abzuliefern, kam innerhalb der Dorfgemeinschaft das Gefühl von Gleichheit und Zusammengehörigkeit voll zum Tragen. Die drückende Last der Beschlagnahmungen, die die wenigen reichen Bauern treffen sollte, wurde unter Berücksichtigung der individuellen Möglichkeiten auf alle verteilt. Die Bauern waren in ihrer Allgemeinheit betroffen, und somit wuchs die allgemeine Unzufriedenheit. In zahlreichen Gegenden kam es zu Unruhen. Gegen die von der Tscheka oder der Armee unterstützten brutalen Versorgungskommandos formierte sich schon im Juni 1918 ein regelrechte Guerilla. Im Juli und August kam es in dem vom neuen Regime kontrollierten Gebiet zu insgesamt 110 Bauernaufständen. Die Regierung sprach von »Kulakenaufständen«, in der bolschewistischen Terminologie die Bezeichnung für Erhebungen, an denen ganze Dörfer mit allen ihren sozialen Schichten teilnahmen. Der Vertrauensvorschuß, den die Bolschewiki für kurze Zeit genossen hatten, weil sie sich 1917 nicht gegen die Beschlagnahmung des Ackerlandes durch die Bauern gestellt hatten, war innerhalb weniger Wochen verspielt. Drei Jahre lang sorgte die Beschlagnahmungspolitik für unzählige Erhebungen und Aufstände, die in wahre Bauernkriege ausarteten und nur mit äußerster Gewalt niedergeschlagen werden konnten.

Auf politischer Ebene führte die verschärfte Diktatur im Frühjahr 1918

zur endgültigen Einstellung aller nicht-bolschewistischen Zeitungen, zur Auflösung aller nicht-bolschewistischen Sowjets, zur Verhaftung von Oppositionellen und zur brutalen Unterdrückung der zahlreichen Streikbewegungen. Im Mai und Juni 1918 wurden 205 Zeitungen der linken Opposition für immer abgeschafft und die von einer menschewistischen oder Sozialrevolutionären Mehrheit bestimmten Sowjets von Kaluga, Twer, Jaroslawl, Rjasan, Kostroma, Kasan, Saratow, Pensa, Tambow, Woronesch, Orel und Wologda mit Gewalt aufgelöst.[35] Es lief fast überall nach dem gleichen Schema ab: Wenige Tage nach dem Sieg der Oppositionsparteien und der Bildung des neuen Sowjets rief die bolschewistische Fraktion eine bewaffnete Truppe zu Hilfe, meistens eine Tscheka-Abordnung, die das Standrecht proklamierte und die Oppositionellen verhaftete.

Dserschinski, der seine wichtigsten Mitarbeiter in die an die Opposition verlorengegangenen Städte schickte, plädierte ohne Umschweife für ein gewaltsames Vorgehen, wie aus seinen Direktiven vom 31. Mai 1918 an Eiduk, seinem Bevollmächtigten in Twer, deutlich hervorgeht; »Die von den Menschewiki, den SR-Leuten und den anderen konterrevolutionären Halunken beeinflußten Arbeiter haben gestreikt und sich für eine Regierung ausgesprochen, an der alle ›Sozialisten‹ beteiligt sind. Du mußt in der ganzen Stadt die Erklärung aufhängen lassen, daß jeder Bandit, Dieb, Spekulant und Konterrevolutionär, der sich gegen die sowjetische Macht verbündet, auf der Stelle hingerichtet wird. Die Bourgeoisie der Stadt mußt Du mit einer außerordentlichen Steuer belegen und in Listen festhalten. Für den Fall, daß ein Bourgeois jemals seinen Wohnort wechseln sollte, sind Listen dieser Art sehr nützlich. Du fragst mich, aus welchen Elementen wir unsere örtliche Tscheka bilden sollen. Nimm entschlossene Leute, die wissen, daß es nichts Wirksameres gibt als eine Kugel, um jemanden zum Schweigen zu bringen. Die Erfahrung hat mich gelehrt, daß mit wenigen energischen Leuten eine Situation umkippen kann.«[36]

Die Auflösung der von der Opposition beherrschten Sowjets und die am 14.Juni 1918 durchgeführte Ausweisung der Menschewiki und Sozialrevolutionäre aus dem gesamtrussischen Exekutivkomitee der Sowjets führte in zahlreichen Arbeiterstädten, wo die Ernährungslage übrigens immer schlechter wurde, zu Protesten, Demonstrationen und Streikbewegungen. In Kolpino bei Petrograd ließ der Chef einer Tscheka-Abordnung das Feuer auf einen Hungermarsch eröffnen, der von Arbeitern organisiert worden war, deren Monatsration auf zwei Pfund Mehl gesunken war. Man zählte zehn Tote. Am gleichen Tag tötete ein rotgardistisches Kommando in der Beresowski-Fabrik bei Ekaterinburg 15 Personen, die an einer Protestkundgebung gegen die »bolschewistischen Kommissare« teilgenommen hatten. Sie warfen den Kommissaren vor, sich der besten Häuser der Stadt bemächtigt und die 150 Rubel, die die ansässige Bourgeoisie an Steuern aufzubringen hatte, in die eigene Tasche gesteckt zu haben. Am nächsten Tag verhängten die lokalen Behörden das Standrecht über die Arbeiterstadt, und

14 Personen wurden unverzüglich von der örtlichen Tscheka erschossen. Nach Moskau wurde dies nicht weitergeleitet.[37]

In der zweiten Maihälfte und im Juni 1918 wurden in Somorwo, Jaroslawl, Tula und den Industriestädten des Urals (Nischni-Tagil, Beloretsk, Zlatus, Ekaterinburg) zahlreiche Arbeiterdemonstrationen blutig niedergeschlagen. Die wachsende Beteiligung der örtlichen Tscheka-Abteilungen an den Repressionen läßt sich an den im Arbeitermilieu immer häufiger anzutreffenden Schlagwörtern und Slogans gegen die »neue Ochranka« (politische Polizei der Zarenreichs) im Dienste der »Kommissarokratie« ablesen.[38]

Vom 8. bis 11. Juni führte Dserschinski bei der ersten gesamtrussischen Tscheka-Konferenz den Vorsitz. Etwa 100 Delegierte aus 43 verschiedenen Regionalsektionen waren anwesend. Insgesamt zählte die Tscheka damals 12000 Mann, Ende 1918 sollten es bereits 40000 und Anfang 1921 sogar mehr als 280 000 sein. Die Konferenz erklärte, »daß sie als oberstes Verwaltungsorgan des sowjetischen Rußlands für das gesamte Gebiet der Republik den schweren Kampf gegen die Konterrevolution auf sich nehme« und setzte sich damit über die Sowjets und - wie manche Bolschewiki sagten - sogar »über die Partei« hinweg. Der Organisationsplan, der am Ende der Konferenz beschlossen wurde, wirft ein Licht auf das weite Betätigungsfeld, das der politischen Polizei schon im Juni 1918 - also vor der großen »konterrevolutionären« Erhebungswelle des Sommers 1918 - offenstand. Nach dem Modell der Lubjanka hatte jede regionale Tscheka-Sektion innerhalb kürzester Zeit folgende Abteilungen und Dienststellen aufzubauen: 1. Informationsabteilung mit Dienststellen: Rote Armee, Monarchisten, Kadetten, rechte SR-Leute und Menschewiki, Anarchisten und Strafgefangene, Bourgeoisie und Leute der Kirche, Gewerkschaften und Arbeiterkomitees, Leute aus dem Ausland. Für jede dieser Kategorien haben die zuständigen Dienststellen eine Liste mit Verdächtigen zu erstellen. 2. Kampfabteilung gegen die Konterrevolution mit Dienststellen: Rote Armee, Monarchisten, Kadetten, rechte SR-Leute und Menschewiki, Anarchisten, Gewerkschafter, nationale Minderheiten, Ausländer, Alkoholismus, Pogrome und Öffentliche Ordnung, Presseangelegenheiten. 3. Kampfabteilung gegen das Spekulantentum und den Machtmißbrauch. 4. Abteilung für den Transport, die Verkehrswege und Häfen. 5. Einsatzabteilung mit den Spezialeinheiten der Tscheka.[39]

Zwei Tage nach dem Abschluß dieser gesamtrussischen Tscheka-Konferenz beschloß die Regierung die Wiedereinführung der gesetzlichen Todesstrafe, die nach der Februarrevolution von 1917 abgeschafft und von Kerenski im Juli 1917 wiedereingesetzt worden war. Sie war jedoch nur in den Frontgebieten von den Militärgerichten verhängt worden. Die erneute Abschaffung der Todesstrafe am 26. Oktober (8. November) 1917 war eine der ersten Maßnahmen des II. Sowjetkongresses gewesen. Eine Entscheidung, die bei Lenin Wut auslöste: »Das ist ein Irrtum, ein unverzeihlicher Fehler und eine pazifistische Illusion!«[40] Lenin und Dserschinski taten alles für die

Wiedereinführung der gesetzlichen Todesstrafe, auch wenn sie genau wußten, daß sie ohne jegliche »juristische Pedanterie« von außerhalb des Gesetzes stehenden Organen wie der Tscheka verhängt werden konnte. Am 21. Juni 1918 wurde von einem Revolutionsgericht das erste legale Todesurteil verkündet: Admiral Tschastniji ist der erste »Konterrevolutionär«, der »legal« erschossen wurde.

Am 20. Juni wurde W. Wolodarski, einer der bolschewistischen Parteiführer von Petrograd, von einem militanten Sozialrevolutionär ermordet. Diesem Anschlag gingen in der alten Hauptstadt deutlich spürbare Spannungen voraus. In den vorangegangenen Wochen waren die Beziehungen zwischen den Bolschewiki und der Arbeiterwelt merklich schlechter geworden. Im Mai und Juni 1918 berichtete die Petrograder Tscheka von 70 »Zwischenfällen« - Streiks, antibolschewistischen Kundgebungen und Demonstrationen -, vor allem bei den Metallarbeitern, die in und vor 1917 in den Arbeiterhochburgen zu den überzeugtesten Anhängern der Bolschewiki gezählt hatten. Die Verantwortlichen der großen staatlichen Betriebe reagierten darauf mit Aussperrungen, einer Praxis, die in den Folgemonaten immer häufiger eingesetzt wurde, um den Widerstand der Arbeiter zu brechen. Die Ermordung Wolodarskis hatte eine Verhaftungswelle von bisher im Arbeitermilieu von Petrograd nicht gekannten Ausmaßen zur Folge; »Die Versammlung der Arbeiterbevollmächtigten«, eine Organisation der Petrograder Arbeiteropposition, die mit ihrer menschewistischen Mehrheit ein arbeiterspezifisches Gegengewicht zum Petrograder Sowjet bildete, wurde aufgelöst. Mehr als 800 »Rädelsführer« wurden innerhalb von zwei Tagen verhaftet. Am 2. Juli 1918 reagierte man in den Arbeiterkreisen auf diese Verhaftungswellen mit einem Aufruf zum Generalstreik.[41]

Der Brief Lenins an Sinowjew, den Präsidenten des Petrograder Komitees der bolschewistischen Partei, gibt Aufschluß über die leninistische Auffassung vom Terror und ist gleichzeitig das Dokument einer außerordentlichen politischen Illusion. Denn in seinem Glauben, daß die Arbeiter sich *gegen* die Ermordung Wolodarskis erhoben hätten, erlag Lenin einem ungeheuren politischen Irrtum!

»Genösse Sinowjew! Wir haben soeben erfahren, daß die Arbeiter von Petrograd mit Massenterror auf den Mord unseres Genossen Wolodarski antworten wollten und daß Sie (nicht Sie persönlich, aber die Komiteemitglieder der Petrograder Partei) sie gebremst haben. Ich protestiere energisch! Wir machen uns lächerlich: In den Erklärungen des Sowjets propagieren wir immer den Massenterror, doch wenn es darauf ankommt, behindern wir die absolut korrekte Initiative der Massen. Das ist untragbar! Die Terroristen werden uns als Weichlinge betrachten. Die Zeichen der Zeit stehen auf Totalkrieg. In seiner Energie und als Ausdruck der Masse ist der gegen die Konterrevolutionäre gerichtete' Terror unbedingt zu unterstützen, besonders in Petrograd, dessen Beispiel von entscheidender Bedeutung ist. Grüße. Lenin.«[42]

3

Der rote Terror

»Die Bolschewiki sagen ganz offen, daß ihre Tage gezählt sind«, berichtete Karl Helfferich, der deutsche Botschafter in Moskau, am 3.August 1918 seiner Regierung. »Eine wahre Panik hat Moskau gepackt... Über die ›Verräter‹, die sich angeblich in die Stadt eingeschlichen haben, kursieren die wildesten Gerüchte.«

Nie fühlten sich die Bolschewiki in ihrer Macht so bedroht wie im Sommer 1918. Das Gebiet, das sie kontrollierten, war in der Tat nur wenig größer als der historische Moskauer Staat und war von drei stabilen, antibolschewistischen Frontlinien umgeben: die erste war die der Don-Region, die von den Kosakentruppen des Atamans Krasnow und der Weißen Armee General Denikins besetzt war, die zweite die der Ukraine, die in den Händen der Deutschen und der ukrainischen Rada (Nationalregierung) war, und die dritte lief der Transsibirischen Eisenbahn entlang, dort, wo die meisten großen Städte an die tschechische Legion verlorengegangen waren und die in ihrer Offensive von der Sozialrevolutionären Regierung Samaras unterstützt wurden.

In den Regionen, die mehr oder weniger von den Bolschewiki kontrolliert wurden, kam es während des Sommers 1918 zu etwa 140 Aufständen und bedeutenden Erhebungen. Es waren meist Bauern, die sich in ihrem Kampf gegen die brutalen Beschlagnahmungen der Versorgungskommandos, gegen die dem privaten Handel auferlegten Beschränkungen und die neuen Einberufungen zur Roten Armee zusammengeschlossen hatten.[43] Die wütenden Bauern marschierten scharenweise in die nächstgelegene Stadt, belagerten den Sowjet und versuchten in manchen Fällen auch Feuer zu legen. In der Regel nahmen diese Vorfälle einen dramatischen Verlauf Das Militär, die als Ordnungskräfte eingesetzten Milizen und immer häufiger auch Abordnungen der Tscheka zögerten nicht, das Feuer auf die Demonstranten zu eröffnen.

Die bolschewistischen Parteioberen sahen in den immer zahlreicheren Zusammenstößen eine breite, von »als Weißgardisten verkleideten Kulaken« angeführte konterrevolutionäre Verschwörung.

»Es ist offensichtlich, daß in Nischni-Nowgorod ein Aufstand der Weißen Garden vorbereitet wird«, telegraphierte Lenin am 9. August 1918 dem Präsidenten des Exekutivkomitees des dortigen Sowjets. Dieser hatte ihm kurz zuvor von Zwischenfällen berichtet, bei denen Bauern gegen die Beschlag-

nahmungen protestiert hatten. »Es ist unverzüglich eine diktatorisch durchgreifende ›Troika‹ (Sie selbst, Markin und noch ein Dritter) zu bilden und der Massenterror einzuführen. Die Hundertschaften von Prostituierten, die den Soldaten zu trinken geben, alle Ex-Offiziere usw. sind zu erschießen oder abzuführen. Es ist keine Minute zu verlieren ... Auf alle Fälle hart durchzugreifen: Starke Kontrollen. Wer eine Waffe trägt, wird erschossen. Die Menschewiki und die anderen suspekten Elemente müssen in Scharen abgeführt werden.«[44] Einen Tag später, am 10. August, schickte Lenin ein Telegramm ähnlichen Inhalts an das Exekutivkomitee des Sowjets von Pensa:

»Genossen! Der Kulakenaufstand in Euren fünf Distrikten ist mit aller Härte niederzuschlagen. Im Interesse der Gesamtrevolution ist dies unausweichlich, denn nun hat überall der »Endkampf« mit den Kulaken begonnen. Es muß ein Exempel statuiert werden. 1. Mindestens 100 als blutsaugerische Geldsäcke bekannte Kulaken hängen *(und zwar so, daß die Leute es sehen können). 2.* Ihre Namen veröffentlichen. 3. Ihr ganzes Korn beschlagnahmen. 4. Die Geiseln so identifizieren, wie wir es im gestrigen Telegramm angegeben haben. Macht es so, daß im Umkreis von Hunderten von Meilen die Leute es sehen und wissen, daß sie zittern und sich sagen: Sie töten die blutdurstigen Kulaken und werden sie weiterhin töten. Telegraphiert, daß Ihr diese Anweisungen erhalten und ausgeführt habt. Euer Lenin.

P.S. Sucht Euch härtere Leute.«[45]

Nach einer aufmerksamen Lektüre der Tscheka-Berichte über die Revolten des Sommers 1918 bestätigt sich, daß offensichtlich nur die von dem Sozialrevolutionären Parteiführer Boris Sawinkow und seiner Union zur Verteidigung des Vaterlands organisierten Erhebungen in Jaroslawl, Rybinsk und Murom und die von den Menschewiki und Sozialrevolutionären Lokalpolitikern angestifteten Arbeiteraufstände der Itschewsker Waffenfabriken im voraus geplant waren. Alle anderen Erhebungen waren örtlich begrenzt und entwickelten sich spontan aus Vorfällen, bei denen sich Bauern in ihrem Protest gegen die Beschlagnahmungen oder die Einberufung zum Militärdienst zusammengeschlossen hatten. Sichere Abordnungen der Roten Armee oder der Tscheka schlugen die Aufstände in wenigen Tagen brutal nieder. Nur die Stadt Jaroslawl, wo Sawinkows Einheiten die bolschewistische Lokalmacht gestürzt hatten, leistete zwei Wochen lang Widerstand. Nach dem Fall der Stadt schickte Dserschinski den Einwohnern von Jaroslawl eine »spezielle Untersuchungskommission«, die in fünf Tagen - vom 24. bis 28. Juli 1918 - 428 Personen hinrichten ließ.[46]

Während des ganzen August 1918, also vor dem »offiziellen« Ausbruch des roten Terrors am 3. September, schickten die bolschewistischen Parteiführer mit Lenin und Dserschinski an der Spitze zahlreiche Telegramme an die Verantwortlichen der örtlichen Tscheka- oder Parteiverbände und forderten diese zu »prophylaktischen Maßnahmen« auf, um jedem Aufstandsversuch zuvorzukommen. Von diesen Maßnahmen sind nach Dserschinski »diejenigen am wirkungsvollsten, bei denen nach Listen, die Ihr für die der

Bourgeoisie auferlegten außerordentlichen Steuerzahlungen aufgestellt habt, unter den Bürgerlichen Geiseln genommen werden, [...] und all diese Geiseln und Suspekten verhaftet und in Konzentrationslagern festgehalten werden.«[47] Am 8. August forderte Lenin von Zurjupa, dem Volkskommissar für das Versorgungswesen, ein Dekret, nach dem »in jedem Getreide produzierenden Distrikt unter den reichsten Einwohnern 25 Geiseln bestimmt werden, die bei Nichteinhaltung des Requisitionsplans mit ihrem Leben büßen sollen.« Als Zurjupa nach langem Schweigen schließlich vorgab, daß es schwierig sei, solche Geiselnahmen zu organisieren, schickte ihm Lenin ein zweites, noch deutlicheres Schreiben: »Es ist nicht mein Vorschlag, die Geiseln tatsächlich in Gewahrsam zu nehmen, sie sollen lediglich in jedem Distrikt *namentlich bestimmt* werden. Das Ziel dieser namentlichen Bestimmung ist, die Reichen, so wie sie für ihre Steuerzahlungen verantwortlich sind, mit ihrem Leben für die sofortige Realisierung des für ihren Distrikt aufgestellten Requisitionsplans haften zu lassen.«[48]

Neben der Geiselnahme versuchten die bolschewistischen Parteiführer im August 1918 ein weiteres im russischen Krieg auftauchendes Repressionsmittel: das Konzentrationslager. Am 9. August 1918 telegraphierte Lenin dem Exekutivkomitee der Provinz Pensa, daß »Kulaken, Priester, die Weißen Garden und andere zweifelhafte Elemente in einem Konzentrationslager«[49] festzuhalten seien.

Einige Tage zuvor hatten auch Dserschinski und Trotzki angeordnet, die Geiseln in »Konzentrationslagern« festzuhalten. Diese »Konzentrationslager« waren Internierungslager, in denen »zweifelhafte Elemente« ohne gerichtliches Verfahren und ohne Urteilsspruch zusammengepfercht werden sollten. In Rußland existierten wie in den anderen kriegsführenden Ländern zahlreiche Lager, in denen Kriegsgefangene interniert wurden.

Zu den zweifelhaften Elementen, die als Präventivmaßnahme verhaftet werden sollten, zählten vor allem die noch auf freiem Fuß lebenden führenden Politiker der Oppositionsparteien. Am 15. August 1918 unterzeichneten Lenin und Dserschinski den Haftbefehl für die führenden Köpfe der menschewistischen Partei - Martow, Dan, Potressow und Goldman. Die Zeitungen dieser Partei waren bereits eingestellt, und ihre Vertreter aus den Sowjets gejagt worden.[50]

Für die bolschewistischen Parteiführer waren in einem Krieg, der - wie sie erklärten - seine eigenen Gesetze hatte, die Grenzen zwischen den verschiedenen Kategorien der politischen Opposition aufgehoben.

»Der Bürgerkrieg kennt keine geschriebenen Gesetze«, schrieb Latsis, einer von Dserschinskis wichtigsten Mitarbeitern, am 23. August 1918 in der *Iswestija.* »Der kapitalistische Krieg hat seine geschriebenen Gesetze [...], aber der Bürgerkrieg hat seine eigenen Gesetze [...]. Es gilt, nicht nur die aktiven Kräfte des Feindes zu zerstören, sondern auch zu zeigen, daß jeder, der sein Schwert gegen die bestehende Klassenordnung erhebt, durch das Schwert fallen wird. Dies sind die Regeln, welche die Bourgeoisie in ihren

Bürgerkriegen gegen das Proletariat immer beachtet hat. [...] Wir haben diese Regeln noch nicht genügend verinnerlicht. Unsere Leute werden zu Hunderten und Tausenden getötet. Wir richten ihre Leute nach langen Verhandlungen vor den Kommissionen und Gerichten einzeln hin. Im Bürgerkrieg gibt es keine Gerichte für den Feind. Es ist ein Kampf um Leben und Tod. Wenn du nicht tötest, wirst du getötet. Töte also, wenn du nicht getötet werden willst!«[51]

Am 30. August 1918 bestärkten zwei Attentate - gegen M.S. Uritzki, den Chef der Petrograder Tscheka, und gegen Lenin - die bolschewistischen Parteiführer in der Ansicht, daß ihre Existenz durch eine ernstzunehmende Verschwörung bedroht sei. In Wirklichkeit bestand zwischen den beiden Attentaten keinerlei Verbindung. Das Attentat gegen Uritzki wurde von einem jungen Studenten verübt, der seinen Freund - einen wenige Tage zuvor von der Petrograder Tscheka hingerichteten Offizier - rächen wollte, und steht für die populistisch-revolutionäre Tradition in ihrer reinsten Form. Das Attentat gegen Lenin wurde lange Fanny Kaplan zugeschrieben, einer dem anarchistischen und Sozialrevolutionären Milieu nahestehenden militanten Aktivistin. Sie wurde auf der Stelle verhaftet und ohne Verfahren drei Tage nach dem Vorfall hingerichtet. Heute sieht es eher so aus, als hätte die Tscheka das Ganze bewußt hinter dem Rücken der Verantwortlichen provoziert.[52] Die bolschewistische Regierung legte die Attentate umgehend den »rechten Sozialrevolutionären, den Knechten des französischen und englischen Imperialismus«, zur Last. Schon am folgenden Tag wurde in Presseartikeln und offiziellen Erklärungen eine Ausweitung des Terrors gefordert:

»Arbeiter«, schrieb die *Prawda* am 31. August 1918, »die Zeit zur Vernichtung der Bourgeoisie ist gekommen. Ansonsten werdet Ihr von ihr vernichtet werden. Die Städte müssen schonungslos von allen bürgerlichen' Verwesungserscheinungen gereinigt werden. All diese Herren werden in einer Kartei erfaßt, und diejenigen, die eine Gefahr für die revolutionäre Sache darstellen, werden ausgerottet. [...] Die Hymne der Arbeiterklasse wird ein Lied des Hasses und der Rache sein!«[53]

Dserschinski und sein Stellvertreter Peters verfaßten einen ähnlich gehaltenen »Appell an die Arbeiterklasse«: »Soll die Arbeiterklasse mit massivem Terror die Hydra der Konterrevolution vernichten! Sollen die Feinde der Arbeiterklasse wissen, daß jeder, der im unerlaubten Besitz einer Waffe angetroffen wird, auf der Stelle hingerichtet wird, daß jeder, der auch nur die geringste Propaganda gegen das sowjetische Regime zu betreiben wagt, umgehend verhaftet und in einem Konzentrationslager festgehalten wird!« Dieser Appell wurde am 3. September 1918 in der *Iswestija* abgedruckt. Einen Tag später wurde eine von N. Petrowski, dem Volkskommissar des Inneren, an alle Sowjets verschickte Anweisung veröffentlicht. Darin beklagt sich Petrowski, daß trotz der von den Regimefeinden ausgehenden und gegen die »Arbeitermassen« gerichteten »ungeheuren Repression« der rote Terror immer noch nicht zu spüren sei:

»Es ist höchste Zeit, mit dieser ganzen Weichheit und Sentimentalität endlich Schluß zu machen. Alle rechten Sozialrevolutionäre sind umgehend zu verhaften, und zahlreiche Bürgerliche und Offiziere sind als Geiseln zu nehmen. Beim geringsten Widerstand sind Massenhinrichtungen durchzuführen. Die Exekutivkomitees der Provinzen müssen in dieser Hinsicht Initiative zeigen. Die Tschekas und die anderen Milizen müssen alle Suspekten ausfindig machen und verhaften, außerdem müssen sie alle diejenigen, die in konterrevolutionäre Aktivitäten verwickelt sind, umgehend hinrichten. [...] Die Verantwortlichen der Exekutivkomitees müssen dem Volkskommissariat des Inneren jedes weiche und unentschlossene Verhalten der örtlichen Sowjets umgehend melden. [...] Bei der Einführung des Massenterrors ist keine Schwäche und kein Zögern zu dulden.«[54]

Dieses Telegramm, das offizielle Startzeichen des breit angelegten roten Terrors, widerlegt die von Dserschinski und Peters *a posteriori* entwickelte Darstellung, nach welcher »der rote Terror als Ausdruck einer allgemeinen und spontanen Entrüstung der Massen in Anbetracht der Attentate vom 30. August 1918 ohne die geringste zentrale Steuerung entstanden ist«. In Wahrheit war der rote Terror das natürliche Ventil eines von den meisten bolschewistischen Parteiführern geschürten, fast abstrakten Hasses gegen die »Unterdrücker«, die sie bereitwillig ausrotten wollten, wenn nicht als Individuen, so doch »als Klasse«. In seinen Erinnerungen berichtet der menschewistische Parteiführer Raphael Abramowitsch von einer aufschlußreichen Unterhaltung, die er im August 1917 mit Felix Dserschinski, dem späteren Tscheka-Chef, geführt hat:

»Abramowitsch, erinnerst du dich an Lassalles Rede über das Wesentliche einer Verfassung?«

»Natürlich.«

»Er sagte, daß jede Verfassung festgelegt sei durch das zu einem bestimmten Zeitpunkt in einem Lande bestehende Verhältnis der sozialen Kräfte. Ich frage mich, wie sich diese Wechselbeziehung zwischen dem politischen und sozialen Bereich ändern kann.«

»Nun, durch unterschiedliche wirtschaftliche und politische Entwicklungsprozesse, durch die Entstehung neuer Wirtschaftsformen, dem Aufsteigen bestimmter sozialer Schichten usw. Alles Dinge, die du genau kennst, Felix.«

»Ja, aber könnte man diese Wechselbeziehung nicht radikal verändern? Durch Unterwerfung oder Ausrottung bestimmter Gesellschaftsschichten beispielsweise?«[55]

Eine derart kühl berechnete und zynische Grausamkeit fand sich bei vielen Bolschewiki; sie war die Frucht einer den »Klassenkrieg« bis zum Äußersten treibenden unerbittlichen Logik. Im September 1918 erklärte Grigori Smowjew, einer der wichtigsten bolschewistischen Parteiführer: »Um uns von unseren Feinden zu befreien, brauchen wir unseren eigenen sozialistischen Terror. Etwa 90 der 100 Millionen Einwohner des sowjetischen Ruß-

lands müssen wir auf unsere Seite bringen. Den anderen haben wir nichts zu sagen. Sie müssen vernichtet werden.«[56]

Mit dem berühmten Dekret »Über den roten Terror« vom 5. September legalisierte die sowjetische Regierung den Terror: »In der augenblicklichen Situation ist es absolut lebensnotwendig, die Tscheka zu verstärken [...], die Klassenfeinde der sowjetischen Republik in Konzentrationslagern zu isolieren und so die Republik gegen sie zu schützen, jeden, der in weißgardistische Organisationen, in Verschwörungen, Aufstände und Erhebungen verwickelt ist, auf der Stelle zu erschießen, die Namen der Erschossenen mit Angabe des Erschießungsgrundes zu veröffentlichen.«[57] Wie Dserschinski später zugab, »brachten uns die Texte vom 3. und 5. September 1918 endlich auf legale Weise das, wogegen selbst Parteigenossen bislang protestiert hatten: das Recht, der konterrevolutionären Bande auf der Stelle und ohne irgend jemanden verständigen zu müssen, den Garaus zu machen«.

In einem internen Schreiben vom 17. September forderte Dserschinski alle lokalen Tscheka-Verbände auf, »die Prozeduren zu beschleunigen und die noch offenen Angelegenheiten zu Ende zu bringen, d.h. zu *liquidieren«*.[58] Eigentlich hatten die Liquidierungen bereits am 31. August angefangen. Am 3. September berichtete die *Iswestija,* daß in Petrograd während der vorangegangenen Tage mehr als 500 Geiseln von der örtlichen Tscheka hingerichtet worden waren. Tschekistische Quellen sprachen von 800 Personen, die im September 1918 in Petrograd zur Hinrichtung geführt worden waren. Die angegebenen Zahlen sind entschieden zu niedrig. Ein Augenzeuge nannte folgende Einzelheiten: »Eine grobe Zählung kommt in Petrograd auf 1300 Hinrichtungen. [...] Hunderte von Offizieren und Zivilisten, die auf Befehl der lokalen Behörden in Kronstadt erschossen worden sind, werden von den Bolschewiki in ihren ›Statistiken‹ nicht berücksichtigt. Allein in Kronstadt wurden in einer einzigen Nacht 400 Personen erschossen. Man hob im Hof drei große Gruben aus und stellte die 400 Leute - einen nach dem anderen - davor auf und erschoß sie.«[59] In einem der Zeitung *Utro Moskwy* am 3. November 1918 gewährten Interview gab Peters, Dserschinskis rechte Hand, zu, daß »in Petrograd die übersensiblen *[sie!]* Tschekisten schließlich den Kopf verloren und einen Übereifer an den Tag gelegt haben. Vor Uritzkis Ermordung war niemand hingerichtet worden - und glauben Sie mir, trotz aller Behauptungen bin ich nicht so blutdurstig, wie man allenthalben sagt -, danach gab es allerdings ein bißchen zu viele Hinrichtungen, oft auch wahllos. Moskau hingegen hat auf das Attentat gegen Lenin nur mit der Hinrichtung einiger zaristischer Minister geantwortet.«[60]Ebenfalls von der *Iswestija* erfahren wir, daß am 3. und 4. September in Moskau *»nur«* 29 Geiseln aus dem konterrevolutionären Lager an die Wand gestellt worden sind. Unter ihnen befanden sich auch zwei ehemalige Minister Nikolaus II., N. Chwostow (Inneres) und I. Tscheglowitow (Justiz). Zahlreiche übereinstimmende Zeugenaussagen berichten jedoch von hundertfachen Geiselhinrichtungen während der »September-Massaker« in den Moskauer Gefängnissen.

In der Zeit des roten Terrors ließ Dserschinski eine Zeitung herausgeben: *Etschenedelnik VCK* (die Wochenzeitung der Tscheka). Sie hatte ganz eindeutig die Aufgabe, die Verdienste der politischen Polizei zu rühmen und den »berechtigten Rachedurst der Massen« anzuheizen. Sechs Wochen lang berichtete dieses Wochenblatt unverblümt und ohne Scham von den Geiselnahmen, den Internierungen in den Konzentrationslagern, den Hinrichtungen usw. Als jedoch die Tscheka von einer Reihe bolschewistischer Führungskräfte in Frage gestellt wurde, stellte man die Zeitung auf Befehl des Zentralkomitees ein. Sie dient als offizielle Quelle, zumindest für den roten Terror vom September und Oktober 1918. Man liest dort, daß die auf die Befehle von Nicolai Bulganin, dem späteren sowjetischen Staatschef (1954-1957), mit besonderem Diensteifer reagierende Tscheka von Nischni-Nowgorod bereits am 31. August 141 Geiseln hingerichtet hat; innerhalb von drei Tagen wurden in dieser russischen Stadt mittlerer Größe 700 Geiseln in Gewahrsam genommen. Der nach Wiatka ausgelagerte, ursprünglich in Ekaterinburg sitzende Tscheka-Verband des Uralgebiets meldete innerhalb einer Woche die Hinrichtung von 23 »ehemaligen Gendarmen«, 154 »Konterrevolutionären«, 8 »Monarchisten«, 28 »Mitgliedern der konstitutionell-demokratischen Partei«, 186 »Offizieren«, 10 »Menschewiki und rechten SR-Leuten«. Die Tscheka von Iwano-Wosnessensk berichtete von 181 Geiselnahmen, von der Hinrichtung von 25 »Konterrevolutionären« und vom Bau eines »Konzentrationslagers für 1000 Leute«. Die Tscheka der Kleinstadt Sebeisk meldete »16 an die Wand gestellte Kulaken und einen Priester, der für den blutsaugerischen Tyrannen Nikolaus II. eine Messe gelesen hatte«; die Tscheka von Twer 130 Geiseln und 39 Hinrichtungen; die Tscheka von Perm 50 Hinrichtungen. Mit einigen Auszügen aus den sechs Ausgaben der *Wochenzeitung der Tscheka* könnte man den makabren Katalog noch weiter fortsetzen.[61]

Auch in anderen Zeitungen des Landes wird während des Herbstes von 1918 von tausendfachen Verhaftungen und Hinrichtungen berichtet. Zwei Beispiele sollen genügen: In der einzigen Ausgabe *der Iswestija Zarizinskoi Gubtscheka* (Nachrichten der Tscheka aus der Provinz Zarizin) werden für die Woche vom 3. bis zum 10. September 1918 103 Hinrichtungen erwähnt. Vom 1. bis zum 8. November 1918 wurden 3 71 Leute vor das örtliche Tscheka-Gericht gebracht: 50 wurden zum Tode verurteilt, die anderen wurden »als prophylaktische Maßnahme in ein Konzentrationslager gebracht, wo sie bis zur völligen Niederschlagung aller konterrevolutionären Aufstände als Geiseln gehalten werden«. Die einzige Ausgabe *der Iswestija Pensenskoi Gubtscheka* (Nachrichten der Tscheka aus der Provinz Pensa) berichtete ohne weiteren Kommentar folgendes: »Für die Ermordung des Petrograder Arbeiters und Genossen Egorow, der für ein Requisitionskommando gearbeitet hat, hat die Tscheka 152 Weiße Garden hingerichtet. Gegen all diejenigen, die ihren Arm gegen den bewaffneten Arm des Proletariats erheben, wird man in Zukunft noch härtere *[sie!]* Maßnahmen treffen.«[62]

Die seit kurzem zugänglichen vertraulichen Berichte *(swodki),* welche die lokalen Tscheka-Verbände nach Moskau schickten, bestätigen übrigens die Brutalität, mit der bereits im Sommer 1918 die kleinsten Zwischenfälle zwischen den Bauern und den lokalen Behörden unterbunden wurden. Anlaß war meistens der Widerstand gegen die Beschlagnahmungen und die Wehrpflicht. All diese Unruhen wurden systematisch als »konterrevolutionäre Kulakenaufstände« abgestempelt und erbarmungslos niedergeschlagen.

Die Zahl der Opfer dieser ersten großen Welle des roten Terrors benennen zu wollen, wäre ein hoffnungsloses Unterfangen. Latsis, einer der wichtigsten Führungskräfte der Tscheka, gab vor, daß die Tscheka in der zweiten Hälfte des Jahres 1918 4500 Personen hingerichtet habe, und fugte nicht ohne Zynismus hinzu: »Wenn man der Tscheka etwas vorwerfen kann, dann nicht etwa einen Übereifer bei den Hinrichtungen, sondern vielmehr ihre Schwäche bei der Anwendung härterer Strafmaßnahmen. Eine eiserne Hand hält die Zahl der Opfer immer geringer.«[63] Ende Oktober 1918 schätzte der menschewistische Parteiführer Juri Martow die Zahl der Opfer, die seit Anfang September allein von der Tscheka umgebracht worden waren, auf »über 10000«.[64]

Wie hoch auch immer die genaue Zahl der Opfer des im Herbst 1918 wütenden roten Terrors gewesen ist - allein die Hinrichtungsberichte der Presse lassen vermuten, daß es nicht weniger als 10 000 bis 15 000 gewesen sind -, mit diesem Terror setzte sich endgültig die bolschewistische Praxis durch, jeder Form eines wirklichen oder möglichen Protestes mit einem erbarmungslosen und - nach Latsis - »seinen eigenen Gesetzen« gehorchenden Bürgerkrieg zu begegnen. Wenn Arbeiter in den Streik traten, wie das beispielsweise Anfang November 1918 bei der Waffenfabrik Motowilicha in der Provinz Perm der Fall war, um gegen Rationierungen, bei denen nach bolschewistischem Grundsatz »die soziale Herkunft berücksichtigt« wurde, und gegen die Übergriffe der örtlichen Tscheka zu protestieren, so wurde sofort die ganze Fabrik von den Behörden für »im Aufruhr befindlich« erklärt. Keinerlei Verhandlung mit den Streikenden: Aussperrung und Rausschmiß aller Arbeiter, Verhaftung der »Rädelsführer« und Suche nach den »konterrevolutionären« Menschewiki, die man als Urheber des Streiks verdächtigte.[65] Solche Praktiken waren sicherlich bereits im Sommer 1918 an der Tagesordnung gewesen. Doch im Herbst ging die örtliche Tscheka - inzwischen gut organisiert und durch die von der Parteizentrale kommenden Aufrufe zum Mord stimuliert - in ihren Repressalien noch weiter; über 100 Streikende ließ sie ohne jeglichen Prozeß hinrichten.

Schon allein die Zahlen - zwischen 10000 und 15 000 standrechtliche Hinrichtungen innerhalb von zwei Monaten - bewegen sich im Vergleich zur Zarenzeit in einer anderen Größenordnung. Es genügt zu wissen, daß für die 90 Jahre von 1825 bis 1917 die Zahl der von den zaristischen Gerichten (einschließlich Standgerichte) in Angelegenheiten »mit einem Bezug zur politischen Ordnung« verkündeten Todesurteile mit 6321 angegeben

wird, wobei das Jahr 1906 mit seinen Verfahren gegen die Revolutionäre von 1905 mit 1310 Todesurteilen an der Spitze liegt. Die Zahl derer, die allein von der Tscheka innerhalb weniger Wochen hingerichtet worden sind, ist zwei- bis dreimal so hoch wie die derjenigen, die in neunzig Jahren unter dem Zaren zum Tode verurteilt und zum Teil nach dem Prozeßverfahren nicht einmal hingerichtet worden sind, denn bei vielen von ihnen wurde anschließend die Todesstrafe in Zwangsarbeit umgewandelt.[66]

Doch nicht nur bei den Zahlen gelten andere Maßstäbe. Die Einführung neuer Begriffe - »Suspekter«, »Volksfeind«, »Geisel«, »Konzentrationslager« und »Revolutionsgericht« - und neuer Praktiken - der »prophylaktische Gewahrsam« oder die standrechtliche Erschießung, die auf Hunderte und Tausende nach ihrer Verhaftung durch eine politische Polizei völlig neuen Typs wartete, - sorgt auch in dieser Hinsicht für eine regelrecht kopernikanische Revolution.

Die Revolution war so gewaltig, daß selbst die bolschewistischen Parteiführer nicht alle darauf gefaßt waren. Dies beweist die Auseinandersetzung über die Rolle der Tscheka, die zwischen Oktober und Dezember 1918 auf der Führungsebene der bolschewistischen Partei geführt wurde. In Abwesenheit von Dserschinski - man hatte ihn zur geistigen und körperlichen Erholung für einen Monat *inkognito* in die Schweiz geschickt ~ beriet das Zentralkomitee der bolschewistischen Partei am 25. Oktober 1918 über einen neuen Status der Tscheka. Bucharin, Olminski, einer der Parteiältesten, und Petrowski, der Volkskommissar des Inneren, kritisierten die »uneingeschränkte Vollmacht einer Organisation, die vorgibt, in ihrem Handeln über den Sowjets und selbst über der Partei zu stehen«, und forderten Maßnahmen zur Beschränkung des »Übereifers einer Organisation voller Krimineller, Sadisten und entarteter Elemente des Lumpenproletariats«. Eine politische Kontrollkommission wurde gegründet. Ihr gehörte auch Kamenew an, der sogar schlichtweg für die Auflösung der Tscheka plädierte.[67]

Aber bald gewann das Lager der der Tscheka in bedingungsloser Treue ergebenen Anhänger wieder die Oberhand. Dazu zählten neben Dserschinski Parteigrößen wie Swerdlow, Stalin, Trotzki und natürlich Lenin, der ganz entschieden die Verteidigung einer Institution übernahm, die »wegen einiger Entgleisungen von einer bornierten Intelligenzija, die nicht in der Lage ist, das Problem des Terrors in einem größeren Zusammenhang zu betrachten, zu Unrecht angegriffen wird«.[68] Am 19. Dezember 1918 verbot das Zentralkomitee auf Lenins Vorschlag der bolschewistischen Presse die Veröffentlichung von »verleumderischen Artikeln über die Institutionen, insbesondere über die Tscheka, die unter besonders schwierigen Bedingungen arbeitet«. Damit war die Debatte beendet. Der »bewaffnete Arm der Diktatur des Proletariats« hat das Zeugnis seiner Unfehlbarkeit bekommen. »Ein guter Kommunist ist auch ein guter Tschekist«, sagte Lenin.

Anfang 1919 erreichte Dserschinski beim Zentralkomitee die Aufstellung von tschekistischen Spezialeinheiten für die militärische Sicherheit.

Am 16. März 1919 wurde er zum Volkskommissar des Inneren ernannt und begann in dieser Eigenschaft, alle Milizverbände, Kampftruppen, Abteilungen und Hilfseinheiten, die bisher ganz unterschiedlichen Verwaltungsstellen zugeteilt waren, zu reorganisieren und der Tscheka zu unterstellen. Im Mai 1919 wurden alle diese Einheiten - die Milizen der Eisenbahn, die Versorgungskommandos, die Grenzwache und die tschekistischen Bataillone - zu einem Spezialkorps zusammengefaßt, den »Truppen für die innere Verteidigung der Republik«, die 1921 auf 200 000 Mann anwuchs. Aufgabe dieser Truppen war es, die Lager, Bahnhöfe und anderen strategisch wichtigen Punkte zu überwachen, Beschlagnahmungen durchzuführen, aber vor allem auch Bauernrevolten, Arbeiteraufstände und die Meutereien der Roten Armee niederzuschlagen. Die Spezialeinheiten der Tscheka und die Truppen für die innere Verteidigung der Republik - insgesamt an die 200 000 Mann - bildeten eine ausgezeichnete Kontroll- und Repressionskraft, eine regelrechte Armee innerhalb einer durch Fahnenflucht ruinierten Roten Armee, die zwar auf dem Papier eine beträchtliche Truppenstärke von 3 bis 5 Millionen Mann besaß, aber dennoch nie mehr als 500000 voll ausgerüstete Soldaten aufbringen konnte.[69]

Eine der ersten Entscheidungen des neuen Volkskommissars des Inneren betraf die Organisationsmodalitäten der Lager, die seit dem Sommer 1918 ohne jegliche grundsätzliche Regelung oder juristische Basis existierten. Der Beschluß vom 15. April 1919 unterschied zwei Lagertypen: die »Arbeitslager«, in denen im Prinzip diejenigen interniert waren, die von einem Gericht verurteilt worden waren, und die »Konzentrationslager«, in denen die Leute - meist als Geiseln - ohne gerichtliches Verfahren festgehalten wurden. In Wirklichkeit war die Unterscheidung zwischen diesen beiden Lagertypen reine Theorie. Dies bestätigt die Zusatzanweisung vom 17. Mai 1919, die »für jede Provinz mindestens ein Lager mit einer Mindestkapazität von 300 Gefangenen« vorschrieb und 16 verschiedene Kategorien der zu internierenden Personen auflistete, darunter so unterschiedliche Gruppen wie »Geiseln aus dem Großbürgertum«, »Beamte des alten Regimes bis hin zum Rang eines Schulbeirats, Staatsanwalts und deren Stellvertreter, Bürgermeister und Stellvertreter von Städten mit einer Distriktsverwaltung«, »unter dem Sowjetregime wegen Schmarotzertum, Zuhälterei oder Prostitution zu allen möglichen Strafen Verurteilte«, »gewöhnliche Fahnenflüchtige (keine Rückfälligen) und gefangene Soldaten des Bürgerkriegs« usw.[70]

Die Zahl der in Arbeits- und Konzentrationslager Internierten nahm in den Jahren 1919 bis 1921 laufend zu. Sie lag im Mai 1919 bei ungefähr 16000 und stieg im September 1921 auf über 70000.[71] In diesen Zahlen nicht enthalten sind eine Reihe von Lagern in den Gebieten, die sich im Aufruhr gegen das Sowjetregime befanden: So zählte man im Sommer 1921 allein in den sieben zur Niederschlagung des Bauernaufstandes eingerichteten Konzentrationslagern der Provinz Tambow 50 000 »Banditen« und »als Geiseln festgehaltene Familienangehörige der Banditen«,[72]

Der »schmutzige Krieg«

Der rassische Bürgerkrieg wurde allgemein als ein Konflikt zwischen den Roten (Bolschewiki) und Weißen (Monarchisten) betrachtet. In Wahrheit war jedoch das, was sich hinter den recht beweglichen Frontlinien abspielte - abseits von den militärischen Kämpfen zwischen den beiden Armeen, der roten und den diversen, ziemlich heterogenen Einheiten der weißen Armee -, wahrscheinlich wichtiger. Es handelt sich um eine andere Dimension des Bürgerkriegs, nämlich die der »inneren Front«. Sie ist gekennzeichnet durch mannigfache, von den etablierten Mächten (weiß oder rot) ausgehende Repressionen - die der Roten waren allgemeiner und systematischer - gegen engagierte Parteipolitiker oder Oppositionelle, gegen streikende Arbeiter, gegen Deserteure, die sich ihrer Einberufung entzogen oder ihre Einheit verließen, oder einfach gegen Bürger, die einer suspekten oder »feindlichen« sozialen Schicht angehörten und deren einziger Fehler es war, daß sie in einer dem »Feind« wieder abgenommenen Stadt oder Ortschaft angetroffen worden waren. Der Kampf an der inneren Front des Bürgerkriegs äußerte sich auch und vor allem im millionenfachen Widerstand der aufrührerischen und fahnenflüchtigen Bauern, die von den Roten und Weißen die Grünen genannt wurden und beim Vordringen oder Scheitern des einen oder anderen Lagers oft eine entscheidende Rolle spielten.

So kam es im Sommer 1919 an der mittleren Wolga und in der Ukraine zu großen Bauernaufständen gegen die bolschewistische Macht, mit deren Hilfe Admiral Koltschak und General Denikin die bolschewistischen Frontlinien auf Hunderten von Kilometern durchbrechen konnten. Wenige Monate später war es ebenfalls ein Bauernaufstand, der die Niederlage des weißarmistischen Admirals Koltschak gegen die Rote Armee beschleunigte, nämlich der Aufstand der sibirischen Bauern in ihrer Empörung über die Wiedereinführung der den Grundbesitz garantierenden Rechte.

Während die großen militärischen Operationen zwischen den Weißen und Roten kaum mehr als ein Jahr dauerten - von Ende 1918 bis Anfang 1920 -, nimmt der Großteil dessen, was man üblicherweise unter dem Begriff »Bürgerkrieg« zusammenfaßt, in Wirklichkeit die Form eines »schmutzigen Krieges« an, eines Krieges der Befriedung, den die verschiedenen militärischen oder zivilen, roten oder weißen Machthaber in den jeweiligen Kontrollgebieten der beiden Lager gegen alle potentiellen oder tatsächlichen Gegner führten. In den von den Bolschewiki beherrschten Gebieten war es

der »Klassenkampf« gegen die ehemalige Oberschicht, die Bourgeoisie und die »in sozialer Hinsicht fremden Elemente«, die Jagd auf die überzeugten Anhänger aller nicht bolschewistischen Parteien und die Unterdrückung der Arbeiterstreiks, der von unsicheren Einheiten der Roten Armee getragenen Meutereien und der Bauernaufstände. Bei den Weißen hingegen war es die Jagd auf Elemente, die möglicher »jüdisch-bolschewistischer« Sympathien verdächtig waren.

Der Terror war keine Spezialität der Bolschewiki. Es gab auch einen weißen Terror, der sich im Sommer und Herbst 1919 in den Pogromwellen der Ukraine in seiner schlimmsten Form zeigte. Dahinter standen Abteilungen von Denikins Armee und Einheiten Petljuras, denen etwa 150 000 Menschen zum Opfer fielen. Aber wie die meisten Historiker betonen, die sich mit dem roten und weißen Terror während des russischen Bürgerkrieges beschäftigt haben, sind die beiden Erscheinungsarten des Terrors nicht auf der gleichen Ebene abzuhandeln. Die Politik des bolschewistischen Terrors kannte eine systematischere und organisiertere Form, war bereits lange vor dem Bürgerkrieg als solche erdacht und in die Praxis umgesetzt worden und richtete sich in ihrer Theorie gegen ganze Gesellschaftsgruppen. Der weiße Terror hingegen war nie systematisch aufgebaut worden. Er war fast immer Sache von unkontrollierten Einheiten der Armee, die sich der Autorität eines militärischen Kommandos entzogen hatten, eines Kommandos, das vergeblich versuchte, Regierungsaufgaben zu übernehmen. Abgesehen von den Pogromen - Denikin hat sie schwer verurteilt - äußerte sich der weiße Terror meist in polizeilichen Repressalien, die eher einer militärischen Spionageabwehr glichen. Im Vergleich zur Spionageabwehr der Weißen waren die Tscheka und die Truppen für die innere Verteidigung der Republik ein besser strukturiertes, mächtiges Repressionsinstrument, das über alle Privilegien des bolschewistischen Regimes verfügte.

Wie bei jedem Bürgerkrieg ist es schwierig, eine Bilanz der verschiedenen Repressions- und Terrorformen der einen oder anderen Partei aufzustellen. Den bolschewistischen Terror - er allein ist hier Gegenstand unserer Betrachtung - kann man auf verschiedene Weisen beschreiben. Mit seinen Methoden, Eigenheiten und bevorzugten Zielen existierte er schon lange vor dem eigentlichen Bürgerkrieg, der sich erst im Spätsommer 1918 entwickelte. Wir haben uns für eine Typologie entschieden, die angesichts der kontinuierlichen Entwicklung, die man schon in den ersten Monaten des Regimes beobachten kann, die wichtigsten Gruppen der Opfer dieser konsequenten und systematischen Repression hervorhebt:

- die engagierten nicht bolschewistischen Politiker, von den Anarchisten bis zu den Monarchisten;
- die Arbeiter im Kampf für ihre elementaren Rechte: Brot, Arbeit und ein Minimum an Freiheit und Würde;
- die Bauern (oft fahnenflüchtig), die in eine der unzähligen Bauernerhebungen oder Meutereien von Einheiten der roten Armee verwickelt waren;

- die Kosaken, die in Scharen deportiert wurden, weil sie in ihrer sozialen und ethnischen Gruppierung als Feinde des Sowjetregimes galten. Die »Entkosakisierung« nimmt die großen Deportationsbewegungen der dreißiger-Jahre vorweg (»Entkulakisierung«, Deportation ethnischer Gruppen) und unterstreicht die Kontinuität der repressiven Politik während der leninistischen und stalinistischen Periode;
- die »in sozialer Hinsicht fremden Elemente« und anderen »Volksfeinde«, »Suspekten« und »Geiseln«, die »präventiv« liquidiert wurden, besonders wenn die Bolschewiki Städte evakuierten oder wenn sie - im Gegenzug - Städte und Gebiete, die eine Zeitlang von den Weißen besetzt waren, wieder zurückeroberten.

Die Repression, die engagierte Politiker der verschiedenen Oppositionsparteien unter dem bolschewistischen Regime traf, kennt man wahrscheinlich am ehesten. Die inhaftierten und oft auch exilierten führenden Oppositionspolitiker haben zahlreiche Berichte hinterlassen. Im Gegensatz zu den militanten Arbeitern und Bauern der Basis, die oft ohne irgendein Verfahren erschossen oder während einer tschekistischen Strafexpedition massakriert wurden, blieben diese Oppositionspolitiker im allgemeinen am Leben.

Den ersten Schlag gegen die Opposition startete die Tscheka am 11. April 1918 gegen die Moskauer Anarchisten. Mehrere Dutzend wurden auf der Stelle erschossen. Auch in den Folgejahren ließ der Kampf gegen die Anarchisten nicht nach, obwohl einige von ihnen zu den Bolschewiki überliefen und sogar wie Alexander Goldberg, Michail Breuer oder Timofei Samsonow wichtige Posten bei der Tscheka übernehmen. Das Dilemma der meisten Anarchisten, die sowohl die bolschewistische Diktatur als auch die Wiederkehr der Anhänger des alten Regimes bekämpften, wird an den Kehrtwendungen des Bauern und großen Anarchistenführers Machno ziemlich deutlich. Zunächst war er gezwungen, mit der Roten Armee gegen die Weißen gemeinsame Sache zu machen. Als die weiße Gefahr jedoch gebannt war, mußte er - um seinen Idealen treu zu bleiben - die Roten bekämpfen. Als die Tscheka zum Schlag gegen die Bauernarmeen Machnos und seiner Anhänger ausholte, wurden Tausende der namenlosen militanten Anarchisten als »Banditen« hingerichtet. Diese Bauern machen offensichtlich den weitaus größten Teil der anarchistischen Opfer aus, wenn man der wahrscheinlich unvollständigen, aber allein zugänglichen Bilanz Glauben schenkt, die im Berliner Exil weilende russische Anarchisten 1922 im Hinblick auf die bolschewistische Repression aufgestellt haben. Danach wurden von 1919 bis 1921 138 militante Anarchisten hingerichtet und 281 exiliert. Weitere 608 saßen am 1. Januar 1922 immer noch in Haft.[73]

Die linken Sozialrevolutionäre waren bis zum Sommer 1918 Verbündete der Bolschewiki und wurden deshalb bis zum Februar 1919 mit relativ viel Nachsicht behandelt. Maria Spiridonowa, die bekannte Vorsitzende dieser Partei, leitete im Dezember 1918 einen von den Bolschewiki geduldeten

Parteitag der Sozialrevolutionäre. Wegen ihrer scharfen Verurteilung des täglich von der Tscheka verübten Terrors wurde sie am 10. Februar 1919 mit 210 weiteren militanten Oppositionellen verhaftet und vom Revolutionsgericht »wegen ihres hysterischen Zustandes zum Zwangsaufenthalt in einem Sanatorium« verurteilt; es ist das erste Beispiel für einen Oppositionspolitiker, der unter dem Sowjetregime in einer psychiatrischen Anstalt gefangengehalten wurde. Maria Spiridonowa konnte fliehen und so die von den Bolschewiki verbotene Partei der linken Sozialrevolutionäre heimlich weiterführen. Laut tschekistischen Angaben wurden 1919 58 Organisationen der linken Sozialrevolutionäre zerschlagen, und 1920 weitere 45. Im Laufe der beiden Jahre sollen 1875 aktive SR-Leute als Geiseln in Gewahrsam genommen worden sein, ganz im Sinne der Richtlinien, die Dserschinski am 18. März 1919 erläutert hatte: »In Zukunft wird die Tscheka keinen Unterschied mehr machen zwischen den Weißen Garden vom Typ Krasnow und den Weißen Garden des sozialistischen Lagers. [...] Die verhafteten SR-Leute und die Menschewiki werden als Geiseln betrachtet und ihr Schicksal ist abhängig vom politischen Verhalten ihrer Partei.«[74]

Für die Bolschewiki galten die rechten Sozialrevolutionäre immer noch als die gefährlichsten politischen Rivalen. Man hatte nicht vergessen, daß sie bei den allgemeinen freien Wahlen vom November/Dezember 1917 im gesamten Land eine überwältigende Mehrheit errungen hatten. Nach der Auflösung der verfassunggebenden Versammlung, in der sie die absolute Mehrheit besaßen, tagten die Sozialrevolutionäre immer noch in den Sowjets und im Zentralen Exekutivkomitee der Sowjets, aus denen sie erst im Juni 1918 mit den Menschewiki ausgeschlossen wurden. Ein Teil der sozialrevolutionären Parteiführer stellte damals zusammen mit den konstitutionellen Demokraten und den Menschewiki die kurzlebigen Regierungen von Samara und Omsk, die jedoch bald darauf vom weißen Admiral Koltschak gestürzt wurden. Wegen ihrer Lage zwischen den Fronten - zwischen den Bolschewiki und den Weißen - war eine kohärente Oppositionspolitik für die Sozialrevolutionäre und Menschewiki recht schwierig, zumal das bolschewistische Regime mit seinem ständigen Wechsel zwischen besänftigenden Maßnahmen und Taktiken der Unterwanderung und Repression eine geschickte Politik gegenüber der gemäßigt-sozialistischen Opposition betrieb.

Nachdem die Tscheka, besonders nach dem Angriff Admiral Koltschaks, vom 20. bis 30. März 1919 das Wiedererscheinen der Sozialrevolutionären Zeitung *Delo Naroda* (Die Sache des Volkes) erlaubt hatte, startete sie am 31. März 1919 eine Großrazzia gegen die aktiven Sozialrevolutionäre und Menschewiki, obwohl zu dieser Zeit ihre Parteien keinem gesetzlichen Verbot unterlagen. In Moskau, Tula, Smolensk, Woronesch, Pensa, Samara und Kostroma wurden mehr als 1900 ihrer engagierten Vertreter verhaftet.[75] Wie viele bei den gewaltsamen Aktionen gegen die Streiks und Bauernrevolten, wo die Sozialrevolutionäre und Menschewiki oft eine wichtige Rolle spiel-

ten, auf der Stelle hingerichtet worden sind, ist schwierig zu sagen. Es gibt nur wenig Zahlenmaterial, denn selbst wenn die Zahl der Opfer der wichtigsten, erfaßten Repressionsaktionen bekannt ist, weiß man immer noch nicht, wie viele aktive Politiker von den Massakern betroffen waren.

Auf Lenins Artikel in der Prawda vom 28. August 1919, in dem er die SR-Leute und die Menschewiki erneut als »Komplizen und Knechte der Weißen, Grundbesitzer und Kapitalisten« geißelte, folgte eine zweite Verhaftungswelle. Nach tschekistischen Angaben wurden in den letzten vier Monaten des Jahres 1919 2380 Sozialrevolutionäre und Menschewiki verhaftet.[76] Nachdem der aktiv von der politischen Polizei gesuchte Sozialrevolutionäre Parteiführer Viktor Tschernow, der für einen Tag Präsident der aufgelösten verfassunggebenden Versammlung gewesen war, am 23. Mai 1920 auf einer von der Schriftsetzergewerkschaft für eine englische Arbeiterdelegation organisierten Versammlung maskiert und unter falschem Namen das Wort ergriffen und so die Tscheka und die Regierung lächerlich gemacht hatte, kam es wieder verstärkt zu Repressalien gegen die aktiven Sozialisten. Tschernows Familienangehörige wurden als Geiseln festgenommen, und die noch freien Sozialrevolutionären Parteiführer ins Gefängnis gebracht.[77] Im Sommer 1920 wurden mehr als 2000 engagierte und ordnungsgemäß registrierte Sozialrevolutionäre und Menschewiki verhaftet und als Geiseln in Gewahrsam genommen. Ein vertrauliches Dokument der Tscheka vom 1. Juli 1920 erklärte in groben Zügen und mit einem seltenen Zynismus, wie gegen die sozialistischen Oppositionellen vorzugehen sei: »Anstatt eines Verbots dieser Parteien, der sie nur in einen schwer zu kontrollierenden Untergrund treiben würde, ist es viel besser, ihnen einen halbgesetzlichen Status zu gewähren. So hat man sie leichter bei der Hand und kann - falls es notwendig werden sollte - Unruhestifter, Abtrünnige und andere nützliche Informanten von ihnen entfernen. [...] Die augenblickliche Kriegssituation ist gegenüber diesen antisowjetischen Parteien unbedingt auszunützen, um ihren Mitgliedern folgende Verbrechen zur Last legen zu können: ›konterrevolutionäre Aktivitäten‹, ›Hochverrat‹, ›Störung der Organisation hinter der Front‹, ›Spionage für eine feindliche interventionistische Macht‹ usw.«[78]

Das gewaltsame Vorgehen gegen die Arbeiterschaft, in deren Namen die Bolschewiki die Macht übernommen hatten, wurde von allen repressiven Aktionen am sorgfältigsten geheimgehalten. Die Repressionen gegen die Arbeiter begannen schon 1918, setzten sich in den Jahren 1919 und 1920 fort und erreichten schließlich im Frühjahr 1921 mit der bekannten Episode von Kronstadt ihren Höhepunkt. Bereits Anfang 1918 hatten die Arbeiter von Petrograd ihr Mißtrauen gegenüber den Bolschewiki zum Ausdruck gebracht. Nach dem Scheitern des Generalstreiks vom 2. Juli 1918 kam es im März 1919, nachdem die Bolschewiki eine ganze Reihe von Sozialrevolutionären Parteiführern verhaftet hatten, erneut zu Arbeiterunruhen in der ehe-

maligen Hauptstadt. Zu den verhafteten Sozialrevolutionären gehörte auch Maria Spiridonowa, die kurz zuvor eine denkwürdige Rundreise durch die größten Petrograder Industriebetriebe unternommen hatte und überall gefeiert worden war. In der wegen der Versorgungsschwierigkeiten gereizten Stimmungslage lösten diese Verhaftungen eine breite Protest- und Streikbewegung aus. Am 10. März 1919 verabschiedeten die Arbeiter der Putilow-Betriebe auf ihrer Hauptversammlung mit 10 000 Teilnehmern eine Erklärung, in der die Bolschewiki in aller Form verurteilt wurden: »Diese Regierung ist nur die Diktatur des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei und regiert nur mit Hilfe der Tscheka und der Revolutionsgerichte.«[79]

Die Erklärung forderte die volle Machtübergabe an die Sowjets, freie Wahlen zu den Sowjets und Arbeiterkomitees, die Aufhebung aller Beschränkungen für die Lebensmittel, welche die Arbeiter vom Land nach Petrograd mitführen durften (1,5 Pud, d. h. 24 Kilogramm), und die Freilassung aller politischen Gefangenen der »authentischen Revolutionsparteien« und ganz besonders von Maria Spiridonowa. In der Absicht, die täglich stärker werdende Bewegung aufzuhalten, begab sich Lenin am 12. und 13. März 1919 persönlich nach Petrograd. Als er jedoch in den streikenden Betrieben das Wort ergreifen wollte, wurde er zusammen mit Sinowjew ausgebuht: »Nieder mit den Juden und Kommissaren!«[80] Kaum hatten die Bolschewiki den Vertrauensvorschuß, den sie nach der Oktoberrevolution kurzzeitig genossen hatten, verloren, zieht die uralte, im Volk immer wieder zum Vorschein kommende antisemitische Grundhaltung sofort eine Verbindung zwischen den Bolschewiki und den Juden. Die Tatsache, daß ein bedeutender Anteil der bekannteren bolschewistischen Parteiführer zu den Juden zählte (Trotzki, Sinowjew, Kamenew, Rykow, Radek usw.), rechtfertigte in den Augen der Massen die Gleichsetzung von Juden und Bolschewiki.

Am 16. März 1919 griffen die tschekistischen Einheiten die Putilow-Betriebe an. Man verteidigte sich mit Waffengewalt. Ungefähr 900 Arbeiter wurden verhaftet. In den folgenden Tagen wurden an die 200 der Streikenden ohne Verfahren in der etwa 50 km vor Petrograd liegenden Festung Schlüsselburg hingerichtet. Eine neue Regel sah vor, alle wegen der Teilnahme am Streik Entlassenen erst wieder einzustellen, wenn sie eine Erklärung unterschrieben hatten, in der sie zugaben, von konterrevolutionären Rädelsführern getäuscht und »zum Verbrechen verführt« worden zu sein.[81] Von da an sollten die Arbeiter schwer überwacht werden. Im Frühjahr 1919 begann der tschekistische Geheimdienst, in einer ganzen Reihe von Arbeiterzentren ein Netz von Spitzeln aufzubauen, die regelmäßig über die »Geisteshaltung« im einen oder anderen Betrieb berichten sollten. Arbeitende Klassen, gefährliche Klassen ...

Im Frühjahr 1919 kam es in mehreren russischen Arbeiterzentren zu zahlreichen, gewaltsam niedergeschlagenen Streikbewegungen: in Tula, Somorwo, Orel, Briansk, Twer, Iwanowo-Wosnessensk und Astrachan.[82] Die Forderungen der Arbeiter waren fast überall dieselben. Bei ihrem minimalen

Lohn, der gerade dem Preis einer Lebensmittelkarte (250 Gramm Brot pro Tag) entsprach, waren sie dem Hunger ausgesetzt. Deshalb forderten die Streikenden zunächst einmal eine Angleichung ihrer Tagesration an die der Soldaten der Roten Armee. Aber ihre Forderungen beinhalteten auch und vor allem politische Ziele: Abschaffung der Privilegien für die Kommunisten, Freilassung aller politischen Gefangenen, freie Wahlen zu den Arbeiterkomitees und Sowjets, Abschaffung des Wehrdienstes in der Roten Armee, Vereinsfreiheit, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit usw.

Diese Bewegungen waren für die Bolschewiki vor allem deshalb so gefährlich, weil sie oft auf die in den Städten stationierten militärischen Einheiten übergriffen. In Orel, Briansk, Gomel und Astrachan schlossen sich meuternde Soldaten den Streikenden an, schrien »Tod den Juden, nieder mit den bolschewistischen Kommissaren!« und besetzten und plünderten einen Teil der Stadt, den die tschekistischen Einheiten und regimetreuen Truppen erst nach mehreren Tagen wieder zurückerobern konnten.[83] Die repressiven Maßnahmen angesichts dieser Streiks und Meutereien waren unterschiedlicher Art. Sie reichten von der Aussperrung der gesamten Betriebsbesatzung und dem Einzug der Lebensmittelkarten - zu den wirksamsten Waffen der bolschewistischen Macht zählte die Hungerwaffe - bis zu Massenhinrichtungen Hunderter von Streikenden und Meuterern.

Die gewaltsamen Aktionen vom März und April 1919 in Tula und Astrachan zählen in dieser Hinsicht zu den bedeutsamsten. Am 3. April begab sich Dserschinski persönlich nach Tula, dem historischen Zentrum der russischen Waffenindustrie, um dem Arbeiterstreik in den Waffenfabriken ein Ende zu bereiten. Schon im Winter 1918/19 waren diese für die Rote Armee lebenswichtigen Betriebe - von dort kamen 80% der in Rußland hergestellten Gewehre - Schauplatz von Arbeitsniederlegungen und Streiks gewesen. Die politisch Aktiven dieser hochqualifizierten Arbeiterschaft unterstützten mit deutlicher Mehrheit die Menschewiki und Sozialrevolutionäre. Als Anfang März 1919 Hunderte von aktiven Sozialisten verhaftet wurden, löste dies eine ungeheure Protestwelle aus. Höhepunkt war am 27. März der endlose »Zug für die Freiheit und gegen den Hunger«, an dem sich Tausende von Industrie- und Bahnarbeitern beteiligten. Am 4. April ließ Dserschinski weitere 800 »Rädelsführer« verhaften und die seit Wochen von den Streikenden besetzten Betriebe mit Gewalt räumen. Alle Arbeiter wurden entlassen. Mit der Hungerwaffe wurde der Widerstand der Arbeiter gebrochen. Schon seit mehreren Wochen waren keine Versorgungskarten mehr eingelöst worden. Wer neue Karten für die Ausgabe von 250 Gramm Brot und nach der allgemeinen Aussperrung eine neue Arbeit haben wollte, mußte einen Anstellungsvertrag unterschreiben, in dem ausdrücklich stand, daß jede Arbeitsniederlegung in Zukunft einer Fahnenflucht gleichzusetzen und wie diese mit dem Tode zu bestrafen sei. Am 10. April wurde die Produktion wiederaufgenommen. Ein Tag zuvor waren 26 »Rädelsführer« an die Wand gestellt worden.[84]

Die Stadt Astrachan in der Nähe der Wolgamündung besaß im Frühjahr 1919 eine besondere strategische Bedeutung; sie war nämlich der letzte bolschewistische Riegel, der die im Nordosten stehenden Truppen des Admiral Koltschak von denen des General Denikin im Südwesten trennte. Dieser Umstand erklärt wahrscheinlich die außergewöhnliche Härte, mit der im März 1919 der Arbeiterstreik in dieser Stadt niedergeschlagen wurde. Ausschlaggebend für den Streikbeginn Anfang März waren sowohl wirtschaftliche - allzu niedrige Lebensmittelrationen - als auch politische Gründe -die Verhaftung der aktiven Sozialisten. Als sich am 10. März das 45. Infanterieregiment weigerte, auf den Arbeiterzug im Stadtzentrum zu schießen, weitete sich der Streik gefährlich aus. Die Soldaten schlossen sich den Streikenden an, plünderten die bolschewistische Parteizentrale und töteten mehrere Parteifunktionäre. Sergej Kirow, der Präsident des militärrevolutionären Komitees der Region, befahl deshalb »mit allen Mitteln die gnadenlose Ausrottung der weißgardistischen Läuse«. Die regimetreu gebliebenen Truppen und die tschekistischen Kommandoeinheiten besetzten alle Ausgänge der Stadt und begannen mit der systematischen Rückeroberung. Da die Gefängnisse beinahe überquollen, wurden die Meuterer und Streikenden auf Schleppkähne verladen und zu Hunderten mit Steinen am Hals in die Wolga geworfen. Vom 12. bis 14. März erschoß und ertränkte man zwischen 2000 und 4000 Arbeiter und Meuterer. Ab dem 15. März traf die Repression auch die »Bourgeoisie« der Stadt. Sie habe angeblich zu der Verschwörung der »Weißen Garde« angestiftet, und die Arbeiter und Soldaten seien nur das Fußvolk gewesen. Zwei Tage lang wurden die reichen Kaufmannsvillen von Astrachan geplündert, und ihre Besitzer verhaftet und erschossen. Bei der Frage, wie viele »Bürgerliche« den Massakern von Astrachan zum Opfer gefallen sind, schwanken die - unsicheren - Schätzungen zwischen 600 und 1000 Personen. Insgesamt wurden innerhalb einer Woche zwischen 3000 und 5000 Menschen hingerichtet oder ertränkt. Die Zahl der getöteten und am 18. März - dem Jahrestag der Pariser Kommune, wie von offizieller Seite betont wurde - mit großem Pomp beigesetzten Kommunisten betrug 47. Die Schlächterei von Astrachan wurde lange Zeit lediglich als eine Episode des Kriegs zwischen den Roten und Weißen hingestellt. Heute wird anhand der Dokumente aus den zugänglichen Archiven der wahre Sachverhalt deutlich: Es war das größte Massaker, das die bolschewistische Macht vor demjenigen von Kronstadt an den Arbeitern begangen hat.[85]

Ende 1919 und Anfang 1920 trübten sich durch die Militarisierung von mehr als 2000 Betrieben die Beziehungen zwischen der bolschewistischen Macht und der Arbeiterwelt noch mehr. Leo Trotzki, Hauptbefürworter einer Militarisierung der Arbeitswelt, legte im März 1920 auf dem 9. Parteitag seine Ansichten zu diesem Punkt dar. Der Mensch neige von Natur aus zur Faulheit, erklärte er. Im Kapitalismus müssen die Arbeiter in ihrem Kampf um das Überleben Arbeit suchen. Es ist der kapitalistische Markt, der den Arbeiter antreibt. Im Sozialismus »ersetzt die Nutzung des Arbeitskräftepo-

tentials den Markt«. Der Staat hat also die Aufgabe, die Arbeiter zu lenken, zu verteilen und zu betreuen. Der Arbeiter wiederum muß dem Arbeiterstaat,- dem Verteidiger der Interessen des Proletariats, gehorchen wie ein Soldat. Dies war die Grundlage und der Sinn der Arbeitsmilitarisierung, die von einer Minderheit aus Gewerkschaftern und bolschewistischen Parteiführern heftig kritisiert wurde; sie bedeutete nämlich das Verbot jeglicher Streiks, die in Kriegszeiten einer Desertion gleichgesetzt wurden, die Stärkung der Disziplin und der Macht der Direktion und die völlige Unterordnung der Gewerkschaften und Arbeiterkomitees, deren Rolle sich in Zukunft auf die Umsetzung der Produktionspolitik beschränkte. Außerdem war es den Arbeitern verboten, ihren Arbeitsplatz zu verlassen. Auch häufiges Fehlen und Zuspätkommen - in Zeiten, in denen die Arbeiter mit der schwierigen Nahrungsbeschaffung beschäftigt waren, kein Sonderfall - wurde bestraft.

Die durch die Militarisierung ausgelöste Unzufriedenheit der Arbeiterschaft nahm durch die immer schwieriger werdenden Lebensbedingungen noch zu. In einem Bericht vom 6. Dezember 1919 an die Regierung, gab die Tscheka zu, daß »die Versorgungskrise in letzter Zeit sich stetig ausgeweitet hat. Der Hunger quält die Arbeitermassen. Die Arbeiter haben keine physische Kraft mehr weiterzuarbeiten, und fehlen immer häufiger; Hunger und Kälte wirken zusammen. In Moskau sind die verzweifelten Massen einer ganzen Reihe von metallverarbeitenden Betrieben zu allem bereit - Streik, Aufruhr und Erhebung -, wenn die Versorgungsfrage nicht binnen kurzem gelöst wird.«[86]

Anfang 1920 lag der Monatslohn eines Petrograder Arbeiters zwischen 7000 und 12 000 Rubel. Abgesehen von diesem geringen Grundgehalt -auf dem freien Markt kostete ein Pfund Butter 5000 Rubel, ein Pfund Fleisch 3000 Rubel und ein Liter Milch 750 Rubel! - hatte jeder Arbeiter entsprechend der Kategorie, zu der er gehörte, Anspruch auf eine bestimmte Menge von Produkten. In Petrograd stand dem Schwerarbeiter Ende 1919 täglich ein halbes Pfund Brot zu, monatlich ein Pfund Zucker, ein halbes Pfund Fett, vier Pfund geräucherte Heringe ...

Theoretisch waren die Bürger in fünf Kategorien von »Mägen« eingeteilt, von den Schwerarbeitern und Soldaten der Roten Armee bis hin zu den »Müßiggängern«, zu denen die besonders schlecht behandelten Intellektuellen zählten, wurden die »Klassenrationen« immer kleiner. In Wirklichkeit war das System noch ungerechter und komplexer Die am meisten Benachteiligten - »Müßiggänger«, Intellektuelle und »Ehemalige« - wurden zuletzt berücksichtigt und bekamen oft gar nichts. Die »Arbeiter« waren nämlich in eine Vielzahl von Kategorien eingeteilt, wobei die für das Überleben des Regimes wichtigen Sektoren bevorzugt wurden. In Petrograd zählte man im Winter 1919/20 33 verschiedene Kategorien von Karten, die alle nie länger als einen Monat gültig waren! In dem von den Bolschewiki aufgestellten Versorgungssystem spielte die Nahrungswaffe bei der Stimu-

lierung oder Bestrafung der einen oder anderen Bürgerkategorie eine große Rolle.

»Die Brotration ist für die, die nicht im Transportsektor - heute von entscheidender Bedeutung - arbeiten, zu verkleinern und für die, die darin arbeiten, zu erhöhen«, schrieb Lenin am 1. Februar 1920 an Trotzki. »Sollen notfalls Tausende von Leuten umkommen, aber der Staat muß gerettet werden.«[87]

Bei dieser Politik bemühten sich alle, die ihre Verbindungen zu den Bauern gepflegt hatten - und das waren viele -, so oft wie möglich in ihr Dorf zurückzukehren, um Nahrung mitnehmen zu können.

Die zur »Wiederherstellung der Ordnung« in den Betrieben erlassenen Militarisierungsmaßnahmen lösten einen gegenteiligen Effekt aus: es kam zu zahlreichen Arbeitsniederlegungen und Arbeitsausfällen, zu Streiks und Unruhen, die alle erbarmungslos niedergeschlagen wurden. »Der beste Platz für den streikenden Arbeiter, dieser schädlichen Stechmücke«, konnte man am 12. Februar 1920 in der *Prawda* lesen, »ist das Konzentrationslager!« Nach den offiziellen Zahlen des Volkskommissariats der Arbeit waren 77% von Rußlands großen und mittleren Industriebetrieben in der ersten Hälfte des Jahres 1920 vom Streik betroffen. Bezeichnenderweise waren die am meisten bestreikten Sektoren - die Metallindustrie, die Bergwerke und die Eisenbahn - auch diejenigen, in denen die Militarisierung der Arbeit am weitesten entwickelt war. Die Berichte des tschekistischen Geheimdienstes an die bolschewistischen Parteiführer werfen ein deutliches Licht auf die Repressalien, mit denen man den sich der Militarisierung widersetzenden Arbeitern begegnete: sie wurden verhaftet und meistens von einem Revolutionsgericht wegen »Sabotage« oder »Fahnenflucht« verurteilt. In Siombirs - um nur ein Beispiel zu nennen - wurden im April 1920 zwölf Arbeiter der Waffenfabrik zu Lagerhaft verurteilt, »weil sie mit italienischen Streiks Sabotage betrieben haben [...] und unter Ausnutzung des religiösen Aberglaubens und des schwachen politischen Bewußtseins der Massen Propaganda gegen die Sowjetmacht gemacht [...] und falsche Vorstellungen von der sowjetischen Lohnpolitik verbreitet haben«.[88] Im Klartext bedeutet dies, daß die Angeklagten wahrscheinlich ohne Erlaubnis der Direktion Pausen eingelegt, gegen die obligatorische Sonntagsarbeit protestiert, die Privilegien der Kommunisten kritisiert und die erbärmlichen Löhne angeprangert haben.

Die obersten Parteiführer, darunter auch Lenin, forderten eine exemplarische Niederschlagung der Streikbewegungen. Beunruhigt über die Ausweitung der Arbeiterbewegungen im Oralgebiet, telegrafierte Lenin am 29. Januar 1920 an Smirnow, dem Chef des Militärrevolutionären Rates der V. Armee: »P. berichtete mir, daß die Bahnarbeiter eindeutig Sabotage betreiben. [...] Auch die Arbeiter von Ischewsk sollen mit von der Partie sein. Ich bin erstaunt, daß ihr euch damit abfindet und keine Massenhinrichtungen wegen Sabotage durchführt.«[89] Durch die Arbeitsmilitarisierung war es

1920 zu zahlreichen Streikbewegungen gekommen. In Ekaterinburg waren im März 1920 80 Arbeiter verhaftet und zu Lagerhaft verurteilt worden; an der Eisenbahnstrecke Rjasan-Ural waren im April 1920 100 Bahnarbeiter und an der Strecke Moskau-Kursk im Mai 1920 weitere 160 Bahnarbeiter verurteilt worden. Im Juni 1920 waren in Briansk 152 Arbeiter der Metallindustrie verurteilt worden. Für die im Rahmen der Arbeitsmilitarisierung gewaltsam niedergeschlagenen Streikbewegungen ließen sich noch viele Beispiele anführen.[90]

Eine der beachtlichsten Streikbewegungen war im Juni 1920 die der Waffenfabriken von Tula, die trotz schwerster Repressalien vom April 1919 immer noch zu den Hochburgen des Arbeiterprotests gegen das Regime zählte. Am Sonntag, den 6. Juni, weigerten sich einige Metallarbeiter, zu den von der Direktion angeordneten Überstunden anzutreten. Sie wollten weder an diesem Tag noch überhaupt am Sonntag arbeiten, denn der Sonntag - so erklärten sie - sei der einzige Tag, an dem sie sich in den umliegenden Dörfern mit Nahrung eindecken könnten. Auf den Hilferuf der Betriebsverwaltung erschien ein starkes Tschekisten-Kommando und verhaftete die Streikenden. Das Standrecht wurde verhängt, und eine Troika aus Vertretern der Partei und der Tscheka sollte »die zur Schwächung der Schlagkraft der Roten Armee von den polnischen Spionen und den Schwarzen Hundert angezettelte konterrevolutionäre Verschwörung« anprangern.

Während der Streik sich ausdehnte und die Verhaftungen der »Rädelsführer« zunahmen, kam es zu einem bis dahin unbekannten Vorfall, der den Verlauf den diese Angelegenheiten gewöhnlich nahmen, erheblich störte: Zu Hunderten - und später zu Tausenden - fanden sich Arbeiterinnen und einfache Hausfrauen bei der Tscheka ein und wollten ebenfalls verhaftet werden. Die Bewegung weitete sich aus, und die Arbeiter wollten ihrerseits in Massen verhaftet werden, um die These von der »Verschwörung der Polen und der Schwarzen Hundert« *ad absurdum* zu führen. Innerhalb von vier Tagen waren mehr als 10 000 Personen in Gewahrsam genommen - oder besser gesagt - auf einer großen Fläche unter freiem Himmel von tschekistischen Wachen zusammengepfercht worden. Die örtlichen Organisationen der Partei und der Tscheka waren überfordert und wußten nicht mehr, wie sie diese Ereignisse in Moskau darstellen sollten. Schließlich gelang es ihnen, die zentralen Behörden davon zu überzeugen, daß es sich wirklich um eine große Verschwörung handelte. In der Hoffnung, ideale Schuldige zu finden, wurden Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen von einem »Komitee zur Liquidierung der Verschwörung von Tula« verhört. Um freigelassen, wiedereingestellt und mit einer neuen Lebensmittelkarte bedacht zu werden, mußten die verhafteten Arbeiter folgende Erklärung unterschreiben: »Ich, der Unterzeichnende, bin ein krimineller Schweinehund. Vor dem Revolutionsgericht und der Roten Armee bekenne ich reumütig meine Sünden und verspreche, gewissenhaft zu arbeiten.«

Im Gegensatz zu anderen Arbeiterprotestbewegungen waren die Urteile

im Sommer 1920 bei den Unruhen von Tula relativ glimpflich: 28 Personen wurden zu Lagerhaft verurteilt und 200 hingerichtet.[91] Bei dem Mangel an hochqualifizierten Arbeitskräften konnte die bolschewistische Macht wahrscheinlich nicht auf die besten Waffenproduzenten des Landes verzichten. Die Repression hatte wie die Versorgung die wichtigen Sektoren und die übergeordneten Interessen des Regimes zu berücksichtigen.

So wichtig die »Arbeiterfront« in symbolischer und strategischer Hinsicht auch war, gemessen an den unzähligen »inneren Fronten«, an denen das Regime im Bürgerkrieg kämpfte, war sie nur ein kleiner Teil. Der Kampf gegen die sich den Beschlagnahmungen und der Wehrpflicht widersetzenden Bauern - die Grünen - nahm alle Kräfte in Anspruch. Die heute zugänglichen Berichte von den Spezialabteilungen der Tscheka und der Truppen für die innere Verteidigung der Republik, die gegen die Meutereien, Bauernaufstände und Fahnenflucht zu kämpfen hatten, zeigen unbeschönigt die außergewöhnliche Härte dieses »schmutzigen« Befriedungskriegs, der am Rande der Auseinandersetzungen zwischen den Roten und Weißen geführt wurde. In diesem entscheidenden Kampf zwischen der bolschewistischen Macht und der Bauernschaft entwickelte sich endgültig eine politische Terrorpraxis, die ein extrem pessimistisches Bild von den Massen zur Grundlage hat. »Die Massen sind so undurchschaubar und Ignorant«, schrieb Dserschinski, »daß sie nicht einmal in der Lage sind, zu sehen, wo ihre Interessen liegen.« Diese rohen Massen sind nur mit Gewalt in den Griff zu bekommen, mit dem »eisernen Besen«, von dem Trotzki in seinem bildhaften Vergleich sprach, als er beschreiben wollte, wie die Ukraine von den »Räuberbanden« Nestor Machnos und der anderen Bauernführer zu säubern sei.[92]

Bereits im Sommer 1918 gab es die ersten Bauernrevolten. In den Jahren 1919 und 1920 weiteten sie sich aus und nahmen schließlich im Winter 1920/21 solche Ausmaße an, daß das bolschewistische Regime für den Augenblick zum Nachgeben gezwungen war.

Es gab zwei offenkundige Gründe, welche die Bauern in den Aufstand trieben: die Beschlagnahmungen und die Wehrpflicht in der Roten Armee. Im Januar I9I9 wurde die unkoordinierte Suche nach landwirtschaftlichen Überschüssen, wie sie seit dem Sommer 1918 für die ersten Beschlagnahmungsaktionen typisch war, durch ein zentral gesteuertes und durchgeplantes Requirierungssystem ersetzt. Jede Provinz, jeder Distrikt, jeder Kreis und jede Dorfgemeinde hatte dem Staat eine nach den zu erwartenden Ernteeinnahmen im voraus festgelegte Quote zu liefern. Diese Quoten beschränkten sich nicht auf das Getreide, sondern bezogen sich auf etwa 20 verschiedene Produkte: Kartoffeln, Honig, Eier, Butter, Ölfrüchte, Fleisch, Rahm, Milch ... Die gesamte Dorfgemeinschaft haftete für die Lieferung. Erst wenn das gesamte Dorf seine Quoten erfüllt halte, stellten die Behörden Berechtigungsscheine für Industrieprodukte aus, die dem wirklichen Bedarf jedoch nicht einmal annähernd entsprachen; Ende 1920 waren gerade ein-

mal 15 % des Bedarfs gedeckt. Die Bezahlung der landwirtschaftlichen Lieferungen erfolgte zu symbolischen Preisen, denn Ende 1920 hatte der Rubel gegenüber dem Goldrubel 96% seines Wertes verloren. Zwischen 1918 und 1920 hatten sich die beschlagnahmten Getreidemengen verdreifacht. Präzise Zahlenangaben sind schwierig, doch der Umfang der Bauernrevolten nahm zumindest eine parallele Entwicklung.[93]

Die Verweigerung des Militärdienstes in der Roten Armee - nach drei Jahren Dienst an den Fronten und in den Schützengräben des »imperialistischen Krieges« - war das zweite Motiv für die Bauernrevolten, die meistens von den sich in den Wäldern versteckt haltenden Fahnenflüchtigen, den Grünen, angeführt wurden. Für die Jahre 1919 und 1920 schätzt man die Zahl der Fahnenflüchtigen auf über drei Millionen. 1919 wurden etwa 500000 Fahnenflüchtige von den verschiedenen Sonderkommandos der Tscheka und von den auf den Kampf gegen die Desserteure spezialisierten Spezialeinheiten festgenommen; 1920 waren es zwischen 700000 und 800 000. Zwischen 1,5 und 2 Millionen Fahnenflüchtige - in der Mehrzahl Bauern, die das Gelände gut kannten - konnten den Suchtrupps jedoch entkommen.[94]

Das Problem wurde so groß, daß die Regierung zu immer härteren Repressalien griff Sie ließ nicht nur Tausende der Fahnenflüchtigen erschießen, sondern behandelte auch deren Familienangehörige wie Geiseln. Eigentlich waren Geiselnahmen schon seit dem Sommer 1918 an der Tagesordnung. Dies geht beispielsweise aus dem von Lenin unterzeichneten Regierungsdekret vom 15. Februar 1919 hervor, in dem die örtlichen Tschekaverbände aufgefordert werden, in den Orten, in denen der Schneeräumungsdienst für die Bahngleise nicht zufriedenstellend erledigt ist, unter den Bauern Geiseln festzunehmen: »Wenn der Schnee nicht geräumt ist, sind die Geiseln an die Wand zu stellen.«[95] Am 12. Mai 1920 schickte Lenin an alle im Kampf gegen die Fahnenflüchtigen eingesetzten Provinzkommissionen folgende Anweisungen: »Nach einer Schonfrist von sieben Tagen, die den Fahnenflüchtigen gewährt wird, um sich zu ergeben, sind die Sanktionen gegenüber diesen unverbesserlichen Verrätern, die dem Volk der Arbeiter nur schaden, noch zu verschärfen. Die Familienangehörigen und alle, die den Fahnenflüchtigen aufweiche Weise auch immer helfen, sind von diesem Zeitpunkt an als Geiseln zu betrachten und auch als solche zu behandeln.«[96] Dieses Dekret hat lediglich bereits landläufige Praktiken legalisiert. Der Strom der Fahnenflüchtigen riß deshalb nicht ab. In den Jahren 1920 und 1921 stellten die Fahnenflüchtigen den Hauptanteil der grünen Partisanen, gegen welche die Bolschewiki drei Jahre lang (in manchen Gegenden sogar vier oder fünf Jahre) mit unerhörter Grausamkeit einen unerbittlichen Krieg führten.

Abgesehen von den unliebsamen Beschlagnahmungen und dem Wehrdienst, lehnten die Bauern ganz allgemein jegliche Einmischung einer für sie fremden Macht ab, und so auch die der aus den Städten kommenden

»Kommunisten«. Für viele Bauern waren die Kommunisten mit ihrer Requirierungspolitik nicht identisch mit den »Bolschewiki«, welche die Agrarrevolution von 1917 unterstützt hatten. In den Landstrichen, die mal der weißen Soldateska, mal den roten Requirierungskommandos ausgeliefert waren, kannten Unruhe und Gewalt keine Grenzen.

Die Berichte der verschiedenen mit Repressionsmaßnahmen beauftragten tschekistischen Abteilungen sind für den, der die vielfältigen Erscheinungsformen dieser Bauernguerilla kennenlernen will, eine außergewöhnliche Quelle. Sie unterscheiden bei diesen Bauernbewegungen zwei Grundtypen: den *bunt,* eine örtlich begrenzte Revolte mit einem kurzen, gewaltsamen Aufflackern und einer relativ begrenzten Teilnehmerzahl (von wenigen Dutzend bis zu hundert Personen), und die *wosstanije,* eine Erhebung, an der Tausende - manchmal auch Zehntausende - von in regelrechten Armeen organisierten Bauern beteiligt sind. Sie können sich ganzer Ortschaften und Städte bemächtigen und besitzen ein kohärentes politisches Programm sozialrevolutionärer oder anarchistischer Richtung.

»30. April 1919. Provinz Tambow. Anfang April brach im Distrikt Lebiadinski ein Aufruhr aus. Es waren Kulaken und Fahnenflüchtige, die gegen die Mobilisierung von Männern und Pferden und die Beschlagnahmung des Getreides protestierten. Die bewaffneten Aufständischen schrien ›Nieder mit den Kommunisten! Nieder mit den Sowjets!‹ und plünderten vier zum Kreis gehörende Exekutivkomitees. Sieben Kommunisten wurden bei lebendigem Leibe zersägt oder auf sonst barbarische Weise umgebracht. Das von den Mitgliedern des Requirierungskommandos zu Hilfe gerufene 212. Bataillon der Tscheka hat die revoltierenden Kulaken niedergemacht. 60 Personen wurden verhaftet, und fünfzig auf der Stelle hingerichtet. Das Dorf, von dem die Revolte ausging, wurde völlig niedergebrannt.«

»Provinz Woronesch, 11. Juni 1919, 16 Uhr 15. Über Telegraph. Die Lage bessert sich. Die Revolte des Distrikts Nowochopersk ist praktisch niedergeschlagen. Unser Aeroplan hat die Ortschaft Tretiaki, eines der wichtigsten Schlupfwinkel der Banditen, bombardiert und völlig niedergebrannt. Die Säuberungsoperationen gehen weiter.«

»Provinz Jaroslawl, 23. Juni 1919. Die Revolte der Fahnenflüchtigen in der *Volost* Petropawlowskaja ist niedergeschlagen. Die Familienangehörigen der Fahnenflüchtigen wurden als Geiseln festgenommen. Als wir anfingen, aus jeder Familie der Fahnenflüchtigen einen Maim zu erschießen, kamen die Grünen aus den Wäldern heraus und ergaben sich. 34 Fahnenflüchtige wurden als abschreckendes Beispiel erschossen.«[97]

Tausende von Berichten ähnlichen Inhalts[98] zeugen von der außerordentlichen Gewalt dieses Befriedungskrieges der Behörden gegen die Bauernguerilla, die durch die Fahnenflüchtigen Unterstützung erfuhr, aber meistens als »Kulakenrevolte« oder »Banditenaufstand« abgetan wurde. Die drei zitierten Auszüge lassen die gängigsten Repressionsmethoden erkennen: Verhaftung und Hinrichtung von Geiseln, die aus den Familien der Fahnen-

flüchtigen oder der »Banditen« stammten, und bombardierte, niedergebrannte Dörfer. Die blinde und unverhältnismäßige Bestrafung folgte dem Prinzip der Kollektivhaftung der gesamten Dorfgemeinschaft. Im allgemeinen gewährten die Behörden den Fahnenflüchtigen eine Frist, um sich ergeben zu können. War diese Frist verstrichen, so galt der Fahnenflüchtige als »Bandit der Wälder« und war unverzüglich hinzurichten. Die Texte der zivilen und militärischen Behörden brachten übrigens klar zum Ausdruck, daß »wenn die Einwohner eines Dorfes den sich in den benachbarten Wäldern versteckt haltenden Banditen aufweiche Weise auch immer helfen, das Dorf völlig niedergebrannt wird«.

Einige zusammenfassende Berichte der Tscheka machen Zahlenangaben, an denen das Ausmaß dieses Befriedungskriegs gegen die Bauern zu erkennen ist. Demzufolge kam es zwischen dem 15. Oktober und dem 30. November 1918 in nur 12 russischen Provinzen zu 44 Aufständen *(bunty),* in deren Verlauf 2320 Personen verhaftet, 620 getötet und weitere 982 erschossen wurden. Den gleichen Unruhen fielen auch 480 sowjetische Beamte und 112 Mitglieder der Versorgungskommandos, der Roten Armee und der Tscheka zum Opfer. Für den Monat September 1919 zählt man in den zehn russischen Provinzen, über die es zusammenfassende Informationen gibt, 48735 verhaftete Fahnenflüchtige und 7325 verhaftete Banditen, 1826 Todesopfer und 2230 Erschießungen; auf Seiten der sowjetischen Beamten und des Militärs werden 430 Opfer beklagt. Die Zahlen sind unvollständig, denn die weitaus schwereren Verluste der großen Bauernaufstände wurden nicht berücksichtigt.

Bei den Aufständen gab es besonders heiße Phasen: vom März bis August 1919 vor allem im mittleren Wolga-Gebiet und in der Ukraine und vom Februar bis August 1920 besonders in den Provinzen Samara, Ufa, Kazan, Tambow und wiederum in der Ukraine, welche die Bolschewiki zwar den Weißen wieder abgenommen hatten, wo aber nach wie vor die Bauernguerilla das Hinterland kontrollierte. Ende 1920 und in der ersten Jahreshälfte von 1921 gelang der in der Ukraine, am Don und im Kuban-Gebiet hart bedrängten Bauernbewegung in Rußland der große Durchbruch mit einem gewaltigen Bauernaufstand, der sich hauptsächlich auf die Provinzen Tambow, Pensa, Samara, Saratow, Simbirsk und Zarizyn konzentrierte.[99] Erst mit dem Beginn einer der größten Hungersnöte des 20. Jahrhunderts sollten sich die Wirren dieses Bauernkriegs legen.

In den reichen Provinzen Samara und Simbirsk, die 1919 etwa ein Fünftel der russischen Getreidebeschlagnahmungen erdulden mußten, entwickelte sich im März 1919 zum ersten Mal seit der Errichtung des bolschewistischen Regimes aus den örtlichen Bauernunruhen ein regelrechter Aufstand. Dutzende von Ortschaften wurden von einem aufständischen Bauernheer erobert, das bis zu 30000 bewaffnete Männer zählte. Für ungefähr einen Monat hatte die bolschewistische Macht die Kontrolle über die Provinz Samara verloren. Die Rebellion erleichterte den von Admiral Koltschak befehligten

weißarmistischen Einheiten den Vorstoß zur Wolga, und nur mit Hilfe von mehreren 10000 Mann bekamen die Bolschewik! die recht gut organisierte Bauernarmee in den Griff. Die Bauern besaßen ein kohärentes politisches Programm, das die Abschaffung der Beschlagnahmungen, Handelsfreiheit, freie Sowjetwahlen und das Ende der »bolschewistischen Kommissarokratie« forderte. Als der Chef der Tscheka von Samara Anfang April 1919 für die Niederschlagung der Bauernaufstände seiner Provinz eine Bilanz aufstellte, zählte er auf der Seite der Aufständischen 4240 Todesopfer, 625 Erschießungen und 6210 verhaftete Fahnenflüchtige und »Banditen«.

Kaum war der Brand in der Provinz Samara für den Augenblick gelöscht, als er in ungleich stärkerem Maße den größten Teil der Ukraine erfaßte. Nach dem Abzug der deutschen und österreichisch-ungarischen Armee Ende 1918 beschloß die bolschewistische Regierung die Rückeroberung der Ukraine. Die ertragreichste Agrarregion des ehemaligen Zarenreichs sollte »das Moskauer und Petrograder Proletariat ernähren«. Hier waren die Beschlagnahmungsquoten noch höher als anderswo. Ihre Erfüllung bedeutete für Tausende von Dörfern, die schon während des ganzen Jahres 1918 von den deutschen und österreichisch-ungarischen Besatzungsarmeen zur Ader gelassen wurden, unweigerlich die Hungersnot. Außerdem wollten die Bolschewiki im Gegensatz zu Rußland, wo sie Ende 1917 eine Politik der Landverteilung innerhalb der Dorfgemeinschaft akzeptieren mußten, in der Ukraine alle großen Landgüter - die modernsten des ehemaligen Zarenreichs - verstaatlichen. Die großen Güter des Getreide- und Zuckeranbaus sollten zu Kollektivbetrieben umgewandelt werden, in denen der Bauer zum Agrararbeiter wurde. Eine solche Politik mußte den Unmut der Bauernschaft heraufbeschwören. Durch die Auseinandersetzungen mit den deutschen und österreichisch-ungarischen Besatzungsarmeen war sie bereits kampferprobt. Anfang 1919 existierten in der Ukraine regelrechte Bauernheere mit mehreren 10000 Mann, deren Kommando ukrainische Heerführer und Politiker wie Simon Petljura, Nestor Machno, Hryhoryiw oder auch Zeleny übernommen hatten. Diese Bauernheere waren fest entschlossen, ihre Vorstellung von der Agrarrevolution durchzusetzen: das Land den Bauern, die Freiheit des Handels und frei gewählte Sowjets »ohne Moskauer und Juden«. Die meisten ukrainischen Bauern waren vom uralten Gegensatz zwischen der mehrheitlich aus Ukrainern bestehenden Landbevölkerung und den überwiegend mit Russen und Juden bevölkerten Städten geprägt, und so war für sie folgende Gleichsetzung nur selbstverständlich: Moskauer = Bolschewik = Jude. Sie sollten alle hinaus aus der Ukraine.

Diese ukrainischen Besonderheiten erklären die Brutalität und die lange Dauer der Auseinandersetzungen zwischen den Bolschewiki und einem Großteil der ukrainischen Bauernschaft. Ein weiterer Mitspieler - die Weiße Armee - sowohl von den Bolschewiki als auch von den verschiedenen Bauernheeren, die keine Rückkehr der Großgrundbesitzer wollten, bekämpft, machte das politische und militärische Durcheinander der Region noch un-

übersichtlicher: Manche Städte - Kiew beispielsweise - wechselten innerhalb von zwei Jahren bis zu 14mal den Machthaber!

Die ersten großen Revolten gegen die Bolschewiki und ihre schändlichen Requirierungskommandos brachen bereits im April 1919 aus. Allein in diesem Monat kam es in den Provinzen von Kiew, Tscherginow, Poltawa und Odessa zu 93 Bauernrevolten. In den ersten 20 Julitagen des Jahres 1919 waren es laut offiziellen Angaben der Tscheka 210 Revolten, an denen ungefähr 100000 Bewaffnete und mehrere 100000 Bauern beteiligt waren. Die Bauernheere von Hryhoryiw - ungefähr 20 000 Mann in Waffen, darunter mehrere meuternde Einheiten der Roten Armee, mit 50 Kanonen und 700 Maschinengewehren - besetzten im April und Mai 1919 eine ganze Reihe von Städten in der südlichen Ukraine - Tscherkassy, Cherson, Nikolajew und Odessa - und errichteten dort eine autonome Regierung, deren politische Losung ziemlich eindeutig war: »Alle Macht den Sowjets des ukrainischen Volkes!«, »Die Ukraine den Ukrainern, ohne Bolschewiken und Juden!«, »Aufteilung des Landes«, »Freiheit der Wirtschaft und des Handels«.[100] Die Anhänger Zelenys, ungefähr 20000 Mann in Waffen, kontrollierten die Provinz Kiew, mit Ausnahme der größeren Städte. Unter der Parole »Es lebe die Sowjetmacht! Nieder mit den Bolschewiken und Juden!« organisierten sie in den jüdischen Gemeinden der kleineren Städte in der Provinz Kiew und Tschernigow blutige Pogrome. Dank zahlreicher Studien ist das Wirken Nestor Machnos besser bekannt: An der Spitze eines Bauernheeres von mehreren 10 000 Mann präsentierte er ein zugleich nationales, soziales und anarchistisches Programm, das in regelrechten Kongressen erarbeitet worden war, beispielsweise im »Kongreß der delegierten Bauern, Rebellen und Arbeiter von Guljai-Pole«, der im April 1919 mitten im machnowistischen Aufstandsgebiet stattfand. Wie viele andere weniger strukturierte Bauernbewegungen waren die Machnowisten gegen jede Einmischung des Staates in die Angelegenheiten der Bauern und plädierten für eine bäuerliche *Selbstverwaltung* auf der Grundlage frei gewählter Sowjets. Zu diesen Grundforderungen kamen weitere Punkte, die allen Bauernbewegungen gemeinsam waren: Stopp der Beschlagnahmungen, Abschaffung der Gebühren und Steuern, Freiheit für alle sozialistischen Parteien und anarchistischen Gruppen, Aufteilung des Landes, Abschaffung der »bolschewistischen Kommissarokratie«, der Spezialtruppen und der Tscheka.[101]

Die hundertfachen Bauernaufstände im Rücken der Roten Armee spielten im Frühjahr und Sommer 1919 eine entscheidende Rolle für den kurzfristigen Sieg der weißen Truppen General Denikins. Die Weiße Armee startete am 19. Mai 1919 in der südlichen Ukraine und rückte sehr schnell zu den mit der Niederschlagung der Bauernaufstände beschäftigten Einheiten der Roten Armee vor. Am 12. Juni besetzten Denikins Truppen Charkow, am 28. August Kiew und 30. September Woronesch. Der Rückzug der Bolschewiki, die nur in den größeren Städten ihre Macht errichten konnten und das Hinterland den revoltierenden Bauern überlassen mußten, ging mit Massen-

hinrichtungen der Gefangenen und Geiseln einher. Wir werden darauf zurückkommen. Bei ihrem überstürzten Rückzug quer durch das von der Bauernguerilla kontrollierte Hinterland kannten die Einheiten der Roten Armee und der Tscheka kein Erbarmen: Hunderte von Dörfern wurden niedergebrannt, und die »Banditen«, Fahnenflüchtigen und »Geiseln« wurden reihenweise hingerichtet. Die Aufgabe und anschließende Rückeroberung (Ende 1919/Anfang 1920) der Ukraine brachte für die Zivilbevölkerung eine außerordentliche Welle von Gewalt mit sich. *Isaak Babel* weiß in seinem Meisterwerk *Die Reiterarmee* ausführlich davon zu berichten.[102]

Anfang 1920 war die Weiße Armee geschlagen, mit Ausnahme von einigen wenigen Einheiten, die unter dem Oberbefehl von Baron Wrangel, dem Nachfolger Denikins, auf der Krim Zuflucht gefunden hatten. Nun standen sich die bolschewistischen Streitkräfte und die Bauern gegenüber. Bis 1922 sollten die gegen die Macht kämpfenden Landstriche eine erbarmungslose Repression erleben. Im Februar und März 1920 brach eine neue große Revolte aus; sie ist bekannt unter dem Namen »Der Aufstand der Gabeln« und hat das immense Gebiet von der Wolga bis zum Ural zum Schauplatz, nämlich die Provinzen Kasan, Simbirsk und Ufa. In diesem Gebiet, in dem nicht nur Russen, sondern auch Tataren und Baschkiren lebten, waren die Beschlagnahmungen besonders hart. In wenigen Wochen waren gut zehn Distrikte von der Rebellion erfaßt. Das aufständische Bauernheer der »Schwarzen Adler« zählte in seinen besten Zeiten bis zu 50000 Mann. Mit Kanonen und Maschinengewehren dezimierten die Truppen für die innere Verteidigung der Republik die mit Gabeln und Spießen bewaffneten Rebellen. In wenigen Tagen wurden Tausende von den Aufständischen massakriert und Hunderte von Dörfern niedergebrannt.[103]

Nach der schnellen Erledigung des »Gabelaufstands« sprang das Feuer der Bauernrevolten erneut auf die Provinzen des mittleren Wolgagebiets über. Auch sie waren von den Beschlagnahmungen hart getroffen: Tambow, Pensa, Samara, Saratow und Zarizyn. Wie der bolschewistische Parteiführer Antonow-Owsejenko, der die Repressionen gegen die aufständischen Bauern von Tambow leiten sollte, zugab, bedeuteten die Requisitionspläne von 1920/21 - falls sie durchgeführt würden - für die Bauern den sicheren Tod: Man ließ ihnen im Durchschnitt 1 Pud (16 Kilogramm) Getreide und 1,5 Pud (24 Kilogramm) Kartoffeln pro Person und Jahr. Das ist zehn- bis zwölfmal weniger als das zum Leben notwendige Minimum. Es war also ein Kampf ums Überleben, für den sich die Bauern dieser Provinzen bereits im Sommer 1920 entschieden. Er sollte ohne Unterbrechung zwei Jahre lang dauern. Dann kam die Hungersnot über die aufständischen Bauern.

Auch 1920 blieb der dritte Schwerpunkt der Auseinandersetzung zwischen den Bolschewik! und den Bauern die Ukraine, die zwar zwischen Dezember 1919 und Februar 1920 der Weißen Armee wieder abgenommen worden war, aber dennoch im Hinterland nach wie vor von einer Vielzahl völlig unabhängiger grüner Verbände oder von mehr oder weniger dem Be-

fehl Machnos unterstehenden Einheiten kontrolliert wurde. Im Gegensatz zu den Schwarzen Adlern waren die ukrainischen Verbände, die größtenteils aus Fahnenflüchtigen bestanden, gut bewaffnet. Im Sommer 1920 zählte Machnos Armee noch an die 15000 Mann, 2500 Reiter, etwa 100 Maschinengewehre, 20 aus der Artillerie stammende Kanonen und zwei Panzerfahrzeuge. Auch hunderte von kleineren Banden, von denen jede etliche Dutzend bis etliche Hundert Mann um sich versammelte, leisteten dem bolschewistischen Einmarsch entschiedenen Widerstand. Zur Bekämpfung dieser Bauernguerilla ernannte die Regierung Anfang Mai 1920 Felix Dserschinski, den Chef der Tscheka, zum »Oberbefehlshaber für das Gebiet hinter der südwestlichen Front«. Dserschinski blieb mehr als zwei Monate in Charkow, um für die Truppen der inneren Sicherheit der Republik 80 Spezialeinheiten aufzustellen. Dies waren Spezialeinheiten, die zur Verfolgung der Rebellen über eine Kavallerie und über Flugzeuge zur Bombardierung der »Banditennester«[104] verfugten, sie sollten innerhalb von drei Monaten die Bauernguerilla ausrotten. In Wirklichkeit zogen sich die »Befriedungsoperationen« über zwei Jahre hin, vom Sommer 1920 bis zum Herbst 1922, und forderten Zehntausende von Opfern.

Unter den verschiedenen Aktionen, die die bolschewistische Macht in ihrem Kampf gegen die Bauernschaft startete, nimmt die »Entkosakisierung« - d.h. die Beseitigung der Kosaken am Don und im Kuban-Gebiet als soziale Gruppe - eine Sonderstellung ein. Zum ersten Mal nämlich griff das neue Regime zu repressiven Maßnahmen, um auf der Grundlage der Kollektivhaftung die gesamte Bevölkerung eines von den bolschewistischen Parteiführern gewöhnlich als »sowjetfeindlicher Unruheherd«[105] bezeichneten Gebietes zu vernichten, auszurotten oder zu deportieren. Die Operationen waren nicht das Ergebnis von im Eifer des militärischen Gefechts durchgeführten Vergeltungsmaßnahmen, sondern im voraus geplant und auf höchster staatlicher Ebene unter direkter Beteiligung zahlreicher hochrangiger Politikfunktionäre (Lenin, Ordschonikidse, Syrtsow, Sokolnikow, Reingold) beschlossen. Wegen der militärischen Rückschläge der Bolschewiki war die Entkosakisierung im Frühjahr 1919 zunächst einmal ein Fehlschlag. Mit der bolschewistischen Rückeroberung der Kosakengebiete am Don und Kuban wurde sie jedoch mit erneuter Grausamkeit wiederaufgenommen.

Bereits im Dezember 1917 verloren die Kosaken, die von den Bolschewiki als »Kulaken« und »Klassenfeinde« eingestuft wurden, den Sonderstatus, den sie unter dem Zarenregime genossen hatten. Unter der Führung des Atamans Krasnow schlossen sie sich den weißen Streitkräften an, die sich im Frühjahr 1918 im Süden Rußlands formiert hatten. Erst im Februar 1919, als die Bolschewiki gegen die Ukraine und den russischen Süden vorstießen, drangen die ersten Kommandoeinheiten der Roten Armee in das Kosakengebiet am Don ein. Sofort ergriffen die Bolschewiki eine Reihe von Maßnahmen, um all das, was das Kosakentum ausmachte, zu beseitigen: Das

Land der Kosaken wurde konfisziert und an russische Siedler oder ansässige Bauern, die nicht den Kosakenstatus besaßen, verteilt; die Kosaken, die aufgrund ihres traditionellen Status als Grenzschützer des russischen Reichs alle bewaffnet waren, hatten unter Androhung der Todesstrafe die Pflicht, die Waffen abzuliefern; die Verwaltungsräte und -distrikte der Kosaken wurden aufgelöst.

Alle diese Maßnahmen gehörten zu einem im voraus aufgestellten Entkosakisierungsplan, der in einem geheimen Beschluß des Zentralkomitees der bolschewistischen Partei vom 24. Januar 1919 auch durchaus als solcher definiert wurde: »Nach den Erfahrungen im Bürgerkrieg gegen die Kosaken muß man zugeben, daß der gnadenlose Kampf, der massive Terror gegen die reichen Kosaken, die bis auf den letzten Mann auszurotten und physisch zu vernichten sind, die einzige politisch korrekte Maßnahme ist.«[106]

In Wahrheit - wie Reingold, der mit der Umsetzung des »bolschewistischen Befehls« im Kosakengebiet beauftragte Vorsitzende des Revolutionskomitees der Don-Provinz, im Juli 1919 zugab - »tendierten wir zu einer Politik, die die Kosaken ohne jegliche Differenzierung völlig ausrotten wollte«.[107] In den wenigen Wochen von Mitte Februar bis Mitte März 1919 wurden von den bolschewistischen Kommandoeinheiten mehr als 8000 Kosaken hingerichtet.[108] In jeder *Stanitsa* (Kosakenstadt) fällten Revolutionsgerichte in wenigen Minuten das standrechtliche Urteil über ganze Listen von Suspekten, die in der Regel alle wegen »konterrevolutionären Verhaltens« zum Tode verurteilt wurden. Angesichts dieser geballten Repression hatten die Kosaken gar keine andere Wahl als die Revolte.

Die Erhebung begann am 11. März 1919 im Distrikt Weschenskaja. Die aufständischen Kosaken verfügten über eine gute Organisation und beschlossen die allgemeine Mobilmachung aller Männer im Alter zwischen 16 und 55 Jahren. Im gesamten Dongebiet und sogar in der Nachbarprovinz Woronesch verschickten sie Telegramme, in denen die Bevölkerung zum Aufstand gegen die Bolschewiki aufgefordert wurde.

»Wir Kosaken«, erklärten sie, »sind nicht gegen die Sowjets. Wir sind für freie Wahlen. Wir sind gegen die Kommunisten, die Kommunen [Betriebe mit Kollektivwirtschaft] und die Juden. Wir sind gegen die Beschlagnahmungen, Diebstähle und gegen die von der Tscheka vollstreckten Hinrichtungen.«[109] Anfang April waren die Kosaken eine beachtliche Streitkraft mit an die 30000 gut bewaffneten und kampferprobten Leuten. Die aufständischen Don-Kosaken operierten im Rücken der Roten Armee, die weiter südlich gegen die mit den Kuban-Kosaken verbündeten Denikin-Truppen kämpfte, und begünstigten so wie die rebellischen Bauern der Ukraine den blitzartigen Vorstoß der Weißen Armee vom Mai/Juni 1919. Anfang Juni vereinigten sich die Don-Kosaken mit dem Hauptverband der von den Kuban-Kosaken unterstützten Weißen Armee. Damit war das gesamte Kosakengebiet von der schändlichen Macht der »Moskauer, Juden und Bolschewiki« befreit.

Doch mit einer neuen militärischen Glückssträhne kehrten die Bolschewik! im Februar 1920 zurück. Es begann eine zweite militärische Besetzung des Kosakengebiets, die noch mehr Opfer forderte als die erste. Die Don-Region wurde zur Lieferung von 36 Millionen Pud Getreide verpflichtet, eine Menge, die die lokale Gesamtproduktion bei weitem überstieg. Die Landbevölkerung wurde systematisch beraubt, und zwar nicht nur ihrer mageren Lebensmittelvorräte, sondern ihrer gesamten Habseligkeiten »einschließlich Schuhe, Kleider, Kopfkissen und Samoware«, wie ein Bericht der Tscheka klar zum Ausdruck brachte.[110] Alle kampffähigen Männer schlossen sich als Reaktion auf diese Plünderungen und systematischen Repressionen den grünen Partisanenverbänden an, die im Juli 1920 am Kuban und Don mindestens 35 000 Mann zählten. General Wrangel, der seit Februar auf der Krim eingeschlossen war, beschloß einen letzten Ausbruchsversuch, um sich von der bolschewistischen Umklammerung zu befreien und sich mit den Kosaken und Grünen vom Kuban zu vereinen. Am 17. August 1920 gingen bei Noworossisk 5000 Mann an Land. Unter dem vereinten Druck der Weißen, Kosaken und Grünen mußten die Bolschewiki Ekaterinodar, die größte Stadt am Kuban, und später die gesamte Region verlassen, und General Wrangel stieß seinerseits in die südliche Ukraine vor. Die Erfolge der Weißen waren jedoch nur von kurzer Dauer. Unter dem Druck der zahlenmäßig weit überlegenen Bolschewiki wichen Wrangels Truppen Ende Oktober in völliger Auflösung und durch endlose Zivilistenströme behindert auf die Krim zurück. Die Einnahme der Krim durch die Bolschewiki - die letzte Episode in der Auseinandersetzung zwischen den Weißen und den Roten - führte zu den größten Schlächtereien des Bürgerkriegs: Mindestens 50000 Zivilisten wurden im November und Dezember 1920 von den Bolschewiki massakriert.[111]

Die Kosaken, ein weiteres Mal auf der Seite der Verlierer, waren erneut einem roten Terror ausgesetzt. Der Leite Karl Lander, einer der führenden Leute der Tscheka, wurde zum »Befehlshaber des nördlichen Kaukasus und der Donprovinz« ernannt. Er führte die *Troiki* ein, mit der Entkosakisierung beauftragte Spezialgerichte. Allein im Oktober 1920 verurteilten diese Troiki mehr als 6000 Menschen zum Tode. Sie wurden alle sofort hingerichtet.[112]- Die Familienangehörigen und manchmal sogar die Nachbarn der grünen Partisanen und Kosaken, die sich gegen das Regime aufgelehnt hatten, aber nicht aufgegriffen worden waren, wurden systematisch als Geiseln festgenommen und in Konzentrationslager verschleppt, in wahre Todeslager, wie Martyn Latsis, der Chef der ukrainischen Tscheka, in einem seiner Berichte zugab: »Die Geiseln - Frauen, Kinder und Alte - wurden in einem Lager bei Maikop zusammengetrieben und vegetierten unter den schrecklichsten Bedingungen dahin, im Schlamm und in der Oktoberkälte. [...] Sie starben wie die Fliegen. [...] Um dem Tod zu entgehen, waren die Frauen zu allem bereit. Die Wachsoldaten des Lagers nutzten dies aus und verdienten ihr Geld mit den Frauen.«[113]

Jeglicher Widerstand wurde erbarmungslos bestraft. Als der Chef der Tscheka von Piatigorsk in einen Hinterhalt geriet, beschlossen die Tschekisten einen »Tag des roten Terrors«. »Der Terrorakt«, erklärte Lander, »soll dazu dienen, wertvolle Geiseln in der Absicht aufzugreifen, sie hinzurichten, und die Hinrichtungsverfahren der weißen Spione und der Konterrevolutionäre im allgemeinen zu beschleunigen.« Doch die Tschekisten von Piatigorsk gingen weit über diese Anweisungen hinaus und stürzten sich in eine Flut von Verhaftungen und Hinrichtungen. Weiter meinte Lander: »Die Frage des roten Terrors wurde auf einfachste Weise gelöst. Die Tschekisten von Piatigorsk beschlossen, 300 Leute an einem Tag hinzurichten. Für die Stadt Piatigorsk und für jede Ortschaft der Umgebung legten sie Quoten fest und befahlen den Parteiorganisationen, Hinrichtungslisten aufzustellen. [...] Diese Methode war unbefriedigend, denn sie führte zu zahlreichen Abrechnungen von privaten Angelegenheiten. [...] In Kislowodsk hatte man keine bessere Idee und beschloß deshalb, die Insassen des Krankenhauses zu töten.«[114]

Eine der schnellsten Entkosakisierungsmethoden war die Zerstörung der Kosakenstädte und die Verschleppung der Überlebenden. Im Archiv von Sergo Ordschonikidse, einem der wichtigsten Bolschewistenführer und damals Vorsitzenden des Revolutionskomitees vom nördlichen Kaukasus, wurden die Dokumente einer solchen Operation aufbewahrt. Sie fanden alle zwischen Ende Oktober und Mitte November 1920 statt.[115]

Am 23. Oktober befahl Sergo Ordschonikidse:

»1. Den Ort Kalinowskaja völlig niederzubrennen;

2. Die Ortschaften Ermolowskaja, Romanowskaja, Samachinskaja und Michailowskaja von ihren Bewohnern zu räumen. Die Häuser und das Land dieser Bewohner an arme Bauern zu verteilen, besonders an die Tschetschenen, die immer ihre tiefe Verbundenheit mit der sowjetischen Macht gezeigt haben;

3. die gesamte männliche Bevölkerung im Alter zwischen 18 und 50 Jahren der oben aufgeführten Ortschaften in Züge zu verladen und unter Aufsicht nach Norden zu deportieren, wo sie Zwangsarbeit der schweren Kategorie zu leisten haben;

4. die Frauen, Kinder und Alten zu vertreiben. Sie haben jedoch die Erlaubnis, sich in den weiter nördlich gelegenen Ortschaften wieder anzusiedeln;

5. den gesamten Viehbestand und den gesamten Besitz der Bewohner der oben aufgeführten Ortschaften zu beschlagnahmen.«

Drei Wochen später beschrieb ein an Ordschonikidse adressierter Bericht den Verlauf der Operationen:

»Kalinowskaja: gesamter Ort niedergebrannt, die ganze Bevölkerung (4220) verschleppt oder vertrieben.

Ermolowskaja: von allen Bewohnern geräumt (3218).

Romanowskaja: 1600 deportiert; 1661 sind noch zu deportieren.

Samachinskaja: 1018 deportiert; 1900 sind noch zu deportieren.
Michailowskaja: 600 deportiert; 2200 sind noch zu deportieren.

Außerdem wurden 154 Waggons mit Lebensmitteln nach Grozny verschickt. In den drei Ortschaften, in denen die Deportation noch nicht abgeschlossen ist, wurden zuerst die Familien mit den weiß-grünen Elementen und mit den Elementen, die am letzten Aufstand teilgenommen haben, deportiert. Unter denen, die noch nicht deportiert wurden, befinden sich Anhänger des sowjetischen Regimes, Familienangehörige von rotarmistischen Soldaten, Beamten und Kommunisten. Die Verzögerungen bei den Deportationen erklären sich durch den Mangel an Waggons. Im Durchschnitt bekommen wir für die Durchführung der Operationen täglich einen einzigen Zug. Um die Deportationsoperationen zu Ende führen zu können, wurden 306 zusätzliche Waggons mit aller Dringlichkeit angefordert.«[116]

Wie sind die »Operationen« ausgegangen? Leider gibt es kein Dokument, das uns in diesem Punkt genaue Auskunft gib. Man erfährt, daß die »Operationen« sich in die Länge gezogen haben und daß die deportierten Männer letzten Endes meistens nicht in den hohen Norden gebracht wurden, wie das in Zukunft der Fall sein sollte, sondern in die viel näherliegenden Minen von Donetz. In Anbetracht des erbärmlichen Zustands der Züge Ende 1920 hatte die Operationsleitung ihre Schwierigkeiten mit der Durchführung... Trotzdem nehmen die »Operationen« der Entkosakisierung von 1920 in vielerlei Hinsicht die zehn Jahre später startenden großen »Operationen« der Entkulakisierung vorweg: die gleiche Vorstellung von der Kollektivhaftung, das gleiche Deportationsverfahren über Züge, die gleichen Probleme bei der Durchführung und Zielorte, die auf die Aufnahme der Deportierten nicht vorbereitet sind, und ebenfalls die Idee, die Deportierten auszubeuten und der Zwangsarbeit zu unterziehen. In den Kosakengebieten am Don und Kuban zahlte man für den Widerstand gegen die Bolschewiki einen hohen Preis. Nach den glaubwürdigsten Schätzungen wurden in den Jahren 1919 und 1920 zwischen 300000 und 500000 Menschen getötet oder deportiert, wobei die Zahl der Gesamtbevölkerung nicht über drei Millionen hinausging.

Die Massaker an Personen, die wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer »feindlichen« oder »in sozialer Hinsicht fremden Klasse« als Gefangene oder Geiseln festgehalten wurden, sind von allen repressiven Operationen am schwierigsten aufzulisten und zu werten. Diese Massaker sind die logische Fortsetzung des roten Terrors aus der zweiten Jahreshälfte von 1918, allerdings in einem noch größeren Ausmaß. Diese Massakerwut »auf Klassenbasis« war durch die Tatsache, daß eine neue Welt im Entstehen war, permanent gerechtfertigt. Alles war erlaubt, wie es im Leitartikel der Erstausgabe von *Krasnyi Metsch* (Das rote Schwert), der Zeitung der Tscheka in Kiew, den Lesern erklärt wurde.

»Die alten Systeme der Moral und der ›Menschlichkeit‹ lehnen wir ab. le wurden von der Bourgeoisie erfunden, um die ›unteren Klassen‹ unter-

drücken und ausbeuten zu können. Unsere Moral ist ohne Vorbild, und unsere Menschlichkeit absolut, denn sie basiert auf einem neuen Ideal: jegliche Form von Unterdrückung und Gewalt zu zerstören. Uns ist alles erlaubt, denn wir sind die Ersten in der Welt, die das Schwert nicht zur Unterdrükkung und Versklavung erheben, sondern um die Menschheit von ihren Ketten zu befreien ... Blut? Mag es in Strömen fließen! Denn nur Blut kann das schwarze Banner der Piratenbourgeoisie in eine rote Fahne verwandeln, die Fahne der Revolution. Denn nur der endgültige Tod der alten Welt kann uns auf immer vor der Rückkehr der Schakale bewahren!«[117]

Diese Mordaufrufe weckten ein Gewaltpotential und ein Verlangen nach sozialer Revanche, das beides bei vielen Tschekisten seit jeher präsent war, denn oft wurden sie - wie es viele bolschewistische Parteiführer selbst zugaben - unter den »kriminellen und sozial degenerierten Elementen der Gesellschaft« ausgewählt. In einem Brief an Lenin vom 22. März 1919 beschrieb der bolschewistische Parteifunktionär Gopner die Aktivitäten der Tscheka von Ekaterinoslawl folgendermaßen: »In dieser von Kriminalität, Gewalt und Willkür verseuchten Organisation, wo Schurken und Verbrecher den Ton angeben, richten bis an die Zähne bewaffnete Männer jeden hin, der ihnen nicht paßt. Sie dringen in die Häuser ein, plündern, vergewaltigen, nehmen Leute fest, bringen Falschgeld in Umlauf und verlangen von den Leuten Krüge voll Wein, um anschließend die, von denen sie den Wein bekommen haben, zu erpressen und sie schließlich gegen eine 10- oder 20mal so hohe Summe wieder laufen zu lassen.«[118]

In den Archiven des Zentralkomitees - dem von Felix Dserschinski beispielsweise - finden sich unzählige Berichte von Parteifunktionären oder Inspektoren der politischen Polizei über die »Entartung« der im »Gewalt- und Blutrausch« schwelgenden örtlichen Tschekaverbände. Das Verschwinden jeglicher juristischer oder moralischer Norm forderte die absolute Unabhängigkeit der örtlichen Tschekafunktionäre, die wegen ihrer Taten von den Vorgesetzten nicht einmal mehr zur Rechenschaft gezogen wurden. Sie entwickelten sich zu blutrünstigen, unkontrollierten und nicht kontrollierbaren Tyrannen. Drei Auszüge aus solchen Berichten - stellvertretend für mehrere Dutzend ähnlichen Inhalts - zeigen das Abdriften der Tscheka in einen Bereich der totalen Willkür, völlig außerhalb des Rechts.

Aus Sysran, Provinz Tambow, ein auf den 22. Mai 1919 datierter Bericht von Smirnow, einem Ausbilder der Tscheka, an Dserschinski: »Ich habe die Angelegenheit des Kulakenaufstandes in der Volost Nowo-Matrionskaja näher untersucht. Das Ermittlungsverfahren ist chaotisch geführt worden. 75 Personen wurden unter Anwendung der Folter verhört, und es ist unmöglich, aus den schriftlichen Zeugenberichten irgend etwas zu begreifen. [...] Am 16. Februar wurden 5 Personen erschossen, 13 einen Tag später. Das Protokoll der Verurteilungen und Hinrichtungen trägt das Datum vom 28. Februar. Als ich den Verantwortlichen der örtlichen Tscheka um eine Erklärung bat, antwortete er mir: ›Wir haben überhaupt keine Zeit, die Protokolle zu

schreiben. Wozu soll das denn eigentlich gut sein? Wir rotten die Kulaken und Bürgerlichen ja als Klasse aus.«‹[119]

Im folgenden ein Bericht aus Jaroslawl vom 26. September 1919. Er stammt vom Sekretär der regionalen Organisation der bolschewistischen Partei: »Die Tschekisten plündern und verhaften, wen sie wollen. Sie wissen, daß sie straffrei bleiben und haben deshalb die Tschekazentrale in ein Riesenbordell umgewandelt, wo sie die ›bürgerlichen‹ Frauen hinbringen. Überall herrscht Trunkenheit. Kokain ist bei den kleinen Chefs weit verbreitet.«[120]

Aus Astrachan ein Bericht vom 16. Oktober von N. Rosental, der die Leitung der Spezialeinheiten kontrollieren sollte: »Artabekow, der Chef der Spezialeinheiten der XI. Armee, erkennt nicht einmal mehr die Zentralgewalt an. Als Genösse Zakowski, der im Auftrag von Moskau die Arbeit der Spezialeinheiten kontrollierte, am 30. Juli bei Artabekow vorsprach, sagte dieser zu ihm: ›Sagt Dserschinski, daß ich mich nicht kontrollieren lasse... ‹ Vom Personal, das großenteils aus zweifelhaften, ja kriminellen Elementen besteht, wird keine einzige Verwaltungsnorm respektiert. Von der Operationsabteilung gibt es so gut wie gar keine Akten. Was die Todesurteile und Hinrichtungen betrifft, so habe ich keine individuellen Sitzungs- und Urteilsprotokolle gefunden, lediglich Listen, meist unvollständige, auf denen nur die Notiz steht ›Erschossen auf Befehl des Genossen Atarbekow‹. Was die Vorkommnisse vom März betrifft, so ist es unmöglich, sich ein Bild zu machen, wer erschossen wurde und warum. [...] Täglich gibt es Trinkgelage und Orgien. Fast alle Tschekisten haben einen starken Kokainkonsum. So könnten sie - wie sie sagen - den täglichen Anblick von Blut besser ertragen. Im Gewalt- und Blutrausch kommen die Tschekisten ihrer Pflicht nach, aber es sind ohne Zweifel unkontrollierte Elemente, die streng überwacht werden müssen.«[121]

Diese internen Berichte der Tscheka und der bolschewistischen Partei bestätigen heute die zahlreichen Zeugenaussagen, die schon 1919 und 1920 von den Gegnern der Bolschewiki und besonders von der von General Denikin gegründeten Forschungskommission für bolschewistische Verbrechen gesammelt worden waren. Das jetzt wieder zugängliche Archiv dieser Kommission war 1945 von Prag nach Moskau überführt worden und war lange Zeit geschlossen. Schon 1926 hatte der russische Historiker und Sozialrevolutionär Sergej Melgunow in seinem Werk *Der rote Terror in Rußland* versucht, von den wichtigsten Massakern, welche die Bolschewiki meist auf »Klassenbasis« in großer Zahl an Häftlingen, Geiseln und einfachen Zivilisten begangen haben, ein Verzeichnis aufzustellen. Auch wenn die Liste der für diese Repressionsart interessanten Hauptvorkommnisse so, wie sie in diesem Pionierwerk dargestellt wird, unvollständig ist, wird sie doch durch eine Reihe von recht unterschiedlichen, aber miteinander übereinstimmenden dokumentarischen Quellen aus beiden Lagern bestätigt. In Anbetracht des organisatorischen Chaos, das bei der Tscheka herrschte, besteht jedoch

nach wie vor Ungewißheit über die Zahl der Opfer, die während der uns heute genau bekannten repressiven Großaktionen hingerichtet wurden. Durch den Vergleich der unterschiedlichen Quellen kann man jedoch Rückschlüsse auf die Größenordnung wagen.

Zu den ersten Massakern an »Suspekten«, Geiseln und anderen »Volksfeinden«, die aus Präventivgründen und ohne gerichtliches Verfahren in Gefängnissen oder Konzentrationslagern festgehalten wurden, kam es bereits im September 1918 während der ersten roten Terrorwelle. Nachdem man die Kategorien »Suspekte«, »Geiseln« und »Volksfeinde« festgelegt und die Konzentrationslager recht schnell in Betrieb genommen hatte, war die Repressionsmaschine funktionsbereit. Als Auslöser diente natürlich in einem Krieg mit beweglichen Fronten, in dem sich die militärische Lage jeden Monat änderte, die Einnahme einer bis dahin vom Feind gehaltenen Stadt oder - das Gegenteil - der überstürzte Abzug aus einer Stadt.

Die Errichtung der »Diktatur des Proletariats« erfolgte in den (zurück)eroberten Städten immer in den gleichen Etappen: Auflösung aller zuvor gewählten Versammlungen, Verbot jeglichen Handels - eine Maßnahme, die sofort zu einem Anstieg der Lebensmittelpreise und dann zum Verschwinden der Lebensmittel führte -, Konfiszierung der staatlichen und städtischen Betriebe; hohe Steuerforderungen an die Bourgeoisie - 600 Millionen Rubel in Charkow (Februar 1919) und 900 Millionen Rubel in Odessa (April 1919). Als Garantie für die Steuerleistungen wurden Hunderte von »Bürgerlichen« als Geiseln festgenommen und in Konzentrationslager gebracht. In Wahrheit waren die Steuerforderungen synonym mit Plünderungen, Enteignungen und Demütigungen, erste Etappe einer Ausmerzung der »Bourgeoisie als Klasse«.

»Gemäß den Beschlüssen des Arbeitersowjets wurde der heutige 13. Mai zum Tag der Enteignung der Bourgeoisie erklärt«, konnte man am 13. Mai 1919 in der *Iswestija* des Rats der Arbeiterdeputierten von Odessa lesen. »Die besitzenden Klassen haben einen detaillierten Fragebogen zu beantworten, der die Lebensmittel, Schuhe, Kleider, Fahrräder, Decken, Leintücher, die Silbersachen und den Schmuck, das Geschirr und andere für das Arbeitervolk unerläßliche Dinge erfaßt. [...] Jeder muß die Enteignungskommissionen in ihrer bedeutenden Aufgabe unterstützen. [...] Wer den Anweisungen der Enteignungskommissionen nicht Folge leistet, wird sofort verhaftet. Wer Widerstand leistet, wird auf der Stelle erschossen.«

Wie Latsis, der Chef der ukrainischen Tscheka, in einem Rundschreiben an die örtlichen Tschekaverbände zugab, wanderten diese »Enteignungen« alle in die Tasche der Tschekisten und der anderen kleinen Chefs der unzähligen Beschlagnahmungs-, Enteignungs- und rotarmistischen Kommandos, von denen es bei solchen Anlässen nur so wimmelte.

Die zweite Etappe der Enteignungen bestand in der Konfiszierung der bürgerlichen Wohnungen. In diesem »Klassenkrieg« spielte die Demütigung der Besiegten auch eine entscheidende Rolle: »Der Fisch will mit einer

Sahnecreme serviert werden. Die Bourgeoisie liebt die Autorität, die hart durchgreift und sie tötet«, konnte man am 26. April 1919 in der bereits erwähnten Zeitung aus Odessa lesen. »Wenn wir einige Dutzend von diesen Taugenichtsen und Idioten hinrichten, wenn wir sie zum Straßenfegen verurteilen und ihre Frauen zwingen, die Kasernen der Roten Garden zu putzen (und das wäre keine geringe Ehre für sie), werden sie begreifen, daß unsere Macht auf einer soliden Basis steht und sie nichts zu erwarten haben, weder von den Engländern noch von den Hottentotten.«[122]

Ein beliebtes Thema, das in vielen Artikeln der bolschewistischen Zeitungen wiederkehrte, war die Erniedrigung der »Bürgerlichen«, die gezwungen wurden, die Latrinen und Kasernen der Tschekisten und Roten Garden zu putzen. Diese Praxis war in Odessa, Kiew, Charkow, Ekaterinoslaw, aber auch in Perm (Ural) und in Nischni-Nowgorod gang und gäbe. Dies war jedoch auch die verschönerte und »politisch salonfähigere« Version einer viel brutaleren Wirklichkeit: Die Vergewaltigungen nahmen nach zahlreichen, übereinstimmenden Zeugenberichten schwere Ausmaße an, besonders 1920 während der zweiten Eroberung der Ukraine, der Kosakengebiete und der Krim.

Logische und letzte Etappe der »Ausrottung der Bourgeoisie als Klasse« war die Hinrichtung der Gefangenen, Suspekten und Geiseln, die nur wegen ihrer Zugehörigkeit zur »besitzenden Klasse« festgehalten worden waren. Dies wurde in vielen Städten, die von den Bolschewiki erobert worden waren, bestätigt. Zwischen Februar und Juni 1919 wurden in Charkow zwischen 2000 und 3000 Menschen hingerichtet, im Dezember 1919, als die Stadt zum zweiten Male von den Bolschewiki eingenommen wurde, zwischen 1000 und 2000. In Rostow am Don kam es im Januar 1920 zu ungefähr 1000 Hinrichtungen. In Odessa wurden zwischen Mai und August 1919 2200 Menschen hingerichtet und zwischen Februar 1920 und Februar 1921 zwischen 1500 und 3000. In Kiew mindestens 3000 zwischen Februar und August 1919, in Ekaterinodar mindestens 3000 zwischen August 1920 und Februar 1921, in Armawir, einer kleinen Stadt am Kuban, zwischen 2000 und 3000 in der Zeit vom August bis Oktober 1920. Die Liste ließe sich weiter fortsetzen.

Auch anderswo fand eine ganze Reihe von Hinrichtungen statt, aber sie waren nicht Gegenstand der Untersuchungen, die kurz nach den Massakern durchgeführt wurden. Deshalb ist das, was in der Ukraine und im südlichen Rußland passierte, weitaus bekannter als die Ereignisse im Kaukasus, am Ural oder in Zentralasien. Die Hinrichtungen häuften sich nämlich in der Regel beim Herannahen des Feindes, wenn die Bolschewiki ihre Positionen aufgeben und die Gefängnisse »leeren« mußten. In Charkow wurden in den zwei Tagen vor der Ankunft der Weißen - dem 8. und 9. Juni 1919 - Hunderte von Geiseln hingerichtet. In Kiew wurden zwischen dem 22. und dem 28. August - vor der Einnahme der Stadt durch die Weißen am 30. August - 1800 Menschen niedergemetzelt. Dasselbe Bild haben wir in Ekaterinodar,

wo Atarbekow, der Chef der dortigen Tscheka, beim Herannahen der Kosakentruppen, innerhalb von drei Tagen, vom 17. bis 19. August, 1600 »Bürgerliche« hinrichten ließ. Und das in einer kleinen Provinzstadt, die vor dem Krieg weniger als 30 000 Einwohner zählte.[123]

Die Dokumente der Untersuchungskommissionen der weißarmistischen Einheiten, die wenige Tage - manchmal sogar wenige Stunden - nach den Hinrichtungen in die Städte kamen, enthalten zahlreiche Zeugenaussagen und Berichte über die Massaker, Autopsie-Ergebnisse, Photos und Hinweise zu den Personalien der Opfer. Die Hinrichtungsopfer »der letzten Stunde« wurden in aller Eile mit einem Schuß in den Nacken niedergestreckt und weisen in der Regel keine Folterspuren auf. Bei den exhumierten Leichen älterer Massengräber sah das anders aus. Die Autopsie-Berichte, die vorgefundenen Gegenstände und die Zeugenaussagen bestätigen die schlimmsten Foltermethoden. Detaillierte Beschreibungen dieser Foltermethoden finden sich vor allem in dem bereits erwähnten Sammelband von Sergej Melgunow und in der 1922 in Berlin unter dem Titel *Tscheka* erschienenen Zusammenstellung des Zentralbüros der Sozialrevolutionären Partei.[134]

Auf der Krim erreichten die Massaker bei der Evakuierung der letzten weißen Einheiten Wrangels und der Zivilisten, die vor dem Vormarsch der Bolschewiki geflüchtet waren, ihren Höhepunkt. In den wenigen Wochen von Mitte November bis Ende Dezember 1920 wurden an die 50000 Menschen erschossen oder erhängt.[135] Zahlreiche Hinrichtungen fanden kurz nach der Einschiffung der Wrangel-Truppen statt. Am 26. November wurden in Sewastopol mehrere hundert Hafenarbeiter erschossen, weil sie bei der Evakuierung der Weißen geholfen hatten. Am 28. und 30. November veröffentlichte die *Iswestija* des Revolutionskomitees von Sewastopol zwei Listen der Erschossenen. Die erste enthielt 1634 Namen, die zweite 1202. Anfang Dezember, als der Sturm der ersten Massenhinrichtungen sich gelegt hatte, führten die Behörden unter der Bevölkerung der wichtigsten Krim-Städte eine trotz der gegebenen Umstände möglichst vollständige Registrierung durch. Denn man ging davon aus, daß Zehntausende, vielleicht sogar Hunderttausende von Bürgerlichen aus ganz Rußland in ihre traditionellen Ferienorte geflüchtet waren. Am 6. Dezember erklärte Lenin in Moskau vor einer Versammlung von Funktionären, daß auf der Krim 300000 Bürgerliche versammelt wären. Er versicherte, daß diese Elemente - ein Heer von »potentiellen Spionen und dem Kapitalismus willig zu Diensten stehenden Agenten« - in allernächster Zukunft »bestraft« werden würden.[136]

Die militärischen Wachposten an der Landenge von Perekop, dem einzigen Fluchtweg über Land, wurden verstärkt, und somit die Falle geschlossen. Daraufhin ordneten die Behörden an, daß jeder Einwohner sich bei der Tscheka zu melden habe, um ein großes Untersuchungsformular auszufüllen. Es ging um ungefähr 50 Fragen über die soziale Herkunft des Betreffenden, seine Vergangenheit, seine Aktivitäten, seine Einkünfte, aber auch über das, was er im November 1920 gemacht hat, wie er über Polen, über Wran-

gel und die Bolschewiki denkt usw. Auf der Grundlage dieser Untersuchungen wurde die Bevölkerung in drei Kategorien eingeteilt: zu erschießen; in ein Konzentrationslager einzuweisen; zu schonen. Die Berichte der wenigen Überlebenden, die 1921 in den Zeitungen der Emigrierten veröffentlicht wurden, beschreiben Sewastopol, eine der von der Repression am meisten betroffenen Städte, als eine »Stadt der Gehängten«. »Der Nachimowski-Prospekt war voller hängender Leichen von Offizieren, Soldaten und Zivilisten, die auf der Straße verhaftet worden waren. [...] Die Stadt war tot, die Bevölkerung versteckte sich in den Kellern und auf den Speichern. Alle Zäune, Hausmauern. Telegraphenmasten und Schaufenster waren mit Plakaten zugedeckt: ›Tod den Verrätern‹. [...] Zur Lehre wurden die Leute in den Straßen erhängt.«[137]

Mit der letzten Episode der Auseinandersetzung zwischen den Weißen und den Roten waren die Repressionen nicht vorbei. Die militärischen Fronten des Bürgerkriegs waren verschwunden, doch der Krieg der »Befriedung« und »Ausrottung« sollte sich noch ungefähr zwei Jahre hinziehen.

5

Von Tambow bis zur großen Hungersnot

Ende 1920 schien das bolschewistische Regime zu triumphieren. Die letzten weißen Truppen waren besiegt, die Kosaken geschlagen und Machnos Einheiten aufgerieben. Trotzdem: Auch wenn der Krieg zwischen den Roten und Weißen, der als solcher nie bestritten wurde, beendet war, gingen die Auseinandersetzungen zwischen dem Regime und weiten Teilen der Bevölkerung unvermindert weiter. Die Bauernkriege erreichten ihren Höhepunkt 1921, als ganze Provinzen sich der Kontrolle der bolschewistischen Macht entzogen. In der-Provinz Tambow, einem Teil der Wolgaprovinzen (Samara, Saratov, Zarizyn, Symbirsk) und in Westsibirien konnten sich die Bolsche-wiki nur in den Städten halten. Auf dem Land lag die Kontrolle in den Händen der Grünen, die Hunderte von Banden, ja sogar regelrechte Bauernheere bildeten. Jeden Tag meuterten Einheiten der Roten Armee. In den letzten noch produzierenden Industriezentren des Landes - in Moskau, Petrograd, Iwanowo-Wosnessensk und Tula - nahmen die Streiks, Aufstände und Arbeiterproteste deutlich zu. Ende Februar 1921 kam es auch in der vor Petrograd liegenden Flottenbasis von Kronstadt zur Meuterei. Die Spannungen nahmen bedrohlich zu, und das Land wurde unregierbar. In Anbetracht eines sozialen Erdbebens, welches das Regime zu stürzen drohte, sahen sich die bolschewistischen Parteiführer zum Rückzug gezwungen und griffen zu der einzigen Maßnahme, die für den Augenblick die Gemüter beruhigen konnte. Am gefährlichsten und unmittelbarsten war die Unzufriedenheit der Bauern. Die Bolschewiki versprachen, die Beschlagnahmungen zu beenden und dafür die Naturalsteuer einzuführen. Im Zusammenhang mit diesen Auseinandersetzungen zwischen dem Regime und der Gesellschaft zeichnete sich ab März 1921 die Neue Ökonomische Politik (NEP) ab.

Eine lange Zeit vorherrschende Politikgeschichte hat die »Zäsur« vom März 1921 deutlich überbetont. Die als Ersatz für die Beschlagnahmungen am letzten Tag des X. bolschewistischen Parteikongresses unter dem Druck der sozialen Spannung in aller Eile angenommene Naturalsteuer hat weder das Ende der Bauernrevolten und Arbeiterstreiks noch ein Nachlassen der Repressionen bewirkt. Die heute zugänglichen Archive zeigen deutlich, daß sich der zivile Frieden im Frühjahr 1921 nicht von einem Tag auf den anderen eingestellt hat. Mindestens bis zum Sommer 1922 herrschen immer noch starke Spannungen, in manchen Regionen sogar weit länger. Auf dem

Lande wüteten weiterhin die Requirierungskommandos, die Arbeiterstreiks wurden mit brutaler Gewalt gebrochen, die letzten sozialistischen Kämpfer verhaftet, Geiseln in Scharen erschossen, Dörfer mit Giftgas bombardiert, und auch »die Ausrottung der Waldbanden« wurde mit allen Mitteln fortgesetzt. Letzten Endes war es die große Hungersnot von 1921/22, welche die aufsässigsten Landstriche zur Ruhe brachte, jene Landstriche, die von den Requirierungskommandos am meisten heimgesucht worden waren und die sich erhoben hatten, um zu überleben. Die Landstriche der Hungersnot decken sich exakt mit den Gebieten, in denen die Beschlagnahmungen in den vorangegangenen Jahren am rücksichtslosesten durchgeführt worden waren und in denen die Bauernrevolten am heftigsten waren. Als »objektive« Verbündete des Regimes und absolute Befriedungswaffe diente die Hungersnot den Bolschewiki im übrigen als Vorwand für ihren entscheidenden Schlag gegen die orthodoxe Kirche und die Intelligenzija, die sich zum Kampf gegen die Katastrophe stark gemacht hatten.

Von allen Bauernrevolten, die seit der Einführung der Beschlagnahmungen im Sommer 1918 zum Ausbruch kamen, war die von Tambow die längste, die wichtigste und die am besten organisierte. Die Provinz Tambow -über 500 Kilometer südöstlich von Moskau - war seit Beginn des Jahrhunderts eine der Hochburgen der Sozialrevolutionären Partei, der Erbin des russischen Populismus. Trotz der Repressalien, die diese Partei zu erdulden hatte, besaß sie in den Jahren 1918/20 immer noch eine große und aktive Anhängerschaft. Außerdem war die Provinz Tambow für Moskau die nächstgelegene Kornkammer und so wüteten bereits im Herbst 1918 über 100 Requirierungskommandos in dieser dichtbevölkerten Agrarprovinz. 1919 kam es zu Dutzenden von *buntys,* von Aufständen ohne große Folgen, die alle erbarmungslos niedergeschlagen wurden. 1920 wurden die Quoten für die Beschlagnahmungen merklich erhöht: von 18 auf 27 Millionen Pud. Die Bauern hatten jedoch bewußt weniger Felder eingesät, wohlwissend, daß alles, was sie nicht innerhalb kürzester Zeit verbrauchen konnten, beschlagnahmt werden würde.[128] Die Erfüllung der Quoten bedeutete also den Hungertod der Bauernschaft. Am 19. August 1920 kam es in der Ortschaft Chitrowo zu den altbekannten Ausfällen der Versorgungskommandos. »Die Kommandos ließen sich einige Übergriffe zuschulden kommen«, wie selbst die örtlichen Behörden zugaben. »Auf ihrem Durchzug plünderten sie alles, selbst Kissen und Küchengeräte. Sie teilten sich die Beute und verprügelten vor aller Augen alte Männer von 70 Jahren. Die Alten wurden bestraft, weil man ihrer fahnenflüchtigen, sich in den Wäldern versteckenden Söhne nicht habhaft werden konnte. [...] Was die Bauern auch in Aufruhr versetzte, war die Tatsache, daß das beschlagnahmte Korn bis zum nächsten Bahnhof gekarrt wurde und dort unter freiem Himmel verdarb.« [129]

Von Chitrowo aus breitete sich die Revolte wie ein Lauffeuer aus. Im August 1920 hatten mehr als 14000 meist fahnenflüchtige und mit Gewehren, neugabeln und Sensen bewaffnete Männer alle in den drei Distrikten der

Provinz Tambow sitzenden »Vertreter der Sowjetmacht« verjagt oder massakriert. Innerhalb weniger Wochen entwickelte sich die Bauernrevolte dieser traditionellen Sozialrevolutionären Hochburg, die sich am Anfang in keiner Weise von den anderen 100 Revolten, die seit zwei Jahren in Rußland oder in der Ukraine tobten, unterschied, unter der Führung von Alexander Stephanowitsch Antonow, einem genialen Kriegschef, zu einer gut organisierten Aufstandsbewegung.

Antonow, der seit 1906 ein entschiedener Anhänger der Sozialrevolutionäre war und von 1908 bis zur Februarrevolution von 1917 als aus politischen Gründen Verbannter in Sibirien gelebt hatte, war eine Zeitlang mit dem bolschewistischen Regime verbündet gewesen und hatte in seinem Heimatdistrikt Kirsanow das Amt des Milizvorstehers übernommen. Im August 1918 hatte er mit den Bolschewiki gebrochen und sich an die Spitze von einer dieser unzähligen Deserteur-Banden gesetzt, die das Hinterland kontrollierten, sich den Requirierungskommandos in den Weg stellten und die wenigen sowjetischen Beamten, die sich in die Dörfer wagten, angriffen. Als die Bauernrevolte im August 1920 seinen Heimatdistrikt Kirsanow erreichte, organisierte er eine schlagkräftige Organisation von Bauernmilizen und einen beachtlichen Informationsdienst, dessen Verbindungen bis zur Tscheka von Tambow reichten. Er sorgte auch für einen Propagandadienst, der Flugblätter und Erklärungen gegen die »bolschewistische Kommissarokratie« verteilte und bei den Bauern für einige populäre Forderungen warb: Handelsfreiheit, Unterbindung der Beschlagnahmungen, freie Wahlen und die Abschaffung der bolschewistischen Kommissariate und der Tscheka.[130]

Parallel dazu baute die Untergrundorganisation der Sozialrevolutionären Partei eine Union der arbeitenden Bauernschaft auf, ein Geheimnetz engagierter Bauern mit ausgezeichneten lokalen Verbindungen. Trotz der Spannungen zwischen Antonow, der sich von den Sozialrevolutionären getrennt hatte, und der Führung der Union der arbeitenden Bauernschaft verfügte die Bauernbewegung der Provinz Tambow über eine militärische Organisation, einen Informationsdienst und ein politisches Programm, die ihr die Kraft und Kohärenz gaben, die - von der Machno-Bewegung einmal abgesehen -den meisten der bisherigen Bauernbewegungen fehlten.

Im Oktober kontrollierte die bolschewistische Macht nur noch die Stadt Tambow und einige wenige urbane Zentren der Provinz. Antonows Bauernheer, dem sich die Fahnenflüchtigen zu Tausenden anschlössen, zählte auf seinem Höhepunkt mehr als 50000 Mann in Waffen. Am 19. Oktober schrieb Lenin, der die Situation in ihrer Tragweite endlich begriff, an Dserschinski: »Diese Bewegung ist auf die schnellste und exemplarischste Weise niederzuschlagen. [...] Zeigen Sie mehr Energie!«[131]

Anfang November brachten die Bolschewiki gerade einmal 5000 Mann aus den Truppen für die innere Sicherheit der Republik auf die Beine. Nach Wrangels Niederlage auf der Krim sorgten die nach Tambow abkommandierten Sondereinheiten jedoch für schnellen Zuwachs, weshalb die Bol-

schewiki schließlich auf eine Truppenstärke von 100000 Mann kamen, einschließlich der Einheiten der Roten Armee, die zahlenmäßig immer in der Minderheit gehalten wurden, weil man sie für den Einsatz bei Volksaufständen für wenig vertrauenswürdig hielt.

Anfang 1921 griffen die Bauernrevolten auf neue Regionen über: auf das ganze untere Wolgagebiet (die Provinzen Samara, Saratow, Zarizyn, Astrachan) und auf Westsibirien. Die Lage wurde kritisch, denn die reichen, aber seit Jahren erbarmungslos ausgeplünderten Regionen waren von der Hungersnot bedroht. Aus der Provinz Samara berichtete der Kommandant des Militärdistrikts an der Wolga am 12. Februar 1921: »Eine Menge von mehreren tausend hungrigen Bauern belagert die Gebäude, in denen die Sonderkommandos das für die Städte und die Armee beschlagnahmte Korn gelagert haben. Es kam zu mehreren Eskalationen, und die Armee mußte auf die vor Wut kochende Menge schießen.« Die bolschewistischen Parteiführer von Saratow telegraphierten nach Moskau: »Das Bandenwesen hat die ganze Provinz erfaßt. Die Bauern haben die ganzen Vorräte - drei Millionen Pud - aus den staatlichen Lagerhallen mitgenommen. Mit den Gewehren, die sie über die Fahnenflüchtigen bekommen, sind sie schwer bewaffnet. Ganze Einheiten der Roten Armee haben sich aufgelöst.«

Zur gleichen Zeit entsteht mehr als 1000 Kilometer weiter östlich ein weiterer Unruheherd der Bauern. Nachdem die bolschewistische Regierung in den reichen Agrargebieten des russischen Südens und der Ukraine alle verfügbaren Ressourcen aufgebraucht hatte, wandte sie sich im Herbst 1920 nach Westsibirien, wo die Lieferquoten auf der Grundlage der Getreideexporte aus dem Jahre 1913 (!) willkürlich festgelegt worden waren. Aber kann man den für den Export gegen klingende Goldrubel bestimmten Ertrag mit dem Ertrag vergleichen, den der Bauer für die erzwungenen Beschlagnahmungen zurückgelegt hat? Wie überall, erhoben sich die sibirischen Bauern, um die Frucht ihrer Arbeit zu verteidigen und ihr eigenes Überleben zu sichern. Zwischen Januar und März 1921 verloren die Bolschewiki die Kontrolle über die Provinzen Tiumen, Omsk, Tscheljabinsk und Ekaterinburg - ein Gebiet, das größer ist als Frankreich. Damit war die Transsibirische Eisenbahn, die einzige Zugverbindung zwischen dem europäischen Rußland und Sibirien unterbrochen. Am 21. Februar besetzte eine Volksarmee aus Bauern die Stadt Tobolsk. Erst am 30. März gelang es den Einheiten der Roten Armee, sie zurückzuerobern.[132]

In den am anderen Ende des Landes liegenden Hauptstädten - Petrograd, der ehemaligen, und Moskau, der neuen - war die Situation zu Beginn des Jahres 1921 fast genauso gespannt. Die Wirtschaft stand sozusagen still; es verkehrten keine Züge mehr, und die meisten Betriebe waren aus Mangel an Brennstoffen entweder geschlossen oder arbeiteten nur auf Sparflamme; die Versorgung der Städte war nicht mehr gesichert. Die Arbeiter standen entweder auf der Straße oder waren in den umliegenden Dörfern auf Nahrungssuche oder diskutierten in den eiskalten und halb leer geräumten Werkstät-

ten, denn alles, was man als »Industrieerzeugnis« gegen etwas Nahrung eintauschen konnte, hatte man mitgenommen.

»Es herrscht eine allgemeine Unzufriedenheit«, stellte ein Bericht der Informationsabteilung der Tscheka vom 16. Januar abschließend fest. »In Arbeiterkreisen spricht man über den bevorstehenden Sturz des Regimes. Keiner arbeitet mehr, und die Leute haben Hunger. Es ist mit Streiks in großem Ausmaß zu rechnen. Auf die Einheiten der Moskauer Garnison ist immer weniger Verlaß, sie können sich jeden Moment unserer Kontrolle entziehen. Es sind unbedingt Vorsichtsmaßnahmen zu treffen.«[133]

Am 21. Januar beschloß die Regierung, vom folgenden Tag an die Brotrationen für Moskau, Petrograd, Iwanowo-Wosnessensk und Kronstadt um ein Drittel zu reduzieren. Zu einem Zeitpunkt, wo die letzte weißarmistische Einheit besiegt war und die Regierung deshalb nicht mehr die drohende Gefahr einer Konterrevolution ins Feld führen konnte, um an den Patriotismus der Arbeiterklasse zu appellieren, brachte diese Maßnahme das Faß zum Überlaufen. Von Ende Januar bis Mitte März 1921 kam es täglich zu Streiks, Protestversammlungen, Hungermärschen, Kundgebungen und Fabrikbesetzungen. Ende Februar und Anfang März erreichten sie in Moskau wie in Petrograd ihren Höhepunkt. Vom 22. bis 24. Februar ereigneten sich in Moskau schwere Zusammenstöße zwischen Sondereinheiten der Tscheka und demonstrierenden Arbeitern, die mit Gewalt in die Kasernen eindringen wollten, um sich mit den Soldaten zu verbrüdern. Einige Arbeiter wurden getötet und Hunderte von ihnen festgenommen.[134]

Als am 22. Februar die Arbeiter von mehreren Petrograder Großbetrieben eine stark von den Menschewiki und Sozialrevolutionären bestimmte »Versammlung von Arbeiter-Beauftragten« wählten, erreichten die Unruhen in dieser Stadt einen neuen Höhepunkt. In seiner ersten Erklärung forderte diese Versammlung die Abschaffung der bolschewistischen Diktatur, freie Sowjetwahlen, die Rede-, Vereins- und Pressefreiheit und die Freilassung sämtlicher politischer Gefangener. Zur Durchsetzung dieser Ziele rief die Versammlung zum Generalstreik auf. Das militärische Oberkommando konnte mehrere Regimenter nicht daran hindern, Versammlungen abzuhalten, auf denen Anträge zur Unterstützung der Arbeiter angenommen wurden. Am 24. Februar eröffneten Sondereinheiten der Tscheka das Feuer auf eine Arbeiterkundgebung und töteten zwölf Arbeiter. An diesem Tag wurden an die 1000 Arbeiter und militante Sozialisten verhaftet.[135] Trotzdem wuchs die Zahl der Demonstranten unaufhörlich weiter; Tausende von Soldaten verließen ihre Einheiten, um sich den Arbeitern anzuschließen. Vier Jahre nach den Februartagen, in denen das Zarenregime gestürzt wurde, schienen sich die Ereignisse zu wiederholen. Ein zweites Mal sollten sich die demonstrierenden Arbeiter und die meuternden Soldaten verbrüdern. Das Telegramm, das Sinowjew, der Leiter der bolschewistischen Organisation von Petrograd, am 26. Februar um 21.00 Uhr an Lenin schickte, verrät Panik: »Die Arbeiter sind mit den Soldaten in den Kasernen in Kontakt ge-

treten. [...] Wir warten immer noch auf die in Nowgorod angeforderte Truppenverstärkung. Wenn nicht in den nächsten Stunden zuverlässige Truppen erscheinen, sind wir überfordert.«

Zwei Tage später ereignete sich das, was die bolschewistischen Parteiführer ganz besonders befürchtet hatten: die Meuterei der Marinesoldaten von zwei Panzerkreuzern in Kronstadt, einer vor Petrograd liegenden Flottenbasis. Am 28. Februar um 23.00 Uhr schickte Sinowjew ein weiteres Telegramm an Lenin: »Kronstadt: die beiden wichtigsten Schiffe, die *Sewastopol* und die *Petropawlowsk,* stehen hinter Forderungen der SR und der Schwarzen Hundert und haben ein Ultimatum gestellt, auf das wir innerhalb von 24 Stunden antworten sollen. Bei den Arbeitern von Petrograd ist die Lage nach wie vor unsicher. In den großen Betrieben wird gestreikt. Wir gehen davon aus, daß die SR-Leute die Bewegung antreiben werden.«[136]

Die Forderungen, die Sinowjew einzig und allein der »SR und den Schwarzen Hundert« zuschrieb, waren in Wirklichkeit Forderungen, die von der überwältigenden Mehrheit der Bürger nach drei Jahren bolschewistischer Diktatur formuliert worden waren: Neuwahl der Sowjets, und zwar in geheimer Wahl nach freien Debatten und Vorwahlen; Rede- und Pressefreiheit, und zwar »zugunsten der Arbeiter, Bauern, Anarchisten und linken sozialistischen Parteien«; gleiche Lebensmittelrationen für alle und Freilassung aller politischen Gefangenen, die Mitglieder sozialistischer Parteien sind, sowie aller Arbeiter, Bauern, Soldaten und Matrosen, die wegen ihrer Beteiligung an den Arbeiter- und Bauernbewegungen inhaftiert sind; Bildung einer Untersuchungskommission, die den Fall eines jeden Gefangenen in den Gefängnissen und Konzentrationslagern prüft; Unterbindung der Beschlagnahmungen; Abschaffung der tschekistischen Spezialeinheiten; absolute Freiheit für die Bauern, »damit sie unter der Bedingung, daß sie mit ihren eigenen Mitteln zurechtkommen, auf ihrem Land machen können, was sie wollen, und ihr eigenes Vieh aufziehen«.[137]

In Kronstadt überstürzten sich die Ereignisse. Am 1. März fand eine Versammlung mit mehr als 15 000 Menschen statt, das entspricht einem Viertel der zivilen und militärischen Bevölkerung der Flottenbasis. Michail Kalinin, der Vorsitzende des zentralen Exekutivrats der Sowjets, versuchte mit seiner Ankunft die Situation zu retten, doch er wurde von der Menge ausgebuht und abgewiesen. Einen Tag später bildeten die Aufständischen mit Unterstützung von mindestens der Hälfte der 2000 Kronstädter Bolschewiki ein provisorisches Revolutionskomitee, das sich sofort um eine Kontaktaufnahme mit den Streikenden und Soldaten von Petrograd bemühte.

Die täglichen Berichte der Tscheka über die Situation in Petrograd während der ersten Märzwoche von 1921 bestätigen die große Zustimmung, aufweiche die Meuterei von Kronstadt in der Bevölkerung stieß: »Das Revolutionskomitee von Kronstadt rechnet jeden Tag mit einem allgemeinen Aufstand in Petrograd. Zwischen den Meuterern und zahlreichen Betrieben ist der Kontakt hergestellt. [...] Auf einer Kundgebung der Firma Arsenal haben die Arbeiter

heute den Plan, sich dem Aufstand anzuschließen, befürwortet. Man wählte eine dreiköpfige Delegation - einen Anarchisten, einen Menschewiken und einen Sozialrevolutionär -, um mit Kronstadt in Verbindung zu bleiben.«[138]

Am 7. März erhielt die Petrograder Tscheka den Befehl, »gegen die Arbeiter entscheidende Schritte zu unternehmen«, um die Bewegung ein für allemal zu zerschlagen. Innerhalb von 48 Stunden wurden mehr als 2000 Arbeiter sowie Anhänger und engagierte Kämpfer der Sozialisten und Anarchisten verhaftet. Im Gegensatz zu den Meuterern besaßen die Arbeiter keine Waffen und konnten deshalb den Sondereinheiten der Tscheka keinen Widerstand leisten. Nachdem die Bolschewiki die Basis und den Rückhalt des Aufstandes zerstört hatten, bereiteten sie mit aller Sorgfalt den Angriff auf Kronstadt vor. General Tuchatschewski hatte den Auftrag, die Revolte niederzuschlagen. Der Sieger des Polenfeldzuges von 1920 setzte vor allem auf die jungen Rekruten der auf keinerlei revolutionäre Tradition zurückschauenden Militärschule und die Sondereinheiten der Tscheka, die auf das eigene Volke schießen sollten. Am 8. März begannen die Operationen. Zehn Tage später fiel Kronstadt. Die Zahl der Toten ging auf beiden Seiten in die Tausende. Der Aufstand wurde erbarmungslos niedergeschlagen. In den Tagen nach dem Fall von Kronstadt wurden Hunderte von gefangenen Aufständischen an die Wand gestellt. Allein für die Monate April bis Juni 1921 berichten die erst kürzlich veröffentlichten Akten von 2103 Todesurteilen und 6459 Verurteilungen zu Gefängnis- oder Lagerhaft.[139]

Kurz vor der Einnahme Kronstadts gelang etwa 8000 Menschen die Flucht über die zugefrorene Ostsee nach Finnland, wo sie in den Durchgangslagern von Terijoki, Wyborg und Ino interniert wurden. Aufgrund eines falschen Amnestieversprechens sind viele von ihnen 1922 wieder nach Rußland zurückgekehrt, wo sie sofort verhaftet und in die Lager der Solow-ki-Inseln oder von Cholmogory bei Archangelsk, eines der grauenvollsten Konzentrationslager, gebracht wurden.[140] Nach einer auf anarchistische Kreise zurückgehenden Quelle waren von den 5000 Häftlingen, die von Kronstadt aus nach Cholmogory gebracht wurden, im Frühjahr 1922 nicht einmal mehr 1500 am Leben.[141]

Der traurige Ruf des Lagers Cholmogory am Ufer des Stromes Dwina geht auf das Schnellverfahren zurück, mit dem man sich dort einer Vielzahl von Häftlingen entledigte. Man brachte die Unglücklichen auf Lastkähne und stürzte sie mit gefesselten Händen und einem Stein am Hals in den Strom. Michail Kedrow, einer der maßgeblichen Leute der Tscheka, hatte diese Massenertränkungen im Juni 1920 eingeführt. Nach mehreren übereinstimmenden Zeugenberichten sollen zahlreiche nach Cholmogory deportierte Meuterer von Kronstadt, aber auch Kosaken und Bauern aus der Provinz Tambow 1922 in der Dwina ertränkt worden sein. Im selben Jahr hat eine spezielle Evakuierungskommission 2514 Zivilisten aus Kronstadt nach Sibirien geschickt, und zwar aus dem einzigen Grund, weil sie während der Revolte in der Festung geblieben waren![142]

Nach der Niederschlagung der Kronstädter Revolte konzentrierte das Regime alle seine Kräfte auf die Jagd nach militanten Sozialisten, auf die Bekämpfung der Streiks und der »Nachlässigkeit« von Seiten der Arbeiter, auf die Repressionen gegen die Kirche und auf die Ausmerzung der Bauernrevolten, die trotz der offiziellen Erklärung über das Ende der Beschlagnahmungen immer häufiger ausbrachen.

Bereits am 28. Februar 1921 befahl Dserschinski allen Tscheka-Verbänden in der Provinz, »1. Sofort alle menschewistischen, Sozialrevolutionären oder den Anarchisten nahestehenden Intellektuellen zu verhaften, besonders die Beamten, die in den Volkskommissariaten für die Landwirtschaft oder das Versorgungswesen arbeiten. 2. Danach alle Menschewiki, Sozialrevolutionäre und Anarchisten zu verhaften, die in den Betrieben arbeiten und zu Streiks oder Kundgebungen aufrufen können.«[143]

Die im März 1921 erfolgte Einführung der NEP ging nicht mit einer Lockerung der repressiven Politik einher, vielmehr mit verstärkten Repressionen gegenüber den engagierten Kämpfern der gemäßigten Sozialisten. Der Grund dafür lag nicht darin, daß bei diesen Leuten Widerstand gegen die Neue Ökonomische Politik zu erwarten war, sondern in der Tatsache, daß sie diese Politik schon lange gefordert hatten und sich so in ihrer Weitsichtigkeit und in der Richtigkeit ihrer Analyse bestätigt sahen. »Der einzige Platz für die Menschewiki und die SR-Leute - ganz egal, ob sie ihre Gesinnung offen erklären oder verheimlichen - ist das Gefängnis«, schrieb Lenin im April 1921.

Wenige Monate später hielt er die Sozialisten immer noch für allzu »rührig« und schrieb: »Wenn von den Menschewiki und SR-Leuten auch nur eine Nasenspitze zu sehen ist, sind sie auf der Stelle erbarmungslos zu erschießen!« Zwischen März und Juni 1921 wurden mehr als 2000 engagierte Kämpfer und Sympathisanten der gemäßigten Sozialisten verhaftet. Alle Mitglieder des Zentralkomitees der menschewistischen Partei fanden sich im Gefängnis wieder; als ihnen Anfang Januar die Verlegung nach Sibirien drohte, traten sie in den Hungerstreik; daraufhin wurden zwölf ihrer Parteiführer, darunter auch Dan und Mikolajewski, des Landes verwiesen und kamen im Februar 1922 nach Berlin.

Die Wiederankurbelung der industriellen Produktion, die auf ein Zehntel ihres Wertes von 1913 gesunken war, betrachtete das Regime im Frühjahr 1921 als eines seiner Hauptanliegen. Die in den vorangegangenen Jahren eingeführte Militarisierung der Arbeit wurde nicht nur beibehalten, sondern sogar ausgebaut. Der Druck auf die Arbeiter ließ nicht im geringsten nach. Die Politik, die 1921 - nach der Einführung der NEP - in der großen Industrie- und Bergbauregion von Donez, wo 80% der inländischen Kohle- und Stahlproduktion abgewickelt wurden, zum Einsatz kam, ist offenbar in vielerlei Hinsicht bezeichnend für die diktatorischen Methoden der Bolschewiki. »um die Werktätigen wieder zum Arbeiten zu bringen«. Ende 1920 war Piatakow, einer der maßgeblichen Parteiführer und ein Vertrauter Trotzkis,

an die Spitze der zentralen Leitung der Kohleindustrie berufen worden. Innerhalb eines Jahres gelang es ihm mit Hilfe einer beispiellosen Ausbeutungs- und Repressionspolitik gegenüber der Arbeiterklasse, die Kohleproduktion zu verfünffachen. Grundlage dieser Politik war die Militarisierung der Arbeit von 120000 Minenarbeitern, die seinen Überwachungsdiensten ausgeliefert waren. Piatakow führte eine strenge Disziplin ein: Jede Abwesenheit kam einem »Sabotageakt« gleich und wurde mit Lagerhaft, ja sogar mit dem Tode bestraft - 18 Bergarbeiter wurden 1921 wegen »schweren Schmarotzertums« hingerichtet. Er setzte längere Arbeitszeiten (und vor allem die Sonntagsarbeit) durch und benutzte die Lebensmittelkarte gern als Erpressungsmittel, um bei den Arbeitern eine Produktionssteigerung zu erreichen. All diese Maßnahmen wurden in einer Zeit eingeführt, in der die Arbeiter - als Bezahlung - zwischen einem Drittel und der Hälfte der zum Überleben notwendigen Brotration bekamen und am Ende ihres Arbeitstages das einzige Paar Schuhe, das sie besaßen, dem Kollegen, der sie ablöste, weitergeben mußten. Wie die Direktion der Kohleindustrie zugab, gab es für das häufige Fehlen der Arbeiter viele Gründe: neben den Epidemien auch der »ewige Hunger« oder das »quasi völlige Fehlen von Kleidern, Hosen oder Schuhen«. Um bei der drohenden Hungersnot die Zahl der zu ernährenden Personen zu reduzieren, ordnete Piatakow am 24. Juni 1921 an, die Bergbaustädte von allen Personen zu räumen, die nicht in den Minen arbeiteten und folglich eine »tote Last« darstellten. Den Familienangehörigen der Bergarbeiter wurden die Lebensmittelkarten entzogen. Die Rationen wurden streng nach den individuellen Leistungen jedes einzelnen Bergarbeiters festgelegt. Auf diese Weise wurde eine primitive Form des Stücklohns eingeführt.[144]

Alle diese Maßnahmen widersprachen der Idee der Gleichheit und der »garantierten Ration«, an die noch mancher von der bolschewistischen Arbeitermythologie betrogene Arbeiter glaubte. Sie nehmen in beachtenswerter Weise die arbeiterfeindlichen Maßnahmen der dreißiger Jahre vorweg. Die Arbeitermassen waren nur die *rabsila* (die Arbeitskraft), die es so geschickt wie möglich auszunutzen galt, unter Umgehung der Arbeitsgesetze und der nutzlosen Gewerkschaften, deren Rolle sich auf die Steigerung der Produktivität beschränkte. Die Militarisierung der Arbeit war offensichtlich die wirksamste Methode, diese störrischen, ausgehungerten und wenig produktiven Arbeitskräfte in Schach zu halten. Sofort stellt sich die Frage, inwieweit sich diese Form der Ausbeutung der freien Arbeit noch von der Zwangsarbeit in den Anfang der dreißiger Jahre errichteten großen Strafanstalten unterscheidet. Wie so viele andere Erscheinungen der Frühzeit des Bolschewismus - die nicht allein auf den Bürgerkrieg zurückzuführen sind - weist das, was 1921 im Donezgebiet passierte, auf einige den Kern des Stalinismus treffende Praktiken voraus.

Ein anderes großes Anliegen des bolschewistischen Regimes im Frühjahr 1921 war die »Befriedung« aller Regionen, die unter der Kontrolle der Ban-

den und Bauerntrupps standen. Am 27. April wurde General Tuchatschewski vom Politbüro zum verantwortlichen Leiter der »Liquidationsoperationen von Antonows Banden in der Provinz Tambow« ernannt. An der Spitze von fast 100000 Mann, die zum großen Teil von Sondereinheiten der Tscheka gestellt wurden, gelang es Tuchatschewski, unterstützt von schwerer Artillerie und Flugzeugen, Antonows Truppen durch ein unerhört gewaltsames Vorgehen zu besiegen. Tuchatschewski und Antonow-Owsejenko, der als Vorsitzender der Bevollmächtigten-Kommission des Zentralen Exekutivrates mit der Errichtung eines regelrechten Besatzungsregimes in der Provinz Tambow beauftragt war, zogen alle Register: Geiselnahme, Hinrichtung, Internierung in Konzentrationslagern, Ausrottung durch Giftgas und Deportation ganzer Dörfer, die verdächtigt wurden, den »Banditen« geholfen oder Unterschlupf gewährt zu haben.[145]

Der von Antonow-Owsejenko und Tuchatschewski unterzeichnete Tagesbefehl Nr. 171 vom 11. Juni 1921 klärt über die Methoden auf, mit denen die Provinz Tambow »befriedet« wurde. Der Befehl bestimmt vor allem folgendes:

»1. Jeder Bürger, der sich weigert, seinen Namen zu nennen, ist auf der Stelle zu erschießen.

2. Die politischen Kommissionen des Distriktes oder des Kreises sind berechtigt, in Dörfern, in denen Waffen versteckt sind, Geiselnahmen anzuordnen und, falls die Waffen nicht herausgegeben werden, diese Geiseln zu erschießen.

3. Werden versteckte Waffen entdeckt, ist der Familienälteste auf der Stelle standrechtlich zu erschießen.

4. Eine Familie, die einen Banditen versteckt hat, ist zu verhaften und aus der Provinz wegzubringen. Der Familienbesitz wird konfisziert und der Familienälteste standrechtlich erschossen.

5. Familien, die Familienangehörige oder die Habe von Banditen verstekken, sind selbst als Banditen zu betrachten. Der Älteste einer solchen Familie ist auf der Stelle standrechtlich zu erschießen.

6. Ist eine Familie von Banditen geflohen, ist ihr Besitz auf die der Sowjetmacht treuen Bauern zu verteilen. Die verlassenen Häuser sind niederzubrennen oder niederzureißen.

7. Der vorliegende Tagesbefehl ist strikt und erbarmungslos auszuführen.«[146]

Einen Tag nach der Verkündung des Befehls Nr. 171 ordnete General Tuchatschewski die Vergasung der Rebellen an. »Die Reste der zerschlagenen Banden und einzelne Banditen versammeln sich weiterhin in den Wäldern […] Die Wälder, in denen sich die Banditen verstecken, sind mit Giftgas zu räumen. Alles ist so zu berechnen, daß die Gaswolke in den Wald eindringt und alles, was sich darin versteckt, ausrottet. Der Inspektor der Artillerie hat unverzüglich die erforderlichen Mengen Giftgas und die für solche Operationen kompetenten Fachleute zu stellen.« Am 19. Juli wurde in

Anbetracht des Widerstands vieler bolschewistischer Parteiführer gegen diese Radikalform der »Ausrottung« der Befehl Nr. 171 zurückgezogen.[147]

Im Juli 1921 hatten die militärischen Behörden und die Tscheka bereits sieben Konzentrationslager eingerichtet, in denen - nach noch recht lückenhaften Daten - mindestens 50000 Menschen interniert waren, meistens Frauen, alte Leute und Kinder, »Geiseln« und Familienangehörige der fahnenflüchtigen Bauern. Die Situation in diesen Lagern war grauenhaft: Typhus und Cholera waren an der Tagesordnung. Den halbnackten Lagerhäftlingen fehlte es an allem. Im Sommer 1921 begann die Hungersnot. Die Sterblichkeitsrate lag im Herbst bei 15 bis 20 % im Monat! Am 1. September 1921 gab es nur noch einige wenige Banden mit kaum mehr als 1000 bewaffneten Leuten. Im Februar 1921, auf dem Höhepunkt der Bauernbewegung, waren es 40000 Mann gewesen. Ab November 1921, als die ländlichen Gegenden schon längst »befriedet« waren, wurden mehrere tausend der robustesten Häftlinge in die Konzentrationslager im Norden Rußlands deportiert, nach Archangelsk und nach Cholmogory.[148]

Wie die wöchentlichen Berichte der Tscheka an die bolschewistischen Parteiführer bestätigen, dauerte die »Befriedung« der ländlichen Gegenden in vielen Regionen - in der Ukraine, in Westsibirien, im Kaukasus und in den Wolgaprovinzen - mindestens bis zur zweiten Hälfte des Jahres 1922 an. Was in den vorangegangenen Jahren zur Gewohnheit geworden war, hielt sich hartnäckig. Offiziell waren die Beschlagnahmungen zwar im März 1921 abgeschafft worden, doch auch die an deren Stelle eingeführte Naturalsteuer wurde oft mit einer außerordentlichen Brutalität eingetrieben. Die in Anbetracht der katastrophalen landwirtschaftlichen Situation des Jahres 1921 extrem hohen Quoten sorgten für eine permanente Spannung in den Dörfern, wo ohnehin zahlreiche Bauern ihre Waffen behalten hatten.

Nikolai Ossinski, der stellvertretende Volkskommissar für die Landwirtschaft, berichtete in seinen Beschreibungen von einer Reise im Mai 1921 durch die Provinzen Tula, Orel und Woronesch, daß die vor Ort sitzenden Beamten für den Herbst fest mit einer Wiedereinführung der Beschlagnahmungen rechneten. Die lokalen Behörden »können sich die Bauern nur als unverbesserliche Saboteure« vorstellen. [149]

Bericht des Vorsitzenden der bevollmächtigten Fünfer-Kommission über die repressiven Maßnahmen gegen die Banditen der Provinz Tambow (10. Juli 1921)

Die Säuberungsoperationen in der Wolost (Kreis) Kudriukowskaja haben am 27. Juni im Dorf Ossinowka begonnen, ein Dorf, das in der Vergangenheit Banditenbanden Unterschlupf gewährt hat. Die Haltung der Bauern gegenüber unseren Repressionseinheiten war durch ein gewisses Mißtrauen gekennzeichnet. Die Bauern meldeten uns keine Banditen in den Wäldern, und auf die Fragen, die ihnen gestellt wurden, antworteten sie, daß sie von nichts wüßten.

Wir nahmen 40 Geiseln, verhängten den Ausnahmezustand über das Dorf und gaben den Einwohnern zwei Stunden Zeit, um uns die Banditen und die versteckten Waffen auszuliefern. Die zur Beratung versammelten Dorfleute wußten nicht so recht, wie sie sich verhalten sollten, entschieden sich jedoch, sich nicht aktiv an der Jagd auf die Banditen zu beteiligen. Wahrscheinlich nahm man unsere Drohung, die Geiseln hinzurichten, nicht ernst. Nach Ablauf der Frist ließen wir 21 Geiseln vor der Dorfversammlung hinrichten. Die öffentliche Hinrichtung durch Einzelerschießung mit all den üblichen Formalitäten und in Anwesenheit aller Mitglieder der bevollmächtigten Kommission, der Kommunisten usw. hatte eine beachtliche Wirkung auf die Bauern...

Was das Dorf Karajewka betrifft, ein Dorf, in dem sich wegen der geographischen Lage die Banditenbanden mit Vorliebe aufhielten... Die Kommission hatte beschlossen, es von der Landkarte verschwinden zu lassen. Alles wurde konfisziert, und die gesamte Bevölkerung deportiert, mit Ausnahme der Familien von Soldaten der Roten Armee, die in die Ortschaft Kurdiuki gebracht und in die konfiszierten Häuser der Banditenfamilien eingewiesen wurden. Nach Sicherstellung einiger Wertgegenstände - Fensterrahmen, Gegenstände aus Glas und Holz, usw. - wurde in den Häusern des Dorfes Feuer gelegt...

Am 3. Juli begannen wir mit den Operationen in der Ortschaft Bogoslowka. Noch selten trafen wir auf eine so verstockte und organisierte Bauernschaft. Als wir mit den Bauern diskutierten, schauten alle - der jüngste genauso wie der älteste - ganz erstaunt und sagten einstimmig: »Banditen, bei uns? Was Sie nicht sagen! Wir haben vielleicht mal einen im nahen Wald gesehen, aber wir wissen nicht einmal, ob es wirklich einer war. Wir leben hier in aller Ruhe, tun niemandem etwas zu leide und wissen von nichts.«

Wir griffen zu den gleichen Maßnahmen wie in Ossinowka: Wir nahmen 58 Geiseln. Am 4. Juli haben wir eine erste Grupe von 21 Leuten öffentlich erschossen. Einen Tag später wurden weitere 15 Personen erschossen und 60 Banditenfamilien unschädlich gemacht, insgesamt etwa 200 Personen. Schließlich hatten wir unser Ziel erreicht, und die Bauern waren zur Jagd auf die Banditen und zur Suche nach den versteckten Waffen gezwungen...

Die Säuberung der oben erwähnten Dörfer und Kleinstädte wurde am 6. Juli beendet. Die Operation war vom Erfolg gekrönt und hat Konsequenzen, die sogar über die beiden benachbarten Wolosts (Kreise) hinausgehen. Immer noch ergeben sich Banditenbanden.

Der Vorsitzende der bevollmächtigten Fünfer-Kommission, Uskonin.[150]

Zur Beschleunigung der Steuereintreibung in Sibirien, der Region, die während der Hungersnot in all den Wolgaprovinzen den größten Anteil an Lieferungen von landwirtschaftlichen Produkten übernehmen mußte, wurde Felix Dserschinski im Dezember 1921 als außerordentlicher Bevollmächtigter nach Sibirien geschickt. Er stellte »wandernde Revolutionsgerichte auf«, die durch die Dörfer ziehen sollten, um jeden Bauern, der keine Steuern zahlte, auf der Stelle zu Gefängnis- oder Lagerhaft zu verurteilen.[151] Ähnlich

den Beschlagnahmungskommandos ließen sich diese Gerichte - unterstützt durch »Steuerkommandos« - so viele Übergriffe zuschulden kommen, daß Nikolai Krylenko persönlich, der Vorsitzende des Obersten Gerichts, eine Untersuchung der Machenschaften dieser vom Chef der Tscheka finanzierten Organe anordnen mußte. Am 14. Februar 1922 schrieb ein Inspektor aus Omsk: »Die Übergriffe der Beschlagnahmungskommandos haben ein unvorstellbares Ausmaß angenommen. Die verhafteten Bauern werden systematisch in unbeheizte Lagerräume gesperrt, sie werden mit der Peitsche traktiert und mit der Hinrichtung bedroht. Diejenigen, die ihre Lieferquote nicht vollständig erfüllt haben, werden gefesselt und müssen nackt die Hauptstraße des Dorfes entlanglaufen. Anschließend sperrt man sie in einen unbeheizten Lagerraum. Viele Frauen wurden bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen, man legte sie nackt in Schneegruben...« In allen Provinzen war die Atmosphäre nach wie vor äußerst gespannt.

Dies bestätigen die Auszüge aus einem Bericht der politischen Polizei vom Oktober 1922, anderthalb Jahre nach dem Beginn der NEP:

> »In der Provinz Pskow machen die für die Naturalsteuer festgelegten Quoten zwei Drittel der Ernte aus. Vier Distrikte haben zu den Waffen gegriffen. [...] In der Provinz Nowgorod werden die Quoten nicht erfüllt werden, trotz des wegen der schlechten Ernte kürzlich gewährten Nachlasses von 25%. In den Provinzen Rjasan und Twer würde die Einhaltung der Quoten den Hungertod der Bauernschaft bedeuten. [...] In der Provinz Nowo-Nikolajewsk droht eine Hungersnot, und die Bauern legen für den eigenen Verzehr einen Vorrat an Gras und Wurzeln an. [...] Alle diese Tatsachen sind aber offensichtlich unbedeutend im Vergleich zu den Nachrichten, die uns aus der Provinz Kiew erreichten: Dort beobachtet man eine Selbstmordwelle in bisher nicht gekannten Ausmaßen. Die Bauern bringen sich scharenweise um, weil sie weder Steuern bezahlen noch auf die konfiszierten Waffen zurückgreifen können. Die Hungersnot, die seit über einem Jahr eine ganze Reihe von Regionen heimsucht, läßt die Bauern ihre Zukunft äußerst pessimistisch beurteilen.«[152]

Im Herbst 1922 war jedoch das Schlimmste vorbei. Nach zwei Hungerjahren brachten die Überlebenden eine Ernte ein, mit der sie über den Winter kommen konnten, vorausgesetzt natürlich, daß die Steuern nicht in ihrer gesamten Höhe fällig würden. »Dieses Jahr wird die Getreideernte unter dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre liegen.« Mit diesen Worten hatte die *Prawda* am 2. Juli 1921 in einer kleinen Notiz auf der letzten Seite zum ersten Mal von der Existenz eines »Versorgungsproblems« an der »Agrar-front« berichtet. Zehn Tage später gab Michail Kalinin, der Präsident des Zentralen Exekutivkomitees der Sowjets, in einem in der *Prawda* vom 12. Juli 1921 veröffentlichten »Appell an alle Bürger der RSFSR« zu, daß

»die diesjährige Trockenheit in zahlreichen Distrikten die Ernte vernichtet hat«.

»Diese Kalamität ist nicht nur auf die Trockenheit zurückzuführen«, teilte das Zentralkomitee in einer Erklärung vom 21. Juli mit. »Schuld an ihr sind die ganzen letzten Jahre, unsere rückständige Landwirtschaft, das Fehlen einer Organisation, die geringen agronomischen Kenntnisse, die primitive Technik und die veralteten Formen des Fruchtwechsels. Verschlimmert hat sie sich durch die Folgen des Krieges und der Blockade, durch den ewigen Kampf der Grundbesitzer, der Kapitalisten und ihrer Knechte gegen uns und durch die unaufhörlichen Machenschaften der Banditen, welche die Befehle von Organisationen ausführen, die dem sowjetischen Rußland und seiner ganzen arbeitenden Bevölkerung feindlich gesinnt sind.«[153]

In der langen Aufzählung der Gründe für die »Kalamität«, die man noch nicht beim Namen zu nennen wagte, fehlt der entscheidende Faktor: die Beschlagnahmungspolitik, die der bereits stark angeschlagenen Landwirtschaft seit Jahren schwer zusetzte. Die im Juni 1921 nach Moskau gerufenen Führungskräfte der von der Hungersnot betroffenen Provinzen betonten einstimmig die Verantwortung der Regierung und insbesondere des allmächtigen Volkskommissariats für das Versorgungswesen für die weite Verbreitung und das verheerende Ausmaß der Hungersnot. Der Vertreter aus der Provinz Samara, ein gewisser Wawilin, erklärte, daß das Provinzkomitee für das Versorgungswesen seit der Einführung der Beschlagnahmungen ständig die Zahlen für die zu erwartenden Ernten nach oben getrieben habe.

Trotz der schlechten Ernte von 1920 waren in jenem Jahr zehn Millionen Pud beschlagnahmt worden. Die ganzen Vorräte einschließlich des Saatguts für die nächste Ernte waren eingezogen worden. Bereits im Januar 1921 hatten viele Bauern nichts mehr zu essen, und schon im Februar begann die Sterblichkeitsrate zu steigen. Innerhalb von zwei oder drei Monaten waren in der Provinz Samara die Aufstände und Revolten gegen das Regime praktisch verschwunden. »Heute gibt es keine Revolten mehr«, erklärte Wawilin. »Man hat es mit neuen Phänomenen zu tun: Tausende von hungernden Leuten belagern schweigend das Exekutivkomitee der Sowjets oder der Partei und warten tagelang auf irgendein wundersames Eintreffen von Lebensmitteln. Es ist nicht möglich, diese Leute, von denen viele täglich wie die Fliegen sterben, zu vertreiben. [...] Ich denke, es gibt mindestens 900000 Hungernde in der Provinz.«[154]

Berichten der Tscheka und des militärischen Informationsdienstes zufolge hatte die Hungersnot schon 1919 in vielen Regionen Einzug gehalten. Während des Jahres 1920 verschlechterte sich die Situation mehr und mehr. Die Tscheka und die Volkskommissariate für die Landwirtschaft und das Versorgungswesen waren sich über die Situation völlig im klaren, denn bereits im Sommer 1922 stellten sie eine Liste von »hungerleidenden« oder »der Hungersnot ausgesetzten« Distrikten und Provinzen auf. Im Januar 1921 listet ein Bericht unter den Gründen, die in der Provinz Tambow zur

Hungersnot führten, die »Beschlagnahmungsorgie« von 1920 auf. Für die kleinen Leute war es offensichtlich, daß »die sowjetische Macht alle Bauern, die sich ihr zu widersetzen wagen, verhungern lassen will«. Dies geht aus den von der politischen Polizei weitergegebenen Äußerungen klar hervor. Aber obwohl die Regierung über die Konsequenzen ihrer Beschlagnahmungspolitik voll informiert war, unternahm sie keinerlei Schritte. Selbst als die Hungersnot immer mehr Provinzen heimsuchte, schickten Lenin und Molotow am 30. Juli 1921 ein Telegramm an alle maßgeblichen Leute der Parteikomitees in den Regionen und Provinzen und forderten sie auf, »den für den Steuereinzug verantwortlichen Apparat zu verstärken [...], mit Hilfe einer massiven Propaganda der ländlichen Bevölkerung die wirtschaftliche und politische Bedeutung einer pünktlichen und restlosen Steuerbezahlung zu erklären [...], dem für den Einzug der Naturalsteuer zuständigen Dienst die gesamte Macht der Partei und alle Druckmittel des Staatsapparates zur Verfügung zu stellen«.[155]

Gegen diese politische Haltung, die um jeden Preis am Aderlaß der Bauernschaft festhalten wollte, taten sich die informierten und aufgeklärten Kreise der Intelligenzija zusammen. Im Juni 1921 gründeten einige Universitätsangehörige und eine Reihe von Agrar- und Wirtschaftswissenschaftlern innerhalb der Moskauer Gesellschaft für die Landwirtschaft ein Sozialkomitee zur Bekämpfung der Hungersnot. Zu den Gründungsmitgliedern dieses Komitees zählten die herausragenden Wirtschaftswissenschaftler Kondratjew und Prokopowitsch, der ehemalige Versorgungsminister der provisorischen Regierung, die Maxim Gorki nahestehende Journalistin Ekaterina Kuskowa und mehrere Schriftsteller, Ärzte und Agrarwissenschaftler. Obwohl Lenin es abgelehnt hatte, eine Delegation dieses Komitees zu empfangen, bekam man auf Fürsprache Gorkis, der gute Verbindungen zu den bolschewistischen Parteiführern hatte, einen Audienztermin bei Lew Kamenew. Nach dieser Unterredung schickte Lenin, welcher der »Gefühlsduselei« einiger bolschewistischer Parteioberen immer noch mißtraute, seinen Kollegen vom Politbüro eine Nachricht: »Die Kuskowa ist ein für allemal unschädlich zu machen. [...] Von der Kuskowa akzeptieren wir den Namen, ihre Unterschrift und ein oder zwei Waggons, gestiftet von Leuten, die für sie (und solche ihrer Art) Sympathie empfinden. Mehr nicht!«[156]

Schließlich gelang es den Komiteemitgliedern, ein paar von den Parteioberen von der Nützlichkeit dieser Leute zu überzeugen. Sie waren die meistgeachteten Vertreter der russischen Wissenschaft, Literatur und Kunst, im Westen durchaus bekannt und hatten zum großen Teil bereits bei der Hilfsorganisation für die Opfer der Hungersnot von 1891 aktiv mitgearbeitet. Sie hatten außerdem zahlreiche Kontakte zu den Intellektuellen in aller Welt und konnten dafür bürgen, daß eine eventuelle internationale Hilfe gerecht an die Hungernden verteilt würde. Zu dieser Bürgschaft waren sie auch durchaus bereit. Sie forderten lediglich einen offiziellen Status für das Hilfskomitee für die Hungernden.

Am 21. Juli entschied sich die Regierung nicht ohne Vorbehalt, das Sozialkomitee gesetzlich anzuerkennen. Es nannte sich fortan »Allrussisches Hilfskomitee für die Hungernden« und durfte offiziell das Zeichen des Roten Kreuzes führen. Das Komitee war berechtigt, sich im In- und Ausland Lebensmittel, Viehfutter und Medikamente zu verschaffen und diese Hilfsmittel an die notleidende Bevölkerung zu verteilen. Es durfte zur Verteilung der Hilfsgüter gesonderte Transporte organisieren, Volksküchen einrichten, Lokalsektionen und -komitees gründen, »mit den vom Komitee anzugebenden Organisationen und Handlungsbevollmächtigten des Auslands frei kommunizieren« und sogar »über die von den zentralen und lokalen Behörden getroffenen Maßnahmen, die nach Meinung des Komitees den Kampf gegen die Hungersnot betreffen, verhandeln«.[157] Zu keinem Zeitpunkt der sowjetischen Geschichte bekam eine soziale Organisation solche Rechte zugesprochen. Die Konzessionen der Regierung entsprachen der Krisensituation, in der sich das Land vier Monate nach dem offiziellen und recht zögerlichen Beginn der NEP befand.

Das Komitee nahm Kontakt auf mit dem Oberhaupt der orthodoxen Kirche, dem Patriarchen Tichon, der sofort von kirchlicher Seite aus ein allrussisches Hilfskomitee für die Hungernden gründete. Am 7. Juli ließ der Patriarch in allen Kirchen einen Hirtenbrief verlesen. »Verwesendes Fleisch ist für die ausgehungerte Bevölkerung zu einer köstlichen Mahlzeit geworden, aber selbst diese Mahlzeit ist schwierig zu finden. Überall ertönt ein Weinen und Klagen. Man geht bereits zum Kannibalismus über... Reicht Euren Brüdern und Schwestern eine helfende Hand! Mit der Zustimmung der Gläubigen könnt ihr die Kirchenschätze ohne sakramentalen Wert zur Hilfe für die Hungernden verwenden, beispielsweise Ringe, Ketten und Armreife, den Schmuck der heiligen Ikonen usw.«

Mit kirchlicher Hilfe kam das Gesamtrussische Hilfskomitee für die Hungernden in Kontakt mit verschiedenen internationalen Institutionen, so auch mit dem Roten Kreuz, den Quäkern und der American Relief Association (ÄRA), die alle positiv reagierten. Doch die Zusammenarbeit zwischen dem Regime und dem Hilfskomitee sollte kaum mehr als fünf Wochen dauern: Am 27. August 1921, sechs Tage, nachdem die Regierung einen Vertrag mit dem Vertreter der von Herbert Hoover geleiteten American Relief Association unterzeichnet hatte, wurde das Komitee aufgelöst. Mit der Ankunft der ersten amerikanischen Hilfslieferungen hatte das Komitee für Lenin ausgedient. »Der Name und die Unterschrift der Kuskowa« hatten den Bolschewiki als Bürgschaft gedient. Das genügte.

»Ich schlage vor, noch heute, Freitag den 26. August, das Komitee aufzulösen«, schrieb Lenin. »Prokopowitsch ist wegen aufrührerischer Reden zu verhaften [...] und für drei Monate in ein Gefängnis einzuweisen. [...] Die anderen Komiteemitglieder sind unverzüglich, noch heute, aus Moskau auszuweisen und, getrennt voneinander, in Bezirkshauptstädten, wenn möglich abseits von der Bahnlinie, unter Hausarrest zu stellen. [...] Morgen werden

wir eine kurze amtliche Mitteilung von fünf Zeilen veröffentlichen: Komitee wegen Arbeitsverweigerung aufgelöst. Den Zeitungen ist die Anweisung zu geben, ab morgen die Leute vom Komitee mit Beleidigungen zu überschütten, als verwöhnte Muttersöhnchen beispielsweise oder als Weißgardisten, die lieber im Ausland herumreisen als in der russischen Provinz. Sie sind mit allen Mitteln lächerlich zu machen und zwei Monate lang mindestens einmal pro Woche heftig zu kritisieren.«[158]

In strenger Befolgung dieser Anweisungen fiel die Presse über die 60 renommierten Intellektuellen, die am Komitee beteiligt waren, her. Die Titel der veröffentlichten Artikel sagen sehr viel über die Art dieser Verleumdungskampagne aus: »Man spielt nicht mit dem Hunger!« *(Prawda,* 30. August 1921); »Sie spekulierten mit dem Hunger!« *(Komunistitscheski Trud,* 31. August 1921); *»Das Hilfskomitee... für die Konterrevolution« (Iswestija,* 30. August 1921). Einem Fürsprecher der verhafteten und deportierten Komiteemitglieder erklärte Unschlicht, einer von Dserschinskis Stellvertretern bei der Tscheka: »Sie sagen, das Komitee habe nichts Gesetzwidriges unternommen. Das ist richtig. Aber es spielte die Rolle eines gesellschaftlichen Kristallisationspunktes. Und das können wir nicht zulassen. Sie wissen ja, wenn man einen Zweig, der noch keine Triebe hat, in ein Glas Wasser stellt, fängt er sofort an, Knospen zu treiben. Genauso schnell hat das Komitee angefangen, seine Fühler in der sozialen Gemeinschaft auszustrecken. [...'] Wir mußten den Zweig aus dem Wasser nehmen und zerbrechen.«[15"]

Anstelle des Komitees stellte die Regierung eine zentrale Hilfskommission für die Hungernden auf die Beine, eine schwerfällige, bürokratische Organisation aus Beamten verschiedener Volkskommissariate, korrupt und wenig effektiv. Als im Sommer 1922, der schlimmsten Zeit der Hungersnot, ungefähr 30 Millionen Menschen von ihr betroffen waren, reichten die unregelmäßigen Lebensmittelhilfen der Zentralkommission nicht einmal für drei Millionen Hungernde. Die ÄRA, das Rote Kreuz und die Quäker hingegen ernährten täglich etwa elf Millionen Menschen. Trotz der internationalen Hilfe starben von den 29 Millionen Hungernden in den Jahren 1921 und 1922 mindestens fünf Millionen den Hungertod.[160] Der letzten großen Hungersnot, die Rußland 1891 ungefähr in denselben Gebieten (an der mittleren und unteren Wolga und in einem Teil Kasachstans) heimgesucht hatte, waren zwischen 400000 und 500000 Menschen zum Opfer gefallen. Damals versuchten der Staat und die Gesellschaft, sich gegenseitig mit ihren Hilfeleistungen für die von der Trockenheit geschlagenen Bauern zu übertreffen. Wladimir Uljanow-Lenin lebte Anfang der neunziger Jahre als junger Anwalt in Samara, dem Verwaltungszentrum einer von der Hungersnot von 1891 am härtesten betroffenen Provinz. Er war der einzige von der örtlichen Intelligenzija, der sich nicht an der Sozialhilfe für die Hungernden beteiligte und sich sogar kategorisch gegen eine solche Hilfe aussprach. Einer seiner Freunde erinnerte sich: »Wladimir Uljanow-Lenin hatte den Mut, offen zu erklären, daß die Hungersnot viele positive Konsequenzen habe, nämlich

das Auftreten eines industriellen Proletariats, des Totengräbers der bürgerlichen Ordnung. [...] Mit der Zerstörung der rückständigen bäuerlichen Wirtschaft bringt uns die Hungersnot unserem Endziel, dem sich direkt an den Kapitalismus anschließenden Sozialismus, objektiv ein Stück näher. Außerdem zerstört die Hungersnot nicht nur den Glauben an den Zaren, sondern auch den an Gott.«[161]

30 Jahre später nimmt der zum bolschewistischen Regierungschef aufgestiegene junge Anwalt seine Idee wieder auf: die Hungersnot konnte und mußte dazu dienen, »den Feind am Kopf tödlich zu treffen«. Der Feind, das war die orthodoxe Kirche. »Die Elektrizität wird Gott ersetzen. Laßt den Bauern die Elektrizität anbeten, er wird in ihr die Macht der Behörden mehr spüren als die des Himmels«, sagte Lenin 1918 in einer Diskussion mit Leonid Krassin über die Elektrifizierung Rußlands. Seit der bolschewistischen Machtübernahme waren die Beziehungen zwischen dem neuen Regime und der Kirche schlechter geworden. Am 5. Februar 1918 hatte die bolschewistische Regierung die Trennung von Kirche und Staat und von Schule und Kirche beschlossen, die Gewissens- und Religionsfreiheit verkündet und die staatliche Beschlagnahmung des Kirchenbesitzes angekündigt. Gegen diese Rollenbeeinträchtigung der orthodoxen Kirche, die unter dem Zaren Staatsreligion war, hatte der Patriarch Tichon in vier Hirtenbriefen an die Gläubigen heftig protestiert. Die Bolschewiki reagierten verstärkt mit Provokationen: sie »untersuchten« - d.h. schändeten - die Reliquien der Heiligen, organisierten während der hohen Kirchenfeiern »antireligiöse Karnevalsfeste« und forderten die Umwandlung des großen Dreifaltigkeitsklosters des Hl. Sergius bei Moskau, wo die Gebeine des Hl. Sergius von Radonesch aufbewahrt werden, in ein Museum des Atheismus. Viele Priester und Bischöfe waren verhaftet worden, weil sie sich diesen Provokationen widersetzt hatten. In dieser bereits gespannten Atmosphäre nahmen die bolschewistischen Parteioberen auf Initiative Lenins die Hungersnot zum Anlaß, um eine politische Aktion gegen die Kirche zu starten.

Am 26. Februar 1922 veröffentlichte die Presse ein Regierungsdekret, das »die sofortige Beschlagnahmung aller in den Kirchen befindlichen Edelsteine und Wertgegenstände aus Gold und Silber, die nicht direkt dem Gottesdienst dienen«, vorschreibt. »Die beschlagnahmten Gegenstände werden den Organen des Volkskommissariats für die Finanzen übergeben und von dort an den Fonds der Zentralen Hilfskommission für die Hungernden weitergeleitet.« Die Beschlagnahmungsoperationen begannen Anfang März und waren von zahlreichen Auseinandersetzungen zwischen den mit dem Einzug der Kirchenschätze beauftragten Spezialeinheiten und den Gläubigen begleitet. Zu den schwersten Zwischenfällen kam es am 15. März 1922 m Schuja, einer kleinen Industriestadt in der Provinz Iwanowo, wo die Truppe auf die Gläubigen schoß und etwa zehn Menschen tötete. Diese Schlächterei nahm Lenin zum Anlaß für eine verstärkte antireligiöse Kampagne.

In einem Brief an die Mitglieder des Politbüros vom 19. März 1922 er-

klärte er mit dem für ihn typischen Zynismus, wie man die Hungersnot nutzen könnte, um »den Feind am Kopf tödlich zu treffen«:

»Was die noch im Politbüro zu besprechenden Ereignisse von Schuja angeht, so denke ich, daß bereits jetzt eine klare Entscheidung zu treffen ist, und zwar im Rahmen des Generalplans des an dieser Front geführten Kampfes. [...] Wenn man berücksichtigt, was uns die Zeitungen über die Haltung der kirchlichen Vertreter in der Kampagne um die Konfiszierung des Kirchenbesitzes berichten, und nun die rebellische Stellungnahme des Patriarchen Tichon, so scheint eindeutig klar zu sein, daß die klerikalen Schwarzen Hundert dabei sind, einen Plan zu entwickeln, der uns noch zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine entscheidende Niederlage beibringen soll. [...] Ich glaube, unser Feind begeht gerade einen schweren strategischen Fehler. Der jetzige Augenblick ist nämlich günstig für uns, aber nicht für sie. Unsere Chancen, den Feind mit durchschlagendem Erfolg am Kopf tödlich zu treffen und uns für die kommenden Jahrzehnte für uns wichtige Positionen zu sichern, stehen 99 zu 1. Jetzt und nur jetzt bei all den ausgehungerten, sich von Menschenfleisch ernährenden Leuten und den mit Hunderten, Tausenden von Leichen übersäten Straßen können (und müssen) wir mit energischem Eifer und ohne Erbarmen den Kirchenbesitz konfiszieren. Genau jetzt und nur jetzt kann uns die überwältigende Mehrheit der Bauernmassen unterstützen oder ist - genauer gesagt - nicht in der Lage, dieses Häuflein von Kirchenstreitern der Schwarzen Hundert und von reaktionären Kleinbürgern zu unterstützen... Wir können uns so eines Schatzes von mehreren Hundert Millionen Goldrubeln bemächtigen (denkt an die Reichtümer bestimmter Klöster!). Ohne diesen Schatz ist keine staatliche Aktivität im allgemeinen, kein wirtschaftlicher Aufbau im besonderen und keine Verteidigung unserer Positionen denkbar. Wir müssen uns um jeden Preis dieses Schatzes von mehreren hundert Rubeln bemächtigen (vielleicht sogar von mehreren Milliarden!). All das kann nur jetzt mit Erfolg bewerkstelligt werden. Alles deutet daraufhin, daß wir zu einem anderen Zeitpunkt unsere Ziele nicht erreichen werden, denn nur die Verzweiflung durch den Hunger kann bei den Massen eine wohlwollende oder zumindest neutrale Haltung uns gegenüber bewirken... So komme ich also zu dem kategorischen Schluß, daß dies der Augenblick ist, die Priester der Schwarzen Hundert niederzumachen, und zwar mit einer solchen Entschiedenheit, Erbarmungslosigkeit und Brutalität, daß sie sich noch jahrzehntelang daran erinnern werden. Ich stelle mir die Durchführung unseres Kampfplans folgendermaßen vor: Nach außen hin wird allein Genosse Kalinin Maßnahmen ergreifen. Auf keinen Fall darf Genosse Trotzki in der Presse oder Öffentlichkeit erscheinen... Einer von den energischsten und intelligentesten Mitgliedern des Zentralexekutivkomitees... ist mit den mündlichen Anweisungen eines Politbüromitglieds nach Schuja zu schik-

ken. Diese Anweisungen sollen ihn dazu beauftragen, in Schuja möglichst viele Mitglieder des Priesterstands, Kleinbürger und Bürgerliche festzunehmen, mindestens einige Dutzend, die wegen ihrer direkten oder indirekten Beteiligung am gewaltsamen Widerstand gegen den Beschluß, den Kirchenbesitz zu konfiszieren, angeklagt werden. Nach der Ausführung des Auftrags muß der Verantwortliche entweder vor dem gesamten Politbüro oder vor zwei seiner Mitglieder einen Rechenschaftsbericht abgeben. Auf der Grundlage dieses Berichts wird das Politbüro den Justizbehörden genaue mündliche Anweisungen geben, nämlich daß der Prozeß gegen die Rebellen von Schuja möglichst schnell abzuwickeln ist, und zwar einzig und allein mit dem Ergebnis, daß eine recht große Zahl von Mitgliedern der Schwarzen Hundert aus Schuja, aber auch aus Moskau und anderen kirchlichen Zentren durch Erschießung hingerichtet wird... Je mehr Vertreter des reaktionären Priesterstands und der reaktionären Bourgeoisie an die Wand gestellt werden, desto besser für uns. Wir müssen all diesen Leuten unverzüglich eine solche Lektion erteilen, daß sie auf Jahrzehnte hinaus nicht mehr an irgendwelchen Widerstand denken werden...«[162]

Wie die wöchentlichen Berichte der politischen Polizei klar bestätigen, erreichte die Kampagne um die Konfiszierung des Kirchenbesitzes im März, April und Mai 1922 seinen Höhepunkt. Es wurden 1414 Zwischenfälle registriert und mehrere tausend Priester, Mönche und Nonnen festgenommen. Nach kirchlichen Quellen wurden 1922 2691 Priester, 1962 Mönche und 3447 Nonnen getötet.[163] Die Regierung organisierte in Moskau, Iwanowo, Schuja, Smolensk und Petrograd mehrere Schauprozesse gegen Mitglieder des geistlichen Standes. Bereits am 22. März, eine Woche nach den Vorfällen von Schuja, beschloß das Politbüro eine Reihe von Maßnahmen, die ganz den Anweisungen Lenins entsprachen: »Die Synode und der Patriarch sind zu verhaften, nicht sofort, aber innerhalb von 15 bis 25 Tagen. Die Umstände der Schuja-Affäre müssen publik gemacht werden. In Schuja sind Priester und Laien innerhalb einer Woche vor Gericht zu stellen. Die Anführer der Rebellion sind zu erschießen.«[164] In einem Bericht an das Politbüro teilt Dserschinski mit, daß »der Patriarch und seine Bande offenen Widerstand gegen die Konfiszierung des Kirchenbesitzes leistet. [...] Schon jetzt gibt es genügend Gründe, Tichon und die reaktionärsten Mitglieder des Synods festzunehmen. Die GPU ist der Meinung, daß 1. die Verhaftung des Synods und des Patriarchen angebracht ist; 2. die Berufung eines neuen Synods nicht gestattet werden darf; 3. jeder Priester, der sich der Konfiszierung des Kirchenbesitzes widersetzt, als Volksfeind in die Wolgaregionen zu bringen ist, die von der Hungersnot am stärksten betroffen sind.«[165]

In Petrograd wurden vier Geistliche hingerichtet und 76 zu Lagerhaft verurteilt. Zu den vier Hingerichteten gehörte auch Benjamin; der volksnahe Kirchenmann war 1917 zum Petrograder Metropolit gewählt worden und

hatte sich eigentlich für eine vom Staat unabhängige Kirche stark gemacht. In Moskau wurden 148 Priester und sonstige Vertreter der Kirche zu Lagerhaft und sechs zum Tode verurteilt. Die Hinrichtungen wurden sofort vollstreckt. Der Patriarch Tichon wurde im Moskauer Donskoi-Kloster unter Hausarrest gestellt.

Wenige Wochen nach dieser juristischen Farce gegen die Kirche begann am 6. Juni 1922 in Moskau der seit Februar angekündigte große Schauprozeß gegen 34 Sozialrevolutionäre, denen »konterrevolutionäre und terroristische Machenschaften gegen die sowjetische Regierung« vorgeworfen wurden. Besondere Anklagepunkte waren das Attentat vom 31. August 1918 gegen Lenin und die »politische Führung« des Bauernaufstandes von Tambow. Die Angeklagten bildeten keine einheitliche Gruppe: Sie bestand aus Leuten, die tatsächlich zu den führenden politischen Kreisen gehörten, unter ihnen die zwölf Mitglieder des Zentralkomitees der Sozialrevolutionären Partei, der Abraham Gots und Dimitri Donskoi vorstanden, und aus Agenten, die gegen ihre Mitangeklagten aussagen und »ihre Verbrechen bekennen« sollten. Dies sollte in den dreißiger Jahren eine gängige Praxis werden. Wie Helene Carriere d'Encausse schrieb, war es durch diesen Prozeß auch möglich, »ein Anklageverfahren zu testen, das wie die ineinander verschachtelten russischen Holzpuppen aufgebaut ist. Ausgehend von einem exakten Tatbestand - bereits 1918 waren die Sozialrevolutionäre gegen die bolschewistische Alleinherrschaft gewesen - kommt man zu dem Grundsatz, daß jede Form von Opposition letztendlich einer Zusammenarbeit mit der internationalen Bourgeoisie gleichzusetzen ist.«[166]

Am Ende dieser Gerichtsfarce, während der die Behörden Massenkundgebungen inszeniert hatten, auf denen die Todesstrafe für die »Terroristen« gefordert worden war, wurden elf der Angeklagten - die Führer der sozial-revolutionären Partei - am 7. August 1922 zum Tode verurteilt. Wegen internationaler Proteste - dafür hatten die im Exil lebenden russischen Sozialisten gesorgt - und vor allem wegen der realen Gefahr neuer Aufstände in den ländlichen Gebieten, in denen »der Sozialrevolutionäre Geist« immer noch lebendig war, wurden die Hinrichtungen unter der Bedingung ausgesetzt, »daß die Sozialrevolutionäre Partei von allen ihren konspirativen, terroristischen und aufwieglerischen Aktivitäten Abstand nimmt«. Im Januar 1924 wurden die Todesurteile in fünfjährige Lagerhaftstrafen umgewandelt. Die Verurteilten kamen jedoch nie wieder frei und wurden in den dreißiger Jahren hingerichtet, zu einem Zeitpunkt, als internationaler Widerstand und drohende Bauernaufstände von der bolschewistischen Regierung nicht mehr berücksichtigt wurden.

Im Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre war das neue, seit dem 1. Juni 1922 geltende Strafrecht angewandt worden. Lenin hatte die Ausarbeitung dieses Strafrechts persönlich verfolgt. Es sollte die Gewalt gegen die politischen Feinde auf eine gesetzliche Grundlage stellen, die Zeit der durch den

Bürgerkrieg gerechtfertigten Vernichtungsaktionen war offiziell abgeschlossen. Am 15. Mai 1922, als die ersten Entwürfe unterbreitet wurden, machte Lenin gegenüber Kurski, dem Volkskommissar für die Justiz, folgende Bemerkungen: »Meines Erachtens ist der Anwendungsbereich der Todesstrafe auszudehnen auf alle möglichen Aktivitäten der Menschewiki, Sozialrevolutionäre usw. Eine neue Strafe ist zu finden, es wird wohl die Verbannung ins Ausland sein, und eine treffende Formulierung, die diese Aktivitäten an die internationale Bourgeoisie *bindet.«* [167] Zwei Tage später noch einmal Lenin, diesmal schriftlich: »Genosse Kurski, ich möchte unserem Gespräch diesen Entwurf für einen Zusatzparagraphen des Strafgesetzbuchs hinzufügen. Das Wesentliche ist klar, glaube ich. Der Grundsatz, der das Wesen und die Berechtigung der Terrors, seine Notwendigkeit und seine Grenzen begründet, muß in aller Offenheit aufgestellt werden, und zwar im politischen Sinne - nicht nur in engen juristischen Begriffen. Das Gericht darf den Terror nicht unterbinden; wer dies sagt, belügt sich selbst oder lügt. Der Terror ist auf eine Grundlage zu stellen und auf dieser Grundlage gesetzlich zu verankern, und zwar klar und deutlich, ohne Falschheit oder Verschleierung der Wirklichkeit. Die Formulierung muß so offen wie möglich sein, denn nur das Bewußtsein, daß die Revolution ihre Gesetzlichkeit hat, und das Bewußtsein einer Revolution schaffen die Bedingungen für die Anwendung des Rechts.«[168]

In Übereinstimmung mit Lenins Anweisungen definierte das Strafgesetzbuch das konterrevolutionäre Verbrechen als einen Akt, »der den Sturz oder die Schwächung der durch die proletarische Revolution errichteten Macht der Arbeiter- und Bauernsowjets zum Ziel hat«, aber auch jeden Akt, »der beiträgt zur Unterstützung der internationalen Bourgeoisie, welche die Rechtsgleichheit des kommunistischen Systems in der Nachfolge des kapitalistischen Systems nicht anerkennt, und es mit Gewalt, durch militärische Intervention oder Blockade, durch Spionage, Finanzierung der Presse oder andere Mittel ähnlicher Art zu stürzen versucht.«

Die Todesstrafe stand nicht nur auf sämtlichen einem »konterrevolutionären Akt« gleichzusetzenden Aktivitäten (Revolte, Aufruhr, Sabotage, Spionage usw.), sondern auch auf der Beteiligung an einer Organisation oder einer entsprechenden unterstützenden Mitarbeit, »wenn damit einem Teil der internationalen Bourgeoisie geholfen wird«. Selbst die »einen Teil der internationalen Bourgeoisie unterstützende Propaganda« wurde als konterrevolutionäres Verbrechen betrachtet und war mit einem Freiheitsentzug »nicht unter drei Jahren« oder mit lebenslänglicher Verbannung zu bestrafen.

Auch die Umbenennung der politischen Polizei ist im Zusammenhang mit der Anfang 1922 in Angriff genommenen Legalisierung der politischen Gewalt zu sehen. Am 6. Februar 1922 wurde per Dekret die Tscheka abgeschafft. An ihre Stelle trat im selben Augenblick die GPU - die politische staatliche Verwaltung - als Ersatz für das Volkskommissariat des Inneren. Auch wenn der Name wechselte, die Verantwortlichen und die inneren

Strukturen blieben dieselben. Ein Umstand, der den Fortbestand der Institution klar bestätigt. Was hatte der Etiketten-Wechsel also zu bedeuten? Die Tscheka war dem Namen nach eine außerordentliche Kommission, was auf den provisorischen Charakter ihrer Existenz und Daseinsberechtigung hinwies. Der Name GPU hingegen zeigte klar auf, daß der Staat reguläre und ständige Kontroll- und Repressionsinstanzen brauchte. Hinter dem Namenswechsel zeichneten sich die Etablierung und Legalisierung des Terrors als Lösungsmöglichkeit für die Konflikte zwischen dem neuen Staat und der Gesellschaft ab.

Die lebenslängliche Verbannung war eine von den Neuerungen des neuen Strafgesetzbuches. Dem lebenslänglich Verbannten war unter Androhung der sofortigen Hinrichtung die Rückkehr in die UdSSR verboten. Bereits im Herbst 1922 war diese neue Bestimmung im Rahmen einer großen Ausweisungswelle angewandt worden. Sie traf etwa 200 renommierte Intellektuelle, die als Gegner des Bolschewismus verdächtigt wurden. An erster Stelle auf der Liste der Ausgewiesenen standen alle diejenigen, die an dem am 27. Juli 1921 aufgelösten Sozialkomitee zur Bekämpfung der Hungersnot beteiligt gewesen waren.

Am 20. Mai 1922 legte Lenin in einem langen Brief an Dserschinski einen großen Plan vor, der »die Ausweisung von Schriftstellern und Professoren, welche die Konterrevolution unterstützen«, vorsah. »Wir müssen diese Operation sorgfältig vorbereiten«, schrieb Lenin. »Eine Sonderkommission ist zu berufen. Die Mitglieder des Politbüros müssen 2 bis 3 Stunden pro Woche für die Untersuchung einiger Bücher und Zeitschriften aufbringen. [...] Über die politische Vergangenheit, die Arbeiten und das literarische Schaffen der Professoren und Schriftsteller sind systematisch Informationen zu sammeln.«

Und Lenin ging mit gutem Beispiel voran: »Bei der Zeitschrift *Ekonomist* beispielsweise handelt es sich ganz klar um einen Ring von Weißgardisten. Die Nr. 3 (allein die Nummer drei! *nota bene!)* enthält auf dem Einband die Liste der Mitarbeiter. Ich denke, es sind fast alles äußerst legitime Kandidaten für die Ausweisung. Es sind alles erwiesene Konterrevolutionäre, Komplizen der Entente, die unter der studentischen Jugend eine Organisation von Knechten und Spionen mit bestechlichem Einfluß aufbauen. Man muß die Dinge so organisieren, daß die Spione ständig, organisiert und systematisch gejagt und gefaßt werden, um sie ins Ausland auszuweisen.«[169]

Bereits am 22. Mai stellte das Politbüro eine Sonderkommission auf, der in erster Linie Kamenew, Kurski, Unschlicht und Manzew (zwei direkte Mitarbeiter Dserschinskis) angehörten. Sie sollten eine ganze Reihe von Intellektuellen zwecks Verhaftung mit anschließender Ausweisung registrieren. Sergej Prokopowitsch und Ekaterina Kuskowa, die beiden maßgeblichen Kräfte des ehemaligen Sozialkomitees zur Bekämpfung der Hungersnot, waren die Ersten, die im Juni 1922 des Landes verwiesen wurden. Eine erste Gruppe von 160 renommierten Intellektuellen, Philosophen, Schrift-

stellern, Historikern und Universitätsprofessoren wurde am 16. und 17. August verhaftet und im September per Schiff ausgewiesen. Zu ihnen gehörten vor allem Leute, die bereits ein internationales Renommee besaßen, aber auch solche, die sich ihre internationale Anerkennung in den späteren Jahren noch erwarben: Nikolai Berdjajew, Sergej Bulgakow, Semion Frank, Nikolai Losski, Lew Karsawin, Fedor Stepun, Sergej Trubetskoi, Alexander Isgojew, Iwan Lapschin, Michail Ossorgin, Alexander Kiesewetter ... Jeder mußte ein Dokument unterzeichnen, daß er im Falle einer Rückkehr in die UdSSR unverzüglich erschossen würde. Mitnehmen durfte der Ausgewiesene einen Winter- und einen Sommermantel, einen Anzug und Unterwäsche zum Wechseln, zwei Tageshemden und zwei Nachthemden, zwei Unterhosen und zwei Paar Strümpfe! Außerdem hatte jeder Ausgewiesene das Recht, neben persönlichen Gegenständen 20 Dollar in Devisen mitzunehmen.

Parallel zu diesen Ausweisungen setzte die politische Polizei ihre Registrierung der verdächtigen Intellektuellen fort, nun derjenigen der zweiten Kategorie, denen eine Umsiedlung in entlegene Landesteile - auf der gesetzlichen Grundlage eines Dekrets vom 10. August 1922 - oder das Konzentrationslagerblühte. Am 5. September 1922 schrieb Dserschinski an seinen Mitarbeiter Unschlicht:

»Genosse Unschlicht! Was die Registrierung der Intelligenzija betrifft, sind die Dinge noch ganz schön primitiv. Seit Agranows Weggang haben wir nicht einmal mehr einen kompetenten Verantwortlichen für diesen Bereich. Zaraiski ist ein wenig zu jung. Um voranzukommen, scheint mir Genosse Menschinski die Sache in die Hand nehmen zu müssen. [...] Ein guter Arbeitsplan, der regelmäßig korrigiert und erweitert wird, ist unbedingt erforderlich. Die gesamte Intelligenzija ist in Gruppen und Untergruppen einzuteilen: 1.) Schriftsteller; 2.) Journalisten und Politiker; 3.) Wirtschaftswissenschaftler (unbedingt Untergruppen bilden: a) Finanzexperten, b) Energiefachleute, c) Transportfachleute, d) Geschäftsleute, e) Kooperationsspezialisten usw.); 4.) Technische Spezialisten (auch hier sind Untergruppen notwendig: a) Ingenieure, b) Agrarwissenschaftler, c) Mediziner usw.); 5.) Universitätsprofessoren und ihre Assistenten usw., usw. Die Informationen über diese Herren sind in unseren Abteilungen zu sammeln und in der Abteilung »Intelligenzija« zusammenzufassen. Jeder Intellektuelle muß bei uns eine Akte haben. [...] Es ist immer im Auge zu behalten, daß das Ziel unserer Abteilung nicht nur die Verhaftung und Ausweisung von Einzelpersonen ist. Wir wollen auch einen Beitrag leisten zur Ausarbeitung einer allgemeinen politischen Linie gegenüber diesen Intellektuellen: Sie streng überwachen und voneinander trennen, aber diejenigen, die bereit sind, nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten die Sowjetmacht zu unterstützen, sollen gefördert werden.«[170]

Wenige Tage später richtete Lenin ein langes Memorandum an Stalin, in welchem er ausführlich und mit einer regelrecht manischen Detailfreude auf

die »definitive Säuberung« zurückkam, die Rußland von allen Sozialisten, Intellektuellen, Liberalen und anderen »Herren« befreien sollte.

»Was die Ausweisung der Menschewiki, der Volkssozialisten, der Kadetten usw. angeht, würde ich gerne einige Fragen stellen, denn die Maßnahme, die vor meinem Weggang in die Wege geleitet worden war, ist immer noch nicht beendet. Ist beschlossen worden, alle Volkssozialisten zu eliminieren? Petschechonow, Miakotin, Gornfeld? Petrischtschew und die anderen? Ich denke, sie sollten alle ausgewiesen werden. Sie sind weitaus gefährlicher als die SR-Leute, denn sie sind raffinierter. Und auch Potressow, Isgojew und alle Leute von der Zeitschrift *Ekonomist* (Oserow und viele andere). Die Menschewiki Rosanow (ein Mediziner, Russe), Wigdortschik (Migulo oder etwas in der Richtung), Ljubow Nikolajewna Radtschenko und ihre kleine Tochter (nach dem, was man erzählt, die niederträchtigsten Feinde des Bolschewismus); N. A. Rojkow (er muß ausgewiesen werden, er ist unverbesserlich). [...] Die Kommission Manzew-Messing sollte Listen erstellen, und mehrere hundert von diesen Herren sollten erbarmungslos ausgewiesen werden. Wir werden Rußland ein für allemal säubern. [...] Ebenfalls alle Autoren aus dem *Haus der Schriftsteller,* auch die des *Gedanken?*[171] (aus Petrograd). Charkow muß gründlich untersucht werden, wir haben keine Ahnung, was dort vorgeht, für uns ist es ein fremdes Land. Die Stadt muß radikal und schnell gesäubert werden, spätestens mit dem Ende des Prozesses gegen die SR-Leute. Kümmert Euch um die Autoren und Schriftsteller von Petrograd (ihre Adressen stehen im *Neuen Russischen Gedanken* Nr. 4,1922, S. 37) und auch um die Liste der privaten Herausgeber (S. 29). Das ist äußerst wichtig!«[172]

6

Von der Kampfpause zur »Großen Wende«

Fünf Jahre lang - von Anfang 1923 bis Ende 1927 - ruhte die Auseinandersetzung zwischen dem Regime und der Gesellschaft. Die politischen Anstrengungen der bolschewistischen Parteioberen konzentrierten sich großenteils auf den Kampf um die Nachfolge Lenins, der am 24. Januar 1924 starb, aber bereits seit seinem dritten Schlaganfall im März 1923 vollständig von der aktiven Politik ausgeschlossen war. In diesen wenigen Jahren pflegte die Gesellschaft ihre Wunden.

Während dieser Kampfpause versuchte die Bauernschaft, die mehr als 85% der Bevölkerung ausmachte, an die alten Marktverbindungen anzuknüpfen, mit den Früchten ihrer Arbeit Handel zu treiben und - um die schöne Formulierung von Michael Confino, des großen Historikers der russischen Bauernschaft, anzuführen - zu leben, »als ob die bäuerliche Utopie noch funktionieren würde«. Diese »bäuerliche Utopie« - die Bolschewiki bezeichneten sie gerne als *eserowschina,* was am treffendsten mit »sozialrevolutionärer Mentalität« zu übersetzen ist - ruhte auf vier Prinzipien, die schon seit Jahrzehnten die Grundlage aller von den Bauern aufgestellten Programme bildeten: das Ende des Großgrundbesitzes und die Aufteilung des Landes nach der Anzahl der zu ernährenden Personen, freie Verfügung über die Früchte der Arbeit und freier Handel, eine bäuerliche Selbstverwaltung in Form der traditionellen Dorfgemeinschaften und ein bolschewistischer Staat, der lediglich in der Reduktion auf seine einfachste Ausdrucksform in Erscheinung tritt: ein Dorfsowjet, in dem mehrere Dörfer zusammengefaßt sind, und in jedem hundertsten Dorf eine Niederlassung der kommunistischen Partei.

Teilweise von der Macht akzeptiert und für den Augenblick als Zeichen des »Rückstandes« in einem überwiegend von der Landwirtschaft bestimmten Land geduldet, begannen die Marktmechanismen, die von 1914 bis 1922 unterbunden worden waren, wieder zu greifen. Sofort kamen die saisonbedingten Wanderungen in die Städte wieder auf, ein Phänomen, das unter dem alten Regime weit verbreitet war; da der Sektor der Konsumgüter von der staatlichen Industrie vernachlässigt wurde, erlebte das Handwerk in den ländlichen Gebieten einen beachtlichen Aufschwung, der Hunger wurde seltener, die Bauern konnten sich wieder satt essen.

Die vordergründige Ruhe dieser Jahre konnte jedoch die tiefen Spannuri-

gen zwischen dem Regime und einer Gesellschaft, welche die Gewalt, der sie ausgesetzt war, nicht vergessen hatte, nicht kaschieren. Für die Bauern gab es immer noch genügend Gründe zur Unzufriedenheit.[173] Die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte waren zu niedrig, die für die wenigen industriellen Erzeugnisse zu hoch, und die Steuern allzu drückend. Sie hatten den Eindruck, im Vergleich zu den Städtern und insbesondere zu den oft als Privilegierte betrachteten Arbeitern Bürger zweiter Klasse zu sein. Die Bauern beklagten sich besonders über unzählige Fälle, in denen die noch stark vom »Kriegskommunismus« geprägten örtlichen Vertreter des Sowjetregimes ihre Macht mißbrauchten. Sie waren nach wie vor der absoluten Willkür einer lokalen Macht ausgesetzt, die sowohl von einer bestimmten russischen Tradition als auch von den terroristischen Praktiken der vorangegangenen Jahre herrührte. »In der Justiz und im Verwaltungs- und Polizeiapparat gehört der Alkoholismus zur allgemeinen Tagesordnung, nur gegen Alkohol zeigt man sich erkenntlich. [...] Bürokratismus und allgemeine Grobheiten gegenüber den Bauernmassen sind gang und gäbe«, wie Ende 1925 ein ausführlicher Bericht der politischen Polizei über den »Zustand der sozialistischen Gesetzlichkeit auf dem Lande« zugab.[174]

Auch wenn die bolschewistischen Parteioberen die schlimmsten Mißbräuche der Vertreter der Sowjetmacht verurteilten, betrachteten sie dennoch in der Mehrheit die ländlichen Gegenden als eine gefährliche *terra incognita,* als »ein Milieu, in dem es von Kulakengruppen, Sozialrevolutionären, Popen und ehemaligen Gutsbesitzern, die noch nicht ausgerottet worden sind, nur so wimmelt«, um die bildhafte Beschreibung eines Chefberichts der politischen Polizei aus der Provinz Tula zu zitieren.[175]

Wie die Dokumente des Informationsdienstes der GPU bestätigen, wurde jedoch auch die Arbeiterwelt nach wie vor streng überwacht. Als soziale Gruppe, die nach den Kriegs-, Revolutions- und Bürgerkriegsjahren wiederaufgebaut wurde, standen die Arbeiter immer im Verdacht, allzu enge Verbindungen zur feindlichen Bauernwelt zu unterhalten. Die in jedem Betrieb präsenten Spitzel spürten abweichlerischen Unterhaltungen und Verhaltensweisen nach, »Bauernstimmungen«, welche die Arbeiter, wenn sie nach ihren Ferien, in denen sie auf dem Land arbeiteten, wieder in die Stadt zurückkehrten, angeblich mitbrachten. Die Polizeiberichte unterteilten die Arbeiterwelt in »feindliche Elemente«, die ohne Frage von konterrevolutionären Splittergruppen beeinflußt waren, in »politisch rückständige Elemente«, die im allgemeinen vom Lande kamen, und in Elemente, die das Prädikat »politisch bewußt« verdienten. Arbeitsniederlegungen und Streiks - recht selten in diesen Jahren der hohen Arbeitslosigkeit und der relativen Verbesserung des Lebensstandards für diejenigen, die Arbeit hatten - wurden genauestens untersucht, die Anführer verhaftet.

Die internen, heute teilweise zugänglichen Berichte der politischen Polizei zeigen, daß diese Institution nach Jahren der gewaltigen Expansion mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, die ganz klar mit jener Unterbrechung

zusammenhingen, welche die auf Gesellschaftsumwandlung ausgerichtete bolschewistische Politik in jener Zeit erlebte. In den Jahren 1924 bis 1926 mußte Dserschinski sich sogar entschieden gegen eine Reihe von Parteioberen wehren, die der Meinung waren, daß die Stärke einer politischen Polizei bei abnehmenden Einsätzen zu reduzieren sei. Zum ersten und einzigen Mal bis zum Jahre 1953 wird die Belegschaft der politischen Polizei drastisch reduziert. 1921 beschäftigte die Tscheka ungefähr 105 000 Zivilisten und an die 180000 Angehörige von unterschiedlichen militärischen Spezialeinheiten, einschließlich der Grenzschutz-Truppen, den bei der Eisenbahn diensttuenden Tschekisten und den Wachsoldaten der Lager. 1925 waren es nur noch 25 000 Zivilisten und 63 000 Truppenangehörige. Außerdem sind noch 30000 Spitzel hinzuzurechnen; über die entsprechende Zahl von 1921 können wegen des augenblicklichen Zustands der Dokumentation keine Angaben gemacht werden.'[176] Im Dezember 1924 schrieb Nikolai Bucharin an Felix Dserschinski: »Ich denke, wir sollten schneller zu einer liberalerem Form der Sowjetmacht übergehen: weniger Repression, mehr Gesetzlichkeit, mehr Diskussionen, größere Lokalmacht (unter der Parteiführung *naturaliter)* usw.«[177]

Wenige Monate später, am 1. Mai 1925, richtete Nikolai Krylenko, der als Vorsitzender des Revolutionsgerichtes die Prozeßfarce gegen die Sozialrevolutionäre geleitet hatte, an das Politbüro ein langes Schreiben, in dem er den Machtmißbrauch der GPU kritisierte, die seiner Meinung nach die ihr gesetzlich zustehenden Rechte weit überschritt. Mehrere Beschlüsse aus den Jahren 1922/23 hatten in der Tat die Kompetenzen der GPU auf Spionage- und Falschgeldaffären und auf Angelegenheiten im Zusammenhang mit dem Banditentum und der »Konterrevolution« begrenzt. Für diese Verbrechen war die GPU das allein zuständige Gericht, und ihr Richterkollegium konnte viele Strafen verhängen: Deportation, Verbannung mit Hausarrest (bis zu drei Jahren), Lagerhaft oder sogar Todesstrafe. 1924 kamen von den 62 000 bei der GPU anhängigen Verfahren etwas mehr als 52 000 vor die ordentlichen Gerichte. Die Sondergerichte der GPU behielten mehr als 9000 Angelegenheiten in ihrer Hand, eine beachtliche Zahl, wenn man sich wie Nikolai Krylenko in Erinnerung ruft, daß die politische Situation stabil war. Er faßte folgendermaßen zusammen:

»Die Lebensbedingungen der Deportierten und der ohne einen Pfennig Geld in den hintersten Winkeln Sibiriens Festgehaltenen sind grauenhaft. Junge 18/19jährige aus Studentenkreisen werden dort genauso hingeschickt wie Alte von 60/70 Jahren, besonders Mitglieder des geistlichen Standes und alte Frauen, ›die zu sozial gefährlichen Klassen gehören‹.«

Deshalb schlug Krylenko vor, das Prädikat »konterrevolutionär« nur auf die offiziellen Mitglieder von »Parteien, welche die Interessen der Bourgeoisie vertreten«, zu begrenzen, um »eine falsche Interpretation des Begriffs durch die Diensteinheiten der GPU« zu vermeiden.[178]

Im Hinblick auf diese Kritik versäumten es Dserschinski und seine Mitar-

beiter nicht, die maßgeblichen Parteiführer, insbesondere Stalin, mit alarmierenden Berichten zu versorgen, Berichte über nach wie vor schwere innenpolitische Probleme und über bedrohliche Ablenkungsmanöver, die von den Baltenländern, von Polen, Großbritannien, Frankreich und Japan inszeniert würden. Nach dem Tätigkeitsbericht der GPU für das Jahr 1924 hat die politische Polizei angeblich:

- 11453 »Banditen« verhaftet und 1858 von ihnen standrechtlich erschossen;
- 926 Ausländer aufgegriffen (und 357 von ihnen ausgewiesen) und 1542 »Spione«;
- auf der Krim einen »Aufstand der Weißen Garden« verhindert (und in diesem Zusammenhang 132 Personen hingerichtet);
- 81 »Operationen« gegen anarchistische Gruppen durchgeführt und dabei 266 Personen festgenommen;
- eine ganze Reihe von Organisationen »liquidiert«: 14 menschewistische (540 Verhaftungen), 6 der rechten Sozialrevolutionäre (152 Verhaftungen), 7 der linken Sozialrevolutionäre (52 Verhaftungen), 117 von »diversen Intellektuellen« (1360 Verhaftungen), 24 »monarchistische« (1245 Verhaftungen), 85 »kirchliche« und »sektiererische« (1765 Verhaftungen), 675 »Kulakengruppen« (1148 Verhaftungen);
- in zwei großen Operationen vom Februar und Juli 1924 ungefähr 4500 »Diebe«, »Wiederholungstäter« und »nepmen« (private Händler und Kleinunternehmer) aus Moskau und Leningrad ausgewiesen;
- 18 200 »in sozialer Hinsicht gefährliche« Personen einzeln überwacht;
- 15 501 diverse Betriebe und Verwaltungsstellen überwacht;
- 5 078 174 diverse Briefe und Korrespondenzen gelesen.[179]

Inwiefern sind diese Daten, die durch ihre peinliche Genauigkeit etwas Lächerlich-Bürokratisches an sich haben, glaubwürdig? Als Bestandteil des Haushaltsplans der GPU für 1925 sollten sie vor allem zeigen, daß die politische Polizei in ihrer Wachsamkeit gegenüber den Bedrohungen von außen nicht nachläßt und deshalb die Gelder, die man für sie ausgegeben hat, verdient. Sie sind aber für den Historiker deswegen nicht weniger wertvoll, denn ganz abgesehen von den Zahlen und den recht willkürlich gewählten Kategorien wird an ihnen deutlich, daß man an den Methoden, den potentiellen Feinden und dem zwar im Augenblick weniger aktiven, aber nach wie vor einsatzfähigen Verbindungsnetz festhielt.

Trotz der Haushaltseinbußen und der kritischen Stimmen aus dem inkonsequenten bolschewistischen Führungslager konnte die Verschärfung des Strafrechts nur eine verstärkte Aktivität der GPU zur Folge haben. Tatsächlich wurde in den am 31. Oktober 1924 angenommenen *Grundlagen für die Strafgesetzgebung der UdSSR* genauso wie im neuen Strafrecht von 1926 der Begriff des konterrevolutionären Verbrechens spürbar erweitert. Auch

die Definition einer »in sozialer Hinsicht gefährlichen Person« wurde schriftlich festgehalten. Nach dem Gesetz fielen unter die konterrevolutionären Verbrechen alle Aktivitäten, die - ohne direkt auf den Sturz oder die Schwächung der Sowjetmacht zu zielen - bereits durch ihre Art und »besonders aus der Sicht des Täters« einen »Angriff auf die politischen oder wirtschaftlichen Errungenschaften der proletarischen Revolution« darstellten. Damit wurde durch das Gesetz nicht nur die direkte, sondern auch die mögliche oder indirekte Absicht geahndet.

Außerdem galt jede Person als »in sozialer Hinsicht gefährlich«, die »einen für die Gesellschaft gefährlichen Akt begangen hat«, ebenso Personen, »deren Kontakte zu einem kriminellen Milieu oder deren frühere Handlungen eine Gefahr darstellen«. Personen, auf die diese schwammigen Kriterien zutrafen, konnten auch dann verurteilt werden, wenn ihnen kein eigenes Verschulden nachzuweisen war. Es war klar festgelegt, daß »das Gericht zu sozialen Schutzmaßnahmen gegen eindeutig in sozialer Hinsicht gefährliche Personen berechtigt ist, wenn diese entweder ein bestimmtes Delikt begangen haben oder wenn diese - als Angeklagte wegen erwiesener Unschuld freigesprochen - als in sozialer Hinsicht gefährlich eingestuft werden«. Alle diese 1926 niedergeschriebenen Bestimmungen - allen voran der berühmte Artikel 58 des Strafgesetzbuches mit seinen 14 die konterrevolutionären Verbrechen näher definierenden Absätzen - stärkten die gesetzliche Grundlage des Terrors.[180] Am 4. Mai 1926 schickte Dserschinski seinem Mitarbeiter Jagoda einen Brief, in dem er ein umfangreiches Programm zur »Bekämpfung der Spekulation« unterbreitete. Es wirft ein klares Licht auf die Grenzen der NEP und den »Bürgerkriegsgeist«, der unter den obersten bolschewistischen Parteiführern immer noch weit verbreitet war:

»Der Kampf gegen die Spekulation hat heute wieder große Bedeutung ... Moskau ist unbedingt von diesen Parasiten und Spekulanten zu säubern. Ich habe Pauker gebeten, mir im Hinblick auf dieses Problem alle verfügbaren Unterlagen von der Registrierung der Moskauer Einwohnerschaft zusammenzustellen. Bis jetzt habe ich noch nichts von ihm bekommen. Glauben Sie nicht, man sollte innerhalb der GPU eine spezielle Siedlungsabteilung einrichten, die mit Sondergeldern aus den Konfiszierungen zu finanzieren wäre...? Mit den Parasiten (und ihren Familien) aus unseren Städten sollte man die unwirtlichen Gegenden unseres Landes bevölkern, nach einem im voraus aufgestellten und von der Regierung gebilligten Plan. Wir müssen unsere Städte um jeden Preis von Hunderttausenden dort wie die Made im Speck lebender Spekulanten und Parasiten befreien ... Diese Parasiten fressen uns auf. Ihretwegen gibt es keine Waren für die Bauern, ihretwegen steigen die Preise und sinkt unser Rubel. Die GPU muß dieses Problem mit größter Energie und Tatkraft anpacken.«[181]

Weitere Besonderheiten des sowjetischen Strafrechts waren die beiden unterschiedlichen Systeme der Strafverfolgung, ein juristisches und ein administratives, und die beiden Strafanstaltssysteme, das eine wurde vom

Volkskommissariat des Inneren und das andere von der GPU verwaltet. Neben den herkömmlichen Gefängnissen, wo diejenigen inhaftiert waren, die über ein »gewöhnliches« juristisches Verfahren verurteilt worden waren, gab es ein von der GPU geleitetes System von Lagern, in denen diejenigen festgehalten wurden, die über die Spezialgerichte der politischen Polizei für Verbrechen verurteilt worden waren, die in den Zuständigkeitsbereich dieser Institution fielen: Konterrevolution in all seinen Erscheinungsformen, schweres Banditenwesen, Falschgeld und Verbrechen, die von Mitgliedern der politischen Polizei verübt wurden.

1922 schlug die Regierung der GPU zur Einrichtung eines Großlagers den Archipel Solowki vor, fünf Inseln im Weißen Meer vor Archangelsk. Auf der Hauptinsel lag eines der größten Klöster der russisch-orthodoxen Kirche. Nach der Vertreibung der Mönche organisierte die GPU auf dem Archipel einen Lagerverband unter der Abkürzung SLON (Sonderlager des Archipel Solowki). Die ersten Lagerinsassen kamen Anfang Juli 1923 aus den Lagern Cholmogory und Pertaminsk. Ende des Jahres zählte man bereits 4000 Häftlinge, 1927 bereits 15 000 und Ende 1928 an die 38 000.

Eine der Besonderheiten dieses Straflagerverbands auf dem Solowki-Archipel war seine Selbstverwaltung. Bis auf den Direktor und einige wenige Führungskräfte waren alle Posten innerhalb des Lagers mit Häftlingen besetzt. Es waren überwiegend ehemalige Mitarbeiter der politischen Polizei, die wegen besonders schwerer Übergriffe verurteilt worden waren. Da die Selbstverwaltung in den Händen von solchen Leuten lag, kam sie der völligen Willkür gleich und hat so das nahezu privilegierte Dasein, das die politischen Häftlinge noch als Überbleibsel aus dem alten Regime genossen hatten, im Handumdrehen verschlechtert. Während der NEP unterschied die Verwaltung der GPU drei Kategorien von Häftlingen.

In der ersten waren die politischen Häftlinge zusammengefaßt, d. h. ausschließlich die Mitglieder der ehemaligen menschewistischen, Sozialrevolutionären und anarchistischen Partei. Diese Häftlinge konnten 1921 bei Dserschinski, der unter dem Zaren lange Zeit selbst politischer Gefangener gewesen war und ungefähr zehn Jahre seines Lebens im Gefängnis oder Exil verbracht hatte, eine relativ milde Haftordnung erreichen: sie bekamen eine bessere Ernährung, die sogenannte »politische Ration«, behielten wenige persönliche Kleider und konnten sich Zeitungen und Zeitschriften schicken lassen. Sie lebten in der Gemeinschaft und waren vor allem von der Zwangsarbeit befreit. Dieser privilegierte Status wurde Ende der zwanziger Jahre aufgehoben.

Die zweite, zahlenmäßig größte Kategorie faßte die »Konterrevolutionäre« zusammen: Mitglieder aller nicht sozialistischen oder anarchistischen Parteien, Angehörige des geistlichen Standes, ehemalige Offiziere der zaristischen Armee, ehemalige Beamte, Kosaken, Leute, die sich an den Revolten von Kronstadt oder Tambow beteiligt hatten, und alle anderen, die auf Grund des Artikels 58 des Strafgesetzes verurteilt worden waren.

Die dritte Gruppe bildeten die von der GPU verurteilten Straftäter (Banditen, Geldfälscher) und die ehemaligen Tschekisten, die wegen verschiedener Verbrechen oder Delikte gegen ihre Institution verurteilt worden waren. Die Konterrevolutionäre mußten mit den Straftätern, die innerhalb des Lagers das Sagen hatten, zusammenwohnen und waren so der völligen Willkür, dem Hunger, der eisigen Kälte im Winter und den Mücken im Sommer ausgesetzt. Eine der häufigsten Foltermaßnahmen bestand darin, die Gefangenen nackt in den Wäldern anzubinden, als gefundenes Fressen für die auf den nördlichen Inseln mit den vielen Seen besonders zahlreichen und gefürchteten Mücken. Der Schriftsteller Warlam Schalamow, einer der bekanntesten Gefangenen des Solowki-Archipels, erinnerte sich, daß die Gefangenen, wenn sie von einem Sektor in den anderen wechseln mußten, die Hände auf den Rücken gebunden haben wollten, so wie es ausdrücklich in den Lagerregeln geschrieben stand: »Es war für die Häftlinge die einzige Möglichkeit, sich gegen die lakonische Formel ›bei einem Ausbruchsversuch getötet‹ zu verteidigen.«[182]

In den Lagern auf dem Solowki-Archipel wurde nach den ewigen Improvisationen der Bürgerkriegsjahre das eigentliche System der Zwangsarbeit aufgebaut. Ab 1929 wird sich dieses System im Eiltempo weiterentwickeln. Bis 1925 wurden die Häftlinge mit verschiedenen Arbeiten innerhalb des Lagers beschäftigt, relativ wenig produktiv. Ab 1926 entschloß sich die Verwaltung, mit einer Reihe von Staatsorganismen Verträge abzuschließen, und bemühte sich um eine »rationellere« Nutzung der Zwangsarbeit, die jetzt zu einer Einnahmequelle wurde und nicht mehr - wie das noch der Ideologie der ersten »Arbeitskorrektiv« - Lager der Jahre 1919/20 entsprach - als Mittel zur »Umerziehung« diente. Die Lager des Solowki-Archipels wurden unter der Abkürzung USLON (Direktion der Sonderlager des Nordens) reorganisiert und dehnten sich auf das Festland aus, zunächst auf die Küstengebiete des Weißen Meeres. In den Jahren 1926/27 wurden bei der Petschu-ra-Mündung weitere Lager errichtet, in Kern und anderen Orten einer unwirtlichen Küste, die jedoch waldreiches Hinterland besaß. Die Häftlinge hatten ein genau vorgeschriebenes Produktionsprogramm auszuführen, hauptsächlich Bäume fällen und Holz sägen. Das ungeheure Anwachsen der Produktionsprogramme machte bald eine Aufstockung der Häftlingszahlen nötig. Dies führte im Juni 1929 zu einer grundlegenden Reform des Haftsystems: Alle Häftlinge, die zu mehr als drei Jahren Haft verurteilt worden waren, wurden in die Arbeitslager gebracht. Diese Maßnahme wird in den kommenden Jahren für einen ungeheuren Aufschwung des Arbeitslagersystems sorgen. Als Versuchslabor der Zwangsarbeit waren die »Sonderlager« des Solowki-Archipels das Grundmuster für ein anderes, noch zu errichtendes Archipel, ein riesiges Archipel von der Größe des gesamten Landes oder Kontinentes: der Archipel Gulag.

Die gewöhnlichen Aktivitäten der GPU, die jährlich etliche tausend Menschen zu Lagerhaft oder zu Hausarrest in der Verbannung verurteilte, ließen ihr dennoch genügend Raum für einige großangelegte Operationen mit spezifisch repressivem Charakter. Von 1923 bis 1927, in den ruhigen Jahren der NEP, waren in Wirklichkeit die in den russischen Randgebieten - in Transkaukasien und Zentralasien - liegenden Republiken die Schauplätze der massivsten und blutigsten Repressionen. Die meisten dieser Länder hatten im 19. Jahrhundert erbitterten Widerstand gegen die russische Eroberung geleistet und waren erst spät von den Bolschewiki eingenommen worden: Aserbeidschan im April 1920, Armenien im Dezember 1920, Georgien im Februar 1921, Daghestan Ende 1921 und Turkestan mit Buchara im Herbst 1920. Der Widerstand gegen die Sowjetisierung war nach wie vor groß. »Wir haben nur die wichtigsten Städte unter Kontrolle, oder besser gesagt das Zentrum der wichtigsten Städte«, schrieb Peters, der nach Turkestan entsandte Sonderbevollmächtigte der Tscheka, im Januar 1923. Mit Ausnahme der Städte stand ein Großteil Zentralasiens von 1918 bis Ende der zwanziger Jahre und in einigen Gegenden noch bis zu den Jahren 1935/36 unter der Kontrolle der *basmatschis.* Den Ausdruck *basmatschi* (usbekisch: »Gauner«) verwendeten die Russen für die unterschiedlichsten Typen von Partisanen oder Aufständischen, aber auch für die Nomaden, die Usbeken, die Kirgisen und Turkmenen, die alle unabhängig voneinander in den verschiedenen Regionen agierten.

Das Hauptgebiet der Revolte lag im Fergana-Tal. Nachdem die Rote Armee Buchara im September 1920 erobert hatte, weitete sich die Revolte nach den östlichen und südlichen Gebieten des ehemaligen Buchara-Emirats und nach den nördlichen Teilen der turkmenischen Steppen aus. Anfang 1921 schätzte der Generalstab der Roten Armee die Zahl der bewaffneten *basmatschis* auf 30000. Die Führung der Bewegung war heterogen: sie bestand aus lokalen Größen, hervorgegangen aus der Oberschicht der Dorfes oder Klans und aus traditionellen religiösen Führern, aber auch aus moslemischen Nationalisten, die nicht aus der Region stammten, wie etwa Enwer Pascha, der ehemalige türkische Verteidigungsminister, der 1922 bei einer Auseinandersetzung mit tschekistischen Einheiten getötet wurde.

Die Basmatschi-Bewegung war eine spontane Erhebung, die sich instinktiv gegen den »Ungläubigen«, den »russischen Unterdrücker«, den in neuer Gestalt wiederauferstandenen alten Feind richtete, der sich nicht nur vorgenommen hatte, das Land und das Vieh in Besitz zu nehmen, sondern auch die geistige Welt des Islam entweihen wollte. Als »Befriedungskrieg« kolonialen Anstrichs band der Kampf gegen die *basmatschis* für über ein Jahrzehnt einen wichtigen Teil der Streitkräfte und der Sondertruppen der politischen Polizei, zu deren Hauptabteilungen folgerichtig auch die östliche Abteilung zählte. Es ist heute nicht möglich, eine auch nur annähernde Zahl der Opfer dieses Krieges zu nennen.[183]

Transkaukasien war das zweite Gebiet, für das die östliche Abteilung der

GPU zuständig war. In der ersten Hälfte der zwanziger Jahre waren vor allem Dagestan, Georgien und Tschetschenien stark von der Repression betroffen. Dagestan konnte dem sowjetischen Einmarsch bis Ende 1921 Widerstand leisten. Unter der Führung des Scheichs Usun Hadschi setzte sich die moslemische Bruderschaft der Nakschbandis an die Spitze einer großen Bergbauernrevolte, der Kampf bekam den Charakter eines heiligen Kriegs gegen den russischen Eindringling. Er dauerte über ein Jahr, und einige Regionen wurden erst 1923/24 nach massiven Bombardierungen und Massakern an der Zivilbevölkerung »befriedet«.[184]

Nach drei Jahren der Unabhängigkeit unter einer menschewistischen Regierung wurde Georgien im Februar 1921 von der Roten Armee besetzt, blieb aber selbst nach dem Eingeständnis von Alexander Miasnikow, dem Sekretär des Komitees der bolschewistischen Partei Transkaukasiens, »eine ziemlich schwierige Angelegenheit«. Der magere Bestand der örtlichen bolschewistischen Partei, die es nach drei Jahren der Macht gerade einmal auf 10 000 Mitglieder gebracht hatte, sah sich konfrontiert mit einer stark antibolschewistischen Schicht von Intellektuellen und Adligen, die an die 100 000 Leute zählte, und mit einem noch recht gut funktionierenden Netz der Menschewiki, deren Partei noch 1920 über 60000 Mitglieder hatte. Trotz des Terrors der allmächtigen Tscheka von Georgien, die von Moskau weitgehend unabhängig war und von dem jungen Lawrenti Berija, einem vielversprechenden Polizeifunktionär von 25 Jahren, geführt wurde, gelang es den exilierten menschewistischen Parteiführern, Ende 1922 mit anderen antibolschewistischen Parteien zur Vorbereitung eines Aufstandes ein geheimes Komitee für die Unabhängigkeit Georgiens auf die Beine zu stellen. Am 28. August 1924 brach der Aufstand in der Kleinstadt Tschiatura aus und griff in wenigen Tagen auf fünf der 25 georgischen Distrikte über. Die Aufständischen waren zum größten Teil Bauern aus der Region Gurie. Mit einer Übermacht, die auf Artillerie und Flugzeuge zurückgreifen konnte, wurde der Aufstand in einer Woche niedergeschlagen. Sergo Ordschonikidse, der erste Sekretär des Komitees der bolschewistischen Partei Transkaukasiens, und Lawrenti Berija, nahmen den Aufstand zum Vorwand, um »den Menschewismus und den georgischen Adel ein für allemal niederzumachen«. Nach jüngst veröffentlichten Zahlen wurden vom 29. August bis zum 5. September 1924 12578 Menschen erschossen. Das Ausmaß der Repression war so groß, daß selbst das Politbüro dagegen protestierte. Von der Parteiführung bekam Ordschonikidse einen Verweis mit der Anweisung, ohne die ausdrückliche Erlaubnis des Zentralkomitees weder unverhältnismäßige Massenexekutionen noch politische Erschießungen durchzuführen. Trotzdem gingen die standrechtlichen Hinrichtungen noch monatelang weiter. »Vielleicht haben wir ein bißchen übertrieben, doch daran ist jetzt nichts mehr zu ändern!«[185] gab Sergo Ordschonikidse im Oktober 1924 vor dem Plenum des Moskauer Zentralkomitees zu.

Ein Jahr nach der Niederschlagung des georgischen Aufstandes vom Au-

gust 1924 startete das Regime eine großangelegte »Befriedungsoperation« in Tschetschenien, wo man einhellig davon ausging, daß die sowjetische Macht nicht existiert. Vom 27. August bis zum 15. September 1925 versuchten mehr als 10000 Mann der regulären rotarmistischen Truppen unter der Leitung von General Uborewitsch, mit Unterstützung von Sondereinheiten der GPU eine Entwaffnung der das Hinterland kontrollierenden tschetschenischen Partisanen durchzuführen. Zehntausende von Waffen wurden eingezogen und an die 1000 »Banditen« festgenommen. Angesichts des Widerstands in der Bevölkerung gab Unschlicht, der Leiter der GPU, zu, daß »die Truppen auf schwere Artillerie zurückgreifen und die widerspenstigsten Banditennester bombardieren mußten«. Nach dieser neuen »Befriedungsoperation«, die zu einer Zeit durchgeführt wurde, die man allgemein zum »Höhepunkt der NEP« zählt, beendete Unschlicht seinen Bericht folgendermaßen: »Wie die Erfahrung im Kampf gegen die *basmatschis* in Turkestan und gegen das Banditentum in der Ukraine, der Provinz Tambow und anderswo gezeigt hat, ist die militärische Repression nur dann wirksam, wenn sich eine gründliche Sowjetisierung des Landes an sie anschließt.«[186]

Seit dem Ende des Jahres 1926 scheint die GPU, die nach dem Tode ihres Gründers Dserschinski von dessen rechter Hand, dem ebenfalls aus Polen stammenden Wjatscheslaw Rudolfowitsch Menschinski, weitergeführt wurde, von Stalin erneut sehr beansprucht worden zu sein, diesmal zur Vorbereitung seiner politischen Offensive gegen Trotzki und Bucharin. Im Januar 1927 bekam die GPU die Anweisung, ihre Registrierung der »in sozialer Hinsicht gefährlichen und antisowjetischen Elemente« auf dem Lande zu beschleunigen. Innerhalb eines Jahres stieg die Zahl der registrierten Personen von 30 000 auf ungefähr 72 000. Im September 1927 startete die GPU in mehreren Provinzen eine Reihe von Verhaftungsaktionen gegen Kulaken und »in sozialer Hinsicht gefährliche Elemente«. Im nachhinein wirken diese Operationen wie Vorbereitungsübungen für die großen Kulaken-Razzien während der »Entkulakisierung« des Winters 1929/30.

Im Winter 1926/27 zeigte sich die GPU auch schwer aktiv bei der Jagd auf kommunistische Oppositionelle, die als »Sinowjewisten« oder »Trotzkisten« abgestempelt wurden. Registrierungen und Verfolgungen von kommunistischen Oppositionellen hat es schon sehr früh gegeben, bereits in den Jahren 1921/22. Im September 1923 hatte Dserschinski zur »Festigung der ideologischen Einheit der Partei« vorgeschlagen, daß die Kommunisten sich verpflichten sollten, der politischen Polizei alles mitzuteilen, was sie über bestehende Fraktionen und Splittergruppen innerhalb der Partei wissen. Dieser Vorschlag hatte bei manchen Parteifunktionären, darunter auch Trotzki, helle Empörung ausgelöst. Trotzdem wurde die Überwachung der Oppositionellen in den folgenden Jahren gang und gäbe. An der von Sinowjew durchgeführten Säuberung der kommunistischen Organisation von Leningrad im Januar/Februar 1926 waren die Dienstabteilungen der GPU maßgebend beteiligt. Die Oppositionellen wurden nicht nur aus der Partei

ausgeschlossen; mehrere hundert von ihnen wurden in ferne Städte verbannt, wo ihre Lage nach wie vor äußerst prekär war, denn niemand wagte ihnen eine Arbeit anzubieten. 1927 war ein Teil der GPU-Abteilungen monatelang mit der Jagd auf die oppositionellen Trotzkisten beschäftigt. Alle wurden registriert und Hunderte der aktiven Trotzkisten verhaftet und ohne gerichtliches Verfahren verbannt. Im November wurden die wichtigsten maßgeblichen Leute der Opposition - Trotzki, Sinowjew, Kamenew, Radek und Rakowski - aus der Partei ausgeschlossen und festgenommen. Alle diejenigen, die eine öffentliche Selbstkritik ablehnten, wurden verbannt. Am 19. Januar verkündete die *Prawda,* daß Trotzki und 30 weitere Oppositionelle Moskau verlassen und ins Exil nach Alma-Ata gehen. Ein Jahr später mußte Trotzki sogar die UdSSR verlassen. Aus einem der wichtigsten Begründer des bolschewistischen Terrors war ein »Konterrevolutionär« geworden. Damit begann eine neue Etappe, eingeleitet unter der Führung des neuen Parteichefs Stalin.

Anfang 1928, kurz nach der Beseitigung der trotzkistischen Opposition, beschloß die stalinistische Mehrheit des Politbüros, die Kampfpause mit der Gesellschaft, die sich immer mehr von dem Weg, den die Bolschewiki für sie vorgesehen hatten, zu entfernen schien, zu beenden. Wie zehn Jahre zuvor war der Hauptgegner immer noch die überwältigende Mehrheit der Bauern, die als feindliche, unkontrollierte und nicht kontrollierbare Masse empfunden wurden.

So begann der zweite Akt des Krieges gegen die Bauernschaft, der - wie der Historiker Andrea Graziosi mit Recht bemerkt - »sich trotzdem ziemlich vom ersten unterschied. Denn inzwischen lag die Initiative völlig in den Händen des Staates, und der gesellschaftliche Gegenspieler konnte nur noch auf die Angriffe gegen ihn reagieren, und zwar mit schwindender Kraft.«[187]

Auch wenn die Landwirtschaft sich im allgemeinen von der Katastrophe der Jahre 1918 bis 1922 erholt hatte, war der »Bauernfeind« Ende der zwanziger Jahre schwächer und der Staat stärker als zu Beginn des Jahrzehnts. Das ergibt sich beispielsweise aus der Tatsache, daß die Behörden über die Geschehnisse im Dorf bestens informiert waren, aber auch aus der Registrierung der »in sozialer Hinsicht fremden Elemente«, mit der die GPU ihre ersten Massenverhaftungen im Rahmen der Entkulakisierung problemlos durchführen konnte, aus der allmählichen und letztendlich völligen Ausrottung des »Banditentums«, aus der Entwaffnung der Bauern, der zunehmenden Präsenz von Reservisten bei militärischen Übungen und aus der Entwicklung eines stärkeren Schulnetzes. Der Briefwechsel zwischen den bolschewistischen Parteiführern und die stenographischen Notizen von den Diskussionen auf oberster Parteiebene machen deutlich, daß die stalinistische Führung - ebenso wie Bucharin, Rykow und Kamenew, die Gegner einer neuen Repressionswelle gegen die Bauern -, sich 1928 sehr wohl darüber im klaren war, was ein neuer Angriff auf die Bauernschaft bedeutete.

»Sie werden einen Bauernkrieg haben, so wie 1918/19«, warnte Bucharin. Stalin war dazu um jeden Preis bereit. Er wußte, daß dieses Mal das Regime als Sieger daraus hervorgehen würde.[188]

Die »Steuerertragskrise« von Ende 1927 lieferte Stalin den gesuchten Vorwand. Im November 1927 verzeichneten die Behörden, die mit dem Einzug der Naturalsteuer beauftragt waren, einen spektakulären Rückgang der Agrarlieferungen. Im Dezember waren die Zahlen noch katastrophaler, und im Januar 1928 mußte man sich den Tatsachen beugen: Trotz einer guten Ernte lieferten die Bauern nur 4,8 Millionen Tonnen statt - wie im vorangegangenen Jahr - 6,8 Millionen. Gründe für die Krise gab es mehrere: Das Fallen der vom Staat gezahlten Preise, die Teuerung für die wenigen Industrieprodukte, die es überhaupt gab, die Desorganisation der Steuereinzugsbehörden, die Kriegsgerüchte, kurz die allgemeine Unzufriedenheit der Bauernschaft im bezug auf das Regime. Stalin bezeichnete diese Krise sofort als »Kulakenstreik«.

Die stalinistische Führungsgruppe nahm dies sofort zum Anlaß für neue Beschlagnahmungen und eine ganze Reihe von repressiven Maßnahmen, die sich schon in den Zeiten des Kriegskommunismus bewährt hatten. Stalin begab sich persönlich nach Sibirien. Andere Parteiobere - Andrejew, Mikojan, Postyschew oder Kossior beispielsweise - fuhren in die übrigen großen Getreideanbaugebiete: die Schwarzerderegionen, die Ukraine und der nördliche Kaukasus. Am 14. Januar 1928 verfaßte das Politbüro ein Rundschreiben an die lokalen Behörden mit dem Befehl, »die Spekulanten, Kulaken und anderen Störer des Marktes und der Preispolitik zu verhaften«. »Bevollmächtigte« - schon allein der Ausdruck erinnerte an die Jahre 1918 bis 1921 mit ihren Beschlagnahmungen - und Kommandoeinheiten militanter Kommunisten wurden auf das Land geschickt, um die angeblich gegenüber den Kulaken allzu nachsichtigen lokalen Behörden auf Vordermann zu bringen und die versteckten Ernteüberschüsse ausfindig zu machen, notfalls mit Hilfe der armen Bauern, denen dafür ein Viertel des bei den »Reichen« gefundenen Korns versprochen wurde.

Zum Arsenal der Strafmaßnahmen für die Bauern, die ihre Agrarprodukte nicht fristgerecht und zu einem Drittel oder Viertel des regulären Marktpreises lieferten, gehörte die Erhöhung der ursprünglich festgesetzten Abgabemenge um das Doppelte, Drei- oder Fünffache. Auch der Artikel 107 des Strafgesetzbuches, der für alle preistreibenden Handlungen eine dreijährige Gefängnisstrafe vorsah, kam häufig zur Anwendung. Die Steuern für die Kulaken stiegen innerhalb von zwei Jahren um das Zehnfache. Auch die Märkte wurden geschlossen, eine Maßnahme, die ganz offensichtlich nicht nur die reichen Bauern traf. Innerhalb weniger Wochen war mit diesen Maßnahmen die Kampfpause zwischen dem Regime und der Bauernschaft, die seit 1922/23 so recht und schlecht gehalten hatte, beendet. Die Beschlagnahmungen und repressiven Maßnahmen bewirkten jedoch lediglich eine Verschärfung der Krise; für den Augenblick erreichten die Behörden mit

Gewalt einen Steuerertrag, der knapp unter dem von 1927 lag; doch im folgenden Jahr reagierten die Bauern wie in den Zeiten des Kriegskommunismus mit einer Reduzierung der Aussaat.[189]

Die »Steuerertragskrise« des Winters 1927/28 war entscheidend für alle weiteren Ereignisse; Stalin zog daraus nämlich eine ganze Reihe von Schlüssen für weitere notwendige Maßnahmen: die Errichtung von »Festungen des Sozialismus« auf dem Lande - riesigen Kolchosen und Sowchosen-, die Kollektivierung der Landwirtschaft, um die Agrarproduktion und die Produzenten direkt, ohne den Umweg über die Marktgesetze, kontrollieren zu können, und die endgültige Beseitigung der Kulaken, die »als Klasse zu liquidieren« waren.

1928 beendete das Regime auch die Kampfpause mit einer anderen gesellschaftlichen Gruppe: den *spetzys.* Dies waren »bürgerliche Spezialisten«, die aus der Intelligenzija des alten Regimes hervorgegangen waren und Ende der zwanziger Jahre noch den allergrößten Teil der Führungsstellen in den Betrieben und in der Verwaltung besetzten. In der Plenumssitzung des Zentralkomitees vom April 1928 wurde die Entdeckung eines »industrielle Sabotage« betreibenden Unternehmens bekanntgegeben. Es handelte sich um einen zum Donugol-Trust gehörenden Betrieb in der Schachty-Region, einem Steinkohlerevier im Donezbecken, der »bürgerliche Spezialisten« beschäftigte und Beziehungen zur westlichen Finanzwelt unterhielt. Wenige Wochen später mußten sich 53 Angeklagte, meistens Ingenieure und Betriebsdirektoren, im ersten öffentlichen Politprozeß seit dem Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre von 1922 verantworten. Elf der Angeklagten wurden zum Tode verurteilt und fünf hingerichtet. Dieser beispielgebende Prozeß, über den in der Presse ausführlich berichtet wurde, veranschaulichte einen der wichtigsten Mythen des Regimes: den des »in ausländischen Diensten stehenden Saboteurs«. Er wird in Zukunft dazu dienen, engagierte Mitarbeiter und Spitzel der GPU zu mobilisieren, alle wirtschaftlichen Schwächen zu »erklären«, aber auch die »Dienstverpflichtung« der Führungskräfte zu rechtfertigen, die für die später unter dem Namen *scharaschki* berühmt gewordenen neuen »Bausonderabteilungen der GPU« gebraucht wurden. Tausende von wegen Sabotage verurteilten Ingenieuren und Technikern saßen so ihre Strafe auf den Baustellen und in den Betrieben des ersten Fünfjahresplans ab. In den Monaten nach dem Schachty-Prozeß sorgte die Wirtschaftsabteilung der GPU besonders in der Ukraine für Dutzende von ähnlichen Fällen. Allein im Metallindustriekomplex Jugostal von Dnjepropetrowsk wurden im Mai 1928 112 Führungskräfte verhaftet.[190]

Die Führungskräfte der Industrie waren nicht die einzigen Opfer der weit um sich greifenden Anti-Spezialisten-Operation von 1928. Bei den unzähligen Säuberungskampagnen der Universitäten wurden zahlreiche Professoren und Studenten »sozial fremder« Herkunft vom Unterricht ausgeschlossen. Eine neue »rote und proletarische Intelligenzija« sollte gefördert werden.

Die verschärften Repressionen und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der letzten NEP-Jahre, die durch eine Zunahme der Arbeitslosigkeit und der Kriminalität geprägt waren, trieben die Zahl der strafrechtlichen Verurteilungen steil nach oben: 578000 im Jahre 1926, 709000 für 1927, 909000 für 1928 und 1178000 für 1929.[191] Um die Flut auf die Gefängnisse, die 1928 lediglich Platz für 150000 Häftlinge hatten, einzudämmen, traf die Regierung zwei wichtige Entscheidungen: Die erste schlug sich im Dekret vom 26. März 1928 nieder und sah vor, die kürzeren Gefängnisstrafen für die leichteren Delikte durch unbezahlte, der Umerziehung dienende Arbeit »in Betrieben, auf Baustellen oder in der Waldwirtschaft« zu ersetzen. Die zweite führte zum Dekret vom 27. Juni 1929 und hatte für die Zukunft weitreichende Konsequenzen. Sie sah nämlich vor, alle Häftlinge, die zu mehr als drei Jahren Freiheitsentzug verurteilt waren, in Arbeitslager zu bringen, deren Ziel es war, »die natürlichen Schätze der östlichen und nördlichen Landesteile gewinnbringend zu bewirtschaften«. Diese Idee lag schon seit mehreren Jahren in der Luft. Die GPU hatte mit einem großangelegten Programm zur Produktion von Holz für den Export begonnen und deshalb schon wiederholt bei der dem Volkskommissariat des Inneren unterstehenden obersten Gefängnisdirektion, welche die gewöhnlichen Gefängnisse verwaltete, zusätzliche Arbeitskräfte angefordert. Die »GPU-eigenen« Häftlinge der Sonderlager des Solowki-Archipels - 1928 waren es 38000 - konnten das vorgesehene Programm nämlich nicht realisieren.[192]

Die Vorbereitung des ersten Fünfjahresplans brachte die Fragen nach der Verteilung der Arbeitskräfte und der Bewirtschaftung der unwirtlichen, aber an Bodenschätzen reichen Regionen auf die Tagesordnung. In dieser Hinsicht konnte sich die bis jetzt nicht genutzte Arbeitskraft der Häftlinge, wenn sie geschickt eingesetzt würde, zu einem wahren Kapital entwickeln, über dessen Kontrolle und Verwaltung man zu Gewinn, Macht und Einfluß kommen konnte. Die maßgeblichen Leute der GPU, besonders Menschinski und sein Mitarbeiter Jagoda wußten sehr wohl, worum es ging. Mit Stalins Unterstützung hatten sie bereits im Sommer 1929 einen ehrgeizigen »Siedlungsplan« für die Narym-Region erarbeitet, ein 350000 km^2 großes Gebiet in der westsibirischen Taiga. Für diesen Plan forderten sie mit Vehemenz die sofortige Umsetzung des Dekrets vom 27. Juli 1929. In diesem Kontext reifte die Idee der »Entkulakisierung«, d.h. der Massendeportation aller sogenannten reichen Bauern, der Kulaken, die sich - wie man in offiziellen Kreisen glaubte - der Kollektivierung doch nur entschieden widersetzen würden.[193]

Trotzdem brauchten Stalin und seine Anhänger ein ganzes Jahr, um die Widerstände auszuräumen, die sich selbst innerhalb der Parteiführung gegen seine Politik formierten, eine Politik der Zwangskollektivierung, der Entkulakisierung und der verstärkt vorangetriebenen Industrialisierung; drei nicht voneinander zu trennende Programmpunkte, die auf eine brutale Umwandlung der Wirtschaft und Gesellschaft zielten. Grundlagen des Pro-

gramms waren die Unterbindung der Marktmechanismen, die Enteignung des Bauernlandes und die Bewirtschaftung der natürlichen Schätze der unwirtlichen Gegenden des Landes, weshalb Millionen von Verbannten, Entkulakisierten und anderen Opfern dieser »zweiten Revolution« zur Zwangsarbeit eingezogen werden sollten.

Die sogenannte »rechte« Opposition - hauptsächlich durch Rykow und Bucharin vertreten - war der Meinung, daß die Kollektivierung nur zu einer »militärisch-feudalistischen« Ausnutzung der Bauern, zu Bürgerkrieg, Terror, Chaos und Hungersnot führen würde; im April 1929 war ihr Widerstand gebrochen. Während des Sommers 1929 waren die »Rechten« täglich Angriffen einer ungewöhnlich starken Pressekampagne ausgesetzt gewesen. Man beschuldigte sie der »Zusammenarbeit mit kapitalistischen Gruppen« und der »Komplizenschaft mit den Trotzkisten«. Völlig diskreditiert, übten sie im November 1929 in der Plenumsversammlung des Zentralkomitees öffentliche Selbstkritik.

Während die Anhänger und Gegner der NEP heftig über die Frage stritten, ob diese Politik aufzugeben sei oder nicht, geriet das Land in eine immer tiefere wirtschaftliche Krise. Die Erntezahlen von 1928/29 waren katastrophal. Trotz des systematischen Rückgriffs auf eine ganze Reihe von erzieherischen Maßnahmen für die gesamte Bauernschaft - hohe Geld-und Gefängnisstrafen für diejenigen, die sich weigerten, ihre Produkte dem Staat zu verkaufen - brachte die Steuereinzugskampagne vom Winter 1928/ 29 erheblich weniger Getreide ein als im Vorjahr und sorgte für ein äußerst gespanntes Klima auf dem Lande. Die GPU registrierte für die Zeit vom Januar 1928 bis Dezember 1929, d.h. vor der Zwangskollektivierung, auf dem Lande mehr als 1300 Krawalle und »Massenkundgebungen«, bei denen Zehntausende von Bauern verhaftet wurden. Und noch eine für das Klima im Lande sehr aufschlußreiche Zahl: 1929 wurden mehr als 3200 sowjetische Beamte Opfer von »terroristischen Gewaltakten«. Im Februar 1929 kamen in den Städten wieder die Lebensmittelkarten auf; sie waren seit dem Beginn der NEP verschwunden gewesen. Nachdem die Behörden einen Großteil der kleinen Läden und der Verkaufsstellen der Handwerksbetriebe als »kapitalistische« Unternehmen geschlossen hatten, war in den Städten eine allgemeine Warenknappheit aufgekommen.

Für Stalin war die kritische Situation der Landwirtschaft eine Folge der Machenschaften der Kulaken und anderer feindlicher Kräfte, welche »die Unterminierung des sowjetischen Regimes« vorbereiteten. Worum es ging, war klar: die »bäuerlichen Kapitalisten« oder die Kolchosen! Im Juni 1929 verkündete die Regierung den Beginn einer neuen politischen Phase, die der »Massenkollektivierung«. Die Ziele des ersten Fünfjahresplans, der im April vom XVI. Parteitag verabschiedet worden war, wurden erweitert. Ursprünglich sah der Plan für die nächsten fünf Jahre die Kollektivierung von fünf Millionen Kleinbetrieben vor, das entsprach in etwa einem Fünftel der wirtschaftsfläche. Im Juni kündigte man an, daß man allein im Jahre 1930

acht Millionen Kleinbetriebe kollektivieren wolle; im September war die Rede von 13 Millionen! Im Sommer 1929 mobilisierten die Behörden zur Unterstützung der lokalen Parteifunktionäre und der GPU-Vertreter Zehntausende von Kommunisten, Gewerkschaftern, Mitgliedern der kommunistischen Jugendverbände (der Komsomols), Arbeitern und Studenten und schickte sie auf die Dörfer. Der Druck auf die Bauern wurde stärker, und die lokalen Parteiverbände versuchten sich gegenseitig mit Kollektivierungsrekorden zu übertreffen. Am 31. Oktober 1929 rief die *Prawda* zur »totalen Kollektivierung« auf, der Bewegung sollten keine Grenzen mehr gesetzt werden. Eine Woche später veröffentlichte Stalin zum Gedenken an den zwölften Jahrestag der Revolution seinen berühmten Artikel »Die große Wende«, der auf einer völligen Fehleinschätzung beruhte. Denn ihm zufolge hatte sich »der Durchschnittsbauer von sich aus den Kolchosen zugewandt«. Die Zeit der NEP war vorbei.

7

Zwangskollektivierung und Entkulakisierung

Wie die heute zugänglichen Archive bestätigen, war die Zwangskollektivierung des Agrarlandes ein regelrechter Krieg des Sowjetstaates gegen eine ganze Nation von kleinen Betrieben. Mehr als zwei Millionen Bauern wurden deportiert, darunter 1,8 Millionen zwischen 1930 und 1931. Sechs Millionen verhungerten und Hunderttausende starben während der Deportation. Diese Zahlen lassen ahnen, was für eine menschliche Tragödie dieser »Großangriff« auf die Bauernschaft gewesen ist. Der Krieg war mit dem Winter 1929/30 keineswegs zu Ende, sondern dauerte mindestens bis in die Mitte der dreißiger Jahre. Sein Höhepunkt war die furchtbare Hungersnot von 1932/33, welche die Behörden mit Absicht verursacht hatten, um den Widerstand der Bauern zu brechen. Mit der Gewalt gegen die Bauern sammelte man Erfahrung mit Methoden, die später gegen andere soziale Gruppen eingesetzt wurden. In dieser Hinsicht steht die Gewalt für eine entscheidende Entwicklungsphase des stalinistischen Terrors.

In seinem Bericht für das Plenum des Zentralkomitees vom November 1929 hatte Wjatscheslaw Molotow erklärt: »Die Frage nach den einzelnen Etappen der Kollektivierung stellt sich nicht im Rahmen des Planes. [...] Es bleiben uns noch November, Dezember, Januar, Februar und März, das sind viereinhalb Monate, in denen wir, wenn die Imperialisten uns nicht direkt angreifen, auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Kollektivierung einen entscheidenden Durchbruch schaffen müssen.« Das Plenum stimmte dieser Flucht nach vorn zu. Eine Kommission erarbeitete einen neuen Kollektivierungszeitplan, der nach mehreren Erweiterungen am 5. Januar 1930 öffentlich verkündet wurde. Die Kollektivierung im nördlichen Kaukasus und in den unteren und mittleren Wolga-Gebieten sollte bereits im Herbst 1930 abgeschlossen sein; die der anderen Getreideanbaugebiete ein Jahr später.[94]

Am 27. Dezember 1929 hatte Stalin schon den Übergang »von der Begrenzung der ausbeuterischen Tendenzen der Kulaken zur Liquidierung der Kulaken als Klasse« angekündigt. Eine von Molotow geleitete Kommission des Politbüros wurde beauftragt, die praktischen Maßnahmen dieser Liquidierung zu erarbeiten. Die Kulaken wurden in drei Kategorien eingeteilt: Die der ersten Kategorie waren »in konterrevolutionäre Aktivitäten verwickelt«. Sie sollten verhaftet und in die Arbeitslager der GPU gebracht oder - bei Widerstand - hingerichtet werden. Ihre Angehörigen sollten deportiert

und der Besitz beschlagnahmt werden. Die Kulaken der zweiten Kategorie zeigten der Definition nach »eine weniger starke Opposition, sind aber dennoch fürchterliche Ausbeuter und neigen deshalb natürlich dazu, die Konterrevolution zu unterstützen«. Sie sollten verhaftet und mitsamt ihren Familien in entlegene Gebiete des Landes deportiert werden. Die Kulaken der dritten Kategorie galten als »loyal gegenüber dem Regime«. Sie waren am Rand der Distrikte, in denen sie lebten, anzusiedeln, »außerhalb der kollektivierten Zonen, auf Feldern, die eine Bodenverbeserung benötigen«. Das Dekret legte fest, daß »die Zahl der innerhalb von vier Monaten zu liquidierenden Kulaken-Betriebe [...] - gemessen an der Gesamtzahl aller Betriebe - zwischen 3 und 5 % liegt«. Diese Zahl sollte als Richtlinie für die Operationen der Entkulakisierung dienen.[195]

Die Operationen wurden in jedem Distrikt von einer Troika, bestehend aus dem ersten Sekretär des Parteikomitees, dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der Sowjets und dem lokalen Vertreter der GPU, koordiniert und von Kommissionen und Brigaden der Entkulakisierung vor Ort durchgeführt. Die Liste der Kulaken der ersten Kategorie, die nach dem vom Politbüro festgelegten »Richtplan« 60000 Familienvorstände umfaßte, war allein Sache der politischen Polizei. Die anderen Listen wurden vor Ort erstellt, unter Berücksichtigung der von den »Aktivisten« des Dorfes stammenden »Hinweise«. Wer waren diese Aktivisten? Sergo Ordschonikidse, einer von den engsten Mitarbeitern Stalins, beschrieb sie folgendermaßen: »Da es im Dorf kaum engagierte Parteianhänger gab, hat man einen *jungen Kommunisten* hingesetzt und ihm zwei oder drei arme Bauern zur Seite gestellt. Dieser *aktiv* (Aktivistengruppe) hatte alle Angelegenheiten des Dorfes zu regeln: Kollektivierung und Entkulakisierung.«[196] Die Anweisungen waren klar: möglichst viele Betriebe kollektivieren und die als Kulaken abgestempelten Widerspenstigen festnehmen.

Solche Praktiken luden natürlich zu Mißbräuchen und zu privaten Rechnungsbegleichungen regelrecht ein. Wie sollte man den Kulaken definieren? Den Kulaken der zweiten oder den der dritten Kategorie? Im Januar und Februar 1930 konnte man die für einen Kulaken-Betrieb gültigen Kriterien, die von diversen Ideologen und Wirtschaftsexperten der Partei nach vielen Diskussionen in den Jahren zuvor sorgfältig erarbeitet worden waren, nicht mehr anwenden. Während des letzten Jahres waren nämlich die Betriebe der Kulaken durch die immer drückendere Steuerlast stark verarmt. Weil die äußeren Zeichen des Reichtums fehlten, mußten die Kommissionen auf meist alte und unvollständige Steuerlisten, die vom Dorfsowjet aufbewahrt worden waren, auf Informationen der GPU oder auf die Denunziationen der Nachbarn, die hierin eine willkommene Möglichkeit zur Plünderung fremden Besitzes sahen, zurückgreifen. Anstatt den Besitz genau und detailliert aufzulisten und dann an den unveräußerlichen Fonds der Kolchose weiterzuleiten, wie es offiziell angeordnet war, handelten die Brigaden der Entkulakisierung nämlich nach dem Motto: »Essen wir und trin-

ken wir! Alles gehört uns.« Hier nun ein Bericht der GPU aus der Provinz Smolensk: »Die Entkulakisierer nahmen den reichen Bauern ihre Winterkleider und warme Unterwäsche und als erstes ihre Schuhe. Sie ließen den Kulaken in der Unterhose stehen und nahmen alles, auch die alten Schuhe aus Gummi, die Frauenkleider, den Tee für 50 Kopeken, Schürhaken, Krüge … Die Brigaden konfiszierten alles, auch die kleinen Kissen, auf denen die Kinder ihren Kopf liegen hatten. Sie holten die Kascha[197] vom Herd und schütteten sie über die zerbrochenen Ikonen.«[198] Die Anwesen der entkulakisierten Bauern wurden oft einfach geplündert oder für einen lächerlichen Preis versteigert; Holzhütten wurden für 60 Kopeken von den Mitgliedern der Entkulakisierungsbrigaden gekauft, Kühe für 15 Kopeken, d.h. zu Preisen, die zwischen einem Hundertstel und einem Tausendstel des realen Wertes lagen! Die Plünderungsmöglichkeiten waren unbegrenzt, und oft diente die Entkulakisierung auch als Vorwand, mit einem Gegner abzurechnen.

Unter solchen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß in manchen Distrikten 80 bis 90 % der entkulakisierten Bauern *seredniaki,* Bauern der mittleren Schicht, gewesen sind. Den für die Anzahl der Kulaken vorgegebenen »Richtwert« der lokalen Behörden mußte man schon erreichen, wenn nicht gar übertreffen! Es wurden Bauern verhaftet und deportiert, weil sie im Sommer Korn auf dem Markt verkauft oder in den Jahren 1925 oder 1926 zwei Monate lang einen Arbeiter beschäftigt hatten, oder weil sie zwei Samoware besassen oder im September 1929 ein Schwein geschlachtet hatten, »in der Absicht es zu essen und es so im Blick auf die sozialistischen Beschlagnahmungen zu unterschlagen«. Der eine Bauer wurde verhaftet, weil er angeblich »Geschäfte gemacht«, in Wahrheit jedoch nur seine eigenen Erzeugnisse verkauft hatte. Der andere wurde deportiert, weil sein Onkel angeblich ein zaristischer Offizier gewesen war. Wieder ein anderer wurde wegen seiner eifrigen Kirchenbesuche als Kulak abgestempelt. Aber meistens wurde man bereits als Kulak eingestuft, wenn man sich öffentlich gegen die Kollektivierung geäußert hatte. Die Verwirrung in den Brigaden grenzte manchmal ans Absurde. So wurde - um nur ein Beispiel zu nennen - in einer ukrainischen Ortschaft ein *seredniak,* der Mitglied einer Entkulakisierungsbrigade war, von Vertretern einer am anderen Ortsende operierenden Entkulakisierungsbrigade als Kulak verhaftet!

Trotzdem: nach einer ersten Phase, die manche zur Begleichung alter Rechnungen oder einfach zum Plündern nutzten, schloß sich die Dorfgemeinschaft wieder gegen die »Entkulakisierer« und »Kollektivierer« zusammen. Im Januar 1930 registrierte die GPU 402 Revolten und »Massenkundgebungen« der Bauern gegen die Kollektivierung und Entkulakisierung. Im Februar waren es 1048 und im März 6528.[199]

Dieser massive und unerwartete Widerstand der Bauern zwang die Regierung, für den Augenblick ihre Pläne zu ändern. Am 2. März 1930 veröffentlichten alle sowjetischen Zeitungen Stalins berühmten Artikel »Der Rausch

des Erfolgs«, in dem er »die zahlreichen Verletzungen des Freiwilligkeitsprinzips der Bauern bei ihrer Mitgliedschaft in den Kolchosen« verurteilte und die lokalen Funktionäre mit ihrer »Erfolgssucht« für alle Auswüchse im Zusammenhang mit der Kollektivierung und Entkulakisierung verantwortlich machte. Die Auswirkungen des Artikels waren sofort zu spüren: allein im März verließen mehr als fünf Millionen Bauern die Kolchosen. Es kam zu einem unendlichen Chaos, denn die ehemaligen Besitzer holten sich oft mit Gewalt ihre Geräte und ihr Vieh zurück. Den ganzen März hindurch erreichten die zentralen Behörden Berichte von der GPU über Massenerhebungen in der westlichen Ukraine, im zentralen Teil des Schwarzerdegebiets, im nördlichen Kaukasus und in Kasachstan. Insgesamt zählte die GPU in diesem kritischen Monat mehr als 6500 »Massenkundgebungen«, von denen mehr als 800 »mit Waffengewalt niedergeschlagen« werden mußten. Bei diesen Vorfällen sind mehr als 1500 Beamte umgebracht, verletzt oder verprügelt worden. Über die Zahl der Opfer unter den Aufständischen ist nichts bekannt, sie dürfte bei mehreren tausend liegen.[200]

Anfang April mußte sich die Regierung zu neuen Konzessionen durchringen. Sie schickte mehrere Rundbriefe an die lokalen Behörden, in denen für die Kollektivierung ein langsameres Tempo angeordnet wurde. Außerdem räumte sie ein, daß eine »regelrechte Welle von Bauernkriegen« und die »physische Vernichtung jedes zweiten Lokalbeamten der sowjetischen Macht« drohen. Im April ging die Zahl der Bauernaufstände und -kundgebungen zurück, war jedoch mit 1992 von der GPU registrierten Fällen immer noch beträchtlich. Im Sommer sank sie schließlich rapide: 886 Revolten im Juni, 618 im Juli und 256 im August. Insgesamt haben im Jahre 1930 rund 2,5 Millionen Bauern an etwa 14000 Revolten, Unruhen und Massenkundgebungen gegen das Regime teilgenommen. Die am stärksten betroffenen Gegenden waren die Schwarzerdegebiete, der nördliche Kaukasus und die Ukraine, insbesondere die westliche Ukraine, wo ganze Distrikte, vor allem an den Grenzen zu Polen und Rumänien, sich der Kontrolle des Regimes entzogen hatten.[201]

Eine Besonderheit bei diesen Bewegungen war die Schlüsselrolle der Frauen: in der Hoffnung, daß sie nicht allzu harte Repressionen erleiden würden, wurden sie als Erste in den Kampf geschickt.[202] Mit den Demonstrationen der Bäuerinnen gegen die Schließung der Kirchen oder die das Überleben ihrer Kinder bedrohende Kollektivierung der Milchkühe wurden vor allem die Behörden angegriffen. Es kam aber auch zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Einheiten der GPU und mit Gabeln und Äxten bewaffneten Bauerngruppen. Hunderte von Sowjetgebäuden wurden geplündert, die Bauernkomitees übernahmen für einige Stunden oder Tage die Verwaltung der Stadt und erstellten eine völlig ungeordnete Liste mit ihren Forderungen: Rückgabe der beschlagnahmten Geräte und Tiere, Auflösung der Kolchose, Wiedereinführung der Handelsfreiheit, Wiedereröffnung der Kirche, Rückgabe des Kulakenbesitzes an die Kulaken, Rückkehr der depor-

tierten Bauern, Abschaffung der bolschewistischen Macht und... die Wiederherstellung der »unabhängigen Ukraine«.[203]

Auch wenn es den Bauern vor allem im März und April gelungen war, die Pläne der Regierung für eine schnellere Kollektivierung zu durchkreuzen, dauerten ihre Erfolge doch nicht lang. Im Gegensatz zu den Aufständen von 1920/21 schafften sie es nicht, eine geeignete Organisation auf die Beine zu stellen, Anführer zu finden und sich wenigstens auf regionaler Ebene zu einem Bund zusammenzuschließen. Es fehlte ihnen an Zeit, denn die Regierung reagierte schnell, an Führungskräften, denn der Bürgerkrieg hatte die Reihen stark gelichtet, an Waffen, denn in den zwanziger Jahren waren diese nach und nach alle konfisziert worden. Und so zogen sich die Bauernrevolten gefährlich in die Länge.

Die Repressalien waren furchtbar. Allein in den Grenzdistrikten der westlichen Ukraine führte die »Säuberung von konterrevolutionären Elementen« Ende März 1930 zu mehr als 15 000 Festnahmen. Außerdem wurden in den 40 Tagen vom 1. Februar bis 15. März in der Ukraine weitere 26000 Menschen von der GPU verhaftet, 650 von ihnen wurden hingerichtet. Laut Angaben der GPU wurden im Jahre 1930 allein von den sondergerichtlichen Instanzen der politischen Polizei 20200 Menschen zum Tode verurteilt.[204]

Während die Repression gegen die »konterrevolutionären Elemente« weiterging, kam die GPU der Anordnung Nr. 44/21 von Jagoda nach und verhaftete 60 000 Kulaken der ersten Kategorie. Nach den täglich bei Jagoda eingegangenen Berichten zu schließen, gingen die Operationen gut voran: Der erste Bericht vom 6. Februar meldet 15 985 Verhaftungen. Bis zum 9. Februar waren - wie die GPU selbst formulierte - 25 245 Menschen »aus dem Verkehr gezogen«. Der »Geheimbericht« *(spetzswodka)* vom 15. Februar machte genaue Angaben: »Bei den Liquidierungen - die aus dem Verkehr gezogenen Einzelpersonen und die Massenoperationen zusammengenommen - kommen wir auf eine Gesamtzahl von 64589; bei den Vorbereitungsmaßnahmen 52 166 Liquidierungen (Einzelpersonen), bei den Massenoperationen 12423.« In wenigen Tagen war das »Plansoll« von 60000 Kulaken der ersten Kategorie überschritten worden.[205]

In Wahrheit waren es nicht nur die Kulaken, die »aus dem Verkehr gezogen« wurden. Lokale Vertreter der GPU hatten die Gelegenheit genutzt, ihre Distrikte von »in sozialer Hinsicht fremden Elementen« zu »reinigen«. Darunter verstand man »Polizisten des alten Regimes«, »weiße Offiziere«, »Geistliche«, »Nonnen«, »Bauern mit Handwerksbetrieben«, ehemalige »Händler«, »Mitglieder der dörflichen Intelligenzija« und »andere«. Am Schluß des Berichtes vom 15. Februar 1930, der die verschiedenen Kategorien derjenigen auflistete, die im Zusammenhang mit der Liquidierung der Kulaken erster Klasse verhaftet wurden, schrieb Jagoda:

»Leningrad und die Gegenden im Nordosten haben unsere Anweisungen nicht verstanden oder nicht verstehen wollen; *Wir müssen sie dazu zwingen.* m Augenblick säubern wir die Gebiete nicht von Popen, Händlern und ›an-

deren‹. Wenn sie von ›anderen‹ reden, heißt es, daß sie nicht wissen, *wen sie verhaften.* Wir werden noch beliebig viel Zeit haben, um uns die Popen und Händler vom Halse zu schaffen. Heute gilt es, das Ziel genau zu treffen, d. h. die *Kulaken* und die konterrevolutionären Kulaken.«[206] Wie viele von denen, die im Zusammenhang mit der »Liquidierung der Kulaken der ersten Kategorie« verhaftet worden sind, wurden wohl hingerichtet? Bis jetzt gibt es dazu keine Informationen.

Die Kulaken der »ersten Kategorie« machten sicherlich einen Großteil der ersten Häftlingsgruppen aus, die in die Arbeitslager deportiert worden sind. Schon im Sommer 1930 hatte die GPU ein riesiges Netz von Lagern aufgebaut. Der ursprüngliche Gefängniskomplex auf den Solowki-Inseln dehnte sich weiterhin an der Weißmeer-Küste aus, von Karelien bis in die Gegend von Archangelsk. Mehr als 40000 Häftlinge bauten die Straße von Kern nach Uchta und übernahmen den größten Teil der Holzproduktion; der Export des Holzes wurde über den Hafen von Archangelsk abgewickelt. Die etwa 40 000 Gefangenen des nördlichen Lagerverbandes wurden beim Bau der über 300 Kilometer langen Eisenbahnlinie zwischen Ust, Sysolsk und Pinjug und der 290 Kilometer langen Straße zwischen Ust, Sysolsk und Uchta eingesetzt. Die 15000 Häftlinge des fernöstlichen Lagerverbandes stellten ausschließlich die Arbeitskräfte für den Bau der Eisenbahnlinie nach Bogutschatschinsk. Ein vierter Lagerverband, der von Witschera, lieferte mit seinen ungefähr 25000 Lagerinsassen die Arbeitskräfte für den Bau des großen Chemiekombinats von Beresniki im Ural-Gebiet. Und schließlich noch die 24000 Häftlinge des sibirischen Lagerverbandes, die am Bau der Eisenbahnlinie Tomsk-Jenisseisk und des Hüttenkombinats von Kusnetsk beteiligt waren.[207]

Innerhalb von anderthalb Jahren, von Ende 1928 bis zum Sommer 1930, stieg die Zahl der in den Lagern der GPU ausgebeuteten Strafarbeiter von 40000 auf 140000, das entspricht einer Zunahme um das 3,5fache. Der erfolgreiche Einsatz der Zwangsarbeiter spornte die Regierung zu neuen Großprojekten an. Im Juni 1930 beschloß die Regierung den Bau eines 240 Kilometer langen Kanals zwischen der Ostsee und dem Weißen Meer, der zum großen Teil durch Granitgestein zu graben war. Wegen der fehlenden technischen Mittel und Maschinen benötigte man für dieses Pharaonenprojekt mindestens 120000 Zwangsarbeiter, die an Werkzeug lediglich Spitzhacken, Schaufeln und Schubkarren zur Verfügung hatten. Doch im Sommer 1930 waren Zwangsarbeiter - obwohl die Entkulakisierung voll im Gange war - nach wie vor Mangelware!

Die Massen der Entkulakisierten waren nämlich so groß - mehr als 700000 Ende 1930 und mehr als 1 800000 Ende 1931[208] -, daß man mit den erforderlichen »Aufstockungen des Personals nicht nachkam«. Die Deportationsoperationen der meisten Kulaken der sogenannten »zweiten« und »dritten« Kategorie liefen völlig improvisiert und chaotisch ab und führten zur völlig neuen Form der »Deportationsaussetzung«, einer Deportation mit

anschließender Aussetzung der Deportierten. Die wirtschaftliche Rentabilität für die Behörden war gleich null. Dabei war die Bewirtschaftung der unwirtlichen, aber an natürlichen Ressourcen reichen Landesregionen eines der Hauptziele der Entkulakisierung.[209]

Bereits Anfang Februar begann man mit den Deportationen der Kulaken der zweiten Kategorie. Laut einem vom Politbüro bewilligten Plan sollten in einer ersten Phase bis Ende April 60000 Familien deportiert werden. Der Norden sollte 45 000 und der Ural 15 000 Familien aufnehmen. Doch am 16. Februar erhielt Eiche, der erste Sekretär des regionalen Parteikomitees von Westsibirien, folgendes Telegramm von Stalin: »Es kann nicht akzeptiert werden, daß Sibirien und Kasachstan angeblich keine Deportierten aufnehmen können. Sibirien muß bis Ende April unbedingt 15 000 Familien aufnehmen.« In seinem Antwortschreiben nach Moskau schickte Eiche einen ungefähren »Kostenvoranschlag« über die »Ansiedlung« des geplanten Kontingents von Deportierten, der bei 40 Millionen Rubel lag. Er hat diese Summe nie erhalten![210]

Deshalb fehlte bei den Deportationsoperationen jegliche Koordination zwischen den verschiedenen Gliedern der Kette. Die verhafteten Bauern wurden wochenlang in notdürftig hergerichteten Räumen - Kasernen, öffentlichen Gebäuden, Bahnhöfen - zusammengepfercht. Vielen von ihnen gelang die Flucht. Die GPU hatte für die erste Phase 240 Züge mit je 53 Waggons vorgesehen. Nach den von der GPU festgelegten Normen bestand jeder Zug aus 44 Güterwagen für jeweils vierzig Deportierte, acht Wagen für den Transport von Werkzeugen, Proviant und den wenigen Habseligkeiten der Deportierten, die auf 480 Kilo pro Familie beschränkt waren, sowie einem Wagen für die Wächter. Diese Züge kamen jedoch nur vereinzelt an, wie der heftige Briefwechsel zwischen der GPU und dem Volkskommissariat für das Transportwesen verrät. In den großen Rangierbahnhöfen von Wologda, Kotlas, Rostow, Swerdlowsk und Omsk blieben die Züge mit ihrer Menschenladung wochenlang stehen. Bei diesen ausgedehnten Aufenthalten waren diese Züge mit den Geächteten, unter denen sich zahlreiche Frauen, Kinder und ältere Leute befanden, von der einheimischen Bevölkerung natürlich nicht zu übersehen. Davon zeugen die vielen Gemeinschaftsbriefe, die unterschrieben vom »Kollektiv der Arbeiter und Angestellten von Wologda« oder »von den Bahnarbeitern aus Kotlas« nach Moskau geschickt wurden und in denen das »Massaker an den Unschuldigen« angeprangert wurde.[211]

In den bei hochwinterlichen Temperaturen auf Nebengleisen stehenden Zügen warteten die Deportierten darauf, einem neuen »Siedlungsort« zugewiesen zu werden. Über die Sterblichkeitsrate der bei Kälte, mangelnder Hygiene und Seuchen ausharrenden Menschen gibt es für die Jahre 1930/31 nur wenige Zahlen.

Wenn ein Zug am Zielbahnhof ankam, wurden die arbeitsfähigen Männer oft von ihren Familien getrennt. Die Familien wurden provisorisch in schnell

zurechtgezimmerten Barackenlagern untergebracht, und die Männer in bewachten Kolonnen zu den »Siedlungsorten« gebracht, die nach den offiziellen Anweisungen »abseits von den Verkehrswegen« zu liegen hatten. Die endlose Reise setzte sich also noch Hunderte von Kilometern fort, mit oder ohne Familie, im Winter mit Schlitten, im Sommer im Karren oder zu Fuß. Den äußeren Umständen nach glich diese letzte Reiseetappe der »Kulaken der zweiten Kategorie« oft der Deportation der »Kulaken der dritten Kategorie«, die »innerhalb ihrer Region« in Gebiete umgesiedelt wurden, deren Boden einer Verbesserung bedurfte - Gebiete, die sich in Sibirien oder am Ural über mehrere Hunderttausend Quadratkilometer erstreckten. Wie die Behörden des westsibirischen Distrikts Tomsk am 7. März 1930 berichteten, »sind die ersten Kontingente von Kulaken der dritten Kategorie mangels Pferden, Schlitten und Geschirr zu Fuß angekommen. [...] Die den Kontingenten zugeteilten Pferde sind generell ungeeignet für Strecken über 300 oder noch mehr Kilometer, weil bei der Aufstellung der Kolonnen alle guten Pferde der zu Deportierenden durch Schindmähren ersetzt wurden. [...] Unter diesen Umständen kommt das Mitführen von Gepäck oder Proviant für zwei Monate, worauf die Kulaken Anspruch haben, nicht in Frage. Es fragt sich, was aus den Kindern und Alten werden soll, die 50% der Kolonne ausmachen.[212]

In einem anderen, ähnlich lautenden Bericht des Zentralexekutivkomitees von Westsibirien werden die Anweisungen der GPU, 4902 Kulaken der dritten Kategorie aus zwei Distrikten der Provinz Nowossibirsk wegzubringen, für sinnlos und nicht durchführbar erklärt: »Für den 370 Kilometer langen Transport auf den schlechten Straßen wären allein für die 8560 Tonnen Getreide und Viehfutter, auf welche die zu Deportierenden für ihre ›Reise und Ansiedlung‹ theoretisch Anspruch haben, 28909 Pferde und 7227 Wächter (ein Wächter für vier Pferde) nötig.« Der Bericht kam zu der Schlußfolgerung, daß »die Durchführung einer solchen Operation die Frühlingsaussaat gefährden würde, denn die erschöpften Pferde brauchten eine lange Erholungspause. [...] Deshalb ist die Proviantmenge, die die zu Deportierenden mitführen dürfen, unbedingt zu verringern.«[213]

Die Deportierten mußten sich also ohne Proviant und Werkzeug ansiedeln. Auch eine Unterkunft wurde ihnen meistens nicht gestellt. In einem Bericht vom September 1930 aus der Gegend von Archangelsk wird zugegeben, daß von den 1641 für die Deportierten »vorgesehenen« Wohnungen lediglich sieben gebaut worden waren! Die Deportierten ließen sich auf einem Flecken Land mitten in der Steppe oder Taiga nieder. Die Glücklichen, die einige Werkzeuge mitnehmen konnten, versuchten, sich ein kleines Obdach zu bauen, meistens die traditionelle *zemlianka,* ein einfaches mit Ästen zugedecktes Erdloch. In manchen Fällen, wenn die Deportierten sich zu Tausenden in der Nähe einer Großbaustelle oder geplanten Industrieanlage niederzulassen hatten, wurden sie in schlichten Barackenanlagen untergebracht, immer mehrere hundert in einer Baracke mit drei Betten übereinander.

Wie viele von den 1 803 392 Menschen, die nach offiziellen Angaben im Rahmen der »Entkulakisierung« von 1930/31 deportiert worden waren, sind in den ersten Monaten ihres »neuen Lebens« verhungert oder erfroren? Im Archiv von Nowossibirsk wurde ein ergreifendes Dokument vom Mai 1933 aufbewahrt: Es ist ein an Stalin gerichteter Bericht eines Schulungsleiters des Parteikomitees von Narym in Westsibirien über das Schicksal von mehr als 6000 Menschen, die in zwei Zügen von Moskau und St. Petersburg nach Sibirien gebracht worden waren. Obwohl das Dokument aus einer späteren Zeit stammt und eine andere Kategorie von Deportierten betrifft, nämlich nicht die Bauern, sondern »deklassierte Elemente«, die ab Ende 1932 aus der neuen »sozialistischen Stadt« verjagt worden sind, schildert das Dokument eine Situation, die sicherlich keine Ausnahme war und mit dem Ausdruck »Deportationsaussetzung« sicherlich treffend bezeichnet ist.

Hier folgen einige Ausschnitte aus diesem schrecklichen Zeugnis:

»Am 29. und 30. April 1933 wurden uns zwei Züge mit deklassierten Elementen aus Moskau und Leningrad geschickt. Nach der Ankunft in Tomsk wurden diese Elemente mit Schleppkähnen auf die beim Zusammenfluß von Ob und Nasina liegende Insel Nasino gebracht, der erste Zug am 18., der zweite am 26. Mai. Mit dem ersten Zug kamen 5070 und mit dem zweiten 1044 Personen, insgesamt also 6114. Die Transportbedingungen waren grauenhaft: die Nahrung war schlecht und unzureichend, nicht genügend Luft und Platz und die Schwächsten wurden regelrecht schikaniert. [...] Folge: Eine Sterblichkeitsrate von 35 bis 40 Menschen pro Tag. Doch diese Lebensbedingungen waren noch der reinste Luxus, gemessen an dem, was die Deportierten auf der Insel Nasino erwartete (von dort sollten sie gruppenweise die Nasina hinauf zum Endziel, den Siedlungssektoren, gebracht werden). Auf der Insel Nasino gibt es keinerlei Zivilisation und nicht die geringste Wohnmöglichkeit. [...] kein Werkzeug, kein Saatgut, keine Nahrung ... Das neue Leben begann. Am 19. Mai, einen Tag nach der Ankunft des ersten Zuges, fing es an zu schneien, und es kam Wind auf. Ausgehungert, abgemagert, ohne Dach und Werkzeug [...] befanden sich die Deportierten in einer ausweglosen Situation. Sie konnten nur Feuer anmachen und versuchen, sich vor der Kälte zu schützen. Die ersten Menschen starben. [...] Am ersten Tag wurden 295 Leichen begraben. [...] Erst am vierten oder fünften Tag nach der Ankunft der Deportierten auf der Insel, schickten die Behörden per Schiff ein bißchen Mehl, ein paar hundert Gramm pro Person. Die Leute rannten mit ihrer mageren Portion an den Strand und versuchten, das wenige Mehl in ihren Pelzmützen, Hosen oder Jacken mit Wasser anzurühren. Doch die meisten der Deportierten versuchten das Mehl so zu essen, wie sie es bekommen hatten, und erstickten vielfach dabei. Während des ganzen Aufenthalts auf der Insel bekamen die Deportierten lediglich ein bißchen Mehl. Die Findigsten bemühten sich, Pfannkuchen zu backen, aber es

gab nicht ein einziges Gefäß [...] Bald kam es zu Fällen von Kannibalismus. [...]

Ende Juni begann man, die Deportierten in die sogenannten Siedlungsdörfer zu bringen. Die Zielorte lagen ungefähr 200 Kilometer von der Insel entfernt, immer den Fluß Nasina hinauf, mitten in der Taiga. Das Dorf? Unberührte Natur weit und breit, das war alles. Man schaffte es jedoch, einen primitiven Ofen zu errichten, und konnte darauf eine Art Brot backen. Aber sonst änderte sich nicht viel im Vergleich zum Leben auf der Insel Nasino: Die gleiche Eintönigkeit, das gleiche Feuer, das gleiche Elend. Alle paar Tage wurde diese Art Brot verteilt, das war der einzige Unterschied. Die Menschen starben weiter. Nur ein Beispiel: Von 78 Personen, die auf der Insel nach dem 5. Siedlungssektor eingeschifft wurden, kamen 12 lebend an. Bald gaben die Behörden zu, daß diese Gegend nicht zu kolonisieren ist, und alle Überlebenden des Kontingents wurden mit dem Schiff den Fluß hinunter zurückgeschickt. Die Fluchtversuche häuften sich. [...] An den neuen Siedlungsorten fingen die überlebenden Deportierten, die endlich Werkzeuge bekommen hatten, ab Mitte Juli damit an, halb in den Boden eingegrabene Schutzhütten zu bauen. [...] Es gab immer noch Fälle von Kannibalismus. Doch langsam normalisierte sich das Leben wieder: Die Leute fingen wieder an zu arbeiten: Aber der körperliche Verschleiß war so hoch, daß die Leute trotz einer Tagesration von 750 bis 1000 Gramm Brot weiterhin krank wurden und starben. Und sie aßen weiterhin Moos, Gras, Blätter usw. Die Bilanz des Ganzen: Von den 6100 Personen, die in Tomsk gestartet waren (und denen man noch 500 bis 700 Personen hinzufügen muß, die von anderswoher in diese Gegend geschickt worden waren), waren am 20. August nur noch etwa 2200 Personen am Leben.«[214]

Wie viele Nasino-Tragödien hat es wohl gegeben? Wie viele vergleichbare Fälle von Deportationsaussetzungen? Ein paar Zahlen lassen ahnen, wie groß die Verluste waren. Vom Februar 1930 bis zum Dezember 1931 wurden etwas mehr als 1 800000 Entkulakisierte deportiert. Als am 1. Januar 1932 die Behörden eine erste Zählung durchführten, wurden nur 1 317022 Personen registriert.[215] Der Verlust liegt bei einer halben Million, d.h. etwa 30% der Deportierten. Die Zahl derer, denen die Flucht gelang, war sicherlich hoch.[216]1932 war das Schicksal der »Kontingenten« zum ersten Mal Gegenstand einer von der GPU durchgeführten systematischen Studie. Seit dem Sommer 1931 trug die GPU die alleinige Verantwortung für die Deportierten, die nun als »Sonderkolonisten« bezeichnet wurden, und zwar vom ersten bis zum letzten Augenblick: von der Deportation bis zur Verwaltung der »Siedlungsdörfer«. Nach dieser Studie gab es mehr als 210000 Flüchtlinge und an die 90000 Tote. 1933, im Jahr der großen Hungersnot, meldeten die Behörden 151 601 Todesfälle unter den 1142022 Sonderkolonisten, die am 1. Januar 1933 registriert worden waren. 1932 lag die Sterblichkeits-

rate bei ungefähr 6,8% und 1933 bei 13,3%. Für die Jahre 1930/31 gibt es nur Zahlen für einzelne Gruppen, doch auch die sagen schon recht viel aus: 1930 lag die Sterblichkeitsrate bei den Deportierten in Kasachstan bei 1,3 %, bei den Deportierten in Westsibirien bei 0,8 %. Die Säuglingssterblichkeit schwankte zwischen 8 und 12% je nach Monat, in Magnitogorsk wurde mit 15% der Höchstwert gemessen. Vom 1. Juni 1931 bis 1. Juni 1932 wird für die Gegend von Narym in Westsibirien die Sterblichkeitsrate bei den Deportierten mit 11,7% angegeben. Allgemein gesehen ist es jedoch sehr unwahrscheinlich, daß die Sterblichkeitsrate für 1930/31 niedriger ist als die für 1932. Sie lag sicherlich bei 10% oder sogar darüber. Man kann also davon ausgehen, daß innerhalb von drei Jahren 300000 Deportierte während der Deportation starben.[217]

Für die zentralen Behörden, die sich um die Rentabilität der Arbeit der »Sonderumsiedler« oder »Arbeitskolonisten« - wie sie seit 1932 hießen - sorgten, war die »Deportationsaussetzung« nur ein Notbehelf. Pusitski, einer von den für die Arbeitskolonisten zuständigen GPU-Chefs, machte dafür »die kriminelle Fahrlässigkeit und politische Kurzsichtigkeit der lokalen Entscheidungsträger, welche die Idee der Kolonisierung durch die ehemaligen Kulaken nicht begriffen haben«, verantwortlich.[218]

Um »dieser unerträglichen Verschwendung der Arbeitskraft der Deportierten« ein Ende zu setzen, wurde im März 1931 eine direkt dem Politbüro zugeordnete Sonderkommission eingerichtet. Die Schlüsselrolle in dieser von Andrejew geleiteten Kommission übernahm Jagoda. Die Kommission setzte sich als Hauptziel »die rationelle und effektive Verwaltung der Arbeitskolonisten«. Die ersten Untersuchungen dieser Kommission ergaben in der Tat, daß die Arbeitsleistung der Deportierten gleich null war. Von den 300000 im Ural angesiedelten Arbeitskolonisten waren im April 1931 nur 8 % mit dem »Holzsägen oder anderen produktiven Arbeiten« beschäftigt. Die übrigen arbeitsfähigen Männer »bauten sich Wohnungen [...] und sorgten für ihr Überleben«. In einem weiteren Dokument gibt man zu, daß die ganzen Operationen im Zusammenhang mit der Entkulakisierung für den Staat ein Defizit waren. 1930 lag der Durchschnittswert des beschlagnahmten Besitzes eines Kulakenbetriebs bei 564 Rubeln, eine lächerliche Summe (etwa 15 Monatsgehälter eines Arbeiters), die sehr viel über den angeblichen »Reichtum« der Kulaken aussagt. Die Unkosten für die Deportation der Kulaken lagen bei mehr als 1000 Rubel pro Familie.[219]

Unter einer Rationalisierung der Verwaltung der Arbeitskolonisten verstand die Andrejew-Kommission vor allem eine Restrukturierung der für die Deportierten zuständigen Dienststellen. Im Sommer 1931 erhielt die GPU das Verwaltungsmonopol für die »Sondersiedlungen«, die bisher den lokalen Behörden unterstanden hatten. Man errichtete ein ganzes Netz von *Kommandanturen,* sozusagen eine exterritoriale Parallelverwaltung, mit deren Hilfe die GPU die vollständige Kontrolle über riesige Gebiete besaß, denn der aller größte Teil der dort lebenden Bevölkerung bestand nun größtenteils aus die-

sen Sondersiedlern. Diese waren einem strengen internen Reglement unterworfen. Wohnort und Arbeitsplatz waren fest vorgeschrieben. Die Arbeitskolonisten waren entweder einem Staatsbetrieb oder einer »Landwirtschafts- oder Handwerksgenossenschaft mit Sonderstatus, die dem Ortskommandanten der OGPU unterstand«, zugewiesen oder sie wurden im Straßenbau oder bei Rodungsarbeiten eingesetzt. Auch bei den Arbeitsnormen und Gehältern galt ein Sonderstatus. Im Vergleich zu den freien Arbeitern lagen die Arbeitsnormen um 30 bis 50% höher. Und wenn Gehälter bezahlt wurden, ging ein Anteil von 15 bis 25 % direkt an die GPU-Verwaltung.

Wie die Dokumente der Andrejew-Kommission bestätigen, waren die Verwaltungsausgaben für die Lagerhäftlinge neunmal so hoch wie die für die Arbeitskolonisten; die 203 000 Sondersiedler in Westsibirien beispielsweise waren auf 83 *Kommandanturen* verteilt und wurden nur von 971 Leuten überwacht.[220] Ziel der GPU war es, gegen eine Kommissionsgebühr, die einem bestimmten Prozentsatz des Arbeitslohnes entsprach, und eine vertraglich festgelegte Pauschale *ihre* Arbeitskräfte einer Reihe von Großkombinaten zur Verfügung zu stellen. Diese Großkombinate bewirtschafteten die natürlichen Ressourcen der nördlichen und östlichen Landesteile: Urallesprom (Waldwirtschaft), Uralugol und Wostugol (Kohle), Wostokstal (Stahlhütte), Tswetmetzoloto (keine eisenhaltigen Erze), Kusnetzstroi (Metallindustrie) usw.

Grundsätzlich kümmerte sich der Betrieb um Unterkunft, Verpflegung und Schulbildung der Deportierten. Selbst die GPU-Funktionäre gaben zu, daß die Betriebe diese Arbeitskräfte mit ihrem ambivalenten Status - halb frei, halb inhaftiert - gerne als kostenloses Personal betrachteten. Oft sahen die Arbeitskolonisten keine Kopeke von ihrem Lohn, denn das, was sie verdienten, war im allgemeinen weniger als das, was von der Verwaltung für den Bau der Barackenlager, die Werkzeuge, den Pflichtbeitrag für die Gewerkschaften, die Staatsanleihe usw. einbehalten wurde.

Wie Ausgestoßene zählten sie zur untersten Verpflegungskategorie und waren deshalb oft dem Hunger, aber auch jeder Art von Erniedrigung und Mißbrauch ausgesetzt. Im folgenden eine Liste aus den Verwaltungsberichten mit den schlimmsten Fällen von Mißbrauch: Es wurden nicht realisierbare Arbeitsnormen festgesetzt, der Lohn wurde einbehalten, die Deportierten wurden gezüchtigt oder mitten im Winter in behelfsmäßige Zellen ohne jegliche Heizung eingesperrt, die deportierten Frauen wurden »von den GPU-Kommandanten gegen Ware verschachert« oder als Mädchen »für alles« den kleinen Chefs der Gegend kostenlos zur Verfügung gestellt. In einem Bericht der GPU von 1933 wird folgende Bemerkung eines Direktors, der im Ural einem Forstbetrieb mit Arbeitskolonisten vorstand, zitiert und kritisiert: »Man könnte euch alle umlegen, die GPU würde uns in jedem Fall eine neue Ladung mit 100000 Leuten wie euch schicken!« Der Ausspruch spricht für die Einstellung, die viele Betriebsdirektoren gegenüber diesen beliebig ausbeutbaren Arbeitskräften hatten.

Allein an der Produktivität gemessen, wurde das Wirtschaften mit den Arbeitskolonisten allmählich rationeller. Bereits 1932 wurden die unwirtlichsten »Siedlungszonen« oder »Kolonisierungsgebiete« zugunsten von Großbaustellen, Bergwerken und Industriezentren aufgegeben. In manchen Sektoren war der Anteil der Deportierten, die in den gleichen Betrieben und auf den gleichen Baustellen arbeiteten wie die freien Arbeiter und in angrenzenden Barackenlagern lebten, beträchtlich hoch, manchmal sogar vorherrschend. In den Bergwerken von Kusbass stellten Ende 1933 mehr als 41000 Arbeitskolonisten 47% der gesamten Belegschaft. Im September 1932 lebten in Magnitogorsk 42 462 Deportierte, das waren zwei Drittel der Bevölkerung.[221] In vier besonderen Siedlungszonen waren ihnen Unterkünfte zugewiesen, zwei bis sechs Kilometer von der Hauptbaustelle entfernt. Sie arbeiteten jedoch in den gleichen Abteilungen wie ihre freien Arbeitskollegen, weshalb sich die Grenzen zwischen den einzelnen Gruppen allmählich auflösten. Aus Sachzwängen - oder anders formuliert: aus wirtschaftlichen Gründen - kehrten die zuvor Entkulakisierten nunmehr als Arbeitskolonisten wieder in die Gesellschaft zurück, in eine Gesellschaft, in der soziale Beziehungen ohnehin gestört waren und keiner wußte, wer als nächster ausgestoßen wird.

8

Die Große Hungersnot

Zu den »weißen Flecken« der sowjetischen Geschichte zählte lange Zeit die große Hungersnot von 1932/33, die nach heute allgemein anerkannten Quellen mehr als sechs Millionen Opfer forderte.[222] Diese Katastrophe ist jedoch nicht vergleichbar mit den anderen Hungersnöten, die das zaristische Rußland in regelmäßigen Abständen heimsuchten. Denn sie war eine direkte Folge des neuen »Militärfeudalistischen« Wirtschaftssystems der Bauernschaft - so der Ausdruck des bolschewistischen Funktionärs und Stalingegners Nikolai Bucharin -, das während der Zwangkollektivierung aufgebaut worden war, und verdeutlichte auf tragische Weise den ungeheuren sozialen Rückschritt, der mit dem Angriff der sowjetischen Macht auf die Bauern Ende der zwanziger Jahre einherging.

Im Gegensatz zur Hungersnot von 1921/22, welche die sowjetischen Behörden nicht zuletzt durch ihre Appelle an die internationalen Hilfsorganisationen zugegeben hatten, war die von 1932/33 vom Regime immer geleugnet, und die wenigen Stimmen, die im Ausland die Aufmerksamkeit auf diese Tragödie lenkten, mit starker Propaganda übertönt worden. Aufgebauschte »Berichte« haben dabei noch beträchtlich geholfen, so etwa der des französischen Abgeordneten Edouard Herriot, des Führers der Radikalen, der im Sommer 1933 auf einer Reise in der Ukraine von den vielen Gemüsegärten der Kolchosen schwärmte, alle »wunderbar bewässert und gepflegt«, und von den »wirklich bewundernswerten Ernten«. Daraus folgerte er mit unumstößlicher Überzeugung: »Ich habe die Ukraine durchquert und kann nur bestätigen, daß ich sie wie einen Garten mit vollem Ertrag erlebt habe.«[223] Diese Verblendung ist zum einen auf die gigantische Inszenierung der GPU zurückzuführen, die für die ausländischen Gäste eine Reiseroute voller Musterkolchosen und vorbildlicher Kindergärten ausgearbeitet hatte. Für diese Verblendung gab es aber auch politische Gründe: besonders die damalige französische Regierung war mit Blick auf das mit der Machtübernahme Adolf Hitlers bedrohlicher gewordene Deutschland darauf bedacht, den sich abzeichnenden Annäherungsprozeß mit der Sowjetunion nicht zu stören.

Trotzdem hatten vor allem in Deutschland und Italien eine ganze Reihe maßgeblicher Politiker erstaunlich genaue Kenntnisse von der Hungersnot der Jahre 1932 und 1933. Die kürzlich von dem italienischen Historiker Andrea Graziosi[224] entdeckten und veröffentlichten Berichte der in Charkow,

Odessa und Novorossisk diensttuenden italienischen Diplomaten beweisen, daß Mussolini, der diese Texte sorgfältig las, über die Situation genau im Bilde war, auch wenn er es für seine antikommunistische Propaganda nicht ausnützte. Im Gegenteil, im Sommer 1933 kam es zunächst zum Abschluß eines italienisch-sowjetischen Handelsvertrags, dem später noch ein Freundschafts- und Nichtangriffspakt folgte. Geleugnet oder der Staatsräson geopfert, setzte sich die Wahrheit über die große Hungersnot, obwohl sie in einigen auflagenschwachen Publikationen von im Ausland sitzenden ukrainischen Organisationen zur Sprache gekommen war, erst ab der zweiten Hälfte der achtziger Jahre allmählich durch, als Folge einer Reihe von veröffentlichten Arbeiten und Forschungsberichten sowohl von westlichen Historikern als auch von Forschern der ehemaligen Sowjetunion.

Die große Hungersnot von 1932/33 ist sicherlich nur mit Blick auf das seit der Zwangskollektivierung veränderte Verhältnis zwischen dem Sowjetstaat und der Bauernschaft zu verstehen. In den kollektivierten Gegenden war die Rolle der Kolchosen strategischer Art. Sie sollten dem Staat feste Agrarlieferungen garantieren. Dadurch kam es zu immer größeren Beschneidungen des »kollektiven« Ernteertrags. In jedem Herbst führte die Steuereinzugskampagne zu einem regelrechten Machtkampf zwischen dem Staat und einer Bauernschaft, die verzweifelt versuchte, einen Teil der Ernte für sich zu behalten. Es ging um Entscheidendes: für den Staat um die Einnahmen, für den Bauern ums Überleben. Je fruchtbarer eine Gegend war, desto mehr mußte sie abgeben. 1930 zog der Staat in der Ukraine 30% des Ernteertrags ein, in den reichen Ebenen des Kubangebiets und im nördlichen Kaukasus 38% und in Kasachstan 33%. 1931 war die Ernte deutlich schlechter ausgefallen, trotzdem kletterten die Anteile in denselben Gebieten auf 41,5%, 47% und 39,5%. Steuererhebungen in diesen Ausmaßen mußten zwangsläufig den Produktionskreislauf stören. Zum Vergleich: In den Zeiten der NEP brachten die Bauern lediglich 15 bis 20% ihrer Ernte in den Handel, 12 bis 15% wurden als Saatgut zurückgelegt, und 25 bis 30% bekam das Vieh. Der Rest war für den eigenen Verbrauch bestimmt. Zwischen den Bauern, die jedes Mittel versuchten, um einen Teil der Ernte behalten zu können, und den lokalen Behörden, die gezwungen waren, den immer irrealistischeren Steuerplan um jeden Preis einzuhalten - 1932 lag der Steuerplan 32% über dem von 1931 - war der Konflikt unausweichlich.[225]

1932 lief die Steuereinzugskampagne nur langsam an. Sobald die neue Ernte gedroschen wurde, versuchten die Kolchosebauern einen Teil der Ernte zu verstecken oder bei Nacht zu »stehlen«. Es bildete sich eine regelrechte »Front des passiven Widerstandes«, unterstützt durch das stillschweigende und gegenseitige Einvernehmen zwischen dem Kolchosebauern und dem Brigadeführer, zwischen dem Brigadeführer und dem Steuerbeamten, zwischen dem Steuerbeamten und dem Kolchoseleiter, der selbst Bauer war und erst kurz zuvor befördert worden war, zwischen dem Leiter und dem Partei-

sekretär des Ortsverbandes. Um »das Korn zu holen«, mußten die Zentralbehörden neue »Stoßbrigaden« schicken, die in den Städten aus Komsomol-Mitgliedern und Kommunisten zusammengestellt wurden.

Im folgenden ein Bericht über das regelrechte Kriegsklima auf dem Lande. Er stammt von einem Schulungsleiter des Zentralexekutivkomitees, der in ein Distrikt des Getreideanbaugebiets an der unteren Wolga geschickt wurde, und ist an dessen Vorgesetzte gerichtet:

»Jederman führt Verhaftungen und Untersuchungen durch: die Mitglieder des Dorfsowjets, alle möglichen Abgesandten, die Mitglieder der Stoßbrigaden und irgendwelche übereifrigen Komsomols. In diesem Jahr haben 12% der Bauern dieses Distrikts vor dem Gericht gestanden, ohne Berücksichtigung der deportierten Kulaken, der zu Geldstrafen verurteilten Bauern usw. Nach den Schätzungen des ehemaligen Generalstaatsanwalts dieses Distrikts waren im letzten Jahr 15 % der erwachsenen Bevölkerung in irgendeiner Form Opfer von Repressionen. Wenn man außerdem bedenkt, daß im letzten Monat an die 800 Bauern aus den Kolchosen ausgeschlossen wurden, bekommt man eine Ahnung von den Ausmaßen der Repression in diesem Distrikt. [...] Abgesehen von den Fällen, in denen eine Repression der Massen wirklich gerechtfertigt ist, muß man sagen, daß die Wirksamkeit der repressiven Maßnahmen ständig abnimmt, denn sobald sie ein gewisses Maß überschreiten, sind sie schwer umzusetzen. [...] Alle Gefängnisse sind brechend voll. Im Gefängnis von Balachewo sitzen schon fünfmal so viele Leute, wie ursprünglich für das Gefängnis vorgesehen, und in Elan sitzen 610 Leute in dem kleinen Distriktgefängnis. Im Laufe des letzten Monats hat das Gefängnis von Balachewo 78 Verurteilte an Elan ›abgegeben‹, 48 von ihnen waren noch keine zehn Jahre alt; 21 wurden sofort freigelassen. [...] Um mit dieser wunderbaren Methode, der einzigen, die man hier kennt, -der Methode der Gewalt - zu einem Ende zu kommen, noch ein paar kurze Worte zu den Einzelbauern, bei denen man alles tut, um sie vom Säen und Bepflanzen abzuhalten.

Folgendes Beispiel zeigt deutlich, wie sehr die Einzelbauern terrorisiert werden: In Mortsy hat ein Einzelbauer, der den Plan zu 100% erfüllt hatte, den Genossen Fomitschew, den Vorsitzenden des Exekutivkomitees dieses Distrikts, aufgesucht und ihn darum gebeten, für seine Deportierung in den Norden zu sorgen, denn wie dem auch sei, so erklärte er, ›un-ter diesen Bedingungen kann man nicht leben‹. Ebenso bezeichnend ist die von 16 Einzelbauern des Dorfsowjets von Alexandrow unterzeichnete Petition, in welcher sie darum bitten, daß man sie aus ihrer Region wegdeportiert! [...] Kurz: Die einzige Form der ›Arbeit der Massen‹ ist der ›Sturm‹: Man ›stürmt‹ auf das Saatgut los, auf die Banken, auf die Zuchtbetriebe, auf die Arbeit usw. Nichts geschieht hier ohne ›Sturm‹. [...] Nachts wird belagert, von 9 oder 10 Uhr abends bis in das Morgengrauen.

> Und der ›Sturm‹ läuft dann folgendermaßen ab: die ›Stoßbrigade‹ tagt in einer Holzhütte und läßt der Reihe nach alle Personen kommen, die irgendeine Verpflichtung oder irgendeinen Plan nicht erfüllt haben und ›überredet‹ sie mit verschiedenen Mitteln, ihre Verpflichtungen einzuhalten. Man ›belagert‹ jeden, der auf der Liste steht, und dann beginnt alles wieder von vorne, die ganze Nacht.«[226]

Eine entscheidende Waffe aus dem Arsenal der Strafmaßnahmen, die stärkste im Krieg zwischen dem Regime und der Bauernschaft, war das am 7. August 1932 verabschiedete berühmt-berüchtigte Gesetz, das für »jeden Diebstahl oder jede Verschwendung sozialistischen Eigentums« eine zehnjährige Lagerhaft oder die Todesstrafe vorsah. Im Volksmund lief dieses Gesetz unter dem Namen »Ährengesetz«, denn die meisten der nach diesem Gesetz Verurteilten hatten einige Weizen- oder Roggenähren auf den Feldern der Kolchosebauern gestohlen. Vom August 1932 bis Dezember 1933 wurden mehr als 125000 Menschen nach diesem Gesetz verurteilt, davon 5400 zum Tode.[227]

Trotz dieser drakonischen Maßnahmen kam nicht genügend Korn herein. Mitte Oktober 1932 war der Steuereinzugsplan für die wichtigsten Getreideanbaugebiete des Landes erst zu 15 bis 20% erfüllt. Deshalb beschloß das Politbüro am 22. Oktober 1932, zur »Beschleunigung des Steuereinzugs« zwei außerordentliche Kommissionen in die Ukraine und den nördlichen Kaukasus zu schicken; die eine stand unter der Leitung von Wjatscheslaw Molotow, die andere unter der von Lasar Kaganowitsch.[228] Am 2. November kam die Kommission von Lasar Kaganowitsch, zu der auch Genrich Jagoda zählte, nach Rostow am Don. Sofort wurde eine Versammlung aller Distriktparteisekretäre des nördlichen Kaukasus einberufen, die folgende Entscheidung traf: »Wegen des äußerst kläglichen Scheiterns des Getreideeinzugsplans sind die Ortsgruppen der Partei gezwungen, mit der von den konterrevolutionären Kulakengruppen organisierten Sabotage aufzuräumen und den Widerstand der die Sabotage anführenden Dorfkommunisten und Kolchoseleiter zu brechen.« Für einige Distrikte, die »auf der schwarzen Liste« stehen (so der offizielle Ausdruck!), wurden folgende Maßnahmen beschlossen: Einzug aller Ladenartikel, völliger Handelsstopp, sofortige Fälligkeit aller laufenden Kredite, zusätzliche Besteuerung, Festnahme aller »Saboteure«, aller »fremden Elemente« und »Konterrevolutionäre« in einem Schnellverfahren unter der Leitung der GPU. Falls die Sabotage fortgesetzt wird, ist die ganze Bevölkerung zu deportieren.

Allein im November 1932, dem ersten Monat des »Kampfes gegen die Sabotage«, wurden 5000 Dorfkommunisten, die man gegenüber der »Sabotage« der Steuereinzugskampagne »in krimineller Weise nachsichtig« fand, und 15 000 Kolchosebauern im nördlichen Kaukasus festgenommen. Die Region war wegen ihrer Getreideproduktion von größter Bedeutung. Im Dezember begann man mit den Massendeportationen. Betroffen waren

nicht mehr allein die Kulaken, sondern ganze Dörfer, besonders die der Stanitsy-Kosaken, die schon 1920 ähnliche Maßnahmen erlebt hatten.[229] Die Zahl der Sondersiedler stieg schnell an: Für 1932 meldete die Gulag-Verwaltung die Ankunft von 71236 Deportierten, und für 1933 wurde ein Zustrom von 268091 neuen Sondersiedlern registriert.[230]

In der Ukraine traf die Kommission Molotow ähnliche Maßnahmen: Auch hier wurden die Distrikte, die den Steuerplan nicht erfüllt hatten, mit all den zuvor beschriebenen Konsequenzen auf die schwarze Liste gesetzt: Säuberung der Ortsgruppen der Partei und Massenverhaftungen, und zwar nicht nur bei den Kolchosebauern, sondern auch bei den Leitern der Kolchosen, die im Verdacht standen, »die Produktion geschmälert« zu haben. Bald wurden diese Maßnahmen auf andere Getreideanbaugebiete ausgedehnt.

Konnte der Staat mit diesen Maßnahmen den Krieg gegen die Bauern gewinnen? Die Antwort, die uns der italienische Konsul von Novorossisk in seinem mit sehr viel Weitblick geschriebenen Bericht gibt, ist nein:

»Der schwerbewaffnete, mächtige Sowjetapparat sieht sich nämlich außerstande, in einer oder mehreren ordnungsgemäßen Schlachten den Sieg davonzutragen; der Feind tritt nicht in seiner Masse in Erscheinung, sondern in einer zerstreuten Form, und so erschöpft man sich in endlosen kleinen Gefechten: hier wurde ein Feld nicht gejätet, und da einige Doppelzentner Weizen versteckt. Von den Traktoren ganz zu schweigen: der eine ist nicht einsatzfähig, ein zweiter wurde mutwillig zerstört, ein dritter wird nicht bei der Arbeit eingesetzt, sondern fährt irgendwo herum ... Und schließlich kommt heraus, daß eine Lagerhalle geplündert wurde, daß die Buchhaltung im kleinen oder im großen schlecht geführt oder gefälscht wurde, daß die Kolchoseleiter aus Angst oder in böser Absicht in ihren Berichten nicht die Wahrheit gesagt haben ... Und so fort, ohne Ende und immer wieder von Neuem in diesem riesigen Gebiet! [...]. Die Suche nach dem Feind ist von Haus zu Haus durchzuführen, von Dorf zu Dorf. In einem durchlöcherten Eimer Wasser zu transportieren, käme auf das Gleiche hinaus!«[231]

Deshalb gab es für den Sieg über »den Feind« nur eine Lösung: ihn auszuhungern.

Die ersten Berichte über die Gefahr einer »kritischen Versorgungslage« für den Winter 1932/33 erreichten Moskau bereits im Sommer 1932. Im August 1932 meldete Molotow dem Politbüro, daß »selbst in den Distrikten, in denen die Ernte ausgezeichnet gewesen war, in der Tat eine Hungersnot drohe«. Trotzdem schlug er vor, am Steuereinzugsplan um jeden Preis festzuhalten. Im selben August informierte Issajew, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare von Kasachstan, Stalin über das Ausmaß der Hungersnot in dieser Republik, wo die mit der Kollektivierung erzwungene Seßhaftigkeit die traditionelle Nomadenwirtschaft völlig aus dem Gleis gebracht habe. Selbst überzeugte Stalinisten wie Stanislas Kossior, Erster Parteisekretär der Ukraine, oder Michail Chatajewitsch, Erster Parteisekretär der Region

Dnjepropetrowsk, forderten Stalin und Molotow auf, den Steuereinzugsplan zu reduzieren. »Damit in Zukunft die Produktion entsprechend dem Bedarf des proletarischen Staates wachsen kann«, schrieb Chatajewitsch im November 1932 an Molotow, »müssen wir die Mindestbedürfnisse der Kolchosebauern berücksichtigen, denn ohne sie wird es niemanden mehr geben, der sät und für die Produktion garantiert.«

»Ihr Standpunkt ist völlig unkorrekt und unbolschewistisch«, antwortete Molotow. »Wir, die Bolschewiki, können die Bedürfnisse des Staates - Bedürfnisse, die durch die Entscheidungen der Partei genau festgelegt sind, -nicht an die zehnte, ja nicht einmal an die zweite Stelle setzen.«[232]

Wenige Tage später schickte das Politbüro den Lokalbehörden ein Rundschreiben mit dem Befehl, allen Kolchosen, die ihren Plan noch nicht erfüllt haben, sofort »das ganze Korn, das sie besitzen, auch das, was angeblich für die Saat reserviert ist«, abzunehmen!

Unter Drohungen, ja sogar Folter, wurden die Landwirte gezwungen, ihre gesamten mageren Vorräte abzuliefern und hatten weder die Mittel noch die Möglichkeit, sich irgend etwas zu kaufen. So waren Millionen von Bauern aus den reichsten Agrargebieten der Sowjetunion dem Hunger ausgesetzt und hatten keine andere Möglichkeit, als in die Städte zu ziehen. Deshalb führte die Regierung am 27. Dezember 1932 den Inlandspaß und die Zwangsregistrierung für alle Stadtbewohner ein. Die Absicht war, die Landflucht zu begrenzen, »das soziale Schmarotzertum auszumerzen« und »die kulakische Unterwanderung der Städte zu bekämpfen«. Im Blick auf die Massenflucht der um ihr Überleben kämpfenden Bauern gab die Regierung am 22. Januar 1933 ein Rundschreiben heraus, das für Millionen Hungernde den sicheren Tod bedeutete. Das von Stalin und Molotow unterzeichnete Schreiben befahl den Lokalbehörden und insbesondere der GPU, »die Massenabwanderung der ukrainischen und nordkaukasischen Bauern in die Städte« zu verbieten. »Die konterrevolutionären Elemente sind zu verhaften, und die übrigen Flüchtlinge in ihre Wohnorte zurückzubringen.« Das Rundschreiben hatte folgende Erklärung für die Lage: »Das Zentralkomitee und die Regierung haben Beweise dafür, daß die Massenflucht der Bauern von den Gegnern der Sowjetmacht, den Konterrevolutionären und den polnischen Agenten, organisiert worden ist. Ihr Ziel ist eine Propaganda gegen das Kolchosesystem im besonderen und die Sowjetmacht im allgemeinen.«[233]

In allen von der Hungersnot betroffenen Gebieten wurde der Verkauf von Bahnfahrkarten sofort eingestellt; von den Sondereinheiten der GPU errichtete Kontrollsperren sollten die Bauern daran hindern, ihre Distrikte zu verlassen. Anfang März 1933 meldete ein Bericht der politischen Polizei, daß mi Rahmen der Operationen gegen die Abwanderung der Bauern in die Städte innerhalb eines Monats 219 460 Personen aufgegriffen worden seien. 186588 von ihnen seien »in ihre Heimatregion zurückgebracht«, die anderen festgenommen und verurteilt worden. Aber über den Zustand der aus den Städten Vertriebenen schweigt der Bericht.

Hierzu ein Augenzeugenbericht des italienischen Konsuls von Charkow, das mitten in den von der Hungersnot betroffenen Regionen liegt:

»Seit einer Woche wurde ein Dienst organisiert, um die ausgesetzten Kinder einzusammeln. Denn neben den Bauern, die in die Städte strömen, weil sie auf dem Lande keine Möglichkeit mehr zum Überleben haben, gibt es auch Kinder, die hierhergebracht und dann von den Eltern, die zum Sterben in ihre Dörfer zurückkehren, in der Hoffnung ausgesetzt werden, daß irgend jemand in der Stadt sich ihrer Nachkommenschaft annimmt. Seit einer Woche hat man *dvorniki* (Conciergen) organisiert, die in weißen Blusen durch die Stadt patrouillieren und die Kinder zum nächstgelegenen Polizeiposten bringen. [...] Gegen Mitternacht bringt man sie in Lastwagen zum Güterbahnhof von Severo Donetz. Auch die in den Bahnhöfen und Zügen aufgelesenen Kinder und die tagsüber in der Stadt aufgegriffenen Bauernfamilien und älteren Einzelpersonen werden dort zusammengetrieben. Das Sanitätspersonal ist mit der »Selektion« beauftragt. Diejenigen, die noch nicht aufgedunsen sind und eine Chance zum Überleben haben, kommen in die Barackenlager von Holodnaja Gora, wo ein Volk von 8000 Seelen, meistens Kinder, auf den Strohlagern der Lagerhallen mit dem Tode kämpft. [...] Die Aufgedunsenen werden mit Güterzügen aufs Land hinausgefahren und 50 bis 60 Kilometer hinter der Stadt ausgesetzt, wo sie sterben, ohne daß man sie sieht. [...] Sofort nach der Ankunft an den Stellen, an denen entladen wird, werden große Gruben ausgehoben, und die Toten aus den Waggons herausgeholt.«[234]

Auf dem Lande erreichte die Sterblichkeitsrate im Frühjahr 1933 ihren Höhepunkt. Zum Hunger kam der Typhus; in Ortschaften, in denen ursprünglich mehrere Tausend Menschen lebten, zählte man nur ein paar Dutzend Überlebende. In den Berichten der GPU werden Fälle von Kannibalismus erwähnt. Auch die in Charkow sitzenden italienischen Diplomaten schreiben davon:

»Jede Nacht werden in Charkow 250 Leichen eingesammelt, Verhungerte oder Typhustote. Wie man feststellte, hatten viele von ihnen keine Leber mehr: Sie schien durch einen großen Schnitt in das Fleisch herausgerissen worden zu sein. Die Polizei stieß schließlich auf einige mysteriöse »Amputierer«, die zugaben, mit diesem Fleisch die Füllung der *pirojki* (kleine Pasteten) zubereitet zu haben. Die *pirojki* hatten sie anschließend auf dem Markt verkauft.«[235]

Im April 1933 machte der Schriftsteller Michail Scholochow in einer Ortschaft des Kubangebiets Station. Von dort schrieb er zwei Briefe an Stalin, in denen er in allen Einzelheiten berichtete, wie die lokalen Behörden unter Anwendung von Foltermethoden den Kolchosebauern ihre Vorräte abgepreßt und sie so dem Hunger ausgesetzt haben. Er forderte den Ersten Parteisekretär auf, eine Hilfssendung mit Lebensmitteln zu organisieren. In seiner Antwort an den Schriftsteller macht Stalin aus seiner Position keinen Hehl: die Bauern würden lediglich dafür bestraft, daß sie »gestreikt und sa-

botiert« haben, daß sie »einen Zermürbungskrieg gegen die Sowjetmacht, einen Kampf auf Leben und Tod geführt« haben.[236]1933 verhungerten Millionen von Bauern, doch die Regierung setzte ihre Exportpolitik fort: Im gleichen Jahr wurden 18 Millionen Doppelzentner Weizen »für den Bedarf der Industrie« an das Ausland geliefert.

An Hand der Einwohnerverzeichnisse und der Unterlagen aus den beiden Volkszählungen von 1937 und 1939, die bis vor wenigen Jahren nicht zugänglich waren, kann man das Ausmaß der Hungersnot von 1933 ungefähr abschätzen. Geographisch umfaßte die »Hungerzone« die gesamte Ukraine, einen Teil des Schwarzerdegebiets, die fruchtbaren Ebenen des Dons, des Kubans und des nördlichen Kaukasus und einen Großteil von Kasachstan. Mehr als 40 Millionen Menschen hatten unter der Hungersnot oder der unzureichenden Versorgungslage zu leiden. In den am stärksten betroffenen Gegenden, wie etwa den Agrargebieten um Charkow, lag die Sterblichkeitsrate zwischen Januar und Juni 1933 um das Zehnfache über dem Durchschnitt: im Juni 1933 100000 Todesfälle in der Region Charkow, im Vergleich zu 9000 im Juni 1932. Hinzukommt, daß zahlreiche Todesfälle nicht registriert worden sind. Die ländlichen Gegenden waren natürlich stärker betroffen als die Städte, doch auch letztere blieben nicht verschont. Charkow verlor innerhalb eines Jahres mehr als 120 000 Einwohner, Krasnodar 40000 und Stawropol 20000.

Auch außerhalb der »Hungerzone« waren die Verluste in der Bevölkerung, die zum Teil auf die unzureichende Versorgungslage zurückzuführen sind, nicht zu unterschätzen. In den Agrargebieten der Region Moskau stieg die Sterblichkeitsrate zwischen Januar und Juni 1933 um 50%. In der Stadt Iwanowo, die 1932 Schauplatz mehrerer Hungeraufstände war, stieg die Sterblichkeitsrate in der ersten Hälfte von 1933 um 35%. 1933 kam es im gesamten Land zu einem Übermaß von mehr als sechs Millionen Toten. Da der allergrößte Teil dieses Übermaßes auf die Hungersnot zurückzuführen ist, kann man mit Recht davon ausgehen, daß diese Tragödie ungefähr sechs Millionen Opfer gekostet hat. Die ukrainische Bauernschaft zahlte mit vier Millionen Toten den höchsten Preis. In Kasachstan eine Million Tote; dort waren vor allem die Nomaden betroffen, die man mit der Kollektivierung ihres ganzen Viehbestands beraubt und zur Seßhaftigkeit gezwungen hatte. Im nördlichen Kaukasus und in den Schwarzerdegebieten, eine Million Tote...[237]

Auszug aus dem Brief von Michail Scholochow, Autor des Romans *Der stille Don,* vom 4. April 1933 an Stalin

Genosse Stalin!
Der Distrikt Weschenski hat, wie viele andere Distrikte im nördlichen Kaukasus, den Lieferplan für das Getreide nicht wegen irgendeiner »Kulakensabotage«, sondern wegen der schlechten Lokalpolitik der Partei nicht erfüllt...

Im letzten Dezember hat das Regionalkomitee der Partei zur »Beschleunigung« des Steuereinzugs den Genossen Owtschinnikow als »Bevollmächtigten« geschickt. Dieser hat folgende Maßnahmen getroffen. 1. Beschlagnahmung des gesamten verfügbaren Getreides, einschließlich des »Vorschusses«, den die Kolchoseleitung den Kolchosebauern zum Aussäen der nächsten Ernte gegeben hatte. 2. Aufteilung der von jeder Kolchose dem Staat noch geschuldeten Lieferung auf die einzelnen Familien. Was haben diese Maßnahmen bewirkt? Als man mit den Beschlagnahmungen anfing, versteckten sich die Bauern und vergruben das Korn. Und nun ein Wort zu den Zahlen, die diese Beschlagnahmungen erzielten. »Gefundenes« Getreide: 5930 Doppelzentner... Und hier einige Methoden, mit denen man zu jenen 593 Tonnen kam, die teilweise seit 1918 vergraben waren.

Die Kältemethode... Man zieht den Kolchosebauer aus und setzt ihn splitternackt in einer Scheune »der Kälte« aus. Oft setzte man die Kolchosebauern in ganzen Brigaden »der Kälte« aus.

Die Hitzemethode. Man übergießt die Füße und die Rockzipfel der Kolchosebäuerinnen mit Kerosin und zündet beides an. Dann löscht man alles wieder und beginnt von vorne...

In der Kolchose Napolowski zwang ein gewisser Plotkin, »Bevollmächtigter« des Distriktkomitees, die verhörten Kolchosebauern, sich auf einen glühendheißen Ofen zu legen, und sperrte sie hinterher zum »Abkühlen« nackt in eine Scheune...

In der Kolchose Lebjatschenski stellte man die Kolchosebauern an einer Mauer auf und simulierte eine Hinrichtung...

Ich könnte die Liste mit Beispielen solcher Art endlos fortsetzen. Es sind keine einzelnen Fehlgriffe, sondern gängige Methoden beim Einzug des Korns...

Wenn Ihnen mein Brief der Aufmerksamkeit des Zentralkomitees wert scheint, so schickt wahre Kommunisten hierher, die den Mut haben, alle diejenigen, die dem Aufbau der Kolchosen in diesem Distrikt einen tödlichen Schlag versetzt haben, zu entlarven... Sie sind unsere einzige Hoffnung.

Ihr Michail Scholochow

(Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation 45/1/827/7-22)

Und Stalins Antwort an M. Scholochow vom 6. Mai 1933

Lieber Genosse Scholochow,
ich habe Ihre beiden Briefe erhalten. Die Hilfe, um die Sie gebeten haben, wird gewährt. Ich habe den Genossen Schkiriatow geschickt, um die Angelegenheiten, von denen Sie sprechen, aufzuklären. Ich bitte Sie, ihm dabei zu helfen. Aber das ist noch nicht alles, was ich Ihnen sagen will, Genosse Scholochow. Ihre beiden Briefe zeichnen nämlich ein Bild, das ich als nicht objektiv bezeichnen möchte, und dazu will ich Ihnen ein paar Worte schreiben.

Ich habe mich für Ihre Briefe bedankt. Sie decken eine leichte Erkrankung unseres Apparates auf und zeigen, daß einige unserer Parteifunktionäre zwar der Sache dienen d.h. unsere Feinde entwaffnen wollen, dabei aber unsere Freunde angreifen und sogar regelrecht sadistisch werden können. Aber das bedeutet nicht, daß ich IN ALLEM mit Ihnen einverstanden bin. Sie sehen einen Aspekt der Dinge, und den sehen Sie durchaus richtig. Aber es ist nur ein Aspekt der Dinge. Damit man sich in der Politik nicht irrt - denn bei Ihren Briefen handelt es sich nicht um Literatur, sondern um reine Politik -, muß man auch den anderen Aspekt der Realität sehen können. Und der andere Aspekt ist die Tatsache, daß die geschätzten Bauern Ihres Distrikts - und nicht nur diese - gestreikt und sabotiert haben und auch bereit waren, die Arbeiter und die Rote Armee ohne Brot zu lassen! Die Tatsache, daß es eine stillschweigende und offensichtlich friedliche Sabotage (ohne Blutvergießen) war - ändert nichts an der grundsätzlichen Angelegenheit, nämlich daß Ihre geschätzten Bauern einen Zermürbungskrieg gegen die Sowjetmacht geführt haben. Einen Kampf auf Leben und Tod, lieber Genosse Scholochow!

Selbstverständlich können diese Besonderheiten die Übertretungen, die sich unsere Funktionäre Ihrer Schilderung nach erlaubt haben, nicht rechtfertigen. Und die Verantwortlichen werden für ihr Verhalten zur Rechenschaft gezogen werden. Aber es liegt klar auf der Hand, daß unsere geschätzten Bauern keine Unschuldslämmer sind, wie man beim Lesen Ihrer Briefe glauben könnte.

Also, halten Sie sich gut. Ich drücke Ihnen die Hand. Ihr J. Stalin.

(Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation 3/61/549/194)

Fünf Jahre vor dem Großen Terror, der in erster Linie die Intelligenzija der Wirtschaft und der Partei treffen wird, wirkt die große Hungersnot von 1932/33 wie die entscheidende Phase beim Aufbau eines Repressionssystems, das den augenblicklichen Gegebenheiten entsprechend versuchsweise gegen die eine oder andere soziale Gruppe zum Einsatz kommt. In dem 1929 von der Staatspartei eröffneten zweiten Akt des Krieges gegen die Bauern stellt die große Hungersnot den Höhepunkt dar. Mit ihrem Spektrum an Gewaltverbrechen, Foltermethoden und Morden an ganzen Völkerschaften bedeutet sie einen schweren Rückschritt, sowohl in politischer als auch in sozialer Hinsicht. Die Zahl der lokalen Tyrannen und Despoten, die zu al-

lern bereit sind, um den Bauern die letzten Vorräte abzupressen, vervielfacht sich, Barbarei macht sich breit. Die gewaltsamen Ausschreitungen werden zur gängigen Praxis, Epidemien und Kannibalismus treten wieder auf, und ausgesetzte Kinder und Briganten gehören zu den alltäglichen Bildern. Man richtet »Todesbaracken« ein, und die Bauern erleben eine neue Form von Knechtschaft unter der Knute der Staatspartei. Der Schriftsteller Sergo Ordschonikidse bewies sehr viel Weitblick, als er im Januar 1934 an Sergej Kirow schrieb: »Unsere Führungskräfte haben die Situation von 1932/33 ausgehalten und überstanden, sie sind gehärtet wie Stahl. Ich denke mit ihnen wird man einen Staat bauen können, wie ihn die Geschichte noch nicht gesehen hat.«

Manche ukrainische Publizisten und Historiker sehen heute in dieser Hungersnot »einen Völkermord an den Ukrainern«.[238] Ist diese Sichtweise berechtigt? Die ukrainische Bauernschaft war ohne Zweifel das Hauptopfer der Hungersnot von 1932/33. Diesem »Angriff« gingen bereits 1929 mehrere Offensiven gegen die ukrainische Intelligenzija voraus, der man »nationalistische Sonderwege« vorwarf. Ab 1932 richteten sich diese Angriffe auch gegen einen Teil der ukrainischen Kommunisten. Mit gutem Recht kann man mit Andrej Sacharow von »Stalins Ukrainophobie« sprechen. Gerechterweise ist jedoch daraufhin zuweisen, daß Kasachstan und die Kosakengebiete am Kuban und Don - wenn man die Größenverhältnisse berücksichtigt - genauso stark von der Hungersnot betroffen waren. In Kasachstan hatten die Zwangskollektivierung und die mit Gewalt durchgesetzte Seßhaftigkeit bereits 1930 bei den Nomaden zu katastrophalen Folgen geführt: innerhalb von zwei Jahren gingen 80% des Viehbestandes verloren. Ihres Besitzes enteignet und der Hungersnot ausgesetzt, wanderten zwei Millionen Kasachen aus, ungefähr eine halbe Million nach Zentralasien und etwa anderthalb Millionen nach China.

In vielen Regionen wie der Ukraine, den Kosakenländern oder sogar einigen Distrikten des Schwarzerdegebiets war die Hungersnot sicherlich die letzte Episode der in den Jahren 1918/22 begonnenen Auseinandersetzung zwischen dem bolschewistischen Staat und der Bauernschaft. Die Gebiete des erbitterten Widerstandes gegen die Beschlagnahmungen von 1918/21 sind auffallend identisch mit denen gegen die Zwangskollektivierung von 1929/30 und der Hungersnot. Von den 14000 Aufständen und Bauernrevolten, welche die GPU für 1930 registriert hat, fanden 85% in den von der Hungersnot von 1932/33 »bestraften« Gebieten statt. Es waren die reichsten und ergiebigsten Agrarregionen, diejenigen, die dem Staat am meisten zu geben und bei dem unter dem Begriff Zwangskollektivierung eingeführten Zwangsabgabesystem für die Agrarprodukte am meisten zu verlieren hatten, die von der Hungersnot von 1932/33 am stärksten betroffen waren.

9

»In sozialer Hinsicht fremde Elemente« und Repressionszyklen

Auch wenn die Bauernschaft für das von Stalin bewußt vorangetriebene Projekt der radikalen Gesellschaftsumwandlung den höchsten Preis zahlte, gab es auch andere soziale Gruppen, die als »der neuen sozialistischen Gesellschaft in sozialer Hinsicht fremd« galten und unter verschiedenen Vorzeichen aus der Gesellschaft ausgestoßen, ihrer Bürgerrechte beraubt, vom Arbeitsplatz und aus der Wohnung gejagt, auf der sozialen Leiter zurückgestuft und ins Exil geschickt wurden: die »bürgerlichen Spezialisten«, die »Ehemaligen«, die Mitglieder des geistlichen Standes, die Freiberufler, die kleinen privaten Unternehmer, Händler und Handwerker waren vorwiegend die Opfer der Anfang der dreißiger Jahre gestarteten »antikapitalistischen Revolution«. Aber auch die »kleinen Leute« in den Städten, die nicht in die kanonische Kategorie von »Proletariat - Arbeiter - Erbauer des Sozialismus« paßten, litten unter den repressiven Maßnahmen, die im Sinne der Ideologie darauf ausgerichtet waren, eine als widerspenstig beurteilte Gesellschaft auf den Weg des Fortschritts zu bringen.

Der berüchtigte Schachty-Prozeß bedeutete eindeutig das Ende der seit 1921 währenden Kampfpause zwischen dem Regime und den »Spezialisten«. Kurz vor der Aufstellung des ersten Fünfjahresplans war die politische Botschaft dieses Prozesses klar: Skepsis, Unentschlossenheit und Gleichgültigkeit gegenüber der politischen Arbeit der Partei konnte nur zu »Sabotage« führen. Bereits der Zweifel war Verrat. Das *spetzeedstvo* (wörtlich: Quertreiberei des Spezialisten) war in der bolschewistischen Mentalität tief verankert, und das politische Signal des Schachty-Prozesses wurde von der Basis sehr wohl verstanden. Die *spetzy* werden in Zukunft zu Sündenböcken, sowohl für die wirtschaftlichen Mißerfolge als auch für die Frustrationen wegen des radikal gesunkenen Lebensstandards. Schon Ende 1928 waren Tausende der in der Industrie arbeitenden »bürgerlichen« Führungskräfte und Ingenieure entlassen worden. Man hatte ihnen die Lebensmittelkarten abgenommen, schloß sie von der medizinischen Versorgung aus und jagte sie zum Teil auch aus ihren Wohnungen. Ende 1929 wurden Tausende von Beamten des Gosplan (Oberster Wirtschaftsrat) und der Volkskommissariate für die Bereiche Finanzen, Handel und Landwirtschaft wegen angeblicher »Tendenzen nach rechts«, »Sabotage« oder Zugehörigkeit zu einer

»in sozialer Hinsicht fremden Klasse« entlassen. 80% der oberen Beamten des Volkskommissariats für die Finanzen hatten tatsächlich schon unter dem Zaren gedient.[239]

Im Sommer 1930 nahmen die Säuberungskampagnen in der Verwaltung zu. In der Absicht, mit den »Rechten« und vor allem mit Rykow, der immer noch Regierungschef war, endlich Schluß zu machen, entschloß sich Stalin, deren Verbindungen zu den »Sabotage-Spezialisten« ans Licht zu bringen. Im August/September 1930 nahm die GPU verstärkt renommierte Spezialisten fest, die auf wichtigen Stellen des Gosplan, der Staatsbank und der Volkskommissariate der Bereiche Finanzen, Handel und Landwirtschaft saßen. Zu den Verhafteten zählten der dem Konjunkturinstitut des Volkskommissariats der Finanzen vorstehende Professor Kondratjew, der Erfinder der berühmten »Kondratjew-Zyklen« und stellvertretende Minister des Versorgungswesens während der provisorischen Regierung von 1917, die Professoren Makarow und Tschajanow, die wichtige Stellen im Volkskommissariat für die Landwirtschaft besetzt hatten, Professor Sadyrin, Direktionsmitglied der Staatsbank der UdSSR, Professor Ramzyn, Groman, einer der bekanntesten Wirtschaftsstatistiker des Gosplan, und weitere hervorragende Spezialisten.[240]

Von Stalin, der sich um die Angelegenheiten der »bürgerlichen Spezialisten« ganz besonders kümmerte, genauestens informiert, hatte die GPU Akten vorbereitet, die ein Netz von miteinander in Verbindung stehenden antisowjetischen Organisationen aufdecken sollten. Bei einer gewissen »Bauernpartei der Arbeit« mit dem Vorsitzenden Kondratjew und einer gewissen »Industriepartei« mit dem Vorsitzenden Ramzin liefen die Fäden angeblich zusammen. Die Untersuchungsbeauftragten konnten bei mehreren Verhafteten »Geständnisse« erzwingen, in denen diese ihre Kontakte zur »rechten« Szene um Rykow, Bucharin und Syrtsow und ihre Beteiligung an angeblichen Verschwörungen zugaben, die Lenin beseitigen und mit Hilfe antisowjetischer Emigrantenorganisationen und ausländischer Geheimdienste das sowjetische Regime stürzen wollten. Doch die GPU ging noch weiter und preßte zwei Ausbildern der Militärischen Akademie ein Geständnis ab, wonach auch unter der Leitung von Michail Tuchatschewski, dem Generalstabschef der Roten Armee, eine Verschwörung vorbereitet wurde. Wie aus einem Brief an Sergo Ordschonikidse hervorgeht, scheute sich Stalin jedoch vor einer Verhaftung Tuchatschewskis und beschränkte sich lieber auf andere Zielscheiben, die »Sabotage-Spezialisten«.[241]

An dieser Episode zeigt sich bereits deutlich, wie sehr die Abteilung, die diese Affären der angeblichen »Terroristengruppen«, in die natürlich auch die nicht auf der stalinistischen Linie liegenden Kommunisten verwickelt waren, zu arrangieren hatten, bereits im Jahre 1930 eingespielt war. Doch für den Augenblick konnte und wollte Stalin nicht weiter gehen. Alle Provokationen und Taktiken dieser Periode verfolgten alles in allem recht bescheidene Ziele: die letzten Gegner der stalinistischen Linie innerhalb der Partei

sollten entmutigt, und die Unentschlossenen und Zögernden eingeschüchtert werden.

Am 22. September 1930 veröffentlichte die *Prawda* die »Geständnisse« der 48 Beamten aus den Volkskommissariaten des Handels und der Finanzen. Sie bekannten sich schuldig und übernahmen die Verantwortung für »die Versorgungsschwierigkeiten im Land und das Verschwinden der Silbermünzen«. Einige Tage zuvor hatte Stalin in einem Brief an Molotow seine Anweisungen für diese Affäre gegeben: »Wir müssen: a) den Apparat des Volkskommissariats der Finanzen und der Staatsbank radikal säubern, ungeachtet des Geschreis der fragwürdigen Kommunisten vom Typ Piatakow-Brjuchanow; b) unbedingt 20 oder 30 von den Saboteuren, die diese beiden Apparate infiltriert haben, erschiessen. [...] c) die Operationen der GPU, die das Einsammeln der sich noch im Umlauf befindlichen Silbermünzen zum Ziel haben, auf dem gesamten Gebiet der UdSSR fortsetzen.« Die 48 Spezialisten wurden am 25. September 1930 erschossen.[242]

In den folgenden Monaten wurden mehrere Prozesse der gleichen Art aufgezogen. Zum Teil fanden sie unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, wie etwa der Prozeß gegen die »Spezialisten des Obersten Wirtschaftsrates« oder gegen die »Bauernpartei der Arbeit«. Andere wiederum waren öffentlich, wie etwa jener gegen die »Industriepartei«, in welchem acht von den Angeklagten zugaben, von den ausländischen Botschaften angestiftet, ein großes Netz von 2000 Spezialisten auf die Beine gestellt zu haben mit dem Ziel, die Wirtschaft zu untergraben. Diese Prozesse unterstützten den Mythos der Sabotage, der zusammen mit dem der Verschwörung das Kernstück von Stalins ideologischer Montage ausmachte.

Innerhalb von vier Jahren, von 1928 bis 1931, wurden 138000 Beamte aus dem öffentlichen Dienst entfernt. 23 000 von ihnen wurden in die Kategorie I (»Feinde der Sowjetmacht« eingestuft) und verloren ihre Bürgerrechte.[243] In den Betrieben, in denen es wegen Produktionsüberlastung vermehrt zu Unfällen, unbrauchbaren Produkten und defekten Maschinen kam, nahm die Jagd auf die Spezialisten noch größere Ausmaße an. Vom Januar 1930 bis Juni 1931 wurden im Donezgebiet 48% der Ingenieure entlassen oder verhaftet; allein im Transportwesen wurden in der ersten Jahreshälfte von 1931 4500 »Sabotage-Spezialisten entlarvt«. Bei einer Produktivität und Arbeitsdisziplin, die beide stark nachgelassen hatten, und den nicht realisierbaren Zielen, die in unbändigem Eifer und ungeachtet aller wirtschaftlichen Zwänge in Angriff genommen worden waren, hatte die Jagd auf die Spezialisten den betrieblichen Ablauf der Unternehmen auf Dauer gestört.

Angesichts der Schwere der Krise beschloß die Parteiführung einige »Verbesserungen«. Am 10. Juli 1931 traf das Politbüro eine Reihe von Maßnahmen zur Begrenzung der Willkür, der die *spetzy* seit 1928 ausgesetzt waren, sofortige Freilassung mehrerer Tausend Ingenieure und Techniker, »besonders aus dem Bereich der Metall- und Kohleindustrie«, Aufhebung sämtlicher Zulassungsbeschränkungen für deren Kinder an den Universitä-

ten und Hochschulen, Verbot für die GPU, einen Spezialisten ohne vorherige Zustimmung des zuständigen Volkskommissariats festzunehmen. Allein der Wortlaut dieser Maßnahmen läßt ahnen, wie schwer die Diskriminierungen und Repressionen waren, denen seit dem Schachty-Prozeß Zehntausende von Ingenieuren, Agrarwissenschaftlern, Technikern und Verwaltungsfachleuten aus allen Bereichen ausgesetzt waren.[244]

Zu den sozialen Gruppen, die von der »neuen sozialistischen Gesellschaft« geächtet wurden, zählten auch die Mitglieder des geistlichen Standes. In den Jahren 1929/30 kam es zur zweiten großen Offensive des Sowjetstaates gegen die Kirche; die erste hatte in den Jahren 1918/22 stattgefunden. Trotz des Widerspruchs, mit dem einige Prälaten auf die Loyalitätserklärung reagierten, die der Metropolit Sergej als Nachfolger des Patriarchen Tichon gegenüber der Sowjetmacht formulierte, war die orthodoxe Kirche in der Gesellschaft nach wie vor stark präsent. Von den 54 692 Kirchen, die im Jahre 1914 von den Gläubigen genutzt wurden, waren Anfang 1929 noch ungefähr 39 000 für den Gottesdienst geöffnet.[245] Jemeljan Jaroslawski, der Vorsitzende des 1925 gegründeten Gottlosenverbandes gab zu, daß weniger als zehn Millionen von den 130 Millionen Einwohnern, die das Land zählte, mit der Religion »gebrochen hatten«.

Die antireligiöse Offensive von 1929/30 entwickelte sich in zwei Etappen: In der ersten - Frühjahr und Sommer 1929 - wurden die antireligiösen Bestimmungen aus den Jahren 1918/22 wiedereingeführt und verschärft. Mit einem wichtigen Dekret vom 8. April 1929 wurde die Kontrolle der Lokalbehörden über das kirchliche Gemeindeleben verstärkt und den Aktivitäten der religiösen Gemeinschaften neue Beschränkungen auferlegt. In Zukunft fiel jede Aktivität, die »über die Befriedigung der religiösen Bedürfnisse hinausgeht«, unter das Verdikt des Gesetzes, ganz besonders unter das des Paragraphen 10 des gefürchteten Artikels 58 des Strafgesetzbuches, der jeden, der »die religiösen Vorurteile der Massen [...] zur Schwächung des Staates mißbraucht«, unter Strafe stellte, vom »Freiheitsentzug nicht unter drei Jahren bis hin zur Todesstrafe«. Am 26. August 1929 führte die Regierung die fünftägige Arbeitswoche ein: fünf Arbeitstage, gefolgt von einem Ruhetag. Damit war der Sonntag als allgemeiner Ruhetag für die Gesamtbevölkerung abgeschafft. Diese Maßnahme sollte »den Kampf zur Ausmerzung der Religion erleichtern«.[246]

Diese verschiedenen Dekrete waren nur das Vorspiel für direktere Aktionen, der zweiten Etappe der antireligiösen Offensive. Im Oktober 1929 wurde die Beschlagnahmung der Glocken angeordnet: »Das Glockengeläute verstößt gegen das Recht auf Ruhe der breiten atheistischen Massen in der Stadt und auf dem Lande.« Die Geistlichen wurden den Kulaken gleichgesetzt, d. h. es wurden ihnen hohe Steuern auferlegt - die Besteuerung der Popen stieg zwischen 1928 und 1930 um das Zehnfache -, und die Bürgerrechte entzogen: Das bedeutete keine Lebensmittelkarten und keine medizi-

nische Versorgung. Oft wurden sie verhaftet, ins Exil geschickt oder deportiert. 1930 wurden mehr als 13 000 Geistliche »entkulakisiert«, doch die Zahlen sind unvollständig. In vielen Dörfern und kleineren Städten begann die Kollektivierung symbolisch mit der Schließung der Kirchen und der Entkulakisierung des Popen. Es ist bezeichnend, daß an die 14% der im Jahre 1930 registrierten Bauernerhebungen und -aufstände die Schließung der Kirche und die Beschlagnahmung der Glocken zum Hauptanlaß hatten.[247] Im Winter 1929/30 erreichte die antireligiöse Kampagne ihren Höhepunkt. Am 1. März 1930 waren 6715 Kirchen geschlossen oder zerstört. Sicherlich als Reaktion auf Stalins berühmten Artikel »Der Rausch des Erfolgs« vom 2. März 1930 verurteilte das Zentralkomitee in einer offiziellen Mitteilung zynisch »die untragbaren Entgleisungen im Kampf gegen die religiösen Vorurteile, insbesondere die amtliche Schließung der Kirchen ohne Zustimmung der Einwohner«. Die formelle Verurteilung hatte jedoch auf das Schicksal der deportierten Geistlichen keinen Einfluß.

In den Folgejahren lösten die gegen die Geistlichen und religiösen Gemeinschaften gerichteten täglichen Verwaltungsschikanen die großen Offensiven gegen die Kirche ab. In großzügiger Interpretation der 68 Artikel des Dekrets vom 8. April 1929 gingen die lokalen Behörden weit über ihre Vorrechte im bezug auf die Kirchenschließung hinaus und führten den Guerillakrieg mit den unterschiedlichsten Gründen weiter: »Baufälligkeit« oder »unhygienischer Zustand« des Gebäudes, »fehlende Versicherung«, Rückstand bei der Bezahlung der Steuern oder der anderen unzähligen Gebühren, die den Mitgliedern der religiösen Gemeinschaften auferlegt waren. Ohne Bürgerrecht und Amtsbefugnis hatten die Geistlichen keine Möglichkeit, sich ihren Lebensunterhalt durch Lohnarbeit zu verdienen. Als »parasitäre Elemente mit einem nicht durch regelmäßigen Lohn festgelegten Einkommen« wurden sie recht willkürlich besteuert, und so hatten viele Geistliche gar keine andere Wahl: als »umherziehende Popen« lebten sie im Untergrund, am Rande der Gesellschaft. Aus Opposition gegen die vom Metropoliten Sergej propagierte Loyalität gegenüber der Sowjetmacht bildeten sich vor allem in den Provinzen Woronesch und Tambow schismatische Bewegungen.

Die Anhänger des Woronescher Bischofs Alexej Bui, der 1929 wegen seiner ablehnenden Haltung gegenüber jeder Form des Kompromisses zwischen Staat und Kirche verhaftet worden war, organisierten sich in einer unabhängigen Kirche, der »Wahren Orthodoxen Kirche«, mit ihrer eigenen Geistlichkeit, die nicht mit dem Segen der sergejischen Patriarchenkirche geweiht war und in der Regel »umherzog«. Die Mitglieder dieser »Wüstenkirche« ohne eigene Gebetshäuser versammelten sich an den unterschiedlichsten Orten zum Gebet: in Privatwohnungen, Einsiedeleien, Grotten.[248] Die »wahren orthodoxen Christen« - wie sie sich selbst nannten - wurden besonders stark verfolgt. Sie wurden zu Tausenden verhaftet und als Sondersiedler deportiert oder in die Lager geschickt. Was die eigentliche orthodoxe

Kirche angeht, so nahm die Zahl ihrer Kultstätten und Geistlichen unter dem ständigen Druck der Behörden deutlich ab, auch wenn - wie aus der später für ungültig erklärten Volkszählung von 1937 hervorgeht - sich 70 % der Erwachsenen immer noch als gläubig bezeichneten. Am 1. April 1936 gab es in der UdSSR nur noch 15 835 orthodoxe Kirchen, die noch als Gotteshaus genutzt wurden (28% des Bestandes vor der Revolution), 4830 Moscheen (32% des Bestandes vor der Revolution) und einige Dutzend katholische und protestantische Kirchen. Die Zahl der ordnungsgemäß registrierten Geistlichen betrug 17857, 1914 waren es noch 112629 gewesen und 1928 immerhin noch 70 000. Der geistliche Stand war - um eine offizielle Formulierung zu gebrauchen - nur noch »der letzte Rest der sterbenden Klassen«.[249]

Die Kulaken, die *spetzy* und die Geistlichen waren nicht die einzigen Opfer der »antikapitalistischen Revolution« der frühen dreißiger Jahre. Im Januar 1930 starteten die Behörden eine Großkampagne zur Ausschaltung der »privaten Unternehmer«, eine Operation, die vor allem gegen die Händler, Handwerker und Freiberuflichen gerichtet war. Sie betraf insgesamt etwa anderthalb Millionen Berufstätige, durch die in den Zeiten der NEP der private Wirtschaftssektor in einem alles in allem recht bescheidenen Rahmen vertreten war. Diese privaten Unternehmer, deren durchschnittliches Betriebskapital den Betrag von 1000 Rubel nicht überstieg und die zu 98% nicht einen einzigen Angestellten beschäftigten, waren durch eine verzehnfachte Besteuerung und die Beschlagnahmung ihres Besitzes schnell ausgeschaltet. Als »deklassierte«, »untätige« oder »fremde Elemente« verloren sie die Bürgerrechte ebenso wie die recht uneinheitliche Gruppe der »Ehemaligen« und anderen »Mitglieder der besitzenden Klassen und des zaristischen Apparates«. Ein Dekret vom 12. Dezember 1930 zählte mehr als 30 verschiedene Kategorien von *lischentsy* auf- von Leuten, denen das Bürgerrecht entzogen wurde: »ehemalige Gutsbesitzer«, »ehemalige Händler«, »ehemalige Adlige«, »ehemalige Polizisten«, »Beamte, die unter dem Zaren gearbeitet haben«, »ehemalige Kulaken«, »ehemalige Pächter oder Eigentümer von privaten Unternehmen«, »ehemalige Offiziere der Weißen Armee«, Geistliche, Mönche und Nonnen, »ehemalige Mitglieder der politischen Parteien« usw. 1932 machten die *lischentsy* 4% der Wählerschaft aus und kamen mit ihren Angehörigen auf etwa sieben Millionen Menschen. Die Diskriminierungen, denen sie ausgesetzt waren, beschränkten sich natürlich nicht auf den Entzug des Wahlrechts. In den Jahren 1929/32 verlor man mit dem Bürgerrecht auch den Anspruch auf eine Wohnung, auf medizinische Versorgung und die Lebensmittelkarten. 1933/34 verschärften sich die Maßnahmen noch mehr: Über die Einführung des Passes kam es selbst zu Verbannungen, denn man wollte die Städte von ihren »deklassierten Elementen« säubern.[250]

Durch die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, die später durch eine verstärkte Industrialisierung abgelöst wurde, waren die sozialen Strukturen und die herkömmliche Lebensweise auf dem Lande von Grund auf zerstört. Die Bauern strömten in Massen in die Städte. Aus dem ursprünglich von der Landwirtschaft geprägten Rußland wurde ein Land umherziehender Vagabunden, *Rusbrodschaschaja.* Die Zahl der Bauern, die zwischen 1928 und 1932 die sowjetischen Städte auf der Flucht vor der Kollektivierung und Entkulakisierung überfluteten, wird auf 12 Millionen geschätzt. Allein die Regionen Moskau und Leningrad nahmen mehr als dreieinhalb Millionen Zugewanderte auf, darunter viele unternehmungslustige Bauern, die lieber - notfalls als »Selbstentkulakisierte« - ihre Dörfer verlassen als in eine Kolchose eintreten wollten. 1930/31 kamen diese anspruchslosen Arbeitskräfte bei den unzähligen Baustellen unter. Ab 1932 wuchs bei den Behörden jedoch die Sorge über den unkontrollierten Massenzustrom, welcher der Stadt - dem Machtzentrum und Schaufenster der neuen sozialistischen Ordnung - eben diesen »städtischen« Charakter nahm und das seit 1929 sorgfältig ausgearbeitete Versorgungssystem, das Anfang 1930 noch 26 Millionen und Ende 1932 bereits ungefähr 40 Millionen »Berechtigte« zählte, gefährdete. Aus den Industriebetrieben wurden riesige »Nomadenlager«. Waren diese Neuzugewanderten nicht der Grund für die vielen »negativen Erscheinungen«, die für die Behörden die Produktion »auf Dauer« störten: ständiges Fehlen, Schwinden der Arbeitsdisziplin, Rowdytum, Fehlproduktion und die Zunahme von Alkoholismus und Kriminalität?[251]

Zur Bekämpfung dieser *stichia* - ein Ausdruck, der sowohl für die Elemente der Natur als auch für die Anarchie und die fehlende Ordnung steht - griffen die Behörden im November/Dezember 1932 zu etlichen Maßnahmen, mit denen man einerseits Strafen von bisher nicht gekannter Härte in die Arbeitswelt einführte und andererseits die Städte von ihren »in sozialer Hinsicht fremden Elementen« zu säubern versuchte. Das Gesetz vom 15. November 1932 sah für das Fehlen am Arbeitsplatz schwere Strafen vor: sofortige Entlassung, Einzug der Lebensmittelkarten und Rausschmiß der Zuwiderhandelnden aus ihrer Unterkunft. Das klare Ziel dieser Maßnahmen war die Entlarvung der »Pseudo-Arbeiter«. Mit dem Dekret vom 4. Dezember 1932 waren nur noch die Betriebe zuständig für die Verteilung der neuen Lebensmittelkarten. Mit dieser Änderung sollten die »Karteileichen« und »Parasiten«, die sich unkorrekter weise in die weniger sorgfältig geführten städtischen Versorgungslisten eingeschrieben hatten, ausgeschaltet werden.

Doch die Krönung des Ganzen kam am 27. Dezember 1932 mit der Einführung des Inlandpasses. Die damit verfolgten Absichten waren im Vorwort des Dekrets genau beschrieben: Ausmerzung des »sozialen Schmarotzertums«, Schutz der Städte und Märkte vor der »Unterwanderung« durch die Kulaken und deren Aktivitäten, Begrenzung der Landflucht und Aufrechterhaltung der Stadtgesellschaft in ihrer reinen Form. Alle erwachsenen, d. h. über 16 Jahre alten Stadtbewohner, die im Besitz ihrer Bürgerrechte

waren, sowie alle Bahnarbeiter, alle Festangestellten des Baugewerbes und alle Agrararbeiter der Staatsgüter bekamen von den Polizeibehörden einen Paß ausgestellt. Dieser Paß war jedoch nur gültig mit einem offiziellen Stempel, der die legale Adresse *(propiska)* des Städters bestätigte. Die Propiska war die unumgängliche Voraussetzung für den Status des Städters, dessen Vorteile die Lebensmittelkarte, die Sozialversicherung und das Recht auf eine Unterkunft waren. Die Städte waren in zwei Kategorien eingeteilt: in »offene« und »geschlossene«. Die »geschlossenen« Städte - in der ersten Zeit waren dies Moskau, Leningrad, Kiew, Odessa, Minsk, Charkow, Rostow am Don und Wladiwostok - besaßen mit ihrer besseren Versorgung einen privilegierten Status. Dort war ein fester Wohnsitz nur über eine familiäre Verbindung, über Heirat oder über eine Arbeitsstelle, mit der ein Anspruch auf die *propiska* verbunden war, zu bekommen. In den »offenen« Städten war eine *propiska* leichter zu erhalten.

Mit diesem Inlandspaß, dessen Einführung sich über das ganze Jahr 1933 hinzog - 27 Millionen Pässe wurden ausgestellt, konnten die Behörden die Städte besser von unerwünschten Elementen säubern. Am 5. Januar 1933 begann man in Moskau: Bereits in der ersten Woche wurden in 20 großen Industriebetrieben der Hauptstadt die Pässe eingeführt, und dabei 3450 »ehemalige Weiße Garden, Kulaken oder andere kriminelle Elemente« entdeckt. Insgesamt wurde in den geschlossenen Städten 385000 Personen die Ausstellung eines Passes verwehrt. Sie mußten innerhalb von zehn Tagen ihren Wohnort verlassen und durften sich in keiner anderen Stadt niederlassen, auch nicht in einer »offenen«. Wie der Chef der Paßabteilung des NKWD in seinem Bericht vom 13. August 1934 zugab, »kommen zu den 385 000 Ausgewiesenen noch diejenigen hinzu, die - als die Einführung des Passes bekannt wurde - aus freien Stücken die Städte verließen, wohlwissend, daß man ihnen keinen Paß ausstellen würde. Die Stadt Magnitogorsk beispielsweise haben 35000 Menschen verlassen. [...] Die Moskauer Bevölkerung nahm während der ersten beiden Monate der Operation um 60000 Menschen ab. In Leningrad verschwanden innerhalb eines Monats 54 000 Leute.« In den offenen Städten konnten während der Operation 420000 Leute ausgewiesen werden.[252]

Auf die Polizeikontrollen und Razzien folgte die Ausweisung von Hunderttausenden von Personen ohne Papiere. Im Dezember 1933 gab Genrich Jagoda seinen Dienststellen die Anweisung, die Bahnhöfe und Märkte der »geschlossenen« Städte wöchentlich zu »säubern«. In den ersten acht Monaten des Jahres 1934 wurden allein in den »geschlossenen« Städten mehr als 630000 Personen wegen des Verstoßes gegen das Paßgesetz festgenommen. 65 661 von ihnen wurden ohne gerichtliches Verfahren inhaftiert und später in der Regel als »deklassierte Elemente« mit dem Status eines Sondersiedlers deportiert. Weitere 3596 wurden vor Gericht gestellt und 175 627 ohne den Status eines Sondersiedlers verbannt; der Rest kam mit einer einfachen Geldstrafe davon.[253]

Zu den außerordentlichsten Operationen kam es im Laufe des Jahres 1933: vom 28. Juni bis 3. Juli wurden 5470 Moskauer Zigeuner verhaftet und in sibirische »Arbeitsdörfer« deportiert;[254] vom 8. bis 12. Juli wurden in Kiew 4750 »deklassierte Elemente« verhaftet und deportiert; im April, Juni und Juli 1933 wurden drei Kontingente von »deklassierten Elementen« aus Moskau und Leningrad zusammengetrieben und deportiert[255], insgesamt über 18 000 Menschen. Das erste Kontingent fand sich auf der Insel Nasino wieder, wo innerhalb eines Monats zwei Drittel der Deportierten umkamen.

Um was für Leute es sich bei manchen dieser angeblich »deklassierten Elemente« handelte, geht aus dem bereits zitierten Bericht des Schulungsleiters der Partei von Narym hervor:

> »Ich könnte noch viele Beispiele von völlig ungerechtfertigten Deportationen anführen. Leider sind alle diese Leute, die mir als Arbeiter und Parteimitglieder sehr nahestanden, tot, denn sie waren auf diese Umstände am allerwenigsten vorbereitet: Nowotschilow, Wladimir, aus Moskau, dreifach ausgezeichneter Chauffeur bei der Firma *Kompressor* in Moskau. Frau und Kind in Moskau. Wollte mit seiner Frau ins Kino gehen. Während sie sich fertigmachte, ging er ohne Papiere hinunter, um Zigaretten zu holen und wurde auf der Straße verhaftet; Winogradowa, Kolchosebäuerin. War auf dem Weg zu ihrem Bruder, dem Milizchef des achten Sektors, in Moskau. Als sie aus dem Zug stieg, wurde sie in einem der Bahnhöfe der Stadt verhaftet und deportiert. Woikin, Nikolai Wassiljewitsch, Komsomolmitglied seit 1929. Dreifach ausgezeichneter Arbeiter der Fabrik *Der rote Textilarbeiter* in Serpuchow. War am Sonntag auf dem Weg zu einem Fußballspiel und hatte vergessen, seine Papiere mitzunehmen. Verhaftet und deportiert. - Matwejew, I.M. Bauarbeiter auf der Baustelle der Brotfabrik Nr. 9. Hatte einen Paß für Saisonarbeiter, der bis zum Dezember 1933 gültig war. Gab an, daß bisher niemand auch nur einen Blick auf seine Papiere hat werfen wollen...«[256]

Die Säuberung der Städte von 1933 war in der Verwaltung und in den Betrieben von zahlreichen Einzeloperationen begleitet, hinter denen die gleiche Geisteshaltung stand. Im Bereich der Eisenbahn, einem besonders wichtigen Sektor, der von Andrejew und später von Kaganowitsch mit eiserner Hand geführt wurde, waren im Frühjahr 1933 8% des Bahnpersonals, d.h. 20000 Menschen entlassen worden. Den Ablauf einer solchen Operation schildert uns ein Ausschnitt aus einem Bericht des Chefs der GPU-Abteilung Transport. Er stammt vom 5. Januar 1933 und hat »die Eliminierung er konterrevolutionären und antisowjetischen Elemente bei der Eisenbahn« zum Thema:

»Die Säuberungsoperationen der Transportabteilung der GPU in der achten Region brachten folgende Ergebnisse. Vorletzte Säuberungsaktion: 700 Personen verhaftet und vor das Gericht gestellt, 325 davon waren Paketräu-

ber, 221 Hooligans (kleine Ganoven) und kriminelle Elemente, 27 Banditen und 127 konterrevolutionäre Elemente. 73 von den Paketräubern gehörten zu organisierten Banden und wurden sofort an die Wand gestellt. Bei der letzten Säuberungsoperation [...] wurden ungefähr 200 Personen verhaftet. Es handelte sich hauptsächlich um kulakische Elemente. Außerdem wurden 300 zweifelhafte Personen über den Verwaltungsweg entlassen. Insgesamt sind also 1270 Personen innerhalb der letzten vier Monate auf die eine oder andere Weise aus dem Eisenbahnnetz gejagt worden. Die Säuberungen gehen weiter.«[257]

Im Frühjahr 1934 ergriff die Regierung eine Reihe von repressiven Maßnahmen gegen die zahlreichen jungen Stadtstreicher und kleinen Ganoven, die sich seit der Entkukalisierung, der Hungersnot und der allgemeinen Verrohung innerhalb der Gesellschaft vermehrt in den Städten eingefunden hatten. Am 7. April 1935 erließ das Politbüro ein Dekret, das vorsah, »Jugendliche ab zwölf Jahren, denen Einbrüche, Gewaltverbrechen, Körperverletzungen, mutwillige Beschädigungen oder ein Mord nachzuweisen sind, vor Gericht zu stellen, wo ihnen alle vom Gesetz vorgeschriebenen Strafen auferlegt werden«. Wenige Tage später erging an die Staatsanwaltschaft die geheime Regierungsanweisung, daß zu den Jugendstrafen auch »die schwerste Maßnahme zur sozialen Verteidigung zählt«, d.h. die Todesstrafe. Damit waren die alten Bestimmungen des Strafrechts, nach denen die Todesstrafe für Minderjährige verboten war, außer Kraft gesetzt.[258] Gleichzeitig wurde der NKWD mit der Reorganisation der »Anlaufstellen und Verteilerzentralen für die Minderjährigen« beauftragt, bisher war dafür das Volkskommissariat des Inneren zuständig gewesen. Außerdem sollte der NKWD ein Netz von »Arbeitskolonien« für Minderjährige einrichten.

Doch die Jugendkriminalität und das Vagabundentum nahmen weiterhin zu. Die Maßnahmen zeigten wenig Wirkung. Im folgenden ein Bericht über »die Ausmerzung des Vagabundentums bei Jugendlichen in der Zeit vom 1. Juli 1935 bis 1. Oktober 1937«:

»Trotz der Reorganisation der Dienststellen hat sich die Lage kaum gebessert. [...] Seit Februar 1937 wurde eine starke Zunahme von Vagabunden aus den ländlichen Gebieten beobachtet. Sie kommen vor allem aus Gegenden, die von der Mißernte von 1936 betroffen sind. [...] Die massenhafte Abwanderung der Landkinder, deren Familien unter vorübergehenden materiellen Schwierigkeiten leiden, erklärt sich nicht nur durch den schlecht organisierten Hilfsfonds der Kolchosen, sondern auch durch die kriminellen Praktiken vieler Kolchoseleiter, welche die jungen Bettler und Vagabunden loswerden wollen und ihnen deshalb »Vagabunden- und Bettelscheine« ausstellen und sie zum nächstbesten Bahnhof und in die allernächsten Städte schicken. [...] Auch die Bahnverwaltung und die Bahnmiliz nehmen die minderjährigen Vagabunden nicht fest und leiten sie an die Anlaufstellen und Verteilerzentren des NKWD weiter, wie sie es eigentlich tun sollten,

sondern beschränken sich darauf, die Jugendlichen mit Gewalt in die weiterfahrenden Züge zu setzen, ›um ihren Sektor zu säubern‹ [...], und so finden sich die Vagabunden in den großen Städten wieder.«[259]

Ein paar Zahlen geben eine Idee von den Ausmaßen des Phänomens: Allein im Jahre 1936 wurden mehr als 125 000 herumstreunende Jugendliche durch die »Anlaufstellen« des NKWD geschleust. Mehr als 155 000 Jugendliche landeten zwischen 1935 und 1939 in den Arbeitskolonien des NKWD, und 92000 junge Menschen zwischen zwölf und 16 Jahren wurden zwischen 1936 und 1939 vor Gericht gestellt. Am 1. April 1939 waren mehr als 10 000 Jugendliche im Gulag-Lagersystem inhaftiert.[260]

Während der ersten Hälfte der dreißiger Jahre waren die Repressionen der Staatspartei gegenüber der Gesellschaft unterschiedlich stark. Es gab Phasen gewalttätiger Auseinandersetzungen, die mit terroristischen Maßnahmen und massiven Säuberungsaktionen einhergingen, aber auch Phasen der Ruhe, die wieder ein gewisses Gleichgewicht herstellten und dem Chaos, das eine ständige Auseinandersetzung und unkontrollierte Entgleisungen bedeutet hätte, Einhalt geboten.

Das Frühjahr 1933 war sicherlich der Höhepunkt des ersten großen Terrorzyklus, der 1929 mit den ersten Entkulakisierungen begonnen hatte. Damals standen die Behörden vor völlig neuen Problemen. Zunächst einmal: Wie konnte man in den von der Hungersnot heimgesuchten Gebieten dafür sorgen, daß die Feldarbeiten für die nächste Ernte weiterliefen? »Wenn wir nicht den Mindestbedarf der Kolchosebauern berücksichtigen«, hatte im Herbst 1932 ein maßgeblicher Parteifunktionär aus der Provinz gewarnt, »wird es niemanden mehr geben, der sät und für die Ernte garantiert.«

Und außerdem: Was sollte man mit den Hunderttausenden von Angeklagten machen? Die Gefängnisse platzten aus allen Nähten und das Lagersystem konnte sie nicht sinnvoll einsetzen. »Welchen Eindruck muß die Bevölkerung von unseren extrem repressiven Gesetzen haben«, fragte sich im März 1933 ein anderer Lokalpolitiker der Partei, »wenn man doch weiß, daß Hunderte von Kolchosebauern, die zu zwei und mehr Jahren Gefängnis verurteilt worden sind, weil sie die Aussaat sabotiert haben, auf Anweisung der Staatsanwaltschaft bereits nach einem Monat wieder freigelassen werden?«

An den Lösungen, mit denen die Behörden im Sommer 1933 diesen beiden Problemkreisen zu begegnen suchten, werden zwei unterschiedliche Grundhaltungen sichtbar, die in ihrer Mischung oder gegenseitigen Ablösung ein labiles Gleichgewicht bilden und so die Zeit vom Sommer 1933 bis zum Ausbruch des großen Terrors im Herbst 1936 prägen.

Auf die Frage, wie in den von der Hungersnot heimgesuchten Gebieten die Feldarbeiten für die nächste Ernte zu garantieren sind, antworteten die Behörden auf die schnellste und direkteste Weise: Sie organisierten großangelegte Razzien in den Städten und brachten die festgenommenen Stadtbewohner kurzerhand auf die Felder.

»Die Mobilisierung der städtischen Einsatzkräfte hat ungeheure Ausmaße angenommen«, schrieb am 20. Juli 1933 der italienische Konsul aus Charkow. »Diese Woche wurden täglich mindestens 20000 Personen auf das Land geschickt. [...] Vorgestern wurde der Basar umstellt und alle arbeitsfähigen Leute - Männer, Frauen und Jugendliche beiderlei Geschlechts - festgenommen, unter GPU-Bewachung zum Bahnhof geführt und auf die Felder gebracht.«[261]

Bei dem massiven Einfall der Städter kam es natürlich zu Spannungen mit den ausgehungerten Dorfbewohnern. Die Bauern zündeten die Baracken an, in denen die »Mobilisierten« zusammengepfercht worden waren, und die Städter ihrerseits wurden von den Behörden streng bewacht, damit sich keiner von ihnen in die »von Kannibalen bewohnten« Dörfer wagte. Trotzdem: Außergewöhnlich günstige Wetterbedingungen, die Mobilisierung aller in der Stadt verfügbaren Arbeitskräfte und der Instinkt der in ihren Dörfern eingesperrten Überlebenden, die nur die Wahl hatten, das Land, das ihnen nicht mehr gehörte, zu bestellen oder zu sterben, führten im Herbst 1933 in den von der Hungersnot der vorangegangenen Monate betroffenen Gebieten zu einer ansehnlichen Ernte.

Das Problem der überfüllten Gefängnisse lösten die Behörden pragmatisch: Mehrere hunderttausend Personen wurden freigelassen. Ein vertraulicher Rundbrief des Zentralkomitees vom 8. Mai 1933 gab zu, daß es notwendig sei, »die von allen möglichen Leuten durchgeführten [...] Verhaftungen zu regeln«, die »Haftanstalten zu leeren« und »die Zahl der Gefangenen - mit Ausnahme der Lagerhäftlinge - innerhalb von zwei Monaten von 800000 auf 400000 zu reduzieren«.[262] Während der sich ungefähr ein Jahr hinziehenden »Leerungsoperation« wurden etwa 320000 Gefangene freigelassen.

1934 kam es in der Repressionspolitik zu einer gewissen Beruhigung. Dies geht aus dem starken Rückgang der Verurteilungen in GPU-Angelegenheiten hervor: Sie fielen von 240000 (1933) auf 79000 (1934).[263] Die politische Polizei wurde neu organisiert. Mit dem Dekret vom 10. Juli 1934 wurde die GPU dem neu strukturierten, nun innerhalb der gesamten UdSSR vereinheitlichten Volkskommissariat des Inneren unterstellt. Sie ging dem Anschein nach in anderen, weniger gefürchteten Abteilungen auf, in der Arbeiter- und Bauernmiliz oder in den Grenzschutztruppen beispielsweise. Die »neue« politische Polizei trug dasselbe Kürzel wie das Volkskommissariat des Inneren - Narodnyi Kommissariat Wnutrennych Diel oder einfach NKWD - und verlor einen Teil ihrer Justizkompetenz: laut Verordnung waren die Unterlagen »an die zuständigen juristischen Organe weiterzuleiten«. Ohne Zustimmung der zentralen politischen Behörden durften keine Hinrichtungen mehr angeordnet werden. Auch ein Einspruchsverfahren war erarbeitet worden: Jedes Todesurteil mußte von einer Kommission des Politbüros bestätigt werden.

Diese Bestimmungen sollten »die sozialistische Gesetzlichkeit stärken«,

hatten jedoch nur eine recht begrenzte Wirkung. Die Kontrolle der Haftbefehle durch die Staatsanwaltschaft blieb ohne Konsequenzen, denn der Generalstaatsanwalt Wyschinski ließ den Repressionsorganen vollen Handlungsspielraum. Bereits im September 1934 verstieß das Politbüro selbst gegen das von ihm für Todesstrafen eingeführte Zustimmungsverfahren, indem es die Verantwortlichen bestimmter Regionen bei Todesurteilen, die lokale Angelegenheiten betrafen, von der Meldepflicht gegenüber Moskau enthob. Die Ruhephase war von kurzer Dauer.

Am 1. Dezember 1934 wurde Sergej Kirow, Mitglied des Politbüros und Erster Sekretär der Leningrader Parteiorganisation, von Leonid Nikolajew ermordet. Dem jungen, fanatischen Kommunisten war es gelungen, bewaffnet in das Smolny-Institut, den Sitz der Leningrader Parteiführung, einzudringen. Dieser Mordanschlag löste einen neuen Repressionszyklus aus.

Jahrzehntelang war die Ansicht, daß Stalin direkt an dem Attentat auf seinen stärksten politischen »Rivalen« beteiligt war, weit verbreitet, besonders nach den »Enthüllungen«, die Nikita Chruschtschow in der Nacht vom 24. auf den 25. Februar 1956 auf dem XX. Parteitag der KPdSU in seinem »Geheimbericht« vor den Sowjetdelegierten darlegte. Diese Hypothese ist in letzter Zeit stark angezweifelt worden, besonders in der sich auf völlig neue archivalische Quellen stützenden Arbeit von Alla Kirilina.[264] Sicher ist jedoch, daß Stalin den Mord an Kirow für seine politischen Ziele weidlich ausgenutzt hat. Das Attentat brachte nämlich das Bild der Verschwörung - das zentrale Leitbild der stalinistischen Rhetorik - klar zum Ausdruck und half, eine spannungsgeladene Krisenatmosphäre zu schaffen. Außerdem konnte der Mord zu jeder Zeit als handgreiflicher Beweis - der einzige in Wirklichkeit - für die Existenz einer breiten, Land, Regierung und Sozialismus bedrohenden Verschwörung herangezogen werden und diente auf Dauer als hervorragende Erklärung für die Schwächen des Systems: wenn die Dinge schlecht liefen und das Leben schwierig war anstatt »lustig und glücklich« - um einen Ausspruch Stalins zu zitieren -, dann war es »die Schuld von Kirows Mördern«.

Nur wenige Stunden nach Bekanntwerden des Attentats, verfaßte Stalin ein Dekret, das auch als »Gesetz vom 1. Dezember« bezeichnet wird. Eine außerordentliche Maßnahme, die auf Stalins persönliche Entscheidung zurückging und erst zwei Tage später vom Politbüro bestätigt wurde. Sie sah vor, das Ermittlungsverfahren bei terroristischen Angelegenheiten auf zehn Tage zu verkürzen, die Urteile in Abwesenheit der Angeklagten zu fällen und die Todesurteile sofort zu vollstrecken. Das Gesetz markierte im Vergleich zu den in den vorausgegangenen Monaten erarbeiteten Verfahren eine radikale Wende und diente in Zukunft als ideales Instrument für die Durchführung des Großen Terrors.[265]

In den folgenden Wochen wurden eine ganze Reihe ehemaliger Stalin-Gegner aus der Partei wegen terroristischer Aktivitäten unter Anklage gestellt. Am 22. Dezember 1934 verkündete die Presse, daß das »schändliche

Verbrechen« das Werk einer »terroristischen Untergrundgruppe« gewesen sei, der neben Nikolajew 13 von Reue geplagte, ehemalige »Sinowjewisten« angehörten, die von einem angeblichen »Leningrad-Zentrum« angeführt worden seien. Der Prozeß gegen die Mitglieder dieser Gruppe fand am 28. und 29. Dezember unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Sie wurden alle zum Tode verurteilt und sofort hingerichtet. Am 9. Januar 1935 wurde der Prozeß gegen das imaginäre »konterrevolutionäre sinowjewistische Leningrad-Zentrum« eröffnet. In ihn waren 77 Personen verwickelt, darunter zahlreiche herausragende Parteigrößen, die sich in der Vergangenheit gegen die stalinistische Linie gestellt hatten und nun zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Mit der Entdeckung des Leningrad-Zentrums konnte auch ein »Moskau-Zentrum« ausgehoben werden, das angeblich aus 19 Mitgliedern bestand, darunter Sinowjew und Kamenew persönlich. Sie wurden der »ideologischen Komplizenschaft« mit Kirows Mördern angeklagt und am 16. Januar 1935 verurteilt. Sinowjew und Kamenew gaben zu, daß »die frühere Aktivität der Opposition unter den gegebenen Umständen der Entartung dieser Verbrecher Vorschub leisten mußte«. In unzähligen öffentlichen Auftritten beteuerten die beiden Oppositionellen ihre Reue und sagten sich von ihrer Vergangenheit los. Das Eingeständnis dieser seltsamen »ideologischen Komplizenschaft« machte die beiden ehemaligen Parteioberen zu prädestinierten Sühneopfern einer zukünftigen Prozeßfarce. Doch bis dahin hatten die beiden eine fünf- bzw. zehnjährige Gefängnisstrafe abzusitzen. Insgesamt wurden in den beiden Monaten vom Dezember 1934 bis Februar 1935 6500 Personen nach den neuen Verfahren verurteilt, die durch das Gesetz vom 1. Dezember über den Terrorismus vorbereitet worden waren.[266]

Einen Tag nach der Verurteilung Sinowjews und Kamenews richtete das Zentralkomitee an alle Organisationen der Partei ein geheimes Rundschreiben mit dem Titel »Lehren aus den Ereignissen im Zusammenhang mit dem schändlichen Mord am Genossen Kirow«. Der Text bestätigte die Existenz einer Verschwörung unter der Anführung »der beiden sinowjewistischen Zentren [...] der Tarnorganisation einer weißgardistischen Gruppierung« und erinnerte daran, daß die Geschichte der Partei ein ständiger Kampf gegen »sich gegen die Partei stellende Gruppen« ist und bleiben wird: Trotzkisten, »demokratische Zentralisten«, »rechte Abweichler«, »recht-linke Mißgeburten« usw. Jeder, der sich irgendwann einmal gegen die stalinistische Führung ausgesprochen hatte, war also suspekt. Die Jagd auf ehemalige Oppositionelle nahm zu. Ende Januar 1935 wurden 988 ehemalige Anhänger Sinowjews aus Leningrad nach Sibirien und Jakutien verbannt. Das Zentralkomitee verlangte von allen lokalen Parteiorganisationen Listen von Kommunisten, die in den Jahren 1926/28 wegen ihrer Zugehörigkeit zum »trotzkistischen oder trotzkistisch-sinowjewistischen Block« aus der Partei ausgeschlossen worden waren. Bei den Verhaftungen orientierte man sich an diesen Listen. Ende Mai 1935 ließ Stalin den lokalen Parteiinstanzen einen weiteren Brief des Zentralkomitees zukommen, in dem eine genaue

Überprüfung des Parteiausweises eines jeden Kommunisten gefordert wurde.

Nach offizieller Version war Kirows Mörder mit einem »gefälschten« Parteiausweis ins Smolny-Institut eingedrungen. »Die ungeheure politische Bedeutung« dieser Ausweisüberprüfungskampagne lag also klar auf der Hand. Sie dauerte über sechs Monate und wurde mit aktiver Beteiligung des Apparates der politischen Polizei durchgeführt. Der NKWD lieferte den Parteiinstanzen Unterlagen von den »zweifelhaften« Kommunisten, und die Parteiorganisationen wiederum teilten dem NKWD ihre Informationen über die Leute mit, die während dieser »Überprüfungskampagne« von der Partei ausgeschlossen wurden. Durch die Kampagne wurden 9% der Mitglieder aus der Partei ausgestoßen, das waren etwa 250000 Personen.[267] Nach den unvollständigen Daten, die Nikolai Jeschow, Chef der für die parteilichen Führungskräfte zuständigen Zentralabteilung und verantwortlicher Leiter der Operation, Ende Dezember 1935 dem Plenum des Zentralkomitees vorlegte, wurden 15 218 aus der Partei ausgeschlossene »Feinde« während der Kampagne verhaftet. Doch die Säuberung war laut Jeschow sehr unglücklich verlaufen: bei »zahlreichen bürokratisierten Elementen in den Apparaten« fehlte es am guten Willen, die Grenzen zur Sabotage seien fast erreicht gewesen, weshalb die Kampagne auch dreimal so lange gedauert hätte, wie ursprünglich vorgesehen. Trotz der Appelle der Zentralbehörden, die Trotzkisten und Sinowjewisten zu entlarven, gehörten nur 3% der Ausgeschlossenen zu diesen Kategorien. Die lokalen Parteioberen hatten häufig Vorbehalte, »mit den Organen des NKWD Kontakt aufzunehmen und der Parteizentrale eine Liste mit den Namen der Leute zu geben, die nach einer reinen Verwaltungsentscheidung unverzüglich zu verbannen waren«. Kurz: Nach Jeschow zeigte die Ausweisüberprüfungskampagne deutlich, wie sehr die zentralen Parteibehörden durch die »solidarische Rückendeckung« der lokalen Parteiapparate in ihrer Kontrolle über das, was wirklich im Lande geschieht, behindert wurden.[268] Dies war eine entscheidende Lehre, an die sich Stalin noch erinnern wird.

Die Terrorwelle im Anschluß an den Mord an Kirow riß nicht nur ehemalige Oppositionelle aus den Reihen der Partei mit sich fort. Unter dem Vorwand, daß »terroristische Weißgardisten« die Westgrenze der UdSSR überschritten hätten, beschloß das Politbüro am 27. Dezember 1934 die Deportation von 2000 in den Grenzdistrikten der Ukraine ansässigen »antisowjetischen Familien«. Am 15. März 1935 kam es zu analogen Maßnahmen: »alle unsicheren Elemente aus den Grenzdistrikten der Leningrader Region und der Autonomen Republik Karelien« wurden nach Kasachstan und Westsibirien deportiert. Es handelte sich hauptsächlich um Finnen; sie und die ersten Opfer von ethnischen Deportationen, die während des Krieges ihren Höhepunkt erreichen werden. Ungefähr 10000 Personen werden Grund ihrer Volkszugehörigkeit deportiert. Im Frühjahr 1936 folgte eine zweite große Deportationswelle, bei der die Nationalität das entscheidende

Kriterium war: über 15 000 deutsche und polnische Familien aus der Ukraine - ungefähr 50000 Menschen - wurden in die Region Karaganda oder nach Kasachstan deportiert und dort in Kolchosen angesiedelt.[269]

Wie aus der Zahl der Verurteilungen in NKWD-Angelegenheiten hervorgeht - 267 000 im Jahre 1935 und 274000 im Jahre 1936[270] -, begann in diesen beiden Jahren ein neuer Repressionszyklus. Nur wenige Befriedungsmaßnahmen wurden in dieser Zeit beschlossen: Abschaffung der *lischentsy*-Kategorie, Aufhebung aller Urteile, durch die Haftstrafen von weniger als fünf Jahren über die Kolchosebauern verhängt wurden, vorzeitige Freilassung von 37 000 Menschen, die nach dem Gesetz vom 7. August 1932 verurteilt worden waren, Wiederherstellung der Bürgerrechte für die deportierten Sondersiedler, Aufhebung des Zulassungsverbots für Deportiertenkinder an den Universitäten und Hochschulen. Doch die Maßnahmen waren voller Widersprüche. Hatten die Kulaken, denen nach fünfjähriger Deportation die Bürgerrechte wieder zuerkannt wurden, wirklich das Recht, den ihnen aufgezwungenen Wohnort zu verlassen? Denn kaum waren sie wieder im Besitz ihrer Bürgerrechte, da kehrten die ersten bereits wieder in ihre Dörfer zurück, was eine Reihe von unlösbaren Problemen mit sich brachte. Konnte man sie in die Kolchose eintreten lassen? Wo sollte man sie unterbringen? Ihr Besitz und ihr Haus waren beschlagnahmt. Die Logik der Repression erlaubte nur Pausen: ein Weg zurück war nicht möglich.

Mit der Entscheidung der Regierung, die stachanowistische Bewegung für ihre Zwecke einzuspannen, nahmen die Spannungen zwischen dem Regime und der Gesellschaft weiterhin zu. Der Bergmann Alexej Stachanow hatte dank einer hervorragenden Mannschaftsorganisation die Normen für den Kohleabbau vervierzehnfacht. Eine große Produktionskampagne sollte gestartet werden. Im November 1935, kaum zwei Monate nach dem berühmten Stachanow-Rekord, fand in Moskau eine Konferenz mit vorkämpferischen Arbeitern statt. Bei dieser Gelegenheit unterstrich Stalin den »überaus revolutionären« Charakter »einer Bewegung, die sich vom Konservativismus der Ingenieure, Techniker und Betriebsdirektoren befreit hat«. Unter den damaligen Bedingungen in der sowjetischen Industrie bedeutete eine nach Tagen, Wochen und stachanowistischen Dekaden ausgerichtete Organisation eine dauerhafte Produktionsstörung; die Ausrüstung wurde schlechter, und die Arbeitsunfälle häuften sich. Auf die Rekorde folgte eine Zeit mit starkem Produktionsrückgang. In Anlehnung an den *spetzeedstvo* der Jahre 1928/31 machten die Behörden natürlich die von angeblichen Saboteuren unterwanderten Führungskräfte, Ingenieure und Spezialisten für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten verantwortlich. Eine unvorsichtige Äußerung gegen die Stachanowisten, Unterbrechungen des Produktionsrhythmus oder eine technische Panne galten bereits als konterrevolutionäre Aktionen. In der ersten Hälfte des Jahres 1936 wurden mehr als 14000 Führungskräfte aus der Industrie wegen Sabotage verhaftet. Sta-

lin nutzte die stachanowistische Kampagne für eine noch stärkere Durchsetzung seiner repressiven Politik und startete eine neue, in ihren Ausmaßen bisher einmalige Terrorwelle, die als »Großer Terror« in die Geschichte eingegangen ist.

10

Der Große Terror (1936-1938)

Es wurde viel geschrieben über den »Großen Terror«. Die sowjetische Bevölkerung nannte ihn auch die *Jeschowschina,* »die Zeit Jeschows«. In jenen beiden Jahren, in denen Nikolai Jeschow an der Spitze des NKWD stand (vom September 1936 bis zum November 1938), erlebte die sowjetische Bevölkerung nämlich eine Repression von bisher ungekannter Stärke, von der alle Schichten betroffen waren: Vom Mitglied des Politbüros bis hin zum einfachen Bürger, der auf der Straße verhaftet wurde, um die Quote der »auszumerzenden konterrevolutionären Elemente« zu erfüllen. Jahrzehntelang war über die Tragödie des Großen Terrors kein Wort verloren worden. Im Westen waren von dieser Periode lange Zeit nur die drei aufsehenerregenden Moskauer Schauprozesse vom August 1936, Januar 1937 und März 1938 beachtet worden, in denen Lenins namhafteste Mitstreiter (Sinowjew, Kamenew, Krestinski, Rykow, Piatakow, Radek, Bucharin und andere) sich zu den schlimmsten Untaten bekannten: sie sollen »terroristische Zentren trotzko-sinowjewistischer oder trotzko-rechter« Richtung mit dem Ziel organisiert haben, die Sowjetregierung zu stürzen und ihre politischen Führer zu ermorden, den Kapitalismus wiederherzustellen, Sabotageakte durchzuführen, die militärische Macht der UdSSR zu unterminieren, die Sowjetunion aufzuteilen und zum Nutzen der ausländischen Staaten einzelne Teile aus ihrem Verband herauszulösen: die Ukraine, Weißrußland, Georgien, Armenien, den sowjetischen Fernen Osten...

Die Moskauer Prozesse waren ein aufsehenerregendes Ereignis, ein Medienspektakel, das die Aufmerksamkeit der eigens dafür aus dem Ausland herbeigerufenen Beobachter auf sich ziehen mußte und vor allem ablenken sollte von den Geschehnissen hinter den Kulissen und auf den Nebenschauplätzen: der massiven Repression aller sozialen Schichten. Für die ausländischen Beobachter, die schon die Entkulakisierung, die Hungersnot und die Errichtung des Lagersystems stillschweigend übergangen hatten, waren die Jahre 1936/38 nur der letzte Akt eines schon mehr als zehn Jahre währenden politischen Machtkampfes zwischen Stalin und seinen wichtigsten Rivalen, das Ende einer Auseinandersetzung zwischen der »stalinistischen Bürokratie« und der »alten leninistischen Garde«, die ihrem revolutionären Engagement treu geblieben war.

In Anspielung auf die wichtigsten Themen von Trotzkis 1936 erschiene-

nem Werk *Die verratene Revolution* war am 27. Juli 1936 im Leitartikel der großen französischen Tageszeitung *Le Temps* folgendes zu lesen:

»Die russische Revolution steht an ihrem Wendepunkt. Monsieur Stalin ist sich der Sinnlosigkeit der reinen marxistischen Ideologie und des Mythos von der universellen Revolution bewußt geworden. Er ist gewiß ein guter Sozialist, aber vor allem ein Patriot, der wohl weiß, was für eine Gefahr diese Ideologie und dieser Mythos für sein Land bedeuten. Sein Traum ist wahrscheinlich der aufgeklärte Despotismus, der väterlich bevormundende Staat, weit entfernt vom Kapitalismus, aber auch von den Schimären des Kommunismus.«

In der Zeitung *L 'Echo de Paris* findet sich am 30. Januar 1937 die gleiche Idee, allerdings in einer bildhafteren und weniger respektvollen Sprache:

»Ohne es zu wollen, gesellt sich der Georgier mit der flachen Stirn zu Iwan dem Schrecklichen, zu Peter dem Großen, und zu Katharina der Großen. Die anderen, die er massakrieren ließ, sind die ihrem diabolischen Glauben treu gebliebenen Revolutionäre, die von einer unaufhörlichen Zerstörungswut gepackten Neurotiker.«[271]

Erst mit dem »geheimen Bericht« Chruschtschows vom 25. Februar 1956 auf dem XX. Parteitag der KPdSU lüftet sich endlich der Schleier über dem »Unrecht, das in den Jahren 1936/38 unter Mißachtung der sozialistischen Gesetzlichkeit zahlreichen Parteimitgliedern aus der Führungsriege und dem Kader zugefügt worden ist«. In den folgenden Jahren wurden einige der ehemaligen Führungskräfte, vor allem aus dem militärischen Bereich, rehabilitiert. Über die »gewöhnlichen« Opfer verlor man jedoch weiterhin nicht ein einziges Wort. Auch wenn Chruschtschow im Oktober 1961 auf dem XXII. Parteitag der KPdSU öffentlich zugab, daß »die Massenrepression [...] einfache und ehrbare Sowjetbürger getroffen hat«, bewahrte er dennoch Stillschweigen über das Ausmaß dieser Repressionen, für die er wie viele andere Parteiobere seiner Generation direkt verantwortlich gewesen war.

Dennoch konnte Ende der sechziger Jahre ein Historiker wie Robert Conquest mittels Zeugenberichten von in den Westen übergesiedelten Sowjetbürgern und Veröffentlichungen von emigrierten und nicht emigrierten Sowjetbürgern aus der Zeit des »Chruschtschowschen Tauwetters« den groben Verlauf des Großen Terrors rekonstruieren, allerdings zuweilen mit ziemlich gewagten Schlußfolgerungen in bezug auf die Mechanismen der Entscheidungsfindung und einer beträchtlichen Aufbauschung der Opferzahlen.[272]

Die Arbeit von Robert Conquest löste eine breite Diskussion aus, vor allem über die Frage nach dem Zentralisierungsgrad des Terrors, nach den Rollen von Stalin und Jeschow und nach der Höhe der Opferzahl. Einige Historiker der amerikanischen Revisionistenschule wehrten sich beispielsweise gegen die Ansicht, daß Stalin den Ablauf der Ereignisse von 1936 bis schon im voraus genau geplant habe. Sie waren vielmehr der Meinung, die Spannungen zwischen den zentralen Parteibehörden und den lokalen Aparaten erst mit der Zeit stark zunahmen und die größtenteils unkon-

trollierte Repression zu etlichen »Entgleisungen« führte. Das ungewöhnlich starke Ausmaß der Repressionen von 1936/38 erklärten sie sich dadurch, daß die lokalen Parteiapparate den ihnen drohenden Terror auf zahlreiche »Sündenböcke« abwälzten und so gegenüber dem Parteizentrum in Moskau ihre Wachsamkeit und Unnachgiebigkeit im Kampf gegen die allgegenwärtigen »Feinde« unter Beweis stellen wollten.[273]

Weiterer Streitpunkt: die Zahl der Opfer. Für Conquest und seine Schüler führte der Große Terror zu mindestens sechs Millionen Verhaftungen, drei Millionen Hinrichtungen und zwei Millionen Toten in den Lagern. Die Historiker der revisionnistischen Schule halten diese Zahlen für stark übertrieben.

Mit der- zumindest partiellen - Öffnung der sowjetischen Archive können wir für den Großen Terror eine neue Bilanz aufstellen. Es geht hier nicht darum, auf wenigen Seiten zum wiederholten Mal die außerordentlich komplexe und tragische Geschichte der beiden blutigsten Jahre des sowjetischen Regimes nachzuzeichnen, sondern um den Versuch, die meistdiskutierten Fragen der letzten Jahre - vor allem die nach dem Zentralisierungsgrad des Terrors und nach den Kategorien und der Anzahl der Opfer - neu zu beleuchten.

Was den Zentralisierungsgrad des Terrors angeht, bestätigen die heute zugänglichen Unterlagen des Politbüros[274], daß die Massenrepression sehr wohl das Ergebnis einer von der höchsten Parteiinstanz, dem Politbüro, und insbesondere von Stalin getroffenen Entscheidung gewesen ist. Die Organisation und der Verlauf der blutigsten von den großen repressiven Operationen - die sich vom August 1937 bis Mai 1938 hinziehende »Liquidierung der ehemaligen Kulaken, der Verbrecher und der anderen antisowjetischen Elemente«[275] - sagen sehr viel aus über die Rolle, welche die Parteizentrale einerseits und die lokalen Parteibehörden andererseits in dieser Repression spielten, aber auch über die folgerichtige Logik einer Operation, bei der man zumindest am Anfang überzeugt war, daß sie das Problem, das in den vorangegangenen Jahren nicht gelöst werden konnte, nun endgültig regeln würde.

Seit 1935/36 stand die Frage nach dem weiteren Verbleib der deportierten Kulaken auf der Tagesordnung. Obwohl es ihnen wiederholt verboten worden war, den ihnen zugewiesenen Aufenthaltsort zu verlassen, mischten sich die »Sondersiedler« mehr und mehr unter die Masse der freien Arbeiter. In einem Bericht vom August 1936 schrieb Rudolf Berman, der Chef der Gulag-Lager: »Viele Sondersiedler, die schon seit langem in gemischten Mannschaften mit den freien Arbeitern zusammenarbeiten, haben das nachsichtige Überwachungssystem genutzt und ihren Wohnort verlassen. Es ist immer schwieriger, sie aufzufinden. Sie haben sich nämlich spezialisiert, weshalb die Betriebsverwaltung Wert darauf legt, sie zu behalten. Manchmal ist es ihnen sogar gelungen, einen Paß zu bekommen, und sie haben sich mit den freien Arbeitskollegen verheiratet, besitzen oft ein Haus...«[276]

Zahlreiche Sondersiedler, denen eine Unterkunft in den Industriegebieten zugewiesen worden war, versuchten, sich unter die einheimische Arbeiterklasse zu mischen. Doch es gab auch andere, die noch wesentlich weiter flo-

hen. Viele von diesen Flüchtlingen schlössen sich den Banden der gesellschaftlichen Außenseiter und der kleinen Ganoven an, die in den Randgebieten der Stadt immer mehr zunahmen. Bei den im Herbst 1936 in einigen *Kommandanturen* durchgeführten Untersuchungen zeigte sich eine für die Behörden »untragbare« Situation: in der Region Archangelsk beispielsweise waren von den auf dem Papier gemeldeten 89 700 Sondersiedlern nur noch 37000 anwesend!

Die Angst vor dem Kulaken als einem »die Betriebe unterwandernden Saboteur« oder als einem »in den Städten herumstreunenden Banditen« erklärt, warum diese »Kategorie« bei den Anfang Juli 1937 von Stalin beschlossenen repressiven Großoperationen als erste zu den auserwählten Opfern zählte.

Am 2. Juli 1937 schickte das Politbüro den Lokalbehörden ein Telegramm mit dem Befehl, »alle Kulaken und Verbrecher sofort zu verhaften [...] und die feindseligsten unter ihnen zu erschießen. Doch zuvor ist ihre Angelegenheit durch eine Troika [eine dreiköpfige Kommission bestehend aus dem Ersten Sekretär der regionalen Parteiorganisation, einem Staatsanwalt und dem Chef der regionalen NKWD-Gruppe] zu untersuchen. Die weniger aktiven, aber deswegen nicht weniger regimefeindlichen Elemente sind zu deportieren [...]. Das Zentralkomitee geht davon aus, daß ihm in den nächsten fünf Tagen die Zusammensetzung der Troiki und die Anzahl der zu erschießenden und der zu deportierenden Personen gemeldet wird.«

In den folgenden Wochen erhielt das Zentralkomitee von den Lokalbehörden »ungefähre Zahlenangaben«. Auf ihrer Basis bereitete Jeschow den auf den 30. Juli 1937 datierten Operationsbefehl Nr. 00447 vor und legte ihn noch am gleichen Tag dem Politbüro zur Unterzeichnung vor. Im Rahmen dieser Operation sollten 259450 Personen verhaftet und 72950 erschossen werden.[277] Die Zahlen sind unvollständig, denn eine ganze Reihe von Regionen, die ihre »Schätzungen« offensichtlich noch nicht den Moskauer Behörden hatten zukommen lassen, fehlten auf der Liste. Wie bei der Entkulakisierung wurden für jede Region die Quoten der beiden Kategorien festgelegt (1. Kategorie: zu erschießen, 2. Kategorie: zu deportieren).

Es fällt auf, daß die Elemente, auf welche die Operation zielte, ein wesentlich breiteres politisches Spektrum darstellen als die ursprünglich angegebenen Kategorien: neben den »ehemaligen Kulaken« und den »kriminellen Elementen« sprach der Befehl auch von den »in sozialer Hinsicht gefährlichen Elementen«, den »Mitgliedern der antisowjetischen Parteien«, den ehemaligen »Beamten des Zaren«, den »Weißen Garden« usw. Diese »Bezeichnungen« gab man natürlich jedem beliebigen Suspekten, egal, ob er zur Partei, zur Intelligenzija oder zu den »kleinen Leuten« zählte. Und was die Liste der Suspekten betrifft, so hatten die zuständigen Dienststellen er GPU und später des NKWD genügend Zeit gehabt, sie anzulegen, auf ein laufenden zu halten und mit den Jahren zu ergänzen.

Der Operationsbefehl vom 30. Juli 1937 gab den lokalen Parteiführern

das Recht, in Moskau zusätzliche Listen von Personen anzufordern, die aus dem Weg zu räumen waren. Die Familien der zu Lagerhaft oder zum Tode Verurteilten konnten ebenfalls verhaftet werden, wurden aber »bei der Quotenüberprüfung nicht berücksichtigt«.

Bereits Ende August gingen beim Politbüro zahlreiche Anträge für eine Erhöhung der Quoten ein. Vom 28. August bis 15. Dezember 1937 wurde eine ganze Reihe von diesen erweiterten Quotenvorschlägen genehmigt: Weitere 22 500 Menschen sollten hingerichtet und noch einmal 16800 in ein Lager gebracht werden. Am 31. Januar 1938 wurden diese Quoten auf Vorschlag des NKWD um weitere 57200 Personen aufgestockt, 48000 von ihnen sollten hingerichtet werden. Die gesamten Operationen sollten am 15. März 1938 abgeschlossen sein. Doch die Lokalbehörden, die seit einem Jahr mehrmals »gesäubert« und neu besetzt worden waren, hielten es für ratsam, ein weiteres Mal ihren Diensteifer unter Beweis zu stellen, und so genehmigte das Politbüro vom 1. Februar bis 29. August 1938 zusätzliche Kontingente mit weiteren 90000 Menschen, die aus dem Wege geräumt werden sollten.

So zog sich die Operation, die ursprünglich vier Monate dauern sollte, über ein Jahr hin und traf mindestens 200 000 Personen mehr als ursprünglich vorgesehen.[278] Jeder, der im Verdacht einer »schlechten« sozialen Herkunft stand, war ein potentielles Opfer. Ebenfalls gefährdet waren diejenigen, die in der Nähe der Grenze wohnten oder auf irgendeine Weise Kontakt mit dem Ausland gehabt hatten, sei es als ehemalige Kriegsgefangene oder über eine wenn auch noch so entfernte Verwandtschaft. Auch Amateurfunker, Briefmarkensammler und Esperantisten mußten ständig damit rechnen, sich wegen Spionage verantworten zu müssen. Vom 6. August bis zum 21. Dezember 1937 starteten das Politbüro mit seinem Helfershelfer - dem NKWD - mindestens zehn Operationen, die derjenigen, die durch den Operationsbefehl Nr. 00447 ausgelöst wurde, durchaus vergleichbar waren. Ziel dieser Operationen war es, alle Volksgruppen, bei denen der Verdacht auf »Spionage« oder »Diversion« nahelag, zu »liquidieren«: Deutsche, Polen, Japaner, Rumänen, Finnen, Litauer, Esten, Letten, Griechen und Türken. Während dieser »Anti-Spionage«-Operationen wurden innerhalb von 15 Monaten - vom August 1937 bis November 1938 – mehrere hunderttausend Menschen verhaftet.

Weitere Operationen, über die wir heute Informationen besitzen, wenn auch nur sehr lückenhafte, denn die Archive des ehemaligen KGB und des russischen Präsidenten, wo die wichtigsten Geheimdokumente aufbewahrt werden, sind den Forschern nicht zugänglich:

- Die Operation vom 20. Juli 1937 zur »Liquidierung des in den Betrieben der Nationalen Verteidigung arbeitenden deutschen Kontingentes«.
- Die am 19. September 1937 gestartete Operation zur »Unterbindung der Terror-, Sabotage- und Spionage-Aktivitäten des japanischen Repatriierten-Netzes von Charbin«.

- Die am 4. August 1937 gestartete Operation zur »Auflösung der rechtsgerichteten militaristisch-japanischen Kosakenorganisation«; im Rahmen dieser Operation waren vom September bis Dezember 1937 mehr als 19 000 Menschen liquidiert worden.
- Die durch den NKWD-Operationsbefehl Nr. 00486 vom 15. August 1937 in die Wege geleitete Operation zur »Liquidierung der Familien der verhafteten Volksfeinde«.

Diese kurze und höchst unvollständige Aufzählung einiger weniger von den vielen Operationen, die vom Politbüro beschlossen und vom NKWD durchgeführt wurden, reicht aus, um die zentrale Steuerung dieser Massenrepressionen der Jahre 1937/38 deutlich zu machen. Wie bei allen großen repressiven Aktionen, die auf Befehl der Parteizentrale von den ortsansässigen Beamten durchgeführt wurden, kam es natürlich auch bei diesen Operationen zu Entgleisungen und Exzessen. Nach dem Großen Terror gab es jedoch nur eine einzige Untersuchungskommission, die an den Ort des Geschehens - nämlich nach Turkmenistan - geschickt wurde, um sich dort mit den Ex zessen der Jeschowschina auseinanderzusetzen: In dieser kleinen Republik mit ihren 1300000 Einwohnern (7% der Sowjetbevölkerung) waren zwi schen August 1937 und September 1938 13259 Menschen von den Troiki des NKWD verurteilt worden, und zwar einzig und allein im Rahmen der Operation zur »Liquidierung der ehemaligen Kulaken, der Verbrecher und der anderen antisowjetischen Elemente«. 4037 von ihnen waren erschossen worden. Die von Moskau festgesetzte Quote betrug 6277 für die Gesamtzahl der Verurteilungen und 3225 für die Hinrichtungen.[279] Man kann davon ausgehen, daß es in den anderen Gegenden des Landes zu ähnlichen Exzessen und Ausschreitungen gekommen ist. Waren sie doch durch das Quotenprinzip bereits vorgegeben: ein Prinzip mit seinen von der Zentrale ausgearbeiteten Direktiven und dem nach jahrelanger Manipulation zum bürokratischen Reflex gewordenen Streben der Lokalbehörden, den Wünschen der Vorgesetzten und den Anweisungen aus Moskau zuvorzukommen.

Eine weitere Dokumentenserie bestätigt die zentrale Steuerung dieser von Stalin und dem Politbüro angeordneten und genehmigten Massenmorde. Es handelt sich um die von der Justizkommission des Politbüros ausgearbeiteten Listen der zu verurteilenden Personen. Die Strafen dieser auf der Liste stehenden Personen, die sich vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes, vor den Militärgerichten oder vor der Sonderkonferenz des NKWD zu verantworten hatten, waren von der Justizkommission des Politbüros bereits im voraus festgelegt worden. Diese Kommission, zu der auch Jeschow gehörte, legte Stalin und den Mitgliedern des Politbüros mindestens 383 Listen mit mehr als 44000 Namen von Funktionären und Führungskräften der Partei, Armee und Wirtschaft zur Unterschrift vor. Über 39000 von ihnen wurden zum Tode verurteilt. 362 Listen sind von Stalin unterschrieben, 373 von Molotow, 195 von Woroschilow, 191 von Kaganowitsch, 177 von Schdanow und 62 von Mikojan.[280]

Jeder von diesen Parteiführern ging auf Reisen, um vor Ort persönlich die Säuberungen der lokalen Parteigruppen durchzuführen: Kaganowitsch wurde ins Donezgebiet und in die Regionen von Tscheljabinsk, Jaroslawl, Iwanowo, und Smolensk geschickt. Schdanow fuhr - nachdem er Leningrad, *seine eigene* Region, gesäubert hatte - nach Orenburg, Baschkirien und in die tatarischen Gebiete. Andrejew begab sich in den nördlichen Kaukasus, nach Usbekistan und Tadschikistan, Mikojan nach Armenien und Chruschtschow in die Ukraine.

Auch wenn die Anweisungen im Zusammenhang mit den Massenrepressionen als Entscheidungen des gesamten Politbüros genehmigt wurden, sieht es nach Durchsicht der Dokumente der heute zugänglichen Archive eher danach aus, daß Stalin persönlich Urheber und Initiator der meisten repressiven Maßnahmen gewesen ist. Um nur ein Beispiel zu nennen: Als sich Michail Korotschenko, der Sekretär des regionalen Parteikomitees von Westsibirien, am 27. August 1937 um 17 Uhr mit dem Sekretariat des Zentralkomitees wegen eines Prozesses gegen Agrarwissenschaftler, die »der Sabotage beschuldigt« wurden, in Verbindung setzte, telegraphierte Stalin selbst um 17.10 Uhr folgenden Text: »Ich rate Ihnen, die Saboteure aus dem Distrikt Andrejews zum Tode zu verurteilen und die Nachricht von ihrer Hinrichtung in der Presse zu veröffentlichen.«[281]

Alle heute einsehbaren Dokumente (Protokolle des Politbüros, Stalins Zeitplan und die Liste der von Stalin im Kreml empfangenen Besucher) zeigen, daß Stalin Jeschows Aktivitäten streng kontrollierte und genaue Anweisungen gab. Er korrigierte die wichtigsten Anweisungen des NKWD, regelte das Ermittlungsverfahren der großen politischen Prozesse und legte selbst den Prozeßverlauf fest. Als wegen einer »militärischen Verschwörung« gegen Marschall Tuchatschewski und andere Befehlshaber der Roten Armee ermittelt wurde, ist Jeschow täglich von Stalin empfangen worden.[282] Während der gesamten Jeschowschina gab Stalin die Kontrolle über das politische Geschehen nicht aus der Hand. Auf ihn geht die Entscheidung zurück, Jeschow zum Volkskommissar des Inneren zu berufen. Von Sotschi aus schickte er dem Politbüro folgendes berühmte Telegramm: »Genosse Jeschow ist unbedingt und sofort zum Volkskommissar des Inneren zu ernennen. Jagoda zeigte sich nicht der Aufgabe gewachsen, den trotzkistisch-sinowjewistischen Block zu entlarven. Die GPU ist in dieser Angelegenheit vier Jahre im Rückstand.« Auch die Entscheidung, »den Exzessen des NKWD ein Ende zu setzen«, geht auf Stalin zurück. Am 17. November 1938 setzte ein Dekret des Zentralkomitees einen (vorläufigen) Schlußpunkt unter »die umfangreichen Verhaftungs- und Depor- tationsoperationen«. Eine Woche später mußte Jeschow als Volks- kommissar des Inneren zurücktreten. Sein Nachfolger wurde Berija. Der Große Terror endete, wie er begonnen hatte: mit einem Befehl Stalins.

Kann man hinsichtlich der Zahl und der Kategorien der Jeschow- schina-Opfer eine dokumentierte Bilanz erstellen?

Wir verfügen heute über streng vertrauliche Dokumente, die von Nikita Chruschtschow und den maßgeblichen Parteioberen während der Entstalinisierung angelegt worden sind. Dabei handelt es sich vor allem um eine umfangreiche Studie über »die Repressionen während der Zeit des Personenkults«, die von einer im Anschluß an den XXII. Parteitag der KPdSU ins Leben gerufenen Kommission unter der Leitung von Nikolai Schwernik erarbeitet wurde.[283] Die Forscher können diese Daten mit verschiedenen anderen - heute einsehbaren - statistischen Quellen der Gulag-Lagerverwaltung, des Volkskommissariats der Justiz und der Staatsanwaltschaft vergleichen.

Danach sind allein in den Jahren 1937 und 1938 1 575 000 Menschen vom NKWD verhaftet worden; 1 345 000 (d. h. 85,4%) sind im Laufe dieser beiden Jahre verurteilt worden; 681 692 (d.h. 51% der 1937/38 Verurteilten) sind hingerichtet worden.

Die Verhafteten wurden nach unterschiedlichen Verfahren verurteilt. Die Fälle der politischen, wirtschaftlichen und militärischen »Führungskräfte« und der Mitglieder der Intelligenzija - der bekanntesten und eindeutigsten Kategorie - kamen vor die Militärgerichte und die »Sonderkonferenzen des NKWD«. In Anbetracht des Ausmaßes der Operationen setzte die Regierung Ende Juli 1937 auf regionaler Ebene »Troiki« ein. Diese bestanden aus dem Staatsanwalt und den beiden Regionalchefs des NKWD und der Polizeidirektion. Die Troiki arbeiteten im Schnellstverfahren, denn sie orientierten sich an den im voraus von der Parteizentrale festgesetzten Quoten. Eine »Reaktivierung« der Liste mit den bereits von den Dienststellen registrierten Namen genügte. Das Verfahren war auf seine einfachste Form reduziert. Die Troiki überflogen täglich mehrere hundert Einzelakten; dies bestätigt das erst kürzlich veröffentlichte *Martyrologium von Leningrad,* eine Jahresliste, in der - Monat für Monat - alle Leningrader, die aufgrund des Artikel 58 des Strafgesetzbuchs verhaftet und zum Tode verurteilt worden sind, aufgelistet werden. Zwischen der Verhaftung und dem Todesurteil lagen in der Regel nur wenige Tage, manchmal auch wenige Wochen. Das Urteil war unwiderruflich und wurde innerhalb weniger Tage vollstreckt. Sowohl bei den speziellen Operationen zur »Liquidierung der Spione und Saboteure«, als auch bei den allgemeinen Großoperationen repressiven Charakters - wie etwa jene zur »Liquidierung der Kulaken...«, die am 30. Juli 1937 ihren Anfang nahm, oder die am 12. September 1937 gestartete Operation zur »Liquidierung der kriminellen Elemente« oder die zur »Liquidierung der Angehörigen der Volksfeinde« -; hing die Möglichkeit, allein aus dem Grund verhaftet zu werden, damit die Quote erfüllt wurde, von einer Reihe von Zufällen ab.[284] »Geographische Zufälle« (wer in Grenznähe wohnte, war besonders gefährdet), persönliche Beziehungen - ganz gleich welcher Art - zum Ausland, fremdländische Herkunft oder gleichlautender Name. War die Liste mit den registrierten Personen nicht lang genug, mußte Behörden etwas »arrangieren«, um »die Normen erfüllen« zu können um nur ein Beispiel zu nennen: Weil in der Kategorie der »Saboteure«

die Quote noch nicht erreicht war, nahm der turkmenische NKWD einen Betriebsbrand zum Anlaß, alle im Betrieb anwesenden Leute zu verhaften und sie zu zwingen, »Komplizen« zu nennen.[285] Der von oben geplante Terror mit seinen willkürlich festgelegten Kategorien politischer Feinde sorgte von sich aus schon für Entgleisungen, die über das Gewaltpotential der an der Basis agierenden repressiven Apparate sehr viel aussagen.

Anhand der Daten wird unter anderem deutlich, daß die kommunistischen Führungskräfte nur einen kleinen Teil der 681692 Hingerichteten ausmachen. Trotzdem erheben die Zahlen keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die in diesen beiden Jahren durchgeführten Deportationen sind in ihnen nicht enthalten (es fehlen beispielsweise die 172 000 Koreaner, die zwischen Mai und Oktober 1937 aus dem sowjetischen Fernen Osten nach Kasachstan und Usbekistan deportiert wurden). Auch die Verhafteten, die während des Gefängnisaufenthalts oder auf dem Transport in die Lager an den Folgen der Folter starben, sind in diesen Zahlen nicht enthalten, ebensowenig die Häftlinge, die in diesen beiden Jahren in den Lagern ihr Leben ließen (ungefähr 25 000 im Jahre 1937 und mehr als 90000 im Jahre 1938).[286] Auch wenn die Zahlen im Vergleich zu denen, die sich aus den Berichten der Überlebenden ergeben, niedriger ausfallen, zeigen sie doch das erschreckende Ausmaß dieser gegen eine ganze Gesellschaft gerichteten Massenmorde, bei denen Hunderttausende ihr Leben verloren.

Kann man heute zu den Kategorien, aus denen die Opfer der Massenmorde kommen, genauere Angaben machen? Hinsichtlich der Gulag-Häftlinge der späten dreißiger Jahre besitzen wir einige Statistikwerte, auf die wir später zurückkommen. Diese Zahlen beziehen sich jedoch auf alle Lagerhäftlinge, nicht nur auf jene, die während des Großen Terrors verhaftet worden sind, und sind deshalb für eine Studie über die zu Lagerhaft verurteilten Opfer der *Jeschowschina* nur bedingt heranzuziehen. Grundsätzlich läßt sich aber ein bedeutender Zuwachs an akademisch gebildeten Häftlingen feststellen (zwischen 1936 und 1939 ein Zuwachs von über 70%). Dies bestätigt, daß der Terror der späten dreißiger Jahre sich besonders gegen die gebildete Elite richtete, ganz gleich, ob sie der Partei angehörte oder nicht.

Die Repressionen gegen den Parteikader waren die ersten, die (seit dem XX. Parteitag) öffentlich angeprangert wurden und zählen deshalb zu den bekanntesten Aspekten des Großen Terrors. In seinem »Geheimbericht« ließ sich Chruschtschow ausführlich über diese Seite der Repression aus. Sie traf fünf Mitglieder des Politbüros, alles treue Stalinanhänger (Postyschew, Rudzutak, Eiche, Kossior und Tschubar), außerdem 98 der 139 Mitglieder des Zentralkomitees und 1108 von 1966 Delegierten des XVII. Parteitages (1934). Auch die Komsomolführung war betroffen: 72 der 93 Mitglieder des Zentralkomitees wurden verhaftet, ebenso 319 von den 385 Regionalsekretären und 2210 von den 2750 Distriktsekretären. Die regionalen und lokalen Partei- und Komsomolapparate wurden völlig erneuert, denn die Parteizentrale hatte den Verdacht, daß die in jedem Falle »korrekten« Ent-

Scheidungen aus Moskau sabotiert und die wirksamen Kontrollen der Zentralbehörden über die Geschehnisse im Lande behindert werden. In Leningrad, einer von vorneherein verdächtigen Stadt, wo Sinowjew die Partei geführt hatte und Kirow ermordet worden war, verhafteten Schdanow und Zakowski, der Chef der regionalen NKWD-Abteilung, über 90% der Parteikader. Aber auch das ist nur ein kleiner Teil von all den Leningradern, die von der Repression der Jahre 1936/39 betroffen waren.[287] Zur gründlicheren Säuberung wurden von der Parteizentrale Sonderbeauftragte mit den NKWD-Truppen in die Provinzen geschickt, um - wie die *Prawda* bildhaft formulierte - »die trotzko-faschistischen Wanzennester auszuräuchern und zu zerstören«.

Bestimmte Regionen, über die es nur ungenaue Statistikwerte gibt, wurden ganz besonders »gesäubert«: hier ist - einmal mehr - vor allem die Ukraine zu nennen. Allein im Jahre 1938, nach der Ernennung Chruschtschows zum Vorsitzenden der ukrainischen KP, wurden mehr als 106000 Menschen in der Ukraine verhaftet (und größtenteils hingerichtet). Von den 200 Mitgliedern des Zentralkomitees der ukrainischen KP haben lediglich drei überlebt. In allen regionalen und lokalen Partei Instanzen wiederholte sich das gleiche Spiel. Es kam zu Dutzenden von Schauprozessen gegen kommunistische Parteiführer.

Im Gegensatz zu den Prozessen, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfanden, oder den Geheimsitzungen der Troiki, in denen das Schicksal eines Angeklagten in wenigen Minuten geregelt wurde, hatten die Schauprozesse eine stark populistische Komponente und dienten wichtigen Propagandazwecken. Man hoffte mit ihnen, das Bündnis zwischen den »kleinen Leuten, den einfachen Parteimitgliedern und Garanten der gerechten Lösung« und dem Parteiführer zu stärken, und zwar über die Denunzierung der lokalen Parteifunktionäre, dieser »neuen Herren mit ihrer ewig selbstgerechten Art [...], die durch ihre unmenschliche Haltung künstlich ein ganzes Heer von Unzufriedenen und Verärgerten schaffen und so den Trotzkisten zu einer Reservearmee verhelfen« (aus einer Stalinrede vom 3. März 1937). Den großen Moskauer Prozessen vergleichbar, jedoch auf Distriktebene reduziert, waren diese Schauprozesse, von deren Sitzungen in der Lokalpresse ausführlich berichtet wurde, eine wunderbare Gelegenheit für ideologische und populistische Manipulationen. Die Schauprozesse entlarvten die Verschwörung, ein wichtiges Thema dieser Ideologie, erfüllten eine karnevalistische Ventilfunktion (die Mächtigen werden zu den Bösen und die »einfachen Leute« zu den Garanten der gerechten Lösung) und dienten so - um Annie Kriegel zu zitieren - als »idealer Mechanismus der sozialen Prophylaxe«.

Die Repressionen gegen die lokalen Parteifunktionäre waren natürlich alle Spitze des Eisbergs. Betrachten wir zum Beispiel Orenburg: Für diese Provinz gibt es einen detaillierten Bericht der regionalen NKWD-Abteilung »über die operationellen Maßnahmen zur Liquidierung der trotzkisti-

schen und bucharinischen Geheimorganisationen sowie der anderen konterrevolutionären Gruppen in der Zeit vom 1. April bis zum 18. September 1937«, also vor der Ankunft Schdanows, der die Säuberungen beschleunigen »sollte«.[288]

In dieser Provinz kam es innerhalb von fünf Monaten zu folgenden Verhaftungen:

- 420 »Trotzkisten«, alles führende Kräfte aus der Politik und Wirtschaft.
- 120 »Rechtsabweichler«, alles maßgebliche lokale Parteifunktionäre. Alle diese 540 Verhafteten kamen aus dem Parteikader und stellten 45 % der örtlichen Nomenklatura. Schdanow ließ während seiner Orenburg-Mission weitere 598 Parteifunktionäre verhaften und hinrichten. Bereits im Herbst 1937 war in dieser Provinz - wie anderswo auch - die gesamte politische und wirtschaftliche Führung eliminiert und durch eine neue Generation - die Generation der vom ersten Fünfjahresplan »Begünstigten« - ersetzt worden: Breschnew, Kossygin, Ustinow und Gromyko, kurz: das Politbüro der siebziger Jahre.

Neben diesen 1000 verhafteten Parteifunktionären machten zahlreiche Menschen ohne einen besonderen Titel, einfache Parteimitglieder, ehemalige Kommunisten (und deshalb ganz besonders gefährdete Kandidaten) oder einfache, schon seit Jahren registrierte Bürger den Großteil der Opfer des Großen Terrors aus.

Werfen wir noch einmal einen Blick in den NKWD-Bericht aus Orenburg:

- »etwas mehr als 2000 Mitglieder der rechtsgerichteten militaristisch-japanischen Kosakenorganisation« (von denen etwa 1500 hingerichtet wurden)
- »über 1500 zaristische Offiziere und Beamte, die 1935 von Leningrad nach Orenburg verbannt worden waren« (es handelte sich um »in sozialer Hinsicht fremde Elemente«, die nach dem Anschlag auf Kirow in verschiedene Landesteile verbannt worden waren)
- »ungefähr 250 Personen, die im Zusammenhang mit der Polen-Affäre verhaftet worden sind«
- »ungefähr 95 Personen, die im Zusammenhang mit der Affäre um die Elemente aus Charbin verhaftet worden sind«
- »3290 Personen im Zusammenhang mit der Liquidierungsoperation gegen die ehemaligen Kulaken«
- »1399 Personen [...] während der Liquidierungsoperation gegen die kriminellen Elemente...«

Zählt man noch die 30 Komsomolmitglieder und die 50 Kadetten der örtlichen Militärschule dazu, kommt man auf über 7500 Menschen, die vom NKWD innerhalb von fünf Monaten in dieser Provinz verhaftet worden sind, und zwar wohlgemerkt vor der Ausweitung, welche die Repression durch Andrej Schdanows Mission erfuhr. So spektakulär die Verhaftung von 90 % der örtlichen Nomenklatura auch war, im Vergleich zur Gesamtzahl der von

der Repression betroffenen Personen war es nur ein geringer Prozentsatz. Die Verhafteten wurden fast alle in eine von den Kategorien eingeteilt, gegen die in eigens darauf abgestimmten und vom Politbüro und insbesondere von Stalin genehmigten Operationen vorgegangen wurde.

Bestimmte Kategorien von Führungskräften und höheren Beamten wurden besonders stark dezimiert: die Diplomaten und Mitarbeiter des Volkskommissariat des Äußeren, die sich natürlich wegen Spionage zu verantworten hatten, aber auch die Beamten der Wirtschaftsministerien und die Betriebsdirektoren, die man der »Sabotage« verdächtigte. Zu den hochrangigen Diplomaten, die verhaftet - und meistens auch hingerichtet - wurden, zählten Krestinski, Sokolnikow, Bogomolow, Jurenjew, Ostrowski und Antonow-Owsejenko, die Moskau - in der gleichen Reihenfolge - in Berlin, London, Peking, Tokio, Bukarest und Madrid vertreten hatten.[289]

In manchen Ministerien wurden mit wenigen Ausnahmen alle Beamten Opfer der Repression. In dem dubiosen Volkskommissariat für Maschinen und Werkzeuge wurde die gesamte Besetzung ausgewechselt; bis auf zwei Ausnahmen wurden auch alle Direktoren der von dieser Branche abhängigen Betriebe und quasi sämtliche Ingenieure und Techniker verhaftet. In den anderen Industriebereichen war es ähnlich, besonders im Flugzeug-und Schiffsbau, in der Metallindustrie und im Transportwesen, Bereiche, für die nur fragmentarische Studien vorliegen. Nach dem großen Terror gab Kaganowitsch im März 1939 auf dem XVIII. Parteitag zu, daß »in den Jahren 1937 und 1938 das leitende Personal der Schwerindustrie vollkommen ausgewechselt worden ist und statt der entlarvten Saboteure Tausende von neuen Leuten in die Führungspositionen berufen worden sind. In manchen Branchen waren mehrere Schichten von Saboteuren und Spionen zu entlassen [...]. Jetzt haben wir Führungskräfte, die jeden Befehl, den ihnen Genosse Stalin aufträgt, akzeptieren werden.«

Zu den parteilichen Führungskräften, die von der Jeschowschina am härtesten betroffen waren, zählten die Vorsitzenden der ausländischen kommunistischen Parteien und die leitenden Mitarbeiter der Kommunistischen Internationalen, die im Moskauer Hotel Lux untergebracht war.[290] Von der Deutschen Kommunistischen Partei wurden verhaftet: Heinz Neumann, Hermann Remmele, Fritz Schulte und Hermann Schubert, alles ehemalige Mitglieder des Politbüros; außerdem Leo Flieg, Sekretär des Zentralkomitees, Heinrich Süsskind und Werner Hirsch, zwei Chefredakteure der Zeitung *Rote Fahne,* und Hugo Eberlein, Delegierter der deutschen Partei bei der Gründungskonferenz der Kommunistischen Internationalen. Im Februar 1940, einige Monate nach dem Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes, wurden 570 in Moskau inhaftierte deutsche Kommunisten auf der Grenzbrücke von Brest-Litowsk der Gestapo übergeben.

Die überwiegende Mehrheit der Opfer des Großen Terrors waren einfache Bürger. Im folgenden Auszüge aus einer »gewöhnlichen« Akte aus dem Jahre 1938.

Akte Nr. 24 260

1. Name: Sidorow.
2. Vorname: Wassili Klementowitsch.
3. Geburtsort und -darum: Setschewo, Region Moskau, 1893.
4. Adresse: Setschewo, Distrikt Kolomenskij, Region Moskau.
5. Beruf: Angestellter der Genossenschaft.
6. Gewerkschaftszugehörigkeit: Gewerkschaft der Genossenschaftsangestellten.
7. Vermögen zur Zeit der Verhaftung (detaillierte Beschreibung): 1 Holzhaus mit Blechdach, 8 m auf 8 m, 1 teilweise überdachter Hof von 20 m auf 7 m, 1 Kuh, 4 Schafe, 2 Schweine, Geflügel.
8. Vermögen im Jahre 1929: dasselbe, außerdem noch 1 Pferd.
9. Vermögen im Jahre 1917: ein Holzhaus, 8 m auf 8 m; 1 teilweise überdachter Hof von 30 m auf 20 m; 2 Scheunen, 2 Schuppen, 2 Pferde, 2 Kühe, 7 Schafe.
10. Gesellschaftliche Stellung zur Zeit der Verhaftung: Angestellter.
11. Militärdienst in der zaristischen Armee: von 1915 bis 1916 Infanterist der 2. Klasse im 6. IR von Turkestan.
12. Militärdienst in der Weißen Armee: keiner.
13. Militärdienst in der Roten Armee: keiner.
14. Soziale Herkunft: ich betrachte mich als Sohn eines mittleren Bauern.
15. Politische Vergangenheit: parteilos.
16. Nationalität, Bürgerrecht: Russe, Bürger der UdSSR.
17. Zugehörigkeit zur KPR: nein.
18. Schulbildung: Grundschule.
19. Augenblickliches Dienstverhältnis: Reservist.
20. Vorstrafen: keine.
21. Gesundheitszustand: Leistenbruch.
22. Familienstand: verheiratet. Ehefrau: Anastasia Fedorowna, 43 Jahre alt, Kolchosebäuerin; Tochter: Nina, 24 Jahre alt.

Verhaftet am 13. Februar 1938 durch die Distriktleitung des NKWD.

2. Auszug aus dem Protokoll des Verhörs

Frage: Geben Sie uns Auskunft über Ihre soziale Herkunft, Ihre gesellschaftliche Stellung und Ihr Vermögen vor und nach 1917.

Antwort: Ich stamme aus einer Kaufmannsfamilie. Bis 1904 ungefähr besaß mein Vater ein kleines Geschäft in der Solotorojskaja-Straße in Moskau, wo er - nach seinen eigenen Aussagen - ohne irgendeinen Angestellten den Laden geführt hat. Nach 1904 mußte mein Vater das Geschäft aufgeben, denn er kam gegen die Konkurrenz der großen Geschäfte nicht an. Er kehrte aufs

Land zurück und pachtete in Setschewo sechs Hektar Ackerland und zwei Hektar Wiesen. Er hatte einen Knecht, einen gewissen Gorjatschew, der bis 1916 über lange Jahre mit meinem Vater gearbeitet hat. Nach 1917 haben wir unseren Betrieb behalten, aber die Pferde verloren. Bis 1925 habe ich mit meinem Vater gearbeitet, und nach seinem Tod haben mein Bruder und ich uns den Betrieb geteilt.

Ich bekenne mich in keinem Punkt schuldig.

3. Auszug aus der Anklageschrift

[...] Sidorow ist der Sowjetmacht im allgemeinen und der Partei im besonderen nicht gut gesonnen und betrieb systematisch eine antisowjetische Propaganda. Seine Worte waren: »Stalin und seine Bande wollen die Macht nicht hergeben, Stalin hat eine Menge Leute umgebracht, aber verschwinden will er nicht. Die Bolschewiki bleiben an der Macht und verhaften die anständigen Leute, aber selbst darüber kann man ja nicht reden, sonst wird man für 25 Jahre in ein Lager gesteckt.«

Der angeklagte Sidorow bekennt sich nicht schuldig, wurde aber durch mehrere Zeugenaussagen entlarvt. Die Angelegenheit wurde zur Entscheidung an eine Troika weitergeleitet.

Unterzeichnet von: Salachajew, Unterleutnant der Miliz des Distrikts Kolomenskoje.

Genehmigt von: Galkin, Leutnant des Staatssicherheitsdienstes, Leiter der staatsicherheitsdienstlichen Abteilung des Distrikts Kolomenskoje.

4. Auszug aus dem Urteilsbericht der Troika vom 16. Juli 1938

[...] Angelegenheit Sidorow, W K. Ehemaliger Kaufmann, führte mit seinem Vater ein Geschäft. Wird der konterrevolutionären Propaganda bei den Kolchosebauern in Verbindung mit defätistischen Reden, Drohungen gegen die Kommunisten und kritischen Äußerungen gegenüber der Partei- und Regierungspolitik angeklagt.

Urteil: Sidorow Wassili Klementowitsch ist zu ERSCHIESSEN und sein Besitz einzuziehen.

Das Urteil wurde am 3. August 1938 vollstreckt.

Am 24. Januar 1989 postum rehabilitiert.

(Quelle: *Volia* 1994 Nr. 2/3, S. 45 f.)

Auch die ungarischen Kommunisten spürten die Säuberungswut. Bela Kun, der die ungarische Revolution von 1919 angeführt hatte, wurde verhaftet und hingerichtet, ebenso zwölf weitere Volkskommissare der kommunistischen Regierung von Budapest, die nur kurze Zeit bestanden hatte und schließlich nach Moskau geflüchtet war. Gleichfalls verhaftet wurden an le 200 italienische Kommunisten (darunter Paolo Robotti, der Schwager Toghattis) und etwa 100 jugoslawische Kommunisten (darunter Gorkic,

der Generalsekretär der Partei, und Wlada Copic, Organisationssekretär und Leiter der internationalen Brigaden, sowie drei Viertel der Mitglieder des Zentralkomitees).

Doch den höchsten Preis zahlten die Polen. Die polnischen Kommunisten befanden sich in einer besonderen Situation: Die polnische KP war eine Abspaltung der Sozialdemokratischen Partei der Königreiche Polen und Litauen, die 1906 als autonome Gruppe innerhalb der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands zugelassen worden war. Zwischen der russischen und der polnischen Partei, die vor 1917 unter anderem auch von Felix Dserschinski geführt worden war, bestand eine recht enge Beziehung. Viele polnische Sozialdemokraten hatten in der bolschewistischen Partei Karriere gemacht: Dserschinski, Menschinski, Unschlicht (alles maßgebliche Leute der GPU), Radek... um nur die bekanntesten zu nennen.

1937/38 wurde die polnische KP vollkommen liquidiert. Die zwölf polnischen Mitglieder des sich in der UdSSR befindenden Zentralkomitees wurden hingerichtet, ebenso alle polnischen Repräsentanten der Instanzen der Kommunistischen Internationale. Am 28. November 1937 unterzeichnete Stalin ein Dokument, das die »Säuberung« der polnischen KP vorsah. Im allgemeinen bestimmte Stalin, wenn er eine Partei hatte säubern lassen, eine neue Führungsmannschaft, die aus einer der Oppositionsgruppen hervorging, die sich während der Säuberung hervorgetan hatten und alle untereinander rivalisierten. Bei der polnischen KP wurden jedoch alle oppositionellen Splittergruppen beschuldigt, »den Anweisungen des konterrevolutionären polnischen Geheimdienstes Folge zu leisten«. Am 16. August 1938 stimmte das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationalen für die Auflösung der Polnischen Kommunistischen Partei. Wie Manuilski erklärte, »haben die Agenten des polnischen Faschismus dafür gesorgt, daß alle Schlüsselpositionen der Polnischen Kommunistischen Partei mit ihren Leuten besetzt sind«.

Der sowjetische Kader der Kommunistischen Internationalen war natürlich das nächste Säuberungsopfer: Er war »mißbraucht« worden und hatte es an »Wachsamkeit« fehlen lassen. Sozusagen die gesamten sowjetischen Führungskräfte der Internationalen, d. h. mehrere hundert Menschen, wurden liquidiert (darunter auch Knorin, Mitglied des Exekutivkomitees, Mirow-Abramow, Leiter der für die Kommunikation mit dem Ausland verantwortlichen Abteilung, und Alichanow, Leiter der für die Führungskräfte zuständigen Abteilung.) Nur wenige Stalin völlig hörige Funktionäre wie Manuilski oder Kuusinen überlebten die Säuberung der Internationalen.

Eine weitere Kategorie, die in den Jahren 1937/38 schwer zu leiden hatte und über die genaue Zahlen vorliegen, waren die Angehörigen des Militärs.[291] Am 11. Juni 1937 teilte die Presse mit, daß ein Militärgericht in geheimer Sitzung folgende Personen wegen Verrat und Spionage zum Tode verurteilt hat: Marschall Tuchatschewski, Vizekommissar der Verteidigung,

auf den im wesentlichen die Modernisierung der Roten Armee zurückgeht und der seit dem Polenfeldzug von 1920 mehrere Auseinandersetzungen mit Stalin und Woroschilow gehabt hatte, sowie sieben Generäle der Armee, nämlich Jakir (militärischer Befehlshaber der Region Kiew), Uborewitsch (militärischer Befehlshaber der Region Weißrußlands), Eideman, Kork, Putna Feldman und Primakow. In den folgenden zehn Tagen waren 980 höhere Offiziere verhaftet worden, darunter 21 Kommandierende Generäle und 37 Divisionsgeneräle. Tuchatschewski und seine »Komplizen« wurden der militärischen Verschwörung beschuldigt. Die Affäre war monatelang sorgfältig vorbereitet worden. Die wichtigsten Beschuldigten waren im Mai 1937 verhaftet und »handfesten« Verhören unterzogen worden (bei einer 20 Jahre später durchgeführten Untersuchung zur Rehabilitierung Tuchatschewskis wiesen mehrere Seiten der schriftlichen Erklärung des Marschalls Blutspuren auf). Jeschow selbst übernahm die Leitung der Verhöre. Erst kurz vor ihrer Verurteilung wurden die Angeklagten geständig. Stalin persönlich überwachte das gesamte Ermittlungsverfahren. Am 15. Mai hatte er *über* den sowjetischen Botschafter in Prag eine vom Geheimdienst der Nazis zusammengestellte, gefälschte Akte erhalten. Es handelte sich um einen fingierten Briefwechsel zwischen Tuchatschewski und Mitgliedern des deutschen Oberkommandos. Selbst die deutschen Dienststellen waren vom NKWD manipuliert worden...

Innerhalb von zwei Jahren waren der Säuberung der Roten Armee zum Opfer gefallen:

- 3 von 5 Marschällen (Tuchatschewski, Jegorow und Blücher. Die beiden letzteren waren im Februar bzw. Oktober 1938 eliminiert worden)
- 13 von 15 Armeegenerälen
- 8 von 9 Admirälen
- 50 von 57 Kommandierenden Generälen
- 154 von 186 Divisionsgenerälen
- 16 von 16 der Armee zugeordneten Kommissaren
- 25 von 28 dem Armeekorps zugeordneten Kommissaren

Zwischen Mai 1937 und September 1938 wurden 35 020 Offiziere verhaftet oder aus der Armee entlassen. Wie viele von ihnen hingerichtet wurden, ist immer noch nicht bekannt. Ungefähr 11 000 (darunter die Generäle Rokossowski und Gorbatow) wurden zwischen 1939 und 1941 wieder in den Armeedienst übernommen. Aber auch nach dem September 1938 kam es zu Säuberungsaktionen, so daß die Gesamtzahl der während des großen Terrors verhafteten militärischen Führungskräfte nach den seriösesten Schätzungen bei ungefähr 30000 liegt. Insgesamt zählte die Armee 178000 Führungskräfte.[292] Die vor allem auf höherer Ebene durchgeführte »Säuberung« der en Armee machte sich 1940 während des Winterkriegs gegen Finnland nach dem Angriff Hitlers bemerkbar und zählte für die Rote Armee zu den größten Problemen.

Trotz der Hitlerschen Bedrohung, die andere bolschewistische Parteifunktionäre wie Bucharin oder Litwinow, der bis zum April 1939 Volkskommissar des Äußeren war, wesentlich ernster nahmen, schreckte Stalin nicht davor zurück, einen Großteil der besten rotarmistischen Offiziere zu opfern. An deren Stelle setzte er eine völlig neue Armeeführung, welche die kontroversen Episoden während des Bürgerkriegs, in die Stalin als »Militärchef« verwickelt war, nicht miterlebt hatte und deshalb bei den militärischen und politischen Entscheidungen, die Stalin Ende der dreißiger Jahre vor allem hinsichtlich einer Annäherung an das Nazi-Deutschland traf, im Gegensatz zu Männern wie Marschall Tuchatschewski keinen Widerspruch anmeldete.

Auch die Intelligenzija war eine soziale Schicht, die zu den Opfern des Großen Terrors zählte und über die es relativ viel Informationsmaterial gibt.[293] Seitdem die russische Intelligenzija Mitte des 19. Jahrhunderts als anerkannte soziale Gruppe in Erscheinung trat, stand sie im Zentrum des Widerstandskampfes gegen Despotismus und geistige Bevormundung. Es entsprach also einer zwingenden Logik, wenn die Säuberung die Intelligenzija ganz besonders hart traf. Es war die Weiterführung einer Entwicklung, die bereits während der ersten, vergleichsweise gemäßigten Repressionswellen von 1922 und 1928/31 begonnen hatte. In einer Pressekampagne vom März/April 1937 wurden die »abweichenden Tendenzen« der Wirtschaft, Geschichtsforschung und Literaturwissenschaft angeprangert. In Wirklichkeit war damit der gesamte wissenschaftliche und künstlerische Bereich gemeint, mit den vorgeschobenen politischen Gründen und Doktrinen wurden nämlich oft nur Rivalitäten und Ambitionen kaschiert. So wurden bei den Historikern alle Schüler des 1932 verstorbenen Pokrowski verhaftet. Da man bei den Professoren davon ausging, daß sie über ihre öffentlichen Vorlesungen auch in Zukunft ein breites Studentenpublikum beeinflussen konnten, waren sie gefährdet. Auch jede noch so beiläufige Bemerkung konnte von eifrigen Spitzeln weitergegeben werden. Der Bestand von Universitäten, Instituten und Akademien wurde reduziert, besonders in Weißrußland (wo 87 der 105 Akademiemitglieder als »polnische Spione« verhaftet wurden) und in der Ukraine. Dort hatte bereits 1933 eine erste Säuberung von »bürgerlichen Nationalisten« stattgefunden: Mehrere tausend ukrainische Intellektuelle wurden verhaftet, weil sie »die ukrainische Akademie der Wissenschaften, das Schewtschenko-Institut, die Agrarakademie, das ukrainische Institut für Marxismus-Leninismus sowie die Volkskommissariate der Erziehung, Landwirtschaft und Justiz in Schlupfwinkel für die bürgerlichen und konterrevolutionären Nationalisten verwandelt haben« (aus einer Rede von Postsyschew vom 22. Juni 1933). Die große Säuberung von 1937/38 beendete folglich eine Operation, die vier Jahre zuvor begonnen hatte.

Über die - wenn auch zum Teil recht lockere - Verbindung des wissenschaftlichen Bereichs mit der Politik und Ideologie waren auch die Wirt-

schaft und das Verteidigungswesen betroffen. Größen der Luft- und Raumfahrtindustrie wie Tupolew (der Konstrukteur der bekannten Flugzeugtypen) oder Korolew (auf den das erste sowjetische Raumfahrtprogramm zurückgeht) wurden verhaftet und in eines von diesen Forschungszentren des NK.WD gebracht, wie sie Solschenizyn in seinem Roman *Der erste Kreis der Hölle* beschrieben hat. Auch nahezu alle Astronomen (27 von 29) des großen Pulkowo-Observatoriums wurden verhaftet, sowie fast alle Statistiker der Zentraldirektion des nationalen Wirtschaftsinstituts: sie hatten im Januar 1937 eine Volkszählung durchgeführt, die »wegen schwerer Mißachtung der elementaren Grundlagen der Statistik und der Regierungsanweisungen« annulliert wurde. Auch zahlreiche Linguisten, welche die offiziell von Stalin gutgeheißene Theorie des marxistischen »Linguisten« Marr angegriffen hatten, und mehrere hundert Biologen, die sich gegen den Scharlatanismus des »offiziellen Biologen« Lyssenko gestellt hatten, wurden festgenommen. Zu den bekanntesten Opfern zählten Professor Lewit, der Leiter des medizinisch-genetischen Instituts, Tulaikow, der Leiter des Instituts für Getreideforschung, der Botaniker Janata und Wawilow, der Vorsitzende der Lenin-Akademie für Agrarwissenschaften, er wurde am 6. August 1940 verhaftet und starb am 26. Januar 1943 im Gefängnis.

Die *Jeschowschina* forderte einen hohen Tribut unter Schriftstellern, Publizisten, Journalisten und Theaterleuten. Man warf ihnen vor, »fremde« oder »feindliche« Standpunkte zu verteidigen und sich von den Normen des »sozialistischen Realismus« zu entfernen. Ungefähr 2000 Mitglieder des Schriftstellerverbands wurden verhaftet, in ein Lager deportiert oder hingerichtet. Zu den bekanntesten Opfern zählten die Schriftsteller Boris Pilnjak, Juri Olescha, Panteleimon Romanow und der am 27. Januar 1940 erschossene Isaak Babel *{Erzählungen aus Odessa* und *Die Reiterarmee),* außerdem die Poeten Nikolai Kljuew, Nikolai Sabolotski, Ossip Mandelstam (er starb am 26. Dezember 1938 in einem sibirischen Durchgangslager), Gurgen Maari und Tizian Tabidse. Unter den Verhafteten waren auch Musiker (der Komponist Scheljajew und der Dirigent Mikoladse) und Theaterleute, der große Regisseur Wsewolod Meyerhold beispielsweise. Anfang 1938 war das »der sowjetischen Kunst fremde« Meyerhold-Theater geschlossen worden. Und nachdem W. Meyerhold eine öffentliche Selbstkritik abgelehnt hatte, wurde er im Juni 1939 verhaftet, gefoltert und am 2. Februar 1940 hingerichtet.

Ebenfalls in diesen Jahren versuchten die Behörden, »die letzten Reste er Geistlichkeit endgültig zu liquidieren«, um eine damals gängige Redensart zu zitieren. Bei der annullierten Volkszählung vom Januar 1937 hatte eine breite Mehrheit der Bevölkerung - etwa 70% - trotz gehörigen Drucks von Seiten des Staates die Frage »Sind Sie gläubig?« bejaht. Folg-beschloß die Sowjetregierung einen dritten und letzten Angriff gegen die Kirche. Im April 1937 schrieb Malenkow an Stalin, daß er die Gesetzgebung, welche die Religionsausübung regelt, für überholt halte und deshalb

die Aufhebung des Dekrets vom 8. April 1929 vorschlage. »Das Dekret«, so erklärte er, »schuf die gesetzliche Grundlage, auf der die Aktivsten der Geistlichen und Sektenmitglieder eine verzweigte Organisation von 600000 der Sowjetmacht feindlich gegenüberstehenden Leuten aufbauen konnten. Es ist an der Zeit«, folgerte er, »mit den religiösen Organisationen und der kirchlichen Hierarchie Schluß zu machen.«[294] Tausende von Priestern und nahezu alle Bischöfe fanden sich in den Lagern wieder, und dieses Mal wurde ein großer Teil von ihnen hingerichtet. Von den 20 000 Kirchen und Moscheen, die 1936 noch für religiöse Zwecke genutzt worden waren, standen 1941 nicht einmal mehr 1000 für den Gottesdienst offen. Die Zahl der amtlich registrierten Geistlichen wurde Anfang 1941 mit 5665 angegeben (davon saßen mehr als die Hälfte in baltischen, polnischen, ukrainischen und moldawischen Gebieten, die erst zwischen 1939 und 1941 eingegliedert worden waren). 1936 waren es noch mehr als 24000 Geistliche gewesen.[295]

Der Große Terror war eine politische Operation, die von den höchsten Parteiinstanzen initiiert und durchgeführt wurde; die höchsten Parteiinstanzen, das bedeutete Stalin, der damals seine Kollegen vom Politbüro vollkommen beherrschte. Die beiden Hauptziele wurden erreicht.

Das erste Ziel war eine diensteifrige zivile und militärische Bürokratie, getragen von jungen, im stalinistischen Geist der dreißiger Jahre erzogenen Führungskräften, die - wie Kaganowitsch es auf dem XVIII. Parteikongreß formuliert hatte - »jeden Befehl, den ihnen Genosse Stalin aufträgt, akzeptieren werden«. Bis dahin hatten die verschiedenen Verwaltungsdienste - eine heterogene Mischung aus im alten Regime ausgebildeten »bürgerlichen Spezialisten« und oft wenig kompetenten, während des Bürgerkriegs im Schnellverfahren eingearbeiteten bolschewistischen Funktionären - versucht, ihr Fachwissen und ihre verwaltungsspezifischen Denkweisen oder ganz einfach nur ihre Unabhängigkeit und Verbindungsnetze zu bewahren, ohne sich blind dem ideologischen Machtwillen oder den Befehlen der Pateizentrale zu beugen. Die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der »Parteiausweisüberprüfungskampagne«, die bei den kommunistischen Lokalfunktionären auf passiven Widerstand stieß, sowie die Weigerung der meisten Statistiker, die Ergebnisse der Volksbefragung vom Januar 1937 zu »beschönigen« und mit Stalins Wünschen in Einklang zu bringen, waren zwei einleuchtende Beispiele, an denen die stalinistische Führungsriege klar erkennen konnte, über was für eine Verwaltung sie für ihre Regierungsgeschäfte im Land verfügte. Es lag klar auf der Hand, daß ein bedeutender Teil dieses Verwaltungsapparates - egal, ob es sich dabei um Kommunisten handelte oder nicht - keineswegs bereit war, jedem beliebigen Befehl der Parteizentrale zu folgen. Es war für Stalin also dringend notwendig, diesen Teil durch »tüchtigere«, d. h. folgsamere Leute zu ersetzen.

Das zweite Ziel des Großen Terrors war die endgültige Eliminierung aller »in sozialer Hinsicht gefährlichen Elemente«, ein recht weit gefaßter Be-

griff Nach dem Strafgesetzbuch war jeder als »in sozialer Hinsicht gefährlich« einzustufen, der »eine für die Gesellschaft gefährliche Tat begangen hat, oder der durch seine Verbindungen zu einem kriminellen Milieu oder durch seine früheren Aktivitäten eine Gefahr darstellt«. Dies wurde so ausgelegt, daß die ganzen Kohorten der »Ehemaligen«, die ja schon des öfteren Opfer repressiver Maßnahmen gewesen waren, als »in sozialer Hinsicht gefährlich« galten: die ehemaligen Kulaken, die ehemaligen Verbrecher, die ehemaligen Beamten des Zaren, die ehemaligen Parteimitglieder der Menschewiki, der Sozialrevolutionäre usw. Alle Ehemaligen wurden während des Großen Terrors eliminiert, entsprechend der stalinistischen Theorie, die in der Plenumssitzung des Zentralkomitees vom Februar/März 1937 ganz besonders deutlich erklärt wurde: »Je weiter man auf dem Weg zum Sozialismus vorankommt, desto erbitterter wird der Kampf der Überreste der sterbenden Klassen.«

In seiner Rede vordem Plenum des Zentralkomitees (Februar/März 1937) betonte Stalin mit sehr viel Nachdruck, daß die UdSSR, das einzige Land, »das den Sozialismus aufgebaut hat«, von feindlichen Mächten eingeschlossen sei. Die angrenzenden Mächte - Finnland, die Baltenländer, Polen, Rumänien, die Türkei und Japan - würden mit französischer und britischer Hilfe »Armeen von Saboteuren und Spionen« in die UdSSR schicken, um den Aufbau des Sozialismus zu stören. Die Grenzen der UdSSR, des einzigartigen und geheiligten Staates, seien als Frontlinien gegen einen allgegenwärtigen, äußeren Feind »heilig«. Unter diesem Aspekt ist es nicht verwunderlich, wenn die Jagd auf Spione, d.h. auf alle diejenigen, die einen - wenn auch noch so oberflächlichen - Kontakt mit der »anderen Welt« gehabt haben, und die Eliminierung der potentiellen oder angeblichen »fünften Kolonne« im Zentrum des Großen Terrors stehen.

Über die wichtigsten Kategorien der Opfer - Führungskräfte und Spezialisten, in sozialer Hinsicht gefährliche Elemente (die »Ehemaligen«) und Spione - begreift man die wesentlichen Funktionen dieses Paroxysmus des Tötens, dem innerhalb von zwei Jahren 700 000 Menschen zum Opfer fielen.

11
Die Welt der Lager

Die Repression gegen die Gesellschaft erreichte in den dreißiger Jahren ein bisher nicht gekanntes Ausmaß. Folglich erfuhr das System der Konzentrationslager eine beträchtliche Ausweitung. Über das heute zugängliche Archiv der Gulag-Lager läßt sich die Entwicklung, die dieses Lagersystem in jenen Jahren erfuhr, genau nachvollziehen: seine verschiedenen Umgestaltungen, der Zustrom und die Anzahl der Häftlinge, seine wirtschaftlichen Funktionen, die Aufteilung der Häftlinge nach der Kategorie der Verurteilung, nach Geschlecht, Alter, Nationalität oder Bildungsniveau.[296] Doch einige Dunkelzonen bleiben. Zwar hat die Gulag-Bürokratie ihre Zöglinge, d.h. diejenigen, die am Ziel angekommen sind, tadellos erfaßt, aber über diejenigen, die nie am Ziel angekommen sind, weiß man statistisch gesehen nahezu nichts. Selbst wenn ihr Kreuzweg von der Verhaftung bis zum Urteilsspruch bekannt ist, kann niemand darüber Auskunft geben, ob sie im Gefängnis oder auf dem unendlichen Weg in die Lager gestorben sind.

Schon Mitte der dreißiger Jahre arbeiteten ungefähr 140000 Häftlinge in den Lagern der GPU. Die Riesenbaustelle des Ostsee-Weißmeer-Kanals, auf der allein schon 120000 arbeitswillige Kräfte gebraucht wurden, beschleunigte die Verlegung von Zehntausenden von Häftlingen von den Gefängnissen in die Lager, zumal die Verurteilungen weiterhin stark zunahmen: 1929 wurden 56000 Menschen wegen Tatbeständen, für welche die GPU zuständig war, verurteilt, ein Jahr später waren es bereits 208000 (im Vergleich dazu die Zahlen der Verurteilungen wegen Tatbeständen, die nicht in den Zuständigkeitsbereich der GPU fielen: 1929-1178000 und 1931 - 1238000).[297] Anfang 1932 mühten sich mehr als 300000 Gefangene auf den Großbaustellen der GPU ab, wo die Sterblichkeitsrate - wie z. B. am Ostsee-Weißmeer-Kanal - 10% erreichen konnte.

Im Juli 1934, als die GPU in den NKWD umgewandelt wurde, übernahm der Gulag, die wichtigste Lagerverwaltung, 780 kleine Strafkolonien, die bisher dem Volkskommissariat der Justiz unterstanden und als schlecht geführt und wenig produktiv galten. Davon waren ungefähr 212000 Gefangene betroffen. Für eine bessere Produktivität sollte das Lager in einen spezialisierten Großbetrieb umgewandelt werden, so wie man es im ganzen Lande gemacht hatte. Riesige Lagerkomplexe, von denen jeder Zehntausende von Häftlingen umfaßte, spielten von jetzt an eine zentrale Rolle in der Wirtschaft der stalinistischen UdSSR. Ab dem 1. Januar 1935 unterstanden dem

nun vereinheitlichten Gulag-System mehr als 965 000 Häftlinge, 725 000 waren den »Arbeitslagern« zugeordnet, und 240 000 den »Arbeitskolonien«, dies waren kleinere Einheiten, in denen die »in sozialer Hinsicht weniger gefährlichen« Elemente, die in der Regel Haftstrafen von weniger als drei Jahren zu verbüßen hatten, untergebracht waren.[298]

Zu diesem Zeitpunkt war das Gulag-System für die nächsten zwei Jahrzehnte in groben Zügen vorgezeichnet. Die Lagergruppe der Solowki-Inseln mit ihren ungefähr 45000 Häftlingen hatte ihre »fliegenden Lager«, die überall dort errichtet wurden, wo gerade Holz geschlagen wurde, gleichzeitig über Karelien, die Weißmeerküsten und die Wologda-Region ausgestreut. Im großen Lagerkomplex von Swirlag waren etwa 43 000 Häftlinge zusammengefaßt, die den Ballungsraum Leningrad mit Brennholz zu versorgen hatten. Die 35 000 Gefangenen des Temnikowo-Lagerkomplexes hatten die gleiche Aufgabe für den Ballungsraum Moskau.

Vom Verkehrsknotenpunkt Kotlas aus schob sich eine »Nord-Ost-Strekke« mit ihren Schienen, Holzschlagplätzen und Bergwerken nach West-Wym, Uchta, Petschora und Workuta vor. Im Straßenbau, in den Kohlebergwerken und Ölfeldern des Uchtpetschlag-Lagerverbands, ganz oben im Norden, waren 51 000 Gefangene eingesetzt. Ein anderer Zweig startete in Richtung nördlicher Ural zu den Chemiekombinaten von Solikamsk und Beresniki, und im Südosten stellte der westsibirische Lagerverband mit seinen 63 000 Häftlingen die kostenlosen Arbeitskräfte für das große Steinkohlenkombinat Kusbassugol.

Weiter unten im Süden, in der Karaganda-Region von Kasachstan, versuchten die 30000 Gefangenen der zum Lagerverband Steplag zusammengefaßten Agrar-Lager eine neue Bewirtschaftungsform für die Steppen. Dort waren die Lagerregeln anscheinend weniger streng als im Dmitlag (196000 Häftlinge), der größten Baustelle Mitte der dreißiger Jahre: Nach der Fertigstellung des Ostsee-Weißmeer-Kanals im Jahre 1933 hatte man Stalins zweites großes Kanalprojekt in Angriff genommen, den Wolga-Moskau-Kanal.

Eine weitere pharaonische Großbaustelle war die BAM (Baikolo-Amurskaja Magistral, die Baikal-Amur-Magistrale), eine Bahnlinie, durch welche die Transsibirische Eisenbahn vom Baikal-See bis zum Fluß Amur einen zweiten Schienenstrang bekam. Anfang 1935 arbeiteten ungefähr 150000 Gefangene des in etwa 30 »Divisionen« aufgeteilten Bamlag-Lagerverbandes am ersten Abschnitt dieser Bahnstrecke. 1939 war der Bamlag mit seinen 260000 Häftlingen der größte sowjetische Konzentrationslagerverband.

Und schließlich der Sewwostlag (»die Lager des Nordostens«), in dem seit 1932 für Dalstroi, ein besonders wichtiges Kombinat, gearbeitet wurde. Denn dort wurde das für den Export bestimmte Gold abgebaut, für das man im Westen die für die Industrialisierung notwendigen Anlagen kaufen konnte. Die Goldminen befanden sich in Kolyma, einer besonders unwirtlichen Gegend. Das Kolyma-Gebiet - nur über das Meer zu erreichen und deshalb

völlig isoliert - sollte in der Zukunft zu einem allgemeinen Symbol für den Gulag werden. Magadan, der Hauptort und das Eingangstor für die Verbannten, wurde von den Häftlingen selbst erbaut, ebenso seine »Chaussee«, die Lebensader, die nichts als Lager miteinander verband, Lager, deren besonders unmenschliche Lebensbedingungen in den Novellen von Warlam Schalamow meisterhaft beschrieben worden sind. Von 1932 bis 1939 stieg die innerhalb eines Jahres von den Häftlingen in Kolyma abgebaute Goldmenge von 276 Kilo auf 48 Tonnen, die in jenem Jahr 35% der sowjetischen Produktion ausmachten. Die Lager von Kolyma waren 1939 auf 138 000 Gefangene angewachsen.[299]

Im Juni 1935 startete die Regierung mit dem Bau eines Nickelgroßkombinats im nördlich des Polarkreises gelegenen Norilsk ein neues Großprojekt, das nur mit Strafarbeitern durchzuführen war. Der Konzentrationslagerverband von Norilsk zählte zu den Hochzeiten des Gulags Anfang der fünfziger Jahre etwa 70000 Häftlinge. Die produktive Funktion des der sogenannten »Umerziehung« dienenden Arbeitslagers spiegelte sich in der internen Struktur des Gulags deutlich wider. Die zentralen Direktionen waren nicht nach geographischen Gesichtspunkten oder nach Funktionen untergliedert, sondern nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten: Eine Direktion war für den Bau von Wasserkraftwerken zuständig, eine andere für den Eisenbahnbau, eine dritte für den Brücken- und Straßenbau usw. Die Direktionen der Straflager verhandelten mit den Industrieministerien über den Häftling oder Sondersiedler wie über eine Ware. Er war der Gegenstand der ausgehandelten Verträge.[300]

In der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre verdoppelte sich die Zahl der Gulag-Häftlinge: Anfang 1935 waren es 965 000 Lagerinsassen, Anfang 1941 bereits 1930000. Allein während des Jahres 1937 kamen 700000 neue Häftlinge hinzu.[301] Der starke Zustrom beeinträchtigte die Produktion so sehr, daß sie um 13% hinter der von 1936 zurückblieb. Nachdem sie 1938 stagnierte, ergriff Lawrenti Berija, der neue Volkskommissar des Inneren, wirksame Maßnahmen zur »Rationalisierung« der Häftlingsarbeit. In einem Schreiben an das Politbüro vom 10. April 1939 erläuterte Berija sein »Programm zur Umgestaltung des Gulag«. Bei seinem Vorgänger Nikolai Jeschow, erklärte er im wesentlichen, habe die »Jagd auf den Feind« auf Kosten einer »gesunden Wirtschaftsführung« den Vorrang gehabt. Mit 1400 Kalorien sei die Tagesration der Häftlinge für Leute berechnet gewesen, die »im Gefängnis sitzen«.[302] Deshalb sei die Zahl der arbeitsfähigen Gefangenen im Laufe der letzten Jahre geschrumpft; am 1.März 1939 waren 250000 Häftlinge arbeitsunfähig, und allein im Jahre 1938 waren 8% der Lagerinsassen gestorben. In der Hoffnung, den dem NKWD auferlegten Produktionsplan erfüllen zu können, schlug Berija vor, die Tagesration zu erhöhen, keine der in Aussicht gestellten Freilassungen zu genehmigen, alle Drückeberger und andere »Produktionsstörer« exemplarisch zu bestrafen und die Arbeitszeit auf elf Stunden pro Tag auszudehnen, bei drei Ruhe-

tagen pro Monat, um »die körperlichen Kräfte der Gefangenen rationell und möglichst effektiv auszunutzen«.

Wie sich aus den Dokumenten des Gulag-Archivs ergibt, kam es - entgegen einer weitverbreiteten Meinung - zu einem recht häufigen Häftlingsaustausch, denn jedes Jahr wurden 20-35% der Lagerinsassen ausgewechselt. Dies erklärt sich daraus, daß eine relativ hohe Zahl der Gefangenen - 1940 waren es 57% der Lagerhäftlinge - Haftstrafen von weniger als fünf Jahren zu verbüßen hatten. Die Lagerverwaltung und Sonderrechtssprechung schreckten in ihrer Willkür jedoch besonders bei den 1937/38 verhafteten politischen Gefangenen nicht davor zurück, zehn Jahre später die gerade abgelaufenen Haftstrafen zu verlängern. Beim Eintritt ins Lager bestand aber in der Regel durchaus die Aussicht auf eine Rückfahrkarte. Für die Zeit nach dem Lager waren allerdings eine ganze Reihe von »Zusatzstrafen« vorgesehen: die Verbannung oder die Zwangszuweisung eines Aufenthaltsortes beispielsweise.

Entgegen einer anderen landläufigen Meinung bestanden die Lager des Gulag nicht hauptsächlich aus politischen Gefangenen, die wegen »konterrevolutionärer Aktivitäten« nach einem der 14 Paragraphen des berüchtigten Artikel 58 des Strafgesetzbuchs verurteilt worden waren. Der Anteil der politischen Gefangenen schwankte in den Gulag-Lagern je nach Jahr zwischen einem Drittel und einem Viertel. Aber auch bei den anderen handelte es sich nicht um gewöhnliche Strafgefangene. Sie befanden sich im Lager, weil sie gegen eines der unzähligen Gesetze verstoßen hatten, durch die fast jeder Bereich mit Repressionen belegt war: »Vergeudung sozialistischen Eigentums«, »Verstoß gegen das Gesetz über die Inlandpässe«, »Rowdytum«, »Spekulation«, »Verlassen des Arbeitsplatzes«, »Sabotage« oder »die Nichterfüllung der Mindestzahl an Arbeitstagen« in den Kolchosen. Die meisten Lagerinsassen des Gulag waren weder politische noch gewöhnliche Strafgefangene, sondern »gewöhnliche« Bürger, Opfer der allgemeinen Sanktionierungen in der Arbeitswelt und - in zunehmendem Maße auch - im gesellschaftlichen Bereich. Dies war das Ergebnis der ein Jahrzehnt währenden Repression, mit welcher die Staatspartei immer weiteren Kreisen der Gesellschaft begegnete.[303]

Wohlwissend, daß die verschiedenen Aspekte dieser Repression aufrecht unterschiedlichen Ebenen liegen, wollen wir an dieser Stelle versuchen, eine provisorische Bilanz zu ziehen.

- Sechs Millionen Tote als Folge der Hungersnot von 1932/33, einer Katastrophe, die vor allem auf die Politik der Zwangskollektivierung und auf die unmäßigen Steuern, über die der Staat die Kolchosen ihrer Ernteerträge beraubte, zurückzuführen ist;
- 720000 Hinrichtungen - davon 680000 allein in den Jahren 1937/38 -, denen Prozeßfarcen der Sondergerichte der GPU-NKWD vorausgingen; 300000 belegte Todesfälle in den Lagern zwischen 1934 und 1940; mit Berücksichtigung der Jahre 1930/33, für die es keine genauen Zahlenan-

gaben gibt, wahrscheinlich 400 000 Todesfälle für das gesamte Jahrzehnt. Nicht berücksichtigt ist die unkontrollierbare Zahl derer, die nach ihrer Verhaftung, aber vor ihrer Registrierung als »Neuankömmling« durch die Lagerverwaltung gestorben sind.
- ungefähr 600 000 belegte Todesfälle bei den Deportierten, »Umgesiedelten« oder Sondersiedlern;
- ungefähr 2 200 000 Deportierte, Umgesiedelte oder Sondersiedler;
- insgesamt sieben Millionen Inhaftierte in den Lagern und Kolonien des Gulag für die Jahre 1934 bis 1941. Für die Jahre 1930 bis 1933 liegen keine genauen Zahlenangaben vor.

Am 1. Januar 1940 befanden sich in den 53 Einheiten der »Arbeitslager zur Umerziehung« und in den 425 »Arbeitskolonien zur Umerziehung« 1 670 000 Häftlinge. Ein Jahr später waren es 1930 000. In den Gefängnissen warteten etwa 200 000 Menschen auf ihre Verurteilung oder auf den Abtransport in ein Lager. Die 1800 *Kommandanturen* des NKWD verwalteten über 1200000 Sondersiedler.[304] Diese Zahlen wurden im Vergleich zu manchen Schätzungen, die bis vor kurzem von Historikern oder Zeugen präsentiert wurden, stark nach unten korrigiert. Denn oft wird der Zustrom an Lagerhäftlingen mit der Anzahl der zu einem bestimmten Zeitpunkt in einem Lager anwesenden Gefangenen verwechselt. Auch die korrigierten Zahlen vermitteln jedoch das Ausmaß einer Repression, die während der dreißiger Jahre die unterschiedlichsten Schichten der sowjetischen Gesellschaft getroffen hat.

Von Ende 1939 bis Sommer 1941 verzeichnete man in den Lagern, Kolonien und Sondersiedlungen des Gulag-Systems erneut einen Zustrom von Verurteilten. Dies war auf die Sowjetisierung neuer Gebiete und auf die beispiellose Kriminalisierung sozialer Verhaltensweisen - besonders in der Arbeitswelt - zurückzuführen.

Am 24. August 1939 vernahm die Welt mit Erstaunen, daß die stalinistische UdSSR und Hitler-Deutschland am Vortag einen Nichtangriffspakt unterzeichnet haben. Die Nachricht schlug bei den direkt betroffenen Staaten wie eine Bombe ein. Die öffentliche Meinung war auf diese offensichtlich völlige Umkehrung der Bündnissysteme nicht vorbereitet, und nur wenige Köpfe begriffen damals, was zwei Regimes mit einer so gegensätzlichen Ideologie verbinden konnte.

Am 21. August 1939 hatte die sowjetische Regierung die Verhandlungen mit der seit dem 11. August in Moskau weilenden englisch-französischen Gesandtschaft vertagt. Ziel dieser Verhandlungen war ein Abkommen, in dem sich alle drei Vertragsparteien für den Fall eines deutschen Angriffs gegen einen von ihnen gegenseitig zum Beistand verpflichtet hätten. Seit Beginn des Jahres 1939 war die sowjetische Diplomatie unter der Führung von Wjatscheslaw Molotow immer mehr von dem Gedanken eines Abkommens

mit Frankreich und Großbritannien abgekommen. Sie fürchtete ein zweites Münchener Abkommen auf Kosten Polens, das für die Deutschen im Osten freies Feld bedeutet hätte. Während sich die Verhandlungen zwischen der Sowjetunion einerseits und Frankreich und Großbritannien andererseits wegen unlösbarer Probleme in die Länge zogen - wie, beispielsweise, würde die Rote Armee im Falle eines deutschen Angriffs auf Frankreich Polen durchqueren, um Deutschland angreifen zu können? - kam es in verschiedenen Bereichen zwischen sowjetischen und deutschen Vertretern zu einer Annäherung. Am 14. August erbot sich der deutsche Außenminister Ribbentrop, nach Moskau zu reisen, um mit der Sowjetregierung ein umfassendes politisches Abkommen zu schließen. Bereits am folgenden Tag willigte Stalin ein.

Am 19. August unterzeichneten die deutsche und die sowjetische Seite ein für die UdSSR recht vorteilhaft erscheinendes Handelsabkommen, über das seit Ende 1938 verhandelt worden war. Noch am gleichen Abend akzeptierte die Sowjetregierung Ribbentrops Vorschlag, zur Unterzeichnung des von der sowjetischen Seite bereits ausgearbeiteten und unverzüglich nach Berlin übermittelten Nichtangriffspaktes nach Moskau zu kommen. Der mit »außergewöhnlichen Vollmachten« ausgestattete deutsche Minister kam am Nachmittag des 23. an. In der darauffolgenden Nacht wurde der Nichtangriffspakt unterzeichnet und am 24. allgemein bekanntgegeben. Er sollte für zehn Jahre gelten und trat sofort in Kraft. Der wichtigste Teil des Vertrags, der die Einflußzonen und Annexionen der beiden Länder in Osteuropa festlegte, blieb natürlich geheim. Bis 1989 leugneten die sowjetischen Machthaber allen Anschein zum Trotz die Existenz dieses »Geheimprotokolls«, mit dem die beiden unterzeichnenden Mächte ein wahres »Verbrechen gegen den Frieden« begangen haben. In diesem Vertrag wurde Litauen der deutschen Interessenssphäre zugesprochen. Estland, Lettland, Finnland und Bessarabien gehörten zur sowjetischen Sphäre. Nach einer bewaffneten Intervention von deutscher und sowjetischer Seite gegen Polen sollte die UdSSR auf jeden Fall die 1920 im Vertrag von Riga an Polen abgetretenen ukrainischen und weißrussischen Gebiete wieder zurückerhalten, außerdem einen Teil des »nach historischen und ethnischen Gesichtspunkten polnischen« Gebietes in den Provinzen Lublin und Warschau. Die Frage, ob ein polnischer Reststaat bestehen bleiben sollte, ließ man offen.

Acht Tage nach Unterzeichnung des Paktes wurde Polen von den Nazitruppen überfallen. Eine Woche später, am 9. September, ließ die Sowjetregierung angesichts des Zusammenbruchs des polnischen Widerstands und auf Drängen der Deutschen in Berlin wissen, daß sie innerhalb kurzer Zeit die ihr aufgrund des Geheimprotokolls vom 23. August zustehenden Gebiete zu besetzen beabsichtige. Am 17. September marschierte die Rote Armee unter dem Vorwand, den durch den »Zerfall des polnischen Staates« bedrohen »ukrainischen und weißrussischen Blutsbrüdern helfen« zu wollen, in Polen ein. Die sowjetische Intervention stieß zu einem Zeitpunkt, als die

polnische Armee fast völlig vernichtet war, auf wenig Widerstand. 230000 Kriegsgefangene, darunter 15 000 Offiziere, wurden von der Roten Armee festgenommen.[305]

Die für einen kurzen Augenblick von deutscher und sowjetischer Seite in Erwägung gezogene Idee eines polnischen Pufferstaates war schnell wieder aufgegeben worden. Dies machte die Festlegung der Grenze zwischen Deutschland und der UdSSR schwieriger. Am 22. September war in Warschau die Weichsel als Grenze ins Auge gefaßt worden, doch als Ribbentrop am 28. September nach Moskau kam, wurde die Grenze weiter nach Osten bis zum Bug verschoben. Als Gegenleistung für dieses sowjetische »Zugeständnis« war die deutsche Seite bereit, Litauen zur sowjetischen Interessensphäre zu rechnen. Durch die Aufteilung Polens konnte die UdSSR ein beträchtliches Gebiet von 180000 km^2 annektieren, in dem 12 Millionen Menschen lebten: Ukrainer, Weißrussen und Polen. Nach einer vorgetäuschten Volksbefragung wurde das annektierte Gebiet am 1. und 2. November aufgeteilt und den Sowjetrepubliken Ukraine und Weißrußland zugesprochen.

Zu diesem Zeitpunkt war die »Säuberung« des annektierten Gebietes durch den NKWD schon weit fortgeschritten. Die ersten Opfer waren die Polen. Scharenweise wurden sie als »feindliche Elemente« festgenommen und deportiert. Am gefährdetsten waren die Grundbesitzer, die Industriellen, die Kaufleute, die Beamten, die Polizisten und die »Militärsiedler« *(osadnicy wojskowi),* die von der polnischen Regierung als Gegenleistung für ihre militärischen Dienste im sowjetisch-polnischen Krieg von 1920 ein Stück Land in den Grenzregionen erhalten hatten. Nach der Statistik der für die Sondersiedler zuständigen Gulag-Abteilung wurden zwischen Februar 1940 und Juni 1941 381 000 polnische Zivilisten aus den von der UdSSR im September 1939 annektierten Gebieten als Sondersiedler nach Sibirien, Kasachstan, in die Region von Archangelsk oder in andere ferne Gegenden der Sowjetunion deportiert.[306] Die von den polnischen Historikern vorgelegten Zahlen sind wesentlich höher, nach ihnen bewegt sich die Anzahl der Deportierten in einer Größenordnung von einer Million.[307] Leider gibt es zu den zwischen September 1939 und Januar 1940 durchgeführten Verhaftungen und Deportierungen von Zivilisten keine genauen Daten.

Für die folgenden Monate werden in den Dokumenten der heute zugänglichen Archive drei große »Deportationsrazzien« erwähnt, und zwar für den 9./10. Februar, den 12./13. April und den 28./29. Juni 1940.[308]

Für die Hin- und Rückfahrt zwischen der polnischen Grenze und Sibirien, Kasachstan oder dem hohen Norden brauchte ein Zug zwei Monate. Nur 82000 der 230000 polnischen Kriegsgefangenen überlebten die Zeit bis zum Sommer 1941. Auch bei den polnischen Sondersiedlern waren die Verluste hoch. Als die Sowjetregierung im August 1941 nach einem Abkommen mit der polnischen Exilregierung eine »Amnestie« für die seit November 1939 deportierten Polen erließ, waren nur noch 243 100 Sondersiedler

ausfindig zu machen. Allein zwischen Februar 1940 und Juni 1941 waren aber mindestens 381000 Polen deportiert worden. Insgesamt kamen 388000 polnische Kriegsgefangene, internierte Flüchtlinge und deportierte Zivilisten in den Genuß der Amnestie. Mehrere hunderttausend waren jedoch in den beiden vorangehenden Jahren spurlos verschwunden. Viele von ihnen waren unter dem Vorwand, daß sie »erbitterte und entschiedene Gegner der Sowjetmacht« seien, hingerichtet worden.

Zu ihnen zählen vor allem die 25 700 Offiziere und polnischen Zivilisten, die - wie Berija in seinem Brief vom 5. März 1940 an Stalin vorgeschlagen hatte - erschossen wurden. Im Wald von Katyn wurde im April 1943 ein Teil der Massengräber mit den Leichen der zu Tode Gemarterten von den Deutschen entdeckt. In mehreren Massengräbern lagen die sterblichen Überreste von 4000 polnischen Soldaten. Die sowjetischen Behörden hatten lange versucht, das Massaker den Deutschen anzulasten. Erst 1992, während eines Warschau-Besuchs von Boris Jelzin, gab die russische Seite offiziell zu, daß Stalin und die Mitglieder des Politbüros für die 1940 durchgeführte Eliminierung der polnischen Elite die direkte Verantwortung trugen.

Kurz nach der Annexion der ursprünglich zu Polen gehörenden Gebiete rief die Sowjetregierung - ganz im Sinne des mit Hitlerdeutschland geschlossenen Abkommens - die Regierungschefs aus Estland, Lettland und Litauen nach Moskau und zwang ihnen »Verträge des gegenseitigen Beistands« auf, in denen diese Länder der UdSSR militärische Stützpunkte »genehmigten«. Wenig später ließen sich 25000 sowjetische Soldaten in Estland, 30000 in Lettland und 20000 in Litauen nieder. Die Stärke dieser sowjetischen Truppen ging schon weit über die der Armeen der offiziell noch unabhängigen Baltenländer hinaus. Die Einrichtung sowjetischer Militärstützpunkte im Oktober 1939 bedeutete das Ende der Unabhängigkeit der baltischen Staaten. Bereits am 11. Oktober gab Berija den Befehl, »alle antisowjetischen und antisozialen Elemente« dieser Länder »auszumerzen«. Von diesem Zeitpunkt an nahm die sowjetische Militärpolizei verstärkt Offiziere, Beamte und Intellektuelle fest, die im Hinblick auf die weiteren Ziele der UdSSR als wenig »sicher« galten.

Brief von L. Berija, Volkskommissar des Inneren, an Stalin, 5. März 1940, streng geheim

An den Genossen Stalin

Eine große Zahl von ehemaligen Offizieren der polnischen Armee, von ehemaligen Beamten der polnischen Polizei und des polnischen Geheimdienstes, von Mitgliedern der konterrevolutionären Nationalistenparteien und von vorschriftsmäßig entlarvten konterrevolutionären Oppositionsgruppen, von Überläufern und anderen erklärten Feinden der Sowjetmacht, alle voller Haß gegen das Sowjetsystem, ist zur Zeit in Kriegsgefangenenlagern des NKWD

der UdSSR und in Gefängnissen der westlichen Ukraine und des westlichen Weißrußlands inhaftiert.

Die gefangenen Offiziere der Armee und der Polizei versuchen innerhalb des Lagers ihre konterrevolutionären Aktivitäten fortzusetzen und verbreiten eine antisowjetische Stimmung. Jeder von ihnen wartet nur auf seine Befreiung, um aktiv am Kampf gegen die Sowjetmacht teilzunehmen.

Die NKWD-Organe der westlichen Ukraine und des westlichen Weißrußlands haben nicht wenige Gruppen konterrevolutionärer Rebellen ausfindig gemacht. Die ehemaligen Offiziere der polnischen Armee und der polnischen Polizei spielen eine führende Rolle in diesen Gruppen.

Von den ehemaligen Überläufern und denen, welche die Staatsgrenzen verletzt haben, wurden einige als Mitglieder dieser konterrevolutionären Spionage- und Widerstandsgruppen identifiziert.

14736 ehemalige Offiziere, Beamte, Grundbesitzer, Polizisten, Gendarmen, Gefängniswärter, Siedler aus den Grenzregionen *(osadniki)* und Geheimdienstagenten (von denen 97% Polen sind) sind in den Kriegsgefangenenlagern interniert. Unter ihnen befinden sich weder einfache Soldaten, noch Unteroffiziere. Es wurden gezählt:

Generäle, Obersten und Oberstleutnants	295
Majore und Hauptmänner	2080
Leutnants, Unterleutnants und Offiziersanwärter	6049
Offiziere und Unteroffiziere der Polizei, Grenzwache und Gendarmerie	1030
Polizeiagenten, Gendarmen, Gefängniswärter und Geheimdienstagenten	5138
Beamte, Grundbesitzer, Priester und Siedler aus den Grenzregionen	144

Außerdem sind 18 632 Personen (davon 10685 Polen) in den Gefängnissen der westlichen Ukraine und des westlichen Weißrußlands inhaftiert.
Es wurden gezählt:

Ehemalige Offiziere	1207
Ehemalige Agenten des Geheimdienstes, der Polizei und der Gendarmerie	5141
Spione und Saboteure	347
Ehemalige Grundbesitzer, Fabrikanten und Funktionäre	465
Mitglieder verschiedener konterrevolutionärer Widerstandsgruppen und diverse Elemente	5345
Überläufer	6127

In Anbetracht der Tatsache, daß alle diese Personen erbitterte und unverbesserliche Feinde der Sowjetmacht sind, hält der NKWD der UdSSR es für angebracht:

1. daß man den NKWD der UdSSR beauftragt, vor den Sondergerichten folgende Personen zu verurteilen:

a) 14700 ehemalige Offiziere, Beamte, Grundbesitzer, Polizei- und Ge-

heimdienstagenten, Gendarmen, Siedler aus den Grenzregionen, Grenzwachsoldaten, Gefängniswärter, die alle in den Kriegsgefangenenlagern interniert sind;

b) und 11 000 Mitglieder diverser konterrevolutionärer Spionage- und Sabotagegruppen, ehemalige Grundbesitzer, Fabrikanten, ehemalige Offiziere der polnischen Armee, Beamte und Überläufer, die alle verhaftet und in den Gefängnissen der westlichen Ukraine und des westlichen Weißrußlands inhaftiert sind. ES IST DIE HÖCHSTSTRAFE ZU VERHÄNGEN: TOD DURCH ERSCHIESSEN.

2. Die Sichtung der Akten geschieht ohne Anhörung der Gefangenen und ohne Anklageschrift. Die Untersuchungsergebnisse und der Urteilsspruch werden folgendermaßen mitgeteilt:

a) für die in den Kriegsgefangenenlagern Internierten durch Zertifikate der für die Angelegenheiten der Kriegsgefangenen zuständigen Verwaltungsabteilung des NKWD der UdSSR;

b) für die übrigen Verhafteten durch Zertifikate des NKWD der ukrainischen SSR und des NKWD der weißrussischen SSR.

3. Ein dreiköpfiges Personal - bestehend aus den Genossen Merkulow, Kobulow und Baschtalow - wird die Akten sichten und die Urteile fällen.

Der Volkskommissar des Inneren der UdSSR, L. Berija

Im Juni 1940 nach der siegreichen Blitzoffensive der deutschen Truppen gegen Frankreich beschloß die Sowjetregierung, alle Punkte des Geheimprotokolls vom 23. August 1939 in die Tat umzusetzen. Wegen angeblicher »Provokationen gegen die sowjetischen Garnisonen« stellte sie am 14. Juni den baltischen Regierungschefs ein Ultimatum, in dem sie aufgefordert wurden, eine Regierung zu bilden, welche »die ehrliche Einhaltung des Beistandsvertrags garantieren und die Gegner dieses Vertrags ausschalten kann«. In den darauffolgenden Tagen wurden die baltischen Staaten von mehreren hunderttausend sowjetischen Soldaten besetzt. Mit dem Auftrag, die drei Republiken zu sowjetisieren, schickte Stalin seine Vertreter in die baltischen Hauptstädte: Staatsanwalt Wyschinski nach Riga, Schdanow nach Talinn und Dekanosow, den Leiter der politischen Polizei und stellvertretenden Außenminister, nach Kaunas. Die Parlamente und lokalen Institutionen wurden aufgelöst und die meisten Mitglieder verhaftet. Allein die Kommunistische Partei durfte für die »Wahlen« am 14. und 15. Juni 1940 Kandidaten aufstellen.

In den Wochen, die diesem Täuschungsmanöver vorausgingen, nahm der NKWD unter der Leitung von General Serow zwischen 15000 und 20000 »feindliche Elemente« fest. Anfang Juli wurden allein in Lettland 1480 Oppositionelle standrechtlich erschossen. Die aus den Wahlen hervorgegangenen Parlamente baten um die Aufnahme ihrer Länder in die UdSSR. Selbstverständlich gab der Oberste Sowjet Anfang August diesem Begehren statt

und rief drei neue Sozialistische Sowjetrepubliken aus. Am 8. August schrieb die *Prawda:* »Von heute an schickt die Sonne der großen stalinistischen Verfassung ihre wohltuenden Strahlen über neue Länder und neue Völker.« Am gleichen Tag begann für die Balten eine Zeit der Verhaftungen, Deportierungen und Hinrichtungen.

In den Archiven wurden detaillierte Berichte über den Ablauf einer in der Nacht vom 13. auf den 14. Juni 1941 durchgeführten Großoperation aufbewahrt: Unter der Leitung von Generel Serow wurden in den Baltenländern, in Moldawien, in Weißrußland und in der westlichen Ukraine in sozialer Hinsicht feindliche Elemente festgenommen und deportiert. Die Planungen zu dieser Operation hatten wenige Wochen zuvor begonnen, als Berija am 16. Mai 1941 Stalin sein letztes Projekt zur »Säuberung der vor kurzem in die UdSSR integrierten Gebiete von antisowjetischen, in sozialer Hinsicht fremden und kriminellen Elementen« zukommen ließ. Insgesamt sollten im Juni 1941 85 716 Menschen deportiert werden, darunter 25711 Balten. In seinem Bericht vom 17. Juli 1941 stellte Merkulow, die Nummer zwei des NKWD, eine Bilanz über den baltischen Teil der Operation auf. In der Nacht vom 13. auf den 14. Juni 1941 sind 11038 Familienangehörige der »bürgerlichen Nationalisten«, 3240 Familienangehörige der ehemaligen Gendarmen und Polizisten, 7124 Familienangehörige der ehemaligen Grundbesitzer, Industriellen und Beamten, 1649 Familienangehörige der ehemaligen Offiziere und schließlich 2907 »Diverse« deportiert worden. Aus dem Dokument geht klar hervor, daß die Familienoberhäupter schon vorher verhaftet und - wahrscheinlich - hingerichtet worden sind. Die Operation vom 13. Juli zielte nämlich nur auf die »Angehörigen«, die als »in sozialer Hinsicht fremd« beurteilt worden waren.[309]

Jede Familie durfte 100 Kilogramm Gepäck mitnehmen, darin war auch der Proviant für einen Monat enthalten, denn der NKWD kümmerte sich während des Transports nicht um die Verpflegung. Die meisten Züge erreichten erst Ende Juli 1941 ihr Ziel, in der Regel einen Ort in der Provinz Nowossibirsk oder in Kasachstan. Für diejenigen, die in die Region von Altai verschleppt wurden, dauerte der Transport bis Mitte September! Wie viele der Deportierten starben während der sechs bis zwölf Wochen, in denen sie zu je 50 Personen in einem Güterwaggon zusammengepfercht mit all den Habseligkeiten und Lebensmitteln, die sie in der Nacht ihrer Verhaftung mitnehmen konnten, unterwegs waren? Für die Nacht vom 27. auf den 28. Juni 1941 plante Berija eine weitere großangelegte Operation. Aus der Wahl dieses Datums läßt sich schließen, daß die politische Führung des Sowjetstaates nicht im geringsten mit dem deutschen Überfall vom 22. Juni gerechnet hatte. Durch das Unternehmen Barbarossa verschoben sich die weiteren »Säuberungen« des NKWD in den baltischen Staaten um einige Jahre.

Wenige Tage nach der Besetzung der baltischen Staaten stellte die Sowjetregierung eine ultimative Forderung an Rumänien, das unverzüglich Bessarabien an die UdSSR »zurückgeben« sollte. Das Gebiet hatte zum

Zarenreich gehört und war im deutsch-sowjetischen Geheimprotokoll vom 93 August 1939 der sowjetischen InteressensSphäre zugesprochen worden. Außerdem wurde die Übergabe der nördlichen Bukowina an die UdSSR gefordert, ein Gebiet, das nie zum Zarenreich gehört hatte. Von den Deutschen fallengelassen, fügten sich die Rumänen den sowjetischen Gebietsansprüchen. Die Bukowina und ein Teil Bessarabiens wurden der Ukraine angegliedert. Das übrige Bessarabien wurde am 2. August 1940 zur Sozialistischen Sowjetrepublik Moldawien erklärt. Noch am gleichen Tag unterzeichnete Berijas Stellvertreter Kobulow einen Deportationsbefehl für 31 699 »antisowjetische Elemente« aus der SSR Moldawien und für weitere 12191 »antisowjetische Elemente« aus den in die Ukrainische SSR eingegliederten rumänischen Gebieten. Innerhalb weniger Monate waren diese »Elemente« nach einem wohlerprobten Verfahren vorschriftsmäßig registriert worden. Einen Tag zuvor, am 1. August 1940, hatte Molotow dem Obersten Sowjet stolz eine Tafel mit den Errungenschaften durch das deutsch-sowjetische Bündnis präsentiert: innerhalb eines Jahres waren 23 Millionen Menschen in die Sowjetunion eingegliedert worden.

Doch das Jahr 1940 war noch in anderer Hinsicht bemerkenswert: die Zahl der Gulag-Häftlinge, der Deportierten, der in den sowjetischen Gefängnissen eingekerkerten Menschen und der strafrechtlichen Verurteilungen erreichte ihren Höchstwert. Am 1. Januar 1941 zählten die Gulag-Lager 1 930 000 Insassen, d. h. innerhalb eines Jahres waren 270 000 neue Häftlinge aufgenommen worden; mehr als 500 000 Menschen waren aus den »sowjetisierten« Gebieten deportiert worden und kamen zu den 1 200 000 Sondersiedlern, die Ende 1939 registriert worden waren, hinzu. In den sowjetischen Gefängnissen, die theoretisch Platz für 234 000 Gefangene boten, saßen 462 000 Inhaftierte.[310] Und schließlich die Gesamtzahl der strafrechtlichen Verurteilungen, für die in diesem Jahr ein außerordentlicher Zuwachs zu verzeichnen ist, denn innerhalb eines Jahres stieg sie von 700 000 auf etwa 2 300 000 an.[311]

Dieser außerordentliche Zuwachs ist das Ergebnis einer beispiellosen Sanktionierung des gesellschaftlichen Bereichs. In der Arbeitswelt wird das Jahr 1940 immer mit dem Dekret vom 26. Juni in Verbindung gebracht werden: Es führte den 8-Stunden-Tag und die 7-Tage-Woche ein und verbot dem Arbeiter, »den Betrieb auf eigene Initiative hin zu verlassen«. Jedes ungerechtfertigte Fehlen und jede Verspätung, die mehr als 20 Minuten ausmachte, war von nun an mit einer Strafe belegt. Die Verstöße wurden mit sechsmonatigen »Umerziehungsarbeiten« ohne Freiheitsentzug oder mit der Einbehaltung von 25 % des Lohnes geahndet, konnten in schlimmen Fällen aber auch zu einer zwei- bis viermonatigen Haftstrafe führen.

Ein anderes Dekret vom 10. August 1940 sah für »Rowdytum«, Fehlproduktionen und kleinere Diebstähle am Arbeitsplatz ein- bis dreijährige Lagerstrafen vor. Das neue Gesetz konnte jeden Arbeiter der sowjetischen Industrie treffen.

Diese bis 1956 gültigen Dekrete stehen für eine neue Etappe in der Sanktionierung der Arbeitswelt. In den ersten sechs Monaten ihrer Gültigkeit führten sie zu anderthalb Millionen Verurteilungen, davon in 400 000 Fällen zu Haftstrafen. Daraus erklärt sich das starke Anwachsen der Gefängnisinsassen ab dem Sommer 1940. Die Zahl der zu Lagerstrafen verurteilten Hooligans stieg von 108000 im Jahre 1939 auf 200000 im Jahre 1940.[312]

Der Große Terror endete also mit einer neuen Offensive - der ersten seit 1932 - gegen die kleinen Leute, die sich der Disziplin in den Betrieben und Kolchosen nicht unterwerfen wollten. Folgt man den Berichten der NKWD-Spitzel, so kam bei vielen Arbeitern in ihrer Reaktion auf die Dekrete vom Sommer 1940 ihre »ungesunde Einstellung« zum Vorschein, besonders in den ersten Wochen nach dem deutschen Einmarsch. Sie forderten offen »die Eliminierung der Juden und Kommunisten« und führten »provokative Reden«. Die folgenden Worte eines Moskauer Arbeiters wurden dem NKWD übermittelt: »Wenn Hitler unsere Städte erobert, wird er überall folgende Mitteilung anschlagen lassen: Bei mir werden Arbeiter, die 21 Minuten zu spät zur Arbeit kommen, nicht vor Gericht gestellt, wie das eure Regierung tut.«[313] Wie aus einem Bericht des Militär-Generalstaatsanwalts »über Verbrechen und Delikte bei der Bahn zwischen dem 22. Juni und 1. September 1941 hervorgeht«, wurden solche Redensarten strengstens bestraft. In diesem Bericht werden 2524 Verurteilungen (davon 204 Hinrichtungen) aufgeführt, die in mindestens 412 Fällen wegen »konterrevolutionärer Redensarten« ausgesprochen wurden. 110 Bahnarbeiter wurden für ein solches Verbrechen hingerichtet.[314]

Eine vor kurzem veröffentlichte Dokumentensammlung über die »Stimmung« in Moskau während der ersten Kriegsmonate betont die Verunsicherung, die im Sommer 1941 bei den »kleinen Leuten« angesichts des deutschen Vormarsches herrschte.[315] Die Moskauer ließen sich offensichtlich in drei Gruppen einteilen - die »Patrioten«, ein »Sumpf«, in dem die wildesten Gerüchte kursierten und die »Defätisten«, die den deutschen Sieg über die »Juden und Bolschewiken« - beide integriert und verhaßt - wünschten. Als im Oktober 1941 die Fabriken demontiert und in den Osten des Landes verlegt wurden, kam es in den Textilbetrieben von Iwanowo zu »antisowjetischen Unruhen«.[316] Die defätistischen Redensarten mancher Arbeiter waren bezeichnend für die Verzweiflung, die sich bei einem Teil der Arbeiterschaft breitgemacht hatte. Denn seit 1940 hatten die Arbeiter unter immer härteren Maßnahmen zu leiden.

Doch schließlich bat die Barbarei der Nazis, die dem zur Ausrottung oder - besser gesagt - zur Sklaverei verurteilten sowjetischen »Untermenschen« keinen Ausweg bot, die kleinen Leute in einem Überschwang patriotischer Gefühle mit dem Regime versöhnt. Geschickt wußte Stalin die russischen, nationalen und patriotischen Werte in die Waagschale zu werfen. In seiner berühmten Rundfunkrede vom 3. Juli 1941 an die Nation griff er den alten Appell, der seit Jahrhunderten die nationale Gemeinschaft zusammengehal-

ten hatte wieder auf: »Brüder und Schwestern, unserem Land droht eine große Gefahr!« Der Hinweis auf »die große russische Nation mit Plechanow Lenin, Puschkin, Tolstoi, Tschaikowsky, Tschechow, Lermontow, Suworow und Kutosow« sollte den »heiligen Krieg«, den »Großen Vaterländischen Krieg« unterstützen. Als er am 7. November 1941 die Parade der an die Front ziehenden Freiwilligenbataillone abhielt, beschwor er die Soldaten im Kampf »dem glorreichen Beispiel unserer Ahnen Alexander Nevski und Dimitri Donskoi« zu folgen. Der erste hat Rußland im 13. Jahrhundert vor dem Deutschen Ritterorden gerettet und der zweite beendete ein Jahrhundert später die tatarische Gewaltherrschaft.

12

Die Kehrseite eines Sieges

Zu den zahlreichen »weißen Flecken« der sowjetischen Geschichte zählte lange Zeit das Kapitel der Deportationen während des »Großen Vaterländischen Krieges«. Es waren Deportationen von ganzen Völkern, die der »Sabotage, Spionage und Kollaboration« mit der Besatzungsarmee der Nazis verdächtigt worden waren. Erst seit dem Ende der fünfziger Jahre gibt man von offizieller Seite her zu, daß es bei der Anklage wegen »kollektiver Kollaboration« zu Exzessen und Verallgemeinerungen gekommen ist. Die sechziger Jahre brachten mehreren autonomen Republiken, die wegen ihrer Kollaboration mit der Besatzungsarmee von der Landkarte gestrichen worden waren, ihre erneute rechtliche Anerkennung. Doch erst 1972 bekamen die Angehörigen dieser deportierten Völker theoretisch das Recht »auf eine freie Wahl des Wohnsitzes«. Und die Tataren der Halbinsel Krim sind sogar erst seit 1989 völlig »rehabilitiert«. Die allmähliche Aufhebung der gegen die »bestraften Völker« gerichteten Sanktionen war bis zur Mitte der sechziger Jahre ein großes Geheimnis, und die vor 1964 erlassenen Dekrete wurden nie veröffentlicht. Erst mit der »Erklärung des Obersten Sowjets« vom 14. November 1989 bekannte sich der Sowjetstaat endlich zur »kriminellen Illegalität der barbarischen Akte des stalinistischen Regimes gegenüber den in Massen deportierten Völkern«.

Die Deutschen waren die erste Volksgruppe, die wenige Wochen nach Hitlers Überfall auf die UdSSR als geschlossene Gemeinschaft deportiert worden ist. Nach der Volkszählung von 1939 lebten in der UdSSR 1427000 Deutsche. Die meisten von ihnen waren Nachkommen der deutschen Siedler, die sich - einem Ruf der selbst aus Hessen stammenden Katharina der Großen folgend - in den menschenleeren Weiten des russischen Südens niedergelassen hatten. 1924 gründete die sowjetische Regierung die autonome Republik der Wolgadeutschen. Die etwa 370000 »Wolgadeutschen« machten jedoch nur ein Viertel der sowohl auf Rußland (auf die Regionen Saratow, Stalingrad, Woronesch, Moskau, Leningrad usw.) als auch auf die Ukraine (390000 Personen), auf den nördlichen Kaukasus (auf die Regionen Krasnodar, Ordschonikidse und Stawropol) und sogar auf Georgien und die Halbinsel Krim verteilten deutschstämmigen Bevölkerung aus. Am 28. August 1941 verabschiedete das Präsidium des Obersten Sowjets ein Dekret, nachdem die gesamte deutsche Bevölkerung der autonomen Wolgarepublik und der Gebiete um Saratow und Stalingrad nach

Kasachstan und Sibirien zu deportieren war. Der Text stellt die Entscheidung als humanitäre Präventivmaßnahme dar.

Ausschnitte aus dem Dekret des Präsidiums des Obersten Sowjets vom 28. August 1941 über die Kollektivdeportation der Deutschen

Laut glaubwürdigen Informationen von Seiten der militärischen Behörden befinden sich unter der deutschen Bevölkerung des Wolgagebiets Tausende und Zehntausende von Saboteuren und Spionen, die nur auf ein Signal aus Deutschland warten, um in den Gegenden der Wolgadeutschen Anschläge zu organisieren. Niemand hat die sowjetischen Behörden darauf aufmerksam gemacht, daß sich unter den Wolgadeutschen so viele Saboteure und Spione befinden. Die deutsche Bevölkerung an der Wolga versteckt also bei sich die Feinde des Volkes und der Sowjetmacht...

Falls es auf Deutschlands Befehl durch die deutschen Saboteure und Spione in der Republik der Wolgadeutschen oder in den angrenzenden Distrikten zu Sabotageakten kommt, fließt Blut, und die Sowjetregierung wäre gemäß Kriegsrecht zu Strafmaßnahmen gegen die gesamte deutsche Bevölkerung an der Wolga gezwungen. Um eine solch bedauerliche Situation und schwere Blutverluste zu vermeiden, hielt das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR es für notwendig, die gesamte deutsche Bevölkerung des Wolgagebiets und der anderen Distrikte umzusiedeln und ihnen in den neuen Gebieten Land und eine staatliche Hilfe zur Besiedlung zuzuteilen.

Die über viel Land verfügenden Distrikte der Region Nowossibirsk oder Omsk, des Altaigebiets oder Kasachstans sowie der anderen angrenzenden Regionen sind die Zielgebiete der Umsiedlung.

Während die Rote Armee an allen Fronten zurückweichen mußte und täglich Zehntausende von Soldaten durch Tod oder Gefangennahme verlor, ließ Berija etwa 14000 Mann der NKWD-Truppen für diese Operation freistellen. Leiter der Operation war General Iwan Serow, der stellvertretende Volkskommissar des Inneren, der sich schon bei der »Säuberung« der Baltenländer hervorgetan hatte. In Anbetracht der Umstände und des schweren Zusammenbruchs der Roten Armee wurde die Operation zügig durchgeführt. Vom 3. bis 20. September 1941 wurden 446480 Deutsche in 230 Zügen mit durchschnittlich je 50 Waggons deportiert, d.h., auf einen Zug kamen ungefähr 2000 Menschen! Bei einer Durchschnittsgeschwindigkeit von wenigen Stundenkilometern brauchten die Züge zwischen vier und acht Wochen, um ihre Ziele in den südsibirischen Regionen von Omsk, Nowossibirsk und Barnaul oder in der ostsibirischen Region von Krasnojarsk zu erreichen. Wie schon bei den vorangegangenen Deportationen der Balten en die »Umsiedler« nach den offiziellen Vorschriften »eine bestimmte Frist [*sic*!], um sich mit Proviant für mindestens einen Monat einzudecken«!

Parallel zu dieser »Hauptoperation« kam es - sofern die militärische Lage es erlaubte - zu verschiedenen »Nebenoperationen«. Molotow, Malenkow

und Schdanow unterbreiteten bereits am 29. August 1941 Stalin den Vorschlag, die Stadt Leningrad und die umliegende Region von 96 000 deutsch- und finnischstämmigen Bürgern zu »säubern«. Am 30. August erreichten die deutschen Truppen die Newa. Damit waren die Bahnlinien zwischen Leningrad und dem Rest des Landes unterbrochen. Die Gefahr einer Einkreisung der Stadt wurde täglich größer. Trotzdem ergriffen die zuständigen Behörden keinerlei Maßnahmen für eine Evakuierung der Leningrader Zivilbevölkerung, geschweige denn für das Anlegen irgendwelcher Lebensmittelvorräte. Gleichwohl verfaßte Berija noch am 30. August ein Rundschreiben, in dem die Deportierung von 132 000 Personen aus der Region Leningrad angeordnet wurde. 96000 sollten mit der Bahn und 36000 über den Schiffsweg deportiert werden. In der Zeit, die dem NKWD noch blieb, konnte er jedoch lediglich 11 000 Sowjetbürger deutscher Nationalität deportieren.

In den folgenden Wochen startete man auch in anderen Orten ähnliche Operationen: Aus Moskau wurden am 15. September 9640 Deutsche deportiert, aus Tula am 21. September 2700, aus Gorki am 14. September 3162, aus Rostow vom 10. bis 20. September 38288, aus Saporoschje vom 25. September bis 10. Oktober 31320, aus Krasnodar am 15. September 38 136 und aus Ordschonikidse am 20. September 77 570. Im Oktober 1941 wurden noch einmal mehr als 100 000 Deutsche aus Georgien, Armenien, Aserbeidschan, aus dem nördlichen Kaukasus und von der Halbinsel Krim deportiert. Eine Bilanz, die im Hinblick auf die Umsiedlung der Deutschen aufgestellt wurde, meldet für den 25. Dezember 1941 894600 meist nach Kasachstan und Sibirien deportierte Personen. Berücksichtigt man noch die 1942 durchgeführten Deportationen der Deutschen, so kommt man auf eine Gesamtzahl von 1 209430 Menschen, die innerhalb von einem Jahr -vom August 1941 bis zum Juni 1942 - deportiert worden sind. Zur Erinnerung: Nach der Volkszählung von 1939 gehörten 1427000 Menschen zur deutschen Bevölkerung der UdSSR.

So wurden 82% der über das ganze sowjetische Territorium zerstreuten Deutschen deportiert, zu einem Zeitpunkt, wo die katastrophale Situation des vor dem Zusammenbruch stehenden Landes den Einsatz der gesamten militärischen und polizeilichen Kräfte für den bewaffneten Kampf gegen den Feind erforderlich gemacht hätte. Statt dessen wurden Hunderttausende von unschuldigen Sowjetbürgern deportiert. Der Anteil der deportierten deutschstämmigen Sowjetbürger war in Wirklichkeit noch größer, denn bisher wurde nicht berücksichtigt, daß außerdem noch Zehntausende von deutschstämmigen Soldaten und Offizieren vom Dienst in der Roten Armee suspendiert und in die Strafbataillone der »Arbeitsarmee« nach Workuta, Kotlas, Kemerowo, und Tscheljabinsk versetzt worden waren. Allein in Tscheljabinsk arbeiteten mehr als 25 000 Deutsche am Bau des Hüttenkombinats. Dazu muß man wissen, daß die Arbeits- und Überlebensbedingungen in den Strafbataillonen der Arbeitsarmee kaum besser waren als in den Gulag-Lagern.

Wie viele von den Deportierten kamen schon während des Transports um? Es fehlt heute an einer Gesamtbilanz, und die vereinzelten Zahlen über diesen oder jenen Zug lassen sich bei den Wirren des Krieges und den apokalyptischen Gewaltverbrechen jener Tage nicht weiterverfolgen. Wie viele von den Zügen sind im Chaos des Herbstes 1941 auf der Strecke geblieben und nie am Ziel angekommen? Ende November sollten sich »nach Plan« 29 600 deutsche Deportierte in der Region Karaganda einfinden. Nach einer Zählung vom 1. Januar 1942 waren jedoch nur 8304 von ihnen angekommen. Für die Region Nowossibirsk sah der »Plan« 130998 Deportierte vor, man zählte vor Ort jedoch nur 116612. Wo waren die anderen geblieben? Waren sie unterwegs gestorben? Wurden sie woanders hingeschickt? Für das Altai-Gebiet waren 11000 Deportierte »eingeplant« worden, es kam jedoch zu einem Ansturm von 94 799 Menschen! Wesentlich aussagekräftiger als diese nüchternen Zahlen sind die NKWD-Berichte über die Ansiedlung der Deportierten. Sie betonen alle einstimmig, wie wenig die Zielgebiete auf die Deportierten vorbereitet waren.

Die amtliche Schweigepflicht war bindend, und so wurden die lokalen Behörden erst im letzten Moment über die Ankunft mehrerer zehntausend Deportierter unterrichtet. Da keine Unterkunft vorbereitet war, wurden die Neuankömmlinge irgendwo untergebracht: in Baracken, in Ställen oder einfach unter freiem Himmel, und das, obwohl der Winter nahte. Die Mobilisierung hatte einen Großteil der männlichen Arbeitskräfte an die Front beordert. Doch die Behörden hatten in den vorangegangenen zehn Jahren gewisse Erfahrungen gesammelt, und so waren die deportierten Neuankömmlinge um einiges schneller »wirtschaftlich eingesetzt« als die im Jahre 1930 deportierten Kulaken, die man einfach mitten in der Taiga sich selbst überlassen hatte. Nach wenigen Monaten waren die meisten Deportierten wie die anderen Sondersiedler untergebracht, d.h. zu besonders harten Wohn- und Arbeitsbedingungen und bei einer mehr als dürftigen Verpflegung, und unterstanden einer *NKWD-Kommandantur,* einer Kolchose, einer Sowchose oder einem Industriebetrieb.[317]

Auf die Deportation der Deutschen folgte eine zweite Deportationswelle: Vom November 1943 bis Juni 1944 wurden sechs Volksgruppen unter dem Vorwand, »in großer Zahl mit der deutschen Besatzungsmacht kollaboriert zu haben«, nach Sibirien, Kasachstan, Usbekistan und Kirgisien deportiert: die Tschetschenen, Inguschen, Krimtataren, Karatschaier, Balkaren und Kalmücken. Auf diese Hauptdeportationswelle, von der etwa 900000 Menschen betroffen waren, folgten vom Juli bis Dezember 1944 ähnliche Operationen mit dem Ziel, die Krim und den Kaukasus von weiteren als »zweifelhaft« eingestuften Nationalitäten zu »säubern«: von den Griechen, Bulgaren, Krimarmenier, den Turkmescheten, den Kurden und den Chemschinen aus dem Kaukasus.[318]

Durch die Sichtung der Dokumente in den seit kurzem zugänglichen Ar-

chiven ergaben sich keine neuen Hinweise auf die angebliche »Kollaboration« zwischen den Nazis und den kaukasischen Bergvölkern, den Kalmücken und den Krimtataren. Man kann diesbezüglich nur vereinzelte Vorfälle aufzählen, die auf der Krim, in Kalmückien, in Kabardino-Balkarien und bei den Karatschaiern auf begrenzte Kreise von Kollaborateuren hindeuten, doch eine von der Allgemeinheit getragene Kollaborationspolitik läßt sich daran nicht festmachen. Nach dem Abzug der Roten Armee aus Rostow am Don im Juli 1942 besetzen die Deutschen vom Sommer 1942 bis zum Frühjahr 1943 den Kaukasus. In diese Zeit fallen die am meisten umstrittenen Kollaborationsepisoden. Unter Ausnutzung des politischen Freiraums zwischen dem Abzug der Sowjetarmee und der Ankunft der Nazis gründeten lokale Führungskräfte eine Reihe von »Nationalkomitees«: in Mikojan-Schachar (Autonome Region der Karatschaier-Tscherkessen), in Naltschik (Autonome Republik Karbadino-Balkarien) und in Elista (Autonome Republik der Kalmücken). Diese lokalen Komitees wurden von der deutschen Armee anerkannt und genossen für einige Monate eine religiöse, politische und wirtschaftliche Autonomie. Die positiven Erfahrungen im Kaukasus förderten in Berlin den »Moslem-Mythos«, und so bekamen die Krimtataren die Genehmigung für ein »moslemisches Zentralkomitee« in Simferopol.

Doch die Autonomie, welche die Kalmücken, Karatschaier und Balkaren für wenige Monate besaßen, wurde den Krimtataren von den Nazis verwehrt. Denn in Berlin befürchtete man ein Wiedererstarken der von der Sowjetmacht Anfang der zwanziger Jahre niedergeschlagenen panturanischen Bewegung. Als Gegenleistung für die stark eingeschränkte Autonomie, die ihnen gewährt wurde, stellten die lokalen Behörden Truppen zum Kampf gegen die dem Sowjetregime treu gebliebenen Partisanengruppen auf. Insgesamt einige tausend Mann, mit denen man nur Einheiten von geringer Stärke bilden konnte: sechs krimtatarische Bataillone und ein kalmückisches Reiterkorps.

Die Autonome Provinz Tschetschenien-Inguschien war nur zu einem geringen Teil von wenigen deutschen Kommandoeinheiten besetzt, und auch das nur für die zehn Wochen zwischen Anfang September und Mitte November 1942. Es besteht nicht der geringste Hinweis auf eine Kollaboration. Die Tschetschenen waren seit jeher ein aufständisches Volk und hatten schon vor ihrer Kapitulation im Jahre 1859 jahrzehntelang erfolgreich der russischen Kolonisierung getrotzt. Die Sowjetmacht hatte schon mehrere Strafexpeditionen gegen sie gestartet: 1925, um einen Teil der tschetschenischen Waffen zu beschlagnahmen, 1930-32 um den Widerstand der Tschetschenen und Inguschen gegen die Kollektivierung zu brechen. Im März/April 1930 und im April/Mai 1930 galten die Expeditionen dem Kampf gegen die »Banditen«, wobei die Sondertruppen des NKWD die Artillerie und die Luftwaffe um Unterstützung gebeten hatten. Eine schwere Auseinandersetzung also, welche die Zentralmacht und dieses eigenwillige Volk, das sich schon immer der Moskauer Bevormundung widersetzt hatte, voneinander trennte.

Zwischen November 1943 und Mai 1944 kam es zu fünf großen Massenverhaftungen mit anschließender Deportation. Im Gegensatz zu den ersten Kulaken-Deportationen liefen sie alle nach einem inzwischen gut eingeübten Verfahren ab, »mit einer beachtlichen Operationellen Effizienz«, wie selbst Berija zugeben mußte. Die Phase der »logistischen Vorbereitung« war wochenlang mit viel Sorgfalt organisiert worden und wurde von Berija und seinen beiden Stellvertretern Iwan Serow und Bogdan Kobulow, die sich mit ihren gepanzerten Sonderzügen vor Ort eingefunden hatten, persönlich überwacht. Eine beachtliche Anzahl von Zügen mußte organisiert werden: 93 139 Kalmücken sollten innerhalb von vier Tagen, vom 27. bis zum 30. Dezember 1943, in 46 Zügen mit je 60 Waggons deportiert werden. Für die 521247 Tschetschenen und Inguschen, die innerhalb von sechs Tagen, vom 23. bis 28. Februar 1944, deportiert werden sollten, waren 194 Züge mit je 65 Waggons geplant. Bei diesen außerordentlichen Operationen scheute der NKWD keinen Aufwand: Für das Zusammentreiben der Tschetschenen und Inguschen setzte der NKWD eine 119000 Mann starke Sondertruppe ein, zu einem Zeitpunkt, wo der Krieg voll im Gange war!

Die Operationen waren auf die Stunde genau geplant: Man begann mit der Verhaftung der »eventuell gefährlichen Elemente«, die bei einer Bevölkerung, die - weil ein Großteil der Männer zum Kriegsdienst einberufen war - hauptsächlich aus Frauen, Kindern und alten Leuten bestand, zwischen 1 und 2% der Deportierten ausmachten. Wenn man den nach Moskau geschickten »Operationsberichten« glauben darf, ging alles äußerst schnell vonstatten. Während der Deportation der Krimtataren (18. bis 20. Mai 1944) telegraphierten Kobulow und Serow, die für die Operation verantwortlich waren, bereits am ersten Abend folgende Nachricht an Berija: »Heute abend um 20 Uhr war der Transport von 90 000 Personen zu den Bahnhöfen abgeschlossen. 17 Züge mit 48400 Personen sind bereits zu ihren Bestimmungsorten unterwegs. 25 Züge werden im Augenblick beladen. Während der Operation kam es zu keinem Vorfall. Die Operation geht weiter.« Einen Tag später, am 19. Mai, wandte sich Berija an Stalin und teilte ihm mit, daß während des zweiten Tages 165 515 Personen an den Bahnhöfen zusammengetrieben worden seien. 136412 Personen seien bereits in die Züge verladen worden und zu dem »in den Anweisungen festgelegten Bestimmungsort« unterwegs. Am dritten Tag, dem 20. Mai, meldeten Serow und Kobulow in einem erneuten telegraphischen Schreiben an Berija, daß die Operation um 16 Uhr 30 beendet worden sei. 63 Züge mit insgesamt 173 287 Personen seien bereits unterwegs. Die letzten vier Züge mit weiteren 6727 Personen würden noch am gleichen Abend starten.[319]

Beim Lesen der Verwaltungsberichte des NKWD bekommt man den Eindruck, als seien die Deportationen von Hunderttausenden von Menschen nichts weiter als eine reine Formalität. Jede Operation war »erfolgreicher«, »effizienter« und noch »kostengünstiger« als die vorhergehende. Nach der Deportation der Tschetschenen, Inguschen und Balkaren verfaßte ein

NKWD-Beamter namens Milstein einen langen Bericht über »die Waggons, Holzbretter, Eimer und Schaufeln, die bei den letzten Operationen im Vergleich zu den vorangegangenen eingespart worden sind«.

»Nach den Erfahrungen, die wir beim Transport der Karatschaier und Kalmücken gemacht haben«, so schrieb er, »können wir gewisse Vorkehrungen treffen, um den Bedarf an Zügen und die Zahl der Fahrten zu reduzieren. Wir haben in jedem Güterwaggon 45 Personen untergebracht, früher waren es 40. Und da wir sie mit ihrem Gepäck untergebracht haben, konnten wir eine beachtliche Zahl an Waggons einsparen, das bedeutet Holzbretter in einer Länge von 37 548 Metern, 11 834 Eimer und 3400 Pfannen.«[320]

Soweit die bürokratische Vision einer vom NKWD-Standpunkt aus recht erfolgreichen Operation. Doch wie grauenhaft war die Wirklichkeit, die sich hinter dieser Vision verbirgt? Im folgenden einige Ende der siebziger Jahre aufgezeichneten Berichte von Tataren, welche die Reise überlebt hatten: »Die Reise bis zum Bahnhof von Serabulak (Region Samarkand) dauerte 24 Tage. Von dort aus brachte man uns zur Kolchose *Prawda.* Wir mußten Fuhrwerke reparieren, [...] Wir arbeiteten und hatten Hunger. Viele von uns waren ziemlich wackelig auf den Beinen. 30 Familien aus unserem Dorf waren deportiert worden. Aus fünf Familien gab es ein oder zwei Überlebende. Alle anderen waren verhungert oder einer Krankheit erlegen.« Ein anderer Überlebender erzählte: »In den hermetisch abgeschlossenen Waggons starben die Leute wie die Fliegen an Hunger oder Luftmangel: Man gab uns weder etwas zu essen noch zu trinken. Die Bevölkerung in den Dörfern, durch die wir fuhren, war gegen uns aufgehetzt worden; man hatte ihnen gesagt, daß man Vaterlandsverräter transportiere, und so prasselte ein Regen von Steinen gegen die Waggontüren. Als man mitten im kasachischen Steppengebiet die Türen öffnete, gab man uns aus den Heeresbeständen zu essen, aber nichts zu trinken. Wir bekamen den Befehl, die Toten neben die Gleise zu werfen, und ohne sie bestattet zu haben, fuhren wir weiter.«[321]

Die Deportierten, die »am Ziel« in Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan oder Sibirien ankamen, wurden Kolchosen oder Industriebetrieben zugeteilt. Die Unterkunftssuche, die Arbeit und das Überleben waren ein täglicher Kampf, wie aus den Berichten der lokalen NKWD-Behörden an die Moskauer Zentrale hervorgeht. Die Berichte werden in den zum Thema »Sondersiedlungen« angelegten, umfangreichen Archivbeständen des NKWD aufbewahrt. Im September 1944 wurde beispielsweise aus Kirgisien berichtet, daß von den 31 000 in letzter Zeit deportierten Familien nur 5000 eine Unterkunft gefunden hätten, wobei der Begriff »Unterkunft« noch ziemlich weit gefaßt war: Bei einer aufmerksamen Lektüre des Textes ergibt sich nämlich, daß die lokalen Behörden des Distriktes Kameninski 900 Familien in 18 Sowchose-Wohnungen untergebracht hatten, d.h., auf eine Wohnung kamen 50 Familien! Das bedeutete, daß die aus dem Kaukasus deportierten Familien, die oft sehr kinderreich waren, abwechselnd in den Wohnungen oder unter freiem Himmel schliefen, und das bei herannahendem Winter.

In einem Brief an Mikojan gab Berija im November 1944 - d.h. etwa ein Jahr nach der Deportation der Kalmücken - zu, daß diese »unter extrem schwierigen Bedingungen und sanitären Umständen leben; die meisten besitzen keine Kleider, keine Unterwäsche und keine Schuhe«.[322] Zwei Jahre später meldeten zwei Verantwortliche vom NKWD, daß »30% der arbeitsfähigen Kalmücken wegen fehlender Schuhe nicht arbeiten. Es macht sich bemerkbar, daß die Deportierten in keiner Weise auf das harte Klima und die ungewohnten Lebensbedingungen vorbereitet sind, und die fehlenden Sprachkenntnisse sorgen für zusätzliche Schwierigkeiten.« Ausgehungert und aus ihrer gewohnten Umgebung herausgerissen, wurden die Deportierten Kolchosebetrieben zugewiesen, die nicht einmal für den Lebensunterhalt ihres Stammpersonals aufkommen konnten, oder man stellte sie in den Industriebetrieben an Arbeitsplätze, für die sie nicht ausgebildet waren, und deshalb im allgemeinen eine klägliche Figur abgaben. »Die Situation der nach Sibirien deportierten Kalmücken ist tragisch«, schrieb D.P. Pjurwejew, der ehemalige Präsident der Autonomen Republik Kalmückien, an Stalin. »Sie haben ihren Viehbestand verloren und kamen völlig verarmt in Sibirien an. [...] Sie sind auf ihre neue Existenz in der landwirtschaftlichen Produktion wenig vorbereitet. [...] Die in den Kolchosen untergebrachten Kalmücken erhalten keinerlei Verpflegung, denn die Kolchosebauern haben selbst nichts. Und diejenigen, die man den Industriebetrieben zugewiesen hat, finden sich in ihrem neuen Leben als Arbeiter nicht zurecht und verfügen deshalb nicht über das notwendige Geld für eine geregelte Verpflegung.«[323] Im Klartext: Die als Nomaden aufgewachsenen Kalmücken waren an den Maschinen überfordert, und so schluckten die Geldstrafen ihren gesamten mageren Lohn.

Einige wenige Zahlen geben eine Vorstellung von den hohen Verlusten unter den Deportierten: Im Januar 1946 registrierte die für die Sondersiedlungen zuständige Verwaltung 70 360 Kalmücken, zwei Jahre zuvor waren 92 000 deportiert worden. Am 1. Juli 1944 waren in Usbekistan 35 750 Tataren-Familien mit 151 424 Personen gemeldet; sechs Monate später gab es zwar 818 Familien mehr, aber 16 000 Personen weniger! Von den 608 749 aus dem Kaukasus Deportierten waren am 1. Oktober 1948 146 892 tot, d. h. ungefähr jeder vierte. An Neugeborenen wurden in der gleichen Zeit jedoch nur 28 120 gezählt. Von den 228 392 Deportierten, die ursprünglich auf der Halbinsel Krim zu Hause waren, waren nach vier Jahren 44887 tot, und auch hier wurden für die gleiche Zeit nur 6 564 Neugeborene registriert.[324] Wenn man bedenkt, daß 40 bis 50% der Deportierten unter 16 Jahre alt waren, wird die hohe Sterblichkeitsrate noch augenscheinlicher. Nur ein verschwindend kleiner Teil der Sterbefälle war auf einen »natürlichen Tod« zurückzuführen. Was für eine Zukunft erwartete die jungen Menschen, die überlebten? Von den 89000 nach Kasachstan deportierten Kindern im schulpflichtigen Alter waren 1948 - vier Jahre nach ihrer Deportation - weniger als 12 000 eingeschult. Es war übrigens offiziell vorgeschrieben,

die Kinder der »Sonderumsiedler« ausschließlich in russischer Sprache zu unterrichten.

Es gab noch andere Völker, die während des Krieges von Kollektivdeportationen betroffen waren. Am 29. Mai 1944, wenige Tage nach dem Abschluß der Deportation der Krimtataren, schrieb Berija an Stalin: »Der NKWD hält es für vernünftig *[sic!],* alle Bulgaren, Griechen und Armenier von der Krim zu vertreiben.« Den Bulgaren warf man vor, während der deutschen Besetzung aktiv bei der Herstellung von Brot und anderen Lebensmitteln für die deutsche Armee mitgeholfen zu haben und »bei der Suche nach Soldaten der Roten Armee und Partisanen mit den deutschen Militärbehörden zusammengearbeitet zu haben«. Die Griechen hatten »nach Ankunft der Besetzer kleine Industriebetriebe gegründet, und die deutschen Behörden haben ihnen beim Handel, Warenverkehr usw. geholfen«. Die Armenier wurden beschuldigt, in Simferopol eine Organisation von Kollaborateuren mit dem Namen »Dromedar« gegründet zu haben. Vorsitzender dieser Organisation war angeblich der armenische General Dro, der »sich außerdem um religiöse und politische Fragen kümmerte und einen Kleinhandel und eine Industrie aufbauen wollte«. Nach Berija soll diese Organisation außerdem »Gelder für den militärischen Bedarf der Deutschen und die Errichtung einer armenischen Legion gesammelt haben«.[325]

Vier Tage später, am 2. Juni 1944, unterzeichnete Stalin ein Dekret des Staatskomitees der Verteidigung und gab damit den Befehl, »die Ausweisung der Krimtataren durch die Ausweisung von 37000 Bulgaren, Griechen und Armeniern, den Komplizen der Deutschen, zu vervollständigen«. Wie bei den anderen Deportationen wurden auch diesmal für jedes Zielgebiet willkürlich Quoten festgelegt: die Provinz Gurjew in Kasachstan sollte 7000 Deportierte aufnehmen, die Provinz Swerdlow 10 000, die Provinz Molotow im Uralgebiet ebenfalls 10 000, die Provinz Kemerowo 6000 und Baschkirien 4000. Nach dem Wortlaut der Berichte wurde die Operation am 27. und 28. Juni 1944 »mit Erfolg durchgeführt«. An diesen zwei Tagen waren 41854 Personen deportiert worden, »111 % des Plansolls«, wie betont wurde.

Nachdem die Krim von Deutschen, Tataren, Bulgaren, Griechen und Armeniern »gesäubert« war, beschloß der NKWD die »Reinigung« der kaukasischen Grenzgebiete. Die großangelegten Operationen, die der NKWD - besessen von der Vorstellung, die Grenzregionen mit besonderen Sanktionen bedenken zu müssen, - für den Kaukasus plante, waren nur die logische Fortführung der »Anti-Spionage«-Operationen der Jahre 1937/38, allerdings in einer wesentlich systematischeren Form. Am 21. Juli 1944 unterzeichnete Stalin ein weiteres Dekret des Staatskomitees der Verteidigung: Es sah die Deportation von 86 000 Turkmescheten, Kurden und Chemschinen der georgischen Grenzregionen vor. Weil die Region, in denen diese Völker des ehemaligen osmanischen Reiches seit Jahrhunderten lebten, recht gebirgig war und ein Teil der Bevölkerung in seinem Nomadendasein

A′ Gewohnheit hatte, die sowjetisch-türkische Grenze nach Belieben zu ssieren, dauerten die Vorbereitungen zu dieser Massenverhaftung mit anhließender Deportation besonders lange. Die Operation dauerte zehn Tavom 15. bis zum 25. November 1944, und beschäftigte 14 000 Mann der NKWD-Sondertruppen. 900 Studebaker-Lastwagen waren im Einsatz. Sie stammten aus amerikanischen Lieferungen, denn über das amerikanische Mietdarlehensgesetz hatten die USA den meisten Alliierten Kriegsmaterial geliefert.[326]

In einem Bericht an Stalin vom 28. November brüstete sich Berija, 91 095 Personen innerhalb von zehn Tagen »unter besonders schwierigen Bedingungen« umgesiedelt zu haben. Wie Berija erklärte, waren alle Deportierten - 49% von ihnen waren unter 16 Jahre alt - potentielle türkische Spione: »Ein großer Teil der Bevölkerung hat familiäre Bindungen zu den Bewohnern der türkischen Grenzbezirke. Sie schmuggelten, zeigten eine starke Tendenz zur Emigration und versorgten den türkischen Geheimdienst und die an der Grenze operierenden Schmugglerbanden mit Nachwuchs.« Nach der Statistik der für die Sondersiedlungen zuständigen Gulag-Abteilung wurden bei dieser Operation 94955 Menschen nach Kasachstan und Kirgisien deportiert. Zwischen November 1944 und Juli 1948 starben 19450 der deportierten Mescheten, Kurden und Chemschinen, das sind etwa 21 % der Zwangsumgesiedelten. Auch bei den anderen vom Regime bestraften Nationalitäten liegt die Sterblichkeitsrate der Deportierten in den ersten vier Jahren nach der Deportation zwischen 20 und 25 %.[327]

Der Zustrom von Hunderttausenden von Menschen, die aufgrund ihrer Volkszugehörigkeit deportiert worden waren, sorgte während des Krieges für eine Erneuerung und starke Ausweitung des Sondcrsiedlcr-Kontingcnts, das von ungefähr 1 200000 auf über 2500000 anstieg. Die Zahl der Entkulakisierten, die vor dem Krieg den größten Teil der Sondersiedler stellten, ging von etwa 936000 (Juli 1941) auf 622 000 (Mai 1945) zurück. Zehntausende der entkulakisierten Männer mußten nämlich in den Krieg ziehen, lediglich die Vorsteher der deportierten Familien waren vom Kriegsdienst befreit. Die Frauen und Kinder der Einberufenen bekamen wieder den Status freier Bürger und wurden von der Liste der Sondersiedler gestrichen. Aber unter den Bedingungen des Krieges hatten sie kaum eine Möglichkeit, den ihnen zugewiesenen Wohnort zu verlassen, zumal ihr ganzer Besitz und das eigene Haus beschlagnahmt worden waren.[328]

Wahrscheinlich waren die Überlebensbedingungen für die Gulag-Häftlin-ge nie so katastrophal wie während der Jahre 1941 bis 1944. Von Hunger [n] Epidemien geplagt, auf engstem Raum zusammengepfercht und bis zum Äußersten ausgenutzt, das war das Los eines jeden *zek* (Häftling), wenn ie immer höheren Arbeitsnormen, die Denunzierungen durch die zahl-en Spitzel, welche die »konterrevolutionären Häftlingsorganisationen« ecken sollten, die Verurteilungen und die standrechtlichen Hinrichtungen überlebte.

Der deutsche Vorstoß während der ersten Kriegsmonate zwang den NKWD, einen Großteil seiner Gefängnisse, Arbeitskolonien und Lager zu evakuieren, denn sonst wäre die Gefahr, daß sie in die Hände des Feindes fallen, groß gewesen. Zwischen Juli und Dezember 1941 wurden 210 Kolonien, 135 Gefängnisse und 27 Lager, d. h. insgesamt rund 750 000 Häftlinge, nach Osten verlegt. Nassedkin, der Gulag-Direktor, behauptete in seiner Bilanz über »die Gulag-Aktivitäten während des Großen Vaterländischen Krieges«, daß »die Evakuierung der Lager im allgemeinen in organisierter Form vor sich ging«. Trotzdem fügte er hinzu: »Weil es an Transportmitteln fehlte, wurden die meisten Häftlinge zu Fuß evakuiert, und zwar über Entfernungen von oft mehr als 1000 Kilometern.«[329] Man kann sich vorstellen, in was für einem Zustand die Häftlinge am Ziel ankamen. Wenn keine Zeit blieb, die Lager zu evakuieren - was in den ersten Kriegswochen öfters vorkam -, wurden die Häftlinge kurzerhand an die Wand gestellt. Dies war vor allem in der westlichen Ukraine der Fall, wo der NKWD Ende Juni 1941 in Lemberg 10000 Häftlinge massakrierte, im Gefängnis von Lutsk 1200, in Stanyslawiw 1500, in Dubno 500 usw. In den Regionen Lemberg, Schitomir und Winnitsa entdeckten die Deutschen bei ihrer Ankunft Dutzende von Massengräbern. Die Sonderkommandos der Nazis nahmen diese »jüdisch-bolschewistischen Greueltaten« zum Vorwand, sofort Zehntausende von Juden zu erschießen.

Alle Berichte der Gulag-Verwaltung aus den Jahren 1941 bis 1944 geben zu, daß sich die Lebensbedingungen in den Lagern während des Krieges deutlich verschlechtert haben.[330] Der in den überfüllten Lagern jedem Häftling zustehende Lebensraum sank von 1,5 auf 0,7 m^2. Das bedeutete im Klartext, daß die Häftlinge abwechselnd auf den Brettern schliefen, die Bettgestelle waren jetzt ein Luxus, der den Schwerstarbeitern vorbehalten war. Der Kaloriengehalt der Nahrung sank 1942 auf 65 % des Vorkriegswertes. Die Häftlinge waren dem Hunger preisgegeben und Typhus umd Cholera hielten wieder Einzug in die Lager. Nach den offiziellen Zahlen starben 1942 19000 Häftlinge. Mit 101000 registrierten Sterbefällen allein in den Arbeitslagern (ohne Kolonien) näherte sich die Sterblichkeitsrate 1941 der 8%-Marke. 1942 verzeichnete die Verwaltung der Gulag-Lager 249000 Sterbefälle, dies entspricht einer Sterblichkeitsrate von 18%. Das Jahr 1943 liegt mit seinen 167000 Sterbefällen bei 17%.[331] Berücksichtigt man noch die Sterbefälle in den Gefängnissen und Arbeitskolonien sowie die Hinrichtungen, so kommt man für die Jahre 1941 bis 1943 im Gulag auf 600 000 Tote. Was die Überlebenden betrifft, so war ihr Zustand erbärmlich. Nach den Zahlen der Verwaltung waren Ende 1942 lediglich 19% zu »schwerer« Körperarbeit fähig, 17% zu »mittelschwerer« Körperarbeit, und 64% konnten entweder nur »leichte« Körperarbeiten ausführen oder waren arbeitsunfähig.

-,

Bericht des stellvertretenden Leiters der Gulag-Einsatztruppe vom 2. November 1941 über den Zustand der Siblag-Lager

Nach den Berichten der NKWD-Einsatztruppe der Region Nowossibirsk hat in den Bezirken Achlursk, Kusnetsk und Nowossibirsk der Siblag-Lager die Sterblichkeit der Häftlinge erheblich zugenommen...

Der Grund für diese hohe Sterblichkeit, die mit einer starken Ausdehnung von Krankheiten einhergeht, liegt ohne Zweifel in der allgemeinen Abmagerung, die auf den Nahrungsmangel bei schwerer körperlicher Arbeit zurückzuführen ist und mit Pellagra und einer Schwächung der Herztätigkeit einhergeht.

Der Verzug in der medizinischen Versorgung und die schwere körperliche Arbeit bei verlängerter Arbeitszeit und fehlender Zusatznahrung sind sicherlich weitere Gründe für die verstärkte Anfälligkeit und höhere Sterblichkeit...

Besonders bei den Häftlingen, die von verschiedenen Verteilerzentren aus in die Lager gebracht werden, ist eine extreme Abmagerung, ein verstärkter Krankheitsbefall und eine hohe Sterblichkeit zu beobachten. Bei den 539 Häftlingen beispielsweise, die am 8. Oktober 1941 vom Verteilerzentrum Nowossibirsk aus in den Bezirk Marinskoje gebracht wurden, waren mehr als 30% auf Grund einer Pellagra extrem mager und voller Läuse. Mit den Deportierten kamen außerdem sechs Leichen mit.[132] In der Nacht vom 8. zum 9. Oktober starben weitere fünf Personen dieses Transports. In einem weiteren Transport vom gleichen Verteilerzentrum, der am 20. September in Marinskoje angekommen war, waren 100% der Häftlinge voller Läuse und ein Großteil von ihnen hatte keine Unterwäsche...

In letzter Zeit hat man in den Siblag-Lagern zahlreiche Sabotagefälle von Seiten des aus Häftlingen bestehenden medizinischen Personals beobachtet. So hat beispielsweise der nach Artikel 58-10[333] verurteilte Hilfssanitäter des Lagers Ahscher (Bezirk Taiginsk) eine Gruppe von vier Häftlingen organisiert, welche die Produktion sabotieren sollten.[134] In der Hoffnung, das Lager daran zu hindern, seine Produktionsnormen zu erfüllen, schickten die Mitglieder dieser Gruppe die Kranken zu den schwersten Arbeiten und versorgten sie nicht zur rechten Zeit.

Der stellvertretende Leiter der Gulag-Einsatztruppe, Hauptmann der Sicherheitskräfte, Kogenman.

Obwohl sich »die sanitären Umstände der Häftlinge deutlich verschlech-« [na]ben - um einen euphemistischen Ausdruck der Gulag-Verwaltung i zitieren -, hinderte das die Behörden anscheinend nicht daran, die Gefangenen bis zur völligen Erschöpfung auszunehmen. »Von 1941 bis 1944«, ieb der Direktor der Gulag-Lager in seinem Bericht, »stieg der Durchschnittswert eines Arbeitstages von 9,5 auf 21 Rubel.« Mehrere hunderttauruf [nn]8[e] wurden in der Waffenindustrie eingesetzt, wo sie die einbeen Arbeitskräfte ersetzten. Es wird sich zeigen, daß der Gulag in der

Kriegswirtschaft eine besonders wichtige Rolle spielte. Nach Schätzungen der Lagerverwaltung haben die Gefangenen in manchen Schlüsselbereichen der Waffen-, Metall- und Bergwerksindustrie etwa ein Viertel der Produktion übernommen.[335]

Trotz des »guten vaterländischen Verhaltens« *(sie)* der Häftlinge, von denen »95% sich am sozialistischen Wettbewerb beteiligt hatten«, ließen die Repressionen - vor allem gegenüber den politischen Häftlingen - nicht nach. Am 22. Juni 1941 entschied das Zentralkomitee per Dekret, daß die »58er« - Gefangene, die nach dem sich gegen die »konterrevolutionären Verbrechen« richtenden Artikel 58 des Strafgesetzbuchs verurteilt worden sind, - nicht vor Kriegsende freizulassen sind, auch dann nicht, wenn sie ihre eigentliche Strafe verbüßt haben. Wegen ihrer »Zugehörigkeit zu einer trotzkistischen oder rechtsgerichteten Organisation« oder zu einer »konterrevolutionären Partei«, wegen »Spionage«, »Terrorismus« oder »Verrat« wurde ein Teil der politischen Gefangenen isoliert und in die unwirtlichsten Gegenden (Kolyma und Arktis) in Speziallager »mit strenger Zucht« verlegt. In diesen Lagern erreichte die jährliche Sterblichkeitsrate die 30%-Marke. Ein Dekret vom 22. April 1943 schuf die Grundlagen für »Straflager mit strenger Zucht«, wahre Todeslager, in denen die Gefangenen unter Bedingungen ausgebeutet wurden, die ihnen wenig Überlebenschancen ließen: sie wurden beim Abbau von Gold, Kohle, Blei und Radium eingesetzt, wo sie zwölf Stunden pro Tag schwere Arbeit zu verrichten hatten.[336]

Innerhalb von drei Jahren, vom Juli 1941 bis Juli 1944, wurden mehr als 148 000 Häftlinge von Spezialgerichten in den Lagern zu neuen Strafen verurteilt. 10858 von ihnen wurden hingerichtet: 208 wegen »Spionage«, 4307 wegen »terroristischer Sabotageakte« und 6016, weil sie »im Lager einen Aufstand oder eine Erhebung organisiert« hatten. Laut NKWD wurden während des Krieges in den Gulag-Lagern 603 »Häftlingsorganisationen« aufgedeckt.[337] Diese Zahl sollte in erster Linie die »Wachsamkeit« der ebenfalls in weiten Teilen erneuerten Lageraufsicht bestätigen, denn ein Teil der bisher in der Lagerbewachung eingesetzten Spezialtruppen war mit anderen Aufgaben - vor allem bei den Deportationen - bedacht worden. Tatsache ist jedoch auch, daß es während der Kriegsjahre zu den ersten Massenausbrüchen und großen Lagerrevolten gekommen ist.

Während des Krieges änderte sich nämlich die Zusammensetzung der Lagergefangenen erheblich. Mit einem Dekret vom 12. Juli 1941 wurden mehr als 577000 Häftlinge, die - wie die Behörden selbst zugaben - »wegen unbedeutender Delikte wie unentschuldigtes Fehlen bei der Arbeit oder kleinere Diebstähle« verurteilt worden waren, freigelassen und in die Rote Armee eingezogen. Von den Häftlingen, deren Strafe während des Krieges ablief, wanderten 1068 800 direkt vom Gulag an die Front.[338] Die schwächeren Häftlinge, die den harten Lagerbedingungen am wenigsten gewachsen waren, zählten zu den ungefähr 600000 Menschen, die allein in den Jahren 1941 bis 1943 im Gulag starben. Während die zu leichteren Strafen Verur-

ilten in Massen die Lager und Kolonien verließen, blieben und überlebten den politischen und gewöhnlichen Strafgefangenen nur die robustesten und zähesten. Der Anteil der nach Artikel 58 zu langen Haftstrafen (mehr als acht Jahre) Verurteilten nahm stark zu, er stieg von 27 auf 43 % der Lagerinsassen. In den Jahren 1944/45 wurde diese Entwicklung noch deutlicher. Nach einer Periode mit rückläufiger Entwicklung schnellten in den letzten beiden Kriegsjahren die Häftlingszahlen der Gulag-Lager beträchtlich nach oben: die Zuwachsrate zwischen Januar 1944 und Januar 1946 betrug über 45 %.[339]

Von der Sowjetunion des Jahres 1945 hat die Welt im allgemeinen nur die goldene Vorderseite der Medaille wahrgenommen: ein zwar verwüstetes, aber im Glänze seines Ruhmes triumphierendes Land. »1945 tritt in der UdSSR, dem siegreichen Großstaat, zur messianischen Verkündigung des neuen Menschen die materielle Kraft hinzu«, schrieb François Furet. Die sicherlich sorgfältig zugedeckte Kehrseite der Medaille sieht man nicht - man will sie nicht sehen. Wie das Gulag-Archiv klar beweist, stellt das Jahr des Sieges auch einen neuen Höhepunkt in der Geschichte des sowjetischen Straflagersystems dar. Der an der äußeren Front wiederhergestellte Friede ging im Inneren keineswegs mit einem Nachlassen oder einem Aussetzen der staatlichen Kontrolle über die von den vier Kriegsjahren stark mitgenommene Gesellschaft einher. Im Gegenteil:

1945 wurden die Schrauben bereits wieder stärker angezogen, und zwar sowohl in den Gebieten, die sich die Sowjetunion mit dem Vorrücken der Roten Armee in Richtung Westen wieder einverleibte, als auch bei den Millionen Sowjetbürgern, die sich eine Zeitlang »außerhalb des Systems« befunden hatten.

Die in den Jahren 1939/40 annektierten Gebiete - die Baltenländer, das westliche Weißrußland, Moldawien und die westliche Ukraine -, welche die meiste Zeit des Krieges außerhalb des Systems geblieben waren, erlebten nun die zweite Sowjetisierung nach der von 1939-41. Denn in der Zwischenzeit hatten sich dort nationale, gegen die Sowjetisierung gerichtete Bewegungen gebildet, die eine Kette des bewaffneten Widerstands, der Verfolgung und der Repression nach sich zogen. In der westlichen Ukraine und in den Baltenländern war der Widerstand gegen die Annektierung besonders stark.

Die erste Besetzung der westlichen Ukraine vom September 1939 bis Juni y41 hatte die Bildung einer relativ starken bewaffneten Untergrundorganisation zur Folge: die OUN - Organisation der ukrainischen Nationalisten. Einige ihrer Mitglieder beteiligten sich zusätzlich in SS-Einheiten am ampf gegen die Juden und Kommunisten. Roman Schuchowitsch, der Leier der OUN, wurde Chef der Aufständischen Ukrainischen Armee (UPA), A^e nach ukrainischen Angaben im Herbst 1944 über 20000 Mann zählte. 1. März 1944 unterzeichnete Berija ein Dekret des Inhalts, daß alle

Angehörigen der Widerstandskämpfer aus den Reihen der OUN und der UPA zu verhaften und in die Region von Krasnojarsk zu deportieren seien. Dies führte vom Februar bis zum Oktober 1944 zur Deportation von 100 300 Zivilisten - Frauen, Kindern und alten Menschen. Die 37000 Kämpfer, die in dieser Zeit gefaßt wurden, brachte man in die Gulag-Lager. Nach dem Tode von Mgr. Scheptitski, dem Metropoliten der griechisch-unierten Kirche der Ukraine, erzwangen die sowjetischen Behörden deren Zusammenschluß mit der russisch-orthodoxen Kirche.

Um den Widerstand gegen die Sowjetisierung im Keime zu ersticken, suchten die Agenten des NKWD die Schulen auf und erstellten an Hand von Schülerlisten und Zeugnissen aus den Vörkriegsjahren - aus einer Zeit also, als die westliche Ukraine zum »bürgerlichen« Polen gehörte - eine Liste von Personen auf, die aus prophylaktischen Gründen zu verhaften waren. An erster Stelle auf diesen Listen standen die Namen der begabtesten Schüler, denn man hielt sie für »potentielle Feinde der Sowjetmacht«. Nach einem Bericht von Kobulow, einem Stellvertreter Berijas, wurden im westlichen Weißrußland, einer Gegend, die wie die Westukraine als »von Feinden des Sowjetregimes durchsetzt« galt, zwischen September 1944 und März 1945 mehr als 100000 »Deserteure« und »Kollaborateure« festgenommen. Nach einer recht lückenhaften Statistik kam es in der Zeit vom 1. Januar bis zum 15. März 1945 allein in Litauen zu 2257 »Säuberungsoperationen«.

Diese Operationen brachten über 6000 »Banditen« den Tod. Weitere 75 000 »Banditen, Fahnenflüchtige und Mitglieder nationalistischer Gruppen« wurden verhaftet. 1945 wurden mehr als 38000 »Angehörige von in sozialer Hinsicht fremden Elementen, Banditen und Nationalisten« aus Litauen deportiert. Bezeichnenderweise verzeichnen die Gulag-Lager zwischen 1944 und 1946 einen spektakulären Zuwachs an ukrainischen und baltischen Häftlingen: Die Ukrainer nehmen um 140% zu, die Balten um 420%o. Ende 1946 stellten die Ukrainer 23% der Lagerhäftlinge, die Balten 6%. Die beiden Prozentsätze liegen weit über dem Anteil dieser Nationalitäten an der sowjetischen Gesamtbevölkerung.

Das starke Wachstum der Gulag-Lager im Jahre 1945 ist auch auf den Zustrom von Hunderttausenden aus den »Kontroll- und Filtrationslagern« zurückzuführen. Diese Lager waren Ende 1941 parallel zu den Arbeitslagern eingerichtet worden. Sie sollten die sowjetischen Kriegsgefangenen aufnehmen, die vom Feind entlassen oder ihm entkommen waren und nun als potentielle Spione oder wegen ihres Aufenthalts außerhalb des Systems zumindest als »verseucht« galten. In diese Lager kamen auch alle wehrdiensttauglichen Männer aus den Gebieten, die vom Feind besetzt waren. Auch sie galten als verseucht, ebenso die *starosts* und die anderen Personen, die während der Besatzung eine - wenn auch noch so minimale - amtliche Funktion ausgeübt hatten. Nach offiziellen Angaben wurden zwischen Januar 1942 und Oktober 1944 mehr als 421000 Menschen durch diese Kontroll- und Filtrationslager geschleust.[340]

Mit dem Vordringen der Roten Armee in Richtung Westen wurden Gebiete zurückerobert, die zwei oder drei Jahre lang von den Deutschen besetzt waren und Millionen von sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern befreit. Die Frage nach den verschiedenen Repatriierungsmöglichkeiten dieser Sowjetbürger - Angehörige des Militärs und Zivilisten - bekam eine ungeheure Bedeutung. Im Oktober 1944 richtete die Sowjetregierung eine für die Repatriierungsangelegenheiten zuständige Abteilung ein und unterstellte sie General Golikow. In einem am 11. November 1944 in der Presse veröffentlichten Interview erklärte dieser General vor allem: »Die Sowjetmacht sorgt sich vor allem um das Schicksal seiner in die nationalsozialistische Sklaverei geratenen Kinder. Sie werden als Kinder des Vaterlandes ehrenvoll zu Hause empfangen werden. Die Sowjetregierung ist der Meinung, daß selbst jene Sowjetbürger, die vom nazistischen Terror bedroht gegen die Interessen der UdSSR gehandelt haben, wegen ihrer Taten nicht zur Rechenschaft gezogen werden, sofern sie nach der Rückkehr in ihr Vaterland bereit sind, ihre Bürgerpflicht ehrenhaft zu erfüllen.« Deklarationen dieser Art wurden gerne verbreitet und verfehlten ihr Ziel, die Alliierten zu täuschen, nicht. Wie anders wäre sonst der Eifer zu erklären, mit dem die Alliierten dem Vertragspunkt des Jalta-Abkommens nachkamen, der die Repatriierung aller sich »außerhalb der Grenzen ihres Vaterlandes« aufhaltenden Sowjetbürger betraf? Obwohl nach dem Abkommen lediglich diejenigen zwangsrepatriiert werden sollten, die eine deutsche Uniform oder mit dem Feind kollaboriert hatten, wurden alle Sowjetbürger, die »außerhalb der Grenzen« weilten, den mit ihrer Rückführung beauftragten NKWD-Agenten ausgeliefert.

Am 11. Mai 1945, drei Tage nach Kriegsende, befahl die Sowjetregierung die Errichtung von 100 weiteren Kontroll- und Filtrationslagern. Jedes dieser Lager sollte 10000 Personen aufnehmen können. Die repatriierten sowjetischen Kriegsgefangenen mußten alle von der Organisation zur Spionageabwehr, der SMERSCH, »kontrolliert« werden. Die Zivilisten wurden von den dafür zuständigen NKWD-Dienststellen durchleuchtet. In neun Monaten, vom Mai 1945 bis zum Februar 1946, wurden 4200000 Sowjetbürger repatriiert: 1545000 ehemalige Kriegsgefangene - diejenigen, die von den fünf Millionen, welche die Nazis gefangengenommen hatten, überlebt haben - und 2655 000 Zivilisten, Zwangsarbeiter oder Personen, die während der Kämpfe in den Westen geflüchtet waren. Nach dem obligatorischen Aufenthalt in einem Kontroll- und Filtrationslager wurden 57% der Repatriierten - meistens Frauen und Kinder - nach Hause entlassen; 14,5% wurden in die Armee eingezogen, oft in eines der Strafbataillone; 14,5% wurden - in der Regel für zwei Jahre - einem »Bataillon des Wiederaufbaus« zugewiesen; 8,6%, das waren etwa 360 000 Menschen, kamen in die Gulag-Lager, meistens wegen »Landesverrat«, was mit einer 10- bis 20-jährigen Lagerhaft bestraft wurde, oder sie wurden einer NKWD-*Kommandantur* unterstellt, wo sie den Status eines Sondersiedlers bekamen.[341]

Ein besonderes Schicksal war den *wlassowtsy* bestimmt. Dies waren sowjetische Soldaten, die sich dem sowjetischen General Andrej Wlassow angeschlossen hatten, einem Major der IL Armee, der im Juni 1942 in deutsche Gefangenschaft geraten war. Aus antistalinistischer Überzeugung akzeptierte General Wlassow in der Absicht, sein Land von der bolschewistischen Tyrannei zu befreien, die Zusammenarbeit mit den Nazis. Mit deutscher Zustimmung gründete Wlassow ein »nationalrussisches Komitee« und stellte zwei Divisionen einer »russischen Befreiungsarmee« auf. Nach der deutschen Niederlage wurden General Wlassow und seine Offiziere von den Alliierten an die Sowjetunion ausgeliefert und hingerichtet. Die Soldaten der Wlassow-Armee wurden nach einem Amnestiebeschluß vom November 1945 für sechs Jahre nach Sibirien, Kasachstan oder in den hohen Norden deportiert. Anfang 1946 standen 148079 *wlassowtsy* auf der Liste der für die Zwangsumsiedler und Sondersiedler zuständigen Abteilung des Innenministeriums. Mehrere tausend *wlassowtsy* - in der Hauptsache Unteroffiziere - wurden wegen Landesverrats in die Gulag-Arbeitslager eingewiesen.[342]

Insgesamt hatten die »Sondersiedlungen«, die Lager und Kolonien des Gulag-Systems, die Kontroll- und Filtrationslager und die sowjetischen Gefängnisse niemals zuvor so viel Insassen gezählt wie in diesem Siegesjahr: mehr als fünfeinhalb Millionen Menschen der unterschiedlichsten Kategorien. Ein Rekord, der durch die Siegesfeiern und den »Stalingradeffekt« lange Zeit in den Hintergrund gedrängt worden ist. Das Ende des Zweiten Weltkrieges eröffnete nämlich eine etwa zehn Jahre dauernde Periode, in der das sowjetische Modell mehr denn je auf Millionen von Menschen in vielen Ländern eine besondere Faszination ausübte. Die Tatsache, daß die Sowjetunion für den Sieg über den Nazismus den höchsten Tribut an Menschenleben bezahlt hatte, verschleierte den eigentlichen Charakter der stalinistischen Diktatur und beseitigte das Mißtrauen, das man seinerzeit dem Regime gegenüber gehegt hatte. Die Moskauer Prozesse und der Hitler-Stalin-Pakt lagen offenbar schon in weiter Ferne.

13

Höhepunkt und Krise des Gulag-Systems

Kein Schauprozeß und keine Terrorwelle prägen die letzten Jahre des Stalinismus. Doch in der drückenden, konservativen Atmosphäre der Nachkriegszeit erreicht die Kriminalisierung der sozialen Verhaltensweisen ihren Höhepunkt. Die Hoffnung der vom Krieg schwer in Mitleidenschaft gezogenen Gesellschaft auf ein liberaleres Regime erfüllten sich nicht: »Das Volk hat zu sehr gelitten, die Vergangenheit konnte sich nicht wiederholen«, schrieb Ilja Ehrenburg am 9. Mai 1945 in seinen Memoiren. Und da er von innen her die Maschinerie und die Natur des Systems gut kannte, fügte er sogleich hinzu: »Ich bin dennoch voller Ratlosigkeit und Angst.« Eine Vorahnung, die sich bald als begründet erwies.

»Die Bevölkerung schwankt zwischen Hoffnungslosigkeit in Anbetracht der äußerst schwierigen materiellen Situation und der Hoffnung, daß ›sich etwas ändert‹«, kann man in mehreren Lageberichten lesen, welche die Schulungsleiter des Zentralkomitees von ihren Inspektionsreisen durch die Provinzen nach Moskau sandten. Nach diesen Berichten war die Lage im Lande nach wie vor »chaotisch«. Eine starke, spontane Wanderbewegung von Millionen von Arbeitern, die 1941/42 nach Osten evakuiert worden waren, störte die Wiederaufnahme der Produktion. Eine Streikwelle in Ausmaßen, wie sie das Regime bisher noch nicht erlebt hatte, lähmte die Metallindustrie des Uralgebiets. Das Elend war überall unbeschreiblich. Das Land zählte 25 Millionen Arbeitslose, und die tägliche Brotration für den Schwerarbeiter ging nicht über ein Pfund hinaus. Ende Oktober 1945 machten die Parteifunktionäre des Regionalkomitees von Nowossibirsk sogar den Vorschlag, bei den Jahresfeiern zur Oktoberrevolution die »Arbeiter« der Stadt nicht aufmarschieren zu lassen, denn »der Bevölkerung fehlt es an Kleidern und Schuhen«. Bei so viel Not und Elend kursierten viele Gerüchte, besonders solche, welche die »bevorstehende« Schließung der Kolchosen zum nema hatten, denn ein weiteres Mal zeigten sie sich außerstande, die Bau-' .[n] [ur] die getane Arbeit zu entlohnen, und sei es auch nur mit ein paar we-[ni]gen Pud Korn.[343]

m schlimmsten war die Situation nach wie vor an der »Agrarfront«. Zur ■ elmng der kriegsverwüsteten Felder fehlte es an Maschinen und Arbeitskräften. Nach einer schweren Dürre war die Ernte im Herbst 1946 kata- °Phal. Ein weiteres Mal mußte die Regierung die von Stalin in seiner Re-

de vom 9. Februar 1946 in Aussicht gestellte Aufhebung der Rationierung verschieben. Die Regierung wollte die wirklichen Gründe für das landwirtschaftliche Fiasko nicht sehen, machte statt dessen »die an den individuell bewirtschafteten Feldern deutlich werdende Gewinnsucht« für die Probleme verantwortlich und beschloß, »die Verstöße gegen die Kolchosesatzung zu unterbinden« und »die feindlichen und fremden Elemente, die den Einzug der Steuern sabotieren, die Diebe und Verschwender der Ernte« zu verfolgen. Am 19. September 1946 wurde eine für die Kolchose-Angelegenheiten zuständige Kommission ins Leben gerufen. Sie sollte unter dem Vorsitz von Andrejew die während des Krieges von den Kolchosebauern »illegal beschlagnahmten« Felder wieder für die Allgemeinheit sicherstellen. Innerhalb von zwei Jahren konnte die Verwaltung etwa zwei Millionen Hektar Land zurückholen. Mit diesem Land hatten die Bauern nämlich in ihrem Kampf ums Überleben versucht, das kleine Stück Feld, das ihnen zur Eigenbewirtschaftung geblieben war, abzurunden.

Am 25. Oktober 1946 verabschiedete die Regierung ein Dekret »Über die Verteidigung des staatlichen Getreides«, das dem Justizministerium vorschrieb, alle Diebstahlsangelegenheiten innerhalb von zehn Tagen zu ermitteln und das außer Gebrauch gekommene Gesetz vom 7. August 1932 mit aller Strenge anzuwenden. Im November/Dezember 1946 wurden mehr als 53 300 Menschen - in der Mehrheit Kolchosebauern - meist wegen Diebstahl von Korn und Brot zu schweren Lagerstrafen verurteilt. Tausende von Kolchoseleitern wurden wegen »Sabotage der Steuereinzugskampagne« festgenommen. In diesen beiden Monaten stieg die Umsetzung des »Steuereinzugsplans« von 36 auf 77%.[344] Doch der Preis war hoch. Hinter der euphemistischen Umschreibung »mit der Steuereinzugskampagne in Verzug« steckte oft eine bittere Realität: die Hungersnot.

Die Hungersnot vom Herbst/Winter 1946/47 traf besonders jene Regionen, die im Sommer 1946 von einer schweren Trockenheit heimgesucht worden waren: die Provinzen Kursk, Tambow, Woronesch, Orel und Rostow. Sie kostete mindestens 500000 Opfer. Wie die Hungersnot von 1932 wurde auch die von 1946/47 totgeschwiegen. In den von der Trockenheit heimgesuchten Gebieten erreichte man einen Ernteertrag von kaum zweieinhalb Doppelzentner pro Hektar. Unter diesen Umständen mußte die strikte Weigerung, die steuerlichen Abgaben zu senken, zwangsläufig zur Hungersnot führen. Die ausgehungerten Kolchosebauern hatten oft gar keine andere Wahl, als hier und da einen kleinen Teil von den mageren Lagerbeständen auf die Seite zu schaffen. Die Zahl der Diebstähle stieg innerhalb eines Jahres um 44 %.[345]

Am 5. Juni 1947 veröffentlichte die Presse den Text zweier Dekrete, die tags zuvor von der Regierung beschlossen worden waren und dem Inhalt und Wortlaut nach dem berüchtigten Gesetz vom 7. August 1932 sehr nahekamen: jede »Mißachtung des Eigentums des Staates oder einer Kolchose« war mit einer Lagerhaft von 5 bis 25 Jahren zu bestrafen, je nachdem, ob der

Diebstahl allein oder in der Gruppe, zum ersten oder wiederholten Mal verübt worden war. Jeder, der von den Vorbereitungen zu einem Diebstahl oder vom Diebstahl selbst gewußt, dies aber nicht der Polizei gemeldet hatte, war mit einer zwei- bis dreijährigen Lagerhaft zu bestrafen. Ein vertrauliches Rundschreiben erinnerte die Gerichte daran, daß kleine Diebstähle am Arbeitsplatz, die bisher mit einer Freiheitsstrafe von höchstens einem Jahr bestraft worden waren, ab sofort unter die Dekrete vom 4. Juni 1947 fallen.

In der zweiten Jahreshälfte von 1947 wurden mehr als 3 80 000 Personen - darunter 21 000 Jugendliche unter 16 Jahren - nach diesem neuen »verbrecherischen Gesetz« bestraft. Wer ein paar Pud Roggen gestohlen hatte, wurde in der Regel für acht bis zehn Jahre in ein Lager gesteckt. Im folgenden ein Auszug aus einer Urteilsverkündung des Volksgerichtes des Distrikts Susdal (Provinz Wladimir) vom 10. Oktober 1947: »N.A. und B.S., zwei Minderjährige im Alter von 15 und 16 Jahren, sollten in der Nacht die zur Kolchose gehörenden Pferde bewachen, als man sie im Gemüsegarten der Kolchose beim Stehlen von drei Gurken erwischte. [...] N.A. und B.S. werden zu acht Jahren Haft in einer Arbeitskolonie gewöhnlicher Strenge verurteilt.«[346] Innerhalb von sechs Jahren waren 1 300000 Menschen nach den Dekreten vom 4. Juni 1947 verurteilt worden, 75% davon zu mehr als fünf Haftjahren. 1951 betrug ihr Anteil an den gewöhnlichen Strafgefangenen der Gulag-Lager 53%, an der Gesamtzahl aller Gulag-Häftlinge (einschließlich der politischen Gefangenen) 40 %.[347] Ende der vierziger Jahre führte die strikte Anwendung der Dekrete vom 4. Juni 1947 zu einer beträchtlichen Erhöhung der durchschnittlichen Haftzeit, die in den Urteilen der gewöhnlichen Gerichte festgesetzt wurde. Der Anteil der Strafen mit mehr als fünf Haftjahren stieg von 2% im Jahre 1940 auf 29% im Jahre 1949! Auf dem Höhepunkt des Stalinismus löste die gewöhnliche Repression der Volksgerichte die nicht der regulären Rechtssprechung unterworfene NKWD-Repression der dreißiger Jahre ab.[348]

Zu den Personen, die wegen Diebstahl verurteilt wurden, zählten viele Frauen, Kriegerwitwen, Familienmütter mit kleinen Kindern, die gar keine andere Wahl hatten, als zu betteln und zu stehlen. Ende 1948 zählten die Gulag-Lager mehr als 500000 weibliche Strafgefangene, das waren doppelt so viele wie 1945. In den zu den Frauenlagern gehörenden »Häusern der Neugeborenen« waren 22 815 Kinder unter vier Jahren untergebracht. Anfang 1953 waren es über 35 000.[349] Die Gulag-Lager waren auf dem besten Wege, sich in eine riesige Kinderkrippe zu verwandeln - Folge der im Jahre 1947 verabschiedeten ultrarepressiven Gesetzgebung. Deshalb war die Regierung im April 1949 gezwungen, eine Teilamnestie zu erlassen: an die 84 200 Frauen und Kleinkinder wurden freigelassen. Doch der unvermindert hohe Zustrom von Zehntausenden von wegen kleinerer Diebstähle verurteilten Frauen sorgte bis zum Jahre 1953 für einen nach wie vor hohen Prozentsatz an Frauen in den Gulag-Lagern: zwischen 25 und 30% der Gefangenen.

Das Arsenal der Strafmaßnahmen erfuhr 1947/48 noch andere Ergänzun-

gen, die im Hinblick auf das Klima der Epoche genauso aussagekräftig waren: ein Dekret vom 15. Februar 1947, das die Ehe zwischen Sowjetbürgern und Ausländern verbot; ein Dekret vom 9. Juni 1947 über »die Verantwortung bei der Verbreitung von Staatsgeheimnissen oder beim Verlust von Dokumenten mit Staatsgeheimnissen«. Am bekanntesten ist das Dekret vom 21. Februar 1948, nach dem »alle Spione, Trotzkisten, Saboteure, Rechtsgerichtete, Menschewiken, Sozialrevolutionäre, Anarchisten, Nationalisten, Weiße und andere antisowjetische Elemente nach Verbüßung ihrer Lagerstrafe in das Kolyma-Gebiet, die Provinzen Nowossibirsk oder Krasnojarsk [...] oder in ferne Gegenden von Kasachstan verbannt« werden mußten. Da die Strafvollzugsbehörden diese »antisowjetischen Elemente« lieber gut aufgehoben wissen wollten, wurde die Haft von Hunderttausenden von »58ern«, die 1937/38 verurteilt worden waren, ohne einen neuen Prozeß um weitere zehn Jahre verlängert.

Ebenfalls am 21. Februar 1948 verabschiedete das Präsidium des Obersten Sowjets ein weiteres Dekret, das die Deportation aller Personen aus der ukrainischen SSR vorsah, »die sich weigerten, in den Kolchosen die vorgeschriebene Mindestzahl an Arbeitstagen abzuleisten und ein Schmarotzerleben führten«. Am 2. Juni 1948 wurde diese Maßnahme auf das ganze Land ausgedehnt. In Anbetracht des desolaten Zustands der Kolchosen, die meistens nicht in der Lage waren, ihren Arbeitern für die geleisteten Arbeitstage auch nur einen kleinen Lohn zu garantieren, erfüllten viele Kolchosebauern nicht die von der Verwaltung vorgeschriebene Mindestzahl von Arbeitstagen pro Jahr. Millionen von ihnen konnten deshalb durch dieses neue Gesetz belangt werden. Da eine strikte Anwendung des »Dekretes über das Schmarotzertum« die Produktion noch mehr gestört hätte, hielten sich die lokalen Behörden nur bedingt an das neue Gesetz. Trotzdem wurden allein im Jahre 1948 mehr als 38 000 »Schmarotzer« deportiert und in eine *NKWD-Kommandantur* eingewiesen. Alle diese repressiven Maßnahmen drängten die - durch ein Dekret vom 26. Mai 1947 beschlossene - symbolische und nur vorübergehende Abschaffung der Todesstrafe in den Hintergrund. Am 12. Januar 1950 wurde die Todesstrafe wieder eingeführt, vor allem, um die Angeklagten der »Leningrad-Affäre« hinrichten zu können.[350]

Die Frage nach dem »Recht auf Rückkehr« der Deportierten und Sondersiedler hatte in den dreißiger Jahren oft zu einer inkohärenten und widersprüchlichen Politik geführt. Ende der vierziger Jahre wurde das Problem auf radikale Weise gelöst. Man beschloß, das alle in den Jahren 1941 bis 1945 deportierten Völker »auf Lebenszeit« in ihren neuen Siedlungsgebieten zu bleiben haben. Das Problem mit den inzwischen mündig gewordenen Kindern der Deportierten stellte sich also nicht mehr: sie und ihre Nachkommen sollten für immer Sondersiedler bleiben!

In den Jahren 1948 bis 1953 nahm die Zahl der Sondersiedler weiterhin zu. Vom Januar 1946 bis zum Januar 1953 stieg sie von 2 342 000 auf 2 753 000, die Folge von mehreren neuen Deportationswellen. Da man sich

In Litauen immer noch der Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft widersetzte, startete der NKWD am 22. und 23. Mai 1948 eine als »Operation Frühling« bezeichnete Massenverhaftung. Innerhalb von 48 Stunden waren 36 932 Menschen festgenommen und in 32 Zügen deportiert worden. In den Listen wurden sie alle als »Banditen, Nationalisten oder Angehörige von Personen dieser beiden Kategorien« geführt. Nach einer vier- bis fünfwöchigen Reise verteilte man sie auf verschiedene ostsibirische *Kommandantur* und setzte sie in waldwirtschaftlichen Kombinaten ein, wo die Arbeit besonders hart war. »Die litauischen Familien, die im waldwirtschaftlichen Kombinat Igara (Bezirk Krasnojarsk) eingesetzt sind«, so kann man in einer NKWD-Mitteilung lesen, »sind in unbewohnbaren Unterkünften untergebracht: undichte Dächer, Fenster ohne Scheiben, keinerlei Möbel, nicht einmal Betten. Die Deportierten schlafen auf dem Boden auf einem Lager aus Moos und Heu. Das dichte Aufeinanderwohnen und die Mißachtung der Hygieneregeln führten bei den Sondersiedlern zu - manchmal tödlichen - Typhus- und Dysenteriefällen.« Allein im Jahre 1948 waren 50000 Litauer als Sondersiedler deportiert und weitere 30000 in die Gulag-Lager gebracht worden. Nach den Angaben des Innenministeriums waren außerdem 21259 Litauer bei »Befriedungsoperationen« in dieser sich beharrlich gegen die Sowjetisierung und Kollektivierung wehrenden Republik getötet worden. Trotz verstärkter Repressionen der Behörden waren Ende 1948 in den Baltenländern weniger als 4% der Felder kollektiviert.[351]

Anfang 1949 beschloß die Sowjetregierung, den Sowjetisierungsprozeß in den Baltenländern zu beschleunigen und »das Banditenwesen und den Nationalismus« in diesen wenige Jahre zuvor annektierten Republiken »endgültig auszurotten«. Am 12. Januar verabschiedete der Ministerrat ein Dekret »Über die Ausweisung aus den SSR Litauen, Lettland und Estland und Deportierung von Kulaken und ihren Angehörigen, von Familien der Banditen und Nationalisten, die sich in einer illegalen Situation befinden, von Familien der Banditen, die bei einer bewaffneten Auseinandersetzung getötet, verurteilt oder begnadigt worden sind und trotzdem ihre feindlichen Machenschaften weiter betreiben, sowie von Familien der Komplizen der Banditen.« Die Deportierungen fanden von März bis Mai 1949 statt: 95 000 Einwohner der Baltenländer wurden nach Sibirien deportiert. Nach einem auf den 18. Mai 1949 datierten Bericht Kruglows an Stalin zählten zu »den feindlichen und für die Sowjetordnung gefährlichen Elementen« 27084 Jugendliche und Kinder unter 16 Jahren, 1785 Kleinkinder ohne Familie, 146 Invaliden und 2850 »gebrechliche Alte«![352] Im September 1951 wurden nach neuen Massenverhaftungen weitere 17000 angebliche Kulaken aus den Baltenländern deportiert. Die Zahl der zwischen 1940 und 1953 deportierten Balten wird auf 200000 geschätzt: an die 120000 Litauer, 50 000 Letten und etwas mehr als 30 000 Esten.[353] Weitere 75 000 Balten waren 1953 in den Gulag-Lagern inhaftiert, 44000 von ihnen in »Sonderlagern« für besonders eigensinnige politische Gefangene. Die Balten stellten

ein Fünftel des Gefangenenkontingents dieser Lager. Insgesamt waren 10% der erwachsenen baltischen Bevölkerung entweder deportiert oder in Lagerhaft.

Auch die Moldawier, die ebenfalls in den Jahren zuvor mit Gewalt in die UdSSR einverleibt worden waren, wehrten sich gegen die Sowjetisierung und Kollektivierung. Ende 1949 beschlossen die Behörden eine großangelegte Massenverhaftung mit anschließender Deportierung der »feindlichen und in sozialer Hinsicht fremden Elemente«. Überwacht wurde die Operation von Leonid Iljitsch Breschnew, dem Ersten Sekretär der Moldawischen Kommunistischen Partei und späteren Generalsekretär der Kommunistischen Partei der UdSSR. In einem Bericht Kruglows an Stalin vom 17. Februar 1950 wird die Zahl der »auf ewig« als Sondersiedler deportierten Moldawier mit 94792 angegeben. Setzt man für die Zeit des Transports die gleiche Sterblichkeitsrate wie bei den anderen Deportierungen voraus, so kommt man auf eine Gesamtzahl von etwa 120000 deportierten Moldawiern, das entspricht 7 % der moldawischen Bevölkerung. Von den anderen Operationen ähnlicher Art, die ebenfalls im Jahre 1949 stattfanden, seien noch die Deportationen vom Juni 1949 erwähnt, bei denen 57 680 Griechen, Armenier und Türken der Schwarzmeerküste nach Kasachstan und in das Altai-Gebiet zwangsumgesiedelt wurden.[354]

Auch in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre stellten die in der Ukraine gefaßten Mitglieder der OUN und UPA ein bedeutendes Kontingent der Sondersiedler. Zwischen Juli 1944 und Dezember 1949 starteten die sowjetischen Behörden sieben Aufrufe an die Aufständischen, die Waffen niederzulegen. Doch obwohl eine Amnestie in Aussicht gestellt worden war, führten die Aufrufe zu keinem nennenswerten Ergebnis. In den Jahren 1945 bis 1947 waren die ländlichen Gegenden der westlichen Ukraine, das »Hinterland«, weitgehend unter der Kontrolle der Aufständischen, die von einer sich vehement gegen die Kollektivierung wehrenden Bauernschaft unterstützt wurden. Die rebellischen Truppen operierten in den polnischen und tschechoslowakischen Grenzgebieten und wechselten von einem Land in das andere, wenn es darum galt, einen Verfolger abzuschütteln. Die Bedeutung dieser Bewegung läßt sich an der Tatsache ablesen, daß die Sowjetregierung im Mai 1947 gezwungen war, zur Koordinierung des Kampfes gegen die ukrainischen »Banden« mit Polen und der Tschechoslowakei ein Abkommen zu unterzeichnen. In der Folge dieses Abkommens ließ die polnische Regierung die ihr unterstehende ukrainische Bevölkerung in den nordwestlichen Landesteil von Polen deportieren. Auf diese Weise war der Rebellion die natürliche Basis genommen.[355]

Die Hungersnot von 1946/47, die Zehntausende von ostukrainischen Bauern zur Flucht in die weniger betroffene Westukraine zwang, lieferte der Rebellion noch für einige Zeit neuen Nachschub. Aus dem letzten Amnestieangebot des ukrainischen Innenministers vom 30. Dezember 1949 läßt sich schließen, daß die »aufständischen Banden« ihren Zulauf

nicht nur aus der Bauernschaft hatten. Der Text erwähnt nämlich unter den Kategorien der Banditen »junge Leute, die aus den Fabriken, den Minen des Donezbeckens und den Industrieschulen geflohen sind«. Die Westukraine wurde erst Ende 1950 endgültig befriedet. Die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, die Zwangsumsiedlung ganzer Dörfer und die Deportierung und Verhaftung von etwa 300000 Menschen gingen dieser Befriedung voraus. Nach den statistischen Zahlen des Innenministeriums wurden zwischen 1944 und 1952 etwa 172 000 »Mitglieder der OUN oder der UPA« - oft mit ihren Angehörigen - als Sondersiedler nach Kasachstan oder Sibirien deportiert.[356]

Bis zu Stalins Tod kam es noch zu einer Reihe von Deportierungen »diverser Kontingente« - so die Klassifizierung des Innenministeriums. In den Jahren 1951/52 wurden mehrere punktuelle Operationen kleineren Ausmaßes organisiert, bei denen 11 685 Mingrelier und 4 707 Iraner aus Georgien, 4 365 Zeugen Jehowas, 4 431 Kulaken aus dem westlichen Weißrußland, 1 445 Kulaken aus der westlichen Ukraine, 1 415 Kulaken aus der Region Pskow, 995 Mitglieder der Sekte »Die wahren orthodoxen Christen«, 2 795 *basmatschis* aus Tadschikistan und 591 »Vagabunden« deportiert wurden. Doch im Gegensatz zu den wegen ihrer Zugehörigkeit zu einem »bestraften« Volk Deportierten wurden diese diversen Kontingente nicht »auf Lebenszeit«, sondern für eine Zeitspanne zwischen zehn und 20 Jahren deportiert.

Aus den Forschungen in den erst seit kurzem wieder ans Licht geholten Gulag-Archivbeständen ergibt sich, daß es in den frühen fünfziger Jahren einerseits zu einem Höhepunkt des Gulag-Lagersystems kam - niemals zuvor gab es in den Arbeitslagern so viele Häftlinge und in den »Siedlungsdörfern« so viele Sondersiedler -, andererseits erlebte dieses System in jenen Jahren eine beispiellose Krise.

Zu Beginn des Jahres 1953 zählte das Gulagsystem 2 750 000 Häftlinge. Es gab drei verschiedene Typen von Lagern:

- ungefähr 500 »Arbeitskolonien«, die in jeder Region vertreten waren. Eine Kolonie umfaßte zwischen 1000 und 3000 Häftlingen, meistens gewöhnliche Strafgefangene (keine politischen Gefangenen), von denen die Hälfte zu Strafen unter fünf Jahren verurteilt war;
- ungefähr 60 »Arbeitslager«, große Gefängniskomplexe, die hauptsächlich im Norden und Osten lagen. Ein Komplex umfaßte mehrere zehntausend Häftlinge, gewöhnliche und politische, die mehrheitlich zu Haftstrafen über zehn Jahren verurteilt worden waren;
- ungefähr 15 »besondere Zuchtlager«, die aufgrund eines Geheimbefehls es Innenministeriums vom 7. Februar 1948 errichtet worden waren. In lesen Lagern waren ausschließlich als »besonders gefährlich« eingestufte pzolitische Gefangene inhaftiert, insgesamt etwa 200000 Personen.[357]

Diese riesenhafte Lagerwelt zählte 2450000 Häftlinge. Hinzu kamen weitere 2750000 Sondersiedler, die einer anderen Gulag-Abteilung unterstanden. Sowohl die Unterhaltung und Überwachung als auch die wirtschaftliche Rentabilität dieses Systems waren äußerst problematisch. Beunruhigt wegen der ständig sinkenden Produktivität der inhaftierten Arbeitskräfte, startete Kruglow, der Innenminister, 1951 eine breite Inspektionskampagne, die Auskunft über den Zustand der Gulaglager geben sollte. Die Ergebnisse der vor Ort eingesetzten Untersuchunskommissionen verrieten eine überaus gespannte Situation.

Dies betraf in erster Linie natürlich die »besonderen Zuchtlager«, wo die seit 1945 eintreffenden »Politischen« - an den Guerillakampf gewöhnte ukrainische und baltische »Nationalisten«, »fremde Elemente« der neu annektierten Gebiete, wirkliche und angebliche »Kollaborateure« und andere »Vaterlandsverräter« - wesentlich energischere Häftlinge waren als die »Volksfeinde« der dreißiger Jahre, die ehemaligen Führungskräfte der Partei, die überzeugt waren, daß ihre Inhaftierung auf einem fürchterlichen Irrtum beruht. Die Häftlinge dieser »Zuchtlager« waren ohne Aussicht auf eine vorzeitige Freilassung zu Haftstrafen von 20 bis 25 Jahren verurteilt und hatten nichts mehr zu verlieren. Durch ihre Abschiebung in die besonderen Zuchtlager war ihnen außerdem der tägliche Umgang mit den gewöhnlichen Strafgefangenen erspart. Denn es war - wie Alexander Solschenizyn betonte - hauptsächlich das Nebeneinander von gewöhnlichen und politischen Strafgefangenen gewesen, was das Aufkommen eines Solidaritätsgefühls unter den Gefangenen verhindert hatte. In den Sonderlagern, wo dieses Hindernis fehlte, entwickelte sich unverzüglich ein Herd des Widerstandes und der Revolte gegen das Regime. Die im Partisanenuntergrund gesponnenen Netze der Ukrainer und Balten taten sich in diesem Zusammenhang ganz besonders hervor. Es mehrten sich die Fälle von Arbeitsverweigerung, Hungerstreik, von Ausbrüchen ganzer Gruppen und Aufständen. Allein für die Jahre 1950-52 ergaben noch nicht abgeschlossene Untersuchungen 16 große Aufstände und Revolten, an denen jeweils Hunderte von Gefangenen beteiligt waren.[358]

»Kruglows Inspektionen« von 1951 machten auch in den »gewöhnlichen« Lagern eine Situationsverschlechterung aus. Sie äußerte sich in einem allgemeinen Disziplinverfall. Wegen »Arbeitsverweigerung« gingen 1951 eine Million Arbeitstage verloren. Die Kriminalität innerhalb der Lager und die Vorfälle zwischen den Häftlingen und dem Aufsichtspersonal nahmen zu, die Produktivität der Lagerarbeit sank rapide. Die Lagerverwaltung führte dies zum großen Teil auf die Auseinandersetzung zwischen rivalisierenden Häftlingsbanden zurück: Auf der einen Seite standen die »gesetzestreuen Diebe«, welche »die Regeln des Milieus« achteten und die Arbeit verweigerten, auf der anderen Seite die »Hündinnen«, die sich den Regeln des Lagers unterwarfen. Vermehrte Unruhen und Raufereien gingen auf Kosten der Arbeitsdisziplin und sorgten für »Unordnung«. Inzwischen starb

man eher durch einen Messerstich als durch Hunger oder Krankheit. Auf der Konferenz der Gulag-Leitung, die im März 1952 in Moskau stattfand, gab man zu, daß »die Verwaltung, die bisher durchaus ihre Vorteile aus den Auseinandersetzungen zu ziehen wußte, im Augenblick die Kontrolle über die internen Prozesse verliert. [...] In manchen Lagern sind einige Gruppen bereits dabei, die internen Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen.« Im Kampf gegen diese Gruppen und Untergruppen war die Verwaltung zu einem ständigen Häftlingsaustausch innerhalb der verschiedenen Sektionen dieser immensen Gefängniskomplexe mit ihren 40 000 bis 60 000 Gefangenen gezwungen, das bedeutete ein permanentes Umorganisieren.[359]

Doch von den Banden mit ihrer beachtlichen Resonanz einmal abgesehen, weisen viele Inspektionsberichte aus den Jahren 1951/52 daraufhin, daß eine völlige Neuorganisation der Lager und der Produktion und eine beträchtliche Reduzierung der Häftlingszahlen notwendig seien.

In seinem Bericht vom Januar 1952 an General Dolgich, den Direktor der Gulag-Lager, empfahl Oberst Swerew, der verantwortliche Leiter des 69 000 Häftlinge umfassenden Gefängniskomplexes von Norilsk, folgende Maßnahmen:

1. Die Mitglieder der Häftlingsgruppen isolieren. »Da jedoch zahlreiche Häftlinge aktiv an der einen oder anderen Gruppe beteiligt sind«, erklärte Swerew, »können wir nur ihre Anführer isolieren.«
2. Die riesigen Produktionszonen abschaffen. Im Augenblick arbeiten dort ohne Bewachung Zehntausende von Häftlingen, die rivalisierenden Gruppen angehören.
3. Kleinere Produktionseinheiten schaffen, damit die Überwachung der Häftlinge besser gewährleistet ist.
4. Das Wachpersonal verstärken. »Doch solange der Personalbedarf nur zur Hälfte gedeckt ist, kann ein solcher Wachdienst nicht in der angemessenen Form organisiert werden«, fügte Swerew hinzu.
5. An den Produktionsstätten die Häftlinge von den freien Arbeitern trennen. »Doch in Anbetracht der technologischen Verflechtungen der verschiedenen Betriebe des Kombinats von Norilsk, der problematischen Wohnsituation und einer Produktion, die immer weiterlaufen muß, ist eine Trennung zwischen den Häftlingen und den freien Arbeitern nicht in zufriedenstellender Weise durchzuführen. [...] Das Problem der Produktivität und des kohärenten Produktionsablaufs ist generell nur durch eine vorzeitige Freilassung von 15 000 Gefangenen, die dennoch gezwungen[360] waren, am Ort zu bleiben, zu lösen.«

erews letzter Vorschlag war unter den damaligen Umständen durchaus gebracht. Schon im Januar 1951 hatte Innenminister Kruglow von Berija 'e vorzeitige Freilassung von 6000 Häftlingen gefordert. Sie sollten als Arbeiter an der Großbaustelle des Stalingrader Wasserkraftwerkes ein-

gesetzt werden, wo sich mit offensichtlich wenig Effizienz mehr als 25 000 Häftlinge abmühten. Besonders bei qualifizierten Arbeitern waren vorzeitige Freilassungen in den frühen fünfziger Jahren eine gängige Praxis. Unter diesen Umständen lag die Frage nach der wirtschaftlichen Rentabilität eines aufgeblähten Straflagersystems auf der Hand.

In Anbetracht einer explosionsartigen Vermehrung der Häftlinge, die jedoch weniger leicht zu führen waren als früher, und der problematischen Betreuung und Überwachung - in den Gulag-Lagern waren etwa 208 000 Personen angestellt - wurde es für den riesigen Verwaltungsapparat immer schwieriger, die *tufta* - die gefälschten Bilanzen - zu durchschauen und die von jeher schwierige Rentabilität zu gewährleisten. Zur Lösung dieses ewigen Problems boten sich der Verwaltung zwei Möglichkeiten: entweder die Arbeitskraft der Gefangenen ohne Rücksicht auf menschliche Verluste maximal auszunutzen, oder dafür zu sorgen, daß sie länger erhalten bleibt, um sie so rationeller zu nutzen. Bis 1948 hielt man es im großen und ganzen mit der ersten Variante. Ende der vierziger Jahre begriffen die Verantwortlichen jedoch, wie sehr es dem durch den Krieg ausgebluteten Land an Arbeitskräften mangelte, und so gingen die Strafvollzugsbehörden dazu über, die Häftlinge »ökonomischer« zu nutzen. Für eine Steigerung der Produktivität wurden Prämien und »Gehälter« eingeführt, und diejenigen, welche die Normen erfüllt hatten, erhielten größere Verpflegungsrationen. Die Sterblichkeitsrate sank auf 2 bis 3 %. Die Realitäten der Lagerwelt setzten dieser »Reform« jedoch sehr bald Grenzen.

Anfang der fünfziger Jahre waren die Produktionsanlagen etwa 20 Jahre alt. Neuere Investitionen hat es in der Regel keine gegeben. Die großen, mehrere zehntausend Häftlinge umfassenden Lagereinheiten waren in früheren Jahren im Hinblick auf eine extensive Nutzung der Arbeitskraft geschaffen worden und erwiesen sich nun als schwerfällige Strukturen, die trotz mehrerer Versuche in den Jahren 1949-52, sie in kleinere Produktionseinheiten zu spalten, nur schwer zu reformieren waren. Die wenigen hundert Rubel, die der Häftling als Jahreslohn bekam - ein freier Arbeiter verdiente das 15- bis 20fache -, konnten zu einem Zeitpunkt, wo immer mehr Gefangene die Arbeit verweigerten, sich in Banden organisierten und verstärkte Bewachung notwendig machten, kaum als Anreiz für eine bessere Produktivität der Arbeit dienen. Doch alles in allem - ob besser bezahlt oder stärker bewacht, stiegen die Kosten für den Gefangenen mehr und mehr, sowohl für den, der sich den Regeln der Lagerverwaltung unterwarf, als auch für den Widerspenstigen, der lieber dem »Gesetz des Milieus« gehorchte.

Die flüchtigen Informationen aus den Inspektionsberichten der Jahre 1951/52 weisen alle in die gleiche Richtung: Die Gulag-Lager sind ein immer schwieriger zu verwaltender Apparat geworden. Außerdem waren die letzten großen Bauprojekte der stalinistischen Ära, bei denen ganze Armeen von Strafarbeitern eingesetzt waren - die Wasserkraftwerke von Kuibyschew und Stalingrad sowie der Turkmenistan- und der Wolga-Don-Kanal

- so sehr in Verzug geraten, daß die Behörden zur Beschleunigung der Arbeiten gezwungen waren, unzählige freie Arbeiter zu engagieren oder die motiviertesten Gefangenen vorzeitig freizulassen.[361]

Die Amnestie, die Berija am 27. März 1953 - kaum drei Wochen nach Stalins Tod - für 1200 000 Häftlinge beschließt, beleuchtet die Gulag-Krise unter einem anderen Aspekt. Bei Stalins Nachfolgekandidaten, die über die immensen Verwaltungsschwierigkeiten der überfüllten und immer weniger rentablen Gulag-Lager sehr wohl Bescheid wußten, waren neben den politischen vor allem wirtschaftliche Gründe für diese Teilamnestie ausschlaggebend Dessenungeachtet hatte der alternde Stalin, der an einer immer rascher fortschreitenden Paranoia litt, eine neue Säuberungswelle - einen zweiten großen Terror - vorbereitet. In der drückenden, trüben Atmosphäre des ausgehenden Stalinismus häufen sich die Widersprüche...

14

Die letzte Verschwörung

Am 13. Januar 1953 verkündete die *Prawda* die Aufdeckung einer Verschwörung der »terroristischen Ärztegruppe«. Sie bestand aus neun, später fünfzehn angesehenen Ärzten, von denen mehr als die Hälfte Juden waren. Sie wurden beschuldigt, ihre hohen Ämter im Kreml genutzt zu haben, um das Leben von Andrej Schdanow, dem im August 1948 verstorbenen Politbüro-Mitglied, und das des 1950 verstorbenen Alexander Scherbakow »abgekürzt« zu haben. Außerdem sollen sie versucht haben, auf Befehl des Intelligence Service und der jüdischen Hilfsorganisation American Joint Distribution Committee hohe sowjetische Militärführer zu ermorden. Während Dr. Timaschuk, die Ärztin, die sie angezeigt hatte, feierlich den Leninorden verliehen bekam, legten die Beschuldigten nach einem gebührenden Verhör - einer nach dem anderen - ein »Geständnis« ab. Wie 1936-38 wurden Tausende von Kundgebungen abgehalten, auf denen die Bestrafung der Schuldigen, verstärkte Untersuchungen sowie die Rückkehr zur wahren »bolschewistischen Wachsamkeit« gefordert wurden. In den Wochen nach der Aufdeckung der »Verschwörung der weißen Kittel« ließ eine breite Pressekampagne die Themen aus den Jahren des Großen Terrors wieder aufleben und forderte »mit der kriminellen Sorglosigkeit innerhalb der Partei Schluß zu machen und die Sabotage endgültig auszurotten«. Die Vorstellung von einer großangelegten Verschwörung, an der angeblich Intellektuelle, Juden, Angehörige des Militärs, wichtige Führungskräfte aus der Partei und Wirtschaft sowie Beamte der nichtrussischen Republiken beteiligt seien, machte sich breit und rief die finstersten Momente aus der Zeit der Jeschowschina in Erinnerung.

Wie die heute zugänglichen Dokumente im Zusammenhang mit dieser Affäre belegen[362], war die *Verschwörung der weißen Kittel* ein entscheidender Augenblick des Nachkriegsstalinismus: Sie war zum einen der Höhepunkt der »antikosmopolitischen« - d.h. antisemitischen - Kampagne, die zwar Anfang 1949 ausgelöst wurde, in ihren ersten Anzeichen aber bis in die Jahre 1946/47 zurückgeht. Außerdem bot die Affäre auch den Ansatz einer neuen Säuberungswelle, eines neuen Großen Terrors, den nur Stalins Tod einige Wochen nach der öffentlichen Bekanntgabe der Verschwörung verhinderte. Neben diesen beiden Aspekten gab es noch einen dritten: der Kampf zwischen verschiedenen Gruppierungen des Innenministeriums und des Ministeriums für Staatssicherheit. Die beiden Ministerien waren seit

1946 voneinander getrennt und ständigen Umstrukturierungen unterworfen. Die Auseinandersetzungen innerhalb der politischen Polizei waren das Spiegelbild eines Kampfes innerhalb der politischen Führungsspitze, wo jeder der möglichen Erben Stalins sich bereits als sein Nachfolger sah. Bleibt nach ein letzter, ein besorgniserregender Aspekt der »Affäre«: Acht Jahre nach der Aufdeckung der nationalsozialistischen Vernichtungslager gräbt diese Affäre die von den Bolschewiki bekämpfte alte antisemitische Grundhaltung des Zarentums wieder aus und macht die Verirrungen des Stalinismus in seiner letzten Phase deutlich.

Es gibt keinen Anlaß, hier im einzelnen die Stränge dieser Affäre oder besser dieser Affären zu entwirren, die zu diesem Zeitpunkt zusammenliefen Wir werden uns damit begnügen, kurz die wesentlichen Etappen in Erinnerung zu rufen, die zu dieser letzten Verschwörung führten. 1942 schuf die sowjetische Regierung, die Druck auf die amerikanischen Juden ausüben wollte, damit diese die amerikanische Regierung dazu drängten, in Europa schneller eine »zweite Front« gegen Nazi-Deutschland zu eröffnen, ein sowjetisches jüdisch-antifaschistisches Komitee unter der Leitung von Salomon Michoels, dem Direktor des berühmten jiddischen Theaters in Moskau. Hunderte von jüdischen Intellektuellen beteiligten sich mit vielfältigen Aktivitäten: der Schriftsteller Ilja Ehrenburg, die Poeten Samuel Marchak und Peretz Markish, der Pianist Emil Gilels, der Schriftsteller Wassilij Grossman, der große Physiker Piotr Kapitza, der Vater der sowjetischen Atombombe, usw. Sehr schnell beschränkte sich das Komitee nicht mehr auf seine Rolle als halbamtlicher Propagandaträger, sondern trat als Einiger der jüdischen Gemeinschaft auf, als repräsentative Organisation des sowjetischen Judentums. Im Februar 1944 richteten die Leiter des Komitees - Michoels, Fefer und Epstein - sogar einen Brief an Stalin mit dem Vorschlag, auf der Krim eine autonome jüdische Republik zu errichten. Dies sollte Birobidschans Versuch aus den dreißiger Jahren, einen »jüdischen Nationalstaat« zu gründen, vergessen machen. Denn es schien offensichtlich ein Mißerfolg zu werden: In zehn Jahren hatten sich weniger als 40 000 Juden in dieser abgelegenen, sumpfigen und menschenleeren Gegend im äußersten Osten Sibiriens an der Grenze zu China angesiedelt![363]

Das Komitee widmete sich auch der Sammlung von Zeugnissen über die von den Nazis begangenen Judenmassaker und über die »die Juden betreffenden unnormalen Phänomene«, ein Euphemismus für die antisemitischen Erscheinungen in der Bevölkerung. Diese waren zahlreich. In der Ukraine und in bestimmten westlichen Regionen Rußlands, vor allem im ehemaligen Siedlungsgebiet« des Russischen Reiches, wo die Juden mit der ausdrücken Erlaubnis der zaristischen Behörden wohnen durften, waren die antisemitischen Traditionen noch sehr lebendig. Mit den ersten Niederlagen der en Armee wurde das Ausmaß des in der Bevölkerung vorhandenen Antisemitismus deutlich. Wie einige NKWD-Berichte über »die Geisteshaltung Hinterland« belegen, waren breite Bevölkerungsschichten für die Propa-

ganda der Nazis empfänglich, nach der die Deutschen nur gegen Juden und Kommunisten Krieg führten. In den von den Deutschen besetzten Gebieten, vor allem in der Ukraine, riefen die Judenmassaker, die vor den Augen der Bevölkerung stattfanden, offenbar wenig Empörung hervor. Die Deutschen rekrutierten etwa 80000 ukrainische Hilfskräfte, von denen einige an den Judenmassakern teilnahmen. Um die Propaganda der Nazis zu stören und Front wie Hinterland für den Überlebenskampf des gesamten sowjetischen Volkes zu mobilisieren, weigerten sich die bolschewistischen Ideologen auf Anhieb, die Besonderheit des Holocaust anzuerkennen. Auf diesem Nährboden entwickelte sich der Antizionismus und später der Antisemitismus der offiziellen Stellen, der offenbar in den Kreisen des Agit-Prop (Agitation und Propaganda) des Zentralkomitees besonders stark vertreten gewesen ist. Diese Abteilung hatte bereits im August 1942 ein internes Schreiben über »die beherrschende Stellung der Juden in künstlerischen, literarischen und journalistischen Kreisen« verfaßt.

Der Tatendrang des Komitees führte bald schon zur Verärgerung der Behörden. Anfang 1945 wurde der jüdische Dichter Peretz Markish mit einem Publikationsverbot belegt; das Erscheinen des Schwarzbuchs über die Nazigreuel an den Juden wurde unter dem Vorwand abgesagt, »der Leitgedanke des ganzen Buches [sei] die Vorstellung, daß die Deutschen nur mit dem Ziel gegen die UdSSR Krieg geführt [hätten], die Juden auszurotten«. Am 12. Oktober 1946 sandte der Minister für Staatssicherheit, Abakumow, dem Zentralkomitee ein Schreiben »Über die nationalistischen Tendenzen des jüdisch-antifaschistischen Komitees«.[364] Stalin, der aus strategischen Gründen eine Außenpolitik verfolgte, die der Gründung des Staates Israel positiv gegenüberstand, reagierte nicht sofort. Erst nachdem die UdSSR am 29. November 1947 in der UNO dem Teilungsplan Palästinas zugestimmt hatte, erhielt Abakumow grünes Licht für die Auflösung des Komitees.

Am 19. Dezember 1947 wurden mehrere Mitglieder des Komitees verhaftet. Wenige Wochen später, am 13. Januar 1948, wurde Salomon Michoels in Minsk ermordet aufgefunden. Nach offiziellen Angaben war er bei einem Autounfall ums Leben gekommen. Ein paar Monate später, am 21. November 1948, wurde das jüdisch-antifaschistische Komitee unter dem Vorwand aufgelöst, daß es zu einem »Zentrum antisowjetischer Propaganda« geworden sei. Seine verschiedenen Veröffentlichungen, vor allem die jiddische Zeitung *Einikait,* an der die Elite der jüdischen Intellektuellen der Sowjetunion mitarbeitete[365], wurden verboten. In den darauffolgenden Wochen wurden alle Mitglieder des Komitees verhaftet, und im Februar 1949 startete die Presse eine breite »antikosmopolitische« Kampagne. Man bezichtigte die jüdischen Theaterkritiker der »Unfähigkeit, den russischen Nationalcharakter zu verstehen«: »Was kann denn ein Gurwitsch oder ein Jusowski für eine Vorstellung vom Nationalcharakter des sowjetrussischen Menschen haben?« schrieb die *Prawda* am 2. Februar 1949. Vor allem in

Leningrad und Moskau wurden Hunderte von jüdischen Intellektuellen in den ersten Monaten des Jahres 1949 verhaftet.

Die Zeitschrift *Neva* hat kürzlich ein beispielhaftes Dokument für diese Periode veröffentlicht: das Urteil eines Richterkollegiums des Leningrader Gerichts vom 7. Juli 1949, das Achill Grigorjewitsch Leniton, Ilja Seilkowitsch Serman und Rulf Alexandrowna Sewina zu zehn Jahren Lagerhaft verurteilte. Die Angeklagten wurden schuldig gesprochen, untereinander »die Entscheidungen des Zentralkomitees hinsichtlich der Zeitschriften *Swesda* und *Leningrad* mit antisowjetischer Haltung kritisiert zu haben [...], die internationalen Ansichten von Marx in einem konterrevolutionären Geist interpretiert, die kosmopolitischen Schriftsteller gelobt [...] und die Politik der sowjetischen Regierung in bezug auf die Nationalitätenfrage verleumdet zu haben«. Die Angeklagten legten Berufung ein und wurden vom Obersten Gerichtshof mit der folgenden Begründung zu 25 Jahren Haft verurteilt: »Bei der vom Leningrader Gericht auferlegten Strafe wurde die Schwere des begangenen Verbrechens nicht berücksichtigt. [...] Die Angeklagten haben in der Tat unter Ausnutzung von nationalen Vorurteilen konterrevolutionäre Agitation betrieben und die Überlegenheit einer Nation über die anderen Nationen der Sowjetunion vertreten«![366]

Die Juden wurden systematisch kaltgestellt, vor allem in der Kultur, dem Informationswesen, der Presse, dem Verlagswesen, der Medizin, kurz: in all den Bereichen, in denen sie an verantwortlichen Stellen gesessen hatten. Die Verhaftungen nahmen zu, und zwar in den unterschiedlichsten Bereichen: Sie trafen die mehrheitlich jüdischen »Sabotage-Ingenieure« des Stahlkombinats Stalino, die zum Tode verurteilt und am 12. August 1952 hingerichtet wurden, genauso wie Molotows jüdische Ehefrau Paulina Dsemtschujina, eine hohe Funktionärin der Textilindustrie, die am 21. Januar 1949 wegen »Verlusts von Dokumenten, die Staatsgeheimnisse enthielten« verhaftet und nach ihrer Verurteilung für fünf Jahre ins Lager geschickt wurde, oder die - ebenfalls jüdische - Frau von Stalins persönlichem Sekretär, Alexander Poskrebyschew, die der Spionage angeklagt und im Juli 1952 erschossen wurde.[367] Molotow und Poskrebyschew dienten Stalin weiterhin, als sei nichts geschehen.

Indessen zogen sich die strafrechtlichen Ermittlungen gegen die Angeklagten des jüdisch-antifaschistischen Komitees in die Länge. Der unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführte Prozeß begann erst im Mai 1952, das heißt zweieinhalb Jahre nach Festnahme der Angeklagten. Warum dieser lange Zeitraum? Nach den heute verfügbaren Dokumenten, die noch Lücken aufweisen, können zwei Gründe für das außergewöhnlich lange Ermittlungsverfahren angeführt werden. Stalin inszenierte zu dieser Zeit - ebenfalls unter größter Geheimhaltung - eine andere Affäre, die sogenannte Leningrader Affäre«, ein wichtiger Schritt, der zusammen mit der Affäre Jüdisch-antifaschistischen Komitees die große Endsäuberung vorbereiten sollte. Parallel dazu arbeitete er an einer grundlegenden Reorganisation

der Sicherheitsdienste. Die in diesem Zusammenhang wichtigste Episode war die Verhaftung von Abakumow im Juli 1951, die sich vor allem gegen den allmächtigen Berija richtete, den Vizepräsidenten des Ministerrats und Mitglied des Politbüros. Die Affäre des jüdisch-antifaschistischen Komitees stand im Zentrum der Macht- und Nachfolgekämpfe, im Zentrum der Vorkehrungen, die zu der *Affäre der Weißen Kittel* und zu einem zweiten Großen Terror führen sollten.

Von allen großen Affären bleibt die »Leningrader Affäre«, die mit der geheimgehaltenen Hinrichtung der maßgeblichen Führer der zweitwichtigsten Organisation der Kommunistischen Partei der Sowjetunion endete, bis heute die mysteriöseste. Am 15. Februar 1949 verabschiedete das Politbüro einen Beschluß »Über die gegen die Partei gerichteten Aktionen von Kusnetsow, Rodionow und Popkow«, drei hohe Parteifunktionäre. Sie wurden ihrer Ämter enthoben, ebenso Wosnessenski, der Vorsitzende des Gosplan, des staatlichen Planungsorgans, sowie die meisten Mitglieder des Leningrader Parteiapparats, einer Stadt, die in Stalins Augen immer verdächtig gewesen war. Im August und September 1949 wurden all diese Funktionäre verhaftet und beschuldigt, eine Gruppe gegründet zu haben, die gegen die Partei gerichtet war und mit dem Intelligence Service in Verbindung stand. Daraufhin startete Abakumow eine wahre Jagd auf »Ehemalige der Leningrader Partei«, die inzwischen in anderen Städten oder Republiken an verantwortlichen Stellen saßen. Hunderte von Leningrader Kommunisten wurden verhaftet und etwa 2000 aus der Partei ausgeschlossen und von ihrer Arbeitsstelle verjagt. Die Repression nahm erstaunliche Formen an und richtete sich gegen die Stadt als historische Einheit. So schlössen die Behörden im August 1949 das Leningrader Museum der Verteidigung, ein Museum über die Heldentaten während der Blockade der Stadt im »Großen Vaterländischen Krieg«. Einige Monate später wurde der für ideologische Fragen zuständige Michael Suslow vom Zentralkomitee beauftragt, eine »Kommission zur Schließung« des Museums einzurichten. Sie arbeitete bis Ende Februar 1953.[368]

Die Hauptangeklagten der Leningrader Affäre - Kusnetsow, Rodionow, Popkow, Wosnessenski, Kapustin, Lasutm - wurden unter Ausschluß der Öffentlichkeit am 30. September 1950 verurteilt und am nächsten Tag - eine Stunde nach Verkündung des Urteils - hingerichtet. Die gesamte Affäre wurde geheimgehalten. Niemand war informiert worden, nicht einmal die Tochter eines der Hauptangeklagten, immerhin die Schwiegertochter von Anastas Mikojan, einem Minister und Mitglied des Politbüros! Im Oktober 1950 wurden in weiteren Prozeßfarcen Dutzende von führenden Parteifunktionären zum Tode verurteilt, die alle der Leningrader Organisation angehört hatten: Solowjew, der erste Sekretär des Regionalkomitees der Krim; Badajew, zweiter Sekretär des Regionalkomitees von Leningrad; Werbitski, zweiter Sekretär des Regionalkomitees von Murmansk;

Bassow, erster Stellvertretender Vorsitzender des russischen Ministerrats usw.[369]

War die Säuberung der »Leningrader« eine einfache Abrechnung zwischen unterschiedlichen Gruppen des Apparats oder das Glied in einer Kette von Affären, die von der Liquidierung des jüdisch-antifaschistischen Komitees über die Festnahme von Abakumow und die »nationalistische mingrelische Verschwörung« zur *Verschwörung der Weißen Kittel* führte? Die zweite Hypothese ist die wahrscheinlichere. Die Leningrader Affäre war vermutlich eine entscheidende Etappe bei den Vorbereitungen zur großen Säuberung, für die am 13. Januar 1953 das Signal gegeben wurde. Die Verbrechen, die den Leningrader Funktionären vorgeworfen wurden, verbinden die Affäre auf bezeichnende Weise mit den düsteren Jahren 1936/38. Auf der Vollversammlung der Führungskräfte der Leningrader Partei im Oktober 1949 verkündete der neue Erste Sekretär Andrianow der verdutzten Zuhörerschaft, daß die ehemaligen Funktionäre trotzkistische und sinowjewistische Literatur veröffentlicht hätten: »In den Dokumenten, die diese Leute veröffentlichten, ließen sie heimlich und in verschleierter Form Artikel der schlimmsten Volksfeinde einfügen: von Sinowjew, Kamenew, Trotzki und anderen.« Die Anklage war grotesk, darüber hinaus aber war die Botschaft für die Parteifunktionäre klar. Jeder mußte sich auf ein weiteres 1937 vorbereiten."[0]

Nach der Hinrichtung der Hauptangeklagten der Leningrader Affäre im Oktober 1950 folgten innerhalb des Sicherheitsdienstes und des Innenministeriums Manöver auf Gegenmanöver. Stalin, der Berija gegenüber mißtrauisch geworden war, erfand eine nationalmingrelische Verschwörung, deren Ziel es gewesen sein soll, Mingrelien, eine Region Georgiens und Heimat von Berija, der Türkei zuzuführen. Berija war gezwungen, seine eigenen »Landsleute« zu dezimieren und eine Säuberung der Kommunistischen Partei Georgiens durchzuführen.[371] Im Oktober 1951 führte Stalin mit der Verhaftung einer Gruppe altgedienter jüdischer Funktionäre des Sicherheitsdienstes und der Staatsanwaltschaft einen weiteren Schlag gegen Berija. Zu den Verhafteten zählten Oberstleutnant Eitingon, der 1940 auf Befehl Berijas die Ermordung Trotzkis organisiert hatte, General Leonid Lew Schwarzmann, der Folterer von Babel und Meyerhold, und der Untersuchungsrichter Lew Scheinin, der rechte Arm von Wyschinski, des Staatsanwalts der Moskauer Prozesse von 1936-38... Alle wurden beschuldigt, unter der Leitung Abakumows, des Ministers für Staatssicherheit und engen Mitarbeiters Berijas, eine großangelegte »jüdisch-nationalistische Verschwörung« organisiert zu haben.

Abakumow war einige Monate zuvor, am 12. Juli 1951, verhaftet und streng isoliert worden. Zunächst beschuldigte man ihn, den renommierten jüdischen Arzt Jacob Etinger, der im November 1950 verhaftet worden und wenig später im Gefängnis gestorben war, umgebracht zu haben. Mit der »Eliminierung« Etingers, der im Laufe seiner langen Karriere unter ande-

rem Sergej Kirow, Sergo Ordschonikidse, Marschall Tuchatschewski, Palmiro Togliatti, Tito und Georgi Dimitrow behandelt hatte, wollte Abakumow angeblich »verhindern, daß eine Verbrechergruppe aus jüdischen Nationalisten, die sogar die Führungsspitze des Ministeriums für Staatssicherheit unterwandert hat, enttarnt wird«. Einige Monate später wurde Abakumow selbst als das »Gehirn« der jüdisch-nationalistischen Verschwörung hingestellt! So war seine Verhaftung im Juli 1951 eine entscheidende Etappe für die Inszenierung dieser breitangelegten »jüdisch-zionistischen Verschwörung«; sie erleichterte sozusagen den Übergang von der noch geheimgehaltenen Auflösung des jüdischen-antifaschistischen Komitees zur »Verschwörung der weißen Kittel«, dem allgemeinen Signal für die Säuberung. So gesehen nahm das Szenario schon während des Sommers 1951 und nicht erst Ende 1952 Form an.[372]

Vom 11. bis 18. Juli 1952 fand - unter Ausschluß der Öffentlichkeit und strengster Geheimhaltung - der Prozeß gegen die Mitglieder des jüdisch-antifaschistischen Komitees statt. 13 Angeklagte wurden zum Tode verurteilt und am 12. August hingerichtet, gleichzeitig mit zehn anderen »Sabotage-Ingenieuren« (allesamt Juden) der Stalin-Autowerke. Insgesamt kam es in der »Sache« des jüdisch-antifaschistischen Komitees zu 125 Verurteilungen: 25 Todesurteile, die alle vollstreckt wurden, und 100 Verurteilungen zu Lagerhaft zwischen 10 und 25 Jahren.[373]

Im September 1952 war das Szenario für die jüdisch-zionistische Verschwörung eingefädelt. Seine offizielle Aufführung wurde jedoch noch einmal um mehrere Wochen verschoben. Man wollte nämlich den XIX. Parteitag der KPDSU abwarten, der im Oktober 1952 - 13Vi Jahre nach dem XVIII. Parteitag - stattfand. Kaum war der Parteitag beendet, wurden die meisten der jüdischen Ärzte, die in die später als »Affäre der weißen Kittel« bekanntgewordene Angelegenheit verwickelt waren, festgenommen, eingesperrt und gefoltert. Parallel zu den zunächst geheimgehaltenen Verhaftungen wurde in Prag am 22. November 1952 der Prozeß gegen Rudolf Slansky, den ehemaligen Generalsekretär der tschechoslowakischen KP, und 13 andere kommunistische Parteifunktionäre eröffnet. Elf von ihnen wurden zum Tode verurteilt und gehängt. Eine der Besonderheiten dieser Justizfarce, die von Anfang bis Ende von den sowjetischen Beratern der politischen Polizei inszeniert worden war, war ihr offen antisemitischer Charakter. Elf von den 14 Angeklagten waren Juden, und was man ihnen vorwarf, war die Bildung einer »trotzkistisch-titoistisch-zionistischen Terrorgruppe«. Während den Vorbereitungen zum Prozeß kam es zu einer regelrechten Jagd auf die in den Apparaten der Kommunistischen Parteien Osteuropas sitzenden Juden.

Am 4. Dezember 1952, kurz nach der Hinrichtung der elf im Slansky-Prozeß zum Tode Verurteilten, ließ Stalin durch das Präsidium des Zentralkomitees eine Resolution »Über die Situation im Ministerium für die Staatssicherheit« verabschieden, die den Parteiinstanzen befahl, »dem unkontrol-

lierten Charakter der Organe der Staatssicherheit ein Ende zu bereiten«. Nun geriet die Staatssicherheit ins Blickfeld; sie hatte eine »allzu große Nachgiebigkeit« bewiesen, es an »Wachsamkeit« fehlen lassen und so den sabotierenden Medizinern« ihre unheilvollen Aktivitäten ermöglicht. Ein weiterer Schritt war gemacht. Stalin hatte vor, die »Affäre der weißen Kittel« gegen den Staatsicherheitsdienst und gegen Berija zu nutzen. Letzterer war mit Intrigen innerhalb des Apparates allzusehr vertraut: was sich hier abzeichnete, konnte ihm nicht verborgen bleiben.

Was in den Wochen vor Stalins Tod geschah, ist heute noch weitgehend unbekannt. Hinter der »offiziellen« Kampagne, die zur »Stärkung der bolschewistischen Wachsamkeit« und zum »Kampf gegen jede Form von Sorglosigkeit« aufrief, hinter den Kundgebungen, die für die »kosmopolitischen Mörder« eine »exemplarische Bestrafung« forderten, gingen die Ermittlungen gegen die inhaftierten Ärzte und die Verhöre weiter. Jeden Tag wurden neue Leute festgenommen, und mit jeder Verhaftung bekam die Verschwörung eine noch größere Bedeutung.

Am 19. Februar 1953 kam es zur Festnahme von Iwan Maiski, dem Stellvertretenden Außenminister und rechten Arm Molotows. Außerdem war er ehemaliger Botschafter der UdSSR in London. Er wurde unablässig verhört und »gestand«, von Winston Churchill als britischer Spion angeworben worden zu sein - zusammen mit Alexandra Kollontai, einer der ganz Großen des Bolschewismus, die 1921 mit dem 1937 hingerichteten Schljapnikow die Arbeiteropposition angeführt hatte und bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges Botschafterin der UdSSR in Stockholm gewesen war.[374]

Aber trotz aller sensationellen »Fortschritte« bei den Ermittlungen in Sachen Verschwörung bleibt festzuhalten, daß sich in der Zeit vom 13. Januar bis zum 5. März (Stalins Tod) - im Gegensatz zu den Ereignissen von 1936/38 - kein einziger der Größen des Regimes öffentlich an der die Affäre betreffenden Denunzierungskampagne beteiligt hat. 1970 sagte Bulganin aus, daß neben Stalin, dem Hauptinitiator und Organisator, nur vier weitere Funktionäre daran beteiligt waren: Malenkow, Suslow, Riumin und Ignatjew. Alle anderen mußten sich also bedroht fühlen. Weiter berichtete Bulganin, daß der Prozeß gegen die jüdischen Ärzte Mitte März beginnen sollte und Massendeportierungen sowjetischer Juden nach Birobidschan geplant waren. Der Zugang zum Archiv des russischen Präsidenten, in denen die vertraulichsten und »heikelsten« Akten aufbewahrt werden, ist immer noch äußerst begrenzt. Nach dem derzeitigen Stand der Dinge kann man jedenfalls keine Aussage darüber machen, ob zu Beginn des Jahres 1953 wirklich ein Plan für großangelegte Judendeportationen geprüft wurde. Eines ist sicher: der Tod Stalins kam zum rechten Zeitpunkt, um endlich die Liste der Millionen Opfer seiner Diktatur abschließen zu können.

15

Das Ende des Stalinismus

Stalins Tod zur Halbzeit der sieben Jahrzehnte währenden Existenz der Sowjetunion war ein entscheidender Einschnitt, das Ende einer Epoche, wenn nicht gar das Ende eines Systems. Der Tod des obersten Führers enthüllte, wie François Furet schreibt, »das Paradox eines Systems, das vorgeblich den Gesetzen der sozialen Entwicklung gehorcht, in dem aber alles derart von einem einzigen Mann abhängt, daß das System nach dem Tod dieses Mannes etwas ganz Wesentliches verloren hat«. Eine der wichtigsten Komponenten dieses »ganz Wesentlichen« war die in den unterschiedlichsten Formen durchgeführte massive Unterdrückung der Gesellschaft durch den Staat.

Für Stalins wichtigste Mitarbeiter - Malenkow, Molotow, Woroschilow, Mikojan, Kaganowitsch, Chruschtschow, Bulganin und Berija - war die Nachfolge des Parteiführers ein äußerst komplexes politisches Problem. Einerseits sollte die Kontinuität des Systems gewährleistet sein, andererseits waren die Verantwortlichkeiten neu zu verteilen und rasch einige Veränderungen durchzuführen, über die man sich bereits einig war. Außerdem war ein neues Gleichgewicht zwischen der Vorrangstellung eines einzelnen (auch wenn diese nun geringer war) und der kollektiven Führung zu finden, wobei die Ambitionen eines jeden von ihnen und die herrschenden Kräfteverhältnisse berücksichtigt werden mußten.

Wie schwierig es war, diese Ziele miteinander zu verbinden, zeigt sich an dem höchst komplexen und gewundenen Weg der Politik zwischen Stalins Tod und der Eliminierung Berijas (der am 26. Juni 1953 verhaftet wurde).

Die heute zugänglichen stenographischen Protokolle der Vollversammlungen des Zentralkomitees, das am 5. März 1953 (dem Todestag Stalins) und vom 2. bis 7. Juli 1953 (nach der Eliminierung Berijas) zusammentrat[376], machen klar, was für Gründe die sowjetischen Führer dazu bewogen haben, das »Ende des Stalinismus« einzuleiten. Nikita Chruschtschow machte daraus später die »Entstalinisierung« mit dem XX. und dem XXII. Parteitag der KPdSU (Februar 1956/Oktober 1962) als den Höhepunkten.

Der erste Grund war der Überlebensinstinkt, die Selbstverteidigung. Während Stalins letzten Monaten hatten fast alle Funktionäre gespürt, in welchem Maße sie selbst verwundbar geworden waren. Niemand war geschützt, weder Woroschilow, der als »Agent des Intelligence Service« bezeichnet worden war, noch Molotow oder Mikojan, die vom Diktator ihres

Amtes im Präsidium des Zentralkomitees enthoben worden waren, noch Be-rija den innerhalb des von Stalin gesteuerten Sicherheitsdienstes dunkle Intrigen bedroht hatten. Auch die nach dem Krieg neu entstandene Verwal-tungselite der mittleren Ebene fürchtete die terroristischen Aspekte des Regimes und lehnte sie folglich ab. Und schließlich stand die Allmacht der politischen Polizei der stabilen Karriere eines jeden im Wege. Was Martin Malia zu Recht »die vom verstorbenen Diktator zu seiner eigenen Verwendung aufgebaute Maschinerie« genannt hat, mußte allmählich abgebaut werden. Stalin brauchte diese »Maschinerie« um sichergehen zu können, daß sich niemand mehr ihrer bediente, um sich den eigenen Vorrang gegenüber politischen Kollegen - und Rivalen - zu beweisen. Sehr viel stärker als die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten im Hinblick auf die erforderlichen Reformen war die Angst vor einem neuen Diktator; sie verbündete die »Erben Stalins« gegen Berija, der zu diesem Zeitpunkt als der mächtigste Funktionär galt, weil er über den riesigen Apparat der Ministerien der Staatssicherheit und des Inneren verfügte. Eine Lektion hatten alle gelernt: Es durfte nicht wieder geschehen, daß die der Repression dienenden Organe der »Kontrolle der Partei entgleiten« - im Klartext: die Waffe eines einzigen werden - und die politische Oligarchie bedrohen.

Der zweite, noch bedeutendere Grund für den Wechsel lag in der Überzeugung aller hohen Funktionäre - von Chruschtschow wie Malenkow -, daß wirtschaftliche und gesellschaftliche Reformen notwendig waren. Die ausschließlich repressive Führung der Wirtschaft, die sich auf ein brutales Abschöpfen der nahezu gesamten Agrarproduktion, auf kriminalisierte soziale Beziehungen und überfüllte Gulag-Lager stützte, hatte zu einer ernsthaften Wirtschaftskrise und zu sozialen Blockierungen geführt, die jeglichen Fortschritt in der Arbeitsproduktivität ausschlössen. Das Wirtschafts-modell, dessen Einführung gegen den Willen der gewaltigen Mehrheit der Gesellschaft in den dreißiger Jahren zu den in den vorangehenden Kapiteln beschriebenen repressiven Zyklen geführt hat, war überholt.

Der dritte Grund schließlich lag in der Dynamik der Nachfolgekämpfe, die eine Spirale politischer Versprechen nach sich zogen: Mit seiner Strategie der maßvollen und partiellen Entstalinisierung auf politischer Ebene, aber radikalen Entstalinisierung im bezug auf das Alltagsleben der Bevölkerung ging Nikita Chruschtschow schließlich weiter als alle seine Kollegen. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen, die an dieser Stelle jedoch nicht näher analysiert werden: Bereitschaft, sich mit seiner Vergangenheit als Stalinist auseinanderzusetzen; ernsthafte Gewissensbisse; politisches Geschick; spezifischer Populismus; das Festhalten an einer bestimmten Form des sozialistischen Glaubens an die »strahlende Zukunft«; der Wille, das wiederherzustellen, was er unter »sozialistischer Gesetzlichkeit verstand« usw. Wie sahen nun die wichtigsten Abbauphasen dieser Unterdrückungsmaschiene aus? Es handelt sich um eine Bewegung, die in wenigen Jahren dazu beitragen hatte, aus der Sowjetunion, die zunächst durch eine ausgespro-

chen starke gerichtliche und außergerichtliche Strafverfolgung geprägt war, einen autoritären Polizeistaat zu machen, in dem die Erinnerung an den Schrecken eine ganze Generation lang zu den besten Garanten der poststalinistischen Ordnung zählte.

Keine zwei Wochen nach Stalins Tod wurde das Gulag-System grundlegend neu organisiert und dem Justizministerium unterstellt. Seine wirtschaftliche Infrastruktur wurde den verschiedenen zuständigen Zivilministerien zugeordnet. Spektakulärer jedoch als diese administrativen Veränderungen, die eine klare Schwächung des bisher allmächtigen Innenministeriums bedeuteten, war eine von der *Prawda* am 28. März 1953 verkündete Amnestie beträchtlichen Ausmaßes. Auf Grund eines am Vorabend vom Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR verkündeten und vom Vorsitzenden Marschall Woroschilow unterzeichneten Erlasses galt die Amnestie für folgende Gruppen:

1. alle, die zu weniger als fünf Jahren verurteilt waren;
2. alle, die wegen Dienstverletzung, Wirtschaftsstraftaten und Machtmißbrauch verurteilt worden waren;
3. schwangere Frauen und Mütter von Kindern, die noch keine zehn Jahre alt waren; Minderjährige; Männer über fünfundfünfzig und Frauen über fünfzig Jahren.

Außerdem sah der Amnestieerlaß die Verringerung der noch abzubüßenden Strafen um die Hälfte bei allen anderen Häftlingen vor, mit Ausnahme der Verurteilungen wegen »konterrevolutionärer« Verbrechen, organisiertem Diebstahl, Banditentum sowie vorsätzlicher Tötung.

In wenigen Wochen wurden 1 200 000 Häftlinge, das heißt fast die Hälfte derer, die in den Lagern und Strafkolonien einsaßen, in die Freiheit entlassen. Die meisten von ihnen waren entweder Kleinkriminelle, die wegen kleiner Diebstähle verurteilt waren, oder - in den meisten Fällen - einfache Bürger, die einem der unzähligen repressiven Gesetze zum Opfer gefallen waren, die fast jeden Arbeitsbereich betrafen, von der »Vernachlässigung des Arbeitsplatzes« bis zum »Verstoß gegen das Gesetz über die Inlandspässe«. Diese Teilamnestie, die vor allem die politischen Gefangenen und die »Sonderumsiedler« ausnahm, spiegelte in ihrer Ambivalenz die unsichere und noch schwer absehbare Entwicklung des Frühjahrs 1953, einer Phase intensiver Machtkämpfe, in der Lawrenti Berija, der Erste Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats und Innenminister, sich zu einem »großen Reformer« zu mausern schien.

Welche Überlegungen haben zu dieser großen Amnestie geführt? Nach Amy Knight[377], der Biographin Lawrenti Berijas, war die Amnestie vom 27. März 1953 auf Initiative des Innenministers persönlich beschlossen worden. Sie zählte zu den politischen Maßnahmen, die von der »liberalen Wende« Berijas zeugten, der sich an den Nachfolgekämpfen um die Macht nach Stalins Tod beteiligte und in einer Spirale sich überbietender politischer Versprechungen gefangen war. Um die Amnestie zu rechtfertigen, hatte Berija

dem Vorsitzenden des Zentralkomitees am 24. März ein langes Schreiben geschickt, in dem er erklärte, daß von den 2 526 402 Gefangenen der Gulag-Lager nur 221435 zum Teil in »speziellen Lagern« »einsitzende Häftlinge« »besonders gefährliche Staatsverbrecher« seien. Die große Mehrheit der Gefangenen, so gab Berija zu (ein bemerkenswertes und erstaunliches Geständnis!), stelle keine ernsthafte Bedrohung des Staates dar. Eine breite Amnestie sei wünschenswert, um das außerordentlich schwerfällige und wenig rentable Strafvollzugsystem rasch zu entlasten.[378]

Seit den frühen fünfziger Jahren kam die Frage nach der immer schwierigeren Verwaltung des riesigen Gulagsystems immer wieder auf. In Anbetracht der bereits lange vor Stalins Tod von den meisten Funktionären erkannten Gulag-Krise erscheint die Amnestie vom 27. März 1953 unter einem anderen Licht: In Hinblick auf die großen Verwaltungsprobleme der überfüllten und immer weniger »rentablen« Lager waren es wirtschaftliche - und nicht nur politische - Gründe, welche die Kandidaten um Stalins Nachfolge dazu brachten, eine große, aber trotzdem nicht allumfassende Amnestie zu verkünden.

Solange Stalin lebte, waren in diesem Bereich radikale Maßnahmen genauso wenig möglich wie in vielen anderen auch. Wie der Historiker Moshe Lewin ganz richtig formulierte, war während der letzten Lebensjahre des Diktators alles »mumifiziert«.

Aber auch nach Stalins Tod war »noch nicht alles möglich«: So waren auch alle diejenigen von der Amnestie ausgeschlossen, die zu den hauptsächlichen Opfern der Systemwillkür gehörten: die »Politischen«, die wegen konterrevolutionärer Aktivitäten verurteilt worden waren.

Der Ausschluß der politischen Gefangenen von der Amnestie vom 27. März 1953 war der Anfang einer Reihe von Aufständen und Revolten der in den Gulag-Speziallagern, dem Retschlag und dem Steplag, einsitzenden Häftlinge.[379]

Am 4. April teilte die *Prawda* mit, daß die »Mörder in weißen Kitteln« die Opfer einer Provokation gewesen und ihre Geständnisse durch »illegale Verhörmethoden« (im Klartext: unter Anwendung der Folter) erzwungen worden seien. Durch die ein paar Tage später vom Zentralkomitee verabschiedete Resolution »Über den Gesetzesbruch durch Organe der Staatssicherheit« bekam das Ereignis eine noch größere Bedeutung. Daraus ging nämlich klar hervor, daß die Affäre der ermordeten Ärzte kein unglücklicher Einzelfall war, daß die Organe der Staatssicherheit in ihren Machtansprüchen maßlos waren und zahlreiche Verstöße gegen das Gesetz begangen hatten. In ihrer Resolution lehnte die Partei diese Methoden ab und verurteilte die außerordentliche Macht der politischen Polizei. Die dadurch geweckten Hoffnungen riefen sofort zahlreiche Reaktionen hervor: Die Gerichte wurden mit Hunderttausenden von Rehabilitierungsanträgen überschwemmt. Die Häftlinge, vor allem die der Speziallager, die über den begrenzten und selektiven Charakter der Amnestie vom 27. März verbittert und sich der Ver-

unsicherung ihres Wachpersonals sowie der Krise, in der das Strafsystem steckte, bewußt waren, verweigerten reihenweise die Arbeit und den Gehorsam gegenüber den Lagerkommandanten. Am 14. Mai 1953 organisierten mehr als 14 000 Gefangene verschiedener Sektionen der Strafanstalt Norilsk einen Streik und gründeten Komitees, die von den verschiedenen nationalen Gruppierungen gewählt wurden. Den Ukrainern und Balten kam eine Schlüsselrolle zu. Die Hauptforderungen der Häftlinge waren: Verkürzung des Arbeitstages auf neun Stunden; die Abschaffung der Sträflingsnummer auf der Kleidung; die Aufhebung der Beschränkungen beim Briefverkehr mit der Familie; die Ausweisung aller Spitzel; die Ausweitung der Vergünstigungen der Amnestie auf politische Gefangene.

Die Mitteilung vom 10. Juli 1953, daß Berija verhaftet worden sei und beschuldigt werde, ein englischer Spion und »erbitterter Feind des Volkes« zu sein, bestärkte die Häftlinge in ihrer Vorstellung, daß in Moskau wichtige Veränderungen vor sich gingen, und machte sie in ihren Forderungen unnachgiebig. Das Phänomen der Arbeitsverweigerung weitete sich aus. Am 14. Juli traten mehr als 12000 Häftlinge der Strafanstalt von Workuta in Streik. Es war ein Zeichen der Veränderungen, daß man in Norilsk genau wie in Workuta Verhandlungen anstrebte und die gewaltsame Niederschlagung der Bewegung mehrfach verschob.

Der Aufruhr in den Sonderzuchtlagern währte vom Sommer 1953 bis zum XX. Parteitag im Februar 1956. Zur größten und längsten Revolte kam es im Mai 1954 in der dritten Sektion der Strafkolonie Steplag in Kengir bei Karaganda (Kasachstan). Sie dauerte 40 Tage und wurde erst niedergeschlagen, nachdem Spezialtruppen des Innenministeriums das Lager mit Panzern eingekesselt hatten. Ungefähr 400 Häftlinge wurden vor Gericht gestellt und erneut verurteilt, und die sechs überlebenden Mitglieder der Kommission, die den Widerstand angeführt hatte, wurden hingerichtet.

Ein Zeichen für die politischen Veränderungen nach Stalins Tod war, daß manche der 1953/54 von den revoltierenden Häftlingen formulierten Forderungen dennoch erfüllt wurden: Der Arbeitstag wurde auf neun Stunden verkürzt. Auch im Alltagsleben der Häftlinge wurden erhebliche Verbesserungen eingeführt.

1954/55 führte die Regierung eine Reihe von Maßnahmen durch, welche die Allmacht des seit der Eliminierung Berijas grundlegend reorganisierten Staatssicherheitsdienstes beschränkten. Die *troiki* - besondere Gerichte, die über die Angelegenheiten im Zuständigkeitsbereich der politischen Polizei urteilten - wurden abgeschafft. Die politische Polizei wurde zu einem selbständigen Organ umgewandelt, dem Komitee Gossudarstwennoj Besopasnosti (KGB = Komitee für Staatssicherheit), im Vergleich zu seiner Personalstärke vor dem März 1953 um 20 Prozent reduziert und der Leitung von General Serow unterstellt. Serow hatte während des Krieges alle Deportationen von Volksgruppen überwacht und verkörperte als Vertrauter von Nikita Chruschtschow die ganze Ambivalenz einer Übergangsphase, in der viele

Verantwortliche des vorangegangenen Regimes weiterhin Schlüsselrollen behielten. Die Regierung erließ weitere Teilamnestien: so kam es im September 1955 zur Freilassung der Häftlinge, die 1945 wegen »Kollaboration mit dem Besatzer« verurteilt worden waren, und der noch in den UdSSR einsitzenden deutschen Kriegsgefangenen. Schließlich wurden gewisse Maßnahmen zugunsten der »Sondersiedler« durchgeführt, die sich nun in einem breiteren Gebiet bewegen durften und sich weniger häufig in den für sie zuständigen *Kommandanturen* zu melden hatten. Als Folge der auf höchster Ebene geführten deutsch-sowjetischen Verhandlungen waren die deportierten Deutschen, die 40% der »Sondersiedler« ausmachten (etwas mehr als eine Million von insgesamt etwa 2 750 000), die ersten, die ab September 1955 von der Aufhebung der für diese Kategorie der Verbannten geltenden Restriktionen profitierten. Dessenungeachtet wurde in den Gesetzestexten ausdrücklich daraufhin gewiesen, daß die Abschaffung der juristischen und beruflichen Restriktionen sowie der Einschränkung des Status und der Wohnsitzwahl weder zur »Rückgabe des konfiszierten Besitzes noch zum Recht [führe], an den Ort zurückzukehren, von dem aus die Sondersiedler deportiert worden sind«.[380]

Diese Restriktionen waren für den gesamten Prozeß der partiell und schrittweise erfolgenden »Entstalinisierung« sehr bezeichnend. Da sie mit Nikita Chruschtschow von einem Stalinisten durchgeführt wurde, der wie alle hohen Funktionäre seiner Generation direkt an der Repression beteiligt gewesen war - Entkulakisierung, Säuberungen, Deportationen, Hinrichtungen -, mußte sie sich logischerweise auf die Aufdeckung einiger Exzesse der »Periode des Personenkults« beschränken. Der geheime Bericht, den Chruschtschow am Abend des 24. Februar 1956 vor den sowjetischen Delegierten des XX. Parteitags verlas, blieb in seiner Verurteilung des Stalinismus sehr selektiv und stellte keine der seit 1917 von der Partei getroffenen großen Entscheidungen in Frage. Der selektive Charakter zeigte sich sowohl in der Datierung der stalinistischen »Verirrung« - sie wurde in das Jahr 1934 verlegt und schloß somit die Kollektivierung und die Hungersnot von 1932/33 aus der Liste der Verbrechen aus - als auch in der Auswahl der benannten Opfer: Es waren alles Kommunisten, in der Regel strenge Stalinisten, aber niemals die einfachen Bürger. Der Bericht reduzierte die Repressionen allein auf Akte gegen Kommunisten, die Opfer der persönlichen Tyrannei Stalins geworden seien, und auf einzelne Episoden einer Geschichte, die erst nach der Ermordung von Sergej Kirow begann, und entzog sich damit der zentralen Frage: der Frage nach der Verantwortung der Partei in ihrer Gesamtheit - und zwar seit 1917 - gegenüber der Gesellschaft.

Dem geheimen Bericht folgte eine Reihe von konkreten Maßnahmen, welche die bis dahin in die Wege geleiteten begrenzten Vorkehrungen ergänzten. Im März/April 1956 wurden alle Sondersiedler, die einem wegen angeblicher Kollaboration mit Nazideutschland »bestraften Volk« angehören und 1943/45 umgesiedelt worden waren, »der administrativen Überwa-

chung durch die Organe des Innenministeriums unterstellt«, ohne jedoch den Anspruch auf die Rückgabe ihres konfiszierten Besitzes oder auf Rückkehr in ihre Heimat erheben zu dürfen. Diese halben Maßnahmen führten zur Erbitterung der Deportierten, von denen sich viele weigerten, die von der Verwaltung geforderte schriftliche Erklärung, daß sie weder die Rückgabe ihres Besitzes noch die Rückkehr in ihre Heimat fordern, zu unterschreiben. In Anbetracht dieser Haltung, die für eine bemerkenswerte Veränderung des politischen Klimas und der Mentalitäten steht, machte die sowjetische Regierung weitere Zugeständnisse: am 9. Januar 1957 wurden die ehemaligen Republiken und autonomen Regionen der deportierten Völker, die nach dem Krieg aufgelöst worden waren, wiederhergestellt. Lediglich die Autonome Republik der Krimtataren sollte für immer von der Landkarte verschwinden.

Während die Karatschaier, Kalmücken, Balkaren, Tschetschenen und Inguschen ab 1957 zu Zehntausenden wieder zurückkehrten, mußten die Krimtataren noch weitere drei Jahrzehnte für das Recht auf ihre Rückkehr kämpfen. Die Behörden zeigten den Heimkehrenden keinerlei Entgegenkommen. Es kam zu zahlreichen Zwischenfällen zwischen den ehemaligen Deportierten, die in ihre alten Wohnungen und Häuser zurückkehren wollten, und den russischen Siedlern, die 1945 aus den benachbarten Regionen dorthin gebracht worden waren und nun dort lebten. Da die Zurückkehrenden keine *propiska* besaßen - jene Registrierung bei der örtlichen Polizei, die allein das Recht verlieh, in einem bestimmten Ort zu wohnen -, waren sie wieder einmal gezwungen, sich in provisorischen Baracken, Wellblechhütten, und Zeltlagern einzurichten, immer unter der ständigen Bedrohung, wegen Verstoßes gegen die Paßvorschriften (was mit zwei Jahren Haft bestraft werden konnte) verhaftet zu werden. Im Juli 1958 war die tschetschenische Hauptstadt Grosny Schauplatz blutiger Zusammenstöße zwischen Russen und Tschetschenen. Erst nachdem die Behörden Gelder zur Errichtung von Wohnungen für die ehemaligen Deportierten freigegeben hatten, beruhigte sich die Lage etwas.[381]

Offiziell gab es die Kategorie der Sondersiedler noch bis zum Januar 1960. Die letzten Deportierten, deren Paria-Status aufgehoben wurde, waren die ukrainischen und baltischen Nationalisten. Viele scheuten die Mühe, sich erneut den behördlichen Schikanen auszusetzen. Weniger als die Hälfte der baltischen und ukrainischen Deportierten kehrten in ihre Heimat zurück. Die anderen Überlebenden blieben auf Dauer dort, wohin man sie deportiert hatte.

Die große Mehrheit der konterrevolutionären Häftlinge wurde erst nach dem XX. Parteitag freigelassen. 1954/55 wurden weniger als 90 000 von ihnen auf freien Fuß gesetzt. 1956/57 verließen fast 310000 Konterrevolutionäre die Lager. Am 1. Januar 1959 befanden sich noch 11 000 politische Gefangene in Lagerhaft.[382] Um das Verfahren zu beschleunigen, schickte man mehr als 200 Sonderkommissionen in die Lager und erließ weitere Amne-

stien. Die Freilassung bedeutete jedoch noch nicht die Rehabilitierung. In zwei Jahren (1956/57) waren weniger als 60000 Personen ordnungsgemäß rehabilitiert worden. Die große Mehrheit mußte Jahre, bisweilen Jahrzehnte warten, bevor sie die kostbare Bescheinigung erhielt. Dennoch blieb das Jahr 1956 in der allgemeinen Erinnerung das Jahr der »Rückkehr«, wie sie von Wassilij Grossman in seiner Erzählung *Alles fließt...* wunderbar beschrieben wurde. Die große Rückkehr, die von offizieller Seite völlig totgeschwiegen wurde, erinnerte auch daran, daß Millionen nie wiederkommen würden. Dies mußte zu tiefer Bestürzung führen, zu einem breiten sozialen und moralischen Trauma, zu einer tragischen Konfrontation innerhalb einer Gesellschaft, in der, wie Lydia Tschukowskaja schrieb, »sich nun zwei Rußlands in die Augen sahen. Das Rußland, das inhaftiert hat, und das Rußland, das inhaftiert wurde.« In Anbetracht dieser Situation ging es den Behörden vor allem darum, keinem individuellen oder kollektiven Antrag auf Verfolgung von Funktionären, die während der Phase des Personenkults gegen die sozialistischen Gesetze verstoßen oder illegale Verhörmethoden angewandt hatten, mehr stattzugeben. Allein die Kontrollkommissionen der Partei boten einen Ausweg. Was die Rehabilitationen betraf, so schickten die politischen Behörden der Staatsanwaltschaft eine Reihe von Rundschreiben, in denen die Prioritäten festgelegt waren: Mitglieder der Partei und Angehörige des Militärs. Es kam zu keinerlei Säuberungen.

Mit der Freilassung der politischen Gefangenen erlebte das poststalinistische Gulagsystem einen Rückgang seiner Häftlingszahlen. Erst in den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren kam es mit etwa 900 000 Gefangenen zu einer Stabilisierung der Lagerbelegung. Die Lagerinsassen setzten sich aus einem harten Kern von 300 000 gewöhnlichen (keinen politischen) Häftlingen und Rückfälligen zusammen, die langjährige Strafen verbüßten, und 600 000 Gefangenen, die nach dem immer noch geltenden Strafrecht zu Strafen verurteilt worden waren, die häufig in keinem Verhältnis zur begangenen Straftat standen. Nach und nach verringerte sich die Bedeutung des Gulagsystems als Pionier der Kolonisierung und Bewirtschaftung der natürlichen Schätze des Hohen Nordens und äußersten Ostens der Sowjetunion. Die riesigen Strafkolonien aus der Stalinzeit wurden in kleinere Einheiten aufgeteilt. Auch die Geographie der Gulag-Lager änderte sich: sie wurden wieder mehrheitlich im europäischen Teil der UdSSR errichtet. Die Haftstrafen nahmen nach und nach wieder die regulierende Funktion ein, die sie in jeder Gesellschaft haben, auch wenn es in der nachstalinistischen UdSSR, die immer noch kein Rechtsstaat war, nach wie vor einige Systembesonderheiten gab. Zu den Kriminellen kamen im Zuge der wechselnden Kampagnen, die sporadisch dieses oder jenes Verhalten als nicht hinnehmbar geißelten - Alkoholismus, Rowdytum, »parasitäres Verhalten« -, auch »normale« Bürger und Minderheiten (einige Hundert im Jahr), die meist wegen der Paragraphen 70 und 190 des 1960 verabschiedeten neuen Strafgesetzes verurteilt wurden.

Die verschiedenen Freilassungs- und Amnestiemaßnahmen wurden durch entscheidende Veränderungen der Strafgesetzgebung ergänzt. Zu den ersten die stalinistische Gesetzgebung reformierenden Maßnahmen gehörte ein Erlaß vom 25. April 1956, der das arbeiterfeindliche Gesetz von 1940, das den Arbeitern untersagt hatte, ihren Betrieb zu verlassen, abschaffte. Diesem ersten Schritt zu einer Entkriminalisierung der Arbeitsbeziehungen folgten weitere Anordnungen. All diese Einzelmaßnahmen wurden am 25. Dezember 1958 mit der Verabschiedung neuer »Grundlagen des Strafrechts« in ein Gesamtsystem gebracht. Mit der Einführung dieser Gesetze verschwanden die wichtigsten der früheren strafrechtlichen Vorschriften, vor allem der Begriff des »Volksfeindes« und des »konterrevolutionären Verbrechens«. Außerdem wurde das Alter der Strafmündigkeit von 14 auf 16 Jahre heraufgesetzt; zum Erpressen von Geständnissen durften keine Gewalt und Folter mehr angewandt werden; bei der Verhandlung mußte der Angeklagte anwesend sein, seine Verteidigung übernahm ein Anwalt, der über seinen Fall informiert war; bis auf Ausnahmen sollten die Verhandlungen öffentlich sein. Das Strafgesetzbuch von 1960 behielt jedoch gewisse Paragraphen bei, nach denen jede Form politischer oder ideologischer Abweichung bestraft werden konnte. Nach Paragraph 70 mußte jeder, »der Propaganda betreibt, die darauf ausgerichtet ist, mittels verleumderischer, den Staat und die Gesellschaft verunglimpfender Behauptungen die Sowjetmacht zu schwächen«, mit einer Strafe zwischen sechs Monaten und sieben Jahren Lagerhaft und einer anschließenden innersowjetischen Verbannung von zwei bis fünf Jahren rechnen. Paragraph 190 belegte jegliches »Nichtanzeigen« antisowjetischer Delikte mit einer Strafe von ein bis drei Jahren Lagerhaft oder einer gleichwertigen Strafe in Form von Arbeiten für das Gemeinwohl. In den sechziger und siebziger Jahren kamen diese beiden Paragraphen in zahlreichen Fällen politischer oder ideologischer »Abweichung« zum Einsatz. In 90% der Fälle (es waren einige hundert), die jedes Jahr wegen »Antisowjetismus« verurteilt wurden, kam es zu einer Verurteilung nach diesen beiden Paragraphen.

In den Jahren des politischen »Tauwetters« und der allgemeinen Verbesserung des Lebensstandards, in denen die Erinnerung an die Unterdrückung aber noch sehr lebendig war, fallen die aktiven Formen von Ablehnung oder Protest wenig ins Gewicht: Für die erste Hälfte der sechziger Jahre melden die Berichte des KGB für die »Oppositionellen« folgende Zahlen: 1300 (1961), 2500 (1962), 4500 (1964) und 1300 (1965).[383] In den siebziger Jahren waren drei Kategorien von Bürgern Opfer einer »näheren« Überwachung durch den KGB: die religiösen Minderheiten (Katholiken, Baptisten, Pfingstler, Adventisten), die nationalen Minderheiten, die von den Repressionen der Stalinzeit am stärksten betroffen waren (Balten, Krimtataren, Deutsche, Ukrainer aus den westlichen Regionen, in denen der Widerstand gegen die Sowjetisierung besonders stark gewesen war), sowie die künstlerische Intelligenzija, die der zu Beginn der sechziger Jahre auftauchenden »Dissidentenbewegung« angehörte.[384]

Nach einer letzten antiklerikalen Kampagne des Jahres 1957, die sich zumeist auf die Schließung einer Reihe von Kirchen beschränkte, die seit Kriegsende wiedereröffnet worden waren, wich die offene Konfrontation zwischen Staat und orthodoxer Kirche einem Zusammenleben. Die Aufmerksamkeit des KGB richtete sich nun in stärkerem Maße auf die religiösen Minderheiten, die jedoch weniger wegen ihrer religiösen Überzeugungen verdächtig waren als wegen der Unterstützung, die sie vermeintlich aus dem Ausland erhielten. Die wenigen Daten deuten auf eine Randerscheinung hin: 1973-75 wurden 116 Baptisten verhaftet; 1984 verbüßten 200 Baptisten eine Gefängnis- oder Lagerstrafe, die durchschnittliche Dauer der Haft betrug ein Jahr.

In der westlichen Ukraine, lange Zeit eine der widerspenstigsten Regionen gegenüber der Sowjetisierung, wurden in den Jahren 1961 bis 1973 in Ternopol, Saporoje, Iwano-Frankowks und Lemberg etwa zehn in der Nachfolge der OUN stehende »nationalistische Kleingruppen« ausgehoben. Über die Mitglieder dieser Gruppen wurden in der Regel Strafen zwischen fünf und zehn Jahren Lagerhaft verhängt. In Litauen, einer anderen Region, die in den vierziger Jahren brutal unterworfen worden war, belegen die örtlichen Quellen für die siebziger Jahre nur eine geringe Zahl von Verhaftungen. 1981 kam es unter sehr merkwürdigen Umständen zur Ermordung von drei katholischen Priestern, in die wahrscheinlich der KGB verwickelt war, was allgemein als empörende Provokation empfunden wurde.

Bis zum Untergang der UdSSR blieb das Problem der 1944 deportierten Krimtataren, deren autonome Republik nicht wiederhergestellt worden war, ein schweres Erbe der Stalinzeit. In den späten fünfziger Jahren starteten die Krimtataren, die mehrheitlich in Zentralasien siedelten, eine Petitionskampagne mit dem Ziel ihrer Rehabilitierung und der Erlaubnis, in ihre Heimat zurückzukehren - ein Zeichen dafür, daß die Zeiten sich geändert hatten. 1966 legte eine Tatarendelegation auf dem XXIII. Parteitag eine Petition mit 130000 Unterschriften vor. Im September 1967 hob ein Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets die Anklage wegen »kollektiven Verrats« auf. Drei Monate später wurde es den Tataren erlaubt, sich in einer Ortschaft ihrer Wahl niederzulassen. Sie hatten lediglich die Paßgesetze zu beachten, die einen ordnungsgemäßen Arbeitsvertrag vorschrieben. Von 1967 bis 1978 gelang es weniger als 15 000 Personen - das heißt 2 % der tatarischen Bevölkerung -, sich im Sinne der Paßgesetze zu verhalten. Die Bewegung der Krimtataren erfuhr durch das Engagement von General Grigorenko eine neue Unterstützung. Im Mai 1969 wurde Grigorenko in Taschkent verhaftet und in eine psychiatrische Klinik eingewiesen, eine Form der Haft, die in den siebziger Jahren einige Dutzend Menschen pro Jahr betraf.

Die Historiker datieren den Beginn des Dissidententums im allgemeinen auf den ersten öffentlichen politischen Prozeß der nachstalinistischen Ära, auf den Prozeß gegen die Schriftsteller Andrej Sinjawski und Juri Daniel, die im Februar 1966 zu sieben und fünf Jahren Lagerhaft verurteilt worden

sind. Am 5. Dezember 1965, kurze Zeit nach der Verhaftung der Schriftsteller, kam es auf dem Puschkin-Platz in Moskau zu einer Unterstützungsdemonstration von etwa 50 Personen. Die Dissidenten - einige hundert Intellektuelle in der Mitte der sechziger Jahre, zwischen 1000 und 2000, als die Bewegung zehn Jahre später ihren Höhepunkt erreicht hatte - starteten eine völlig neue Form des Protests. Anstatt die Legitimität des Regimes abzustreiten, forderten sie die strikte Einhaltung der sowjetischen Gesetze, der Verfassung und der von der UdSSR unterzeichneten internationalen Verträge. Die Art und Weise, wie die Aktivitäten der Dissidenten durchgeführt wurden, entsprach den neuen Grundsätzen: Ablehnung der Untergrundarbeit, Transparenz der Bewegung, Veröffentlichung der durchgeführten Aktionen durch möglichst viele Pressekonferenzen mit ausländischen Korrespondenten.

In dem ungleichen Kräfteverhältnis zwischen ein paar hundert Dissidenten und dem sowjetischen Staat wurde das Gewicht der internationalen Meinung immer entscheidender, vor allem nachdem im Westen Ende 1973 das Buch *Archipel Gulag* von Alexander Solschenizyn erschienen war; bald darauf folgte die Ausweisung des Schriftstellers aus der UdSSR. In ein paar Jahren wurde die Frage nach den Menschenrechten in der UdSSR dank den Aktionen einer winzigen Minderheit zu einer wichtigen internationalen Angelegenheit und zum Hauptthema der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die 1973 in Helsinki ihren Anfang nahm. Die von der UdSSR mitunterzeichnete Schlußakte der Konferenz stärkte die Position der Dissidenten, die in den wenigen Städten, in denen sie organisiert waren (Moskau, Leningrad, Kiew, Wilnius usw.) »Kontrollkomitees der Verträge von Helsinki« gründeten, die alle Informationen über Verstöße gegen die Menschenrechte übermitteln sollten. Diese Informationsarbeit hatte 1968 unter den schwierigsten Verhältnissen begonnen; seit dieser Zeit erschien alle zwei bis drei Monate heimlich ein Bulletin mit der Chronik der laufenden Ereignisse, welche die unterschiedlichsten Formen der Angriffe auf die Freiheit verzeichnete. Mit der Internationalisierung der Frage der Menschenrechte in der UdSSR wurde die Polizeimaschinerie teilweise gebremst. Sobald ein Oppositioneller bekannt war, war seine heimliche Verhaftung nicht mehr möglich, denn entsprechende Informationen gelangten rasch ins Ausland. Bezeichnenderweise entwickelte sich der Polizeiapparat in enger Abhängigkeit von der »Entspannung«: Zwischen 1968 und 1972 und zwischen 1979 und 1982 gab es mehr Verhaftungen als in den Jahren zwischen 1973 und 1976. Mit den derzeitig verfügbaren Quellen ist eine genaue Bilanz über die Zahl der von 1960 bis 1985 aus politischen Gründen verhafteten Personen nicht möglich. Die von den Dissidenten erstellten Quellen sprechen von einigen hundert Verhaftungen während der härtesten Jahre. 1970 führte die Chronik der laufenden Ereignisse 106 Verhaftungen an, darunter 20 Personen, für die eine »prophylaktische Einweisung« in eine psychiatrische Klinik angeordnet wurde. Die von der Chronik angeführten

entsprechenden Zahlen für 1971 liegen bei 85 und 24. Im Lauf der Jahre 1979 bis 1981, den Jahren der internationalen Konfrontation, wurden etwa 500 Menschen verhaftet.

In einem Land, in dem die Staatsmacht der freien Äußerung nonkonformer Meinungen immer feindlich gegenüber gestanden ist - Meinungen, die eben mit dem Grundwesen dieser Macht nicht einverstanden waren - konnte das Phänomen des Dissidententums (Ausdruck einer radikalen Opposition, einer anderen politischen Vorstellung, die das Recht des Individuums gegenüber den Rechten der Gemeinschaft verteidigt) kaum direkte Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft haben. Die wirkliche Veränderung gelang anderswo: Mit den vielfältigen Bereichen sozialer und kultureller Eigenständigkeit, die seit den sechziger und siebziger Jahren entstanden sind, und vor allem mit der Erkenntnis für die Notwendigkeit eines dem Jahre 1953 vergleichbaren radikalen Wechsels, die sich seit Mitte der achtziger Jahre in Teilen der politischen Elite breitmachte.

Eine abschließende Zusammenfassung

An dieser Stelle geht es nicht darum, aufzuzeigen, wie in der UdSSR von staatlicher Seite Gewalt ausgeübt wurde oder was für Repressionsformen das sowjetische Regime in der ersten Hälfte seines Bestehens ins Werk gesetzt hat. Fragen dieser Art sind die Historiker schon seit langem, ohne auf die Öffnung der Archive zu warten, nachgegangen, um die wichtigsten Geschehensabläufe und den Terror in seinen tatsächlichen Ausmaßen nachzuzeichnen. Über den Zugang zu den Quellen kann man jedoch im Hinblick auf die chronologische Abfolge, den quantitativen Aspekt und die Erscheinungsformen des Terrors eine erste Bilanz ziehen. Der vorliegende Abriß ist ein erster Schritt zur Ausarbeitung von Fragen nach den verschiedenen Praktiken der Gewalt, ihren Wiederholungen und Bedeutungen im jeweiligen Kontext.

Dies ist einer der Arbeitsgänge auf der seit zehn Jahren offenen Großbaustelle, im Westen wie in Rußland. Seit der - wenn auch nur eingeschränkten - Öffnung der Archive haben die Historiker vor allem versucht, die in der »Anormalität« entwickelte Geschichtsschreibung den nun zugänglichen Quellen gegenüberzustellen. So haben in den letzten Jahren einige - vor allem russische - Geschichtswissenschaftler Quellenmaterial präsentiert, das bereits heute von fundamentaler Bedeutung ist und allen neueren und noch laufenden Forschungsarbeiten als Grundlage gedient hat. Verschiedene Forschungsbereiche wurden bevorzugt angegangen: die Welt der Konzentrationslager, die Auseinandersetzung zwischen den Machthabern und der Bauernschaft oder die Mechanismen der Entscheidungsfindung in der Führungsspitze. W.N. Zemskow und N. Bugai haben beispielsweise für die De-portierungen der gesamten Stalinzeit eine erste Zahlenbilanz aufgestellt. W.R Danilow und A. Graziosi - der eine in Rußland, der andere in Italien -haben klar gezeigt, daß die Auseinandersetzungen zwischen dem neuen Regime und der Bauernschaft zwar durch eine ständige Weiterentwicklung, aber auch durch eine konstante Grundkonstellation gekeimzeichnet sind. Von O. Chlewniuk stammen hilfreiche Erklärungen über den »ersten Kreml-Kreis«.

Auf der Grundlage dieser Forschungsarbeiten habe ich versucht, die Abfolge der Gewaltzyklen, die in der noch weitgehend zu schreibenden Sozialge-

schichte der UdSSR eine zentrale Rolle spielen, von 1917 an zu rekonstruieren. Ohne sich auf irgendwelche Vorarbeiten stützen zu können, haben die »Pioniere« die tragischen Einzelteile dieser Geschichte erarbeitet, und an Hand dieses weitgehend erforschten Grundgerüsts habe ich die Quellen ausgewählt, die mir für die unterschiedlichen Gewalt- und Repressionsformen, die unterschiedlichen Praktiken und Kategorien der Opfer und die unterschiedlich großen Abstände und Widersprüche die besten Beispiele zu sein schienen: Gewalt in seiner Extremform in einer Leninrede gegen die menschewistischen Oppositionellen, die »alle zu erschießen« wären, aber in Wirklichkeit meistens in die Gefängnisse gebracht worden sind. Gewalt in seiner Extremform bei den Beschlagnahmungskommandos, die Ende 1922 - mehr als ein Jahr, nachdem die NEP von der Parteizentrale beschlossen worden ist, - immer noch die ländliche Bevölkerung terrorisierten. In den dreißiger Jahren setzen sich die Widersprüche fort: Phasen der spektakulären Massenverhaftung wechseln sich ab mit Freilassungswellen im Rahmen von Kampagnen für die »Entlastung der Gefängnisse«. Anhand dieser vielfältigen Fallbeispiele soll eine Liste der unterschiedlichen Gewalt- und Repressionsformen erstellt werden, die das für die Fragen nach den Mechanismen, dem Ausmaß und Sinn des Massenterrors gültige Betrachtungsfeld erweitern.

Da diese Praktiken bis zu Stalins Tod permanent angewandt werden und sie für die Sozialgeschichte der UdSSR erhebliche Folgen haben, halte ich es für gerechtfertigt, zumindest in der ersten Phase die politische Geschichte in den Hintergrund zu stellen. Die Bemühungen um eine Rekonstitution beinhalten auch den Versuch einer abschließenden Zusammenfassung, welche die älteren und neueren Erkenntnisse und die neue Fragen auslösenden Dokumente berücksichtigt. Bei den Dokumenten handelt es sich meistens um Berichte an die Moskauer Zentrale - Mitteilungen der lokalen Funktionäre über die Hungersnot, der örtlichen Tschekaverbände über die Arbeiterstreiks von Tula oder der Lagerverwaltung über den Zustand der Häftlinge -, kurz: um Berichte, die konkrete Realitäten und Extremsituationen dieser stark von Gewalt geprägten Welt schildern.

Um die verschiedenen Fragenkomplexe der vorliegenden Arbeit auseinanderhalten zu können, muß man sich zuerst die verschiedenen Zyklen der Gewalt und Repression vergegenwärtigen.

Der erste Zyklus - von Ende 1917 bis Ende 1922 - beginnt mit der Machtergreifung, die nach Lenin notwendigerweise mit einem Bürgerkrieg einhergeht. Nach einer kurzen Phase, in der die spontanen Gewaltausbrüche der Gesellschaft als zersetzende Kräfte gegen die »alte Ordnung« eingesetzt wurden, kommt es bereits im Frühjahr 1918 zu einer bewußt geplanten Offensive gegen die Bauernschaft, die - von der militärischen Auseinandersetzung zwischen den »Roten« und »Weißen« einmal abgesehen - auf Jahrzehnte hinaus die terroristischen Praktiken prägen und die wohl oder übel in Kauf genommene Unbeliebtheit der politischen Machthaber zur Folge ha-

ben wird. Trotz allem, was in Anbetracht der wenig gefestigten Macht auf dem Spiel stand, ist es erstaunlich, daß man sich zu keinem Zeitpunkt bemüht hat, über Verhandlungen zu einer Lösung zu kommen. Statt dessen versucht man die Flucht nach vom, was die Repressionen gegen den natürlichen Verbündeten der Bolschewiki, die Arbeiter, besonders deutlich zum Ausdruck bringen. Die Revolte von Kronstadt ist in dieser Hinsicht nur eine Folge davon. Der erste Zyklus endet weder mit der Niederlage der Weißen noch mit der NEP, sondern erfährt durch eine von der Gewalt geprägte Basis eine weiterführende Dynamik und kommt erst mit der Hungersnot von 1922, die den letzten Widerstand der Bauern bricht, zum Erliegen.

Was für eine Bedeutung soll man der kurzen Pause (1923-27) zwischen den beiden Gewaltzyklen beimessen? Mehrere Gründe sprechen für einen allmählichen Abbau des für den Bürgerkrieg typischen Umfeldes: die Stärke der politischen Polizei wird drastisch verringert, es kommt zu einem Waffenstillstand mit der Bauernschaft und zum Beginn einer gesetzlichen Reglementierung. Von einem völligen Verschwinden der politischen Polizei kann jedoch nicht die Rede sein, denn ihre Kontroll- und Überwachungsfunktion behält sie durchaus bei. Die kurze Dauer der Pause relativiert auch ihre Bedeutung.

Bilden direkte und allgemeine Auseinandersetzungen den Kontext des ersten Zyklus, so ist der des zweiten durch Machtkämpfe innerhalb der Führungsspitze gekennzeichnet. Zu Beginn dieses zweiten Zyklus startet die stalinistische Gruppe erneut einen Angriff gegen die Bauernschaft. Auf beiden Seiten wird dieses Wiederauftreten von extremen Gewaltformen als Wiederaufnahme der alten Feindseligkeiten gewertet. Die politische Macht knüpft an Praktiken an, in denen sie sich einige Jahre zuvor schon geübt hat. Die Brutalisierung der sozialen Beziehungen während des ersten Zyklus war mit Mechanismen verknüpft, die nun für die nächsten 25 Jahre eine neue Terror- und Regressionsdynamik auslösen. Der zweite Krieg gegen die Bauernschaft ist entscheidend für die Institutionalisierung des Terrors als Regierungsform. Und zwar in mehrerer Hinsicht: er benutzt zum Teil die sozialen Spannungen als Mittel zum Zweck und läßt die auf dem Lande seit jeher präsenten Kräfte »archaischer« Gewalt wieder aufleben; er führt das System der Massendeportationen ein, und bildet auf seiner Grundlage die politischen Führungskräfte des Regimes aus. Und schließlich der räuberische Steuereinzug, der den gesamten Produktionszyklus stört, das »militärisch-feudalistische Wirtschaftssystem« der Bauern - um einen Ausdruck Bucharins zu zitieren - in eine neue Form von Leibeigenschaft verwandelt und dem Stalinismus den Weg zu neuen Extremversuchen öffnet: zur Hungersnot von 1933, die in der Bilanz der Opfer während der Stalinzeit am meisten ins Gewicht fallt. Nach dieser Extremsituation - niemand mehr, der aussät, und kein Platz mehr in den Gefängnissen - zeichnet sich für zwei kurze Jahre eine Kampfpause ab: zum ersten Mal kommt es zur Freilassung von Massen. Doch die wenigen Befriedungsmaßnahmen erzeugen neue

Spannungen: die Kinder der deportierten Kulaken bekommen zwar wieder ihre bürgerlichen Ehrenrechte zugesprochen, dürfen aber nicht in ihre Heimat zurückkehren.

Wie entwickeln und äußern sich - vom Bauernkrieg ausgehend - die verschiedenen Terrorphasen während der dreißiger und vierziger Jahre? Zu ihrer Unterscheidung gibt es verschiedene Anhaltspunkte: beispielsweise die Intensität und Radikalität der Repressionen. Mehr als 85 % der während der gesamten Stalinzeit gefällten Todesurteile fallen in die knapp zwei Jahre währende Zeit des Großen Terrors (Ende 1936 bis Ende 1938). Die Opfer dieser Jahre stammen aus den unterschiedlichsten Gesellschaftsschichten. Der relativ hohe Anteil an hingerichteten oder inhaftierten Führungskräften wird durch die in soziologischer Hinsicht bunte Masse, die den »zufälligen« Liquidierungen zwecks Quotenerfüllung zum Opfer fällt, wieder ausgeglichen. Steht diese blinde und barbarische Repression »über alle Maßen« mit ihren terroristischen Hochzeiten nicht für die Unfähigkeit, manche Hindernisse zu umgehen und Konflikte auf andere Weise als durch Liquidierungen zu lösen?

Ein anderes Unterscheidungskriterium für die verschiedenen Terrorphasen bieten uns die verschiedenen Kategorien der Opfer. Bei zunehmender Sanktionierung der sozialen Beziehungen kommt es im Laufe dieses Jahrzehnts zu mehreren bemerkenswerten Offensiven. Die letzte richtet sich ab 1938 mit einer verstärkt arbeiterfeindlichen Gesetzgebung gegen die »kleinen Leute« der Städte.

Mit der Sowjetisierung der neu annektierten Gebiete und dem Großen Vaterländischen Krieg entsteht eine neue Repressionsphase, in der mit den »Nationalisten« und den »feindlichen Völkern« neue Opferkategorien festgelegt und die Massendeportationen eingeführt werden. Die ersten Anzeichen dieser neuen Welle machen sich bereits 1936/37 mit der Deportierung der Koreaner bemerkbar. Es kommt zu einer verschärften Grenzpolitik.

Ab 1939 geben die Annektierungen der östlichen Regionen Polens und der Baltenländer Anlaß zu neuen Eliminierungen: diesmal sind die Vertreter der sogenannten »nationalistischen Bourgeoisie« die Opfer. Gleichzeitig werden Minderheiten deportiert, die Polen aus Ostgalizien beispielsweise. Zu den Hochzeiten des Krieges nimmt diese Praktik weiterhin zu und stellt für die dringend notwendige Verteidigung des am Rande des Zusammenbruchs stehenden Landes eine zusätzliche Beeinträchtigung dar. Die Deportierungen ganzer Völkerschaften - der Deutschen, Tschetschenen, Tataren, Kalmücken - werden fortgesetzt. Bei der Durchführung dieser Operationen machen sich inzwischen die Erfahrungen, die man seit den frühen dreißiger Jahren auf diesem Gebiet gesammelt hat, bemerkbar. Die Deportierungen sind nicht auf die Kriegszeit beschränkt. Im Rahmen des langwierigen Prozesses der Befriedung und Sowjetisierung der neu annektierten Regionen ziehen sie sich in selektierter Form über die ganzen vierziger Jahre hin. Für die Gulag-Lager ergibt sich daraus ein Zustrom von beachtlichen nationalen

Kontingenten, die das Gesicht der Lager grundlegend verändern, denn nun nehmen die Vertreter der »bestraften Völker« und die nationalen Widerstandskämpfer eine vorherrschende Stellung ein.

Parallel dazu kommt es mit dem Ende des Krieges zu einer verstärkten Sanktionierung des sozialen Verhaltens, was für die Gulag-Lager erneut ein Zustrom bedeutet. In diesen Nachkriegsjahren erreichen die Häftlingszahlen ihre Höchstwerte. Doch in den überfüllten, von zahlreichen Spannungen belasteten Lagern wird die wirtschaftliche Rentabilität zu einem immer größeren Problem. Die ersten Anzeichen einer Krise werden deutlich.

Die letzten, noch weitgehend unerforschten Jahre dieses großen stalinistischen Zyklus zeugen übrigens von für jene Zeit typischen Entgleisungen: Mit dem Wiederaufleben eines latenten Antisemitismus und der Rückkehr des bedrohlichen Bildes der Verschwörung wird eine Rivalität zwischen zwei schwer durchschaubaren Kräften in Szene gesetzt: Banden innerhalb der politischen Polizei oder Lokalgruppen der Partei. Die Historiker sehen sich also veranlaßt, sich die Frage nach der Eventualität einer allerletzten Kampagne zu stellen, eines neuen Großen Terrors, der sich vor allem gegen die jüdische Sowjetbevölkerung gerichtet hätte.

Dieser kurze historische Abriß der ersten 35 Jahre der UdSSR hebt die Praktiken der extremem Gewalt als permanente Form der Gesellschaftspolitik hervor.

Stellt sich seitdem nicht die klassische Frage nach der Fortführung des ersten »leninistischen« Zyklus durch den zweiten »stalinistischen« Zyklus, der erste als Vorläufer des zweiten sozusagen? Es ist offensichtlich, daß das historische Umfeld der beiden Zyklen nicht vergleichbar ist. Der »rote Terror« vom Herbst 1918 ist in einem Kontext allgemeiner Auseinandersetzungen verankert, und die Radikalität der angeordneten Repressionen wird zum Teil erst im Hinblick auf diese Extremsituation verständlich. Der jetzt wiederaufgenommene und dem zweiten Zyklus zugrundeliegende Bauernkrieg hingegen trifft ein befriedetes Land. Es stellt sich die Frage, ob es sich hier um einen permanenten Krieg gegen die überwältigende Mehrheit der Gesellschaft handelt. Abgesehen von dem in seiner Dimension nicht herunterzuspielenden unterschiedlichen Kontext wird der Terror bereits vor dem Ausbruch des Bürgerkriegs als zentrales, den politischen Plänen Lenins dienendes Instrument dargestellt und als Aktionsprogramm, das eigentlich nur vorübergehend gelten soll, in Kauf genommen. So gesehen stellt sich in Anbetracht der kurzen Kampfpause während der NEP und den schwierigen Debatten unter den bolschewistischen Parteiführern über die verschiedenen Entwicklungsrichtungen nach wie vor die Frage, ob eine Normalisierung überhaupt möglich war und ob die Repression als alleiniges Mittel gegen soziale und wirtschaftliche Spannungen sich nicht überlebt hatte. Die ländliche Bevölkerung lebt nämlich in jenen Jahren sehr zurückgezogen, die Macht und die Gesellschaft keimen sich gegenseitig kaum.

Der Krieg gegen die Bauern, der die beiden Gewaltzyklen miteinander

verbindet, bekommt einen matrizenliaften Charakter, denn er scheint die bereits in den Jahren 1918/22 erprobten und entwickelten Praktiken wieder wachzurufen: Beschlagnahmungskampagnen unter Ausnutzung der sozialen Spannungen innerhalb der Bauernschaft, direkte Auseinandersetzungen und das Wiederauftauchen und Wiedererstarken von Formen archaischer Brutalität. Beide Seiten, Täter und Opfer, sind davon überzeugt, erneut ein bereits bekanntes Szenario mitzuerleben.

Auch wenn die Stalinzeit aus einleuchtenden Gründen, die mit der Prägnanz des Terrors als konstitutivem Element der Regierungs- und Gesellschaftspolitik zusammenhängen, uns mit einer völlig eigenen Welt konfrontiert, ist die Frage nach den sich an verschiedenen Aspekten der Repression andeutenden Zusammenhängen dennoch berechtigt. Betrachten wir die Deportationen einmal an Hand ihrer ersten Erscheinungsform: der Entkosakisierung von 1919/20. Als die Kosakengebiete wieder zurückerobert sind, startet die Regierung eine Deportation, welche die gesamte einheimische Bevölkerung betraf Dieser Operation ging eine erste Offensive gegen reichere Kosaken voraus, bei der es jedoch auch - entsprechend dem Eifer, den die vor Ort agierenden Einheiten bei der Erfüllung ihrer Aufgabe an den Tag legten, - zur »physischen Liquidierung der Massen« gekommen ist. In mehrerer Hinsicht nimmt dieses Geschehnis Praktiken und Abläufe vorweg, die sich zehn Jahre später in einem ganz anderem Maßstab und Zusammenhang wiederholen werden: Ächtung einer sozialen Gruppe, Übereifer bei den Ausführungen der Anweisungen vor Ort und schließlich die Idee, die Feinde mit den Deportationen auszurotten. Für all diese Elemente gibt es erstaunliche Parallelen zu den Praktiken der Entkulakisierung.

Wenn man diese Überlegung jedoch auf das allgemeinere Phänomen des kollektiven Ausschlusses ausdehnt, auf die Isolierung von feindlichen Gruppen mit der sich daran während des Bürgerkrieges anschließenden Errichtung eines Lagersystems, so muß man die starken Brüche zwischen diesen beiden Repressionszyklen betonen. Die während des Bürgerkriegs errichteten Lager und die in den zwanziger Jahren üblichen Verbannungen haben weder in ihrer Zielsetzung noch in ihrer Realität irgendwelche Gemeinsamkeiten mit dem Konzentrationslagersystem, das sich in den dreißiger Jahren entwickelt. Die große Reform von 1929 führt nämlich nicht nur zur Aufgabe der gewöhnlichen Formen der Haft, sondern sie legt auch die Grundlagen für ein neues, unter anderem durch Zwangsarbeit gekennzeichnetes System. Mit der Errichtung der Gulaglager kommt die zentrale Frage auf, ob der Ausschluß von vorneherein beabsichtigt ist oder nicht und ob der Ausschluß ein dauerhaftes Mittel für den Plan der wirtschaftlichen und sozialen Umwandlung ist. Mehrere Punkte, die alle in wichtigen Arbeiten behandelt werden, scheinen dies zu bejahen: In erster Linie ist es der geplante Charakter des Terrors, so wie er durch die Quotenpolitik - angefangen bei der Entkulakisierung bis hin zum Großen Terror - zum Ausdruck kommt. Dieser geplante Charakter kann als Ausdruck dieser grundsätzlichen Absicht ver-

standen werden. Die Untersuchungen in den Archiven bestätigen diese Zahlenbesessenheit, welche die verschiedenen Verwaltungsebenen - von der Spitze bis zur Basis - in Bewegung hält. Regelmäßige Zahlenbilanzen zeugen offensichtlich von der perfekten Kontrolle der Verantwortlichen über den Repressionsprozeß. Über sie kann der Historiker auch das Maß der Intensität in seiner ganzen Vielschichtigkeit herausfinden, ohne die Zahlen über zu bewerten. Die Chronologie der verschiedenen, heute besser bekannten Repressionswellen bestätigt gewissermaßen die Vorstellung von einer geordneten Abfolge von Operationen.

Doch die Rekonstruktion des gesamten Repressionsprozesses, der Kette von Befehlsanweisungen und der Art, wie sie umgesetzt wurden, des Verlaufs der Operationen sozusagen widerlegt in vielerlei Hinsicht die Vorstellung von einem erarbeiteten und überwachten Plan mit langfristigen Zielen. Vor allem bei einer näheren Untersuchung der Repressionsplanung entdeckt man in den verschiedenen Operationsphasen zahlreiche Zufälligkeiten und immer wieder auftretende Schwächen. Eines der markantesten Beispiele in dieser Hinsicht ist die ziellose Deportation der Kulaken. Die Tatsache, daß sie zunächst deportiert und schließlich sich selbst überlassen wurden, zeigt deutlich, welche Rolle die Improvisation und das Chaos dabei spielten. Auch die »Kampagnen zur Entlastung« der Strafanstalten weisen auf das Fehlen einer klaren Planung hin. Und was die Befehlsweiterleitung und Ausführung betrifft, so ist das Bemühen, dem Befehl zuvorzukommen oder ihn mit Übereifer zu befolgen, ein weitverbreitetes Phänomen. Es kommt zu einer erheblichen »Abweichung innerhalb der hierarchischen Linie«.

Auch im Hinblick auf die Gulag-Lager werden die Interessen und Ziele von dem, was sich schließlich als System durchgesetzt hat, mit zunehmender Erforschung immer komplexer und sind schwieriger auseinanderzuhalten. Das Bild von der stalinistischen Ordnung mit dem Gulag-System als seiner »schwarzen«, aber vollendeten Seite erfahrt durch die heute einsehbaren Dokumente, welche die zahlreichen Widersprüche der Lagerwelt besser an den Tag bringen, viele Abstriche: die unaufhörliche Ankunft der ausgegrenzten Gruppen scheinen das Produktionssystem eher zu stören als es in seiner Leistungsfähigkeit zu fördern. Trotz einer stark ausgearbeiteten Kategorisierung der Häftlinge scheinen die Grenzen zwischen den verschiedenen Lagerwelten wenig eindeutig zu sein, ja sogar völlig zu fehlen. Auch die Frage nach der wirtschaftlichen Rentabilität dieses Systems stellt sich nach wie vor.

In Anbetracht dieser Widersprüche, Improvisationen und Folgeeffekte wurden mehrere Thesen formuliert, die sich alle mit den Gründen, die in periodischen Abständen zu Massenrepressionen führen, und mit der der Gewalt- und Terrorbewegung innewohnenden Logik beschäftigen.

Bei ihrem Versuch, die Motive, die dem großen stalinistischen Repressionszyklus zugrundeliegen, zu analysieren, haben die Historiker den Anteil der Improvisation und der Flucht nach vom anläßlich der die Modernisie-

rung einleitenden »Großen Wende« deutlich herausgearbeitet. Diese durch den Bruch entstandene Dynamik entwickelt sich umgehend zu einer so starken Offensive, daß die Macht sich nur über eine wachsende Radikalisierung der Terrorpraktiken in der Illusion wiegen kann, diese zu kontrollieren. Von diesem Moment an befindet man sich innerhalb einer extremen Gewaltbewegung, deren Mechanismen, Folgeeffekte und Maßlosigkeit den Zeitgenossen und auch den Historikern immer noch weitgehend entgehen. Der Repressionsprozeß als einzige Antwort auf die Konflikte und Hindernisse erzeugt neue unkontrollierte Bewegungen, welche die Spirale der Gewalt weiter nach oben treiben.

Der Terror als zentrales Phänomen der Politik- und Sozialgeschichte der UdSSR wirft heute Fragen auf, die sich immer komplexer gestalten. Die gegenwärtigen Forschungsarbeiten widerlegen zumindest teilweise die Thesen, die lange Zeit in der Sowjetologie vorherrschend waren. Ohne eine globale und definitive Erklärung eines Phänomens geben zu wollen, das sich wegen seiner Unfaßbarkeit jedem Verständnis entzieht, bemühen sie sich eher um eine Analyse der Mechanismen und der Dynamik der Gewalt.

In dieser Hinsicht gibt es nach wie vor zahlreiche Dunkelzonen, vor allem was die durch die Gewaltanwendung betroffenen sozialen Verhaltensweisen betrifft. Was in der Forschungsarbeit noch nicht berücksichtigt wurde, ist die Frage nach den Tätern. Man wird also die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit prüfen müssen, die Opfer, aber auch diejenigen, die aktiv am Geschehen beteiligt waren.

Teil Zwei

Weltrevolution, Bürgerkrieg und Terror

von Stéphane Courtois,
Jean-Louis Panné und Rémi Kauffer

1

Die Komintern in Aktion

von Stéphane Courtois und Jean-Louis Panné

Kaum an der Macht, träumte Lenin davon, das revolutionäre Feuer in Europa und schließlich auf der ganzen Welt zu entfachen. Dieser Traum folgte zunächst Marx' berühmtem Aufruf im Kommunistischen Manifest von 1848: »Proletarier aller Länder, vereinigt euch!« Doch gleich von Anfang an entsprach er auch einer zwingenden Notwendigkeit: Die bolschewistische Revolution konnte sich nur an der Macht halten und weiterentwickeln, wenn sie von anderen Revolutionen in den fortgeschrittensten Ländern geschützt, unterstützt und weiterverbreitet wurde. Lenin dachte vor allem an Deutschland mit seinem straff organisierten Proletariat und seinem außerordentlichen Industriepotential. Aus dieser, den Zeitumständen entspringenden Notwendigkeit wurde bald ein regelrechter politischer Plan: die Weltrevolution.

Einen Augenblick lang schienen die Ereignisse dem Führer der Bolschewiki recht zu geben. Die Auflösung des deutschen und des österreichisch-ungarischen Reiches nach der militärischen Niederlage 1918 zog in Europa ein politisches Erdbeben nach sich, begleitet von einem gewaltigen revolutionären Aufwind. Noch bevor die Bolschewiki mehr als eine verbale und propagandistische Initiative ergreifen konnten, schien die Revolution im Gefolge der deutschen und österreichisch-ungarischen Niederlage zu erwachen.

Die Revolution in Europa

Deutschland war das erste Land, das noch vor der Kapitulation von einer allgemeinen Meuterei der kaiserlichen Matrosen erschüttert wurde. Die Niederlage des Reichs und die Gründung einer von Sozialdemokraten geführten Republik mußte sowohl Armee, Polizei und einige ultranationalistische Freikorps als auch die revolutionären Anhänger der Diktatur der Bolschewiki aufrütteln.

In Berlin veröffentlichten bereits im Dezember 1918 Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht das Programm des Spartakusbundes, der einige Tage später aus der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) austrat

und die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) gründete. Anfang Januar 1919 wagten die Spartakisten, angeführt von Karl Liebknecht - er war um einiges extremistischer als Rosa Luxemburg[1] und lehnte nach Lenins Vorbild die Idee einer Wahl zum Parlament ab -, einen Aufstand in Berlin, der von Soldaten auf Befehl der sozialdemokratischen Regierung niedergeschlagen wurde. Beide Führer wurden festgenommen und am 15. Januar ermordet. In Bayern geschah das gleiche. Dort stellte sich am 13. April 1919 ein Funktionär der KPD, Eugen Leviné, an die Spitze einer Räterepublik, verstaatlichte die Banken und begann mit dem Aufbau einer Roten Armee. Diese Münchener Kommune wurde am 30. April militärisch niedergeschlagen und Levine am 13. Mai festgenommen. Er wurde von einem Standgericht zum Tode verurteilt und am 5. Juni erschossen.

Das berühmteste Beispiel dieser revolutionären Welle ist Ungarn; ein besiegtes Ungarn, das die von den Alliierten aufgezwungene Abtrennung Siebenbürgens schwer akzeptierte.[2] Es handelte sich hier um den ersten Fall, in dem die Bolschewiki ihre Revolution exportieren konnten. Bereits zu Beginn des Jahres 1918 hatte die bolschewistische Partei in ihrem Schoß alle nichtrussischen Sympathisanten zu einer Föderation ausländischer Kommunistengruppen zusammengefaßt. Es existierte also in Moskau eine ungarische, hauptsächlich aus ehemaligen Kriegsgefangenen gebildete Gruppe. Sie schickte schon im Oktober 1918 etwa 20 Mitglieder nach Ungarn. Am 4. November wurde in Budapest die Kommunistische Partei Ungarns (KPU) gegründet, an deren Spitze bald Bela Kun stand. Er hatte sich als Kriegsgefangener der bolschewistischen Revolution mit einer derartigen Begeisterung angeschlossen, daß er im April 1918 Präsident der Föderation ausländischer Gruppen wurde. Im November kam er mit 80 aktiven Mitgliedern nach Ungarn und wurde zum Parteiführer gewählt. Man schätzt, daß von Ende 1918 bis Anfang 1919 zwischen 250 und 300 »Agitatoren« und Emissäre in Ungarn eintrafen. Dank der finanziellen Unterstützung der Bolschewiki waren die ungarischen Kommunisten in der Lage, ihre Propaganda zu entfalten und ihren Einfluß zu vergrößern.

Das Gebäude der offiziellen Zeitung der Sozialdemokraten, der *Nepszava {Stimme des Volkes),* die sich entschieden gegen die Bolschewiki stellte, wurde am 18. Februar 1919 von einer Menge aus Arbeitslosen und Soldaten angegriffen, die, mobilisiert von den Kommunisten, die Redaktion besetzen bzw. die Druckerei zerstören wollten. Die Polizei griff ein; es gab acht Tote und etwa 100 Verletzte. Noch in derselben Nacht wurden Bela Kun und sein Generalstab festgenommen, von Polizeibeamten verprügelt und im Zentralgefängnis eingesperrt. Die Polizisten wollten sich auf diese Weise am Tod ihrer Kameraden rächen, die beim Sturm auf die *Nepszava* getötet worden waren. Der ungarische Präsident, Mihály Károlyi, schickte seinen Sekretär, der nach der Gesundheit des Kommunistenführers fragen sollte. Dieser genoß fortan eine sehr liberale Behandlung, die ihm gestattete, seine Aktion fortzusetzen und die Lage zu wenden. Am 21. März gelang ihm, noch aus

dem Gefängnis heraus, ein beachtlicher Erfolg: der Zusammenschluß der kommunistischen und der sozialdemokratischen Partei. Gleichzeitig ebnete die Abdankung des Präsidenten Károlyi den Weg zur Ausrufung der Räterepublik, Befreiung der gefangenen Kommunisten und Bildung eines revolutionären Staatsrats mit Volkskommissaren nach bolschewistischem Muster. Diese Republik überdauerte 133 Tage, vom 21. März bis zum 1. August 1919.

Bereits in der ersten Sitzung beschlossen die Kommissare, Revolutionstribunale mit aus dem Volk gewählten Richtern ins Leben zu rufen. Lenin, der vom 22. März an regelmäßigen telegrafischen Kontakt zu Budapest hatte (es wurden 218 Nachrichten ausgetauscht) und in dem Bela Kun den Führer des Weltproletariats sah, gab den Ratschlag, Sozialdemokraten und »Kleinbürger« zu erschießen; in einer Botschaft an die ungarischen Arbeiter vom 27. Mai 1919 rechtfertigte er die Zuflucht zum Terror folgendermaßen: »Diese Diktatur [des Proletariats] setzt die schonungslos harte, schnelle und entschiedene Gewaltanwendung voraus, um den Widerstand der Ausbeuter, der Kapitalisten, Gutsbesitzer und ihrer Handlanger zu brechen. Wer das nicht verstanden hat, der ist kein Revolutionär.«[2a]

Bald schon verscherzten es sich der Volkskommissar für Handel, Mátyás Rákosi, und der Volkskommissar für Wirtschaft, Eugen (Jenó) Varga, sowie der verantwortliche Volkskommissar für die Volksgerichte, mit Kaufleuten, Angestellten und Rechtsanwälten. Es wurden Plakate mit einer Proklamation an die Mauern geklebt, die den Geist der Stunde zusammenfaßten: »In einem proletarischen Staat hat nur der ein Recht auf Leben, der arbeitet.« Arbeit wurde Pflicht, Unternehmen mit mehr als zwanzig Arbeitern wurden enteignet, dann die mit zehn und schließlich sogar jene mit weniger als zehn.

Armee und Polizei wurden aufgelöst, und es wurde eine neue Armee mit im Sinne der Revolution zuverlässigen Freiwilligen gebildet. Bald entstand eine »Terrortruppe des Revolutionsrats der Regierung« - auch bekannt unter dem Namen »Leninbuben« -, der etwa zehn Menschen, darunter ein junger Leutnant zur See, Ladislas Dobsa, ein ehemaliger Unterstaatssekretär und sein Sohn - Direktor der Eisenbahn - sowie drei Gendarmerieoffiziere, zum Opfer fielen. Die »Leninbuben« waren einem alten Matrosen, József Czerny, unterstellt, der die radikalsten Kommunisten aussuchte, vor allem ehemalige Kriegsgefangene, die an der russischen Revolution teilgenommen hatten. Czerny stand Tibor Szamuely nahe, dem radikalsten der kommunistischen Führer, und damit im Gegensatz zu Bela Kun; letzterer schlug daraufhin die Auflösung der »Leninbuben« vor. Im Gegenzug versammelte Czerny seine Männer und ließ sie auf das Haus der Sowjets marschieren, wo aber Bela Kun die Unterstützung des Sozialdemokraten József Haubrichs, des stellvertretenden Volkskommissars für das Kriegswesen, erhielt. Schließlich verhandelte man, und Czernys Männer stimmten zu, das Volkskommissariat dem des Inneren zu unterstellen oder sich der Armee anzuschließen, was die meisten taten.

An der Spitze von etwa zwanzig »Leninbuben« begab sich Tibor Szamuely nach Szolnok, der ersten von der ungarischen Roten Armee besetzten Stadt und ließ dort mehrere Notabeln erschießen, die der Kollaboration mit den Rumänen beschuldigt wurden. Die Rumänen wurden einerseits als Staatsfeinde angesehen (wegen der Siebenbürgen-Frage), andererseits als politische Gegner (die rumänische Regierung lehnte den Bolschewismus ab). Ein jüdischer Schüler bat um Gnade für seinen Vater, der getötet wurde, weil er Szamuely ein »wildes Tier« genannt haben sollte. Der Führer der Roten Armee versuchte vergeblich, den terroristischen Eifer Szamuelys zu bremsen, der mit einem requirierten Zug durch Ungarn fuhr und Bauern hängte, die sich den Kollektivierungsmaßnahmen widersetzten. Als sein Adjutant József Kerekes des Mordes an 500 Menschen angeklagt wurde, mußte er gestehen, fünf Menschen erschossen und 13 mit eigenen Händen gehängt zu haben. Die genaue Zahl der Hinrichtungen wurde nicht festgestellt. Arthur Koestler behauptet, sie sei unter 500 geblieben.[3] Er bemerkt jedoch: »Ich zweifle nicht daran, daß auch der ungarische Kommunismus im Laufe der Zeit in einen totalitären Polizeistaat ausgeartet wäre, da er sich seinem russischen Vorbild hätte zwangsweise anpassen müssen.« [3a] Die Historiker schreiben den »Leninbuben« 80 der 129 erfaßten Hinrichtungen zu, aber wahrscheinlich beläuft sich die Zahl auf mehrere hundert Opfer

Mit der Zunahme des Widerstands und der Verschlechterung der militärischen Lage gegenüber den rumänischen Truppen, griff die revolutionäre Regierung zunehmend auf den Antisemitismus zurück. Ein Plakat denunzierte die Juden, weil sie sich weigerten, an die Front zu ziehen: »Rottet sie aus, wenn sie ihr Leben nicht für die heilige Sache der Diktatur des Proletariats einsetzen wollen!« Bela Kun ließ 5000 polnische Juden ausplündern, die versuchten, sich in Ungarn niederzulassen. Ihre Habe wurde konfisziert, und man wies sie aus. Die Radikalen in der Kommunistischen Partei Ungarns verlangten, daß Szamuely die Leitung der Geschäfte übernehmen solle; sie verlangten desgleichen eine »rote Bartholomäusnacht«, als ob dies das einzige Mittel gewesen wäre, die Verschlechterung der Lage der Räterepublik aufzuhalten. Czerny versuchte, seine »Leninbuben« neu zu organisieren. Mitte Juli erschien ein Aufruf in der *Nepszava:* »Wir fordern alle Mitglieder der Terroristentruppe auf, die bei der Auflösung der Truppe demobilisiert wurden, sich zum erneuten Einsatz bei József Czerny zu melden...«

Am nächsten Morgen erschien ein offizielles Dementi: »Wir teilen allen mit, daß eine Wiederaufnahme des Dienstes der ehemaligen ›Leninbuben‹ keineswegs in Frage gezogen werden kann: sie haben Untaten begangen, die zu gravierend für die proletarische Ehre sind, daß ein erneuter Einsatz im Dienste der Räterepublik ausgeschlossen ist.«

Die letzten Wochen der Budapester Kommune waren chaotisch. Bela Kun sah sich einem wahrscheinlich von Szamuely angezettelten, gegen ihn gerichteten Putschversuch gegenüber Am 1. August 1919 verließ er Budapest

unter dem Schutz des italienischen Militärkommandos; im Sommer 1920 flüchtete er in die Sowjetunion, wo er sofort nach seiner Ankunft zum politischen Kommissar der Roten Armee an der Südfront ernannt wurde. Dort zeichnete er sich aus, indem er Wrangels Offiziere hinrichten ließ, die sich unter der Zusage ergeben hatten, daß ihr Leben verschont werde. Szamuely versuchte, nach Österreich zu entkommen, wurde aber am 2. August festgenommen. Er beging Selbstmord.[4]

Komintern und Bürgerkrieg

Zur gleichen Zeit, als Bela Kun und seine Genossen versuchten, eine zweite Sowjetrepublik zu gründen, entschloß sich Lenin, eine internationale Organisation zu gründen, die in der Lage sein sollte, die Revolution in die ganze Welt zu tragen. Die Kommunistische Internationale - auch Komintern oder IIL Internationale genannt - wurde im März 1919 in Moskau gegründet, und zwar in Konkurrenz zur Sozialistischen Arbeiterinternationale (der 1889 gegründeten II. Internationale). Indessen entsprach der Gründungskongreß der Komintern eher einem dringenden propagandistischen Bedürfnis und dem Versuch, die spontanen Bewegungen, die in jener Zeit Europa erschütterten, an sich zu fesseln, als der tatsächlichen Fähigkeit, eine Organisation zu bilden. Die eigentliche Gründung der Komintern muß man auf den II. Kongreß im Sommer 1920 verlegen. Dort wurden 21 Aufnahmebedingungen angenommen, die die Sozialisten, soweit sie sich anschließen wollten, erfüllen mußten. Dadurch wurde eine extrem zentralistische Organisation geschaffen - »der Führungsstab der Weltrevolution« -, in der die bolschewistische Partei bereits das ganze beherrschende Gewicht ihres Prestiges, ihrer Erfahrung und ihrer staatlichen Macht (besonders der finanziellen, militärischen und diplomatischen) einzusetzen wußte.

Die Komintern war von Beginn an von Lenin als eines von mehreren Instrumenten der internationalen Unterwanderung - die Rote Armee, die Diplomatie, die Spionage usw. - konzipiert worden. Ihre politische Doktrin war also eng an die bolschewistische angelehnt: Die Zeit war gekommen, an die Stelle der Waffe der Kritik die Kritik der Waffen zu stellen. Das auf dem II. Kongreß verabschiedete Manifest verkündete stolz: »Die Kommunistische Internationale ist die internationale Partei des proletarischen Aufstandes und der proletarischen Diktatur.«[4a] Folgerichtig besagte eine der 21 Bedingungen: »Fast in allen Ländern Europas und Amerikas tritt der Klassenkampf in die Phase des *Bürgerkrieges* ein. Unter derartigen Verhältnissen können die Kommunisten kein Vertrauen in die bürgerliche Legalität haben. Sie sind verpflichtet, überall einen parallelen Organisationsapparat zu schaffen, der im entscheidenden Moment der Partei behilflich sein wird, ihre Pflicht gegenüber der Partei zu erfüllen.«[4b] Beschönigende Formulierungen: der »entscheidende Moment« war der revolutionäre Aufstand; und die

»Pflicht gegenüber der Revolution« war der Zwang, sich in den Bürgerkrieg zu stürzen. Es war eine Politik, die sich nicht auf Diktaturen beschränkte, sondern auch auf demokratische Länder, auf konstitutionelle Monarchien oder Republiken anzuwenden war.

Die 12. Bedingung verdeutlichte die organisatorischen Anforderungen für die Vorbereitung dieses Bürgerkriegs: »In der gegenwärtigen Epoche des verschärften Bürgerkrieges wird die kommunistische Partei nur dann imstande sein, ihrer Pflicht zu genügen, wenn eiserne Disziplin in ihr herrscht und wenn ihr Parteizentrum, getragen von dem Vertrauen der Parteimitgliedschaft, mit der Fülle der Macht, Autorität und den weitgehendsten Befugnissen ausgestattet wird.«[4c] Die 13. Bedingung befaßte sich mit dem Fall, in dem die Aktivisten nicht »einer Meinung« sind: »Die kommunistischen Parteien [...] müssen von Zeit zu Zeit Säuberungen des Bestandes ihrer Parteiorganisation vornehmen, um die Partei von den sich in sie schleichenden kleinbürgerlichen Elementen systematisch zu reinigen.«[4d]

Beim III. Kongreß, der im Juni 1921 in Moskau mit zahlreichen bereits gegründeten kommunistischen Parteien stattfand, wurde die Orientierung noch deutlicher. Die »Thesen über die Taktik« gaben vor; »Die Kommunistische Partei muß den breitesten Schichten des Proletariats das Verständnis für Wort und Tat einflößen, daß ein jeder wirtschaftliche oder politische Kampf - bei entsprechender Kombination der Verhältnisse - sich in einen Bürgerkrieg entfalten kann, im Laufe dessen es zur Aufgabe des Proletariats wird, die Staatsmacht zu erobern.«[4e] Und die »Leitsätze über den organisatorischen Aufbau der Kommunistischen Parteien, über die Methoden und den Inhalt ihrer Arbeit« erklärten ausführlich die Fragen der »offenen revolutionären Erhebung« und des »bewaffneten Kampfs«, die jede kommunistische Partei im geheimen in ihren Reihen schaffen müßte; die Thesen legten dar, daß diese Vorbereitungen unerläßlich seien, in dem Maße, daß von »der Formierung einer regulären Roten Armee [...] zu dieser Zeit noch keine Rede sein« kann.

Im März 1921 war es in Deutschland nur ein Schritt von der Theorie zur Praxis, als die Komintern eine revolutionäre Aktion großen Stils unter der Führung von ... Bela Kun plante, der inzwischen zum Mitglied des Präsidiums der Komintern gewählt worden war. Als die Bolschewiki die Kommune von Kronstadt zerschlugen, wurde die »Märzaktion« gestartet, der Versuch eines Aufstands in Sachsen, der trotz der eingesetzten Gewaltmittel, wie des Sprengstoffattentats auf den Schnellzug Halle-Leipzig, scheiterte. Dieses Scheitern hatte eine erste Säuberungsaktion in den Reihen der Komintern zur Folge. Paul Levi, einer der Gründer und Vorsitzender der KPD, wurde wegen seiner Kritik an solchem »Abenteurertum« gestürzt. Unter dem prägenden Einfluß des bolschewistischen Modells wurden so die kommunistischen Parteien - die, »institutionell« gesehen nichts weiter waren als nationale Sektionen der Internationale - mehr und mehr in politische und organisatorische Unterordnung (aus der später eine Unterwerfung werden

sollte) unter die Komintern gezwungen: Sie löste die Konflikte und bestimmte in letzter Instanz die Politik jeder einzelnen Unterorganisation. Die Tendenz zum »Aufstand«, wie sie hauptsächlich Grigorij Sinowjew vertrat, wurde von Lenin selbst kritisiert. Obwohl er also im Grunde Paul Levi zustimmte, gab er die KPD-Führung in die Hände seiner Gegner. Der Komintern-Apparat wurde dementsprechend in seinem Einfluß gestärkt.

Im Januar 1923 besetzten französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet, um von Deutschland die Zahlung der Reparationen zu erzwingen, wie sie im Versailler Vertrag vorgesehen waren. Eine der praktischen Folgen dieser militärischen Besetzung war die Annäherung zwischen Nationalisten und Kommunisten gegen den »französischen Imperialismus«; eine andere der Aufruf zum passiven Widerstand mit Unterstützung der Regierung. Die bereits unsichere wirtschaftliche Situation verschlechterte sich radikal; der Wert des Geldes verfiel, und im August war ein Dollar 13 Millionen Mark wert! Streiks, Demonstrationen und Aufruhr lösten sich ab. Am 13. August stürzte in einem revolutionären Klima die Regierung Wilhelm Cuno.

Die Komintern-Führung in Moskau war der Meinung, ein neuer Oktober stehe bevor. Nachdem die Meinungsverschiedenheiten zwischen den führenden Köpfen beseitigt worden waren - ob Trotzki, Sinowjew oder Stalin das Kommando über diese zweite Revolution übernehmen sollte -, machte sich die Komintern ernsthaft an die Organisation des bewaffneten Aufstands. Die Emissäre (August Guralski, Mätyäs Räkosi) wurden in Begleitung von Bürgerkriegsspezialisten (darunter Alexander Skoblewski, alias Gorew) nach Deutschland geschickt. Es war geplant, sich auf Arbeiterregierungen aus linken Sozialdemokraten und Kommunisten zu stützen, die im Entstehen waren, um sich so Waffen in großem Umfang zu verschaffen. Der eilig nach Sachsen geschickte Rákosi hatte vor, eine Eisenbahnbrücke zwischen Sachsen und der Tschechoslowakei zu sprengen, um letztere zum Eingreifen zu zwingen und die Verwirrung auf diese Weise noch zu vergrößern.

Die Aktion sollte am Jahrestag des bolschewistischen Putschs beginnen. In Moskau machte sich Erregung breit, man glaubte dort an einen sicheren Sieg und mobilisierte die Rote Armee an der Westgrenze, um gegebenenfalls dem Aufstand zu Hilfe zu kommen. Mitte Oktober traten die Kommunistenführer in die Regierungen von Sachsen und Thüringen ein mit der Weisung, die proletarischen Milizen zu stärken. Es waren mehrere Hundert, die sich zu 25 % aus sozialdemokratischen Arbeitern und zu 50% aus Kommunisten zusammensetzten. Aber am 13. Oktober rief die Regierung Gustav Stresemann den Ausnahmezustand in Sachsen aus, das fortan unter direkter Kontrolle des Reiches stand, so daß jederzeit die Reichswehr eingreifen konnte. Trotzdem rief Moskau zur Bewaffnung der Arbeiter auf, und Heinrich Brandler beschieß nach seiner Rückkehr aus Moskau, anläßlich einer Konferenz von Arbeiterorganisationen in Chemnitz am 21. Oktober, den Generalstreik auszurufen. Der Schachzug scheiterte, die linken Sozialdemo-

kraten verweigerten den Kommunisten ihre Zustimmung. Diese beschlossen, einen Rückzieher zu machen, aber wegen Übermittlungspannen gelangte die Nachricht nicht zu den Kommunisten nach Hamburg. Dort brach am 23. morgens der Aufstand los: Die kommunistischen Kampfgruppen (200 bis 300 Mann) griffen ein Polizeirevier an. Als der Überraschungseffekt vorüber war, wurde die Lage der Aufständischen aussichtslos. Die Polizei ging zusammen mit der Reichswehr zum Gegenangriff über, und nach einem Kampf von 33 Stunden wurde der völlig isolierte Aufruhr der Kommunisten in Hamburg niedergeschlagen. Ein zweiter Oktober, den sich Moskau so sehr gewünscht hatte, fand nicht statt. Der »M-Apparat« blieb trotzdem bis in die dreißiger Jahre hinein bestehen: ein wichtiges Organisationsglied der KPD, das einer seiner Leiter, Jan Valtin - sein wahrer Name war Richard Krebs -, später zutreffend beschrieb.[5]

Nach Deutschland war die Republik Estland der nächste Schauplatz eines Aufstandsversuchs. Es handelte sich um die zweite Aggression, die das kleine Land über sich ergehen lassen mußte. Am 27. Oktober 1917 hatte ein Sowjet in Tallinn (Reval) die Macht übernommen, das Parlament aufgelöst, die für die Kommunisten schlecht ausgegangenen Wahlen annulliert. Als ein deutsches Expeditionskorps eingriff, traten die Kommunisten den Rücktritt an. Kurz vor Ankunft der Deutschen hatten die Esten am 24. Februar 1918 die Unabhängigkeit erklärt. Die deutsche Besatzung dauerte bis zum November 1918. Nach der Niederlage des Kaisers waren die deutschen Truppen ihrerseits gezwungen, sich zurückzuziehen; woraufhin die Kommunisten wiederum die Initiative ergriffen: Am 18. November wurde in Petrograd eine Regierung gebildet, und zwei Divisionen der Roten Armee fielen in Estland ein. Das Ziel dieser Offensive wurde in der Zeitung *Swernaja Kommuna (Die Kommune im Norden)* folgendermaßen erläutert: »Wir mußten eine Brücke von Sowjetrußland bis zum proletarischen Deutschland und Österreich herstellen. [...] Unser Sieg vereinte die revolutionären Kräfte Westeuropas mit denen Rußlands. Er verlieh der weltweiten sozialen Revolution eine unwiderstehliche Kraft.«[6] Im Januar 1919 waren die sowjetischen Truppen bis auf 30 km an die Hauptstadt herangekommen und wurden dort von einem estländischen Gegenangriff gestoppt. Ihre zweite Offensive scheiterte ebenfalls. Am 2. Februar 1920 erkannten die russischen Kommunisten die Unabhängigkeit Estlands im Frieden von Tartu an. Wo immer die Bolschewiki als Besetzer auftraten, sind Massaker festzustellen: Am 14. Januar 1920 töteten sie in Tartu am Vorabend ihres Rückzugs 250 Menschen und mehr als tausend im Distrikt Rakvere. Bei der Befreiung von Wesenberg am 17. Januar wurden drei Gräben geöffnet (86 Leichen). In Dorpat waren am 26. Dezember 1919 Geiseln gefoltert und anschließend erschossen worden; ihre Arme und Beine waren gebrochen und in einigen Fällen die Augen ausgestochen worden. Am 14. Januar konnten die Bolschewiki kurz vor ihrer Flucht noch zwischen 20 und 200 Gefangene hin-

richten, darunter den Erzbischof Platon. Da die Opfer mit Axt- und Kolbenschlägen niedergemetzelt worden waren - man fand einen Offizier, dem man die Epauletten auf den Körper genagelt hatte! -, konnte man sie schwer identifizieren.

Auch nach der Niederlage versuchten die Sowjets weiter, den kleinen Staat ihrer Einflußsphäre einzugliedern. Im April 1924 beschloß die Kommunistische Partei Estlands im Laufe geheimer Gespräche mit Sinowjew in Moskau die Vorbereitung eines bewaffneten Aufstands. Die Kommunisten stellten sorgfältig Kampftruppen auf, die in Kompanien gegliedert waren (im Herbst etwa 1000), und begannen mit der Demoralisierung der Armee. Es war geplant, den Aufstand auszulösen und ihn dann mit einem Streik zu unterstützen. Die estländische KP, die etwa 3000 Mitglieder zählte und mit harter Hand geführt wurde, versuchte am 1. Dezember 1924, die Macht in Tallinn zu ergreifen, um eine Sowjetrepublik auszurufen, deren Hauptrolle es sein sollte, sofort um den Anschluß an Sowjetrußland zu bitten und so die Entsendung der Roten Armee zu rechtfertigen. Der Plan scheiterte noch am selben Tag. »Die Arbeitermassen unterstützten die Aufständischen nicht aktiv gegen die Konterrevolution. Die Arbeiterklasse von Reval blieb im großen und ganzen in der Rolle des unbeteiligten Zuschauers.«[7] Dem Anführer der Operation, Jan Anweit, gelang die Flucht in die UdSSR. Er war dann lange Jahre Funktionär der Komintern, bis er bei den Säuberungen verschwand.[8]

Nach Estland wurde Bulgarien zum nächsten Schauplatz des Geschehens. 1923 war das Land durch schwere Unruhen erschüttert worden. Alexander Stambolijski hatte die Koalition aus Kommunisten und seiner eigenen Partei, der Bulgarischen Bauernpartei, geführt und war im Juni 1923 ermordet worden. An seiner Stelle trat Alexander Zankow mit Unterstützung der Armee und der Polizei an die Spitze der Regierung. Im September lösten die Kommunisten einen Aufstand aus, der eine Woche dauerte, bis er gewaltsam niedergeschlagen wurde. Im April 1924 änderten sie ihre Taktik und gingen zu direkten Aktionen über, auch zu Attentaten. Am 8. Februar 1925 forderte ein Angriff auf die Unterpräfektur von Godetch vier Todesopfer. Am 11. Februar wurde der Abgeordnete Nicolas Milew, Direktor der Zeitung *Slovet* und Vorsitzender des Verbands der bulgarischen Journalisten, ermordet. Am 24. März verkündete ein Manifest der bulgarischen KP vorzeitig den unvermeidlichen Sturz von Zankow. Damit enthüllte sie den Zusammenhang zwischen der Terrortat und den politischen Zielen der Kommunisten. Anfang April scheiterte ein Attentat auf Boris III. knapp; am 15. wurde General Kosta Georgiew, einer seiner Vertrauten, getötet.

Dann folgte das entscheidendste Ereignis in den Jahren der politischen Gewalt in Bulgarien. Am 17. April verursachte bei den Trauerfeierlichkeiten für General Georgiew in der Kathedrale von Sofia eine schreckliche Explosion den Einsturz der Kuppel. Es wurden 400 Tote, darunter 14 Generäle,

16 hohe Offiziere und drei Abgeordnete, gezählt. Nach Aussage von Victor Serge war das Attentat von der militärisch-technischen Kommission der kommunistischen Partei organisiert worden. Die mutmaßlichen Urheber des Attentats, Kosta Jankow und Iwan Minkow, zwei Führer dieser Organisation, wurden beim Versuch ihrer Festnahme mit Waffen in der Hand getötet.

Das Attentat gab den Anlaß zu einer grausamen Strafaktion: 3000 Kommunisten wurden festgenommen und drei von ihnen öffentlich erhängt: Einige Mitglieder der Komintern machten den Führer der bulgarischen Kommunisten, Georgi Dimitrow, dafür verantwortlich, der die Partei im geheimen von Wien aus leitete. Im Dezember 1948 erklärte er sich und die militärische Organisation vor den Delegierten des V Kongresses der bulgarischen Partei für das Attentat verantwortlich. Anderen Quellen zufolge wurde der Auftraggeber des Sprengstoffattentats Meir Trilisser, Führer der Ausländersektion der Tscheka, dann Vizepräsident der GPU, 1927 wegen seiner Verdienste ausgezeichnet mit dem Rote-Fahne-Orden.[9] In den dreißiger Jahren war Trilisser einer der zehn Sekretäre der Komintern und zuständig für die ständige Überwachung im Auftrag des NKWD.

Nach diesen eklatanten Niederlagen in Europa betrat die Komintern auf Anraten Stalins einen neuen Kriegsschauplatz: China, auf das sie nun ihre Kräfte richtete. Das riesige Land versank in totaler Anarchie, wurde von Bürgerkriegen und sozialen Konflikten geschüttelt, trotzdem schien es, getragen von einer gewaltigen nationalen Begeisterung, reif für eine »antiimperialistische« Revolution. Eines der Anzeichen: Im Herbst 1925 wurden die chinesischen Schüler der im April 1921 gegründeten Kommunistischen Arbeiteruniversität im Osten (KUTV) in der Sun Yat-sen-Universität versammelt.

Die chinesische kommunistische Partei war, wie es sich gehörte, den Funktionären der Komintern unterstellt, die sie 1925/26, als Mao Zedong noch nicht an ihrer Spitze stand, in ein enges Bündnis mit der Nationalen Partei, der Kuomintang, und ihrem jungen Führer, dem General Chiang Kai-shek, gedrängt hatte. Die Taktik der Kommunisten bestand darin, die Kuomintang an die Macht zu bringen und sie als eine Art trojanisches Pferd für die Revolution zu benutzen. Dem Vertreter der Komintern, Michael Borodin, gelang es, Ratgeber der Kuomintang zu werden. 1925 konnte der linke Flügel der Nationalen Partei, der die Politik der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion völlig unterstützte, ihre Führung übernehmen. Die Kommunisten intensivierten daraufhin ihre Propaganda, stachelten die soziale Unruhe an und verstärkten so weit ihren Einfluß, daß sie den II. Kongreß der Kuomintang beherrschten. Doch bald stand vor ihnen ein Hindernis: Chiang Kai-shek, den die ständige Expansion des Einflusses der Kommunisten beunruhigte. Er vermutete allmählich mit Recht, daß die Kommunisten ihn beseitigen wollten. Chiang kam ihnen zuvor und verkündete am 12. März 1926

den Ausnahmezustand, ließ die kommunistischen Elemente in der Kuomintang festnehmen, sogar die sowjetischen Militärberater - sie wurden alle einige Tage später wieder freigelassen -, räumte den Führer des linken Flügels seiner Partei aus dem Weg und diktierte einen Acht-Punkte-Pakt, der die Vorrechte und die Handlungen der Kommunisten in ihren Reihen einschränken sollte. Chiang war fortan der unbestrittene Führer der Nationalen Partei. Borodin nahm das neue Kräfteverhältnis zur Kenntnis und erkannte es an.

Am 7. Juli 1926 ließ Chiang Kai-shek, der von einer beträchtlichen materiellen Unterstützung durch die Sowjets profitierte, die nationalistischen Armeen zur Eroberung Nordchinas losmarschieren, das immer noch in der Macht der »Kriegsherren« war. Am 29. verkündete er erneut das Kriegsrecht in Kanton. Die chinesischen Gebiete Hunan und Hubei erlebten eine Art Bauernrevolution, deren Dynamik das Bündnis der Kommunisten und Nationalisten mit hineinzog. In der schon zu jener Zeit großen Industriemetropole Shanghai riefen die Gewerkschaften beim Herannahen der Armee einen Generalstreik aus. Die Kommunisten, darunter Zhou Enlai, riefen zum Aufstand auf, weil sie auf den unmittelbar bevorstehenden Einmarsch der nationalistischen Armee in die Stadt hofften. Er blieb aus. Die Erhebung vom 22. bis 24. Februar 1927 scheiterte und die Streikenden wurden von General Li Bao-zhang grausam niedergeschlagen.

Am 21. März fegte ein neuer, noch mächtigerer Generalstreik und ein erneuter Aufstand die Machthaber in Shanghai hinweg. Eine Division der nationalistischen Armee, deren General zur Intervention überredet wurde, marschierte in Shanghai ein, und Chiang, der entschlossen war, die Lage in die Hand zu nehmen, folgte ihm. Er konnte sein Vorhaben um so besser verwirklichen, als Stalin, beherrscht von der »antiimperialistischen« Tragweite der Politik Chiangs und seiner Armee, Ende März befahl, die Waffen niederzulegen und es bei der gemeinsamen Front mit der Kuomintang bewenden zu lassen. Am 12. April 1927 wiederholte Chiang in Kanton die gleiche Operation wie in Shanghai: Die Kommunisten wurden verfolgt und zusammengeschossen.

Nichtsdestoweniger mußte Stalin seine Politik zum ungünstigsten Zeitpunkt ändern: Im August entsandte er, um nicht das Gesicht vor den Kritikern der Opposition zu verlieren[10], zwei »persönliche« Emissäre, Wissarion Lominadze und Heinz Neumann, welche, nachdem die Kommunisten das Bündnis mit der Kuomintang aufgekündigt hatten, die Bewegung der Aufständischen wiederbeleben sollten. Trotz des Scheiterns des »Herbsternte-Aufstands«, der von den beiden Emissären organisiert wurde, arbeiteten die Kommunisten beharrlich an der Vorbereitung eines Auftstands in Kanton weiter, »um ihrem Führer eine Siegesnachricht« (Boris Souvarine) schicken zu können und zwar genau zu dem Zeitpunkt, an dem jener XV Parteitag der bolschewistischen Partei zusammentrat, der dann die Mitglieder der Opposition ausschließen sollte. Das Manöver weist daraufhin, wie wenig unter Bolschewiki inzwischen das Leben eines Menschen galt, das

betraf auch die eigenen Partisanen, was damals neu war. Die sinnlose Kommune von Kanton zeugt davon, aber sie unterscheidet sich in ihrem Wesen kaum von den terroristischen Aktionen in Bulgarien einige Jahre zuvor

Mehrere tausend Aufständische standen also 48 Stunden lang zahlenmäßig einer fünf- bis sechsmal größeren Übermacht gegenüber. Diese chinesische Kommune war schlecht vorbereitet: Zur ungenügenden Bewaffnung kam ein ungünstiges politisches Umfeld hinzu, die Arbeiter Kantons nahmen eine vorsichtig abwartende Haltung an. Am Abend des 10. Dezember 1927 bezogen die regierungstreuen Truppen Stellung an Orten, die von den Roten Garden als Sammelstellen ausgewählt waren. Wie schon in Hamburg nutzten die Aufständischen den Überraschungseffekt, doch schon bald hatte sich dieser Vorteil verflüchtigt. Am Morgen des 12. Dezember fand die Ausrufung einer »Sowjetrepublik« keinen Widerhall in der Bevölkerung. Bereits am Nachmittag gingen die nationalistischen Truppen zum Gegenangriff über. Am übernächsten Tag wurde die rote Fahne, die auf der Polizeipräfektur wehte, von den siegreichen Truppen entfernt. Die Niederschlagung war grausam. Es gab Tausende Tote.

Die Komintern hätte aus einer solchen Erfahrung ihre Lehren ziehen müssen, aber es war ihr unmöglich, die grundlegenden politischen Fragen anzugehen. Wieder einmal wurde der Einsatz von Gewalt gegen jeden mit Begriffen gerechtfertigt, die die Durchdringung der kommunistischen Kader mit der Bürgerkriegskultur zeigen. In *L 'Insurrection armee* findet sich folgendes Zitat mit einer erschreckenden Selbstkritik angesichts klarer Schlußfolgerungen: »Man hat sich nicht genug darum gekümmert, die Konterrevolutionäre unschädlich zu machen. In der ganzen Zeit, in der sich Kanton in den Händen der Aufständischen befand, *hat man nur hundert Personen getötet.* Alle Gefangenen konnten erst nach einem ordnungsgemäßen Urteilsspruch durch die Kommission zum Kampf gegen die Reaktionäre getötet werden. Mitten im Kampf, mitten in einem Aufstand *ist dieses Verfahren zu langsam.«'*^ Eine Lehre, die beherzigt wurde.

Nach diesem Scheitern zogen sich die Kommunisten aus den Städten zurück und reorganisierten sich in weit entfernten ländlichen Gebieten. Schließlich schufen sie 1931 in Hunan und Kiangsi eine »befreite Zone« unter dem Schutz einer Roten Armee. Bei den chinesischen Kommunisten herrschte also schon sehr früh die Idee vor, daß die Revolution vor allem eine militärische Angelegenheit sei, indem sie die politische Funktion des militärischen Apparats institutionalisierte, soweit, daß Mao seine Auffassung in dem berühmten Satz zusammenfaßte: »Macht kommt aus den Gewehrläufen.« In der Folge hat sich gezeigt, daß dieser Satz die Quintessenz der kommunistischen Sicht von der Ergreifung der Macht und ihrer Erhaltung war.

Dennoch entmutigten ihr Scheitern in Europa Anfang der zwanziger Jahre und ihr Fiasko in China die Komintern keineswegs, diesen Weg weiterzugehen. Alle kommunistischen Parteien, einschließlich der legalen und der in demokratischen Republiken, hielten in ihren Reihen einen geheimen »Militärapparat« aufrecht, der imstande war, im gegebenen Fall öffentlich aufzutreten. Das Modell stammte von der KPD, die unter der strengen Kontrolle sowjetischer Militärkader einen »M[ilitär]-Apparat« schuf, dessen Aufgabe die Liquidierung feindlicher Aktivisten (besonders der rechtsextremistischen) und der in die Partei eingeschleusten Polizeispitzel war, aber auch die Einbindung paramilitärischer Gruppen, der berühmten Rotfront, die Tausende Mitglieder hatte. Es ist wahr, daß die politische Gewalt in der Weimarer Republik an der Tagesordnung war; und wenngleich die Kommunisten die äußerste Rechte und den aufstrebenden Nationalsozialismus bekämpften, so zögerten sie auch nicht, Zusammenkünfte der Sozialdemokraten - in ihrem Sprachgebrauch »Sozialverräter« und »Sozialfaschisten« - zu überfallen'^ und die Polizei einer ihnen als reaktionär, gar als faschistisch geltenden Republik anzugreifen. Nach 1933 sollte es sich zeigen, wie der »wahre Faschismus« aussah, der Nationalsozialismus in diesem Fall, und daß es klüger gewesen wäre, ein Bündnis mit den Sozialdemokraten einzugehen, um die »bürgerliche« Demokratie zu verteidigen. Aber die Kommunisten lehnten diese Demokratie von Grund auf ab.

In Frankreich, wo das politische Klima ruhiger war, schuf die Kommunistische Partei Frankreich (PCF) ebenfalls bewaffnete Gruppen. Organisiert wurden sie von Albert Treint, einem der Parteisekretäre, der im Krieg den Rang eines Hauptmanns erreicht hatte und deshalb über einige Kenntnisse auf diesem Gebiet verfugte. Ihr erstes Auftreten erfolgte am 11. Januar 1924 bei einer Versammlung der Kommunisten, auf der Treint nach einem Disput mit einer Gruppe von Anarchisten den Ordnungsdienst zu Hilfe rief Etwa ein Dutzend Männer mit Revolvern stellten sich auf die Bühne und schössen aus allernächster Nähe auf die Demonstranten, töteten zwei Menschen und verletzten weitere. Mangels Beweisen wurde keiner der Mörder verfolgt. Ein ähnliches Vorkommnis ereignete sich etwas mehr als ein Jahr darauf Am Donnerstag, den 23. April 1925, störte der Ordnungsdienst der PCF, einige Wochen vor den Kommunalwahlen, das Ende einer Wahlveranstaltung der *Jeunesses patriotes* (JP), einer Organisation der äußersten Rechten, im 18. Arrondissement von Paris in der Rue Damremont. Einige Kommunisten waren bewaffnet und zögerten nicht, Gebrauch von ihrem Revolver zu machen. Drei Mitglieder der JP wurden getötet, ein Verwundeter starb zwei Tage später. Jean Taittinger, der Führer der JP, wurde verhört, und die Polizei führte Untersuchungen bei kommunistischen Parteimitgliedern durch.

Trotz der Schwierigkeiten verfolgte die Partei diesen Weg weiter. 1926 beauftragte sie Jacques Duclos, einen ihrer irisch gewählten Abgeordneten - und deshalb durch die Immunität geschützt -, *Groupes de defense anti-*

fascistes (Antifaschistische Verteidigungsgruppen, die sich aus Veteranen des Kriegs von 1914-18 zusammensetzten) zu gründen; diese nach dem Modell der deutschen Rotfront aufgebauten paramilitärischen Gruppen marschierten am 11. November 1926 in Uniform auf Duclos befaßte sich gleichzeitig mit der antimilitaristischen Propaganda und gab eine Zeitschrift heraus - *Le Combattant rouge* -, die die Kunst des Bürgerkriegs lehrte, die Straßenkämpfe beschrieb und analysierte u. a.m.

1931 veröffentlichte die Komintern unter dem Pseudonym Neuberg - in Wirklichkeit handelte es sich um einen sowjetischen Verantwortlichen[13] - *L 'Insurrection armee,* ein Buch, das in mehreren Sprachen die verschiedenen Erfahrungen in den Aufständen seit 1920 beschrieb; dieses Buch wurde Anfang 1934 in Frankreich wieder neu aufgelegt. Nur durch die politische Wende der Volksfront im Sommer und Herbst 1934 wurde die Linie eines Aufstands in den Hintergrund gerückt, doch dadurch wurde im Kern die grundlegende Rolle der Gewalt im Handeln der Kommunisten keineswegs abgeschwächt. Die ganze Rechtfertigung der Gewalt, die tägliche Praktizierung des Klassenhasses, die theoretische Aufarbeitung des Bürgerkriegs und des Terrors erfuhr ihre Anwendung schon 1936 in Spanien, wohin die Komintern viele ihrer Kader schickte, die sich in den Terrortruppen auszeichneten.

Diese Arbeit der Auswahl, der Ausbildung und Vorbereitung der einheimischen Kader für die zukünftige Bürgerkriegsarmee wurde in enger Verbindung mit dem sowjetischen Geheimdienst oder, genauer gesagt, mit einem der Geheimdienste vollbracht, der GRU (Glavsnoe Razwedatelnoe Uprawlenie, d.h. der Hauptabteilung des Nachrichtendienstes). Die GRU war unter der Leitung von Trotzki als IV. Abteilung der Roten Armee gegründet worden und hatte ihre »erzieherische« Aufgabe niemals ganz aufgegeben, auch wenn die Umstände sie nach und nach dazu gezwungen haben, Abstriche zu machen. Auch wenn es unwahrscheinlich klingen mag, haben Anfang der siebziger Jahre vertrauenswürdige junge Kader der französischen KP noch eine Ausbildung (Schießen, Zusammensetzen und Auseinandernehmen von gebräuchlichen Waffen, Waffenherstellung, Nachrichtenwesen, Sabotagetechniken) bei den Spetsnaz in der UdSSR erhalten, den sowjetischen Spezialeinheiten, die dem Geheimdienst zugeordnet waren. Umgekehrt verfügte die GRU über Militärspezialisten, die sie im Notfall den Bruderparteien zur Verfügung stellen konnten. Manfred Stern z.B., er stammte aus Österreich-Ungarn, wurde beim Hamburger Aufstand von 1923 zum »M-Apparat« der KPD abkommandiert, operierte danach in China und in der Mandschurei, bevor er zum »General Kleber« bei den Internationalen Brigaden in Spanien wurde.

Diese geheimen Militärapparate waren sicher nicht von »Chorknaben« gegründet worden. Ihre Mitglieder standen oft am Rand des Gangstertums, und einige Gruppen wurden zu regelrechten Banden. Eines der bekanntesten Beispiele sind die »Roten Schwadrone« oder die »Rote Garde« der Kommu-

nistischen Partei Chinas in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre. Sie traten in Shanghai auf und galten damals als Epizentrum der Parteiaktionen. Sie wurden von Gu Shunzhang, einem ehemaligen Gangster, Mitglied des Geheimbunds des grünen Bands, eine der beiden mächtigsten Mafias in Shanghai, angeführt. Diese fanatisierten Handlanger standen ihren nationalistischen Widersachern - besonders den Blauhemden, in Nachahmung des faschistischen Modells -, in fragwürdigen Kämpfen gegenüber: Terror gegen Terror, ein Hinterhalt folgte dem anderen, ein Einzelkampf dem anderen. Das alles mit der ungemein aktiven Unterstützung des Konsulats der UdSSR in Shanghai, das selbst über Spezialisten in Militärfragen wie Gorbatiuk und außerdem über Männer für niedrige Arbeiten verfügte.

1928 liquidierten die Männer von Gu Shunzhang zwei von der Polizei umgedrehte Parteimitglieder. Im Schlaf wurden He Jiaxing und He Jihua in ihrem Bett mit Kugeln durchsiebt. Um den Krach der Schüsse zu übertönen, ließen Komplizen draußen einen Satz Knallkörper losgehen. Ähnlich schnelle Methoden wurden kurz danach auch in den Reihen der Partei selbst angewandt, um Oppositionelle zu eliminieren. Am 17. Januar 1931 versammelten sich He Mengxiong und etwa 20 Genossen der »Arbeiterfraktion«, wütend darüber, von dem Abgesandten der Komintern, Pavel Mif, und den Moskau unterstellten Führern dirigiert worden zu sein, im Hotel Oriental in Shanghai. Kaum hatten sie ihre Diskussionen begonnen, als Polizisten und Agenten der Diaocha tongzhi, der Hauptermittlungsstelle der Kuomintang, mit der Waffe in der Hand in den Saal drangen und sie festnahmen. Die Nationalisten waren von dem Treffen »anonym« unterrichtet worden.

Nach dem Austritt von Gu Shunzhang im April 1931, der sofortigen Rückkehr in den Schoß des Grünen Bandes und seine »Unterwerfung« unter die Kuomintang (er war zu den Blauhemden übergetreten) übernahm ein Sonderkomitee von fünf kommunistischen Kadern den Bezirk Shanghai. Es bestand aus Kang Sheng, Guang Huian, Pan Hannian, Chen Yun und Ke Quingshi. 1934, zum Zeitpunkt des quasi endgültigen Zusammenbruchs des Apparats der KP in der Stadt, fielen die beiden letzten Führer der bewaffneten kommunistischen Gruppen in Shanghai, Ding Mocun und Li Shiqun, ihrerseits in die Hände der Kuomintang. Sie unterwarfen sich ebenfalls, gingen dann in die Dienste der Japaner, wo sie ein tragisches Schicksal erlitten. Ersterer wurde 1947 wegen Verrats erschossen, letzterer von seinem verräterischen japanischen Offizier vergiftet. Kang Sheng wiederum war von 1949 bis zu seinem Tod 1975 Chef der maoistischen Geheimpolizei, also einer der Haupthenker des chinesischen Volkes unter kommunistischer Herrschaft.[14]

Es kam auch vor, daß Mitglieder des Apparats dieser oder jener kommunistischen Partei bei Operationen sowjetischer Spezialeinheiten eingesetzt wurden. Das scheint bei der Affäre Kutiepow der Fall gewesen zu sein. 1924 wurde General Alexander Kutiepow vom Großherzog Nikolaus nach Paris in die Leitung der Militärischen Generalmission (ROVS) berufen.

1928 beschieß die GPU, deren Auflösung in die Wege zu leiten. Am 26. Januar verschwand der General. Eine Menge Gerüchte gingen um, einige wurden zum eigenen Vorteil von den Sowjets selbst in Umlauf gebracht. Zwei unabhängige Untersuchungen ließen erkennen, wer die Anstifter der Entführung waren: Eine stammte von dem alten russischen Sozialisten Wladimir Burzew, der seit der Entlarvung von Ewno Azew berühmt war, dem Agenten der Ochrana, der in die Spitze der Kampforganisation der Revolutionäre eingeschleust worden war, die andere von Jean Delange, einem Journalisten des *Echo de Paris.* Delange fand heraus, daß General Kutiepow nach Houlgate auf ein sowjetisches Schiff, der *Spartak,* gebracht worden ist, die am 19. Februar Le Havre verließ. Niemand sah den General mehr lebend. Am 22. September 1965 bekannte sich der Sowjetgeneral Chimanow in der Zeitung der Roten Armee, *Der Rote Stern,* zu dem Anschlag und gab den Verantwortlichen preis: »Sergej Puzitski [...] der nicht nur an der Ergreifung des Banditen Sawinko [...] sondern auch meisterlich die Operation von Kutiepows Inhaftierung und anderer Anführer der Weißen Garden durchgeführt hatte.«[15] Heute kennt man die Umstände der Entführung des unglücklichen Kutiepow genauer. Seine Emigrantenorganisation war von der GPU unterwandert: Nach 1929 war der ehemalige Minister der weißen Regierung des Admirals Koltschak, Sergej Nikolajewitsch Tretjakow, insgeheim zu den Sowjets übergelaufen, denen er unter der Kennummer UJ/1 und dem Kodenamen Iwanow Informationen übermittelte. Dank der detaillierten Informationen, die er seinem Verbindungsmann »Wetschinkin« verschaffte, kannte Moskau alle oder fast alle Bewegungen des zaristischen Generals. Ein Kommando »durchsuchte« sein Auto auf offener Straße unter dem Vorwand einer Polizeikontrolle. Als Verkehrspolizist verkleidet bat ein Franzose, Honel, Kraftfahrzeugmechaniker in Levallois-Perret, Kutiepow, ihm zu folgen. Ein anderer Franzose war ebenfalls in die Operation verwickelt, Maurice Honel, der Bruder des oben genannten, der Kontakt zu dem sowjetischen Dienst hatte und 1936 zum kommunistischen Abgeordneten gewählt wurde. Kutiepow, der sich nicht geschlagen geben wollte, wurde, so scheint es, mit einem Faustschlag getötet. Sein Leichnam wurde im Keller von Honeis Werkstatt vergraben.[16]

Kutiepows Nachfolger, General Miller, hatte General Nikolaj Sklobine zum Stellvertreter, der in Wirklichkeit ein Sowjetagent war. Mit seiner Frau, der Sängerin Nadeda Plewistkaja, plante Sklobine in Paris die Entführung General Millers. Am 22. September 1937 verschwand dieser, am 23. September verließ das sowjetische Schiff Mana *Ulianowna* Le Havre. Nach dem Verschwinden von General Sklobine spitzte sich der Verdacht immer mehr zu. General Miller war tatsächlich auf der *Maria Ulianowna,* die die französische Regierung nicht zurückhalten wollte. Bei seiner Ankunft in Moskau wurde er verhört und dann erschlagen.[17]

Diktatur, Kriminalisierung der Gegner und Unterdrückung in der Komintern

Einerseits unterhielt die Komintern auf Anraten Moskaus zwar in jeder kommunistischen Partei bewaffnete Gruppen und bereitete so den Aufstand und Bürgerkrieg gegen die Mächte vor Ort vor, andererseits begann sie aber auch, in ihren Reihen die in der UdSSR angewandten Polizeimethoden und den Terror einzuführen. Auf dem X. Parteitag der russischen KP (Bolschewiki) vom 8. bis 16. März 1921, als sich die Spitze mit der Rebellion in Kronstadt konfrontiert sah, wurde der Grund für ein diktatorisches Regime innerhalb der Partei gelegt. Während der Vorbereitungen zu dem Parteitag wurden nicht weniger als acht verschiedene Plattformen vorgeschlagen und diskutiert. Diese Debatten waren so etwas wie die letzten Spuren einer Demokratie, die sich in Rußland nicht hatte durchsetzen können. Nur innerhalb der Partei blieb noch ein Ersatz für Meinungsfreiheit, wenn auch nicht lange. Am zweiten Sitzungstag gab Lenin den Ton an: »Wir brauchen jetzt keine Opposition, Genossen, es ist nicht die Zeit danach! Entweder hier oder dort [in Kronstadt] mit dem Gewehr, aber nicht mit einer Opposition. Das ergibt sich aus der objektiven Lage, ob es Ihnen paßt oder nicht. Wir brauchen jetzt keine Opposition, Genossen! Und ich denke, der Parteitag wird diese Schlußfolgerung ziehen müssen, daß es jetzt mit der Opposition zu Ende sein, ein für allemal aus sein muß, daß wir jetzt der Oppositionen müde sind!«[18] Er richtete sich dabei besonders an jene, die sich, ohne eine Gruppe im eigentlichen Sinn gegründet zu haben oder als solche an die Öffentlichkeit getreten zu sein, in Plattformen wie der sogenannten Arbeiteropposition (Alexander Schljapnikow, Alexandra Kollontai, Lutowinow) und des Demokratischen Zentralismus (Timofej Sapronow, Gabriel Mjasnikow) versammelt hatten.

Der Parteitag stand kurz vor dem Abschluß, als Lenin am 16. März in letzter Minute zwei Resolutionen vorlegte: die erste zur »Einheit der Partei«, die zweite zum Thema der »gewerkschaftlichen und anarcho-syndikalistischen Abweichung«, die sich gegen die Arbeiteropposition richtete. Der erste Text verlangte die sofortige Auflösung aller Gruppierungen im Sinne der einzelnen Plattformen, und zwar unter Androhung des sofortigen Parteiausschlusses. Ein nicht in dieser Resolution veröffentlichter Artikel, der bis 1923 geheim blieb, übertrug dem Zentralkomitee die Macht, diese Sanktion auszusprechen. Felix Dserschinskis Polizei eröffnete sich ein neues Untersuchungsgebiet: Jede Oppositionsgruppe in der kommunistischen Partei war zukünftig ein Objekt der Überwachung und, wenn nötig einer Sanktion: dem Ausschluß - der für die echten Mitglieder fast dem politischen Tod gleichkam.

Die beiden Resolutionen zum Verbot der freien Diskussion wurden - im Widerspruch zu den Statuten der Partei nichtsdestoweniger abgestimmt. Bezüglich der ersten brachte Radek eine fast warnende Rechtfertigung vor:

»Ich denke, daß sie sehr wohl gegen uns verwendet werden kann und dennoch billige ich sie. [...] Daß im Augenblick der Gefahr das Zentralkomitee gegen die besten Genossen strenge Maßnahmen ergreift, wenn es sie für notwendig hält. [...] Daß selbst das Zentralkomitee sich irrt! Das ist weniger gefährlich als das Zögern, das man im Augenblick erlebt.«[18a] Diese unter dem Einfluß der Umstände erfolgte Wahl, die jedoch den geheimen Tendenzen der Bolschewiki entsprach, beeinflußte die Zukunft der Sowjetpartei und in der Folge die Sektionen der Komintern entscheidend.

Der X. Parteitag machte sich gleichermaßen an die Neuordnung der Kontrollkommission, deren Rolle folgendermaßen definiert wurde: nämlich über die »Festigung der Einheit und der Autorität in der Partei« zu wachen. Infolgedessen legte sie persönliche Akten der Parteimitglieder an, die gegebenenfalls als Grundmaterial für zukünftige Anklageakten dienten: das Verhalten gegenüber der politischen Polizei, Kontakt mit Oppositionsgruppen usw. Nach Beendigung des Parteitages wurden die Anhänger der Arbeiteropposition mit Schikanen und Verfolgungen überzogen. Später erklärt Alexander Schljapnikow, daß »der Kampf nicht auf ideologischem Gebiet fortgeführt wurde, sondern mit dem Mittel [...] der Verdrängung [der Betroffenen] von ihren Posten, systematischer Versetzungen von einem Bezirk zum anderen und sogar des Parteiausschlusses«.[18b]

Im kommenden August begann eine Überprüfung, die mehrere Monate dauerte. Fast ein Viertel der kommunistischen Parteimitglieder wurde ausgeschlossen. Der Rückgriff auf die *Tschistka* (die Säuberung) war fortan ein integrierender Bestandteil des Parteilebens. Aino Kuusinen berichtet über diesen zyklischen Vorgang: »Folgendermaßen ging die Tschistka-Sit-zung vor sich: Die Person, die sich rechtfertigen mußte, wurde namentlich aufgerufen und aufgefordert, auf die Rednerbühne zu kommen, worauf der Tschistka-Ausschuß und die anderen Anwesenden Fragen zu stellen begannen. Manche kamen leicht und schnell davon, während andere sich lange Zeit dieser harten Probe aussetzen mußten. Falls jemand persönliche Feinde hatte, so konnten diese einen entscheidenden negativen Einfluß auf das Ergebnis ausüben. Der Verlust der Parteizugehörigkeit ging jedoch meist nicht so schnell vor sich; hier hatte die Kontrollkommission das letzte Wort. Wenn geklärt war, daß die betreffende Person nichts getan hatte, was sie der Parteimitgliedschaft unwürdig machte, so wurde die Untersuchung ohne Abstimmung eingestellt. War jedoch das Ergebnis negativ, so legte niemand für den ›Angeklagten‹ ein gutes Wort ein. Der Vorsitzende fragte lediglich ›Ktoprotiw?‹, und da niemand dagegen zu sein wagte, wurde die Angelegenheit ›einstimmig‹ abgeschlossen.«[19]

Sehr bald schon waren die Auswirkungen der Entscheidungen des X. Parteitages zu spüren: *Im* Februar 1922 wurde Gabriel Mjasnikow für ein Jahr ausgeschlossen, weil er entgegen der Ansicht Lenins die Notwendigkeit der Pressefreiheit verteidigt hatte. Die Arbeiteropposition richtete sich angesichts der Unmöglichkeit, sich Gehör zu verschaffen, an die Komintern

(»Erklärung der 22«). Stalin, Dserschinski und Sinowjew verlangten daraufhin den Ausschluß von Schljapnikow, Kollontai und Medwedjew, den der XI. Parteitag ablehnte. Die Komintern geriet ins Schwerefeld der Sowjetmacht und wurde bald gezwungen, das gleiche System wie das der bolschewistischen Partei im Innern zu übernehmen.

1923 forderte Dserschinski einen offiziellen Beschluß des Politbüros, die Parteimitglieder zu verpflichten, alle Aktivitäten der Opposition der GPU zu melden. Dserschinskis Vorschlag war der Beginn einer neuen Krise innerhalb der bolschewistischen Partei: Am 8. Oktober schrieb Trotzki einen Brief an das Zentralkomitee, und kurz darauf folgte am 15. Oktober die »Erklärung der 46«. Die darauf folgende Diskussion kreiste um den »neuen Kurs« der russischen Partei und fand eine Fortsetzung in jeder Sektion der Komintern.[20]

Gleichzeitig, Ende 1923, wurde das Leben dieser Sektionen unter die Parole der »Bolschewisierung« gestellt; alle mußten ihre Strukturen neu organisieren, die auf Betriebszellen aufbauten und ihren Gehorsam gegenüber der Zentrale in Moskau verstärkten. Die Reserven, die diese Veränderungen freilegten, ließen die Rolle der *missi dominici* der Internationale beträchtlich größer werden, auf der Grundlage der Diskussionen über die Entwicklung der Macht in Sowjetrußland.

In Frankreich widersetzte sich einer der Führer der PCF, Boris Souvarine, der neuen Linie und verurteilte die billigen Methoden, deren sich die Troika (Kamenew-Sinowjew-Stalin) gegenüber ihrem Gegner, Leo Trotzki, bediente. Boris Souvarine wurde zum XIII. Parteitag der Bolschewiki vorgeladen, um eine Erklärung abzugeben. Die Sitzung wurde zu einer Anklage nach Art der obligatorischen Selbstkritiksitzungen, Eine eigens zusammengestellte Kommission zur Behandlung des »Falls Souvarine« verkündete seinen vorübergehenden Ausschluß. Die Reaktionen der Führung der PCF zeigen deutlich, welcher Geist in den Reihen der Weltpartei von nun an erforderlich war: »In unserer Partei [der PCF], die der revolutionäre Kampf nicht vollständig vom alten sozialdemokratischen Bodensatz gesäubert hat, spielt der Einfluß der Persönlichkeiten noch eine zu große Rolle. [...] In dem Maße, wie alle kleinbürgerlichen Überbleibsel des individualistischen ›Ichs‹ zerstört werden, bildet sich die anonyme Eisenkohorte der französischen Bolschewiki. [...] Wenn sie der Kommunistischen Internationale würdig sein will, der sie angehört, wenn sie in die ruhmreichen Fußstapfen der russischen Partei treten will, muß die Kommunistische Partei Frankreichs unnachsichtig alle jene erledigen, die es ablehnen, sich ihrem Gesetz zu beugen!« *(L 'Humanité,* 19. Juli 1924) Der anonyme Redakteur wußte nicht, daß er das Gesetz ausgesprochen hatte, das Jahrzehnte das Leben der PCF beherrschen sollte. Der Gewerkschafter Pierre Monatte faßte diese Entwicklung mit einem Wort zusammen: die Entstehung des »Kasernenhofgeists« der Kommunistischen Partei.

Im Laufe desselben V. Kongresses der Komintern im Sommer 1924 droh-

te Sinowjew, den Gegnern »die Knochen zu brechen«, und verdeutlichte damit die politischen Sitten, die sich in die kommunistische Bewegung einschlichen. Das ist ihm schlecht bekommen: Ihm brach Stalin »die Knochen«, er enthob ihn schon 1925 seiner Funktionen als Präsident der Komintern. Sinowjew wurde durch Bucharin ersetzt, der bald das gleiche Schicksal erlitt. Am 11. Juli 1928, am Vorabend des VI. Kongresses der Komintern (17. Juli bis 1. September), traf sich Kamenew insgeheim mit Bucharin und schrieb ein Protokoll von ihrem Gespräch. Bucharin sah sich als Opfer des »Polizeiregimes« und erklärte, daß sein Telefon abgehört und er von der GPU verfolgt werde, zweimal ließ er eine sehr reale Angst durchblicken: »Er wird uns erwürgen... Wir wollen nicht als Späher auftreten, denn dann würde er uns erwürgen.«[21] »Er« ist natürlich Stalin.

Den ersten, den Stalin zu »erwürgen« versuchte, war Leo Trotzki. Sein Kampf gegen den Trotzkismus hatte dennoch seine Besonderheit, da er eine große Ausdehnung erfuhr. Er begann 1927. Aber schon zuvor waren bei einer Konferenz der bolschewistischen Partei im Oktober 1926 dunkle Warnungen ausgestoßen worden: »Entweder der Ausschluß und die legale Zerschlagung der Opposition oder die Lösung der Frage mit Kanonenkugeln auf der Straße wie bei den linken Sozialrevolutionären im Juli 1918 in Moskau«, empfahl Larin in der *Prawda.* Die linke Opposition (das war die offizielle Bezeichnung) war, isoliert und zunehmend geschwächt, Opfer der Provokationen der GPU geworden, die ohne jeden Beweis das Bestehen einer geheimen Druckerei behauptete. Leiter war angeblich ein ehemaliger Offizier Wrangels (in Wirklichkeit einer ihrer Agenten), und dort sollten Dokumente der Opposition gedruckt worden sein. Am 10. Jahrestag der Oktoberrevolution hatte die Opposition beschlossen, mit ihren eigenen Parolen zu demonstrieren. Das brutale Eingreifen der Polizei hinderte sie daran, und am 14. November wurden Trotzki und Sinowjew aus der bolschewistischen Partei ausgeschlossen. Der nächste Schritt war ab Januar 1928 die Verbannung der bekanntesten Anhänger in die äußersten Randgebiete des Landes - Christian Rakowski, der ehemalige sowjetische Botschafter in Frankreich, wurde nach Astrachan an der Wolga, dann nach Barnaul in Sibirien geschickt, Victor Serge 1933 nach Orenburg im Ural - oder gar ins Ausland. Trotzki wurde gewaltsam nach Alma-Ata in Kasachstan gebracht, 4000 Kilometer von Moskau entfernt. Ein Jahr später, im Januar 1929, wurde er in die Türkei abgeschoben und entging auf diese Weise dem Gefängnis, dessen Tore sich hinter seinen Anhängern schlossen. Es wurden tatsächlich immer mehr, da im übrigen die Mitglieder der alten Arbeiteropposition oder der Gruppe des Demokratischen Zentralismus festgenommen und in Sondergefängnisse, die Politisolatoren (Gefängnisse mit verschärfter Einzelhaft für politische Vergehen), gesteckt wurden.

Von diesem Zeitpunkt an wurden ausländische Kommunisten, die Mitglieder der Komintern waren oder in Rußland lebten, ebenso festgenommen

und interniert wie die Mitglieder der russischen Partei; sie wurden insofern den Russen gleichgesetzt, als alle ausländischen Kommunisten, die sich längere Zeit in der UdSSR aufhielten, gezwungen waren, in die bolschewistische Partei einzutreten und sich ihrer Disziplin zu unterwerfen. Zu ihnen gehörte der allgemein bekannte Fall des jugoslawischen Kommunisten Ante Ciliga, Mitglied des Politbüros der jugoslawischen KP, der 1926 als Vertreter seiner Partei in der Komintern nach Moskau geschickt wurde. Er unterhielt einige Kontakte zur Opposition um Trotzki, rückte dann immer weiter von der Komintern ab, aus der ein echter Gedankenaustausch verbannt war und deren Führer nicht zögerten, zu Einschüchterungsmethoden gegen Opponenten zu greifen. Ciliga nannte es »Knechtschaftssystem« des internationalen Kommunismus. Im Februar 1929 wurde auf einer Versammlung der Jugoslawen in Moskau eine Resolution angenommen, die die Politik der Führung der jugoslawischen KP verurteilte, was einer indirekten Verdammung der Führung der Komintern gleichkam. Von den Gegnern der offiziellen Linie wurde in Zusammenarbeit mit Sowjetrussen eine - im Sinne der Parteidisziplin - illegale Gruppe gebildet. Sehr bald begann eine Kommission gegen Ciliga zu ermitteln, und er wurde für ein Jahr ausgeschlossen. Ciliga ließ sich in Leningrad nieder, stellte jedoch seine »illegalen« Aktivitäten nicht ein. Am 1. Mai 1930 fuhr er nach Moskau, um sich mit den anderen Mitgliedern seiner russisch-jugoslawischen Gruppe zu treffen, die den Weg der Industrialisierung zunehmend kritischer betrachtet hatte und die Gründung einer neuen Partei forderte. Am 21. Mai wurde er mit seinen Genossen festgenommen, dann gemäß Artikel 59 in die Politisolatoren in Werchne-Uralsk geschickt. Drei Jahre lang, ob im Gefängnis oder Politisolator, ob per Gesuch oder mit Hungerstreik, pochte Ciliga unaufhörlich auf den Rechtsanspruch, Rußland verlassen zu dürfen. Als er für kurze Zeit freikam, unternahm er einen Selbstmordversuch. Die GPU versuchte, ihn dazu zu bringen, die italienische Staatsbürgerschaft aufzugeben. Aus seinem sibirischen Exil wurde er schließlich am 3. Dezember 1935 -was außergewöhnlich war - abgeschoben.[22]

Ciliga verdanken wir einen Augenzeugenbericht über die politischen Häftlinge in den Politisolatoren: »Die Genossen gaben mir die Zeitungen, die im Gefängnis erschienen. Welch eine Vielfalt der Meinungen, welche Freimütigkeit in jedem Artikel. Welche Leidenschaft und Offenheit in der Darlegung nicht nur der abstrakten und theoretischen Fragen, sondern auch in denen von brennendster Aktualität! [...] Aber unsere Freiheit beschränkte sich nicht darauf Während des Freigangs, bei dem Gefangene aus mehreren Räumen vereint waren, hatten sie die Gewohnheit, in einer Hofecke regelrechte Versammlungen mit Vorsitzendem und Sekretär abzuhalten, auf denen die Redner nacheinander das Wort ergriffen.«[23]

Die materiellen Bedingungen waren folgendermaßen: »Die Nahrung bestand aus dem traditionellen Essen des armen Muschik: morgens und abends Brot und Brühe, das ganze Jahr lang. [...] Außerdem erhielt man zum Früh-

stück eine Suppe aus schlechtem Fisch, Konserven und halb verfaultem Fleisch. Die gleiche Suppe - aber ohne Fleisch und Fisch - wurde zum Abendessen serviert. [...] Die tägliche Brotration wog 700 Gramm, die monatliche Zuckerration ein Kilo, zusätzlich gab man uns eine Ration Tabak, Zigaretten, Tee und Seife. Diese eintönige Nahrung war auch qualitätsmäßig ungenügend. Im übrigen mußten wir verbittert darum kämpfen, daß man diese magere Kost nicht noch herabsetzte; ganz zu schweigen von den Kämpfen, an deren Ende wir einige kleine Verbesserungen erreichten! Dennoch war unsere Behandlung gegenüber der Behandlung in den Gefängnissen des gewöhnlichen Strafvollzugs, wo Hunderttausende Inhaftierte dahinvegetierten, und vor allem gegenüber jener der Millionen Menschen, die in den Lagern des Nordens eingepfercht waren, gewissermaßen privilegiert.«[23] Gleichwohl waren diese Privilegien sicher relativ. In Werchne-Uralsk traten die Gefangenen dreimal in den Hungerstreik, im April und im Sommer 1931, dann im Dezember 1933, um für ihre Rechte einzutreten und besonders die Abschaffung der Strafverlängerungen zu erreichen. Ab 1934 wurde die politische Verwaltung unterdrückt (in Werchne-Uralsk blieb sie bis 1937 bestehen), und die Haftbedingungen hatten sich bereits verschlimmert: Gefangene starben nach Schlägen, andere wurden erschossen, wieder andere in totaler Isolierung gehalten, wie 1933 Wladimir Smirnow in Susdal.

Diese Kriminalisierung tatsächlicher oder vermeintlicher Oppositioneller im Schöße der kommunistischen Parteien erfaßte bald auch hochrangige kommunistische Führer Die Politik des Vorsitzenden der spanischen KP, Jose Bullejos, und mehrerer seiner Genossen, die im Herbst 1932 nach Moskau beordert worden waren, wurde auf das schärfste kritisiert. Da sie jegliche Unterordnung unter das Diktat der Komintern ablehnten, wurden sie am 1. November allesamt ausgeschlossen und befanden sich fortan sozusagen unter Hausarrest im Hotel Lux, in dem die Mitglieder der Komintern wohnten. Der Franzose Jacques Duclos, ehemaliger Delegierter der Komintern in Spanien, teilte ihnen den Ausschluß mit und gab ihnen zu verstehen, daß jeder Versuch einer Rebellion »mit der ganzen Strenge des sowjetischen Strafrechts«" unterdrückt werde. Bullejos und seine Genossen konnten nur unter großen Mühen nach zwei Monaten harter Verhandlungen über die Herausgabe ihrer Pässe die UdSSR verlassen.

Im selben Jahr lief das Nachspiel eines unglaublichen Vorfalls in der Kommunistischen Partei Frankreichs ab. Anfang 1931 hatte die Komintern der PCF einen Vertreter und Instrukteure geschickt, die den Auftrag hatten, die Partei in die Hand zu nehmen. Im Juli kam der eigentliche Führer der Komintern, Dimitri Manuilski heimlich nach Paris und enthüllte einem verdutzten Politbüro, daß es in seinen Reihen eine »Gruppe« gebe, die in spalterischen Absichten arbeite. Es handelte sich in Wirklichkeit um eine Inszenierung, die eine Krise hervorrufen sollte, aus der die Führung der PCF mit eingeschränkter Autonomie hervorgehen und völlig von Moskau und seinen



Moskau 1936: Stalin, zwischen (*von links nach rechts*) Chruschtschow, der sich bei der Unterdrückung der Ukraine hervortat, Schdanow, der nach dem Krieg die Kampagne gegen das »Weltbürgertum« startete, Kaganowitsch, Kommissar für die Eisenbahnen, Woroschilow, Kommissar für die Verteidigung, Molotow, Stalins wichtigster Stellvertreter, der 1986 starb, Kalinin und Marschall Tuchatschewski, der 1937 liquidiert wurde. *In der zweiten Reihe:* Malenkow (2.), Bulganin (5.) und Jelena Stassowa (8.), die die Politik des *Wojd* (des Chefs) in der Komintern vertrat.

© Russisches Archiv für Photographie, Krasnogorsk



Felix Dserschinski, der Gründer der Tscheka und bis zu seinem Tod 1926 Chef der GPU, drückte dem Regime seinen Stempel auf.

© D. R.



Berija gibt – bei einem scheindemokratischen Verfahren – seine Stimme ab. Nach Menschinski, Jagoda und Jeschow saß er der politischen Polizei vor und hatte maßgeblichen Anteil an der Unterdrückung – bis zu seiner Eliminierung 1953 durch seine Rivalen Chruschtschow, Malenkow, Molotow.

© Lapi-Viollet





Mit dem Bürgerkrieg ebnen die Bolschewiki den Weg für beispiellose Gewaltakte. In Orcha wird 1918 ein polnischer Offizier von Soldaten der entstehenden Roten Armee aufgehängt und gepfählt.

© L'Illustration/Sygma



Kiew (1919): Nach dem Rückzug der Roten Armee werden im Haus Nr. 5 der Sadowaja Leichen von Opfern der Tscheka exhumiert, wo das »Instrument des bolschewistischen Terrors« eines seiner Zentren unterhielt.

© Musée d'histoire contemporaine – BDIC





Eine Folge des Bürgerkrieges und der bolschewistischen Agrarpolitik: An der Wolga wütet eine schreckliche Hungersnot, die zwischen 1921 und 1922 fünf Millionen Menschen das Leben kostet – die ersten Opfer sind die Kinder.

© Musée d'histoire contemporaine – BDIC

Lenin sieht sich gezwungen, ausländische Hilfe anzunehmen: Zur Verteilung von Lebensmitteln entsenden das Rote Kreuz, das Komitee Nansen und die American Relief Administration Züge mit Hilfsgütern. Die russischen Intellektuellen, die an der Organisation mitwirken, werden auf Lenins Befehl verhaftet und zum Tod verurteilt. Fridtjof Nansen erreicht ihre Ausweisung aus Rußland.

© Musée d'histoire contemporaine – BDIC





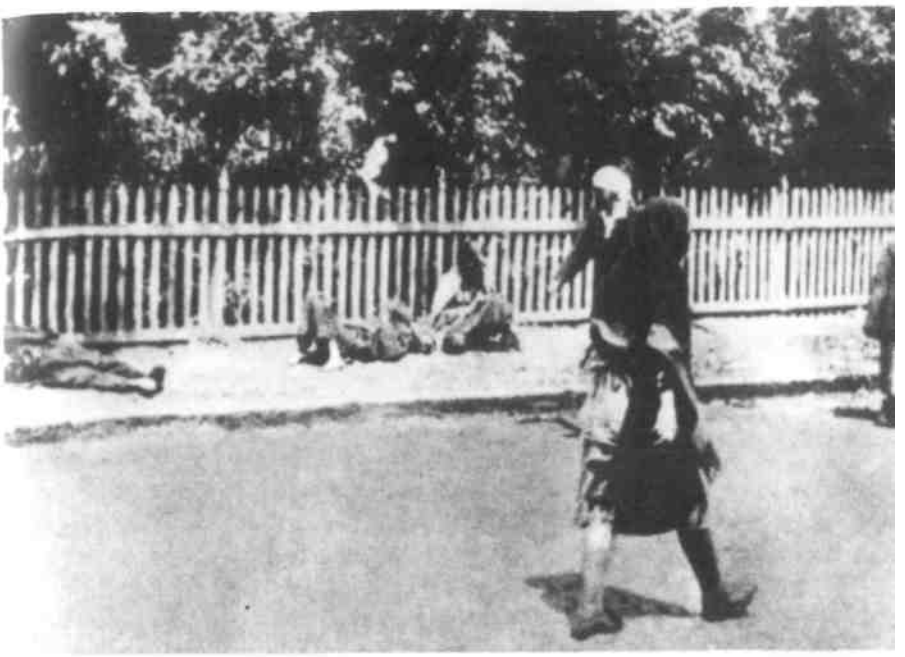
1930–31: Bauern wehren sich gegen die Kollektivierung: Sie widersetzen sich einer Beschlagnahmung ihrer Ernten durch die Roten Garden und fliehen anschließend in die Wälder. Die Truppen der GPU schrecken nicht davor zurück, das Gebiet in Brand zu setzen.

© D. R.



Die Baustelle des Ostsee-Weißmeer-Kanals, ein pharaonisches Werk, das zwischen 1932 und 1933 Zigtausende das Leben kostet. Der mit großem Pomp von Stalin und Helfershelfern eingeweihte Kanal stellt sich als unbrauchbar heraus.

© Sammlung Tomasz Kizny/Vu



Zur Kollektivierung des Bodens – der »große Angriff gegen den Bauernstand« – setzt Stalin die »Waffe Hungers« ein – vor allem gegen die Ukraine. Seine Politik kostet schätzungsweise sechs Millionen M schen das Leben. Der alltägliche Tod läßt Passanten in Charkow 1933 schließlich gleichgültig. W häufiger Fälle von Kannibalismus druckt die Regierung ein Plakat: »Sein Kind zu verspeisen ist ein Ak Barbarei!«

© D. R.





Das Orchester des Ostsee-Weißmeer-Kanals: Der Bau des Kanals, ein sinnloses Unternehmen, soll der Umerziehung von Gefangenen dienen.

© D. R.

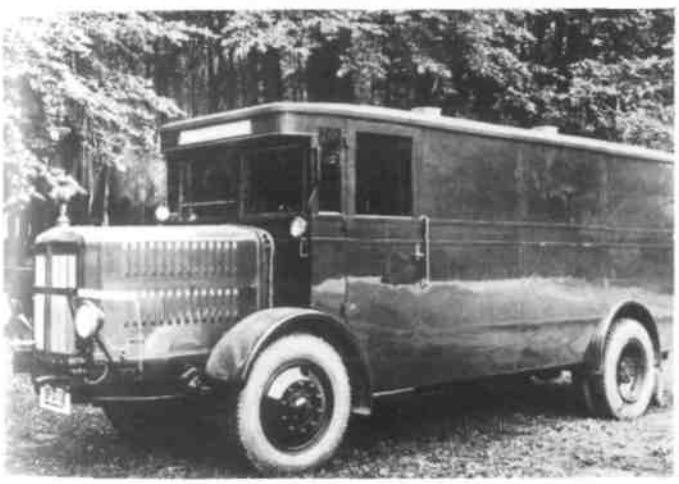


Anders als die Postkartenansichten der Propaganda sieht die Wirklichkeit aus: Zeichnungen von Gefangenen dokumentieren das Leben und Sterben der sowjetischen Deportierten. Eine Zeichnung von Euphrosina Kerniowskaja: »Ankunft im Lager zur Umerziehung durch Arbeit« in Sibirien im April 1943.

© E. Kerniowskaja



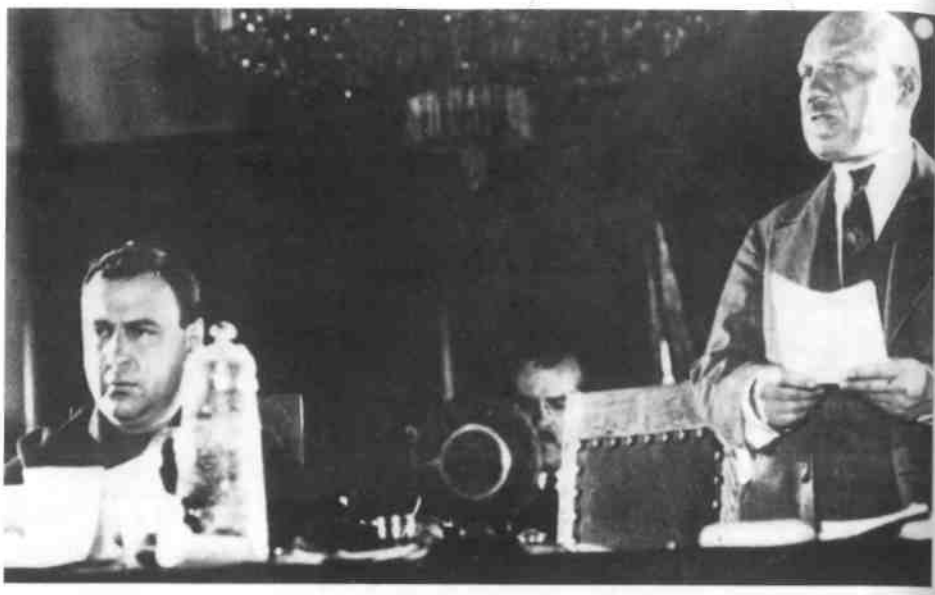
Versammlung zur Säuberung der Partei: Die »Tschistka«, zunächst ein Instrument zur ideologischen Kontrolle der Aktivisten, dienen bald als Forum für Denunziationen, die jeden an der Arbeitsstätte treffen können. Auf die erzwungene Selbstkritik folgt Tage oder Wochen später meistens die Verhaftung.
© Roger-Viollet



»Rußland wand sich in Qual und Weh. / Unter Fußtritten ließ man uns sterben / Im Gefangenen-Transport-Lkw«, schreibt zur damaligen Zeit die Dichterin Anna Achmatowa, deren Sohn im Gefängnis sitzt (*Requiem*). Diese »schwarzen Raben«, wie die Moskowiter sie nennen, transportierten die Gefangenen aus der Lubjanka in die Gefängnisse Lefortowo oder Butyrka, oft getarnt als Lieferwagen für Bäckereien.
© Roger-Viollet

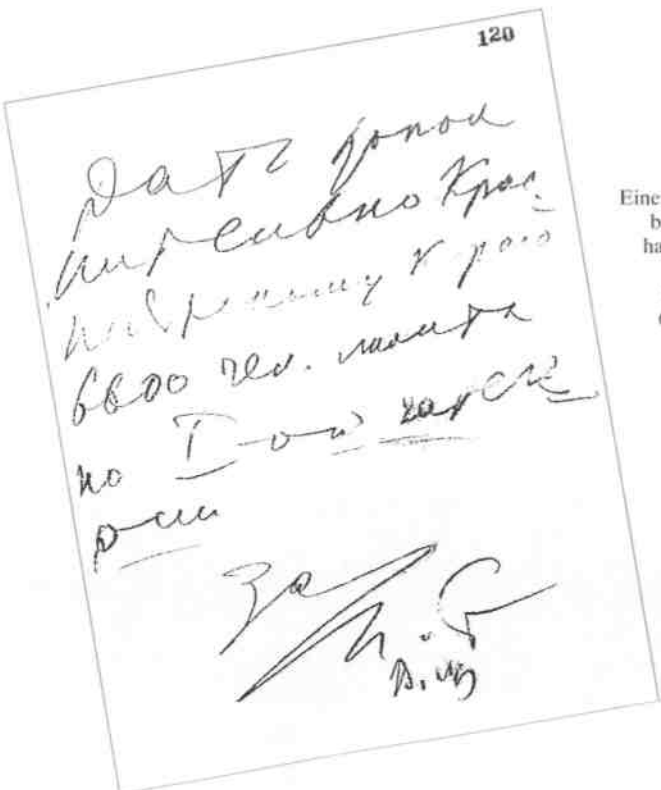


Moskau. Die Lubjanka (um 1925): In den Kellergeschossen richtet die GPU, die Nachfolgerin der Tscheka, Regimegegner mit Genickschuß hin. Der Bau wird zum Symbol für die Grausamkeit und Willkür der kommunistischen Herrschaft.
© D. R.



Im Schachti-Prozeß (Donbass) von 1928 taucht erstmals eine neue Kategorie von Regimefeinden auf: die der »Experten«, die als »Saboteure« angeklagt werden, als Stalin seinen ersten Fünfjahresplan lanciert. Es geht darum, die Industriekader auf die Prinzipien seiner »Zweiten Revolution« einzuschwören. *Stehend rechts:* Der Ankläger Nikolai Krylenko, 1938 ebenfalls liquidiert.

© Roger-Viollet



Einer der zahlreichen Hinrichtungsbefehle, die Stalin unterzeichnet hat. Zur Zeit des Großen Terrors sind sie an der Tagesordnung: Der abgebildete Befehl betrifft 6600 Personen. Im Jahrhundert vor dem kommunistischen Staatsstreich 1917 sind unter der zaristischen Herrschaft weniger politische Gegner gehenkt worden.

© Sammlung W. Bukowski



Walk (Estland) 1919: Die an die Macht drängenden Bolschewiki richten Geiseln aus den Eliten hin; beim Abzug hinterlassen sie Hunderte von Leichen: Die Ausrottung politischer Gegner oder ganzer gesellschaftlicher Gruppen ist für den Sieg im Bürgerkrieg notwendig. Die Massaker nehmen die umfangreichen Deportationen von Balten 1940–41 und 1944–45 vorweg.
© D. R.



Deutschland, Pfingsten 1927: Nationale Zusammenkunft der Rotfront, einer paramilitärischen Organisation, die als Embryo einer Roten Armee gilt; die Rotfront hat ihren Ursprung in der von Louis Aragon gefeierten Bürgerkriegskultur: »Proletariat, erkenne deine Stärke/Erkenne deine Stärke und laß ihr freien Lauf/[...] Feuer auf Léon Blum/Feuer auf Boncour Frossard Déat/Feuer auf die gebildeten Bären der Sozialdemokratie/Feuer, Feuer hör ich vorüberziehen/Der Tod stürzt sich auf Garchery/Feuer sag ich euch/Unter der Führung der Kommunistischen Partei SFIC ...« (*Die Rotfront*, 1931)
© D. R.





LE PEUPLE ESPAGNOL SE DÉFEND CONTRE LES ESPIONS ET AGENTS DU FASCISME

Les traîtres trotskistes du POUM sont condamnés

Gorkin, Juan Andrade Rodriguez, Gironella et Pedro Bonet Cuito à 15 ans de prison ; José Arquer à 11 ans

Les travailleurs français, en de nombreux télégrammes félicitent le président Negrin pour la fermeté dont fait preuve le gouvernement

6 NOVEMBRE, JOURNÉE DE SOLIDARITÉ !

Spanien 1937: Stalin versucht, den spanischen Bürgerkrieg propagandistisch auszuschlachten: Er schickt Unterhändler und Agenten in das betroffene Land. Der NKWD (Nachfolger der GPU) hat den Auftrag, alle zu liquidieren, die sich seiner internationalen Strategie in den Weg stellen: Anarchisten, Trotzkisten und Aktivisten des marxistischen POUM (Partido obrero de unificación marxista). Ihr Führer Andrés Nin wird nach seiner Entführung im Juni 1937 von den Leuten Ernö Gerös (des künftigen Führers des kommunistischen Ungarn) gefoltert und getötet. Gleichzeitig diffamiert eine internationale Kampagne der kommunistischen Presse (hier die französische *Humanité*) die nicht-stalinistischen Antifaschisten als Agenten Francos.

© D. R.



Am 20. August 1940 schlägt Ramón Mercader, ein Agent der »Abteilung für spezielle Missionen«, eine Sondereinheit des NKWD, Leo Trotzki mit einem Eispickel auf den Kopf. Trotzki stirbt am nächsten Tag. Der damalige Leiter der Abteilung, Pawel Sudoplatow (*links*, 1942), hat den Auftrag, den Chef der IV. Internationalen zu eliminieren, von Stalin persönlich erhalten.

© D. R.; Roger-Viollet



Katyn (Rußland), April 1943: In Massengräbern entdecken die Deutschen die Leichen von 4500 polnischen Offizieren. Eine Kommission des Roten Kreuzes schließt auf eine Massenhinrichtung durch die Sowjets vom Frühjahr 1940 (insgesamt sind ungefähr 25000 polnische Soldaten verschwunden). Katyn, ein Symbol für den stalinistischen Massenmord, ist zugleich ein Symbol für die Propagandalügen des Systems: Bis 1989 wurde das Massaker von der kommunistischen Regierung Polens und den Kommunisten der gesamten Welt den Deutschen zugeschrieben.
© D. R.



Winniza (Ukraine), Juni 1943: Gruben mit mehreren hundert Leichen werden ausgehoben. Auf dem Gelände hatten die örtlichen Machthaber einen Kultur- und Freizeitpark und ein Sommertheater errichtet. In Schitomir, Kamenez-Podolski usw. wurden weitere Leichengruben entdeckt. Noch heute sind grausige Funde dieser Art häufig: Im Sommer 1997 wurden bei St. Petersburg 1100 Leichen ausgegraben, 9000 weitere kamen in einem Massengrab in einem Wald in Karelien zum Vorschein.
© D. R.





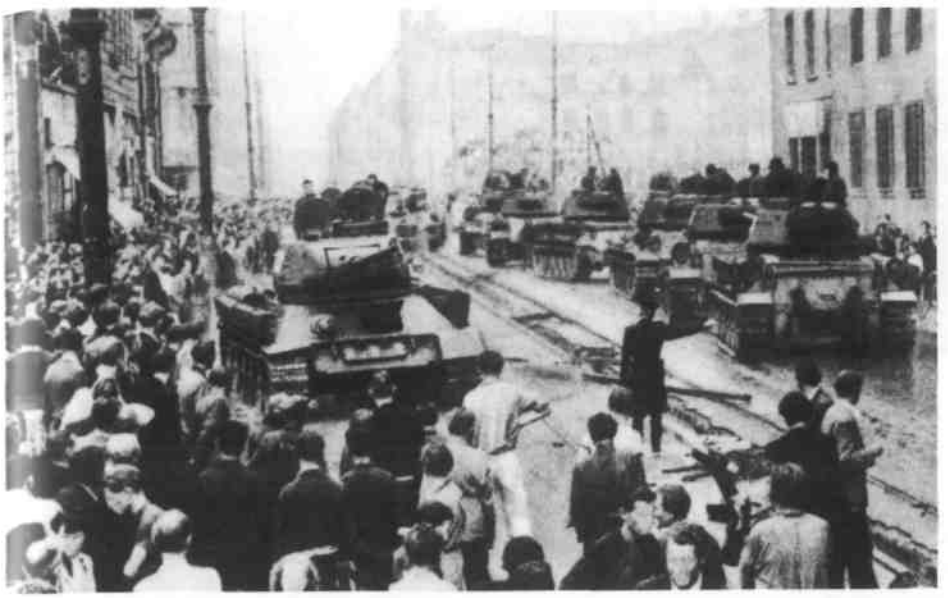
Der polnische Widerstandskämpfer Witold Pilecki geht freiwillig nach Auschwitz (Häftlingsnummer 4859, *oben*), um ein Widerstandsnetz aufzubauen. Er flieht und kämpft weiter gegen die Nationalsozialisten. Nach seiner Verhaftung durch die kommunistische politische Polizei im Mai 1947 (*unten*) wird er gefoltert, zum Tod verurteilt und erschossen. 1990 erfolgt seine Rehabilitierung.
© D. R.



Der jüdische Friedhof in Warschau: 1987 wird heimlich ein Gedenkstein für Viktor Alter und Henryk Erlich errichtet. Die beiden Führer des Allgemeinen jüdischen Arbeiterbunds in Rußland, Litauen und Polen (Bund) sind zunächst wegen angeblicher Beziehungen zu den deutschen Nazis verurteilt worden! Nach einer zweiten Anklage folgen Todesurteile und Haft unter strengster Geheimhaltung. Erlich erhängt sich in seiner Zelle am 15. Mai 1942. Alter wird am 17. August 1943, einige Tage nach dem Sieg von Stalingrad, erschossen.
© D. R.



Das 1996 errichtete Denkmal in Warschau zu Ehren der katholischen und jüdischen Polen, die 1939–41 und 1944–45 in den Norden, nach Sibirien, Kasachstan u. a., verschleppt wurden.
© A. Tabor



Ostberlin, 17. Juni 1953: Aus Protest gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen streiken und demonstrieren am 16. die Arbeiter. Sowjetische Panzer gehen in Stellung (hier in der Leipziger Straße). 16 Demonstranten werden getötet, Hunderte verletzt, 12000 Personen zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt. Der Aufstand der Berliner zeigt erstmals einen Riß in einer »Volksdemokratie«.

© D. R.



Budapest, Oktober 1956: *Die erste antitotalitäre Revolution. Der Aufstand eint die gesamte Bevölkerung gegen die KP und ihre politische Polizei.* Die Aufständischen halten einer ersten sowjetischen Intervention stand.

© Archive Photos



Budapest, November 1956: Sowjetische Panzer umzingeln die Stadt erneut. Die Bevölkerung leistet mit Waffengewalt Widerstand. Die Vorherrschaft der ungarischen KP, der einzigen Partei, wird um den Preis von ca. 3000 Toten wiederhergestellt. 25000 Personen werden verhaftet. Zigtausende Ungarn fliehen ins Exil.

© Keystone

Posen (Polen), 28. Juni 1956: Die Arbeiter einer Eisenbahnfabrik treten in den Ausstand. Die Bevölkerung solidarisiert sich mit ihnen mit dem Ruf: »Brot und Freiheit.« Die Niederschlagung kostet Dutzende von Toten: Vor der Fiat-Fabrik schwingen Demonstranten eine blutbefleckte polnische Fahne.

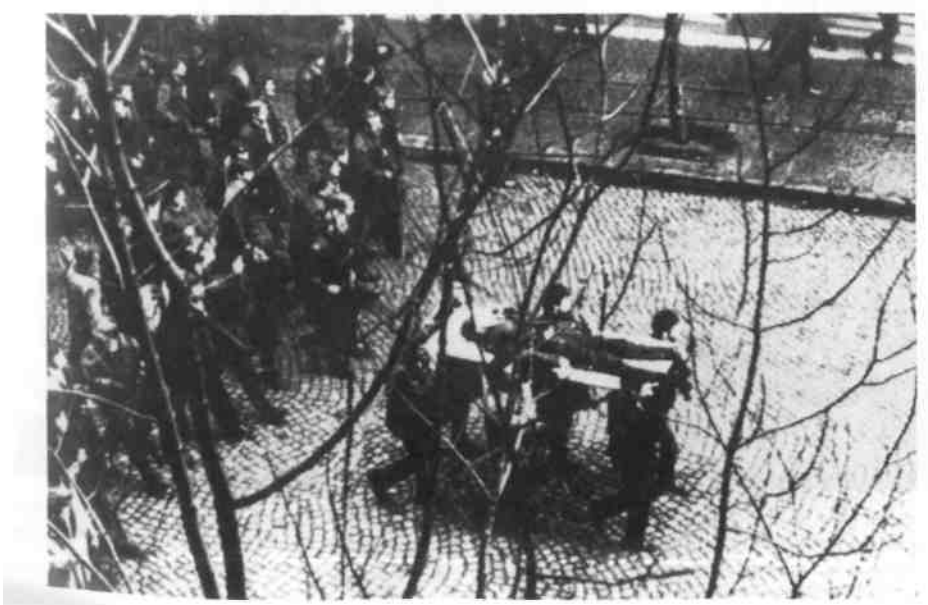
© U.S.I.S. / Archiv T. Etévé





Danzig, Dezember 1970: Streikende Werftarbeiter des Ostseehafens demonstrieren gegen die Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln. Hunderte von Demonstranten werden getötet oder verletzt. Eines der Opfer der Miliz, Janek Wisniewski (*unten*, auf einem Türblatt aufgebahrt), wird durch eine Ballade verewigt (»Burschen aus Grabowek/Burschen aus Chylonia/Heute hat die Miliz geschossen/Janek Wisniewski ist gefallen«), die im August 1980 bei der Gründung der Gewerkschaft »Solidarność« wieder eine Rolle spielte.

© D. R.





Nikola Petkow, ein Demokrat und antifaschistischer Widerstandskämpfer, wird nach der Befreiung Bulgariens Vizepremierminister der Koalitionsregierung. Nach seinem Rücktritt aus Protest gegen den Terror wird er verhaftet. Sein Scheinprozeß gegen ihn am 16. August 1947 endet mit einem Todesurteil. Am 23. September wird er durch den Strang hingerichtet.

© D. R.



Vor dem Prager Staatsgerichtshof wird Milada Horáková am 8. Juni 1950 mit drei Mitangeklagten zum Tode verurteilt. Die Hinrichtung erfolgt am 27. Juni des gleichen Jahres.

Photos © D. R.



Prag, August 1968: Der sowjetische Einmarsch ruft traumatische Erinnerungen wach: Die Prager setzen die neuen Besatzer mit den Nazitruppen vom März 1939 gleich. Mit dem Hitlergruß empfangen sie die sowjetischen Soldaten.

© Joseph Koudelka/Magnum Photos)

Männern abhängig sein sollte. Unter den Führern jener »Gruppe« befand sich Pierre Celor, einer der wichtigsten Führer der Partei seit 1928, der unter dem Vorwand nach Moskau berufen wurde, er solle den Posten des Vertreters der PCF in der Komintern einnehmen. Doch gleich nach seiner Ankunft wurde Celor wie ein »Provokateur« behandelt. Politisch kaltgestellt und ohne Einkommen, konnte Celor den harten russischen Winter nur dank der Lebensmittelkarte seiner Frau überleben, die ihn begleitet hatte und bei der Komintern arbeitete. Am 8. März 1932 wurde er zu einer Versammlung eingeladen, wo ihm Mitglieder des NKWD im Laufe eines zwölfstündigen Verhörs zu dem »Geständnis« bringen wollten, daß er ein »von der Polizei in die Partei eingeschleuster Spitzel« sei. Celor gestand nichts, und nach zahllosen Schikanen und Pressionen konnte er am 8. Oktober 1932 nach Frankreich zurückkehren, wo er erleben mußte, wie er sofort als »Polizist« - »flic« - öffentlich angeprangert wurde.

Ebenfalls im Jahr 1932 wurden in vielen kommunistischen Parteien nach dem Modell der bolschewistischen Partei Kaderabteilungen gegründet, die von der zentralen Kaderabteilung der Komintern abhängig waren; sie hatten die Aufgabe, vollständige Akten über die Parteimitglieder und Fragebögen zur Biographie und detaillierte Autobiographien aller Führungskräfte zu erstellen. Allein von der französische Partei wurden vor dem Krieg mehr als fünftausend dieser biographischen Dossiers nach Moskau geschickt. Diese biographischen Fragebögen mit mehr als siebzig Fragen bestanden aus fünf großen Rubriken: 1) Herkunft und sozialer Stand; 2) Amt in der Partei; 3) Ausbildung und intellektuelles Niveau; 4) Teilnahme am sozialen Leben; 5) Strafregister und Strafverfolgung. Das ganze Material, das dazu bestimmt war, eine Auswahl unter den Mitgliedern zu treffen, wurde in Moskau gesammelt und von Anton Krajewski, Tschernomordik oder Gework Alichanow aufbewahrt, den aufeinanderfolgenden Chefs der Kaderabteilung der Komintern, die wiederum mit der Auslandssektion des NKWD verbunden war. 1935 wurde Meir Trilisser, einer der höchsten Funktionäre des NKWD, zum Sekretär des Exekutivkomitees der Komintern mit der Aufgabe der Kaderüberwachung ernannt. Unter dem Pseudonym Michael Moskwin sammelte er Informationen und Denunziationen, entschied, wer in Ungnade fiel - der erste Schritt zu einer bevorstehenden Liquidierung.[26] Diese Kaderabteilungen wurden parallel dazu beauftragt, »schwarze Listen« der Feinde des Kommunismus und der UdSSR zu erstellen.

Sehr bald, wenn nicht von Anfang an, dienten die Sektionen der Komintern der Rekrutierung von Geheimagenten im Dienste der UdSSR. In bestimmten Fällen wußten Parteimitglieder, die eine illegale und deshalb geheime Aufgabe übernahmen, nicht, daß sie in Wirklichkeit für einen der sowjetischen Dienste arbeiteten: den Nachrichtendienst der Roten Armee (GRU oder IV Kommandantur), die Auslandsabteilung der Tscheka-GPU (Inostranny Otdel, INO), der NKWD usw. Diese verschiedenen Apparate bildeten ein unentwirrbares Geflecht und standen untereinander in unerbitt-

licher Rivalität, die sie dazu trieb, den jeweils anderen Diensten die Agenten abspenstig zu machen. In ihren Erinnerungen gibt Elisabeth Poretzki zahlreiche Beispiele für diese Konkurrenz?'

Die schwarzen Listen der PCF

1932 beginnt die Kommunistische Partei Frankreichs, Informationen über in ihren Augen verdächtige oder gefährliche Personen zu sammeln. Diese Listen wurden also zur gleichen Zeit wie die Übernahme des Kaderapparats durch die Emissäre der Komintern eingeführt. Mit der Schaffung der Kaderabteilung zur Auswahl der besten Aktivisten taucht auch ihre Kehrseite auf: die Listen denunzieren jene, die auf die eine oder andere Weise »versagt« haben. Von 1932 bis 1939 veröffentlichte die PCF zwölf schwarze Listen unter zugleich unterschiedlichen und ähnlichen Titeln: *Schwarze Liste der aus Frankreichs revolutionären Organisationen hinaus gejagten Provokateure, Verräter und Spitzel* oder *Schwarze Liste aus den Arbeiterorganisationen Frankreichs hinaus gejagter Provokateure, Diebe, Gauner, Trotzkisten und Verräter...* Um diese Listen zu rechtfertigen, die bis zum Krieg mehr als 1000 Namen zählten, benutzte die PCF ein einfaches politisches Argument: »Der Kampf der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse und ihre revolutionären Organisationen in unserem Land spitzt sich immer mehr zu.«

Die Aktivisten mußten Personenbeschreibungen liefern (»Größe und Statur, Haare und Augenbrauen, Stirn, Augen, Nase, Mund, Kinn, Gesichtsform, Hautfarbe, besondere Merkmale« - *Liste Nr. 10,* August 1938), »alle nützlichen Hinweise, die [die] Untersuchung« der denunzierten Personen »erleichtern«, einschließlich des Wohnsitzes. Jeder Aktivist mußte mehr oder weniger in die Haut eines Hilfspolizisten schlüpfen, den kleinen Tschekisten spielen.

Einige dieser »Verdächtigen« waren wahrscheinlich echte Hochstapler, während andere Gegner der Parteilinie waren, sowohl Mitglieder als auch Nichtmitglieder. In den dreißiger Jahren zielte man vor allem auf die Kommunisten ab, die Jacques Doriot und seinem Kreis von Saint-Denis nahe-standen, ferner auf die Trotzkisten. Was letztere betrifft, so übernahmen die französischen Kommunisten ohne Diskussion die Argumente des großen sowjetischen Bruders: Die Trotzkisten sind zu einer »Bande wahnsinniger und prinzipienloser Saboteure, Agenten der Abweichung und Mörder geworden, die auf Befehl ausländischer Geheimdienste agieren«. *(Repertoire n° 1 des listes noires 1á 8,o.* D.)

Der Krieg, das Verbot der PCF, die die deutsch-sowjetische Annäherung unterstützt hat, dann die deutsche Besatzung führten innerhalb der Partei zu immer heftigeren quasi-polizeilichen Auswüchsen. Es wurden die Aktivisten denunziert, die es abgelehnt hatten, den Hitler-Stalin-Pakt gutzuheißen, darunter auch jene, die in der Resistance arbeiteten wie Adrien Langumier, der als Tarnung eine Arbeit als Redakteur bei der *Temps Nouveaux* von Luchaire hatte (hingegen denunzierte die PCF nie Frederic Joliot-Curie wegen seines sehr kompromittierenden Artikels vom 15. Februar 1941 in derselben Zeitung), oder wie Rene Nicod, den ehemaligen kommunistischen Abgeordneten

von Oyonnax, dessen Verhalten gegenüber seinen früheren Genossen untadelig war. Ganz zu schweigen von Jules Fourrier, den die »Parteipolizei« zu liquidieren versucht hatte; Fourrier hatte für die unbeschränkte Vollmacht Petains gestimmt, dann ab Ende 1940 an der Schaffung eines Widerstandsnetzes mitgearbeitet; er wurde nach Buchenwald und dann nach Mauthausen deportiert.

Neben diesen gab es jene, die 1941 an der Gründung des Parti ouvrier et paysan français (der Arbeiter- und Bauernpartei Frankreichs) um den früheren Sekretär der PCF, Marcel Gitton, teilnahmen, der im September desselben Jahres von kommunistischen Aktivisten zusammengeschlagen wurde. Die PCF maßte sich das Recht an, »sie zu Verrätern der Partei und Frankreichs« zu erklären. Manchmal steht am Ende der Anklageschriften die Bemerkung: »Hat seine verdiente Strafe erhalten.« Es gibt auch Fälle, in denen Aktivisten des Verrats verdächtigt und ermordet, dann aber nach dem Krieg »rehabilitiert« wurden, wie Georges Dezire.

Mitten in der Judenverfolgung bediente sich die PCF eigenartiger Methoden, ihre »Gegner« zu denunzieren: »C[...] Renee, alias Tania, alias Therese, aus dem 14. Arrondissement. *Bessarabische Jüdin«,* »De B[...], *ausländischer Jude,* Renegat, verunglimpft Partei und UdSSR«. Die Main-d'ceuvre immigree (MOI), die Organisation, die die ausländischen kommunistischen Aktivisten versammelte, griff zu einer sehr charakteristischen Sprache: »R. Juif (nicht sein richtiger Name). Arbeitet mit einer feindlichen Judengruppe.« Sie gab keineswegs ihren Haß gegen die Trotzkisten auf: »D[...] Yvonne. 1, place du CBeuret, Paris VIP. [...] Trotzkist, hatte Kontakt zur POUM (Partido Obrero de Unificaciön Marxista). Verleumdet die UdSSR.« Es ist sehr wahrscheinlich, daß während späterer Festnahmen diese Listen in die Hände der Vichy-Polizei oder der Gestapo gerieten: Was ist aus den auf diese Weise denunzierten Menschen geworden?

1945 veröffentlichte die PCF eine neue Reihe von schwarzen Listen, um politische Gegner, wie sie es ausdrückten, »aus der Nation auszustoßen«. Einige von ihnen konnten knapp einem Attentatsversuch entkommen. Das Instrument der schwarzen Liste verweist offensichtlich auf jenes der Listen potentieller Angeklagter durch die sowjetischen Sicherheitsorgane (Tscheka, GPU, NKWD). Es ist eine allgemeine Praxis der Kommunisten, die schon aus dem Anfang des Bürgerkriegs in Rußland stammt. In Polen umfaßten derartige Listen direkt nach dem Kriegsende 48 Kategorien von sich unter Beobachtung befindlichen Individuen.

Bald wurde das Durcheinander der Geheimdienste von einem entscheidenden Faktor besiegt: Sowohl die Komintern als auch die Sonderdienste unterwerfen sich der übergeordneten Macht der Führung der KPdSU, indem sie sogar Stalin persönlich Rechenschaft über ihre Arbeit ablegten. 1932 trat Martemiam Rjutin, der eifrig und gefühllos die Unterdrückung der Gegner geleitet hatte, seinerseits in Opposition zu Stalin. Er gab eine Plattform heraus, in der er schrieb: »Stalin hat heute in der Komintern die Stellung eines

unfehlbaren Papstes inne. [...] Stalin hält aufgrund einer direkten und indirekten materiellen Abhängigkeit alle führenden Kader der Komintern in der Hand, nicht nur in Moskau sondern auch vor Ort, und das ist das entscheidende Argument, das seine Unbesiegbarkeit auf theoretischem Gebiet bekräftigt.«[28] Bereits Ende der zwanziger Jahre hat die Komintern, die finanziell vom Sowjetstaat abhängig war, jegliche Eigenständigkeit verloren. Aber zur materiellen Abhängigkeit, die die politische Abhängigkeit verstärkt, kam die »polizeiliche« Abhängigkeit hinzu.

Der immer stärker werdende Druck der Polizeidienste auf die Aktivisten der Komintern führte dazu, daß Angst und Mißtrauen untereinander geschürt wurden. Im gleichen Maße, wie die Denunziation die Beziehungen verdarb, setzte sich der Verdacht in den Köpfen fest. Eine Denunziation, die über zwei Ebenen ablief Es gab die freiwilligen Geständnisse und solche, die unter körperlichen und seelischen Folterungen entrissen wurden. Manchmal war es einfach Angst, die zu ihnen führte. Einige Mitglieder rühmten sich, ihre Genossen denunziert zu haben. Der Fall des französischen Kommunisten Andre Marty ist typisch für diese paranoide Raserei, diesen frenetischen Eifer, sich als der wachsamste Kommunist zu erweisen; in einem »streng vertraulichen« Brief an den Generalsekretär der Komintern, Georgi Dimitrow, vom 23. Juni 1937 gab er einen langen denunziatorischen Bericht über den Vertreter der Internationale in Frankreich, Eugen Fried; er sei erstaunt, daß dieser noch nicht von der französischen Polizei festgenommen wurde, was ihm zumindest verdächtig zu sein scheine![29]

Über die Moskauer Prozesse

Das Phänomen des Terrors und der Prozesse rief unvermeidlich auseinandergehende Interpretationen hervor.

Boris Souvarine schrieb zu diesem Thema folgendes:

»Es ist stark übertrieben, so zu tun, als seien die Moskauer Prozesse ausschließlich und spezifisch russische Erscheinungen. Hinter einem unleugbar nationalen Stempel entdeckt man bei genauerer Betrachtung eher Allgemeines.

Zunächst ist es wichtig, das Vorurteil abzulegen, welches besagt, was dem Russen selbstverständlich ist, sei es auch für den Franzosen. Im vorliegenden Fall lassen die aus den Beschuldigten erpreßten überschwenglichen Geständnisse die Franzosen nicht verdutzter zurück als die Russen. Und jene, die es aus einer fanatischen Solidarität mit dem Bolschewismus als natürlich empfinden, sind sicher außerhalb der UdSSR zahlreicher als innerhalb. [...]

In den ersten Jahren der russischen Revolution behalf man sich, jedes Deutungsproblem zu lösen, indem man es auf die ›slawische Seele‹ schob. Man mußte später in Italien, dann in Deutschland allbekannte, einst spezifisch russische Fakten konstatieren: Wenn die menschliche Bestie freigelassen wird, zeitigen gleiche Ursachen gleiche Wirkungen bei den romanischen, germani-

schen und slawischen Völkern trotz der Unterschiede der Form und der oberflächlichen Erscheinung.

Doch sieht man andererseits nicht in Frankreich und anderswo Menschen aller Art, die Stalins fürchterliche Machenschaffen mit Freude erfüllen? Die Redaktion der *Humanité* zum Beispiel steht an Unterwürfigkeit und Niedrigkeit in nichts jener *der Prawda* nach, ohne die Entschuldigung zu haben, sich in den Zangen einer totalitären Diktatur zu befinden. Komarow, ein Akademiker, wird ein weiteres Mal um seine Ehre gebracht, indem er auf dem Roten Platz in Moskau wieder einmal Köpfe fordert, aber er hätte sich nicht wehren können, ohne bewußt Selbstmord zu begehen. Was soll man dann von einem Romain Rolland, einem Langevin, einem Malraux sagen, die das Sowjetregime, seine »Kultur« und seine »Gerechtigkeit« bewundern und gutheißen, ohne durch Hunger oder irgendeine Folterung dazu gezwungen zu sein?«

(Le Figaro litteraire, 1. Juli 1937)

Nachfolgend ein Auszug aus einem an den »Genossen L.R Berija« (Kommissar für Innere Angelegenheiten der UdSSR) gerichteten Brief im gleichen Stil von der Bulgarin Stella Blagojewa, einer geheimen Mitarbeiterin der Kaderabteilung des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI): »Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale verfugt über von zahlreichen Genossen, Aktivisten aus Bruderparteien, zu Papier gebrachte Informationen und wir halten es für nötig, Euch diese zu schicken, damit Ihr sie überprüfen und die entsprechenden Maßnahmen ergreifen könnt. [...] Einer der Sekretäre des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Ungarns, Karakach, äußert in Gesprächen eine unzulängliche Ergebenheit gegenüber der Partei Lenins und Stalins. [...] Die Genossen stellen auch eine sehr ernste Frage: Warum hat ihn das ungarische Gericht 1932 nur zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, während Karakach unter der Diktatur des Proletariats in Ungarn vom Revolutionsgericht zum Tode Verurteilte hingerichtet hat. [...] Zahlreiche Ansprachen von deutschen, österreichischen, lettischen, polnischen und anderen Genossen zeigen, daß die politische Emigration besonders verseucht ist. Das alles muß energisch ausgemerzt werden.«[30]

Arkadi Vaksberg erläutert, daß die Archive der Komintern Dutzende (sogar Hunderte...) Denunziationen bergen; ein Zeichen für den moralischen Verfall, der sich der Genossen der Komintern oder der Funktionäre der KPdSU bemächtigt hat. Dieser Verfall wurde offensichtlich, als die großen Prozesse gegen die bolschewistische »alte Garde« stattfanden, die ihren Beitrag zum Aufbau eines Staates geleistet hatte, der sich auf die »absolute Lüge« stützte.

Der große Terror erfaßt die Komintern

Der Mord an Kirow am 1. Dezember 1934 war für Stalin ein ausgezeichneter Vorwand, von einer strengen Unterdrückung zu einem regelrechten Terror überzugehen.^' Die Geschichte der KPdSU und mit ihr die der Komintern waren in eine neue Phase getreten. Der bis dahin gegen die Gesellschaft ausgeübte Terror richtete sich nun gegen die Vertreter der unbestrittenen Macht, die die KPdSU und ihr allmächtiger Generalsekretär ausübte.

Die ersten Opfer waren bereits inhaftierte Mitglieder der russischen Opposition. Von Ende 1935 an wurden nach Absitzen ihrer Strafe entlassene Häftlinge wieder ins Gefängnis gesteckt. Mehrere tausend Trotzkisten wurden in die Region Workuta verlegt. Ungefähr 500 befanden sich im Bergwerk, 1000 im Lager von Uchta-Petschora, insgesamt mehrere Tausend im Umkreis von Petschora. Am 27. Oktober 1936 traten 1000 von ihnen^^ in einen Hungerstreik von 132 Tagen. Sie forderten die Trennung von den gewöhnlichen Kriminellen und das Recht, mit ihren Familien zusammenzuleben. Nach vier Wochen starb der erste. Andere erlitten das gleiche Schicksal, bis die Verwaltung die Erfüllung der Forderungen verkündete. Im kommenden Herbst wurden 1200 Häftlinge (darunter etwa die Hälfte Trotzkisten) in der Nähe einer alten Ziegelei zusammengelegt. Ende März erstellte die Verwaltung eine Liste mit 25 Gefangenen, die ein Kilogramm Brot erhielten und den Befehl, sich zur Abreise bereitzuhalten. Einige Augenblicke später hörte man Schüsse. Die düsterste Vermutung bestätigte sich, als man die Begleitmannschaft des Gefangenenkonvois schnell zurückkommen sah. Am übernächsten Morgen: ein erneuter Appell und wieder Schüsse. Und so fort bis Ende Mai. Die Wachen überschütteten die Leichen mit Benzin, verbrannten und beseitigten sie. Der NKWD verbreitete über das Radio die Namen der Erschossenen, die »wegen konterrevolutionärer Agitation, Sabotage, Gangstertum, Arbeitsverweigerung, Fluchtversuch...« hingerichtet wurden. Die Frauen blieben nicht verschont. Die Frau eines hingerichteten Aktivisten mußte automatisch mit der Todesstrafe rechnen, ebenso wie die Kinder über zwölf Jahren eines Oppositionellen.

Etwa 200 Trotzkisten in Magadan, der »Hauptstadt« des Gebietes von Kolyma, traten ebenfalls in den Hungerstreik, um den Status politischer Gefangener zu bekommen. In ihrer Proklamation prangerten sie die »Henker« und »Stalins Faschismus« an, der »schlimmer ist als Hitlers«. Am 11. Oktober 1937 wurden sie zum Tode verurteilt und 74 von ihnen am 26. und 27. Oktober und 4. November erschossen. Diese Hinrichtungen setzten sich in den Jahren 1937 und 1938 fort."

In jedem Land, in dem es orthodoxe Kommunisten gab, wurde ihnen geraten, den Einfluß der Minderheit unter den Aktivisten, die sich um Leo Trotzki sammelten, zu bekämpfen. Mit Beginn des spanischen Bürgerkriegs nahm die Operation eine Wende, indem sie auf verlogenste Weise Trotzkis-

mus und Nationalsozialismus gleichstellten, während Stalin die Annäherung an Hitler plante. Bald erreichte die von Stalin ausgelöste Große Säuberung den Zentralapparat der Komintern. 1965 unternahm Branko Lazitch einen ersten Versuch, sich der Liquidierung der Kominternmitglieder zu stellen - unter dem bezeichnenden Titel *Le Martymloge du Komintern.*^" Boris Souvarine schließt seinen »Kommentar über den *Martymloge«* im Anschluß an Lazitchs Artikel mit einer Bemerkung über die namenlosen Mitarbeiter der Komintern, die anonymen Opfer der Großen Säuberung. Man sollte sie im Gedächtnis behalten, da man zu einem besonderen Kapitel der Geschichte des sowjetischen Kommunismus kommt: »Die Mehrzahl ist in diesem Massaker der Komintern verschwunden, das nur ein winziger Teil eines unübersehbaren Massakers war, eines von Millionen fleißiger Arbeiter und Bauern. Sie wurden ohne Sinn und Verstand geopfert von einer grauenhaften Tyrannei, die das proletarische Schild heraushängte.«

Die Funktionäre des Zentralapparats wie jene der nationalen Sektionen wurden von der Unterdrückungsmaschine ebenso erfaßt wie der einfachste Bürger. Mit der Großen Säuberung (1937/38) wurden nicht nur Gegner zu Opfern der Unterdrückungsorgane, sondern auch die Funktionäre des Apparats der Komintern und der angegliederten Apparate: die Kommunistische Jugendinternationale (KIM), die Rote Gewerkschaftsinternationale (RGI), die Internationale Rote Hilfe (IRH), die Internationale Lenin-Schule, die Kommunistische Universität der Nationalen Minderheiten des Westens (KUNMZ) u.a.m. Die Tochter eines alten Gefährten Lenins, Wanda Pampuch-Bronska, berichtet unter einem Pseudonym, wie 1936 die KUNMZ aufgelöst wurde und das gesamte Personal sowie fast alle Schüler festgenommen wurden.^'

Der Historiker Michail Pantelejew hat bis jetzt nach der Überprüfung des Materials der verschiedenen Dienste und Sektionen der Komintern 133 Opfer bei einer Gesamtzahl von 492 Menschen (d. h. 27 %) gezählt.^' Zwischen dem 1. Januar und dem 17. September 1937 wurden 256 Verweisungen von der Kommission des Sekretariats des EKKI, das sich aus Michael Moskwin (Meir Trilisser), Wilhelm Florin und Jan Anweit zusammensetzte und von der im Mai 1937 geschaffenen Sonderkontrollkommission beschlossen. Diese wurde von Georgi Dimitrow, Moskwin und Dimitri Manuilski gebildet. Im allgemeinen ging mit einem unterschiedlichen Zeitabstand der Verweis einer Verhaftung voraus: Elena Waher wurde am 16. Oktober 1938 von Dimitrows Sekretariat verwiesen und zwei Tage später festgenommen, während Jan Borowski (Ludwik Komorowski) am 17. Juli vom EKKI einen Verweis erhielt und am kommenden 7. Oktober festgenommen wurde. 1937 wurden 88 Angestellte der Komintern fest genommen und 1938 19. Andere wurden »am Arbeitstisch« verhaftet wie Anton Krajewski (Wladyslaw Jätern), der damals für die Agitpropabteilung verantwortlich war und am 26. März 1937 ins Gefängnis kam. Viele wurden unmittelbar nach ihrer Rückkehr von Missionen im Ausland festgenommen.

Alle Abteilungen waren betroffen, vom Sekretariat bis zu den Vertretungen der Kommunistischen Parteien. Von 1937 bis 1938 wurden 41 Personen des Sekretariats des EKKI verhaftet. Im Kreis des Verbindungsdienstes (bis 1936 OMS) zählte man 34 Festnahmen. Moskwin selbst wurde am 23. November 1938 von der Unterdrückungsmaschinerie erfaßt und am 1. Februar 1940 zum Tod durch Erschießen verurteilt. Jan Anwelt starb unter der Folter und der Däne A. Munch-Petersen im Gefängniskrankenhaus an den Folgen einer chronischen Tuberkulose. 50 Funktionäre, darunter neun Frauen, wurden erschossen. Die Schweizerin Lydia Dübi, die für das geheime Netz der Komintern in Paris verantwortlich war, wurde Anfang August 1937 nach Moskau bestellt. Sofort nach ihrer Ankunft wurde sie zusammen mit ihren Mitarbeitern Brichmann und Wolf festgenommen. Sie wurde beschuldigt, zu einer »antisowjetischen trotzkistischen Organisation« zu gehören und für Deutschland, Frankreich, Japan und die Schweiz Spionage zu betreiben. Am 3. November wurde sie vom Kriegsgericht beim obersten Gerichtshof der UdSSR zum Tode verurteilt und einige Tage später erschossen; ihre Schweizer Staatsbürgerschaft bot ihr keinerlei Schutz, ihre Familie wurde schonungslos und ohne eine weitere Erklärung von dem Urteil unterrichtet. Die Polin L. Jankowskaja wurde als »Mitglied der Familie eines Vaterlandsverräters« zu acht Jahren Haft verurteilt, denn ihr Mann, Stanislaw Skulski (Mertens), war im August 1937 festgenommen und am 21. September erschossen worden. Das Prinzip der Sippenhaft, das bereits bei einfachen Bürgern angewandt wurde, wurde auch auf die Mitglieder des Apparats ausgedehnt.

Ossip Pjatnitzki (Tarchis) war bis 1934 hinter Manuilski die Nummer zwei der Komintern; ihm unterstand die gesamte Organisation (besonders die Finanzierung der ausländischen kommunistischen Parteien), schließlich der Org-Apparat des Zentralkomitees der KPdSU. Am 24. Juni 1937 ergriff er im Plenum des Zentralkomitees das Wort, um die Verstärkung der Unterdrückung und die Übertragung der außerordentlichen Vollmachten auf den Leiter des NKWD, Jeschow, zu kritisieren. Stalin geriet in Wut und war gezwungen, die Sitzung zu unterbrechen. Er übte den härtesten Druck auf Pjatnitzki aus, damit dieser Reue zeige. Vergeblich. Am nächsten Tag klagte Jeschow bei der Wiederaufnahme der Sitzung Pjatnitzki an, ein alter Agent der zaristischen Polizei zu sein. Pjatnitzki wurde am 7. Juli festgenommen. Jeschow zwang darauf Boris Müller (Melnikow), gegen Pjatnitzki auszusagen, und am Tag nach Müllers Hinrichtung am 29. Juli 1938 verhandelte das Kriegsgericht beim Obersten Gerichtshof über Pjatnitzki, der sich weigerte, sich der Spionage für Japan für schuldig zu bekennen. Er wurde zum Tode verurteilt und in der Nacht vom 29. auf den 30. Juli erschossen.

Viele dieser hingerichteten Mitglieder der Komintern wurden angeklagt, »einer gegen die Komintern gerichteten Organisation unter der Führung von Pjatnitzki, Knorin (Wilhelm Hugo) und Bela Kun« anzugehören. Andere wurden einfach nur als Trotzkisten und Konterrevolutionäre bezeichnet.

Der ehemalige Führer der ungarischen Kommune, Bela Kun, der sich Anfang 1937 Manuilski widersetzt hatte, wurde von letzterem angeklagt (wahrscheinlich auf Stalins Anweisung). Er bezeichnete Kuns Kritik als direkt gegen Stalin gerichtet. Kun protestierte gutgläubig und gab Manuilski und Moskwin erneut die Verantwortung für die schlechte Vertretung der KPdSU, die seiner Meinung nach die Ursache für die Ineffizienz der Komintern sei. Unter den Anwesenden - Palmiro Togliatti, Aino Kuusinen, Wilhelm Pieck, Klement Gottwald, Arvo Tuominen - übernahm keiner seine Verteidigung. Am Ende der Versammlung wurde auf Veranlassung Georgi Dimitrows eine Resolution angenommen, die anregte, die »Affäre Kun« von einer Sonderkommission untersuchen zu lassen. Statt dessen aber wurde Bela Kun sofort nach Verlassen des Versammlungssaals festgenommen. Er wurde in den Kellern der Lubjanka an einem nicht bekannten Tag hingerichtet.[37]

Nach Aussage Pantelejews war das allerletzte Ziel dieser Säuberungen, jede Opposition gegen Stalins Diktatur zu beseitigen.[38] Alle, die in der Vergangenheit Sympathisanten der Opposition gewesen waren oder Verbindungen zu ehemals Trotzki nahestehenden Personen hatten, wurden die bevorzugte Zielscheibe der Unterdrückung. Das gleiche gilt für die deutschen Aktivisten, die der Fraktion von Heinz Neumann angehört hatten (er selbst wurde 1937 liquidiert), oder für ehemalige Mitglieder der Gruppe des Demokratischen Zentralismus. Zu jener Zeit war, nach Aussage von Jakov Matusow, dem stellvertretenden Direktor der ersten Abteilung der politischen geheimen Sektion des GUGB-NKWD, jeder Leiter auf hoher Ebene im Staatsapparat unwissentlich Gegenstand einer Akte, in der die Verdachtsmomente gesammelt wurden, die im geeigneten Augenblick gegen ihn verwendet werden konnten. So existierten Akten von Kliment Woroschilow, Andrej Wyschinski, Lasar Kaganowitsch, Michail Kalinin und Nikita Chruschtschow. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß die Führer der Komintern demselben Argwohn ausgesetzt waren.

Hinzugefügt sei, daß die nichtrussischen Verantwortlichen der Komintern sich aktiv an der Unterdrückung beteiligten. Eines der symptomatischen Beispiele war der Italiener Palmiro Togliatti, einer der Sekretäre der Komintern, der nach Stalins Tod als ein offener Mann und als Gegner terroristischer Methoden dargestellt wurde. Togliatti klagte jedoch Hermann Schubert an, einen Funktionär der Internationalen Roten Hilfe, und hinderte ihn bei einer Versammlung an einer Erklärung; kurz darauf wurde Schubert festgenommen und erschossen. Die Petermanns, ein deutsches Kommunistenpaar, das nach 1933 in den UdSSR gekommen war, wurden bei einer Versammlung wegen des Briefwechsels mit ihrer Familie in Deutschland von Togliatti als »Hitleragenten« beschuldigt; einige Wochen später wurden sie verhaftet. Togliatti war bei der Verfolgung Bela Kuns anwesend und unterzeichnete die Resolution, die diesen in den Tod schickte. Er war auch unmittelbar verwickelt in die Liquidierung der polnischen KP 1938. Bei dieser Gelegenheit stimmte er dem dritten Moskauer Prozeß zu und schloß: »Tod

den Kriegstreibern, Tod den Spitzeln und den faschistischen Agenten! Es lebe die Partei Lenins und Stalins, Wächter der Errungenschaften der Oktoberrevolution, Garant für den Sieg der Weltrevolution! Es lebe der Hüter des Werkes von Felix Dserschinski: Nicolas Jeschow!«[39]

Der Terror innerhalb der kommunistischen Parteien

Nach der »Säuberung« des zentralen Apparats der Komintern machte Stalin sich an die verschiedenen Sektionen der Kommunistischen Internationale. Zuerst traf es die deutsche Sektion. Die deutsche Gemeinde in Sowjetrußland umfaßte, neben den Nachfahren der Wolgadeutschen, Aktivisten der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), geflüchtete Antifaschisten und Arbeiter, die die Weimarer Republik verlassen hatten, um sich am »Aufbau des Sozialismus« zu beteiligen. Nichts davon bot den geringsten Schutz, als 1933 die Verhaftungen begannen. Insgesamt wurden zwei Drittel der in der UdSSR im Exil lebenden deutschen Antifaschisten von der Repression erfaßt.

Das Schicksal der deutschen Aktivisten ist dank der »Kaderlisten« bekannt, die von den verantwortlichen Führern der KPD, Wilhelm Pieck, Wilhelm Florin und Herbert Wehner, erstellt wurden und die sie benutzten, um bestrafte Kommunisten und/oder Opfer der Repression auszuschließen. Die erste Liste stammt vom 3. September 193 6, die letzte vom 21. Juni 193 8. Ein anderes Dokument vom Ende der fünfziger Jahre, von der Kontrollkommission der SED (die nach dem Zusammenschluß der KPD und der SPD entstandene Regierungspartei der späteren DDR) erstellt, erfaßte 1136 Menschen. Die Festnahmen erreichten 1937 ihren Höhepunkt (mit einer Zahl von 619) und setzten sich bis 1941 (21) fort. Das Schicksal der Hälfte dieser Menschen (666) ist nicht bekannt: Man vermutet, daß sie in der Haft verstarben. Hingegen weiß man, daß 82 hingerichtet wurden, 197 im Gefängnis oder im Lager starben und 132 den Nazis ausgeliefert wurden. Den etwa 150 anderen Überlebenden schwerer Haftstrafen gelang es, nach Verbüßung ihrer Strafen, die UdSSR zu verlassen. Eines der ideologischen Motive für die Rechtfertigung der Festnahme eines Aktivisten war, daß es ihm nicht gelungen war, Hitler auszuschalten, als ob Moskau nicht einen beträchtlichen Anteil an der Verantwortung für die Machtübernahme der Nationalsozialisten trüge.[40]

Die tragischste Episode jedoch, in der Stalin sein ganzes Ausmaß an Zynismus zeigte, war die Auslieferung deutscher Antifaschisten an Hitler. Bereits 1937 beschlossen die Sowjetführer, deutsche Staatsbürger auszuweisen. Am 16. Februar wurden zehn von ihnen vom Polizei-Sondertribunal OSO dazu verurteilt. Einige Namen sind uns bekannt: Emil Larisch, ein seit 1921 in der UdSSR lebender Techniker; Arthur Thilo, ein 1931 eingetroffener Ingenieur; Wilhelm Pfeiffer, ein Kommunist aus Hamburg; Kurt Nix-

dorf, Hochschulangestellter am Marx-Engels-Institut. Sie wurden im Laufe des Jahres festgenommen unter der Anklage der Spionage oder als »antifaschistische Organisation«, und der deutsche Botschafter von der Schulenburg intervenierte bei Maxim Litwinow, dem Volkskommissar des Äußeren, in dieser Angelegenheit. Pfeiffer versuchte, sich nach England ausweisen zu lassen, weil er wußte, daß er als Kommunist bei seiner Rückkehr nach Deutschland sofort festgenommen würde. Nach 18 Monaten, am 18. August 1938, wurde er an die polnische Grenze gebracht, dort verliert sich seine Spur. Arthur Thilo gelang es, in die britische Botschaft in Warschau zu gelangen. Nicht viele hatten dieses Glück. Otto Walther, ein Lithograph in Leningrad, der seit 1908 in Rußland wohnte, kam am 4. März 1937 nach Berlin; er beging Selbstmord, indem er sich aus dem Fenster des Foyers seiner Herberge stürzte.

Ende Mai 1937 übergab von der Schulenburg zwei neue Listen von verhafteten Deutschen, deren Ausweisung gefordert wurde. Unter den 67 Namen waren mehrere Antifaschisten, unter ihnen Kurt Nixdorf Im Herbst 1937 nahmen die Verhandlungen eine Wende: Die Sowjets stimmten einer Beschleunigung der Ausweisungen zu, wie es die deutschen Vertreter verlangten (etwa 30 waren bereits erfolgt). Im November und Dezember 1937 wurden 148 Deutsche ausgewiesen; im Jahr 1938 waren es 445. Die Ausgewiesenen, unter denen sich auch österreichische Schutzbündler befanden, wurden an die polnische oder lettische, manchmal auch finnische Grenze gebracht und sofort von Vertretern der deutschen Obrigkeit in Gewahrsam genommen. In einigen Fällen, darunter der des österreichischen Kommunisten Paul Meisel im Mai 1938, wurde der Ausgewiesene durch Polen bis zur österreichischen Grenze gebracht und der Gestapo übergeben. Der Jude Paul Meisel kam später in Auschwitz um.

Diese ausgezeichnete Verständigung zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und Sowjetrußland nimmt die deutsch-sowjetischen Verträge des Jahres 1939 vorweg, »in denen sich die wahre Wesensgleichheit der totalitären Systeme zeigt« (Jorge Sempnin). Nach ihrer Unterzeichnung gingen die Ausweisungen unter sehr viel dramatischeren Umständen vonstatten. Nach der Vernichtung Polens durch Hitler und Stalin hatten die beiden Mächte eine gemeinsame Grenze, die es erlaubte, die Ausgewiesenen aus den sowjetischen Gefängnissen direkt in die deutschen zu überfuhren. Von 1939 bis 1941 wurden auf diese Weise 200 bis 300 deutsche Kommunisten an die Gestapo ausgeliefert, um den guten Willen der Sowjets gegenüber dem neuen Verbündeten zu beweisen. Am 27. November 1939 wurde ein Übereinkommen zwischen den beiden Seiten unterzeichnet. Daraufhin wurden von November 1939 bis Mai 1941 350 Menschen ausgeliefert, darunter 85 Österreicher. Zu ihnen gehörte Franz Koritschoner, einer der Gründer der Kommunistischen Partei Österreichs, der später Funktionär der Roten Gewerkschaftsinternationale wurde; nachdem er in den hohen Norden deportiert worden war, wurde er der Gestapo von Lublin übergeben, nach

Wien überstellt, gefoltert und dann am 7. Juni 1941 in Auschwitz hingerichtet.

Die sowjetischen Autoritäten nahmen keinerlei Rücksicht auf die jüdische Abstammung einer Anzahl von Ausgewiesenen: Der Komponist und Dirigent Hans Walter David, Jude und Mitglied der KPD, wurde der Gestapo ausgeliefert und 1942 im KZ Majdanek vergast. Es gibt auch andere Fälle: Der Physiker Alexander Weissberg überlebte und konnte so seine Memoiren schreiben. Die Lebensgefährtin von Heinz Neumann, der aus der Leitung der KPD entfernt wurde und dann in die UdSSR ausgewandert war, Margarete Buber-Neumann, hat ebenfalls über dieses unglaubliche Einvernehmen zwischen den Nationalsozialisten und den Sowjets berichtet. Nach der Deportation nach Karaganda in Sibirien wurde sie mit einigen anderen Leidensgenossen im Februar 1940 der Gestapo ausgeliefert. Dieser »Austausch« brachte ihr die Internierung in Ravensbrück ein.[41]

Auf der Brücke von Brest-Litowsk

»Am 31. Dezember 1939 weckte man uns um 6 Uhr früh [...]. Wir waren angekleidet und rasiert und mußten im Wartesaal einige Stunden warten. [...] Ein ungarischer Kommunist, ein Jude namens Bloch, war aus Budapest nach dem Fall der Kommune 1919 nach Deutschland geflüchtet. Hier hatte er unter falschen deutschen Papieren gelebt und in der Partei weitergearbeitet. Später war er mit diesen selben illegalen Frieren nach Rußland emigriert. Auch ihn hatten sie verhaftet, und jetzt wurde er trotz seines Protestes an die deutsche Gestapo ausgeliefert. [...] Kurz vor Mitternacht kam der Bus, der uns zum Bahnhof brachte [...]. In der Silvesternacht des Jahres 1939/40 setzte sich der Zug in Bewegung. Er brachte siebzig geschlagene Menschen nach Hause. [...] Wir fuhren durch das verwüstete Polen auf Brest Litowsk zu. Auf der Bugbrücke erwartete uns der Apparat des anderen totalitären Systems in Europa, die deutsche Gestapo.«

(Alexander Weissberg-Cybulski, *Hexensabbat,* Frankfurt a. M., 1951, S. 697 ff A. Weissberg konnte aus der Nazihaft fliehen; er schloß sich den polnischen Aufständischen an und kämpfte mit ihnen. Am Kriegsende ging er nach Schweden und dann nach England.)

»Drei weigerten sich, über die Brücke zu gehen: der ungarische Jude namens Bloch, der junge von den Nazis verurteilte kommunistische Arbeiter und ein deutscher Lehrer, dessen Namen ich vergessen habe. Man trieb die drei über die Brücke. Auf den Juden hatte es die SS besonders abgesehen. Wir wurden in einen Zug verladen, der uns nach Lublin brachte [...]. In Lublin wurden wir der Gestapo übergeben. Dort konnten wir feststellen, daß wir nicht nur der Gestapo ausgeliefert worden waren, sondern daß der NKWD der SS auch die uns betreffenden Papiere ausgehändigt hatte. In meiner Akte stand beispielsweise unter anderem, daß ich die Frau von Neumann und Neumann einer der bestgehaßten Deutschen der deutschen Nazis sei...«

(Margarete Buber-Neumann, »Deposition au proces Krachenko contre *Les lettres françaises,* 14. Verhandlungstag, 23. Februar 1949. Stenographiertes Protokoll«. La Jeune Parque, 1949. Margarete Buber-Neumann wurde 1937 verhaftet, nach Sibirien deportiert, den Nazis ausgeliefert und im KZ Ravensbrück bis zur Befreiung im April 1945 interniert.)

Zur gleichen Zeit wie die deutschen Kommunisten erfaßte das Räderwerk des Terrors die Kader der kommunistischen Partei in Palästina, darunter viele Emigranten aus Polen. Joseph Berger (1904-1978), Sekretär der KP Palästinas von 1929 bis 1931, wurde am 27. Februar 1935 festgenommen und erst nach dem XX. Parteitag 1956 freigelassen. Daß er überlebte, war eine Ausnahme. Viele andere Aktivisten wurden zu unterschiedlichen Zeitpunkten hingerichtet oder verschwanden in den Lagern. Wolf Averbuch, der Direktor einer Traktorfabrik in Rostow am Don war, wurde 1936 festgenommen und 1941 hingerichtet. Die systematische Politik, die Mitglieder der KP Palästinas oder der in die UdSSR gekommenen zionistisch-sozialistischen Gruppen zu beseitigen, hängt mit der sowjetischen Politik gegenüber der jüdischen Minderheit mit der Gründung von Birobidschan zusammen, deren Führer angeklagt wurden. Professor Josif Liberberg, Präsident des Exekutivkomitees von Birobidschan, wurde als »Volksfeind« denunziert. Nach ihm wurden andere Kader der autonomen Region, die Ämter innehatten, unterdrückt. Samuel Augurskij (1884-1947) wurde angeklagt, Mitglied eines angeblich jüdisch-faschistischen Zentrums zu sein. Die gesamte jüdische Sektion der russischen Partei (die »Jewskija«) wurde zerschlagen. Das angestrebte Ziel war die Zerstörung der jüdischen Institutionen, während der Sowjetstaat sich zur gleichen Zeit um die Unterstützung jüdischer Persönlichkeiten außerhalb der UdSSR bemühte.«

Eine der vom Terror besonders stark betroffene Gruppe war die der polnischen Kommunisten. In den Statistiken der Repression stehen sie direkt hinter den Russen an zweiter Stelle. Tatsächlich wurde die polnische KP, höchst außergewöhnlich, bei einer schnell anberaumten Abstimmung des EKKI am 16. August 1938 offiziell aufgelöst. Stalin war der polnischen KP gegenüber immer mißtrauisch gewesen, von der man meinte, sie sei von aufeinander-folgenden und vielfältigen Abweichungen betroffen gewesen. Zahlreiche polnische Kommunistenführer gehörten zum engen Kreis um Lenin vor 1917 und lebten ohne rechtlichen Schutz in der UdSSR. 1923 bekannte sich die polnische KP zu Trotzki. Am Vorabend von Lenins Tod hatte ihre Führung eine Resolution für die Opposition angenommen. Dann wurde ihr »Luxemburgismus« kritisiert. Auf dem V Kongreß der Komintern, Juni und Juli 1924, beseitigte Stalin die bisherige Führung der polnischen KP - Adolf Warski, Maximilian Walecki und Wera Kostrewa-Kochtchva -, der erste

Schritt zur Übernahme der Kontrolle durch die Komintern. Dann wurde die polnische KP als ein Herd des Trotzkismus denunziert. Dieser kurze Ordnungsrufkann nicht allein die radikale Säuberung erklären, die diese Partei traf, in der zahlreiche Führer jüdischer Abstammung waren. Zu erwähnen ist noch die Affäre der Polnischen Militärorganisation (POW) 1933 (siehe den Beitrag von Andrzej Paczkowski). Man sollte auch folgenden Faktor im Gedächtnis behalten: Die Politik der Komintern versuchte ihrer polnischen Sektion eine völlig auf die Schwächung des polnischen Staates zugunsten der UdSSR und Deutschlands ausgerichtete Politik aufzuzwingen. Die Hypothese, nach der die Liquidierung der polnischen KP ihren Grund vor allem in der Notwendigkeit hatte, die Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Abkommens vorzubereiten, verdient, ernst genommen zu werden. Die Art, in der Stalin sich darum kümmerte, ist ebenfalls ein Hinweis: Er richtete es - mit Hilfe des Apparats der Komintern - so ein, daß jedes seiner Opfer nach Moskau zurückkam, und wachte darüber, daß ihm so wenig wie möglich entkamen. Es überlebten die Inhaftierten in polnischen Gefängnissen, wie Wladyslaw Gomutka.

Im Februar 1938 klagte die *Internationale Pressekorrespondenz,* die vierzehntägig erscheinende Zeitschrift der Komintern, unter dem Namen von J. Swiecicki die polnische KP insgesamt an. Im Laufe der im Juni 1937 begonnenen Säuberung - der Generalsekretär Julian Lenski war nach Moskau beordert worden und verschwand auf der Stelle - wurden zwölf Mitglieder des Zentralkomitees, zahlreiche zweitrangige Führer und mehrere hundert Mitglieder liquidiert. Die Säuberung dehnte sich auch auf die Polen in den Internationalen Brigaden aus: die politischen Funktionäre der Brigade Dombrowski, Kazimerz Cichowski und Gustav Reicher, wurden sofort bei ihrer Rückkehr nach Moskau festgenommen. Erst 1942 sah Stalin die Notwendigkeit für den Wiederaufbau einer kommunistischen Partei Polens unter dem Namen Polnische Arbeiterpartei. Sie sollte den Kern einer künftigen, in seinem Sold stehenden Regierung bilden und Widerpart der nach London geflüchteten legalen Regierung sein.

Die jugoslawischen Kommunisten hatten ebenfalls sehr unter Stalins Terror zu leiden. Die Kommunistische Partei Jugoslawiens war 1921 verboten worden und damit gezwungen, sich ins Ausland zurückzuziehen, von 1921 bis 1936 nach Wien, von 1936 bis 1939 nach Paris; ihr Kern jedoch war aber nach 1925 vor allem in Moskau. Um die Studenten der Kommunistischen Universität der Nationalen Minderheiten (KUNMZ), der Kommunistischen Universität »Swerdlow« und der Internationalen Lenin-Schule bildete sich ein erster Kern jugoslawischer Emigranten, die bald durch eine neue Emigrationswelle nach der Errichtung der Diktatur durch König Alexander Verstärkung bekam. In den dreißiger Jahren lebten zwischen 200 und 300 jugoslawische Kommunisten in der UdSSR[43] die in den internationalen Organisationen sehr aktiv waren, besonders in der Komintern und der Kommunistischen Jugend-

internationale. Aufgrund dieser Aktivitäten hatte sie offensichtlich einen engen Kontakt zur KPdSU.

Sie erlangten einen schlechten Ruf wegen der zahlreichen Kämpfe zwischen den verschiedenen Fraktionen, die sich um die Führung der jugoslawischen KP stritten. Unter diesen Umständen wurde das Eingreifen der Leitung der Komintern immer häufiger und härter. Mitte 1925 wurde eine »Tschistka« durchgeführt, eine Überprüfung und Säuberung, in der KUNMZ, da sich die jugoslawischen Studenten, die eher zur Opposition neigten, der Rektorin Maria J. Frumkina widersetzten. Einige Studenten wurden ausgeschlossen und vier von ihnen (Ante Ciliga, Dedic, Dragic und Eberling) festgenommen und nach Sibirien verbannt. 1932 gab es eine neue Säuberung im Schöße der jugoslawischen KP, 16 Aktivisten wurden ausgeschlossen.

Nach Kirows Ermordung wurde die Kontrolle der politischen Emigranten verstärkt. Im Herbst 1936 wurden alle Aktivisten der jugoslawischen KP einer Überprüfung unterzogen, bevor sie der Terror erfaßte. Das Schicksal der politischen Emigranten, das besser bekannt ist als das anonymer Arbeiter, umfaßt die Festnahme und das Verschwinden von acht Sekretären des Zentralkomitees der jugoslawischen KP, 15 weiteren Mitgliedern des Zentralkomitees sowie 21 Sekretären der Bezirks- oder Ortsleitungen. Einer der KP-Sekretäre, Sima Markovic, der zur Flucht in die UdSSR gezwungen wurde, arbeitete in der Akademie der Wissenschaften, bevor er im Juli 1939 festgenommen wurde; man verurteilte ihn zu zehn Jahren Zwangsarbeit und verbot ihm jeden Briefwechsel. Er starb im Gefängnis. Andere wurden auf der Stelle hingerichtet, wie die Brüder Vujovic, Radomir (Mitglied des Zentralkomitees der KP) und Gregor (Mitglied des Zentralkomitees des Jugendverbandes). Ihr Bruder Voja, ehemaliger Verantwortlicher für die Kommunistische Jugendinternationale, hatte sich 1927 mit Trotzki solidarisiert und verschwand. Seiner Festnahme folgte die seiner Brüder. Der Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Jugoslawiens von 1932 bis 1937, Milan Gorkić, wurde beschuldigt, eine »antisowjetische Organisation im Schöße der Internationale« gegründet »und eine Gruppe Terroristen im Schöße der Komintern angeführt zu haben, eine von Knorin und Pjatnitzki geleitete Organisation«.

Mitte der sechziger Jahre rehabilitierte die jugoslawische KP etwa 100 Opfer der Repression, aber es wurde keine systematische Untersuchung durchgeführt. Sicher hätte die Eröffnung einer solchen Untersuchung indirekt die Frage nach den Opfern der Repression gegen die Partisanen der UdSSR in Jugoslawien nach dem Bruch 1948 gestellt. Und sie hätte vor allem hervorgehoben, daß Titos (Josip Broz) Aufstieg an die Spitze der Partei 1938 auf eine besonders blutige Säuberung folgte. Die Tatsache, daß sich Tito 1948 gegen Stalin auflehnte, enthebt ihn keineswegs der Verantwortung für die Säuberung in den dreißiger Jahren.

Die Jagd auf die »Trotzkisten«

Nachdem Stalin die Reihen der ausländischen Kommunisten in der UdSSR dezimiert hatte, fiel er über die im Ausland lebenden »Dissidenten« her. Der NKWD hatte dabei die Gelegenheit, seine weltweite Macht zu zeigen.

Einer der spektakulärsten Fälle war der von Ignaz Reiss, mit dem richtigen Namen Nathan Poretzki. Reiss war einer der aus dem Krieg 1914-18 hervorgegangenen jungen revolutionären Juden, wie sie Mitteleuropa in großer Zahl gekannt und die Komintern in großer Zahl rekrutiert hatte.[44] Er arbeitete als berufsmäßiger Agitator im geheimen Netz und hatte seine Missionen so gut ausgeführt, daß er 1928 mit dem Rote-Fahne-Orden ausgezeichnet wurde. Nach 1935 wurde er vom NKWD »eingespannt«, der die Kontrolle über alle Auslandsabteilungen übernahm und sich um die Spionage in Deutschland kümmerte. Reiss war vom ersten großen Moskauer Prozeß erschüttert, und er beschloß, mit Stalin zu brechen. Da er die »Hausordnung« kannte, bereitete er seinen Austritt sorgfältig vor, und am 17. Juli 1937 veröffentlichte er einen Brief an das Zentralkomitee der KPdSU, in dem er eine Erklärung abgab und namentlich Stalin und den Stalinismus angriff diese »Mischung aus dem schlimmsten Opportunismus - ein prinzipienloser Opportunismus - Blut und Lügen, [die] die ganze Welt zu vergiften und die Reste der Arbeiterbewegung zu vernichten droht«. Reiss verkündete gleichzeitig seinen Anschluß an Leo Trotzki. Ohne sich dessen bewußt zu sein, unterschrieb er damit sein Todesurteil. Der NKWD mobilisierte sofort sein Netz in Frankreich, und es gelang, Reiss in der Schweiz ausfindig zu machen, wo er in eine Falle gelockt wurde. Am Abend des 4. September wurde er von den Kugeln zweier französischer Kommunisten durchsiebt, während eine Agentin des NKWD seine Frau und seinen Sohn mit einer Schokoladenschachtel zu ermorden versuchte. Trotz emsiger Untersuchungen in der Schweiz und in Frankreich wurden die Mörder und ihre Komplizen niemals gefunden oder verurteilt. Trotzki zog sofort Jacques Duclos, einen der Sekretäre der PCF, in die Angelegenheit hinein und bat seinen Sekretär Jan van Heijenoort, folgendes Telegramm an den französischen Regierungschef zu schicken: »Chautemps Ministerpräsident Paris / In der Angelegenheit Mord an Ignaz Reiss / Diebstahl meiner Archive und ähnliche Verbrechen / Erlaube mir, auf Notwendigkeit zu bestehen, als Zeugen mindestens Jacques Duclos zu vernehmen, Vizepräsident der Abgeordnetenkammer, ehemaliger GPU-Agent.«[45]

Duclos war damals seit Juni 1936 Vizepräsident der Abgeordnetenkammer, und das Telegramm blieb folgenlos.

Reiss' Ermordung war zweifellos spektakulär, gehörte aber zu einem umfangreichen Liquidierungsplan gegen die Trotzkisten. Die Feststellung, daß die Trotzkisten in der UdSSR wie viele andere niedergemetzelt wurden, ruft kaum Verwunderung hervor. Hingegen kann die Tatsache überraschen, mit welcher Verbissenheit die Geheimdienste die Oppositionellen im Ausland

oder die in verschiedenen Ländern gegründeten trotzkistischen Gruppen physisch Liquidierten. Eine geduldige Unterwanderungsarbeit war die Grundlage dieses Unternehmens.

Im Juli 1937 verschwand der Sekretär der internationalen Organisation der trotzkistischen Opposition, Rudolf Klement. Am 26. August desselben Jahres wurde eine Leiche ohne Kopf und ohne Beine aus der Seine gefischt und bald als die Klements identifiziert. Trotzkis eigener Sohn, Leo Sedow, starb am 16. Februar 1938 an den Folgen einer Operation; die höchst verdächtigen Umstände seines Todes verleiteten seine Angehörigen zur Annahme eines von den sowjetischen Geheimdiensten organisierten Mordes.[46] Hingegen versichert Pawel Sudoplatow in seinen Memoiren[47] daß dem nicht so war. Dennoch stand Leo Sedow unter scharfer Bewachung durch den NKWD. Der ihm nahestehende Mark Zborowski war ein in die trotzkistische Bewegung eingeschleuster Agent.

Louis Aragon *Prelude au temps des cerises*

Je chante le Guepeou qui se forme
en France ä l'heure qu'il est
Je chante le Guepeou necessaire de France
Je chante les Guepeous de nulle part et partout
Je demande un Guepeou pour preparer la fin d'un monde
Demandez un Guepeou pour preparer la fin d'un monde
pour defendre ceux qui sont trahis
pour defendre ceux qui sont toujours trahis
Demandez un Guepeou vous qu'on plie et vous qu'on tue
Demandez un Guepeou
II vous faut un Guepeou
Vive le Guepeou figure dialectique de l'heroisme
qu'on peut opposer ä cette Image imbecile des aviateurs
tenus par les imbeciles pour les heros quand ils se foutent
la gueule par terre
Vive le Guepeou veritable image de la grandeur materialiste
Vive le Guepeou contre dieu Chiappe et la »Marseillaise«
Vive le Guepeou contre le pape et les poux
Vive le Guepeou contre la resignation des banques
Vive le Guepeou contre les manceuvres de l'Est
Vive le Guepeou contre la famille
Vive le Guepeou contre les lois scelerates
Vive le Guepeou contre le socialisme des assassins du type
Caballero Boncour MacDonald Zoergibel
Vive le Guepeou contre tous les ennemis du Proletariat
VIVE LE GUEPEOU. (1931)

(Zitiert von Jean Malaquais, *Le nomme Louis Aragon ou le patriote professionnel,* Beilage zu *Masses,* Februar 1947)

(Auftakt zur Kirschenzeit - Ich besinge die GPU, die sich jetzt, zur Zeit in Frankreich bildet / Ich besinge die GPU: Frankreich braucht sie / Ich besinge die GPUs; Sie sind überall und nirgends / Ich verlange eine GPU, um das Ende der Welt einzuläuten / Verlangt nach einer GPU, um das Ende einer Welt einzuläuten / um jene zu verteidigen, die verraten werden / um jene zu verteidigen, die immer verraten werden / Verlangt nach einer GPU, ihr, die ihr niedergedrückt werdet und die ihr getötet werdet / Verlangt nach einer GPU / Ihr braucht eine GPU / Es lebe die GPU, das dialektische Bild des Heldentums / das man dem idiotischen Bild der Flieger entgegenhalten kann / die von Dummköpfen für Helden gehalten werden / wenn sie ihre Fresse in die Erde bohren / Es lebe die GPU, das wahrhafte Bild der materialistischen Größe / Es lebe die GPU wider den Gott Chiappe und die »Marseillaise« / Es lebe die GPU wider den Papst und die Läuse / Es lebe die GPU wider die Resignation der Banken / Es lebe die GPU wider die Manöver im Osten / Es lebe die GPU wider die Familie / Es lebe die GPU wider die schändlichen Gesetze / Es lebe die GPU wider den Sozialismus des Typs / Caballero Boncour MacDonald Zoergibel / Es lebe die GPU wider die Feinde des Proletariats / ES LEBE DIE GPU)

Hingegen hat Sudoplatow zugegeben, im März 1939 von Berija und Stalin persönlich den Auftrag erhalten zu haben, Trotzki zu ermorden. Stalin teilte ihm mit: »Trotzki muß innerhalb eines Jahres, noch vor dem unvermeidlichen Kriegsausbruch eliminiert werden [...]« und fügte hinzu: »Sie sind direkt dem Genossen Berija unterstellt und werden nur ihm, niemand anderem, Bericht erstatten. Doch die volle Verantwortung für diese Mission obliegt ihnen selbst.«[48] Eine unerbittliche Treibjagd über Paris, Brüssel und die Vereinigten Staaten bis nach Mexiko begann, wo der Vorsitzende der IV. Internationale lebte. Mit der Unterstützung der Kommunistischen Partei Mexikos planten Sudoplatows Agenten ein erstes Attentat am 24. Mai, dem Trotzki durch ein Wunder entkam. Mit der Einschleusung von Ramon Mercader unter einem falschen Namen fand Sudoplatow das Mittel, sich Trotzkis zu entledigen. Mercader hatte das Vertrauen einer Trotzkistin gewonnen, die Kontakt zu dem »Alten« aufnehmen konnte. Trotzki schöpfte keinen Verdacht und war bereit ihn zu empfangen, um ihm seine Meinung über einen Artikel zu sagen, den er zu seiner eigenen, des Revolutionärs, Verteidigung geschrieben hatte. Mercader schlug ihm mit einem Eispickel auf den Kopf Der schwer verletzte Trotzki stieß einen gellenden Schrei aus. Seine Frau und seine Leibwachen stürzten sich auf Mercader, der nach vollbrachter Tat wie gelähmt dastand. Trotzki starb am nächsten Morgen.

Die Verflechtung der kommunistischen Parteien, der Sektionen der Komintern und der Dienste des NKWD wurde von Leo Trotzki angeprangert, der sehr gut wußte, daß die Komintern zunächst von der GPU, dann vom NKWD beherrscht wurde. In einem Brief vom 27. Mai 1940 an den Generalstaatsan-

walt von Mexiko, drei Tage nach dem auf ihn gerichteten ersten Attentatsversuch schrieb er: »Die Organisation der GPU hat außerhalb der Sowjetunion feste Traditionen und Methoden. Die GPU braucht für ihr Vorgehen eine legale oder halblegale Tarnung und ein günstiges Umfeld zur Rekrutierung ihrer Agenten. Sie findet dieses Umfeld und diesen Schutz in den sogenannten ›kommunistisehen Parteien‹.«[49] In seinem letzten Text, ebenfalls zum Attentat vom 24. Mai, geht er detailliert auf die Operation ein, der er fast zum Opfer gefallen wäre. Für ihn war die GPU (Trotzki benutzte stets den Namen von 1922, als er die Geschäfte leitete) »das Hauptorgan von Stalins Macht«, d.h. »das Instrument zur totalen Kontrolle« in der UdSSR, wo »sich ein Geist der Unterwerfung und des Zynismus in der gesamten Komintern ausgebreitet hat, [der] die Arbeiterbewegung bis ins Mark vergiftet«. Er behandelte diesen Aspekt ausführlich, da vieles auf der Ebene der kommunistischen Parteien äußerst bedeutsam war: »Als Organisationen sind die GPU und die Komintern nicht identisch, sie sind jedoch unlösbar miteinander verbunden. Sie sind einander untergeordnet. Und es ist nicht die Komintern, die der GPU Befehle erteilt, sondern im Gegenteil, die GPU beherrscht die Komintern völlig.«[50]

Diese Analyse, die sich auf zahlreiche einzelne Elemente stützt, war das Ergebnis der doppelten Erfahrung Trotzkis: jener, die er als Führer des entstehenden Sowjetstaats machte, und jener als Verbannter und um die ganze Welt von den Mördern des NKWD Gejagter, deren Namen heute gesichert sind. Es handelt sich offensichtlich um die Führer der Abteilung der »Sondermissionen«, die 1936 von Nikolaj Jeschow gebildet wurde: Sergej Spiegelglass, der scheiterte, Pawel Sudoplatow (gestorben 1996) und Naum Eitingon (gestorben 1981), die dank zahlreicher Helfershelfer Erfolg hatten.[51]

Vom Mord an Trotzki am 20. August 1940 in Mexiko ist das Wesentliche bekannt dank der sofort darauf von Julian Gorkin vor Ort durchgeführten und später erneut aufgenommenen Untersuchungen.[52] Im übrigen ließ der Auftraggeber des Mordes keine Zweifel offen: die direkten Verantwortlichen waren bekannt, diese Informationen sind jüngst von Sudoplatow bestätigt worden. Jaime Ramon Mercader del Rio war der Sohn von Caridad Mercader, einer Kommunistin, die seit langem für die Geheimdienste arbeitete und die Geliebte von N. Eitingon wurde. Mercader hatte sich bei Trotzki unter dem Namen Jacques Monard eingeführt. Letzterer existierte tatsächlich; er starb 1967 in Belgien. Monard hatte in Spanien gekämpft, dort konnte sein Paß von den sowjetischen Geheimdiensten »ausgeliehen« worden sein. Mercader benutzte auch den Namen Jackson, mit einem anderen in Aussicht stehenden Paß, dem eines in den Internationalen Brigaden kämpfenden und an der Front gestorbenen Kanadiers. Ramon Mercader starb 1978 in Havanna, wohin ihn Fidel Castro eingeladen hatte, um als Berater im Innenministerium zu arbeiten. Der einst für sein Verbrechen mit dem Lenin-Orden Ausgezeichnete wurde in aller Stille in Moskau beerdigt.

Auch nachdem Stalin seinen letzten politischen Gegner beseitigt hatte, hörte die Jagd auf die Trotzkisten nicht auf. Das französische Beispiel ist sehr bezeichnend für das Verhalten der Kommunisten gegenüber den Mitgliedern der kleinen trotzkistischen Organisationen. Sicher ist es nicht ausgeschlossen, daß während der Besetzung Frankreichs Trotzkisten von den Kommunisten an die französische oder deutsche Polizei verraten wurden.

In den französischen Gefängnissen und Lagern von Vichy wurden die Trotzkisten systematisch isoliert. In Nontron (Dordogne) wurde Gerard Bloch Opfer der Ächtung durch das kommunistische Kollektiv, wie Michel Bloch, Sohn des Schriftstellers Jean-Richard Bloch, berichtet. Darauf wurde Gerard Bloch ins Gefängnis von Eysses gebracht. Dort unterrichtete ihn ein katholischer Lehrer davon, daß das kommunistische Kollektiv des Gefängnisses beschlossen hatte, ihn in der Nacht durch Erwürgen zu töten.[53]

In diesem Umfeld des blinden Hasses erhält die Affäre des »Verschwindens« von vier Trotzkisten, unter ihnen Pietro Tresso, Gründer der italienischen KP, im Verband der französischen Resistance FTP »Wodli«, der in Haute-Loire eingerichtet worden war, ihre ganze Bedeutung. Fünf trotzkistische Kämpfer, die zusammen mit ihren kommunistischen Kameraden am 1. Oktober 1943 aus dem Gefängnis von Puy-en-Velay ausgebrochen waren, wurden von diesem kommunistischen Resistance-Verband »übernommen«. Einer von ihnen. Albert Dematiere, wurde durch Zufall von seinen Genossen getrennt. Er ist der einzige Überlebende der Fünfergruppe[54]: Tresso, Pierre Salini, Jean Reboul und Abraham Sadek wurden Ende Oktober nach einem sehr bezeichnenden Scheingericht hingerichtet. Die noch lebenden »Zeugen« und Täter berichten, daß man diese Aktivisten angeklagt hatte, geplant zu haben, »das Wasser im Lager zu vergiften«, eine mittelalterliche Anklage, die auf die jüdische Herkunft Trotzkis (dessen eigener Sohn Sergej in der UdSSR wegen eines ähnlichen Plans angeklagt wurde) und zumindest einen der Gefangenen des Verbands (Abraham Sadek) anspielt. Damit zeigte die kommunistische Bewegung, daß sie nicht gefeit war vor dem Rückfall in plumpen Antisemitismus. Vor ihrer Ermordung wurden die vier Trotzkisten fotografiert, wahrscheinlich, um ihre Identifikation durch die oberen Instanzen der PCF zu ermöglichen, und gezwungen, ihren Lebenslauf niederzuschreiben.

Selbst bis in die Konzentrationslager versuchten die Kommunisten ihre nächsten Gegner physisch zu eliminieren, indem sie in der Hierarchie der Lager erreichte Positionen ausnutzten. Marcel Beaufrere, der Chef der Internationalen Arbeiterpartei der Bretagne, der im Oktober 1943 festgenommen und nach Buchenwald deportiert wurde, verdächtigte der kommunistische Blockwart, Trotzkist zu sein. Zehn Tage später verständigte ihn ein Freund davon, daß ihn die kommunistische Zelle seines Blockes - des Block 39 -zum Tode verurteilt habe und ihn in jenen Block schicken wolle, wo man Häftlingen zu Versuchszwecken Typhus einimpfte. Marcel Beaufrere wurde dank des Eingreifens deutscher Aktivisten in letzter Minute gerettet.[55]Es

reichte aus, das System der Nazikonzentrationslager zu benutzen, um sich politischer Gegner zu entledigen, die selber Opfer der Gestapo oder der SS waren, indem man sie in die härtesten Kommandos schickte. Marcel Hie und Roland Filiátre, die beide nach Buchenwald deportiert worden waren, wurden in das fürchterliche Lager Dora geschickt, »mit Einverständnis der Kader der KPD, die die Verwaltungsaufgaben im Lager innehatten«, schreibt Rodolphe Präger.^" Marcel Hie verstarb dort. Auf Roland Filiátre wurde noch 1948 ein Attentatsversuch an seinem Arbeitsplatz ausgeübt, dem er aber entging.

Weitere »Liquidierungen« von Trotzkisten wurden durch die Befreiung begünstigt. Ein junger Pariser Arbeiter der Gruppe »Klassenkampf«, Mathieu Buchholz, verschwand am 11. September 1944. Im Mai 1947 verdächtigte die Zeitung seiner Gruppe die »Stalinisten«.

In Griechenland war die trotzkistische Bewegung nicht ohne Einfluß. Ein Sekretär der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE), Pandelis Pouliopoulos, der von den Italienern erschossen wurde, war ihr bereits vor dem Krieg beigetreten. Im Krieg traten einzelne Trotzkisten in die Reihen der Nationalen Befreiungsfront (EAM) ein, die im Juni 1941 von den Kommunisten gegründet worden war. Der General der Griechischen Volksbefreiungsarmee (ELAS), Aris Velouchiotis, ließ etwa 20 Trotzkistenführer hinrichten. Sie wurden häufig gefoltert, damit sie die Adressen ihrer Genossen preisgaben. 1946 gibt Vassilis Bartziotas in seinem Bericht an das Zentralkomitee der kommunistischen Partei als Zahl 600 von der OPLA (Schutzorganisation des Volkskampfes) hingerichtete Trotzkisten an, eine Zahl, die wahrscheinlich Anarchisten oder abtrünnige Sozialisten miteinbezieht.[57] Die Archivmarxisten, Aktivisten, die sich seit 1924 außerhalb der griechischen Partei organisiert hatten, wurden ebenfalls gejagt und ermordet.[58]

Die albanischen Kommunisten standen den anderen nicht nach. Nach dem Zusammenschluß im November 1941 der linken Gruppen, einschließlich der um Anastaste Loula versammelten Trotzkisten, traten Divergenzen zwischen den Trotzkisten und den von den Jugoslawen beratenen Orthodoxen (Enver Hoxha, Memet Chehu) auf Im Laufe des Jahres 1943 wurde Loula ohne Gerichtsverfahren hingerichtet. Nach mehreren Mordversuchen gelang es Sadik Premtaj, ebenfalls ein sehr populärer Trotzkistenführer, nach Frankreich zu entkommen; im Mai 1951 wurde er Opfer eines weiteren Attentats, das von Djemal Chami begangen wurde, einem ehemaligen Kämpfer der Internationalen Brigaden und Helfershelfer der albanischen Gesandtschaft in Paris.

In China hatte sich 1928 der Kern einer Bewegung unter Führung von Chen Duxiu gebildet, Gründer und ehemaliger Sekretär der KP Chinas. 1935 zählte sie nur einige hundert Mitglieder. Während des Krieges gegen Japan gelang es einigen von ihnen, in die VIII. Armee der Volksbefreiungsarmee einzutreten. Mao Zedong ließ sie hinrichten und löste die von ihnen

angeführten Bataillone auf. Am Ende des Bürgerkriegs wurden die letzten systematisch verfolgt und hingerichtet. Das Schicksal einer großen Anzahl von ihnen ist unbekannt.

In Indochina war die Situation am Anfang anders. Trotzkisten der Gruppe »Tranh Dau« (»Der Kampf«) und Kommunisten machten von 1933 an gemeinsame Sache. Der Einfluß der Trotzkisten war im Süden der Halbinsel besonders groß. 1937 untersagte eine Direktive von Jacques Duclos der Kommunistischen Partei Indochinas die weitere Zusammenarbeit mit den Mitgliedern von Tranh Dau. In den auf die japanische Niederlage folgenden Monaten gewann ein anderer trotzkistischer Zweig - die Internationale Kommunistische Liga - einen so großen Einfluß, daß die kommunistischen Führer beunruhigt waren. Im September 1945, bei der Ankunft der englischen Truppen, geißelte die Liga den friedlichen Empfang durch den Vietminh (die Demokratische Befreiungsfront), die im Mai 1941 von Ho Chi Minh gegründet worden war. Am 14. September startete der Vietminh eine umfangreiche Operation gegen die trotzkistischen Kader, die sich nicht widersetzten. Sie wurden verhaftet und die Mehrzahl von ihnen hingerichtet. Dann, nachdem sie gegen die anglo-französischen Truppen, die sich in die Ebene des Schiltes zurückgezogen hatten, gekämpft hatten, wurden sie von den Truppen des Vietminh vernichtet. Im zweiten Schritt der Operation wandte sich der Vietminh dann gegen die Aktivisten der Tranh Dau. In Ben Suc wurden sie inhaftiert und, als die französischen Truppen sich näherten, hingerichtet. Der berühmte Führer der Bewegung, Ta Tu Thau, wurde im Februar 1946 hingerichtet. Hatte Ho Chi Minh nicht geschrieben, daß die Trotzkisten »die gemeinsten Verräter und Spione« sind?"

In der Tschechoslowakei versinnbildlicht das Schicksal von Zavis Kalandra exemplarisch das aller seiner Gefährten. 1936 wurde Kalandra aus der tschechoslowakischen KP ausgeschlossen, weil er eine Broschüre gegen die Moskauer Prozesse geschrieben hatte. Als Widerstandskämpfer deportierten ihn die Deutschen nach Oranienburg. Im November 1949 wurde er festgenommen und angeklagt, ein »Komplott gegen die Republik« geschmiedet zu haben. Er wurde gefoltert. Sein Prozeß begann im Juni 1950; dort übte er Selbstkritik. Am 8. Juni wurde er zum Tode verurteilt. Im *Combat* (14. Juni 1950) bat Andre Breton Paul Eluard, für einen Mann einzutreten, den sie beide bereits aus der Vorkriegszeit kannten. »Ich habe zuviel mit Unschuldigen zu tun, die ihre Unschuld behaupten, um mich um Schuldige zu kümmern, die ihre Schuld behaupten.«[60] Zavis Kalandra wurde am folgenden 27. Juni mit drei anderen Genossen hingerichtet.

Ausländische Antifaschisten und Revolutionäre als Opfer des sowjetischen Terrors

Wenn die Dezimierung der Komintern, der Trotzkisten und anderen Dissidenten einen bedeutenden Teil des kommunistischen Terrors darstellt, ist er doch nicht die einzige Form. In der UdSSR lebten Mitte der dreißiger Jahre zahlreiche Ausländer, die, ohne Kommunisten zu sein, von dem sowjetischen Trugbild angezogen wurden. Viele von ihnen bezahlten ihre Leidenschaft für das Sowjetland mit ihrer Freiheit und oft mit ihrem Leben.

Anfang der dreißiger Jahre führten die Sowjets eine Propagandakampagne bezüglich Kareliens durch, sie spielten zugleich mit den Möglichkeiten, die dieses Grenzgebiet zwischen der UdSSR und Finnland, und der Verlockung, die der »Aufbau des Sozialismus« bot. Bis zu 12000 Menschen verließen Finnland, hinzu kamen ungefähr 5000 Finnen aus den Vereinigten Staaten, hauptsächlich Mitglieder der (amerikanischen) Vereinigung Finnischer Arbeiter, die in großen Schwierigkeiten waren wegen der Arbeitslosigkeit nach der Krise von 1929. Das »Karelienfieber« wurde noch verstärkt durch die Agenten der Amtorg (der sowjetischen Handelsvertretung), die ihnen Arbeit, gute Löhne, Unterkünfte und eine kostenlose Fahrt von New York nach Leningrad versprachen. Es wurde ihnen geraten, alles, was sie besaßen, mitzunehmen.

Die »Flucht in die Utopie«, wie sie Aino Kuusinen bezeichnete, wurde zu einem Alptraum. Gleich nach ihrer Ankunft wurden die Maschinen, die Werkzeuge und die Ersparnisse der Emigranten konfisziert. Sie mußten ihre Pässe abgeben und fanden sich als Gefangene in einer unterentwickelten, hauptsächlich mit Wäldern bedeckten Region unter besonders harten Lebensbedingungen wieder." Nach Ansicht von Arvo Tuominen, der bis Ende 1939 Führer der finnischen KP war und die Funktion eines stellvertretenden Mitglieds des Präsidiums des EKKI innehatte, bevor er zum Tode verurteilt und seine Strafe dann in zehn Jahre Haft umgewandelt wurde, hatte man mindestens 20 000 Finnen in Konzentrationslagern inhaftiert."^

Aino Kuusinen wurde gezwungen, sich in Kirowakan niederzulassen. Dort erlebte er nach dem Zweiten Weltkrieg die Ankunft von Armeniern, die ebenfalls Opfer einer geschickten Propaganda geworden waren und beschlossen hatten, sich in der Sowjetrepublik Armenien anzusiedeln. Sie waren einem Aufruf Stalins an alle im Ausland lebenden russischen Staatsangehörigen gefolgt, in die UdSSR zurückzukehren. Diese Armenier, genaugenommen türkische Exilanten, zogen in eine Republik Armenien, die in ihrer Vorstellung auf dem Gebiet ihrer Vorfahren lag. Im September 1947 versammelten sich mehrere tausend in Marseille. 3500 stiegen an Bord der *Rossia,* die sie in die UdSSR brachte. Sobald das Schiff die Küstenlinie zu den sowjetischen Gewässern im Schwarzen Meer hinter sich gelassen hatte, änderte sich das Verhalten der Sowjets vollständig. Viele begriffen nun, daß sie in eine gemeine Falle geraten waren. 1948 kamen 200 Armenier

aus den USA an. Zwar wurden sie mit Festlichkeiten empfangen, erlitten aber das gleiche Schicksal: Ihnen wurden nach ihrer Ankunft die Pässe abgenommen. Im Mai 1956 demonstrierten mehrere hundert aus Frankreich gekommene Armenier bei dem Besuch des französischen Außenministers, Christian Pineau, in Eriwan. Nur 60 Familien konnten die UdSSR verlassen, während die anderen der Repression ausgesetzt blieben.[63]

Der Terror traf nicht nur diejenigen, die freiwillig in die UdSSR zurückgekehrt waren, sondern auch diejenigen, die von diktatorischen Regimes dazu gezwungen worden waren. Artikel 129 der sowjetischen Verfassung von 1936 lautet: »Die UdSSR gewährt Bürgern auswärtiger Staaten, die wegen Verfechtung der Interessen der Werktätigen oder wegen wissenschaftlicher Betätigung oder wegen nationalen Befreiungskampfes verfolgt werden, das Asylrecht.«

In seinem Roman *Leben und Schicksal* stellt Wassilij Grossman die Gegenüberstellung eines SS-Manns mit einem alten bolschewistischen Aktivisten, seinem Gefangenen, dar. Im Laufe seines langen Monologs äußert der SS-Mann Sätze, die das Schicksal Tausender Männer, Frauen und Kinder beschreiben, die in der Sowjetunion Zuflucht suchten. Sie lauten folgendermaßen: »Wer sitzt denn in unseren Lagern, wenn kein Krieg ist und keine Kriegsgefangenen da sind? - Die Feinde der Partei, des Volkes. Es ist eine Sorte, die Ihr kennt, es sind dieselben, die auch Ihre Lager bevölkern. Und wenn unser Reichssicherheitshauptamt nach dem Krieg Ihre Gefangenen in das deutsche System einbezieht, dann werden auch wir sie nicht freilassen; Ihre Häftlinge wären dann auch unsere Häftlinge.« [64]

Es war gleichgültig, ob die Emigranten dem Aufruf der Sowjets selbst gefolgt waren oder ob sie Sicherheit finden wollten, die sie in ihren Ursprungsländern nicht mehr fanden, sie wurden alle als potentielle Spione angesehen. Jedenfalls steht das als Grund auf allen Urteilszustellungen.

Eine der frühesten Auswanderungswellen war die der italienischen Antifaschisten, die Mitte der zwanziger Jahre einsetzte. Viele unter ihnen, die an das »Land des Sozialismus« als den erträumten Zufluchtsort glaubten, wurden grausam enttäuscht und vom Terror bitter getroffen. Mitte der dreißiger Jahre befanden sich in der UdSSR etwa 600 italienische Kommunisten oder deren Sympathisanten: Ungefähr 250 emigrierte politische Kader und 350 Schüler nahmen an Kursen für politische Bildung an drei Schulen teil. Viele dieser Schüler verließen nach ihrer Schulzeit die UdSSR, und etwa 100 Aktivisten zogen 1936/37 in den Spanienkrieg, doch jene, die geblieben waren, traf die Große Säuberung. Etwa 200 Italiener wurden verhaftet, im allgemeinen wegen »Spionage«; etwa 40 wurden erschossen, von denen 25 identifiziert worden sind, die anderen wurden in den Gulag geschickt, entweder in die Goldminen von Kolyma oder nach Kasachstan. Romolo Caccavale hat ein bewegendes Buch geschrieben, in dem er den Weg und das tragische Schicksal mehrerer Dutzend dieser Aktivisten schildert.[65]

Als Beispiel möge Nazareno Scarioli, ein Antifaschist, der 1925 aus Italien geflohen war, dienen. Zunächst ging er nach Berlin, dann nach Moskau. Die italienische Sektion der Internationalen Roten Hilfe empfing ihn, und er arbeitete ein Jahr lang in einem landwirtschaftlichen Betrieb in der Nähe von Moskau, dann wurde er in einen Betrieb in Jalta überstellt, in dem 20 italienische Anarchisten unter der Leitung von Tito Scarselli arbeiteten. 1933 wurde er aufgelöst, Scarioli kehrte nach Moskau zurück und nahm Arbeit in einer Keksfabrik an. Er beteiligte sich an den Aktivitäten der italienischen Gemeinde.

Dann kamen die Jahre der Großen Säuberung. Die Angst und der Terror zerschlugen die italienische Gemeinde; jeder hegte Verdacht gegen seine Landsleute. Der Vertreter der Kommunisten, Paolo Robotti, verkündete im italienischen Klub nach der Festnahme von 36 Emigranten, die in einer Kugellagerfabrik arbeiteten, sie seien »Volksfeinde«. Robotti zwang die Anwesenden, der Festnahme dieser Arbeiter zuzustimmen, die er gut kannte. Bei der Abstimmung stimmte Scarioli dagegen. Er wurde am nächsten Abend festgenommen. Nach Folterungen in der Lubjanka unterzeichnete er ein Geständnis. Er wurde nach Kolyma deportiert, wo er in einer Goldmine arbeitete. Zahlreiche andere Italiener ereilte das gleiche Schicksal, von denen viele starben: der Bildhauer Amaldo Silva, der Ingenieur Cerquetti, der führende Kommunist Aldo Gorelli, dessen Schwester den späteren kommunistischen Abgeordneten Siloto heiratete, der ehemalige Sekretär der römischen Sektion der PCI, Vincenzo Baccala, der Toskaner Otello Gaggi, der als Portier in Moskau arbeitete, Luigi Calligaris, Arbeiter in Moskau, der venetische Gewerkschafter Carlo Costa, Arbeiter in Odessa, Edmundo Peluso, der Lenin häufig in Zürich besucht hatte. 1950 verließ Scarioli, der nur noch 36 Kilo wog, Kolyma, blieb aber als sowjetischer Sklave und Zwangsarbeiter in Sibirien. Erst 1954 wurde er durch eine Amnestie rehabilitiert. Nach weiteren sechs Jahren erhielt er ein Visum und konnte mit einer mageren Pension nach Italien zurückkehren.

Diese Flüchtlinge waren nicht nur Kommunisten, Mitglieder der PCI oder Sympathisanten. Es gab auch Anarchisten, die sich als Verfolgte entschlossen hatten, in die UdSSR zu gehen. Der bekannteste Fall ist der Francesco Ghezzis, eines aktiven Gewerkschafters und Anarchisten. Er kam im Juni 1921 nach Rußland und vertrat die Unione sindicale italiana bei der Roten Gewerkschaftsinternationale. 1922 ging er nach Deutschland, wo er verhaftet wurde; die italienische Regierung, die ihn des Terrorismus beschuldigte, hatte seine Auslieferung verlangt. Eine mächtige Kampagne bewahrte ihn vor den italienischen Kerkern, doch wurde er gezwungen, in die Sowjetunion zurückzukehren. Im Herbst 1924 hatte Ghezzi, der sich besonders mit Pierre Pascal und Nicolas Lazarevitch angefreundet hatte, seine ersten Auseinandersetzungen mit der GPU. 1929 wurde er festgenommen, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt und in Susdal inhaftiert unter für einen Tuberkulosekranken kriminellen Bedingungen. Seine Freunde und

Briefpartner organisierten, um ihm zu helfen, in Frankreich und der Schweiz eine Kampagne. Romain Rolland (an erster Stelle) und andere unterzeichneten eine Petition. Die sowjetische Obrigkeit antwortete, indem sie das Gerücht verbreitete, Ghezzi wäre ein »Agent der faschistischen Botschaft«. 1931 wurde Ghezzi freigelassen und nahm Arbeit in einer Fabrik an. 1937 wurde er erneut festgenommen. Doch dieses Mal war es seinen Freunden im Ausland unmöglich, auch nur die kleinste Information über sein Schicksal zu bekommen. Es heißt, er sei im August 1941 in Workuta verstorben.[66]

Konnten die Verantwortlichen des Schutzbunds, der Organisation der Sozialistischen Partei Österreichs, ahnen, welches Schicksal ihre Genossen erleiden würden, als sie beschlossen, allen Angriffen der Heimwehren Widerstand zu leisten, die das Verbot der Partei anstrebten?

Der Überfall der Heimwehren in Linz zwang die Sozialdemokraten, in Wien einen Generalstreik und dann den Aufstand auszulösen. Dollfuß siegte nach vier Tagen erbitterter Kämpfe; die sozialistischen Kämpfer, die dem Gefängnis oder dem Internierungslager entkamen, gingen in den Untergrund oder flüchteten in die Tschechoslowakei, einige von ihnen nahmen angeblich am spanischen Bürgerkrieg teil. Viele aber entschlossen sich zur Flucht in die Sowjetunion, verleitet von einer intensiven Propaganda, der es gelungen war, gegen die sozialdemokratische Führung aufzuwiegeln. Am 23. April 1934 kamen 300 Männer an, denen bis Dezember andere, weniger große Gruppen folgten. Die deutsche Botschaft zählte 807 in die UdSSR emigrierte Schutzbündler.[67] Mit ihren Familien hatten ungefähr 1400 Menschen in der UdSSR Zuflucht gefunden.

Die erste in Moskau angekommene Gruppe wurde von den Verantwortlichen der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) empfangen, und diese Kämpfer marschierten durch die Straßen der Hauptstadt. Der Zentralrat der Gewerkschaften nahm sich ihrer an. 120 Kinder, deren Väter auf den Barrikaden gefallen oder zum Tode verurteilt worden waren, schickte man eine Zeitlang auf die Krim und brachte sie dann in Moskau[68] in dem eigens für sie eingerichteten Kinderheim Nr. 6 unter.

Nach einigen Wochen der Erholung wurden die österreichischen Arbeiter auf Fabriken in Moskau, Charkow, Leningrad, Gorki und Rostow verteilt. Sehr bald mußten sie angesichts der ihnen aufgezwungenen Lebensbedingungen ihre Hoffnungen zurückstecken, und die österreichischen Kommunistenführer mußten intervenieren. Die Obrigkeit setzte sie unter Druck, die sowjetische Staatsangehörigkeit anzunehmen; 1938 hatten es 100 getan. Hingegen nahmen ganze Gruppen von Schutzbündlern mit der österreichischen Botschaft Kontakt auf, in der Hoffnung auf eine Wiedereinbürgerung. 1936 war es 77 Schutzbündlern gelungen, nach Österreich zurückzukehren. Nach Aussage der deutschen Botschaft hatten bis zum Frühjahr 1938 insgesamt 400 die Rückreise angetreten (nach dem Anschluß im März 1938 wur-

den die Österreicher Bürger des Deutschen Reichs). 160 waren nach Spanien gelangt, um an der Seite der Republikaner zu kämpfen.

Viele hatten nicht das Glück, die UdSSR verlassen zu können. Heute beziffert man die Zahl der zwischen Ende 1934 und 1938 verhafteten Österreicher auf 278.[69]1939 traf Karlo Stajner in Norilsk einen Wiener, Fritz Koppensteiner, über dessen weiteren Verbleib er nichts weiß.[70] Einige wurden hingerichtet, z.B. Gustl Deutsch, ehemaliger Verantwortlicher im Bezirk Floridsdorf und ehemaliger Kommandeur des Regiments »Karl Marx«, zu dem die Sowjets eine Broschüre veröffentlichen ließen: *Die Februarkämpfe in Floridsdorf (Moskau,* Prometheus Verlag, 1934).

Verschont wurde auch das Kinderheim Nr. 6 nicht. Im Herbst 1936 begannen die Verhaftungen unter den Entkommenen; ihre Kinder wurden bald der Verantwortung des NKWD unterstellt, der sie in seine Waisenhäuser schickte. Die Mutter Wolfgang Leonhards wurde verhaftet und verschwand im Oktober 1936, aber erst im Sommer 1937 erhielt er eine Postkarte aus der Autonomen Komi-Republik. Sie war zu fünf Jahren Lager wegen »konterrevolutionärer trotzkistischer Tätigkeit« verurteilt worden.[71]

Die tragische Odyssee der Familie Sladek

Am 10. Februar 1963 berichtete die sozialistische Arbeiterzeitung über die Geschichte der Familie Sladek. Mitte September 1934 ist Frau Sladek mit ihren beiden Söhnen ihrem Mann nach Charkow gefolgt. Sladek, ein ehemaliger Schutzbündler und ehemaliger Eisenbahner aus Semmering war in die UdSSR geflohen. Von 1937 an begann der NKWD mit seinen Festnahmen in der österreichischen Gemeinde von Charkow, viel später als in Moskau und Leningrad. Am 15. Februar 1938 war Josef Sladek an der Reihe. 1941, vordem Angriff der Deutschen, bat Frau Sladek, die UdSSR verlassen zu dürfen, und wandte sich an die deutsche Botschaft. Am 26. Juli verhaftete der NKWD sie und ihren 16 Jahre alten Sohn, während der achtjährige Viktor in ein Waisenheim des NKWD geschickt wurde. Die Funktionäre des NKWD wollten Alfred um jeden Preis ein »Bekenntnis« entreißen: Sie schlugen ihn und sagten ihm, seine Mutter sei erschossen worden. Nach der Evakuierung beim Vormarsch der Deutschen trafen sich Mutter und Sohn durch Zufall im Lager Iwdel im Ural wieder. Frau Sladek war wegen Spionage zu fünf Jahren Lager verurteilt worden, Alfred zu zehn Jahren wegen Spionage und antisowjetischer Agitation. Dann wurden sie in das Lager Scharma gebracht, wo sie Josef Sladek wiedersahen, der in Charkow zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Aber sie wurden erneut getrennt. Frau Sladek wurde im Oktober 1946 freigelassen, und man wies ihr eine Wohnung in Solikamsk im Ural zu. Dorthin kam ein Jahr später auch ihr Mann, der an Tuberkulose erkrankt war und an Herzschwäche litt. Der Eisenbahner aus Semmering verstarb am 31. Mai 1948 als Bettler. 1951 wurde Alfred freigelassen und durfte zu seiner Mutter. Nach langen Mühen konnten beide nach Österreich zurückkehren und sich in Semmering niederlassen. Viktor hatten sie sieben Jahre zuvor zum letzten Mal gesehen. Die letzten Informationen über ihn stammen von 1946.

Die Zahl der 1917 in Rußland lebenden Jugoslawen, die sich entschieden hatten zu bleiben, belief sich 1924 auf 2600 bis 3750 Menschen. Ihnen schlossen sich Industriearbeiter und Spezialisten aus den USA und Kanada mit ihrem Arbeitsmaterial an, um beim »Aufbau des Sozialismus« mitzuwirken. Ihre Kolonien waren über das ganze Land verteilt, von Leninsk über Saratow bis nach Magnitogorsk. Einige von ihnen (zwischen 50 bis 100) arbeiteten am Bau der Untergrundbahn in Moskau mit. Wie die anderen so wurden auch die jugoslawischen Emigranten unterdrückt. Bozidar Maslaric behauptet, daß sie »das grausamste Schicksal« erlitten: »Die allermeisten waren 1937/38 verhaftet worden, und ihr Schicksal blieb vollständig unbekannt...«[72]- Das ist eine subjektive Einschätzung, die sich auf das Verschwinden mehrerer hundert Emigranten stützt. Noch heute gibt es keine gesicherten Daten über die in der UdSSR arbeitenden Jugoslawen, besonders über jene, die am Bau der U-Bahn in Moskau beteiligt waren und nach einem Protest gegen die Arbeitsbedingungen unter harten Gegenmaßnahmen zu leiden hatten.

Ende September 1939 wurde die am 23. August 1939 insgeheim beschlossene Teilung Polens zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und dem sowjetischen Rußland vollzogen. Die beiden Invasoren stimmten ihr Vorgehen miteinander ab, um die Kontrolle über die Situation und die Bevölkerung zu gewährleisten: Gestapo und NKWD arbeiteten zusammen. Die jüdischen Gemeinden wurden geteilt: Von 3,3 Millionen lebten ungefähr 2 Millionen unter deutscher Herrschaft; auf die Verfolgungen (Zerstörung der Synagogen) und die Massaker folgte der Einschluß in Ghettos: Jenes von Lodz wurde am 30. April 1940 eingerichtet, dasjenige von Warschau, eingerichtet im Oktober, wurde am 15. November abgeriegelt.

Zahlreiche Polen waren vor dem Vormarsch der Deutschen nach Osten geflohen. Die Deutschen versuchten im Winter 1939/40 nicht, das Überschreiten der neuen Grenze zu verhindern. Aber jene, die ihre Chance wahrnahmen, begegneten einem unerwarteten Hindernis: »Die russischen Hüter des ›Klasse-Mythos‹ stellten sich in ihren langen Pelzmänteln mit aufgepflanzten Bajonetten, Polizeihunden und Maschinengewehrsalven den in das Gelobte Land Flüchtenden entgegen.«[73] Von Dezember 1939 bis März 1940 kampierten die Juden im knapp zwei Kilometer breiten Niemandsland am Westufer des Bug unter freiem Himmel. Die meisten kehrten in das von Deutschen besetzte Gebiet zurück.

Ein Soldat der polnischen Armee des General Anders, L.C. (Nummer 15 015), berichtet über diese unglaubliche Situation: »Dieses Land war ein etwa 600 bis 700 Meter breiter Abschnitt, in dem ungefähr 700 bis 800 Menschen schon seit einigen Wochen versammelt waren; 90% Juden, die der deutschen Überwachung entflohen waren. [...] Wir waren krank, alle durch-näßt auf diesem vom Herbstregen aufgeweichten Boden, wir saßen eng aneinander gekauert, ohne daß die ›humanen‹ Sowjets geruhten, uns ein

kleines Stück Brot oder warmes Wasser zu geben. Sie ließen noch nicht einmal die Leute aus dem umliegenden Land zu uns, die etwas tun wollten, um uns am Leben zu erhalten. Wir ließen deshalb zahlreiche Gräber auf diesem Stück Land zurück. [...] Ich kann versichern, daß die Menschen, die wieder nach Hause zu den Deutschen zogen, Recht daran getan hatten, denn der NKWD war in keiner Hinsicht besser als die deutsche Gestapo, mit dem Unterschied, daß die Gestapo die Zeit abkürzte, indem sie die Leute tötete, während der NKWD tötete und in einer noch sehr viel schrecklicheren Weise quälte als tötete, so daß derjenige, der durch ein Wunder seinen Klauen entfliehen konnte, sein ganzes Leben lang Invalide blieb...«[74] Sinnbildlich läßt Israel Joshua Singer seinen Helden in diesem Niemandsland sterben, der als »Volksfeind« aus der UdSSR geflohen ist.[75]

Im März 1940 erlebten mehrere hunderttausend Flüchtlinge - einige geben sogar eine Zahl von 600 000 an -, wie man ihnen einen sowjetischen Paß aufzwang. Das sowjetisch-nazideutsche Bündnis sah einen Austausch von Flüchtlingen vor. Die Familien waren versprengt, die Not und der Polizeiterror des NKWD wurden immer drückender, deshalb entschlossen sich einige, in den von Deutschen besetzten Teil des ehemaligen Polen zurückzukehren. Julius Margolin, der selbst in Lwow in der westlichen Ukraine war, berichtet, daß im Frühjahr 1940 die Juden »das deutsche Ghetto dem sowjetischen Dienst vorziehen«.[76] Es schien ihnen einfacher, das Generalgouvernement zu verlassen und ein neutrales Land zu erreichen, als diese Flucht über die Sowjetunion zu wagen.

Anfang 1940 begannen die Deportationen der polnischen Bürger (siehe den Beitrag von Andrzej Paczkowski) und setzten sich bis in den Juni hinein fort. Polen aller Konfessionen wurden mit der Eisenbahn in den hohen Norden oder nach Kasachstan deportiert. Der Konvoi mit Julius Margolin brauchte zehn Tage, um Murmansk zu erreichen. Als aufmerksamer Beobachter der Gesellschaft in den Konzentrationslagern schrieb er: »Was die Sowjetlager außer ihrer gigantischen Größe besonders auszeichnet, ist, daß sie die Notwendigkeit erzwingen, zu *lügen,* um das Leben zu retten, ununterbrochen zu lügen, jahrelang eine Maske zu tragen und niemals zu sagen, was man wirklich denkt. Natürlich sind in der Sowjetunion auch die ›Freien‹ gezwungen zu lügen. [...] Die Lüge [wird] zur notwendigen Bedingung der Selbstverteidigung. [...] Meetings und Versammlungen, Begegnungen und Gespräche, Wandzeitungen für die Häftlinge - alles ist voll der süßlichen offiziellen Phraseologie gehalten, die kein einziges wahres Wort enthält. Für den im Westen aufgewachsenen Menschen ist es schwer zu verstehen, was es bedeutet, fünf bis zehn Jahre lang weder das Recht noch die Möglichkeit zu haben, sich auszusprechen, was es heißt, jeden ›illegalen‹ Gedanken 111 sich unterdrücken zu müssen und wie ein Grab zu schweigen. Unter dem unerhörten Druck deformiert sich das ganze innere Wesen des Menschen und zerfällt.«[77]

Der Tod der Gefangenen 41 und 42

Das Mitglied des Büros der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Viktor Alter (geboren 1890), war stellvertretender Bürgermeister von Warschau; er hatte das Amt des Vorsitzenden des Jüdischen Bundes inne. Henryk Erlich war Mitglied des Stadtrats von Warschau und Redakteur der jiddischen Tageszeitung *Folgstaytung*. Beide waren Mitglieder im Bund, einer jüdischen sozialistischen Partei. 1939 waren sie in die sowjetische Zone geflüchtet. Alter wurde am 26. September in Kowel festgenommen, Erlich am 4. Oktober in Brest-Litowsk. Alter wurde in die Lubjanka gebracht und am 20. Juli 1941 wegen »antisowjetischer Aktivitäten« verurteilt (ihm wurde vorgeworfen, eine illegale Aktion des Bunds zusammen mit der polnischen Polizei in der UdSSR geleitet zu haben). Dieses Urteil vom Kriegsgericht beim Obersten Gerichtshof der UdSSR wurde in zehn Jahre Lager umgewandelt. Am 2. August wurde auch Erlich zum Tode verurteilt, und zwar vom Militärgericht der bewaffneten Kräfte des NKWD in Saratow; am 27. wurde die Strafe ebenfalls in zehn Jahre Lager umgewandelt. Im September 1941 ließ man Alter und Erlich, infolge der Übereinkunft zwischen Sikorski und Maiski, frei und führte sie Berija vor, der ihnen vorschlug, ein jüdisches Komitee gegen die Nationalsozialisten ins Leben zu rufen. Sie stimmten zu und zogen sich nach Kuibyschew zurück. Am 4. Dezember wurden sie wieder verhaftet, da man sie beschuldigte, Kontakte zu den Nationalsozialisten zu unterhalten! Berija ordnete strenge Isolierung an: Sie waren die Häftlinge Nr. 41 (Alter) und 42 (Erlich), deren Identität niemand kannte. Am 23. Dezember 1941 wurden sie, da man sie als sowjetische Bürger behandelte, wegen Verrats wieder zum Tode verurteilt (Artikel 58, § 1). In den folgenden Wochen reichten sie vergeblich Bittschriften an viele hochstehende Persönlichkeiten ein; vermutlich waren letztere über die Verurteilung nicht informiert. Am 15. Mai 1942 erhängte sich Henryk Erlich am Zellengitter. Bis zur Öffnung der Archive hatte man geglaubt, er sei hingerichtet worden.

Viktor Alter drohte mit Selbstmord. Berija befahl deshalb, die Überwachung zu verstärken. Viktor Alter wurde am 17. Februar 1943 hingerichtet. Das Urteil vom 23. Dezember 1941 wurde von Stalin persönlich unterzeichnet. Bezeichnenderweise fand die Hinrichtung kurze Zeit nach dem Sieg von Stalingrad statt. Zum Mord kam noch die Verleumdung hinzu: Die sowjetische Obrigkeit behauptete, Alter und Erlich hätten Propaganda für die Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit dem nationalsozialistischen Deutschland betrieben.

(Lukasz Hirszowicz, »NKVD Documents shed new light on fate of Erlich and Alter«, *East European Jewish Affairs,* Nr. 2, Winter 1992)

Im Winter 1945/46 begab sich Doktor Jacques Pat, der Sekretär des Jewish Workers Comitee in den Vereinigten Staaten nach Polen mit dem Auftrag, die Naziverbrechen zu untersuchen. Er veröffentlichte nach seiner Rückkehr eine Reihe von Artikeln im *Jewish Daily Forward* über die in die UdSSR geflohenen Juden. Er schätzte, daß 400 000 polnische Juden bei der Deportation, in den Lagern oder in Arbeitskolonien gestorben sind. Am Ende des Krieges entschieden sich 150000 von ihnen, wieder die polnische Staatsbürgerschaft anzunehmen, um aus der UdSSR fliehen zu können. »Die 150 000 Juden, die heute über die sowjetisch-polnische Grenze kommen, sprechen nicht mehr über die Sowjetunion, über das sozialistische Vaterland, die Diktatur und die Demokratie. Für sie sind diese Diskussionen beendet, und das letzte Wort war ihre Flucht aus der Sowjetunion«, schrieb Jacques Pat, der einige Hunderte von ihnen befragte.[78]

Die erzwungene Rückkehr sowjetischer Gefangener in die UdSSR

In den Augen des Regimes war man verdächtig, wenn man Beziehungen zu Ausländern hatte oder aus dem Ausland in die UdSSR gekommen war, der russische Soldat jedoch wurde zu einem Verräter, der bestraft werden mußte; wenn er vier Jahre außerhalb des Staatsgebiets eingesperrt war; der Erlaß Nr. 270 von 1942, zur Änderung des Strafrechts, § 193, erklärte, ein vom Feind Gefangener sei *ipso facto* ein Verräter. Es war dabei belanglos, unter welchen Umständen die Festnahme sich ereignet und wie die Gefangenschaft sich abgespielt hatte: Im Fall der Russen war sie schrecklich - die Slawen, die zu den Untermenschen zählten, sollten nach der nationalsozialistischen Weltanschauung verschwinden -, von 5,7 Millionen Kriegsgefangenen starben 3,3 Millionen an Hunger und schlechter Behandlung.

Stalin beschieß deshalb sehr bald, auf Ersuchen der Alliierten, die über die Präsenz russischer Soldaten in Händen der Wehrmacht besorgt waren, von seinen Verbündeten die Repatriierung aller sich im Westen befindlichen Russen zu erlangen. Es war nicht schwer, das zu erreichen. Von Ende Oktober 1944 bis Januar 1945 waren es mehr als 332000 Gefangene (davon 1179 aus San Francisco), die ohne ihre Zustimmung in die Sowjetunion zurückgeschickt wurden. Die britischen und amerikanischen Diplomaten hatten nicht nur keine Skrupel, sondern gingen diese Frage auch mit einem gewissen Zynismus an, da ihnen, z. B. Anthony Eden, bewußt war, daß man Gewalt anwenden müßte, um diese Frage zu »lösen«.

Während der Verhandlungen in Jalta (5. bis 12. Februar 1945) schlossen die drei beteiligten Großmächte (Sowjets, Engländer und Amerikaner) Geheimverträge ab, die sowohl die Soldaten als auch Vertriebene betrafen. Ghurchill und Eden stimmten zu, daß Stalin über das Schicksal der Gefangenen, die in den Reihen der von General Wlassow kommandierten Russischen Befreiungsarmee gekämpft hatten, entscheiden konnte - als ob letztere ein gerechtes Urteil erwarten konnten.

Stalin wußte genau, daß ein Teil dieser Sowjetsoldaten vor allem wegen der desolaten Organisation in der Roten Armee, für die Stalin verantwortlich war,

der Unfähigkeit seiner Generäle und seiner eigenen Inkompetenz gefangen genommen worden waren. Es ist auch sicher, daß viele Soldaten keine Lust hatten, für ein verabscheutes Regime zu kämpfen und, um einen Ausdruck Lenins aufzugreifen, »mit den Füßen abgestimmt« hatten.

Nach Unterzeichnung des Abkommens von Jalta verging keine Woche, bis Konvois die britischen Inseln in Richtung UdSSR verließen. In zwei Monaten, von Mai bis Juli 1945, wurden mehr als 1,3 Millionen Menschen »repatriiert«, die sich in den westlichen Besatzungszonen aufhielten und von Moskau als Sowjetbürger angesehen wurden (einschließlich der 1940 annektierten Balten und der Ukrainer). Ende August waren mehr als 2 Millionen dieser »Russen« ausgeliefert worden, manchmal unter grauenhaften Bedingungen: Einzelne oder kollektive Selbstmorde (ganzer Familien) waren häufig, ebenso Verstümmelungen; bei ihrer Auslieferung an die sowjetischen Behörden versuchten die Gefangenen, sich mit passivem Widerstand zur Wehr zu setzen, und die Engländer und Amerikaner zögerten jedoch nicht, Gewalt anzuwenden, um die Forderungen der Sowjets zu erfüllen. Bei ihrer Ankunft wurden die Repatriierten der Kontrolle der politischen Polizei unterstellt. Bei der Ankunft der *Almanzora* in Odessa am 18. April fanden Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren statt. Dasselbe geschah, als die *Empire Pride* eintraf

Im Westen fürchtete man, daß die Sowjetunion die englischen, amerikanischen oder französischen Gefangenen als Geiseln nehmen und eine Erpressung mit diesem »Wechselgeld« versuchen könnten - ein sehr bezeichnendes Verhalten gegenüber den Diktaten der Sowjets, die auf diese Weise die »Repatriierung« aller russischen Staatsangehörigen oder Russischstämmigen erzwangen, darunter auch jener, die nach der Revolution von 1917 geflohen waren. Diese durchaus bewußte Politik der Westmächte trug nicht einmal dazu bei, den eigenen Bürgern die Rückkehr zu erleichtern. Im Gegenteil, sie gestattete der UdSSR, eine Unmenge von Funktionären auf die Suche nach Oppositionellen zu schicken und die Gesetze der Vereinten Nationen zu mißachten.

Auf französischer Seite bestätigte das Amtsblatt der Militärregierung in Deutschland, am 1. Oktober 1945 seien 101000 »verschleppte Personen« auf die sowjetische Seite geschickt worden. Selbst in Frankreich stimmte die französische Obrigkeit der Einrichtung von 70 Sammellagern zu, die meistens eine merkwürdige Extraterritorialität besaßen, wie z.B. das Lager in Beauregard am Stadtrand von Paris, die außerhalb jeder staatlichen Kontrolle waren und den in Frankreich operierenden sowjetischen Agenten eine Straffreiheit zubilligten, die im Widerspruch zur nationalen Souveränität stand. Auf Seiten der Sowjets waren diese Operationen in Gänze reiflich durchdacht worden, denn schon im September 1944 wurden sie mit Hilfe der kommunistischen Propaganda eingeleitet. Das Lager von Beauregard sollte erst im November 1947 von der Leitung der Securite du territoire nach der Entführung eines Kindes geschlossen werden, um das sich die geschiedenen Eltern gestritten hatten. Roger Wybot, der die Operation leitete, bemerkte: »In Wirklichkeit ähnelte dieses Durchgangslager nach den Auskünften, die ich erhalten habe, eher einem Entführungslager.«[79] Spät kam der Protest gegen diese

Politik und hinlänglich selten, so daß dem im Sommer 1947 in der sozialistischen Zeitschrift *Masses* erschienenen Artikel kaum Aufmerksamkeit geschenkt wurde: »Daß der machthabende Dschingis Khan die Grenzen hermetisch abriegelt, um seine Sklaven zurückzuhalten, erkennt man leicht. Aber daß er das Recht erhält, sie von fremdem Boden ausliefern zu lassen, das überschreitet sogar unsere verderbte Nachkriegsmoral. [...] Im Namen welchen moralischen oder politischen Rechts kann man einen Menschen zwingen, in einem Land zu leben, in dem er körperliche und seelische Sklaverei erleiden muß? Welchen Dank erwartet die Welt von Stalin, daß sie angesichts der Schreie von russischen Bürgern schweigt, die sich lieber selbst umbringen als in ihr Land zurückzukehren?«

Der Redakteur dieser Zeitschrift brachte die jüngsten Ausweisungen an die Öffentlichkeit: »Ermutigt von der kriminellen Gleichgültigkeit der Massen gegenüber der Verletzung eines minimalen Asylrechts, haben die englischen Militärbehörden in Italien vor kurzem eine unglaubliche Schandtat begangen: Am 8. Mai hat man aus dem Lager Nr. 7 in Ruccione 175 Russen entführt, um sie angeblich nach Schottland zu bringen, und aus dem Lager Nr. 6 zehn Menschen (in diesem Lager sind ganze Familien). Als diese Menschen aus dem Lager entfernt wurden, nahm man ihnen alle Gegenstände weg, mit denen sie Selbstmord verüben könnten und sagte ihnen, daß sie in Wirklichkeit nicht nach Schottland, sondern nach Rußland gebracht würden. Trotzdem gelang es einigen, sich umzubringen. Am selben Tag entführte man 80 Menschen (alle aus dem Kaukasus) aus dem Lager in Pisa. Diese Unglücklichen wurden alle in die russische Zone nach Österreich geschickt, in Waggons, die von englischen Truppen bewacht wurden. Einige versuchten zu fliehen und wurden von ihren Wachen getötet...«[80]

Die repatriierten Gefangenen wurden in Sonderlagern eingesperrt, sogenannte »Überprüfungs- und Kontrollager« (die schon Ende 1941 eingerichtet wurden) und sich keineswegs von den Arbeitslagern unterschieden. Im Januar 1946 wurden sie in das Gulag-System eingebunden. 1945 waren 214000 Gefangene durch diese Lager gegangen.[81] Diese Gefangenen kamen in die Gulags, als sie ihre höchste Blüte erreicht hatten: im allgemeinen wurden sie zu sechs Jahren Lager nach Artikel 58-1-b verurteilt. Unter ihnen waren ehemalige Mitglieder der Russischen Befreiungsarmee, die im Kampf gegen die SS an der Befreiung Prags teilgenommen hatten.

Die Kriegsgefangenen

Die UdSSR hatte die Konvention über die Behandlung der Kriegsgefangenen (Genf, 1929) nicht unterzeichnet. Theoretisch waren die Gefangenen durch die Konvention geschützt, selbst wenn ihr Land sie nicht unterzeichnet hatte. Die UdSSR ließ diese Bestimmung völlig unbeachtet. Als Sieger hielt sie drei bis vier Millionen deutsche Gefangene fest. Unter ihnen waren von den Westmächten befreite Soldaten, die in die Sowjetzone zurückgekehrt waren und von dort in die UdSSR deportiert wurden.

Im März 1947 erklärte Wjatscheslaw Molotow, daß 1000000 Deutsche repatriiert worden waren (genau: 1003 974) und daß noch 890532 in den

Lagern seines Landes interniert waren. Diese Zahlen wurden angezweifelt. Im März 1950 erklärte die UdSSR bestimmt, daß die Repatriierung der Gefangenen abgeschlossen sei. Hingegen teilten die humanitären Organisationen mit, daß noch mindestens 300000 Kriegsgefangene sowie 100000 Zivilisten in der UdSSR zurückgehalten würden. Am 8. Mai 1950 protestierte die luxemburgische Regierung gegen die Beendigung der Repatriierungsmaßnahmen, da noch 2000 ihrer Staatsangehörigen in der UdSSR festgehalten würden. Sollte die Zurückhaltung von Informationen in dieser Angelegenheit die traurige Realität des Schicksals dieser Gefangenen verbergen? Das ist glaubhaft angesichts der hohen Sterblichkeitsrate in den Lagern.

Eine Sonderkommission (die Maschke-Kommission) schätzte die Zahl der in den Lagern der UdSSR gestorbenen deutschen Soldaten auf 1 Million. So gab es nur 6000 Überlebende von den 100 000 Gefangenen der Roten Armee in Stalingrad.

Neben den Deutschen hatten im Februar 1947 etwa 60000 italienische Soldaten überlebt (oft wird die Zahl von 80000 angeführt). Die italienische Regierung gab bekannt, daß zu diesem Zeitpunkt erst 12 513 Gefangene nach Italien zurückgekehrt waren. Es sei auch darauf hingewiesen, daß die Lage der rumänischen und ungarischen Gefangenen, die an der russischen Front gekämpft hatten, ähnlich war. Im März 1954 wurden 100 Freiwillige der spanischen Division »Azul« freigelassen. Eigentlich sollte man diesem Überblick noch ein Wort über die 900000 japanischen Soldaten hinzufügen, die 1945 in der Mandschurei gefangengenommen wurden.

Die »Malgre-Nous«

Eine Redensart, die in den Lagern die Runde machte, legt Rechenschaft über die Vielfalt der Herkunft der Gefangenenbevölkerung ab: »Wenn ein Volk nicht im Gulag vertreten ist, dann existiert es nicht.« Frankreich hatte auch Gefangene im Gulag, Gefangene, für deren Verteidigung und Rückkehr sich die Diplomatie nicht gerade einsetzte.

Die drei Departements Moselle, Bas-Rhin und Haut-Rhin erfuhren von den siegreichen Nationalsozialisten eine Sonderbehandlung: Elsaß-Lothringen wurde annektiert, germanisiert und sogar nazifiert. 1942 beschlossen die Na-tionalsoziaUsten, die Jahrgänge 1920 bis 1924 gegen deren Willen in die deutsche Armee einzuziehen. Viele junge Männer aus dem Departement Moselle und dem Elsaß, die gar kein Verlangen hatten, in deutscher Uniform zu dienen, versuchten, diesem »Privileg« zu entkommen. Bis zum Ende des Krieges wurden insgesamt 21 Jahrgänge im Elsaß und 14 im Departement Moselle mobilisiert, d.h. 130000 junge Männer. Die Mehrzahl wurde an die russische Front geschickt, wo 22 000 »Malgre-Nous« (»Gegen unseren Willen«) im Kampf fielen. Die Sowjets, die vom freien Frankreich über diese Situation informiert worden waren, richteten Appelle zur Fahnenflucht an die Soldaten und versprachen die Rückkehr in die Reihen des kämpfenden Frankreich. Tatsächlich wurden 23000 Elsässer und Lothringer gefangen-

genommen; das ist die Zahl der Akten, die die russischen Behörden 1995 den französischen Behörden überreichten. Eine große Anzahl von ihnen war im Lager 188 von Tambow unter der Bewachung des MWD (des Ministeriums für Innere Angelegenheiten; ehemals NKWD) unter schrecklichen Lebensbedingungen zusammengepfercht: Unterernährung (600 g Schwarzbrot am Tag), Zwangsarbeit in den Wäldern, primitive Behausungen (halb unterirdische Holzhütten), keine medizinische Versorgung. Die dem langsamen Tode Entronnenen schätzen, daß 10000 ihrer Kameraden 1944 und 1945 dort starben. Pierre Rigoulot *(La Tragedie des Malgrenous. Tambov le camp des Français,* Paris 1990) gibt die Zahl von 10000 Toten als Minimum an. Am Ende langer Verhandlungen wurden im Sommer 1930 Häftlinge freigelassen und kehrten nach Algier zurück. Tambow war das Lager, in dem die größte Zahl Elsaß-Lothringer interniert waren, doch es waren von ihnen auch viele in anderen Lagern eingesperrt, und diese stellten so eine Art Unter-Archipel für jene Franzosen dar, die nicht für die Befreiung ihres Landes kämpfen konnten.

Bürgerkrieg und nationaler Befreiungskrieg

Während die Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Pakts im September 1939 den Zusammenbruch der Mehrzahl der kommunistischen Parteien nach sich zog, deren Anhänger die Aufgabe der antifaschistischen Politik durch Stalin nicht akzeptierten, zog der deutsche Angriff auf die UdSSR am 22. Juni 1941 sofort eine antifaschistische Antwort nach sich. Schon am 23. Juni ließ die Komintern alle Sektionen über Radio und Funkspruch wissen, es sei jetzt nicht die Stunde der sozialistischen Revolution, sondern die Stunde des Kampfes gegen den Faschismus und des nationalen Befreiungskriegs. Zugleich forderte sie von allen kommunistischen Parteien in den besetzten Ländern eine sofortige bewaffnete Aktion. Der Krieg war also die Gelegenheit für die Kommunisten, neue Aktionsformen auszuprobieren: den bewaffneten Kampf und die Sabotage von Hitlers Kriegsmaschinerie, aus der sich eine Partisanenbewegung entwickeln konnte. Die paramilitärischen Apparate wurden also verstärkt und bildeten den Kern bewaffneter kommunistischer Gruppen, aus denen je nach Land, Geographie und Konjunktur schnell bedeutsame Partisanenverbände wurden, besonders ab 1942 in Griechenland und Jugoslawien, danach in Albanien, dann, ab Ende 1943, in Norditalien. In den günstigsten Fällen war dieser Guerillaeinsatz für die ^Kommunisten die Gelegenheit, die Macht zu ergreifen, und sie schreckten auch, wenn nötig, vor einem Bürgerkrieg nicht zurück.

Das symptomatischste Beispiel für diese neue Ausrichtung ist Jugoslawien. Bereits im Frühjahr 1941 war Hitler gezwungen, seinen italienischen Verbündeten zu Hilfe zu kommen, die in Griechenland von einer kleinen entschlossenen Armee in Schach gehalten wurden. Im April mußte er in Jugoslawien ebenfalls eingreifen, wo die deutschfreundliche Regierung durch

einen pro-englischen Staatsstreich gestürzt worden war. In beiden Ländern bestanden schwache, aber sehr erfahrene kommunistische Parteien: Sie waren seit vielen Jahren in den Untergrund verbannt worden, weil sie unter den diktatorischen Regierungen von Stojadinovic und von Metaxas verboten worden waren.

Nach dem Waffenstillstand hatte man Jugoslawien unter Italienern, Bulgaren und Deutschen aufgeteilt. Hinzu kam noch der vermeintlich unabhängige Staat Kroatien, der in den Händen der extrem rechten Ustascha war, regiert von Ante Pavelic, der ein von Serbien unabhängiges Regime gründete. Hier wurden Massaker an Juden und Romas verübt, und das Regime ging daran, jede Opposition zu vernichten. Das brachte zahlreiche Kroaten dazu, sich dem Widerstand anzuschließen.

Nach der Kapitulation der jugoslawischen Armee am 18. April gingen als erste die königstreuen Offiziere des Oberst Draza Mihailovic in den Untergrund, der bald zum Oberbefehlshaber des jugoslawischen Widerstands, dann zum Kriegsminister der königlichen Exilregierung in London ernannt wurde. Mihailovic schuf in Serbien mit den Tschetniks eine fast ausschließlich serbische Armee. Erst nach der Invasion durch die UdSSR am 22. Juni 1941 folgten die jugoslawischen Kommunisten der Idee, daß man den nationalen Befreiungskrieg führen mußte, »um das Land vom faschistischen Joch zu befreien und nicht die sozialistische Revolution zu machen«.[82] Aber während sich Moskau darauf verstand, die königliche Regierung so lange wie möglich vorsichtig zu behandeln und so ihre englischen Verbündeten nicht vor den Kopf zu stoßen, fühlte sich Tito stark genug, um sein eigenes Spiel zu spielen, und lehnte es ab, sich unter die legale Exilregierung zu stellen. Er schloß keine ethnische Gruppe bei seiner Rekrutierung aus - er selbst war Kroate - und schuf ab 1942 in Bosnien das Fundament für eine Partisanenbewegung. Die beiden rivalisierenden Bewegungen entwickelten entgegengesetzte Ziele, und es kam zur Auseinandersetzung. Angesichts der kommunistischen Ansprüche entschied sich Mihailovic für die Rücksichtnahme auf die Deutschen und verbündete sich sogar mit den Italienern. Die Situation entartete zu einem wahren Durcheinander, Freiheitskrieg und Bürgerkrieg, politische Gegnerschaft und ethnischer Haß vermischten sich, und das alles überschattet von der Besatzung. Von allen Seiten wurden zahlreiche Massaker verübt. Jeder versuchte, seinen unmittelbaren Gegner zu beseitigen und der Bevölkerung seine Macht aufzuzwingen.

Die Historiker geben eine Gesamtzahl von etwas mehr als 1 000 000 Toten an - bei über 16000000 Einwohnern. Hinrichtungen, erschossene Gefangene, Verletzungen und Repressalien jeder Art reihten sich pausenlos aneinander, was um so leichter geschehen konnte, als die Kultur auf dem Balkan stets mit Auseinandersetzungen zwischen den Klans gelebt hat. Es gibt allerdings einen Unterschied zwischen den seitens der Tschetniks und den seitens der Kommunisten verübten Massakern: Die Tschetniks, die sich kaum der Autorität einer zentralisierten Organisation unterordneten - viele

Banden entzogen sich der Kontrolle Mihailovics -, massakrierten die Bevölkerung sicher eher nach ethnischen denn nach politischen Kriterien. Die Kommunisten ihrerseits gehorchten eindeutig militärischen und politischen Gründen; Milovan Djilas, einer von Titos Stellvertretern, hat sehr viel später bekundet: »Die Ausflüchte der Bauern, sie seien zu den Tschetniks übergegangen, weil sie das Niederbrennen ihrer Häuser und andere Vergeltungsmaßnahmen fürchteten, hatten uns alle schon vorher geplagt. Dieses Problem tauchte nun auch im Gespräch mit Tito auf, wobei folgende Überlegung angestellt wurde: Wenn die Bauern sicher waren, daß auch wir ihre Häuser niederbrennen würden, falls sie sich den Okkupanten [man nehme den Übergang von ›Tschetniks‹ (den royalistischen jugoslawischen Widerstandskämpfern) zu ›Okkupanten‹ zur Kenntnis] anschlossen, so würden sie sich ihr Verhalten überlegen [...]. Schließlich entschied Tito, wenn auch zögernd: ›Also gut, man kann schon einmal ein Haus oder ein Dorf anzünden... ‹ Später erteilte Tito zuweilen auch diesbezügliche Befehle - die schon dadurch, daß sie Befehle waren, nicht ›zögernd‹ sein konnten [...].«[83]

Mit der Kapitulation Italiens im September 1943 und dem Beschluß Churchills, eher Tito als Mihailovic die Unterstützung der Alliierten zu gewähren, sowie Titos Gründung des Antifaschistischen Rates der Nationalen Befreiung Jugoslawiens im Dezember 1943 gewannen die Kommunisten einen deutlichen politischen Vorteil gegenüber ihren Gegnern. Ende 1944/Anfang 1945 standen die kommunistischen Partisanen kurz davor, über ganz Jugoslawien zu herrschen. Als sich die deutsche Kapitulation abzeichnete, machten sich Pavelic und seine Armee, seine Funktionäre und ihre Familien - insgesamt mehrere zehntausend Menschen - auf den Weg zur österreichischen Grenze. Die slowenischen Weißgardisten und die montenegrischen Tschetniks schlossen sich ihnen in Bleiburg an, wo sich alle den englischen Truppen ergaben, die sie an Tito auslieferten.

Die Soldaten und Polizisten aller Art wurden zu Todesmärschen über mehrere hundert Kilometer durch Jugoslawien gezwungen. Die slowenischen Gefangenen wurden nach Slowenien in die Umgebung von Kocevje gebracht, wo 2000 bis 3000 Menschen getötet wurden.[84] Die besiegten Tschetniks entgingen der Rache der Partisanen nicht, die keine Gefangenen machten. Milovan Djilas berichtet über das Ende der serbischen Kämpfer, ohne es zu wagen, die wahrscheinlich makabren Einzelheiten dieses letzten Feldzugs preiszugeben: »Drazas Gruppe wurde zur selben Zeit vernichtet wie die Gruppe in Slowenien. In Montenegro hörte man schreckliche Schilderungen darüber, als Grüppchen von versprengten Tschetniks dort eintrafen [...]. Niemand sprach gerne über diese Dinge, nicht einmal diejenigen, die mit ihrer revolutionären Einstellung prahlten: Alle waren wohl bemüht, lese Ereignisse wie einen bösen Traum zu vergessen.«[84] Der gefangene Draza Mihailovic wurde vor Gericht gestellt, zum Tode verurteilt und am 17. Juli 1946 erschossen. Bei seinem »Prozeß« wurde das Anerbieten der Offiziere der alliierten Missionen, zu seinen Gunsten auszusagen, die zu sei-

nem Generalstab abgeordnet worden waren und mit ihm gegen die Deutschen gekämpft hatten, offensichtlich abgelehnt.[86] Nach Kriegsende hatte Stalin Milovan Djilas den Kern seiner Philosophie eröffnet: »Wer immer ein Territorium besetzt, zwingt ihm auch sein eigenes System auf «[86a]

Bei Kriegsbeginn befanden sich die griechischen Kommunisten in einer ähnlichen Lage wie ihre jugoslawischen Genossen. Am 2. November 1940, einige Tage nach dem Einmarsch Italiens in Griechenland, rief Nikes Zachariadis, der Sekretär der kommunistischen Partei Griechenlands (KKE), der seit September 1936 im Gefängnis saß, zum Widerstand auf: »Die griechische Nation führt heute einen nationalen Befreiungskrieg gegen den Faschismus Mussolinis. [...] Jeder in den Kampf, jeder an seinen Posten.«" Aber bereits am 7. Dezember zog ein Manifest des Untergrundzentralkomitees diese Ausrichtung in Zweifel, und die KKE kehrte zur offiziellen Linie der Komintern zurück, der des revolutionären Defätismus. Am 22. Juni 1941 die dramatische Umkehr: Die KBCE befahl allen Aktivisten »den Kampf zur Verteidigung der Sowjetunion und zur Beseitigung des faschistischen Jochs« aufzunehmen.

Die Erfahrung im Untergrund kam den Kommunisten sehr zugute. Am 16. Juli 1941 gründete die Partei wie alle anderen kommunistischen Parteien die Nationale Arbeiterbefreiungsfront (Ergatiko Ethniko Apelevtheriko Metopo, EEAM), die drei Gewerkschaftsverbände vereinte. Am 27. September wiederum entstand die EAM (Ethniko Apelevtheriko Metopo); die Nationale Befreiungsfront war der politische Arm der Kommunisten. Am 10. Februar 1942 wurde die ELAS (EUenikos Laikos Apelevtherotikos Stratos) geschaffen, die Griechische Volksbefreiungsarmee; deren erste Partisanengruppen wurde im Mai auf Initiative von Aris Velouchiotis (Thanasis Klaras) aufgestellt, einem erfahrenen Aktivisten, der eine Reueerklärung unterschrieben hatte, um seine Freilassung zu erreichen. Von da an stieg die Mitgliederzahl der ELAS unaufhörlich.

Die ELAS war nicht die einzige militärische Widerstandsorganisation. Die EDES (Ethnikos Demokratikos Ethenikos Syndesmos), die Nationale Republikanische Griechische Liga, wurde im September 1941 von republikanischen Militärs und Zivilisten gegründet; ein Oberst im Ruhestand, Napoleon Zervas, befehligte eine andere Guerillagruppe. Die dritte Organisation unterstand Oberst Psarros: die EKKA (Ethniki Kai Koiniki Apelevtherosis. Nationale und Soziale Befreiungsbewegung); sie formierte sich im Oktober 1942. Jede Organisation versuchte, die Aktivisten und Kämpfer des anderen Lagers abzuwerben.

Aber Erfolge und Stärke der ELAS veranlaßten die Kommunisten, nach der Vorherrschaft über den gesamten bewaffneten Widerstand zu greifen. Die Partisanengruppen der EDES wurden mehrmals angegriffen, ebenso die EKKA, die gezwungen war, ihre Streitkräfte aufzuteilen, bevor sie sich wieder neu konstituieren konnten. Ende 1942 stellten Major Kostopoulos

(ein Überläufer der EAM) und Oberst Sarafis im Herzen der von der EAM beherrschten Zone in West-Thessahen, am Fuße der Pindhos Oros (des Pindosgebirges) eine Partisaneneinheit auf; die ELAS kesselte sie ein und metzelte die Kämpfer, die nicht entkommen konnten oder sich nicht der ELAS anschließen wollten, nieder. Sarafis wurde gefangengenommen und willigte schließlich ein, Chefkommissar der ELAS zu werden.

Die Präsenz britischer Offiziere, die den griechischen Widerstand unterstützen wollten, beunruhigte die Führer der ELAS; die Kommunisten fürchteten schon, daß die Engländer ihnen die Wiedereinsetzung der Monarchie aufzwingen wollten. Aber zwischen der von Velouchiotis angeführten militärischen Abteilung und der KKE selbst unter Georgios Siantos, die der von Moskau gewählten Linie - einer Politik des antifaschistischen Bündnisses - folgen wollte, bestanden Differenzen. Das Eingreifen der Engländer hatte für den Augenblick eine positive Auswirkung, da ihre Militärmission im Juli 1943 die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen den drei wichtigsten Formationen erreichte: Zu diesem Zeitpunkt war die ELAS etwa 18000 Mann stark, die EDES 5000 und die EKKA 1000.

Die italienische Kapitulation am 8. September veränderte die Situation sofort. Ein Bürgerkrieg begann, während die Deutschen einen massiven Angriff gegen die EDES starteten, der sie zum Rückzug zwang und in die Hände starker Bataillone der ELAS trieb, die Bewegungen ausführten, um die EDES zu vernichten. Die Entscheidung, sich der EDES zu entledigen, wurde von der Führung der KKE getroffen, die auf diese Weise die neue Lage ausnutzen konnte, um die englische Politik besser in Schach halten zu können. Nach viertägigen Kämpfen gelang es den von Zervas befehligten Partisanen, aus der Umzingelung auszubrechen.

Dieser Bürgerkrieg im Innern des nationalen Befreiungskriegs bot den Deutschen vorzügliche Gelegenheiten zu Manövern, ihre Truppen griffen mal die eine, mal die andere Widerstandsorganisation an.[88] Die Alliierten ergriffen jedoch die Initiative, um den Bürgerkrieg zu beenden: Die Kämpfe zwischen ELAS und EDES wurden im Februar 1944 eingestellt, und in Plaka wurde ein Vertrag unterzeichnet. Er hielt nicht lange: Einige Wochen später griff die ELAS die EKKA unter Oberst Psarros an, der nach fünf Tagen besiegt und gefangengenommen wurde. Psarros und seine Offiziere wurden niedergemetzelt; er selbst wurde enthauptet.

Diese Tat der Kommunisten hatte die Demoralisierung des Widerstands und die Diskreditierung der EAM zur Folge; in ganzen Landstrichen saß der Haß ihnen gegenüber so tief, daß einige Partisanen in die von den Deutschen aufgestellten Sicherheitsbataillone eintraten. Dieser Bürgerkrieg endete erst, als die ELAS zustimmte, mit der griechischen Exilregierung in Kairo zusammenzuarbeiten. Im September 1944 wurden sechs Vertreter er EAM-ELAS Mitglieder der Regierung der Nationalen Einheit unter Georgios Papandreou. Am 2. September, als die Deutschen das Land zu verlasen begannen, entsandte die ELAS ihre Truppen zur Wiedereroberung des

Peloponnes, der sich dank der Präsenz der Sicherheitsbataillone ihrer Kontrolle entzogen hatte. Die eroberten Städte und Dörfer wurden »bestraft«. In Meligala wurden 1400 Männer, Frauen und Kinder sowie etwa 50 Offiziere und Unteroffiziere der Sicherheitsbataillone niedergemetzelt.

Nichts schien mehr die Vorherrschaft der EAM-ELAS zu verhindern. Jedoch entzog sich Athen ihrem Zugriff nach der Landung der britischen Truppen in Piräus, das am 12. Oktober befreit worden war. Die Führung der KKE schreckte damals vor einem Kräftemessen zurück. Hatte sie vor, gemeinsame Sache mit der Koalitionsregierung zu machen? Das ist sehr unwahrscheinlich. Während sie es ablehnte, die ELAS zu demobilisieren, wie es die Regierung von ihr gefordert hatte, erzwang Iannis Zegvos, der kommunistische Landwirtschaftsminister, die Auflösung der von der Regierung befehligten Einheiten. Am 4. Dezember zogen Patrouillen der ELAS in Athen ein und stießen auf die Regierungsstreitkräfte. Am nächsten Tag war fast die ganze Hauptstadt unter Kontrolle der ELAS, die 20000 Männer zusammengezogen hatte; doch die Briten leisteten Widerstand, weil sie auf die Ankunft von Verstärkung zählten. Am 18. Dezember griff die ELAS in Epirus auch die ELAS an. Parallel zu den Kämpfen führten die Kommunisten eine blutige antiroyalistische Säuberung durch.

Ihre Offensive blieb allerdings stecken; sie gaben schließlich klein bei und unterzeichneten auf der in Varkiza zusammengetroffenen Konferenz einen Vertrag über die Entwaffnung der ELAS. In Wirklichkeit versteckten sie sorgfältig eine Menge Waffen und Munition. Aris Velouchiotis, einer der Hauptführer, lehnte den Vertrag von Varkiza ab und schaffte es, mit etwa 100 Mann unterzutauchen. Er begab sich dann nach Albanien, von wo aus er den bewaffneten Kampf weiterzuführen hoffte. Nach den Gründen der Niederlage der EAM-ELAS befragt, antwortete Velouchiotis freimütig: »Weil wir nicht genug getötet haben. Der Engländer interessierte sich für diesen Knotenpunkt, eben Griechenland; wenn wir keinen seiner Freunde am Leben gelassen hätten, hätten sie nirgends landen können. Aber die anderen nennen mich Mörder; man beachte, wohin sie uns geführt haben: Die Revolutionen sind siegreich, wenn die Flüsse rot vor Blut werden, und es ist sinnvoll, es zu vergießen, wenn der Lohn dafür die Vervollkommnung der menschlichen Gesellschaft ist.«[89] Den Gründer der ELAS, Aris Velouchiotis, ereilte im Juni 1945, einige Tage nach seinem Ausschluß aus der KKE, in Thessalien der Tod auf dem Schlachtfeld. Die Niederlage der EAM-ELAS setzte als Reaktion den angestauten Haß gegen die Kommunisten und ihre Verbündeten frei. Paramilitärische Gruppen töteten zahlreiche Aktivisten; viele wurden ins Gefängnis gesteckt; die Führer wurden meist auf die Inseln deportiert.

Nikos Zachariadis, der Generalsekretär der KKE, war im Mai aus Deutschland zurückgekehrt, wo er nach Dachau deportiert worden war. Seine ersten Erklärungen verkündeten klar die Politik der KKE: »Entweder kehren wir zu einem ähnlichen aber viel strengeren Regime wie der monar-

chisch-faschistischen Diktatur zurück, oder der Kampf der EAM für die nationale Befreiung findet seine Krönung in der Gründung einer Volksdemokratie in Griechenland.« Das ausgeblutete Griechenland hatte kaum eine Chance, inneren Frieden zu finden. Im Oktober billigte der VII. Parteitag die von Zachariadis definierten Ziele. Die erste Etappe war, den Abzug der britischen Truppen zu erreichen. Im Januar 1946 zeigte die UdSSR ihr Interesse an Griechenland, indem sie den Sicherheitsrat der UNO anrief und auf die Gefahr hinwies, die die englische Präsenz in diesem Land darstellte. Am 12. Februar beschloß die KKE, während die bevorstehenden allgemeinen Wahlen kaum Zweifel an ihrer Niederlage ließen - sie forderte die Wähler auf, sich der Stimme zu enthalten -, einen Aufstand mit Unterstützung der jugoslawischen Kommunisten zu organisieren.

Im Dezember fand ein Treffen zwischen Mitgliedern des Zentralkomitees der KKE und jugoslawischen und bulgarischen Offizieren statt. Die griechischen Kommunisten bekamen die Zusicherung, Albanien, Jugoslawien und Bulgarien als Nachschubbasis benutzen zu können. Drei Jahre lang konnten sich ihre Kämpfer dorthin flüchten, wo die Verletzten gepflegt wurden und die militärische Ausrüstung gelagert wurde. Alle diese Vorbereitungen spielten sich einige Monate nach der Schaffung der Kominform ab, und es schien so, als ob die Erhebung der griechischen Kommunisten sich vollständig in die neue Politik des Kremls einfügte. Am 30. März 1946 übernahm die KKE die Verantwortung für die Auslösung eines dritten Bürgerkriegs. Die ersten Angriffe der Demokratischen Armee (DA), die am 28. Oktober gegründet und von General Markos Vafiadis angeführt wurde, führte die KKE nach dem bewährten Muster durch; meist wurden Polizeiposten angegriffen, die Einwohner ausgerottet und die Notabein hingerichtet. Das ganze Jahr 1946 über fuhr die KKE gleichzeitig fort, öffentlich Agitation zu betreiben.

In den ersten Monaten von 1947 intensivierte General Markos seine Aktivitäten: Die Zahl der angegriffenen Dörfer stieg auf mehrere Dutzend, Hunderte von Bauern wurden hingerichtet. Die Zwangsrekrutierung ließ die Truppenstärke der DA anschwellen.[90] Wenn ein Dorf nicht darauf reagierte, wurde es Repressalien ausgesetzt; ein Dorf in Mazedonien bezahlte teuer für seine Weigerung: 48 seiner Häuser wurden verbrannt, zwölf Männer, sechs Frauen und zwei Babys wurden erschossen. Von März 1947 an tötete man systematisch die Vorsitzenden der Gemeinden, ebenso wie die Priester. Im März zählte man schon 400000 Flüchtlinge. Die Terrorpolitik rief Gegenterror hervor: Kommunistische oder linksgerichtete Aktivisten wurden von rechtsextremen Gruppen getötet.

Im Juni 1947 verkündete Zachariadis im Anschluß an eine Reise nach Belgrad, Prag und Moskau die bevorstehende Gründung einer »freien« Regierung. Die griechischen Kommunisten schienen denselben Weg, den Tito vier Jahre zuvor gegangen war, verfolgen zu wollen. Diese »Regierung« wurde »offiziell« im Dezember gebildet. Die Jugoslawen gingen soweit,

Freiwillige - fast 100000! - aus ihrer eigenen Armee nach Griechenland zu schicken.[91] Zahlreiche Untersuchungsberichte der Sonderkommission der Vereinten Nationen über den Balkan stellten die Bedeutung dieser Hilfe für die demokratische Armee fest. Der Bruch zwischen Tito und Stalin im Frühjahr 1948 hatte direkte Auswirkungen auf die griechischen Kommunisten. Die Hilfe kam ihnen bis zum Herbst noch zugute, dann begann Tito mit seinem Rückzug, der in die Schließung der Grenze mündete. Im Sommer, als die Regierungskräfte eine breit angelegte Offensive starteten, war der Führer der albanischen Kommunisten, Enver Hoxha, gezwungen, seine Grenzen zu schließen. Die griechischen Kommunisten sahen sich mehr und mehr isoliert, und die internen Streitigkeiten nahmen zu. Nichtsdestoweniger gingen die Kämpfe bis 1949 weiter. Viele Kämpfer zogen sich nach Bulgarien zurück, bevor sie in die Länder Osteuropas flohen, besonders nach Rumänien oder in die UdSSR. Taschkent, die Hauptstadt von Usbekistan, erlebte einen Flüchtlingsstrom von mehreren Tausend, darunter 7500 Kommunisten. Nach ihrer Niederlage kam es in der KKE im Exil zu einer Reihe von Säuberungen. Es ging soweit, daß der Konflikt zwischen Anhängern und Gegnern von Zachariadis im September 1955 in einer gewalttätigen Auseinandersetzung ausartete; die sowjetische Armee mußte eingreifen, um die Ordnung wiederherzustellen. Es gab Hunderte Verletzte.[92]

Dieser Empfang für die Verlierer des griechischen Bürgerkriegs in der UdSSR war um so widersprüchlicher, als Stalin bereits zu jenem Zeitpunkt die griechische Gemeinde weitgehend zerstört hatte, die seit Jahrhunderten in Rußland lebte und 1917 auf 500000 bis 700000 Mitglieder geschätzt wurde. Sie war hauptsächlich im Kaukasus und an den Ufern des Schwarzen Meers ansässig. 1939 waren es lediglich 410000 und 1960 nur noch 177 000. Von Dezember 1937 an wurden 285 000 in den großen Städten wohnende Griechen in die Gebiete um Archangelsk, die Autonome Komi-Republik und nach Nordost-Sibirien deportiert. Andere durften nach Griechenland zurückkehren. Zur selben Zeit beseitigte man in der UdSSR A. Haitas, den ehemaligen Sekretär der KKE, und den Pädagogen J. Jordinis. 1944 wurden 10000 Griechen von der Krim, Überlebende der einst blühenden Gemeinde, nach Kirgisien und Usbekistan deportiert, weil sie angeblich während des Krieges eine pro-deutsche Haltung eingenommen hatten. Am 30. Juni 1949 deportierte man in einer Nacht 30000 Griechen aus Georgien nach Kasachstan. Im April 1950 erlitten alle Griechen aus Batum (dem heutigen Batumi) ein ähnliches Schicksal.

In den Ländern Westeuropas wurde der Versuch der Kommunisten, die Macht zu ergreifen, den der Widerstand und die Befreiung begünstigte, schnell von der Präsenz der anglo-amerikanischen Armeen und von Ende 1944 an durch Stalins Direktive erstickt, der den Kommunisten befahl, die Waffen zu verstecken und eine bessere Gelegenheit zur Machtergreifung abzuwarten. Das ergab sich mit größter Deutlichkeit aus dem Gespräch, das

am 19. November 1944 im Kreml zwischen Stalin und Maurice Thorez stattfand, dem Generalsekretär der PCF, der den Krieg in der UdSSR verbracht hatte und nun nach Frankreich zurückkehrte.[93]

Die griechischen Kinder und der sowjetische Minotaur

Im Bürgerkrieg von 1946 bis 1948 erfaßten die griechischen Kommunisten in allen Gebieten, die sie kontrollierten, die Kinder beiderlei Geschlechts zwischen drei und vierzehn Jahren. Im März 1948 wurden diese Kinder in den Grenzgebieten versammelt und mehrere Tausend nach Albanien, Jugoslawien und Bulgarien geführt. Die Dorfbewohner versuchten, ihre Kinder zu schützen und versteckten sie in den Wäldern. Das Rote Kreuz zählte unter großen Schwierigkeiten 28296 deportierte Kinder. Im Sommer 1948 wurde nach dem Bruch zwischen Tito und dem Kominform ein Teil der Kinder (11 600), die in Jugoslawien festgehalten wurden, trotz der Proteste der griechischen Regierung, in die Tschechoslowakei, nach Ungarn, Rumänien und Polen weitergeschickt. Am 17. November 1948 nahm die III. Vollversammlung der UNO eine Resolution an, die die Verschleppung der Kinder verurteilte. Im November 1949 verlangte die Vollversammlung die Rückkehr der Kinder. Alle folgenden Beschlüsse blieben wie die vorhergehenden ohne Antwort: Die angrenzenden kommunistischen Regime blieben hartnäckig bei der Behauptung, daß die Kinder bei ihnen bessere Lebensbedingungen hätten als in Griechenland; kurz gesagt, sie wollten glauben machen, die Deportation sei ein humanitärer Akt.

Jedoch spielte sich das Zwangsexil der Kinder in Elend, Unterernährung und Epidemien ab, so daß viele starben. Sie wurden in »Kinderdörfern« zusammengefaßt und mußten neben dem allgemeinen Unterricht an politischen Schulungen teilnehmen. Von dreizehn Jahren an waren sie gezwungen, Zwangsarbeiten zu erledigen, z. B. die Rodung der Sumpfregionen des Hart-chag in Ungarn. Der Hintergedanke der Kommunistenführer war, eine neue Generation völlig höriger Aktivisten zu formen. Das Scheitern wurde offenkundig: 1956 fiel ein Grieche namens Konstantinides an der Seite der gegen die Russen kämpfenden Ungarn. Anderen gelang es, nach Ostdeutschland zu fliehen.

Zwischen 1950 und 1952 wurden nur 684 Kinder nach Griechenland zurückgeführt. 1963 wurden 4000 Kinder repatriiert (darunter einige in den kommunistischen Ländern geborene). In Polen zählte die griechische Gemeinde Anfang der achtziger Jahre mehrere Tausende. Einige hatten sich der Gewerkschaft Solidarnosc angeschlossen und wurden nach Jaruzelskis Staatsstreich ins Gefängnis gesteckt. Nach 1989 kehrten mit der Demokratisierung mehrere Tausende dieser Griechen aus Polen nach Griechenland zurück.

(Die griechische Frage bei den Vereinten Nationen, Bericht der Balkan-Sonderkommission, 1950.)

Nach dem Krieg und mindestens bis zum Tod Stalins 1953 hielten sich die gewalttätigen Sitten und der Terror im Schöße der Komintern aus der Vorkriegszeit in der internationalen kommunistischen Bewegung. In Osteuropa war die Repression von tatsächlichen und vermeintlichen Dissidenten scharf, besonders im Laufe der groß aufgezogenen Schauprozesse (siehe den Beitrag von Karel Bartosek). Der Höhepunkt dieses Terrors wurde in der Krise zwischen Tito und Stalin 1948 erreicht. Da Tito sich geweigert hatte, sich Stalin zu unterwerfen und seiner Allmacht zu beugen, wurde er als neuer Trotzki bezeichnet. Stalin versuchte, ihn ermorden zu lassen, aber Tito war mißtrauisch und profitierte vom Schutz seines eigenen Staatsapparats. Nachdem die Liquidierung Titos fehlgeschlagen war, ereignete sich eine Serie von symbolträchtigen politischen Morden, und die kommunistischen Parteien der ganzen Welt schlossen die zu Sündenböcken gestempelten »Titoisten« aus ihren Reihen aus. Eines der ersten Sühneopfer war der Generalsekretär der norwegischen KP, Peder Furubotn, ein altes Kominternmitglied, der, nachdem er sich lange Zeit in Moskau aufgehalten hatte, seine Haut rettete, indem er 1938 wieder nach Norwegen zurückkehrte. Am 20. Oktober 1949 bezichtigte während einer Parteiversammlung ein Mann der Sowjets, ein gewisser Strand Johansen, Furubotn des Titoismus. Da er des Rückhalts seiner Partei sicher war, rief Furubotn am 25. Oktober das Zentralkomitee zusammen, kündigte seinen Rücktritt und den seiner Führungsmannschaft an, unter der Bedingung, daß innerhalb sehr kurzer Zeit eine Neuwahl der Mitglieder des Zentralkomitees stattfinde und daß die gegen ihn vorgetragenen Beschuldigungen von einer internationalen Kommission untersucht werde. Furubotns Gegner waren überrumpelt worden. Dann drangen am nächsten Morgen zum allgemeinen Entsetzen Johansen und mehrere seiner Handlanger in die Räume des Zentralkomitees ein und jagten die Anhänger des Generalsekretärs mit dem Revolver in der Hand hinaus. Dann beriefen sie eine Versammlung ein, auf der Furubotns Parteiausschluß beschlossen wurde. Furubotn hatte sich, da er die sowjetischen Methoden kannte, in seinem Haus mit bewaffneten Freunden verschanzt. In der Folge eines kriminalfilmreifen »Rodeos« verlor die norwegische KP den Hauptteil ihrer stärksten aktiven Kräfte. Johansen hingegen, der von Anfang bis zum Ende von sowjetischen Agenten manipuliert wurde, verlor seinen Verstand.[94]

Die letzten Ereignisse dieser Terrorperiode in der internationalen kommunistischen Bewegung fanden 1957 statt. Imre Nagy, der ungarische Kommunist, der sich für kurze Zeit an die Spitze des Aufstands in Budapest gestellt hatte (siehe den Beitrag von Karel Bartosek), war in die jugoslawische Botschaft geflohen, die er nicht mehr verlassen wollte, da er um sein Leben fürchtete. Durch hinterlistige Manöver gelang es den Sowjets, sich seiner Person zu bemächtigen. Sie beschlossen, ihn in Ungarn aburteilen zu lassen. Da die ungarische KP jedoch nicht allein die Verantwortung für diesen legalen Mord übernehmen wollte, nutzte sie die Gelegenheit der I. Weltkonferenz der kommunistischen Parteien im November 1957 in Moskau, um die

anwesenden Kommunistenführer den Tod Nagys in einer Abstimmung beschließen zu lassen. Unter ihnen befanden sich der Franzose Maurice Thorez und der Italiener Palmiro Togliatti - mit der bemerkenswerten Ausnahme des Polen Gomulka. Nagy wurde zum Tode verurteilt und am 16. Juni 1958 gehängt.[95]

Der lange Schatten des NKWD fällt auf Spanien

von Stephane Courtois und Jean-Louis Panné

Am 17. Juli 1936 erhoben sich unter der Führung von General Franco die spanischen Militärs in Marokko gegen die republikanische Regierung; am nächsten Tag dehnte sich die Meuterei auf das Festland aus. Am 19. konnte sie in zahlreichen Städten (Madrid, Barcelona, Valencia, Bilbao) durch einen Generalstreik und die Mobilisierung der unteren Volksschichten aufgehalten werden. Dieser Bürgerkrieg hatte sich schon seit mehreren Monaten angekündigt. Am 16. Februar 1936 hatte die Volksfront einen knappen Wahlsieg errungen: Die Rechte bekam 3 997 000 Stimmen (132 Abgeordnete), das Zentrum 449000 und die Volksfront 4 700 000 (267 Abgeordnete). Die Sozialisten erhielten 89, die Linksrepublikaner 84, die Republikanische Union 37, die Kommunistische Partei Spaniens (PCB) 16 Sitze und die POUM (Partido Obrero de Unificación Marxista, Vereinigte Marxistische Arbeiterpartei, die 1935 aus dem Zusammenschluß des Arbeiter- und Bauernblocks von Joaquin Maurin und der Kommunistischen Linken von Andres Nin entstanden war) einen einzigen Sitz. Zwei der wichtigsten Kräfte in Spanien waren nicht vertreten: die anarchosyndikalistischen Gewerkschaften der Nationalen Vereinigung der Arbeit (CNT) und die Iberische Anarchistische Vereinigung (1577547 Anhänger gegenüber 1444474 der Sozialistischen Partei und der Allgemeinen Arbeiter-Union[96]), hatten entsprechend ihrer Doktrin keinen Kandidaten aufgestellt, aber die Volksfront hätte nicht ohne ihre Stimmen und die ihrer Sympathisanten gewinnen können. Die 16 Abgeordneten der PCB repräsentierten einen viel größeren Teil der Bevölkerung, als in ihrer Partei organisiert waren: angeblich 40000 Mitglieder, aber wahrscheinlich kaum mehr als gut 10 000, der starke Satellitenorganisationen mit mehr als 100000 Mitgliedern unterstellt waren.

Eine geteilte und bunt zusammengewürfelte Linke, eine mächtige Rechte und eine äußerst entschlossene extreme Rechte (die Falange), eine Unruhe in den Städten (Streiks) und auf dem Lande (Landbesetzungen), eine wegen ihrer Vorrechte starke Armee, eine schwache Regierung, verschiedene Komplotte, eine ständig anwachsende politische Gewalt: alles trug zur Auslösung des Bürgerkriegs bei, den viele herbeiwünschten. Er nahm sofort eine besondere Dimension an: Im europäischen Maßstab symbolisierte er die Konfrontation der faschistischen und der demokratischen Staaten. Als die

Sowjetunion die Arena betrat, verstärkte sich die Polarisation zwischen der Rechten und der Linken noch mehr.

Die Generallinie der Kommunisten

Die Komintern hatte sich wenig mit der Situation in Spanien beschäftigt, erst nach dem Sturz der Monarchie 1931 und vor allem seit dem Arbeiteraufstand in Asturien 1934 erweckte sie ihre Aufmerksamkeit. Der sowjetische Staat schenkte Spanien kaum Interesse, da die gegenseitige Anerkennung der beiden Länder erst im August 1936 nach der Auslösung des Bürgerkriegs erfolgte, als die UdSSR einen »Nichtinterventionspakt« unterzeichnete, der schon im Juli von England und Frankreich[97] angenommen worden war in der Hoffnung, eine Internationalisierung des Bürgerkriegs zu verhindern. Am 27. August trat der sowjetische Botschafter Marcel Rosenberg seinen Posten an.

Um Einfluß zu gewinnen, hatten die Kommunisten einen Zusammenschluß ihrer Partei und der sozialistischen Partei vorgeschlagen. Nur auf der Ebene der Jugendorganisationen zeigte diese Taktik einen ersten Erfolg mit der Bildung der Föderation der Vereinten Sozialistischen Jugend am 1. April 1936, dann einen zweiten mit der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Kataloniens (PSUC) am 26. Juni desselben Jahres.

In der Regierung Largo Caballero, die im September 1936 eingesetzt wurde, hatte die PCE nur noch zwei Minister: Jesus Hernández im Unterrichtsministerium und Vincente Uribe in der Landwirtschaft. Doch schon sehr bald gewannen die Sowjets in der Regierung großen Einfluß. Dank der Sympathien, die Rosenberg bei Regierungsmitgliedern (Alvárez del Vayo, Juan Negrin) sammelte, setzte er sich als eine Art Vizepremierminister durch und war bei den Sitzungen des Ministerrats anwesend; er hatte einen gewichtigen Trumpf in der Hand, da die UdSSR bereit war, den Republikanern Waffen zu liefern.

Diese Einmischung des sowjetischen Staats- und Parteiapparates außerhalb eines ihm vertrauten Terrains gestaltete sich auf ganz besondere Weise; es geschah in einem Übergangsmoment, fast zwanzig Jahre nach der Machtübernahme der Bolschewiki, in einem internationalen Kontext, der dem Apparat bald eine Ausdehnung seiner Macht in Mittel- und Westeuropa in zwei aufeinanderfolgenden Etappen (1939-41, dann 1944/45) ermöglichte. In Spanien eröffnete das Zusammenspiel einer tiefgreifenden sozialen Bewegung, die an jene aus dem Ersten Weltkrieg hervorgegangenen erinnerte, mit einem Rückgriff auf den russischen Bürgerkrieg ein unverhofftes Feld zum Eingreifen. Das Spanien der Jahre 1936-39 wurde zum Laboratorium für die Sowjets, die sich auf ihre gesammelte Erfahrung stützen konnten, dort Ihr ganzes politisches Arsenal einsetzten, über das sie verfügten, und die Techniken ausprobierten, auf die man am Anfang des Zweiten Weltkriegs

wieder zurückgriff und die dann am Ende Gemeingut wurden. Ihre Ziele waren vielfältig, aber das vorrangigste bestand darin, die spanische KP (die gänzlich von den Geheimdiensten der Komintern und dem NKWD überwacht wurde) an die Schalthebel der Macht zu bringen, damit die Republik Moskaus Wünschen besser nachkommen konnte. Ein solches Ziel beinhaltete auch, sowjetische Methoden einzuführen, an erster Stelle die Allgegenwart des Polizeisystems und die Liquidierung aller nichtkommunistischen Kräfte.

Im Laufe des Jahres 1936 definierte Ercoli - dahinter verbarg sich der italienische Kommunist Palmiro Togliatti, ein Mitglied der Kominternführung -, die dem Bürgerkrieg eigenen Merkmale, den er als »nationalen Revolutionskrieg« bezeichnete. Ihm zufolge stellte die nationale und antifaschistische spanische Volksrevolution die Kommunisten vor neue Aufgaben: »Das spanische Volk löst auf eine neue Art die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution.« Rasch benannte er die Feinde dieses Konzepts der spanischen Revolution: die republikanischen Führer und »sogar die Führer der sozialistischen Partei«, die »Elemente, die unter dem Deckmantel der Prinzipien der Anarchie den Zusammenhalt und die Einheit der Volksfront durch eine verfrühte ›Zwangskollektivierung‹ schwächen«. Er legte ein Ziel fest: die kommunistische Hegemonie, die realisierbar sei dank »einer Einheitsfront der sozialistischen und kommunistischen Parteien, der Schaffung eines Einheitsverbands der Arbeiterjugend, der Schaffung einer Einheitspartei des Proletariats in Katalonien [der PSUC], der Umwandlung der kommunistischen Partei in eine große Massenpartei«.[99] Im Juni 1937 legte Dolores Ibarruri - die spanische Kommunistin, die unter dem Namen Pasionaria bekannt ist und durch ihre aufrüttelnden Reden an den Widerstand berühmt wurde - ein neues Ziel vor: »eine demokratische und parlamentarische Republik *neuen Stils«!*[100]

Unmittelbar nach dem *pronunciamiento* Francos zeigte Stalin eine vergleichsweise Teilnahmslosigkeit gegenüber der spanischen Situation, wie Jef Last bezeugte, der Andre Gide im Sommer 1936 nach Moskau begleitet hatte; »Wir waren betroffen über das vollständige Fehlen eines Interesses an den Ereignissen. In keiner Versammlung wurde darüber gesprochen, und als wir in einem Privatgespräch dieses Thema ansprachen, hatte man den Eindruck, daß man sorgfältig vermied eine persönliche Meinung zu äußern.«'"" Indessen erkannte Stalin nach zwei Monaten und der Umkehr der Ereignisse den ganzen Vorteil, den er auf den beiden Ebenen, der Diplomatie und der Propaganda, erreichen konnte. Indem die UdSSR sich der Politik der »Nichtintervention« anschloß, fügte sie sich noch mehr in das Konzert der Nationen ein, und es war ihr auf diese Weise möglich zu versuchen, eine größere Autonomie Frankreichs gegenüber Großbritannien zu unterstützen. Gleichzeitig begann die UdSSR, im geheimen der spanischen Republik Waffen zu liefern und ihr militärisch zu helfen, und die Sowjets zählten auf die Nutzung der Möglichkeiten, welche die Volksfrontregierung in Frankreich bot, die bereit war, mit den sowjetischen Diensten bei der Organisierung mate-

rieller Hilfe für die spanischen Republikaner zusammenzuarbeiten. Auf Anweisung von Leon Blum traf sich Gaston Cusin, der stellvertretende persönliche Referent im Finanzministerium, mit den sowjetischen Vertretern und Emissären, die ihr Quartier in Paris eingerichtet hatten, von wo aus sie den Waffentransport und die Rekrutierung von Freiwilligen für Spanien organisierten. Während der Sowjetstaat vorgab, sich herauszuhalten, mobilisierte die Komintern gründlich all ihre Sektionen für das republikanische Spanien, dessen Kampf sie in eine gewaltige antifaschistische Propagandamaschine verwandelte, die der kommunistischen Bewegung besonders zugute kam.

In Spanien selbst bestand die Taktik der Kommunisten darin, immer mehr Posten zu besetzen, um die Politik der republikanischen Regierung im Sinne der Politik des sowjetischen Partei- und Staatsapparates »auszurichten«, der ein Interesse daran hatte, die Kriegssituation aufs beste auszunutzen. Julian Gorkin, einer der Führer der POUM war zweifellos einer der ersten, der in einem Essay mit dem Titel *Espana, primer ensayo de democracia populár* (Buenos Aires 1961) eine Verbindung zwischen der sowjetischen Politik im republikanischen Spanien und der Errichtung von Volksdemokratien herstellte; dort wo Gorkin die Anwendung einer vorher festgelegten politischen Linie sieht, betrachtet der spanische Historiker Antonio Elorza die kommunistische Politik in Spanien eher als Ableitung der »monolitischen und nicht pluralistischen Auffassung der politischen Beziehungen in der Volksfront und der Rolle der Partei, [die] natürlich darauf zielte, das Bündnis als Plattform zur Erringung der Vorherrschaft umzuwandeln«. Antonio Elorza besteht indessen auf der künftigen Invariante der kommunistischen Politik: allen Antifaschisten die Vorherrschaft der PCE aufzuzwingen, »nicht nur gegen den äußeren faschistischen Gegner, sondern auch gegen die innere Opposition«. Er fügt hinzu: »Darin ist der Plan ein direkter Vorläufer der Strategie der Machtergreifung in den sogenannten Volksdemokratien.«[101]

Dieser Plan sollte gerade Ergebnisse zeitigen, als Moskau im September 1937 die Abhaltung von Wahlen ins Auge faßte: Einheitslisten sollten es der PCE ermöglichen, aus diesem »nationalen Plebiszit« Profit zu ziehen. Dieser Plan, der von Stalin stammte und von ihm aufmerksam verfolgt wurde, zielte auf die Einrichtung einer »demokratischen Republik neuen Typs« ab. Er sah von der Beseitigung der antikommunistischen Minister ab. Aber der Versuch scheiterte am Widerstand, den er bei den Verbündeten der PCE fand, und an der beunruhigenden Entwicklung der Lage der Republikaner nach dem Scheitern ihres Angriffs auf Teruel am 15. Dezember 1937.

»Berater« und Agenten

Von dem Zeitpunkt an, als Stalin entschieden hatte, daß das Feld in Spanien Möglichkeiten für die UdSSR bot und die Zeit zum Eingreifen gekommen war, schickte Moskau ein starkes Kaderkontingent nach Spanien, das ver-

schiedenen Instanzen unterstellt war. Es handelte sich (nach einer sowjetischen Quelle) um insgesamt 2044 Militärberater, von denen 700 bis 800 ständig vor Ort waren, unter ihnen die späteren Marschälle Konjew und Schukow sowie General W.J. Gorjew, Militärattaché in Madrid. Moskau mobilisierte aber mit den Mitgliedern der Komintern auch »Emissäre«, offizielle wie offiziöse, einer anderen Art. Einige waren auf Dauer dort, wie der Argentinier Vittorio Codovilla, der von Beginn der dreißiger Jahre an eine gewichtige Rolle innerhalb der PCE spielte und sie tatsächlich führte, der Ungar Ernö Gero (mit dem Spitznamen »Pedro«), der nach dem Krieg einer der Machthaber im kommunistischen Ungarn werden sollte, der Italiener Vittorio Vidali, der erster politischer Kommissar des im Januar 1937 von Kommunisten aufgestellten 5. Regiments wurde (und verdächtigt wird, an der Ermordung des kubanischen Studenten und Kommunistenführers Julio Antonio Mella 1929 beteiligt gewesen zu sein), der Bulgare Minew, der von 1927 bis 1929 in Stalins Sekretariat gearbeitet hatte, der Italiener Palmiro Togliatti, der im Juli 1937 als Vertreter der Komintern angekommen war. Andere machten Inspektionsreisen nach Spanien, wie der französische Kommunist Jacques Duclos.

Gleichzeitig schickte Moskau ein starkes Kontingent von Geheimdienstagenten: W. A. Antonow-Owsejenko[102] - er hatte im Oktober 1917 den Angriff auf das Winterpalais in Petrograd geführt -, der am 1. Oktober 1936 in Barcelona landete, Alexander Orlow (mit seinem richtigen Namen L. Feldbin), der Vertreter des NKWD in Spanien, der Pole Arthur Staschewski, ein ehemaliger Offizier der Roten Armee, fortan Handelsattache, General Jan Bersin, Chef des Nachrichtendienstes der Roten Armee, Michail Kolzow, Redakteur der *Prawda* und geheimes Sprachrohr Stalins, die im Kriegsministerium Quartier bezogen. Leonid Naum Eitingon, Kommandant der Kräfte des Staatssicherheitsdienstes (NKWD), und Pawel Sudoplatow, sein Untergebener, reisten ebenfalls nach Barcelona; Eitingon war dort schon 1936 mit Terroraktionen betraut worden, Sudoplatow kam erst 1938 nach Spanien.[103] Kurz gesagt, sobald Stalin entschieden hatte, in Spanien einzugreifen, konzentrierte er dort einen Generalstab, der auf mannigfachen Gebieten untereinander abgestimmt vorgehen konnte. Anscheinend rief Jagoda, der Chef des NKWD, in der Nacht des 14. September 1936 eine Versammlung in der Lubjanka in Moskau zum Zwecke der Koordination der gesamten kommunistischen Intervention in Spanien zusammen. Die Ziele hießen, einerseits die Franco-Anhänger und die deutschen oder italienischen Agenten zu bekämpfen, andererseits die Gegner der Kommunisten und der UdSSR auch innerhalb des republikanischen Lagers zu überwachen, zu kontrollieren und sie außerstande zu setzen, Schaden anzurichten. Die sowjetische Intervention mußte so geheim und so gut getarnt wie möglich sein, um die Sowjetregierung nicht zu kompromittieren. Schenkt man General Kriwitzki, dem Chef des Außendienstes des NKWD in Westeuropa, Glauben, dann haben von 3000 sich in Spanien befindlichen Sowjets nur etwa 40 tatsächlich

gekämpft, die anderen waren militärische oder politische Berater oder Nachrichtendienstagenten.

Die Sowjets wurden zuerst in Katalonien tätig. Im September 1936 gründete das Generalkommissariat für öffentliche Ordnung der Generalität von Katalonien, das bereits von Kommunisten infiltriert war, per Dekret innerhalb des katalanischen Geheimen Nachrichtendienstes (des SSI, Servicio Secreto Inteligente) eine Grupo de Información, die von einem gewissen Mariano Gómez Emperador geleitet wurde; diese offizielle Behörde, die schnell etwa 50 Personen einstellte, war tatsächlich ein getarnter Arm des NKWD. Gleichzeitig richtete die Sozialistische Einheitspartei Kataloniens - ein von den Kommunisten gewählter Name - ein Auslandsbüro, den Servicio Extranjero, ein, der im Zimmer 340 des Hotel Colón auf der Plaza de Catalunya stationiert war. Er hatte die Aufgabe, alle ausländischen Kommunisten zu überwachen, die in Spanien kämpfen wollten und über Barcelona einreisten; jedoch wurde dieser Dienst seinerseits vom NKWD eng überwacht und diente dazu, dessen Aktivitäten zu tarnen.

Ein Mann gehörte beiden Stellen an. Er war der örtliche Verantwortliche des NKWD und unterstand direkt Orlow und Gero: Alfredo Hertz. Als deutscher Kommunist, dessen wahre Identität noch immer unbekannt ist, war Hertz zum Hilfsagenten im Cuerpo de Investigación y Vigilancia der Regierung der Generalität ernannt worden und überwachte das Paßamt, infolgedessen auch Einreise und Ausreise von und nach Spanien; er war ermächtigt, die Sturmgarden, die Elitetruppen der Polizei, einzusetzen. Durch sein im Kommissariat für die öffentliche Ordnung der Generalität aufgebautes Netz erhielt Hertz Informationen aus anderen kommunistischen Parteien - schwarze Listen anderer Antifaschisten, Denunziationen kritischer Kommunisten, biographische Fakten von allen Kaderdiensten jeder KP - und übermittelte sie dem Departamento de Estado, dessen Leiter der Kommunist Victorio Sala war. Hertz schuf seinen eigenen Dienst, den Servicio Alfredo Hertz, hinter dem sich, geschützt durch einen legalen Anstrich, eine zweite, aus ausländischen und spanischen Kommunisten bestehende politische Polizei verbarg. Unter seiner Leitung wurden eine Kartei mit allen in Katalonien, später mit in ganz Spanien wohnenden Ausländern und schwarze Listen von zu beseitigenden Störenfrieden erstellt. In der ersten Zeit, von September bis Dezember 1936, wurde die Verfolgung von Gegnern nicht systematisch durchgeführt. Erst allmählich stellte der NKWD richtige Pläne der Repression gegen andere politische Kräfte der Republik auf Vorrangig zielten sie auf die Sozialdemokraten, die Anarchosyndikalisten, die Trotzkisten, die nonkonformistischen Kommunisten oder Kommunisten, die abweichende politische Meinungen äußerten. Und tatsächlich waren viele dieser »Feinde« den Kommunisten gegenüber kritisch eingestellt, sie protestierten gegen deren Hegemoniestreben und Unterordnung unter die UdSSR. Natürlich und wie immer in einer derartigen Situation war dieser Repression die persönliche Rache nicht fremd.[104]

Die simpelsten wie die ausgeklügelsten Polizeimethoden wurden von Agenten mit doppelter oder dreifacher Identität angewendet. Die erste Aufgabe dieser extremen politischen Polizisten war die »Besetzung« der Rädchen in der republikanischen Verwaltung, der Armee und der Polizei. Diese schrittweise Eroberung von Schlüsselpositionen, ihre »Unterwanderung«, war der Tatsache zu verdanken, daß die UdSSR den mittellosen Republikanern Waffen lieferte und zum Ausgleich politische Gegenleistungen forderte. Im Gegensatz zur Unterstützung der Nationalisten durch Hitler und Mussolini, gab die UdSSR den Republikanern keinen Kredit, und die Waffen mußten im voraus aus dem Goldvorrat der Spanischen Bank bezahlt werden, den deren Agenten noch bis in die UdSSR geleiten durften; jede Waffenlieferung war eine Möglichkeit zur Erpressung, die die Kommunisten ausnutzten.

Julian Gorkin gibt ein schlagendes Beispiel für diese Verknüpfung von Krieg und Politik: Anfang 1937 hatte Largo Caballero, der Chef der spanischen Regierung, mit Unterstützung von Manuel Azafla (Präsident der Republik), Luis Araquistáin (den Botschafter in Paris) ermächtigt, Geheimverhandlungen mit dem italienischen Botschafter in London, Dino Grandi, und mit Hjalmar Schacht, Hitlers Reichsbankpräsident, mit Billigung von Leon Blum und Anthony Eden einzuleiten, um den Krieg zu beenden. Die spanischen Kommunisten wurden von Alvárez del Vayo, dem kommunistenfreundlichen Außenminister, davon informiert und beschlossen, im Einverständnis mit den Verantwortlichen der Sowjetstellen, Caballero zu entfernen. Auf diese Weise verhinderten sie jede Lösung des Konflikts durch Verhandlungen auf der Basis eines Rückzugs der italienischen und deutschen Soldaten.[105]

»Erst die Verleumdungen..., dann die Kugeln im Genick«

Das sagte Victor Serge, der von der UdSSR im April 1936 freigelassene russisch-belgische Schriftsteller, gegenüber Julian Gorkin, als sie sich 1937 trafen, und warnte so den Aktivisten der POUM vor der fatalen Abfolge der kommunistischen Politik. Eine Politik, die jedoch auf ernsthafte Hindernisse stieß: Die anarchosyndikalistische Mitgliedschaft der CNT entzog sich dem Einfluß der Kommunisten, und die POUM widersetzte sich ihrer Politik. Die POUM war ein geeignetes Opfer aufgrund ihrer Schwäche und ihrer Randposition auf dem politischen Schachbrett. Für die Kommunisten stellte es sich als günstig heraus, diese politische Konstellation auszunutzen. Außerdem galt die POUM als trotzkifreundlich: Im Laufe des Jahres 1935 hatten ihre Führer Andres Nin und Julian Gorkin Vorstöße bei der katalanischen Obrigkeit unternommen, damit der aus Frankreich verjagte Trotzki sich in Barcelona niederlassen konnte. Im Kontext der Trotzkistenjagd, die damals in der UdSSR um sich griff, war es kaum erstaunlich, daß das am

21. Februar 1936, d.h. fünf Tage nach dem Wahlsieg der spanischen Volksfront, versammelte Sekretariat der Komintern der PCE die Weisung gegeben hatte, »einen energischen Kampf gegen die konterrevolutionäre trotzkistische Sekte«[106] zu führen. Obendrein besaß die POUM die Dreistigkeit, im Laufe des Sommers 1936 die Opfer des ersten Moskauer Prozesses zu verteidigen.

Am 13. Dezember 1936 gelang es den Kommunisten, Andres Nin aus dem Rat der katalanischen Generalität zu entfernen. Sie forderten seinen Ausschluß unter dem Vorwand, er habe sich der Verleumdung der UdSSR schuldig gemacht, und sie erpreßten den Rat mit Waffenlieferungen, um ihr Ziel zu erreichen. Am 16. Dezember startete die *Prawda* eine internationale Kampagne gegen die Gegner der Sowjetpolitik: »In Katalonien hat die Beseitigung der Trotzkisten und Anarchosyndikalisten begonnen; sie wird mit derselben Kraft wie in der UdSSR zu Ende geführt.«

Jede politische Abweichung kam für die kommunistische Denkweise einem Verrat gleich, der immer und überall eine ebenso unmittelbare wie ausgeklügelte Behandlung zur Folge hatte. Verleumdungen und Lügen wurden über die POUM ausgekippt, ihre Fronteinheiten mußten sich Anschuldigungen gefallen lassen, ihre Positionen verlassen zu haben, während die kommunistischen Einheiten ihnen die Unterstützung verweigerten.[107] Die Tageszeitung der französischen KP, *L 'Humanite,* zeichnete sich in dieser Hinsicht besonders aus, indem sie die Artikel von Michail Kolzow abdruckte, einem großen Freund des Paares Aragon-Triolet. Das zentrale Thema der Kampagne läßt sich in einer unermüdlich wiederholten Behauptung zusammenfassen: Die POUM ist eine Komplizin Francos, sie übt zugunsten der Faschisten Verrat. Die Kommunisten begannen vorsichtshalber, Agenten in ihre Reihen einzuschleusen, deren Aufgabe es war, Informationen zu sammeln und schwarze Listen vorzubereiten, um im geeigneten Augenblick die verhafteten Aktivisten zu identifizieren. Ein Fall ist bekannt: der von Leon Narvich; er war, da er in Kontakt zu Nin getreten war, demaskiert und dann von einer Selbstverteidigungsgruppe der POUM nach dem Verschwinden von Nin und der Festnahme ihrer Führer hingerichtet worden.[107a]

Der Mai 1937 und die Liquidierung der POUM

Am 3. Mai griffen die Einheiten der Sturmgarde, die von Kommunisten angeführt wurden, die Telefonzentrale in Barcelona an, die von den Arbeitern der CNTund UGT kontrolliert wurde.

Die von Rodriguez Salas, dem Polizeichef und Mitglied der PSUC, geleitete Operation war durch eine gleichzeitige Anwendung von Propaganda und Verfolgungen vorbereitet worden (Schließung des Radiosenders der POUM, Einstellung ihrer Zeitung *La Batalla).* Am 6. Mai kamen 5000 kommunistischen Führern unterstellte Polizeibeamte in Barcelona an. Die Kon-

frontation zwischen kommunistischen und nichtkommunistischen Kräften war heftig, und man zählte fast 500 Tote und mehr als 1000 Verletzte.

Die Handlanger der kommunistischen Dienste nutzten die Verwirrung aus und ergriffen jede Gelegenheit, um Gegner der kommunistischen Politik zu beseitigen. Der italienische Philosoph und Anarchist Camillo Bemeri und sein Genösse Barbieri wurden von einem zwölfköpfigen Kommando entführt und ermordet. Ihre von Kugeln durchsiebten Leichen wurden am nächsten Morgen gefunden. Camillo Bemeri bezahlte so seine politische Courage, er, der in seinem Tagebuch *Guerra di classe* geschrieben hatte: »Heute kämpfen wir gegen Burgos, morgen müssen wir gegen Moskau kämpfen, um unsere Freiheiten zu verteidigen.« Alfredo Martinez, Sekretär der Anarchistischen Jugend (Juventud Comunista) Kataloniens, der trotzkistische Aktivist Hans Freund und Trotzkis ehemaliger Sekretär Erwin Wolf erlitten das gleiche Schicksal.

Der Österreicher und oppositionelle Kommunist Kurt Landau war in Deutschland, Österreich, dann in Frankreich politisch aktiv gewesen, bevor er nach Barcelona ging und der POUM beitrat. Er wurde am 23. September festgenommen und verschwand. Seine Frau Katia, die ebenfalls eingesperrt wurde, hat über diese »Säuberungen« berichtet: »Die Parteigebäude wie z. B. die Pedrera, Paseo de Gracia, ihre Kasernen ›Carlos Marx‹ und ›Woroschilow‹ waren wahre Fallen und Räuberhöhlen. In der Pedrera hatten Zeugen die zwei ›verschwundenen‹ Kameraden von Radio POUM zum letzten Mal gesehen. In die kommunistischen Kasernen hatte man die jungen Anarchisten gebracht, um sie auf grauenhafteste Weise zu foltern, zu verstümmeln und schließlich zu töten. Man hat ihre Leichen zufällig gefunden.« Sie zitiert einen Artikel aus dem anarchosyndikalistischen Organ *Solidaredad Obrera:* »Es wurde festgestellt, daß sie vor ihrem Tod auf barbarische Weise gefoltert worden waren, wie es die Tatsache beweist, daß die Leichen schwere Quetschungen und Blutergüsse auf dem Bauch aufweisen, der aufgebläht und deformiert scheint. [...] Einer der Kadaver zeigt deutlich, daß er an den Füßen aufgehängt wurde; der Kopf und der Hals scheinen tiefviolett verfärbt. Der Kopf eines anderen dieser unglücklichen jungen Genossen trägt die offensichtlichen Merkmale von Gewehrkolbenschlägen.«

Einige Aktivisten verschwanden für immer, ohne eine Spur zu hinterlassen -, wie Guido Picelli. George Orwell hatte sich als Freiwilliger zur Kolonne der POUM gemeldet. Er hat diese der Bartholomäusnacht ähnlichen Tage erlebt, mußte sich verstecken und schließlich fliehen. Die Atmosphäre der Treibjagd, die in Barcelona herrschte, hat er in einem Anhang zu seiner *Homage to Catalonia* beschrieben.

Die von der kommunistischen Polizei geplanten Morde wurden nicht nur in Barcelona verübt. In Tortosa waren es am 6. Mai 20 Aktivisten der CNT, die von Regierungskräften aus Valencia verhaftet wurden. Eine Mörderbande holte sie aus den Verliesen des Rathauses und schlug sie nieder. In Tarragona wurden am nächsten Tag 15 anarchistische Aktivisten kaltblütig ermordet.

Was die Kommunisten nicht mit physischer Gewalt verwirklichen konnten, erreichten sie auf der politischen Ebene. Largo Caballero, der Regierungschef, weigerte sich, den Beschwörungen der Kommunisten nachzugeben, die die Auflösung der POUM verlangten. Jose Diaz, der Generalsekretär der PCB, hatte im Mai erklärt: »Die POUM muß aus dem politischen Leben des Landes verschwinden.« Nach der Konfrontation in Barcelona war Caballero gezwungen, am 15. Mai abzudanken. Es folgte die Regierung von Juan Negrin, einem »gemäßigten« Sozialisten, der von den Kommunisten abhängig war; alle Hindernisse für die Verwirklichung ihrer Ziele waren beseitigt. Negrin schwenkte nicht nur auf die Linie der Kommunisten ein - er sollte an einen Journalisten der *Times,* Herbert L. Matthews, schreiben, daß die POUM »von Elementen kontrolliert wurde [...], die gegenüber allem, was eine einheitliche und zentrale Leitung des Kampfes unter einer einheitlichen Disziplin betraf, allergisch waren« -, sondern billigte auch den gegen die POUM ausgeübten Terror.[108] Julian Gorkin beobachtete den eingetretenen radikalen Wandel: »Einige Tage nach der Bildung der Regierung Negrin handelte Orlow bereits, als ob er Spanien als ein Satellitenland ansah. Er erschien bei der Allgemeinen Direktion der Sicherheit und verlangte von Oberst Ortega, den er als Untergebenen betrachtete, Haftbefehle gegen die Mitglieder der FGUM-Exekutive.«[109]

Am 16. Juni 1937 verbot Negrin die POUM, ihr Exekutivkomitee wurde verhaftet. Diese offizielle Entscheidung gestattete es den kommunistischen Agenten, unter dem Deckmantel einer völlig parteilichen Legalität vorzugehen. Am selben Tag wurde Andres Nin um ein Uhr nachmittags von der Polizei festgenommen. Keiner seiner Genossen hat ihn je wiedergesehen, weder lebendig noch tot.

Die nach Madrid entsandten Polizisten, die sich in völliger Sicherheit wiegten, weil die örtliche Polizei vollständig in den Händen der Kommunisten war, umstellten die Redaktion von *La Batalla* und verschiedene Büros der POUM. 200 ihrer Aktivisten, darunter Julian Gorkin, Jordi Arquer, Juan Andrade, Pedro Bonet u. a. wurden hinter Gitter gebracht. Um die Liquidierung der POUM *a posteriori* zu rechtfertigen, erfanden die Kommunisten einen angeblichen Verrat und klagten sie der Spionage im Dienste der Franquisten an. Am 22. Juni wurde ein Sondergericht eingerichtet, und die Propaganda wurde entfacht: Die Polizei entdeckte wie zufällig im Laufe der Durchsuchungen Dokumente, die die erfundene These der Spionage bekräftigten. Max Rieger, ein unter Pseudonym oder auf Anweisung arbeitender Journalist, sammelte diese Fälschungen in seinem Buch *Espionnage en Espagne* (Paris 1938), das in allen Sprachen verbreitet wurde.

Angeleitet von Orlow und abgeschirmt von Vivaldi, Ricardo Burillo und Gero, wurde Andres Nin von den Schergen, die ihn festhielten, gefoltert, doch konnten sie ihm weder »Geständnisse«, die die Richtigkeit der vorgebrachten Anschuldigungen gegen seine Partei bewiesen, noch eine Unterschrift unter eine noch so unbedeutende Erklärung entreißen. Infolgedessen

blieb ihnen nichts anderes übrig, als ihn zu beseitigen und ihn durch sein Verschwinden in Mißkredit zu bringen, indem behauptetet wurde, Nin wäre auf die Seite Francos übergelaufen. Die Öffnung der Archive in Moskau bestätigt den Verdacht, den Nins Freunde seit 1937 hegten.[110]

Erst nach dem Vorgehen gegen die POUM am 16. und 17. Juni begann die systematische Menschenjagd gegen die trotzkistischen und die anderen »Verräter«. Um die Operationen durchzuführen, bedienten sich die Tschekisten der polizeilichen Informationen. Sie richteten illegale und nichtoffizielle Gefängnisse ein, »Tschekas« genannt, eine bedeutungsträchtige Übertragung des ersten Namens der sowjetischen politischen Polizei: die Tscheka. Die Namen dieser Orte sind uns bekannt: die Tscheka-Zentrale in Barcelona war in der Avenida Puerta del Angel Nr. 24, mit der Zweigstelle im Hotel Colón an der Plaza de Catalunya, dem ehemaligen Atocha-Kloster in Madrid, Santa Ursula in Valencia, Alcalá de Henares. Einige beschlagnahmte Privathäuser dienten ebenfalls als Stätten der Haft, der Verhöre und der Hinrichtung.

Anfang 1938 wurden 200 Antifaschisten und AntiStalinisten in der Tscheka Santa Ursula gefangengehalten, die in dieser Zeit das Dachau des republikanischen Spanien genannt wurde, als Anspielung auf das erste Konzentrationslager der Nationalsozialisten, die dort ihre politischen Gegner einsperrten. »Als die Stalinisten beschlossen, daraus eine ›Tscheka‹ zu machen, reinigte man gerade den Friedhof. Die Tschekisten hatten eine diabolische Idee: Sie ließen den Friedhof so, wie er war, mit offenen Gräbern, Skeletten und neu hingebrachten verwesenden Leichen. Und dort schließen sie viele Nächte lang widerspenstige Gefangene ein. Sie wenden brutale Folterungen an: Gefangene werden tagelang an den Füßen aufgehängt, sie werden in enge Schränke eingeschlossen, mit einigen kleinen Löchern zum Atmen, bis sie die gewünschten Erklärungen abzugeben bereit sind. Noch eine schreckliche Marter ist der ›Schubkasten‹. Der Gefangene muß sich in eine viereckige Kiste hineinzwängen und mehrere Tage zusammengekauert verbringen; manche sind acht oder zehn Tage geblieben, ohne sich bewegen zu können.«"""‘‘ Zu diesem Zweck setzten die sowjetischen Agenten fragwürdige Individuen ein, die ihre Taten von der Pasionaria gebilligt sahen; hatte sie nicht auf einem Kommunistentreffen in Valencia erklärt: »Lieber 100 Unschuldige umbringen, als einen einzigen Schuldigen freisprechen«?[111]

Die Anwendung der Folterung geschah systematisch[112]: Beispielsweise tauchte man die Gefangenen in eine mit Seifenwasser gefüllte Badewanne, ein wirkungsvolles Brechmittel. Einige Techniken waren typisch sowjetisch, wie der Schlafentzug und vor allem das Einsperren des Gefangenen in einen engen Schrank, den sogenannten *celda armario* (»Zellenschrank«), in dem der Gefangene weder stehen noch sitzen und noch weniger seine Gliedmaßen bewegen konnte; er konnte kaum atmen und wurde ständig von einer Glühbirne geblendet. Alexander Solschenizyn hat diesen Zellen-

typ ausführlich in der Szene des *Archipel Gulag* beschrieben, in der er über seine Ankunft in der Lubjanka erzählt.

Die Hinrichtung ohne Gerichtsverfahren war ebenfalls gang und gäbe: »Leutnant Astorga Vayo, der dem SIM und den NKWD angehört, hat ein persönliches Mittel gefunden, um Fluchtversuchen vorzubeugen. Die Gefangenen sind in Fünferreihen aufgestellt, wenn einer fehlt, läßt er die vier anderen erschießen. Er droht sogar, die davor und die dahinter stehende Reihe zu erschießen. Es sind nicht allein leere Drohungen, Vayo hat dies Prinzip tatsächlich angewandt. Das mißfiel selbst einigen seiner Komplizen. Vayo wurde zwar abgesetzt, zugleich aber befördert, er wurde Kommandant eines der größten Konzentrationslager in Katalonien, Onells de Nagaya.«[113]

Die Zahl der Verhaftungen wurde von verschiedenen Personen ungefähr auf dieselbe Weise geschätzt. Katia Landau beziffert sie auf 15 000 Häftlinge, darunter 1000 in den offiziellen und geheimen Gefängnissen[114] Yves Levy, der vor Ort recherchierte, spricht von »etwa 10000 Revolutionären, Zivilisten oder Soldaten«, den von der POUM, der CNTund der FAI, die gefangengehalten wurden. Einige wie Bob Smilie, der Korrespondent der Independent Labour Party bei der POUM, wie Manuel Maurin - der Bruder von Joaquin Maurin, der von den Franquisten gefangengenommen wurde, aber am Leben blieb - starben infolge der schlechten Behandlung im *cárcel modelo* (»Mustergefängnis«!) von Barcelona. Ende 1937 gab es, Julian Gorkin zufolge, im Gefängnis Santa Clara 62 zum Tode Verurteilte.

Nachdem die POUM vernichtet war, die Sozialisten beiseite geräumt waren oder sich den Kommunisten gebeugt hatten, blieben die Anarchisten. In den ersten Monaten der republikanischen Antwort auf das *pronunciamiento* der Militärs vervielfachten sich unter ihrem Einfluß die Bauernkollektive, besonders in Aragonien. Einige Wochen nach dem Mai 1937 wurden die Städte und Dörfer Aragoniens von den Sturmgarden umzingelt. Der Kongreß der Kollektive wurde vertagt, und am 11. August wurde die Auflösung des Rats von Aragonien, der sie leitete, veröffentlicht. Sein Präsident Joaquin Ascaso, den man des Schmuckdiebstahls beschuldigte, wurde festgenommen und durch einen Generalgouvemeur mit dem Namen Jose Ignacio Mantecón ersetzt, einen Anhänger der republikanischen Linken, in Wirklichkeit jedoch ein kommunistisches »U-Boot«.'" Es handelte sich um einen direkten Angriff auf die CNT, der darauf zielte, die Grundlagen ihres Einflusses zu untergraben.

Die von dem Kommunisten Enrique Lister kommandierte 11. Division, die sich bereits zahlreicher Machtmißbräuche in Kastilien schuldig gemacht hatte (Hinrichtungen von Anarchisten, Gewalt gegen die Kollektivbauern), die 27. (»Carlos Marx« genannt, von der PSUC) und die 30. Division trieben unter Gewaltanwendung die Kollektive auseinander. Hunderttausende Anarchisten wurden von Gemeindevorstehern festgenommen und beseitigt, um von Kommunisten ersetzt zu werden, während die kollektiv bewirtschafteten Ländereien an die ehemaligen Eigentümer zurückgegeben wurden. Die

Operation wurde mit der Ankündigung einer großangelegten Offensive gegen Saragossa verbunden, um eine Säuberung hinter den Linien zu rechtfertigen, die die Offensive vorbereiten sollte. Trotz der Niedermetzelung von Hunderten, bauten die Bauern ihre Kollektive wieder auf. In Kastilien war es der berühmte kommunistische General El Campesino (Valentin Gonzalez), der die Operationen gegen die Bauern führte. Nach Aussage von Cesar M. Lorenzo[116] übertraf er Lister an Grausamkeit. Wieder wurden Hunderte Bauern niedergemetzelt, Dörfer angezündet, doch die CNT erwiderte den Angriff militärisch und beendete auf diese Weise El Campesinos Expedition.

Der NKWD am Werk

Im Spanien von 1937 war der NKWD unter dem Namen »Grupo de Información« eine Art Nebenstelle des Innenministeriums geworden. Und die kommunistischen Agenten kontrollierten die Leitung der Sicherheit. Im Frühjahr und Sommer 1937 erlebte der Servicio Alfredo Hertz seinen stärksten Einsatz. Hertz selbst wurde von Julian Gorkin als »einer der großen Meister der Verhöre und Hinrichtungen« bezeichnet. Sein »Mitarbeiter« war Hubert von Ranke[117], der bereits 1930 von Ernö Gero eingestellt worden und eine Zeitlang politischer Kommissar des Bataillons »Thälmann« der Internationalen Brigaden war, bevor er mit der Überwachung der Deutschsprachigen in Spanien betraut wurde. Wahrscheinlich nahm er auch deshalb Erwin Wolf fest, der kurz nach seiner Entlassung verschwand.

Katia Landau, die am 11. September 1937 von zwei Mitgliedern der höchst offiziellen Grupo de Información verhaftet wurde, berichtet über von Rankes Methoden: »Einer der gemeinsten Agenten der GPU, Moritz Bressler, *alias* von Ranke, beschränkte die Anklage auf ein Minimum. Er und seine Frau, Seppl Kapalanz, ließen einen Genossen verhaften, den sie im Verdacht hatten, daß er den Aufenthaltsort von Kurt Landau kannte. ›Wenn Sie uns nicht seine Adresse geben, kommen Sie aus diesem Gefängnis nicht mehr raus. Er ist ein Feind der Volksfront und Stalins. Sobald wir wissen, wo er ist, töten wir ihn.‹« [118]

In der Nacht vom 9. zum 10. April 1937 verschwand ein junger unbekannter Mann, Marc Rein, der sich in den extrem linken Bewegungen Norwegens und Deutschlands engagiert hatte, aus seinem Hotelzimmer in Barcelona. Einige Tage später bemerkten seine Freunde sein Verschwinden und informierten die Öffentlichkeit. Marc Rein war der Sohn von Raphael Abramowitsch, dem russischen, ins Exil gegangenen Führer der II. Internationale. Dieser Umstand und die Hartnäckigkeit der Freunde und Familie dieses Mannes, die Wahrheit über sein Schicksal zu erfahren, erregten im Ausland großes Aufsehen und viele Unannehmlichkeiten im republikanischen Spanien. Die spanische Regierung war gezwungen, einen ihrer Geheimagenten

mit einer Untersuchung zu betrauen, die logischerweise darin endete, als Verantwortlichen für sein Verschwinden den Servicio Alfredo Hertz zu benennen. Das eiserne Band zwischen der Polizei des NKWD und der Regierung war so stark, daß der Staatssekretär im Innenministerium am 9. Juli 1937 vor Zeugen eine Auseinandersetzung zwischen seinem Geheimagenten (SSI 29) und den beiden Komplizen Hertz und Gomez Emperador anzettelte. Der Agent SSI 29 wurde am nächsten Morgen vom Servicio Alfredo Hertz verhaftet. Nichtsdestoweniger war der Geheimdienst, der ihn beschäftigte, stark genug, um ihn zu befreien. SSI 29, mit richtigem Namen Laurencic, wurde 1938 von den Franquisten enttarnt und festgenommen, vor ein Militärgericht gestellt und als Agent des NKWD hingerichtet!

Die Affäre Rein hatte, auch wenn es keine wirkliche Aufklärung gab - selbst heute weiß man nicht, welches sein Schicksal war -, zur Folge, daß schon im Juli 1937 die allzu auffälligen Aktionen von Alfredo Hertz und Gomez Emperador ihr Ende fanden: Ihre Geheimdienste wurden aufgelöst; sie wurden unter der Leitung von Victorio Sala neu gegründet. Bereits am 15. August schuf der Verteidigungsminister, der Sozialist Indalecio Prieto, den Servicio de Investigación Militär (SIM), der die Aufgabe hatte, alle Nachrichtendienste der politischen Überwachung und der Gegenspionage neu zu gliedern. Sehr rasch zählte der SIM 6000 Agenten. Viele »Techniker« des Servicio Hertz wurden dem SIM zugeteilt. Bereits 1939 berichtete Prieto, daß der SIM, der eigentlich für die Gegenspionage gedacht war, auf Betreiben der Sowjets geschaffen worden war und daß sich trotz der getroffenen Vorsichtsmaßnahmen[119] (der Dienst wurde am Anfang von einem Freund des Ministers geleitet) die Kommunisten seiner bemächtigt und zu ihren Zwecken genutzt hätten. Auf den Druck der Sowjets und Kommunisten wurde Prieto am 5. April 1938 aus der Regierung entfernt.

Julian Gorkin hat die Aktivitäten des SIM beschrieben: »Der SIM verhaftet kreuz und quer gemäß seiner Laune oder dem Repressionsplan des NKWD. Der ›Verdächtige‹ wird ins Gefängnis geworfen, die Untersuchung setzt ein, dann wird er dem Richter übergeben. [...] Dieser behält unter dem Vorwand zusätzlicher Nachforschungen Monate hindurch die Akten. Schrecken der Richter und Anwälte, erhebt der SIM Einspruch, falls der Richter von der Unschuld des Angeklagten überzeugt ist.«[120]

Ein ehemaliger Mechaniker, der Schweizer Kommunist Rudolf Frei, der 1931/32 die Seminare an der Internationalen Lenin-Schule besucht hatte, hatte den Auftrag, von Basel aus den Transfer Freiwilliger nach Spanien zu organisieren. Auf seinen Wunsch fuhr er 1937 nach Spanien und wurde Verantwortlicher des Kontrolldienstes des SIM, ganz besonders sollte er den »Schweizer Bereich abdecken«.[121] Vom Frühjahr 1938 an wurden viele in den von Kommunisten kontrollierten Gefängnissen inhaftierte Antifaschisten an die Front gebracht und gezwungen, an der Seite der »franquistischen« Gefangenen Zwangsarbeiten bei Erdbewegungen und ähnlichem unter äußerst harten Bedingungen zu verrichten, ohne Nahrung, ohne medi-

zinische Versorgung und unter der Drohung, von Kommunisten erschossen zu werden.

Einer, dem die Flucht gelang, Karl Bräuning, Mitglied einer kommunistischen Dissidentengruppe, hat im Dezember 1939, sechs Monate nach dem Ende seines Martyriums, einigen persönlichen Freunden davon berichtet: »Was seit Juli v. J. hinter uns liegt, ist grauenhaft und furchtbar zugleich. Die Bilder Dostojewskys aus einem Totenhaus sind blasse Schemen. [...] Dazu immer Hunger bis zum Delirium. Von meinem früheren Ich bin ich nur noch die Hälfte. Haut und Knochen. Dazu krank und vollkommen entkräftet. Bei Waldemar dasselbe. Hier verwischt sich die Grenze von Mensch und Tier. Die erste Stufe der Barbarei ist erreicht. O! Der Faschismus kann bei diesen Banditen noch vieles lernen und sich dabei noch als Kulturträger aufspielen. Unsere Akten hatten wahrscheinlich den Vermerk: ›Mit legalen Mitteln physisch zu vernichten.‹ Das hat man bis zuletzt versucht.«[122]

Ein »Moskauer Prozeß« in Barcelona

Trotz dieser Neustrukturierungen, der Infiltrationen und Tarnungsmaßnahmen stand der NKWD vor einigen Hindernissen: Nach der barbarischen Repression, der die POUM ausgesetzt war, erhielt sie von verschiedenen revolutionären Gruppen Hilfe, die in Frankreich ein Verteidigungskomitee (Cartel de defense des revolutionnaires emprisonnes en Espagne republicaine) eingerichtet hatten. Insgesamt begaben sich drei Delegationen zu Untersuchungen vor Ort. Im November 1937 konnte die dritte, unter Leitung von John MacGovern von der Independent Labour Party und Professor Fehden Challaye, die Gefängnisse in Barcelona besichtigen, besonders das *cärcel modelo,* in dem 500 Antifaschisten inhaftiert waren, und Zeugenaussagen zu den erlittenen Mißhandlungen protokollieren. MacGovern und Challaye erreichten die Freilassung von einem Dutzend Gefangener. Sie versuchten auch, allerdings vergeblich, Zutritt zu dem am Plaza Junta gelegenen Geheimgefängnis des NKWD zu erlangen. Trotz der Unterstützung des Justizministers, Manuel de Irujo, wurde ihre Forderung nicht erfüllt. MacGovern schloß: »Die Maske ist gefallen. Wir haben den Schleier gelüftet und gezeigt, wo die wahre Macht steckt. Die Minister wollten, konnten aber nicht.«[123]

Vom 11. bis 22. Oktober 1938 wurden die Mitglieder des Exekutivkomitees der POUM - Gorkin, Andrade, Gironella, Rovira, Arquer, Rebull, Bonet, Escuder - vor ein Sondergericht gestellt, in einem Prozeß, der an die in Moskau abgelaufenen erinnerte. Tatsächlich zielte dieser auch darauf ab, die Glaubwürdigkeit der in der UdSSR vorgebrachten Anklagen gegen die Gegner zu erhöhen, die unter dem Sammelwort »Trotzkisten« vereint wurden. Aber diese Aktivisten wiesen alle Anklagepunkte zurück. Andre Gide, Georges Duhamel, Roger Martin du Gard, François Mauriac und Paul Rivet

telegraphierten an Juan Negrin, um sicherzugehen, daß die Angeklagten in den Genuß aller rechtlichen Garantien kamen. Da die Anklage sich auch auf erpreßte Aussagen stützte, verstrickten sich die Ankläger während des Prozesses in Widersprüche. Obgleich es zu keinem von der kommunistischen Presse geforderten Todesurteil'^" kam, wurden die Aktivisten der POUM am 2. November zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt (außer Jordi Arquer, der elf Jahre Haft erhielt, und David Rey, der freigesprochen wurde), weil sie »zu Unrecht in der Zeitung *La Batalla* behauptet hätten, daß die Regierung der Republik in Diensten Moskaus stehe und alle verfolge, die sich den Anweisungen Moskaus nicht beugen«, was als Geständnis galt!

Während die Niederlage der Republik im März 1939 bereits besiegelt war, versuchte der letzte Verantwortliche des SIM die Verurteilten an Franco auszuliefern, damit der sie erschieße; er zählte also auf die Feinde der Republik, um die finstere Pflicht zu vollziehen, die die Agenten des NKWD nicht selbst erfüllen konnten. Glücklicherweise war es den Überlebenden des Exekutivkomitees der POUM gelungen zu entkommen.

In den Internationalen Brigaden

Das Echo auf den Kampf der Republikaner in der Welt war so groß, daß sich zahlreiche Freiwillige spontan entschlossen, nach Spanien zu gehen, um gegen die Nationalisten zu kämpfen. Sie schlossen sich den Milizen an oder den Kolonnen der Organisationen, mit denen sie sympathisierten. Die Internationalen Brigaden als solche jedoch wurden auf Initiative von Moskau gegründet und bildeten eine regelrechte kommunistische Armee[125] auch wenn sie nicht nur ausschließlich aus Kommunisten bestanden. Im übrigen muß man zwischen echten Kämpfern, die an die Front gingen, und Personen im Apparat unterscheiden, die, wenn sie auch formell zu den Brigaden gehörten, nicht auf dem Schlachtfeld standen. Denn die Geschichte der Brigaden erschöpft sich nicht in den heldenhaften Kämpfen der Interbrigadisten.

Die Brigaden erlebten im Laufe des Herbstes und Winters 1936 einen beträchtlichen Zulauf Zehntausende strömten aus der ganzen Welt herbei. Für die Kommunisten war es klar, daß sie nicht ohne Kontrolle aufgenommen wurden. Sie wollten zunächst jede Infiltration durch Doppelagenten, Franquisten, Nazis oder andere verhindern. Doch sehr rasch überprüften die Kommunisten, während der Große Terror in der UdSSR anlief, die Rechtgläubigkeit aller Freiwilligen. Die Kaderdienste der verschiedenen kommunistischen Parteien wurden angewiesen, »den Kampf gegen die Provokation« zu führen, d.h. jedes abweichende, kritische oder undisziplinierte Element abzuweisen. Sie versuchten sogar die Rekrutierung vor Ort, außerhalb Spaniens, zu kontrollieren: Die Züricher Polizei beschlagnahmte bei dem deutschen Kommunisten Alfred Adolph eine Liste, die den sowjetischen Agenten in Spanien unerwünschte Freiwillige anzeigen sollte. In

einem Dokument des Exekutivkomitees der Komintern vom Herbst 1937 wird darauf hingewiesen, daß man die Brigaden von politisch zweifelhaften Elementen befreien und »die Auswahl der Freiwilligen überwachen« müsse, »um zu verhindern, daß keine Geheimdienstagenten in die Brigaden einschleichen«.[126] Es ist symptomatisch, daß sich die persönliche Akte jedes einzelnen Brigadisten, einschließlich politischer Vermerke, in den Archiven der Komintern in Moskau befindet. Zehntausende Akten...

Der bereits im August als Delegierter der Komintern bei der republikanischen Regierung in Spanien angekommene Franzose Andre Marty, Mitglied des Politbüros der PCF und Sekretär der Komintern, übernahm die Rolle des offiziellen »Chefs« der Basis in Albacete, wo die internationalen Brigaden eingeteilt wurden. Parallel zu den Brigaden stellten die Kommunisten das 5. Regiment unter dem Kommando von Enrique Lister auf, der seit 1932 in der UdSSR gewesen und an der Militärakademie Frunse ausgebildet worden war. Selbstverständlich war der SIM ebenfalls in Albacete präsent.

Das Ausmaß der Liquidierungen in den Brigaden ist noch heute umstritten. Einige begnügen sich damit, die Verantwortlichkeit Martys zu leugnen, weil es keine belastenden Zeugenaussagen gibt, andere rechtfertigen die Hinrichtungen. El Campesino erklärte: »Gewiß entledigte er sich gefährlicher Elemente. *Unzweifelhaft* ließ er einige erschießen, aber es waren Deserteure, Mörder oder Verräter.«[127] Die Aussage von Gustav Regler, stellvertretender Kommissar der 12. Brigade, bestätigt diese Methoden: Im Laufe einer Schlacht in der Nähe des Escurial waren zwei anarchistische Freiwillige zurückgewichen; Regler ließ sie festnehmen und schlug vor, sie in ein Sanatorium zu schicken. Er informierte Marty, der entschied, sie nach Alcalá de Henares zu schicken. Erst sehr viel später erfuhr Regler, daß es sich in Wirklichkeit nicht um ein Sanatorium handelte, sondern um ein Gebäude, in dem ein russischer Sondertrupp untergebracht war, der Hinrichtungen durchführte.[128] In einer von ihm unterzeichneten Notiz, die sich in den Moskauer Archiven befindet, erklärt Marty dem Zentralkomitee der PCE: »Ich bedauere es auch, daß man mir Spione und Faschisten nach Albacete geschickt hat, die nach Valencia geschickt worden waren, um dort *liquidiert* zu werden. Sie wissen sehr gut, daß die Internationalen Brigaden es nicht selbst in Albacete tun können.«[129] Man kann sich gut vorstellen, daß es nicht einfach war, »Spione« oder »Faschisten« inmitten einer Militärbasis hinzurichten, und man weiß nicht, wen Marty hier meinte; auf jeden Fall zog er es vor, daß die schmutzige Arbeit woanders von anderen gemacht wurde, was keineswegs seine moralische Verantwortung mindert.

Ein kürzlich entstandener Film[130] zeigt die Hinrichtung von Erich Frommelt im November 1937. Er war Mitglied des Bataillons »Thälmann« der 12. Brigade, wurde wegen Desertion um 23 Uhr 15 zum Tode verurteilt und am nächsten Tag um 16 Uhr 45 hingerichtet. Man ließ verlauten, Frommelt sei in der Schlacht von Teruel gefallen. Eine derartige Verschleierung veranlaßt, diese Kategorie der »Deserteure« zu hinterfragen. Der französi-

sehe Interbrigadist Roger Codou, der die Gelegenheit hatte, die Akten des Gefängnisses der Brigaden einzusehen, stellte zahlreiche »Tote durch Ertrinken« fest, hinter denen sich, seiner Meinung zufolge, Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren verbergen. Zwei Gefängnisse waren für die Interbrigadisten reserviert: das eine im Viertel Horta in Barcelona (1937 waren dort 265 Menschen inhaftiert), das andere in Castellón de la Plana. Es ist schwierig, die Zahl der liquidierten Brigadisten zu schätzen. Julian Gorkin beschuldigt Andre Marty, »persönlich« für etwa 500 Hinrichtungen von »von Disziplinlosen oder einfach der ›Abweichung‹ Verdächtigten verantwortlich« zu sein.[131]

Der aus Glasgow gekommene Robert Martin berichtet über die Häufigkeit der Festnahmen in Albacete. Er selbst wurde verhaftet, in der Zelle waren 70 weitere Interbrigadisten, die gekämpft hatten und zum Teil verletzt waren. Die besonders harten Haftbedingungen trieben diese Gefangenen zu einem Hungerstreik. Trotz der Ankündigung ihrer Freilassung wurden sie in kleinen Gruppen nach Barcelona geführt. Robert Martin und seine Kameraden wurden in das Hotel Falcon gebracht, dem zum Gefängnis umgewandelten ehemaligen Sitz der POUM, dann in die Galle Corsiga, wo sie fotografiert und ihre Fingerabdrücke genommen wurden. Martin konnte durch ein Wunder entkommen und nach Frankreich gelangen. Vom Schicksal seiner Gefährten weiß er nichts.[132]

Der Sozialdemokrat Max Reventlow berichtet, die Brigaden hätten während des Rückzugs der Republikaner nach dem Durchbruch der Nationalisten zum Mittelmeer mindestens 500 Gefangene mit sich geführt. Als sie in Katalonien ankamen, wurden sie in Horta und Castellón eingesperrt, zwei Gefängnisse, die von dem Kroaten Copic geleitet wurden, der bei der Ankunft der Gefangenen sechzehn erschießen ließ. In diesen Gefängnissen verkündete eine Kommission Todesurteile ohne Eingreifen der Justiz: Nach der Flucht von 50 Gefangenen wurden 50 andere erschossen. Der Einsatz der Folter war häufig; der deutsche Leutnant Hans Rudolph wurde sechs Tage lang gefoltert: Man brach ihm Arme und Beine, riß die Nägel aus und richtete ihn am 14. Juni 1938 mit sechs anderen Häftlingen durch einen Schuß in den Nacken hin. Copic wurde später wegen Spionage vor Gericht gestellt und konnte seine Haut dank des vereinten Eingreifens seines Bruders, Oberst Vladimir Copic, Luigi Longos und Andre Martys retten.[133]

Der deutsche kommunistische Abgeordnete Hans Beimler, der einen SS-Mann getötet hatte, konnte aus Dachau fliehen und nach Spanien entkommen. Dort nahm er am Aufbau des Bataillons »Thälmann« teil. Er wurde am 1. Dezember 1936 in Palacete getötet. Gustav Regler hat behauptet, Beimler sei Opfer einer franquistisehen Kugel geworden. Diese Version wird von Beimlers Freundin, Antonia Stern, bestritten, der man alle Dokumente abnahm und die man aus Spanien auswies: Sie bleibt dabei, daß Beimler den ersten Moskauer Prozeß kritisiert hätte und darüber hinaus mit den ehemaligen Führern der KPD, Arkadi Maslow und Ruth Fischer, Ver-

bindung aufgenommen hätte, die in Paris eine Oppositionsgruppe ins Leben gerufen hatten. Auf Grundlage eines Berichts des Servicio Secreto Inteligente, einer Spezialabteilung der katalanischen Polizei, die über Informanten aus den Reihen der Kommunisten verfügte, glaubt Pierre Broue an ein Attentat.[134]

Die Internationalen Brigaden zogen eine Anzahl von Männern und Frauen an, die von einem Ideal, einer Begeisterung für Solidarität und Großzügigkeit geleitet wurden, für die sich zu opfern sie bereit waren. Wieder einmal haben Stalin und seine Dienste diese Begeisterung zynisch ausgenützt, bevor sie Spanien (und damit die Brigaden) seinem traurigen Schicksal überließen: Stalin bereitete schon seine Annäherung an Hitler vor.

Das Exil und der Tod im »Vaterland aller Proletarier«

In Paris wurde nach der Niederlage der Republikaner im März 1939 ein Komitee unter dem Vorsitz von Togliatti gegründet, um die Spanier auszuwählen, denen gestattet wurde, in das »Vaterland aller Proletarier« zu immigrieren. El Campesino hat über die Umstände seiner Abfahrt in die UdSSR berichtet.[135] Am 14. Mai 1939 ging er in Le Havre mit 350 Personen an Bord der *Siberia,* unter denen Mitglieder des Politbüros und des Zentralkomitees der PCE, kommunistische Abgeordnete, die Kommandeure des 5. Regiments und etwa 30 Führer der Brigaden waren. El Campesino nahm an der Neubildung des Komitees unter der Ägide des NKWD teil. Dieses neue Komitee sollte 3961 spanische Flüchtlinge kontrollieren, die bald in 18 Gruppen aufgeteilt und in verschiedene Städte geschickt wurden. Im Exil spionierte die Mehrzahl der Verantwortlichen ihre Landsleute aus und denunzierte sie, so wie der Ex-Sekretär des Komitees der PCE von Jaen, der die Hälfte der spanischen Gruppe in Charkow festnehmen ließ, oder Cortina, der zahlreiche Invaliden nach Sibirien deportieren ließ. Nachdem El Campesino wegen »Trotzkismus« aus der Militärakademie Frunse ausgeschlossen wurde, begann er im März 1941 in der Moskauer Untergrundbahn zu arbeiten. Später wurde er nach Usbekistan, dann nach Sibirien deportiert und schaffte es, 1948 in den Iran zu entkommen.

In Tiflis fand Jose Diaz, der Generalsekretär der PCE, den Tod, als er aus dem vierten Stock seines Hauses fiel, zu einem Zeitpunkt, als weder seine Frau noch seine Tochter anwesend waren. Wie viele seiner Landsleute ist El Campesino überzeugt, daß es sich um Mord handelte. Am Vorabend seines Todes arbeitete Diaz an einem Buch über seine Erfahrungen, er schien desillusioniert und hatte kurz zuvor der Obrigkeit Briefe geschickt, um gegen die Behandlung der Kinder in der Kolonie von Tiflis zu protestieren.

Im Bürgerkrieg waren Tausende von spanischen Kindern zwischen fünf und zwölf Jahren in die UdSSR geschickt worden.[136] Ihre Lebensbedingungen veränderten sich nach der Niederlage der Republikaner. 1939 wurden

Spanische Lehrer des »Trotzkismus« beschuldigt, und El Campesino zufolge wurden 60% von ihnen verhaftet und in der Lubjanka inhaftiert, die anderen wurden in Fabriken geschickt. Eine junge Lehrerin wurde fast zwanzig Monate lang gefoltert, bevor sie erschossen wurde. Die Kinder lernten ein wenig beneidenswertes Schicksal kennen, da die Kolonien von den Sowjets geleitet wurden. Die besonders undisziplinierten Kinder von Kaluga wurden der allmächtigen Autorität von Juan Modesto - einem General, der im 5. Regiment unterrichtet hatte - und Lister unterstellt.[137] 1941 hatten Jesus Hemández zufolge 50% Tuberkulose, 750 (d.h. 15%) starben vor dem Exodus von 1941. Die Jugendlichen kamen dann in den Ural und nach Zentralsibirien, vor allem aber nach Kokand. Sie bildeten Banden, die stahlen, und die Mädchen prostituierten sich. Einige begingen Selbstmord. Nach Meinung von Jesus Hernández starben 200 von 5000 Kindern.[138] 1947 kamen zum zehnten Jahrestag ihrer Ankunft in der UdSSR 2000 junge Spanier bei einer Zeremonie im Theater Stanislawski in Moskau zusammen; 534 von ihnen gingen im September 1956 wieder nach Spanien. Schließlich waren es nur noch 1500, die zurückkehrten.

Andere Spanier fanden »das Leben und den Tod in der UdSSR«. Es handelte sich um nichtkommunistische Seeleute und Flieger, die freiwillig gekommen waren, um eine Ausbildung zu bekommen. El Campesino berichtet vom Schicksal 218 junger Flieger, die 1938 zu einem Ausbildungsaufenthalt von sechs bis sieben Monaten nach Kirowabad gekommen waren. Ende 1939 steifte sie Oberst Martinez Carton, Mitglied des Politbüros der PCE und Agent des NKWD, vor die Wahl: entweder in der UdSSR bleiben oder ins Ausland gehen. Jene, die die UdSSR verlassen wollten, wurden in Fabriken geschickt. Am 1. September 1939 verhaftete man sie und machte ihnen den Prozeß. Einige wurden gefoltert, andere in der Lubjanka hingerichtet, die Mehrzahl zu 10 oder 15 Jahren Lager verurteilt. Von der nach Petschoraljew geschickten Gruppe überlebte keiner. Letzten Endes hat von den 218 Fliegern nur ein halbes Dutzend überlebt.

1947 gelang es einigen Flüchtlingen, die UdSSR zu verlassen. Die Zurückgebliebenen wurden aufgefordert, die Verpflichtung zu unterschreiben, in der UdSSR zu bleiben. Im April 1948 hielten Jose Ester (der politische Deportierte in Mauthausen Nr. 64 553) und Juan Jose Domenech (der politische Deportierte in Neuengamme Nr. 40 202) in Paris eine Pressekonferenz mit dem Titel Federación Española de Deportados e Internados Politicos ab, um die gesammelten Informationen über die Häftlinge des Lagers Nr. 99 von Karaganda in Kasachstan, nordwestlich des Balchaschsees, an die Öffentlichkeit zu bringen. In einem Manifest vom 1. März 1948 begründeten die beiden ehemaligen Deportierten ihr Vorgehen auf folgende Weise: »Für uns ist es eine vordringliche Pflicht, die für alle notwendig ist, die den Hunger, die Kälte und die Verzweiflung unter der inquisitorischen Macht der Gestapo und der SS erfahren haben, und es ist eine Pflicht für jeden Bürger, für den die Worte Freiheit und Menschenrecht einen im Gesetzbuch festge-

schriebenen Sinn haben, aus Solidarität die Freilassung dieser Männer zu fordern und zu verlangen, denen der sichere Tod drohte.«

Nach dem Zweiten Weltkrieg fuhren die Kommunisten und ihre Spezialdienste fort, die Gegner zu liquidieren: Juan Farre Gasso, der ehemalige Führer der POUM in Lerida, nahm an der französischen Resistance teil. Er wurde in Moissac von der Vichy-Regierung verhaftet und ins Gefängnis gesteckt. Nach seiner Freilassung wollte er zu seiner Frau in einem kleinen Dorf im französischen Katalonien. Auf der Straße nach Montauban wurde er von kommunistischen Untergrundkämpfern - den *guerrilleros españoles* - entdeckt und sofort erschossen.[139] Dieser Mord setzte eine der düstersten Traditionen des spanischen Bürgerkriegs fort: die Zuflucht zu Morden oder »Liquidierungen«, deren Opfer Tausende von Antifaschisten waren, unter ihnen die entschiedensten und mutigsten. Der Fall Spanien zeigt die Unmöglichkeit der Trennung von polizeilichen und kriminellen Unternehmungen der Kommunisten und der Verfolgung ihrer politischen Ziele. Und wenn es wahr ist, daß die politische und soziale Gewalt im Spanien zwischen den beiden Kriegen nicht zunahm und der Bürgerkrieg dieser Gewalt freien Lauf ließ, so ist es auch richtig, daß die Sowjets die Allmacht des Einparteienstaats beigetragen haben, der selbst im Krieg und in Gewalt entstanden ist, um die von den Interessen der UdSSR festgelegten Ziele unter der Tarnung des Antifaschismus zu erreichen.

Offensichtlich bestand das Hauptziel für Stalin und seine Vertrauensleute darin, Kontrolle über das Schicksal der Republik zu bekommen. Um dahin zu gelangen, war die Liquidierung der »Linksopposition« - Sozialisten, Anarcho-Syndikalisten, Anhänger der POUM, Trotzkisten - nicht weniger wichtig als die militärische Niederlage Francos.

3

Kommunismus und Terrorismus

von Remi Kauffer

In den zwanziger und dreißiger Jahren hat sich die internationale kommunistische Bewegung auf die Vorbereitung bewaffneter Aufstände konzentriert, die alle scheiterten. Sie hat daher diese Aktionsform aufgegeben und in den vierziger Jahren aus den nationalen Befreiungskriegen gegen den Nationalsozialismus und japanischen Militarismus, dann in den fünfziger und sechziger Jahren aus den Entkolonisierungskriegen Nutzen gezogen, um echte militärische Formationen zu schaffen - die Partisanen -, Guerillagruppen, die sich nach und nach in reguläre Truppen, in wahrhafte Rote Armeen umwandelten. In Jugoslawien, in China, in Nordkorea, dann in Vietnam und in Kambodscha hat es diese Aktionsform der kommunistischen Partei ermöglicht, an die Macht zu kommen. Indessen hat das Scheitern der Guerilla in Lateinamerika - von Spezialeinheiten der Amerikaner ausgeschaltet - die Kommunisten dazu verfuhrt, zu sogenannten »terroristischen« Aktionen zu greifen, die sie bis dahin wenig praktiziert hatten; das Attentat in der Kathedrale von Sofia 1924 war eine Ausnahme. Der Unterschied zwischen dem reinen Terrorismus und der Vorbereitung zu einem möglichen bewaffneten Aufstand ist sicher relativ - es sind oft dieselben Menschen, die man in beiden Bereichen findet, selbst wenn es sich um zwei verschiedene Aufgaben handelt. Diese Formen des Handelns schließen sich nicht gegenseitig aus. Zahlreiche nationale Befreiungsbewegungen haben nach der gültigen Terminologie häufig Terrorismus und Partisanenkampf in ihren Gefechten miteinander verbunden, wie es sich z. B. in der Nationalen Befreiungsfront und der Nationalen Befreiungsarmee in Algerien widerspiegelt.

Der Fall Algerien ist interessant insofern, als die Partisanen im französischen Algerien in der nationalen Erhebung das unmittelbare Ergebnis der in Moskau entwickelten Pläne sahen; eine zusätzliche Bestätigung für diese These findet sich in der - ausreichend geprüften - Tatsache, daß zum Zeitpunkt der Schlacht von Algier (1956-1957) die algerische KP dem Führer der FLN in der Hauptstadt, Saadi Yacef, ihre besten Sprengstoffspezialisten zur Verfügung gestellt hat.

Bedeutete das eine Unterwerfung der nationalistischen Bewegung unter den Kommunismus? Hier war das Gegenteil der Fall, da die algerische KP gezwungen war, sich unter das Joch der FLN zu beugen. Nach außen genoß

letztere die offene politische Unterstützung der UdSSR. Deswegen hütete sich Moskau, abgesehen von stark begrenzten Operationen der Geheimdienste, sehr wohl, direkt in den Konflikt mit Frankreich einzugreifen. Die Waffenlieferungen an die FLN war die Sache von Nassers Ägypten, Titos Jugoslawien und, innerhalb des Ostblocks, der Tschechoslowakei, die »im Auftrag« handelte (in Prag wurde ebenfalls eine Anzahl von Kadern der FLN in ausgefeilten Untergrandtechniken ausgebildet). Die Sowjets hatten beschlossen, im Hintergrund zu bleiben. Ahnten sie, daß das zukünftige Algerien ihnen nahestehen, aber zugleich sehr auf seine Unabhängigkeit bedacht sein würde? Tatsache ist, daß Moskaus Geheimdienste niemals ein Kontrollrecht über das Allerheiligste des neuen Regimes hatten, den Sicherheitsdienst der Streitkräfte, wie sie es auf die kubanische DGI hatten.

Ein anderes Beispiel sowjetischer Vorsicht gegenüber sehr empfindlichen nationalistischen Bewegungen ist der Fall Irlands. Die der IRA (Irische Republikanische Armee, in Dublin anläßlich des gescheiterten Osteraufstands 1916 gegründet) eigene »republikanische Gesinnung« blieb immer eine spezifisch irische. Ohne die soziale Frage zu vernachlässigen, stellte sie das nationale Problem (nach 1921 die Wiedervereinigung der Insel durch die Abtrennung der sechs Grafschaften im Norden von der britischen Krone) in den Mittelpunkt aller Aktionen. Die pro-sowjetischen Vertreter aber, die 1933 die Communist Party of Ireland gründen sollten, distanzierten sich mehr und mehr von den rein nationalistischen Interessen und stellten allein den »Klassenkampf« in den Vordergrund.

Die IRA wollte Waffen für ihren Kampf gegen die Engländer haben. Zwischen den beiden Weltkriegen bemühte sie sich, sie von der UdSSR zu bekommen. Mehrmals wich Moskau höflich den Bitten aus: Es schien nicht klug, diese allzu unabhängigen Leute auszurüsten und einen offenen Konflikt mit Großbritannien zu riskieren. Die Tatsache, daß mehrere hundert Mitglieder der Untergrundorganisation sich den Internationalen Brigaden in Spanien angeschlossen hatten, änderte daran nichts. 1939 und 1940, als die IRA eine Reihe neuer Bombenattentate in England startete, war die geheimste Einheit, zusammengesetzt aus einer kleinen Gruppe nationalistischer Aktivisten protestantischen Glaubens, also weniger verdächtig, vom kommunistischen Apparat unterwandert. Der entscheidende Antrieb kam von Betty Sinclair. In ganz Europa waren Gruppen von Saboteuren, darunter Ernst Wollwebers Netz, bereit, deutsche, aber auch britische oder französische Schiffe anzugreifen. In diesem Fall erwog Moskau, sich der IRA zu bedienen. Wenn die Untergrundorganisation einige Kriegsschiffe Ihrer Majestät angreifen würde, konnte sie bei dieser Gelegenheit gleichzeitig die antienglischen sowjetischen Operationen tarnen. Nichtsdestoweniger scheiterte dieses Vorhaben. Danach hegte Moskau ein gewisses Mißtrauen gegenüber den Iren, die bereit waren, jedwede Allianz einzugehen, um sich die Ausrüstung zu verschaffen, die sie brauchten, aber kategorisch ablehnten, den politischen Preis der Unterwerfung unter die Strategie anderer zu bezahlen.

Anfang der siebziger Jahre griff die IRA nach einer Revolte in den katholischen Ghettos Nordirlands wieder zu den Waffen (und häufig zu Sprengstoff, ihrer Spezialität). Entgegen eines hartnäckigen Gerüchts kamen diese Waffen oder der Sprengstoff weder direkt noch indirekt aus der UdSSR. Tatsächlich befanden und befinden sich noch immer die wichtigsten Hauptstützen eher jenseits des Atlantiks, im Schoße der irisch-amerikanischen Gemeinde, als im Osten.

Der »Arm Moskaus« ist also nicht allgegenwärtig. Er hat dennoch eine aktive Rolle bei der Unterstützung bestimmter Formen im Mittleren Osten gespielt. Ausgehend von der Analyse, daß die palästinensischen Organisationen eine der algerischen FLN vergleichbare nationale Befreiungsbewegung seien, hatten die Sowjets sehr bald Yasser Arafats PLO und ihre wichtigste Unterorganisation, die Al Fatah, offiziell anerkannt. Doch gleichzeitig war der KGB offen für eine andere Richtung des palästinensischen Nationalismus, die Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) von Dr. George Habbash. Die sehr straff organisierte Bewegung beruft sich auf einen radikalen Marxismus und organisierte und benutzte ohne Skrupel terroristische Attentate und spektakuläre Entführungen von Linienflugzeugen. Diese Strategie begann im Juli 1968 mit der Entführung einer Boeing der El Al, setzte sich im Attentat auf dem Athener Flughafen fort und hatte 1970 kurz vor der Vernichtung der Palästinenser durch die Truppen König Husseins von Jordanien ihren Höhepunkt. Auf dem Behelfsflughafen von Zarka, wo sie in den drei aufeinanderfolgenden Sommern jeweils mit ihren als Geiseln genommenen Passagieren landeten, sprengten Mitglieder der Volksfront eine Boeing der TWA, eine DC-8 der Swissair und eine Viscount VC-10 der BOAC in die Luft.

Beunruhigt über diese allzu krasse terroristische Wendung beschloß ein Kader der Organisation, Nayef Hawatmeh, 1970/71 die Spaltung und gründete die Demokratische Volksfront zur Befreiung Palästinas (DPFLP). Im Namen der notwendigen »Massenarbeit« und des »proletarischen Internationalismus« lehnte seine Organisation, die immer mehr auf die orthodoxe kommunistische Linie einschwenkte, öffentlich den Terrorismus ab, den sie noch eine Zeitlang praktiziert hatte. So bot sie sich als besserer palästinensischer Verbündeter der Kommunisten an. Doch nur scheinbar, denn paradoxerweise verstärkte der KGB zur gleichen Zeit seine Unterstützung für die PFLP. Und da man immer noch radikaler sein kann, ging bald Habbashs rechte Hand und »Operationsleiter« Wadi Haddad, ein ehemaliger an der amerikanischen Universität von Beirut ausgebildeter Kieferchirurg, über ihn hinaus.

Haddad war ein erfahrener Mann. Für Pierre Marion, den Ex-Leiter der DGSE, des französischen Geheimdienstes, war Haddad der wahre Erfinder des modernen Terrorismus: »Er hat die Strukturen erdacht; er hat die wichtigsten Verantwortlichen ausgebildet; er hat die Methoden der Rekrutierung und Ausbildung perfektioniert, er hat seine Taktiken und Techniken verfei-

nert.«[140] Ende 1973/Anfang 1974 trennte er sich von der PFLP, um eine neue Struktur zu bilden, die PFLP-SO, die sich ausschließlich dem internationalen Terrorismus widmete, während Habbashs Organisation sich bemühte, noch andere Aktivitäten durchzuführen, beispielsweise Ansätze von Guerillakampf gegen die israelische Armee und Propaganda in den palästinensischen Flüchtlingslagern.

Dennoch entschied der KGB, sie zu unterstützen, wie es die folgende Botschaft vom 23. April 1974, Ziffer 1071-1/05 unmißverständlich bezeugt. Sie stammt vom KGB und war an Leonid Breschnew persönlich gerichtet:

> »Das Komitee für die Staatssicherheit unterhält seit 1968 einen erfolgreichen geheimen Kontakt zu Wadi Haddad, Mitglied des Politbüros der PFLP, Leiter der Operationen der PFLP im Ausland.
>
> Bei seinem Treffen mit dem Bereichsleiter des KGB im Libanon im letzten April hat Wadi Haddad vertraulich das Programm für die Pläne subversiver und terroristischer Aktivitäten der PFLP dargelegt, dessen Hauptpunkte im folgenden dargelegt werden.«

Es folgt eine Liste mit geplanten Zielen, terroristischen und subversiven Aktionen auf israelischem Gebiet, Angriffe auf Diamantentrusts, Attentate auf israelische Diplomaten, Sabotage von Erdölanlagen und auf saudi-arabische Supertanker im Golf und sogar in Hongkong. Der KGB erläutert dann:

»W. Haddad bittet uns, seiner Organisation zu helfen, einige dringend benötigte Spezialausrüstungen für die subversiven Aktionen zu bekommen. »Obwohl W. Haddad mit uns zusammenarbeiten will und unsere Hilfe erbittet, weiß er genau, daß wir prinzipiell den Terror mißbilligen, und stellt uns keine Fragen im Zusammenhang mit diesem Aspekt der Aktivitäten der PFLP. Der Charakter der Verbindung zu W. Haddad gestattet uns in einem gewissen Maße, die Aktivitäten der Abteilung für die Operationen der PFLP im Ausland zu kontrollieren, einen für die Sowjetunion vorteilhaften Einfluß auf sie auszuüben, in unserem Interesse, mit Hilfe der Kräfte dieser Organisation, wirkungsvolle Aktionen durchzuführen, und dabei die gebotene Geheimhaltung zu bewahren.«

Ein schönes Beispiel für Doppelzüngigkeit. Der Schluß ergibt sich zwangsläufig: zum Teufel mit den Prinzipien im Augenblick, wenn man dem Gegner einen Schlag versetzen kann, ohne erwischt zu werden. Das Dokument wurde an Suslow, Podgomyj, Kossygin und Gromyko weitergeleitet und schon am 26. April gebilligt.[141]

Als bester Schüler Wadi Haddads stellte sich ein junger Venezolaner heraus, Iljitsch Ramirez Sanchez, bekannter unter den Pseudonym Carlos. Die

beiden Männer mußten mit den Überlebenden einer asiatischen Terroristengruppe, der Roten Armee Japans, zusammenarbeiten, deren Werdegang sehr aufschlußreich ist. Sie wurde Ende der sechziger Jahre gegründet, zu einem Zeitpunkt der Radikalisierung der japanischen Studenten und auf dem Höhepunkt der maoistischen Welle, nahm sie schnell Kontakt auf zu nordkoreanischen Agenten (die koreanische Gemeinde im japanischen Archipel ist recht umfangreich). Letztere bildete die Kader aus und versorgte sie mit Material, konnte aber den Ausbruch einer blutigen Vendetta zwischen »Abweichlern« und »Orthodoxen« am Anfang der siebziger Jahre nicht verhindern. Das Ergebnis: die Spaltung. Ein Teil der Kader der Roten Armee ging mit Waffen und Habe in den Dienst der Nordkoreaner; diese heute in Pjöngjang (Pjongyang) wohnenden Flüchtlinge fungieren als Geschäftsleute und Mittelsmänner zum Westen. Der andere Teil entschied sich, ihre Aktivitäten international auszudehnen. Sie stellte sich an die Seite Wadi Haddads. Auf diese Weise begingen drei Mitglieder der Roten Armee auf Weisung der PFLP das Blutbad auf dem Flughafen Lod in Tel Aviv im Mai 1972: 28 Tote.

Daß die PFLP-SO Hand in Hand mit dem Schweizer Nazi-Bankier François Genoud zusammengearbeitet hatte, wie es Pierre Pean in *L 'Extremiste* auf der Grundlage des Geständnisses des Bankiers aufgedeckt hat, störte den KGB nicht im geringsten.[142] Er hatte nichts gegen die spektakuläre Entwicklung von Carlos' Aktivitäten zunächst auf Rechnung der PFLP-SO, dann auf Rechnung seiner eigenen Organisation.

Carlos: Verbindungen zu mehr als 15 Geheimdiensten arabischer und Ostblockstaaten

Nach seinem Geständnis gegenüber dem Richter Bruguiere hat Iljitsch Rámirez Sánchez, Sohn eines venezolanischen Rechtsanwalts und großen Bewunderers Lenins (seine drei Söhne wurden nacheinander Wladimir, Iljitsch und Uljanow genannt), 1969 zum ersten Mal ein Mitglied der PFLP, Rifaat Abul Aoun, getroffen. Das war in Moskau, wo sich Carlos beim Studium des Marxismus-Leninismus, der Physik und Chemie an der Universität langweilte. Carlos war von dem allzu schwachen Aktivismus der lateinamerikanischen Kommunisten enttäuscht und suchte ein gewalttätiges und radikales Abenteuer. Das sollte er im Schoße der PFLP-SO schon bald nach seiner Ankunft in Jordanien bekommen. Nach einer Ausbildungszeit war er Anfang 1971 einsatzbereit und reiste ohne Schwierigkeiten in den westeuropäischen Ländern herum, dank seines gewandten Benehmens als Sohn aus gutem Hause, und beging aufsehenerregende Attentate mit vielen Opfern.

Am 27. Juni 1975 tötete Carlos in Paris zwei Polizisten des Spionageabwehrdienstes und verletzte einen dritten schwer. Im Dezember führte er ein Kommando zum Angriff auf das Büro der OPEC (Organisation Erdöl exportierender Länder). Bilanz: drei Tote und ein Flugticket nach Algier. In Begleitung von Mitgliedern seiner Gruppe, Deutschen aus der linksradikalen

Bewegung, der Revolutionären Zellen, unter Führung von Johannes Weinrich, reiste er nach Libyen, in den Jemen, den Irak, aber auch nach Jugoslawien. Vor allem fuhr er in die DDR, wo das Ministerium für Staatssicherheit, die Stasi, diesem Extremisten, der zu den gewagtesten Gewalttaten fähig war, anhaltende Aufmerksamkeit widmete.

»Separat« war der Codename seiner Organisation bei der Stasi. 1980 wurde eine streng geheime Akte an General Erich Mielke, Chef der Stasi, geschickt. Sie trug ganz einfach den Titel: »Plan zur Vorgehensweise des MfS im Umgang und bei der Überwachung der Gruppe Carlos«. Bernard Violet zufolge, Verfasser einer gut recherchierten Biographie[143], sind »Weinrich und Kopp jeweils Adjutant und Freundin von Carlos, nicht im eigentlichen Sinne Stasiagenten. Sie führen keine Mission in ihrem Auftrag aus, sie werden nicht für der DDR nützliche Informationen bezahlt. Sie sind die notwendige Verbindung von den ostdeutschen Geheimdiensten zu den anderen Mitgliedern der Gruppe.« Und nachdem er ihre aufeinanderfolgenden ostdeutschen »Verbindungsleute«, die Obersten Harry Dahl, Horst Franz, Günter Jäckel und Helmut Voigt, genannt hat, fügt er hinzu, daß »Carlos über die Verbindungen, die seine Freunde zu diesen Geheimdiensten hatten, Bescheid wußte«.

Das hinderte ihn nicht, enge Kontakte zu den Rumänen zu knüpfen oder den ungarischen Staatssicherheitsdienst mit seinem Drängen zu kompromittieren, Budapest zu seinem Stützpunkt zu machen. Seine Gruppe, die sich in Organisation des bewaffneten Kampfs für die Befreiung Arabiens (oder bewaffneter Arm) umbenannt hatte, verstärkte ihre mörderischen Attentate. So schreibt Oberst Voigt von der Stasi »Separat« einen großen Teil der Verantwortung für das Attentat am 25. August 1983 gegen das Maison de France in Westberlin (zwei Tote) zu, das ihm zufolge von einer anderen mit dem Ostblock liierten und in Beirut ansässigen Terroristengruppe, der Geheimarmee zur Befreiung Armeniens, begangen worden sei.

Es mag erstaunlich klingen, daß das MfS den Operationen seines Schützlings gegenüber eine so große Nachsicht gezeigt hätte, ohne einen Nutzen daraus zu ziehen. Die Entscheidung war auf dem Gipfel der Stasipyramide getroffen worden. Man sagt es zwar, aber diese psychologisierende Interpretation beweist keineswegs, daß Erich Mielke, der vor dem Krieg selbst Chef der Kampfgruppen der KPD gewesen war und des Mordes an zwei Polizisten in Berlin beschuldigt wurde, sich in der Person des venezolanischen Terroristen wie in den Mitgliedern der »Baader-Meinhof-Gruppe« wiedererkannt hat. Zweifellos muß man weiter zurückgreifen, um eine »objektivere« Übereinstimmung zwischen den sich dem internationalen Terrorismus verschriebenen Gruppen und dem MfS zu finden. Weder Mielke noch die ostdeutschen Machthaber haben uns an eine romantisch-revolutionäre Feinfühligkeit gewöhnt. Wenn die Gruppe Carlos hintereinander mit über 15 Geheimdiensten sozialistischer und arabischer Länder Verbindungen unterhalten hatte, so war das sicher kein Zufall.

Die Nachsicht der kommunistischen Länder den Extremisten des Mittleren Ostens gegenüber beschränkte sich nicht allein auf Carlos. Abu Nidal und sein Al-Fatah-Revolutionsrat, der zunächst im Dienste der Iraker, dann Syriens stand und Yasser Arafat und seiner PLO äußerst feindselig gegenüberstand, genoß sie ebenfalls, wenn auch in einem geringeren Maße - da er als weniger kontrollierbar galt. Sein - kranker - Führer konnte sich sogar insgeheim hinter dem Schutz des Eisernen Vorhangs operieren lassen.

Eine andere Verwicklung der osteuropäischen Länder mit dem modernen internationalen Terrorismus, die Manipulierung der Roten Armee Fraktion (RAF, die in der Presse sogenannte »Baader-Meinhof-Gruppe«) in Deutschland. Diese kleine Organisation war aus der Studentenbewegung hervorgegangen, sie hatte etwa 50 aktive Mitglieder und ein Umfeld von etwa 1000 Personen. Sie stürzte sich im Laufe der siebziger Jahre in einen aufsehenerregenden Terrorismus, der sich besonders gegen die amerikanischen Interessen richtete. Nach 1977 und dem Attentat auf den Arbeitgeberchef Hanns-Martin Schleyer, dann dem Tod von Ulrike Meinhof und Andreas Baader im Gefängnis fand sie jenseits der Berliner Mauer Zuflucht im Austausch einer immer deutlicher erkennbaren Unterordnung unter die Stasi. Sie war so etwas wie ihr verborgener Arm geworden. Nach dem Fall der Mauer und der Wiedervereinigung Deutschlands wurden ihre im Osten lebenden Mitglieder verhaftet.

Der Umgang mit Guerillas und terroristischen Gruppen ist nicht immer eine einfache Sache. Er verlangt Fingerspitzengefühl und einen sehr wachen politischen Verstand. Vermutlich entschloß sich aus diesem Grund 1969-1970 der KGB in Person einer seiner brillantesten Untergebenen, Oleg Maximowitsch Netschiporenko, mit Hilfe der Nordkoreaner eine fast vollständig ihm unterstellte Organisation zu gründen, den Movimiento de Accion Revolucionaria (MAR), der 1971 von der mexikanischen Polizei zerschlagen werden sollte.[144] Ganz sicher war das Ziel eines derartig waghalsigen Manövers, sich vor den Exzessen, Disziplinlosigkeiten und anderen gewagten Initiativen der Anhänger Castros und Maos zu schützen. Einige von ihnen waren ihrem vermeintlichen Mentor entschlüpft. Die spanische FRAP (Antifaschistische und Revolutionäre Patriotische Front) näherte sich eine Zeitlang den Chinesen an, dann Anfang der siebziger Jahre den Albanern in der vergeblichen Hoffnung, Waffen zu bekommen, dann entfernte sie sich von ihnen und formiertete die GRAPO (Antifaschistische Widerstandsgruppe 1. Oktober). Und der Leuchtende Pfad von Abimael Guzmán, der sich zu Anfang uneingeschränkt zum Maoismus bekannt hatte, besonders zum »langen Volkskrieg« hegte gegen Deng Xiaoping und die neuen Machthaber in Peking eine tiefe Abneigung. Im Dezember 1983 versuchte er sogar, die chinesische Botschaft in Lima anzugreifen!

In einigen seltenen Fällen - denn das Risiko war in der jüngsten Zeit zu groß -, schritten die kommunistischen Länder auf dem Umweg über ihre Geheimdienste direkt zu terroristischen Attentaten. Das war im November

1987 der Fall, als ein Kommando von zwei nordkoreanischen Agenten, einem alten erfahrenen Kader, Kim Sung II, und einer jungen Frau, Kim Hyon Hui, die drei Jahre lang in der militärischen Akademie von Keumsung ausgebildet worden waren, auf dem Zwischenstopp in Abu Dhabi an Bord einer Maschine der Korean Air (die südkoreanische Luftfahrtgesellschaft), die nach Bangkok weiterfliegen sollte, in einem Versteck ein Transistorradio hinterließen. Die Explosion riß 115 Menschen in den Tod. Als man Kim Sung 11 aufspürte, beging er Selbstmord, während Kim Hyon Hui nach ihrer Festnahme ein vollständiges Geständnis ablegte, später sogar ein Buch schrieb. Es ist jedoch noch zu früh, den Wahrheitsgehalt dieses Berichts beurteilen zu können.[365] In jedem Fall drängt sich die Tatsache auf, daß Nordkorea 1997 zweifellos der einzige Staat war, der systematisch staatlichen Terror verübte.

Teil Drei

Das übrige Europa als Opfer des Kommunismus

von Andrzej Paczkowski
und Karel Bartosek

Polen, der »Erbfeind«

von Andrzej Paczkowski

Sowjetische Repressionsmaßnahmen gegen Polen

Die Polen gehören vermutlich zu den Völkern, die am meisten durch die Unterdrückung der sowjetischen Machthaber zu leiden hatten, und das, obwohl der sowjetische Terrorapparat von einem Polen, Felix Dserschinski, aufgebaut wurde und zudem viele seiner Landsleute leitende Positionen in seinen Organisationen, sowohl in der Tscheka, in der OGPU als auch im NKWD innehatten. Die Gründe für dieses zweifelhafte Privileg Polens, für seinen Status eines »Erbfeindes«, sind vielschichtig. Zum Teil sind hier die dem sowjetischen Unterdrückungsapparat eigenen Funktionsmechanismen zu berücksichtigen, aber daneben hat auch die traditionelle Feindschaft zwischen den beiden Nationen eine Rolle gespielt. Deren Wurzeln reichen nicht nur tief in die Geschichte zurück, sie sind auch im Mißtrauen der sowjetischen Führer- insbesondere Stalins - gegenüber dem Land und seinen Bewohnern verankert. Zwischen 1772 und 1795 mußte Polen drei Teilungen über sich ergehen lassen, in deren Verlauf die Zaren sich jeweils den Löwenanteil sicherten; der russischen Bevormundung überdrüssig, wagten die Polen 1830 und 1863 zwei Aufstände, die blutig niedergeschlagen wurden. Schon damals stehen Adel und Klerus im Zentrum des Patriotismus und des Widerstandes gegen die fremde russische und preußische Besatzung. Der Krieg von 1914 und der nahezu gleichzeitige Zusammenbruch der drei Kaiserreiche - des deutschen, russischen und österreichisch-ungarischen -, die Polen seit mehr als einem Jahrhundert unterdrückten, stellen für das Land eine einmalige historische Gelegenheit dar, als unabhängige Nation wiederzuerstehen. Eine Freiwilligenarmee mit Józef Pilsudski an der Spitze wird zum Motor und Garanten dieser neuen Unabhängigkeit, die sich jedoch sofort mit den revolutionären Plänen Moskaus konfrontiert sieht; hier betrachtet man Warschau als Tor, das es vordringlich zu öffnen gilt, soll die Revolution nach Deutschland getragen werden.

Im Sommer 1920 läßt Lenin die Rote Armee auf Warschau marschieren. Beinahe gelingt das waghalsige Manöver, scheitert dann jedoch an der nationalen Erhebung Polens, so daß die Sowjets sich 1921 gezwungen sehen, den Friedensvertrag von Riga mit seinen für Polen günstigen Bedingungen

zu unterzeichnen. Stalin, der durch seine Undisziplinliertheit großen Anteil am Mißerfolg der Roten Armee hatte, vergaß diese Niederlage nie, erst recht nicht jene, die ihn bei dieser Gelegenheit kritisiert hatten: Trotzki, den Oberbefehlshaber der Roten Armee, und Marschall Tuchatschewski, der die Truppen geführt hatte. Aus diesen Tatsachen erklärt sich das Mißtrauen der sowjetischen Führer, allen voran Stalin, gegenüber der polnischen Nation, den Polen und den Kräften, die dazu beigetragen hatten, daß das Land seine Unabhängigkeit wiedererringen konnte: dem polnischen Adel, der polnischen Armee und der katholischen Kirche.

Die Polen - und zwar gleichgültig, ob sowjetische Staatsbürger oder nicht - lernten alle Phasen des stalinistischen Terrors kennen: die Jagd nach »Spionen«, die Liquidierung der »Kulaken«, den Kampf gegen die Religion und gegen die nationalen Minoritäten, die Große Säuberung, die »Reinigung« der Grenzregionen und der Nachschublinien der Roten Armee, die »Befriedungsaktionen«, die die Machtergreifung der polnischen Kommunisten unterstützen sollten. Und sie erfuhren diesen Terror in all seinen Erscheinungsformen: Zwangsarbeit in Lagern, Erschießungen von Kriegsgefangenen, Massendeportationen sogenannter »gesellschaftlich gefährlicher Elemente« ...

Die POW-Affäre und die »polnische Operation« des NKWD (1933 -1938)

Im Jahre 1924, als die Repatriierung von Polen, wie sie 1921 im Vertrag von Riga vereinbart worden war, ihrem Abschluß entgegenging, lebten in der UdSSR noch ungefähr 1,1 bis 1,2 Millionen Polen, die überwiegende Mehrheit von ihnen (900000 bis 950000) in der Ukraine und in Weißrußland. Es handelte sich zu 80% um Bauern, die sich hier seit der polnischen Kolonisierung im 17. und 18. Jahrhundert angesiedelt hatten. Auch in einigen großen Städten, z.B. Kiew oder Minsk, gab es polnische Minoritäten. In Rußland selbst, vor allem in Moskau und Leningrad, in Transkaukasien und in Sibirien lebten 200000 Polen. Zu letzteren gehörten auch einige tausend Exilkommunisten und annähernd ebenso viele Polen, die während der Revolution und im Bürgerkrieg an der Seite der Roten gekämpft hatten und nicht nach Hause zurückgekehrt waren. Der Rest umfaßte hauptsächlich Personen, die seit der Jahrhundertwende aus wirtschaftlichen Gründen eingewandert waren.

Trotz der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Riga und der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen herrschte weiterhin ein gespanntes Verhältnis zwischen beiden Ländern. Bedenkt man die Belastung durch die Erinnerung an den polnisch-sowjetischen Krieg von 1920 und den starken Einfluß der Theorie von der durch die Imperialisten belagerten »Festung des Proletariats«, so ist es nicht allzu verwunderlich, daß viele Polen der

»Jagd auf Spione« zum Opfer fielen. In den Jahren 1924 bis 1929 wurden mehrere hundert von ihnen erschossen, obgleich bestenfalls einige wenige wirklich Spionage betrieben hatten. Von den Maßnahmen des Sowjetregimes gegen die Religion waren auch mehrere hundert katholische Geistliche betroffen, Dutzende wurden erschossen oder verschwanden spurlos. Im Vergleich mit dem Blutbad, das innerhalb der russisch-orthodoxen Kirche angerichtet wurde, mögen diese Repressalien beinahe geringfügig erscheinen, ihre Folge war aber nichts geringeres als das Verschwinden einer Kirche, die die Basis des geistigen und kulturellen Lebens Hunderttausender polnischer Bauern gebildet hatte.

Und diese Bauern fielen nun auch der Landkollektivierung zum Opfer. Nach der damals offiziell gültigen Klassifizierung rechnete man 20% von ihnen zu den »Kulaken« und einen etwas höheren Prozentsatz in die Kategorie der »Subkulaken«. Besonders in der Ukraine war der Widerstand der Polen sehr stark und mußte mit Gewalt gebrochen werden. Nach vorläufigen Zahlen ging die Bevölkerung in den von Polen bewohnten Gebieten allein im Jahr 1933 um ungefähr 25% zurück. In Weißrußland verlief die Kollektivierung der polnisch besiedelten Gebiete weniger brutal.

Abgesehen von dem Vorgehen gegen die »polnischen Spione« folgen die Unterdrückungswellen einer klaren Logik, denn sie leiten sich von der damals herrschenden Konzeption des »Klassenkampfes« ab (Kampf gegen die Religion, Kollektivierung). Mit dem Fortschreiten der Zwangskollektivierung bekamen die Verfolgungsmaßnahmen allerdings mehr und mehr eine zusätzliche Richtung: Zwischen dem 15. August und dem 15. September 1933 ließen die Behörden ungefähr zwanzig polnische Kommunisten verhaften, in der Mehrzahl Emigranten, darunter ein Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Polens (KPP). Diesen Verhaftungen folgten weitere. Ihr gemeinsames Element dürfte die angebliche Zugehörigkeit zur »Spionage- und Sabotageorganisation POW« gewesen sein.

Die Polnische Militärorganisation (POW), eine von Józef Pilsudski 1915 gegründete Geheimorganisation, deren Aktivitäten sich gegen Österreich-Ungarn und Deutschland richteten, war in den Jahren von 1918 bis 1920 mit Aufklärungsmissionen in den damaligen Bürgerkriegsgebieten betraut, vor allem in der Ukraine. Sie stellte ihre Operationen 1921 endgültig ein. Ihre Mitglieder rekrutierten sich hauptsächlich aus dem linken Spektrum, viele von ihnen gehörten zur Sozialistischen Partei Polens (PPS). Einige hatten mit der PPS gebrochen und waren in die kommunistische Partei eingetreten. 1933 war die POW nicht mehr existent. Trotzdem wurden mehrere wegen des fälschlich erhobenen Vorwurfs einer Mitgliedschaft in der POW inhaftierte Polen zum Tode verurteilt und hingerichtet (darunter der bekannte Avantgarde-Dichter Witold Wandurski), andere starben im Gefängnis. Viele von denen, die man zunächst verschont hatte, blieben in Haft und wurde im Zuge der Großen Säuberung (1936-1938) erschossen.

Über Jahre hinweg sollte die »POW-Affäre« Stoff für interne Kämpfe der

KPP liefern: Der Vorwurf, ein »Provokateur der POW« zu sein, war ebenso verhängnisvoll wie der des »Trotzkismus«. Was noch wichtiger war: Der OGPU (und später die GUGB, das NKWD) stellte in jener Zeit Listen von Polen zusammen, die in der sowjetischen Verwaltung, der Komintern oder dem Sicherheitsapparat arbeiteten. Diese wiederum wurden bezeichnenderweise durch Listen von Einwohnern zweier autonomer polnischer Gebiete in der Ukraine und in Weißrußland komplettiert. Das ukrainische Gebiet war 1925 gegründet und nach dem im gleichen Jahr verstorbenen Mitbegründer der KPP »Julian Marchlewski« benannt worden; das weißrussische entstand 1932 und trug den Namen »Felix Dserschinski«. Diese Gebiete besaßen ihre eigene Regionalverwaltung, eine eigene Presse, Theater, Schulen sowie polnische Verlagshäuser und bildeten damit sozusagen ein »sowjetisches Polen« auf dem Staatsgebiet der UdSSR.

Im September 1935 setzte in Kiew, Minsk und Moskau eine neue Welle von Verhaftungen ein, deren offizielles Ziel es war, das angebliche »Netz der POW« endgültig zu zerschlagen. Parallel dazu begann man, die autonomen polnischen Gebiete aufzulösen. Aber erst um die Jahreswende 1936/37 kam es, im Zusammenhang mit der Großen Säuberung, zu Verhaftungen von Funktionären polnischer Herkunft im NKWD. Die Überprüfungen fingen an der Spitze der Hierarchie der Sicherheitsorgane an und griffen dann mehr und mehr auf die Basis über. Auf dem Plenum des Zentralkomitees der KPdSU (Bolschewiki) im Juni 1937 behauptete Nikolaj Etschow, daß die POW »die Organisationen der sowjetischen Geheimdienste und der Spionageabwehr infiltriert habe«, und verkündete, der NKWD habe »das wichtigste polnische Spionagenetz aufgedeckt und liquidiert«. Hunderte von Polen waren zu diesem Zeitpunkt bereits interniert, darunter ein Großteil der Führung der KPP, und die Anklagen, die nun folgten, stützten sich auf Geständnisse, die man den Gefangenen während der Verhöre mit Gewalt abgepreßt hatte.

Im Sommer 1937 startete der NKWD eine großangelegte Repressionswelle gegen nationale Minderheiten, die zunächst die Deutschen, dann auch die Polen erfaßte. Am 11. August unterzeichnete Etschow den Einsatzbefehl Nr. 00485, der »*die totale Liquidierung* [...] der menschlichen Ressourcen des polnischen Spionagenetzes in der UdSSR« vorsah.

Eine Entscheidung des NKWD und des Rates der Volkskommissare vom 15. November 1938 setzte dieser »polnischen Operation« schließlich ein Ende; sie fand allerdings eine Fortsetzung in Form einer Säuberungswelle unter jenen Agenten des NKWD selbst, die an der Operation beteiligt gewesen waren. Die Repressalien betrafen gleichermaßen führende Personen der KP (46 Mitglieder und 24 stellvertretende Mitglieder des Zentralkomitees wurden erschossen) wie »einfache Bürger«, Arbeiter und vor allem Bauern. Laut Bericht des NKWD vom 10. Juli 1938 betrug die Zahl der Häftlinge polnischer Herkunft 134519 Personen, darunter ungefähr 53 % in der Ukraine und in Weißrußland. Man schätzt, daß 40 bis 50% von ihnen erschossen

wurden (das würde zwischen 50 000 und 67 000 Opfer bedeuten[1]). Die Überlebenden wurden in Lagern inhaftiert oder nach Kasachstan deportiert.

Mehr als 10% der Opfer der Großen Säuberung waren Polen, desgleichen ungefähr 40 % all jener, die unter den gegen die nationalen Minderheiten gerichteten Maßnahmen zu leiden hatten. Dabei handelt es sich hier um eine Untergrenze, da Tausende von Polen ohne direkten Zusammenhang mit der »polnischen Operation« aus der Ukraine und Weißrußland deportiert wurden. Es leerten sich also nicht nur die Zimmer des Hotel Lux, das die polnischen Kommunisten beherbergte, und die Büros, in denen sie arbeiteten, sondern vor allem die polnischen Dörfer und Kolchosen.

Einsatzbefehl Nr. 00485 des NKWD der UdSSR

Ich erteile folgenden Befehl:

1. Ab dem 20. August 1937 ist eine großangelegte Operation mit dem Ziel zu starten, die lokalen Organisationen der POW sowie vor allem ihre für Störmanöver, Spionage und Aufruhr in der Industrie, dem Verkehrswesen, den Sowchosen und Kolchosen zuständigen Kader vollkommen auszuschalten. Diese Operation soll binnen drei Monaten, also bis zum 20. November 1937, abgeschlossen sein;

2. Zu verhaften sind: a) die aktivsten Mitglieder der POW (gemäß beigefügter Liste), die im Verlaufe der Voruntersuchungen enttarnt und bislang noch nicht identifiziert worden sind; b) sämtliche Kriegsgefangenen der polnischen Armee, die in der UdSSR verblieben sind; c) Flüchtlinge aus Polen, unabhängig vom Zeitpunkt ihrer Einreise in die UdSSR; d) die politischen Immigranten und die politischen Gefangenen, die mit Polen ausgetauscht wurden; e) die ehemaligen Mitglieder der PPS und anderer antisowjetischer politischer Parteien; f) die aktivsten antisowjetischen und nationalistischen Elemente in den polnischen Gebieten;

3. Die Verhaftungsoperation ist in zwei Phasen durchzuführen: a) zuerst sind solche Personen zu verhaften, die zum NKWD, der Roten Armee, Rüstungsbetrieben und Rüstungsabteilungen in allen anderen Unternehmen gehören sowie für Eisenbahnverbindungen, Land-, See- und Luftverkehr zuständig sind; außerdem solche, die im Energiebereich aller Industrieunternehmen, in den Raffinerien und Gaswerken arbeiten; b) anschließend sind alle diejenigen zu verhaften, die in Industriebetrieben ohne besondere Bedeutung für die Sicherheit des Landes sowie in Kolchosen und der Verwaltung arbeiten;

4. Parallel dazu sind Ermittlungen zu fahren. Während der Untersuchungen soll Druck ausgeübt werden, um die Organisatoren und Anführer der Störtrupps vollzählig zu entlarven und ihr Netz aufzudecken; alle Spione, schädlichen Elemente und Störtrupps, die aufgrund von Aussagen verhafteter Personen enttarnt werden, sind unverzüglich zu verhaften. Für die Durchführung dieser Ermittlungen ist aus den Einsatzkräften eine Spezialgruppe zu bilden;

5. Im Verlaufe der Ermittlungen sind alle verhafteten Personen in zwei Kategorien einzuteilen: a) zur ersten gehören die Mitglieder des Spionagerings, der Stör- und Sabotagetrupps sowie die Aufwiegler; *sie sind zu erschießen;* b) die zweite Kategorie - Personen, die weniger aktiv als die der ersten Kategorie waren - ist zu Gefängnis- oder Lagerhaft zwischen fünf und zehn Jahren zu verurteilen. [...]

Der Volkskommissar für innere Angelegenheiten der UdSSR,
Der Generalkommissar für Staatssicherheit, N. Etschow,
Moskau, den 11. August 1937.

Katyn, die Gefängnisse und die Deportationen (1939-1941)

Der Nichtangriffspakt, der am 23. August 1939 zwischen der UdSSR und Deutschland unterzeichnet wurde, sah in einem geheimen Zusatzprotokoll die Teilung des polnischen Staatsgebiets in »Interessensphären« vor. Am 14. September erging der Befehl, »die Offensive gegen Polen zu beginnen«, und drei Tage später fiel die Rote Armee mit dem Auftrag in die polnische Republik ein, die als »West-Weißrußland« und »West-Ukraine« bezeichneten Gebiete von der »faschistischen polnischen Besatzung« zu befreien und sie dem Territorium der UdSSR einzuverleiben. Die Annexion erfolgte rasch und war von Einschüchterungs- und Repressionsmaßnahmen begleitet. Am 29. November 1939 sprach das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR allen Bewohnern der annektierten Gebiete die sowjetische Staatsbürgerschaft zu. Wilna und seine Umgebung fielen an die Republik Litauen, die ihre letzten Monate der Unabhängigkeit erlebte. Es war offensichtlich, daß das sowjetische Unterdrückungssystem auf die neu hinzugekommenen Gebiete ausgedehnt werden würde, solange man berechtigte Angst vor dem Auftauchen von Widerstandsorganisationen haben mußte. Tatsächlich waren einige Verbände der polnischen Armee der Gefangennahme entgangen und operierten ab dem Herbst im Untergrund. Der NKWD sandte daraufhin in großer Zahl Truppen in die betreffenden Gebiete und richtete sich mit seinen Strukturen ein. Starke Verbände der Streitkräfte des Innenministeriums (verstärkt durch Einheiten der Grenzschutztruppen) wurden dort konzentriert. Außerdem hatten die neuen Machthaber das Problem der Kriegsgefangenen zu lösen und mußten die Haltung der Zivilbevölkerung sondieren. Das Hauptaugenmerk der Sowjets galt zunächst dem Militär. 240000 bis 250000 Soldaten, darunter 10000 Offiziere, waren in Gefangenschaft geraten. Direkt nach dem Überfall traf die UdSSR die ersten Maßnahmen: Am 19. September rief Lawrenti Berija durch den Befehl Nr. 0308 als Unterorganisation des NKWD die »Hauptverwaltung für die Kriegsgefangenen« *(Glawnoje Uprawlenije po dielam Wojenno-Plennych,* GUWP) sowie ein

Netz von Sonderlagern ins Leben. Anfang Oktober wurden die einfachen Soldaten nach und nach freigelassen, mit Ausnahme von 25 000 Mann, die zum Straßenbau verschickt wurden, und weiteren 12000, die man dem Volkskommissariat für Schwerindustrie als Zwangsarbeiter zur Verfügung stellte. Eine bislang unbekannte Anzahl wurde in kleinen Gruppen über die Lager des riesigen Gulag verstreut. Zu gleicher Zeit wurde beschlossen, zwei »Offizierslager« in Starobielsk und in Kosielsk zu bauen, außerdem in Ostaschkow ein Speziallager für Polizisten, Gefängnispersonal und Grenztruppen. Kurz daraufstellte Berija eine Sondereinheit auf, deren Aufgabe es war, Gerichtsverfahren direkt in den Lagern durchzuführen. Ende Februar 1940 waren bereits 6192 Polizisten (einschließlich Zivilkräften) und 8376 Offiziere interniert.

Mehrere Monate lang blieb Moskau unentschlossen, wie mit ihnen verfahren werden sollte. Man bereitete sich darauf vor, einem Teil von ihnen den Prozeß zu machen, angefangen mit den Insassen des Lagers Ostaschkow. Der vielsagende Hauptanklagepunkt sollte sich auf den Artikel 58-13 des Strafgesetzbuches stützen, der auf Personen zielte, die »die internationale Arbeiterbewegung bekämpft« hatten. Nur wenig Interpretationsleistung war vonnöten, um unter diesem Vorwurf praktisch jeden polnischen Polizisten oder Gefängnisbeamten zu verurteilen. Die vorgesehene Strafe war Lagerhaft zwischen fünf und acht Jahren. Auch Deportationen nach Sibirien (insbesondere nach Kamtschatka) waren vorgesehen.

Die endgültige Entscheidung wurde in der zweiten Februarhälfte 1940 getroffen, vielleicht unter dem Eindruck, den die Wendung des Krieges mit Finnland nahm. Wie man anhand heute zugänglicher Dokumente nachvollziehen kann, fiel sie eher unerwartet aus. Am 5. März entschied das Politbüro auf Antrag Berijas, auf alle Insassen von Kosielsk, Starobielsk und Ostaschkow sowie die ungefähr 11 000 Polen, die in Gefängnissen im westlichen Teil der Ukraine und Weißrußlands interniert waren, die »Höchststrafe anzuwenden« (siehe Kasten S. 233 im ersten Teil).

Das Urteil wurde von einem Sondergericht gefällt, der »Troika«, die aus Iwan L. Baschtakow, Bogdan C. Kobulow und Wsewold N. Merkulow bestand. Der Antrag Berijas wurde von Stalin, Woroschilow, Molotow und Mikojan per Unterschrift gebilligt. Der Schreiber vermerkte, daß auch Kalinin und Kaganowitsch, die an diesem Tage nicht anwesend waren, ihre Zustimmung gegeben hatten.

Die »technischen« Vorbereitungen dauerten einen Monat. Im Verlauf der folgenden sechs Wochen (vom 3. April bis zum 13. Mai) wurden die Gefangenen in kleinen Gruppen aus den Lagern überführt. 4404 Personen wurden aus dem Lager Kosielsk nach Katyn transportiert, wo man sie durch Genickschuß tötete und in Massengräber warf

Bericht von Stanislaw Swianiewicz,
einem Überlebenden des Massakers von Katyn

»Unterhalb der Decke bemerkte ich ein Loch, durch das ich sehen konnte, was draußen vor sich ging [...]. Vor uns war ein grasbewachsener Platz [...]. Einheiten des NKWD, die ihre Bajonette aufgesetzt hatten, umgaben ihn mit einem dichten Kordon.

Aufgrund früherer Beobachtungen wunderten wir uns darüber sehr Selbst an der Front, unmittelbar nach unserer Gefangennahme, hatte die Eskorte keine Bajonette auf ihren Gewehren [...]. Ein einfacher Autobus bog auf den Platz ein. Er war eher klein, verglichen mit den Bussen, wie man sie aus westlichen Städten kennt. Die Scheiben waren mit weißer Kalkfarbe gestrichen. Er konnte etwa dreißig Personen transportieren, der Einstieg befand sich an der Rückseite.

Wir fragten uns, wozu man wohl die Scheiben blind gemacht hatte. Der Bus näherte sich rückwärts dem nebenstehenden Waggon derart, daß die Gefangenen direkt umsteigen konnten, ohne von dem Waggon herabzuklettern. Die Soldaten des NKWD bewachten mit ihren aufgepflanzten Bajonetten den Einstieg des Busses von beiden Seiten [...]. Alle halbe Stunde kam der Bus zurück und holte eine neue Gruppe ab. Daraus konnte man schließen, daß der Ort, zu dem die Gefangenen transportiert wurden, nicht weit entfernt war

Der Oberst des NKWD, ein Mann von großer Statur, der mich aus dem Transport herausgeholt hatte, stand mitten auf dem Platz, die Hände in den Taschen seines weiten Mantels [...]. Zweifelsohne war er es, der die ganze Aktion leitete. Aber was bezweckte sie? Ich muß gestehen, daß mir zu diesem Zeitpunkt, im Lichte dieses schönen Frühlingstages, nicht im entferntesten die Möglichkeit von Exekutionen in den Sinn gekommen ist [...].«

(À l'ombre de Katyn, Paris 1976.)

Die Gefangenen von Starobielsk (3896 Personen) wurden auf dem Gelände des NKWD in Charkow ermordet, ihre Leichen am Stadtrand bei Piatichatki verscharrt. Die Insassen des Lagers Ostaschkow (6287 Personen) wurden auf dem Gelände des NKWD in Kalinin (heute Twer) hingerichtet und nahe dem Ort Miednoje vergraben. Insgesamt wurden 14 587 Personen liquidiert. Am 9. Juni 1940 meldete der Adjutant des Chefs des NKWD, Wassilij W. Tschernyschew, in einem Bericht, daß die Lager nun bereit seien, neue Gefangene aufzunehmen.

Die 11000 Gefangenen, von denen Berija sprach, waren aber nur ein kleiner Teil der polnischen Häftlinge. Es gab noch andere Gruppen. Die zahlenmäßig größte war die der *biezency,* Personen, die nach ihrer Flucht aus den von den Deutschen besetzten polnischen Gebieten aufgegriffen worden waren. 145 000 dieser *biezency* durchliefen die Gefängnisse und Haftanstalten, ein Teil von ihnen wurde verurteilt und in Lager deportiert, ein anderer Teil

freigelassen. Die zweite Kategorie, die *pierebiezczyki,* bestand aus Polen, die man bei einem Fluchtversuch nach Litauen, Ungarn oder Rumänien gefaßt hatte. Manche wurden nach wenigen Wochen freigelassen, aber ungefähr *10 000 pierebiezczyki* wurden durch die OSO *(Osoboi sowjetstschenje,* Spezialeinheit der Polizei) zu Strafen zwischen drei und acht Jahren verurteilt; sie verschwanden im Gulag, vor allem im Dallag, aber auch am Kolyma. Ein Teil von ihnen wurde im Zusammenhang mit dem Beschluß vom 5. März 1940 erschossen. Die dritte Kategorie bildeten Widerstandskämpfer, Offiziere, die 1939 nicht mobilisiert worden waren, Beamte der Staatsverwaltung und lokaler Behörden, verschiedene Gruppen von *pomieszcziki,* kurz sogenannte »gesellschaftlich gefährliche Elemente« *(sozialnoopasnji).* Aus letzterer Kategorie stammte die Mehrzahl der 7305 Menschen, die von insgesamt 11 000 in Frage kommenden Personen unter Anwendung des Beschlusses vom 5. März 1940 erschossen wurden. Es ist unbekannt, wo man ihre Leichen vergraben hat, man weiß lediglich, daß 3405 Personen in der Ukraine und 3880 in Weißrußland liquidiert wurden.

Die Gesamtzahl der »Gefängnispopulation« in den der UdSSR einverleibten Gebieten (zu denen seit dem Sommer 1940 auch Litauen gehörte) konnte bislang nicht endgültig ermittelt werden, aber am 10. Juni 1941 gab es in den Gefängnissen im Westen der Ukraine und Weißrußlands 39600 Häftlinge (von denen ungefähr 12 300 bereits »verurteilt« waren). Ihre Zahl hatte sich seit dem März 1940 verdoppelt. Es ist jedoch nicht bekannt, wie das Zahlenverhältnis zwischen Kriminellen und politischen Gefangenen war.

Nach dem deutschen Angriff auf die UdSSR widerfuhr ihnen allen ein grausamens Schicksal. Allein in den Gefängnissen im westlichen Teil der Ukraine wurden 6000 Personen hingerichtet, wobei es als unwahrscheinlich anzusehen ist, daß sie alle zuvor per Gerichtsverfahren zum Tode verurteilt wurden. In den Berichten des NKWD finden diese Liquidierungsmaßnahmen als »Verringerung der Zahl der Personen der ersten Kategorie«[2] Erwähnung. Einige hundert Menschen wurden bei dem Versuch getötet, aus einem Gefangenentransport zu fliehen. In einem Fall hatte der Kommandant eines solchen Transportes »in eigener Verantwortung« 714 Gefangene erschießen lassen (500 von ihnen hatten noch kein Gerichtsverfahren erhalten), wobei er mehrere eigenhändig liquidierte.

In den von der UdSSR annektierten Gebieten kam es zu Massendeportationen. Dabei lassen sich vier große Einzelaktionen unterscheiden, aber man darf auch nicht vergessen, daß bereits ab November 1939 Deportationen von Familien oder kleinen Gruppen stattfanden, wobei die Zahl der von solchen Maßnahmen betroffenen Menschen nicht bekannt ist. Das gleiche gilt für jene, die in der zweiten Hälfte des Jahres 1940 aus Bessarabien oder den östlichen Gebieten der Ukraine und Weißrußlands vertrieben wurden. Die Historiker konnten hierfür bislang keine verläßlichen Zahlenangaben liefern. Bis in die jüngste Zeit ging man dabei von den Zahlen aus, die auf Schätzun-

gen des polnischen Widerstands bzw. der polnischen Gesandtschaft aus dem Jahre 1941 basieren. Seit der Öffnung der Archive des NKWD sehen die meisten Forscher dieses Datenmaterial als verläßlich an, glauben aber, daß sich daraus eher Mindestzahlen herleiten lassen, die nach oben korrigiert werden müssen.

Die erste Deportationswelle begann am 10. Februar 1940 und folgte auf einen Beschluß des Rates der Volkskommissare (SNK) vom 5. Dezember 1939. Die Vorbereitungen, vor allem »die Erkundung des Terrains« und die Zusammenstellung der Listen, nahmen zwei Monate in Anspruch. Die Organisatoren der Deportationen hatten mit zahlreichen technischen Schwierigkeiten zu kämpfen, darunter der sehr begrenzten Anzahl von Eisenbahnlinien, die auf die Spurbreite der sowjetischen Züge ausgelegt waren. Die gesamte Operation fand unter der Kontrolle Merkulows (eines Stellvertreters Berijas) statt; aus der Tatsache, daß er sich persönlich vor Ort begab, kann man die Bedeutung ablesen, die die Angelegenheit in den Augen der Sowjets hatte. Die Deportation vom Februar 1940 betraf außer Forstbeamten vor allem Bauern, Dorfbewohner und polnische Siedler, die im Rahmen der Politik der »Polonisierung« in diese Gebiete gekommen waren. Nach den Zahlen des NKWD wurden etwa 140000 Personen deportiert, 82% von ihnen waren Polen. Die Maßnahme betraf auch ukrainische und weißrussische Forstbeamte. Zielgebiete der Transporte waren der Norden Rußlands, die Komi-Republik und Westsibirien.

Zur gleichen Zeit, als der Kreml den Beschluß faßte, die Gefangenen zu exekutieren, verfügte der Rat der Volkskommissare am 2. März 1940 neue Deportationen. Dieses Mal traf es die Familien der Gefangenen, diejenigen, deren Ehemänner und Väter gerade ermordet werden sollten, sowie wiederum sogenannte »gesellschaftlich gefährlichen Elemente«. Nach den Zahlen des NKWD wurden ungefähr 60 000 Personen deportiert, fast alle nach Kasachstan. Man weiß heute aus Berichten von Zeitzeugen sehr gut, unter welch dramatischen Bedingungen, unter Kälte und Hunger, diese Transporte stattfanden.

Auszug aus *Kasachisches Triptychon: Erinnerungen an die Deportation* (Warschau 1992)

Lucyna Dziurzynska-Suchon: »Ich erinnere mich an einen der schlimmsten Momente unseres Lebens. Während einiger Tage hatten wir nichts gegessen, buchstäblich nichts. Es war Winter. Die Hütte war vollständig mit Schnee bedeckt. Über einen Tunnel, den jemand von außen her gegraben hatte, war es möglich, sie zu verlassen. [...] Mama konnte arbeiten gehen. Sie hatte ebenso großen Hunger wie wir. Wir lagen auf der armseligen Lagerstatt, drückten uns aneinander, um es etwas wärmer zu haben. Vor unseren Augen tanzten kleine Lichter. Auch im Innern der Hütte war es sehr kalt. Wir schliefen, wir schliefen die ganze Zeit über. Mein Bruder wachte von Zeit zu Zeit auf und

schrie: ›Ich habe Hunger‹, er konnte nichts anderes mehr sagen, höchstens noch: ›Mama, ich sterbe.‹ Mama weinte. Sie ging zu den nächstgelegenen Hütten und unseren Freunden, bettelte um Hilfe. Ohne Erfolg. Wir begannen zu beten: ›Vater unser ...‹ Es kann nur ein Wunder gewesen sein. Aus einer der Nachbarhütten kam eine Freundin und brachte uns eine Handvoll Weizen

Die dritte Aktion, ausgelöst durch denselben Beschluß des SNK, fand in der Nacht vom 28. auf den 29. Juni 1940 statt und erfaßte alle diejenigen, die nicht schon vor dem September 1939 in den annektierten Gebieten gewohnt hatten und die nicht wieder über die sowjetisch-deutsche Grenze, die die beiden Besatzungsmächte gebildet hatten, zurückgekehrt waren. (Flüchtlingen, die in einem der besetzten Gebiete aufgegriffen worden waren, war das Recht eingeräumt worden, zurückzukehren; auf diese Weise gingen 60 000 Personen, darunter auch 1500 Juden, in das deutsche Generalgouvernement zurück.) Die 80000 Deportierten dieser Aktion waren zu 84% Juden, die später, sofern sie den Massakern der deutschen Einsatzgruppen vom Sommer 1941 entkamen, im Gulag verschwinden sollten.

Die vierte und letzte Aktion begann am 22. Mai 1941 auf Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der UdSSR und des Rates der Volkskommissare vom 14. Mai. Ihr Ziel war es, die Grenzregion und die baltischen Republiken von »unerwünschten Elementen« zu säubern. Die Deportierten gehörten zur Kategorie der *zsylposielency,* das waren Personen, die dazu verurteilt worden waren, zwanzig Jahre lang zwangsweise in ihnen zugewiesenen Gebieten (hauptsächlich in Kasachstan) zu leben. Diese Deportationswelle erfaßte 86000 Personen, Lettland, Estland und Litauen nicht mit eingerechnet.

Auf der Grundlage der Zahlen des NKWD kommt man so auf 330 000 bis 340 000 Deportierte. Berücksichtigt man alle verfügbaren Daten, erhöht sich die Zahl der Opfer der Repressionsmaßnahmen auf 400000 bis 500000. Nicht wenige fanden sich im tiefsten Innern der UdSSR wieder, wie z. B. mehr als 100 000 junge Männer, die zur Arbeit in der sowjetischen Industrie (hauptsächlich im Kohlerevier des Donezbeckens, im Ural und in Westsibirien) gezwungen wurden. Weitere 150000 junge Männer mußten in den »Arbeitsbataillonen« *(strojbatalionji)* der Roten Armee Dienst tun.

In zwei Jahren sowjetischer Herrschaft im annektierten Polen wurden eine Million Menschen, d. h. einer von zehn Einwohnern, Opfer der vielfaltigen Unterdrückungsmaßnahmen: Exekutionen, Gefängnis, Lager, Deportationen, Zwangsverpflichtung zur Arbeit. Nicht weniger als 30 000 Menschen wurden erschossen, hinzu kommen 90 000 bis 100 000 Personen, die in den Lagern oder auf den Eisenbahntransporten starben, also schätzungsweise zwischen 8 und 10% der Deportierten.

Der NKWD im Kampf gegen die Armia krajowa (»Heimatarmee«)

In der Nacht vom 4. auf den 5. Januar 1944 passierten die ersten Panzer der Roten Armee die polnisch-sowjetische Grenzlinie von 1921. Faktisch wurde diese Grenze inzwischen weder von Moskau noch den Westmächten anerkannt, zumal die UdSSR nach der Entdeckung des Verbrechens von Katyn alle diplomatischen Beziehungen mit der rechtmäßigen polnischen Exilregierung in London abgebrochen hatte, und zwar unter dem Vorwand, daß diese eine Untersuchung unter Leitung des Roten Kreuzes verlangt habe, was zufällig mit einer ähnlich lautenden Demarche der deutschen Behörden zusammenfiel. Nach den Plänen des polnischen Widerstands sollte die AK (»Heimatarmee«) beim Herannahen der zurückweichenden Front die Bevölkerung mobilisieren, den Kampf mit den Deutschen aufnehmen und nach dem Eintreffen der Roten Armee dieser gegenüber sich als die legitime Macht präsentieren. Diese Operation trug den Codenamen »Burza« (Sturm). Zu ersten Gefechten kam es Ende März 1944 in Wolhynien, wo der Kommandant der Partisanendivision der AK an der Seite der sowjetischen Einheiten kämpfte. Am 27. Mai aber wurden einige Einheiten der AK von der Roten Armee gezwungen, die Waffen niederzulegen. In der Folge mußte sich das Gros der Truppenverbände der Division unter ständigen Kämpfen mit den Deutschen nach Polen zurückziehen.

Dieses Vorgehen der Sowjets - zuerst Kooperation auf lokaler Ebene, dann die erzwungene Entwaffnung der Polen - sollte sich bei anderen Gelegenheiten wiederholen. Die spektakulärsten Vorkommnisse dieser Art ereigneten sich in der Gegend von Wilna. Einige Tage nach Beendigung der Kämpfe trafen Kräfte der dem NKWD unterstellten Einheiten ein und führten, in Erfüllung des Befehls Nr. 220145 aus dem Hauptquartier, eine Operation zur Entwaffnung der Soldaten der AK durch. Dem Bericht zufolge, den Stalin am 20. Juli erhielt, wurden dabei mehr als 6000 Partisanen gefangengenommen, 1000 von ihnen gelang es, sich dem Zugriff zu entziehen. Der gesamte Kommandostab dieser Partisaneneinheiten wurde verhaftet. Die Offiziere wurden in den Lagern des NKWD interniert, den Soldaten blieb die Wahl zwischen Lagerhaft und der Eingliederung in die neue polnische Armee, die General Zygmunt Berling unter Führung der Sowjets aufstellte. Dasselbe Schicksal widerfuhr den Einheiten der AK, die an der Befreiung von Lwow teilgenommen hatten. All dies ereignete sich in Gebieten, die Moskau dem Territorium der UdSSR zurechnete.

Am 1. August lösten die Befehlshaber der AK den Aufstand in Warschau aus, dessen Einnahme von der Roten Armee, die an der weißrussischen Front stand, für den 8. August vorgesehen war. Stalin stoppte die Offensive an der Weichsel, die im Süden Warschaus bereits überschritten worden war, und ermöglichte es so den Deutschen, mit den Aufständischen, die noch bis zum 2. Oktober Widerstand leisteten, fertigzuwerden.

Westlich der Curzon-Linie, wo die AK 30000 bis 40000 Soldaten mobilisiert und viele kleine Ortschaften befreit hatte, gingen die Einheiten des NKWD, der Smersch (der militärischen Gegenspionage) und Sondertrupps in der gleichen Weise vor, wobei sie sich nach dem Befehl Nr. 220169 des Oberkommandos vom 1. August 1944 richteten. Nach einem im Oktober erstellten Bericht, der das Ergebnis der Durchführung dieser Anordnung zusammenfaßt, wurden ungefähr 25 000 Soldaten der AK, darunter 300 Offiziere, gefangengenommen, entwaffnet und anschließend interniert.

Die Einheiten des NKWD und die Einsatzgruppen der Smersch verfügten über eigene Gefängnisse und Lager, in denen sie neben polnischen Partisanen auch die sogenannten »Volksdeutschen»^ und deutsche Gefangene festhielten, Die Offiziere und Soldaten, die sich weigerten, in die Armee von Berling einzutreten, verschwanden wie ihre Kameraden von Wilna und Lwow in den Weiten des Gulag. Bis zum heutigen Tag ist nicht genau bekannt, wie viele der Teilnehmer an der Operation »Burza« von den Sowjets interniert wurden. Die Schätzungen schwanken zwischen 25 000 und 30000 Soldaten. Damit nicht genug, wurden die im Herbst 1944 von der UdSSR zum zweiten Mal annektierten Gebiete zusätzlich von einer massiven Verhaftungswelle überzogen, auf die Prozesse und Deportationen in den Gulag oder Verschickung zur Zwangsarbeit, zumeist ins Donezbecken, folgten. Zwar stellten diesmal die Ukrainer das Hauptkontingent der Deportierten, aber man schätzt, daß von diesen verschiedenen Repressionsmaßnahmen mindestens auch einige zehntausend Polen betroffen waren.

Die Aktivitäten des NKWD und der Smersch waren aber mit der Auflösung des größten Teils der von der AK mobilisierten Einheiten noch nicht zu Ende. Am 15. Oktober 1944 unterzeichnete Berija den Befehl Nr. 0012266/44, der die Aufstellung einer speziellen Division anordnete, die in Polen stationiert werden sollte (die 64. Division, genannt die »Freischärler«). In den Grenzgebieten leisteten zudem Einheiten des weißrussischen und des ukrainischen NKWD Unterstützung bei Operationen auf der polnischen Seite der Grenze. Von Beginn der Aufstellung der Division bis Ende des Jahres 1944 wurden 17 000 Personen verhaftet, von denen 4000 in entlegene sowjetische Lager deportiert wurden. Die sowjetischen Einheiten, die seit dem 1. März 1945 dem Obersten Berater des NKWD beim polnischen Ministerium für öffentliche Sicherheit (General Iwan Serow) unterstellt waren, blieben bis zum Frühjahr 1947 in Polen. Es waren hauptsächlich diese Kräfte, die bis August/September 1945 die »Säuberung« jener Gebiete betrieben, in denen es noch für Unabhängigkeit kämpfende Partisanenverbände gab. Zwischen Januar 1945 und August 1946 wurden 3400 Kämpfer verschiedener Widerstandsgruppen festgenommen - die Mehrheit von ihnen verschwand in Lagern, ein anderer Teil wurde den polnischen Behörden übergeben -, 47 000 Personen wurden verhört. Nach dem Einmarsch der Roten Armee in die 1939 von Deutschland annektierten polnischen Gebiete kam es zu Verhaftungen nicht nur der »Volksdeutschen«, sondern auch jener Polen, die unter

dem Druck der Deutschen die »Volksliste 3« unterzeichnet hatten (sogenannte »Eingedeutschte«[4]). Mindestens 25 000 bis 30000 Zivilisten aus Pommern und Oberschlesien wurden in die UdSSR deportiert, darunter 15 000 Minderjährige, die man in die Lager im Donbass und im westsibirischen Becken schickte.

Aber die Aktivitäten des NKWD blieben nicht auf großangelegte Repressionsmaßnahmen, auf Menschenjagd und »Befriedungsaktionen« beschränkt. Gegen Ende des Sommers 1944 bildete die Smersch Einheiten für lokale Einsätze, deren Aufgabe in Polen unter anderem darin bestand, Informanten anzuwerben. Am bekanntesten wurde die direkt von dem NKWD-General Iwan Serow geleitete Verhaftungsaktion von 16 Mitgliedern der geheimen polnischen Staatsführung: des Oberbefehlshabers der AK, des stellvertretenden Premierministers der Untergrundregierung und dreier seiner Mitarbeiter sowie von Mitgliedern des Rates der Nationalen Einheit, der sich (gewissermaßen als Untergrundparlament) während der deutschen Besetzung gebildet hatte. Am 22. Februar 1945 hatte dieser Rat gegen die Beschlüsse von Jalta Protest eingelegt und gleichzeitig angekündigt, er sei bereit, direkt mit den Sowjets zu verhandeln. Daraufhin hatte General Serow die Untergrundführer zu einem ersten Meinungsaustausch eingeladen. Als sie am vereinbarten Ort eintrafen (in Pruszkow in der Nähe von Warschau), wurden sie verhaftet und am 28. März 1945 direkt in die Lubjanka nach Moskau überstellt. Am 19. Juni begann nach Voruntersuchungen, die einige Wochen in Anspruch nahmen, der öffentliche Prozeß im Säulensaal des Gewerkschaftshauses, dort, wo vor dem Krieg die großen Schauprozesse stattgefunden hatten. Zur gleichen Zeit gab es in Moskau Verhandlungen zwischen prosowjetischen polnischen Gruppen und Vertretern der demokratischen polnischen Kräfte, deren Ziel die Annahme der Polen betreffenden Klauseln des Abkommens von Jalta war; auch letztere hatten sich bereit erklärt, direkt mit den Sowjets zu verhandeln. Die Urteile im Prozeß ergingen genau an dem Tag, an dem die drei Großmächte (USA, UdSSR und Großbritannien) das Abkommen zwischen den verschiedenen polnischen Gruppierungen zur Bildung einer Koalitionsregierung absegneten, in der letztendlich die Kommunisten mit den ihnen verbündeten Organisationen eine erdrückende Mehrheit innehaben sollten. Die verhängten Strafen, die bis zu zehn Jahren Gefängnis reichten, können noch als moderat angesehen werden, allerdings sollten drei der Verurteilten nie nach Polen zurückkehren. Der Generalkommandeur der AK, Leopold Okulicki, starb im Dezember 1946 im Gefängnis.

Polen 1944-1989: Das System der Unterdrückung

Das Ausmaß und die Erscheinungsformen der politischen Repression in Polen folgten den Entwicklungen des politischen Systems. »Sage mir, welche Unterdrückungsmaßnahmen gerade aktuell sind, und ich sage dir, um welche Phase des Kommunismus es sich handelt«, könnte man unter Abwandlung eines populären Sprichworts formulieren.

Die Beschreibung und Analyse des Unterdrückungsapparates treffen aber auf zwei Hauptschwierigkeiten: 1) Es handelt sich um ein Gebiet, das strenger Geheimhaltung unterliegt, folglich sind viele Dokumente bislang unzugänglich; 2) die Vergangenheit alleine unter dem Gesichtspunkt gewaltsamer Unterdrückung zu betrachten trägt das Risiko in sich, das kommunistische System verzerrt wahrzunehmen, da es auch zu Zeiten schlimmster Repressionen noch über andere Mittel verfügte. Ein äußerst wichtiger Punkt, den man bei jedem Versuch einer Beurteilung des Regimes und seiner ideologischen Wurzeln im Auge behalten muß, ist die zentralistische Ausrichtung des Unterdrückungsapparates in diesem System. Während der 45 Jahre dauernden Alleinherrschaft der kommunistischen Partei kann man fünf verschiedene Phasen der Unterdrückung unterscheiden. Allen ist gemeinsam, daß sie sich auf die Existenz einer politischen Polizei stützten, die direkt den Entscheidungszirkeln der Partei oder einigen wenigen Parteiführern unter-' stand.

Die Eroberung des Staates oder der Massenterror (1944-1947)

Im Land selbst konnten die Fundamente des kommunistischen Staates dank der Anwesenheit der Roten Armee gefestigt werden. Die internationalen Beziehungen jedoch behielt Stalin selbst mit aller Entschiedenheit in seiner Hand. Die Rolle des sowjetischen Sicherheitsapparates blieb nicht allein auf die Bekämpfung der Gegner der neuen Machthaber beschränkt, vielmehr diente die Organisation des NKWD/KGB, bis auf wenige (allerdings bedeutsame) Änderungen, auch als Model! für die polnischen Kommunisten, die an der Offiziersschule des NKWD in Kuibyschew ausgebildet wurden. Darüber hinaus wurde ein Korps von einigen hundert Beratern (die sogenannten *sowjetniks,* an deren Spitze als Chefberater General Serow stand) aufgebaut, das beinahe ein Spiegelbild der polnischen Dienste darstellte. Durch dieses Netz sowjetischer Experten hatten die Chefs der Lubjanka Zugang zu allen Daten, die ihnen von Nutzen sein konnten, wodurch Moskau auf einen eigenen Informationsdienst in Polen verzichten konnte. Über die gemeinsamen politischen und ideologischen Interessen hinaus wurde der polnische Sicherheitsapparat in dieser Hinsicht sozusagen ein fester Bestandteil des sowjetischen Systems. Dies gilt noch mehr für die polnische militärische Gegenspionage.

Die Kommunisten bildeten in Polen zunächst nur eine unbedeutende Randgruppe, die keine Chance hatte, die Macht auf demokratischem Wege zu erlangen. Sie waren in der Bevölkerung um so schlechter angesehen, als die Mehrheit der Polen, traditionell ohnehin mißtrauisch bis feindlich gegenüber der UdSSR (besonders gegenüber Rußland) eingestellt, gerade die bittere Erfahrung gemacht hatte, was es heißt, von der Roten Armee »befreit« zu werden. In den ersten Nachkriegsjahren bildeten die Partisanen, politischen Untergrundbewegungen und die legalen Parteien, unter denen eigentlich nur die Polnische Bauernpartei (PSL) Bedeutung hatte, die tragenden Säulen des Widerstandes. Das erste Ziel, das sich die neuen Machthaber setzten, war es, den Widerstand der Polen zu brechen und die Macht im Staate an sich zu reißen. Äußerst bezeichnend ist, daß der erste Vertreter des PKWN (des »Polnischen Komitees der nationalen Befreiung«), das sich am 21. Juli 1944 in Moskau konstituiert hatte, der in der Öffentlichkeit auftrat, der Minister für öffentliche Sicherheit war: Stanislaw Radkiewicz. Es sollte ein Jahr vergehen, bis die Struktur des Sicherheitsapparats (der seit 1945 unter der Bezeichnung »Ministerium für öffentliche Sicherheit«, MBP, firmierte) so weit gefestigt war, daß er seiner wesentlichen Aufgabe gerecht werden konnte, die durch die Rote Armee und den NKWD eroberte Macht zu konsolidieren. Im Verlaufe der zweiten Hälfte des Jahres 1945 hatte das MBP bereits einen einsatzfähigen Apparat aufgebaut, der 20 000 Funktionäre (ohne Berücksichtigung der Miliz) umfaßte, zudem verfügte das Ministerium über ein paramilitärisches Instrument: das »Korps für innere Sicherheit« (KBW) mit ungefähr 30000 Soldaten. Ausgesprochen blutig und brutal verlief der Krieg gegen die Partisanen, der bis 1947 sehr heftig blieb und erst zu Beginn der fünfziger Jahre langsam zu Ende gehen sollte. Aufgrund der Präsenz sowjetischer Streitkräfte (Militär und NKWD) in Polen wollen nicht alle polnischen Historiker für diesen Konflikt den Terminus »Bürgerkrieg« gelten lassen.

Der Sicherheitsapparat wandte eine Vielzahl von Methoden an, die von der Infiltration und Provokation bis zur gewaltsamen Pazifizierung ganzer Gebiete reichten. Dabei war seine Ausrüstung dem Gegner in jeder Beziehung überlegen - was Transportmittel, Waffen und die Möglichkeit betraf das KBW zu mobilisieren -, und er setzte diese auch erbarmungslos ein. Ein Beispiel: Laut der Abteilung 3, deren Aufgabe der Kampf gegen den antikommunistischen Widerstand war, kamen 1947 bei Zusammenstößen 1486 Personen ums Leben, wohingegen die Verluste der kommunistischen Kräfte sich lediglich auf 136 Personen beliefen.[3] Größere »Befriedungsaktionen« wurden nicht nur von Einheiten des KBW, sondern auch von speziell dafür abkommandierten Truppenteilen der regulären Armee durchgeführt. Die Zahl der Regierungsgegner, die während der Kämpfe im Zeitraum von 1945 bis 1948 getötet wurden, beläuft sich auf ungefähr 8700 Personen. Die Gesamtführung dieser Operationen lag bei der Staatskommission für Sicherheit, die von den Ministern für Sicherheit und Verteidigung geleitet

wurde. Im Bedarfsfall wurden auch Massendeportationen organisiert. Auf diese Weise löste man z.B. das Problem des ukrainischen Widerstandes im Südosten Polens: Zwischen April und Juli 1947 wurden sämtliche ukrainischen Einwohner Polens (ungefähr 140 000 Menschen) im Rahmen der Operation »Wisla« (Weichsel) deportiert und über die ehemals deutschen Gebiete im Westen und Norden des Landes verteilt.

Die Annalen der Staatssicherheit verzeichnen zahlreiche sorgfältig vorbereitete Aktionen: die massive Wahlfälschung während des Referendums vom Juni 1946, die »Präparierung« der Wahlen vom Januar 1947, d.h. die intensive Propagandakampagne, die ihnen voranging. Tausende von Verhaftungen, vor allem während verschiedener Wahlkämpfe, wiederholter systematischer Wahlbetrug und die Entwicklung eines Spitzelnetzes (am 1. Januar 1946 zählte es etwa 17500 Personen). Ihr Vorgehen war zumeist von brutaler Gewalt gekennzeichnet, verläßliche und genaue Angaben über die Zahl der Inhaftierungen liegen bislang jedoch nicht vor. 1947 wurden ungefähr 32 800 Personen von der Abteilung 3 verhaftet (zum großen Teil gewöhnliche Kriminelle); die Abteilung 4, deren Aufgabe es war, über die Sicherheit der Industrieproduktion zu wachen, ließ beinahe 4500 Personen verhaften, und in den Wochen, die den Wahlen vorangingen, wurden von verschiedenen Abteilungen des MBP, der Miliz, des KBW und der Armee 50000 bis 60000 Anhänger der Bauernpartei (PSL) festgenommen. Es kam zu mehreren Morden, die zum Teil direkt von lokalen Stellen der kommunistischen Partei angestiftet wurden.

Verhöre wurden mit außerordentlicher Brutalität durchgeführt: Schläge und Folter waren an der Tagesordnung, die Haftbedingungen in den Gefängnissen waren unmenschlich.

Kazimierz Moczarski
zu lebenslänglicher Haft verurteilt
(Art. 2 des Erlasses vom 31. August 1944)

Sztum, Zentralgefängnis
23. Februar 1955

An die Strafkammer beim obersten Gerichtshof
Betr.: IHK 161/52

Im Zusammenhang mit dem Antrag auf Wiederaufnahme und außerordentliche Revision meines Prozesses, die von meinen Anwälten eingereicht worden ist [...], erkläre ich:

Während der Verhöre, die von einem Offizier des früheren Ministeriums für öffentliche Sicherheit geleitet wurden, erlitt ich zwischen dem 9. Januar 1949 und dem 6. Juni 1951 49 verschiedene Arten von Mißhandlungen und Folterungen, darunter die folgenden:

1. Schläge mit einem Gummiknüppel auf besonders empfindliche Körperstellen (Nasenansatz, Kinn, Speicheldrüsen, Schulterblätter).

2. Schläge mit einer mit Klebeband umwickelten Peitsche auf die Oberseite der nackten Füße, vor allem auf die Zehen - eine außerordentlich schmerzhafte Methode.

3. Schläge mit einem Gummiknüppel auf die Fußsohlen (je 10 Schläge auf jede Fußsohle, mehrmals am Tag).

4. Ausreißen von Haaren an den Schläfen und im Nacken (sogenanntes »Gänserupfen«), von Bart- und Brusthaaren sowie von Haaren im Damm- und Genitalbereich.

5. Verbrennungen durch Zigaretten an Lippen und Augen.

6. Verbrennungen der Finger beider Hände.

7. Schlafentzug: über sieben oder acht Tage hinweg wird der Gefangene, der aufrecht in einer dunklen Zelle steht, durch Schläge ins Gesicht geweckt [...]. Diese Methode, von den Untersuchungsoffizieren »Zakopane« genannt, erzeugt einen Zustand nahe an der Demenz - der Gefangene wird Opfer psychischer Verwirrung: Er halluziniert Töne und Farben, die denen ähneln, die der Konsum von Peyotl oder Meskalin auslöst.

Außerdem möchte ich betonen, daß mir über sechs Jahre und drei Monate der Spaziergang verwehrt wurde. Während zweier Jahre und zehn Monate konnte ich kein Bad nehmen; ungefähr viereinhalb Jahre lang wurde ich vollkommen isoliert, ohne jede Möglichkeit, mit der Außenwelt in Kontakt zu treten (keine Nachrichten von meiner Familie, keine Briefe, Bücher, Zeitungen etc.).

Neben anderen Personen waren es der Oberstleutnant Józef Dusza, der Kommandant Jerzy Káskiewicz und der Hauptmann Eugeniusz Chimczak, die mich in der oben beschriebenen Weise folterten und mißhandelten, um *mich zu terrorisieren und mir der Wahrheit widersprechende Geständnisse zu entreißen, die sie benötigten, um das bereits zuvor festgelegte Resultat des Ermittlungsverfahrens und der Anklage zu bestätigen.*

Sie handelten unter dem Befehl von Oberst Rozahski und Oberst Fejgin. Der stellvertretende Minister General Romkowski äußerte mir gegenüber am 30. November 1948 in Anwesenheit des Oberst Rozahski, daß mir ein ›höllisches Ermittlungsverfahren‹ bevorstehe, was sich in der Folge bewahrheitet hat [...].«

(*Cahiers historiques,* Nr. 53, Paris 1980)

Kazimierz Moczarski, der im Widerstand gegen die Nazis gekämpft hatte, wurde 225 Tage lang in einer Zelle mit dem SS-General Jürgen Stroop gefangengehalten, der 1943 die Liquidierung des Warschauers Ghettos befehligt hatte. Nach seiner Befreiung berichtete er über diese Begegnung (vgl. Entretiens avec le bourreau, Paris 1979).

In vielen Fällen begnügten sich die Machthaber nicht mit Standgerichten, sondern inszenierten »öffentliche« Prozesse, in deren Verlauf ein vorher sorgfältig ausgewähltes »Publikum« die Verurteilten demütigte und sie den angeblichen »Zorn des Volkes« spüren ließ. Manchmal wurde das Prozeßdatum in die Nähe eines Wahltermins gelegt, um den Propagandaeffekt zu ver-

stärken. Dies war z. B. der Fall beim Prozeß gegen WiN (»Freiheit und Unabhängigkeit«), die bedeutendste Untergrundgruppierung. Die Angeklagten mußten vom November 1945 bis zum Januar 1947 auf ihren Prozeß warten, also bis eine Woche vor den Wahlen. Eine andere Methode bestand darin, die Kämpfer des antideutschen Widerstandes als Kollaborateure zu verurteilen. »Wer nicht für mich ist, der ist gegen mich« war die Logik, auf die sich die Kommunisten dabei stützten. Die Folge davon war, daß die größte organisierte Widerstandsgruppe gegen die Deutschen, die »Heimatarmee« (AK), die nicht *an der Seite* der Sowjets gegen die Deutschen gekämpft hatte, als Verbündete Hitlers angesehen wurden. Um diesen einzigartigen Verdrehungen Plausibilität zu geben, verschaffte man sich falsche Zeugenaussagen von gefangenen Gestapo-Leuten, die dann als Grundlage der Verurteilungen dienten. Eines der skandalösesten Justizverbrechen war der Prozeß gegen Witold Pilecki *(siehe Kasten)* im Jahre 1948. Der Hauptanklagepunkt lautete »Spionage für eine ausländische Macht«, womit in diesem Falle die polnische Exilarmee gemeint war.

Witold Pilecki

Witold Pilecki, geboren 1901, beteiligt sich 1920 an der Verteidigung von Wilno gegen die Bolschewiki. Später organisiert der Großgrundbesitzer und Reserveoffizier Kavallerieeinheiten, die sich 1939 der Armee anschließen. Nach der Niederlage Polens ruft er eine der ersten Untergrundorganisationen des Widerstands ins Leben; die geheime polnische Armee (ihre Vereidigung findet am 10. November 1939 statt). 1940 läßt er sich auf eigene Initiative und mit Billigung seiner Vorgesetzten bei der AK absichtlich bei einer Razzia verhaften, um ins Lager Auschwitz zu gelangen (Häftlingsnummer 4859), wo er ein Widerstandsnetz aufbaut. Im April 1943 flieht er und setzt seine Untergrundaktivitäten fort, vor allem in der Verbindung *Niepodlegosc* (»Unabhängigkeit«). Er nimmt am Aufstand in Warschau teil und wird nach der Kapitulation der Stadt im Oflag von Murnau inhaftiert. Nach der Befreiung tritt er in das 2. Armeekorps des General Anders ein. Im Herbst 1945 kehrt er nach Polen zurück und schließt sich der Untergrundbewegung an. Er organisiert ein kleines, aber schlagkräftiges Netz, das Informationen über die »Bolschewisierung« des Landes sammelt und sie General Anders übermittelt. Witold Pilecki wird am 5. Mai 1947 verhaftet und anschließend gefoltert, schließlich am 15. März 1948 dreimal zum Tode verurteilt und am 25. Mai durch Genickschuß hingerichtet. 1990 wird er rehabilitiert.

Bei den wichtigen Prozessen entschied die Parteiführung stets selbst über die Höhe des Strafmaßes. Sie überwachte auch die Besetzung der Schlüsselpositionen des Sicherheitsapparates.

Im Herbst 1947 war jeglicher organisierter und koordinierter Widerstand gebrochen. Nach der Flucht mehrerer Führer der PSL und der Verhaftung des vierten Kommandanten der WiN existierten auf nationaler Ebene kei-

nerlei Widerstandsstrukturen mehr. Die politische Lage begann sich zu stabilisieren: Die über Jahre ausgeblutete und erschöpfte Gesellschaft hatte aufgehört, auf Unterstützung durch westliche Staaten zu hoffen. Spürbar wuchs das Bedürfnis, sich der Realität anzupassen, auch wenn diese von außen aufgezwungen und erniedrigend war. Der kommunistische Staatsstreich in der Tschechoslowakei im Februar 1948 hatte die Herrschaft Moskaus in Zentral- und Osteuropa gefestigt. Die kommunistische Partei und ihr wichtigster Bündnispartner, die sozialistische Partei, bereiteten ihre Fusion vor. Neben der Verbesserung der wirtschaftlichen Situation und den Fortschritten beim Wiederaufbau bestimmte vor allem die Besiedlung der ehemals deutschen Gebiete die öffentliche Diskussion. Unter diesen Voraussetzungen konnte die kommunistische Partei zum nächsten Schritt übergehen: der Sowjetisierung Polens und der Unterwerfung der Gesellschaft. So war es nur konsequent, wenn das MB? nun daranging, sein Personal abzubauen, und die Zahl seiner Agenten und inoffiziellen Mitarbeiter (45 000 zu jener Zeit) zu sinken begann.

Die Eroberung der Gesellschaft oder der generalisierte Terror (1948-1956)

Nach dem »Prager Staatsstreich« und dem Ausschluß Titos aus der internationalen kommunistischen Bewegung verlief die weitere Entwicklung in den Staaten des Ostblocks weitgehend parallel: Die sozialistischen Parteien gingen in den kommunistischen auf, *de jure* oder *de facto* bildete sich ein Einparteiensystem heraus, die ökonomischen Entscheidungen wurden vollständig zentralisiert, es kam zu einer forcierten Industrialisierung nach dem Muster der Stalinschen Fünfjahrespläne, die Kollektivierung der Landwirtschaft wurde in Angriff genommen, der Kampf gegen die Kirche intensiviert usw. Der Massenterror wurde alltäglich, indem er sich mehr und mehr ausbreitete.

In den Jahren 1945 bis 1947 wurden Tausende von Personen, die sich in keiner Weise, weder legal noch illegal, oppositionell betätigt hatten, Opfer von »Befriedungen« oder von »Präventivmaßnahmen«, zumeist aber wendete sich die Unterdrückungsmaschinerie gegen die tatsächlichen und wirklich aktiven Gegner der Polnischen Arbeiterpartei (PPR). Ab 1948 wurde es zum Hauptziel des Sicherheitsapparates, die Gesamtheit der Gesellschaft einzuschüchtern und unter seine Kontrolle zu bringen, wobei auch Gruppierungen und Schichten, die mit mehr oder weniger Eifer das Regime unterstützten, nicht ausgespart blieben. Es setzte ein allgemeiner Terror ein, jeder konnte zum »Objekt des aktiven Interesses« der Sicherheitsorgane, sprich ihr Opfer, werden. Ein Hauptzug dieser Zeit war, daß die Repressionsmaßnahmen nun auch führende Persönlichkeiten der kommunistischen Partei oder des Staates treffen konnten. Zwar hatten einige hohe Funktionäre des

MBP schon 1947 zur »Intensivierung der revolutionären Wachsamkeit« aufgerufen, aber dieses Schlagwort, das die Stalinsche Parole von der »Intensivierung des Klassenkampfes« aufgriff, wurde doch erst 1948 die offizielle Linie der Aktivitäten der Sicherheitsorgane.

Ausgangspunkt war Moskaus Konflikt mit Tito, der für Zentral- und Osteuropa ähnliche Bedeutung erlangen sollte wie zuvor für die UdSSR der Kampf gegen den Trotzkismus. In Polen äußert er sich zum ersten Mal Ende August/Anfang September 1949 durch die aufkommende »Kritik am nationalistischen Rechtsabweichlertum«, als dessen Verkörperung der Generalsekretär der PPR, Wladystaw Gomulka, angeprangert wurde. Die ersten Verhaftungen, die Mitte Oktober stattfanden, betrafen noch nicht die direkte Umgebung Gomulkas, aber allen, die die Moskauer Prozesse der dreißiger Jahre noch in Erinnerung hatten, mußte klar sein, daß sich die Verhaftungswelle Schritt für Schritt bis in die Spitze des Apparates ausweiten würde.

In dem allumfassenden Unterdrückungssystem stellten die »Maßnahmen«, die sich gegen Kommunisten selbst richteten, nur eine Randerscheinung im Vergleich mit dem Gesamtumfang der politischen Repression dar, sie sind jedoch keineswegs unbedeutend. Im Falle Polens blieb die Zahl ihrer Opfer verhältnismäßig gering. Auf der Suche nach einem Netz von »Spionen und Störern« wandte die Staatssicherheit ihre Aufmerksamkeit dem Offizierskorps zu, besonders denjenigen, die ihre Karriere in der Vorkriegsarmee begonnen hatten. Hier führte die konzertierte Aktion des MBP und der militärischen Informationsdienste (Generaldirektion Information, GZI) schließlich zur Verhaftung von Hunderten von Offizieren, gefolgt von zahlreichen Prozessen und der Verurteilung und Hinrichtung von zwanzig Personen. Als Gomulka, der mit einigen hundert Parteiführern verschiedener Ebenen verhaftet wurde, von der politischen Bühne verschwand, war das ein klares Signal: Der Zeitpunkt der vollständigen Unterwerfung des Parteiapparates, einschließlich der Sicherheitsorgane, von denen sich nun ebenfalls einige hohe Funktionäre im Gefängnis wiederfanden, war gekommen. Man verzichtete allerdings darauf, Gomulka und anderen den Prozeß zu machen[6], so daß die Sowjetisierung Polens nicht durch einen großen Schauprozeß abgeschlossen wurde, wie er z. B. gegen Rajk in Budapest oder gegen Slánsky in Prag inszeniert wurde.

In die Affäre um »Provokationen innerhalb der Arbeiterbewegung« war nur ein unbedeutend kleiner Teil des Sicherheitsapparates verwickelt, der 1952 ungefähr 34 000 Mitarbeiter besaß, nachdem er seit 1949 zügig ausgebaut worden war. Es handelte sich dabei um die Abteilung 10, der ungefähr 100 Personen angehörten. Eine Sicherheitskommission des Politbüros wurde gebildet, an deren Spitze Boleslaw Bierut (1892-1956) stand. Sie kümmerte sich sowohl um die wichtigsten Untersuchungsverfahren als auch um die Probleme der Organisation von MBP und GZI und war für die allgemeinen Richtlinien zuständig.

Die Allgegenwart der »Bezpieka« (wie die Staatssicherheit im Volks-

mund genannt wurde) in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens wurde ein vertrauter Zug der damaligen Zeit. Da ihr Netz an Informanten (74 000 Personen) den Erfordernissen nicht mehr genügte, wurde im Sommer 1949 beschlossen, Zellen des Staatssicherheitsapparates direkt in den Betrieben einzurichten, sogenannte »Sicherheitsdienste« *(Referat Ochrony,* RO). Einige Jahre später gab es solche RO in 600 Betrieben. Bei der MBP wachte man mit besonderer Sorgfalt über den Sicherheitsdienst für die Wirtschaft, der mehrere Abteilungen umfaßte. Auf das Konto dieser Organisation, die über ein besonders dichtes Netz an Informanten verfugte (26 000 Personen), ging in den Jahren 1951-1953 die Mehrzahl aller Verhaftungen (5000 bis 6000 pro Jahr). Hinter jeder Panne, jedem Brand in einem Betrieb vermutete man sofort eine Sabotage- oder Störaktion. Es konnte vorkommen, daß in einer einzigen Fabrik gleich einige Dutzend Arbeiter verhaftet wurden. Im Rahmen des »Schutzes von Staatseinrichtungen« gab dieser Dienst unter anderem auch Einschätzungen über Hochschulkandidaten. 1952 führte seine Beurteilung dazu, daß 1500 junge Menschen kein Studium aufnehmen durften.

Der »Schutz der Organisation der landwirtschaftlichen Kooperativen« (d. h. der Kollektivierung) und die Kontrolle der Umsetzung der Beschlüsse über die Menge der Getreide- und Fleischerzeugung bilden ein Kapitel für sich. Um diese Fragen kümmerte sich weniger der Sicherheitsapparat als vielmehr die Miliz und die 1945 gebildete »Außerordentliche Kommission zum Kampf gegen Mißbrauch und Sabotage«. Allein schon dieser Name, der an die Tscheka - die »Außerordentliche Kommission zum Kampf gegen Konterrevolution und Sabotage« - erinnert, war geeignet, um Angst und Schrecken zu verbreiten. Nicht selten wurden Tausende von Bauern aus allen 15 Regionen verhaftet, weil sie nicht die verlangte Menge abgeliefert hatten. Die Staatssicherheit und die Miliz organisierten die Festnahmen nach einem ausgeklügelten politischen Plan: Zuerst kamen die wohlhabenderen Bauern (Kulaken) in Haft, selbst wenn sie ihr Soll erfüllt hatten. Nachdem man sie über Wochen ohne Gerichtsverfahren festgehalten hatte, wurden sie abgeurteilt, ihr Getreide, ihr Vieh und ihr Besitz wurden konfisziert. Die Außerordentliche Kommission kümmerte sich auch um die Stadtbevölkerung. Verurteilungen lagen hier zumeist Fälle von Spekulation oder Schwarzmarkthandel zugrunde, in den Jahren 1952-1954 oft auch Vandalismus. Dabei wurden die Verdikte der Kommission im Laufe der Zeit immer härter: In den Jahren 1945-1948 hatte sie 10900 Personen zu Arbeitslager verurteilt; in den Jahren 1949-1952 waren es 46700 Personen. Bis 1954 wurden ungefähr 84200 Personen in Zwangsarbeitslager verschickt. Diese Urteile ahndeten keine »politischen Delikte« im engeren Sinne, über die in Polen vor Gerichten verhandelt wurde, vielmehr ergab sich der Charakter dieser Maßnahmen, die gegen die Landbevölkerung und die »Spekulanten« gerichtet waren, wie selbstverständlich aus einem Repressionssystem, das mit Vorliebe die Peitsche schwang.

Das Hauptziel des Staatssicherheitsapparates war die Verfolgung im Untergrund agierender Personen, wobei sowohl Leute erfaßt wurden, deren Illegalität in die Besatzungszeit reichte, als auch solche, die nach dem Kriege aktiv waren, außerdem ehemalige PSL-Anhänger, aus dem Westen zurückgekehrte Soldaten sowie führende Persönlichkeiten aus Verwaltung und Politik der Vorkriegszeit. Anfang 1949 wurden in den »Verzeichnissen verdächtiger Elemente« mehrere standardisierte Kategorien eingeführt. Am 1. Januar 1953 verzeichneten die Akten der Staatssicherheit 5,2 Millionen Personen, ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung Polens. Trotz der Ausschaltung illegaler Organisationen gingen die politischen Prozesse weiter. Die Zahl der inhaftierten Personen erhöhte sich im Verlaufe verschiedener »vorbeugender Maßnahmen«. So wurden z. B. im Oktober 1950 im Rahmen der »Aktion K« in einer einzigen Nacht 5000 Personen verhaftet. Nach einer Erholungspause, die auf die Verhaftungswelle von 1948/49 folgte, begannen sich die Gefängnisse erneut zu füllen: 1952 wurden 21 000 Personen festgenommen. Nach offiziellen Angaben gab es im zweiten Halbjahr 1952 49 500 politische Häftlinge. Es wurde sogar ein Spezialgefängnis für minderjährige »politische Straftäter« eröffnet (2500 im Jahre 1953).

Nach der endgültigen Ausschaltung der Opposition verblieb die katholische Kirche als einzige unabhängige Institution. Seit 1948 stand sie zunehmend unter Beobachtung und wurde das Ziel fortgesetzter Attacken. 1950 begann man damit, die Bischöfe zu inhaftieren. Im September 1953 fand der Prozeß gegen Bischof Kacmarek statt (das Urteil lautete zwölf Jahre Haft), der Primas von Polen, Kardinal Wyszyhski, wurde interniert. Insgesamt warf man mehr als hundert Geistliche ins Gefängnis. Besonders hart traf es auch die Zeugen Jehovas, in denen man »amerikanische Spione« sah: 1951 saßen mehr als 2000 ihrer Anhänger im Gefängnis.

Es war eine Zeit, in der beinahe jedermann einmal ins Gefängnis kam: Mitglieder des Politbüros, hohe Beamte der Vorkriegszeit (darunter auch der frühere Premierminister), Generäle, Kommandanten der AK, Bischöfe, Partisanen, die, nachdem sie gegen die Deutschen gekämpft hatten, ihre Waffen gegen die Kommunisten gerichtet hatten, Bauern, die sich weigerten, in die Kolchosen einzutreten, Bergleute einer Grube, in der ein Brand ausgebrochen war, bis hin zu Jugendlichen, die die Scheibe eines Anschlagkastens eingeworfen oder Parolen an eine Mauer geschrieben hatten. Man versuchte, jeden potentiellen Oppositionellen aus dem gesellschaftlichen Leben zu verbannen und jegliche eigenständige Handlung zu unterbinden. Eines der Hauptziele des allseits herrschenden Terrorsystems war es, in der Bevölkerung ein permanentes Angstgefühl zu erzeugen, die Neigung zur Denunziation zu fördern und so die Gesellschaft zu atomisieren.

Auszug aus *Die große Umerziehung. Erinnerungen politischer Gefangener aus der Volksrepublik Polen, 1945-1956,* Warschau 1990

Staszek: Tuberkulose war vermutlich die schlimmste Krankheit überhaupt im Nachkriegspolen [...]. Das folgende ereignete sich in Wronki [im dortigen Gefängnis], noch vor 1950. Wir waren zu siebt in der Zelle. Sie war klein, höchstens acht Quadratmeter, kaum genug Platz für uns alle [...]. Eines Tages kam der achte Unglückliche. Wir bemerkten sofort, daß etwas mit ihm nicht stimmte. Er hatte weder Eßgeschirr noch Decke bei sich und sah sehr krank aus. Es wurde uns bald klar, daß dieser Mann an Tuberkulose in fortgeschrittenem Stadium litt, sein Körper war mit tuberkulösen Abszessen geradezu übersät. Ich schaute in die entsetzten Gesichter meiner Kameraden, auch ich fühlte mich nicht wohl [...]. Wir rückten von ihm ab. Aber man kann sich leicht die absurde Situation vorstellen, die entsteht, wenn auf einer Fläche von acht Quadratmetern sieben Personen vor einer achten flüchten wollen. Die Lage wurde noch unerträglicher, als man die erste Mahlzeit brachte. Der Mann hatte keinen Blechnapf und kein Mensch schien daran zu denken, ihm einen zu bringen! Ich schaute zu den anderen, die sich ebenfalls verstohlen beobachteten und es dabei vermieden, ihren Zellengenossen und diesem Mann in die Augen zu sehen.

Da ich die Spannung nicht mehr aushielt, gab ich ihm mein Eßgeschirr. Ich forderte ihn auf, zuerst zu essen und mich dann essen zu lassen. Er wandte mir sein vom Tod gezeichnetes, apathisches Gesicht zu (alles schien ihm gleichgültig zu sein), und ich hörte, wie er sagte: »Genösse, ich sterbe ja doch... es ist nur noch eine Frage von ein paar Tagen.« - »Essen Sie auf meine Gesundheit«, antwortete ich ihm unter den entsetzten Blicken der anderen. Sie wichen von nun an dem Kranken genauso aus wie mir. Als er fertig war, habe ich das Eßgeschirr mit dem wenigen Wasser aus dem Krug ausgewaschen und meinerseits gegessen.

Dieses System begann sich Ende 1953 zu wandeln: Der weitere Ausbau des Spitzelnetzes wurde gestoppt, die Haftbedingungen verbesserten sich, ein Teil der Gefangenen wurde »aus gesundheitlichen Gründen« freigelassen, die Prozesse wurden seltener und die Urteile milder; in der täglichen Praxis hörte man auf, die Gefangenen zu schlagen und zu mißhandeln. Offiziere, die in Verruf gekommen waren, wurden versetzt, die Abteilung 10 wurde aufgelöst und das Personal der Dienste insgesamt reduziert. Als »Radio Free Europe« am 28. September 1954 eine Sendereihe mit Josef Swiatlo startete, dem ehemaligen stellvertretenden Direktor der Abteilung 10, der sich am Dezember 1953 »für die Freiheit entschieden« hatte, schlug das wie eine Bombe ein. Innerhalb weniger Wochen wurde das MBP reorganisiert; es nannte sich von nun an Ministerium für innere Angelegenheiten (MSW), dem zur Seite das »Korps für Innere Sicherheit« (KBP) gestellt wurde. Der Minister und fünf stellvertretende Minister des MBP mußten zurücktreten und im Dezember wurde Gomulka auf freien Fuß gesetzt, während der Lei-

ter der Ermittlungsabteilung, Józef Rozariski, inhaftiert wurde. Die »Außerordentliche Kommission zum Kampf gegen Mißbrauch und Sabotage« wurde aufgelöst. Im Januar 1955 verurteilte das Zentralkomitee die begangenen »Fehler und Irrtümer«, wobei es die Alleinschuld dem Sicherheitsapparat gab, der sich ihm zufolge »über die Partei gestellt hatte«. Einige der Menschenschinder des MBP wurden verhaftet, die Personalstärke der Staatssicherheit wurde weiter reduziert.

Aber letztendlich blieb es bei äußerlichen Veränderungen. 1955 gab es immer noch ungefähr 30000 politische Gefangene, und in der zweiten Hälfte dieses Jahres fand der Prozeß gegen den früheren Minister Wtodzimierz Lechowicz' statt, für dessen Verhaftung 1948 eine Sondereinheit Swiatlos zuständig gewesen war. Marian Spychalski, bis 1949 Mitglied des Politbüros, wurde 1950 festgenommen und blieb bis April 1956 ohne Prozeß inhaftiert. Betrachtet man die unterschiedlichen Repressionsmaßnahmen in ihrer Gesamtheit, so kann von echtem »Tauwetter« erst nach dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 und dem Tod von Bierut die Rede sein. Zwar kam es zu einer Amnestie, aber es gab immer noch 1500 politische Häftlinge. Einige der Verurteilten wurden rehabilitiert, der Generalstaatsanwalt und der Justizminister wurden ausgetauscht. Der ehemalige stellvertretende Minister für Staatssicherheit sowie der Direktor der Abteilung 10 wurden festgenommen, und die Gefängnisse, die bis dahin vom Innenministerium geleitet wurden, unterstanden von nun ab dem Justizministerium. Die Richtungskämpfe innerhalb der politischen Führung ließen den Sicherheitsapparat die Orientierung verlieren. Einige inoffizielle Mitarbeiter begannen, die Zusammenarbeit zu verweigern. Die Strategie blieb jedoch im wesentlichen die gleiche: Der Apparat wandte sein Interesse weiterhin denselben Personengruppen zu; die Gefängnisse waren gerade einmal zur Hälfte geleert; einige tausend Ermittlungsverfahren waren im Gange; selbst nach seiner Reduzierung zählte das Informantennetz noch 34 000 Mitarbeiter ... Das System des allgemeinen Terrors arbeitete weiter, jedoch mit verminderter Kraft. Es hatte sein Ziel erreicht: Tausende aktiver Regimegegner hatten ihr Leben verloren, und die Gesellschaft, die ihre Lektion gut gelernt hatte, wußte von nun an, was sie von den »Verteidigern der Volksdemokratie« zu erwarten hatte.

Der real existierende Sozialismus oder das System der selektiven Repression (1956-1981)

Der »eiserne« Sozialismus wütete in Polen vergleichsweise kurze Zeit, und mit dem Einsetzen des »Tauwetters« entwickelte auch die Staatssicherheit ihre Methoden weiter. Sie ging zu einer unauffälligeren, aber deshalb nicht weniger rigorosen Kontrolle der Bevölkerung über, wobei ihr besonderes Augenmerk der legalen wie illegalen Opposition, der katholischen Kirche und den Intellektuellen galt.

An den Sicherheitsapparat wurde nun von Seiten der politischen Machthaber die Erwartung gestellt, jederzeit in der Lage zu sein, Demonstrationen aufzulösen, ein neues Problem, das vor allem mit der zweiten großen Arbeiterrevolte des Ostblocks im Juni 1956 in Poznan (Posen) aufgetaucht war. Die Sicherheitskräfte, die Miliz und sogar das KBW waren von diesem Streik und der sich anschließenden Demonstration Zehntausender Menschen, bei der es auch zu Angriffen auf öffentliche Gebäude kam, nicht nur völlig überrascht worden, sie waren auch weder innerlich auf eine solche Auseinandersetzung vorbereitet, noch verfügten sie über eine ausreichende Ausrüstung. Die Revolte von Poznan kann in gewisser Hinsicht als das letzte Kapitel des »Bürgerkriegs« der Jahre 1945-1947 angesehen werden; in einigen Fällen wurde sogar von Seiten der Demonstranten das Feuer eröffnet, was bei späteren Gelegenheiten nicht mehr vorkommen sollte. Die Partei reagierte mit äußerster Brutalität: Der Premierminister erklärte, daß man die Hand, »die sich gegen die Volksmacht erhoben habe, abhacken werde«; die Armee griff mit Panzern in den Konflikt ein. Es gab etwa 70 Tote, Hunderte von Festnahmen, Dutzende Demonstranten wurden vor Gericht gestellt. Die Urteile, die erst nach dem Einsetzen der »Tauwetterperiode« im Oktober 1956 gesprochen wurden, blieben jedoch moderat.

Kurz nach dem VIII. Plenum des Zentralkomitees (19. bis 21. Oktober 1956) wurde das KBP aufgelöst und die Sicherheitskräfte in das MSW integriert. Die Zahl seiner Funktionäre wurde um 40 % verringert ~ es verblieben 9000 -, und gleichzeitig wurden 60% der Informanten entlassen. Die Sicherheitsdienste in den Betrieben wurden abgeschafft und die Hälfte der laufenden Ermittlungsverfahren wurden eingestellt. Die letzten sowjetischen Berater kehrten nach Moskau zurück und wurden durch die Einrichtung einer offiziellen Vertretung des KGB ersetzt. Die Leitung der Staatssicherheit wurde nach und nach umgebildet, und die Mehrheit des Führungspersonals, das zumeist jüdischer Abstammung war, wurde schrittweise entlassen, so daß nun den »jungen Kadern« der Weg offenstand. Insgesamt baute man den Personalbestand des Unterdrückungsapparates radikal ab. Aber die Parteiführung und insbesondere Gomulka, der an die Macht zurückgekehrt war, sprachen sich dagegen aus, die Funktionäre zur Rechenschaft zu ziehen; es kam nur zu einigen wenigen Prozessen, um die kein Aufhebens gemacht wurde. Man wollte den Apparat, den man vielleicht noch einmal brauchen konnte, nicht völlig demobilisieren.

Bereits im Februar 1957, während der ersten Hauptversammlung des MSW, erklärte Minister Wicha, die These von der Intensivierung des Klassenkampfes sei ein Irrtum gewesen, und behauptete in völligem Widerspruch dazu gleichzeitig, daß eben dieser Klassenkampf im Begriff sei, sich nun zu radikalisieren![8] Von diesem Zeitpunkt an bis zum Zusammenbruch des Systems handelten die Sicherheitskräfte und die anderen Apparate - die Partei, die Propaganda, die Armee - im Geiste dieses Widerspruchs.

Zwanzig Jahre stiller, ruhiger und systematischer Arbeit lagen nun vor

dem Unterdrückungsapparat, nur gelegentlich unterbrochen von Streiks und Revolten. Seine Tätigkeit bestand im wesentlichen darin, das Kontrollsystem auszubauen, sowohl den »Faktor Mensch«, also das Spitzelnetz, zu verstärken, als auch die Abhörtechniken und die Postüberwachung systematisch zu perfektionieren. In den siebziger Jahren wandte die SB (die polnische Geheimpolizei) ihre Aufmerksamkeit besonders der Wirtschaft zu, im Unterschied zu den ehemaligen Sicherheitsdiensten aber mehr den technologischen Aspekten, der Rentabilität der Produktion usw. Pannen hatten nicht mehr die Verhaftung von Arbeitern zur Folge, veranlaßten aber die Parteiführung, diskreten Druck auszuüben, um den verantwortlichen Betriebsleiter wegen »schlechter Führungsqualitäten« abzusetzen. Das MSW verfügte zudem über ein Lockmittel, das während der Stalin-Ära wenig Bedeutung gehabt hatte, nun aber sehr wertvoll geworden war: die Möglichkeit, Reisepässe auszustellen (die stets nur zum einmaligen Gebrauch bestimmt waren). Dadurch gelang es ihm, an Informationen über Vorgänge in Institutionen, Betrieben und Universitäten heranzukommen, denn viele waren um eines solchen Passes willen zur Kooperation bereit. Langsam, aber systematisch erhöhte die polnische Geheimpolizei SB ihre Personalstärke, vor allem in jenen Bereichen, die nach den Grundüberzeugungen der KP als besonders sensibel einzuschätzen waren. Für die Bekämpfung der Kirche hielt das MSW im Juni 1962 die Bildung einer neuen Spezialabteilung für erforderlich, außerdem stockte es sein Personal auf mehrere hundert Funktionäre auf

1967 flammte vor dem Hintergrund des Sechstagekrieges zwischen Israel und den arabischen Staaten eine Auseinandersetzung mit dem »Zionismus« auf Dieses Schlagwort wurde gleich mit einer dreifachen Funktion aufgeladen und erhielt so eine sowohl politische als auch gesellschaftliche und außenpolitische Dimension: Die Machthaber suchten nach einer neuen Legitimierung durch eine Reaktivierung des Nationalismus; ein Teil der Kader der polnischen KP, der PZPR, instrumentalisierte den Antisemitismus, um die »Alte Garde« kaltzustellen und sich selbst bessere Karrierechancen zu eröffnen; schließlich diente die antisemitische Kampagne auch dazu, die Studentenbewegung vom März 1968 zu diskreditieren. Eine Spezialabteilung aus einigen Dutzend Funktionären wurde aufgestellt, und der Apparat des MSW informierte die lokalen Stellen der Partei über die Personen, die zu attackieren waren. Genau wie in der UdSSR war es auch in Polen die Staatssicherheit, die in der Partei und im Staat einen »Antisemitismus ohne Juden« entfachte.

Die weitgehende Durchdringung großer Bereiche der Gesellschaft durch die SB ließ die ohnehin seltenen Ansätze zur Bildung illegaler Organisationen schnell scheitern. Deren zumeist jugendliche Sympathisanten bildeten nun das Gros der politischen Gefangenen, deren Zahl jedoch nie mehr als ein paar Dutzend Personen überschritt. Die Intellektuellen wurden streng über-

wacht. Im Bedarfsfall konnte die Staatssicherheit auf Anforderung der Machthaber stets einen Mitarbeiter von »Radio Free Europe« oder der Emigrantenpresse präsentieren. Vor allem zu Beginn der sechziger Jahre kam es zu vereinzelten Verhaftungen. Am meisten Aufsehen erregte der Fall des sehr populären, bereits betagten Schriftstellers Melchior Wahkowicz. Besonderes Augenmerk richtete die SB auf mögliche Abweichler im eigenen kommunistischen Lager. So wurde gelegentlich jemand als Maoist oder Trotzkist festgenommen, was in der Öffentlichkeit jedoch mit Gleichgültigkeit aufgenommen wurde. Eine Ausnahme bildeten hier allerdings die Prozesse gegen Jacek Kurón und Karol Modzelewski. 1970 wurden 48 Mitglieder der illegalen Gruppierung »Ruch« verhaftet. Ihre Anführer wurden zu Strafen zwischen sieben und acht Jahren Gefängnis verurteilt, vergleichsweise hohe Strafen in dieser Zeit der relativen Milde.

Ein Jahr nach der Rückkehr Gomulkas an die Macht reagierte der Sicherheitsapparat äußerst nervös auf Demonstrationen von Jugendlichen, die gegen die Einstellung von *Po Prostu* protestierten, einer Wochenzeitung, die beim Machtwechsel 1956 eine bedeutende Rolle gespielt hatte. Dutzende wurden verprügelt, etwa zehn Personen wurden verurteilt. Mehr Bedeutung noch hatten die Streiks und Demonstrationen vom März 1968. Sie wurden mit brutaler Gewalt aufgelöst, 2700 Personen wurden verhaftet, und es kam zu etwa 1000 Verfahren vor verschiedenen Gerichten. Dutzende mehrjähriger Gefängnisstrafen wurden ausgesprochen. Hunderte wurden über Monate zur Armee verpflichtet, um dort zu lernen, »was Disziplin heißt«. In der ersten Hälfte der sechziger Jahre schritt die Miliz auch häufig gegen Gläubige ein, die sich versammelten, um illegal errichtete Kapellen oder Kreuze zu schützen. Auch wenn die Strafen bei diesen Gelegenheiten vergleichsweise milde ausfielen, wurden doch Hunderte Menschen verprügelt und zahlreiche Geldbußen verhängt.

Von ganz anderer Tragweite sollten sich die Arbeiterdemonstrationen erweisen, die im Dezember 1970 in den Städten an der Ostseeküste sogar eine dramatische Wendung nahmen. Trotz der bereitstehenden Spezialeinheiten der Miliz riefen die Machthaber die Armee zu Hilfe, die wie vierzehn Jahre zuvor von ihren Waffen Gebrauch machte. Nach offiziellen Angaben gab es etwa 40 Tote. Tausende wurden, häufig auf der Wache, von der Miliz verprügelt. Die Arbeiter mußten den sogenannten »Gesundheitsweg« passieren, d. h. zwischen zwei Reihen von Polizisten hindurchgehen, die mit ihren Knüppeln auf sie einschlugen. Symptomatisch ist jedoch, daß im Anschluß an die Dezemberereignisse von den Machthabern keine Prozesse angestrengt wurden. Nach dem Rücktritt Gomulkas ließ man die Häftlinge frei und beschränkte sich darauf, die Streikführer in den Betrieben zu schikanieren.

Während der kurzen Streiks, die im Juni 1976 in einigen Städten ausbrachen, setzten die politisch Verantwortlichen dieses Mal die Spezialeinheiten der Miliz ein, die aber keine Waffen einsetzte, was dennoch nicht verhindern

konnte, daß wiederum einige Menschen den Tod fanden. Ungefähr tausend Personen wurden verhaftet, ein paar Hundert Geld- und einige Dutzend Gefängnisstrafen verhängt.

Diese Prozesse, im deren Verlauf Kontakte zwischen den Familien der angeklagten Arbeiter, Jugendlichen und den staatskritischen Intellektuellen entstanden, waren der Ausgangspunkt des Kampfes für Menschenrechte und die Bildung von Gruppierungen wie KOR und ROPCiO, womit es zum ersten Mal seit dem Verbot der PSL im Jahre 1947 wieder eine organisierte Opposition gab. Angesichts dieser neuen Tatsachen sahen sich die Machthaber zur Vorsicht gezwungen. Aus mehreren Gründen, vor dem Hintergrund der wachsenden finanziellen Abhängigkeit des Regimes vom Westen jedoch zu allererst aus Furcht vor den Reaktionen des Auslands, entschieden sie sich für eine Taktik der Nadelstiche: 48stündige Untersuchungshaft, die laut Strafgesetz mehrmals verlängert werden konnte, Entlassungen, psychischer Druck, Verweigerung eines Reisepasses, Konfiszierung von Vervielfältigunsmaterial usw. Die SB stellte rasch ein weitverzweigtes Netz von Spitzeln auf die Beine. Im Jahre 1979 wurde die Spezialabteilung zur »Verteidigung der Wirtschaft« aus der Furcht heraus reaktiviert, der Einfluß der Opposition könnte sich bis auf die Betriebe ausdehnen.

Als 1980 erneut eine Streikwelle losbrach, erwiesen sich diese Maßnahmen als weitgehend wirkungslos. In der Parteiführung waren zwar die Vertreter einer »harten« Linie in der Übermacht, aber niemand wollte die Verantwortung dafür übernehmen, die Streiks mit Gewalt zu brechen. Auf einer Versammlung des Politbüros stellte man im übrigen fest, daß weder Sicherheitskräfte in ausreichender Anzahl vorhanden, noch diese genügend vorbereitet waren, um mit den Hunderttausenden von Streikenden fertigzuwerden, die sich in Hunderten von Fabriken verschanzt hatten. Diesmal orientierten sich die Streikenden - anders als 1956, 1970 und 1976 - an dem Schlagwort Jacek Kuróns: »Verbrennt nicht die Komitees [der Partei], organisiert eure eigenen.«

Gegenüber der von Lech Walesa gegründeten Gewerkschaft Solidarnosc verfolgten die Machthaber ihre in den Jahren zuvor erprobte Taktik. Sie versuchten, sie zu schwächen und innerlich zu spähen, um sie anschließend leichter in von der KP (PZPR) kontrollierte Strukturen wie die »Front für nationale Einheit« einzubinden. Bereits im Oktober 1980 trafen das MSW und der Generalstab Vorbereitungen für die Ausrufung des Kriegsrechts. Das MSW begann, Solidarnosc systematisch zu infiltrieren (schon im Sommer gab es allein in Warschau 2400 Spitzel) und durch begrenzte Konfrontationen die Reaktion der Gewerkschaft auszutesten, indem man etwa einige ihrer Anhänger in 48stündige Untersuchungshaft nahm oder besetzte öffentliche Gebäude durch die Miliz räumen ließ. Im Februar 1981 lagen Listen über zu internierende Gewerkschaftsmitglieder bereit (einschließlich der Gefängnisse, die sie aufnehmen sollten), aber die Führung der PZPR zog es vor, weiter ihre Strategie der Drangsalierung und Provokation zu verfol-

gen, wie im März 1981 in Bydgoszcz, wo die Miliz auf Gewerkschaftler einprügelte. Der polnische Sicherheitsapparat, der insgesamt eine eher passive Haltung einnahm, bekam Verstärkung. Die Stasi, die politische Polizei der DDR, schickte nach den Streiks von 1980 eine Einsatzgruppe nach Warschau'. Das war ein durchaus bemerkenswertes Ereignis, auch wenn bereits einige Jahre zuvor unter Federführung des KGB eine Zusammenarbeit verschiedener Sicherheitsapparate gegen die demokratische Opposition aufgebaut worden war.

Die Situation blieb bis zum Dezember 1981 praktisch unverändert, als die Antiterror-Einheit der Miliz dem Streik der Schüler der Warschauer Feuerwehrschule ein Ende setzte, um die Mobilisierungsmöglichkeiten von Solidarnosc auf die Probe zu stellen. Zehn Tage später, in der Nacht vom 12. auf den 13. Dezember, wurde für ganz Polen das Kriegsrecht ausgerufen.

Das Kriegsrecht als Versuch einer totalen Unterdrückung

Es war eine große Polizei- und Militäraktion, die mit erstaunlicher Präzision vorbereitet worden war. 70000 Soldaten, 30000 Beamte der Miliz mit 1750 Panzern, 1900 gepanzerten Transportfahrzeugen, 9000 Last- und Personenkraftwagen sowie mehrere Hubschrauber- und Transportgeschwader traten in Aktion. Diese Kräfte wurden in den großen Städten und den Industriezentren konzentriert. Ihre Aufgabe war es, die Streiks zu brechen und das öffentliche Leben lahmzulegen, um so die Bevölkerung in Angst zu versetzen und jeden Widerstand von Seiten der Gewerkschaft Solidarnosc von vornherein zu ersticken. Telefonverbindungen wurden unterbrochen (was den Tod vieler Menschen zur Folge hatte, weil die Notdienste nicht mehr alarmiert werden konnten), die Grenzen und Tankstellen geschlossen; Passierscheine waren nötig, um von einem Ort in einen anderen zu gelangen, eine Ausgangssperre und die Überwachung des Briefverkehrs angeordnet. Zehn Tage später waren die Streiks beendet und die Demonstrationen hatten sich aufgelöst - ein Beweis für die Effizienz des Planes. Man zählte 14 Tote, einige Hundert Verletzte, ungefähr 4000 Streikende waren festgenommen worden, und bei den ersten Prozessen, die um Weihnachten herum stattfanden, wurden Strafen zwischen drei und fünf Jahren ausgesprochen (das härteste Urteil lautete auf zehn Jahre Haft). Alle Beschuldigten mußten sich vor Militärgerichten verantworten, die für die »Vergehen gegen das Kriegsrecht« zuständig waren. Die sowjetische, ostdeutsche und tschechoslowakische Armee, die sich im Alarmzustand befanden, verzichteten schließlich auf die Intervention, die für den Fall vorgesehen war, daß die Streiks und Demonstrationen sich zu einem regelrechten Aufstand ausweiten würden oder es den polnischen Streitkräften nicht gelingen würde, Herr der Lage zu werden.

Das zweite Element der Repression war die Internierung von Oppositionsanhängern und Solidarnosc-Mitgliedern, die am 12. Dezember vor Mitternacht begann. Innerhalb weniger Tage wurden kraft einer administrativen Verfügung 5000 Personen in 49 »Isolationszentren« außerhalb der großen Städte festgesetzt. Ziel war es, die Gewerkschaft zu lahmen, aber auch, in so freigewordene Führungspositionen nun Mitarbeiter der SB einzuschleusen. Dieses System der Internierung, das man über zwölf Monate lang aufrechterhielt, war einerseits augenscheinlich »weniger hart« als die Inhaftierung, andererseits aber auch leichter zu handhaben, da man sich die Einschaltung der Staatsanwaltschaft und den anschließenden Prozeß ersparte.

Gegenüber den Personen in den Lagern, den Gefängnissen und den Verurteilten wendete die SB im Prinzip keine »verbotenen Mittel« an, sondern nutzte eher »Überredungstechniken«, die ihr aufgrund ihrer Überlegenheit zu Gebote standen. Parallel dazu intensivierte die SB die Anwerbung von Informanten und legte den Anhängern der Opposition nahe zu emigrieren, wobei man auch Druck auf deren Familien ausübte.

General Jaruzelski, der seit dem 18. Oktober an der Macht war, sah sich mit den Hardlinern konfrontiert, die vor allem unter den Parteikadern in den Betrieben, bei ehemaligen Funktionären des MSW, im Parteiapparat und der Armee zu finden waren. Teilweise verfügten diese über Schußwaffen und schlossen sich zu Selbstverteidigungsgruppen zusammen (obgleich niemand versuchte, sie anzugreifen). Sie forderten, den Internierten den Prozeß zu machen und strenge Urteile bis hin zur Todesstrafe zu verhängen. Kurz, sie befürworteten die Einführung des allgemeinen Terrors anstelle der totalen Unterdrückung, die in ihren Augen zu milde war. Trotz einer aggressiv geführten Propagandakampagne gegen Solidarnosc sah die Parteiführung jedoch davon ab, die von den Radikalen verlangten Mittel einzusetzen. Statt den gesellschaftlichen Widerstand durch stalinistische Methoden zu brechen, beschieß man, »die Spannungen abzubauen«. Die regelmäßigen Demonstrationen von Solidarnosc an jedem 1. und 3. Mai (dem Jahrestag der Verfassung von 1791 und dem ehemaligen Nationalfeiertag) sowie am 31. August (dem Jahrestag des Danziger Abkommens von 1980) wurden dennoch mit brutaler Gewalt aufgelöst. Tausende wurden verhaftet, Hunderte vor Gericht gestellt. Es gab auch einige Tote (sechs insgesamt). Von Zeit zu Zeit organisierte man einen öffentlichen Prozeß, in dem Anführer der verbotenen Gewerkschaft Solidarnosc zu Strafen bis zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt wurden. Nach der Schließung der Internierungslager im Dezember 1982 und der offiziellen Aufhebung des Kriegsrechts am 22. Juli 1983 verblieben in den Gefängnissen einige hundert bis zu tausend politische Gefangene, die wegen verbotener Gewerkschaftsarbeit, illegalem Druck oder Verbreitung von Zeitungen und Büchern inhaftiert waren, manchmal nur wegen einer Geldsammlung zugunsten von Häftlingen. Die Machthaber griffen auch auf das Druckmittel der Arbeitsplatzkündigung zurück. Darunter hatten einige tausend von denen zu leiden, die im Dezember

1981 gestreikt hatten, viele Journalisten mußten »Überprüfungsprozeduren« über sich ergehen lassen, die etwa tausend von ihnen ihre Stelle kosteten.

Mit Ausnahme der ersten Wochen nach dem 13. Dezember blieb Polen jener Terror, wie er in den Jahren 1949 bis 1956 üblich gewesen war, erspart. Der Sicherheitsapparat wandte eine ganze Palette verschiedener Methoden an, die im Sprachgebrauch der Geheimdienste in die Rubrik »Desinformation und Desintegration« eingeordnet wurden und die bereits in den siebziger Jahren erprobt worden waren, als das Innenministerium die selbständig operierende »Sektion D« mit ihren örtlichen Ablegern ins Leben rief Bis 1981 konzentrierte sich diese neue Abteilung auf die Kirche und ihr Umfeld. Nach der Verhängung des Kriegsrechts erweiterte sich der Aktionsradius der Sektion D auf Solidarnosc: wiederholte Anschläge auf Privateigentum (Brandstiftung in Wohnungen, Zerstörung von Autos), tätliche Angriffe auf Gewerkschaftsanhänger durch »Unbekannte«, Todesdrohungen, Verbreitung gefälschter Flugblätter und Untergrundzeitungen. Es kam auch zu Entführungen, deren Opfer irgendwo ausgesetzt wurden, nachdem man ihnen gewaltsam Schlafmittel oder Drogen eingeflößt hatte. Einige Personen wurden verprügelt, wie z. B. 1983 auf einer Polizeiwache der Gymnasiast Grzegorz Przemyk.

Am meisten Aufsehen erregte die Ermordung des Priesters Jerzy Popieluszko am 19. Oktober 1984, eine Aktion, die von Funktionären der Sektion D der Abteilung 4 des MSW ausgeführt wurde. Nach offizieller Darstellung handelten die Mörder auf eigene Faust, ohne Wissen ihrer Vorgesetzten. Die Richtigkeit dieser Version ist stark zu bezweifeln, denn die Tätigkeit des Sicherheitsapparats wurde streng überwacht, und zu allen wichtigen Aktionen mußte das Ministerium zuerst grünes Licht geben. Wenn in diesem besonderen Falle das MSW schließlich selbst die Verantwortlichen benannte, die in der Folge auch verurteilt wurden, so sind in etlichen anderen Fällen, in denen Priester oder Personen aus dem Umfeld von Solidarnosc ermordet wurden, die Schuldigen bislang unerkannt geblieben. Die Reaktion der Bevölkerung zeigt, daß die Aktivitäten der Sektion D ihr Ziel, in den betreffenden Kreisen ein Klima der Angst zu erzeugen, letztendlich verfehlten. Es scheint eher, daß genau das Gegenteil eintrat und die Entschlossenheit der Oppositionellen gestärkt wurde.

Nach den gewaltsamen Zusammenstößen in den ersten Tagen nach Verhängung des Kriegsrechts und der massiven Unterdrückung der Demonstrationen in den Jahren 1982-1983 war die Folgezeit von einer eher begrenzten Repression gekennzeichnet. Die illegalen Gewerkschaftsmitglieder wußten, daß sie im Höchstfalle einige Jahre Haft riskierten und die Gefängnisse sich in regelmäßigen Abständen durch Amnestien leerten. In diesem Stadium seiner Entwicklung hatte sich das System bereits weit von seinen stalinistischen Ursprüngen entfernt.

Vom Waffenstillstand bis zur Kapitulation oder die Auflösung der Macht (1986-1989)

Dies war die Lage Ende Sommer 1986, als unter dem Einfluß von Perestroika und Glasnost einerseits und der Stagnation der polnischen Wirtschaft andererseits die Mannschaft um General Jaruzelski unter der Opposition Ausschau nach Gruppierungen hielt, mit denen sie zu einem Kompromiß kommen konnte. Bevor ein Schritt in diese Richtung aber überhaupt möglich war, mußte zunächst das Ausmaß der Repression beträchtlich zurückgenommen werden. Am 11. September 1986 verkündete der Innenminister die Freilassung aller politischen Gefangenen, insgesamt 225 Personen. Um ein Minimum an Druck aufrechtzuerhalten, wurde beschlossen, daß die Zugehörigkeit zu einer verbotenen Organisation sowie jede Form von Untergrundpublikation mit einer Geldstrafe oder Haft in einer Arrestanstalt, nicht aber mit Gefängnis, belangt werde. Man fuhr also die Repression wieder auf das Maß der Jahre 1976-1980 zurück. Es gab jedoch einen wichtigen Unterschied zu dieser Zeit: Die Machthaber sahen sich von nun an nicht nur mit ein paar hundert, sondern mit zehntausenden Oppositionellen konfrontiert. Während der ersten Monate des Jahres 1988 wurde der Druck nach mehreren Streikwellen wieder stärker, am 26. August aber verkündete eine Regierungserklärung die Aufnahme von Verhandlungen mit Solidarnosc.

Obwohl mit Sicherheit zutiefst enttäuscht, verhielten sich die Mitarbeiter des Sicherheitsapparates insgesamt doch diszipliniert, auch wenn es als wahrscheinlich anzusehen ist, daß einige den Versuch unternahmen, das bevorstehende Abkommen zu verhindern. Ein Indiz dafür ist die Ermordung zweier Priester, die auf lokaler Ebene der Solidarnosc mit seelsorgerischen Aufgaben betraut waren, im Januar 1989. Bis heute ist ungeklärt geblieben, ob es sich um Attentate der Sektion D oder um kriminelle Akte gehandelt hat.

Auch nach den Wahlen vom 4. Juni 1989 und der Bildung der Regierung unter Tadeusz Mazowiecki blieb die Kontrolle über die Schlüsselministerien der Macht (Inneres und Verteidigung) in den Händen der früheren Leiter. Am 6. April 1990 wurde die SB aufgelöst und durch das »Büro zum Schutz der Regierung« (UOP) ersetzt.

Das kommunistische System Polens verfügte niemals über eine legale Basis, da es weder das internationale Recht noch seine eigene Verfassung respektierte. Schon in seiner Entstehungsphase (1944-1956) zeigte es kriminelle Züge und schreckte auch später nie davor zurück, sich unter Einsatz massiver Gewalt (eingeschlossen militärischer) an der Macht zu halten.

2

Mittel- und Südosteuropa

von Karel Bartosek

»Importierter« Terror?

Im zentraleuropäischen Raum ist der Terror im Zusammenhang mit dem Krieg zu sehen, der in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts seine schlimmste Ausdrucksform geworden ist. Der Zweite Weltkrieg, der hier seinen Anfang nahm, stellte General Ludendorffs Konzeption des »totalen Krieges« noch in den Schatten. Eine »Demokratisierung des Todes« (Miguel Abensour) erfaßte viele Millionen Menschen, der Begriff »Ausrottung« verband sich untrennbar mit der Vorstellung des Krieges. Die Barbarei der Nazis traf in besonderem Maße die Zivilbevölkerung, vor allem in der Vernichtung der Juden. Die Zahlen sprechen für sich: In Polen betrugen die militärischen Verluste 320 000 Tote und die zivilen 5,5 Millionen; in Ungarn war das Verhältnis 140 000 zu 300 000; in der Tschechoslowakei waren 80 bis 90% der Opfer Zivilisten...

Aber der Kriegsterror war mit dem Tag der deutschen Niederlage noch nicht beendet. Die Bevölkerung der betroffenen Länder erlebte nun eine Welle von »ethnischen Säuberungen«, die nach dem Eintreffen der Roten Armee, der »bewaffneten Faust« des kommunistischen Regimes, einen besonderen Charakter erhielten. Die politischen Kommissare und Spezialabteilungen dieser Armee (Smersch und NKWD) hatten an diesen Aktionen wesentlichen Anteil. Vor allem in den Staaten, die Truppen gegen die Sowjetunion geschickt hatten - Ungarn, Rumänien und die Slowakei - kam es zur Deportation Hunderttausender Menschen, dieses Mal in den sowjetischen Gulag (ihre genaue Zahl ist noch nicht endgültig ermittelt).

Nach neueren ungarischen und russischen Studien, die nach der Öffnung der Archive erschienen sind - sie äußern sich sehr vorsichtig, was exakte Zahlen betrifft -, waren Hunderttausende, Soldaten wie Zivilisten, von 13jährigen Kindern bis zu 80jährigen Greisen, von diesen Deportationen betroffen. Ungefähr 40 000 Menschen mußten die Karpato-Ukraine verlassen, die ursprünglich zur Tschechoslowakei gehört hatte, im Anschluß an das Münchener Abkommen von 1938 aber von den Ungarn besetzt worden war, um schließlich 1944 von der Sowjetunion annektiert zu werden. Aus Ungarn wurden - bei einer Einwohnerzahl von ungefähr neun Millionen -

zu dieser Zeit mehr als 600000 Menschen deportiert, von denen die sowjetischen Statistiken lediglich 526 604 registrieren, da sie nur die Personen erfaßten, die tatsächlich in den Lagern ankamen, und alle diejenigen unberücksichtigt ließen, die bereits in einem der zahlreichen Übergangslager gestorben waren, etwa in Rumänien (Braşov, Timişoara, Maramureş), in Moldawien (Foscani), in Bessarabien (Balty) oder in Galizien (Sambor). Ungefähr 75 % der Deportierten gingen durch eines dieser Lager. Unter ihnen befanden sich auch Juden, die zu Arbeitsbataillonen der ungarischen Armee gehörten. Zwei Drittel dieser Gefangenen wurden in Arbeitslager gesteckt, ein Drittel (die Zivilisten) wurde in Internierungslagern untergebracht, in denen aufgrund von Epidemien die Sterblichkeitsrate doppelt so hoch war. Nach aktuellen Schätzungen sind 200 000 der aus Ungarn deportierten Menschen - zu denen auch Angehörige der deutschen Minderheit, nach 1920 eingewanderte Russen, in Ungarn lebende Franzosen und Polen gehörten - nicht zurückgekehrt.[10]

Nur ein Teil der »Säuberungen« war von sogenannten »Volks- « oder »Sondertribunalen« angeordnet worden; gegen Kriegsende und in den ersten Nachkriegsmonaten brach sich eine Verfolgungswelle Bahn, die von keinerlei Justiz kontrolliert wurde und durch Hinrichtungen, Ermordungen, Folter und Geiselnahme ein Ausmaß von Gewalt erreichte, das nur durch das vollständige Fehlen und die Mißachtung von Gesetzen und der internationalen Konventionen zum Schutz der Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung erklärbar ist. Bulgarien, das damals sieben Millionen Einwohner zählte, tat sich in dieser Hinsicht besonders hervor. Am 9. September 1944 übernahm dort mit dem Einmarsch der Roten Armee die »Vaterländische Front« die Macht, worauf umgehend die Volksmilizen und die Staatssicherheit, die von den Kommunisten kontrolliert wurden, in Aktion traten; am 6. Oktober wurden per Dekret »Volkstribunale« gebildet. Im März 1945 hatten sie in 131 Prozessen bereits 10897 Urteile gefällt und 2138 Personen zum Tode verurteilt, darunter die Mitglieder des Regentschaftsrates und den Bruder des Zaren Boris IIL, die Mehrzahl der Parlamentsabgeordneten und Mitglieder der Regierungen der Zeit vor 1941, hochrangige Offiziere, Polizisten, Richter, Industrielle und Journalisten. Nach Meinung einiger Experten forderten jedoch die »wilden Säuberungen« die meisten Opfer: zwischen 30000 und 40000 Menschen, hauptsächlich lokale Honoratioren, Bürgermeister, Lehrer, Popen und Kaufleute. Mit Hilfe von Zeugen, die keine Angst mehr haben mußten, offen zu sprechen, hat man nach 1989 viele vergessene Massengräber entdeckt. Und das alles, obwohl Bulgarien keine Truppen gegen die Sowjetunion geschickt und die meisten seiner Juden vor dem Genozid bewahrt hatte. Um sich ein Bild vom Ausmaß der kommunistischen Repression zu machen, die sich im Lande ausbreitete, ist es lehrreich, die Zahlen der Opfer heranzuziehen, die das in ganz Europa als diktatorisch verschrieene Vorkriegsregime zwischen 1923 und 1944 forderte; nach einer Untersuchung des neuen Parlaments, die im Jahre 1945 durchge-

führt wurde, fielen ihm 5632 Menschen zum Opfer, die ermordet und hingerichtet wurden oder die im Gefängnis bzw. an den Folgen einer Inhaftierung starben.[11] Zwischen 1941 und 1944, den Jahren des antifaschistischen Widerstands und seiner Unterdrückung, wurden 357 Personen - von denen nicht alle dem Widerstand angehörten - zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Die Säuberungen unter dem Schutzmantel der Roten Armee lösten in den betroffenen Kreisen die unterschiedlichsten Ängste aus, denn sie betrafen nicht nur diejenigen, die aktiv die Nazis oder die bulgarischen Faschisten unterstützt hatten und bei denen die Verfolgung gerechtfertigt scheinen konnte, sondern auch viele andere, völlig Unschuldige und bloße Mitläufer.

In einem bulgarischen Dokumentarfilm, der nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes Anfang der neunziger Jahre entstand, erzählt eine Frau eine Episode, die sich im Herbst 1944 zugetragen hat: »Am Tag nach der ersten Verhaftung meines Vaters kam gegen Mittag ein Polizist bei uns vorbei und übergab meiner Mutter eine Vorladung, die ihr befahl, sich um 5 Uhr nachmittags auf der Polizeistation 10 zu melden. Meine Mutter hat sich angekleidet, sie war eine sehr schöne Frau, eine sehr zarte Person, und sie ist gegangen. Wir drei Kinder haben lange auf sie gewartet. Sie kam um 1 Uhr 30 in der Nacht, bleich wie ein Leintuch, zerschlagen und in zerrissenen Kleidern. Gleich nachdem sie zur Tür hereingekommen war, ging sie zum Herd, öffnete ihn, zog sich aus und verbrannte alle ihre Kleider. Darauf hat sie ein Bad genommen, und erst danach hat sie uns in die Arme geschlossen. Wir sind ins Bett gegangen. Am nächsten Tag hat sie einen ersten Selbstmordversuch unternommen, in der Folge drei weitere, schließlich hat sie zweimal Gift genommen. Sie lebt noch heute, ich versorge sie ... sie ist geistig verwirrt. Wir haben nie erfahren können, was man ihr angetan hat.«[12]

Während dieser Zeit, unter der Sonne der »Befreiung durch die Rote Armee«, die, wie die Propaganda später glauben machen wollte, dazu bestimmt war, ewig zu strahlen, drehten viele ihr Fähnlein nach dem Winde, und die Denunziation trieb Blüten. Dieser Wendepunkt der Geschichte ist von einer Identitätskrise gekennzeichnet, gleichermaßen spürbar bei den »Mitläufern«, die den Henkern tatenlos zusahen und so zu ihren Komplizen wurden, wie nicht selten auch bei den am schlimmsten betroffenen Opfern, den Juden. Die Rosenzweigs wollen plötzlich Rosanski und die Breitenfelds Bares heißen ...

Terror, Angst und Furcht in Zentral- und Südosteuropa waren jedoch keineswegs überstanden. Der bewaffnete Kampf gegen die neuen Machthaber, der den Krieg verlängerte, ging vor allem in Polen weiter und erreichte 1947 mit dem Eintreffen der aus der Ukraine vertriebenen »Bander-Einheiten« auch die Slowakei. In den rumänischen Karpaten wüteten unter der Bezeichnung »Schwarzmäntel« bewaffnete Gruppen, die sich aus ehemaligen Mitgliedern der faschistischen »Eisernen Garde« gebildet hatten. Zentraleuropa

blieb Schauplatz eines gewalttätigen Antisemitismus, in Polen, Ungarn und der Slowakei fanden 1946 die letzten Pogrome oder Pogromversuche der europäischen Geschichte statt. Diese neuerliche jüdische Tragödie, so kurz nach den Massakern des Krieges, ist auch als Katastrophe für jene Völker anzusehen, unter denen nach den Worten des großen ungarischen Denkers István Bibó ein »Neo-Antisemitismus« um sich griff. Aber das Ausmaß der Gewalt sollte noch ganz andere Dimensionen erreichen.

Ein aggressiver antideutscher Nationalismus, der sich natürlich zum Teil aus der jüngsten Vergangenheit und der Unterdrückung durch Nazideutschland erklärt, belastete die Entwicklung einiger Länder stark und trug nicht unerheblich dazu bei, die Übernahme demokratischer Verhaltensformen zu erschweren. Gewalt wurde zur Alltäglichkeit, etwa in der erzwungenen Aussiedlung der Millionen Menschen, die zur deutschen Minderheit in diesen Ländern gehörten, und die in den betroffenen Gebieten nicht selten seit dem 13. Jahrhundert siedelten: 6,3 Millionen Menschen mußten ihre Heimat in den von Polen besetzten Gebieten verlassen; 2,9 Millionen wurden aus der Tschechoslowakei vertrieben, 200 000 aus Ungarn, mehr als 100 000 aus Jugoslawien ... Hinter diesen nüchternen Gesamtzahlen verbergen sich Millionen von Einzelschicksalen: Während sich die Männer als Soldaten meist noch in Kriegsgefangenschaft befanden, mußten die Frauen, Kinder und alten Menschen ihre Häuser, Wohnungen und Geschäfte, Werkstätten und Bauernhöfe verlassen. Den Umsiedlungen, die im Laufe des Sommers 1945 von den Alliierten als offizielle Politik gebilligt wurden, gingen in einigen Gegenden »wilde Umsiedlungen« voraus; aufgebrachte tschechische Nationalisten ermordeten während einer regelrechten Jagd auf Deutsche mehrere tausend Zivilisten.

Terror in unterschiedlichsten Varianten gab es also im zentraleuropäischen Raum auch schon vor der Machtergreifung kommunistischer Regime, Gewalt war nicht selten fester Bestandteil der jüngsten Geschichtserfahrung sowie der gesellschaftlichen und geistigen Realität der betroffenen Länder Ihre Bevölkerung war daher kaum in der Lage, sich der neuen Welle von Barbarei zu widersetzen, die über sie hinwegging.

Es waren vor allem die kommunistischen Parteien, von denen die neuerliche Gewalt ausging. Ihre Führer und ihr Apparat waren treue Schüler der bolschewistischen Doktrin, die durch Stalins Sowjetunion noch »weiterentwickelt« worden war. Wie wir in den vorigen Kapiteln gesehen haben, verfolgten ihre Aktionen stets ein klares Ziel: mit allen Mitteln für die KP das Machtmonopol, »die führende Rolle der Partei« nach dem Modell der Sowjetunion, zu erlangen. Nie war daran gedacht worden, eine irgendwie geartete Machtteilung zu akzeptieren, die Gewaltentrennung, den politischen Pluralismus oder eine parlamentarische Demokratie aufzubauen, auch wenn das parlamentarische System der Form nach beibehalten wurde. Die damals herrschende Glaubenslehre ließ die Sowjetunion im Glänze ihres Beitrags zum Sieg über Nazideutschland und seine Verbündeten erstrahlen und stell-

te sie als die treibende Kraft jeder Revolution und als ihre universelle Führerin dar. Die kommunistischen Kräfte in den einzelnen Ländern hatten daher selbstverständlich ihre Aktivitäten mit Moskau, dem Zentrum des Weltkommunismus, und dessen Kopf Josef Stalin abzustimmen und sie ihnen vor allem unterzuordnen.

In zwei Ländern fiel den Kommunisten das Machtmonopol praktisch schon im Zeitpunkt der Befreiung zu: in Jugoslawien, wo sie von Josip Broz, genannt Tito, geführt wurden und in Albanien, wo Enver Hoxha an der Spitze der dortigen KP stand. In diesen beiden Ländern war der Widerstand gegen die deutschen und italienischen Faschisten hauptsächlich von den Kommunisten geführt worden, und entgegen dem Druck von außen, der auch aus der Sowjetunion kam, waren sie nun höchstens für eine Übergangszeit bereit, die Macht mit anderen politischen Kräften zu teilen.

Nur sehen in der Geschichte wurde eine Machtübernahme von einem solchen Blutbad begleitet wie in Jugoslawien (ungefähr eine Million Tote in einem Land mit fünfzehneinhalb Millionen Einwohnern); in zahllosen Bürgerkriegskämpfen, ethnischen, ideologischen und religiösen Konflikten kamen mehr Menschen ums Leben, als in dem mit großer Härte und Effizienz geführten Krieg gegen die Besatzer (dem auch die Alliierten ihre Anerkennung nicht versagt hatten), selbst wenn man die Opfer der deutschen Repressionen mit einrechnet. In vielen Regionen waren die Leidtragenden hauptsächlich Zivilisten, in der Mehrheit Frauen, Kinder und ältere Menschen. Dieser wortwörtliche Bruderkrieg, der sich teilweise zum Genozid ausweitete, dieser Krieg, in dem es tatsächlich vorkam, daß leibliche Brüder einander bekämpften, hatte eine derart gründliche »Säuberung« zur Folge, daß es bei der Befreiung durch die Rote Armee in diesem Land nur noch wenige politische Rivalen für die Kommunisten und ihren Anführer Tito gab, für deren Eliminierung diese dann sogleich sorgten. Eine vergleichbare Entwicklung vollzog sich, mit tatkräftiger Unterstützung der jugoslawischen Genossen, im benachbarten Albanien.

In den anderen zentraleuropäischen und südosteuropäischen Ländern -mit Ausnahme der Tschechoslowakei - stellten die kommunistischen Parteien vor dem Krieg eher unbedeutende Randgruppen dar, die nur einige tausend Anhänger zählten; so besaß z.B. die bulgarische KP zwischen 1919 und 1923 einigen Einfluß, mußte in der Folge aber in den Untergrund gehen und beteiligte sich dann sehr aktiv am Widerstand. Mit Unterstützung der Roten Armee und begünstigt durch die historischen Umstände erlangten die kommunistischen Parteien erheblichen politischen Einfluß. In den neugebildeten Regierungen kontrollierten sie fast überall diejenigen Ministerien, deren Aufgabe es war, die Bevölkerung unter Kontrolle zu halten (das Innen- und Justizministerium), oder denen diese Aufgabe zufallen konnte, wie das Verteidungsministerium. In den Jahren 1944 und 1945 besetzten die Kommunisten das Innenministerium in der Tschechoslowakei, in Bulgarien, Ungarn und in Rumänien, das Justizministerium in Bulgarien und Ru-

mänien sowie das Verteidigungsministerium in der Tschechoslowakei. Die Verteidigungsminister der Tschechoslowakei und Bulgariens, General Ludvik Svoboda und General Damian Veltschew, waren Krypto-Kommunisten. Ihnen ergebene Männer standen an der Spitze von Geheimpolizei und Staatssicherheit (Dárzavna Sigurnost in Bulgarien und Allamvedelmi Osztály, ÄVO, später AVH, in Ungarn) sowie der Geheimdienste der Armee. In Rumänien wurde der Sicherheitsapparat, der Vorläufer der berüchtigten Securitate, von Emil Bodnaras geleitet, einem ehemaligen Armeeoffizier, der nach Ansicht von Christina Boico seit den dreißiger Jahren als Agent in sowjetischen Diensten stand.[13] Überall errichteten die Kommunisten zunächst einen Terrorapparat. In Bezug auf die absolute Kontrolle der AVO bemerkte Mátyás Rákosi, der Generalsekretär der ungarischen KP (USAP): »Dies war die einzige Organisation, bei der wir uns die alleinige Leitung vorbehielten, indem wir es kategorisch ablehnten, sie mit den anderen Parteien der Koalition entsprechend dem Kräfteverhältnis aufzuteilen.«[14]

Die politischen Prozesse gegen die nichtkommunistischen Bündnispartner

Wenn einige kommunistische Führer in dieser Zeit gelegentlich vom »eigenen Weg zum Sozialismus« ohne »Diktatur des Proletariats« nach sowjetischem Vorbild sprachen, so diente das vor allem dazu, die wahre Strategie aller kommunistischen Parteien Zentral- und Südosteuropas zu verschleiern. Sie bestand in der Umsetzung der bolschewistischen Lehre und Praxis, wie sie in Rußland seit 1917 am Werke war. Dabei folgte die Repression einer »bewährten« und »erprobten« Logik. So wie die Bolschewiken ihre Verbündeten vom Oktober 1917, die Sozialrevolutionäre u.a., beseitigt hatten, so liquidierten nun ihre gelehrigen Schüler ab 1946 ihre eigenen Bündnispartner. Die Forschung sieht in diesen Ländern einen »Prozeß der Sowjetisierung« im Gange, dessen strategischer Plan in Moskau ausgearbeitet wurde. Stalin war es auch, der im Sommer 1947 die Ablehnung des Marshall-Planes anordnete und im September die Gründung des Informationsbüros der kommunistischen Parteien (Kominform) anregte, um die an der Macht befindlichen kommunistischen Parteien noch besser kontrollieren zu können.

Natürlich ergaben sich in der Entwicklung der Länder, die uns hier beschäftigen, auch Unterschiede. Überall jedoch bemühten sich die Kommunisten, politische, ideologische und geistige Konkurrenten auszuschalten, ob es sich nun um tatsächliche oder bloß potentielle handelte. Die herrschende Lehre verlangte, sie für alle Zeiten zu beseitigen, wozu jedes Mittel recht war: von Todesurteilen, Exekutionen, langjährigen Haftstrafen bis hin zur erzwungenen Ausreise in den Westen, eine sicherlich weniger grausame Maßnahme, die dennoch die Kraft des Widerstandes gegen die Kommunisten beträchtlich schwächte und deren Auswirkungen im allgemeinen bei

der Erforschung der Geschichte dieser Länder unterschätzt wird. Letztendlich gehört ja auch das »Recht auf Heimat« zu den fundamentalen Menschenrechten. Bereits in den Jahren 1944 und 1945 mußten Zehntausende Ungarn, Slowaken, Polen und Angehörige anderer Volksgruppen ihr Land aus Furcht vor der Roten Armee verlassen.

Das bevorzugte Instrument aus dem reichhaltigen Sortiment der Unterdrückung waren politisch motivierte Prozesse gegen die Führer nichtkommunistischer Parteien, auch wenn sie nicht zur Kategorie der Kollaborateure der nationalsozialistischen Besatzer oder der örtlichen Faschisten gehörten, sondern im Gegenteil im Widerstand gewesen waren und bereits die Gefängnisse und Lager der faschistischen Regime und der deutschen Nazis kennengelernt hatten. Zu den ersten Prozessen dieser Art kam es, unter direkter Kontrolle der Roten Armee, bei den ehemaligen Verbündeten Deutschlands (Ungarn, Rumänien und Bulgarien); die Kommissionen der Alliierten, die 1944 ins Leben gerufen wurden und bis 1947 arbeiteten, wurden weitgehend von den sowjetischen Militärs dominiert, die ihren Standpunkt meist durchsetzen konnten. In Ungarn wurde die Kleinlandwirtepartei, die aus den Wahlen von 1945 mit 57% als überragende Siegerin hervorgegangen war, nicht nur mit politischen Manövern, sondern auch durch großangelegte Polizeioperationen drangsaliert. Das Innenministerium unterstand zu jener Zeit dem Kommunisten László Rajk, der in Spanien in den Internationalen Brigaden gekämpft und schließlich gegen Kriegsende zur Führung des Widerstands im Lande gehört hatte. Im Januar 1947 wurde dort die Aufdeckung »einer Verschwörung gegen den Staat« verkündet, deren sich die Gruppierung »Ungarische Gemeinschaft« schuldig gemacht haben sollte, eine Vereinigung, die sich während des Krieges mit dem Ziel gebildet hatte, aus dem Untergrund heraus die Nazibesatzung zu bekämpfen. Die Polizei verhaftete daraufhin einen Minister und mehrere Abgeordnete der Kleinlandwirtepartei. Der Anführer der angeblichen Verschwörer, György Donath, wurde zum Tode verurteilt und hingerichtet, seine Mitangeklagten erhielten harte Gefängnisstrafen,

Im Februar 1947 wurde Bela Kovács, der Generalsekretär der einflußreichen Kleinlandwirtepartei, von den sowjetischen Machthabern wegen eines angeblichen »Komplotts gegen die Sicherheit der Roten Armee« festgenommen; er blieb bis 1956 in der Sowjetunion inhaftiert. Rasch stieg die Zahl der verfolgten Personen an, denn die kommunistische Partei ging in Ungarn wie anderswo stets davon aus, daß ein »Komplott« notwendigerweise auch »Verzweigungen« haben müsse.

Zwei Jahre nach dem Krieg hatte man die größte Partei Ungarns »enthauptet und dezimiert«. [15] Mit Bela Kovács befanden sich ihre wichtigsten Vertreter entweder im Exil oder saßen im Gefängnis: der Ministerpräsident Ferenc Nagy, sein Vorgänger Zoltán Tildy, der Parlamentspräsident Bela Varga und József Kóvágó, der Bürgermeister von Budapest; außer ihnen noch Dutzende Abgeordnete und andere führende Parteimitglieder. Zwischen Ende 1947

und Anfang 1949 wurden die Unabhängigkeitspartei und die Demokratische Volkspartei aufgelöst. Später prägte Mátyás Rákosi, der mit der Roten Armee aus Moskau zurückgekehrte Generalsekretär der kommunistischen Partei, im Zusammenhang mit der sozusagen »scheibchenweisen« Eliminierung der Kleinlandwirtepartei den Begriff »Salamitaktik«. Und er war sich ganz sicher, daß die auf diese Weise einverleibten »Salamischeiben« in der Folge keine Verdauungsbeschwerden verursachen konnten ...

Mit der Verhaftung des Staatssekretärs für Industrie Gyula Kelemen im Februar 1948 setzte sich in Ungarn die Verfolgung der Sozialdemokraten fort. Sie hatte wahrscheinlich - sieht man von Polen ab - zuerst in Bulgarien eingesetzt, wo bereits im Juni 1946 der sozialdemokratische Parteichef Krastiu Pastukow zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Bereits vor dem Sommer 1946 waren 15 Mitglieder des Zentralkomitees der unabhängigen Sozialdemokraten, die unter der Führung von Kosta Lultschew standen, in Haft. Lultschew selbst wurde ebenso wie andere führende Parteimitglieder 1948 verhaftet und im November zu fünfzehn Jahren Gefängnis verurteilt. Diese Repressionswelle, die mit der Festnahme von Constantin Titel Petrescu und Anton Dimitriu, dem Präsidenten bzw. Generalsekretär der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, im Mai 1948 auch Rumänien erreichte, traf mit besonderer Härte alle Gegner einer erzwungenen Vereinigung der sozialdemokratischen Parteien mit den herrschenden Kommunisten. Das Bündnis mit den Sozialdemokraten, das bei der Befreiung geschlossen worden war, erwies sich nun als rein taktisches Manöver; der Pluralismus der Arbeiterbewegung hatte in Wahrheit in den kommunistischen Regimen niemals eine wirkliche Chance. Ein Kapitel für sich stellt die Verfolgung der Sozialdemokraten in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands dar, die später die Deutsche Demokratische Republik wurde. Zwischen 1945 und 1950 wurden 5000 Sozialdemokraten von sowjetischen und ostdeutschen Gerichten verurteilt; 400 von ihnen starben in der Haft. Der letzte große Prozeß gegen Sozialdemokraten in dieser Zeit fand 1954 in Prag statt.

Das Gefängnis von Sighet

Im äußersten Nordwesten Rumäniens liegt die Ortschaft Sighet. Im Jahre 1896 errichtete man hier ein Gefängnis mit dicken Mauern, das ab 1948 dem neuen, strengen Regime als politisches Gefängnis diente.

Im Mai 1950 wurden auf Lastwagen mehr als zweihundert bedeutende Persönlichkeiten nach Sighet gebracht, darunter einige Minister aus verschiedenen Nachkriegsregierungen. Es handelte sich in der Mehrheit um bereits betagte Personen, wie den Führer der Bauernpartei, Juliu Maniu, der 63 Jahre alt war, und das bereits 82jährige Oberhaupt der Familie Brátianu (deren Ahnherr als Begründer des modernen Rumänien gilt). Das Gefängnis füllte sich nach und nach mit Politikern, Generälen, Journalisten, Priestern und griechisch-orthodoxen Bischöfen ... Innerhalb von fünf Jahren starben 52 dieser Häftlinge.

In Bulgarien wurden vor den Wahlen vom 27. Oktober 1946 24 Mitglieder der Bauernpartei ermordet. Ihr Führer, Nicolas Petkow, wurde am 5. Juni 1947 zusammen mit 24 weiteren Abgeordneten aus einer Parlamentssitzung heraus verhaftet. Der frankophile Republikaner hatte, nachdem 1924 sein Bruder, ein Abgeordneter der Bauernpartei, ermordet worden war, mehrere Jahre im französischen Exil verbracht. 1940 war Petkow einige Monate im Lager Gonda-Voda interniert gewesen, anschließend wurde er unter Hausarrest gestellt, wo er dann die Gründung der Vaterländischen Front vorbereitete, der auch die kommunistischen Widerstandskämpfer angehörten. Gegen Ende des Krieges wurde er stellvertretender Ministerpräsident, trat aber aus Protest gegen den Terror und die Gewalt zurück, die von der kommunistischen Minderheit bei ihren Säuberungsaktionen ausgeübt wurde. Als Führer der Vereinigten Opposition wurde der ehemalige Verbündete der Kommunisten 1947 unter dem Vorwurf eines »bewaffneten Komplotts gegen die Regierung« angeklagt, stand ab dem 5. August vor Gericht, wurde am 16. zum Tode verurteilt und am 23. September gehängt. Zu den Kommunisten und Mitgliedern der Staatssicherheit, die die Verhaftung und den Prozeß Petkows vorbereiteten, gehörte auch ein gewisser Traitscho Kostow, der dann selbst zwei Jahre später am Galgen enden sollte ...

Bei den beiden anderen ehemaligen Verbündeten Deutschlands richteten sich die politisch motivierten Prozesse zunächst gegen die Führer der einflußreichen Bauernparteien, obwohl auch sie zumindest teilweise zum Bruch des Bündnisses mit dem Naziregime beigetragen hatten, was den Einmarsch der Roten Armee zur Folge gehabt hatte. In Rumänien wurden im Oktober 1947 Juliu Maniu und Jon Mihalache zusammen mit siebzehn weiteren führenden Mitgliedern der Bauernpartei in einem großen Prozeß, der sich auf von der Polizei manipuliertes Beweismaterial stützte, zu lebenslanger Haft verurteilt. Dieses Verfahren sollte jedoch erst der Auftakt zu einer massiven Verfolgung nichtkommunistischer Politiker sein. Juliu Maniu starb 1952 im Gefängnis. Schon vor den Wahlen von 1946 waren mehrere Politiker, darunter der Liberale Vintila Brátianu, vor einem Militärgericht der angeblichen »Bildung einer terroristischen Vereinigung« bezichtigt und verurteilt worden.

Das Schlußwort von Nicolas Petkow

Nach dem Plädoyer des Staatsanwaltes, der die Verhängung der Todesstrafe gegen Nicolas Petkow gefordert hatte, stand diesem das Recht auf ein Schlußwort zu. Er zog ein Blatt Papier aus der Tasche und verlas mit ruhiger Stimme: »Meine Herren Richter [...], aufgrund der Tatsache, daß ich mir nichts vorzuwerfen habe und im vollen Bewußtsein meiner Verantwortung sowohl der Justiz Bulgariens als auch der Gesellschaft und der politischen Organisation gegenüber, deren Mitglied ich bin und für die ich jederzeit bereitwillig mein Leben gebe, sehe ich es als meine Pflicht an, folgendes zu erklären:

Ich habe mich niemals an einer illegalen Aktivität gegen die Volksregierung vom 9. November beteiligt, zu deren Gründern ich als Mitglied der Bauernpartei gehöre, noch hatte ich die Absicht dazu.

Ich bin seit 1923 Mitglied der bulgarischen Bauernpartei. Zu den Prinzipien, für die ihre Lehre eintritt, gehören: der Frieden, die öffentliche Ordnung, die Legalität und die Herrschaft des Volkes, ihre einzigen Waffen sind der Stimmzettel, das freie Wort und die Presse. Niemals hat die bulgarische Bauernpartei auf geheime oder verschwörerische Organisations- oder Handlungsformen zurückgegriffen; niemals war sie an einem Staatsstreich beteiligt, obwohl sie mehr als ein Mal das Opfer eines solchen geworden ist.«

Weiter erinnert Petkow an den 9. Juni 1923 und den 19. Mai 1934 - »den Beginn des Faschismus in Bulgarien«, schließlich an seinen Rücktritt aus der Regierung.

»Wenn ich, wie die Herren Staatsanwälte behaupten, machtgierig und karrierebesessen wäre, so wäre ich heute noch stellvertretender Ministerpräsident in Bulgarien. Seit ich ins Lager der Opposition übergewechselt bin und bis zu meiner Verhaftung habe ich mich unermüdlich für eine Verständigung zwischen der Bauernpartei und der kommunistischen Arbeiterpartei eingesetzt, die für mich eine historische Notwendigkeit darstellt. Ich habe niemals irgendwelchen reaktionären Kräften gedient, weder im Lande selbst noch im Ausland.

Meine Herren Richter, seit zwei Jahren, genauer seit dem 25. Juni 1945, wird gegen mich die schlimmste und unerbittlichste Kampagne geführt, die sich jemals gegen einen bulgarischen Politiker richtete. Kein Detail meines privaten und politischen Lebens ist dabei verschont geblieben. Dreimal bin ich in Sofia symbolisch beerdigt worden, etwa zehnmal außerhalb der Hauptstadt. Ich selbst habe am Eingang des Friedhofs von Sofia während dieser Beerdigungen meine ausgehängte Todesanzeige gelesen. All dies habe ich ohne Klage ertragen. Mit der gleichen Unerschrockenheit werde ich auch das auf mich nehmen, was mich noch erwartet, denn ich akzeptiere die heutige traurige politische Realität in Bulgarien als unausweichliches Schicksal.

Als bescheidener Diener des öffentlichen Lebens steht mir für meine Person nicht das Recht zu, mich zu beklagen, wo zwei so bedeutende und heute von allen anerkannte Staatsmänner wie Dimitri Petkow und Petko Petkow wie Verräter in den Straßen von Sofia ihr Leben lassen mußten. [Nicolas Petkow spielt hier auf seinen Vater, den Ministerpräsidenten Dimitri Petkow an, der am 11. März 1907 durch zwei Schüsse in den Rücken ermordet wurde, und auf seinen Bruder Petko Petkow, den als Parlamentsabgeordneten am 14. Juni 1924 zwei Revolverkugeln in die Brust trafen.]

Meine Herren Richter, ich bin sicher, daß Sie die Politik außer acht lassen werden, die in einem Gerichtssaal keinen Platz hat, und sich nur auf unbestreitbare Tatsachen stützen werden. Ich bin davon überzeugt, daß Sie, sofern Sie sich nur von ihrem Gewissen als Richter leiten lassen - worauf ich zumindest hoffe - mit Freispruch urteilen werden.«

Als Nicolas Petkow am 16. August 1947 den Urteilsspruch vernommen hatte, der ihn »im Namen des bulgarischen Volkes« zum Tode durch den Strang verurteilte, rief er mit lauter Stimme:

»Nein! Nicht im Namen des bulgarischen Volkes! Ich werde auf Anordnung Ihrer ausländischen Befehlshaber, die im Kreml oder anderswo sitzen, in den Tod geschickt. Das bulgarische Volk, das durch eine blutige Tyrannei unterdrückt wird, der Sie den Anstrich von Gerechtigkeit geben wollen, wird diese Lügen niemals glauben!«

(Paul Vergnet und Jean Bemard Derosne, *L 'affaire Petkov,* Paris 1948, S. 188-192.)

Besonders modellhaft zeigt sich der Einsatz politisch motivierter Prozesse gegen ehemalige Verbündete in der Tschechoslowakei. Das Land konnte sich am Ende des Krieges zum Lager der Sieger zählen, denn seine Neugründung im Jahre 1945 ließ das Bündnis der Slowakei mit Hitler-Deutschland vergessen, das allerdings bereits zuvor schon aufgrund des Volksaufstandes der Slowaken gegen die Nazibesetzung Ende 1944 an Gewicht verloren hatte. Im November 1945 mußte die Rote Armee gemäß der Abmachungen mit den Alliierten das Land räumen, ebenso wie die Amerikaner, die Westböhmen befreit hatten. Die kommunistische Partei ging als Siegerin aus den Wahlen vom Mai 1946 hervor; in der Slowakei allerdings blieb sie in der Minderheit, hier konnte die Demokratische Partei 62% der Stimmen auf sich vereinigen. Die Politiker, die nach der Befreiung die Macht mit den Kommunisten teilten, hatten ihre freiheitliche und demokratische Gesinnung unter Beweis gestellt, indem sie sich vom Ausland her oder im Lande selbst, auch in der Slowakei, am Widerstand beteiligt hatten.

Nachdem die tschechoslowakischen und sowjetischen Archive nun zugänglich sind, kann man sich ein Bild von der Perversität des Vorgehens der Adepten des Bolschewismus machen. Im Dezember 1929 hatte ihr Führer, Klement Gottwald, in einer Rede vor dem Parlament als Antwort auf den Vorwurf, die KP der Tschechoslowakei höre auf die Order aus Moskau, verkündet: »Wir sind die Partei des tschechoslowakischen Proletariats, und unser revolutionäres Hauptquartier befindet sich tatsächlich in Moskau. Und wissen Sie, was wir dort in Moskau lernen? Wir fahren dorthin, um von den Bolschewiken zu lernen, wie man solchen Leuten wie Ihnen den Hals abschneidet. Und wie Sie wissen, sind die russischen Bolschewiken inzwischen Meister auf diesem Gebiet.«[16]

Nach den Wahlen vom Mai 1946 gelangte dieser zu allem entschlossene »Halsabschneider«, dessen Lebensweg vom autodidaktisch gebildeten Arbeiter zum Führer einer bolschewistisch geprägten kommunistischen Partei an die Biographie des französischen Kommunisten Maurice Thorez erinnert, auf den Posten des Ministerpräsidenten. Von hier aus leitete er die Unterdrückungsmaßnahmen, zuerst hinter den Kulissen, dann auch ganz offen im Rampenlicht.

Die Demokratische Partei der Slowakei war das erste Ziel der politisch-taktischen Manöver und Provokationen der Staatssicherheit. Die nicht-kom-

munistischen tschechischen Parteien, die zum Teil von antislowakischem Nationalismus geprägt waren, sahen dabei tatenlos zu. Im September 1947 meldete die von den Kommunisten kontrollierte Polizei die Aufdeckung einer »gegen den Staat gerichteten Verschwörung in der Slowakei«, die pure Erfindung war Die Folge war eine Staatskrise, in der die Demokratische Partei die Mehrheit in der slowakischen Regierung verlor und zwei ihrer drei Generalsekretäre verhaftet wurden.

Die Unterdrückung nahm mit dem »Prager Staatsstreich« vom Februar 1948, der einer dauerhaften Festigung des Machtmonopols der tschechoslowakischen KP den Weg bereitete, eine beschleunigte Wendung. Unmittelbar bzw. einige Tage nach Ausbruch der Februarkrise, die durch den Rücktritt der Mehrheit der nichtkommunistischen Minister ausgelöst wurde, kam es zu Verhaftungen, bei denen neben anderen der Slowake Jan Ursiny, Präsident der Demokratischen Partei und bis zu seinem erzwungenen Rücktritt 1947 stellvertretender Ministerpräsident der Regierung Gottwald, sowie Prokop Drtina, Justizminister im gleichen Kabinett, festgenommen wurden. Beide waren während der Besetzung des Landes im Widerstand aktiv gewesen.

Die ersten großen Prozesse, die in jeder Beziehung inszeniert waren, trafen im April und Mai 1948 die Führer der Demokratischen Partei der Slowakei: Insgesamt kam es zu 25 Urteilen, einmal wurde eine Haftstrafe von 30 Jahren verhängt. Von da an schien die Stoßrichtung der Unterdrückung durch Polizei und Justiz festzustehen: Man versuchte, die »Feinde« in der Armee und den Sicherheitskräften sowie die demokratisch-liberalen und demokratisch-sozialistischen Parteiführer zu treffen, die bis zum Februar 1948 oft nicht nur Verbündete der Kommunisten gewesen waren, sondern die Zusammenarbeit mit ihnen nachhaltig unterstützt hatten.

Greifen wir zwei politische Häftlinge aus jener Zeit heraus, die typisch für den Umgang der Kommunisten mit der damaligen »Machtelite« sind.

General Heliodor Pika, ein unbeugsamer Patriot und Demokrat, spielte vom Ausland her eine wichtige Rolle im Widerstand. Ab dem Frühjahr 1942, also noch vor dem deutschen Überfall vom 22. Juni, war er Leiter der tschechischen Militärdelegation in der UdSSR gewesen. Er galt als Befürworter einer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, seine Bemühungen und Initiativen für eine freundschaftliche Kooperation mit Moskau, die in die dreißiger Jahre zurückreichen, waren allseits bekannt. Aufgefallen war er allerdings auch durch einen Konflikt mit den »sowjetischen Organen«, eine Folge seines Engagements für die Freilassung von mehr als 10 000 tschechoslowakischen Staatsbürgern aus den sowjetischen Lagern und Gefängnissen. Sie waren vor allem wegen »illegaler Einreise in die UdSSR« in den Jahren 1938 und 1939 inhaftiert waren, und man hoffte, sie mit diesem Druckmittel zum Eintritt in die tschechoslowakische Armee, die in der Sowjetunion aufgestellt wurde, zu bewegen. Seine Liebe zum Vaterland und die Dienste, die er der »demokratischen und nationalen Revolution« erwie-

sen hatte, blieben auch nach 1945 unbestritten, als er erster Stellvertreter des Oberkommandierenden der tschechoslowakischen Armee wurde.

Ab Ende 1945 standen seine Aktivitäten unter strenger Überwachung durch die militärischen Geheimdienste, die von Bedfich Reicin geleitet wurden, einem den sowjetischen Sicherheitsorganen eng verbundenen Kommunisten. Ende Februar 1948 wurde General Pika aus der Armee entlassen; Anfang Mai wurde er verhaftet und angeklagt, während des Krieges im Auftrag des britischen Geheimdienstes die Operationen der tschechoslowakischen Armee in der UdSSR sabotiert und so den Interessen der UdSSR und der tschechoslowakischen Republik zuwidergehandelt zu haben... Pika wurde am 28. Januar 1949 von einem Staatsgericht, das eigens für die Zwecke politischer Repression Mitte 1948 gebildet worden war, zum Tode verurteilt. Er wurde am 21. Juni 1949 um 6 Uhr morgens im Hof des Gefängnisses von Plzeñ (Pilsen) gehängt. Reicin hat gegenüber Vertrauten offen den Grund für die Liquidierung des Generals genannt: Sie wurde von den »sowjetischen Organen« verlangt, weil er »zuviel über die sowjetischen Geheimdienste wußte«. Dies erklärt wahrscheinlich auch Reicins eigene Erhängung drei Jahre später.

Typisch ist auch der Fall von Josef Podsednik. Im Februar 1948 war er Bürgermeister von Brno, der größten Stadt Mährens und der zweitgrößten des Landes. In diese Funktion war er als Kandidat der Tschechoslowakischen Nationalsozialistischen Partei (CNNS) gewählt worden, einer Partei, die zu Beginn des Jahrhunderts gegründet worden war und die nichts mit dem Nationalsozialismus Hitlers zu tun hatte. Er kämpfte für das Ideal der Demokratie und Humanität, wie es Tomas Masaryk vertrat, der erste Präsident der 1918 gegründeten tschechoslowakischen Republik, und stand in seinem ernsthaften Bemühen, mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten, für eine breite Strömung innerhalb der tschechischen Sozialisten. Nach den Ereignissen vom Februar 1948 dachte er zunächst an Emigration, entschloß sich dann aber, in der Heimat zu bleiben und sich um Mitglieder seiner Partei zu kümmern, die nun der Verfolgung ausgesetzt waren (am 31. Dezember 1947 hatte die Partei mehr als 60 000 Mitglieder gezählt). Er wurde am 3. September 1948 verhaftet und im März 1949 vom Staatsgerichtshof wegen illegaler Aktivitäten, die in Zusammenarbeit mit der »ausländischen Reaktion« angeblich darauf abzielten, die bestehende Regierung mit Gewalt zu stürzen, zu 18 Jahren Haft verurteilt. Mit ihm zusammen erhielten 19 weitere Mitglieder seiner Partei insgesamt 74 Jahre Gefängnis. Sämtliche Zeugen des Prozesses waren selbst politische Gefangene, die auf ihr Verfahren warteten. In der Folge wurden in Verbindung mit der »Affäre Podsednik« 32 weitere Parteimitglieder aus Südmähren zu insgesamt 62 Jahren Haft verurteilt.

Der Prozeß gegen Podsednik fand öffentlich statt. »An diesem ersten großen politischen Prozeß vor dem Staatsgerichtshof nahmen auch einige Dutzend Funktionäre der KP der Tschechoslowakei teil, an ihrer Spitze Otto

Sling [er wurde später im Slánsky-Prozeß zum Tode verurteilt], der laut lachte, als das Urteil verkündet wurde«, berichtete später Josef Podsednik, der erst 1963 freikam, nachdem er mehr als 15 Jahre Haft verbüßt hatte.

Die Eliminierung der demokratischen und sozialistischen Verbündeten der KP erreichte in der Tschechoslowakei ihren Höhepunkt mit dem Prozeß gegen Milada Horáková, der zwischen dem 31. Mai und dem 8. Juni 1950 in Prag stattfand. 13 Personen aus der Parteiführung der Nationalsozialisten (CNNS), der Sozialdemokraten, der Volkspartei und ein »Trotzkist« wurden verurteilt, vier von ihnen zum Tode, unter ihnen auch Milada Horáková, vier zu lebenslänglich, fünf zu Haftstrafen zwischen 15 und 28 Jahren (insgesamt wurden 110 Jahre Haft verhängt). Im Bericht des obersten Gerichtshofs, der 1968 während des Prager Frühlings veröffentlicht wurde, ist nachzulesen, daß es im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen Milada Horáková 300 weitere Verfahren gab; mehr als 7000 Anhänger alleine der Nationalsozialisten (CNNS) wurden verurteilt. Die wichtigsten dieser Prozesse fanden zwischen Mai und Juli 1950 in verschiedenen Provinzstädten statt, wodurch die »nationale Tragweite« der angeblichen Verschwörung unterstrichen werden sollte: In 35 Prozessen wurden 639 Urteile gesprochen, zehn Todesurteile gefällt, 48 lebenslange Haftstrafen und insgesamt weitere 7850 Jahre Haft verhängt.

Ein Gesellschaftsspiel der besonderen Art unter kommunistischen Intellektuellen

1951 war der Begriff des Psychodramas noch weitgehend unbekannt. An Silvester kam ich gegen Mitternacht mit Ciaire von einer Familienfeier zum Neujahrsfest meiner zweiten »Familie« bei Pierre Courtade [ein kommunistischer Journalist und Schriftsteller]. Es herrschte ausgelassene Stimmung, und alle waren schon ziemlich betrunken. »Wir haben nur noch auf dich gewartete!« riefen meine Genossen. Dann erläuterte man mir das Spiel. Jean Duvignaud [ein Kunsthistoriker] erklärte, jede Zeit erfinde ihr eigenes literarisches Genre; die Griechen die Tragödie, die Renaissance das Sonett, das Zeitalter der Klassik den Fünfakter in Versform mit der Einheit von Raum, Zeit und Handlung usw. Auch das »sozialistische« Zeitalter habe »sein« Genre gefunden: den Moskauer Schauprozeß. Die Neujahrsgesellschaft hatte also, nachdem sie ein wenig getrunken hatten, beschlossen, »Prozeß« zu spielen. Sie warteten nur noch auf einen Angeklagten, und der sollte ich sein. Roger Vailland [ein kommunistischer Schriftsteller] hatte bereits die Rolle des Staatsanwalts übernommen, und Courtade war der Pflichtverteidiger. Ich brauchte nur noch meinen Platz auf der Anklagebank einzunehmen. Vergeblich versuchte ich mich zu wehren, schließlich ließ ich mich auf das Spiel ein. Die Anklage war unerbittlich: Mir wurden Vergehen gegen zehn Artikel des Strafgesetzbuches zur Last gelegt: Sabotage des ideologischen Kampfes, Einvernehmen mit dem Klassenfeind, Verschwörung mit kosmopolitischen Spionen, philosophischer Hochverrat usw. Als ich während des Verhörs zu *argumentieren*

versuchte, wurden der Staatsanwalt, der Anwalt und die Zeugen der Anklage wütend. Das Plädoyer meines Verteidigers war erschreckend: Da es mildernde Umstände gebe, solle man mir die Gnade erweisen, mich so schnell wie möglich von der Last meines Lebens zu befreien. Infolge des Alkohols wurde das Theater schließlich zum Alptraum, die Farce verletzend. Als das Urteil gesprochen wurde (selbstverständlich ein Todesurteil), erlitten meine Ehefrau und eine zweite Frau aus dem »Saalpublikum« einen Nervenzusammenbruch. Alle schrien durcheinander, weinten, suchten nach Riechsalz im Medikamentenschrank, tränkten Tücher mit kaltem Wasser. Der Staatsanwalt, der Verteidiger und ich selbst, der Angeklagte, bemühten sich um die weinenden Frauen. Wahrscheinlich war ich der einzige, der nicht betrunken war, aber ich war nicht der einzige, der sich schämte.

Heute weiß ich: Wir waren damals verrückt. Es gibt vielleicht einen Geisteszustand, in dem der Wahnsinn die Verantwortlichkeit schwächt. Aber bevor es soweit kommt, ist der Verwirrte häufig nicht jemand, den seine Demenz von der Last der Verantwortung befreit, sondern jemand, der sich für den Wahnsinn *entscheidet,* um dem Knoten zu entkommen, der ihn erdrosselt, und den er nicht durchzuschneiden wagt.

Dabei war unsere Verwirrung nur die Folge einer historischen Verwirrung. Wir rationalisierten und verinnerlichten einen allgemein verbreiteten Wahnsinn.

(Claude Roy, *Nous,* Paris 1980, S. 389f)

Der Prozeß gegen Milada Horáková ist aus mehreren Gründen historisch bedeutsam: Er ist der erste große »Schauprozeß« (der Ausdruck stammt von einem Spezialisten der Unterdrückung, dem tschechischen Historiker Karel Kaplan), und er ist der erste Prozeß, der direkt von »sowjetischen Beratern« vorbereitet wurde, hohen Funktionären der Geheimdienste, die ins Lande gekommen waren, um die Repressionsmaßnahmen anzuleiten und einen Verfahrensablauf zu perfektionieren, der dann nachgerade »klassisch« wurde - minutiöses Drehbuch für das Gerichtsspektakel, Rezitation vorher auswendig gelernter »Geständnisse«, Ingangsetzung der Propagandamaschinerie rund um das Verfahren usw.

Dieser Prozeß markiert einen wichtigen Abschnitt in der gesamten politischen Unterdrückung Europas, nicht nur der kommunistisch inspirierten, hängte man doch eine Frau, die schon im März 1939, also nach Beginn der Besetzung der Tschechoslowakei, im Widerstand gewesen war, eine ungewöhnlich couragierte Frau, die unter den Nazis fünf Jahre in Haft gewesen war, eine unbeugsame Demokratin, der niemals der Gedanke gekommen ist, die kommunistische Diktatur mit Waffengewalt zu bekämpfen ...

Warum hat sich die westliche Öffentlichkeit so wenig für dieses Verbrechen der Kommunisten interessiert? Warum wurde der Protest des Physikers Albert Einstein nicht durch eine große Unterschriftenkampagne unterstützt? Warum haben die Widerstandskämpfer in Frankreich und anderswo nicht

mit Nachdruck auf diese Untat hingewiesen? Warum haben sie nicht mit Macht ihre Solidarität mit Milada Horáková, einer der ihren, bekundet, um sie vor dem Galgen zu bewahren?

Die Zerstörung der Bürgergesellschaft

Angesichts all der begrifflichen Verwirrung, die heutzutage herrscht, scheint es angebracht, zunächst zur Sicherung des Verständnisses zu präzisieren, was der Terminus »Bürgergesellschaft« (Civil Society) beinhaltet, ohne daß es uns hierbei auf eine erschöpfende Definition ankommen soll. Die Bürgergesellschaft entwickelte sich mit dem Kapitalismus und der Herausbildung des modernen Staatswesens. Sie bildet ein Gegengewicht zur Staatsgewalt und ist von ihr unabhängig. In erster Linie beruht sie auf einem System von Bedürfnissen, in dem die private ökonomische Aktivität eine herausragende Rolle spielt. Die Bürgergesellschaft setzt ein Individuum mit vielfältigen Ansprüchen voraus, sie stützt sich auf die Wertvorstellungen eines Subjektes, das neben Bewußtsein und Handlungsvermögen auch persönliche Freiheit besitzt. Dieses Individuum ist einerseits ein egoistisches, unabhängiges Wesen, ein Wirtschaftsbürger (Bourgeois), aber auch ein Staatsbürger (Citoyen), der sich für öffentliche Angelegenheiten interessiert (ein »gesellschaftlicher« Mensch). Der Philosoph und Politologe Lubomir Sochor definiert die Bürgergesellschaft als »die Gesamtheit der suprafamiliären, sozialen, nichtstaatlichen Institutionen, die die Einzelmitglieder der Gesellschaft zu einer koordinierten Aktion und zum Ausdruck ihrer individuellen Meinungen und Interessen befähigt. Dies gilt natürlich nur so lange, wie diese Institutionen und Vereinigungen autonom bleiben und nicht in parastaatliche Organe, also in simple ›Transmissionsriemen‹ der Staatsgewalt, umgewandelt werden.«[13] Zu den Einrichtungen der Bürgergesellschaft, die eine Kontrolle der Gesellschaft über den Staat ermöglichen, zählen die Verbände und Vereine, Kirchen, Gewerkschaften, Stadt- und Regionalregierungen *(self-government),* politischen Parteien und die öffentliche Meinung.

Die wohldurchdachte Strategie der kommunistischen Repression, deren Ziel es war, die absolute Macht zu sichern, mußte nun, nachdem die politischen Konkurrenten und all jene eliminiert waren, die »reale Macht« entweder schon besaßen oder unter Umständen erringen konnten (z. B. die Kader der Armee und der Staatssicherheit), folgerichtig dazu übergehen, die Organisationsstruktur der Bürgergesellschaft zu zerschlagen. Zur Sicherung des Macht- und Wahrheitsmonopols mußten alle Kräfte ausgeschaltet werden, die politisch-geistigen Einfluß hatten oder erlangen konnten: die Führer und Mitglieder von Parteien und Gewerkschaften, Kirchenleute, Journalisten, Schriftsteller usw. Die ausgewählten Opfer waren in der Regel Inhaber einer Schlüsselstellung in den Organisationen der Bürgergesellschaft, in

Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, Ordensgemeinschaften, Vereinen, Presseorganen und lokalen Machtzentren.

Hier muß vielleicht auf ein gewissermaßen »internationales« Kriterium hingewiesen werden, das bei der Auswahl der Betroffenen eine Rolle spielte. Die Machthaber, die der Sowjetunion völlig hörig waren, ordneten an, die vielfaltigen Verbindungen der Bürgergesellschaft mit dem Ausland völlig zu kappen. Sozialdemokraten, Katholiken, Trotzkisten, Protestanten usw. standen also nicht nur wegen ihrer Aktivitäten im Lande im Kreuzfeuer, sondern auch als gesellschaftliche Strömungen, die von Natur aus traditionell dauerhafte und intensive Beziehungen zum Ausland unterhielten. Die Interessen und Ziele der weltweiten Strategie der UdSSR verlangten die Zerstörung dieser Kontakte.

In den neuerrichteten »Volksdemokratien« war die Bürgergesellschaft im allgemeinen eher schwach ausgebildet. Vor dem Krieg war ihre Entwicklung durch autoritäre oder halbautoritäre Regime gebremst worden, teilweise auch durch das rückständige Niveau des wirtschaftlichen und sozialen Lebens beeinträchtigt gewesen. Der Krieg, faschistische Regime und die Politik der Besatzer hatten ebenfalls stark zu ihrer Schwächung beigetragen. Nach der Befreiung beschnitten die Vorgehensweise der sowjetischen Machthaber und die »wilden Säuberungsaktionen« ihre Entwicklungsmöglichkeiten weiter.

Die relative »Milde« der Unterdrückung durch den Justiz- und Polizeiapparat in der ostdeutschen Besatzungszone und die Tatsache, daß es dort in der Entstehungsphase der Deutschen Demokratischen Republik (ihre Gründung erfolgt 1949) keine großen politischen »Schauprozesse« gab, erklärt sich zum großen Teil durch die Interventionen der Sowjetischen Militäradministration (SMA), so daß hier die kommunistische Machtergreifung weniger als anderswo von Repression und Gerichtsverfahren geprägt war. Zum damaligen Zeitpunkt erübrigte sich der Rückgriff auf das Gewaltinstrumentarium weitgehend, denn die Ziele der neuen Machthaber waren schon durch das vorangegangene Regime der Nazis vorweggenommen worden. Neue Forschungen, die nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 unternommen wurden, ergaben, daß die sowjetischen Besatzungsbehörden zwischen 1945 und 1950 in ihrer Besatzungszone 122000 Personen internierten, von denen 43 000 in der Haft starben und 756 zum Tode verurteilt wurden. Von Unterdrückungsmaßnahmen, die direkt auf das Konto der Führung der SED gingen, waren zwischen 40 000 und 60 000 Personen betroffen.[18]

Die Tschechoslowakei stellte durch die besonders gewaltsam betriebene Unterdrückung der Bürgergesellschaft nach den Ereignissen vom Februar 1948 eine Ausnahme in die entgegengesetzte Richtung dar. In der Zeit zwischen den Weltkriegen war das Land der einzige der mittel- und südosteuropäischen Staaten gewesen, der eine funktionierende parlamentarische Demokratie entwickelt hatte - nur Rumänien teilte noch diese Erfahrung,

allerdings in begrenztem Umfange. Darüber hinaus gehörte die Tschechoslowakei damals zu den zehn größten Industrienationen. Die dortige Bürgergesellschaft, nach der Befreiung die bei weitem am besten entwickelte und strukturierte in ganz Mittel- und Südosteuropa, war schon 1945 wieder funktionsfähig. Bereits 1946 gehörten 2,5 Millionen Staatsbürger, ungefähr die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung, einer der vier politischen Parteien der tschechischen Landesteile (Böhmen, Mähren und Schlesien) an. Zwei Millionen Tschechen und Slowaken waren Mitglieder einer Gewerkschaft. Hunderttausende engagierten sich in einem der zahlreichen Vereine; allein der »Sokol« (»Falke«), ein Sportverein mit politischer Orientierung, der sich seit Ende des 19. Jahrhunderts für die nationale Selbstbestimmung engagierte, zählte im Jahre 1948 mehr als 700 000 Mitglieder. Die ersten Anhänger des Sokol wurden im Sommer 1948 während des *slet,* einer landesweit organisierten Turnveranstaltung, verhaftet. Im September 1948 kam es zu den ersten politischen Prozessen, und zwei Jahre später hatte dieser Verein nahezu aufgehört zu existieren: Ein Teil (vornehmlich auf dem Land) war in vom Staat kontrollierten Organisationen aufgegangen, die Handlungsfähigkeit des Sokol insgesamt durch die Verhaftung mehrerer tausend führender Vereinsmitglieder extrem eingeschränkt. Die Verfolgung durch die Justiz, die verhängten Strafen gegen Mitglieder, die Besetzung von Versammlungsräumen und die Beschlagnahme von Vermögen - Maßnahmen, bei denen sich, unter dem Deckmantel von »Aktionskomitees«, wie sie im Februar 1948 entstanden, besonders die Agenten der Geheimpolizei hervortaten - hatte praktisch die Auflösung des Sokols und anderer Organisationen der Bürgergesellschaft zur Folge, etwa der Pfadfinder oder der protestantischen und katholischen Vereinigungen.

Die Kirchen waren für die kommunistischen Machthaber im Prozeß der Zerschlagung und Kontrolle der Organisationen der Bürgergesellschaft von besonderer Bedeutung. Sie blickten auf eine jahrhundertealte Geschichte zurück und waren tief im Volk verwurzelt. Dabei stieß die Umsetzung des bolschewistischen Modells in einigen Ländern auf größeren Widerstand, in anderen dagegen, die durch die orthodoxe Kirche mit ihrer byzantinischen Tradition des Cäsareopapismus geprägt waren, der tendenziell zur Zusammenarbeit der Kirche mit der jeweiligen Staatsmacht neigte, erwies sie sich als einfacher - eine Feststellung, durch die keineswegs die Unterdrückung heruntergespielt werden soll, die auch die orthodoxe Kirche in Rußland und der übrigen Sowjetunion erleiden mußte. Was die katholische Kirche betraf, so stellte ihre internationale, vom Vatikan aus geleitete Organisation bereits an sich ein unerträgliches Phänomen für das entstehende »sozialistische Lager« dar. Der Konflikt zwischen den beiden großen Internationalen des Glaubens und ihren beiden Hauptstädten, Moskau und Rom, war unvermeidlich. Die Sowjets verfolgten dabei eine klare Strategie: die Verbindungen der römisch-katholischen und griechisch-katholischen Kirche mit dem Vatikan zu kappen und anschließend die damit »national« gewordenen Kir-

chen ihrer Macht zu unterwerfen; dies läßt sich den Gesprächen mit sowjetischen Parteifunktionären während einer Zusammenkunft des Kominform im Juni 1948 entnehmen, die durch den Generalsekretär der KP der Tschechoslowakei, Rudolf Slánsky, überliefert sind.

Nationalsozialistische und kommunistische Gefängnisse

1. Nyeste, ein ungarischer Widerstandskämpfer, leitet nach dem Krieg eine Jugendorganisation und weigert sich, in die KP einzutreten. Nach seinem Prozeß verbüßt er bis 1956 seine Strafe im Arbeitslager von Resz; er berichtet, daß die Gefangenen dort Steine klopfen mußten, zwölf Stunden am Tag im Winter, 16 Stunden im Sommer. Aber die schlimmste Erfahrung für ihn war der Hunger.

»Der Unterschied zwischen der Geheimpolizei der Kommunisten und der der Nazis - ich gehöre zu den Auserwählten, die mit beiden Bekanntschaft machten - besteht nicht im Ausmaß ihrer Brutalität und Grausamkeit. Die Folterkammer eines Nazikerkers war die gleiche wie die eines kommunistischen Kerkers. Sie unterscheiden sich in einem anderen Punkt. Wenn die Nazis jemanden aus politischen Gründen verhafteten, dann wollten sie im allgemeinen etwas über seine politische Arbeit, seine Freunde, Pläne usw. wissen. Damit gaben sich die Kommunisten gar nicht erst ab. Sie wußten bereits zum Zeitpunkt der Verhaftung, was man für ein Geständnis unterzeichnen würde. Man selber wußte das nicht. Ich hatte absolut keine Ahnung, daß aus mir ein ›amerikanischer Spion‹ werden würde!«

(Interview für die Sendung »The Other Europe«, Januar 1988, zitiert in: Jacques Rupnik, *L'autre Europe, Crise etfin du communisme,* Paris 1990, S. 147.)

Zur Erreichung ihres Ziels, den Einfluß der Kirchen auf das gesellschaftliche Leben zu reduzieren, sie einer peinlich genauen staatlichen Kontrolle zu unterwerfen und sie für ihre Politik zu instrumentalisieren, wandten die Kommunisten eine Kombination aus Repression, Korruption und Unterwanderung der Kirchenführung an; die Öffnung der Archive hat ans Tageslicht gebracht, daß z. B. in der Tschechoslowakei zahlreiche Geistliche, darunter auch Bischöfe, Mitarbeiter der Geheimpolizei waren. Ob einige wohl glaubten, sie könnten so »das Schlimmste verhüten«?

Die erste kirchenfeindliche Verfolgung - sieht man von den »wilden Säuberungen«, z.B. der schon erwähnten, der unter anderem viele bulgarische Popen zum Opfer fielen, ab - gab es wahrscheinlich in Albanien. Primas Gaspar Thagi, der Erzbischof von Shkoder (Skutari), der unter Hausarrest gestellt worden war, kam in den Händen der Geheimpolizei ums Leben. Vingenc Prennushi, Erzbischof von Dürres (Durazzo), wurde zu dreißig Jahren Zwangsarbeit verurteilt und starb im Februar 1949, vermutlich an den Folgen von Folterung. Im Februar 1948 wurden fünf Geistliche, darunter

die Bischöfe Volaj und Gijni, der Leiter der apostolischen Delegation, zum Tode verurteilt und erschossen. Mehr als hundert Mönche und Nonnen, Priester und Seminaristen wurden hingerichtet oder starben in der Haft. Im Verlaufe dieser Verfolgungswelle wurde auch mindestens ein Muslim, der Jurist Mustafa Pipa, hingerichtet: Er hatte sich für die Franziskaner eingesetzt. Bereits hier soll darauf hingewiesen werden, daß Enver Hoxha Albanien 1967 offiziell zum ersten atheistischen Staat der Welt erklärte. Und das Nachrichtenblatt *Nendori* verkündete bei dieser Gelegenheit mit Stolz, daß alle Moscheen und Kirchen des Landes abgerissen oder geschlossen worden seien - 2169 insgesamt, darunter 327 katholische Gotteshäuser.

In Ungarn nahm die gewaltsame Auseinandersetzung des Staates mit der katholischen Kirche im Verlaufe des Sommers 1948 mit der Säkularisation der zahlreichen Konfessionsschulen ihren Anfang.[10] Im Juli wurde fünf Priestern der Prozeß gemacht, weitere folgten im Herbst. Der unbeugsame Primas von Ungarn, der Kardinal József Mindszenty, wurde am 26. Dezember 1948, am zweiten Weihnachtsfeiertag, festgenommen und am 5. Februar 1949 zu lebenslanger Haft verurteilt; mit Hilfe von »Komplizen« soll er angeblich ein »Komplott gegen die Republik« geschmiedet und in diesem Zusammenhang auch Spionage betrieben haben usw. - dies alles natürlich im Auftrag »imperialistischer Mächte«, in erster Linie der Vereinigten Staaten. Ein Jahr später hatten die Machthaber die meisten Klöster beschlagnahmt und die Mehrzahl der 12000 Mönche und Nonnen aus ihnen vertrieben. Im Juni 1951 widerfuhr dem Vorsitzenden des ungarischen Episkopats und engen Vertrauten von Mindszenty, Monsignore Grósz, dem Erzbischof von Kalocza, das gleiche Schicksal wie seinem Primas. Die Verfolgung der Kirchen und religiösen Orden in Ungarn betraf aber nicht nur die Katholiken. Auch die calvinistische und die lutherische Kirche, die weit weniger Gläubige zählten, hatten unter ihren Bischöfen und Pfarrern Opfer zu beklagen, z. B. Bischof László Ravasz, eine herausragende Persönlichkeit des Calvinismus.

In der Tschechoslowakei versuchten die Machthaber ähnlich wie in Ungarn, innerhalb der katholischen Kirche eine Gruppe von Dissidenten ausfindig zu machen, die zur Kollaboration mit dem Staat bereit war. Als ihnen dies aber nur mit Einschränkungen gelang, gingen sie zur nächsten Stufe der Repression über. Im Juni 1949 wurde Jósef Beran, der Erzbischof von Prag, der bereits 1942 unter den Nazis in den Lagern Terezin (Theresienstadt) und Dachau inhaftiert gewesen war, unter Hausarrest gestellt und interniert. Im September 1949 wurden einige Dutzend Vikare festgenommen, die gegen das neue Kirchengesetz protestierten. Am 31. März 1950 begann in Prag ein Prozeß gegen hohe Ordensgeistliche, denen die Anklage Spionage im Auftrag des Vatikan und ausländischer Mächte, Anlage von Waffendepots sowie Vorbereitung eines Staatsstreiches vorwarf; der Redemptorist Mastijak, Rektor der theologischen Fakultät, wurde zu lebenslänglicher Haft verteilt, die übrigen Angeklagten erhielten zusammen 132 Jahre Gefängnis.

In der Nacht vom 13. auf den 14. April 1950 fand eine großangelegte Aktion gegen Klöster statt, die vom Innenministerium wie eine Militäroperation vorbereitet worden war; die Mehrheit der Ordensgeistlichen wurde vertrieben oder in Haft genommen. Zur gleichen Zeit stellte die Polizei die Bischöfe unter Hausarrest und sorgte dafür, daß sie keinen Kontakt mit der Außenwelt aufnehmen konnten.

Im Frühjahr 1950 ordnete das Regime in der östlichen Slowakei die Auflösung der griechisch-katholischen (unierten) Kirche an, die in Zukunft der orthodoxen Kirche angegliedert sein sollte - nach dem gleichen Muster hatte sich dies bereits 1946 in der sowjetischen Ukraine abgespielt. Geistliche, die sich damit nicht einverstanden erklärten, wurden entweder interniert oder aus ihrer Pfarrei vertrieben. Der Erzpriester im sowjetischen Siedlungsgebiet der Ruthenen, József Csati, wurde nach einem manipulierten Prozeß ins sibirische Lager Workuta deportiert, wo er von 1950 bis 1956 in Haft blieb.

Die Unterdrückung der Kirchen wurde von der Leitung der KP der Tschechoslowakei geplant und überwacht; im September 1950 gab die Parteiführung ihre Zustimmung zur politischen Konzeption einer Serie von Prozessen gegen Katholiken, die am 27. November 1950 in Prag begann; gegen neun enge Vertraute des Episkopats, an deren Spitze Stanislav Zela stand, der Generalvikar von Olomouc, ergingen harte Strafen. Und am 15. Januar 1951 endete in Bratislava, der Hauptstadt der Slowakei, ein Prozeß gegen drei Bischöfe, von denen einer der griechisch-katholischen Kirche angehörte. Alle Angeklagten dieser beiden »Prozesse gegen Agenten des Vatikan in der Tschechoslowakei« (so die damals übliche Bezeichnung) wurden zu Haftstrafen verurteilt, die von zehn Jahren bis lebenslänglich reichten. Diese Serie schloß im Februar 1951 mit weiteren Prozessen ab, die neben anderen auch wieder Personen der Umgebung der Bischöfe betrafen. Aber die Unterdrückung war damit keineswegs zu Ende. Der Bischof von Litomefice in Zentralböhmen, Stepan Trochta, der im Mai 1942 als Widerstandskämpfer festgenommen und bis Ende des Krieges in den Konzentrationslagern von Terezin (Theresienstadt), Mauthausen und Dachau inhaftiert gewesen war, wurde sogar noch im Juli 1954 zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Planer und Ausführenden all dieser Unterdrückungsmaßnahmen versuchten nicht nur, die Kirchenhierarchie ihrer Führungsspitze zu berauben, sie gingen auch mit Nachdruck gegen christliche Intellektuelle vor. Ruzena Vackova, eine Widerstandskämpferin, Professorin für Kunstgeschichte an der Prager Karlsuniversität, wurde im Juni 1952 verurteilt und blieb bis 1967 in Haft; sie genoß unter den politischen Gefangenen großes Ansehen. Die beiden Prozesse des Jahres 1952 sollten die katholische Elite und die katholischen Intellektuellen besonders hart treffen. Der zweite fand im Juli in Brno, der Hauptstadt Mährens, statt und stellt vermutlich den größten politischen Prozeß gegen Literaten in der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts dar.

Das »Geständnis« eines Katholiken

Der Tscheche Bedfich Fucik, ein bedeutender katholischer Intellektueller, der nur wenig Respekt vor seinen Kirchenoberen hatte, wurde im Frühjahr 1951 verhaftet und 1952 in Brno in einem großen Schauprozeß zu 15 Jahren Haft verurteilt; 1960 kam er durch eine Amnestie frei. Während der Verhöre wurde er körperlich gefoltert. Eines Tages, nachdem er seinen Peinigern sieben Stunden lang nur ausweichende Antworten gegeben hatte - »nichts«, »ich weiß nicht«, »niemand« -, brach er zusammen und begann zu »gestehen«. »Lassen sie mich in Ruhe, ich bitte sie«, sagte er zu den Ermittlern, »ich kann heute nicht, heute ist der Jahrestag des Todes meiner Mutter.« Vor Prozeßbeginn ließ man ihn eine ganze Woche lang Antworten auf vorbereitete Fragen auswendig lernen, die er vor dem Gericht wiedergeben sollte. Er wog noch 48 Kilo (61 waren es vor seiner Verhaftung gewesen) und befand sich in einem sehr schlechten Gesundheitszustand.

Hier einige Auszüge aus seinen Gesprächen mit Karel Bartosek, die zwischen 1978 und 1982 in Prag geführt wurden:

»War Ihnen bewußt, daß Sie in dem Gerichtsverfahren an einer Komödie, einem Schauspiel teilnahmen?

- Ja. Ich wußte es schon lange im voraus.

- Aber warum haben Sie bei dieser Komödie mitgemacht? Sie, ein katholischer Intellektueller, Sie akzeptierten, daß Ihre Peiniger einen stalinistischen Prozeß inszenierten ...

- Das ist die bedrückendste Erinnerung, die mir aus der Zeit der Haft geblieben ist ... den Hunger, die Kälte, die Zelle ... die furchtbaren Kopfschmerzen, als ich nichts mehr sehen konnte ... all das kann man vergessen ... natürlich bleibt es irgendwo, tief im Gedächtnis, präsent. Aber was ich niemals vergessen werde, was das Schrecklichste ist und was mich nie mehr verlassen wird, das ist die Tatsache, daß da plötzlich zwei Wesen in mir waren ... Zwei Personen. Ich, die erste Person, der Mensch, der ich immer war, und Ich, die zweite Person, die zur ersten sagt: ›Du bist ein Verbrecher, du hast das und das gemacht. ‹ Und die erste verteidigt sich. Und dann führen sie einen Dialog, diese beiden Personen in mir, es findet eine völlige Verdoppelung der Identität statt, wobei einer den anderen ununterbrochen erniedrigt: ›Nein, du sagst nicht die Wahrheit! Das ist nicht wahr!‹ Und der andere antwortet: ›Doch, es ist wahr! Ich habe es unterschrieben, ich habe ...‹

- Sie sind nicht der einzige, der ›gestanden‹ hat. Viele haben ›gestanden‹. Alles Männer, Persönlichkeiten, die von ihrer körperlichen Verfassung und geistigen Struktur ganz verschieden waren, einzigartig, und doch haben sie alle sich unter diesen Umständen gleich oder sehr ähnlich verhalten: Sie haben sich der Inszenierung eines großen Schauspiels unterworfen, sie haben bei einer Komödie mitgewirkt, sie haben vorgegebene Rollen gelernt. Ich habe schon viele Kommunisten nach den Gründen für ihr »Geständnis«, ihren Zusammenbruch, ihr Aufgeben befragt. Sie jedoch sind ein Mensch, der eine ganz andere Weltanschauung besitzt. Warum ist Ihnen das passiert? Warum haben Sie mit dem System der Henker kollaboriert?

- Ich konnte mich gegen ihre Gehirnwäsche nicht verteidigen, weder see-

lisch noch körperlich. Ich habe aufgegeben. Ich habe ihnen doch den Augenblick beschrieben, als ich innerlich kapituliert habe. [Mein Gesprächspartner wird immer erregter, beinahe schreit er.] Danach habe ich aufgehört zu existieren ... Für mich bedeutet dieser Zustand der Nicht-Existenz die größte Demütigung, das schlimmstmögliche Scheitern des Menschen, es ist, als ob mein innerstes Wesen zerstört worden sei; und ich selbst war derjenige, der das getan hat.«

Einem ähnlichen Szenario folgte die Unterdrückung der Kirchen in den Balkanstaaten. In Rumänien begann die Auflösung der griechisch-katholischen (unierten) Kirche, der nach der orthodoxen die meisten Gläubigen angehörten, im Herbst 1948; die orthodoxe Kirche sah hierbei schweigend zu, denn ihre Führung hatte sich im großen und ganzen mit dem Regime arrangiert, was aber nicht die Schließung zahlreicher Gotteshäuser und die Inhaftierung einiger Popen verhinderte. Im Oktober waren alle unierten Bischöfe verhaftet. Die griechisch-katholische Kirche wurde am 1. Dezember 1948 offiziell verboten; sie zählte damals 1 573 000 Gläubige (bei einer Bevölkerung von 15 Millionen), 2498 Gotteshäuser und 1733 Priester. Die Machthaber konfiszierten ihr Eigentum, schlossen sämtliche Kathedralen und Kirchen, verbrannten zum Teil ihre Bibliotheken; 1400 Priester (600 alleine im November 1948) und etwa 5000 Gläubige wurden in Haft genommen, 200 von ihnen im Gefängnis ermordet.

Ab dem Mai 1948 traf die Verfolgung mit der Verhaftung von 92 Priestern auch die römisch-katholische Kirche mit ihren 1250000 Gläubigen. Die Machthaber schlossen die katholischen Schulen und beschlagnahmten karitative und medizinische Einrichtungen. Im Juni 1949 wurden mehrere Bischöfe der römisch-katholischen Kirche verhaftet, im darauffolgenden Monat ihre Ordensgemeinschaften verboten. Die Unterdrückung dieser Kirche erreichte im September 1951 mit einem großen Prozeß vor dem Militärgericht in Bukarest ihren Höhepunkt; mehrere Bischöfe und Laien wurden als »Spione« abgeurteilt.

Von einem heimlich ordinierten griechisch-katholischen Bischof, der 15 Jahre im Gefängnis verbrachte und danach als einfacher Arbeiter beschäftigt war, stammt folgender Bericht:

»Viele Jahre lang haben wir im Namen von Petrus Folter, Schläge, Hunger, Kälte, die Konfiszierung unseres Eigentums, Verachtung und Spott ertragen. Wir küßten unsere Handfesseln, unsere Ketten und die Eisengitter unserer Zelle, als ob es sich um sakrale Gegenstände handele, wir achteten unsere Gefängniskleidung wie ein Priestergewand. Wir waren entschlossen, unser Kreuz zu tragen, obwohl man uns unaufhörlich die Freiheit, Geld und ein sorgenfreies Leben als Lohn für eine Absage an Rom anbot. Unsere Bischöfe, Priester und Gläubigen wurden zu insgesamt mehr als 15 000 Jahren Haft verurteilt, und sie haben mehr als 1000 davon verbüßt. Sechs Bischöfe

kamen für ihre Treue zu Rom hinter Gitter. Und trotz all dieser blutigen Opfer hat unsere Kirche heute wieder ebenso viele Bischöfe wie zu der Zeit, als Stalin und der orthodoxe Patriarch Justinian triumphierend ihren Tod verkündeten.[20]«

Die »kleinen Leute« und das Lagersystem

Die Geschichte aller Diktaturen, auch der kommunistischen, hat viele Facetten. In ihrer Entstehungsphase wurden sie in Mittel- und Südosteuropa nicht selten von der Bevölkerung nachdrücklich unterstützt, was sich teilweise mit den Hoffnungen erklärt, die die Zerschlagung der Naziherrschaft weckte, aber auch mit dem unbestreitbaren Geschick der kommunistischen Führer zusammenhängt, Illusionen und Fanatismus zu schüren, denen wie immer und überall als erstes die Jugend zum Opfer fiel. So konnte z. B. der Linksblock, der in Ungarn auf Initiative der bei den Wahlen zunächst in der Minderheit gebliebenen Kommunisten gebildet wurde, im März 1946 eine gewaltige Demonstration mit über 400000 Teilnehmern organisieren...

Die kommunistischen Regime, die die Zügel der Macht übernahmen, versprachen anfangs Hunderttausenden Menschen aus benachteiligten Bevölkerungsgruppen soziale Verbesserungen. In der Tschechoslowakei, einem hochindustrialisierten Land, wo in den tschechischen Landesteilen beinahe 60% der Bevölkerung und in der Slowakei 50% der Arbeiterklasse angehörten, übernahmen 200 000 bis 250 000 Arbeiter, überwiegend Mitglieder der KP, die Positionen derjenigen, die den Säuberungen zum Opfer gefallen waren, oder traten in einen der verschiedenen Partei- und Staatsapparate ein. Millionen von Kleinbauern und Landarbeitern profitierten in den Ländern Mittel- und Südosteuropas direkt nach dem Krieg von Bodenreformen und der Verteilung von Großgrundbesitz (der zum Teil von der katholischen Kirche stammte), kleine Ladeninhaber und Handwerker auch von dem konfiszierten Eigentum der vertriebenen Deutschen.

Das Glück der einen, das so aus dem Unglück der anderen erwuchs, sollte sich nicht selten als sehr kurzfristig erweisen. Denn die bolschewistische Lehre verlangte die Aufhebung jeglichen Privatbesitzes und die endgültige Enteignung seiner Inhaber. Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges speiste sie sich zusätzlich aus theoretischen Forderungen, die eine »Intensivierung des Klassenkampfes« und den »offensiven Klassenkampf« propagierten. Seit 1945 betrieben die neuen Regime die Verstaatlichung von Großunternehmen, was häufig mit der angeblich notwendigen Enteignung von »Deutschen, Verrätern und Kollaborateuren« gerechtfertigt wurde. Nach der Sicherung des Machtmonopols kamen die Kleinbauern, Händler und Handwerker an die Reihe. Die Inhaber kleiner Werkstätten oder bescheidener Läden, die niemals jemanden ausgebeutet hatten, höchstens sich selbst und ihre eigene Familie, hatten nun allen Grund, unzufrieden zu sein. Nicht anders die Klein-

bauern, die ab 1949/50 unter dem Druck der sowjetischen Führung in die Zwangskollektivierung ihres Grundbesitzes getrieben wurden. Und ebenso die Arbeiter, vor allem in den Industriezentren, deren Lebensstandard durch verschiedene Maßnahmen im Sinken begriffen war oder die in der Vergangenheit bereits errungene soziale Besitzstände wieder verloren.

Unzufriedenheit breitete sich aus, und die sozialen Spannungen wurden größer. Die Arbeiter brachten ihren Unmut schließlich nicht nur in Worten und durch Resolutionen zum Ausdruck, sondern griffen auch zu nachdrücklicheren Kampfformen: Streiks und Demonstrationen. Im Sommer 1948, nur wenige Monate nach dem »siegreichen Februar«, gab es in 15 tschechischen und mährischen sowie drei slowakischen Städten Arbeitsniederlegungen, bei denen es teilweise auch zu Kundgebungen kam. Ende 1951 kam es zu »Rückfällen« mit Streiks in allen Industriegebieten des Landes, Protestversammlungen in den Fabriken und Demonstrationen (in Brno gingen zwischen 10000 und 30000 Menschen auf die Straße). Schließlich eskalierten Anfang Juni 1953 die Proteste gegen die Währungsreform mit Streiks und Arbeitsniederlegungen in Dutzenden Großbetrieben, wiederum begleitet von Demonstrationen, in Plzeň zu einer Straßenschlacht. 1953 wurden 472 Streikende und Demonstranten festgenommen. Die Führung der tschechoslowakischen KP drang darauf, umgehend die Teilnehmer der Protestveranstaltungen in Listen zu erfassen, »sie zu isolieren und in Arbeitslagern zu internieren«.

Auch die Bauern revoltierten gelegentlich. Ein Teilnehmer der rumänischen Bauernproteste vom Juli 1950 erzählt, wie man sich vor dem Gebäude der KP versammelte, mit leeren Händen, und wie ein kommunistischer Aktivist aus einem Revolver das Feuer auf sie eröffnete. »Darauf sind wir mit Gewalt in das Parteigebäude eingedrungen«, berichtet er, »haben die Porträts von Stalin und Gheorghe-Dej heruntergerissen und sie mit Füßen getreten. [...] Schließlich ist die Verstärkung eingetroffen. Zuerst die Polizisten aus dem Dorf [...] Unser Glück war, daß Maria Stoian, ein junges Mädchen, in der Telefonzentrale die Kabel durchgeschnitten und die Glocken geläutet hatte. Die Bolschewiken schössen nach ihr, soviel sie nur konnten. [...] Und dann ist am Vormittag, gegen 10 Uhr glaube ich, die Securitate mit Maschinengewehren und allen möglichen schweren Waffen angerückt. Frauen und alte Leute sind auf die Knie gefallen. ›Schießt nicht auf uns und unsere Kinder. Auch ihr habt doch Kinder und Eltern. Wir sterben vor Hunger, wir haben uns versammelt, um zu fordern, daß man uns nicht unser Getreide wegnimmt.‹ Der Oberleutnant Stánescu Martin gab Befehl, das Feuer zu eröffnen.« Der Autor dieses Berichts wurde verhaftet, gefoltert und zur Zwangsarbeit deportiert; er kam erst 1953 wieder frei.[21]

Die kommunistischen Regime, die die fundamentalen Freiheiten und Rechte ihrer Bürger mit Füßen traten, werteten jegliche Äußerung von Unzufriedenheit als »politisch« und »staatsfeindlich«. Und ihre Führer setzten die Verfolgungsmaßnahmen bewußt dazu ein, um ein gesellschaftliches Kli-

ma zu erzeugen, das Karel Kaplan als »Psychologie der Angst« bezeichnet und das sie als »Stabilisierungsfaktor« des Regimes begriffen.

In den Jahren 1949 bis 1954 waren Millionen Menschen von Verfolgung betroffen, unter der nicht nur diejenigen zu leiden hatten, die in den Gefängnissen saßen, sondern auch deren Familienangehörige. Die Erscheinungsformen der Repression waren vielfältig, z. B. gehören auch all jene zu ihren Opfern, die zwangsweise aus Budapest, Sofia, Prag oder Bukarest aufs Land »umgesiedelt« wurden. Im Sommer 1951 traf dieses Schicksal auch 14000 Budapester Juden, die den Holocaust überlebt hatten und die die zahlenstärkste jüdische Minderheit darstellten, die noch in Mitteleuropa existierte. Denken wir auch an die Familien der Emigranten, die Studenten, die von ihrer Fakultät vertrieben wurden, die Hunderttausende Menschen, die als »politisch verdächtig« oder »staatsfeindlich« in den Listen erfaßt wurden, die seit 1949 von den Sicherheitsbehörden zusammengestellt und ständig aktualisiert wurden.

Das Meer der Leiden war uferlos, und die Flüsse, die es speisten, führten ständig Hochwasser. Nachdem man die führenden Vertreter der nichtkommunistischen Parteien ausgeschaltet und die Bürgergesellschaft zerstört hatte, kamen die »kleinen Leute« an die Reihe. In den Betrieben sah man nun jede »Störung der Ordnung« als »schwere Sabotage« an und bestrafte sie mit Hilfe der »Klassenjustiz«. Genauso erging es auf den Dörfern vielen, die bei ihren Mitbewohnern hohes Ansehen genossen, weil sie über Kenntnisse und Erfahrungen verfügten, die sie sich über Jahrzehnte angeeignet hatten, und die sich nun oft der Zwangskollektivierung nach dem Vorbild der »erfolgreichsten Landwirtschaft der Welt« widersetzten. Millionen Menschen mußten schließlich begreifen, daß die Versprechungen, die viele von ihnen zu Parteigängern der Kommunisten gemacht hatten, nur taktische Lügen gewesen waren. Einige fanden den Mut, ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck zu bringen.

Bislang liegen keine genaueren Untersuchungen über die gesellschaftliche Dimension der Unterdrückung und die Verfolgung der »kleinen Leute« vor. Zuverlässige statistische Daten gibt es nur für die tschechischen Landesteile und die Slowakei, wo die Archive nicht nur geöffnet, sondern bereits ausgewertet wurden. Für die meisten anderen Länder müssen wir uns mit den Berichten von Journalisten und Zeugenaussagen begnügen, die jedoch glücklicherweise seit 1989 sehr zahlreich vorliegen.

In der Tschechoslowakei waren bereits Mitte 1950 von allen Personen, die wegen »Verbrechen gegen den Staat« einsaßen, 39,1 % vor ihrer Verhaftung Arbeiter gewesen; kleine Büroangestellte, die häufig Opfer von Säuberungswellen in der Administration wurden, hielten mit 28% den zweiten Platz. 1951-1952 waren unter allen von den staatlichen Sicherheitsbehörden verhafteten Personen ungefähr die Hälfte Arbeiter; die Bauern belegten dicht hinter den Büroangestellten den dritten Platz in dieser Rangliste.

Dem Bericht »über die Aktivität der Gerichte und der Staatsanwalt-

schaft« für das Jahr 1950 können wir darüber hinaus entnehmen, daß die Verurteilungen wegen »minderschwerer Vergehen gegen die Republik« (Anstachelung zur Rebellion, Verbreitung falscher Nachrichten, Sabotage in weniger schweren Fällen usw.), die in den tschechischen Gebieten von Bezirksgerichten abgehandelt wurden, zu 41,2% Arbeiter und zu 17,7% Bauern betrafen; in der Slowakei lauteten diese Zahlen entsprechend 33,9% und 32,6%. Weniger bedeutend war die Zahl der Arbeiter und Bauern, die in einer der »großen Affären« vor dem Staatsgericht verurteilt wurden; dennoch war auch hier die Arbeiterklasse, wenn man die Landarbeiter mit einrechnet, sehr stark vertreten, und insgesamt war die Unterschicht (einschließlich der Bauern) auch in diesen Fällen von 28,8% aller Urteile, 18,5% der Todesurteile und 17,6% der lebenslangen Haftstrafen betroffen.

Ähnlich war es in den anderen Ländern bestellt, nur daß es manchmal auch die Bauern waren, die den ersten Platz unter den Opfern der Unterdrückung einnahmen. Die stetig steigende Zahl »kleiner Leute« in den Haftanstalten war vermutlich einer der Auslöser für die Ausdehnung der Lager und den Ausbau jenes *YJL-Systems,* das die Barbarei der kommunistischen Regime wohl am stärksten kennzeichnet. Gefängnisse reichten nicht mehr aus, um eine so große Anzahl von Häftlinge aufzunehmen, so daß die Machthaber mit der Schaffung eines eigenen Lager-Archipels auch in diesem Punkt auf die Erfahrungen der Sowjetunion zurückgriffen.

Bolschewismus und Nationalsozialismus haben im 20. Jahrhundert durch die Errichtung eines Lagersystems auch in Friedenszeiten die Geschichte der Unterdrückung um einen neuen Aspekt bereichert. Bevor zuerst der Gulag und dann das KZ-System entstand, gehörten Lager zu den »Mitteln der Unterdrückung und Aussonderung in Kriegszeiten«, wie Annette Wieviorka 1997 in der Einleitung einer Dokumentation zu diesem Thema in der Zeitschrift *Vingtieme Siede* schreibt. Während des Zweiten Weltkriegs breitete sich über den ganzen europäischen Kontinent ein KZ-System aus, so daß schließlich die Landkarte vom Ural bis zu den Pyrenäen mit Lagern aller Art überzogen war. Viele von ihnen behielten auch nach der Niederlage Deutschlands und seiner Verbündeten ihre Funktion.

Hitlers faschistische und diktatorische Bündnispartner hatten in ihren Ländern jeweils ein eigenes Lagersystem aufgebaut. Die rechtsgerichtete Regierung Bulgariens hatte außer einem Internierungslager auf der kleinen Schwarzmeerinsel St. Anastasia vor Burgas die Lager von Gonda Voda und Belo Pole eingerichtet, in denen politische Gegner inhaftiert waren. Die populistischen Machthaber der Slowakei ließen zwischen 1941 und 1944 in der Nähe von Baustellen, auf denen man Arbeitskräfte benötigte, 15 »Strafarbeitslager« für angeblich »asoziale Elemente« errichten, womit in der Hauptsache Roma gemeint waren. In Rumänien baute das diktatorische Regime unter Marschall Antonescu z.B. in Tirgu-Jiu Lager für politische Gefangene, andere, im Gebiet zwischen Dnjestr und Bug, dienten der Rassenverfolgung.

Nach Kriegsende gab es also zahlreiche funktionsfähige Lager, die nun

teils als Übergangslager die Menschenmassen der neu einsetzenden Deportationswellen aufnehmen mußten (wie wir im Falle Ungarns gesehen haben) oder die man als Internierungslager für Personen nutzte, die im Verdacht standen, mit den Nazis kollaboriert zu haben; so z.B. Buchenwald und Sachsenhausen, zwei berüchtigte Konzentrationslager der Nazizeit, die nun in der sowjetisch besetzten Zone in Ostdeutschland lagen.

Die Machthaber internierten ihre politischen Gegner nach 1945 teils aber auch in neu entstehenden Lagern. Den Vorreiter scheint hier Bulgarien gemacht zu haben, wo bereits 1945 per Erlaß der Polizei erlaubt wurde, Arbeitslager zur Umerziehung einzurichten (die man in Bulgarien TVO nannte); Hunderte Menschen, unter ihnen viele Anarchisten, wurden ins Lager Kutsian in der Nähe des großen Bergbaugebiets von Pernik gebracht, das man bereits damals »Sanfter Tod« nannte, auch nach Bobov Dol oder Bogdanov Dol, von den Häftlingen »Lager der Schatten« getauft. Diese Lager wurden unter Berufung auf detailliertes Dokumentationsmaterial von französischen Anarchisten bereits im März 1949 als »bolschewistische Konzentrationslager« bezeichnet.[22]

Der »Archipel Gulag« Mittel- und Südosteuropas, um den Ausdruck des russischen Schriftstellers Alexandr Solschenizyn aufzugreifen, bildete sich um 1949/50 heraus. Wer heute die Geschichte dieser Lager erforschen will, kann sich leider nicht auf eine solche Vielzahl von Arbeiten und Zeugenaussagen stützen, wie wir sie über die Nazilager besitzen. Wir müssen dies trotzdem versuchen, nicht nur, um unsere Kenntnisse über die besondere Natur der kommunistischen Regime zu vertiefen, sondern auch aus Respekt vor dem Andenken der Opfer der Willkürherrschaft in diesem Teil Europas.

Es scheint, daß die Lager *als System* zunächst eine ökonomische Funktion erfüllten, wie dies ja auch durch die besser erforschte Geschichte des sowjetischen Gulag nahegelegt wird. Natürlich waren diese Einrichtungen auch geschaffen worden, um gewisse Personen zu isolieren und zu bestrafen. Aber ein Blick auf die Karte der kommunistischen Lager genügt, um uns davon zu überzeugen, daß die Regime sie bevorzugt dort anlegten, wo disziplinierte und billige Arbeitskräfte in großer Zahl benötigt wurden. Diese modernen Sklaven mußten zur Verherrlichung der neuen Pharaonen anstelle von Pyramiden Kanäle, Talsperren, Fabriken und andere Bauwerke errichten oder in Bergwerken Kohle und Uran fordern. Ist es unter diesen Voraussetzungen nicht vorstellbar, daß sich die Auswahl der Opfer sowie das Ausmaß und der Rhythmus der Repressionswellen auch nach »Gefangenenbestellungen« richtete, die sich aus dem Arbeitsbedarf auf den Großbaustellen und in den Gruben ergaben?

In Ungarn und Polen wurden die Lager um die Steinkohlebecken herum angelegt. In Rumänien entstanden sie hauptsächlich entlang des Donau-Schwarzmeer-Kanals und im Mündungsgebiet der Donau; der größte und bedeutendste Komplex, zu dem die Lager Cernavoda, Medgidia, Valea Nagrã und Basarabi gehörten, wurde nach dem Hauptsitz dieses kleinen

Archipels Poárta Alba genannt. Auch Orte wie Periprava, Chilia Veche, Stoeneşti und Tátaru, die zu den Lagern im Donaudelta gehörten, haben sich ins Gedächtnis eingegraben. Der Donau-Schwarzmeer-Kanal wurde nicht ohne Grund »Kanal des Todes« genannt. Bei der Zwangsarbeit auf dieser berüchtigten Baustelle starben neben vielen sogenannten »verdächtigen Elementen« vor allem Bauern, die sich der Kollektivierung widersetzt hatten. In Bulgarien schürften die Häftlinge des Lagers Kutsian im Tagebau nach Eisenerz, in Boukhovo wurde Uran abgebaut und in Belene verstärkten sie die Deiche der Donau. In der Tschechoslowakei wurde ein Großteil der Lagerbevölkerung um die Uranminen in der Gegend von Jáchymov in Westböhmen und im Kohlebecken von Ostrava in Nordmähren konzentriert.

Warum aber nannte man diese Gefangenenlager »Arbeitslager«? Kann den Verantwortlichen entgangen sein, daß über dem Eingang der nationalsozialistischen KZs die Inschrifft *Arbeit macht frei* prangte? Die Lebensbedingungen in diesen Haftanstalten waren vor allem in der Zeit von 1949 bis 1953 außerordentlich hart, und die tägliche Zwangsarbeit hatte nicht selten die völlige Erschöpfung der Häftlinge zur Folge.

Nach und nach wird die genaue Anzahl der Gefängnisse und Lager bekannt. Schwieriger ist es, festzustellen, wie viele Menschen in ihnen festgehalten wurden. Für Albanien verzeichnet die von Odile Daniel erarbeitete Karte 19 Lager und Gefängnisse. Die Karte des »bulgarischen Gulag«, die nach 1990 entstanden ist, enthält 86 Einrichtungen, durch die zwischen 1944 und 1962 nach Angaben, die der Verband der ehemaligen politischen Gefangenen nach 1989 gemacht hat, 187000 Personen gegangen sind. In dieser Berechnung wurden nicht nur die Verurteilten berücksichtigt, sondern auch diejenigen Personen, die ohne Gerichtsverfahren in die Lager kamen, sowie alle Häftlinge, die auf den Polizeistationen nicht selten über Wochen festgehalten wurden, wovon zumeist Bauern betroffen waren, die man durch diese Beugehaft dazu bringen wollte, sich einer landwirtschaftlichen Genossenschaft anzuschließen. Nach anderen Schätzungen sollen zwischen 1944 und 1953 ungefähr 12000 und zwischen 1956 und 1962 ungefähr 5000 Personen in den Lagern gesessen haben.

In Ungarn sind zwischen 1948 und 1953 mehrere hunderttausend Menschen verfolgt worden, und nach verschiedenen Schätzungen kam es zu 700 000 bis 860 000 Verurteilungen. In den meisten Fällen handelte es sich dabei um »Vergehen an Staatseigentum«. Wie in anderen Ländern muß man zu diesen Zahlen noch die außergerichtlichen Haftanweisungen hinzurechnen, die von der politischen Polizei veranlaßt wurden. In der Deutschen Demokratischen Republik scheint es vor der Errichtung der Mauer an der Westgrenze über die im vorigen Kapitel bereits erwähnten Häftlinge hinaus nur wenige »neue« politische Gefangene gegeben zu haben.

Für Rumänien schwanken die Schätzungen über die inhaftierten Personen für die gesamte Zeit der kommunistischen Herrschaft zwischen 300 000 und einer Million, wobei letztere Zahl vermutlich nicht nur politische Häftlinge,

sondern auch verurteilte Kriminelle erfaßt (die Unterscheidung zwischen diesen beiden Bereichen ist nicht selten schwierig, z.B. für den Vorwurf des »Parasitentums«). Was die rumänischen Lager betrifft, so schätzt der englische Historiker Dennis Deletant die Zahl ihrer Insassen auf 180000 zu Beginn der fünfziger Jahre. Für die Tschechoslowakei geht man heute davon aus, daß es im Zeitraum von 1948 bis 1954 etwa 200000 politische Gefangene gab. Auf eine Gesamtbevölkerung von 12,6 Millionen kamen 422 Lager und Gefängnisse. Die Zahl der Gefangenen enthält nicht nur die Personen, die aufgrund eines Gerichtsurteils einsaßen, sondern auch alle, die ohne Verfahren bzw. aufgrund von Willkürakten lokaler Behörden in den Lagern interniert waren.

In allen diesen Ländern gab es ein ähnliches System von Haftanstalten, was nur natürlich ist, da sie alle vom gleichen Vorbild, der Sowjetunion, inspiriert waren, deren Berater ja auch überall ihren Aufbau überwachten. Manche Länder jedoch, insbesondere die Tschechoslowakei, Rumänien und Bulgarien, haben die Geschichte und Entwicklung dieser Lager auch um eigenständige Varianten bereichert.

Die Tschechoslowakei tat sich dabei besonders durch ihre perfektionistische Bürokratie hervor; einige Wissenschaftler vermuten, daß die traditionelle Schwerfälligkeit des Verwaltungsapparats der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie sich in diesem Land auch unter den Kommunisten noch bemerkbar gemacht hat. Die Machthaber stützten sich auf von ihnen selbst erlassene Sondergesetze, wie z. B. das Gesetz Nr. 247 vom 25. Oktober 1948, mit dem die Einrichtung sogenannter TNP *(tábory nucene práce:* Zwangsarbeitslager) beschlossen wurde, in denen Personen zwischen 18 und 60 Jahren für drei Monate bis zu zwei Jahren »erzogen« werden sollten, wobei die Aufenthaltsdauer auch abgekürzt werden oder aber sehr viel länger ausfallen konnte. Das Gesetz zielte auf Straftäter, sogenannte »arbeitsunwillige« Personen und alle, deren »Lebenswandel eine Umerziehung erfordert«. Durch das Strafgesetz Nr. 88 vom 12. Juli 1950 war es möglich, jeden in ein solches TNP einzuweisen, der z. B. gegen den »Schutz der Land- und Forstwirtschaft« verstoßen oder sich einer »feindseligen Haltung gegenüber der demokratischen Ordnung der Volksrepublik und ihrem Aufbau« schuldig gemacht hatte. Diese gesetzlichen Maßnahmen sollten »eine wirksame Unterdrückung des Klassenfeindes« ermöglichen, wie in ihrem Entwurf vor dem Parlament dargelegt wurde.[23]

Über die Einweisung von »Gegnern« in diese Lager entschied nach diesem Gesetz eine dreiköpfige Kommission, die zuerst von einem regionalen Volksausschuß, später von Volksausschüssen der Bezirke gebildet wurde, ab 1950 vor allem die Strafkommission dieser Ausschüsse, deren Vorsitzender der Chef der jeweiligen Sicherheitsabteilung war. Überall waren es hauptsächlich »kleine Leute«, die von den kommunistischen Machthabern in die TNP geschickt wurden, zumeist Arbeiter, wie die Forschung nach 1989 zeigte.

Im Jahre 1950 kam die kommunistische Bürokratie auf eine Idee, wie

man auch den Armeedienst als Repressionsmittel nutzen konnte: durch die PTP *(pomocny technicky prapor),* die technischen Hilfsbataillone. Wer zu diesen Bataillonen eingezogen wurde, hatte oft das gewöhnliche Alter für den Wehrdienst weit überschritten und mußte in den Bergwerken harte Arbeit verrichten; er lebte unter Bedingungen, die nicht selten denen in den Zwangsarbeitslagern glichen.

Neben der Tschechoslowakei trug auch Rumänien durch besondere Verfahren zur Bereicherung der Geschichte der Unterdrückung in Mittel- und Südosteuropa bei. Wahrscheinlich war es das erste Land auf dem europäischen Kontinent, das sich der Methode der »Gehirnwäsche« zur »Umerziehung« bediente, wie sie von asiatischen Kommunisten angewandt wurde; vermutlich wurde sie hier noch perfektioniert, bevor sie dann in Asien in großem Stil eingesetzt wurde. Das teuflische Ziel dieses Unternehmens bestand darin, die Häftlinge dazu zu bringen, sich gegenseitig zu foltern. Den Rahmen für diese neue Erfindung gab das Gefängnis von Piteşti ab, ein relativ moderner Bau, der in den dreißiger Jahren etwa 110 Kilometer vor Bukarest errichtet worden war. Ungefähr drei Jahre lang, ab Anfang Dezember 1949, fanden dort Experimente statt, die sich teils aus politischen und ideologischen, teils aus menschlichen und persönlichen Motiven ergaben. Eugen Jurcanu, ein Häftling mit faschistischer Vergangenheit, schloß ein Abkommen mit einem der Chefs der politischen Polizei Rumäniens, dem Kommunisten Alexandra Nikolski, und wurde so Anführer einer Gefangenenbewegung, die sich »Organisation der Häftlinge kommunistischer Überzeugung« (ODCC) nannte. Ihr Ziel war die Umerziehung von politischen Gefangenen durch das Studium kommunistischer Texte, kombiniert mit körperlicher und psychischer Folter. Den Kern der Umerziehungsmannschaft bildeten 15 ausgewählte Häftlinge, die zunächst mit den anderen Kontakt knüpfen und vertrauliche Informationen sammeln sollten. Nach dem Bericht des Philosophen Virgil leranca[24] vollzog sich die Umerziehung in vier Phasen.

Die Hölle von Piteşti

Die Securitate, die rumänische politische Polizei, benutzte während ihrer Verhöre die »klassischen« Foltermethoden: Prügel, Schläge auf die Fußsohlen und Aufhängen an den Füßen, mit dem Kopf nach unten. Die Grausamkeit der Foltern von Piteşti übertraf diese Methoden bei weitem. Hier wurde die ganze Bandbreite vorstellbarer und unvorstellbarer Quälereien praktiziert: verschiedene Stellen des Körpers wurden mit Zigaretten verbrannt; bei manchen Gefangenen bestand das Gesäß nur noch aus nekrösem Gewebe, so daß sich ihr Fleisch wie bei Leprakranken auflöste; manche wurden gezwungen, eine ganze Schüssel Exkremente zu essen, und wenn sie sich übergaben, so flößte man ihnen ihr eigenes Erbrochenes ein.

Die krankhafte Phantasie von Jurcanu tobte sich besonders gerne an gläubigen Studenten aus, die sich weigerten, Gott zu verleugnen. Einige von ih-

nen wurden jeden Morgen auf die folgende Weise »getauft«: Man tauchte ihren Kopf in den mit Urin und Exkrementen gefüllten Fäkalieneimer, während andere Häftlinge eine Taufformel psalmodierten. Damit der Gefolterte nicht ertrank, zog man seinen Kopf von Zeit zu Zeit heraus, und ließ ihn kurz Luft schnappen, bevor man ihn wieder in die ekelerregende Brühe steckte. Einer dieser »Täuflinge«, der regelmäßig auf diese Weise gefoltert worden war, entwickelte ein Zwangsverhalten, das etwa zwei Monate anhielt: jeden Morgen steckte er freiwillig seinen Kopf in den Eimer, zur großen Erheiterung der »Umerzieher«.

Die Priesterseminaristen wurden von Jurcanu gezwungen, an schwarzen Messen teilzunehmen, die er vor allem in der heiligen Woche und an Ostern abhielt. Die einen mußten den Chor abgeben, die anderen die Priester. Der Text der von Jurcanu vorgegebenen Liturgie war eindeutig pornographisch und verunglimpfte in niedrigster Weise das Original. Die Heilige Jungfrau wurde »die große Hure« genannt und Jesus »der Idiot, der am Kreuz gestorben ist«. Der Seminarist, der die Rolle des Priesters spielte, mußte sich vollständig entkleiden, man wickelte ihn in ein mit Exkrementen beschmiertes Tuch und hängte ihm einen Phallus um den Hals, der aus Seife und Brotteig geformt war und den man mit DDT eingepudert hatte. 1950, in der Osternacht, mußten die Seminaristen während der Umerziehung an einem solchen »Priester« vorbeiziehen, den Phallus küssen und sagen: »Christus ist wiederauferstanden.«

(Virgil Ierunca, Piteşti, laboratoire concentrationaire (1949-1952), Paris 1996, S. 59 ff.)

Die erste wurde die »äußere Demaskierung« genannt: Der Gefangene sollte seine Loyalität unter Beweis stellen, indem er gestand, was er während der Ermittlungen zu seinem Fall verschwiegen hatte, insbesondere die Verbindungen zu seinen Freunden in der Freiheit. Während der zweiten Phase, der »inneren Demaskierung«, sollte er all jene denunzieren, die ihm im Gefängnis geholfen hatten. In der dritten Phase, der »öffentlichen moralischen Demaskierung« verlangte man von dem Häftling, alles zu schmähen, was ihm etwas bedeutete ~ seine Eltern, seine Ehefrau, seine Verlobte, Gott, sofern er gläubig war, seine Freunde. Schließlich kam die vierte Phase: Der Kandidat für die Mitgliedschaft in der ODCC wurde aufgefordert, seinen besten Freund »umzuerziehen«, ihn eigenhändig zu foltern und selbst einer der Schinder zu werden. »Die Folter war der Schlüssel zum Erfolg. Sie begleitete unerbittlich die Geständnisse, über alle Phasen hinweg. [...] Man konnte der Folter nicht entgehen. Man konnte sie höchstens abkürzen, indem man sich selbst der schlimmsten Verbrechen bezichtigte. Einige Studenten wurden zwei Monate lang gefoltert; andere, die mehr ›Kooperationsbereitschaft‹ zeigten, nur eine Woche.«[25]

1952 versuchten die rumänischen Behörden erfolglos, das Experiment von Piteşti auf andere Einrichtungen zu übertragen, insbesondere auf die

Arbeitslager am Donau-Schwarzmeer-Kanal. Nachdem die geheimgehaltenen Maßnahmen durch westliche Radiosender aufgedeckt worden waren, setzte die kommunistische Führung dieser Umerziehungspraxis im August 1952 ein Ende. 1954 wurden Eugen Jurcanu und sechs seiner Komplizen zum Tode verurteilt, aber kein einziger der wirklich Verantwortlichen aus dem Polizeiapparat wurde jemals zur Rechenschaft gezogen.

Das dritte Land, das einen eigenständigen Beitrag zur Geschichte der kommunistischen Unterdrückung in Europa geleistet hat, ist Bulgarien mit seinem Lager Lowetsch. Dieses Lager entstand 1959, immerhin sechs Jahre nach dem Tod Stalins und drei Jahre nach Chruschtschows Rede auf dem XX. Parteitag der KPdSU, in der er die Stalinschen Verbrechen verurteilte, zu einer Zeit, als bereits viele Lager für politische Gefangene aufgelöst worden waren, auch in der Sowjetunion. Das Lager hatte nur für etwa 1000 Gefangene Platz und war damit nicht besonders groß, aber die Mordpraktiken der dortigen Menschenschinder zeichneten sich durch besondere Abscheulichkeit aus. Hier folterte und tötete man Menschen auf die primitivste Weise, die man sich vorstellen kann: man prügelte sie einfach mit Stöcken zu Tode.

Die Regierung richtete das Lager von Lowetsch nach der Schließung von Belene ein, dessen Name sich den Bulgaren besonders dadurch eingeprägt hat, daß man dort die Kadaver der verstorbenen und ermordeten Häftlinge den Schweinen zum Fraß vorwarf

Offiziell war das Lager Lowetsch für rückfällige Straftäter und Schwerkriminelle bestimmt. Aber die Aussagen von Zeitzeugen, die sich nach 1990 äußern konnten, belegen, daß die Gefangenen zumeist ohne Gerichtsverfahren dorthin geschickt wurden: »Sie tragen eine Hose mit westlichem Schnitt, lange Haare, Sie hören amerikanische Musik, Sie sprechen die Sprache unserer Feinde, also können Sie Kontakte mit ausländischen Touristen anknüpfen ... ab in den Knast!« Diese Logik brachte es mit sich, daß die Gefangenen in diesem Lager, in dieser Arbeits- und Besserungsanstalt, nicht selten Jugendliche waren.

Im Vorwort seines Buches, das Augenzeugenberichte von Gefangenen und ihren Familien, aber auch von Mitgliedern des Unterdrückungsapparates zusammenträgt, beschreibt Tzvetan Todorov das Leben im Lager Lowetsch folgendermaßen:

»Beim Morgenappell wählt der Polizeichef (der Staatssicherheitsfunktionär des Lagers) seine Opfer aus: Er hat die Gewohnheit, einen kleinen Spiegel aus seiner Tasche zu ziehen, den er ihnen mit den Worten reicht: »Hier, schau dich ein letztes Mal an!« Die Verurteilten erhalten dann einen Sack, in dem man am Abend ihren Leichnam ins Lager zurückbringen wird: Sie selbst müssen ihn tragen, wie Christus sein Kreuz auf den Berg Golgatha. Sie brechen zur Arbeit auf, zu einem Steinbruch. Hier werden sie von den Wachmännern zu Tode geprügelt und in den Sack gesteckt, der mit einem Stück Draht zugebunden wird. Am Abend bringen ihre Kameraden sie auf

einem Handkarren ins Lager zurück, und die Leichen werden hinter den Toiletten aufgestapelt - bis es zwanzig sind, damit der Lastwagen nicht halb leer fahren muß. Wer die Tagesnorm nicht erfüllt hat, wird während des Abendappells ausgesondert: Der wachhabende Polizist zeichnet mit seinem Stock einen Kreis auf den Boden; wer aufgefordert wird, hier hineinzutreten, wird zusammengeschlagen.«[26]

Es ist bislang nicht bekannt, wie viele Menschen genau in diesem Lager starben. Aber auch wenn es sich »nur« um einige hundert Personen handeln sollte, bleibt Lowetsch, das von den bulgarischen Behörden 1962 im Zuge der spürbaren innenpolitischen Entspannung, die 1961 einsetzte, geschlossen wurde, ein wichtiges Symbol für die Barbarei in den kommunistischen Ländern. Es liegt nahe, in diesem Zusammenhang den Begriff »balkanische Barbarei« zu verwenden, in Anlehnung an das Buch von Henri Barbusse über den Terror in den Balkanstaaten nach dem Ersten Weltkrieg; wir haben diesen Autor bereits in der Einleitung im Zusammenhang mit seinen prostalinschen Äußerungen erwähnt.

Zum Abschluß der Analyse der Unterdrückung der Nicht-Kommunisten soll unterstrichen werden, daß dieser ausgesprochene Massenterror auf keinen Fall durch den »historischen Kontext« zu rechtfertigen ist, etwa durch den Kalten Krieg, der seit 1947 die Weltpolitik bestimmte und der in den darauffolgenden Jahren, von 1950 bis 1953, mit dem »heißen« Krieg in Korea seinen vorläufigen Höhepunkt erreichen sollte. Die weit überwiegende Mehrheit der Gegner der Kommunisten in den einzelnen Ländern hatte nicht zu gewaltsamen und bewaffneten Aktionen aufgerufen. (Polen macht hier eine bemerkenswerte Ausnahme, auch in Bulgarien und Rumänien gab es vereinzelte bewaffnete Gruppierungen.) Ihre Opposition, die oft spontan und unorganisiert war, hatte stets demokratische Züge. Manche der nichtkommunistischen Politiker, die nicht emigriert waren, dachten zu Beginn, die Repression sei nur eine vorübergehende Erscheinung. Fälle von echtem bewaffnetem Widerstand waren selten; meist handelte es sich nur um die Begleichung »alter Rechnungen« zwischen Geheimdienstleuten oder um unüberlegte Einzeltaten, die eher den gewöhnlichen Kriminalfällen entsprachen, wie man sie in den Zeitungen unter »Vermischtes« findet, als daß sie einem bewußten politischen Kampf zuzurechnen waren.

Weder die Gewalt noch die Nachdrücklichkeit der oppositionellen Aktivitäten konnten also die Brutalität der Unterdrückung rechtfertigen. Wir wissen im Gegenteil heute mit großer Sicherheit, daß der »Klassenkampf« von Zeit zu Zeit »organisiert« wurde und daß die angeblichen Widerstandskreise manchmal von den Agenten der Geheimpolizei selbst inszeniert wurden. Und nicht selten geschah es, daß der »Große Manipulator« in Moskau die Dienste dieser »Agents provocateurs« dadurch belohnte, daß er sie nach getaner Arbeit liquidieren ließ.

Auch heute noch stößt man bei der Beschäftigung mit der Geschichte des Kommunismus auf eine Diskussionsströmung, die die »Berücksichtigung

des historischen Kontextes« einfordert oder den »sozialen Aspekt« dieser Bewegung hervorhebt. Aber Hegt dem nicht eine allzu ideologische Herangehensweise an die Geschichte und eine Art von »Revisionismus« zugrunde, der die Tatsachen verleugnen und sich einer unvoreingenommenen Erforschung der Wahrheit widersetzen will? Wäre es nicht sinnvoll, jene, die so argumentieren, würden sich einmal mit der sozialen Dimension der Unterdrückung beschäftigten, mit all jenen »kleinen Leuten«, die von den Kommunisten so grausam verfolgt wurden?

Die Prozesse gegen kommunistische Parteiführer

Zu den wichtigsten Kapiteln der Geschichte der Unterdrückung in Mittel- und Südosteuropa in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zählt auch die Verfolgung der Kommunisten; die internationale kommunistische Bewegung und ihre nationalen Sektionen erhoben immer wieder Klage über die »bürgerliche Justiz und Polizei«, viel mehr noch über ihre Unterdrückung durch die Faschisten und Nationalsozialisten. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß im Zweiten Weltkrieg Tausende ihrer Partei treu ergebene Kommunisten Opfer faschistischer Regime und der nationalsozialistischen Besatzer wurden.

Aber die Verfolgung der Kommunisten war mit der Errichtung von »Volksdemokratien«, die nach und nach den »Bürgerlichen Staat« durch die »Diktatur des Proletariats« ersetzten, keineswegs zu Ende.

Schon 1945 inhaftierte die politische Polizei in Ungarn Pál Demeny, József Skolnik und einige ihrer Mitstreiter. Ihrem Selbstverständnis nach waren sie Kommunisten, und als solche hatten sie geheime Widerstandsgruppen geführt, in denen sich zumeist junge Menschen und Arbeiter zusammenschlossen; in den Industriegebieten zählten diese Gruppen mehr Mitglieder als die mit Moskau verbündete kommunistische Partei. Für die moskautreue KP waren Kommunisten vom Schlage eines Demeny in erster Linie Konkurrenten, die man als »Trotzkisten« und »Abweichler« ablehnte. So widerfuhr also dem Widerstandskämpfer Pál Demeny nach der Befreiung das Schicksal derer, die er bekämpft hatte: er saß bis 1957 im Gefängnis. Schlimmer war das Los von Stefan Foriş, der seit Mitte der dreißiger Jahre Generalsekretär der rumänischen KP gewesen war: angeklagt, ein Polizeiagent zu sein, stand er seit 1944 unter Hausarrest; 1946 wurde er durch einen Schlag mit einer Eisenstange auf den Kopf getötet. Seine alte Mutter, die überall nach ihm suchte, fand man eines Tages, mit schweren Steinen um den Hals gebunden, ertrunken in einem Fluß in Transsylvanien. 1968 verurteilte Ceauçescu den politischen Mord an Foriş und seine Hintermänner.

Das Schicksal von Demeny, Foriş und anderen ist Ausdruck eines ehernen Grundsatzes: für den Unterdrückungsapparat gab es die »guten« Kommunisten, die sich in der moskautreuen Partei organisierten, und die »schlech-

ten«, die sich weigerten, den Reihen dieser Vasallenpartei beizutreten. Dieses Prinzip blieb jedoch nicht dauerhaft für alle Länder gültig, ab 1948 orientierte sich die Verfolgung der Kommunisten an einer subtileren Dialektik.

Das Informationsbüro der kommunistischen Parteien (Kominform), der im September 1947 gegründete Zusammenschluß aller regierenden kommunistischen Parteien (mit Ausnahme derjenigen Albaniens) und der beiden größten westeuropäischen kommunistischen Parteien, der französischen und italienischen, verurteilte Ende Juni den jugoslawischen Staatschef Tito und rief zu seinem Sturz auf In den darauffolgenden Monaten war ein bis dahin in der Geschichte der kommunistischen Bewegung unbekanntes Phänomen zu beobachten: das »Abweichlertum«, die Opposition gegen die Herrscher in Moskau, das Bestreben, sich autonom und unabhängig von der »Machtzentrale« zu verhalten, das bisher immer nur kleine Gruppen von Parteimitgliedern geäußert hatten, griff nun auf die staatliche Ebene über. Ein kleiner Balkanstaat, dessen kommunistische Partei, nicht zuletzt durch ihre grausamen Methoden, keinen Zweifel an ihrem Alleinvertretungsanspruch gelassen hatte, forderte das Zentrum des kommunistischen Imperiums heraus. Als sich die Lage immer mehr zuspitzte, bereicherte dies die Verfolgung von Kommunisten um eine bislang unvorstellbare Möglichkeit: Sie konnten nun in kommunistisch regierten Staaten als »Verbündete« oder »Agenten« eines anderen kommunistischen Staates unter Druck geraten.

Betrachten wir diesen historisch neuen Aspekt der Kommunistenjagd von beiden Seiten, vor allem auch von der jugoslawischen, die lange im Verborgenen geblieben war und im allgemeinen bei der geschichtlichen Darstellung der Volksdemokratien übergangen wird. Nach dem »Tito-Stalin-Bruch«, wie ihn die Zeitungen bezeichneten, herrschte in Jugoslawien größerer Mangel als während des Krieges, wie viele Zeitzeugen bestätigen. Alle Verbindungen zur Außenwelt waren von einem Tag auf den anderen unterbrochen, das Land durch die an seiner Grenze massierten sowjetischen Panzer ernsthaft bedroht. 1948/49 war die Aussicht auf einen neuen Krieg, verbunden mit einer sowjetischen Invasion, in einem Land, das erst vor so kurzer Zeit verwüstet worden war, keine verlockende Perspektive.

Auf die Verurteilung des »jugoslawischen Verrats« und auf die militärische Bedrohung reagierte die Belgrader Führung mit der »Isolierung« moskautreuer Personen, der sogenannten *informbirovtsi* (»Kominformanhänger«), also aller, die den Beschluß des Kominform von 1948 billigten. Dabei begnügte man sich nicht mit einer einfachen Internierung und der Unterbindung des Kontaktes zur Außenwelt. Die Tito-Regierung, geprägt von der bolschewistischen Lehre, griff auf Methoden zurück, wie sie ihrer politischen Kultur entsprachen: die Errichtung von Lagern. Jugoslawien verfügte über zahlreiche Inseln, und vielleicht war es eine Anspielung auf das allererste bolschewistische Lager im Solowki-Archipel, daß man eine von ihnen, Goli Otok (»Kahle Insel«), zum Hauptlager machte. Und dies war

nicht irgendein Lager, denn die hier praktizierten Methoden der Umerziehung ähnelten sehr stark denen von Piteşti in Rumänien, die man vielleicht als typisch für den Balkan ansehen muß. Hier gab es z. B. das »Spalier der Schande«, auch »warmes Kaninchen« genannt: der Neuankömmling mußte zwei Reihen von Gefangenen passieren, die auf ihn einschlugen, ihn beschimpften oder ihn mit Steinen bewarfen, wobei sie vielleicht darauf hofften, durch diesen Eifer ihre eigene Lage zu verbessern. Es fehlte auch nicht das Ritual der »Kritik und Selbstkritik«, zu dem natürlich auch das »Geständnis« gehörte.

Folter war für die Gefangenen an der Tagesordnung. Unter den vielen Quälereien wollen wir nur den »Kübel« erwähnen, bei dem man den Kopf des Gefangenen über einen Eimer voller Exkremente hielt, und den »Bunker«, eine Art Kerker in einem Graben. Aber die wohl gebräuchlichste Methode, zu der die Aufseher und »Umerzieher« griffen, war das Steineklopfen, für das es auf dieser felsigen Adriainsel nicht an Material fehlte, eine Schinderei, die auch in den Nazilagern sehr verbreitet gewesen war. Und um die Demütigung der Zwangsarbeiter auf den Gipfel zu treiben, wurde der Schotter anschließend ins Meer gekippt...

Die Verfolgung von Kommunisten in Jugoslawien, wie sie in den Jahren 1948 und 1949 zum Ausbruch kam, ist wahrscheinlich eine der massivsten Unterdrückungsmaßnahmen dieser Art gewesen, die Europa bis zu jenem Zeitpunkt kennengelernt hatte. Sie steht in einer Reihe mit den Vorgängen in der Sowjetunion während der zwanziger bis vierziger Jahre, im Deutschland der dreißiger Jahre und der Unterdrückung von Kommunisten während der Nazibesatzung - eine »massive« Verfolgung jedenfalls, wenn man die Einwohnerzahl im Verhältnis zur Zahl der kommunistischen Parteimitglieder betrachtet. Nach offiziellen, lange geheimgehaltenen Zahlen fielen ihr 16731 Personen zum Opfer, von denen nur 5037 einen ordentlichen Prozeß erhielten; drei Viertel wurden nach Goli Otok und Grgur verschickt. Den unabhängigen Untersuchungen von Vladimir Dedijer zufolge sind jedoch allein durch das Lager Goli Otok schätzungsweise 31 000 bis 32 000 Personen gegangen. Bislang kann die Forschung noch nicht genau die Zahl der Häftlinge angeben, die Hinrichtungen, Erschöpfung, Hunger und Epidemien zum Opfer fielen oder Selbstmord begingen, ein letztes Mittel, zu dem einige Kommunisten in dem Dilemma dieser ausweglosen Situation Zuflucht suchten.

Mehr weiß man über die Kehrseite dieser Verfolgung von Kommunisten, die Unterdrückung der »titoistischen Agenten« in den anderen Volksdemokratien. Sie nahm zumeist die Form von großen Schauprozessen an, von denen man sich nicht nur eine Wirkung auf die öffentliche Meinung im eigenen Land, sondern auch in den anderen Ländern versprach, die sich nun gezwungenermaßen im »Lager des Friedens und des Sozialismus« zusammenscharten. Durch diese Prozesse sollte bewiesen werden, wie recht Moskau mit der Devise habe, daß der Hauptfeind in den kommunistischen Par-

teien selbst zu suchen sei, aber auch allgemeines Mißtrauen verbreitet und lückenlose Wachsamkeit gefordert werden.

Anfang des Jahres 1948 wandte sich die rumänische KP dem Fall von Lucretiu Patrascanu zu. Dieser Intellektuelle, ein weithin bekannter marxistischer Theoretiker, hatte von 1944 bis 1948 das Justizministerium bekleidet und war im Jahre 1921, damals selbst erst 21 Jahre alt, einer der Mitbegründer der Partei gewesen. Die Anklage nutzte seinen Fall als Einstimmung für die Kampagne gegen Tito. Patrascanus Absetzung und Inhaftierung erfolgte im Februar 1948, aber erst im April 1954 wurde er zum Tode verurteilt und am 16. April hingerichtet, nach sechs Jahren Haft und ein Jahr nach dem Tod Stalins. Warum es erst so spät zu dieser Hinrichtung kam, ist ein teilweise noch immer ungeklärtes Geheimnis. Häufig wird die Ansicht vertreten, Gheorgiu-Dej, der Generalsekretär der KP, habe in Patrascanu einen möglichen Konkurrenten gesehen und daher seine Rehabilitierung gefürchtet; dies ist nur zum Teil plausibel, da beide Parteifunktionäre bereits seit dem Krieg Gegner waren.

Prozesse gegen kommunistische Parteiführer gab es 1949 zunächst in den Nachbarstaaten Jugoslawiens. Der erste wurde in Albanien organisiert, dessen Parteiführung eng mit den jugoslawischen Kommunisten verbunden war. Die Wahl des Opfers fiel auf Koci Xoxe, einen der Führer des bewaffneten kommunistischen Widerstands, nach dem Krieg Innenminister und Generalsekretär der Partei, ein in der Tat Tito sehr ergebener Mann. Im Anschluß an eine zunächst innerparteiliche politischen Kampagne im Herbst 1948, die die »projugoslawische, trotzkistische Fraktion unter Führung von Xoxe und Kristo« geißelte, wurden die Fürsprecher der jugoslawischen Kommunisten schließlich im März 1949 verhaftet. Zusammen mit vier anderen führenden Parteimitgliedern - Pandi Kristo, Vasco Koleci, Nuri Huta und Vango Mitrojorgji - wurde Koci Xoxe in Tirana vor Gericht gestellt. Das Todesurteil wurde am 10. Juni gesprochen und schon am nächsten Tag vollstreckt. Die vier Mitangeklagten erhielten schwere Freiheitsstrafen, und schon kurz darauf wurden weitere projugoslawische Kommunisten Opfer der »Säuberung« der albanischen KP.

Im zweiten spektakulären Verfahren der »antititoistischen« Prozeßserie wurde im September 1949 in Budapest László Rajk angeklagt. Er hatte in Spanien in den Internationalen Brigaden gekämpft und war anschließend zur Führung des Widerstandes im Lande gestoßen; nach dem Krieg hatte er als Innenminister mit großer Härte an der Unterdrückung der nichtkommunistischen Demokraten mitgewirkt, bevor er schließlich Außenminister wurde. Nach seiner Verhaftung im Mai 1949 wurde Rajk nicht nur gefoltert, sondern gleichzeitig auch von den Genossen, die mit ihm zusammen in der Parteileitung gewesen waren, unter Druck gesetzt - er solle der »Partei helfen«, man würde ihn zwar verurteilen, aber nicht hinrichten -, bis er sich schließlich darauf einließ, die geforderten Geständnisse, die Tito und die Jugoslawen in eindeutiger Weise als »Feinde der Volksdemokratien« entlarven

sollten, vor Gericht auswendig wiederzugeben. Der Urteilsspruch des ungarischen Gerichtshofs erging am 24. September und ließ keine Revision zu: László Rajk, Tibor Szónyi und András Szalai wurden zum Tode verurteilt, der Jugoslawe Lazar Brankov und der Sozialdemokrat Pál Justus zu lebenslanger Haft. Rajk wurde am 16. Oktober hingerichtet. In einem Nebenverfahren verurteilte ein Militärgericht vier hochrangige Offiziere zum Tod.

Im Verlaufe der Repressionswelle, die auf den Rajk-Prozeß folgte, wurden in Ungarn 94 Personen verhaftet und anschließend vor Gericht gestellt oder interniert; 15 Verurteilte wurden hingerichtet, elf weitere starben im Gefängnis, 50 Beschuldigte erhielten mehr als zehn Jahre Haft. Insgesamt scheint diese Affare 60 Todesopfer gefordert zu haben, wenn wir auch die Selbstmorde mitrechnen, die nicht nur Angehörige der Verfolgten begingen, sondern auch - wieso sollte dies vergessen werden - einige der Richter und Offiziere, die mit den Ermittlungen betraut waren.

Sicher haben bei der Wahl der Opfer und ihres »Anführers«, László Rajk, persönliche Feindschaften innerhalb der Führungsmannschaft der KP ebenso eine Rolle gespielt, wie der Eifer ihres Generalsekretärs Mátyás Rákosi und der Leitung der Geheimpolizei. Diese und andere Faktoren können jedoch den wesentlichen Punkt nicht verbergen: Es waren die Entscheidungsträger in Moskau, unter ihnen die Verantwortlichen für die Staatssicherheit und die für Mittel- und Osteuropa zuständigen Geheimdienste, die während dieser ersten Unterdrückungswelle im Zentrum der Machenschaften gegen viele der betroffenen Kommunisten standen. Sie gaben sich die größte Mühe, eine »internationale antisowjetische Verschwörung« aufzudecken. Eine Schlüsselrolle kam hierbei dem Prozeß gegen Rajk und seinem Hauptbelastungszeugen, Noel Field zu, einem Amerikaner, der insgeheim dem Kommunismus anhing und der für den sowjetischen Geheimdienst arbeitete, wie aus seit kurzem zugänglichem Archivmaterial hervorgeht.[27]

Ein ähnlicher Versuch, ein zunächst nur »titoistisch« eingestuftes Komplott auf ein internationales Niveau zu heben, unternahm man auch in Sofia beim Prozeß gegen Traitscho Kostow. Das verdiente Mitglied der Komintern war vom Vorkriegsregime zum Tode verurteilt worden, gehörte später zu den Führern des bewaffneten Widerstands im Lande und war nach dem Krieg stellvertretender Ministerpräsident gewesen. Kostow galt als Kronprinz von Georgi Dimitrow, der seit 1946 in Sofia die bulgarische KP führte; der Gesundheitszustand dieses ehemaligen Generalsekretärs der Kommunistischen Internationale hatte sich 1949 erheblich verschlechtert. (Trotz medizinischer Behandlung in der UdSSR starb er am 2. Juli.)

Schon Ende 1948 kritisierten die »Moskowiter« (die Parteiführer, die während des Krieges in Moskau gewesen waren, wie der Ungar Rákosi oder der Tschechoslowake Gottwald) die »Fehler und Verfehlungen« von Kostow, insbesondere sein »falsches Verhältnis zu Moskau« in ökonomischen Fragen. Obwohl er Selbstkritik übte, wurde Kostow mit Zustimmung Dimitrows, der ihn am 10. Mai in einem Brief aus einem sowjetischen Sanatori-

um heftig verurteilte, im Juni 1949 zusammen mit mehreren seiner Mitarbeiter verhaftet.

Der Prozeß gegen Traitscho Kostow und neun seiner Mitangeklagten begann am 7. Dezember 1949 in Sofia; der Urteilsspruch erging am 14. Dezember: Kostow sollte zugleich »Agent« der früheren bulgarischen Polizei, des »Verräters Tito« und »westlicher Imperialisten« gewesen sein und wurde zum Tode verurteilt; vier andere Parteiführer - Iwan Stefanow, Nikola Pawlow, Nikola Netschew und Iwan Tutew - jeweils zu lebenslanger Freiheitsstrafe, drei weitere zu 15 Jahren, einer zu zwölf Jahren und einer zu acht Jahren. Zwei Tage später wurde das Gnadengesuch abgelehnt und Traitscho Kostow wurde gehängt.

Der Prozeß von Sofia nimmt eine Sonderstellung in der Geschichte der Prozesse gegen kommunistische Parteiführer unter kommunistischer Herrschaft ein: Kostow widerrief während seiner ersten Erklärungen vor Gericht die Geständnisse, die ihm zuvor während der Ermittlungen abgepreßt worden waren und beteuerte seine Unschuld. Obwohl man ihm im weiteren Verlauf des Verfahrens das Wort entzog, konnte er dennoch eine letzte Erklärung abgeben, in der er sich als Freund der Sowjetunion bekannte - aber natürlich konnte er diese Rede nicht zu Ende fuhren. Derartige »Zwischenfälle« gaben den Drahtziehern zukünftiger Prozesse zu denken.

In Bulgarien war die »Affäre Kostow« mit der Hinrichtung des angeblichen Haupttäters noch nicht beendet. Im August 1950 fand der Prozeß gegen zwölf weitere »Mitverschworene« Kostows statt, die man unter Wirtschaftsfunktionären auswählte; zu einem weiteren Prozeß gegen zwei »Mitglieder der Verschwörerbande Kostows« kam es im April 1951, darauf noch zu einem dritten gegen zwei Angehörige des Zentralkomitees der KP Bulgariens. Schließlich gab es im Rahmen dieser Affäre noch einige Prozesse unter Ausschluß der Öffentlichkeit, in denen sich Offiziere der Armee und der Staatssicherheit verantworten mußten.

In der Tschechoslowakei hatte die Parteiführung im Juni 1949 eine Warnung erhalten, daß sich in ihren Reihen »Verschwörer« in hohen Positionen befänden. Daraufhin wurde in Prag eine Spezialgruppe gebildet, der Funktionäre aus dem Apparat des Zentralkomitees, der politischen Polizei und der Kontrollkommission der KP der Tschechoslowakei angehörten, mit dem Ziel, die Verräter aufzuspüren, insbesondere natürlich den »tschechoslowakischen Rajk«. Zu ersten Verhaftungen von kommunistischen Parteiführern, zunächst nur auf der unteren Ebene, kam es 1949. Aber das Regime brachte während dieser ersten Welle von Kommunistenprozessen nur einen einzigen »antititoistischen Prozeß« zustande, bei dem zwischen dem 30. August und dem 2. September 1950 in Bratislava, der Hauptstadt der Slowakei, 16 Personen, darunter zehn Jugoslawen, verurteilt wurden. An ihrer Spitze stand Stefan Kevic, der jugoslawische Vizekonsul in Bratislava.

Ende 1949 kam die Polizeimaschinerie, die dem »tschechoslowakischen Kajk« auf den Fersen war und die inzwischen durch erfahrenes Personal aus

der Zentrale der Moskauer Staatssicherheit verstärkt worden war, endlich in Fahrt. Die Leiter der »sowjetischen Berater« Heßen keinen Zweifel an ihren Absichten. Zu ihnen gehörte Lichatschow, der einmal in Wut über den Mangel an Einsatz eines slowakischen Funktionärs der Staatssicherheit ausgerufen haben soll; »Ich bin von Stalin hierhergeschickt worden, um Prozesse zu organisieren, ich habe keine Zeit zu verlieren. Ich bin nicht gekommen, um zu diskutieren, sondern ich bin hier in der Tschechoslowakei, um ein paar Köpfe rollen zu lassen *(svolotchit golovy).* Lieber drehe ich selbst 150 Leuten den Hals um, als daß er mir umgedreht wird.[28]«

Die Ereignisse dieser Verfolgungswelle lassen sich gut nachvollziehen, da es schon 1968 Historikern gelang, Zugang zu den geheimsten Archiven der Partei und Polizei zu bekommen, und sie nach 1989 ihre Untersuchungen noch vertiefen konnten.

Das Ehepaar Pavlik gehörte zu den ersten, die im Mai 1949 in Ungarn im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zum Rajk-Prozeß verhaftet wurden, im Juni 1950 stand Gejza Pavlik vor Gericht. Im Juni 1949 schickte der Ungar Mátyás Rákosi dem Parteichef der KP der Tschechoslowakei, Klement Gottwald, eine Liste mit Namen von ungefähr 60 hohen tschechoslowakischen Parteifunktionären, die im Untersuchungsverfahren gegen Rajk gefallen waren. Im Zusammenhang mit dem Rajk-Prozeß interessierte sich Prag, das weiter unter dem Druck sowjetischer und ungarischer Geheimdienste stand, mehr und mehr auch für Kommunisten, die während des Krieges ins westliche Exil gegangen waren, insbesondere für ehemalige Angehörige der Internationalen Brigaden. Im Herbst stellte die tschechoslowakische KP eine Spezialeinheit der Staatssicherheit auf, deren Aufgabe es war, »Feinde im Innern der Partei aufzuspüren«, zu welchem Zweck sie nicht einmal davor zurückschreckte, auf die Hilfe von bislang verschonten Gestapo-Leuten zurückzugreifen, die als »Spezialisten« für die kommunistische Bewegung gelten konnten. Im November 1949 erreichte die Unterdrückung von Kommunisten mit der Verhaftung von Evzen Loebl, dem stellvertretenden Minister für Außenhandel, einen neuen Höhepunkt: Sie betraf von nun ab auch »höhere Kader«, was sich im Verlaufe des Jahres 1950 weiter bestätigen sollte, als unter anderem die Parteiführung auch auf regionaler Ebene nicht verschont blieb.

Im Januar und Februar 1951 wurde eine breite Schicht der Führungsstruktur von einer Verhaftungswelle erfaßt. Von den 50 Festnahmen unter hohen Funktionären der Partei und des Staates waren vor allem »frankophone Kommunisten« und all jene betroffen, die auf irgendeine Weise mit dem Kontakt zu anderen Parteien beauftragt waren, wie z. B. Karel Svab.

Das Etikett »Kopf einer Verschwörerbande« ging von einem zum anderen, und schließlich dauerte es zwei Jahre, bis man den »tschechoslowakischen Rajk« gefunden hatte. Erst im Sommer 1951 entschied Stalin mit der geflissentlichen Zustimmung von Klement Gottwald, dieser Kopf könne niemand anderes sein als Rudolf Slánsky, der Generalsekretär der tsche-

choslowakischen KP in Person, und Bedřich Geminder, ebenfalls eine einflußreiche Figur des Kominternapparates, sei seine rechte Hand. Geminders Name fällt fast immer zusammen mit dem von Rudolf Slánsky, sowohl in der Korrespondenz zwischen Stalin und Gottwald als auch in den Verhören der Kommunisten, die man bereits im Vorfeld der Verhaftung Slánskys festgenommen hatte. Im Drehbuch der sowjetischen Autoren war Geminder sozusagen als »Ersatzfigur« vorgesehen. Am 24. November 1951 schritt die Staatssicherheit zur Verhaftung dieser beiden Anführer des »Komplotts«. In den darauffolgenden Monaten kamen zwei weitere hohe Funktionäre hinter Gitter: am 12. Januar 1952 Rudolf Margolius, stellvertretender Minister für Außenhandel, und am 23. Mai 1952 Josef Frank, ein Stellvertreter Rudolf Slánskys.

Die sowjetischen Berater und ihre Untergebenen vor Ort folterten die Gefangenen in Vorbereitung für den großen Schauprozeß erbarmungslos. Schließlich war es so weit, am 20. November 1952 konnte in Prag der »Prozeß gegen die Führung der Staatsverschwörung und ihren Kopf Rudolf Slánsky« beginnen. Dieses Mal saß man über kommunistische Parteiführer der obersten Ebene zu Gericht. Am 27. November erging das Urteil: Elf Angeklagte wurden zum Tode verurteilt, drei zu lebenslanger Haft. Am frühen Morgen des 3. Dezember, zwischen 3 Uhr und 5 Uhr 45, führte der Henker im Gefängnis von Pankrac (Prag) die elf Verurteilten zum Galgen.

Der Slánsky-Prozeß wurde bis ins kleinste Detail durch sowjetische Berater vorbereitet, die in enger Abstimmung mit den obersten Machtzirkeln um Stalin in Moskau handelten. Er war der Höhepunkt der zweiten großen Prozeßwelle, die nach 1949 in den Volksdemokratien gegen kommunistische Parteiführer angestrengt wurde.

Der Slánsky-Prozeß, ein Musterfall der Repression

Nach den Moskauer Prozessen gegen bolschewistische Parteiführer in den dreißiger Jahren ist der Fall Slánsky der spektakulärste und meistdiskutierte Prozeß in der Geschichte des Kommunismus. Unter den Verurteilten befanden sich etliche herausragende Persönlichkeiten des internationalen kommunistischen Parteiapparates, für den Prag während des Kalten Krieges eine Art »kommunistischem Genf« gewesen war. Der tschechoslowakischen Hauptstadt kam damals vor allem für die Beziehungen zu den kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs eine Schlüsselrolle zu.

Rudolf Slánsky, seit 1945 Generalsekretär der tschechoslowakischen KP, war ein treuer Anhänger Moskaus, Präsident der »Fünfergruppe«, deren Aufgabe eine strenge Überwachung aller Repressionsmaßnahmen war, in welcher Eigenschaft er Dutzende von Todesurteilen gebilligt hatte.

Bedřich Geminder und Josef Frank übten beide die Funktion eines stellvertretenden Generalsekretärs aus. Geminder war in der Führungsspitze des Kominternapparats tätig gewesen, bevor er von Moskau nach Prag zurückkehrte, um hier die internationale Abteilung der tschechoslowakischen KP

zu übernehmen. Frank, der unter den Nazis von 1939 bis 1945 in verschiedenen Konzentrationslagern saß, überwachte die Wirtschaftsbeziehungen und die finanzielle Unterstützung der westlichen kommunistischen Parteien. Rudolf Margolius schließlich kümmerte sich als stellvertretender Minister für Außenhandel um die Beziehungen zu den Wirtschaftsunternehmen, die von diesen Parteien kontrolliert wurden. Auch Otto Fischl war als stellvertretender Finanzminister über gewisse Geldtransaktionen der KP informiert. Ludvik Frejka hatte sich während des Krieges von London aus am tschechoslowakischen Widerstand beteiligt und leitete ab 1948 das Wirtschaftsressort in Gottwalds Kabinett.

Unter den Verurteilten, die entweder direkt oder über den internationalen kommunistischen Parteiapparat zum sowjetischen Geheimdienst gehörten, sollen neben Slánsky und Geminder noch folgende Personen erwähnt werden: Bedřich Reicin, der Geheimdienstchef der Armee, der nach den Ereignissen vom Februar 1948 stellvertretender Verteidigungsminister wurde; Karel Svab, der unter den Nazis im KZ gesessen hatte, dann Leiter der Sicherheitskräfte im zentralen Apparat der tschechoslowakischen KP wurde, was ihn schließlich auf den Posten eines stellvertretenden Ministers für Staatssicherheit führte; Andre Simone, ein Journalist, der vor dem Krieg vor allem in Deutschland und Frankreich gearbeitet hatte; und schließlich Artur London, der im spanischen Bürgerkrieg für den sowjetischen Geheimdienst tätig gewesen war, wegen seiner Beteiligung am französischen Widerstand deportiert wurde, nach 1945 die kommunistischen Nachrichtendienste in der Schweiz und Frankreich unterstützt hatte und schließlich Anfang 1949 als stellvertretender Außenminister nach Prag kam.

Unter den Verurteilten gab es noch zwei weitere Angehörige dieses Ministeriums. Der eine war der Slowake Vladimir Clementis, Minister seit dem Frühjahr 1948, der vor dem Krieg als kommunistischer Anwahl im französischen Exil gewesen war, wo man ihn aufgrund seiner kritischen Haltung zum Hitler-Stalin-Pakt aus der Partei ausgeschlossen hatte, was aber 1945 rückgängig gemacht wurde. Der zweite war der stellvertretende Minister Vávro Hajdu, ebenfalls ein Slowake. Evzen Loebl, der dritte Slowake, dem der Prozeß gemacht wurde, hatte den Krieg im Londoner Exil verbracht; er war zum Zeitpunkt seiner Verhaftung stellvertretender Minister für Außenhandel.

Auch Otto Sling hatte sich von London aus am tschechoslowakischen Widerstand beteiligt, nachdem er in Spanien in den internationalen Brigaden gekämpft hatte. Nach dem Krieg war er Bezirksgeneralsekretär der KP in Brno, der Hauptstadt Mährens.

Den drei zu lebenslanger Haft Verurteilten - Vávro Hajdu, Artur London und Evzen Loebl - wurde im Verlaufe des Prozesses ihre »jüdische Herkunft« zur Last gelegt. Dieser Punkt spielte auch bei acht der elf zum Tode Verurteilten eine Rolle (nur Clementis, Frank und Svab wurden nicht mit diesem Vorwurf konfrontiert).

Der Slánsky-Prozeß ist nicht nur ein Symbol für die Unterdrückung in der Tschechoslowakei, sondern in den Volksdemokratien überhaupt geworden. Trotz seiner Ungeheuerlichkeit kann er jedoch die Tatsache nicht verdecken, daß die Opfer der Unterdrückung in ihrer überwiegenden Mehrzahl Nicht-

Kommunisten waren. Betrachtet man den Zeitraum von 1948 bis 1954, so lag in der Tschechoslowakei der Anteil der Kommunisten an den Verurteilten bei nur etwa 0,1 %, bei den Todesurteilen betrug er 5%. Nur 1 % der Todesopfer insgesamt waren Kommunisten - eingerechnet sind hier vollstreckte Todesurteile, Selbsttötung als Reaktion auf Verfolgung, Tod im Gefängnis oder Lager als direkte Folge der Inhaftierung (Arbeitsunfälle in den Minen, Ermordung durch Wachpersonal bei »Fluchtversuch« oder »Rebellion«).

Dem großen Schauprozeß gegen Slánsky schlossen sich zwischen 1953 und 1954 einige mit ihm im Zusammenhang stehende »Folgeprozesse« an, die trotz des Ablebens von Stalin und Gottwald im März 1953 fortgesetzt wurden. Sie erreichten ihren Höhepunkt 1954. Der erste große Prozeß dieses Jahres fand vom 26. bis 28. Januar in Prag statt: Marie Svermova, Mitbegründerin der KP der Tschechoslowakei und Mitglied der Parteiführung von 1929 bis 1950, wurde zu lebenslanger Haft verurteilt; ihre sechs Mitangeklagten, allesamt hohe Funktionäre des Parteiapparates, insgesamt zu 113 Jahren. Im darauffolgenden Monat, vom 23. bis zum 25. Februar, kam es zu einem weiteren Prozeß, in dessen Verlauf sieben Anhänger einer »trotzkistischen Gruppierung«, sämtlich Mitglieder der KP, zu insgesamt 103 Jahren Haft verurteilt wurden. Der dritte Prozeß fand vom 21. bis 24. April in Bratislava statt und richtete sich gegen ehemalige Führer der KP der Slowakei, die als »slowakische Bourgeois-Nationalisten« angeklagt wurden. Gustav Husák, einer der Führer des Widerstandes, wurde in diesem Prozeß zu lebenslanger Haft verurteilt, seine vier Mitangeklagten erhielten insgesamt 63 Jahre Haft. Im Laufe des Jahres 1954 wurden noch sechs weitere »große Prozesse« organisiert, die sich gegen die Armeeführung und gegen hohe Wirtschaftsfunktionäre richteten (im ganzen wurden in elf Urteilen insgesamt 204 Jahre Haft verhängt), aber auch gegen die »illegale Parteiführung der Sozialdemokraten«; schließlich kam es noch zu verschiedenen Einzelprozessen. Wie es seit mehreren Jahren zur Regel geworden war, segnete das Politbüro der tschechoslowakischen KP die Anklageschrift und das zu verkündende Strafmaß vor Prozeßbeginn ab; später diskutierte die Parteiführung den Bericht über den Ablauf des Prozesses.

Die Prozesse der Jahre 1953 und 1954 waren nicht mehr als Schauprozesse angelegt. Der letzte politische Prozeß des Zeitabschnitts zwischen 1948 und 1954 fand am 5. November 1954 gegen den Wirtschaftsfunktionär Eduard Outrata statt.

Osvald Závodsky war der letzte Kommunist, der im Verlaufe dieser Repressionswelle hingerichtet wurde. Er war sowohl in den Internationalen Brigaden als auch im französischen Widerstand aktiv gewesen, war deportiert worden und hatte nach 1948 den Posten des Chefs der Staatssicherheit inne. Das Gericht verurteilte ihn im Dezember 1953 zur Todesstrafe, die Begnadigung wurde von der Regierung abgelehnt. Auch er wußte zuviel über

den sowjetischen Geheimdienst. Am 19. März 1954 hing er in Prag am Galgen.

Was steckte hinter dieser Verfolgung von Kommunisten aus den obersten Führungsetagen? Folgte die Auswahl der Opfer, die Entscheidung für diesen oder jenen Genossen, einer nachvollziehbaren Logik? Nach der Öffnung der Archive und durch neuere Forschung konnten in vielen Punkten Untersuchungen von vor 1989 bestätigt werden: Es handelte sich um abgekartete Prozesse, die sich auf erpreßte »Geständnisse« stützten und einer von Moskau aus gesteuerten Regie folgten, eine mit juristischen Mitteln geführte ideologisch-politische Hexenjagd, die zunächst antititoistische, später antizionistische und schließlich antiamerikanische Züge annahm. Diese Erkenntnisse werden heute durch viele weitere bekanntgewordene Tatsachen präzisiert und ergänzt. Was jedoch die zweite Unterdrückungswelle gegen Kommunisten angeht (die sich von der ersten unterscheidet, die vor allem als unmittelbare Reaktion auf den drohenden Abfall Jugoslawiens zu verstehen ist), so wird es durch den freien Zugang zu den Archiven nicht nur möglich, unser Wissen zu erweitern, sondern darüber hinaus auch einige Thesen zu formulieren.

Die Forschung konnte anhand reichhaltigen Dokumentationsmaterials belegen, wie entscheidend der Einfluß, mehr noch die Einmischung Moskaus bei allen diesen Vorgängen war. Die Prozesse gegen Kommunisten waren untrennbar mit der damaligen internationalen Lage verbunden, denn Stalin mußte nach Titos Revolte die kommunistische Bewegung zur völligen Unterwerfung bringen und die Umwandlung der neuerworbenen Gebiete des sowjetischen Imperiums in willfährige »Satelliten« beschleunigt vorantreiben. Weiter stand die Unterdrückung mit politischen, sozialen und ökonomischen Problemen in den einzelnen Ländern in Zusammenhang: Die verurteilten kommunistischen Parteiführer dienten als Sündenböcke; ihre Fehler sollten die Unzulänglichkeiten der Regierung »erklären« und ihre Bestrafung die »Wut des Volkes« kanalisieren; der allgegenwärtige Terror verbreitete und verstärkte zudem die Angst in den Führungsschichten, er forderte den absoluten Gehorsam und die totale Unterwerfung gegenüber den »Anordnungen der Partei« und den Erfordernissen des »Friedenslagers«, wie sie von den sowjetischen Machthabern definiert wurden.

Auch Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Führungsmannschaften spielten unbestreitbar eine Rolle bei der Auswahl der Opfer. Ebenfalls nicht zu vernachlässigen sind gegenseitiger Haß und Eifersucht, wie sie nicht selten sind in einer Vasallengesellschaft, die von einem Kolonialherren abhängig ist. Daraus ergaben sich mit Sicherheit für den Herrscher, den Großen Manipulator in Moskau, interessante Möglichkeiten im Spiel mit seinen verängstigten Dienern, war er doch seit langem ausführlich über ihre gegenseitigen Abneigungen und Eifersüchteleien informiert.

Auch die beiden Unterdrückungswellen gegen kommunistische Parteiführer betrafen vorwiegend einen bestimmten Opfertypus. Die Verfolgung

erfaßte bevorzugt ehemalige Spanienkämpfer und Personen, die vom Ausland aus Widerstand betrieben hatten, in Jugoslawien nicht selten ehemalige Partisanen und alle, die nach Frankreich oder England emigriert waren; in Ungarn, Bulgarien und der Slowakei wurden vor allem Kommunisten aus dem inneren Widerstand zur Zielscheibe der Repression.

Aber man muß noch einen Schritt weitergehen und sich die Frage stellen: wieso war der Slánsky-Prozeß, der größte all dieser Prozesse, als *weltweiter* Schauprozeß angelegt? Welche globalen Interessen Stalins standen hinter dieser Konzeption? Warum ein solches Aufsehen, derartig unerbittliche Urteile, soviel spektakuläre Gewalt zu einer Zeit, als die UdSSR die Volksdemokratien anscheinend völlig unter Kontrolle hatte? Wie diese Kontrolle funktionierte, deren Mittel vom »Ukas«, der Einberufung von »Beratungen« bis zur Arbeit Tausender sowjetischer Berater vor Ort reichten, ist heute nur zu gut bekannt.

Für die Erforschung der inneren Logik der Repression scheint uns eine erste These unausweichlich: Der Ostblock bereitete sich auf einen Krieg in Europa vor. Der »amerikanische Imperialismus« war zum Hauptfeind erklärt worden, und die Sowjetführer glaubten - oder wollten zumindest glauben machen - daß ein Angriff auf ihr »Lager« in Vorbereitung sei. Der Slánsky-Prozeß in seinem ganzen Ablauf, seinem organisierten öffentlichen Echo, der heftigen anti-amerikanischen Haltung, die in ihm zum Ausdruck kam (der Antititoismus spielte zwar auch hier eine Rolle, aber vor allem in Verbindung mit dem dominierenden Antiamerikanismus) ist auch, und wahrscheinlich vor allem, als Phänomen zu verstehen, das von den Kriegsvorbereitungen der sowjetischen Machthaber zeugt. Die »Erziehung durch Leichen« sollte nicht nur für die Reihen der Kommunisten eine Lehre sein, sondern ebenso für ihre Gegner. Stalin hatte sich ihrer bereits in den großen Säuberungsaktionen der dreißiger Jahre vor dem Krieg in der Sowjetunion bedient. Glaubte er nun, er müsse erneut auf dieses Mittel zurückgreifen?

Wer das umfangreiche Archivmaterial kennt, kann keinen Zweifel daran haben, daß sich der Ostblock ab 1950/51, mit dem Beginn des Koreakrieges, energisch auf eine drohende militärische Auseinandersetzung in Europa vorbereitete und dabei auch die eventuelle Besetzung Westeuropas ins Auge faßte. Stalin nannte 1951 bei einer Zusammenkunft der politischen und militärischen Führer des kommunistischen Lagers als wahrscheinliches Datum für den Kriegsausbruch das Jahr 1953. Überall lief deshalb die Militarisierung der Wirtschaft auf Hochtouren.

Die Tschechoslowakei, die in den dreißiger Jahren zu den größten Waffenexporteuren der Welt gehört hatte, besaß eine sehr leistungsfähige Rüstungsindustrie, deren Traditionen in die österreichisch-ungarische Monarchie zurückreichten. Ab 1949 mußte sie dem sowjetischen Lager als Waffenlieferant dienen. Diese Verpflichtung war neben der forcierten Militarisierung der Wirtschaft und der Gesellschaft auch von einer nachdrücklichen Propagandakampagne zur Vorbereitung auf einen nahe bevorstehen-

den Krieg begleitet, außerdem von einer nie dagewesenen Steigerung des Militärbudgets - in fünf Jahren wurden die Ausgaben für die Armee um das siebenfache erhöht! In diesen Zusammenhang fügt sich auch die hemmungslose Zerstörung der Bürgergesellschaft und die systematische Ausbeutung der Uranvorkommen, deren Organisation vollkommen in der Hand von »sowjetischen Experten« lag.

Der Militärhistoriker Jindrich Madry, der die seit 1989 geöffneten Archive ausgewertet hat, kommt in seiner jüngsten Arbeit[29] zu dem Schluß: »Bis zum Mai 1953 wurde die Aufrüstung der Tschechoslowakei aufs äußerste gesteigert, um zum gegebenen Zeitpunkt auf den ›unvermeidlichen Krieg‹ vorbereitet zu sein.« Für 1953 war ein zehnmal höheres Verteidigungsbudget vorgesehen als für das Jahr 1948. Die Sowjets verlangten, daß sich die Entwicklung der tschechoslowakischen Wirtschaft als »Wirtschaft in Kriegsvorbereitung« zu vollziehen habe. Am 1. Januar 1953 standen 292 788 Mann unter Waffen, doppelt so viele wie 1949, und im April ordnete der Präsident der Republik die Verlängerung des Wehrdienstes auf drei Jahre an. Es wurden Finanz- und Materialreserven für den Kriegsfall angelegt, und auch die »Währungsreform« vom Juni 1953, die viele um ihre Ersparnisse brachte, muß im Rahmen dieser Maßnahmen gesehen werden. Gewisse Anzeichen sprechen jedoch auch dafür, daß sich die Situation im Juni 1953 entspannte, da nach dem Tode Stalins die Strategie der neuen Herrscher in Moskau nicht mehr so sehr von der Unausweichlichkeit eines bevorstehenden Krieges dominiert war

Wenn wir die Unterdrückung der kommunistischen Funktionäre unter diesem Blickwinkel betrachten, können wir vielleicht besser die Logik verstehen, die sich hinter der Auswahl der Opfer verbarg. Der »Große Bruder« wußte über seine »treuen Genossen« genauestens Bescheid, und er hatte feste Vorstellungen über den Gegner im Westen. Der Machiavellismus seiner »Erziehung durch Leichen« hatte anscheinend ihren Höhepunkt erreicht. Was mußte man tun, um den Gegner von der eigenen Kraft und Entschlossenheit zu überzeugen (und eventuell die Illusion der eigenen Schwäche zu verbreiten), um ihn in komplette Verwirrung zu stürzen? Wie konnte man am besten die eigenen Anhänger, die in die Geheimnisse der Bewegung eingeweiht waren, vom Ernst der Lage und der Notwendigkeit einer eisernen Disziplin in dem drohenden Konflikt und von der geradezu heiligen Verpflichtung zu größter Opferbereitschaft überzeugen?

Eine Möglichkeit war, die Treuesten unter den Treuen zu opfern, unter ihnen jene auszuwählen, deren Name bereits ein größtmögliches Echo garantieren konnte, und dies in alle Richtungen, auch ins Innere, die Sowjetunion selbst. Die eingesetzte Waffe war eine simple Lüge, deren Sinn und Zweck offen zutage lag. Hätte die großangelegte Inszenierung so wirkungsvoll sein können, wenn man einen Antonin Zápotocky oder einen Antonin Novotny, die doch im Moskauer Apparat und anderswo kaum bekannt waren, zu »imperialistischen Agenten« aufgebaut hätte? Wem könnte man

heutzutage glauben machen, daß Thorez und Togliatti, Chruschtschow oder Gottwald auch nur für den Bruchteil einer Sekunde wirklich geglaubt haben, Rudolf Slánsky, Bedřich Geminder und andere Genossen seien »amerikanische Agenten« gewesen? Ja, die Eingeweihten hatten keine andere Wahl, als den Rücken krumm zu machen, wenn sie diese Lügenbotschaft entziffert und verstanden hatten, und hierin lag eines der Ziele dieser machiavellistischen Aktion.

Damit das »teuflische Lehrstück«, wie Annie Kriegel es genannt hatte, seine gewünschte Wirkung entfalten konnte, war es nötig, Personen auszuwählen, die in der antifaschistischen Bewegung Spaniens, Frankreichs, der UdSSR oder auch Englands bekannt waren und von denen jedermann wußte, daß sie unter den Nazis im KZ gesessen hatten. Den Schlüsselfiguren in den Geheimdiensten war vollkommen bewußt, welche Dienste die Mehrzahl der verurteilten Kommunisten geleistet hatte und bis zu welchem Grad sie ihre unerschütterliche Loyalität gegenüber Moskau unter Beweis gestellt hatten. Nicht wenige der geopferten Kommunisten waren im übrigen zuvor in verantwortlicher Position an der Verfolgung und Ermordung von Nicht-Kommunisten beteiligt gewesen; viele hatten eng mit den sowjetischen Sicherheitsorganen zusammengearbeitet.

Die Prozesse setzten sich noch bis in die Jahre 1953 und 1954 fort, als die Sowjetunion sich schließlich für die neue Strategie der »friedlichen Koexistenz« entschied.

Die zweite These, die uns in diesem Zusammenhang wichtig erscheint, betrifft den Antisemitismus, der sich in der Unterdrückung der Kommunisten offenbarte. Die Prozeßanalysen heben regelmäßig einen bestimmten Punkt dieses Phänomens hervor: Den »Kampf gegen den Zionismus« und die »Zionisten« (der im Grunde nichts anderes als ein vulgärer Antisemitismus war) stand ganz offenbar mit den Veränderungen der sowjetischen Politik gegenüber Israel und der arabischen Welt in Zusammenhang. Der neugegründete Staat Israel, an dessen Entstehung insbesondere die Tschechoslowakei, unter anderem durch Waffenlieferungen an die Haganah, großen Anteil hatte, wurde zum »großen Feind« erklärt; die sowjetische Strategie setzte von nun ab auf den »nationalen Befreiungskampf« der Araber.

Für die Sowjetunion hat Nicolas Werth (vergleiche Teil I dieses Buches) deutlich die antisemitische Komponente der Verfolgung von Kommunisten hervorgehoben, die ab Dezember 1947 und in der Vorbereitung der »großen finalen Säuberung« zu Beginn der fünfziger Jahre an Bedeutung gewann. In Mitteleuropa tritt der Antisemitismus schon beim Rajk-Prozeß in den Vordergrund: Der Richter wies auf den jüdischen Ursprung der Namen von vier Angeklagten hin und versuchte, allerdings vergeblich, zu unterstellen, daß Rajk einen jüdischen Großvater gehabt habe. Dieser Antisemitismus erreichte seinen Höhepunkt im Slánsky-Prozeß, der die »jüdische Herkunft« von elf der Angeklagten und ihre Verbindungen zum »internationalen Zionismus« in den Vordergrund stellte.

Eine Äußerung des bereits zitierten Chefberaters aus Moskau zeigt deutlich, welche Art Antisemitismus dem zugrunde liegt. Der Genösse Lichatschow, der nach Hinweisen über subversive Aktivitäten gewisser slowakischer Parteiführer suchte, soll zu seinem Gesprächspartner, einem Geheimdienstmann der slowakischen Seite, gesagt haben: »Woher Sie ihre Informationen bekommen, ist mir egal. Und ich schere mich einen Dreck darum, ob sie echt sind oder nicht. Ich werde sie einfach glauben, und den Rest können Sie mir überlassen. Wozu sich mit diesem jüdischen Geschmeiß so viel Arbeit machen?«[30]

Schließlich hatte diese antisemitische Kampagne noch einen weiteren, bis heute unseres Wissens unberücksichtigt gebliebenen Aspekt. Es scheint in der Tat so, daß Stalin und seine Vasallen mit den Juden im internationalen kommunistischen Apparat abrechnen und sie endgültig eliminieren wollten. Dabei gehörten die fraglichen kommunistischen Juden nicht der jüdischen Religionsgemeinschaft an. Ihre Identität war teilweise durch die Nation bestimmt, in der sie assimiliert waren, teilweise durch ihre Zugehörigkeit zur internationalen kommunistischen Gemeinschaft. Leider wissen wir mangels persönlicher Zeugnisse und Quellen nicht, inwieweit diese Identität auch durch die Erfahrung des Holocaust geprägt war. Aber man kann mit Sicherheit davon ausgehen, daß viele ihre Angehörigen in den Vernichtungslagern der Nazis verloren hatten.

Die kommunistischen Juden, die im Apparat der kommunistischen Internationale sehr stark vertreten waren, hatten auch nach dem Krieg in verschiedenen Staaten Mitteleuropas Schlüsselstellungen in der KP und anderen Apparaten inne. Miklós Molnár schreibt in einem Aufsatz über den ungarischen Kommunismus: »An der Spitze der Hierarchie sind die Parteiführer fast ausnahmslos jüdischer Abstammung, was in geringerem Ausmaß auch für den Apparat des Zentralkomitees, die politische Polizei, die Presse, die Verlagshäuser, das Theater und die Filmproduktion gilt... Obwohl Arbeiter in leitenden Funktionen unbestreitbar stark gefördert werden, läßt sich doch nicht übersehen, daß die Entscheidungsgewalt zum großen Teil Genossen zukommt, die aus dem jüdischen Kleinbürgertum stammen.«[31] Im Januar 1953 wird der Chef der ungarischen Staatssicherheit und frühere Freund von Rajk, Gabor Peter, unter dem Vorwurf »zionistischer Verschwörung« in Haft genommen. In einer offiziellen Rede wird er von Rákosi, selbst ein kommunistischer Jude, unter der Bezeichnung »Peter und seine Bande« (gemeint sind Rákosi und einige Offiziere der Staatssicherheit) zum Sündenbock gestempelt.

In Rumänien ereilte 1952 Ana Pauker, eine Jüdin, die der Komintern angehörte, ein ähnliches Schicksal. Sie bildete zusammen mit Gheorghe-Dej und Vasile Luca die Führungstroika. Einem unbestätigten Bericht zufolge soll sich Stalin 1951 bei einem Treffen mit Gheorghe-Dej erstaunt darüber gezeigt haben, daß bislang in Rumänien noch keine Agenten des Titoismus und Zionismus verhaftet worden seien und »eisernes Durchgreifen« gefor-

dert haben. In der Folge wurden im Mai 1952 der Finanzminister Vasile Luca und der Innenminister Teohari Georgescu abgesetzt; Luca wurde zum Tode verurteilt und starb im Gefängnis, nachdem sein Urteil in lebenslange Haft umgewandelt worden war. Die Außenministerin Ana Pauker wurde Anfang Juli abgesetzt, im Februar 1953 verhaftet und durfte schließlich 1954 zu ihrer Familie zurückkehren. Die antisemitisch geprägte Verfolgung erreichte mit ihr die obere Führungsebene.

Bestimmte Moskauer Ereignisse der damaligen Zeit, wie der tiefgreifende Umbau der Geheimdienste und die Verhaftung ihres Chefs Abakumow im Juli 1951, geben Anlaß zu einer dritten These: Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Gruppierungen im sowjetischen Sicherheitsapparat könnten letztendlich den Ausschlag für die Wahl der Opfer unter den Geheimdienstmitarbeitern und für die Härte der gegen sie verhängten Strafen gegeben haben. Karel Kaplan stellt in einer seiner letzten Arbeiten fest; »Es bleibt eine offene Frage, ob die Liquidierung einer bestimmten Gruppe von Mitarbeitern des sowjetischen Geheimdienstes und ihre Ersetzung durch andere (Bacilek, Keppert u. a.) ihren Ursprung nicht vielleicht in den Rivalitäten und Umbesetzungen innerhalb der Moskauer Sicherheitszentrale hatte.«[32]

Diese Vermutung wird sich nur durch ein gründliches Studium der wichtigsten Moskauer Archive erhärten lassen. Sicher ist, daß es gegen Ende von Stalins Regentschaft zu Spannungen zwischen seinen potentiellen Nachfolgern Chruschtschow, Malenkow und Berija kam, die wiederum jeweils mit den Chefs unterschiedlicher Geheimdienstsektionen enge Verbindungen unterhielten; man kann sich leicht vorstellen, welche Rivalitäten zwischen den »Spezialdiensten« der Armee und denen des NKWD ausbrachen, die insbesondere in denjenigen Volksdemokratien in Konkurrenz zueinander standen, die zuerst von der Roten Armee befreit worden waren.[33]

Anhand der Prager Archive läßt sich der Zustand der Unentschlossenheit der sowjetischen Geheimdienste nachvollziehen. Im Frühjahr 1950 verfügte die Moskauer Zentrale den Austausch der Berater, die im Oktober 1949 in Prag eingetroffen waren, da sie »nicht die erwünschten Resultate« erzielt hatten. Bei einem Treffen im Kreml am 23. Juli 1951, bei dem Gottwald sich durch den Verteidigungsminister Alexej Cepicka vertreten ließ, kritisierte Stalin diese Berater wegen ihrer verantwortungslosen Arbeitsweise. Des weiteren erklärte er in einem Brief an Gottwald, den Cepicka aus Moskau mitbrachte, und in dem es um das Schicksal von Slánsky und Geminder ging: »Was Ihre Wertschätzung der Arbeit des Genossen Bojarski [der oberste sowjetische Berater] und ihre Bitte betrifft, ihn in seiner Funktion als Berater des Ministeriums für nationale Sicherheit der tschechoslowakischen Volksrepublik zu belassen, so bin ich in diesem Punkt ganz anderer Ansicht. Es hat sich im Verlaufe der Arbeit Bojarskis in der Tschechoslowakei gezeigt, daß ihm die erforderliche Qualifikation fehlt, um seine Aufgaben als Berater mit dem nötigen Verantwortungsgefühl auszuführen. Deshalb haben

wir beschlossen, ihn aus der Tschechoslowakei abzuziehen. Falls Sie wirklich einen Berater für Staatssicherheitsfragen benötigen (dies hängt ganz von ihrer Entscheidung ab), so werden wir uns bemühen, einen zuverlässigeren und erfahreneren Funktionär zu finden.«[34]

Unter diesen Bedingungen waren die Nerven der Geheimdienstchefs aufs äußerste gespannt: Der Leiter der Beratergruppe für die Tschechoslowakei notierte sich folgende Bemerkung eines Mitarbeiters: »Den Geheimdienst verläßt man vorzeitig nur mit den Füßen voran.« Jindřich Vesely, verantwortlich für die Staatssicherheit, wollte sich 1950 mit einer Schußwaffe das Leben nehmen, was ihm zunächst mißlang; er unternahm schließlich 1964 einen zweiten, tödlichen Versuch. Im Archiv des Zentralkomitees der tschechoslowakischen KP ist die von ihm hinterlassene ausführliche Erklärung über die Gründe seines Selbstmords nachzulesen, die man als aufrichtig ansehen kann. In diesem Bekenntnis geht Jindřich Vesely auch auf die Motive seines ersten Selbstmordversuchs ein. Es war ihm vollkommen klar, daß Stalin in regelmäßigen Abständen die Geheimdienstchefs liquidierte, um so seiner eigenen Liquidation zuvorzukommen.

Bei der Suche nach der Logik, die hinter der Auswahl der Opfer unter den kommunistischen Parteiführern stand, drängt sich schließlich eine vierte These auf: Die Vorbereitung eines großen Prozesses in der Metropole des sozialistischen Imperiums, der den krönenden Abschluß der politischen Prozesse in den anderen Ländern bilden und die angeblichen Akteure eines immensen »internationalen Komplotts« im Zentrum selbst, in Moskau, zur Rechenschaft ziehen sollte. Neue Details, die im Kapitel »Das letzte Komplott« (siehe Teil I) näher untersucht werden, liefern ernstzunehmende Argumente dafür, die Unterdrückung der Kommunisten in Mittel- und Südosteuropa auch unter dem Gesichtspunkt einer solchen Verschwörungstheorie zu sehen.

Der Übergang vom »Post-Terror« zum Postkommunismus

Bevor wir auf den Zeitraum zwischen 1955/56 und 1989/90 (als sich schließlich in den meisten Ländern Mittel- und Südosteuropas die kommunistischen Regime aufzulösen begannen) zu sprechen kommen, den der ungarische Historiker Miklós Molnár die Phase des »Post-Terrors« nennt, müssen noch einige Punkte erläutert werden, die möglicherweise zum Verständnis der Entwicklung und Logik der Unterdrückung ab 1955/56 beitragen können.

Halten wir zunächst fest, daß die Unterdrückung, die der Ausbreitung der kommunistischen Regime in Europa folgte, und die man ohne Übertreibung als Massenterror bezeichnen kann, auf der Mißachtung und Abschaffung der Freiheit und der Grundrechte beruhte, ja dies sogar ihr Ziel war. Es handelte sich dabei um Rechte, die durch internationale Abkommen definiert

und festgehalten worden waren, insbesondere durch die Deklaration der Menschenrechte, die im Dezember 1948 von der Vollversammlung der Vereinten Nationen bei Stimmenthaltung der UdSSR und fünf kommunistischer »Volksdemokratien« angenommen wurde. Dabei stand die Unterdrückung in absolutem Gegensatz zu den geltenden Verfassungen in den einzelnen Ländern. Faktisch waren es die Parteiführungen und der gesamte Apparat der kommunistischen Parteien, also in den Verfassungen gar nicht vorgesehene Organe, die Ausmaß und Richtung der Repression bestimmten. So wird z. B. in der Tschechoslowakei die »führende Rolle der Kommunistischen Partei« erst 1960 in der Verfassung verankert, womit dieser Staat nach der UdSSR die zweite sozialistische Verfassung erhält. Die Unterdrückung verstieß auch häufig gegen geltendes Recht: Der massive Einsatz von Folter im Ermittlungsverfahren und während der Haft war von keinem Gesetz gedeckt, und niemand hatte offiziell die politische Polizei, Drahtzieher in allen Prozessen, mit derartigen Vollmachten ausgestattet. Unter diesem Gesichtspunkt ist es aufschlußreich, daß in den ersten Wiederaufnahmeverfahren der Kommunistenprozesse die Polizei dafür verurteilt wurde, sich »über die Partei gestellt« zu haben, nicht etwa dafür, sich »über das Gesetz« erhoben zu haben; dies geschah in dem offensichtlichen Bemühen, die Verantwortung der politischen Führung im Getriebe des Polizeisystems herunterzuspielen oder zu kaschieren.

Gehen wir schließlich auf die Besonderheiten der kommunistischen Diktatur ein. Sie betraf nicht nur einen einzelnen Staat, der immerhin ein Sechstel der Erdoberfläche bedeckte, sondern viele Staaten und war somit ein internationales Phänomen. Sowohl untereinander als auch im Verbund mit Moskau stellten die kommunistischen Staaten ein System kommunizierender Röhren dar. Seit der Öffnung der Archive ist bekannt, daß die Unterdrückung in den zukünftigen »Volksdemokratien« bereits 1944 von dem sehr einflußreichen, international operierenden kommunistischen Geheimdienstapparat geplant und gesteuert wurde, der sich innerhalb der kommunistischen Internationale herausgebildet hatte und der in der Folge in den zentralen sowjetischen Geheimdienst integriert wurde. Am 12. Juni 1943, unmittelbar nach der am 9. Juni verkündeten Auflösung der Komintern, wurde die Abteilung für internationale Informationen des Zentralkomitees der KPdSU gegründet, an deren Spitze Alexander Schtscherbakow zusammen mit seinen Stellvertretern Georgi Dimitrow und Dimitri Manuilski stand. Diese Abteilung behielt auch in der Folgezeit ihren Einfluß auf die kommunistischen Parteien; Dimitrow, von Anfang an ihr eigentlicher Leiter, wurde Ende Dezember 1943 auf Beschluß des Politbüros zu ihrem offiziellen Chef ernannt. Sie gab ihre Direktiven entweder über die Auslandsbüros ab, die alle kommunistischen Parteien (mit Ausnahme der albanischen und jugoslawischen) in der UdSSR unterhielten, teilweise auch über Funkverbindungen oder durch Rundschreiben, später häufig durch Einberufung von »Beratungsgesprächen« in Moskau. Bei einer dieser Begegnungen, die

am 10. Mai 1945 stattfand, machte Dimitrow Wladyslaw Gomulka zum Vorwurf, daß er in Polen nicht hart genug durchgreife und meinte in diesem Zusammenhang auch: »Man wird schließlich um Konzentrationslager nicht herumkommen.« Faßte man also schon bei Kriegsende ins Auge, die politischen Gegner in Lager zu stecken?[35]

Die Ausweitung des bolschewistischen Experiments auf die nicht in die Sowjetunion integrierten Staaten sollte sich schnell als Risiko erweisen: Nationale Gefühle bestanden weiter und brachen sich auch von Zeit zu Zeit Bahn, obwohl Moskau immer wieder intervenierte, um die verschiedenen Regime des Ostblocks einander anzugleichen. Nach den Ereignissen in Jugoslawien von 1948/49, Ungarn 1953 und 1956 sowie Polen 1956 zeichneten sich die Unterschiede zwischen den kommunistischen Regimen stärker ab, was auch auf die Erschütterungen zurückzufuhren ist, den der Bruch zwischen der UdSSR und China zu Beginn der sechziger Jahre insbesondere in Albanien und Rumänien bewirkte.

Wir wollen schließlich festhalten, daß sich die einst mächtigen Kommunisten ihrer repressiven Vergangenheit auch gestellt haben; hierin liegt einer der Hauptunterschiede zwischen dem Kommunismus und dem Nationalsozialismus, der niemals einen Chruschtschow, Nagy, Dubcek oder Gorbatschow hervorgebracht hat. Stets stand in den fünfziger Jahren beim Kampf um die Nachfolge an der Spitze auch die Frage der »Rehabilitierung« der Opfer im Mittelpunkt, sowohl beim Ableben eines Parteiführers (Stalin und Gottwald 1953, Bierut in Polen 1956) als auch nach der Absetzung eines Generalsekretärs (Rákosi in Ungarn 1956). Das beinhaltete nicht nur, die schlimmsten Verbrechen öffentlich zu verurteilen, sondern auch, nach den Verantwortlichen zu suchen. Die Rehabilitierungen spielten in den Machtkämpfen der Führungsspitzen noch bis in die sechziger Jahre hinein eine wichtige Rolle, insbesondere in der Tschechoslowakei. Aber auch die Basis der Verfechter der Utopie (vor allem unter den Intellektuellen), für die das kommunistische Ideal eine moralische Dimension hatte und die sich angesichts der Enthüllungen über die Verbrechen des Regimes verraten fühlten, war von diesem Phänomen betroffen. Ab 1953 bis in die sechziger Jahre gehören zur Geschichte der Unterdrückung auch die zahlreichen Amnestien, die, auch wenn sie oft nur teilweise erfolgten, doch im höchsten Maße politisch bedeutsam waren.

1955/56 war die menschenverschlingende Staatsmaschinerie zwar noch in Betrieb, aber es war Sand ins Getriebe geraten. Funktionäre der politischen Polizei, erfahrene Akteure der Unterdrückung zwischen 1949 und 1953, waren abgesetzt, sogar verhaftet und verurteilt worden, wenn auch nur zu geringen Strafen. Politische Führer mußten zurücktreten, und manchmal traten ehemalige Häftlinge an ihre Stelle, wie Gomulka in Polen oder Kádár in Ungarn. Insgesamt schien die Unterdrückung »milder« geworden zu sein...

Die Gründungszeit der kommunistischen Regime hatte viele offene Wun-

den hinterlassen. Und der Massenterror als Unterdrückungsmethode hatte auch in den fünfziger und sechziger Jahren noch teilweisen Bestand. Mit einigem Recht kann man zu ihm auch die Militärinterventionen der sowjetischen Armee zählen. Die Panzer in den Straßen sollten Terror unter der Bevölkerung verbreiten und sind zum Symbol des Schreckens geworden.

Zum ersten Mal intervenierten sowjetische Panzer am 17. Juni 1953 in der DDR mit dem Ziel, in Ostberlin und anderen großen Städten spontane Demonstrationen der Arbeiterschaft niederzuschlagen, deren Auslöser Regierungsmaßnahmen waren, durch die sich die Arbeitsbedingungen verschlechterten. Nach neueren Untersuchungen fanden während dieser Aufstände und ihrer Niederschlagung 51 Menschen den Tod: Zwei wurden von Panzern zerquetscht, sieben wurden von sowjetischen Gerichten und drei von Gerichten der DDR zum Tode verurteilt, 23 erlagen ihren Verletzungen und auch unter den Sicherheitskräften gab es sechs Tote. Noch vor dem 30. Juni kam es zu 6171 Verhaftungen, denen später etwa 7000 weitere folgten.[36]

Nach dem XX. Parteitag der KPdSU hat die sowjetische Führung noch zweimal in spektakulärer Weise militärisch eingegriffen, 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei. In beiden Fällen sollten die Panzer einen antitotalitären Volksaufstand niederschlagen, der von breiten Schichten getragen wurde.

In Ungarn, wo die sowjetische Armee im Lande stationiert war, intervenierten ihre Einheiten in zwei Wellen: am 24. Oktober gegen 2 Uhr morgens in Budapest (ihr Rückzug aus der Stadt begann am 30. Oktober), und noch einmal in der Nacht vom 3. auf den 4. November. Bis zum Abend des 6. November fanden heftige Kämpfe statt, aber einige Widerstandsnester, zumeist in den Arbeitervorstädten, hielten bis zum 14. November durch, als auch im Mecsek-Gebirge eine Gruppe Aufständischer besiegt wurde. Aber schon im Dezember kam es im Zusammenhang mit Demonstrationen zu einem erneuten Aufflackern bewaffneter Auseinandersetzungen. Noch am 8. Dezember wurden in Salgötarjän 131 Menschen durch Schüsse von sowjetischen und ungarischen Einheiten getötet.

Der gewaltsame Tod und die Drohung, ihm selbst zum Opfer zu fallen - ein wesentliches Element jeden Terrors -, gehörten während einiger Wochen zum täglichen Leben der Ungarn. Im Verlauf der Kämpfe kamen etwa 3000 Menschen ums Leben, zwei Drittel von ihnen in Budapest; an die 15 000 wurden verletzt. Nach der Öffnung der Archive konnten ungarische Historiker auch die Zahl der Opfer auf der Seite der Unterdrücker ermitteln: Zwischen dem 23. Oktober und dem 12. Dezember verloren die Einheiten der politischen Polizei (AVH), der sowjetischen und ungarischen Armee und des Innenministeriums etwa 350 Mann; 37 Personen, die dem AVH, der Polizei oder der Armee angehörten, wurden entweder standrechtlich erschossen oder gelyncht. Durch diese Vorkommnisse wurde, wie manche Historiker meinen, »die Ehre der Revolution befleckt«.[37]

Bei den Unterdrückungsmaßnahmen, die der Zerschlagung der ungarischen Revolution folgten, leistete bis Anfang 1957 die sowjetische Militärpolizei tatkräftige Hilfe. Insgesamt waren mehr als 100000 Menschen betroffen, von denen einige zehntausend in Lagern interniert wurden, die am 12. Dezember offiziell wieder in Betrieb genommen wurden; 35 000 Personen wurden gerichtlich verfolgt, von denen 25 000 bis 26 000 in Haft kamen; mehrere tausend Ungarn wurden in die UdSSR deportiert; 229 Aufständische wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet; 200000 Personen schließlich flohen vor der Unterdrückung ins Exil.

Die Repression griff schnell auf die altbewährten Methoden zurück: einen Justizapparat, der unter Kriegsrechtsbedingungen mit Hilfe von Volksgerichten und einer Sonderkammer des Militärgerichts arbeitete. Vor einem solchen Volksgericht fand z. B. der Prozeß gegen Imre Nagy in Budapest statt. Der altgediente Kommunist, der während des Krieges im Moskauer Exil gewesen war, hatte seinen Posten als Ministerpräsident nach 1948 verloren, war zwischen 1953 und 1955 jedoch in diese Funktion zurückgekehrt und später erneut abgesetzt worden, bis er schließlich Präsident der aufständischen Regierung wurde. Ende Juni 1958 ging der Prozeß gegen Nagy und seine Mitangeklagten zu Ende. Zwei von denen, die ursprünglich zusammen mit Nagy vor Gericht stehen sollten, waren bereits bei der Eröffnung der Verhandlung nicht mehr am Leben: Der kommunistische Journalist Geza Losonczy, ein ehemaliger Widerstandskämpfer, der zwischen 1951 und 1954 im Gefängnis gewesen war und in der Regierung Nagy ein Ministeramt bekleidet hatte, war bereits am 21. Dezember 1957 in der Untersuchungshaft verstorben, vermutlich nicht ohne Mitverschulden derjenigen, die ihn verhört hatten; außerdem hatte man bereits am 22. April 1957 Jozsef Szilágyi zum Tode verurteilt und zwei Tage darauf hingerichtet, einen aktiven Kommunisten der Vorkriegszeit, der während des Krieges als Widerstandskämpfer in Haft gesessen hatte und 1956 Kabinettschef der Regierung Nagy gewesen war. Aus den erhalten gebliebenen Prozeßdokumenten läßt sich entnehmen, daß Szilágyi während der ganzen Zeit der Untersuchungshaft entschlossen als Ankläger aufgetreten ist: Er hielt den verhörenden Beamten unter anderem wiederholt vor, daß die Gefängnisse des faschistischen Horthy-Regimes verglichen mit den ihren Sanatorien gewesen seien.

Das Urteil im Prozeß gegen Imre Nagy, der am 9. Juni 1958 begonnen hatte, erging am 15., die drei Todesurteile wurden bereits am folgenden Tag vollstreckt. Zusammen mit Imre Nagy starben der General Pál Maleter, Widerstandskämpfer während des Krieges und Kommunist seit 1945, der als Verteidungsminister der Regierung der Aufständischen von den sowjetischen Behörden festgenommen worden war, und Miklós Gimes, ein kommunistischer Journalist, der nach der Niederschlagung der Revolte eine Untergrundzeitung herausgegeben hatte. Fünf weitere Mitangeklagte wurden zu Haftstrafen zwischen fünf Jahren und lebenslänglich verurteilt.

Der Prozeß gegen Imre Nagy, der einer der letzten großen Prozesse in den

Volksdemokratien war, machte deutlich, daß eine kommunistische Führung, der die Wiederherstellung der ursprünglichen Machtverhältnisse nur mit Hilfe einer sowjetischen Militärintervention gelungen war, auf diese besonders brutale Form von Unterdrückung nicht verzichten konnte. Aber sie brachte keinen großen Schauprozeß mehr zustande; das Verfahren gegen Nagy in Budapest fand hinter verschlossenen Türen statt, in einem eigens hergerichteten Saal des Gebäudes, das das Zentralgefängnis und den Sitz der politischen Polizei beherbergte. Die Weigerung, die sowjetische Intervention und die Machtübernahme der Gegenregierung Janós Kádár als legitim anzuerkennen, mußten Nagy und seine Mitstreiter als Symbolfiguren des Volksaufstandes im Jahre 1958 allerdings zwangsläufig mit ihrem Leben bezahlen.

Neuere Forschungen heben die Brutalität dieser Unterdrückung hervor und zögern nicht, in diesem Zusammenhang den Terminus »Terror« zu verwenden. Aber sie unterstreichen auch die Ambivalenz dieser Periode und stellen die Unterschiede zu der Zeit zwischen 1947 und 1953 fest. Bereits 1959, als noch gar nicht alle Prozesse gegen die Aufständischen abgeschlossen waren, kam es zu einer ersten teilweisen Amnestie. 1960 wurde der Ausnahmezustand aufgehoben, die Internierungslager aufgelöst usw. 1962 suspendierte man die Agenten der politischen Polizei vom Dienst, die zur Zeit von Rákosi in die Inszenierung von Prozessen verwickelt waren; Rajk und 190 andere Opfer der Verfolgung wurden endgültig rehabilitiert. 1963 wurde eine Generalamnestie erlassen, die jedoch nicht für solche Aufständische galt, die wegen »Mordes« verurteilt worden waren. Die gewaltsame Repression nahm ein Ende. Aber erst 1989 wurden Imre Nagy und seine »Komplizen« rehabilitiert, und noch 1988 prügelte die Polizei in Budapest auf Demonstranten ein, die an den Jahrestag seiner Hinrichtung erinnern wollten...

Zwei äußere Faktoren haben diese Entwicklung beeinflußt: einerseits die immer lauter werdende Kritik an der Stalin-Ära in der UdSSR, verbunden mit der Entfernung seiner Gefolgsleute aus der sowjetischen Führung; andererseits eine veränderte Weltlage, in der sich die Idee der friedlichen Koexistenz in den Ost-West-Beziehungen durchzusetzen begann. Beide Gesichtspunkte hatten nicht nur in Ungarn spürbare Auswirkungen...

Zwölf Jahre nach den Ereignissen in Ungarn sollten die sowjetischen Panzer beim Einmarsch in die Tschechoslowakei erneut Terror unter den Massen verbreiten. Die militärische Intervention von 1968 muß allerdings anders beurteilt werden als die von 1956, auch wenn sie das gleiche Ziel verfolgte, die Niederschlagung eines Volksaufstandes gegen den »Sozialismus nach sowjetischem Muster«. In der Zwischenzeit hatte sich nicht nur die internationale Situation, sondern auch die Lage des Weltkommunismus verändert. Das Hauptkontingent der Eingreiftruppen war immer noch sowjetisch, aber es beteiligten sich vier weitere Staaten des Warschauer Paktes: Bulgarien, Ungarn, Polen und die DDR. Wir wollen noch einen weiteren wichti-

gen Unterschied festhalten: In der Tschechoslowakei waren keine Einheiten der sowjetischen Armee stationiert wie 1956 in Ungarn, das im Weltkrieg besiegt worden war und somit als besetztes Land angesehen werden konnte, in dem die sowjetischen Divisionen in bereits auf den Straßen ausgebrochene Kämpfe eingriffen. Der sowjetische Generalstab mußte mit der Möglichkeit eines bewaffneten tschechoslowakischen Widerstandes rechnen, mit einem lokal begrenzten, vielleicht auch europaweiten Krieg.

Kompromittierende Särge

Nach der Hinrichtung der elf Verurteilten im Slánsky-Prozeß im Dezember 1952 hatte man die Leichen verbrannt und die Asche auf den vereisten Straßen und Feldern vor Prag verstreut. Sechs Jahre danach scheuten sich die ungarischen Kommunisten, diese Einäscherungspraxis zu wiederholen.

Imre Nagy und seine Mitstreiter wurden nach der Hinrichtung zunächst auf dem Gelände des Gefängnisses in der Kozmastraße, wo auch der Prozeß stattgefunden hatte, unter einer dicken Betondecke begraben. Aber diese einbetonierten Leichen, von deren letzter Ruhestätte ihre Familien nichts wußten, verbreiteten Unruhe. Im Sommer 1961 wurden sie exhumiert und nachts unter größter Geheimhaltung auf dem städtischen Friedhof von Budapest beigesetzt, in der Nähe der Gräber von zwei anderen Opfern dieses Prozesses, Geza Losonczy und József Szilágyi. Man hob die Särge über die Mauer, und auch die Friedhofsangestellten erfuhren nichts von den drei Toten, die hier unter falschen Namen beerdigt wurden. Dreißig Jahre lang blieben alle Bemühungen der Angehörigen, den Bestattungsort ausfindig zu machen, erfolglos. Aufgrund ungesicherter Angaben schmückten sie einige Gräber der Parzelle Nr. 301 des städtischen Friedhofs. Die Polizei verprügelte ihre Besucher und schändete wiederholt die Gräber, indem sie sie von Pferden niedertrampeln ließ.

Im März 1989 wurden die Leichen schließlich erneut exhumiert. Die Autopsie von Geza Losonczy wies mehrere Rippenbrüche nach, von denen er einige drei bis sechs Monate, andere nur kurz vor seinem Tod erlitten haben mußte.

Die damalige Regierung beauftragte jüngere Ermittler mit der Identifikation des Bestattungsortes. Einige weigerten sich, bei der Aufklärung mitzuhelfen, unter ihnen auch Sandor Rajnai, 1988-1989 ungarischer Botschafter in Moskau, der in diesem Prozeß für das Ermittlungsverfahren zuständig gewesen war.

(Bericht von Alajbs Dornbach, Anwalt der Zivilpartei, der 1988 die Wiederaufnahme des Prozesses Nagy verlangt hatte, veröffentlicht in *Communis*me, Nr. 26-27, Paris 1990.)

Daraus erklärt sich das beeindruckende militärische Material, das zum Einsatz gebracht wurde. In der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 begann unter dem Codenamen »Donau« eine Operation, deren Vorbereitungen am

8. April angelaufen waren, als Marschall Gretschko, der sowjetische Verteidigungsminister, die Weisung GOU/1/87 654 unterzeichnet hatte. Sie ließ in der Hauptsache sowjetische Truppen, die auf dem Territorium der DDR, Polens und Ungarns stationiert waren, in Aktion treten. Es handelte sich vor allem um Panzereinheiten, jene unverzichtbaren Panzer, die überall zum Symbol der Unterdrückung geworden sind, bis hin zu ihrem Einsatz auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking 1989. In der ersten Staffel kamen 165 000 Soldaten und 4600 Panzer; fünf Tage später war die Tschechoslowakei von 27 Divisionen besetzt, die ungefähr 400000 Mann stark waren und über 6300 Panzer, 800 Flugzeuge und 2000 Geschütze verfügten.

Um sich die Bedeutung des massiven Einsatzes dieser stählernen Sendboten des Schreckens klar vor Augen zu führen, muß man sich vergegenwärtigen, daß Frankreich im Jahre 1940 von 2500 Panzern angegriffen wurde, deren Größe und Bewaffnung denen von 1968 weit unterlegen war, und Hitlerdeutschland im Juni 1941 3580 Panzer gegen die UdSSR mobilisierte. Und man darf auch nicht vergessen, daß die Tschechoslowakei nur ca. 14,3 Millionen Einwohner hatte, nicht einmal halb so viele wie Frankreich im Jahre 1940.

Es kam jedoch nicht zu dem befürchteten lokal begrenzten Krieg, der Widerstand gegen den Einmarsch blieb unbewaffnet und gewaltfrei. Allerdings töteten die Invasoren 90 Menschen, vor allem in Prag; mehr als 300 Tschechen und Slowaken wurden schwer und mehr als 500 leicht verletzt. Die Zahl der Verluste unter den Invasionstruppen - darunter sind neben hingerichteten Deserteuren auch die Opfer von Verkehrsunfällen und von falschem Umgang mit Schußwaffen zu rechnen - ist bis heute nicht bekannt; wir wissen lediglich von einem bulgarischen Soldaten, der von Tschechen getötet wurde. Die sowjetischen Machthaber verhafteten und deportierten mehrere politische Führungspersönlichkeiten, sahen sich jedoch nach einigen Tagen gezwungen, sie freizulassen und mit ihnen zu verhandeln. Die Umsetzung des politischen Drehbuchs der Intervention geriet teilweise zum Fehlschlag; den Besatzern gelang es nicht, wie vorgesehen eine kollaborationswillige »Arbeiter-und-Bauern-Regierung« einzusetzen.

Die Unterdrückung, die diese Militärintervention zur Folge hatte, ging aber mit dem Jahr 1968 noch nicht zu Ende, Zu ihren Opfern muß man auch die »lebenden Fackeln« zählen, Menschen, die sich öffentlich verbrannten, um gegen die Besetzung zu protestieren. Sie waren die symbolischen Opfer der Ereignisse und sind es bis heute geblieben. Der erste, der dieses Schicksal auf sich nahm, war Jan Palach, ein 20-jähriger Student, der sich am 16. Januar 1969 um 14 Uhr 30 im Zentrum von Prag verbrannte; sein Tod drei Tage später löste Massendemonstrationen aus. Im Februar tat es ihm ein anderer Student, Jan Zajic, gleich; als dritte »lebende Fackel« starb Anfang April der 40-jährige Kommunist Evzen Plocek auf dem Marktplatz von Jihlava in Mähren.

Als Besonderheit der Unterdrückungsmaßnahmen in der Tschechoslowa-

kei muß angesehen werden, daß man sie nach kurzer Zeit den Ordnungskräften im Lande selbst überließ, nachdem man dafür gesorgt hatte, daß die tschechoslowakische Armee und Polizei im Sinne der angestrebten »Normalisierung« agieren würden. Der Druck der sowjetischen Machthaber, gestützt auf die fortdauernde Anwesenheit der Besatzungsarmee, war offenbar enorm. Ein unvorhersehbares Ereignis brachte Wasser auf ihre Mühlen; In der Nacht vom 28. auf den 29. März 1969 gingen spontan eine halbe Million Menschen auf die Straße. In 69 Städten strömten die Tschechen und Slowaken aus ihren Häusern, um den Weltmeisterschaftssieg ihrer Eishockey-Nationalmannschaft über die Sowjetunion zu feiern; dabei wurden 21 der 36 russischen Garnisonen attackiert. Die sowjetischen Marschälle verlegten sich auf Drohungen; Alexander Dubcek, der immer noch - bis zum 17. April - Generalsekretär der tschechoslowakischen KP war, wurde in aller Freundschaft darauf aufmerksam gemacht, daß es ihm wie Imre Nagy ergehen könne...

Der erste Jahrestag der Besetzung war eine große Bewährungsprobe für das Unterdrückungspotential der zur »Normalisierung« eingesetzten tschechoslowakischen Kräfte - die Spezialeinheiten der Armee und der Polizei sowie die Volksmiliz in den Betrieben -, auf die man sich sorgfältig vorbereitet hatte. Die Ordnungskräfte provozierten zahlreiche Zusammenstöße mit den vornehmlich jugendlichen Demonstranten. Dabei gingen sie mit großer Härte vor, hauptsächlich in Prag, wo bereits am Vortag, am 20. August, zwei Jugendliche getötet worden waren. In allen großen Städten verbreiteten Spezialeinheiten der Armee mit Panzern und gepanzerten Fahrzeugen Angst und Schrecken. Dieser brutale Einsatz wird heute von Spezialisten als »der größte Kampfeinsatz der tschechoslowakischen Armee nach dem Krieg« bezeichnet. Drei weitere Demonstranten starben am 21. August, Dutzende erlitten schwere Verletzungen. Tausende wurden verhaftet und geschlagen. Noch vor dem Jahresende 1969 waren 1526 Demonstranten durch einen Erlaß des Präsidiums des Bundesparlaments abgeurteilt worden, der Gesetzeskraft hatte und am 22. August vom Präsidenten dieses Staatsorgans, Alexander Dubcek, unterzeichnet worden war[38]...

1969 wurden einige weitere Personen in Haft genommen, die an dem Aufstand von 1968 beteiligt gewesen waren, darunter eine Gruppe junger Leute, die »Bewegung der revolutionären Jugend« (HRM), die bei der Vorbereitung der Demonstrationen zum ersten Jahrestag aktiv gewesen war; der Polizei war es gelungen, einen Spitzel in ihre Reihen einzuschleusen. Trotz des starken Drucks der »Ultras« gaben die regierenden »Normalisierer« weiterhin kein grünes Licht für politische Prozesse gegen die kommunistischen Führer von 1968. In der Literatur wird häufig die Meinung vertreten, daß die neue Regierung davor zurückschreckte, den Prozeßapparat in Gang zu setzen, weil sie aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit fürchtete, dieser könne sich am Ende gegen sie selbst wenden. Gustav Husák, der neue Generalsekretär der tschechoslowakischen KP, der von der sowjetischen

Führung zum Nachfolger Dubceks bestimmt worden war, wußte davon ein Lied zu singen: 1954 hatte man ihn in einem großen Prozeß gegen Anhänger »bourgeois-nationalistischer Tendenzen in der Slowakei« zu lebenslanger Haft verurteilt, worauf er neun Jahre hinter Gittern verbüßte. Mit Billigung Moskaus kam es zu einer unauffälligen, jedoch harten Unterdrückung der Massen, die mittels einer subtilen Strategie Unsicherheit verbreiten wollte: Hunderttausenden wurde die Teilnahme am öffentlichen Leben verwehrt, sie bekamen Berufsverbot, und ihre Kinder wurden praktisch zu Geiseln, indem man ihnen den Zugang zu höherer Schulbildung und den Universitäten verwehrte. Unmittelbar nach Beginn der Normalisierung zerschlug das Regime die Gruppierungen der Bürgergesellschaft, die sich 1968 neu zu formieren begonnen hatten: ungefähr 70 Organisationen und Vereine wurden verboten oder gingen zwangsweise in anderen, offiziellen auf, die Zensurmaßnahmen wurden wieder verschärft usw. Wie bereits schon einmal, nach den Ereignissen vom Februar 1948, gingen wieder Zehntausende Tschechen und Slowaken ins Exil. In den 40 Jahren der kommunistischen Herrschaft wählten etwa 400 000 Menschen diesen Weg, die zumeist über eine hohe Qualifikation und gute Ausbildung verfügten; nach 1969 wurden sie in der Regel von Gerichten in Abwesenheit verurteilt.

Der politische Prozeß verschwand aber nicht ganz aus dem Repertoire der Unterdrückung, die auf die Niederschlagung des »Prager Frühlings« folgte. Im März 1971 kamen 16 Mitglieder der HRM vor Gericht, ihr Anführer Petr Uhl wurde zu vier Jahren Haft verurteilt. Im Sommer 1972 schlossen sich diesem Prozeß neun weitere Verfahren an, in denen einige »zweitrangige« Protagonisten von 1968 abgeurteilt wurden, die man wegen ihrer Aktivitäten nach dem Beginn der Invasion verfolgte. Von 46 Angeklagten (zwei Drittel von ihnen waren Kommunisten) wurden 32 zu insgesamt 96 Jahren Gefängnis ohne Bewährung verurteilt, 16 weitere Angeklagte erhielten, nach mehreren Monaten Untersuchungshaft, insgesamt 21 Jahre auf Bewährung. Die schwerste Strafe, die verhängt wurde, lautete auf fünfeinhalb Jahre Haft, was im Vergleich mit den Exzeßurteilen der Gründungszeit des Regimes als eher »milde« angesehen werden muß. Einige von jenen, die während dieser Repressionswelle abgeurteilt worden waren - Petr Uhl, Jaroslav Sabata, Rudolf Battek - kamen nach Verbüßung ihrer Strafe erneut in Haft, so daß sie in den siebziger und achtziger Jahren weitere neun Jahre ihres Lebens im Gefängnis verbrachten. Die Tschechoslowakei hatte, was die politische Verfolgung betrifft, zu dieser Zeit in Europa die traurige Position des Spitzenreiters inne.

Die großen Aufstände von 1956 und 1968 und ihre Niederschlagung sind für uns Anlaß, auf einen weiteren Aspekt der Logik der Unterdrückung einzugehen, auf die Tatsache, daß die kommunistischen Staaten untereinander gewissermaßen ein System kommunizierender Röhren bildeten. Erschütterungen in einem Land hatten stets auch spürbare Auswirkungen auf die

anderen, besonders wenn die Moskauer Zentralmacht militärisch eingegriffen hatte. So war 1956 die aufgeschreckte poststalinistische Führung der tschechoslowakischen KP beim Aufstand in Ungarn bereit, Einheiten ihrer Armee zu entsenden; sie verstärkte zugleich die Unterdrückung im eigenen Lande, steckte einige bereits freigelassene politische Gefangene wieder ins Gefängnis und verfolgte tschechische und slowakische Sympathisanten der ungarischen Revolte; 1163 Personen wurden unter Anklage gestellt, zumeist wegen mündlicher Solidaritätsbekundungen für Ungarn; in der Mehrheit (53,5 %) handelte es sich um Arbeiter, die Urteile reichten bis zu einem Jahr Gefängnis, nur selten gingen sie über dieses Strafmaß hinaus. In Albanien kam es zur gleichen Zeit zu weitaus spektakuläreren Unterdrückungsmaßnahmen: Am 25. November 1956 verkündete das Hoxha-Regime die Verurteilung und Hinrichtung von drei »titoistischen« Parteiführern. Außer Liri Gega, Mitglied des Zentralkomitees der KP Albaniens, die zu diesem Zeitpunkt schwanger war, waren dies General Dale Ndreu und Petro Buli. Gheorghe-Dej, der begann, in seinen Beziehungen zur UdSSR die »chinesische Karte« zu spielen, zeigte in Rumänien Milde gegenüber den verfolgten Nationalisten, bereitete aber gleichzeitig einen großen Prozeß gegen Funktionäre vor, zum größten Teil kommunistische Juden, die für den Außenhandel zuständig waren.

Im Jahre 1968, sowohl vor als auch nach der Militärintervention in der Tschechoslowakei, verstärkten die kommunistischen Regime in der UdSSR und anderswo ihre Verfolgungsmaßnahmen aus Furcht vor der Ansteckungsgefahr, die von den Ideen des »Prager Frühlings« auszugehen schien. Das Los von Alfred Foscolo kann hiervon beispielhaft Zeugnis geben und bringt uns zugleich die Atmosphäre der damaligen Zeit näher. Der junge Franzose hatte eine bulgarische Mutter und einen französischen Vater, der bis 1949 in Bulgarien als Lehrer gearbeitet hatte, und dort verbrachte Alfred Foscolo nun regelmäßig die Sommerferien. 1966, er studierte zu dieser Zeit Jura und orientalische Sprachen in Paris, versuchte er seinen bulgarischen Freunden zu helfen, indem er in Frankreich ein Flugblatt in 500 Exemplaren hektographierte und nach Sofia brachte. Die jungen Leute forderten hierin freie Wahlen, Presse- und Reisefreiheit, die Selbstverwaltung der Arbeiter, die Auflösung des Warschauer Paktes und die Rehabilitierung der Opfer der Repression. Im selben Jahr wird Alfred Foscolo Vater einer kleinen Tochter, deren Mutter eine Bulgarin ist, Raina Arachewa. Fredy und Raina beantragen daraufhin eine Heiratserlaubnis, die auf sich warten läßt. Inzwischen kommt das Jahr 1968.

Alfred Foscolo gibt folgenden Bericht von den Ereignissen: »Anfang 1968 muß ich in Frankreich meinen Wehrdienst ableisten. Im Juli kommt eine Nachricht der bulgarischen Botschaft, die Heiratserlaubnis werde erteilt, wenn ich nach Sofia käme. Ich nehme mir vierzehn Tage Urlaub und fahre so schnell wie möglich hin. Aber vor Ort erhalte ich erneut eine Ablehnung. Es ist August 1968, und am 21. marschieren die Sowjets in

Prag ein; ohne in meiner Sache irgendetwas erreicht zu haben, nehme ich am 28. den Orient-Express nach Paris. Dort sollte ich jedoch erst einige Jahre später ankommen: An der Grenze werde ich von Agenten der Dárzavna sigumost verhaftet. Man bringt mich heimlich ins Gefängnis der Staatssicherheit, und dort bin ich 15 Tage lang verschollen, außer für den Hauptmann Nedkow, der mich nicht im unklaren über mein weiteres Schicksal läßt: Entweder ich erkläre mich zur Kooperation bereit und bekenne mich als imperialistischer Agent, oder es wird niemals mehr jemand etwas von mir hören. Ich gebe nach, weil ich hoffe, daß ich vor Gericht die Wahrheit zeigen kann.

Der Prozeß beginnt am 6. Januar 1969. Zwei meiner Freunde und Raina sitzen mit mir auf der Anklagebank. Als der Staatsanwalt für mich die Todesstrafe fordert, antwortet mein Anwalt, daß ich sie voll und ganz verdiene, er jedoch um Nachsicht bitte. Es ist nichts anderes als eine Justizfarce, organisiert zu Propagandazwecken. Ich werde wegen Spionage zu insgesamt 27 Jahren Haft verurteilt, die zu 15 Jahren verschärfter Haft zusammengefaßt werden. Meine Kameraden erhalten zehn und zwölf Jahre, Raina, die überhaupt nichts von dem Flugblatt gewußt hatte, ein Jahr. Einer unserer Freunde, ein bulgarischer Emigrant, der in Paris lebt, wird in Abwesenheit zum Tode verurteilt.

Nachdem ich einen Monat in einer Todeszelle des Zentralgefängnisses im 7. Bezirk von Sofia verbracht habe, werde ich ins Gefängnis von Stara Zagora überstellt, wo die Mehrzahl der zwei- bis dreihundert politischen Gefangenen des Landes einsitzt. Hier lerne ich viel über die Geschichte der Gefängnisse in Bulgarien während der ersten 25 Jahre des Kommunismus, und es wird mir klar, daß die mir auferlegte Prüfung wenig ist im Vergleich zu dem, was Tausende von Bulgaren durchmachen mußten. Ich bin auch Zeuge der Meuterei vom 8. Oktober 1969, bei der mehrere Häftlinge ums Leben kommen. Um diese Zeit wird ein weiteres Ersuchen um Heiratserlaubnis abgelehnt, das Raina und ich während unserer Haft gestellt haben.

Wieder alle Erwartung komme ich am 30. April 1971 frei und werde nach Frankreich ausgewiesen. Während 1968 unsere Verhaftung und der folgende Schauprozeß vor dem Hintergrund der Ereignisse in der Tschechoslowakei die Verwicklung »imperialistischer Kräfte« in die Unabhängigkeitsbestrebungen im Ostblock beweisen sollte, ist meine Anwesenheit in bulgarischen Gefängnissen nun, wo die Entspannungsbemühungen von Helsinki beginnen, nicht mehr von Vorteil. Meinen beiden bulgarischen Kameraden kommt allerdings solche Milde nicht zugute.

In Paris angekommen, überlege ich, wie ich Raina und meine Tochter zu mir holen kann. Schließlich reise ich am 31. Dezember heimlich unter falschem Namen und ausgestattet mit gefälschten Pässen nach Sofia. Dank dieser manipulierten Papiere und mit einer gehörigen Portion Glück können Wir alle drei in der Nacht vom 1. auf den 2. Januar 1974 die bulgarisch-türkische Grenze passieren. Am übernächsten Tag sind wir in Paris.«[39]

Im Zeitraum zwischen 1955/56 und 1989 wird die Repression schließlich von der allen diktatorischen Regimen eigenen Logik bestimmt; Der Polizeiapparat zeigt Präsenz und bekämpft die Opposition, die sich meist spontan in sozialen Unruhen wie Streiks und Demonstrationen äußert, teilweise aber auch mit Überlegung und Bedacht vorgeht, ihre Forderungen formuliert und versucht, sich eine Organisationsstruktur zu geben. Während in den sozialistischen Gesellschaften, begünstigt durch die internationale Lage zu Beginn der zweiten Hälfte der siebziger Jahre und das KSZE-Abkommen von Helsinki, der Widerspruchsgeist immer stärker wird, stützt sich der Staatssicherheitsapparat auf ein immer breiter werdendes Netz von Spitzeln, um jederzeit oppositionellen Aktivitäten zuvorkommen und sie ersticken zu können.

Es ist bezeichnend für den Zustand des Systems, daß es gezwungen war, auf diese Art der Kontrolle der Gesellschaft zurückzugreifen und sie in solchem Maße auszubauen. In der Tschechoslowakei zum Beispiel beschäftigte die politische Polizei zwischen 1954 und 1958 an die 132 000 Spitzel; gegen Ende der achtziger Jahre benötigte sie mehr als 200000 Informanten!

Parallel dazu war die Struktur der Repression in der Phase des »Post-Terrors« mehr als zuvor durch nationale Besonderheiten geprägt, auch durch die Kräfteverhältnisse innerhalb der jeweiligen Führungen, von deren aktueller Einschätzung der Stabilität ihres Regimes und durch den Erfolg oder Mißerfolg ihrer politischen und ökonomischen Projekte. Am 13. August 1961 wird auf Initiative der Parteiführung der SED und mit Zustimmung Moskaus die Berliner Mauer errichtet, was vor allem als Ausdruck einer panischen Angst um den Bestand des Regimes zu deuten ist.

In Rumänien hat die kommunistische Parteiführung ihre Unabhängigkeit und Sonderstellung durch ihre Weigerung, sich an der Militärintervention gegen die Tschechoslowakei zu beteiligen, deutlich zum Ausdruck gebracht. Nur wenige Jahre später und bis weit in die achtziger Jahre hinein wird sich allerdings erweisen, daß der »nationale Kommunismus« Rumäniens neben dem Albaniens das repressivste aller hier behandelten Systeme hervorbringt. Unterdrückung blieb auch ohne den direkten Einfluß der sowjetischen Metropole ein wesentlicher Zug des kommunistischen Systems.

Das Rumänien des Nicolae Ceauçescu, des »Conducators«, der sich verehren ließ wie der italienische »Duce« oder der deutsche »Führer«, hatte ab der zweiten Hälfte der siebziger Jahre mit einer schweren wirtschaftlichen und sozialen Krise zu kämpfen, die zu beträchtlicher Unzufriedenheit im Lande führte. Die dortige Protestbewegung war, wie in anderen Ländern auch, aus dem Kampf um mehr demokratische Freiheiten erwachsen, wurde hier aber vor allem vom Engagement der Arbeiterschaft getragen. Der große Streik der 35 000 Grubenarbeiter im Jiu-Tal vom August 1977, die Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen des Sommers 1980 mit der Besetzung von Betrieben in Bukarest, Galaji, Tirgoviçte und in den Kohlebecken, die Revolte im Motru-Tal vom Herbst 1981 und andere Äußerungen von Unzu-

friedenheit ließen die Regierung Ceauçescu zu harten Repressionsmaßnahmen greifen. Verhaftungen, erzwungene Umsiedlungen, Hausarrest, Prügel, Entlassungen, Einweisung in die Psychiatrie, Prozesse, Mord - sämtliche vorstellbaren Mittel der Unterdrückung wurden in massivem Umfang eingesetzt. Sie hatten für den Augenblick auch Erfolg, zeigten allerdings keine dauerhafte Wirkung. 1987 brachen erneut Demonstrationen und Streiks aus, deren Höhepunkt ein Volksaufstand in Braçov war, der mit 300000 Einwohnern zweitgrößten Stadt Rumäniens. Dabei kam es zu heftigen und blutigen Zusammenstößen mit den Ordnungskräften, es gab Tote und hunderte Festnahmen.

In Rumänien hatten einige politische Gefangene, wie z. B. Pater Calciu, einen schier endlosen Leidensweg durchzumachen. Gheorghe Calciu Dumitreasa, geboren 1927, wurde als Medizinstudent verhaftet und saß bis 1964 im Gefängnis von Piteçti ein, von dem schon die Rede war. Als er freikam, entschloß er sich, Priester zu werden. Nachdem er sich unter anderem bei der Gründung der Freien Gewerkschaft der rumänischen Arbeiter (SLOMR) engagiert hatte, kam er erneut vor Gericht und wurde am 10. Mai 1979 unter Ausschluß der Öffentlichkeit wegen »Weitergabe von Informationen, die die Staatssicherheit gefährden« zu zehn Jahren Haft verurteilt. Im Gefängnis trat er fünfmal in den Hungerstreik. Ähnlich erging es auch Ion Puiu, einem früheren Funktionär der Nationalen Bauernpartei, der 1947 zu 20 Jahren Haft verurteilt worden war und 1964 aus dem Gefängnis freikam. Er wurde 1987 für sein Engagement in der Opposition erneut inhaftiert.

Die Verschärfung oder auch das Nachlassen der Repression stand selbstverständlich immer im Zusammenhang mit der internationalen politischen Situation, dem aktuellen Stand der Ost-West-Beziehungen und Veränderungen in der Politik der Sowjetunion. Zwischen Breschnew und Gorbatschow hat sich die Welt weiterentwickelt, und mit ihr auch die Ideologie der Unterdrückung. In den sechziger Jahren und später wurde die Unterstützung des »Titoismus« oder »Zionismus« nicht mehr oder nur noch selten verfolgt. In den meisten Ländern kümmerte sich die politische Polizei vornehmlich um »ideologische Abweichler« und »unerlaubte Beziehungen zum Ausland«, hauptsächlich zum Westen.

Die Verfahrensweisen der »milder« gewordenen Repression änderten sich in vielen Ländern: Ausbürgerung - vor allem in der DDR und in der Tschechoslowakei - oder auch »psychiatrische Behandlung« nach sowjetischem Vorbild ersetzten nun manchmal die Inhaftierung. Übergriffe kommunistischer Regime wurden im übrigen im Westen nun häufiger diskutiert und kritisiert, sie fanden ein unmittelbares Echo, und einige Opfer hatten sogar das zuvor seltene Privileg, sich in Publikationen mit hoher Auflage äußern zu können. Die Tatsache, daß ihre Vergehen möglicherweise öffentlich bekannt und durch die Medien verbreitet werden könnten, stimmte die ausführenden Organe der Diktatur nachdenklich, auch in Rumänien.

Einige politische Häftlinge im Rumänien des Jahres 1987

Françise Barabas, vierzig Jahre, Mechaniker in einer Textilfabrik, verurteilt zu sechs Jahren Haft, Der aus Transylvanien stammende Ungar hatte zusammen mit seinem Bruder und seiner Verlobten Flugblätter in ungarischer Sprache verteilt: »Nieder mit dem Schuster! Nieder mit dem Mörder!« (Der ursprüngliche Beruf Ceausescu war Schuster gewesen.)

Ion Bugan, Elektriker, geboren 1936. Verurteilt zu zehn Jahren, weil er als Autofahrer im März 1983 in den Straßen von Bukarest mit einem Schild demonstriert hatte, auf dem stand: »Haut ab, ihr Henker!«

Ion Guseilla, Ingenieur, Ende 1985 zu vier Jahren verurteilt, weil er Flugblätter verteilt hatte, in denen die Absetzung des Staatschefs verlangt wurde.

Gheorghe Nastasescu, Bauarbeiter, 56 Jahre, verurteilt zu neun Jahren wegen regierungsfeindlicher Propaganda. Er saß zuvor schon vier Jahre wegen »antisozialistischer Propaganda« im Gefängnis. Im Herbst 1983 hatte er Flugblätter von einem Gerüst in Bukarest geworfen, in denen die Passanten dazu aufgerufen wurden, ihre Unzufriedenheit öffentlich zu äußern.

Victor Totu, Gheorghe Pavel und Florin Vlascianu, alle Jahrgang 1955, verurteilt zu sieben bzw. acht Jahren Haft; am 22. August 1983, am Vorabend des Nationalfeiertages, hatten sie die Parole »Nieder mit Ceauçescu« an Häusermauern geschrieben und das Regime des Conducators mit der Nazidiktatur verglichen.

Dimitru Iuga, 40 Jahre, 1983 zu zehn Jahren Haft verurteilt; er hatte wiederholt Versammlungen mit Jugendlichen abgehalten, um Demonstrationen gegen Ceauçescu zu organisieren. Ihr Protest sollte gewaltfrei sein. Sieben junge Leute wurden zu je fünf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, kamen jedoch 1984 aufgrund einer Amnestie wieder frei; Iuga blieb in Haft.

Nicolae Litoiu, 27 Jahre, verurteilt 1981 zu 15 Jahren wegen »Verschwörung gegen die Sicherheitsinteressen des Staates«. Im Sommer 1981 hatte er einen Feuerwerkskörper auf einen Stand vor dem Haus der Partei in Ploeşti geworfen; außerdem hatte er vom Dach des Kaufhauses »Omnia« in Ploeşti Flugblätter herabregnen lassen. Sein Schwager Gheorghe Manu bekam wegen Mitwisserschaft acht Jahre.

Attila Kun, Arzt, im Januar 1987 zu drei Jahren verurteilt, weil er sich weigerte, einen Totenschein für einen politischen Häftling auszustellen, der unter der Folter gestorben war.

I. Borbely, Philosophieprofessor, in Zusammenhang mit der Publikation eines Samisdats in ungarischer Sprache 1982 zu acht Jahren Haft verurteilt.

(La Nouvelle Alternative, Nr. 7, September 1987, Paris)

Die Leiden der Unterdrückten hatten nachgelassen, aber nicht aufgehört. Die Lager verschwanden, außer in Albanien und in Bulgarien, wo sie, insbesondere in den neunziger Jahren, zur Internierung von Bulgaren türkischer Abstammung dienten. Es gab immer noch politische Prozesse, die mit der Ausnahme von Ungarn auch die weitere Entwicklung der Länder markierten, mit denen wir uns hier beschäftigen. Wie vor 1956 zielte diese Methode der Abschreckung vor allem auf jene, die versuchten, die Bürgergesellschaft wiederzubeleben, also etwa die einst aufgelösten Parteien oder unabhängigen Gewerkschaften neu zu gründen, sowie auf alle, die sich für die Kirchen engagierten und ihnen so weiterhin zumindest ein Schattendasein ermöglichten. In Ausnahmefällen waren auch kommunistische Parteiführer von solchen Prozessen betroffen. In diesem Zusammenhang wollen wir auf folgende Politiker hinweisen: Paul Merker aus der DDR, der im März 1955 zu acht Jahren Gefängnis verurteilt wurde, aber schon 1956 freikam; Rudolf Barak, tschechoslowakischer Innenminister, verurteilt zu sechs Jahren im April 1962; Milovan Djilas, ein wichtiger Dissident des jugoslawischen Kommunismus, der zwischen 1956 und 1961 und noch einmal zwischen 1962 und 1966 in Haft saß. Als Albanien sich von der UdSSR abwandte und auf den Kurs Chinas einschwenkte, wurden Liri Belishova, Mitglied des Politbüros, und K090 Tashko, Präsident der Kontrollkommission der albanischen KP, für ihre »prosowjetische« Haltung hart bestraft; Konteradmiral Temo Sejko wurde im Mai 1961 zusammen mit mehreren Offizieren hingerichtet. 1975, als der Bruch mit China vollzogen war, ließ Enver Hoxha Verteidigungsminister Bequir Balluku und seinen Generalstabchef Petrit Dume liquidieren.

Die Aufzählung der wichtigsten politischen Prozesse dieser Zeit wäre eine langwierige Angelegenheit, so daß wir uns hier mit einigen Beispielen begnügen müssen.

Todesurteile waren nach unserer Kenntnis selten - außer, wenn es sich tatsächlich um Spionage handelte -, und sie wurden in der Regel nicht vollstreckt. So war es z. B. im Fall des Bulgaren Dimitar Pentschew, der mit einem Freund 1961 zum Tode verurteilt wurde, weil sie zusammen mit einer Gruppe junger Leute eine Neugründung der Bauernpartei von Nicolas Petkow versucht hatten; seine Strafe wurde in der Berufungsverhandlung in zwanzig Jahre Haft umgewandelt, schließlich kam er im Herbst 1964 aufgrund einer Generalamnestie frei. Pentschew wurde danach einfacher Arbeiter, aber seine bittere Lehrzeit in bulgarischen Gefängnissen war noch nicht abgeschlossen. Zwischen 1967 und 1974 saß er erneut in Haft, dieses Mal wegen »illegalen Grenzübertritts«, ein Abenteuer, bei dem einer seiner Freunde das Leben verlor. 1985 kam er unter Terrorismusverdacht zwei Monate ins Lager auf der Insel Belene, wonach er schließlich als Wohnort die kleine Bergwerksstadt Bobov-Dol angewiesen bekam...

In der Zeit des »Post-Terrors« ist die Zahl der Menschen, die durch Repressionsmaßnahmen ihr Leben verloren, deutlich geringer als in der Zeit

vor 1956. Außer jenen, die 1956 in Ungarn und 1968/69 in der Tschechoslowakei starben, und von denen schon die Rede war, sind noch einige hundert weitere Opfer zu beklagen; ein großer Teil von ihnen wurde beim Versuch erschossen, die Grenze der DDR oder die berüchtigte Berliner Mauer zu überwinden. Einer der letzten politischen Gefangenen dieses Zeitabschnitts, die den Tod fanden, war der Tscheche Pavel Wonka, der infolge mangelhafter medizinischer Versorgung am 26. April 1988 in der Haft starb...

Langsam wird es möglich, Bilanz zu ziehen, allerdings bleibt dies nach wie vor schwierig. Denn zu den Opfern zählen auch jene, die Mordanschlägen der Geheimpolizei zum Opfer fielen, z. B. jene zwei rumänischen Ingenieure, die 1977 die Streikenden im Jiu-Tal angeführt hatten und einige Wochen nach Niederschlagung des Streiks bei einem »Autounfall« zu Tode kamen.

Zukünftige Untersuchungen werden ohne Zweifel versuchen, auch für diese Periode, wie für die Zeit vor 1956, eine Typologie der Opfer und Häftlinge zu erstellen. Aber Verfolgung konnte damals mehr bedeuten, als bloß ins Gefängnis zu kommen. Viele hatten bei Militärinterventionen oder gescheiterten Grenzübertritten ihr Leben verloren. Und natürlich wäre es auch unangemessen, sich nur auf das Schicksal herausragender Persönlichkeiten wie des tschechischen Dramaturgen Vaclav Havel, des ungarischen Philosophen István Bibó, des rumänischen Schriftstellers Paul Goma oder anderer Intellektueller zu konzentrieren, und dabei die »kleinen Leute« unberücksichtigt zu lassen. Denn es wäre allzu einseitig, die Erforschung der Unterdrückung auf ihre kulturelle Dimension zu begrenzen. Auch wurde in den Jahren 1956 bis 1989 niemand vom Range eines Babel oder Mandelstam umgebracht. Sicher, da war die Ermordung des bulgarischen Schriftstellers Georgui Markow im September 1978 in London, der durch den »bulgarischen Regenschirm« eines Geheimagenten starb. Und wahrscheinlich gab es auch unter den jüngeren Opfern Talente, die sich noch hätten entfalten können. Dennoch waren in allen betroffenen Ländern, und das Beispiel Rumäniens stützt diese These, die Häftlinge und Getöteten in ihrer Mehrheit »kleine Leute« gewesen; und die Geschichte sollte auch die Namen dieser Opfer nicht vergessen.

Bekanntlich fürchteten die kommunistischen Diktaturen den schöpferischen Geist und das freie Wort. Die kommunistische Tschechoslowakei reagierte 1977 mit Panik auf die 260 Unterschriften unter das Manifest der Charta 77. Aber diese Polizeistaaten waren sicherlich noch viel mehr aufgeschreckt, wenn Zehntausende Menschen auf die Straße gingen.

Gegen Ende der achtziger Jahre gelang es der Repression nicht mehr, im gleichen Ausmaß wie zuvor Massenterror zu verbreiten. Und die Unterdrückten überwanden die letzten Befürchtungen und Ängste und starteten zum Generalangriff auf die Macht.

Die schwierige Bewältigung der Vergangenheit

Kann man die Leiden vergessen oder in Vergessenheit bringen, die ein System und seine gestiefelten Knechte verursacht hat, wenn diese Leiden über Jahrzehnte hin angedauert haben? Kann man gegenüber den Besiegten Großzügigkeit und Nachsicht walten lassen, wenn es sich um Henker und Folterer handelt? Was soll man, wenn man Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aufbauen will, mit den abgesetzten Herrschern und ihren zahllosen Hilfschargen anfangen, mit dem allgegenwärtigen und vielgliedrigen Staatsapparat und der Partei, die ihn geführt hat?

Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme fanden die neu entstehenden Demokratien in Mittel- und Südosteuropa verschiedene Antworten auf diese Fragen. Überall stand eine »Säuberung« der alten kommunistischen Parteiapparate an, auch wenn dieser Ausdruck unangenehme Erinnerungen weckte. Dabei ist es nicht verwunderlich, wenn sich die neuen Staatsführer, unter denen sich in einigen Ländern auch alte Kommunisten befanden, über das Ausmaß und die Methoden dieser Säuberung uneins waren. Manche verlangten eine Radikalkur, ein Verbot der kommunistischen Partei und ihre Einstufung als »Verbrecherorganisation« sowie Prozesse gegen herausragende, noch lebende Funktionäre. Andererseits wollte man bei den Säuberungsaktionen vermeiden, an die alten kommunistischen Methoden anzuknüpfen. Die neuen Staatslenker, wie der polnische Premierminister Tadeusz Mazowiecki oder der tschechoslowakische Präsident Vaclav Havel, beabsichtigten zwar, die Verbrechen und Verfehlungen des abgedankten Regimes ans Licht zu bringen und seine noch aktiven Vertreter daran zu hindern, weiterhin in den alten Machtstrukturen zu bleiben, wollten dabei jedoch nicht auf die Mittel einer autoritären Machtausübung zurückgreifen. Als antikommunistische Demokraten lehnten sie es ab, in einem Klima der Angst oder mit Hilfe der Angst zu regieren. Der ungarische Schriftsteller György Dalos, einer der altgedienten Oppositionellen des früheren autoritären Regimes, schrieb 1990: »Säuberungsaktionen, auch wenn man der Sache ein freundlicheres Gesicht zu geben sucht, indem man sie in ›großer Frühjahrsputz‹ umtauft, haben zur Folge, daß, unter dem qualifizierten Personal des alten Systems, das wir doch so dringend benötigen, ein Gefühl von Unsicherheit entsteht [...] Es wäre schlimm, wenn aus der Angst heraus eine neue Art von ›Loyalität‹ entstünde, die in Wahrheit nur wenig mit dem Selbstverständnis einer Demokratie zu tun hätte.«[40]

Bereits in den ersten Tagen nach Erringung der Freiheit drehte sich in der Frage nach der Verantwortung alles um die Opfer des kommunistischen Regimes, um die Überlebenden ebenso wie die Toten, jene, die bisher geschwiegen und die, die sich bereits früher artikuliert hatten. Dabei dachte man an die Verfolgten im weitesten Sinne, angefangen von jenen, die unschuldig hingerichtet worden waren oder im Gefängnis gesessen hatten, bis hin zu dem kleinen enteigneten Schuster und allen, die Tag für Tag durch die

ihnen aufgezwungene Hinnahme der Lügen der Machthaber gedemütigt wurden. Die postkommunistische Gesellschaft sah sich einem »monströsen Erbe« (Vaclav Havel) gegenüber und mußte sich dem schweren Problem von Schuld und Sühne stellen. Die Opfer, die Hauptzeugen aller Leiden, wandten sich verständlicherweise an die neue politische Führung, die die Ressentiments, die aus den Leiden erwachsen waren, in Bahnen lenkte, ausbeutete oder beruhigte. Es gab solche, die Öl ins Feuer gössen und versuchten, für sich Profit herauszuschlagen, und andere, die sich darum sorgten, die Gesellschaft könne an einem blinden Haß zerbrechen; manche, die abwartend zusahen, und jene, die im Bewußtsein um die menschliche Schwäche nach den wahren Ursachen des Übels forschten und demokratische Maßnahmen zu seiner Behebung vorschlugen. In allen kommunistischen Regimen hatte es eine »schweigende Mehrheit« gegeben, und oft waren es die ehemals Feigen und Verängstigten, die »halbherzigen Mitläufer«, die nun plötzlich am lautesten blutige Rache einforderten.

Es ist nicht verwunderlich, daß nach so vielen Jahren ohne die Möglichkeiten des Erinnerns die Interpretation der jüngeren Vergangenheit und die Suche nach neuen Legitimationen und Identitäten Emotionen aufwühlten. Verständlich auch, daß bei den sich überschlagenden Umwälzungen die verschiedenen Standpunkte vor allem über die Presse, die endlich von der Zensur befreit war, Ausdruck fanden. Dabei gewann jedoch eine »journalistische« Sichtweise, die dem »Ereignis«, der »Sensation« hinterherjagte, die Oberhand und bewirkte zunächst eine Schwarzweißmalerei der Geschichte und die Reduktion ihrer Entwicklung auf die Dimension Täter-Opfer, die eine ganze Nation und jedes einzelne ihrer Mitglieder zu Widerstandskämpfern gegen ein von außen aufgezwungenes Regime stilisierte. Diese Herangehensweise kümmerte sich wenig um Feinheiten des Vokabulars, wie sich aus der freimütigen Verwendung des Terminus »Genozid« entnehmen läßt: Einem von den Kommunisten geschürten Genozid sollen angeblich das rumänische, tschechische und andere Völker zum Opfer gefallen sein; die Tschechen wiederum sollen unter der kommunistischen Herrschaft einen Genozid am slowakischen Volk versucht haben... In Rumänien sprachen sogar Literaten vom »roten Holocaust«, und in Bulgarien ist im Zusammenhang mit dem Gulag häufig von den »zahllosen Auschwitz ohne Krematorien« die Rede gewesen.

Diese Aufarbeitungsversuche der jüngeren Vergangenheit sind bereits zum Objekt unparteiischer Studien geworden. In ihnen wird besonders die Bedeutung des Zweiten Weltkriegs für das Leben der postkommunistischen Gesellschaften nachgewiesen; im extremsten Fall zeigte sich das in Ex-Jugoslawien, wo der jüngst zu Ende gegangene Bürgerkrieg nichts anderes als die Fortsetzung des Bruderkrieges vor der kommunistischen Machtergreifung gewesen zu scheint, für dessen Wiederaufleben ein wesentlicher Grund in der manipulierten Erinnerung zu suchen ist. Die Schatten des Weltkriegs sind noch nicht verblaßt, vor allem nicht bei den ehemaligen Ver-

bündeten Nazideutschlands. Wäre der französische Marschall Philippe Petain ein Rumäne oder Slowake gewesen, so würden sich heute gewiß Stimmen erheben, die ihn als Opfer des Kommunismus darzustellen versuchten, wie man dies im Falle des rumänischen Diktator Antonescu und des slowakischen Präsidenten Monsignore József Tiso tat, die beide nach dem Weltkrieg als Mitverantwortliche für die Greueltaten, die ihre Staaten begangen hatten, verurteilt und hingerichtet worden waren.

Die Geschichtschreibung der kommunistischen Regime erweist sich als Schauplatz politischer Kämpfe, eine selbstverständliche Folge des Versuchs der neuentstehenden Parteien und Bewegungen, sich in der Vergangenheit zu verankern und dort nach Vorläufern und Traditionen Ausschau zu halten. Der Pole Andrzej Paczkowski, einer der Autoren dieses Buches, zögert nicht, für diese Suche nach den Wurzeln im heutigen Polen den Terminus »Bürgerkrieg« zu verwenden, ein im Unterschied zu Jugoslawien jedoch glücklicherweise nur mit Worten ausgetragener Bürgerkrieg. Individuen und Gruppen bemühen sich um eine neue Identität, zu deren Komponenten auch die Erinnerung gehört. Dabei kommt es teilweise auch zu einer instrumentalisierten und manipulierten Sichtweise der Vergangenheit, alte Mythen und Legenden kehren wieder, neue bilden sich heraus. In diesem Zusammenhang verdient auch der Mythos der Zahl der Opfer besondere Beachtung. Nach Ansicht des Historikers Robert Frank stellt diese Zahl ein »Schlüsselsymbol« mit »wissenschaftlichem (mathematischen) Anstrich« dar; sie ermöglicht das Reden über einen »bezifferbaren Tod«, sie erlaubt es, den Massentod zu instrumentalisieren und zum Kultobjekt zu erheben. Dieses Phänomen ist in der Geschichtsdarstellung aller betroffenen Länder im Zusammenhang mit den Opfern des Kommunismus aufgetreten. Daraus ergibt sich für den Forscher in dieser Frage eine unbedingte Sorgfaltspflicht, um der Mythenbildung innerhalb von Nationalitäten und Gruppen keinen Vorschub zu leisten.

Die extrem politisierte Interpretation der Geschichte erleichtert die grundlegende Analyse der politischen Entwicklung eines Landes, meint der Ungar György Litvan, Direktor des Instituts für die Geschichte der ungarischen Revolution von 1956: Der Bezug auf die jüngere Vergangenheit offenbart uns oft mehr über die demokratischen Wurzeln dieser oder jener Strömung als ihre Äußerungen über Wirtschaftsfragen oder andere Probleme der aktuellen Übergangsperiode.

Die Erinnerung kehrt zurück oder formiert sich neu, und mit ihr auch das »offizielle« Gedenken: Die Gesetzgeber und Entscheidungsträger beschließen, welche Traditionen in die Präambel der Verfassung mit aufgenommen werden sollen, wählen die Persönlichkeiten aus, die auf den neuen Banknoten abgebildet werden, legen Nationalfeiertage, Orden und Gedenktage fest, benennen Straßen und Plätze und verabschieden Lehrpläne für die Schulen. Dabei werden natürlich auch die Helden und Opfer der kommunistischen Zeit nicht vergessen. Andererseits wiederum verlangt man den betroffenen

Bevölkerungen teilweise auch ab, die Geschichte der kommunistischen Zeit »auszuklammern« (einen Vorgang, den manche als unglücklich, andere sogar als kriminell empfinden). Daß dies im 20. Jahrhundert nichts Neues ist, stellt die italienische Historikerin Maria Ferretti[41] fest, eine Expertin auf dem Gebiet des historischen Erinnerns in Rußland, und verweist auf Benedetto Croce, der vorschlug, den italienischen Faschismus auszuklammern. Alles spricht jedoch dafür, daß eine solche Ausklammerung der Vergangenheit eine Sackgasse ist: Ein Zeitraum von mehreren Jahrzehnten kann nicht einfach »vergessen«, verdrängt, ausgelöscht werden; diese Jahre haben die überwiegende Mehrheit der heute lebenden Einwohner dieser Länder entscheidend geprägt, das Gesicht der Städte und das Leben auf dem Land geformt. Unparteiische Analysen halten Erklärungen für das Bedürfnis nach Verdrängung bereit: fehlende bzw. schwach ausgebildete »historische Selbstkritik« bei den Einzelnen, Gruppen und Völkern, der Wunsch, jeder Reflexion über die »kollektive Verantwortung«, die sich aus der oft schweigenden Unterstützung des ehemaligen Regimes ergibt, aus dem Weg zu gehen, das Vorherrschen eines »Gefühls, ein Volk von Märtyrern zu sein«, dem keine Schuld zukommt (so konstatiert Alexandra Laignel-Lavastine für Rumänien eine »kollektive Märtyrerhaltung«, begleitet von einem »Unschuldskomplex«, der jegliche Verantwortung auf andere abwälzt).

Die Bewältigung der Vergangenheit in den postkommunistischen Staaten verdiente es, in einem eigenen Buch behandelt zu werden. Wenn wir die Situation im Jahre 1997 betrachten, ergeben sich erneut große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern, die aus den politischen Zeitumständen resultieren, insbesondere daraus, inwieweit die »alten Strukturen« noch Bestand haben oder bereits abgebaut wurden. Vor allem in Rumänien hielten die alten kommunistischen Apparatschiks die Zügel der Macht bis zu den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vom November 1996 fest in der Hand; ähnlich stand es lange Zeit in Bulgarien. Aber selbst in diesen Ländern entstand eine umfangreiche Dokumentation über die kommunistische Unterdrückung. Ein zweiter Gesichtspunkt ist hervorzuheben: gegenwärtig haben alle Bürger in den betroffenen Ländern Zugang zu einer Vielzahl von Publikationen zu diesem Thema. Vor allem in den audiovisuellen Medien stehen hierbei Zeugnisse, in denen persönlich erlebtes Leid verarbeitet wird, im Vordergrund. Eine Geschichtsschreibung, die ihren Namen verdiente, und sich auf eine seriöse Auswertung der Archive stützte, fehlt zur Zeit aber noch, mit Ausnahme vielleicht der Tschechischen Republik, Polens und Ungarns.

Halten wir schließlich fest, daß die kommunistische Partei nirgends verboten worden ist. Die einst mächtigen Parteien haben in der Regel ihren Namen geändert, außer in der Tschechischen Republik, wo eine Mitgliederbefragung für die Beibehaltung des alten Namen entschied. Fast überall wurden die Parteiführer, die sich am meisten kompromittiert hatten, aus der Partei ausgeschlossen und die Führungsgremien ausgetauscht.

Nur vereinzelt kam es zu Prozessen gegen noch lebende Verantwortungsträger der Unterdrückung. Der spektakulärste war ein Pseudo-Verfahren, das in Rumänien stattfand und am 25. Dezember 1989 mit der Hinrichtung von Nicolae Ceaucescu und seiner Frau endete. Der Leichnam des Diktators wurde im Fernsehen zur Schau gestellt. In Bulgarien wurde Todor Schiwkow, der frühere Generalsekretär der Partei, im April 1991 verurteilt, blieb jedoch in Freiheit. Damit hat er einen seiner eigenen Grundsätze für die bulgarische Nomenklatura mißachtet: »Wir haben die Macht durch Blut errungen, wir werden sie ohne Blutvergießen nicht wieder abgeben.« Auch in Albanien wurden einige kommunistische Parteiführer verurteilt, wegen »Mißbrauchs öffentlichen Eigentums und Verletzung der Gleichheit der Staatsbürger«, darunter die Witwe von Enver Hoxha, die elf Jahre Gefängnis erhielt. In der Tschechoslowakei wurde 1991 Miroslav Stepan, Mitglied der Parteiführung und als Sekretär der Prager KP verantwortlich für den gewaltsamen Einsatz gegen die Demonstration vom 17. November 1989, zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Schließlich wurden mehrere Prozesse gegen führende Persönlichkeiten der DDR angestrengt, zuletzt im August 1997 gegen den letzten Staatsratsvorsitzenden Egon Krenz: Das Urteil lautete auf sechseinhalb Jahre Haft, Krenz blieb jedoch in Erwartung einer Berufungsentscheidung auf freiem Fuß. Einige Untersuchungsverfahren sind noch nicht abgeschlossen, z. B. in Polen, wo die Verantwortung des Generals Jaruzelski für die Ereignisse während des Belagerungszustandes vom Dezember 1981 untersucht wird, auch gegen tschechoslowakische Parteiführer, die die Besatzer im August 1968 »gerufen« haben sollen, wird noch ermittelt.

Die postkommunistische Justiz strengte in einigen Fällen auch Prozesse gegen Funktionäre der Staatssicherheit an, die direkt in Verbrechen verstrickt waren. Zu den interessantesten gehört das Verfahren gegen Adam Humer und elf weitere Angeklagte, allesamt Offiziere des ÜB *(Urząd Bezpieczeristwa,* Sicherheitsbüro) wegen Verbrechen im Zusammenhang mit der Unterdrückung von Oppositionsbestrebungen gegen das Regime Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre; Adam Humer war damals Oberst, bis 1954 hatte er die Position eines stellvertretenden Direktors der Abteilung für Ermittlungsverfahren im Ministerium für öffentliche Sicherheit inne. Seine Vergehen wurden als Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingestuft, die einzigen, die nach dem Gesetz nicht der Verjährung unterliegen. Nach einem zweieinhalbjährigen Prozeß wurde der ehemalige Oberst am 8. März 1996 zu neun Jahren Gefängnis verurteilt. In Ungarn wurden die Verantwortlichen für die Erschießungen vom 8. Dezember 1956 in Salgotarján, einer Industriestadt im Nordosten von Budapest, im Januar 1995 wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt. Aber im Januar 1997 stellte der oberste Gerichtshof in einem Urteil fest, nach dem 4. November 1956 habe aufgrund der unrechtmäßigen Intervention der sowjetischen Streitkräfte zwischen beiden Ländern Krieg geherrscht und man die-

ses Vergehen also als Kriegsverbrechen gegenüber Zivilisten und nicht als Verbrechen gegen die Menschlichkeit einzustufen habe.

Wie die Tschechische Republik mit den Verbrechen des Kommunismus umgeht

Die Tschechische Republik nimmt unter den Ländern des ehemaligen Ostblocks eine Sonderstellung im Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit ein. Als einziges Land (zu diesem Zeitpunkt noch als Teil der inzwischen aufgelösten Tschechoslowakei) verfügte sie per Gesetz die Rückgabe des von den Machthabern nach dem 25. Februar 1948 konfiszierten Eigentums und die vollständige Rehabilitierung aller Verurteilten; 1994 haben die Bezirks- und Bundesgerichte ungefähr 220000 Menschen rehabilitiert. Als einziges Land hat die Tschechische Republik auch ein im In- und Ausland häufig kritisiertes »Persilschein«-Gesetz erlassen, das den Zugang zu öffentlichen Ämtern begrenzt; dieses Gesetz verlangt die Überprüfung und die Aufdeckung der persönlichen Vergangenheit auf der Basis von Nachforschungen in den Verzeichnissen der Mitarbeiter der politischen Polizei. Ebenfalls einzigartig steht sie mit der Schaffung einer speziellen Organisation da, die die Verfehlungen des alten Regimes verfolgen soll: das Dokumentations- und Ermittlungszentrum für die Verbrechen des Kommunismus. Es ist fester Bestandteil des Untersuchungsapparates der Polizei der Tschechischen Republik und besitzt Vollmacht, Informationen zu sammeln und Verfahren einzuleiten, die den Zeitraum von 1948 bis 1989 betreffen, und hat außerdem die Aufgabe, eine Dokumentation aller Verbrechen zu erstellen. Ungefähr 90 Mitarbeiter sind mit diesen Arbeiten beschäftigt. Das Dokumentationszentrum tritt als gesetzmäßiges Organ im Justizprozeß auf, es muß jedem Delikt nachgehen, Beweismaterial zusammentragen und schließlich die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft mit der Aufforderung zur Anklageerhebung übergeben. 1997 wurden 98 Fälle aufgrund der Tätigkeit dieser Organisation an die Gerichte weitergeleitet; die Staatsanwalt erhob daraufhin gegen 20 Personen Anklage, von denen sich schließlich fünf vor Gericht verantworten mußten; ein einziger Angeklagter - ein ehemaliger Mitarbeiter der Staatssicherheit, der an Verhören mitgewirkt hatte - wurde zu fünf Jahren Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Die Verjährungsfrist der fraglichen Vergehen läuft am 29. Dezember 1999 ab

Der derzeitige Leiter des Büros, Vaclav Benda, von Beruf Mathematiker und während der siebziger und achtziger Jahre im Widerstand aktiv, verbrachte selbst vier Jahre im Gefängnis und ist heute christdemokratischer Senator. In einem Interview hat er vor kurzem seine Haltung in der Frage der Verbrechen des Kommunismus, insbesondere der Verbrechen gegen die Menschlichkeit, zum Ausdruck gebracht: »Unsere Gesetzgebung sieht vor, daß Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht verjähren können, aber es bleibt unklar, welche Verbrechen des Kommunismus hiervon betroffen sind. Wir können nicht alle Verbrechen, die unter kommunistischer Herrschaft begangen wurden, automatisch zu den Verbrechen gegen die Menschlichkeit zählen. Zudem wurde die internationale Vereinbarung [über die Nichtverjähr-

barkeit] von der Tschechoslowakei im Jahre 1974 angenommen, und die Meinungen der Juristen darüber, ob es möglich ist, das Gesetz auch auf solche Verbrechen anzuwenden, die vor diesem Datum begangen wurden, gehen weit auseinander.«[42]

Pavel Rychetsky, stellvertretender Ministerpräsident der Bundesregierung von 1991/92 und als solcher an der Gesetzgebung mitwirkend, heute sozialdemokratischer Senator und Präsident der gesetzgebenden Kommission des tschechischen Senats, erklärte im Juni 1997: »In der Tschechischen Republik wird lautstark der Ruf nach Prozessen erhoben, und dies nicht einfach deshalb, weil man die Greise bestraft sehen will, sondern damit öffentlich wird, was alles geschehen ist - man verlangt also nach einer Art Katharsis. Aber für einen großen Teil der fraglichen Ereignisse ist dies bereits geschehen, und wir können nichts Schrecklicheres über das hinaus mehr erfahren, was wir schon wissen. Natürlich kann der Genozid, als Verbrechen gegen die Menschlichkeit, nicht verjähren. Aber man kann keines der Verbrechen des Kommunismus in der Tschechoslowakei als solchen qualifizieren, denn es wird unmöglich zu beweisen sein, daß es sich um Taten handelte, die dieser Definition entsprechen. In der Sowjetunion gab es ohne Zweifel Verbrechen gegen ethnische Minderheiten und andere klar definierte Bevölkerungsgruppen, die den Charakter eines Genozids hatten: gegen die Kosaken, Tschetschenen usw. Aber diese Verfehlungen sind nicht strafbar, denn sie waren es nicht im Sinne der Gesetze, die zu dem Zeitpunkt, als sie begangen wurden, in Kraft waren.

Diese Beispiele - es ließen sich weitere anführen - fuhren uns zu der Feststellung, daß zahlreiche Verbrechen mangels Zeugen und Beweisen letztendlich ungesühnt bleiben oder verjähren werden. Nachdem man die Justiz »gesäubert« hat, ist sie nun auch unabhängig von der Exekutive und wacht darüber, daß die Grundsätze »zivilisierter Länder« respektiert werden: insbesondere das Prinzip der Verjährung und das Rückwirkungsverbot, das nur die Verfolgung solcher Taten zuläßt, die auch schon zu dem Zeitpunkt, als sie begangen wurden, strafbar waren. Mehrere Länder haben ihre Gesetzgebung geändert, um die Verfolgung bestimmter Verbrechen möglich zu machen. In Polen ergänzte das Gesetz vom 4. April 1991 das Gesetz vom April 1984 über die »Kommission zur Untersuchungen der Verbrechen des Hitlerregimes« und das »Institut für nationales Gedenken«. Das neue Gesetz stellt den Kommunismus nun auf eine Stufe mit der deutschen Besetzung und dem Faschismus und fuhrt den Terminus »stalinistisches Verbrechen« ein, der folgendermaßen definiert wird: »Stalinistische Verbrechen im Sinne des Gesetzes sind Übergriffe auf Personen oder Gruppen, die von Behörden der kommunistischen Machthaber begangen oder von ihnen veranlaßt oder geduldet wurden, und die in die Zeit vor dem 31. Dezember 1956 fallen.«[43] Diese Verbrechen unterliegen nicht der Verjährung. 1995 wurde das Strafgesetz bezüglich der Verjährung geändert, so daß nun Verbrechen gegen staatsbürgerliche Freiheiten in sehr schwerwiegenden Fällen, die vor dem

31. Dezember 1989 begangen wurden, innerhalb eines Zeitraums von 30 Jahren ab dem 1. Januar 1990 verfolgt werden können. In der Tschechischen Republik wird durch das Gesetz über »die Illegalität des kommunistischen Regimes sowie den Widerstand gegen dieses Regime«, das 1993 verabschiedet wurde, die Verjährungsfrist für zwischen 1948 und 1989 begangene Verbrechen, die als »politische« bezeichnet werden können, bis Ende 1999 verlängert.

Wie wir sehen, ist die Bewältigung der Vergangenheit eine komplizierte Angelegenheit. Es sei mir erlaubt, mit einer persönlichen Bemerkung zu schließen. Meiner Ansicht nach erfolgte die Bestrafung der Schuldigen nicht zur richtigen Zeit und nicht mit den richtigen Mitteln. Trotz des Engagements einiger weniger, zu denen auch ich mich zähle, war es nicht möglich, in der Tschechoslowakei so etwas wie z. B. die Anklage wegen »indignite nationale« einzuführen, deren Strafe dann in »degradation nationale« bestanden hätte - wie man das in Frankreich nach dem Krieg getan hat. Immerhin erscheint mir das Verfahren der Deutschen, jedem, der sich betroffen fühlte, die Archive der Stasi, der politischen Polizei der DDR, zu öffnen, als sinnvoll. So wird jeder in eigener Verantwortung aufgefordert, seinen persönlichen »Prozeß« durchzumachen - dein Ehemann war ein Spitzel, jetzt weißt du es, sieh, was du damit anfängst...

Trotz allem bleiben offene Wunden.

Teil Vier

Kommunistische Regime in Asien: Zwischen »Umerziehung« und Massenmord

China, Vietnam, Laos und Kambodscha
von Jean-Louis Margolin

Nordkorea von
Pierre Rigoulot

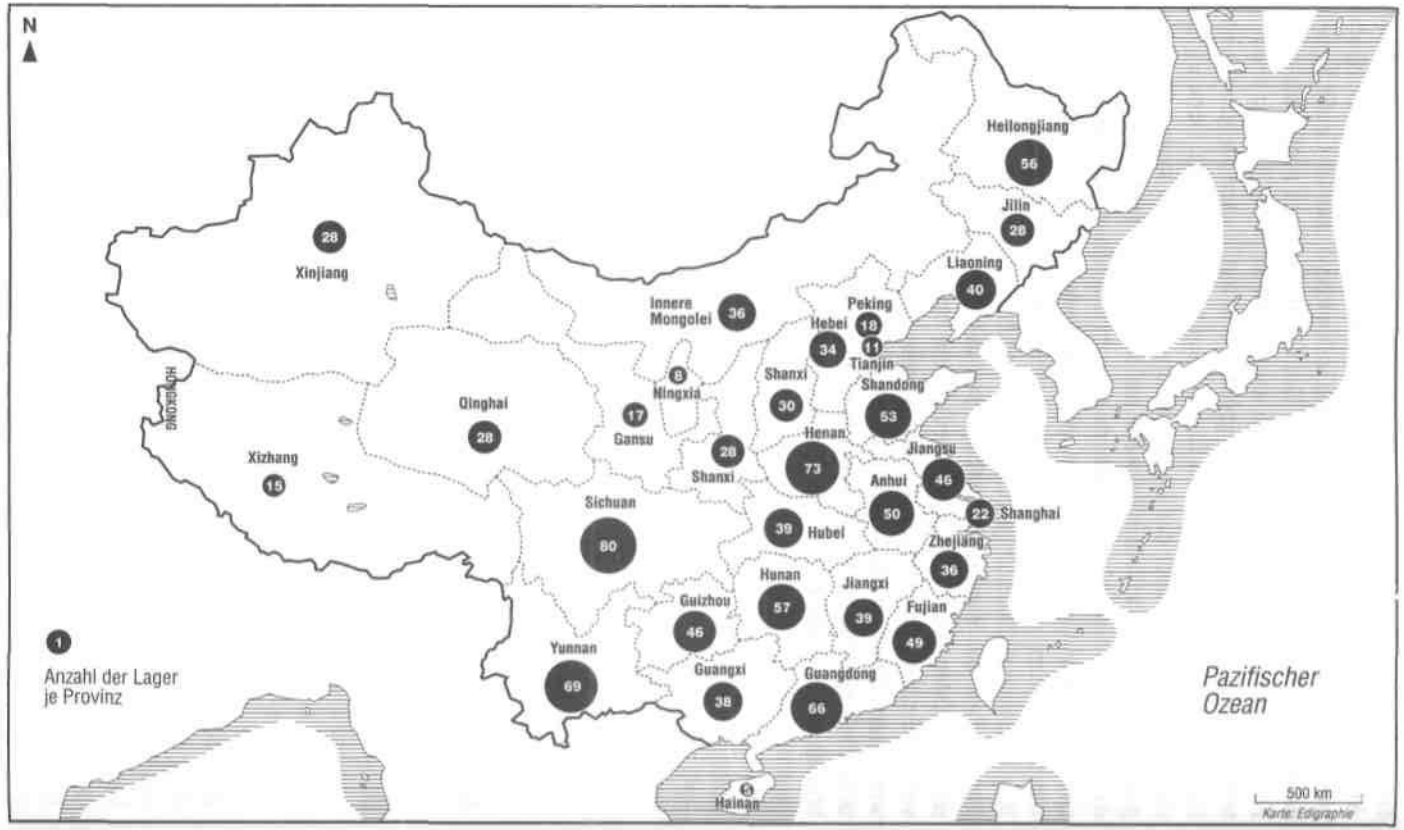
den am 9. Oktober 1997 verstorbenen Jean
ualini, der der Welt die Schrecken der chi-
chen Konzentrationslager enthüllt hat.

Verglichen mit den kommunistischen Regimen Europas haben die asiatischen drei wesentliche Besonderheiten. Mit Ausnahme Nordkoreas, das im August 1945 von der Sowjetunion besetzt wurde, sind sie aus eigener Kraft entstanden und waren von daher in der Lage (das gilt wegen des Koreakriegs auch für Pjöngjang), eigenständige politische Systeme zu konstituieren, und zwar mit Bezug auf die eigene Vergangenheit einerseits und auf den Marxismus-Leninismus sowjetischer Herkunft andererseits, jeweils stark geprägt von Nationalismus. Laos stellt teilweise eine Ausnahme dar: Seine Unterlegenheit gegenüber dem »großen Bruder« Vietnam ist zu augenfällig. Zum zweiten ist festzuhalten, daß die Kommunisten in den genannten Ländern zum Zeitpunkt der Entstehung des vorliegenden Buches immer noch an der Macht waren, auch in Kambodscha, wo sie freilich große Zugeständnisse machen mußten. Dies bedeutet, daß die wichtigsten Archive bis heute nicht zugänglich sind mit Ausnahme der Dokumente über die Pol-Pot-Herrschaft in Kambodscha, die noch einer gründlichen Auswertung harren, und der Dokumente im Komintern-Archiv in Moskau, die aber leider nur den Zeitraum vor dem Machtantritt der Kommunisten in den asiatischen Ländern abdecken.

Unser Wissen über diese Regime und ihre Vergangenheit hat sich gleichwohl in den letzten zehn Jahren erheblich vergrößert. Zum einen ist es inzwischen relativ leicht, China, Vietnam, Laos oder Kambodscha zu besuchen, dort zu reisen und Nachforschungen anzustellen. Zum zweiten sind höchst aufschlußreiche Quellen zugänglich geworden (für bestimmte Personen waren sie schon früher zugänglich): offizielle Medien (auch Mitschnitte von Radiosendungen seitens verschiedenster westlicher Organisationen), ganz besonders die jeweilige regionale Presse, weiterhin veröffentlichte Berichte ehemaliger politisch Verantwortlicher, Aufzeichnungen von Flüchtlingen aus den einzelnen Ländern, mündliche Mitteilungen, die vor Ort gesammelt wurden - die großen asiatischen Dramen liegen nicht so weit zurück. Aus innenpolitischen Gründen ermutigen die offiziellen Stellen in Phnom Penh sogar Kritik an der Pol-Pot-Zeit, und in Peking hört man gern Kritik an der Kulturrevolution. Aber von den Diskussionen an der Spitze dringt weiterhin nichts nach außen: Bis heute wissen wir nicht, warum und wie im Jahre 1971 der »designierte Nachfolger« Mao Zedongs, Lin Biao, ums Leben kam. Die teilweise Öffnung hat widersinnige Folgen: So besitzen wir für die Zeit der Kulturrevolution außerordentliche Schilderungen und

einige gute Monographien über regionale und sektorale Aspekte, aber Maos Absichten liegen nach wie vor weithin im dunkeln, und vor allem die Säuberungen der fünfziger Jahre (in China wie in Vietnam) und der Große Sprung nach vom sind noch wenig erforscht: Die Gefahr wäre zu groß, daß solche Forschungen die Grundlagen der nach wie vor bestehenden Regime erschüttern könnten. Die Vorgänge in den größten und tödlichsten Lagern Chinas, im Westen des Landes, sind noch fast vollkommen unbekannt. Generell läßt sich sagen, daß wir über das Los kommunistischer Funktionäre und in Ungnade gefallener Intellektueller sehr viel besser Bescheid wissen als über das Los der »kleinen Leute«, die gleichwohl die Masse der Opfer ausmachen: Es ist nicht ganz leicht, der optischen Täuschung zu entgehen. Fügen wir noch hinzu, daß Nordkorea, das letzte echte »harte« kommunistische Regime, sich beharrlich gegenüber der Außenwelt abschottet und bis in jüngste Zeit nur wenige Flüchtlinge aus dem Land gekommen sind. Die nachfolgenden Ausführungen haben darum unvermeidlich den Charakter von ersten, sehr ungewissen Annäherungen, das gilt auch für den Versuch, wenigstens einen groben Überblick über die Zahl der Opfer zu geben. Doch über Ziele und Methoden der kommunistischen Systeme im Fernen Osten bleiben wenig Zweifel...

DIE ARBEITSLAGER DER VOLKSREPUBLIK CHINA



1

China: Ein langer Marsch in die Nacht

> »Nachdem die Feinde, die mit Gewehren bewaffnet waren, vernichtet worden sind, wird es immer noch Feinde ohne Gewehre geben, die uns bestimmt bis aufs äußerste bekämpfen werden, und wir dürfen diese Feinde keinesfalls leichtnehmen. Wenn wir diese Frage nicht so aufwerfen und begreifen, werden wir äußerst schwere Fehler begehen.«
>
> Mao Zedong[1]

Folgte die kommunistische Repression in China dem Vorbild des »großen Bruders«, der Sowjetunion unter Stalin, dessen Bildnis noch zu Beginn der achtziger Jahre in Peking[2] prangte? Die Frage ist insofern zu verneinen, als es so gut wie keine blutigen Massensäuberungen in der kommunistischen Partei gab und die politische Polizei sich relativ im Hintergrund hielt - wenngleich der Chef der Geheimpolizei, Kang Sheng, von der Zeit der Untergrundarbeit in Yanan in den vierziger Jahren bis zu seinem Tod im Jahr 1975 hinter den Kulissen eine wichtige Rolle spielte.[3] Die Frage ist hingegen klar zu bejahen, wenn man die Zahl der Menschen bedenkt, die - ohne Berücksichtigung des Bürgerkriegs - durch das Regime gewaltsam zu Tode gekommen sind. Zwar fehlen auch nur annähernd verläßliche offizielle Angaben, seriöse Schätzungen gehen aber von sechs bis zehn Millionen unmittelbarer Opfer aus, darunter Hunderttausende von Tibetern. Weitere Dutzende von Millionen »Konterrevolutionäre« verbrachten Jahre und Jahrzehnte in Straflagern, etwa zwanzig Millionen dürften in den Lagern gestorben sein. Für ein nachdrückliches Ja auf die Frage sprechen auch die geschätzten 20 bis 43 Millionen Opfer des »Großen Sprungs nach vom« in den Jahren 1959 bis 1961. Sie fielen einer Hungersnot zum Opfer, die einzig durch die abstrusen Pläne eines Mannes, Mao Zedongs, verursacht wurde und insbesondere durch seine kriminelle Weigerung, seinen Irrtum einzusehen und Gegenmaßnahmen einzuleiten, die die katastrophalen Folgen hätten aufhalten können. Zu bejahen ist die Frage auch, wenn man an das Morden in Tibet denkt, das geradezu die Dimension eines Genozids annahm: Zwischen einem Zehntel und einem Fünftel der Menschen auf dem »Dach der Welt« starben als unmittelbare Folge der chinesischen Besatzung. Die mit ehrlicher, nicht gespielter Überraschung getroffene Feststellung eines Deng

Xiaoping angesichts des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Juni 1989 (mit vielleicht tausend Toten), dies sei doch unbedeutend im Vergleich zu dem, was China in einer noch nicht weit zurückliegenden Vergangenheit erlebt habe, war im Umkehrschluß ein Eingeständnis. Das Argument trägt nicht, die Massaker seien die bedauerlichen Folgen eines entsetzlichen Bürgerkrieges gewesen (so grausam war der Bürgerkrieg nicht, und das kommunistische Regime war seit 1950 fest etabliert) oder schlicht die Fortsetzung einer unheilvollen Geschichte: Wenn wir die japanische Besatzung ausnehmen (die im übrigen keine allgemeine Hungersnot auslöste), müssen wir bis ins dritte Viertel des 19. Jahrhunderts zurückgehen, um Massaker und Hungersnöte von nur annähernd vergleichbaren Ausmaßen zu finden. Und selbst die Grausamkeiten jener Phase blieben hinter den maoistischen zurück, weil sie weder das gesamte Land betrafen noch ähnlich systematisch und planvoll durchgeführt wurden. Gleichwohl war dies eine äußerst dramatische Phase der chinesischen Geschichte.

In zweifacher Hinsicht ist es wichtig, den chinesischen Kommunismus zu untersuchen. Von 1949 an herrschte das Regime in Peking über nahezu zwei Drittel des Teils der Menschheit, der sich zum Kommunismus bekannte. Seit der Auflösung der UdSSR (1991) und der Abkehr Osteuropas vom Kommunismus sind es neun Zehntel. Es liegt auf der Hand, daß das Schicksal der versprengten Reste des »real existierenden Sozialismus« von der weiteren Entwicklung des Kommunismus in China abhängt. China ist im übrigen so in etwas wie »die zweite Hauptstadt« des Marxismus-Leninismus. Offen spielte es diese Rolle seit dem Bruch mit der Sowjetunion im Jahr 1960, *de facto* bereits seit Errichtung des »befreiten Gebietes« Yanan (1935-1947) nach dem Langen Marsch. Immer wieder suchten Kommunisten aus Korea, Japan und Vietnam Zuflucht und Rückenstärkung in China. Kim II Sung etwa hatte sein Regime zwar schon vor dem triumphalen Sieg der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) installiert und dies der sowjetischen Besetzung zu verdanken, ohne den Einsatz einer Million bewaffneter chinesischer »Freiwilliger« während des Koreakrieges (November 1950) hätte seine Herrschaft allerdings keinen Bestand gehabt. Der Repressionsapparat in Nordkorea orientiert sich weithin am stalinistischen »Modell«, doch vom Maoismus übernahm der Herrscher von Pjöngjang die »Massenlinie« (die möglichst vollständige und permanente Mobilisierung der gesamten Bevölkerung) und deren logische Folge, die Betonung der »permanenten Erziehung« als wichtigstes Mittel der sozialen Kontrolle. Kim paraphrasiert Mao, wenn er sagt: »Die Massenlinie besteht darin, die Interessen der arbeitenden Massen aktiv zu verteidigen, sie zu erziehen und umzuerziehen, um sie um die Partei zu scharen, auf ihre Stärke zu zählen und sie zur Vollbringung revolutionärer Taten zu mobilisieren.«[4]

Noch deutlicher ist der Einfluß Chinas auf die vor 1949 in Asien entstandenen kommunistischen Regime. Seit in Peking die Memoiren des vietnamesischen Führers Hoang Van Hoan erschienen sind[5], wissen wir, daß von

1950 bis zu den Abkommen von Genf aus dem Jahr 1954 die Truppen und die Verwaltung des Vietminh von chinesischen Beratern gelenkt wurden und daß rund 30000 Soldaten aus Peking, vorwiegend Pioniere, zwischen 1965 und 1970 für die nordvietnamesischen Truppen, die in Südvietnam kämpften, nachrückten. Der vietnamesische General Vo Nguyen Giap, der Sieger von Dien Bien Phu, erkannte 1964 indirekt den chinesischen Anteil am Sieg an: »Von 1950 an, seit dem chinesischen Sieg, konnten unsere Armee und unser Volk viel Wertvolles von der chinesischen Volksbefreiungsarmee lernen. Wir bildeten uns anhand des militärischen Denkens von Mao Zedong. Dies war ein wichtiger Faktor im Reifungsprozeß unserer Armee und trug dazu bei, daß wir von Sieg zu Sieg eilen konnten.«[6] Die Kommunistische Partei Vietnams (KPV, damals noch Arbeiterpartei) schrieb ihrerseits 1951 in ihre Statuten: »Die Arbeiterpartei bekennt sich zur Theorie von Marx, Engels, Lenin, Stalin und den Gedanken Mao Zedongs in einer den Realitäten der vietnamesischen Revolution angepaßten Form als dem theoretischen Fundament ihres Denkens und als Kompaßnadel, die ihr in all ihrem Handeln die Richtung weist.«[7] Massenlinie und Umerziehung wurden ins Zentrum des vietnamesischen politischen Systems gerückt. Die in Yanan konzipierte »Reform der Arbeitsweise« *(chengfeng)* bestimmte in den fünfziger Jahren in der vietnamesischen Variante *(chinh huan)* die grausamen Säuberungen.[8] Das von den Roten Khmer beherrschte Kambodscha (1975 - 1979) wurde genauso massiv von Peking unterstützt und versuchte sich an einer Aufgabe, an der selbst Mao gescheitert war: Es wollte den voluntaristischen Mythos des Großen Sprungs nach vorn wiederbeleben. All diese Regime waren, wie das maoistische, dadurch geprägt, daß sie aus einem Krieg hervorgegangen waren (in Nordkorea war dies vergleichsweise weniger spürbar, auch wenn Kim sich gerne seiner angeblichen Heldentaten als Guerillakämpfer gegen Japan rühmte), der sich gleichsam in einer permanenten Mobilisierung der Gesellschaft fortsetzte (vergleichsweise weniger spürbar in China, weil hier keine »Frontlinie« vorlag). Frappant ist in diesem Zusammenhang die Feststellung, wie weitgehend sich die Rolle der Geheimpolizei im Sowjetsystem und die Rolle der Armee in den genannten asiatischen Systemen gleichen; bisweilen erfüllte die Armee explizit die gleichen Repressionsfunktionen.

Eine Tradition der Gewalt?

Zu seinen Lebzeiten verfügte Mao Zedong über eine solche Machtfülle, daß er häufig als »roter Kaiser« bezeichnet wurde. Inzwischen sind so viele Einzelheiten über seinen unberechenbaren und unerbittlich egozentrischen Charakter, seine rachsüchtige Mordlust und seine bis in die letzten Lebenstage verfolgten Laster und Ausschweifungen bekannt geworden[9], daß es ein leichtes ist, ihn in eine Reihe mit jenen Despoten zu stellen, die einst das

Reich der Mitte regierten. Dennoch steht die Grausamkeit der modernen Despotie in der gewiß alles andere als liberalen Tradition des Landes einzig da.

China erlebte mehrfach Phasen blutiger Konflikte. Wie in anderen Teilen der Welt entzündeten sie sich in der Regel an religiösen Fragen, die in China untrennbar mit einer Weltanschauung verbunden sind. Die beiden großen weltanschaulichen Strömungen, der Konfuzianismus und der Taoismus, unterscheiden sich weniger in ihren Theorien und Begriffen als in der generellen Weltsicht: Während Konfuzius die Gesellschaft und die Rationalität in den Vordergrund rückt, betont Laotse, der Verkünder des Taoismus, das Individuum und die Intuition, das Gefühl, mit anderen Worten das Irrationale. Jeder oder zumindest fast jeder Chinese trägt in unterschiedlicher Dosierung beide Weltsichten in sich. In Augenblicken der Krise drängt bei den am stärksten Entrechteten und den Orientierungslosesten die zweite, irrationale Seite empor und stürmt gegen die Bastion der Rationalität an: die hierarchische Ordnung der Gebildeten, das heißt den Staat. In diesem Zusammenhang sind die zahlreichen Erhebungen zu nennen, die von apokalyptischen und messianischen Sekten ausgelöst wurden: die Revolution der Gelben Turbane im Jahre 184, die Revolte der Maitreya-Buddhisten von Faqing im Jahre 515, die manichäische Rebellion[10] von Fang La im Jahre 1120, der Weiße Lotus 1351, die Acht Trigramme 1813 und etliche andere.[11] Die Botschaften all dieser Bewegungen lauteten annähernd gleich: Sie verschmolzen taoistische Gedanken mit einer volkstümlichen Version des Buddhismus und kreisten häufig um Maitreya, den Buddha der Zukunft, dessen angeblich unmittelbar bevorstehende glanzvolle Ankunft als Erlöser mit der universalen Katastrophe der »alten Welt« einhergehen würde. Die auserwählte Elite der Gläubigen sah es als ihre Aufgabe an, die Verwirklichung der heilverheißenden Prophezeiung zu befördern. Alle Bande mußten zerschnitten werden, auch die familiären. In einer Chronik der Wei-Dynastie aus dem Jahr 515 heißt es, »Väter, Söhne und Brüder erkannten einander nicht mehr«.[12]

Die Ethik baut in China dementsprechend auf der Achtung vor Familienbanden und -pflichten auf: Wenn sie negiert werden, ist alles erlaubt. Die Sekte wird zu einer Ersatzfamilie und unterwirft das Individuum total. Der Rest der Menschheit ist zur Hölle im Jenseits verdammt - und zu einem gewaltsamen Tod im Diesseits. Zuweilen (so im Jahre 402) werden die Amtsträger in Stücke geschnitten, ihre Frauen und Kinder gezwungen, sie zu verschlingen; weigern sie sich, werden sie gleichfalls zerstückelt. Im Jahre 1120 scheinen Millionen von Menschen Opfer solcher Massaker geworden zu sein.[13] Alle Werte sind umgewertet: In einer Proklamation aus dem Jahr 1130 heißt es, »Menschen zu töten bedeutet den *Dharma* (das buddhistische Weltgesetz) zu erfllillen«.[14] Mord ist ein Akt des Mitleids, denn er befreit den Geist; Diebstahl führt einen Schritt näher zur Gleichheit; Selbstmord ist ein beneidenswert glückliches Schicksal. Je schrecklicher der eigene Tod ist, de-

sto größer wird der Lohn sein: In einem Text aus dem 19. Jahrhundert lesen wir: »Der Tod durch langsame Zerstückelung stellt den Einzug in den Himmel in einem scharlachroten Gewand sicher.«[15] Der Vergleich, zumindest im Hinblick auf bestimmte Aspekte, dieser grausamen Endzeitreligionen mit revolutionären Bewegungen in Asien in unserem Jahrhundert drängt sich förmlich auf. Dadurch werden nicht nur eine Reihe von Merkmalen erklärbar, vielmehr eröffnet sich auch ein Weg zum Verständnis, warum solche Bewegungen mitunter triumphierten und warum die damit einhergehende Gewalt vielen einen Augenblick lang normal, beinahe banal erscheinen konnte. Die Dämme sind indes mächtig, und dies erklärt, warum alles in allem die Ordnung nur selten erschüttert wurde. Europäische Besucher im Mittelalter und insbesondere zur Zeit der Aufklärung waren außerordentlich beeindruckt vom sinnbildlichen Großen Frieden des alten Reiches. Der Konfuzianismus, die bis in die entlegensten ländlichen Regionen verbreitete offizielle Sittenlehre, erhob die Menschenliebe zur höchsten Tugend des Herrschers und verlangte, den Staat nach dem Vorbild der Familie zu formen. Diese Lehren kann man, ganz und gar nicht unzeitgemäß, als *humanistische Prinzipien* bezeichnen. Die konfuzianische Lehre verdammte Massaker und unterstrich den Wert des menschlichen Lebens, und dies bereits seit alters her. Um einige als kanonische Denker betrachtete Vertreter der rund 21 Jahrhunderte umfassenden Tradition zu nennen, wäre an erster Stelle der chinesische Philosoph Mo Ti (ca. 479-381 v.Chr.) zu zitieren, der den Angriffskrieg mit folgenden Worten verurteilte: »Wenn ein einzelner Mord als Verbrechen betrachtet, der vielfache Mord, und um einen solchen handelt es sich beim Angriff auf ein fremdes Land, jedoch als eine gute Tat gelobt wird, kann man dann sagen, daß dies zwischen Gut und Böse zu unterscheiden heißt?«[16] In der berühmten Kriegskunst des Sun Tzu (um 500 v. Chr.) lesen wir: »Der Krieg ist dem Feuer vergleichbar. Diejenigen, welche die Waffen nicht niederlegen wollen, werden durch die Waffen zugrundegehen.«[17] Auseinandersetzungen müssen ökonomisch geführt werden: möglichst rasch und mit möglichst wenig Blutvergießen. »Man hat nie erlebt, daß ein langer Krieg einem Land genützt hätte... Hundert Siege in hundert Schlachten davonzutragen ist nicht der Gipfel der Kunst... Wer sich darin hervortut, seine Feinde zu besiegen, triumphiert, bevor deren Drohungen Gestalt annehmen.«[18] Das wichtigste ist, mit den eigenen Kräften hauszuhalten, aber man darf sich auch nicht dazu hinreißen lassen, den Gegner auszulöschen: »Die feindliche Armee gefangenzunehmen ist besser, als sie zu vernichten... Man darf nicht die Mordlust anstacheln.«[19] Diese Sätze sind weniger als Proklamation moralischer Prinzipien zu verstehen denn als Empfehlungen für opportunes Verhalten: Massaker und Grausamkeiten wecken beim Gegner Haß und den Mut der Verzweiflung, und derart angestachelt gelingt es ihm womöglich, das Glück zu seinen Gunsten zu wenden. Im übrigen ist es nur den Eroberer »die beste Politik, den Staat unversehrt zu übernehmen, ihn zu vernichten ist nur eine Notlösung«.[20]

Dies ist eine für die große chinesische Tradition (die insbesondere im Konfuzianismus ihren Niederschlag findet) typische Argumentation: Die ethischen Prinzipien werden nicht von einer transzendentalen Vision abgeleitet, sondern von pragmatischen Erwägungen hinsichtlich des harmonischen und wirkungsvollen gesellschaftlichen Funktionierens. Dies erhöht ohne Zweifel die Effizienz solcher Prinzipien. Die andere Seite des »Pragmatismus«, vertreten durch die Legisten aus der Zeit von Konfuzius und Sun Tzu, beharrt im Gegensatz zur eben skizzierten Auffassung darauf, daß der Staat seine Allmacht durch eine Terrorherrschaft über die Gesellschaft behaupten müsse, letztlich ein Beweis dafür, daß auf dieser Grundlage eine Gesellschaft nicht funktionieren kann, abgesehen von wenigen Stemstunden wie der kurzen Herrschaft der Qin-Dynastie im 3. vorchristlichen Jahrhundert. Zwar bestehen zwischen den einzelnen Herrschaftsphasen erhebliche Unterschiede, doch insgesamt kann man sagen, daß der Typus der Willkürherrschaft allmählich zurücktrat, insbesondere seit der Zeit der Song-Herrschaft im Norden (960-1127). Die Verbannung in eine entlegene Grenzregion - mit der Möglichkeit, irgendwann wieder zurückkehren zu dürfen - wurde die übliche Strafe für in Ungnade gefallene Beamte. Bereits 654, unter der Herrschaft der Tang-Dynastie, wurde ein Strafgesetzbuch mit humaneren Strafen erlassen. Vorsatz bei einer Tat sowie Reue spielten bei der Strafzumessung künftig eine größere Rolle, die automatische Sippenhaft bei Rebellion wurde aufgehoben, das Verfahren vor Verhängung der Todesstrafe wurde länger und schwieriger gestaltet, bestimmte besonders grausame Strafen wurden abgeschafft, und es wurde die Möglichkeit der Berufung eingeführt.[21]

Die Gewaltanwendung seitens des Staates erscheint insgesamt begrenzt und kontrolliert. In der chinesischen Geschichtsschreibung wird voller Empörung darüber berichtet, daß der »erste Kaiser« Qin Shi (221-210 v.Chr.) 460 Gelehrte und Verwaltungsbeamte lebendig begraben ließ. Qin Shi, den sich Mao - hellsichtig in seinem Zynismus - explizit zum Vorbild nahm, ließ auch die gesamte klassische Literatur verbrennen (und allein dies zu erwähnen war ein Verbrechen, das mit dem Tode bestraft wurde), rund 20 000 Angehörige des Landadels zum Tode verurteilen oder deportieren und opferte Zehntausende oder gar Hunderttausende von Menschenleben beim Bau der ersten Großen Mauer. In der Han-Dynastie (206 v.Chr. bis 220 n. Chr.) erlebte der Konfuzianismus eine neue Blüte, es gab keine vergleichbare Tyrannei, Massaker waren nicht mehr an der Tagesordnung. Die Ordnung war zwar straff, die Justiz streng, doch von den (leider recht zahlreichen) Phasen der großen Erhebungen und der fremdländischen Invasionen abgesehen, wurde ein Menschenleben in China mehr geachtet als in den anderen alten Reichen, das mittelalterliche und neuzeitliche Europa eingeschlossen.

Freilich stand selbst unter der friedlichen Song-Dynastie des 13. Jahrhunderts auf fast 300 Anklagen die Todesstrafe, doch im Prinzip mußte jedes

Urteil dem Kaiser vorgelegt und von ihm gegengezeichnet werden. In den Kriegen verloren regelmäßig Hunderttausende ihr Leben, und die übermäßige Todesrate erhöhte sich um ein Vielfaches durch Epidemien, Hungersnöte und Überschwemmungen (man denke nur an die katastrophalen Ereignisse, wenn der - eingedeichte - Unterlauf des Gelben Flusses sich ein neues Bett suchte) und die unzureichende Organisation des Transportwesens, die immer wieder zu Konflikten führte. Im Zuge der Taiping-Rebellion und ihrer Niederschlagung (1851-1968) starben *zwischen zwanzig und hundert Millionen* Menschen, die chinesische Bevölkerung ging von 410 Millionen im Jahre 1850 auf 350 Millionen im Jahre 1873 zurück.[22] Doch nur ein kleiner Teil der Opfer wurde tatsächlich gezielt umgebracht (wahrscheinlich eine Million während der Taiping-Rebellion).[23] Dies war zweifellos eine Phase schwerer Erschütterungen, gekennzeichnet durch massive Erhebungen, durch wiederholte imperialistische Vorstöße westlicher Mächte und durch die wachsende Verzweiflung einer vollkommen verarmten Bevölkerung. Bedauerlicherweise lebten die zwei, drei oder vier Generationen vor den kommunistischen Revolutionen unter ganz ähnlichen Verhältnissen. In dieser Zeit gewöhnten sie sich an ein in der langen Geschichte Chinas unübliches Ausmaß von Gewalt und Auflösung.

Dennoch gab es während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in China wenig, was auf das entfesselte Wüten des siegreichen Maoismus, auf dessen Größenordnung und Methoden, hingedeutet hätte. Die Revolution von 1911 verlief eher undramatisch, auch wenn in den folgenden 16 Jahren, bis das Regime der Kuomintang eine leidliche Stabilisierung erzwang, eine Reihe von Massakern zu verzeichnen sind. Ein Brennpunkt der Rebellion war beispielsweise Nanking, wo der Diktator Yuan Shikai von Juli 1913 bis Juli 1914 mehrere Tausend Menschen hinrichten ließ.[24] Im Juni 1925 tötete die Polizei für die ausländischen Konzessionen in Kanton 52 Teilnehmer einer Arbeiterdemonstration. Im Mai 1926 kamen in Peking 47 Studenten zu Tode, die an einer friedlichen Kundgebung gegen Japan teilgenommen hatten. Im April und Mai 1927 wurden zunächst in Shanghai, dann auch in anderen großen Städten im Osten Tausende von Kommunisten von dem Bündnis hingerichtet, in dem sich der neue Regierungschef Chiang Kai-shek und die Geheimgesellschaften der lokalen Unterwelt zusammengefunden hatten. In seinem Buch *Conditio Humana* beschreibt Andre Malraux die Grausamkeit von Hinrichtungen im Dampfkessel einer Lokomotive. Die ersten Zusammenstöße im Bürgerkrieg zwischen Kommunisten und Nationalisten scheinen genausowenig von Massakern in großem Umfang begleitet gewesen zu sein wie der Lange Marsch (1934-1935), doch die Japaner begingen zwischen 1937 und 1945 tausendfach Grausamkeiten in dem großen Teil Chinas, den sie besetzt hielten.

Noch mehr Tote als solche Massaker forderten freilich die Hungersnöte der Jahre 1900, 1920/21 und 1928-1930. Betroffen war jedes Mal der stets von Dürre bedrohte Norden und/oder Nordwesten des Landes. Bei der Hun-

gersnot 1920/1921 starben eine halbe Million Menschen, 1928-1930 zwischen zwei und drei Millionen.[25] Die Auswirkungen der Hungersnot 1920/21 wurden zwar durch die Desorganisation des Transportwesens im Gefolge der Bürgerkriege verschlimmert, gleichwohl kann man nicht von einem wie auch immer gearteten »Hungerkomplott« und folglich auch nicht von einem beabsichtigten Massaker sprechen. Ebensowenig trifft dies für die Hungersnot in Henan zu, wo in den Jahren 1942/43 zwei bis drei Millionen Menschen (mehr als ein Zwanzigstel der Einwohner) verhungerten und Fälle von Kannibalismus berichtet wurden. Trotz katastrophal schlechter Ernten gewährte die Zentralregierung in Chongqing keine Steuererleichterungen, und viele Bauern mußten zusehen, wie ihnen ihr gesamtes Hab und Gut weggenommen wurde. Die Nähe zur Front machte die Situation noch schlimmer: Die Bauern wurden zu Frondiensten herangezogen und mußten zum Beispiel einen fünfhundert Kilometer langen Graben als Panzersperre ausheben, der sich letztlich als nutzlos erwies.[26] Damit wurden bereits einige Irrtümer des Großen Sprungs vorweggenommen, wenngleich der Krieg für die Vorfälle in Henan zumindest teilweise als Entschuldigung dienen mag. Auf jeden Fall aber entwickelten die Bauern eine kaum verhüllte Wut.

Die meisten und, insgesamt betrachtet, die blutigsten Grausamkeiten vollzogen sich im Stillen und hinterließen kaum Spuren: Gemeint ist der Kampf von Armen (oder wenig Besitzenden) gegen andere Arme in der unendlichen Weite des ländlichen Chinas abseits der wenigen großen Verkehrswege. Zu den vielen, die scheinbar planlos Menschen mordeten, gehören die zahllosen Räuber, die, bisweilen in gefürchteten Banden organisiert, plünderten, Schutzgeld und Lösegeld erpreßten und ohne Zögern ihre Geiseln oder sonstigen Opfer umbrachten, wenn das Geld nicht prompt bezahlt wurde. Wenn solche Räuber ergriffen wurden, ließen es sich die Bauern nicht nehmen, ihrer Hinrichtung beizuwohnen. Aber eine schlimmere Geißel als die Banditen waren oft die Soldaten, die sie bekämpfen sollten: Im Jahre 1932 reichten Einwohner der Provinz Fujian eine Petition ein, in der sie um die Abberufung der sogenannten Ordnungskräfte baten, »damit wir uns nur noch gegen die Banditen wehren müssen«.[27] Ein Jahr zuvor hatten aufgebrachte Bauern in derselben Provinz die Mehrheit einer Truppe von 2500 Soldaten massakriert, die ohne Maß und Ziel geplündert und vergewaltigt hatten. Auf die gleiche Weise sollen sich Bauern im Jahre 1926 im Westen von Hunan unter dem Deckmantel einer Geheimgesellschaft namens »die Roten Lanzen« der 50 000 Mann starken Plünderertruppe eines unterlegenen Kriegsherrn entledigt haben. Als 1944 die Japaner in dieser Region zum Angriff übergingen, verfolgten die Bauern, die sich noch gut an die Massaker im Jahr zuvor erinnerten, die geschlagenen Kämpfer, und wer ihnen in die Hände fiel, mußte damit rechnen, lebendig begraben zu werden; ungefähr 50 000 Mann kamen auf diese Weise um.[28] Doch die Soldaten waren ihrerseits nur arme Teufel, Bauern wie die Männer, die sie abschlachteten, unglückliche und verängstigte Opfer einer Truppenaushe-

bung, die in den Worten des amerikanischen Generals Wedemeyer über die Dorfbewohner gekommen war wie eine Hungersnot oder eine Überschwemmung und noch mehr Menschen das Leben gekostet hatte als eine derartige Naturkatastrophe.

Zahlreiche weitere, meist weniger gewalttätige Aufstände richteten sich gegen vermeintliche Schikanen der Verwaltung; Steuern auf Grundbesitz, auf Opium, auf Alkohol, auf das Schlachten von Schweinen, Fronarbeit, Wucherzinsen, ungerechte Urteile... Aber am schlimmsten verfuhren die Bauern mit Ihresgleichen: Gnadenlose Kriege zwischen Dörfern, Sippen und Geheimgesellschaften verwüsteten ganze Landstriche und schürten einen unauslöschlichen Haß, verstärkt noch durch den Kult um ermordete Ahnen. So massakrierten im September 1928 die »Kleinen Schwerter« in einem Gebiet der Provinz Jiangsu 200 »Große Schwerter« und brannten sechs Dörfer nieder. Seit Beginn des 19. Jahrhunderts war der östliche Teil der Provinz Guangdong gespalten in Dörfer unter der »Schwarzen Fahne« und Dörfer unter der »Roten Fahne«, die sich erbittert bekämpften. Im Gebiet von Puning in derselben Region verfolgte und tötete der Lin-Clan alle, die das Unglück hatte, den Familiennamen Ho zu tragen, auch die Aussätzigen, die oft bei lebendigem Leib verbrannt wurden, und viele Christen. Solche Kämpfe hatten weder einen politischen noch einen sozialen Hintergrund, vielmehr festigten lokale Machthaber auf diese Weise ihre Stellung. Der Gegner war oftmals ein neu Zugewanderter oder ganz einfach jemand, der auf der anderen Seite des Flusses wohnte.[29]

Revolution und Terror (1927 -1946)

Im Januar 1928 sahen die Bewohner eines Dorfes unter der »Roten Fahne« Männer nahen, die das scharlachrote Banner schwangen, und mit Begeisterung schlossen sie sich einem der ersten chinesischen »Sowjets« an, dem Hai-Lu-Feng-Sowjet unter Peng Pai. Die Kommunisten waren darauf bedacht, möglichst keine klare Stellung zu beziehen, aber sie verstanden es, ihre Propaganda mit dem Bezug auf lokale Konflikte zu unterfüttern. In den einfachen Formulierungen ihrer Botschaft beuteten sie die lokalen Streitigkeiten für ihre Zwecke aus und ließen ihren neugewonnenen Anhängern zugleich freie Hand bei deren blutigen Kämpfen. Wenige Monate in den Jahren 1927/28 gaben damit einen Vorgeschmack auf die schlimmsten Augenblicke der Kulturrevolution oder der Herrschaft der Roten Khmer vierzig bzw. fünfzig Jahre später. Die Bewegung wurde von 1922 an durch heftige Agitation bäuerlicher Gewerkschaften unter Anleitung der kommunistischen Partei vorbereitet mit einer starken Polarisation zwischen »armen Bauern« und unermüdlich attackierten »Landbesitzern«, obwohl diese Spaltung weder in den traditionellen Konflikten noch in der sozialen Realität eine sonderlich große Rolle spielte. Aber der Erlaß von Schulden und die Ab-

Schaffung des Pachtzinses sicherten dem Sowjet breite Unterstützung. Peng Pai nutzte dies aus und errichtete eine Herrschaft des »demokratischen Terrors«: Das ganze Volle war eingeladen, den öffentlichen Prozessen gegen »Konterrevolutionäre«, die fast ausnahmslos mit Todesurteilen endeten, beizuwohnen. Auch die Hinrichtungen fanden öffentlich statt, und die Zuschauer feuerten mit dem Ruf »Töte! Töte!« die Roten Garden an, die das Opfer langsam zerstückelten, dann bisweilen kochten und aßen oder Familienangehörige zwangen, unter den Augen anderer Verurteilter, die auf ihre Hinrichtung warteten, Fleisch eines Zerstückelten zu essen. Oft wurden die Bauern zu Banketten eingeladen und verschlangen gemeinsam die Leber oder das Herz des ehemaligen Landbesitzers, und bei Versammlungen sprach der Redner vor einem Spalier frisch abgeschlagener, auf Pflöcke aufgespießter Köpfe. Dieser Rachekannibalismus, den man später auch im Kambodscha Pol Pots wiederfindet, hat in weiten Teilen Ostasiens eine lange Tradition und ist in Krisensituationen der chinesischen Geschichte immer wieder zu beobachten. So verfolgte im Jahre 613, in einer Zeit zahlreicher fremdländischer Invasionen, Kaiser Yang (Sui-Dynastie) aus Rache die ganze Sippe eines Rebellen bis zu seinen entferntesten Verwandten: »Die am härtesten bestraft wurden, wurden gevierteilt, ihre Köpfe wurden auf Stangen gesteckt, oder ihnen wurden die Glieder abgehackt, und sie wurden mit Pfeilen durchbohrt. Der Kaiser befahl den höchsten Würdenträgern, Stück für Stück das Fleisch der Opfer zu verspeisen.«[30] Der große Schriftsteller Lu Xun, ein Bewunderer des Kommunismus zu einem Zeitpunkt, als Kommunismus noch nicht mit Nationalismus und anti-westlicher Haltung gleichzusetzen war, schrieb: »Die Chinesen sind Kannibalen.« Weniger populär als solche blutigen Orgien waren die Übergriffe der Roten Garden 1927 auf Tempel und taoistische Priester-Zauberer: Die Gläubigen malten ihre Götterbilder rot an, um sie zu schützen, und es waren erste Ansätze zu einer Vergöttlichung Peng Pais zu beobachten. 50000 Menschen, darunter viele Arme, flohen in den vier Monaten der Sowjet-Herrschaft aus dem Gebiet.[31]

Peng Pai (er wurde 1931 durch Erschießen hingerichtet) war der reinste Verfechter eines ländlichen und militarisierten Kommunismus. Seine Strategie wurde sofort von einem bis dahin wenig bedeutenden kommunistischen Kader namens Mao Zedong (selbst von bäuerlicher Herkunft) übernommen und in dessen berühmter Schrift *Untersuchungsbericht über die Bauernbewegung in Hunan* (1927) in eine theoretische Form gegossen. Der bäuerliche Kommunismus bot sich unmittelbar als Alternative an zu dem von Arbeitern getragenen städtischen Kommunismus, der durch die Kuomintang Chiang Kai-sheks zerschlagen zu werden drohte. 1928 entstand die erste »rote Basis« im Jinggang-Gebirge an der Grenze zwischen Hunan und Jiangxi. Am 7. November 1931 (dem Jahrestag der russischen Oktoberrevolution) war diese wichtigste Basis so weit gefestigt und erweitert, daß im Osten der Provinz eine Chinesische Sowjetrepublik proklamiert werden konnte; Vorsitzender des Rates der Volkskommissare war Mao Zedong. Bis

zu seinem Sieg 1949 erlebte der chinesische Kommunismus noch zahlreiche Wechselfalle und schwere Rückschläge, aber das Modell war damit geschaffen: Es galt, die revolutionäre Dynamik auf den Aufbau eines Staates zu konzentrieren, und dieser seinem Wesen nach kriegerische Staat mußte sich auf den Aufbau einer schlagkräftigen Armee konzentrieren, die schließlich in der Lage sein würde, mit dem feindlichen »Marionetten«-Staat und dessen Armee fertigzuwerden - gemeint war offensichtlich die Zentralregierung in Nanking mit Chiang Kai-shek an der Spitze. Insofern ist es nicht verwunderlich, daß in der Revolutionsphase die militärische, auf Repression gerichtete Dimension im Vordergrund stand und dem System seine Existenzberechtigung gab. Damit unterschieden sich die chinesischen Kommunisten deutlich von den russischen Bolschewisten der Anfangszeit, entfernten sich aber auch weit von der marxistischen Lehre: *Auf dem Umweg über den Bolschewismus,* reduziert auf eine Strategie der Machtübernahme und der Stärkung eines national-revolutionären Staates, gelangten 1918/19 die Begründer der KPCh und insbesondere deren »Vordenker« Li Dazhao zum Kommunismus.[32] Überall da, wo die KPCh sich durchsetzte, wurde ein Sozialismus der Lager (und der Ausnahmegerichte und Erschießungskommandos) installiert. Peng Pai hatte eindeutig das Modell vorgegeben.

Das spezifische Erscheinungsbild der Repressionspraktiken des chinesischen Kommunismus erklärt sich zumindest zum Teil aus dieser nicht ohne weiteres erkennbaren Tatsache: Dem »Großen Terror« des stalinistischen Regimes der Jahre 1936-1938 *ging* der Terror der chinesischen Sowjets *voraus,* dem einigen Schätzungen zufolge allein in der Provinz Jiangxi in den Jahren 1927-1931 186000 Menschen zum Opfer fielen, nicht mitgerechnet diejenigen, die in Kämpfen ums Leben kamen.[33] Die meisten Opfer hatten sich der unmittelbar eingeleiteten radikalen Landreform widersetzt, der harten Besteuerung und der mit militärischen Erfordernissen gerechtfertigten Mobilisierung der jungen Leute. Der Überdruß der Bevölkerung war so groß, daß dort, wo der Kommunismus besonders radikal durchgesetzt wurde (1931 wurde Mao für seine terroristischen Exzesse kritisiert, weil sie die Bevölkerung den Kommunisten entfremdeten, und er verlor zeitweilig die Führung) oder wo lokale Kader an den Rand gedrängt wurden (so zum Beispiel rund um die Sowjet-»Hauptstadt« Ruijin), die Offensive der Zentralregierung in Nanking auf wenig Widerstand traf Besonders zurückhaltend bis hin zum erfolgreichen Widerstand zeigte sich die Bevölkerung in den erst spät eroberten, autonomeren »Basen«. Die dortigen Kader hatten schmerzliche, aber hilfreiche Lektionen aus der Politik des Terrors gezogen.[34] Ähnliche Spannungen gab es in der auf Yanan ausgerichteten Basis von Nord-Shaanxi, allerdings gelang es dort der kommunistischen Partei, sie mit einer gezielteren und weniger blutigen Repression zu überwinden. Die Steuerbelastung der Bauern war schrecklich: Im Jahr 1941 mußten sie 35% des Ernteertrags abliefern, viermal mehr als in den von der Kuomintang beherrschten Gebieten. Die Dorfbewohner sehnten offen Maos Tod

herbei. Die Partei unterdrückte den Widerstand, warf aber auch Ballast ab: Ohne es offiziell einzugestehen, ließ sie in großem Umfang Opium pflanzen und exportieren; bis 1945 machte der Opiumhandel zwischen 26 und 40% ihrer Einkünfte aus.[35]

Wie es häufig bei kommunistischen Regimen der Fall ist, gingen die Übergriffe gegen die eigenen Anhänger nicht so geräuschlos vonstatten, Sie konnten sich besser ausdrücken als die einfachen Dorfbewohner, und vor allem entstammten viele sozialen Strukturen, die Zeiten überstanden hatten. Manch eine Rechnung wurde so nach Jahrzehnten beglichen. In die Schußlinie gerieten hauptsächlich Kader mit einer besonders soliden Verankerung in der Bevölkerung. Deren Gegner hingen in der Regel stärker vom zentralen Parteiapparat ab und kritisierten ihren »lokalen Blickwinkel«, der tatsächlich oft eine gewisse Mäßigung zur Folge hatte, sie zum Beispiel veranlaßte, Anweisungen zu diskutieren. Hinter diesem Konflikt verbarg sich jedoch noch ein anderer; Die lokalen Aktivisten kamen häufig aus relativ wohlhabenden bäuerlichen Schichten und insbesondere aus landbesitzenden Familien (wie auch die meisten, die lesen und schreiben konnten) und hatten über einen radikalen Nationalismus zum Kommunismus gefunden. Die Angehörigen des »Zentralapparats« sowie die Soldaten der »regulären« Armee dagegen entstammten in der großen Mehrheit der Schicht der Recht- und Besitzlosen: Sie waren Banditen, Vagabunden, Bettler, Soldaten ohne Sold und, soweit es sich um Frauen handelte, Prostituierte. Mao dachte ihnen bereits 1926 eine wichtige Rolle in der Revolution zu: »Zum mutigen Kampfe fähig, aber zu Zerstörungsaktionen neigend, können sie, wenn man sie richtig leitet, zu einer revolutionären Kraft werden.«[36] Stellte er sich etwa mit ihnen auf eine Stufe, als er sich sehr viel später, im Jahre 1965, in einem Gespräch mit dem amerikanischen Journalisten Edgar Snow als »einsamer Mönch« bezeichnete, »der die Welt mit einem undichten Schirm durchwandert«?[37] Die übrige Bevölkerung mit Ausnahme einer Minderheit entschlossener Gegner des Kommunismus (die zumeist ebenfalls der Elite entstammten) zeichnete sich vor allem durch Tatenlosigkeit aus, durch ihre »Kälte«, wie die kommunistischen Führer sagten - auch die »armen und halbarmen Bauern«, die doch angeblich die Klassenbasis der kommunistischen Partei auf dem Lande bildeten. Die ehemals Recht- und Besitzlosen, die nun zu Führern geworden waren und ihre gesamte soziale Existenz der Partei verdankten, dürsteten mehr oder weniger diffus nach Rache und neigten, darin von der Zentrale bestärkt[38], stets spontan zur radikalsten Lösung, das konnte gegebenenfalls auch die Eliminierung der lokalen Kader sein. Widersprüche dieser Art führten noch nach 1946, im Verlauf der Landreform, zu blutigen Exzessen.[39]

Die erste große dokumentierte Säuberung in den Jahren 1930/31 wütete in der Basis von Donggu im Norden der Provinz Jiangxi. Spannungen von der Art, wie sie weiter oben beschrieben sind, wurden dort noch verschärft durch die massive Aktivität einer Art politischer Polizei, die mit dem rech-

ten Flügel der Kuomintang verbunden war, dem sogenannten Korps AB (für »anti-bolschewistisch«). Diese Organisation verstand es, Mißtrauen zwischen den KP-Mitgliedern zu schüren, so daß einer den anderen als Verräter verdächtigte. Ihre Mitglieder kamen meist aus den Geheimgesellschaften, und daß 1927 der Anführer der Drei-Punkte-Gesellschaft dazu stieß, bedeutete eine entscheidende Stärkung. Zunächst wurden zahlreiche lokale Kader exekutiert, in einer nächsten Welle erstreckten sich die Säuberungen auf die Rote Armee: Rund 2000 Armee-Angehörige wurden liquidiert. Einzelnen gefangenen Kadern gelang die Flucht, sie versuchten Widerstand gegen Mao, den »Kaiser der Partei«, zu mobilisieren, wurden von Korps AB zu Verhandlungen eingeladen, doch bei ihrem Erscheinen festgesetzt und umgebracht. Als eine Einheit der zweiten Armee rebellierte, wurde die gesamte Armee entwaffnet, die Offiziere wurden hingerichtet. Die Verfolgungen währten über ein Jahr und betrafen zivile und militärische Kader gleichermaßen; die Opfer zählten nach Tausenden. Von den 19 höchsten lokalen Kadern, darunter die Begründer der Basis, wurden zwölf als »Konterrevolutionäre« hingerichtet, fünf von der Kuomintang getötet, einer starb an einer Krankheit, der letzte kehrte der Gegend und der Revolution den Rücken.[40]

Die Beseitigung des Begründers der Basis, des legendären Guerillakämpfers Liu Zhidan, während Maos erster Zeit in Yanan scheint nach demselben Muster gelaufen zu sein. Das Beispiel zeigt einen ebenso vollkommen skrupellosen Zentralapparat, der gleichwohl in seinem Machiavellismus rationaler zu Werke geht. Verantwortlich war damals offensichtlich der »Bolschewik« Wang Ming, ein »Mann Moskaus«, der in der Führung noch eine zentrale Rolle spielte und Lius Truppen unter seine Kontrolle bekommen wollte. Liu war so vertrauensselig, daß er sich festnehmen ließ; unter der Folter gestand er seinen »Verrat« ein, seine wichtigsten Anhänger wurde lebendig begraben. Wang Mings Gegner Zhou Enlai sorgte für Lius Freilassung, doch Liu bestand darauf, daß er weiterhin unabhängig das Kommando führte, und wurde zum »hartnäckigen Rechtsabweichler« erklärt. Er wurde an die Front geschickt und fiel; möglicherweise traf ihn eine Kugel in den Rücken.[41]

Die am häufigsten erwähnte Säuberung in der Zeit vor 1949 richtete sich im Juni 1942 gegen die brillantesten Intellektuellen von Yanan. Mao gewährte, wie er es später im gesamten Land wiederholte, zwei Monate lang eine außerordentlich große Meinungsfreiheit. Dann wurden von einem Tag auf den anderen alle Parteimitglieder »eingeladen«, auf unzähligen Versammlungen gegen Ding Ling zu »kämpfen«, die den rein formalistischen Charakter der behaupteten Gleichheit von Männern und Frauen kritisiert hatte, und gegen Wang Shiwei, der es gewagt hatte, für den Künstler Gestaltungsfreiheit und das Recht auf Kritik an der Macht zu fordern. Ding brach zusammen, erklärte sich zu einer schmachvollen Selbstkritik bereit und griff Wang an, der aber unbeugsam blieb. Er wurde aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen und 1947 bei dem vorläufigen Rückzug aus Yanan

hingerichtet. Im Februar 1942 stellte der Parteivorsitzende in seiner Schrift *Reden über Literatur und Kunst* das Dogma von der Unterwerfung des Intellektuellen unter die Politik auf, und fortan war es Gesetz. Eine öffentliche Selbstkritik folgte auf die andere, bis die vollständige Unterwerfung erreicht war. Anfang Juli 1943 rollte eine weitere Säuberungswelle an und kostete viele Menschen das Leben. Der böse Geist hinter dieser »Rettungskampagne«, welche die Parteimitglieder von ihren Unzulänglichkeiten und verborgenen Zweifeln befreien sollte, war das Politbüromitglied Kang Sheng. Mao hatte ihn im Juni 1942 an die Spitze eines neuen Studienkomitees berufen, der die Ausrichtung oder Rektifizierung überwachen sollte. Kang Sheng, der »schwarze Schatten«, trug schwarzes Leder, ritt ein schwarzes Pferd und wurde von einem scharfen schwarzen Hund begleitet. Er hatte sein Handwerk beim sowjetischen NKWD gelernt und organisierte die erste echte »Massenkampagne« im kommunistischen China: allgemeine Kritik und Selbstkritik, gezielte Verhaftungen, die zu Geständnissen und damit weiteren Verhaftungen führten, öffentliche Demütigungen, Schläge und Mißhandlungen, schließlich die Ausrichtung des Denkens ganz an Mao, der als unfehlbar erklärt und zum einzig gültigen Orientierungspunkt erhoben wurde. Bei einer Versammlung deutete Kang Sheng ins Publikum und sagte: »Ihr seid alle Agenten der Kuomintang... Der Prozeß eurer Umerziehung wird noch lange dauern.«[42] Verhaftungen, Folterungen, Todesfälle (allein im Zentralapparat rund sechzig, viele davon starben durch Selbstmord) nahmen eine solche Dimension an, daß selbst die Parteiführung unruhig wurde, obschon Mao gesagt hatte, die Spione seien »so zahlreich wie die Haare im Pelz«.[43] Am 15. August wurden »illegale Methoden« der Unterdrückung verboten, und am 9. Oktober verkündete Mao in einer jener Kehrtwendungen, die ihm schon damals so leicht gelangen: »Wir dürfen niemanden töten. Die meisten hätten nicht verhaftet werden dürfen.«[44] Damit war die Kampagne endgültig abgebrochen. Im Dezember mußte Kang Sheng Selbstkritik üben und einräumen, daß von den Festgesetzten nur 10% schuldig gewesen seien und daß die Toten rehabilitiert werden müßten. Seine Karriere war damit zunächst beendet, erst bei Ausbruch der Kulturrevolution im Jahr 1966 kam er wieder zum Zug. Mao mußte sich im April 1944 vor einer Versammlung hoher Funktionäre entschuldigen und sich dreimal zu Ehren der unschuldigen Opfer verneigen, bis die Anwesenden ihm applaudierten. Einmal mehr stieß sein spontaner Extremismus auf harten Widerstand. Doch die Erinnerung an den Terror des Jahres 1943 blieb nach Aussage derjenigen, die diese Zeit miterlebt hatten, unauslöschlich. Mao hatte zwar an Popularität eingebüßt, aber die Furcht vor ihm war größer denn je.[45]

Die Unterdrückungsmethoden wurden mit der Zeit immer effizienter. Im Krieg (gegen die Japaner, gegen die Kuomintang) kamen zwar immer noch terroristische Massaker vor, bei denen Tausende von Menschen starben (3600 allein in einer kleinen Ecke der Provinz Hebei, um deren Kontrolle die Kommunisten kämpften[46]), doch in der Regel wurde gezielt und indivi-

duell gemordet. Besonders Renegaten mußten um ihr Leben fürchten, das entsprach der Tradition der Geheimgesellschaften. Ein ehemaliger Guerillaführer berichtete: »Wir töteten eine große Zahl von Verrätern, so daß dem Volk gar keine andere Wahl blieb, als auf dem Weg der Revolution weiterzugehen.«[47] Ein System von Lagern und Gefängnissen wurde aufgebaut, so daß nicht mehr die Notwendigkeit bestand, jede Verfehlung mit dem Tod zu bestrafen. Bereits 1932 hatten die Sowjets der Provinz Jiangxi gesehen, wie Arbeitslager erfolgreich funktionierten, ironischer weise waren solche Lager durch ein Gesetz der Kuomintang eingeführt worden. Im Jahre 1939 kamen Personen, die zu langen Strafen verurteilt worden waren, in sogenannte Zentren für Arbeit und Produktion, gleichzeitig entstanden hier und da Ausnahmegerichte, die nicht ganz und gar die Ausnahme waren. Mit der Umstellung der Bestrafung verfolgten die Kommunisten ein dreifaches Ziel: Die Bevölkerung sollte nicht durch zu harte Strafen aufgebracht werden, die Lagerinsassen waren willkommene Arbeitskräfte, und dank einer geschickten Umerziehung gewannen sie neue Gefolgsleute. Auf diese Weise konnten selbst japanische Kriegsgefangene in die Volksbefreiungsarmee (VBA), die Erbin der chinesischen Roten Armee, integriert und im Kampf gegen Chiang Kai-shek eingesetzt werden.[49]

Die maoistischen Methoden in Yanan aus der Sicht eines sowjetischen Stalinisten

> Die Parteidisziplin gründet auf stumpfsinnig rigiden Formen der Kritik und Selbstkritik. Der Leiter der Zelle entscheidet, welche Person kritisiert werden soll und warum. In der Regel wird bei einer Versammlung ein Kommunist »attackiert«. Alle nehmen daran teil. Es gibt keine Möglichkeit, dem zu entgehen. Der »Angeklagte« hat nur ein einziges Recht: Er darf seine »Irrtümer« bereuen. Wenn er sich für unschuldig hält oder sich zu nachlässig »an die Brust schlägt«, beginnen die Angriffe von vom. Es ist ein regelrechtes psychologisches Zureiten. [...] Ich habe eine tragische Realität begriffen. Diese grausame Methode des psychischen Zwangs, die Mao »moralische Reinigung« nennt, hat in der Parteiorganisation von Yanan eine alles erstickende Atmosphäre geschaffen. Eine erkleckliche Anzahl von Kommunisten hat Selbstmord begangen, ist geflohen, etliche haben den Verstand verloren. […] Die Methode des *chengfeng* folgt dem Grundsatz: »Jeder soll die geheimsten Gedanken des anderen kennen.« Dieses gemeine, schändliche Motto regiert jede Versammlung. Intimste und persönlichste Tatsachen werden schamlos in aller Öffentlichkeit ausgebreitet. Unter dem Deckmantel der Kritik und der Selbstkritik kontrolliert man die Gedanken, die Ziele und die Handlungen eines jeden einzelnen.[49]

Landreform und Säuberungen in den Städten (1946-1957)

Die Kommunisten übernahmen 1949 die Macht keineswegs in einem Land des Friedens und der Harmonie. Gewalt und gelegentlich auch die massenhafte Ermordung von Menschen waren geläufige Methoden der Regierenden wie derjenigen, die sich den Regierenden widersetzten, und auch in Konflikten der Menschen untereinander waren sie an der Tagesordnung. Die Taten, von denen im folgenden die Rede sein wird, bedeuteten Gegengewalt, Widerstand gegen konkrete Übergriffe (ein Opfer Peng Pais, Angehöriger der lokalen Verwaltung, hatte rund hundert gewerkschaftlich organisierte Bauern erschießen lassen), und wurden ganz gewiß von vielen Landbewohnern auch so verstanden. Darum erscheint diese Zeit sowohl in der offiziellen nachmaoistischen Geschichtsschreibung (bis zur Kampagne gegen die Rechtsabweichler im Jahr 1957 hatte der Große Steuermann demnach im wesentlichen richtig gesteuert) wie in der Erinnerung vieler Zeitzeugen in einem strahlenden Licht, zumal die Zeugen der Ereignisse nicht selten direkt vom Unglück ihrer bessergestellten Mitbürger profitierten (oder dies zumindest glaubten). Da sich dies so verhielt, waren die Kommunisten (einschließlich der kommunistischen Intellektuellen) nicht allzusehr von den Säuberungen betroffen. Dennoch handelte es sich um die blutigste Unterdrückungswelle, welche die chinesische KP jemals auslöste, und sie erfaßte das gesamte Land. Weil die Welle das ganze Land und die gesamte Bevölkerung betraf, weil sie so lange dauerte (es gab zwar kurze Atempausen, aber fast in jedem Jahr wurde eine neue »Massenkampagne« ausgerufen) und so planmäßig und generalstabsmäßig ins Werk gesetzt wurde, markiert sie einen qualitativen Sprung in der Gewaltanwendung in China: Die »Ausrichtungsbewegung« in Yanan im Jahr 1943 war die Generalprobe gewesen, aber nur in einer abgelegenen Region eines riesigen Landes. Bei bestimmten sozialen Schichten erreichten die Massaker das Ausmaß eines Genozids, wie ihn China bislang noch nicht erlebt hatte, zumindest nicht auf nationaler Ebene (die Mongolen hatten im 13. Jahrhundert nur im Norden des Landes gewütet). Manche Gewalttaten ereigneten sich im Kontext eines dreijährigen schweren Bürgerkrieges, beispielsweise wurden bei der Einnahme der Stadt Siwanze in der Mandschurei 500 Einwohner, zu einem erheblichen Teil Katholiken, ermordet. Im übrigen ließen die Kommunisten ab 1948, als sie einen entscheidenden Vorteil erzielt hatten, nicht mehr wie bisher zu Propagandazwecken den größten Teil der feindlichen Kriegsgefangenen frei. Vielmehr wurden die Kriegsgefangenen zu Hunderttausenden festgehalten, und da die Gefängnisse bald schon überquollen, waren sie die ersten Insassen der neuen Lager, in denen Umerziehung durch Arbeit praktiziert werden sollte *(laodong gaizao,* abgekürzt *laogai).* Die Lager ermöglichten es, die Gefangenen neben der Umerziehung auch zu kriegswichtigen Zwecken einzusetzen.[50] Doch *während die Feindseligkeiten andauer-*

ten, fanden die schlimmsten Gewalttaten im Hinterland statt, gänzlich außerhalb jeglichen militärischen Kontextes.

Die Kampagnen: Machtdemonstration und Sozialtechnologie

Anders als die russische Revolution im Jahr 1917 griff die chinesische Revolution des Jahres 1949 von den ländlichen Gebieten in die Städte über. Insofern ist es vollkommen logisch, daß die Landreform den Säuberungen in den Städten vorausging. Doch um die gegen Japan gerichtete »Einheitsfront« mit der Zentralregierung der Kuomintang zunächst herzustellen und dann mehr schlecht als recht zu erhalten, setzten die Kommunisten diesen fundamentalen Punkte ihres Programms 1937 stillschweigend aus. Erst nach der japanischen Niederlage, im Zusammenhang mit der Auslösung des Bürgerkriegs 1946, der sie schließlich an die Macht brachte, trieben sie die Landreformbewegung wieder voran. Zu Tausenden schickte die Volksbefreiungsarmee berufsmäßige Agitatoren gruppenweise in die »befreiten Gebiete« hinaus, bevorzugt in andere als ihre Heimatregionen, um den Einfluß von Bindungen an Umfeld, Sippen oder Geheimgesellschaften auszuschließen. Mit dem Vorrücken der Agitatoren breitete sich die Bewegung allmählich bis an die südliche und westliche Grenze aus (Tibet blieb zunächst noch unberührt).

Um keinen falschen Eindruck aufkommen zu lassen: Man wird der Agrarrevolution, die Hunderttausende chinesischer Dörfer eines nach dem anderen von Grund auf veränderte, weder gerecht, wenn man sie als eine rein von oben gesteuerte Manipulation begreift, noch wenn man naiv der Aussage glaubt, die kommunistische Partei sei damit bereitwillig einem »Wunsch der Massen« nachgekommen.[51] Die Massen hatten reichlich Grund, ihre Lage zu beklagen und Veränderungen herbeizusehnen. Eine schreiende Ungerechtigkeit war die Ungleichheit zwischen den Bauern. So besaßen im Dorf Lange Biegung (Provinz Shanxi), wo William Hinton die Revolution miterlebtet 7 % der Bauern 31 % des Ackerlandes und 33 % der Zugtiere. Einer landesweiten Untersuchung aus dem Jahr 1945 zufolge gehörten den 3% ländlicher Honoratioren im Durchschnitt 26% des Landes.[52] Die ungleiche Besitzverteilung wurde durch die Auswirkungen des Pachtwuchers noch verstärkt (3 % bis 5 % im Monat, bis zu 100% im Jahr[53]), denn das Verpachten von Land war nahezu ausschließlich das Monopol der reichsten Landbewohner.

Der reichsten, oder sollte man eher sagen, der am wenigsten armen? In den südlichen Küstenregionen gab es zwar Bauernhöfe mit mehreren hundert Hektar Land, doch die durchschnittlichen »Landbesitzer« nannten nicht mehr als zwei oder drei Hektar ihr eigen; in dem Dorf Lange Biegung (1200 Einwohner) besaß der Reichste nicht einmal zehn Hektar. Die Grenzen zwischen den verschiedenen bäuerlichen Gruppen waren zudem keineswegs klar gezogen, die große Mehrheit der Landbewohner hatte ihren Platz ir-

gendwo zwischen der Schicht der landlosen Armen und der Schicht der Landbesitzer, die nicht in erster Linie von ihrer eigenen Arbeit lebten. Verglichen mit den enormen sozialen Unterschieden in den osteuropäischen Ländern vor 1945 und im heutigen Lateinamerika dürfte die ländliche chinesischen Gesellschaft *relativ* egalitär gewesen sein. Und, wie bereits erwähnt, die Spannungen zwischen Armen und Reichen waren bei weitem nicht die Hauptursache von Konflikten. Wie im Jahr 1927 in Hai-Lu-Feng spielten die Kommunisten - allen voran Mao selbst - deshalb Sozialingenieure: Zunächst ging es darum, unter bestimmten Vorwänden willkürlich benannte und abgegrenzte soziale Gruppen (vom Apparat wurden Quoten festgesetzt, die beachtet werden mußten: 10% bis 20% »Privilegierte« wurden veranschlagt, je nach Gebiet und je nach gerade aktuellem politischem Kurs) zu polarisieren, und anschließend wurde verkündet, die Polarisierung sei im Grunde die einzige Ursache des bäuerlichen Unglücks. Welcher Weg zum Glück führte, lag dann auf der Hand.

Die Agitatoren machten sich daran, die Bauern in vier Gruppen einzuteilen: arme, halbarme, mittlere und reiche - alle diejenigen, die nicht einer dieser vier Gruppen zugeordnet wurden, wurden mit mehr oder weniger guten Gründen zu »Landbesitzern« erklärt und waren gegebenenfalls vogelfrei. Weil klare Kriterien für die Abgrenzung fehlten und weil es den Ärmsten so gefiel, wurden über die Anweisungen der Partei hinaus (die allerdings häufig widersprüchlich ausfielen) zu den »Landbesitzern« zuweilen auch die reichsten Bauern gezählt. Das Schicksal der kleinen ländlichen Honoratioren stand von Anfang an fest, der Weg zu seiner Erfüllung jedoch war gewunden, in politischer Hinsicht allerdings sehr effektiv: Es war in der Tat zweckmäßig, die »breiten Massen« einzubeziehen, so daß sie zumindest die Hände mit im Spiel hatten, die Niederlage der Kommunisten fürchteten und womöglich sogar die Illusion entwickelten, sie seien es, die entschieden, und die neuen Herrn führten nur ihre Entscheidungen aus. Das war selbstverständlich eine Illusion: Ablauf und Ergebnis waren überall und fast zur selben Zeit gleich, während sich die konkreten Bedingungen in den einzelnen Dörfern und Regionen sehr stark unterschieden. Heute wissen wir, wie viele Anstrengungen es die Parteimitglieder kostete, den Rahmen für die »bäuerliche Revolution« zu schaffen, und sie waren jederzeit bereit, Mittel des Terrors einzusetzen, um Überzeugungen zu erzwingen. Während des Krieges flohen darum viele junge Leute lieber in die von den Japanern kontrollierten Gebiete, als zu riskieren, daß sie in der Volksbefreiungsarmee mitkämpfen mußten. Die Bauern waren als Masse apathisch wie eh und je und oft immer noch so von den Landbesitzern abhängig, daß sie auch nach der Herabsetzung der Pachtzahlungen durch die neuen Machthaber (dem Prolog zur Landreform) heimlich die Pacht in alter Höhe weiter entrichteten. Ihnen wäre es nicht in den Sinn gekommen, sich aus sozialen Gründen den Idealen der kommunistischen Partei anzuschließen. Die Agitatoren untereinander klassifizierten die Bauern nach ihrer politischen Einstellung: Aktivi-

sten, Mitläufer, Rückwärtsgewandte, auf selten der Landbesitzer Stehende. Diese Kategorien übertrugen sie dann irgendwie auf die offiziell dekretierten sozialen Gruppen. Heraus kam eine Soziologie nach Frankenstein-Manier, bei der private Streitigkeiten und höchst persönliche Anliegen (zum Beispiel der Wunsch, einen lästigen Ehemann loszuwerden[55]) eine mindestens ebenso große Rolle spielten wie die Klassifikation. Die Einteilung der Gruppen konnte zudem nach Belieben geändert werden: Um die Neuverteilung des Landes möglichst rasch abzuschließen, reduzierten die Verantwortlichen im Dorf Lange Biegung die Zahl der armen Bauernfamilien kurzerhand von 95 (der insgesamt 240 Familien) auf 28.[56] Die zivilen kommunistischen Kader wurden generell als »Arbeiter« eingestuft, die militärischen Kader als »arme« oder »halbarme Bauern«, obwohl die meisten den privilegierten Schichten entstammten.[57]

Schlüsselelement der Agararreform war die »Bitterkeitsversammlung«: Vor den versammelten Dorfbewohnern erschienen der oder die Landbesitzer, häufig als »Verräter« bezeichnet, um gleich den richtigen Maßstab vorzugeben (sie wurden sehr häufig mit echten Kollaborateuren der japanischen Besatzer in einem Atemzug genannt, und dabei »vergaß« man sehr rasch, daß außer ganz am Anfang, im Jahre 1946, die armen Bauern sich genauso viele Verfehlungen hatten zuschulden kommen lassen). Oft dauerte es seine Zeit, bis die Versammlung richtig in Gang kam; vielleicht spielte eine gewisse Furcht vor ehedem mächtigen Personen eine Rolle, vielleicht auch eine Ahnung, daß die Prozedur ungerecht war. Die Parteimitglieder mußten sich kräftig ins Zeug legen, die Angeklagten körperlich mißhandeln und psychisch demütigen. Nach einer Weile fanden sich gewöhnlich ausreichend Opportunisten und Dorfbewohner, die Groll gegen die Landbesitzer hegten, es wurden Vorwürfe laut, die Gemüter gerieten in Wallung. In Anbetracht der Tatsache, daß Gewalt in der bäuerlichen Welt eine lange Tradition hatte, war es nicht sehr schwierig, schließlich zu einem Todesurteil (was auch die Konfiszierung des Besitzes bedeutete) gegen den oder die Landbesitzer zu gelangen, und häufig wurde es auf der Stelle, mit mehr oder weniger aktiver Beteiligung der Bauern, vollstreckt. In der Regel versuchten die Kader, freilich nicht immer mit Erfolg, den Verurteilten der Gerichtsbarkeit des Hauptortes der Region zuzuführen und den Urteilsspruch dort bestätigen zu lassen. Solche Farcen, wo jeder seine Rolle perfekt und mit verspäteter, aber echter Überzeugung spielte, leiteten »Kampfversammlungen« und Versammlungen zur Selbstkritik ein, *Als jeder* Chinese zumindest bis zum Tod des großen Vorsitzenden im Jahr 1976 als Zuschauer und auch als Beschuldigter beständig über sich ergehen lassen mußte. Die Veranstaltungen illustrieren den in China traditionell ausgeprägten Hang zu Ritualen und Konformismus; zynische Herrscher vermögen dies nach Belieben zu nutzen und auszunutzen.

Über die Zahl der Opfer gibt es keine verläßlichen Angaben, doch da zumindest ein Opfer pro Dorf »vorzuweisen« war[58], können wir von einem absoluten Minimum von einer Million Opfern ausgehen, die meisten Autoren

veranschlagen zwischen zwei und fünf Millionen Tote.[59] Vier bis sechs Millionen chinesische »Kulaken« füllten zudem bald die neuerrichteten *Laogai,* und möglicherweise noch einmal die doppelte Anzahl Menschen wurde für unterschiedlich lange Zeiträume »unter Aufsicht« der lokalen Behörden gestellt. Das bedeutete beständige Überwachung, Zuteilung der härtesten Arbeiten und Verfolgung, wenn eine neue »Massenkampagne« eingeleitet wurde.[60] Im Dorf Lange Biegung gab es insgesamt 15 Tote, hochgerechnet auf das gesamte Land würde dies die jeweiligen Obergrenzen der Schätzungen bestätigen. Doch in dem Dorf hatte die Reform früh begonnen, und bestimmte Exzesse wurden nach 1948 verurteilt. Im Dorf Lange Biegung waren einige vorgekommen: Die gesamte Familie des Vorsitzenden der lokalen katholischen Vereinigung wurde ermordet (und die Kirche geschlossen); arme Bauern, die sich mit den reichen solidarisiert hatten, wurden verprügelt, ihre Besitztümer eingezogen; über drei Generationen wurde nach »feudalen Wurzeln« gefahndet (so daß schließlich kaum jemand einer verhängnisvollen »Neuklassifizierung« entging); Dorfbewohner wurden zu Tode gefoltert, weil man ihnen das Versteck eines angeblichen Schatzes entlocken wollte; Verhöre wurden regelmäßig von Folterungen mit glühenden Eisen begleitet; unterschiedslos wurden alle Familienmitglieder eines Hingerichteten verfolgt und Grabstätten geschändet. Ein Kader, ein ehemaliger Bandit und vom Glauben abgefallener Katholik, fällte Urteile, wie es ihm beliebte. Er zwang ein 14-jähriges Mädchen, seinen Sohn zu heiraten, und erklärte jedem, gefragt oder ungefragt: »Mein Wort ist Gesetz, und wenn ich jemanden zum Tode verurteile, muß er sterben.«[61] Am anderen Ende Chinas, in Yunnan, wurde der Vater von He Liyi, der unter der alten Regierung Polizist gewesen war, aus diesem einzigen Grund als »Landbesitzer« klassifiziert und als Funktionär sofort zu Zwangsarbeit verurteilt. Im Jahre 1951, als die Landreform in der Gegend ihren Höhepunkt erreichte, wurde er als »Klassenfeind« von einem Dorf zum anderen getrieben und vorgeführt, dann zum Tode verurteilt und hingerichtet, ohne daß irgendein konkreter Vorwurf gegen ihn erhoben worden wäre. Sein älterer Sohn, ein Armeeangehöriger, der versucht hatte, Soldaten der Kuomintang für die Volksbefreiungsarmee zu gewinnen und dafür ein offizielles Lob erhalten hatte, wurde gleichwohl als »Reaktionär« klassifiziert und »unter Aufsicht« gestellt.[62] All diese Vorfälle, um es noch einmal zu wiederholen, scheinen bei der Mehrheit der Landbevölkerung Zustimmung gefunden zu haben, denn das Land der Enteigneten stand anschließend zur Verteilung. Manche jedoch nahmen aus unterschiedlichen Gründen (häufig wegen familiärer Beziehungen) an den so häufig willkürlichen Exekutionen Anstoß. Ihr Wunsch nach Rache fand zuweilen in der Kulturrevolution ein Ventil und schlug sich in einer ultraradikalen Ablehnung des neuen Establishments nieder.[63] Die massenweise Enteignung und Hinrichtung von Sündenböcken führte somit keineswegs dazu, daß sich die Bauern, wie von der Führung der KP gewollt, einmütig um die »für das Recht kämpfende« Partei scharten.

Die wahren Ziele der breiten Bewegung waren in der Tat in erster Linie politischer Natur, in zweiter Linie wirtschaftlicher Natur und ganz zuletzt sozialer Natur. Zwar wurden 40% des Landes neu verteilt, doch da es nur wenige ländliche Privilegierte gab und die meisten Regionen außerordentlich dicht besiedelt waren, entfiel auf den einzelnen armen Bauern kein großer Gewinn: Nach der Landreform lag die durchschnittliche Hofgröße der Kleinbauern immer noch bei nur 0,8 Hektar.[64] Andere asiatische Länder (Japan, Taiwan, Südkorea) setzten im selben Zeitraum mit Erfolg ebenso radikale Landreformen durch, und das in Gebieten, wo die Besitzunterschiede zunächst eher noch größer waren. Soweit wir wissen, gab es in diesen Ländern nicht einen einzigen Toten, und die Enteigneten enthielten eine mehr oder weniger angemessene Entschädigung. Die schreckliche Grausamkeit der chinesischen Landreform diente darum nicht primär der Reform selbst, sondern dem politischen Ziel der totalen Machtübernahme des kommunistischen Apparates. Dazu gehörten die Auswahl einer kleinen Zahl von Aktivisten als Agitatoren und Funktionäre, der Abschluß von »Blutspakten« mit der Masse der Dorfbewohner, die in Hinrichtungen verwickelt waren, und die Demonstration gegenüber allen, die Widerstand leisteten oder nur halbherzig mitmachten, daß die KP in der Lage war, mit äußerster Härte zu regieren. Schließlich führte die Art, wie die Landreform durchgeführt wurde, dazu, daß die Partei sehr genau über Strukturen und Beziehungen in jedem einzelnen Dorf Bescheid wußte, und dieses Wissen konnte mittelfristig dazu genutzt werden, die Kapitalausstattung der Industrie auf dem Wege der Kollektivierung zu verbessern.

Die Städte: »Salamitaktik« und Enteignungen

Obgleich doch immer behauptet wurde, alles gehe von der Basis aus, erachtete es Mao Zedong höchstpersönlich für angebracht, während der radikalen Zuspitzung nach dem Eintritt der chinesischen Truppen in den Koreakonflikt (November 1950) die Massaker abzusegnen: »Unerbittlich zuschlagen bedeutet, entschlossen all die reaktionären Elemente hinzurichten, die die Todesstrafe verdienen.«[65] Neu war in diesem Augenblick nicht die Landreform; sie näherte sich vielmehr, zumindest in Nordchina, allmählich ihrem Ende (hingegen war die Bewegung im erst später »befreiten« Südchina und insbesondere in den eher widersetzlichen Provinzen wie Guangdong Anfang 1952 noch lange nicht abgeschlossen[66]). Neu war vielmehr die Ausdehnung der gewaltsamen Säuberungen auf die Städte durch eine Reihe gezielter »Massenbewegungen«, die teils gleichzeitig, teils nacheinander stattfanden und mit der vollständigen Unterwerfung aller Gruppen (Intellektuelle, Angehörige des Bürgertums - darunter auch kleine Geschäftsleute -, Mitglieder nichtkommunistischer Organisationen, allzu unabhängige kommunistische Kader) endeten, die dem Vorhaben der KPCh, die totale Kontrolle über das Land zu gewinnen, womöglich hätten im Wege stehen können. Diese

Strategie unterschied sich nicht sehr von der »Salamitaktik«, die einige Jahre später beim Aufbau der Volksdemokratien in Osteuropa angewendet wurde: In dieser Phase war der sowjetische Einfluß in der Wirtschaft, aber auch im politischen Apparat und im Unterdrückungsapparat besonders ausgeprägt. Teilweise unabhängig davon (aber oft genug faßte man Oppositionelle, Klassengegner und Verbrecher unterschiedslos unter dem Oberbegriff »Feinde der Volksregierung« zusammen) wurden Kriminalität und Asozialität (Prostitution, Spielhöllen, Opiumhöhlen usw.) hart bekämpft. Nach Angaben der KP selbst wurden zwischen 1949 und 1952 zwei Millionen »Banditen liquidiert«, und wahrscheinlich ebenso viele wurden eingesperrt.[67]

Der größtenteils noch *vor* dem Sieg der Kommunisten errichtete Kontrollapparat verfugte bald über beachtliche Ressourcen: 5,5 Millionen Milizionäre Ende 1950, 3,8 Millionen Propagandisten (oder Aktivisten) im Jahr 1953, 75 000 Informanten, deren Aufgabe es war, die Arbeit der Milizionäre und Propagandisten zu koordinieren (und ihren Eifer zu kontrollieren). In der Stadt baute die Kontrolle auf einem von der Kuomintang eingeführten System gegenseitiger Überwachung *(baojia)* auf. Die unterste Einheit bildeten die Nachbarschaftsausschüsse (15 bis 20 Haushalte), darüber kamen die Einwohnerausschüsse, und sie unterstanden wiederum den Straßenviertel- oder Wohnviertelausschüssen[68]. Sie mußten alles registrieren: Jeder nächtliche Besuch eines Fremden oder Aufenthalt, der einen Tag oder länger dauerte, mußte dem Einwohnerausschuß gemeldet werden. Besonders sorgfältig wurde darauf geachtet, daß alle im Besitz eines städtischen Wohnberechtigungsausweises *(hukou)* waren, denn die »wilde« Landflucht sollte verhindert werden. Jeder in diesem System, angefangen von der untersten Stufe, spielte auf diese Weise den Hilfspolizisten. Die Polizei (wie die Justiz und die Gefängnisverwaltung) bestand zu Anfang aus Beamten des alten Regimes (sie waren die »natürlichen« Zielscheiben späterer Kampagnen, nachdem sich ihre provisorische Nützlichkeit erschöpft hatte), bald schon war der Polizeiapparat überdimensioniert: Bei der Machtübernahme in Shanghai im Mai 1949 gab es 103 Polizeiposten, Ende des Jahres waren es bereits 146.[69] Der Staatssicherheit gehörten 1,2 Millionen Menschen an.[70] Überall, bis in die kleinsten Dörfer, errichtete die Polizei improvisierte Kerker, in den bestehenden Gefängnissen wurde eine riesige Zahl von Menschen unter beispiellos harten Bedingungen zusammengepfercht: Bis zu 300 Gefangene teilten sich eine Zelle von 100 Quadratmetern, 18 000 Gefangene saßen im Zentralgefängnis von Shanghai. Die Essensrationen reichten kaum zum Überleben, die Gefangenen arbeiteten bis zur vollkommenen Erschöpfung, eine unmenschliche Disziplin wurde durchgesetzt, Mißhandlungen waren an der Tagesordnung (das Heben des Kopfes wurde mit Kolbenhieben bestraft, die Gefangenen hatten beim Gehen die Köpfe gesenkt zu halten). Die Sterblichkeit lag bis 1952 mit Sicherheit deutlich über 5% pro Jahr (das war der Mittelwert in den Lagern im Zeitraum 1949-1978), in einer bestimmten Brigade in Guangxi erreichte sie 50% in einem halben Jahr,

in einigen Minen in der Provinz Shanxi starben pro Tag 300 Menschen. Verschiedenartige und denkbar sadistische Foltermethoden waren gang und gäbe, besonders häufig wurden Häftlinge an den Handgelenken oder den Daumen aufgehängt. Ein chinesischer Priester starb nach 102 Stunden ununterbrochenem Verhör. Der Brutalität des einzelnen waren keine Schranken gesetzt: Ein Lagerkommandant soll in einem Jahr 1320 Gefangene teils selbst umgebracht, teils lebendig begraben lassen haben, zudem sollen noch etliche Vergewaltigungen auf sein Konto gegangen sein. Gefangenenrebellionen (die Haft dauerte noch nicht so lange, daß die Gefangenen seelisch gebrochen gewesen wären, überdies waren viele Häftlinge Militärangehörige) kamen damals häufig vor und endeten mit regelrechten Massakern: Mehrere tausend der 20 000 Sträflinge, die auf den Ölfeldern von Yanchang arbeiteten, wurden exekutiert. Im November 1949 wurden von 5000 rebellierenden Häftlingen, die Zwangsarbeit in einem Wald leisteten, 1000 lebendig begraben.[71]

Im Juli 1950 wurde die Kampagne zur »Unterdrückung konterrevolutionärer Elemente« gestartet, 1951 wurden nacheinander die »Drei-Anti-Bewegung« (gegen Korruption, Verschwendung und den Bürokratismus der Funktionäre von Partei und Staat), die »Fünf-Anti-Bewegung« (gegen Bestechung, Betrug, Steuerhinterziehung, Veruntreuung und Verrat von Staatsgeheimnissen, was sich gegen das Bürgertum richtete) und die gegen westlich orientierte Intellektuelle gerichtete Kampagne zur »Reform des Denkens« eingeleitet. Die Intellektuellen mußten künftig regelmäßig an Programmen zur »Umerziehung« teilnehmen und ihre »Fortschritte« vor ihrem Arbeitskollektiv *(danwei)* unter Beweis stellen. Die Kampagnen überschnitten sich zeitweilig, und dadurch wurde deutlich, daß kein Angehöriger der städtischen Eliten sich noch sicher fühlen konnte. Insbesondere die Definition eines »Konterrevolutionärs« war so vage und so weit gefaßt, daß jede noch so geringfügige Entfernung von der Parteilinie, sei es gegenwärtig, sei es in der Vergangenheit, gegebenenfalls zu einer Verurteilung ausreichte. Damit erhielten praktisch die Orts- und Betriebsparteisekretäre einen freien Ermessensspielraum. Ermutigt durch die Zentrale und unterstützt vom »bewaffneten Arm«, der Staatssicherheit, nutzten und mißbrauchten sie ihren Spielraum. Insbesondere mit Blick auf das schreckliche Jahr 1951 kann man mit Alain Roux vom »roten Terror« sprechen.[72]

Allein schon die Zahlen sind eindrucksvoll: In Shanghai gab es in einer einzigen Nacht 3000 Verhaftungen (38000 in vier Monaten), in Peking an einem Tag 220 Todesurteile, die sofort öffentlich vollzogen wurden, ebenfalls in Peking 30000 Anklageversammlungen in neun Monaten, in Kanton 89000 Verhaftungen in zehn Monaten, 23 000 Verhaftete wurden zum Tode verurteilt.[73] 450000 Privatunternehmen (100000 allein in Shanghai) wurden überprüft, ein gutes Drittel der Unternehmer und zahlreiche leitende Angestellte wurden für schuldig befunden, Unterschlagungen begangen zu haben (meist handelte es sich um Steuerhinterziehung), und mehr oder weniger

hart bestraft (rund 300000 erhielten Gefängnisstrafen[74]). Die Repression richtete sich ganz besonders gegen Ausländer: Im Jahr 1950 wurden 13 800 »Spione« verhaftet, darunter sehr viele Priester und Missionare, ein italienischer Bischof wurde zu lebenslanger Haft verurteilt. Die Zahl der katholischen Missionare sank in der Folge von 5500 im Jahr 1950 auf rund ein Dutzend im Jahr 1955 - die chinesischen Gläubigen waren nunmehr ungeschützt der Geißel der Unterdrückung ausgeliefert, es gab keine störenden Zeugen mehr. Mindestens 20000 Menschen wurden 1955 verhaftet, in den folgenden zwei Jahrzehnten kamen Hunderttausende Christen aller Glaubensrichtungen in Gefängnisse und Lager.[75] Die ehemaligen politischen und militärischen Führungskader der Kuomintang, die 1949 mit großem propagandistischem Aufwand amnestiert worden waren, um den Aderlaß durch Flucht nach Taiwan und Hongkong zu stoppen, wurden kaum zwei Jahre später dezimiert. Die Presse bedeutete ihnen, und das war keine Ironie, daß »die außerordentliche Nachsicht der Massen gegenüber den Reaktionären Grenzen« habe. Die Strafgesetzgebung erleichterte die Repression noch: Bei den »Konterrevolutionären« wurde zwischen »gegenwärtig aktiven« und »in der Vergangenheit aktiven« unterschieden, auch letzteres war strafbar. Damit wurde das Prinzip der rückwirkenden Bestrafung eingeführt, darüber hinaus konnte ein Angeklagter, der sich keine unter Strafe gestellte Tat hatte zuschulden kommen lassen, auf der Grundlage einer »Analogiebildung« (indem man einfach die nächst passende Rechtsnorm heranzog) verurteilt werden. Die Strafen fielen äußerst hart aus: Acht Jahre Haft waren praktisch die Mindeststrafe für »einfache« Verbrechen, bis zu zwanzig Jahre waren durchaus üblich.

Auch für diesen Bereich ist es sehr schwierig, Gesamtzahlen zu nennen, doch Mao selbst sprach 1957 für diesen Zeitraum von 800000 liquidierten Konterrevolutionären. Die Zahl der Hinrichtungen in den Städten dürfte mindestens eine Million erreicht haben, etwa ein Drittel der Zahl, die für »Liquidierungen« auf dem Land anzusetzen ist. Da auf einen Stadtbewohner mindestens fünf Landbewohner kamen, können wir annehmen, daß die Unterdrückung in den Städten schlimmer war als auf dem Land. Das Bild verdüstert sich weiter, wenn man die rund zweieinhalb Millionen Häftlinge der »Umerziehungslager« mit einbezieht, etwa 4,1 % der städtischen Bevölkerung (gegenüber 1,2 % Häftlingen aus der ländlichen Bevölkerung[76]), sowie die hohe Zahl der Selbstmorde bei Menschen, die irgendwie in die Schußlinie geraten waren. Chow Chingwen schätzt die Zahl der Selbstmorde auf insgesamt 700000[77], an manchen Tagen zählte man in Kanton bis zu 50 Konterrevolutionäre, die Selbstmord begangen hatten. Das Vorgehen bei den Säuberungen in den Städten erinnerte an die Methoden der Landreform und unterschied sich von den Säuberungen in der UdSSR, die nahezu ausschließlich mit polizeistaatlichen Mitteln und heimlich durchgeführt wurden. In China behielt die örtliche Parteiorganisation die Kontrolle über alle Schritte der Polizei, und man bemühte sich, die Bevölkerung in die Unter-

drückung mit einzubeziehen, freilich ohne daß sie deshalb reale Entscheidungsmacht in den Kampagnen erhalten hätte.

Die Arbeiter, organisiert und kontrolliert von den Straßenviertelausschüssen, spürten die »Schlupflöcher« der »kapitalistischen Tiger« auf, zwangen sie, ihre Buchführung offenzulegen, sich kritisieren zu lassen und Selbstkritik zu üben und ihre Geschäfte künftig unter der Aufsicht des Staates zu betreiben. Wenn sie umfassend »bereuten«, wurden sie aufgefordert, an Untersuchungsgruppen mitzuwirken und Ihresgleichen zu denunzieren; wenn sie nur das geringste Zögern erkennen ließen, begann alles von vorn. Ganz ähnlich wurde mit den Intellektuellen verfahren: Sie mußten an ihrem Arbeitsplatz an Versammlungen »zur Unterwerfung und Wiedergeburt« teilnehmen, gewissenhaft ihre Irrtümer gestehen, beweisen, daß sie aufrichtig mit dem »Liberalismus«, dem »westlichen Denken« - damit waren die Übel des »amerikanischen Kulturimperialismus« gemeint - gebrochen und den »alten Menschen« in sich mit seinen Zweifeln und seiner Unabhängigkeit des Denkens getötet hatten. Dies konnte bis zu zwei Monate in jedem Jahr in Anspruch nehmen, währenddessen war jede andere Form der Betätigung verboten. Die Ankläger ließen sich Zeit, und für die Angeklagten gab es kein Entrinnen - außer durch Selbstmord. Diese in der Tradition verankerte Lösung wählten viele, um der Schmach zu entgehen, daß sie immer wieder abschwören mußten, der Schande, daß sie Kollegen denunzieren mußten, oder weil sie ganz einfach irgendwann gebrochen waren. Das gleiche Vorgehen war später während der Kulturrevolution zu beobachten, in noch größerem Umfang und einhergehend mit physischer Gewalt. Zunächst kamen auf diese Weise alle Menschen und alle Vorgänge in den Städten unter die absolute Kontrolle der Partei. Die Leiter von Betrieben mußten ab 1951 ihre Bücher offenlegen, wurden in der Folge mit erdrückenden Steuern belastet, mußten im Dezember 1953 dem Staat den Zugriff auf ihr Kapital ermöglichen und sich 1954 öffentlichen Versorgungsgesellschaften anschließen (von da an galten allgemeine Rationierungen). Im Oktober 1955 wurden sie einer erneuten generellen Überprüfung unterworfen, und sie leisteten nicht einmal zwei Wochen Widerstand, als ihnen im Januar 1956 die Kollektivierung »vorgeschlagen« wurde mit der Entschädigung, daß sie eine bescheidene Rente auf Lebenszeit erhielten und der eine oder andere weiterhin den Posten eines technischen Direktors in seinem ehemaligen Unternehmen bekleiden durfte (während der Kulturrevolution wurden diese Zusagen aufgehoben). Ein Unternehmer in Shanghai, der sich widersetzte, wurde mit unterschiedlichen Begründungen von seinen Arbeitern bei der Justiz angeschwärzt; innerhalb von zwei Monaten war er ruiniert und wurde in ein Arbeitslager eingewiesen. Kleine und mittelständische Unternehmer verloren alles, viele begingen Selbstmord. Großunternehmer wurden nicht ganz so schlecht behandelt: Man brauchte ihren Sachverstand, überdies hatten sie Verbindungen zu den wichtigen und reichen Netzwerken von Auslandschinesen, und um sie entbrannte bald ein harter Konkurrenzkampf mit Taiwan.[78]

Das alles zermalmende Räderwerk kam noch nicht zum Stillstand. Die 1950/51 gestarteten Kampagnen wurden freilich 1952 und 1953 für abgeschlossen erklärt, und man hatte bereits so gute Arbeit geleistet, daß nicht mehr viel zu zermalmen blieb. Die Verfolgung ging dennoch mit großer Härte weiter, und im Jahr 1955 wurde eine neue Kampagne zur »Eliminierung versteckter Konterrevolutionäre« *(sufan)* eingeläutet, die sich insbesondere gegen Intellektuelle richtete, darunter viele alte Kämpfer der Partei, die es gewagt hatten, auch nur geringste Ansätze von Unabhängigkeit zu zeigen. So kritisierte der brillante marxistische Schriftsteller Hu Feng, ein Schüler des hoch verehrten Lu Xun, im Juli 1954 vor dem Zentralkomitee die »fünf Dolche« (insbesondere die Unterwerfung der kreativen Produktion unter die »Generallinie«), welche die Zwänge der Partei in die Köpfe der Schriftsteller gepflanzt habe. Daraufhin wurde im Dezember eine breite Kampagne gegen ihn eingeleitet: Alle renommierten Intellektuellen mußten sich gegenseitig in Beschuldigungen überbieten, dann wurde zur Verfolgungsjagd durch die »Massen« geblasen. Hu war vollkommen isoliert und leistete im Januar 1955 Selbstkritik, die jedoch zurückgewiesen wurde. Im Juli wurde er zusammen mit 130 »Komplizen« verhaftet und vegetierte zehn Jahre lang in verschiedenen Lagern. 1966 wurde er erneut festgenommen und bis zu seiner endgültigen Rehabilitierung 1980 zwischen Gefängnissen und Lagern hin und her geschoben.[79] Von der neuerlichen Kampagne waren erstmals auch Parteimitglieder massiv betroffen: Die *Volkszeitung* prangerte an, daß sich in den Rängen der Partei 10% »heimliche Verräter« befänden; diese Quote scheint die Vorgabe für Überprüfungen gewesen zu sein.[80]

Eine Quelle nennt für die Sufan-Kampagne die Zahl von 81000 Verhaftungen (eine wohl eher bescheidene Schätzung), eine andere die Zahl von 770000 Toten: chinesische Rätsel. Die berühmte Kampagne »Laßt hundert Blumen blühen« (Mai - Juni 1957) gehört im Hinblick auf die Repressionspolitik in diese Abfolge immer neuer Kampagnen. Allerdings entsprach in diesem Fall der Umfang, in dem »Unkraut« ausgerissen wurde, dem Ausmaß der in wenigen Wochen durch die von Mao zuerst verkündete, dann widerrufene Liberalisierung geweckten Hoffnung und Begeisterung. Er verfolgte ein doppeltes Ziel: Wie in allen Besserungskampagnen (selbst in den Gefängnissen gab es sie von Zeit zu Zeit[81]) ging es zunächst darum, zu spontanen Äußerungen zu ermutigen, zu möglichst breiter Kritik, damit im nächsten Schritt all jene, die ihre »schlechten Gedanken« freimütig enthüllt hatten, um so wirkungsvoller ausgeschaltet werden konnten. Darüber hinaus sollte die in den Kampagnen geäußerte harte Kritik den Parteiapparat veranlassen, sich in neuer Einmütigkeit hinter die radikalen Positionen seines Vorsitzenden zu stellen, nachdem die Wellen des XX. Parteitags der KPdSU auch in China die Tendenz zu einer rechtlichen Absicherung der Repressionsmethoden gefordert (bessere Kontrolle der Gerichte über das Vorgehen der Sicherheitsorgane und den Strafvollzug[82]) und den Personenkult um Mao in Frage gestellt hatten. Es ist bezeichnend, daß die kommunistischen

Intellektuellen, seit Yanan vorsichtig geworden, sich insgesamt sehr bedeckt hielten. Doch Hunderttausende Naive, viele davon »Weggefährten« von 1949, und insbesondere die Mitglieder der Reste der »demokratischen Parteien«, deren fortdauernde Existenz die KP für angebracht gehalten hatte, verfingen sich in den Fallstricken ihrer eigenen Bekenntnisse, als der brutale Schlag gegen die »Rechtsabweichler« geführt wurde. Diesmal gab es relativ wenige Hinrichtungen, aber 400 000 bis 700 000 Kadern (mindestens 10% der chinesischen Intellektuellen einschließlich Technikern und Ingenieuren) wurde das entehrende Etikett des »Rechtsabweichlers« angeheftet, und sie bekamen gut zwanzig Jahre Zeit, ihre Verfehlungen zu bereuen, entweder in einem Lager oder in einem entlegenen Dorf- sofern sie die Hungersnot der Jahre 1959-1961, die Verzweiflung und, ein Jahrzehnt später, den Wirbelsturm der Roten Garden überlebten, die sich wild entschlossen auf ihre Fährte begeben hatten. Erst 1978 erfolgten die ersten Rehabilitierungen. Überdies wurden Millionen von Kadern (100 000 allein in Henan[83]) und Studenten »aufs Land hinuntergeschickt«, manche vorübergehend, manche letztlich endgültig: Die Verbannung auf das rauhe Land war eine Strafmaßnahme, diente aber auch bereits der Vorbereitung des Großen Sprungs, bei dem später die ländlichen Gebiete eine Schlüsselrolle spielen sollten.

Der Isolierung in einer Haftanstalt ging gewöhnlich die soziale Isolierung voraus, solange der »Kampf« gegen den Rechtsabweichler geführt wurde. Niemand wollte ihn mehr kennen, selbst wenn es sich nur darum handelte, ihm ein wenig heißes Wasser zu geben. Er mußte weiterhin an seinen Arbeitsplatz gehen, dort aber ein Geständnis nach dem anderen abfassen, eine Versammlung für »Kritik und Erziehung« nach der anderen erdulden. Da die Wohnung in der Regel an den Arbeitsplatz gebunden war, hatte er vor seinen Nachbarn-Kollegen oder eher deren Kindern[84] keinen Augenblick Ruhe: Höhnische Bemerkungen und Beleidigungen prasselten auf ihn nieder, er durfte nicht auf der linken Straßenseite gehen, »da er ja ein Rechtsabweichler ist«, er mußte sich Abzählreime anhören, die alle mit dem Vers endeten: »Das Volk wird den Rechtsabweichler zu Tode kämpfen.«[85] All dies mußte er regungslos hinnehmen, sonst hätte er seine Lage nur noch verschlimmert.[86] Man kann sich unschwer vorstellen, daß Selbstmorde häufig vorkamen. Dank unzähliger Untersuchungen und Kritikversammlungen, auch dank einer Säuberung, die - ein bürokratisches Wunder - mindestens 5%[87]der Mitglieder *einer jeden* Arbeitseinheit betreffen mußte (7 % an den Universitäten, weil sie sich in der Hundert-Blumen-Kampagne hervorgetan hatten), bekamen die Parteifunktionäre die Leitung der wichtigsten Kulturinstitutionen in die Hand. Die außerordentliche intellektuelle und künstlerische Blüte, die China in der ersten Hälfte des Jahrhunderts erlebt hatte, war tot, ermordet. Die Roten Garden setzten später alles daran, auch noch die Erinnerung daran auszumerzen.[88]

Um diese Zeit nahm die reife maoistische Gesellschaft endgültig Gestalt an. Selbst die Erschütterungen der Kulturrevolution destabilisierten sie

höchstens einen kurzen Augenblick. Erst mit den großen Reformen Deng Xiaopings wurde ein neues Kapitel aufgeschlagen. Das Fundament der Gesellschaft hätte der Wahlspruch des Großen Steuermannes bilden können: »Vergeßt niemals den Klassenkampf!« Alles gründete auf einer lückenlosen Etikettierung der Menschen, die in den ländlichen Gebieten mit der Agrarreform begonnen hatte, in den Städten mit den »Massen«-Kampagnen des Jahres 1951, aber erst um 1955 abgeschlossen war Das Arbeitskollektiv spielte dabei zwar eine Rolle, aber bezeichnenderweise hatte immer die Polizei das letzte Wort. Wieder einmal handelte es sich um eine völlig aus der Luft gegriffene soziologische Kategorisierung, allerdings mit diabolischen Konsequenzen für Dutzende Millionen Menschen. Im Jahr 1948 vertrat ein Kader des Dorfes Lange Biegung die Auffassung, daß »die Art, wie man seinen Lebensunterhalt verdient, Folgen für die Art zu denken hat«.[89] Das Umgekehrte gilt auch, folgt man der maoistischen Logik. Tatsächlich wurden soziale Gruppen (in weithin beliebiger Abgrenzung) und politische Gruppen vermischt, bis man zu einer nur zwei Elemente umfassenden Klassifizierung in »Rote« (Arbeiter, arme und halbarme Bauern, Parteikader, Angehörige der Volksbefreiungsarmee und »Märtyrer der Revolution«) und »Schwarze« (Grundbesitzer, reiche Bauern, Konterrevolutionäre, »schlechte Elemente« und Rechtsabweichler) gelangte. Zwischen diesen beiden gab es noch »neutrale Kategorien« (zum Beispiel Intellektuelle, Kapitalisten usw.), doch im Laufe der Zeit wurden sie immer häufiger den »Schwarzen« zugeschlagen, ebenso wie Asoziale, Menschen am Rande der Gesellschaft, »Parteiverantwortliche, die den kapitalistischen Weg gewählt haben«, und andere Verräter Während der Kulturrevolution waren die Intellektuellen schließlich offiziell die »neunte stinkende (schwarze) Kategorie«. Die Etiketten klebten, was immer jemand auch tat, buchstäblich auf der Haut: Ein Rechtsabweichler, selbst wenn er offiziell »rehabilitiert« war, blieb die bevorzugte Zielscheibe einer Massenkampagne und durfte niemals wieder in die Stadt zurückkehren.[90] Die teuflische Logik des Systems besagte, daß es Feinde geben mußte, die zu bekämpfen und bisweilen auszumerzen waren, und gegebenenfalls mußte der »Vorrat« an Feinden frisch aufgefüllt werden, indem die Zahl der anstößigen Merkmale vergrößert oder indem die positive Klassifizierung kurzerhand aberkannt wurde: So konnte beispielsweise ein kommunistischer Kader plötzlich zum Rechtsabweichler werden.

Dabei ging es, das dürfte deutlich geworden sein, weniger um soziale Klassen im marxistischen Sinne, sondern um Kasten nach indischem Verständnis (das traditionelle China hatte, um dies noch einmal klarzustellen, nichts Vergleichbares gekannt). Auf der einen Seite zählte tatsächlich die soziale Situation *vor* 1949, und die tiefgreifenden Umwälzungen der folgenden Zeit blieben unberücksichtigt. Auf der anderen Seite wurde die Klassifizierung des Familienoberhauptes im allgemeinen automatisch auf seine Kinder übertragen (während die Ehefrau ihr »Jungmädchenetikett« behielt). Dieses System, soziale Kategorien erblich zu machen, trug wesentlich zu

der fürchterlichen Erstarrung einer Gesellschaft bei, die sich als revolutionär bezeichnete, und sie stürzte die mit dem »falschen Etikett« Geborenen in Verzweiflung. Die »Schwarzen« und ihre Kinder wurden systematisch diskriminiert, bei der Zulassung zu den Universitäten ebenso wie im Berufsleben (Direktive vom Juli 1957) und im politischen Leben. Es war für sie außerordentlich schwierig, die Erlaubnis zur Heirat mit einem »roten« Partner zu bekommen, und in der Gesellschaft wurden sie häufig wie Aussätzige behandelt: Man fürchtete Schwierigkeiten mit den Behörden, wenn man zuviel Umgang mit »problematischen« Personen hatte. Mit der Kulturrevolution erreichte die Etikettierungswut ihren Höhepunkt und zeigte all ihre selbst aus der Sicht des Regimes perversen Effekte.

Die größte Hungersnot aller Zeiten (1959-1961)

Im Westen hielt sich lange ein Mythos: China sei zwar zugegebenermaßen kein Musterbeispiel für Demokratie, aber »wenigstens ist es Mao gelungen, jedem Chinesen eine Schale Reis zu geben«. Leider ist der Mythos durch und durch falsch. Zum einen hat sich, wie wir sehen werden, das äußerst bescheidene Nahrungsmittelangebot pro Einwohner offensichtlich von Beginn bis Ende seiner Herrschaft kaum vergrößert, obwohl die Bauern in einem Maße zu Anstrengungen gezwungen wurden wie nie zuvor in der Geschichte. Zum zweiten, und dies ist der entscheidende Punkt, waren Mao und das von ihm geschaffene System direkt verantwortlich für eine Hungersnot, die bislang die schlimmste aller Zeiten und aller Länder war (und es hoffentlich bleiben wird) und in absoluten Zahlen die meisten Opfer kostete.

Wir können Mao zugestehen, daß es nicht sein Ziel war, seine Landsleute massenweise umzubringen. Aber das wenigste, was man sagen kann, ist, daß die Millionen Hungertoten ihn nicht belasteten; seine Hauptsorge in jenen dunklen Jahren scheint gewesen zu sein, soweit wie möglich eine Realität zu verleugnen, die, das wußte er, auf ihn hätte zurückfallen können. Es ist außerordentlich schwierig, klare Verantwortlichkeiten für die Katastrophe auszumachen, für den Plan selbst *oder* dafür, daß seine Umsetzung immer mehr außer Kontrolle geriet. Die Ereignisse zeigen auf jeden Fall schonungslos die wirtschaftliche Inkompetenz, die Unkenntnis der Gegebenheiten des Landes, die durch die Selbstgerechtigkeit ihrer voluntaristischen Utopie verursachte Realitätsblindheit der KP-Führung und in besonderem Maße ihres Vorsitzenden. Die Kollektivierung der Jahre 1955/56 war von der Mehrheit der Bauern eher positiv aufgenommen worden: Sie wurden jeweils nach Dörfern zusammengefaßt, und das Recht, sich aus der Kooperative zurückzuziehen, blieb kein leeres Wort - in Guangdong machten in den Jahren 1956/5 7 70 000 Haushalte davon Gebrauch, etliche Einheiten wurden aufgelöst.[91] Dieser offensichtliche Erfolg sowie die guten Ernteerträge des

Jahres 1957 veranlaßten Mao, zum einen die Ziele des Großen Sprungs nach vom zu propagieren (angekündigt wurden sie im Dezember 1957, präzisiert im Mai 1958) und entsprechenden Druck auf die Zögernden auszuüben, sowie zum anderen im August 1958 den Weg zu beschreiben, der dorthin führen sollte, nämlich die Errichtung der Volkskommunen.

Dabei sollte auf einen Schlag und innerhalb kürzester Zeit (»drei Jahre Mühen und Entbehrungen und tausend Jahre Glück« versicherte eine damals häufig zitierte Parole) die Lebensweise der Bauern von Grund auf umgestaltet werden. Sie wurden gezwungen, sich zu riesigen Gemeinschaften von Tausenden oder gar Zehntausenden Familien zusammenzuschließen, und es wurde alles vergemeinschaftet, angefangen mit den Mahlzeiten. Die landwirtschaftliche Produktion sollte enorm ausgeweitet werden dank wahrhaft pharaonischer Bewässerungsprojekte und neuer Anbaumethoden, und schließlich sollte der Unterschied zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Arbeit aufgehoben werden, indem überall Industrieeinheiten errichtet wurden, insbesondere Kleinhochöfen (Chruschtschows »Agrostadt« ist nicht fern). All dies diente dem Ziel, die Selbstversorgung jeder dörflichen Gemeinschaft zu sichern und zugleich ein beschleunigtes industrielles Wachstum zu erzielen, einmal durch neue Betriebe auf dem Lande, zum anderen dank der beträchtlichen landwirtschaftlichen Überschüsse, welche die Kommunen an den Staat und an die vom Staat kontrollierte Großindustrie abführen mußten. In diesem schönen Traum, der, wie man sagte, den Kommunismus in greifbare Nähe rückte, würden Kapitalakkumulation und rasche Anhebung des Lebensstandards Hand in Hand gehen. Die Bauern mußten nur die von oben festgesetzten Vorgaben erfüllen.

Einige Monate lang schien sich alles perfekt zu entwickeln. Die Menschen auf dem Land arbeiteten Tag und Nacht, während die roten Fahnen im Wind knatterten, sie produzierten »mehr, schneller, besser und sparsamer«, die lokalen Verantwortlichen vermeldeten einen Rekord nach dem anderen, und die Ziele wurden dementsprechend immer höher geschraubt. Für 1958 wurde die Produktion auf 375 Millionen Tonnen Getreide festgesetzt, das Doppelte der 195 Millionen Tonnen (ein bereits gutes Ergebnis) des Vorjahres. Im Dezember wurde die Erfüllung des Ziels verkündet - allerdings erst nachdem man die Beschäftigten des Zentralen Statistikbüros auf die Felder entsandt hatte, mit Sicherheit allesamt »Rechtsabweichler«, hatten sie doch Zweifel an der Realisierbarkeit der Vorgabe angemeldet... Mit dem Großen Sprung hatte man Großbritannien innerhalb von 15 Jahren einholen wollen, so wie sich die Dinge entwickelten, würde dies nun bereits in zwei Jahren der Fall sein. Da, wie der große Vorsitzende bescheinigte, die »Situation hervorragend« war, erhöhte man die Produktionsnormen, das Volumen der Zwangsablieferungen und befahl, Arbeitskräfte von den Feldern abzuziehen zugunsten der Werkstätten. Eine Provinz wie Henan, die sich als modellhaft sah, überließ anderen Provinzen, die nicht so gute Ergebnisse verzeichneten, großzügig 200 000 Arbeitskräfte.[92] Der »sozialistische Wett-

streit« erfaßte immer neue Bereiche: Der Besitz einer eigenen kleinen Parzelle und freie Märkte wurden verboten, das Recht auf Austritt aus dem Kollektiv wurde aufgehoben, alle Metallgegenstände wurden eingesammelt und 2U Stahl verarbeitet, und nicht selten beheizte man die Hochöfen mit den hölzernen Türen der Häuser. Als Entschädigung wurden bei denkwürdigen Banketten sämtliche Lebensmittelreserven der Kommune verzehrt. »Es galt als revolutionär, wenn man Fleisch aß«, erinnerte man sich in der Provinz Shanxi.[93] Kein Problem, da die Ernte doch fabelhaft ausgefallen war... »Die Willenskraft ist Herrin aller Dinge«, hatten die Zeitungen in Henan bereits im Oktober 1957 anläßlich des Kongresses der Wasserbauingenieure der Provinz geschrieben.[94]

Doch bald schon mußten die politisch Verantwortlichen, die wenigstens noch ab und zu (im Gegensatz zu Mao) die Verbotene Stadt verließen, den Tatsachen ins Auge sehen. Sie waren in ihrer eigenen Falle gefangen: dem Glauben, daß sich alles befehlen ließ, dem Verurteiltsein zum Erfolg und dem Glauben an die vermeintliche Allmacht der mythischen Führer des Langen Marsches, die gewöhnt waren, die Wirtschaft und die Arbeitskräfte wie Armeen in einer Schlacht zu befehligen. Für einen Bürokraten war es weniger gefährlich, seine Statistiken zu manipulieren und einen unerträglichen Druck auf die von ihm verwalteten Menschen auszuüben, daß sie trotz allem die vorgesehenen Lieferungen erbrachten, als einzuräumen, daß er die sakrosankten Ziele nicht erreicht hatte. Unter Mao waren »Ausrutscher nach links« (Voluntarismus, Dogmatismus und Gewalt galten als links) stets weniger gefährlich als rechte Mittelmäßigkeit. In den Jahren 1958/59 stieg jemand um so rascher auf, je dreister er zu lügen verstand. Alle ergriffen blind die Flucht nach vom, sämtliche »Thermometer« waren zerbrochen, mögliche Kritiker saßen im Gefängnis oder leisteten Zwangsarbeit bei Bewässerungsprojekten.

Auch technische Gründe trugen zu der dramatischen Zuspitzung bei. Bestimmte Anbaumethoden, die direkt auf den sowjetischen Wissenschaftler Lyssenko zurückgingen und auf einer voluntaristischen Negierung der Gesetze der Genetik basierten, hatten in China wie beim Großen Bruder den Stellenwert von Dogmen. Sie wurden den Bauern aufgezwungen und erwiesen sich in den Auswirkungen als verheerend: Mao hatte verkündet, »in Gesellschaft wächst es [das Getreide] besser«[95] - eine kreative Übertragung des Grundsatzes der Klassensolidarität auf die Natur-, und so wurde der Samen außerordentlich dicht ausgebracht (fünf- bis sechsmal so dicht wie üblich). Die jungen Pflanzen verdrängten sich gegenseitig, das tiefe Pflügen trocknete die Erde aus oder ließ Salz aufsteigen, Weizen und Mais vertrugen sich überhaupt nicht auf demselben Feld, und daß auf den rauben Hochebenen Tibets an Stelle der traditionellen Gerste Weizen gesät wurde, endete schlichtweg in einer Katastrophe. Weitere »Irrtümer« rührten aus landesweiten Kampagnen her: Die Sperlinge wurden ausgerottet, weil sie Getreidekörner pickten, doch nun konnte sich das Ungeziefer ungehindert vermehren; viele Staudammprojekte, schnell und nachlässig erbaut, zudem schlecht

koordiniert, erwiesen sich als überflüssig oder sogar gefährlich (Beschleunigung der Erosion, Gefahr eines Dammbruchs beim ersten Hochwasser), und ihr Bau wurde mit Menschenleben teuer bezahlt (10000 von 60000 Arbeitern auf einer Baustelle in der Provinz Henan kamen um). Die Entschlossenheit, für die Zukunft ganz auf riesige Getreideernten zu setzen (wie bei der industriellen Stahlproduktion galt der Wahlspruch *big is beautiful),* führte zum Ruin der »kleinen« landwirtschaftlichen Tätigkeiten wie der Aufzucht von Vieh, die für ein ausgewogenes Nahrungsmittelangebot unerläßlich waren. In der Provinz Fujian wurden die überaus gewinnträchtigen Teepflanzungen in Reisfelder umgewandelt.

In wirtschaftlicher Hinsicht erwies sich schließlich die Fehlallokation der Ressourcen als katastrophal: Die Kapitalakkumulation erreichte einen nie dagewesenen Wert (43,4% des Bruttoinlandsprodukts im Jahre 1959[96]), aber das Kapital wurde für große Staudammprojekte eingesetzt, die entweder unvollendet blieben oder nicht sorgfältig gebaut waren, und vor allem für den massiven Ausbau der Industrie in den städtischen Ballungsgebieten (China »geht auf zwei Beinen«, wie eine berühmte maoistische Parole verkündete, doch das gesamte Blut aus dem landwirtschaftlichen »Bein« wurde in das industrielle umgeleitet). Die falsche Allokation des Kapitals zog eine genauso falsche Allokation der Arbeitskräfte nach sich: Die staatlichen Unternehmen stellten im Jahre 1958 nicht weniger als 21 Millionen neue Arbeitskräfte ein, das bedeutete ein Arbeitskräftewachstum in diesem Sektor um 85% in einem einzigen Jahr! Der Anteil der nicht landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung wuchs von 1957 bis 1960 von 15 auf 20%) der Gesamtbevölkerung - und diese Menschen mußte der Staat ernähren.[97] Gleichzeitig erschöpfte die Landbevölkerung ihre Arbeitskraft mit allen möglichen Tätigkeiten (große Bauprojekte, Kleinststahlwerke, die nur Ausschuß produzierten, Abriß der alten Dörfer und Errichtung neuer Unterkünfte usw.), nur nicht mit der Erzeugung von Nahrungsmitteln. Angesichts der »wundersamen« Ernteerträge des Jahres 1958 glaubte man sogar, die Anbaufläche für Getreide um 13 % verringern zu können.[98] Das Ergebnis dieser Kombination von »wirtschaftlichen Wahnvorstellungen und politischen Lügen«[99] waren die Ernten des Jahres 1960, welche die Bauern kaum noch einbringen konnten, weil sie so geschwächt waren. Henan, die erste Provinz, die von sich sagen konnte, daß sie »100% Wasserkraft« erreicht hatte (alle denkbaren Bewässerungs- und Deichbauprojekte waren im Prinzip realisiert worden), gehörte zu den am schlimmsten von der Hungersnot betroffenen Gebieten (Schätzungen zufolge zwischen zwei und acht Millionen Hungertote[100]). Die zwangsweisen Abgaben an den Staat erreichten einen Höchststand: Im Jahre 1957 wurden 48 Millionen Tonnen Getreide abgeliefert (17%) der Gesamtvorräte), 1959 waren es 67 Millionen (28%) und 1960 immer noch 51 Millionen. Die Falle schloß sich hinter den Lügnern oder vielmehr leider hinter den Menschen, die sie verwalteten: In dem als Modell gepriesenen Kreis Fengyang (Anhui) wurde für das Jahr 1959 eine Getreide-

ernte von 199 000 Tonnen angekündigt, das wäre ein schöner Fortschritt gegenüber den 178000 Tonnen des Vorjahres gewesen. Tatsächlich lag die Produktion nur bei 54000 Tonnen gegenüber 89000 Tonnen im Jahre 1958, doch der Staat beharrte auf seinem realen Anteil an der Phantasieernte: 29 000 Tonnen! Im folgenden Jahr stand darum für (nahezu) die gesamte Bevölkerung Wassersuppe mit Reiseinlage auf dem Speisezettel. Es galt die - surrealistische - Parole, die Ende 1959 die *Volkszeitung* ausgegeben hatte: »Karg leben in einem Jahr des Überflusses.« Die landesweite Presse rühmte in höchsten Tönen die Vorzüge der Mittagsruhe, und Professoren der Medizin hoben die physiologischen Besonderheiten der Chinesen hervor, die zur Folge hätten, daß sie weder Fett noch Einweiß zum Leben brauchten.[101]

Möglicherweise wäre es noch Zeit gewesen, das Steuer herumzureißen, und tatsächlich wurden im Dezember 1958 erste entsprechende Maßnahmen ergriffen. Doch die Verschlechterung der Beziehungen zur UdSSR und insbesondere die Angriffe des angesehenen Marschalls Peng Dehuai auf das Politbüro im Juli 1959 und seine Kritik an Maos Strategie hatten zur Folge, daß Mao *aus rein politisch-taktischen Gründen* sich weigerte, die geringsten Schwierigkeiten zur Kenntnis zu nehmen, denn dies hätte bedeutet, daß er auch Unrecht hätte einräumen müssen. Der allzu hellsichtige Verteidigungsminister wurde durch Lin Biao ersetzt, der sich als willfährige Marionette des Großen Vorsitzenden erwies. Peng wurde isoliert, aber zunächst nicht verhaftet, 1967 dann aus der Partei ausgeschlossen, zu lebenslanger Haft verurteilt und starb 1974 im Gefängnis: Mao verfolgte jeden Gegner unnachgiebig. Um seinen Vorteil auszunutzen, verfügte er 1959 eine neue Etappe des Großen Sprungs; diesmal sollten die Volkskommunen auf die Städte ausgedehnt werden (was schließlich nicht der Fall war). China bekam seine große Hungersnot - aber Mao überlebte, und schließlich machen die großen Geister die Geschichte, wie Lin Biao später behauptete.

Die Hungersnot erfaßte das gesamte Land: Manch ein Fußballfeld in Peking wurde in einen Gemüsegarten verwandelt, zwei Millionen Hühner bevölkertem die Balkone in der Hauptstadt[102] keine Provinz blieb verschont, trotz der riesigen Ausdehnung des Landes und seiner natürlichen und landwirtschaftlichen Vielfalt. Die Realität widerlegte die offizielle Behauptung, die Hungersnot sei von den »schlimmsten Naturkatastrophen seit hundert Jahren« verursacht worden. Tatsächlich gab es in den Jahren 1954 und 1980 sehr viel mehr Wetterturbulenzen, 1960 meldeten nur acht von 120 Wetterstationen in China eine schwere Dürre, und weniger als ein Drittel meldeten Trockenheit.[103] Doch die Ernte des Jahres 1960 lag mit 143 Millionen Tonnen Getreide um 26% unter der Ernte des Jahres 1957 (die Erträge des Jahres 1958 waren geringfügig höher). Damit war China auf das Niveau des Jahres 1950 zurückgefallen - bei einer um 100 Millionen Menschen gewachsenen Bevölkerungszahl.[104] Die Städte, durch die Verteilung der Vorrate und die räumliche Nähe zu den Organen der Staatsmacht im Vorteil, waren weniger hart betroffen (im Jahre 1961, auf dem Höhepunkt der Hun-

gerkatastrophe, standen den Stadtbewohnern im Durchschnitt 181 Kilogramm Getreide zur Verfugung, den Landbewohnern hingegen nur 153 Kilogramm; die Rationen der Landbewohner wurden um 25 % gekürzt, die der Stadtbewohner nur um 8 %). Getreu der Gepflogenheiten der Herrschenden in China und entgegen der populären Legende zeigte Mao in dieser Situation, wie wenig ihn auch nur das nackte Überleben dieser plumpen, primitiven Bauern kümmerte. Die regionalen oder auch lokalen Unterschiede waren gleichwohl erheblich: Die am meisten gefährdeten Provinzen im Norden und Nordosten, die einzigen, die von der Hungersnot im letzten Jahrhundert betroffen gewesen waren, traf logischerweise auch die neue Hungersnot am schlimmsten. In der noch weitgehend unberührten und von der Hungersnot wenig in Mitleidenschaft gezogenen Provinz Heilongjiang im äußersten Norden hingegen schnellte die Bevölkerungszahl von 14 auf 20 Millionen empor: Sie wurde ein Zufluchtsort für die Hungernden. Entsprechend einem von früheren Hungersnöten in Europa wohlbekannten Mechanismus litten diejenigen Regionen besonders stark, die sich auf die industrielle Erzeugung bestimmter Produkte (Zuckerrohr, Ölsaaten, Rüben und vor allem Baumwolle) spezialisiert hatten, weil die hungernden Menschen kein Geld mehr hatten, um diese Erzeugnisse zu kaufen, und die Produktion mehr oder weniger zusammenbrach (Rückgang um bis zu zwei Drittel). Gleichzeitig wütete dort der Hunger: Auf dem freien Markt (oder Schwarzmarkt) stieg der Preis für Reis auf das Fünfzehnfache oder sogar Dreißigfache. Das maoistische Dogma verschlimmerte die Katastrophe noch: Da die Volkskommunen sich selbst versorgen *mußten,* wurde der Austausch von Lebensmitteln zwischen den Provinzen drastisch eingeschränkt. Den Volkskommunen machten auch die Kohleknappheit (die ausgehungerten Bergleute erschienen nicht mehr zur Arbeit, sondern suchten etwas zu essen oder kümmerten sich um ihre Gemüsegärten) und die durch den Hunger verursachte allgemeine Tendenz zu Apathie und Auflösung der Ordnung zu schaffen. In einer industriell geprägten Provinz wie Liaoning verstärkten sich beide Entwicklungen wechselseitig: Die landwirtschaftliche Erzeugung ging im Jahre 1960 auf die Hälfte der 1958 erzielten Ergebnisse zurück, und während in den fünfziger Jahren im Durchschnitt 1,66 Millionen Tonnen Lebensmittel in die Provinz geflossen waren, beliefen sich die Lieferungen 1958 *im gesamten Land* nur auf 1,5 Millionen Tonnen.

Daß die Hungersnot im wesentlichen durch die Politik erzeugt worden war, wird durch die Tatsache unterstrichen, daß die Sterblichkeit in den von radikalen Maoisten regierten Provinzen besonders hoch war, während diese Provinzen in normalen Zeiten sogar Getreide exportiert hatten: Sichuan, Henan und Anhui. Anhui, im mittleren Norden gelegen, war wohl am schlimmsten betroffen. Die Sterblichkeit stieg dort im Jahre 1960 auf 68% (in normalen Zeiten lag sie bei etwa 15%), die Geburtenrate sackte auf 11 % (gegenüber 30% zuvor). Dies hatte zur Folge, daß die Bevölkerung in einem einzigen Jahr um zwei Millionen (6% der Gesamtbevölkerungszahl) zu-

fiickging.[105] Die Parteimitglieder in Henan glaubten wie Mao fest daran, daß alle Schwierigkeiten nur daher rührten, daß die Bauern heimlich Korn horteten. So sagte der Sekretär der Präfektur von Xinyang (10 Millionen Einwohner), wo die erste Volkskommune des Landes errichtet worden war: »Es fehlt nicht an Nahrung. Getreide ist in Hülle und Fülle vorhanden, aber 90% der Menschen haben ideologische Schwierigkeiten.«[106] Im Herbst 1959 begann eine Offensive im militärischen Stil gegen die Landbevölkerung insgesamt (die »Klassenschranken« waren für den Augenblick vergessen), die Verantwortlichen besannen sich dabei auf Methoden des Guerillakampfes gegen die Japaner. Mindestens zehn Millionen Bauern wurden eingesperrt, viele davon verhungerten. Es wurde befohlen, alle Küchengerätschaften in Privatbesitz zu zerstören (soweit sie nicht schon zu unbrauchbarem Stahl verarbeitet worden waren), damit sich niemand mehr selbst verpflegen und womöglich auf den Gedanken kommen konnte, sich von den Vorräten der Volkskommune zu bedienen. Selbst Feuermachen war verboten, obwohl die Winterkälte nahte! Die Unterdrückungsmethoden waren von beispielloser Brutalität: Tausende Häftlinge wurden systematisch gefoltert, Kinder wurden getötet, zerkleinert und als Düngemittel verwendet - während zugleich eine landesweite Kampagne unter dem Motto »von Henan lernen« stattfand. In Anhui, wo verkündet wurde, man werde »die rote Fahne hochhalten auch mit 99% Toten«[107], kehrten die Kader zu den guten alten Traditionen der Folter mit glühenden Eisen und des Eingrabens bei lebendigem Leib zurück. Begräbnisse waren verboten: Die Behörden fürchteten, die riesige Zahl von Toten könnte die noch Lebenden in Panik versetzen, und die Begräbnisse könnten in Aufruhr umschlagen. Es wurde verboten, die vielen ausgesetzten Kinder aufzunehmen: »Je mehr man aufnimmt, desto mehr werden ausgesetzt.«[108] Verzweifelte Dorfbewohner, die sich in die Städte durchzuschlagen versuchten, wurden dort mit Maschinengewehrsalven empfangen. Im Kreis Fenyang gab es mehr als 800 Tote, und 12,5% der ländlichen Bevölkerung, rund 28 000 Personen, wurden nach unterschiedlichsten Bestimmungen bestraft. Die Dinge wuchsen sich zu einem regelrechten Krieg gegen die Landbevölkerung aus. Wie Jean-Luc Domenach gesagt hat: »Der Augenblick, in dem Utopie in die Politik eindrang, fiel sehr genau mit dem Augenblick zusammen, in dem der Polizeiterror in die Gesellschaft eindrang.«[109] In manchen Dörfern verhungerten mehr als 50%) der Menschen, nicht selten überlebten nur die Kader dank ihrer Möglichkeiten zum Machtmißbrauch. Wie in Henan kamen auch in anderen Provinzen häufig Fälle von Kannibalismus vor (63 wurden offiziell verzeichnet), insbesondere durch »Abkommen« auf Gegenseitigkeit, bei denen man die Kinder austauschte, um sie zu essen.[110]

Zu einem Zeitpunkt, da Gagarin ins All flog, fanden in einem Land, das mehr als 30000 Kilometer Eisenbahnlinie besaß, dazu Telefon und Rundfunk, Exzesse statt, wie sie für die großen Überlebenskrisen in alter Zeit in Europa charakteristisch gewesen waren, aber diesmal betrafen sie eine Zahl

von Menschen, die der Bevölkerung der *gesamten Welt* im 18. Jahrhundert entspricht: Zigtausende ausgehungerte Gestalten versuchten sich von zerstampften Kräutern und Baumrinde, in den Städten von Pappelblättem zu ernähren, irrten auf den Straßen umher auf der Suche nach etwas Eßbarem, griffen Lebensmittelkonvois an, um sie zu plündern, und wagten irgendwann den Aufstand der Verzweifelten (so in den Kreisen Xinyang und Lan Kao in der Provinz Henan[111]) - das brachte ihnen nichts zu essen ein, aber gelegentlich wurden lokale Funktionäre als »die Verantwortlichen« erschossen. Die geschwächten Menschen waren anfälliger für Krankheiten und Infektionen, was die Sterblichkeit weiter in die Höhe trieb; die ausgemergelten Frauen wurden nicht mehr schwanger oder konnten ihre Schwangerschaften nicht mehr austragen. Die Häftlinge in den Lagern gehörten nicht zu den letzten, die verhungerten, wenngleich ihre Situation nicht zwangsläufig schlimmer war als die der Bauern draußen, die manchmal sogar an die Lagertore kamen und um Essen bettelten. Drei Viertel der Arbeitsbrigade, der Jean Pasqualini im August 1960 angehörte, waren ein Jahr später tot oder lagen im Sterben[112] die Überlebenden wühlten in Pferdeäpfeln nach nicht verdauten Maiskörnern und in Kuhfladen nach Würmern.[113] Sie mußten auch als Versuchstiere für Ersatznahrungsmittel herhalten, zum Beispiel für Brot, bei dem 30% des Mehls durch Papierschliff ersetzt worden war, oder für Reisbrei mit Algen aus den Sümpfen. Das papierhaltige Brot löste im gesamten Lager so furchtbare Verstopfung aus, daß viele Lagerinsassen daran starben. Die Algen machten ebenfalls krank, und die Schwächsten überlebten diesen Versuch nicht. Schließlich verlegte man sich auf Razzien und die Konfiszierung von gemahlenem Mais im gesamten Land.[114]

Auf das ganze Land bezogen, schnellte die Sterblichkeit von 1 l% im Jahre 1957 auf 15% in den Jahren 1959 und 1961 und gar 29% im Jahre 1960 hinauf Die Geburtenrate fiel von 33% im Jahre 1957 auf 18% im Jahre 1961. Ohne Berücksichtigung des Defizits an Geburten (das sich möglicherweise auf 33 Millionen belief allerdings dürften bis zu einem gewissen Grad Geburten auch nur hinausgezögert worden sein[115]), können die Verluste durch die erhöhte Sterblichkeit infolge der Hungersnot für den Zeitraum 1959 bis 1961 auf eine Größenordnung von 20 (diese Zahl wird in China seit 1988 quasi offiziell genannt) bis 43 Millionen Menschen veranschlagt werden.[115] Es handelte sich um die höchstwahrscheinlich schlimmste Hungersnot (in absoluten Zahlen) der gesamten chinesischen Geschichte (die zweitschlimmste wäre demnach die Hungersnot, die in den Jahren 1877/78 im Norden des Landes wütete und der zwischen neun und 13 Millionen Menschen zum Opfer fielen) und wohl auch der gesamten Weltgeschichte. Die Hungersnot, die in einer sehr ähnlichen politischen und wirtschaftlichen Konstellation in den Jahren 1932 und 1934 in der Sowjetunion gewütet und den Tod von rund fünf Millionen Menschen verursacht hatte, war im Vergleich zu der Hungerkatastrophe in China zur Zeit des Großen Sprungs von eher geringerem Ausmaß.[116] Die Sterblichkeit auf dem Land lag um 30 bis

60% höher als zu normalen Zeiten in den Städten, im Jahre 1960 verdoppelte sie sich (von 14% auf 29%). Die Bauern zögerten die Folgen der Hungersnot etwas hinaus, indem sie ihr Produktivkapital, die Viehbestände, aufzehrten: 48% der Schweine wurden zwischen 1957 und 1961 geschlachtet, und vor allem 30%) der Zugtiere.[117] Der Flächenanteil für die landwirtschaftliche Produktion, die nicht unmittelbar der Nahrungsmittelerzeugung diente (wie der Baumwollanbau, die Grundlage des wichtigsten Industriezweigs der damaligen Zeit), wurde zwischen 1959 und 1962 um mehr als ein Drittel verringert. Der Rückgang der Produktion schlug sich wiederum im handwerklichen Sektor nieder. Ende 1959 wurden als Anreiz für eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion zwar wieder freie Bauernmärkte zugelassen, doch die Preise - bei schlechter Qualität - waren so hoch, daß nur wenige Hungernde sich dort mit Nahrungsmitteln versorgen konnten: Im Jahre 1961 waren die Preise für Schweinefleisch auf den Märkten vierzehnmal so hoch wie in den staatlichen Geschäften. Im von Weideland geprägten Nordwesten stiegen die Preise für tierische Erzeugnisse weniger stark an als die Getreidepreise, zumal in diesen Regionen ein chronischer Getreidemangel herrschte: In der Provinz Gansu verhungerten noch 1962 Menschen, die übliche Getreideration belief sich auf die Hälfte einer »Fast-Hungerration«.

Erinnerung an den Großen Sprung in Anhui, oder wie Wei Jingsheng mit dem Maoismus brach

Seit meiner Ankunft dort[118] hörte ich immer wieder die Bauern über den Großen Sprung sprechen, als hätte es sich um eine Apokalypse gehandelt, der sie zum Glück entronnen seien. Da mich das Thema faszinierte, fragte ich sie häufig nach Einzelheiten aus, und nach einiger Zeit war ich schließlich davon überzeugt, daß die »drei Jahre der Naturkatastrophen« ganz und gar nicht so natürlich gewesen waren, sondern vielmehr die Folgen einer verfehlten Politik. Die Bauern erzählten zum Beispiel, daß sie 1959/60, während des »kommunistischen Windes«[119], so schrecklich gehungert hätten, daß sie nicht einmal mehr die Kraft gehabt hätten, den reifen Reis zu ernten, und dabei sei dieses Jahr ein gutes Jahr gewesen. Viele starben, während sie zusahen, wie die reifen Körner auf die Erde fielen und vom Wind davongetragen wurden. In manchen Dörfern gab es buchstäblich niemanden mehr, der hätte zur Ernte gehen können. Einmal war ich zusammen mit einem Verwandten auf dem Weg in ein wenige *lis* entferntes Nachbardorf, wohin man uns eingeladen hatte, und unterwegs kamen wir an einem verlassenen Dorf vorbei. Die Häuser hatten alle keine Dächer, nur die Lehmmauern standen noch.

Ich war überzeugt, daß die Bewohner das Dorf während des Großes Sprungs nach vom verlassen haben mußten, als die Dörfer alle zu neuen Einheiten zusammengefaßt wurden, und fragte meinen Begleiter verwundert:

»Warum reißt man die Mauern eigentlich nicht nieder und legt neue Felder an?«

Mein Verwandter erwiderte:

»Aber diese Häuser haben alle noch einen Besitzer. Wie könnten wir sie einreißen, ohne den Eigentümer zu fragen?«

Ich starrte auf die Ruinen und konnte nicht glauben, daß sie bewohnt sein sollten.

»Natürlich sind sie nicht bewohnt! Hier sind doch alle in der Zeit des ›kommunistischen Windes‹ verhungert! Und danach ist niemand mehr hier aufgetaucht. Deshalb haben wir ihre Felder unter den Produktionsbrigaden aufgeteilt. Falls aber dennoch einer zurückkommen sollte, haben wir ihre Häuser unberührt gelassen. Aber nun ist schon soviel Zeit vergangen, und ich fürchte, es wird niemand mehr zurückkommen.«

Wir gingen direkt an dem Dorf entlang. Leuchtende Sonnenstrahlen lagen auf dem jadegrünen Unkraut, das zwischen den Lehmmauern wucherte, der Anblick bildete einen scharfen Kontrast zu den sorgfältig gepflegten Reisfeldern ein Stück weiter und ließ diesen Flecken nur um so trostloser erscheinen. Vor meinen Augen erstand zwischen dem Unkraut auf einmal eine Szene, die man mir bei einem Festessen *[sie]* erzählt hatte: wie Familien untereinander ihre Kinder austauschten, um sie zu essen. Ich sah die kummervollen Gesichter der Eltern genau vor mir, wie sie das Fleisch der Kinder kauten, gegen die sie ihre eigenen Kinder getauscht hatten. Die Kleinen, die auf den angrenzenden Feldern herumliefen und Schmetterlinge fingen, erschienen mir wie Reinkarnationen jener Kinder, die von ihren Eltern verschlungen worden waren. Sie taten mir leid. Aber ihre Eltern taten mir noch viel mehr leid. Wer hatte sie gezwungen, unter den Tränen und dem Schmerz der anderen Eltern solches Menschenfleisch zu essen, was sie sich niemals, nicht einmal in ihren schlimmsten Alpträumen, hätten vorstellen können? In dem Augenblick verstand ich, wer jener Henker war »wie die Menschheit in vielen Jahrhunderten und China in vielen Jahrtausenden nur einen einzigen hervorgebracht hat«[120]: Mao Zedong. Mao Zedong und seine Henkersknechte, die durch ihr kriminelles System und ihre kriminelle Politik die vor Hunger verrückt gewordenen Eltern gezwungen hatten, anderen Fleisch von ihrem Fleische zu geben, damit die ihren Hunger stillen konnten und damit sie selbst Fleisch vom Fleische anderer Eltern bekamen, um ihren eigenen Hunger zu stillen. Mao Zedong, der - um sich von dem Verbrechen reinzuwaschen, das er soeben begangen hatte, indem er die Demokratie ermordete[121] - den »Großen Sprung nach vom« verkündet und Tausende und Abertausende vom Hunger fühllos gewordener Bauern gezwungen hatte, mit der Hacke ihre einstigen Gefährten zu erschlagen, um mit dem Fleisch und dem Blut der Menschen, mit denen sie aufgewachsen waren, ihr eigenes Leben zu retten. Da endlich verstand ich, woher Peng Dehuai die Kraft genommen hatte, das von Mao Zedong geleitete Zentralkomitee der Partei anzugreifen; da verstand ich, warum die Bauern den »Kommunismus« so sehr verabscheuten und warum sie keine Kritik an Liu Shaoqis Politik »drei Freiheiten und eine Garantie« geduldet hatten; aus dem einfachen und guten Grund, daß sie auf keinen Fall in Zukunft noch einmal anderen Fleisch von ihrem Fleische geben und ihre Nachbarn umbringen wollten, um sie in einem Anfall von Wahnsinn, aus Überlebensinstinkt, zu essen. Dieser Grund wog unendlich viel schwerer als jedes ideologische Argument.[122]

gei es aus unfaßlicher Unwissenheit, wahrscheinlicher aber aus vollkommener Gleichgültigkeit gegenüber jenen Millionen »Eiern«, die es zu zerschlagen galt, um das »Omelett«, den Kommunismus, zuzubereiten, der Staat reagierte auf die Krise - sofern man in diesem Zusammenhang noch von Krise sprechen kann - mit Maßnahmen, die in der gegebenen Situation regelrecht kriminell waren. Die Nettogetreideexporte, hauptsächlich in die UdSSR, stiegen von 2,7 Millionen Tonnen im Jahre 1958 auf 4,2 Millionen Tonnen im Jahre 1959 und gingen erst 1960 wieder auf das Niveau von 1958 zurück; 1961 wurden 5,8 Millionen Tonnen importiert gegenüber 66000 im Jahre 1960, aber das war immer noch viel zu wenig.[123] Hilfsangebote aus den Vereinigten Staaten wurden aus politischen Gründen ausgeschlagen. Die Welt durfte von dem Mißgeschick des chinesischen Sozialismus nichts erfahren, denn sie hätte sich empören können. Die Hilfszahlungen für die notleidenden ländlichen Gebiete beliefen sich schließlich auf weniger als 450 Millionen Yuan pro Jahr, weniger als 0,8 Yuan pro Person - während ein Kilo Reis auf dem freien Markt schon 2 bis 4 Yuan kostete. Der chinesische Kommunismus nahm für sich in Anspruch, er könne »Berge versetzen« und Flüsse umleiten. Aber diejenigen, die an solchen Idealen bauten, ließ er verhungern.

In der Phase von der ersten Erholung im August 1959 bis 1961 entwikkelten sich die Dinge so, als stünde die Partei in Fassungslosigkeit erstarrt vor der Katastrophe und könne nicht reagieren. Kritik am Großen Sprung, für den sich Mao mit all seinem Gewicht eingesetzt hatte, war zu gefährlich. Aber die Lage spitzte sich dermaßen zu, daß Liu Shaoqi, die »Nummer zwei« des Regimes, den Parteivorsitzenden in die Defensive drängen und praktisch die Rückkehr zur »sanften« Kollektivierung wie in der Zeit vor der Errichtung der Volkskommunen erzwingen konnte: ein Stück Privatland, Bauernmärkte, freie Handwerksbetriebe, mehr Gestaltungsspielraum auf der Ebene der Arbeitsbrigade (dem Äquivalent der alten Dorfgemeinschaft) für die Organisation der landwirtschaftlichen Tätigkeiten. Diese Maßnahmen erlaubten eine rasche Überwindung der akuten Hungersnot.[124] Aber die Armut blieb. Die landwirtschaftliche Produktion, die von 1952 bis 1958 beträchtlich gewachsen war, schien für zwei Jahrzehnte in ihrem Schwung gebremst: Das Vertrauen kehrte so lange nicht zurück, wie »der Schoß noch fruchtbar« war (Mao, die Volkskommunen), der all die Schrecknisse der Jahre 1959-1961 hervorgebracht hatte. Zwar verdoppelte sich der Bruttoproduktionswert der landwirtschaftlichen Erzeugung zwischen 1952 und 1978, doch zugleich stieg die Bevölkerungszahl von 574 auf 959 Millionen, und der größte Teil des kleinen Produktionszuwachses pro Kopf entfiel auf die guten fünfziger Jahre. In den meisten Produktionszweigen wurde frühestens 1965 (in Henan 1968/69[125]) gerade wieder das Niveau von 1957 erreicht (brutto). Die landwirtschaftliche Erzeugung war besonders schlimm betroffen: Die hartnäckige, schamlose Ressourcenverschwendung während des Großen Sprungs hatte einen Einbruch um rund ein Viertel zur



DIE WICHTIGSTEN GLIEDER



DES LAOGAI-SYSTEMS

Folge gehabt. Erst 1983 war landesweit wieder das Produktivitätsniveau von 1952 erreicht.[126] Berichte aus der Zeit der Kulturrevolution bezeugen durchgängig die große Armut der ländlichen Bevölkerung, die beständig am Rande der Unterernährung lebte, ohne auch nur den geringsten Luxus (eine Flasche Öl konnte für eine Familie bereits ein Schatz sein[127]), und bestätigen, daß die Menschen seit der traumatischen Erfahrung des Großen Sprungs der Propaganda des Regimes äußerst skeptisch gegenüberstanden. Es ist darum nicht überraschend, daß die Kleinbauern die liberalen Reformen Deng Xiaopings begeistert begrüßten und eine Vorreiterrolle bei der Wiedereinführung der Marktwirtschaft in China 20 Jahre nach der Errichtung der Volkskommunen übernahmen.

Aber die Katastrophe der Jahre 1959-1961, ein »großes Geheimnis« des Regimes, an dessen Vertuschung seinerzeit auch viele ausländische Besucher mitwirkten, wurde niemals als solche anerkannt. Liu wagte sich im Januar 1962 weit vor, als er bei einer Versammlung von Funktionsträgem hinter verschlossenen Türen erklärte, daß die Hungersnot zu 70% durch menschliche Irrtümer verursacht worden sei.[128] Weiter konnte man damals nicht gehen, ohne Mao direkt anzugreifen. Doch selbst nachdem Mao tot war und die KPCh 1981 ihr »endgültiges Urteil« über den ehemaligen Vorsitzenden gesprochen hatte, gab es keine Verurteilung des Großen Sprungs, zumindest keine öffentliche.

Ein versteckter »Gulag«: Das Laogai-System

Die Verliese des chinesischen Kommunismus sind im wahrsten Sinne noch voller Leichen, und das wohl Bemerkenswerteste daran ist, daß sie so lange vor den Augen der Welt verborgen gehalten werden konnten. Der Archipel der Konzentrationslager, diese riesige Kühlkammer, macht dabei keine Ausnahme. Obwohl der Archipel aus gut tausend großen und zahllosen kleinen Lagern *(siehe Karte)* besteht, wird er vielen Werken über die Volksrepublik, auch in umfangreichen Werken und in Werken aus jüngerer Zeit, mit keinem einzigen Wort erwähnt. In der Tat hat der Repressionsapparat sich erfolgreich abgeschirmt: In China wird man nicht zu »Haft« oder »Zwangsarbeit« verurteilt (das würde zu sehr nach der alten Ordnung klingen), sondern zu »Besserung« und »Umerziehung« durch Arbeit. Die wichtigsten Internierungsstätten erscheinen logischerweise nach außen hin denn auch als staatliche Betriebe: So muß man wissen, daß die »Industriefärberei von Jingzhou« (die einzige Bezeichnung am Tor) nichts anderes ist als das Gefängnis Nr.3 der Provinz Hubei und die »Teefarm von Yingde« die Einheit Nr. 7 der Umerziehung durch Arbeit in der Provinz Guangdong.[129] Die Familienangehörigen der Häftlinge schreiben nur an ein anonymes Postfach. Und in der Mao-Ära war es die Regel, daß während der gesamten Dauer der Untersuchung des Falles (häufig länger als ein Jahr) Besuche nicht gestattet wurden. Die Familien erfuhren oft nicht einmal, in welchem Lager sich ein Angehöriger befand, und auch der Tod eines Häftlings wurde ihnen - insbesondere während der Kulturrevolution - häufig gar nicht oder erst sehr viel später mitgeteilt. So erfuhren die Kinder von Liu Shaoqi, dem ehemaligen Präsidenten der Volksrepublik, der in einem Geheimgefängnis untergebracht war, erst im August 1972 von seinem Tod im November 1969, und zu diesem Zeitpunkt durften sie auch zum ersten Mal ihre Mutter besuchen, die wie ihr Vater seit August 1967 inhaftiert war[130] Bei den seltenen Gelegenheiten, daß Häftlinge in die »Welt draußen« geführt wurden, mußten sie sich unsichtbar machen. Da Häftlinge sich außerhalb ihrer Zellen nur mit gesenktem Kopf und schweigend bewegen durften, erhielten sie in einem Bahnhof die folgenden seltsamen Anweisungen: »Verhaltet euch im Zug normal. Es ist verboten, ich wiederhole, verboten, den Kopf zu senken. Wenn jemand zur Toilette gehen muß, gibt er der Wache ein Zeichen: geschlossene Faust mit erhobenem Daumen. Rauchen und Sprechen sind erlaubt. Keine Scherze. Die Wachen haben Befehl zu schießen.«[131]

Lange Zeit gab es so gut wie keine Augenzeugenberichte ehemaliger Gefangener Zum einen war es, wie wir noch sehen werden, unter Mao sehr schwierig und ein seltenes Ereignis, daß jemand die Welt der Gefängnisse und Lager wieder verließ. Zum anderen mußten freigelassene Häftling im allgemeinen versprechen, nichts darüber verlauten zu lassen, was sie erlebt hatten, sonst drohte ihnen die erneute Festnahme. Die meisten Berichte

Stammen daher von Ausländern - die einen verschwindend kleinen Teil der Häftlinge ausmachten -, und ihre Schilderungen sind bis heute unsere wichtigsten Informationsquellen. Da die Ausländer von ihren Regierungen geschützt wurden, kamen sie in der Regel lebendig aus den Lagern heraus. Einige wurden explizit damit beauftragt, Zeugnis abzulegen über die Leiden jener Schattenarmee, die sie eine kurze Zeit geteilt hatten. So war es bei Jean Pasqualini (mit seinem chinesischen Namen Bao Ruo-wang). Einer seiner Mithäftling erklärte ihm, warum die anderen so sorgsam über seine Gesundheit und seine Sicherheit wachten: »All diese Männer...und zu sagen, daß keiner von ihnen jemals aus dem Gefängnis herauskommen wird, auch ich nicht. Ein Vertrag auf Lebenszeit. Du, Bao, bist der einzige, bei dem es anders sein kann. Vielleicht wirst du eines Tages durch das große Tor hinausgehen. Einem Ausländer könnte das passieren, aber keinem von uns. Du wirst der einzige sein, der später darüber reden kann, wenn du hinausgehst. Deshalb wollten wir dich am Leben erhalten, Bao... Solange du hier bist, wirst du leben. Das kann ich dir versprechen. Und wenn du in ein anderes Lager verlegt wirst, dann wirst du dort andere Häftlinge finden, die genauso denken wie wir. Du bist ein kostbares Gut, mein Lieber!«[132]

Das am dichtesten bevölkerte Kerkernetz aller Zeiten

Laogai bedeutet Nirgendwo... In dieses schwarze Loch schickte die strahlende Sonne des Maoismus zig Millionen Menschen (Harry Wu zufolge bis Mitte der achtziger Jahre insgesamt 50 Millionen - diese Zahl gibt allerdings nur eine Größenordnung an[133]). Und viele kamen darin um: Wenn man die beiden Schätzungen von Jean-Luc Domenach (rund zehn Millionen Häftlinge im Jahresdurchschnitt - zwischen 1 und 2 % der chinesischen Bevölkerung, je nach Zeitpunkt - und eine jährliche Sterblichkeit von 5%) kombiniert, wären rund 20 Millionen Chinesen in Haft gestorben, allein vier Millionen während der Hungersnot zur Zeit des Großen Sprungs zwischen 1959 und 1962 (mancherorts kehrte man erst 1964 zu »normalen« - bereits äußerst karg bemessenen - Rationen zurück[134]). Nach dem außerordentlichen Zeugenbericht von Jean Pasqualini sind zwei neue Studien erschienen (von Wu und von Domenach), und aus den drei Berichten zusammen können wir nun ein Gesamtbild der unbekanntesten der drei Lagerwelten unseres Jahrhunderts zusammensetzen.

Das System der Konzentrationslager ist eine eigene Welt, sowohl nach seiner Größe wie nach seiner Dauerhaftigkeit (zumindest bis 1978, dem Jahr der ersten großen Welle von Freilassungen[135]) und auch nach der Vielfalt seiner Insassen: Um 1955 waren 80% »Politische« (aber damals wurden viele strafrechtliche Tatbestände zu politischen Delikten umdefiniert - das erhöhte das Strafmaß), Anfang der sechziger Jahre gut die Hälfte, und 1971 waren fast zwei Drittel »einfache Kriminelle«[136] - ein Indiz dafür, daß die Masse des Volkes sich nicht mehr für das Regime interessierte und daß in einer Zeit

der politischen Instabilität die Kriminalität anstieg. Vielfalt der Haftbedingungen[137]Es gibt Untersuchungsgefängnisse, Gefängnisse (darunter einige sehr spezielle für gestürzte leitende Funktionäre), dann die Lager (Laogai) im eigentlichen Sinn und »abgemilderte« Formen der Inhaftierung wie Laojiao und Jiuye. Die *Untersuchungsgefängnisse* sind die Schleusen, die in den Gefängnisarchipel hineinführen. Es gibt etwa 2500 davon, in Städten gelegen, die Beschuldigten bleiben dort für die Dauer der Untersuchung ihres Falles, die sich über sehr unterschiedlich lange Zeit hinziehen kann (bis zu zehn Jahren!). Strafen bis zu zwei Jahren werden ebenfalls oft dort verbüßt. Die Zahl der *Gefängnisse,* in denen nur 13 % der Häftlinge einsitzen, ist auf mindestens 1000 zu beziffern, sie unterstehen in der Regel direkt den Zentralbehörden und entsprechen in ihrer Bedeutung etwa unseren »Hochsicherheitstrakten«: Dort werden unter verschärfter Überwachung die höchsten Strafen verbüßt (insbesondere Verurteilungen zum Tod mit zweijähriger Bewährung, eine Merkwürdigkeit des chinesischen Rechts; die Bewährungszeit endet meist mit der Aufhebung des Todesurteils wegen »ernsthafter Wandlung«) und »sensible« Gefangene untergebracht (hohe Funktionäre, Ausländer, Geistliche, Dissidenten, Spione usw.). Die Lebensbedingungen in den Gefängnissen sind sehr unterschiedlich und zuweilen nicht allzu schlimm (das Gefängnis Nr. 1 in Peking, in dem es ausreichend zu essen gibt und die Häftlinge auf Matten schlafen und nicht auf einem Kreuzbrecher aus Holz - »ein Traum« in den Augen all jener, die von einem anderen Ort des Archipels dorthin gelangen[138] - ist die Vorzeigeeinrichtung, die ausländischen Besuchern vorgeführt wird), aber die besonders strenge Disziplin, die harte Zwangsarbeit in Fabriken und der besonders intensive ideologische Drill bringen viele Gefangene dazu, daß sie um ihre Verlegung »an die frische Luft« nachsuchen, in ein dagegen verlockend erscheinendes Arbeitslager.

Die große Masse der Häftlinge ist demnach in gewaltigen Arbeitslagern interniert, die sich über das gesamte Land verteilen. Die größten Lager mit den meisten Insassen befinden sich in den Halbwüsten der nördlichen Mandschurei, der Inneren Mongolei, Tibets, der autonomen Region Xinjiang und insbesondere in Qinghai, einer wahren »Gefängnisprovinz«[139], einer Art chinesischem Kolyma mit glühend heißen Sommern und eisig kalten Wintern. Das dortige Lager Nr. 2 ist mit seinen mindestens 50000 Insassen[140] das möglicherweise größte in China. Die Lager in den entlegenen westlichen und nordöstlichen Gebieten gelten als sehr hart, aber generell kann man sagen, daß die Bedingungen der Zwangsarbeit in den Gefängnisfabriken der städtischen Regionen schlimmer sind als in den großen, den Lagern angeschlossenen staatlichen Farmen. Da die Lager und Gefängnisse grundsätzlich den Provinz- oder Stadtverwaltungen (Shanghai hat ein eigenes, auf zahlreiche Provinzen verteiltes Netz) unterstehen, stammen die Häftlinge jeweils aus derselben geographischen Region (so gibt es in Ostchina keine tibetischen Häftlinge). Anders als in der UdSSR werden die Lager

in die lokale und regionale Wirtschaftsplanung einbezogen, und nur gelegentlich werden Arbeitskräfte aus den Lagern bei Projekten von landesweiter Bedeutung eingesetzt wie etwa beim Bau der »Eisenbahnlinie der Freundschaft« ins sowjetische Kirgisien, deren Vollendung sich allerdings durch den Bruch zwischen China und der Sowjetunion um dreißig Jahre hinausgezögert hat.

Bei den Lagerinsassen müssen drei Gruppen mit sehr unterschiedlichem Status unterschieden werden. Die größte und vor allem die beständigste Gruppe machten unter Mao die Häftlinge des *Laogai* im eigentlichen Wortsinn aus, zu übersetzen etwa als »Besserung[141] durch Arbeit«. Diese Häftlinge sind zu mittleren und langen Haftstrafen verurteilt und wie Armeeeinheiten organisiert (in Schwadronen, Bataillone, Kompanien usw.), die bürgerlichen Rechte sind ihnen aberkannt worden, sie bekommen keinen Lohn für ihre Arbeit und dürfen nur selten Besuch empfangen. Meistens in denselben Lagern, nur seltener in speziellen Einrichtungen findet man Häftlinge, die zu »Umerziehung durch Arbeit« oder *Laojiao* verurteilt wurden. Dabei handelt es sich um eine administrative Strafe, die im August 1957, auf dem Höhepunkt der Anti-Rechts-Kampagne, geschaffen wurde und den paralegalen Praktiken der Staatssicherheit einen halbwegs formalisierten Rahmen gab. Die davon Betroffenen werden nicht verurteilt (folglich ist auch die Dauer ihrer Haft nicht festgelegt), sie verlieren ihre bürgerlichen Rechte nicht (aber es gibt keine Wahllokale in den Lagern), und sie erhalten einen geringen Lohn (doch der größte Teil davon wird für Ernährung und Unterbringung einbehalten). Meist werden ihnen geringfügige Verfehlungen vorgeworfen, und sie bleiben nur einige Jahre im Lager, aber man macht ihnen sehr deutlich, daß viel davon abhängt, wie sie sich verhalten. Der Drill, die Haft- und die Arbeitsbedingungen im Laojiao sind den Zuständen im Laogai sehr ähnlich, und beide Typen von Lagern unterstehen der Staatssicherheit.

Etwas »privilegierter« sind die »zur Arbeitsleistung Verpflichteten« in den *Jiuye,* manchmal auch als »freie Arbeiter« bezeichnet. Ihre Freiheit ist allerdings begrenzt, denn sie dürfen ihren Arbeitsplatz nicht verlassen bis auf ein- oder zweimal Ausgang im Jahr. Sie werden besser behandelt und etwas weniger schlecht bezahlt als die Häftlinge im Laojiao, dürfen ihre Familien nachziehen lassen oder heiraten, aber auch sie leben mehr oder weniger unter Haftbedingungen. Die Jiuye sind im Grunde die »Überdruckventile« der Lager, sie nehmen die »Freigelassenen« auf, und oft bleiben diese dort für den Rest ihres Lebens. Bis in die sechziger Jahre sollen 95 % der dem Laogai entronnenen Häftlinge im Jiuye untergebracht worden sein, immer noch 50% zu Beginn der achtziger Jahre sowie 20 bis 30% der ehemaligen Insassen von Laojiao.[142] Sie sind von ihrer Heimat abgeschnitten, ohne Arbeitsstelle und damit ohne Wohnrecht in der Stadt, meist geschieden (die Ehefrauen werden stets von den Behörden aufgefordert, sich von ihren »kriminellen« Ehemännern zu trennen), für den Rest ihres Lebens verdäch-

(ig, weil sie einmal gefehlt haben, und am traurigsten ist, daß sie sich in ihr Schicksal ergeben, weil sie oft nicht wissen, wohin sie sonst gehen könnten. Ihre totale Hoffnungslosigkeit flößt selbst den Laogai-Insassen Mitleid ein: »Wir sahen die ersten freien Arbeiter, eine traurige Truppe. Man hätte glauben können, sie säßen genauso im Gefängnis wie Häftlinge. Sie waren apathisch, stumpf und dreckig. Ganz offensichtlich waren sie zu dem Schluß gelangt, daß nichts mehr irgendeine Mühe lohnte, und in gewisser Weise hatten sie recht. Sie waren immer hungrig, mußten den Wärtern und Wächtern gehorchen und wurden nachts ebenso eingeschlossen wie wir. Der einzige Unterschied zwischen unserer Lage und ihrer Lage war das Privileg, daß sie ihre Familien besuchen durften. Alles andere zählte nicht. Gewiß, sie erhielten Lohn, aber sie mußten ihn für Nahrung und Kleidung ausgeben, beides bekamen sie nicht mehr von der Regierung geschenkt. Den freien Arbeitern war es vollkommen egal, wie es weiterging.«[143] In der Mao-Zeit war eine Verurteilung in der Tat meistens eine Verurteilung auf Lebenszeit.

Auf der Suche nach dem »neuen Menschen«

Die Inhaftierung auf unbestimmte Dauer stand in eklatantem Widerspruch zu dem lauthals verkündeten hehren Anspruch des Strafvollzugssystems: den Gefangenen umzuwandeln, in einen »neuen Menschen« zu verwandeln. Tatsächlich, schreibt Jean-Luc Domenach, wurde immer wieder behauptet, »die Haft sei keine Strafe, sondern eine Gelegenheit für den Kriminellen, sich reinzuwaschen«.[144] Ein internes Dokument der Staatssicherheit beschreibt den Prozeß, der bei dem Häftling in Gang gesetzt werden sollte: »Man kann sich dem Gesetz nicht unterwerfen, solange man seine Verbrechen nicht eingesehen hat. Die Einsicht in die Verbrechen ist die unerläßliche Voraussetzung, die Unterwerfung unter das Gesetz ist der Beginn der Besserung. Einsicht und Unterwerfung sind die ersten beiden Lektionen, die der Gefangene lernen und die er für die gesamte Dauer des Prozesses der Besserung im Bewußtsein behalten muß.« Wenn der Gefangene erst einmal mit seiner Vergangenheit gebrochen hat, kann man beginnen, ihm die »richtigen Gedanken« einzuflößen: »Es ist unbedingt erforderlich, die vier grundlegenden Erziehungsprinzipien zu vermitteln - um die politischen Gedanken des Kriminellen in die richtige Richtung zu lenken: den Marxismus-Leninismus, den Glauben an den Maoismus, an den Sozialismus, an die Kommunistische Partei und die demokratische Diktatur des Volkes.«[145] Infolgedessen waren die Haftanstalten in erster Linie Erziehungsheime für die Häftlinge, die als »schlimme Schüler«, ungebärdig und ein wenig langsam im Geiste, angesehen wurden. »Wir heißen unsere neuen Studiengenossen willkommen!«: Mit diesem Transparent wurde Pasqualini in einem Arbeitslager empfangen.[146] Und Studium war in der Tat alles andere als ein leeres Wort: Während der Untersuchungszeit studierten die Häftlinge mindestens zwei Stunden, nach dem Abendessen, jeweils zusammen in einer

Zelle. Doch wenn einzelne Gefangene keine befriedigenden »Fortschritte« machten oder auch während politischer Kampagnen konnte das Studium gut und gerne einen ganzen Tag dauern, eine Woche, sogar einen ganzen Monat. In vielen Fällen diente eine »Non-Stop-Studienphase«, die sich zwei Wochen, aber auch drei Monate hinziehen konnte, der Eingewöhnung in die Gefängniswelt.[147] Die Sitzungen liefen nach einem starren Ritual ab, während dessen es strikt verboten war zu gehen, aufzustehen (selbst wer die Sitzposition ändern wollte, mußte um Erlaubnis fragen), sich zu unterhalten - und zu schlafen, eine beständige Versuchung, besonders nach einem harten Arbeitstag. Pasqualini war mit dem katholischen Glauben aufgewachsen und fand nun zu seiner Überraschung Meditation, Beichte und Reue im marxistisch-leninistischen Erziehungskatalog wieder - mit dem Unterschied, daß all dies strikt kollektiv und öffentlich praktiziert werden mußte: Hier war das Ziel nicht, das Band zwischen Mensch und Gott wiederherzustellen, sondern den einzelnen in einer der Partei vollkommen ergebenen Masse aufgehen zu lassen. Damit keine Eintönigkeit aufkam, wechselten Sitzungen, in denen ein Häftling seine Beichte ablegte (was immer sehr ausführlich geschehen mußte) mit kommentierten Lesungen aus der *Volkszeitung* (während der Kulturrevolution waren es die *Werke* des Vorsitzenden Mao - das kleine rote Buch mußte sowieso jeder ständig bei sich tragen) oder Diskussionen über ein als der Erbauung dienlich befundenes Thema.

Das Ziel ist freilich in allen Fällen das gleiche: die Aufgabe der Persönlichkeit zu erreichen. Der Leiter der Zelle, selbst Häftling und häufig ein ehemaliges KP-Mitglied, spielt dabei eine entscheidende Rolle: »Er brachte uns unermüdlich zu Gruppendiskussionen oder Diskussionen über Geschichten, die zu beachtende moralische Grundsätze enthielten. Alle anderen Themen, zu denen unsere Gedanken hätten schweifen können - die Familie, Essen, Sport, Zeitvertreib und natürlich Sex - waren strikt verboten. ›Vor der Regierung müssen wir gemeinsam studieren und uns gegenseitig überwachen‹ lautete die Devise, und sie war überall im Gefängnis angeschlagen.«[148] Man muß sich reinigen, anerkennen, daß man falsch gehandelt hat, weil man schlecht war: »Welcher Kategorie wir auch angehörten, wir alle haben unsere Verbrechen begangen, weil wir sehr schlechte Gedanken hatten«, versichert der Leiter der Zelle.[149] Und daß die Häftlinge so waren, kam von der Verseuchung durch kapitalistische, imperialistische, reaktionäre Ideen: In einer Gesellschaft, in der es keinen politikfreien Raum gibt, sind letzten Endes alle Vergehen politisch.

Die Lösung ist einfach: die Gedanken verändern, und da in China das Ritual untrennbar mit der Überzeugung verbunden ist, heißt dies, sich von der Form prägen zu lassen, die aus dem einzelnen einen Revolutionär machen wird, einen glühenden Revolutionär sogar, einen Helden vom Typus eines Lei Feng, jenes Partei Soldaten, der stolz darauf war, ein Rädchen ohne eigenes Gehirn im Dienst der großen Sache zu sein und der, nachdem es ihm vergönnt gewesen war, in Ausführung eines Befehls zu krepieren, Anfang der

sechziger Jahre von Marschall Lin Biao als leuchtendes Vorbild gepriesen wurde. »Der Gefangene lernt sehr schnell, mit unverbindlichen Schlagwörtern zu reden. Die Gefahr dabei ist natürlich, daß er schließlich nur noch in Schlagwörtern denkt. Den meisten ergeht es so.«[150]

Urin und Dialektik

An einem kalten, windigen Abend, während unserer Studierzeit, verließ ich die Zelle, weil ich pinkeln mußte. Als der eisige Nordwestwind mir ins Gesicht schlug, verspürte ich wenig Neigung, die zweihundert Meter bis zu den Toiletten zurückzulegen. Ich ging bis zu einer Lagerhalle und pinkelte gegen die Mauer. Schließlich, so überlegte ich, war es dunkel, und niemand würde mich sehen.

Ich irrte mich. Kaum war ich fertig, da erhielt ich einen kräftigen Tritt in den Hintern. Ich drehte mich um und konnte nur schwach die Umrisse einer Gestalt erkennen, aber die Stimme gehörte einem Wärter.

»Du kennst also die Hygienevorschriften nicht?« fragte er mich. »Wer bist du?«

Ich nannte meinen Namen, und was dann folgte, war eine Lektion, die ich niemals vergessen werden. [...]

»Ich gebe zu, daß ich falsch gehandelt habe, Wärter, aber was ich da soeben getan habe, ist kein Verstoß gegen die Gefängnisvorschriften, Sie hingegen haben das Gesetz verletzt. Die Mitglieder der Regierung haben nicht das Recht, die Gefangenen zu schlagen. Körperliche Gewalt ist verboten.«

Schweigen trat ein, während die schemenhafte Gestalt nachdachte und ich mich auf das Schlimmste gefaßt machte.

»Was du da sagst, ist richtig, Bao«, sagte er ruhig in gemessenem Ton. »Wenn ich gestehe, daß ich einen Fehler gemacht habe - und ich werde die Frage bei unserer nächsten Versammlung zur Selbstkritik (Versammlung der Wärter) ansprechen -, wärst du bereit, in deine Zelle zurückzugehen und ein vollständiges Geständnis abzufassen?«

Ich war überrascht von seiner Reaktion. Und auch bewegt: Ich hatte mit einem Wärter zu tun, der einem Häftling gegenüber einen Fehler einräumte!

»Ja, Wärter. Natürlich werde ich es tun.«

[...] Ich setzte mich an meinen Platz und begann mit der Vorbereitung für mein Geständnis. Bei der wöchentlichen Gewissenserforschung einige Tage später las ich sie laut vor, damit alle in der Zelle sie hören konnten.

»Oberflächlich betrachtet, kann das, was ich getan habe, als nicht sehr schwerwiegend erscheinen«, fügte ich hinzu, nachdem ich mit dem Vorlesen geendet hatte, »aber wenn man die Dinge genauer prüft, zeigt meine Tat, daß ich die Unterweisungen der Regierung nicht beachte und mich der Besserung widersetze. Indem ich auf diese Weise gepinkelt habe, habe ich hinterhältig meine Wut zur Schau gestellt. Es war eine durch und durch feige Handlung. Es war, als hätte ich ins Gesicht der Regierung gespuckt in der Annahme, daß niemand mich sehen würde. Ich kann die Regierung nur bitten, mich so hart wie möglich zu bestrafen.«

> Das Geständnis wurde an den Wärter Yang geleitet, und ich wartete. Ich sammele innerlich meine Kräfte und bereitete mich seelisch auf einen weiteren Aufenthalt im Verlies vor. Zwei Tage später kam Yang am Abend mit seinem Urteil in die Zelle.
>
> »Vor ein paar Tagen«, sagte er, »glaubte einer von euch, er stünde über dem Gesetz, und beging eine schwere Verfehlung. [...] Wir halten ihn diesmal für entschuldigt, aber glaubt nicht, daß dies bedeutet, daß ihr jedesmal so leicht davonkommt, daß ihr nur einen Entschuldigungsbrief schreiben müßt.«[151]

Die von manchen Beobachtern aus dem Westen beschriebene angebliche »Gehirnwäsche« ist nichts anderes als dies: für sich genommen nichts besonders Raffiniertes, das eher grobe Aufzwingen einer plumpen Ideologie, die auf alles eine Antwort hat, gerade weil sie so schlicht ist. Vor allem kommt es darauf an, dem Häftling nicht die geringste Chance zu geben, daß er sich selbständig äußern kann. Und dies geschieht mit vielfältigen Mitteln. Besonders erfindungsreich ist die systematische Unterernährung (siehe Text unten), die den Widerstand untergräbt und die innere Gedankenwelt aushöhlt, bei gleichzeitiger beständiger Fütterung mit der rechtgläubigen Lehre, und dies in einem Rahmen, in dem die Häftlinge über keinerlei freie Zeit verfugen (Studium, Arbeit, Frondienste füllen die langen Tage vollkommen aus), über keinerlei Intimsphäre (überbelegte Zellen, künstliches Licht die ganze Nacht lang, kaum persönliche Gegenstände erlaubt) und über so gut wie keine Möglichkeiten, eigenständige Auffassungen auszudrücken: Alle Wortmeldungen in einer Diskussion (die im übrigen erfolgen müssen) werden minutiös protokolliert und der Akte des Häftlings beigefügt. Pasqualini mußte teuer dafür bezahlen, daß er 1959 ein bißchen zu wenig Begeisterung angesichts der Besetzung Tibets gezeigt hatte. Eine weitere originelle Einrichtung: Der größte Teil der ideologischen Arbeit wird auf die Mitgefangenen übertragen, was die hohe Effektivität des Systems zeigt. Man forscht sich gegenseitig aus, man bewertet die Arbeitsleistung der Mithäftlinge (und folglich ihre Essensrationen), man äußerst sich über den Grad der »Besserung« der zur Freilassung anstehenden Gefangenen, und vor allem kritisiert man die Zellengenossen, um sie zu einer umfassenden Selbstkritik zu bewegen und genauso um die eigenen Fortschritte unter Beweis zu stellen.[152]

Essen als Waffe

> Und dann war da noch das Essen - die einzig wichtige Sache, die größte Freude und der stärkste Antrieb des gesamten Strafsystems. Ich hatte das Pech, daß ich gerade einen Monat nach Einführung der Rationierung als offizieller Teil der Verhörtechnik in der Chaussee des Nebels über dem Gras[153] eintraf

Die jämmerlich kleine und wäßrige Portion Maisgrütze, die harten kleinen Wotou-Fladen[154] und das Stück Gemüse waren bald Mittelpunkt unseres Lebens und Gegenstand unserer höchsten Aufmerksamkeit. Während die Rationen immer kleiner wurden und wir immer mehr abmagerten, lernten wir, jedes Stück mit unendlicher Hingabe zu essen und so lange wie möglich etwas davon zu haben. Verzweifelter Klatsch und Gerüchte über die Schmackhaftigkeit und die Fülle des Essens in den Arbeitslagern waren im Umlauf. Oft waren diese Informationen, wie ich später erfuhr, reine Erfindungen, in die Welt gesetzt von den Verhörbeamten mit dem Ziel, die Häftlinge zu einem Geständnis zu bewegen. Nach einem Jahr mit diesen Essensrationen hätte ich so gut wie alles gestanden, nur um mehr zu essen zu bekommen.

Der Nahrungsmittelentzug war bewundernswert kalkuliert: Man gab uns genug, um uns am Leben zu erhalten, aber nie so viel, daß wir unseren Hunger vergaßen. Während meiner fünfzehn Monate in jener Verhöranstalt habe ich nur ein einziges Mal Reis gegessen, niemals Fleisch. Ein halbes Jahr nach meiner Verhaftung war mein Bauch vollkommen flach, und meine Gelenke verfärbten sich auf charakteristische Weise grün und blau allein durch das Liegen auf dem Gemeinschaftsbett. Die Haut an meinem Hintern hing herab wie die Brüste einer alten Frau. Mein Blick trübte sich, und ich konnte mich nicht mehr konzentrieren. Ich brach alle Rekorde des Vitaminverzichts und konnte schließlich meine Zehennägel mit der Hand abbrechen ohne Zuhilfenahme eines Nagelschneiders. Meine Haare fielen aus. [...]

»Früher war das Leben nicht so schlimm«, erzählte mir Loo. »Wir bekamen alle zwei Wochen einen Teller Reis, am Ende eines jeden Monats richtiges Weißbrot und zu hohen Festen wie Neujahr, 1. Mai und 1. Oktober[154] ein wenig Fleisch. Es war nicht so schlecht.«

Folgendes hatte dazu geführt, daß es anders wurde: Während der Hundert-Blumen-Kampagne[155] hatte eine Delegation des Volkes das Gefängnis besichtigt. Sie waren entsetzt, als sie sahen, daß die Häftlinge aßen, während sie selbst hungerten. Es ging nicht an, so befanden sie, daß diese Konterrevolutionäre - Abschaum der Gesellschaft und Feinde des Volkes - ein besseres Leben führten als viele Bauern. Ab November 1957 gab es keinen Reis mehr, kein Fleisch und auch kein Weizenmehl mehr an Festtagen.

Der Gedanke an Essen beherrschte uns so sehr, daß wir im wortwörtlichen Sinn verrückt wurden. Wir waren zu allem bereit. Dies waren ideale Voraussetzungen für die Verhöre. Einer nach dem anderen baten wir alle darum, in ein Arbeitslager verlegt zu werden. Niemand verließ die Chaussee des Nebels über dem Gras, ohne daß er dies schriftlich niedergelegt hatte. Es gab sogar eine offizielle Formulierung dafür: »Ich bitte Sie, mir zu erlauben, daß ich die Reue über meine Verfehlungen durch Arbeit in den Lagern zum Ausdruck bringen darf«

Und wenn wir später in den Lagern die schlimmsten, unerträglichen Umstände erdulden mußten, konnte uns jeder Wärter, ohne daß er lügen mußte, vorhalten, daß wir ja nur deshalb hier seien, weil wir darum gebeten hätten.[156]

Die anderen Druckmittel in den Gefängnissen und Lagern sind eher klassisch. Das Zuckerbrot besteht darin, Milde zu versprechen, wenn ein Häftling alle seine »Verbrechen« gesteht, wenn er sich vorbildlich verhält, aktiv daran mitwirkt, seine Mithäftlinge »auf den rechten Weg zurückzuführen« und wenn er seine »Komplizen« oder widerspenstige Gefangene denunziert. (Letzteres ist ein wichtiger Test für die Ernsthaftigkeit des Gesinnungswandels: »Die Denunziation der anderen ist ein hervorragendes Mittel der Buße.«[157]) Ein Transparent im Verhörbüro verkündet: »Milde gegenüber denen, die gestehen; Strenge gegenüber denen, die sich widersetzen; Freikauf für die, die sich Verdienste erwerben; Entschädigung für die, die sich große Verdienste erwerben.«[158] Viele zu langen Strafen verurteilte Häftlinge entwikkeln sich in der Hoffnung, ein paar Jahre Straferlaß herauszuschinden, zu eifrigen Propagandisten. Das Problem ist - Pasqualini schildert einige solche Beispiele -, daß sie nie dafür belohnt werden: Entweder erhalten sie trotz ihres »guten Betragens« eine lange Strafe, oder man macht sich die Tatsache zunutze, daß Strafen meistens nur mündlich mitgeteilt werden (der Angeklagte ist häufig bei seinem Prozeß nicht anwesend), und der scheinbare »Nachlaß« fuhrt letztlich doch zu dem Strafmaß, was von vornherein vorgesehen war. Ein alter Gefangener enthüllt den Trick: »Die Kommunisten fühlen sich nicht verpflichtet, Versprechen einzuhalten, die sie ihren Feinden geben. Als Mittel zum Zweck setzen sie ohne Zögern alle Kniffe und Schliche ein, die ihnen dienlich sein können - und dazu gehören auch Drohungen und Versprechen... Und halte dir einen weiteren Punkt vor Augen: Die Kommunisten haben auch nicht den geringsten Respekt für jene, die ihre Meinung ändern.«[159]

Die Peitsche wird leider konsequenter eingesetzt. Eine Erhöhung des Strafmaßes ist keine Ausnahme. Wer sich nicht unterwirft und gesteht, wer sich weigert, andere zu denunzieren (»der Regierung Erkenntnisse vorzuenthalten ist ein strafwürdiges Vergehen«[160]), wer ketzerische Dinge sagt, wer Einspruch gegen seine Verurteilung erhebt und damit zeigt, daß er den »Willen der Massen« nicht akzeptiert: sie alle müssen mit erneuter und harter Bestrafung rechnen. So können aus fünf Jahren lebenslänglich werden... Und dann gibt es noch die Leiden, die die Häftlinge sich gegenseitig zufügen können. Da die »Karriere« des Zellenleiters vom Verhalten seiner Herde abhängt, wird er den Widerspenstigen zusetzen, und die Opportunisten unterstützen ihn. Eine Stufe darüber steht die »Prüfung« oder der »Kampf«: kein spontaner Akt - das Opfer wird von der Leitung ausgewählt. Ort (Zelle oder Hof), Zeitpunkt und Heftigkeit sind festgelegt -, aber die Atmosphäre erinnert stark an die bäuerlichen Pogrome zur Zeit der Landreform (mit der Ausnahme, daß es keine Toten gibt). »Unser Opfer war ein Gefangener von etwa vierzig Jahren, dem vorgeworfen wurde, ein falsches Geständnis abgelegt zu haben. Er sei ein fanatischer Konterrevolutionär, brüllte ein Wärter mit einem Megaphon aus Karton. [...] Jedesmal, wenn er den Kopf hob, um etwas zu sagen - ob etwas Wahres oder etwas Falsches, interessierte uns nicht -,

brüllten wir ihn mit einem Schwall von Schimpfwörtern nieder: ›Lügner!‹ ›Schande der Menschheit!‹ Oder sogar: ›Dreckskerl!‹ [...] Die Prüfung ging in dieser Weise drei Stunden weiter, mit jeder Minute froren wir mehr, hatten wir mehr Hunger und wurden wir bösartiger. Ich glaube, wir wären dazu fähig gewesen, ihn in Stücke zu reißen, um zu erreichen, was wir wollten. Später, als ich Zeit hatte, darüber nachzudenken, wurde mir klar, daß wir die Prüfung auch an uns selbst durchgeführt hatten: Wir hatten uns geistig darauf vorbereitet, mit leidenschaftlicher Zustimmung die Position der Regierung einzunehmen, ungeachtet der Tatsache, welche Verdienste der Mann haben mochte, den wir attackierten.«[161]

Es ist verständlich, daß unter diesen Bedingungen die große Mehrheit der Häftlinge nach einiger Zeit äußerlich alle Anzeichen der Unterwerfung zeigt. Dies hat erst in zweiter Linie mit Eigenheiten der chinesischen Identität zu tun: Viele Vietminh-Angehörige, die in französische Kriegsgefangenschaft gerieten und insgesamt weniger unmenschlich behandelt wurden, reagierten auf die gleiche Politik der Umerziehung genauso.[162] Die Wirksamkeit der Umerziehung beruht auf der synergetischen Verbindung zweier starker psychischer Druckmittel: Zum einen wird der Häftling total infantilisiert, Partei und Gefängnisverwaltung übernehmen die Rolle von Vater und Mutter, der Häftling lernt in einer Beziehung totaler Abhängigkeit neu sprechen, gehen (mit gesenktem Kopf, im Laufschritt, der Wärter dirigiert ihn mit der Stimme), Hungergefühl und Körperfunktionen kontrollieren usw. Das zweite Druckmittel ist das Aufgehen in der Gruppe, in der jede Geste registriert wird, jedes Wort, die Gruppe wird zu einer Ersatzfamilie, während zugleich Kontakte zur echten Familie nahezu unmöglich gemacht werden und man die Ehefrauen zur Scheidung drängt, die Kinder zur Verleugnung ihres Vaters.

Doch wie tief reicht die Veränderung tatsächlich? In Schlagworten zu reden, wie ein Automat zu reagieren bedeutet zugleich, daß der einzelne ausgelöscht wird, daß er »psychischen Selbstmord«[163] begeht, und das dient dazu, sich vor Schikanen zu schützen, zu überleben. Die Vorstellung, daß man gewissermaßen durch eine Spaltung der Persönlichkeit einen eigenen Bereich bewahren kann, ist sicher zu optimistisch. Doch auch der Häftling, der endlich so weit ist, daß er Big Brother nicht mehr verachtet, handelt eher aus Nützlichkeitserwägungen denn aus Überzeugung. Pasqualini schreibt zwar, bis 1961 sei seine »Umerziehung so erfolgreich gewesen, daß [ich] aufrichtig glaubte, was die Wärter sagten«, doch er fügt sogleich hinzu: »Ich wußte auch sehr genau, daß es in meinem allergrößten Interesse war, mein Verhalten immer so nahe wie möglich am Buchstaben des Gesetzes auszurichten.«[164] Das Gegenbeispiel bot die ultra-maoistische Äußerung eines Zellenleiters, um seinen brennenden Arbeitseifer und seine Treue zum Regime unter Beweis zu stellen, müsse man verlangen, auch noch unterhalb der kritischen Temperatur von minus 15 Grad arbeiten zu gehen und noch vor der festgelegten Weckzeit aufstehen. Der Wärter unterbrach den Sermon

mit dem Verdikt, dies stünde »in totalem Gegensatz zur richtigen Lehre«[165]- und die Häftlinge waren augenscheinlich erleichtert. Wie so viele Chinesen glaubten sie ein wenig daran und waren in erster Linie darauf bedacht, keinen Ärger zu bekommen.

Kriminell, zwangsläufig kriminell

Wie bereits deutlich geworden sein dürfte, wird nie die Möglichkeit einer fälschlich erhobenen Anklage oder eines Freispruchs in Betracht gezogen. In China kommt man nicht in Haft, weil man schuldig ist, sondern man ist schuldig, weil man in Haft ist. Tatsächlich wird jede Verhaftung von der Polizei vorgenommen, einem Organ der »Volksregierung«, die wiederum von der kommunistischen Partei unter dem Vorsitz Mao Zedongs gelenkt wurde. Zweifel zu erheben, ob man zu Recht verhaftet wurde, bedeutet nach dieser Logik, sich der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao zu widersetzen und ein Stück mehr zu enthüllen, daß man in Wahrheit ein Konterrevolutionär ist. Nach derselben Logik kann ein Wärter ganz unten in der Hierarchie die Debatte über eine Lappalie mit dem empörten Satz beenden: »Was, du wagst es, dich der Volksregierung zu widersetzen!« Seine Verbrechen anzunehmen, sich in jeder Hinsicht zu unterwerfen: das ist der einzige erlaubte Weg. In der Zelle geht es dann weiter: »Du bist ein Konterrevolutionär. Das sind wir alle. Sonst wären wir nicht hier.«[166] Nach der wahnwitzigen Logik dieses in sich geschlossenen Argumentationskreislaufs muß der Angeklagte selbst die Gründe für seine Verhaftung zusammentragen (»Sage uns, warum du hier bist« ist oft die erste Frage, die bei der Untersuchung gestellt wird) und seine eigene Anklageschrift verfassen einschließlich eines Vorschlags zum »angemessenen« Strafmaß. Dazwischen liegen: immer neue Geständnisse (sobald ein ernsthaftes Problem auftaucht, muß von vorne begonnen werden), die Monate Arbeit in Anspruch nehmen, aus Hunderten von Seiten bestehen und Jahrzehnte des Lebens umfassen können, schließlich Verhöre, die sich in der Regel über lange Zeiträume hinziehen und bis zu dreitausend Stunden dauern können:[167] »Die Partei hat viel Zeit«, heißt es. Bei den Verhören wird häufig Schlafentzug eingesetzt (dessen Wirkung sich noch dadurch verschlimmert, daß das Studium gleichfalls oft nachts stattfindet), ferner die Drohung mit einer sehr schweren Strafe - mit anderen Worten: der Hinrichtung -, oder dem Häftling wird eine schreckenerregende funktionsfähige Folterkammer vorgeführt, und erst *nachträglich* erfährt er, daß es sich dabei um ein »Museum« handele.[168]

Physische Gewalt im eigentlich Sinn war selten, insbesondere im Zeitraum Mitte der fünfziger Jahre bis zur Kulturrevolution. Alles, was nach Folter aussehen konnte, Schläge und selbst Beschimpfungen, waren verboten, und die Häftlinge wußten es: eine »Entgleisung«, und sie hatten die einzigartige Gelegenheit, ihre Wärter zum Zittern zu bringen. Also blieb nur die Möglichkeit der Gewaltanwendung auf Umwegen, die nicht als solche

in Erscheinung trat: »Prüfungen« (bei denen Schläge *von anderen Gefangenen* geduldet wurden) oder das Einsperren in schrecklichen, ungeheizten und schlecht belüfteten Verliesen, die so eng waren, daß man sich kaum ausstrecken konnte und in denen die Häftlinge überdies dauernd angekettet oder mit Handschellen gefesselt wurden (oftmals mit den Händen hinter dem Rücken), was Körperpflege und Essen nahezu unmöglich macht. Der zu einem Tier erniedrigte, ausgehungerte Gefangene überlebte diese Strafe im allgemeinen nicht länger als eine Woche. Das Anlegen von sehr engen Handschellen über längere Zeiträume war die am häufigsten praktizierte Form der »Quasi-Folter«: Der Schmerz wird schnell unerträglich, die Hände schwellen an, die Einschnürung hinterläßt oft bleibende Spuren: »Spezielle Handschellen anzulegen und sie eng um die Handgelenke der Gefangenen zu schließen war eine in Maos Gefängnissen weit verbreitete Form der Folter. Es kam auch vor, daß die Häftlinge an den Fußgelenken mit Ketten gefesselt wurden. Manchmal schloß man die Handschellen an einen Gitterstab im Fenster, so daß der Häftling weder essen noch trinken, noch den Abort benutzen konnte. Das Ziel war, die Moral des einzelnen zu untergraben, indem man ihn erniedrigte. [...] Da die Volksregierung behauptete, alle Formen der Folter abgeschafft zu haben, nannte man dies offiziell ›Bestrafung‹ oder ›Überzeugung‹.«[169]

Widerstand gegen Mao

An dem Tag, als ich ins Krankenhaus zurückkehrte, brachte mir die Wärterin einen Federhalter und ein Tintenglas:

»Schreib deine Schuldbekenntnisse auf! Der Untersuchungsbeamte wartet.«

Ich nahm die Papierrolle, die der Untersuchungsbeamte mir hingelegt hatte, und ich sah, daß anders als 1966, als man mir leere Blätter gegeben hatte, um meine Autobiographie niederzuschreiben, die erste Seite diesmal in einem roten Rahmen unter der Überschrift »Oberste Direktive« ein Mao-Zitat trug: »Sie haben nur das Recht, fügsam und gehorsam zu sein, sie haben nicht das Recht, zu sprechen und zu handeln, wenn sie nicht an der Reihe sind.« Unten auf dem Blatt stand: »Unterschrift des Kriminellen.«

Beim Anblick der beleidigenden Bezeichnung »Krimineller« stieg Wut in mir auf, und ich faßte den Entschluß, meine Unterschrift nicht darunterzusetzen. Doch nach kurzem Nachdenken fiel mir ein Mittel ein, wie ich die Situation ausnutzen und den Maoisten ihre Schläge zurückgeben konnte.

Unter das Mao-Zitat zeichnete ich einen weiteren Rahmen und setzte gleichfalls »Oberste Direktive« darüber. Hinein schrieb ich ein anderes Mao-Zitat. Es stand nicht im *Kleinen Roten Buch,* sondern in seinem Aufsatz *Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk.* Es lautete: »Wo Konterrevolution ist, muß sie liquidiert werden; wo Fehler gemacht wurden, müssen sie korrigiert werden.« [...]

Ich gab das Papier der Wärterin, und noch am selben Nachmittag wurde ich zum Verhör bestellt.

Mit Ausnahme eines Militärs waren dieselben Männer im Zimmer, mit finsteren Mienen - worauf ich gefaßt war, da ich beschlossen hatte, mich ihrem Recht zu widersetzen, daß sie mich für schuldig befinden konnten, obgleich ich es nicht war. Ohne abzuwarten, daß sie es von mir verlangten, verneigte ich mich sofort vor dem Bildnis Maos. Das Zitat, das der Untersuchungsbeamte ausgewählt hatte und das ich laut vorlas, lautet: »Gegen die Hetzhunde der Imperialisten und gegen jene, die die Interessen der Landbesitzer und die reaktionäre Kuomintang-Clique vertreten, müssen wir diktatorische Macht anwenden, um sie zu unterdrücken. Sie haben nur das Recht, fügsam und gehorsam zu sein. Sie haben nicht das Recht, zu sprechen und zu handeln, wenn sie nicht an der Reihe sind.«

Das Papier, das ich abgeliefert hatte, lag vor dem Untersuchungsbeamten. Als ich mich hingesetzt hatte, schlug er mit der Faust auf den Tisch und schrie mir ins Gesicht:

»Was hat du da gemacht? Glaubst du, daß wir Scherze mit dir treiben?«

»Deine Haltung ist nicht ernsthaft«, sagte der alte Arbeiter.

»Wenn du deine Haltung nicht änderst«, bekräftigte der junge Arbeiter, »wirst du nie hier herauskommen.«

Bevor ich noch irgend etwas sagen konnte, warf der Untersuchungsbeamte meine Schilderung auf den Boden, wobei die Blätter auseinanderfielen, und stand auf

»Geh in deine Zelle zurück und fang von vorne an.«

Ein Wärter erschien und führte mich ab.[169]

Die Untersuchung hat das Ziel, das Geständnis des Angeklagten (was *de facto* als Beweis gilt) und Denunzierungen anderer zu erhalten. Die Denunzierungen bestätigen die »Ehrlichkeit« des Angeklagten und machen aus Polizeisicht den Wert seiner Aussage aus: Üblicherweise führen drei Denunzierungen zu einer Verhaftung, und so setzt sich die Reihe immer weiter fort. Mit einigen bereits erwähnten Ausnahmen werden die klassischen Polizeimethoden angewendet, um den Untersuchungshäftling zum Reden zu bringen: Man hält ihm Widersprüche in seinen Aussagen vor, behauptet, daß man bereits alles über ihn wisse, stellt seinem Geständnis andere Geständnisse oder Denunzierungen gegenüber. Denunzierungen können erpreßt werden oder spontan zustande kommen (in allen Städten gibt es »Briefkästen« für den Einwurf von Denunzierungen), und sie erfolgen so zahlreich, daß es sehr schwierig ist, ein bedeutsames Mosaiksteinchen der eigenen Vergangenheit zu verbergen. Pasqualinis Widerstand brach zusammen, nachdem er die Briefe gelesen hatte, die ihn denunzierten: »Es war eine schreckliche Offenbarung. Unter den Hunderten von Seiten fanden sich Denunziationsformulare, ausgefüllt von Kollegen, Freunden und allen möglichen Menschen, die ich höchstens ein- oder zweimal getroffen hatte [...] - wie viele Menschen hatten mich verraten, denen ich ahnungslos mein Vertrauen geschenkt hatte!«[170] Nien Cheng, die 1973, ohne gestanden zu haben, freigelassen wurde (ein außergewöhnlicher Vorgang, der offensichtlich mit

ihrer äußersten Standhaftigkeit zusammenhing, aber auch mit den Erschütterungen des Justiz- und Polizeiapparates durch die Kuhurrevolution), lebte später noch jahrelang inmitten von Verwandten, Freunden, Schülern und Bediensteten, die *alle* der Staatssicherheit über sie Bericht erstatten mußten und dies bisweilen auch zugaben; sie meinten, sie hätten keine andere Wahl.[171]

Am Ende der Untersuchung muß ein »wahrer Roman« über die Schuld des Angeklagten vorliegen, »eine Koproduktion von Verdächtigem und Richter«, der eine »semantische Verdrehung richtiger Tatsachen«[172] darstellt. Das »Verbrechen« muß tatsächlich mit dem realen Leben verbunden sein (es ist wirkungsvoller, wenn Ankläger wie Angeklagter zumindest ein wenig daran glauben, und vor allem erlaubt dies, »Komplizen« mit hineinzuziehen), das aber auf paranoide Weise vollkommen umgedeutet wird zu einer beständigen Demonstration radikaler, wütender politischer Opposition. So wird, wenn jemand in einem Brief, der ins Ausland geht, die Verringerung der Getreiderationen in Shanghai zur Zeit der Großen Sprungs erwähnt, daraus der Beweis für Spionage - selbst wenn die Zahlen von der offiziellen Presse veröffentlicht wurden und den Ausländern in der Stadt wohlbekannt waren.[173]

Die eigene Persönlichkeit aufgeben

Es dauert nicht lange, bis ein Gefangener sein Selbstvertrauen verliert. Im Laufe der Jahre hat Maos Polizei ihre Verhörmethoden perfektioniert und einen solchen Grad der Raffinesse erlangt, daß ich zweifle, ob irgend jemand, Chinese oder nicht, ihr widerstehen kann. Ihr Ziel ist nicht so sehr, Sie dazu zu bringen, daß Sie Verbrechen erfinden, die es nicht gibt, sondern Sie sollen einräumen, daß das ganz normale Leben, das Sie geführt haben, verdorben war, mit Schuld beladen und strafwürdig, da es ihrer Vorstellung, der Vorstellung der Polizei, vom Leben nicht entsprach. Grundlage ihres Erfolgs ist die Verzweiflung, die Wahrnehmung des Gefangenen, daß er ganz und gar, für immer und ohne jede Hoffnung seinen Kerkermeistern ausgeliefert ist. Er hat keine Verteidigungsmöglichkeit, denn seine Verhaftung ist der unumstößliche und unbestreitbare Beweis für seine Schuld. (Während meiner Jahre im Gefängnis habe ich einen Mann kennengelernt, der tatsächlich aus Versehen verhaftet worden war - er hatte den gleichen Namen wie der Gesuchte. Nach einigen Monaten hatte er alle Verbrechen des anderen gestanden. Als die Behörden den Irrtum entdeckten, kostete es sie alle erdenkliche Mühe, den Mann dazu zu bringen, daß er wieder nach Hause ging. Er fühlte sich dafür zu sehr schuldig.) Der Gefangene hat kein Recht auf einen Prozeß, nur auf eine strikt geregelte Zeremonie, die vielleicht eine halbe Stunde dauert. Er hat weder das Recht, sich einen Anwalt zu nehmen, noch Berufung einzulegen im westlichen Sinn des Wortes.[174]

Wenn das Urteil gesprochen ist, wird der Häftling in ein Arbeitslager gebracht (Staatsfarm, Bergwerk, Fabrik). Selbst wenn die Untersuchung in abgeschwächter Form weitergeht und die »Überprüfung«, damit sie nicht einschläft, von Zeit zu Zeit einen Beschuldigten belastet, ist das Entscheidende nun, daß gearbeitet wird: In der Floskel von der »Besserung durch Arbeit« ist zumindest einer der beiden Begriffe sehr ernst gemeint. Der Häftling wird in erster Linie danach beurteilt, ob er in der Lage ist, zwölf Stunden Fronarbeit täglich durchzuhalten, die um so härter sind, als sich die Verpflegung mit zwei mehr als leichten Mahlzeiten pro Tag nicht von der im Untersuchungsgefängnis unterscheidet. Das Zuckerbrot ist diesmal die Aussicht auf eine Extraration für »leistungsfähige Arbeiter«. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die Arbeitsnorm, die bereits deutlich über der Norm »draußen« liegt, noch überschritten wird. Die derart individualisierten Arbeitsergebnisse werden dann auch für die Zelle oder die Baracke aufgerechnet: Daraus resultieren kollektive Wettbewerbe (Ende der fünfziger Jahre heißen sie »Sputnikwerfer«), wer sich am meisten abrackert (16,18 Stunden ununterbrochen), um die Gefängnisverwaltung glücklich zu machen. Es gibt keinen Ruhetag, außer zu hohen Festen, dann allerdings muß man endlose politische Predigten über sich ergehen lassen. Die Kleidung ist mehr als unzureichend: Die Häftlinge tragen oft jahrelang die Sachen, die sie bei ihrer Verhaftung anhatten, Winterjacken werden nur in den Lagern der nördlichen Mandschurei ausgegeben, im chinesischen Sibirien, und die Vorschriften sehen nur die Ausgabe einer Garnitur Unterwäsche vor - pro Jahr.[175]

Die mittlere Essensration liegt zwischen 12 und 15 Kilogramm Getreide pro Monat (ein Gefangener, der im Ruf steht, ein »Drückeberger« zu sein, kann bis auf neun Kilogramm fallen): das ist weniger als in den französischen Kerkern der Restauration und sogar weniger als in den sowjetischen Lagern, ungefähr genausoviel wie in den vietnamesischen Lagern in den Jahren 1975 bis IQ??.[176] Der Vitamin- und Eiweißmangel erreicht kritische Ausmaße. Es gibt fast kein Fleisch, keinen Zucker, kein Öl, wenig Gemüse und Früchte - daher die häufigen Nahrungsmitteldiebstähle, jedesmal ein Vorwand für harte Bestrafungen, und die »Selbstverpflegung« (Jagd auf Kleintiere - Ratten zum Beispiel, die getrocknet gegessen werden - oder Sammeln von eßbaren Pflanzen) auf den Farmen. Die medizinische Versorgung ist minimal (außer bei ansteckenden Krankheiten), und Häftlinge, die zu schwach, zu alt oder zu verzweifelt sind, werden in regelrechte Sterbelager verlegt, wo die Hungerrationen so knapp bemessen sind, daß sie nicht mehr lange leben.[177] Der einzige Vorteil gegenüber den Untersuchungshaftanstalten ist die Atmosphäre: eine weniger strenge Disziplin und härtere, weniger furchtsame Gefangene, die eher einmal gegen die Vorschriften verstoßen, wenn der Wärter gerade nicht hinsieht, während sie sich formell an die befohlenen Sprach- und Verhaltensregeln halten. Kurzum, die Haftbedingungen sind menschlich erträglicher, und die Gefangenen können auf ein Minimum an Solidarität zählen.

Eine Hinrichtung ohne Gerichtsverhandlung im Laogai

Mitten unter uns stand der Friseur, in Ketten gelegt. Eine Schnur um seinen Hals, an seinem Gürtel festgezurrt, zog ihm den Kopf nach unten. Seine Hände waren hinter dem Rücken gefesselt, die Wärter stießen ihn nach vom, direkt vor uns. Dort blieb er stehen wie ein gefangener Sünder, während von seinen Füßen Dampf in kleinen Schwaden aufstieg. Yen hatte eine Ansprache vorbereitet.

»Ich habe euch etwas Schreckliches zu sagen. Es macht mir keine Freude, dies zu tun, und ich kann wahrhaftig nicht stolz darauf sein. Es ist meine Pflicht, und es soll eine Lehre für euch sein. Dieses faule Ei, das ihr da vor euch seht, kam wegen sittlicher Verfehlungen ins Gefängnis: Er hatte homosexuelle Beziehungen mit einem Jungen. Für dieses Verbrechen wurde er nur zu sieben Jahren Haft verurteilt. Später, während er in einer Papierfabrik arbeitete, war sein Verhalten weiterhin schlecht, und er hat mehrfach gestohlen. Seine Strafe wurde verdoppelt. Nun haben wir festgestellt, daß er während seines Aufenthalts hier einen jungen Gefangenen von 19 Jahren verführt hat - einen geistig zurückgebliebenen Gefangenen. Wenn dies in der Gesellschaft geschehen wäre, wäre er streng bestraft worden. Aber indem er seine Tat hier begangen hat, hat er nicht nur sittlich gefehlt, sondern er hat auch den Ruf des Gefängnisses und die große Politik der Besserung durch Arbeit besudelt. Deshalb wird euch angesichts seiner wiederholten Verbrechen der Vertreter des obersten Volkstribunals nun seine Strafe vorlesen.«

Der Mann in der blauen Uniform trat vor und las das düstere Dokument, eine Aufzählung der Verbrechen, die mit der Entscheidung des Volkstribunals endete: Todesstrafe, auf der Stelle zu vollziehen.

Alles geschah so plötzlich, daß ich nicht einmal die Zeit hatte, Schock oder Entsetzen zu empfinden. Der Mann in der blauen Uniform hatte noch nicht einmal das letzte Wort ausgesprochen, da war der Friseur schon tot. Der Wärter, der direkt hinter ihm stand, zog eine riesige Pistole und schoß ihm in den Kopf Ein Schwall von Blut und Gehirnmasse spritzte in die Luft und ging über den Häftlingen in den ersten Reihen nieder. Ich wandte die Augen von der schrecklichen Gestalt ab, die unter Zuckungen zur Erde stürzte, und übergab mich. Yen trat wieder vor und ergriff erneut das Wort:

»Dies möge euch eine Warnung sein. Ich wurde ermächtigt, euch zu sagen, daß man künftig in diesem Lager keine Nachsicht mehr an den Tag legen wird. Von heute an werden alle sittlichen Verfehlungen genauso bestraft werden. Und jetzt ab in eure Zellen, diskutiert über das, was soeben geschehen ist.«[178]

In dem Maße, wie der Gefangene innerhalb des Laogai-Systems aufsteigt, tritt somit der Aspekt, der die besondere Originalität des Systems ausmacht - die Betonung der Umerziehung - in den Hintergrund. Insofern gleicht sich der Lebensweg des einzelnen dem Weg des gesamten Landes an: Nach der Phase der »Perfektionierung« (1954 bis ungefähr 1965) des Laogai-Systems, in der Millionen Häftlinge sich in eifrige kleine Studenten verwan-

delten, die sich fast ohne Einwirkung von außen gegenseitig disziplinierten und gelegentlich gute und treue Kommunisten in Haft wurden, löste sich alles langsam auf, erodierte, verlor den hehren Anspruch. Diese Entwicklung fiel zum einen mit dem Zustrom einer immer größeren Zahl von oft sehr jungen Strafgefangenen zusammen, zum anderen mit der allgemeinen Demoralisierung der Kader des Regimes im Zuge der Kulturrevolution. Nach und nach lockerte der Apparat seinen Zugriff, gleichzeitig entstanden immer mehr Banden unter den Gefangenen. Gehorsam und Respekt gegenüber der Hierarchie wurden nicht mehr automatisch geleistet: Die Gefängnisverwaltung mußte sie entweder durch Zugeständnisse oder durch Gewaltanwendung durchsetzen, die in dieser Form neu war. Und die Gewaltanwendung erfolgte keineswegs mehr nur in einer Richtung. Auf der Strecke blieb dabei die angestrebte Reform des Denkens, die Erziehung zu freiwilliger Knechtschaft. Aber war der Widerspruch nicht von vornherein in dem System angelegt? Einerseits wurde an die Häftlinge appelliert, sie sollten sich über ihr altes Ich erheben, sich bessern, sich reinigen, zu der großen Masse der Proletarier stoßen, die einer strahlenden Zukunft entgegenging. Dem gegenüber stand die düstere Aussicht, ein ganzes Leben in Gefangenschaft verbringen zu müssen, ungeachtet aller Bemühungen, und, in den seltenen Fällen einer *echten* Entlassung, ein Geächteter zu bleiben, weil niemand sich von der Erbsünde reinwaschen kann. Kurzum, das Gerede über die unendliche Perfektibilität verbarg nur unzureichend die absolute Starre einer von Unentrinnbarkeiten beherrschten Gesellschaft - den Folgen eines Augenblicks der Verwirrung konnte man genausowenig entkommen wie dem Platz, an dem man geboren war. Dieser unerträgliche, unmenschliche Widerspruch sollte schließlich wesentlich zur Implosion der Gesellschaft während der Kulturrevolution beitragen und, da er ungelöst blieb, ihren Zusammenbruch herbeiführen.

Die Kulturrevolution: Anarchischer Totalitarismus (1966-1976)

Neben den viel zu wenig bekannten Greueln von astronomischen Ausmaßen während der Landreform und des Großen Sprungs nach vom könnten die 400000 bis eine Million Toten (die letztgenannte Zahl dürfte die wahrscheinlichere sein), die von den meisten Autoren für die Exzesse während der »Großen Proletarischen Kulturrevolution«[179] genannt werden, beinahe gering erscheinen. Daß gleichwohl die Kulturrevolution stärker als jede andere Episode der chinesischen Zeitgeschichte die gesamte Welt bewegt und sich in das Gedächtnis eingebrannt hat, rührt zum einen von ihrer äußersten Radikalität in Worten und manchmal auch in Taten her, zum anderen daher, daß Schauplatz der Kulturrevolution die Städte waren, daß sie Politik und Geistesleben betraf und daß sie im Zeitalter des Fernsehens stattfand, dem

sie eindrucksvolle Bilder von perfekt ablaufenden politischen Zeremonien voller anrührender Hingabe lieferte. Schließlich wurde die Kulturrevolution anders als die vorausgegangenen Kampagnen in China fast unmittelbar nach ihrem Abschluß offiziell verurteilt: Es gehörte zum guten Ton, daß man die Übergriffe der Roten Garden insbesondere auf alte Kader und kommunistische Funktionäre verurteilte - sehr viel weniger Worte verlor man über die Massaker der VBA in der anschließenden Phase der Wiederherstellung der »Ordnung«.

Ein erstes Paradox der Kulturrevolution ist das folgende: Nie schien der glühendste Extremismus dem Sieg näher, der anscheinend institutionell kanalisierte revolutionäre Prozeß erlebte einen gewaltigen neuen Schub, der in wenig mehr als einem Jahr beinahe alle Machtzentren weggefegt hätte, und dennoch blieb die Kulturrevolution nur eine Teilbewegung, beschränkt auf die städtischen Gebiete und die gebildete Jugend. Vielmehr entschied die »Gruppe Kulturrevolution beim ZK«[180] (GK) selbst - die ländlichen Gebiete hatten sich gerade erst vom Großen Sprung erholt, der Konflikt mit der UdSSR erreichte seinen Höhepunkt -, daß die zu der Zeit auf Atomwaffen konzentrierte wissenschaftliche Forschung, die Bauern und Armee unbehelligt bleiben sollten. Die Vorstellung der GK und vielleicht von Mao läßt sich mit der Formel beschreiben: Anlauf nehmen, um desto weiter zu springen. Kein Bereich von Gesellschaft und Staat sollte auf Dauer der revolutionären Mobilisierung entgehen. Aber die Masse der Landbewohner klammerte sich eisern an die von Liu Shaoqi gewährten »kleinen Freiheiten« *(siehe oben),* vor allem an das private Stück Land. Die Verteidigungs- und die Wirtschaftskraft durften auf keinen Fall zerstört werden: Die noch frische Erinnerung an den Großen Sprung ließ in dieser Hinsicht Vorsicht angeraten erscheinen. Vorrangig waren die Machtübernahme im intellektuellen und künstlerischen »Überbau« und die Eroberung der Macht im Staat. Das letztgenannte Ziel wurde indes nie vollständig erreicht. Die gesetzten Schranken wurden zwar bisweilen durchbrochen, doch aus den Dörfern, in denen nach wie vor die große Mehrheit der Chinesen lebte, wurden zumindest keine größeren Zusammenstöße und Massaker gemeldet. 64% der ländlichen Gebieten zugeordneten Vorfälle ereigneten sich im ländlichen Umfeld der großen Städte.[181] Allerdings gibt es aus der Schlußphase der »Wiederherstellung der Ordnung« Berichte über zahlreiche Exekutionen einzelner Dorfbewohner, die sich auf die falsche Seite gestellt hatten, oder Roter Garden aus der Stadt, die aufs Land geflohen waren. Schließlich ist ein großer Unterschied zu den Säuberungen der fünfziger Jahre darin zu sehen, daß es in der Kulturrevolution niemals das erklärte Ziel war, eine bestimmte Schicht der Bevölkerung auszurotten. Selbst die zunächst besonders stark betroffenen Intellektuellen standen nach kurzer Zeit nicht mehr in vorderster Schußlinie. Im übrigen entstammten die Verfolger vielfach derselben Schicht wie die Verfolgten. Die blutigsten Vorfälle waren in der Regel gewaltsame »Verirrungen«, die relativ spontan und auf lokaler Ebene vorkamen, ohne daß ein

größerer Plan dahintergestanden hätte. Selbst als die Zentrale militärische Operationen anordnete, die unweigerlich in Massakern endeten, handelte sie im wesentlich *reaktiv,* um eine außer Kontrolle geratene Situation wieder in den Griff zu bekommen: Insofern ist darin eher eine Parallele zur Niederschlagung der Demokratiebewegung im Juni 1989 zu sehen als zur Landreform, und die Kulturrevolution war vielleicht der erste Hinweis darauf, daß der chinesische Kommunismus, nachdem er an revolutionärer Schwungkraft eingebüßt hatte, in eine Sackgasse steuerte.

Das zweite Paradox führt auf dem Weg über den Umkehrschluß zu der Erklärung, warum die Kulturrevolution in der vorliegenden Darstellung dennoch zu Recht so breiten Raum einnimmt. Die Bewegung der Roten Garden war eine »repressive Rebellion«[182] (und ihre Niederschlagung war Repression in großem Stil). Es wurde bereits dargelegt, daß seit Ende der zwanziger Jahre die terroristische Dimension untrennbar zum chinesischen Kommunismus dazugehörte. In den Jahren 1966/67 hatten selbst die radikalsten Gruppen, die am lautesten zum Angriff auf die staatlichen Institutionen bliesen, immer ein Bein in eben diesen Institutionen, fanden dort ein offenes Ohr, zumindest beim Vorsitzenden Mao, dem Bezugspunkt in allen Dingen, der noch bei der kleinsten taktischen Entscheidung zu Hilfe gerufen wurde. Entsprechend der chinesischen Tradition, noch in der Rebellion der Logik der Macht zu folgen[183], überboten sie sich gegenseitig in Repressionsmaßnahmen. Sie kritisierten die Nachgiebigkeit der Herrschenden gegenüber dem Klassenfeind, stellten ihre eigenen rigorosen »Untersuchungs«-Trupps auf, ihre eigene Sittenpolizei, schufen eigene »Gerichte« und Gefängnisse. Während der gesamten Kulturrevolution »findet man den Kampf unten gegen oben, aber ›die unten‹ werden mobilisiert, gesteuert, kontrolliert, terrorisiert von einer Macht und einer Elite, die ihren Namen nicht zu nennen wagen«. Dieser Ablauf, daß eine Gruppe von Machthabern über die andere hinweg rollt, sie permanent nachahmt und sie zugleich mit Kritik und Schlägen überschüttet, ist repräsentativ für die »endgültige Ausprägung des Marxismus, [der] nach langer Suche schließlich aus der Verbindung von Rebellion und Herrschaft die dauerhafte Begründung des Politischen oberhalb von Staat und Gesellschaft gemacht hat«.[184] Natürlich ist dieser Weg nicht gangbar, denn ihm liegt eine Vorspiegelung falscher Tatsachen zugrunde, und somit ist die Enttäuschung derjenigen, die darin einen Sinn für ihre Rebellion gefunden hatten, vorprogrammiert: Das Prinzip »alles ändern, damit sich nichts ändert«, wie es der *Gepard* ausdrückte, fuhrt dazu, daß sowohl die Rebellion wie die Herrschaft in Frage gestellt wird. Für eine sehr kleine Minderheit geht der Weg konsequent weiter zur Mauer der Demokratie von 1979 mit ihrem kühnsten Denker Wei Jingsheng. In seinem bereits zitierten autobiographischen Bericht hebt er die letztlich tödlichen Widersprüche einer aus legitimer Unzufriedenheit erwachsenen Bewegung hervor: »Dieser Ausbruch von Wut nahm die Form des Tyrannenkults an und wurde in Richtung auf Kampf und Opfer für die Tyrannei gelenkt... [Dies] hat zu der pa-

radoxen, absurden Situation geführt, daß ein Volk sich gegen seine Regierung erhob, um sie besser zu schützen. Das Volk widersetzte sich dem hierarchischen System, das es unterjochte, und schwang zugleich das Banner der Begründer eben jenes Systems. Es forderte demokratische Rechte und betrachtete zugleich die Demokratie mit Geringschätzung, und es berief sich in dem Kampf um seine Rechte auf das Denken eines Despoten.«[185]

Eine ebenso vollständige Darstellung, wie sie von den vorausgegangenen Phasen der chinesischen Entwicklung gegeben wurde, ist bei der Kulturrevolution nicht möglich: Zwar wurde sehr viel und sehr viel Wichtiges darüber geschrieben - zu nennen sind insbesondere die Berichte von Beteiligten und Opfern -, dennoch wissen wir entschieden weniger darüber als über frühere Bewegungen. Vor allem aber handelt es sich dabei viel eher um eine tatsächliche Revolution (eine imitierte, abgebrochene fehlgeleitete oder Pseudorevolution, mag sein - aber auf jeden Fall um eine Revolution) als um eine weitere »Massenkampagne«. Repression, Terror und Verbrechen reichen zur Beschreibung des je nach Zeit und Ort sehr vielgestaltigen Phänomens nicht aus. Uns werden entsprechend dem Gesamtzusammenhang nur die Formen der Unterdrückung während der Kulturrevolution interessieren. Drei auch in zeitlicher Hinsicht deutlich abgegrenzte Kategorien lassen sich unterscheiden: die Angriffe auf Intellektuelle und politische Kader (schwerpunktmäßig in den Jahren 1966/67), die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Fraktionen der Roten Garden (1967-1968) und schließlich das brutale Durchgreifen der Militärs (1968). Mit dem IX. Kongreß der KPCh (1969) begann die Phase der - gescheiterten - Institutionalisierung bestimmter »Errungenschaften« von 1966 und insbesondere die Phase der Palastkämpfe um die absehbare Nachfolge Mao Zedongs. Die Konstellationen wechselten laufend: im September 1971 Ausschaltung des offiziell designierten Nachfolgers Lin Biao; 1973 Rückkehr Deng Xiaopings als stellvertretender Ministerpräsident und massenweise Reintegration hoher Kader, die wegen »Revisionismus« verstoßen worden waren; 1974 Angriff der »Linken« im Apparat; 1976 Versuch der von der Ehefrau des Vorsitzenden, Jiang Qing, angeführten »Vier von Shanghai«, die Zentrale zu übernehmen unter Ausnutzung des Vakuums, das in der kurzen Phase zwischen dem Tod des gemäßigten Ministerpräsidenten Zhou Enlai im Januar und dem Tod Mao Zedongs im September entstand; ab Oktober sind die Vier nur noch eine »Bande« und werden festgesetzt, und Hua Guofeng, für zwei Jahre Herr über das Land, erklärt die Kulturrevolution für beendet. Im Anschluß gehen wir auf die »grauen Jahre« (wie J.-L. Domenach diese Zeit nannte) ein, die der Auflösung der Roten Garden folgten: Die Repression war ohne Zweifel hart, aber im großen Ganzen schloß sie an die Gepflogenheiten der fünfziger Jahre an.

Die Akteure der Revolution

In der Kulturrevolution kamen ein Mann und eine Generation zusammen. Der Mann war natürlich Mao Zedong. Die Katastrophe des Großen Sprungs hatte ihn *im Herzen des Zentralapparats* getroffen, 1962 mußte er die tatsächliche Macht an den Staatspräsidenten Liu Shaoqi abgeben. Mao blieb damit nur das gewiß angesehene Amt des Parteivorsitzenden, und er zog sich auf das »Lehramt des Wortes« zurück, bei dem er keine Konkurrenz zu furchten hatte. Doch da er ein gewiefter Stratege war und die Aussicht fürchtete, noch zu seinen Lebzeiten zugleich auf ein Podest gehoben und politisch kaltgestellt zu werden, suchte er nach Kanälen, wie er wirkungsvoll Einfluß nehmen und seine grundlegenden Ziele durchsetzen konnte. Die Partei befand sich fest in der Hand von Liu und seinem Verbündeten, dem Generalsekretär Deng Xiaoping; diese Bastion mußte folglich von außen angegriffen werden. Die Regierung, die wie in allen kommunistischen Ländern der Partei untergeordnet war und sehr effektiv von dem intelligenten Opportunisten Zhou Enlai geleitet wurde, der zwar nicht aus Überzeugung, aber doch aus Vernunft einen gemäßigten Kurs steuerte, würde im Falle einer Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Fraktionen wohl ein neutrales Element darstellen. Mao war sich bewußt, daß er die Unterstützung der meisten Kader und Intellektuellen durch die Säuberungen 1957 und die Unterstützung der großen Masse der Landbewohner durch die Hungersnot 1959-1961 verloren hatte. Doch in einem Land wie dem kommunistischen China zählte eine passive, atomisierte und eingeschüchterte Mehrheit weniger als aktive Minderheiten in strategisch wichtigen Positionen. So stand an der Spitze der VBA seit 1959 Lin Biao, ein Vasall des Steuermannes: Er baute diese Position schrittweise zu einem alternativen Machtzentrum aus. Von 1962 an spielte es eine große Rolle in der Sozialistischen Erziehungsbewegung - einer schleichenden, gegen Rechte gerichteten Säuberung, bei der Sittenstrenge, Disziplin und Ergebenheit betont wurden, alles militärische Werte -, ab 1964 stellte das Militär mindestens ein Drittel aller neuen politischen Kader, und schließlich tat es sich mit der kleinen Gruppe Intellektueller und gescheiterter Künstler um Jiang Qing zusammen, deren Ziel die totale Vernichtung aller Kunst und Literatur war, die nicht im Einklang mit der Parteilinie stand. Für Studenten wurde die militärische Ausbildung obligatorisch, von 1964 an stellte die VBA bewaffnete Milizen in Fabriken, Wohnvierteln und ländlichen Kreisen entweder neu auf oder remobilisierte bestehende Milizen. Weder zu diesem noch zu einem späteren Zeitpunkt versuchte die Armee nach der Macht zu greifen: Die Kontrolle durch die Partei war zu engmaschig, und Lin Biao - von dem gemunkelt wurde, er sei heroinabhängig - war eine mittelmäßige Figur ohne eigene Ideen und ohne den erforderlichen politischen Rückhalt.[186] Doch mehr als je zuvor war die Armee zu dieser Zeit Maos »Lebensversicherung« oder, um es mit seinen eigenen Worten auszudrücken, seine Große Mauer.[187]

Der andere strategische Hebel, auf den Mao glaubte zählen zu können, war die bereits erwähnte Generation oder vielmehr der Teil dieser Generation, der Oberschulen, Hochschulen und Einrichtungen der beruflichen Bildung besuchte (einschließlich der Militärakademien, der einzigen Einrichtung der VBA, in der Einheiten der Roten Garden gebildet werden durften[187])- Die jungen Leute boten den enormen Vorteil, daß sie in den Städten konzentriert lebten, vor allem in den größten Städten, wo die Entscheidungen in den Machtkämpfen fallen würden: So gingen ein Viertel der Einwohner Shanghais noch zur Schule.[188] Die jungen Leute zwischen 14 und 24 Jahren waren um so mehr begeisterte Werkzeuge im Dienste Maos, als sich bei ihnen doktrinärer Fanatismus mit großer Frustration verband. Der Fanatismus hing damit zusammen, wie sie herangewachsen waren: Als erste Generation, die ihre Erziehung vollständig nach der Revolution von 1949 erhalten hatte, waren sie zugleich zu jung und zu sehr städtisch geprägt, um etwas über die Schrecken des Großen Sprungs zu wissen.[189] Liu und Konsorten bereuten mittlerweile bitter, daß sie den Großen Sprung nicht offiziell kritisiert hatten. Die Jungen wurden - mit Worten - vom Regime gehätschelt und glaubten irgendwann, sie seien für Mao jenes »weiße, unbeschriebene Blatt«, auf dem das glorreiche Heldenepos vom Aufbau des Kommunismus niedergeschrieben werden sollte, zumal der greise Tyrann ihnen versicherte, »die Welt gehört euch. Die Zukunft Chinas gehört euch«.[190] Die junge Generation begriff rasch, daß »die Partei unsere Mutter [ist] und unser Vater«[191], wie es später in einem Lied der Roten Garden hieß. Und wenn es einmal zu einem Konflikt um die Vaterschaft kam, war klar, wie die Entscheidung auszufallen hatte: gegen die leiblichen Eltern. So schildert Pasqualini, wie ein »unverschämter kleiner Bengel von elf oder zwölf Jahren« 1962 seinen Vater im Lager besuchte: »›Ich wollte nicht herkommen‹, plärrte er hochmütig, ›aber meine Mutter hat mich gezwungen. Du bist ein Konterrevolutionär und eine Schande für die Familie. Du hast der Regierung schweren Schaden zugefügt. Du verdienst es, daß du im Gefängnis bist. Ich kann nur sagen, daß du gut daran tätest, dich zu bessern, sonst wirst du bekommen, was du verdienst. ‹ Selbst die Wärter waren über seine Tirade entsetzt. Der Gefangene kehrte tränenüberströmt (was verboten war) in seine Zelle zurück und murmelte: ›Wenn ich das gewußt hätte, hätte ich ihn am Tag seiner Geburt erdrosselt.‹ Tien[192] verlor kein Wort über den Vorfall, machte nicht einmal einen Vorwurf «[193] Im Jahre 1966 war der Junge etwa fünfzehn - genau das richtige Alter für einen Rotgardisten. Die jüngsten waren immer besonders gewalttätig, besonders darauf versessen, ihre Opfer zu demütigen.

Aber zugleich fühlten diese zu roten Robotern dressierten jungen Leute sich vielfach frustriert. Ihr Heldenmut wurde frustriert, und während die Eltern unablässig von ihren Großtaten während der Revolution oder im Krieg erzählten, spielten die Kinder Langer Marsch, Gründung der ersten roten Basen oder, bei den ersten Zusammenstößen 1966-1968, antijapanische Guerilla; Einmal mehr wiederholte sich die Geschichte, um es mit Mao aus-

zudrücken, aber diesmal als Farce. Da den Jungen die klassische Literatur vorenthalten wurde und ihre übervorsichtigen Lehrer, die mit knapper Not die Ausrichtungsbewegung von 1957 überstanden hatten, nicht einmal in Ansätzen Diskussionen zuließen, bauten sie auf ihre eigenen kümmerlichen Kenntnisse - im wesentlichen die Werke von Mao, vermengt mit einer Prise Lenin - und kritisierten im Namen der Revolution das graue Einerlei, zu dem die Institutionalisierung der Revolution geführt hatte. Die meisten Oberschüler stammten aus »schwarzen« Schichten und mußten den Hürdenlauf immer neuer Auswahlverfahren und Quotenfestsetzungen mitmachen, bei denen es ausschließlich um den Klassenhintergrund ging, und viele waren frustriert, weil sie keinerlei reale Chance hatten, jemals einen ihrer Leistung, ihrem Wert und ihrem Ehrgeiz angemessenen Arbeitsplatz zu finden: Die Eliteeinrichtungen des Bildungswesens, in denen die Kinder von »Schwarzen« oft die Mehrheit darstellten, waren daher sehr häufig besonders revolutionär. Die offizielle Öffnung der Roten Garden für »schlechte Elemente«, die von der GK am 1. Oktober 1966 beschlossen wurde[194], gab der Kulturrevolution bedeutend Auftrieb.[195]

Die Zulassung Roter Garden in den Fabriken am 16. November und in den Dörfern am 15. Dezember markierte die nächste wesentliche Ausweitung der Bewegung. Bei dieser Gelegenheit wurden auch alle seit Beginn der Kulturrevolution (Mai 1966) gefällten negativen politischen Urteilssprüche über Arbeiter aufgehoben. Die Gunst der Stunde nutzend, versuchten die derart Rehabilitierten oft alle Stigmata loszuwerden, die sie als »Rechtsabweichler« auswiesen, und die Vernichtung aller Geheimdossiers zu erwirken, in denen die Meinungen und »Irrtümer« eines jeden festgehalten waren. Zwei Gruppen von Industriearbeitern schlossen sich der Masse der Oberschüler und Studenten an: einmal die »rückwärtsgewandten Elemente« und andere aus politischen Gründen Diskriminierte (aber letztlich war alles politisch...) unabhängig davon, wie alt sie waren, und dann die Saisonarbeiter und Tagelöhner ohne feste Anstellung und ohne gewerkschaftlichen Schutz (folglich auch ohne soziale Absicherung), überwiegend junge Leute, welche die Mehrheit des neuen Proletariats in den großen Fabriken bildeten und Lohnerhöhungen sowie feste Arbeitsverträge forderten.[196] Hinzuzählen müssen wir noch eine erkleckliche Schar junger Funktionäre, die in der Kulturrevolution eine unverhoffte Gelegenheit sahen, rasch Karriere zu machen, sowie ehemaliger Funktionäre, die aus dem einen oder anderen Grund abgestraft worden waren und nun nach Rache dürsteten[197], und schließlich nicht wenige Opportunisten, die jederzeit bereit waren, mit den gerade herrschenden Wölfen zu heulen (und sie bei erster Gelegenheit zu verraten): All dies ergab eine bunt zusammengewürfelte Koalition der Unzufriedenen, die, getrieben von Haß und dem Wunsch, sozial aufzusteigen, alle Autoritäten attackierten - in der Schule, in der Fabrik, in den Büros... Doch da sie trotz allem nur eine Minderheit darstellten - 20% der Stadtbewohner, umgerechnet auf das gesamte Land ein sehr viel

geringerer Prozentsatz -, konnten sie nur Erfolg haben, soweit der Staat durch Angriffe aus der Zentrale gelähmt und die VBA durch Weisungen der Zentrale gefesselt war: Letzten Endes lag die Entscheidung somit bei Mao, er öffnete und schloß die Schieber vor den revolutionären Fluten, und manchmal war auch er ratlos angesichts des Tempos, mit dem sich die Kräfteverhältnisse veränderten, und angesichts der von Ort zu Ort vollkommen unterschiedlichen Konstellationen, zumal er immer nach einem Weg suchte, Rebellion und Machterhaltung zu versöhnen. Als schließlich die »Rebellen« - der Oberbegriff für die verschiedenen Richtungen - »die Macht übernahmen« (oder eher, als sie sich die Macht übertragen ließen: es genügte die Übergabe der Siegel), gewannen rasch die Widersprüche in ihren Reihen und ihre egoistischen Bestrebungen die Oberhand, und das führte zu erbitterten, häufig bewaffneten Kämpfen zwischen Fraktionen, die sich nicht anders definieren konnten als dadurch, daß sie *gegen* etwas waren.[198]

Die Stunde des Triumphs der Roten Garden

Die 1966 von den »revolutionären Rebellen«, vorwiegend Oberschülern und Studenten, begonnenen Verfolgungen stehen symbolisch für die gesamte Kulturrevolution. Doch tatsächlich flöß dabei wenig Blut, und die Schikanen der jungen Leute waren auch nicht sonderlich neu: Sie erinnerten sehr an die Verfolgungen der Intellektuellen in den fünfziger Jahren, mit ein wenig mehr Sadismus und jugendlichem Ungestüm. Man kann die Frage stellen, ob im Jahre 1966 der Ausbruch der Gewalt spontaner erfolgte. Ohne Zweifel wäre die Vorstellung absurd, daß Mao und seine Leute in jedem Trupp der Roten Garden persönlich die Fäden gezogen hätten. Aber Triebfeder der Angriffe auf Wang Guangmei, die Ehefrau des Staatspräsidenten Liu Shaoqi, war die Eifersucht von Jiang Qing, der Ehefrau des Großen Steuermannes.[199]Liu selbst wurde erst dann zur »Selbstkritik« gezwungen und ins Gefängnis geworfen (wo er nach Folterungen starb), als Mao ihn für hinreichend isoliert befand; umgekehrt wurde Zhou Enlai zwar hart kritisiert, aber nicht gedemütigt. Besonderes Aufsehen erregten die Fälle, bei denen an der Spitze des Staatsapparates alte Rechnungen mit Hilfe der Roten Garden beglichen wurden: Kampfgemeinschaften, die teilweise noch vor die Zeit des Langen Marsches zurückreichten, zerbrachen; massenweise wurden kommunistische Funktionäre Opfer von Säuberungen (60 % wurden aus ihren Ämtern vertrieben, viele einige Jahre später, noch vor Maos Tod im September 1976, wieder zurückgeholt: Deng Xiaoping ist dafür das beste Beispiel). Doch selbst dabei muß man den Aspekt der Gewaltanwendung relativieren: Anders als in der stalinistischen Sowjetunion der dreißiger Jahre überlebten die meisten hohen Funktionäre und Kader die Schikanen. Nur ein wenig bekannter Minister für Kohleindustrie wurde von den Roten Garden zu Tode geprügelt, Hinrichtungen auf der Grundlage eines Urteils gab es auf allerhöchster Ebene nicht. Liu starb geistig umnachtet 1969; Peng Dehuai

wurden im Juli 1967 bei einem »Kampf« zwei Rippen gebrochen, er starb 1974 an Krebs; Außenminister Chen Yi wurde heftig attackiert und 1969 »aufs Land hinuntergeschickt«, fand aber Mittel und Wege, nach dem Tod von Lin Biao wieder auf die Bildfläche zurückzukehren, wenig später starb er an einer Krankheit. Ein besonders dramatischer - und besonders früher - Fall war der des Ministers für Staatssicherheit Luo Ruiqing, der im November 1965 im Rahmen einer Säuberung Kang Sheng weichen mußte. Er kam 1966 ins Gefängnis und trug bei dem Versuch, sich aus dem Fenster zu stürzen, eine so schwere Verletzung am Fuß davon, daß der Fuß schließlich 1969 amputiert werden mußte. Die gefährliche Operation wurde immer wieder hinausgezögert, weil man ihm zuvor noch ein Geständnis abpressen wollte - und trotz allem überlebte er Mao. Die Haftbedingungen der Opfer der Kulturrevolution waren zwar qualvoll und demütigend, aber doch weniger hart als die jener Millionen von Häftlingen, die sie einst in das Laogai-System geschickt hatten; insbesondere kamen sie in den Genuß einer zumindest minimalen medizinischen Versorgung.[200]

Die Übergriffe der Roten Garden gingen in den Städten und an den Universitäten in ganz China nach dem gleichen traurigen Muster vonstatten. Alles begann am 1. Juni 1966 damit, daß im Radio eine Wandzeitung mit großen Schriftzeichen *(dazibao)* von Nie Yuanzi verlesen wurde, einer Philosophie-Assistentin an der Beida-Universität in Peking (der renommiertesten Universität des Landes). Sie rief zum Kampf auf und verteufelte den Gegner: »Zerschlagen wir alle Kontrollen und die unheilbringenden Komplotte der Revisionisten, entschlossen, radikal, total, vollständig! Vernichten wir alle Ungeheuer, alle Revisionisten vom Schlage eines Chruschtschow!«[201] Millionen Schüler und Studenten organisierten sich daraufhin und fanden in ihren Lehrern, ihren Dozenten an den Universitäten, dann auch in den Verantwortlichen der Stadt- und Provinzverwaltungen, die den Bedrängten zu Hilfe kommen wollten, mühelos »Ungeheuer und Dämonen«, die es zu verfolgen galt. Mit einer gewissen Phantasie bezeichnete man sie als »böse Geister«, »kuhäugige Gespenster« oder »Reptilienköpfe«. Qi Benyu, der Extremist in der GK, sagte am 18. Juli 1967 über Peng: »Die Giftschlange bewegt sich nicht, aber sie ist noch nicht tot. Der Papiertiger Peng Dehuai tötet, ohne mit der Wimper zu zucken. Er ist ein Kriegsherr. Laßt euch von seiner Haltung, der einer unbeweglichen Eidechse, nicht täuschen. Er stellt sich nur tot. Das ist sein Instinkt. Auch die Insekten und die Tiere haben einen Selbsterhaltungstrieb, ganz zu schweigen von diesem fleischfressenden Raubtier. Werft ihn nieder und zertretet ihn.«[202] Diese phantasievollen Beschreibungen müssen sehr ernst genommen werden, denn in erster Linie ging es darum, jede menschliche Regung zu ersticken, um kein Mitgefühl aufkommen zu lassen. Wir wissen mittlerweile, daß solche Schmähungen das Vorspiel zum »Kampf« waren und häufig zum Tod führten: Der Aufruf, »alle Ungeheuer zu vernichten«, der die Bewegung an der Universität Peking auslöste, war keine leere Parole. Der »Klassenfeind«,

kenntlich gemacht mit Schildern, Kopfbedeckungen und bisweilen lächerlichen Kleidungsstücken (vor allem Frauen), zu grotesken (und schmerzhaften) Posen gezwungen, das Gesicht mit schwarzer Tinte verschmiert, auf allen Vieren bellend wie ein Hund, sollte seine Menschenwürde verlieren. Ein Lehrer namens Ma (»Pferd«) mußte Gras fressen. Ein alter Universitätslehrer sagte über einen seiner Studenten, der einen seiner Kollegen zu Tode geprügelt hatte: »Ich kann beinahe verstehen, wie das passierte. Alle Eigentümer waren Feinde. Wirklich, sie waren keine Menschen mehr. Man konnte Gewalt gegen sie anwenden. Das war normal.«[203] Im August 1967 stieß die Pekinger Presse Beschimpfungen aus: Die Antimaoisten waren »Ratten, die auf den Straßen herumlaufen, tötet sie, tötet sie«.[204] Die gleiche Form der Entmenschlichung hatte es bereits während der Landreform 1949 gegeben: So wurde ein Landbesitzer vor einen Pflug gespannt und mit der Peitsche vorwärts getrieben. »Du hast uns wie Tiere behandelt, nun sei du unser Zugtier!« schrien die Bauern.[205] Mehrere Millionen solcher »Tiere« wurden umgebracht. Einige wurden sogar verspeist: mindestens 137 in Guangxi, vor allem Schulleiter, unter Beteiligung lokaler KP-Kader. Manche Rotgardisten ließen sich Menschenfleisch in der Schulkantine servieren, das kam offensichtlich auch in einigen Verwaltungen vor. Harry Wu berichtet, daß ein Angehöriger der Staatssicherheit das Gehirn eines Mannes aß, der im Laogai hingerichtet worden war. Er hatte sich des ungeheuerlichen Verbrechens schuldig gemacht, den Satz zu schreiben: »Stürzt den Vorsitzenden Mao.«[206]

Es läßt sich nicht eindeutig sagen, was jeweils die Roten Garden - deren wichtigste Waffe lange Zeit der breite Ledergürtel war - am stärksten antrieb: Sie schienen ständig zwischen einem echten Wunsch nach gesellschaftlicher Veränderung und dem Vergnügen an einem Happening in einem besonders heißen Sommer hin und her zu schwanken, und auch die konformistische Vorsicht desjenigen, der keinen Ärger haben will, spielte eine Rolle - da Passivität bedeutete, daß man als Revisionist angesehen wurde, was blieb also anderes übrig... Widersprüche gab es von Anfang an zuhauf: Unaufhörlich wurde die sehr vereinfachende Parole wiederholt, »es ist immer richtig zu revoltieren«, die Mao am 18. August geprägt hatte (und in der man anscheinend nach die »tausend Strömungen« des Marxismus zusammenfassen konnte), doch gleichzeitig verordneten die Roten Garden sich einen regelrechten Kult - oder er wurde ihnen verordnet - um den Vorsitzenden und seine Werke (das berühmte *Rote Buch).* Vor allem traf letztlich allein die Zentrale die Entscheidung, *wer* in den Genuß des *Rechts auf Revolte* kam (die Feinde selbstverständlich nicht, sie waren nur dazu geschaffen, Opfer zu sein) und *wann* die Erlaubnis genutzt werden durfte. Die Folge war eine erbitterte Konkurrenz zwischen unterschiedlichen Organisationen der Roten Garden um das kostbare Gütesiegel »links«. Man behauptete, »die Führungsstäbe unter Feuer« zu nehmen - aber die Armeeführung unter Lin Biao hielt ihre Hand über die Roten Garden, und die Spitze des Ministeriums für

Verkehr sorgte dafür, daß sie im Herbst 1966 in Konvois, die absolute Priorität hatten, kostenlos durch ganz China kutschiert wurden. Rechtfertigung für diese Reisen war »Erfahrungsaustausch«, aber rasch entwickelten sie sich zu berauschenden Besichtigungstouren für junge Leute, die noch nie aus ihrer Heimatstadt herausgekommen waren. Absoluter Höhepunkt einer solchen Reise war die kollektive Begegnung mit Mao, die zu Tränenausbrüchen führte (bei den Mädchen obligatorisch), Bekundungen eines wahrhaft religiösen Eifers und gelegentlich auch zu tödlichem Gedränge.[211]

Am 18. Mai hatte Mao klar gesagt: »Wir wollen keine Freundlichkeit, wir wollen den Krieg.« Und so verwandelte sich der Rotgardist Song Binbin (»Song der Freundliche«) eilends in Song Yaowu (»Song will den Krieg«[212]). Der neue Minister für Staatssicherheit, Xie Fuzhi, aus dem engeren Kreis um Jiang Qing erklärte Ende August vor einer Versammlung von Polizeikadern: »Wir können uns nicht nach den üblichen Verfahrensweisen richten, wir können uns nicht an das Strafgesetzbuch halten. Wenn ihr Leute verhaftet, die andere Leute geschlagen haben, begeht ihr einen Fehler... Sollen Rotgardisten, die töten, bestraft werden? Ich meine, wenn Menschen getötet werden, nun ja, dann werden sie eben getötet, das ist nicht unser Problem... Ich heiße es nicht gut, wenn die Massen töten, aber wenn die Massen schlechte Menschen so sehr hassen, daß wir sie nicht aufhalten können, dann lassen wir sie gewähren... Die Volkspolizei muß auf der Seite der Roten Garden stehen, sich mit ihnen verbinden, mit ihnen sympathisieren, ihnen Informationen liefern, insbesondere über die fünf schlechten (schwarzen) Elemente.«[213] Der Kampf war somit zunächst mit keinem großen Risiko verbunden: Angesichts eines von widerstreitenden Strömungen zerrissenen und von Maos Wagemut eingeschüchterten Parteiapparates, der die Bewegung nicht zu verurteilen wagte, waren die Intellektuellen und alles, was zu ihrer Welt gehörte (Bücher, Gemälde, Porzellan, Bibliotheken, Museen, Kulturdenkmäler) eine leichte Beute, die alle an der Macht beteiligten Gruppen bereitwillig zum Abschuß freigaben.

Der Anti-Intellektualismus hatte, wie bereits erwähnt, eine lange Tradition in der KPCh, Mao verkörperte ihn besonders gut. Die Roten Garden wiederholten nur seine Worte: »Die Kapitalistenklasse ist die Haut, die Intellektuellen sind die Haare, die auf der Haut wachsen. Wenn die Haut stirbt, gibt es keine Haare mehr.«[214] Die Funktionäre sprachen das Wort »Intellektueller« niemals aus, ohne das Adjektiv »stinkender« hinzuzufügen. Jean Pasqualini berichtet folgenden Verweis eines Wärters, nachdem er sich beim Verlassen des Schweinestalls die Sandalen abgewischt hatte: »Dein Gehirn ist viel dreckiger als das, und es stinkt noch viel mehr! Hör sofort auf! Das ist eine bürgerliche Gewohnheit. Reinige lieber dein Gehirn!«[215] Zu Beginn der Kulturrevolution erhielten die Schüler und Studenten ein kleines Kompendium von Mao über das Erziehungswesen. Darin verdammte er das Wissen von Lehrern, die nicht in der Lage seien, »die fünf Getreide Sorten zu unterscheiden«, und die »um so dümmer werden, je mehr sie lernen«. Er

predigte die Verkürzung der Ausbildung und die Abschaffung der Selektion durch Prüfungen: Die Universität müsse Rote hervorbringen, keine »Experten«, und müsse in erster Linie Personen aufnehmen, die von Geburt »rot« seien.[216]

Die meisten Intellektuellen hatten schon zwei- oder dreimal Selbstkritik mitgemacht, und so war ihr Wille zum Widerstand gering. Stundenlang, bis zur vollkommenen Erschöpfung, standen alte Schriftsteller in der »Flugzeug«-Position vor jungen Leuten, die sie beschimpften; mit Eselskappen auf dem Kopf wurden sie durch die Straßen getrieben; oft wurden sie hart geschlagen. Manche starben, noch mehr begingen Selbstmord, so der große Schriftsteller Lao She im August und der Balzac- und Mallarme-Übersetzer Fu Lei im September. Teng To wurde umgebracht, Wu Han, Chao Shu-li und Liu Ching starben in Haft, Pa Kin lebte jahrelang unter Überwachung.[217] Ding Ling wurden Manuskripte mit der Arbeit von zehn Jahren weggenommen und vemichtet.[218] Die Scharfrichter-»Rebellen« legten einen bedrückenden Sadismus und Fanatismus an den Tag. Von der Universität Xiamen (Fujian) wurde berichtet: »Einige [Professoren] konnten die Kritik- und Angriffsversammlungen nicht ertragen, sie wurden krank und starben, praktisch unter unseren Augen. Ich empfand nicht das geringste Mitleid mit ihnen, auch nicht für die paar, die sich aus dem Fenster stürzten, und genausowenig für den einen, der sich in eine unserer berühmten heißen Quellen stürzte und bei lebendigem Leib gekocht wurde.«[219] Ungefähr ein Drittel der Lehrkräfte wurde »niedergekämpft« (in den Grundschulen von ihren Kollegen), sehr viel mehr wurden in Angst und Schrecken versetzt.

Bei der Kampagne gegen die »Vier Alten« (alte Ideen, alte Kultur, alte Sitten, alte Gebräuche), die Ein Biao am 18. August eingeleitet hatte, bereiteten sich die Städte auf die Ankunft der Roten Garden vor, wie man sich auf einen heraufziehenden Taifun vorbereitet: Tempel wurden verbarrikadiert (dennoch wurden viele zerstört, oft öffentlich niedergebrannt, oder schwer beschädigt), kostbare Gegenstände wurden versteckt. Wand- und Deckengemälde zu ihrem Schutz übertüncht, Bücher ausgelagert. Rotgardisten verbrannten die Kulissen und Kostüme der Peking-Oper, künftig sollten nur noch die »Revolutionsopern mit zeitgenössischen Themen« von Maos Ehefrau aufgeführt werden, zehn Jahre lang waren sie praktisch die einzige zugelassene Form künstlerischer Darbietung. Selbst die Große Mauer wurde teilweise zerstört: Man verwendete die Ziegel zum Bau von Schweineställen. Zhou ließ daraufhin den Kaiserpalast von Peking teilweise ummauern und von Truppen schützen.[220] Die verschiedenen religiösen Kulte waren hart betroffen: Die Mönche der berühmten buddhistischen Tempelanlage in den Wutai-Bergen wurden vertrieben, alte Manuskripte wurden verbrannt, die sechzig Tempel der Anlage teilweise zerstört. Koranausgaben der Uiguren in Xinjiang wurden öffentlich verbrannt, es war verboten, das chinesische Neujahrsfest zu feiern... Die traditionelle chinesische Fremdenfeindlichkeit erreichte bestürzende Ausmaße: Auf manchen Friedhöfen schändeten

die Roten Garden »Imperialisten«-Gräber[221] die Ausübung der christlichen Religion war weitgehend verboten, die englischen und französischen Inschriften am Bund, der Uferstraße von Shanghai, wurden herausgeschlagen. Nien Cheng, Witwe eines britischen Staatsangehörigen, bot einer Rotgardistin, die zur »Hausdurchsuchung« gekommen war, eine Tasse Kaffee an, und mußte sich daraufhin anhören: »Warum müssen Sie ein ausländisches Getränk trinken? Warum müssen Sie ausländische Nahrungsmittel essen? Warum haben Sie so viele ausländische Bücher? Warum sind Sie *so* ausländisch? «[222] Die Rotgardisten, diese Kinder, die es so tragisch ernst meinten, hielten es für richtig, alle »Ablenkungen revolutionärer Energie«, seien es Katzen, Vögel oder Blumen, zu verbieten (künftig war es *konterrevolutionär,* wenn man im Garten Blumen pflanzte), und nur eine Intervention des Ministerpräsidenten verhinderte, daß *rote* Ampeln das Zeichen für »weitergehen« wurden. In den Großstädten - vor allem in Shanghai - schoren Rotgardisten-Trupps allen Menschen mit langen oder pomadisierten Haaren die Köpfe, rissen hohe Absätze ab, schlitzten spitze Schuhe auf und zwangen die Geschäfte, sich »passend« umzubenennen: die alten Einwohner Shanghais waren verwirrt, weil es auf einmal Hunderte von Geschäfte mit dem Namen »Roter Osten« gab, die ausschließlich Bilder und Werke des Großen Steuermannes ausstellten.[223] Wer sich widersetzte, riskierte, daß sein Geschäft mit einem Mao-Bild versiegelt wurde, das auf keinen Fall zerrissen werden durfte, weil dies ein Sakrileg gewesen wäre. Rotgardisten hielten Passanten auf der Straße an und ließen sie ein Mao-Zitat frei nach ihrer Wahl rezitieren.[224] Viele Menschen trauten sich nicht mehr aus dem Haus.

Am schlimmsten für die Millionen »schwarzer« Familien waren jedoch die Hausdurchsuchungen der Roten Garden. Die Suche nach »Beweisen« für angebliche Verbrechen mischte sich mit der Beschlagnahme von Geld und Gold für die lokalen Behörden, für die eigene Organisation... oder für die eigene Tasche und mit schlichtem Vandalismus. Die Roten Garden zerschlugen, plünderten und konfiszierten oft die ganze oder einen Teil der Wohnung. Demütigungen, Beschimpfungen, Schläge gehörten regelmäßig zu den Durchsuchungen dazu. Manche Opfer wehrten sich, was ihnen schlecht bekam; ein Anfing von Verachtung, eine spöttische Bemerkung, die Weigerung, das Versteck der »Schätze« zu verraten, und es hagelte Schläge, nicht selten tödliche, alles in der Wohnung wurde kurz und klein geschlagen.[225] Gelegentlich, allerdings selten, gab es auch Tote unter den Roten Garden. Meist wurden die Opfer mehrfach »besucht« und von verschiedenen Organisationen: Um ihr Gesicht zu wahren, nahmen die letzten »Besucher« auch noch den kläglichen Rest mit, den ihre Vorgänger den »abgesetzten« Kapitalisten großzügig zum Überleben gelassen hatten. In dieser Situation dürfte die größte Zahl von Toten wohl auf das Konto von Selbstmorden gegangen sein, aber präzise Zahlenangaben sind unmöglich: Viele Morde wurde als Selbstmord getarnt.

Immerhin gibt es Zahlen für Teilbereiche: In Peking sollen dem »roten Terror« 1700 Menschen zum Opfer gefallen sein, 33 600 Wohnungen sollen beschlagnahmt, 84000 Schwarze aus der Stadt gejagt worden sein.[226] In Shanghai belief sich die Zahl der beschlagnahmten Wohnungen demnach auf 150000, 32 Tonnen Gold sollen konfisziert worden sein. In der großen Industriestadt Wuhan (Hubei) wurden bei 21 000 Hausdurchsuchungen 32 Menschen zu Tode geprügelt, weitere 62 begingen Selbstmord.[227] Bisweilen gab es blutige Exzesse, so etwa im Kreis Daxing südlich der Hauptstadt, wo innerhalb von fünf Tagen 325 Schwarze und Familienmitglieder von Schwarzen getötet wurden: Das älteste Opfer war 80 Jahre, das jüngste 38 Tage. Ein Arzt wurde als »Mörder eines Roten« hingerichtet, weil sein »Rebellen«-Patient an einem Penizillinschock gestorben war.[228] In der Verwaltung gab es breitangelegte und nicht selten tödliche »Untersuchungen« - gelegentlich wurden sie von als Rotgardisten verkleideten Polizisten durchgeführt. Die Säuberung im Ministerium für Staatssicherheit führte zu 1200 Hinrichtungen, im Zuge der Ermittlungen gegen Liu Shaoqi wurden 22000 Personen verhört, viele kamen ins Gefängnis, 60% der Mitglieder des Zentralkomitees (das so gut wie niemals zusammengetreten war) und drei Viertel der Provinzparteisekretäre wurden abgesetzt (und in der Regel ins Gefängnis geworfen). Insgesamt wurden während aller Phasen der Kulturrevolution drei bis vier Millionen Funktionäre (von rund 18 Millionen) in Haft genommen und 400 000 Militärangehörige - obwohl die Bildung Roter Garden in der VBA verboten war.[229] Bei den Intellektuellen wurden 142 000 Lehrkräfte, 53 000 Techniker und Wissenschaftler, 500 Professoren der Medizin, 2600 Schriftsteller und bildende Künstler verfolgt, viele wurden umgebracht oder in den Selbstmord getrieben.[230] In Shanghai, wo die Berufs- und Herkunftskategorien besonders häufig waren, gegen die sich der Haß der Roten Garden richtete, sollen nach offiziellen Angaben aus dem Jahre 1978 bei Übergriffen während der Kulturrevolution 10000 Menschen eines gewaltsamen Todes gestorben sein.[231]

Verblüffend wirkt auf uns, wie leicht diese jungen Leute, die kaum Rückhalt bei den übrigen Bevölkerungsschichten fanden, Ende 1966 und Anfang 1967 hohe Parteiverantwortliche angreifen konnten. Sie wurden in Pekinger Sportstadien »kritisiert« oder gar zu Tode gefoltert wie der Parteiverantwortliche von Tianjin und der Bürgermeister von Shanghai. Ihn hängten Rotgardisten an den Ausleger eines Straßenbahnreparaturwagens, und auf alle Schläge und Aufforderungen zur Selbstkritik antwortete er nur: »Lieber verrecken!«[232] Es gibt dafür nur eine Erklärung: Das entscheidende Element - Mao, die Zentrale -, womöglich sogar die Mehrheit im Parteiapparat stand auf der Seite der »Revolutionäre«, und ein Schritt wie die am 26. Juli 1966 verfügte Schließung aller Einrichtungen der höheren Bildung und Hochschulen für ein halbes Jahr (sie wurde verlängert) ermutigte die 50 Millionen Schüler und Studenten zur Rebellion. Ohne Beschäftigung, mit der Garantie, daß sie nicht bestraft werden würden, selbst wenn sie Menschen töteten

(das waren »Unfälle«), beständig bestärkt durch die offiziellen Medien wer hätte ihnen in den Weg treten können?

Ihr erstes Pogrom

[...] Mittags um zwölf, als ein paar von uns gerade von einem Bad im See zurückkamen, hörten wir in der Nähe des Schultors Rufe und Schreie. Einige Kameraden rannten uns entgegen und riefen: »Der Kampf hat begonnen! Der Kampf hat begonnen!«

Ich rannte hinein. Auf dem Sportplatz und weiter drinnen, vor einem neuen, dreistöckigen Schulgebäude, sah ich einige Reihen von Lehrern, insgesamt ungefähr vierzig oder fünfzig; ihre Köpfe und Gesichter waren mit schwarzer Tinte Übergossen, so daß sie tatsächlich einer »schwarzen Bande« glichen. Um den Hals hatten sie Zettel hängen, auf denen stand: »Reaktionäre akademische Autorität Sowieso«, »Klassenfeind Sowieso«, »Kapitalistischer Wegbereiter Sowieso«, »Korrupter Rädelsführer Sowieso«; alle diese Bezeichnungen entstammten den Zeitungen. Auf jedem Zettel war ein rotes Kreuz, so daß die Lehrer aussahen wie verurteilte Häftlinge, die auf ihre Hinrichtung warteten. Sie trugen alle hohe Narrenkappen aus Pappe, die mit ähnlichen Sprüchen bepinselt waren, hielten schmutzige Besen, und auf ihren Rücken baumelten Schuhe und Putzlumpen.

An ihren Hälsen hingen mit Steinen gefüllte Eimer. Ich erblickte den Rektor. Sein Eimer war so schwer, daß der Draht tief ins Fleisch schnitt; er wankte. Alle waren barfuß. Sie mußten um den Sportplatz gehen, auf zerbrochene Gongs oder Töpfe schlagen und rufen: »Ich bin der schwarze Verbrecher Sowieso!«

Schließlich knieten sie alle nieder, zündeten Räucherstäbchen an und baten Mao um »Vergebung für ihre Verbrechen«. Ich war erstarrt bei dem Anblick der Szene und merkte selbst, wie ich bleich wurde. Einige Mädchen waren der Ohnmacht nahe.

Nachher folgten Schläge und Folterungen. Ich hatte nie vorher solche Folterungen gesehen: Kot und Ungeziefer essen, elektrischen Schocks ausgesetzt werden, auf Glasscherben knien müssen, an Armen und Beinen »wie ein Flieger« aufgehängt werden.

Diejenigen, die ohne zu zögern sofort die Stöcke nahmen und Folterungen ausführten, waren die Schultyrannen, die als Kinder von Parteikadern und des Militärs zu den fünf roten Klassen gehörten, zu einer Gruppe, die außerdem Kinder von Arbeitern, von armen und mittleren Bauern und von Märtyrern der Revolution einschloß. [...] Sie waren Grobiane, prahlten mit der Position ihrer Eltern herum und suchten ständig Streit mit anderen Schülern. Im Unterricht waren ihre Leistungen so schlecht, daß sie nahe daran waren, von der Schule zu fliegen; und dafür haßten sie wahrscheinlich die Lehrer.

Von den Anstiftern ermutigt, schrien auch die anderen Schüler »Schlagt sie!« und fielen über die Lehrer her und bearbeiteten sie mit Faustschlägen und Fußtritten. Diejenigen, die später gekommen waren, mußten mit geballten Fäusten hinter ihnen bleiben und konnten sie nur durch Rufen anfeuern.

Dieses Schauspiel war keineswegs seltsam. Die jugendlichen Schüler wa-

ren normalerweise friedlich und anständig, aber wenn einer den ersten Schritt machte, mußten alle zwangsläufig folgen. [...]

Doch der schwerste Schlag, den ich an diesem Tag erlebte, war der Mord an meinem hochverehrten und am meisten geliebten Lehrer Chen Ku-teh.

Lehrer Chen, der über sechzig Jahre alt war und unter hohem Blutdruck litt, wurde um 11.30 Uhr herausgezerrt und mehr als zwei Stunden lang der stechenden Sommersonne ausgesetzt, dann mußte er mit den anderen die Parade mitmachen, einen Zettel tragen und den Gong schlagen. Darauf wurde er in den ersten Stock eines Schulgebäudes hinauf gezerrt und wieder herunter gejagt und dabei unaufhörlich mit Fäusten und Besenstielen geschlagen. Im ersten Stock liefen einige seiner Angreifer in ein Klassenzimmer, um ein paar Tragstangen aus Bambus zu holen, um ihn damit noch mehr zu schlagen. Ich hielt sie auf und bat: »Nicht, das dürft ihr nicht tun! Das ist zuviel!«

Er wurde mehrere Male ohnmächtig, aber immer wieder mit kaltem Wasser, das man ihm ins Gesicht schüttete, zum Bewußtsein gebracht. Er konnte seinen Körper kaum mehr bewegen. Seine Füße waren durch Glasscherben und Dornen ganz zerfetzt. Sein Geist war ungebrochen. Er rief: »Warum bringt ihr mich nicht um? Tötet mich!«

Dies dauerte sechs Stunden an, bis er seine Exkremente nicht mehr bei sich behalten konnte. Sie versuchten, ihm einen Stock in den After zu schieben. Er brach zum letztenmal zusammen. Wieder Übergossen sie ihn mit kaltem Wasser, aber es war zu spät. Die Mörder waren für einen Augenblick benommen, denn dies war wahrscheinlich das erste Mal, daß sie einen Menschen zu Tode geprügelt hatten, so wie wir zum ersten Mal Zeugen einer solchen Szene wurden. Die Leute begannen, einer nach dem anderen, wegzulaufen. [...] Sie zerrten den Leichnam vom Platz in eine Bretterhütte, wo die Lehrer immer Tischtennis gespielt hatten. Dort legten sie ihn auf eine schmutzige Turnmatte und riefen den Schularzt.

»Prüfen Sie sorgfältig, ob er an zu hohem Blutdruck gestorben ist. Sie dürfen ihn nicht in Schutz nehmen!«

Der Arzt untersuchte ihn und stellte Tod durch Folter fest. Einige von ihnen packten den Arzt und begannen auch ihn zu schlagen.

»Warum atmen Sie die Luft mit derselben Nase ein wie er? Wollen Sie enden wie er?«

Schließlich schrieb der Arzt auf den Totenschein: »Tod durch plötzlichen hohen Blutdruck eingetreten.«[233]

Die Revolutionäre und ihr Meister

Verklärte Legende: Lange Zeit hielt man im Westen die Roten Garden für Verwandte, ein wenig fanatischere freilich, ihrer Zeitgenossen, der revoltierenden Studenten von 1968.[234] Düstere Legende: Seit dem Sturz der Vier von Shanghai gelten die Roten Garden in China als quasi-faschistische Hilfstruppen einer Bande politischer Abenteurer. Die Realität war deutlich anders: Die »Rebellen« sahen sich selbst als gute maoistische Kommunisten,

denen jegliche Vorstellung von Demokratie und Freiheitlichkeit denkbar fern war - und dieses Bild traf im wesentlichen auch zu. Bis auf den fehlenden demokratischen Zentralismus - was letztlich nach kaum zwei Jahren zum Ende der Bewegung führte - waren sie so etwas wie eine eigentümliche »zweite kommunistische Partei«, und dies zu einem Zeitpunkt, an dem die innerparteilichen Spannungen die erste vollständig lahmten. Als Gruppe, die bereit war, für Mao zu sterben, ideologisch ebenso wie menschlich mit Lin Biao und vor allem mit Jiang Qings GK verbunden, kamen sie nur als Alternative für die Stadt- und Provinzparteiorganisationen in Frage, die zur Zielscheibe von Angriffen aus der maoistischen Zentrale geworden waren, und als Hilfstruppe für Abrechnungen im Zentrum der Macht, in Peking. Die ungeheure Energie dieser zig Millionen junger Leute brach sich in ausschließlich destruktiver Weise Bahn: In den freilich kurzen Phasen, in denen sie an die Hebel der Macht gelangten, machten sie keinerlei Gebrauch davon, in keinem irgendwie ins Gewicht fallenden Punkt veränderten sie die Grundprinzipien des herrschenden Totalitarismus. Die Roten Garden behaupteten oft, sie ließen sich vom Vorbild der Pariser Kommune des Jahres 1871 leiten, aber die Wahlen, die sie organisierten, waren nie auch nur ansatzweise frei und offen: Alles wurde durch kleine selbsternannte Apparate entschieden; Machtwechsel fanden ausschließlich im Handstreich statt, dies allerdings laufend innerhalb der Organisationen[235] und der Verwaltungseinrichtungen, über die sie die Kontrolle gewonnen hatten. Darüber hinaus mag es zwar viele individuelle »Befreiungsakte« gegeben haben, und manche soziale Forderungen in den Fabriken konnten durchgesetzt werden[236]: Doch um so tiefer war häufig der Fall, 1968...

Mit dem kommunistischen Apparat waren die Roten Garden durch unzählige Bande verknüpft. Im Juni und Juli 1966 schickten die Gruppe um Liu Shaoqi und die untergeordneten Provinzparteiorganisationen Trupps in die wichtigsten Bildungseinrichtungen. Sie schufen die ersten »schwarzen Verliese« für »niedergekämpfte« Lehrer und leiteten die Gründung der ersten Roten Garden ein. Zwar wurden diese Trupps offiziell Anfang August im Rahmen von Maos Handstreich im Zentralkomitee wieder zurückgezogen, doch in manchen Fällen übten sie weiterhin Einfluß auf die lokalen Organisationen aus.[237] Auf jeden Fall hatten sie wesentlichen Anteil daran, daß gegen Lehrer und Verantwortliche des Bildungswesens Gewalt angewendet wurde, und sie bahnten den Weg für die Bewegung gegen die Vier Alten. Diese Bewegung wurde von den lokalen Behörden gefördert und *de facto* von der Polizei gelenkt, sie stellte Listen von Kandidaten für eine Hausdurchsuchung zusammen und verwahrte Beweisstücke ebenso wie konfiszierte Gegenstände: Mit Überraschung und Freude erhielt Nien Cheng 1978 einen Großteil des Porzellans zurück, daß man ihr zwölf Jahre zuvor weggenommen hatte. Die Opfer waren oft dieselben, gegen die sich auch schon in früheren Kampagnen die Angriffe gerichtet hatten, dazu noch ein paar Funktionäre der mittleren Ebene, die geopfert wurden, um die wahren Machthaber zu schützen.

Die Ausweitung der Bewegung auf die Fabriken und Maos Flucht nach vom, als er spürte, daß sein Ziel - die Ausschaltung seiner Gegner im Parteiapparat - ihm zu entgleiten drohte, führten vielerorts zu Zusammenstößen zwischen Rebellen und Verwaltungen oder Provinzparteiorganisationen. Doch zum einen verstanden es die letzteren, zu ihrer Unterstützung mächtige Massenbewegungen von sogenannten »Fortsetzern« zu mobilisieren, die allerdings nur schwer von den der maoistischen Linie näher stehenden Rebellen zu unterscheiden waren. Zum anderen suchten die mancherorts recht unabhängigen Rebellen ihr Heil in einer möglichst engen Anlehnung an das »Super-Zentralkomitee«, zu welchem mittlerweile die GK mit Kang Sheng als machtvoller grauer Eminenz geworden war: Spezielle Trupps sorgten für die Verbindung zu Peking (am Anfang waren es häufig Studenten in der Hauptstadt), von dort kamen Ratschläge und schwarze Listen (unter anderem mit den Namen von zwei Dritteln der ZK-Mitglieder), im Gegenzug erwartete man Untersuchungsergebnisse und Beweise und versorgte die wertvollen Verbündeten mit den kostbaren »guten Etiketten«, die so lange als magischer Schild gegenüber der VBA wirkten.[238] Die Rebellen waren genauso Teil der Staatsmaschinerie wie die Fortsetzer: nur handelte es sich nicht um die gleiche Maschinerie. Es kann nicht genug betont werden, daß zwischen all diesen Gruppen und Fraktionen in der Frage der Repression totale Übereinstimmung bestand - ein offenkundig großer Unterschied zu revolutionären Bewegungen im Westen. Wenn das Laogai-System kritisiert wurde (das im übrigen von den Wirkungen der Kulturrevolution kaum betroffen war), nahm man an seiner »Laschheit« Anstoß: Nien Cheng registrierte deutlich die Veränderung, nachdem brutale und unmenschliche neue maoistische Wärterinnen gekommen waren. Hua Linshan, ein ultralinker Rebell, der einen offenen Kampf gegen die VBA führte, besetzte den Maschinensaal einer zu einem Lager gehörigen Fabrik, um dort Waffen zu produzieren. Doch »während unseres gesamten Aufenthalts blieben [die Häftlinge] in ihren Zellen, und wir hatten praktisch keinen Kontakt mit ihnen«.[239] Die Roten Garden, für die Entführungen ein wichtiges Kampfmittel waren, unterhielten ihr eigenes Netz von Gefängnissen, in jeder Schule, in jeder Verwaltungseinrichtung, in jeder Fabrik gab es einen Kerker: In solchen »Ställen«, »Höhlen« oder euphemistisch als »Studierklassen« bezeichneten Verliesen wurde unermüdlich eingesperrt, verhört, gefoltert, und das mit viel Einfallsreichtum und Phantasie. So erinnert sich Ling an eine informelle »Gruppe für psychologische Studien« an seiner Oberschule: »Wir vermieden es, von den Folterungen zu sprechen, aber wir betrachteten sie als eine Kunst. [...] Schließlich kamen wir zu dem Schluß, daß unsere Untersuchungen nicht wissenschaftlich genug waren. Es gab viele Methoden, die wir nicht ausprobieren konnten.«[240] Eine »radikale« Miliz in Hangzhou, die hauptsächlich aus ehemals verfolgten Schwarzen bestand, hielt in ihren drei Verhörzentren im Durchschnitt tausend Personen gefangen; 23 Personen verurteilte sie wegen Verleumdung ihres Leiters Weng Senhe; die Arbeiter unter den Milizio-

nären erhielten drei Tage Urlaub für einen Tag bei der Miliz sowie kostenlose Mahlzeiten.[241] Es ist auffallend, daß in allen Berichten von ehemaligen Rotgardisten die Unterdrückungsmethoden so breiten Raum einnehmen, daß soviel die Rede ist von Gegnern, die zusammengeschlagen, vorgeführt, gedemütigt wurden, und dies anscheinend ohne daß jemand Widerstand geleistet hätte. Ebenso bezeichnend ist, daß während der Kulturrevolution ehemalige Häftlinge erneut festgenommen und bereits aufgehobene Einstufungen als Rechtsabweichler wieder bestätigt wurden, daß Ausländer und Überseechinesen systematisch in Haft kamen und daß man sich neue Ungeheuerlichkeiten bei der Bestrafung ausdachte: So mußte etwa eine Tochter nach dem Tod ihres Vaters an seiner Stelle den Rest seiner Strafe verbüßen.[242] All dies zeigt, daß zwar die Zivilverwaltung erheblich in Mitleidenschaft gezogen war, die Laogai-Verwaltung aber freie Hand hatte. War es also eine Generation von Rebellen oder eine Generation von Kerkermeistern?[243]

In ideologischer Hinsicht schafften es nicht einmal so radikale und so sehr auf theoretische Fundierung bedachte Rebellengruppen wie die Shengwulian in Hunan[244], sich aus dem maoistischen Bezugssystem zu befreien. Freilich waren die Gedanken des Vorsitzenden so vage[245] und seine Reden so widersprüchlich, daß jeder etwas Passendes darunter finden konnte: Fortsetzer wie Rebellen hatten ihren jeweiligen Bestand an Zitaten - oftmals dieselben in unterschiedlicher Interpretation. In dem seltsamen Land, das China während der Kulturrevolution war, konnte ein Bettler einen Diebstahl mit einem Mao-Wort über gegenseitige Hilfe rechtfertigen[246] und ein Schwarzarbeiter, der Ziegel entwendet hatte, jegliche Skrupel mit dem Hinweis beiseite wischen: »Die Arbeiterklasse muß ihre Führung in allen Bereichen ausüben.«[247] Gleichwohl gab es einen unverzichtbaren harten Kern: die Heiligung von Gewalt[248] sowie die Radikalität des Klassenkampfes und seiner politischen Konsequenzen. Wer sich an die vorgegebene Linie hielt, konnte im übrigen tun, was er wollte. Die Rebellen waren auch gar nicht in der Lage, sich von der offiziellen Propaganda zu entfernen, vielmehr ahmten sie deren schwerfälligen, hölzernen Duktus nach, und sie zögerten nicht, schamlos die Massen ebenso wie ihre eigenen Genossen in der Organisation zu belügen.[249]

Als besonders schwerwiegend muß wohl der Konsens über die in den fünfziger Jahren *(siehe oben)* erfolgte und während der Kulturrevolution weiter verschärfte »Kastenbildung« angesehen werden. Die Entwicklung hätte auch anders verlaufen können: Wie bereits gesagt, öffnete die GK, um das Feuer anzufachen, die Roten Garden für Schwarze, und die Schwarzen strömten hinein. Natürlich schlossen sie sich den Rebellen an (von den Roten Garden an den Oberschulen von Kanton waren 45 % Kinder von Intellektuellen), während 82 % der Fortsetzer in der großen südlichen Metropole Abkömmlinge von Kadern und festangestellten Arbeitern waren. Die Rebellen, die auch auf Arbeiter ohne Festanstellung bauten, waren die natürlichen

Gegner der politischen Kader, die Fortsetzer konzentrierten ihre Angriffe auf die Schwarzen. Doch da zum Weltbild der Rebellen die Kluft zwischen sozio-politischen Kategorien gehörte und da sie sich vom Makel ihrer Geburt in der falschen Kategorie befreien wollten, attackierten sie mit besonderer Härte die Fortsetzer und wandten sich gegebenenfalls auch gegen Schwarze, während sie zugleich inständig hofften, daß ihre eigenen Eltern verschont bleiben würden. Zu alledem übernahmen sie auch die neue Vorstellung von der *Erblichkeit der Klassenzugehörigkeit.* Als erste hatten sie die Roten Garden in Peking vertreten - mehrheitlich Kinder von Kadern und Militärangehörigen -, und sie war nie offiziell zurückgewiesen worden. Diese Sicht kommt beispielsweise in dem folgenden bemerkenswerten Marschlied zum Ausdruck:

> *» Wenn der Vater tapfer ist, ist der Sohn ein Held. Wenn der Vater ein Reaktionär ist, ist der Sohn ein Arschloch. Wenn du ein Revolutionär bist, dann komm und geh mit uns, Wenn du keiner bist, dann hau ab.*
>
> *[…]*
>
> *Kommt und zeigt euch!*
> *Wir werden euch aus eurer beschissenen Stellung vertreiben!*
> *Töte! Töte! Töte!*[250]

Ein Mädchen mit der »richtigen Geburt« merkte dazu an: »Wir sind *rot geboren !*[251] Wir sind im Bauch unserer Mütter Rote geworden. Und ich sage es dir ganz offen: Du bist schwarz geboren. Was willst du machen?«[252] Die Verwandlung der Kategorien in Rassemerkmale hatte verheerende Folgen. Zhai Zhenhua, den breiten Ledergürtel in der Hand, Schimpfwörter auf den Lippen, zwang die schwarze Hälfte seiner Klasse, die Gedanken Mao Zedongs zu studieren: »Um sich zu retten, mußten sie erst lernen, sich für ihre schreckliche Abstammung und die ihrer Eltern zu schämen und ihre Eltern zu hassen.«[253] Ein Beitritt zu den Roten Garden kam für sie selbstverständlich nicht in Frage. Am Bahnhof von Peking patrouillierten Rotgardisten, verprügelten Gardisten mit »falscher Geburt« und schickten sie nach Hause. In der Provinz war man toleranter. Schwarze rückten oft in Leitungspositionen auf. Dennoch wurden immer diejenigen mit dem besten familiären Hintergrund bevorzugt: »Schweinchens[254] ›Klassenhintergrund‹ war hervorragend, und das bedeutete eine besondere Qualifikation: Sie stammte aus einer Familie von Maurern und rühmte sich, daß ihre Familie über die letzten drei Generationen kein Dach über dem Kopf gehabt habe.«[255] In den verbalen Zusammenstößen tauchte das Argument der Geburt dauernd auf, ohne daß es je Widerspruch dagegen gegeben hätte. Hua Linshan, ein besonders militanter Rebell, wurde buchstäblich aus einem Zug mit eher konservativen Rotgardisten hinausgeworfen: »Bis heute steht mir noch sehr lebhaft vor Augen, daß sie meine physische Gegenwart als Beleidigung, als Makel emp-

fanden. [...] Ich fühlte mich, als wäre ich etwas Schmutziges.«[256] Bei Kundgebungen standen stets die »Fünf Roten« (Kategorien) an der Spitze.[257] Die Apartheid erstreckte sich auf die gesamte Gesellschaft: Bei einer Wohnviertelversammlung im Jahre 1973 setzte sich Nien Cheng aus Versehen zum Proletariat. »Als hätten sie einen elektrischen Schlag erhalten, rückten die Arbeiter, die mir am nächsten saßen, unverzüglich ihre Schemel von mir ab, und auf einmal saß ich ganz allein in dem überfüllten Raum.« Daraufhin schloß sie sich einer Gruppe von Frauen an, »die ausschließlich aus Angehörigen der Kapitalistenklasse und Intellektuellen bestand, den Unberührbaren der Kulturrevolution«.[258] Sie betont, daß weder die Polizei noch die Partei eine solche strikte Trennung angeordnet hatten.

Vom Ausbruch der Richtungskämpfe bis zur Vernichtung der Rebellen

Die zweite Phase der Bewegung begann im Januar 1967, in dem Augenblick, als sich die Machtfrage stellte. Die maoistische Zentrale wußte, daß im Konflikt mit der ehemaligen Liu-Shaoqi-Führung der Punkt überschritten war, von wo aus es keinen Weg zurück mehr gab. Zwar waren die Gefolgsleute Liu Shaoqis in Peking besiegt, aber in dem meisten Provinzen verfügten sie noch über mächtige Bastionen. Um ihnen endgültig den Todesstoß zu versetzen, mußten die Rebellen in den Provinzen die Macht an sich reißen. Die Armee, der wichtigste Trumpf, würde nicht eingreifen: die neuen Truppen des Großen Vorsitzenden würden somit freie Bahn haben. Im Januar kam aus Shanghai das Signal zum Losschlagen, und überall wurden die Stadtverwaltungen und regionalen Parteiorganisationen ohne Schwierigkeiten gestürzt. Nun ging es nicht mehr darum, zu kritisieren, sondern die Rebellen mußten regieren. Und damit nahm das Verhängnis seinen Lauf: Die Spannungen zwischen rivalisierenden Rebellengruppen, zwischen Studenten und Arbeitern[259] zwischen Arbeitern mit festen Verträgen und Tagelöhnern, führten fast auf der Stelle zu heftigen Zusammenstößen, von denen ganze Städte betroffen waren. Nicht selten kamen Schußwaffen zum Einsatz, mindestens aber die breiten Ledergürtel oder Dolche. Die maoistische Führung hatte nun die Macht in Griffweite, doch sie schreckte davor zurück: Die Industrieproduktion brach ein (in Wuhan ein Rückgang um 40% im Januar[260]), es gab keine Verwaltungsstrukturen mehr, einzelne Gruppen entzogen sich der Kontrolle und richteten sich eigene Machtpositionen ein. China brauchte dringend kompetente Verantwortliche in allen Bereichen: Die große Mehrheit derjenigen, die aus ihren Stellungen verjagt worden waren, mußte zurückgeholt werden. Die Fabriken mußten die Produktion wiederaufnehmen, die Bildungseinrichtungen konnten nicht unendlich lange geschlossen bleiben. So stellte sich ab Ende Januar die Wahl: entweder eine neue Machtstruktur einzurichten, ausgehend von den Revolutionskomitees (RK), nach dem Prinzip »drei in einem« - Bündnis von Rebellen, ehemali-

gen Kadern und der VBA -, oder die Roten Garden langsam hinauszudrängen (oder vielmehr in die Klassenzimmer zurückzudrängen), wobei gegebenenfalls der andere, seit einem halben Jahr ruhende bewaffnete Arm Maos zum Einsatz kommen müßte: die Armee.

Somit stand für die Rebellen der Tarpejische Fels direkt neben dem Kapitol... Die Kulturrevolution barg freilich viele Überraschungen. Im April war die Ordnung bereits so weitgehend wiederhergestellt, daß es Mao beunruhigte: Die Fortsetzer und in ihrem Gefolge die im Januar Abgesetzten drängten überall wieder nach vorn, und mancherorts gingen sie gefährliche Allianzen mit Garnisonen der VBA ein, so etwa in Wuhan, wo die Rebellen in alle Richtungen auseinanderliefen. Als Reaktion erfolgte ein neuer Schwenk nach links, verstärkt im Juli, nachdem die Militärs von Wuhan zwei Tage lang Abgesandte der GK festgenommen hatten. Doch wie jedes Mal, wenn die maoistischen Roten Garden wieder Aufwind verspürten, brach eine neue Welle von Gewalt und an Anarchie grenzenden Richtungskämpfen los - und nicht überall gelang die Einsetzung von Revolutionskomitees. Darum erhielt im September die VBA die Erlaubnis, von ihren Waffen Gebrauch zu machen (bis dahin hatte sie ohnmächtig zusehen müssen, wenn ihre Waffenarsenale geplündert wurden), und die Rebellen wurden erneut fallengelassen. 1968 wiederholte sich teilweise der Verlauf des Jahres 1967: Im März war Mao beunruhigt, und die Linken wurden - allerdings zurückhaltender als im Jahr zuvor - ermutigt. Daraufhin flammten die Auseinandersetzungen erneut auf, gewalttätiger als im Jahr zuvor, und im Juli wurden die Rebellen zum Schweigen gebracht, diesmal endgültig.

Viel hing darum von Maos Unentschlossenheit ab, der sich einem schrecklichen, unentrinnbaren Dilemma gegenüber sah: entweder linkes Chaos oder rechte Ordnung. Alle Beteiligten warteten gespannt auf seine neueste Anweisung und hofften, daß sie in ihrem jeweiligen Sinne sein würde. Eine kuriose Situation: Die Todfeinde waren alle bedingungslose Gefolgsleute ein und desselben lebendigen Gottes. Als die mächtige Fortsetzer-Gruppe »Million Helden« in Wuhan im Juli 1967 erfuhr, daß ihr die allerhöchste Gunst entzogen worden war, gab sie folgende Erklärung ab: »Egal ob wir von den Entscheidungen der Zentrale überzeugt sind oder nicht, wir müssen uns fügen und sie uneingeschränkt ausführen.« Die Gruppe löste sich unverzüglich auf.[261] Es gab indes keine verbindliche Auslegung, und auf die offiziell bestellten Exegeten - die Parteigremien - hörte niemand so recht: Insofern herrschte häufig Verwirrung über die wahren Absichten der Zentrale, denn daß sie selbst so unentschlossen war, wollte man nicht glauben. Im übrigen hatte das ständige Hin und Her zur Folge, daß über kurz oder lang jeder einen Grund hatte, Rache zu nehmen, denn die jeweiligen Sieger kannten keine Großmut.

Zu diesen äußeren Faktoren, welche die Gewalt verschärften, kamen noch zwei innere Faktoren der Organisationen, insbesondere der Rebellenorganisationen, hinzu. Gruppeninteressen und Eigeninteressen einzelner wurden

niemals demokratisch entschieden, und dies führte dauernd zu neuen Spaltungen. Zynische »politische Unternehmer« versuchten aus ihrer Hausmacht Kapital zu schlagen und lokale Machtpositionen zu besetzen, zugleich pflegten sie ihre Verbindungen zur jeweiligen regionalen Führung der VBA: Viele schlossen sich zuletzt der Viererbande an und endeten als Provinztyrannen. Die Fraktionskämpfe verloren immer mehr ihren politischen Charakter und wurden zu reinen Auseinandersetzungen zwischen denen, die die Macht hatten, und jenen, die an ihre Stelle treten wollten.[262] Am Beispiel des Laogai-Systems wurde bereits deutlich, daß im kommunistischen China der Ankläger immer recht hatte, denn er konnte sich mit passenden, unanfechtbaren Zitaten und Parolen wappnen. Wer sich verteidigte, verschlimmerte fast ausnahmslos seine Lage. Die einzige wirksame Gegenstrategie bestand folglich darin, Gegenanklage auf einem höheren Niveau zu erheben: Ob begründet oder nicht, spielte keine Rolle, wichtig war nur, die Gegenanklage in die richtigen politischen Formulierungen zu kleiden. Die Logik der Auseinandersetzung führte dementsprechend zu einer kontinuierlichen Ausweitung der Anklagepunkte und der Zahl der Angeklagten.[263] Und da schließlich alles politisch war, konnte der kleinste Vorfall nach Belieben zum Beweis für die allerschlimmsten kriminellen Absichten umgedeutet werden. Letztes Mittel war dann die Entscheidung durch physische Eliminierung einer Position.

Im Zusammenhang mit diesen Ereignissen wäre besser von »Bürgerkrieg« - verschleiert oder offen geführt - zu sprechen als von »Massaker«, wenngleich das eine - der Bürgerkrieg - fast automatisch zum anderen - den Massakern - führte. Die Dinge entwickelten sich mehr und mehr zu einem Krieg aller gegen alle. In Wuhan hatten die Rebellen Ende Dezember 1966 3100 Fortsetzer und Kader ins Gefängnis geworfen.[264] Das erste Opfer in der Auseinandersetzung zwischen Rebellen und der Gruppe »Million Helden« starb am 27. Mai 1967: Daraufhin bewaffneten die Gruppen sich und begannen, strategische Punkte zu besetzen. Am 17. Juni wurde das Hauptquartier der Arbeiterrebellen eingenommen: Es gab 25 Tote, insgesamt bis zum 30. Juni 158 Tote in ihren Reihen. Nach dem Zusammenbruch der Position der Konservativen Ende Juli übten ihre Gegner fürchterliche Rache: 600 wurden getötet, 66000 verfolgt, viele davon verletzt. Nach dem Linksschwenk im März 1968 ging die Jagd erneut los: Etliche Zehntausende wurden in einem Stadion zusammengetrieben, zunehmend von Gangstern und Straßenbanden beherrschte Milizen verbreiteten Angst und Schrecken, aus angrenzenden Provinzen wurden Waffen herbeigeschafft. Im Mai herrschte Bürgerkriegsatmosphäre, Rebellenfraktionen bekämpften sich gegenseitig: Am 27. Mai wurden 80000 Waffen aus Armeebeständen gestohlen (chinesischer Rekord für einen Diebstahl an einem einzigen Tag), was die Einrichtung eines regelrechten Parallelmarktes für Waffen ermöglichte; Interessenten aus dem gesamten Land strömten herbei. Die Fabriken wurden in

Produktionsstätten für Panzer und Sprengstoff umgewandelt und versorgten jeweils einzelne Rebellenfraktionen. Bis Mitte Juni gab es bereits 57 Tote durch Querschläger. Magazine und Banken wurden geplündert, die Stadtbewohner flohen aufs Land. Dem *deus ex machina* in Peking gelang es gleichwohl, allein durch sein Machtwort die Rebellen aufzuhalten: Am 22. Juli griff die VBA ein, ohne auf Widerstand zu stoßen, im September mußten sich die Gruppen selbst auflösen.[265] An den Orten, an denen es wie im wenig industrialisierten Fujian keine klare Spaltung in Fortsetzer und Rebellen gab, gewann Lokalfanatismus die Oberhand oder der Konflikt Stadt versus Land. So wurden Rotgardisten aus Xiamen, die sich auf den Weg in die Provinzhauptstadt gemacht hatten, mit dem Ruf empfangen: »Fuzhou gehört den Einwohnern von Fuzhou [...], und, Einwohner von Fuzhou, vergeßt eure Ahnen nicht! Wir sind für immer erbitterte Feinde der Leute aus Xiamen.«[266] In Shanghai führte nach diesem Muster die Gegnerschaft zwischen Menschen aus dem Norden und Menschen aus dem Süden der Provinz Jiangsu zu Auseinandersetzungen.[267] Und selbst im kleinsten Rahmen, im Dorf Lange Biegung *(siehe oben),* war hinter dem Konflikt zwischen Rebellengruppen unschwer die alte Auseinandersetzung zwischen dem Lu-Clan, der den Norden des Dorfes beherrschte, und dem Shen-Clan, der seine Bastion im Süden hatte, zu erkennen. Die Rebellenkonflikte boten auch Gelegenheit, alte Rechnungen zu begleichen, die teilweise bis in die Zeit der japanischen Besatzung oder der blutigen Anfange der Landreform im Jahr 1946 zurückreichten.[268] In der stark agrarisch geprägten autonomen Region kreisten die aus Guilin vertriebenen Konservativen nach und nach die Stadt mit bäuerlichen Milizen ein, die schließlich auch den Sieg davontrugen.[269] Im Juli und August 1967 fielen in Kanton 900 Menschen Auseinandersetzungen zwischen den Gruppen »Rote Fahne« und »Ostwind« zum Opfer.[270] Bisweilen kamen in solchen Auseinandersetzungen sogar Kanonen zum Einsatz.

Der folgende Bericht eines damals 14-jährigen Rotgardisten läßt deutlich werden, wie erbittert der Kampf in dieser Phase tobte: »Wir waren jung. Wir waren fanatisch. Wir glaubten fest, daß der Vorsitzende Mao groß war, daß er im Besitz der Wahrheit war, daß er die Wahrheit verkörperte. Ich glaubte jedes Wort, das er sagte. Und ich glaubte, daß es Gründe für die Kulturrevolution gab. Wir hielten uns für Revolutionäre und meinten, wenn wir als Revolutionäre Mao folgten, könnten wir jedes Problem lösen, alle Probleme der Gesellschaft.«[271] Es wurden massiver und in mehr »traditioneller« Weise als im Jahr zuvor Greueltaten verübt. Folgender Vorfall trug sich nahe Lanzhou in der Provinz Gansu zu: »Es waren wohl fünfzig Fahrzeuge... An den Kühler eines jeden Lastwagens war ein Mensch gebunden, manchmal auch zwei. Alle waren quer darüber gelegt und mit Draht und Seil gefesselt, so daß sie sich nicht bewegen konnten... Die Menge drängte sich um einen Mann und rammte ihm Speere und rohe Säbel in den Leib, bis nur noch eine blutige Masse übrigblieb.«[272]

Die zweite Hälfte des Jahres 1968 war davon gekennzeichnet, daß die Armee überall im Land die Kontrolle übernahm, die Roten Garden aufgelöst und im Herbst Millionen (bis 1970 insgesamt 5,4 Millionen[273]) »junger Gebildeter« in die entlegensten Ecken aufs Land geschickt wurden, von wo sie, wie man hoffte, nicht so bald wieder zurückkehren würden (viele blieben dort zehn Jahre oder länger). Bis zu Maos Tod wurden 12 bis 20 Millionen aus den Städten aufs Land verwiesen[274] darunter eine Million Einwohner Shanghais - 18% der Gesamtbevölkerung der Stadt, ein Rekord.[275] Drei Millionen entmachtete Funktionäre wurden häufig für etliche Jahre in die sogenannten »Kaderschulen des 7. Mai« eingewiesen, gefängnisähnliche Besserungsanstalten.[276] Es war wohl auch das Jahr mit den meisten Toten, unzählige Menschen kamen um, als von der Partei entsandte Arbeitertrupps und Soldaten die Schulen und Hochschulen stürmten und vor allem als sie bestimmte Städte im Süden zurückeroberten. Die Stadt Wuzhou beispielsweise in der autonomen Region Guangxi wurde von schwerer Artillerie und Napalm verwüstet, Guilin wurde am 19. August nach einem regelrechten Stellungskrieg von 30000 Soldaten und bewaffneten bäuerlichen Milizen eingenommen (die Gleichgültigkeit der Landbevölkerung gegenüber der Kulturrevolution scheint mancherorts in offene Feindseligkeit umgeschlagen zu sein, allerdings wohl entsprechend kanalisiert und geschürt durch den politisch-militärischen Apparat). Sechs Tage hintereinander wurden massenweise Rebellen exekutiert. Nachdem es keine Kämpfe mehr gab, breitete sich der Terror über die angrenzenden ländlichen Gebiete aus, betroffen waren diesmal die Schwarzen und ehemalige Gefolgsleute der Kuomintang, die ewigen Sündenböcke. Der Terror erreichte ein solches Ausmaß, daß bestimmte Kreise vermelden konnten, sie seien »frei von sämtlichen Angehörigen der fünf schwarzen Elemente«.[277] Der spätere KP-Vorsitzende Hua Guofeng, der in seiner Provinz für die Staatssicherheit verantwortlich war, erwarb sich seinerzeit den Titel des »Schlächters von Hunan«. Am schlimmsten litt der Süden des Landes: Allein in Guangxi gab es schätzungsweise 100000 Tote, 40000 Tote in Guangdong, 30000 in Yunnan.[278] Die Roten Garden waren grausam, aber die wirklichen Massaker gingen auf das Konto ihrer Henker: der Soldaten und der Milizen in den Diensten der Partei.

Guilin: Armee kontra Rote Garden

Bei Tagesanbruch begannen die Milizen mit der Durchsuchung von Häusern und den Verhaftungen. Zugleich verbreiteten die Soldaten über Lautsprecher ihre Befehle. Sie hatten eine Liste von zehn Verbrechen aufgestellt, darauf war zu finden: gewaltsame Übernahme eines Gefängnisses, Besetzung einer Bank, Angriff auf Organe des Militärs, gewaltsames Eindringen in Räumlichkeiten der Staatssicherheit, Plünderung von Zügen, Teilnahme am bewaffneten Kampf usw. Es genügte, irgendeines dieser Verbrechen begangen zu ha-

ben, und man wurde festgenommen und »entsprechend der Diktatur des Proletariats« abgeurteilt. Ich überschlug die Liste rasch und wurde gewahr, daß ich mir mindestens sechs Anklagepunkte hatte zuschulden kommen lassen. Aber welches dieser Verbrechen war nicht »aus Revolutionsnotwendigkeiten« geschehen? Aus keinem hatte ich einen persönlichen Vorteil gezogen. Hätte ich nicht »Revolution machen« wollen, dann hätte ich keinerlei kriminelle Handlung begangen. Heute wollte man mir allein die Verantwortung dafür aufbürden. Das erschien mir ungerecht, und zugleich erfüllte es mich mit Entsetzen. [...]

Später erfuhr ich, daß die Milizionäre mehrere unserer »Heldenkämpfer« umgebracht hatten. Dann schnitten sie bei denjenigen, die Transfusionen oder Sauerstoff erhielten, die Schläuche für die Blut- oder Sauerstoffzufuhr durch, so daß weitere Menschen starben. Denjenigen, die noch laufen konnten, wurden die Medikamente weggenommen, und man brachte sie in provisorische Gefängnisse.

Ein Verletzter war während des Transports geflohen, und die Milizionäre riegelten das Viertel ab. Erneut durchsuchten sie alle Wohnungen. Jeder, dessen Name nicht auf den Listen für das Wohnviertel stand, wurde festgenommen, und das geschah auch mir. [...]

In meinem Stockwerk [in der zum Gefängnis umfunktionierten Schule Nr. 7 von Guilin] traf ich einen Freund von der Maschinenbauschule. Er erzählte mir, daß ein Heldenkämpfer seiner Schule von Milizionären getötet worden sei. Der Student habe sich auf einem Hügel verschanzt und drei Tage und Nächte hindurch die Angriffe der Milizionäre abgewehrt. Das Hauptquartier der Rebellen hatte ihm in Anerkennung seines Mutes den Titel »einzigartiger, tapferer Held« verliehen. Die Milizionäre drangen in die Schule ein, nahmen etliche Personen fest, und sagten dann zu ihm, er solle aus der Reihe hervortreten. Sie steckten ihn in einen Sack aus Leinen und hängten ihn an einem Baum auf, damit er wirklich wie eine »Gallenblase«[279] aussehen sollte. Dann schlugen sie vor den Augen der versammelten Schüler reihum mit ihren Gewehrkolben auf ihn ein, bis er tot war.

Im Gefängnis wurden unzählige schreckliche Geschichten erzählt, und ich wollte nicht mehr davon hören. Während dieser beiden Tage folgte in der ganzen Stadt eine Exekution auf die andere, die Exekutionen wurden zum wichtigsten Gesprächsthema. Die Tötungen erschienen auf einmal fast normal. Diejenigen, die solche Massaker begingen, machten wenig Aufsehen davon, und diejenigen, die davon erzählten, waren kalt und gefühllos geworden. Ich selbst hörte den Erzählungen zu, als hätten sie keinerlei Bezug zur Realität.

Das schlimmste im Gefängnis war, wenn ein Häftling, der mit den Behörden zusammenarbeitete, versuchte, einzelne von uns zu erkennen. Unsere Bewacher bellten dann auf einmal: »Hebt eure Hundegesichter!« Mehrere Maskierte betraten den Saal und starrten uns lange an. Wenn sie ein bekanntes Gesicht entdeckten, richteten die Milizionäre ihr Gewehr auf den Unglücklichen und befahlen ihm, hinauszugehen. Sehr oft wurden die betreffenden Rebellen auf der Stelle erschossen.[280]

Und so kehrte im Jahre 1968 der Staat zurück mit seiner Hoffart und seinen Werken. Er übernahm wieder das Monopol der legitimen Gewalt und versäumte es nicht, davon Gebrauch zu machen. Die Zahl öffentlicher Hinrichtungen stieg, so war man wieder bei den vorwiegend polizeistaatlichen Methoden der Zeit vor der Kulturrevolution. In Shanghai sprach der ehemalige Arbeiter Wang Hongwen, eine Kreatur Jiang Qings und binnen kurzem stellvertretender Vorsitzender der Partei, vom »Sieg über die Anarchie«. Am 27. April wurden mehrere Rebellenführer zum Tode verurteilt und auf der Stelle hingerichtet, vor den Augen einer riesigen Menschenmenge.[281] Zhang Chunqiao, ein weiteres Mitglied der Viererbande, erklärte im Juli: »Wenn einige Personen fälschlicherweise angeklagt werden..., ist das nicht so schlimm. Aber es wäre sehr schlimm, wenn man wirkliche Feinde davonkommen ließe.«[282] Es begann eine düstere Phase angeblicher Verschwörungen, die den Grund zu massenhaften Verhaftungen lieferten, und die Gesellschaft verstummte wieder. Erst mit dem Tod Lin Biaos im Jahre 1971 ebbte diese schlimmste Terrorkampagne, die China seit den fünfziger Jahren durchlebt hatte, etwas ab; gleichwohl endete sie noch nicht.

Ein erster Höhepunkt war der Konflikt um die sogenannte Volkspartei der Inneren Mongolei. Tatsächlich war sie aufgelöst und 1947 in die KPCh integriert worden, doch es hieß, es habe eine heimliche Neugründung gegeben. Zwischen Februar und Mai 1968 wurden im Zusammenhang damit 346 000 Menschen verfolgt, drei Viertel davon Mongolen (der gegen Minoritäten gerichtete Chauvinismus ist offensichtlich); die Bilanz von Exekutionen, Folterungen und Selbstmorden ergab 16000 Tote und 87000 Verletzte mit bleibenden Schäden.[283] Ähnliche Beschuldigungen führten zu 14000 Hinrichtungen in Yunnan, einer weiteren an Minderheiten reichen Provinz.[284] Ein besonders dunkles Kapitel ist das »Komplott« des Regiments des 16. Mai. Diese wahrscheinlich sehr kleine und sehr kurzlebige Organisation ultralinker Rotgardisten aus Peking (es gab Tausende ähnlicher Gruppen) hinterließ als einziges Zeugnis ihrer Existenz einige feindselige Parolen gegen Zhou Enlai vom Juli 1967. Aus noch kaum geklärten Gründen beschloß die maoistische Zentrale, daraus ein riesiges Netz von »schwarzen Banditen«, Konterrevolutionären, zu machen. Die Kampagne flammte 1970/71 wieder auf und endete - ohne formellen Schlußstrich und ohne Prozeß - erst 1976: Im ganzen Land gab es im Zusammenhang mit der Kampagne »Kampf«-Versammlungen, Geständnisse, Folterungen. 600 der 2000 Beschäftigten des Außenministeriums wurden dabei verfolgt. Maos persönliche Leibwache, die Einheit 8341, tat sich an der Universität von Peking hervor, wo 178 »Feinde« enttarnt wurden, zehn starben an Mißhandlungen. In einer Fabrik in Shaanxi entdeckte man Ende 1968 nicht weniger als 547 »Spione« mit 1200 Komplizen. Gegen die Opernschauspielerin Yan Fengying wurden 13 Anklagepunkte erhoben, daraufhin beging sie im April 1968 Selbstmord. Ihr Leichnam wurde obduziert, weil man in ihrem Körper

einen versteckten Sender suchte. Die drei größten Tischtennisspieler des Landes begingen ebenfalls Selbstmord.[285]

Doch während noch tiefste Nacht über das Land gebreitet lag, dämmerte ganz langsam die Wende herauf. Alle Aussagen von Augenzeugen bestätigen es: Ab 1969 war China der Gewalt, der Kampagnen und der Parolen müde. Das komplette Scheitern der Kulturrevolution hatte zur Folge, daß die Mehrheit der Stadtbewohner sich von dem Regime abwandte, insbesondere die jungen Leute, denn sie fühlten sich in besonderem Maß betrogen, weil sie besonders große Hoffnungen gehegt hatten. Immer mehr weigerten sich, die »Hinunterschickung« aufs Land zu akzeptieren, und so entstand eine umherirrende Schicht von halb im Untergrund lebenden Stadtbewohnern. Zynismus, Anstieg der Kriminalität und Rückzugstendenzen waren allenthalben zu beobachten. Die brutale und überraschende Ausschaltung Lin Biaos, des von Mao selbst ausersehenen Nachfolgers, im Jahre 1971 öffnete vielen die Augen: Der Steuermann war eindeutig nicht mehr unfehlbar.[286] Die Chinesen waren erschöpft und verängstigt - durchaus zu Recht: Die Zahl der Häftlinge in den Lagern dürfte um rund zwei Millionen angewachsen sein, und das trotz der Entlassungen zwischen 1966 und 1976?[287] Nach außen hin taten die Chinesen weiter so, als stünden sie treu zu ihrem großen Vorsitzenden. Doch insgeheim bahnte sich das Erwachen der Zivilgesellschaft an, das in den Ausbruch der Jahre 1976 bis 1979 mündete. Diese Bewegung sollte dann auf andere Weise sehr viel fruchtbarer sein als die Kulturrevolution, deren Devise folgender Ausspruch Maos gegenüber einem »guten« Studenten vom August 1966 hätte sein können: »Durch Gehorsam rebelliere ich.«[288]

Terror als Inszenierung: Eine »Kampf«-Versammlung im Jahre 1969

Die Zuschauer riefen Parolen und schwenkten ihre kleinen roten Bücher. Erst kam »Es lebe unser Großer Führer, der Vorsitzende Mao«, dann »Gesundheit unserem Stellvertretenden Obersten Kommandanten Lin, allezeit Gesundheit!« Das zeigte nicht nur, daß Lin Biao seit dem IX. Parteitag eine herausragende Stellung einnahm, sondern auch, daß Anhänger Lin Biaos, bedacht auf Personenkult, diese Versammlung organisiert hatten. Hatten sie die Untersuchung meines Falles übernommen?

Zwei Beine tauchten in meinem Gesichtsfeld auf, und vor mir sprach ein Mann. Er stellte mich dem Publikum vor, indem er meine familiären Wurzeln und mein persönliches Leben ausbreitete. Ich hatte schon bemerkt, daß ich, wenn die Revolutionäre meine Lebensgeschichte erzählten, von Mal zu Mal reicher wurde und mein Lebensstil von Mal zu Mal luxuriöser und dekadenter. Diesmal nahm die Farce phantastische Dimensionen an. Da ich versprochen hatte, nicht zu antworten und stumm zu bleiben, war ich entspannter als bei meiner ersten Kampfversammlung 1966. Dennoch erhoben sich die Zuschauer, viele Männer drängten sich um mich und schrien mir ihren Ärger und ihre

Verachtung zu, als der Redner sagte, ich sei eine Agentin des Imperialismus. Die Beleidigungen waren so unerträglich, daß ich instinktiv den Kopf hob und antworten wollte. Daraufhin zerrten die Frauen meine mit Handschellen gefesselten Hände mit solcher Brutalität nach oben, daß ich den Oberkörper tief nach unten beugen mußte, um den Schmerz zu lindern. In dieser Position hielten sie mich fest, bis der Redner mit seiner Anklage fertig war. Erst als das Publikum wieder Parolen zu rufen begann, ließen sie meine Arme los. Später erfuhr ich, daß sie mich zur »Flugzeug«-Position gezwungen hatte, einer Erfindung der Revolutionäre eigens für solche Fälle...

Die Teilnehmer der Versammlung gerieten in einen regelrecht hysterischen Zustand. Die Stimme des Redners ging in ihrem Geschrei unter. Jemand stieß mich heftig von hinten. Ich stolperte und warf das Mikrofon um. Eine Frau bückte sich, um es aufzuheben, verwickelte sich dabei in den Kabeln und stürzte, wobei sie mich mitriß. Da meine Arme hinter dem Rücken gefesselt waren, kam ich in einer sehr unbequemen Position zu liegen, mit dem Gesicht nach unten. In der allgemeinen Verwirrung stürzten noch weitere Menschen auf uns. Alle schrien durcheinander, und es dauerte einige Minuten, bis jemand mir wieder auf die Beine half

Ich war vollkommen erschöpft und wünschte mir nur, daß die Versammlung endlich zu Ende wäre, doch pausenlos folgte eine Rede auf die andere, als ob alle Personen auf der Tribüne ihren Beitrag leisten wollten. Mittlerweile griffen sie mich nicht mehr an, sondern sie lieferten sich einen Rednerwettstreit und versuchten sich gegenseitig in Lobpreisungen Lin Biaos mit möglichst ausgefallenen Formulierungen der reichen chinesischen Sprache zu überbieten.

Auf einmal wurde hinter mir die Tür geöffnet, und eine Männerstimme rief, daß jemand weggegangen sei. Seine Worte zeigten augenblicklich Wirkung. Der Redner hielt mitten im Satz inne. Ich war nun sicher, daß eine wichtige Persönlichkeit nebenan zugehört hatte und daß nach deren Weggang die für ihre Ohren bestimmte Inszenierung nicht mehr fortgesetzt werden mußte. Die ersten brachen bereits auf, andere suchten ihre Taschen und Jakken zusammen. Der Redner sagte hastig die Parolen auf, die Zuhörer hätten sie im Chor nachsprechen sollen, doch kaum jemand achtete auf ihn. Nur wenige Stimmen waren noch zu hören, während der Saal sich leerte. Niemand zeigte mir mehr ein wütendes Gesicht. Sie lächelten mich zwar nicht an, aber betrachteten mich gleichgültig. Ich war nur noch eines der zahllosen Opfer, die sie für die Kampfversammlung gebraucht hatten. Sie hatten getan, was von ihnen erwartet wurde, und nun war es vorbei. Eine hilfreiche Hand stützte mich sogar, als ein Mann gegen mich prallte. Beim Hinausgehen sprachen sie über Regen und Sonnenschein wie Menschen, die aus dem Kino kommen.[289]

Die Ära Deng: Der allmähliche Zerfall des Terrors (seit 1976)

Als Mao im September 1976 seinen letzten Atemzug tat, war er - in politischer Hinsicht - bereits seit einiger Zeit tot. Dies war erkennbar zum einen daran, daß die Nachricht von seinem Ableben nur laue öffentliche Reaktionen auslöste, zum anderen daran, daß es ihm nicht gelungen war, seine Nachfolge zu regeln. Die Mitglieder der Viererbande, der er ideologisch nahegestanden hatte, kamen kaum einen Monat nach dem Tod ihres Ziehvaters ins Gefängnis. Hua Guofeng, der die Kontinuität wahren sollte, mußte im Dezember 1978 den Großteil seiner Macht an den unverwüstlichen Deng Xiaoping abgeben, für den die Maoisten nur Verachtung hatten. Der große Wendepunkt war vielleicht der 5. April 1976, der chinesische Totengedenktag: An diesem Tag ehrten die Menschen in Peking anders als nach Maos Tod zahlreich und spontan den im Januar verstorbenen Ministerpräsidenten Zhou. Die Machthaber erfaßte panische Angst - vollkommen zu Recht - angesichts der spontanen Mobilisierung, so etwas hatte es bislang noch nicht gegeben. Sie paßte nicht zu den Fronten zwischen den Fraktionen, entzog sich der Kontrolle der Partei, und an einige Blumenkränze waren Gedichte geheftet, die kaum verhüllte Angriffe auf den alten Steuermann enthielten. Die protestierende Menge wurde zurückgedrängt (doch anders als 1989 fielen auf dem Tienanmen-Platz keine Schüsse), man zählte acht Tote und 200 Verletzte, im ganzen Land (in einigen Provinzen fanden ähnliche Trauerkundgebungen statt wie in Peking) wurden Tausende verhaftet, mindestens 500 Menschen wurden hingerichtet, darunter etwa 100 festgenommene Kundgebungsteilnehmer, etliche Tausende waren von den Untersuchungen betroffen, die bis Oktober dauerten.[290] Alles wie gehabt? Nein, tatsächlich hatte die Nach-Mao-Ära begonnen, gekennzeichnet durch einen Rückzug der Politik und die zunehmende Unfähigkeit der Zentrale, alle Bewegungen zu kontrollieren. »Im Jahre 1966 blickte ein einfältiges Volk mit Tränen in den Augen auf dem Tienanmen-Platz zu dem Mann auf, der ihm die Freiheit entrissen hatte, 1976 bot auf demselben Platz ein mittlerweile mutiges Volk demselben Mann die Stirn.«[291]

Die »Mauer der Demokratie« (Winter 1978 bis Frühling 1979) wurde das Symbol für diese neue Konstellation, zeigte aber zugleich auch deutlich ihre Grenzen. Eine Gruppe talentierter ehemaliger Rotgardisten schlug dort mit Dengs Billigung Texte an, deren Inhalt für jeden im Geiste des Maoismus erzogenen Chinesen unfaßbar sein mußte. Der beredteste jener Denker, Wei Jingsheng, schrieb in seinem *dazibao* (Anschlag in großen Schriftzeichen) mit dem Titel »Die fünfte Modernisierung: die Demokratie«[292], daß das Volk von der führenden Klasse des herrschenden »Feudalsozialismus« ausgebeutet werde, daß die Demokratie die Voraussetzung für eine stabile Entwicklung und darum für die von Deng vorgeschlagenen wirtschaftlichen und technischen »vier Modernisierungen« sei, daß der Marxismus, die

Quelle des Totalitarismus, zugunsten demokratischer Richtungen des Sozialismus aufgegeben werden müsse. Im März 1979 ließ Deng, der mittlerweile fest im Sattel saß, Wei und einige andere verhaften; Wei wurde zu 15 Jahren Haft verurteilt, weil er angeblich einem Ausländer Informationen gegeben hatte (ein »konterrevolutionäres Verbrechen«). 1993 wurde er freigelassen, ohne daß er je »gestanden« hatte, und er sagte wieder so frei, was er dachte, daß er acht Monate später erneut festgenommen wurde. 1995 wurde er zu 14 Jahren Haft verurteilt wegen angeblicher »Verschwörung zum Sturz der Regierung«.[293] Der Regierung fiel es nach wie vor schwer, Kritik anzunehmen.

Immerhin konnte man unter Deng Kritik üben und überleben: ein Fortschritt gegenüber der Mao-Ära, als ein Wort zuviel oder ein paar Schriftzeichen ausreichten, um jemanden hinrichten zu lassen. Es ist richtig, daß bei den Post-Maoisten die Wirtschaft Vorrang hatte, aber die Politik geriet darum nicht in Vergessenheit. Alles - angefangen bei den wirtschaftlichen Veränderungen - ging in die Richtung einer Emanzipation der Gesellschaft und einer Beschränkung staatlicher Willkür: Nach der Auflösung der Vereinigungen armer und mittelarmer Bauern in den achtziger Jahren gehörte zur organisierten Gefolgschaft der KPCh gerade noch ein Zehntel der Bauern, die im übrigen mittlerweile wieder weithin in Familienbetrieben wirtschafteten.[294] In den Städten blühte der Sektor der kleinen Privatbetriebe, und ein großer Teil der Arbeitskräfte war damit der direkten politischen Kontrolle entzogen. Die staatlichen Strukturen wurden formalisiert, nicht unbedingt eingeschränkt, aber doch stärker durch Regeln eingeengt, und damit bekam der einzelne Mittel, sich zu verteidigen. Seit 1978 gab es zahlreiche Freilassungen (rund 100000) und Rehabilitierungen (nicht selten posthum), insbesondere unter Schriftstellern und Künstlern. Die Verbannung Ding Lings, Opfer der Ausrichtungsbewegung 1957/58, aufs Land wurde 1979 ebenso aufgehoben wie eine Vielzahl weiterer Maßnahmen gegen sie, die teils bis in die Zeit von Yanan zurückreichten. 1978 begann die Phase der sogenannten »Narbenliteratur«, zaghaft setzte sich wieder so etwas wie künstlerische Freiheit durch. Zwei Drittel derjenigen, die während der Kulturrevolution aufs Land »hinuntergeschickt« worden waren, durften wieder in die Städte zurückkehren. Die neue Verfassung enthielt zumindest einige Aussagen über die Rechte von Anklage und Verteidigung. Das erste Strafgesetzbuch der Volksrepublik China (Mao wollte volle Handlungsfreiheit behalten und hatte den Erlaß eines Strafgesetzbuchs verhindert) aus dem Jahr 1979 sah die Todesstrafe nur für »besonders abscheuliche Verbrechen« vor, stellte das Recht auf Berufung wieder her (Berufung darf demnach nicht mehr zu einer Verschärfung der Strafe führen) und machte die Justiz zu einer von Parteigremien unabhängigen Instanz.

Im Jahre 1982 folgte eine noch massivere Welle von Rehabilitierungen: 242000 gab es allein in Sichuan, in Guangdong wurden 78% all jener, denen man das Etikett »Konterrevolutionär« angeheftet hatte, von dem Makel

reingewaschen und erhielten eine kleine Entschädigung für jedes im Gefängnis verbrachte Jahr. Der Anteil derjenigen, die wegen politischer Vergehen verurteilt wurden, an den insgesamt Verurteilten fiel auf 0,5%. 1983 wurden die Kompetenzen des Ministeriums für Staatssicherheit drastisch beschnitten, die Zuständigkeit für das Laogai-System ging von der Staatssicherheit auf die Justiz über. Die Justizbehörden hoben in einzelnen Fällen Haftbefehle auf, untersuchten Vorwürfe gegen die Polizei, ermittelten gegen Wärter, die gefoltert hatten - sie wurden öffentlich verurteilt - und überprüften die Lager. In einem Prozeß durfte es im Prinzip keine Rolle mehr spielen, aus welcher Klasse ein Angeklagter stammte. 1984 wurde die Rückkehr in die Gesellschaft nach Verbüßung einer Strafe erleichtert, und im Gefängnis trat schrittweise die Berufsausbildung an die Stelle der ideologischen Schulung. Teilweiser Straferlaß, Entlassung unter Auflagen und auf Bewährung wurden möglich, die Erhaltung der familiären Bindungen war künftig erklärtes Ziel.[295] 1986 war die Gesamtzahl der Häftlinge auf etwa fünf Millionen gesunken (dabei blieb es seither): Das war die Hälfte der Zahl im Jahr 1976 und entsprach 0,5 % der Gesamtbevölkerung - nicht mehr als in den Vereinigten Staaten, weniger als in den letzten Jahren der UdSSR.[296] Trotz großer Anstrengungen blieb der im Laogai-System erwirtschaftete Anteil der Bruttoinlandsproduktes in der gleichen Größenordnung und betrug damit nur ein Drittel des Ende der fünfziger Jahre erreichten Wertes.[297]

Die Fortschritte setzten sich nach der Erschütterung durch das »zweite Tienanmen« fort. Seit 1990 können die Bürger sich gerichtlich gegen die Verwaltung wehren. Seit 1996 ist die administrative Haft genau geregelt und auf einen Monat begrenzt, die maximale Haftdauer in einem Umerziehungslager (Laojiao) wurde auf drei Jahre festgesetzt. Die Stellung und die Unabhängigkeit der Anwälte wurden gestärkt, ihre Zahl hat sich von 1990 bis 1996 fast verdoppelt. Seit 1995 gibt es Auswahlverfahren für Richter und Staatsanwälte (zuvor waren es zumeist ehemalige Soldaten oder Polizisten[298]).

Allerdings ist es noch ein weiter Weg, bis China ein Rechtsstaat sein wird. Die Unschuldsvermutung gilt immer noch nicht, immer noch gibt es im Strafgesetz den Tatbestand der konterrevolutionären Betätigung, auch wenn er mit mehr Vorsicht erhoben wird. Im Dezember 1994 wurde der Begriff »Laogai« durch den weniger spektakulären Begriff »Gefängnis« ersetzt, aber die *Rechtszeitung* fand die Klarstellung angebracht: »An Funktion, Charakter und Aufgaben unserer Strafvollzugsverwaltung verändert sich nichts.«[299] Die meisten Prozesse finden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, die Urteile werden schnell gefällt (Dauer der Ermittlungen in der Regel nie länger als drei Monate, manchmal nur eine Woche) und häufig nicht begründet. Obwohl Korruption unter Funktionären sehr verbreitet ist, mußten sich zwischen 1993 und 1995 nur 3% deswegen verantworten.[300] Insgesamt waren in den achtziger Jahren 30% der Beschuldigten KP-Mitglieder (4%

der Bevölkerung sind KP-Mitglieder), aber nur 3% der Hingerichteten.[301] Dies zeigt, wie sehr das Verhältnis zwischen dem politischen Apparat und dem Justizapparat weiterhin von Einfluß und Solidarität bestimmt wird. Die Verhaftung eines Teils der Stadtverwaltung von Peking wegen Veruntreuung Mitte der neunziger Jahre war eine Erschütterung, blieb aber ein mehr oder weniger isoliertes Ereignis. Die kommunistische Nomenklatura, obgleich zunehmend in Affären verstrickt, ist immer noch praktisch unverwundbar.

Schließlich wird die Form der äußersten Gewalt, welche die Todesstrafe darstellt, nach wie vor häufig in China praktiziert. Hunderte von Tatbeständen werden mit der Todesstrafe geahndet, so »ernste Fälle« von Schmuggel, der illegalen Ausfuhr von Kunstwerken oder der »Enthüllung von Staatsgeheimnissen« (dieser Tatbestand ist erschreckend weit gefaßt). Seit 1982 gibt es ein Begnadigungsrecht des Staatspräsidenten, aber bislang wurde noch kein Gebrauch davon gemacht. In jedem Jahr werden in China mehrere tausend Menschen hingerichtet, mehr als die Hälfte aller weltweit vollzogenen Todesstrafen entfällt auf China. Und im Vergleich zu den ausgehenden sechziger Jahren wie im Vergleich zu den letzten Jahrhunderten der chinesischen Kaiserzeit ist die Zahl der Hinrichtungen eher im Anstieg begriffen.[302] Man muß diese düstere Realität in Verbindung damit sehen, wie leicht bei Kampagnen und in Krisen zum Mittel der physischen Beseitigung gegriffen wird. 1983 hatte der Anstieg der Kriminalität rund eine Million Verhaftungen zur Folge und mindestens 10000 Hinrichtungen (viele zu »erzieherischen Zwecken« öffentlich vollzogen, obschon dies im Prinzip durch das Strafgesetz verboten ist) im Rahmen einer »Massenkampagne« im Stil der Kampagnen der fünfziger Jahre. Wie damals versuchte man alle Störenfriede in einen Topf zu werfen: Viele Intellektuelle, Priester und Ausländer gerieten während der direkt anschließenden »Kampagne gegen die geistige Verschmutzung« ins Schußfeld.[303] In der Niederschlagung der Protestbewegung auf dem Tienanmen-Platz nach der Besetzung des Platzes im Frühjahr 1989 über einen Monat hinweg drückte sich die Angst Dengs und seiner Männer aus. Sie ließen auf die Protestierer schießen; davor waren die maoistischen Führer 1976 noch zurückgeschreckt. Es gab gut 1000 Tote und vielleicht 10000 Verletzte in Peking, Hunderte von Exekutionen in der Provinz, die vielfach geheimgehalten oder als Todesstrafen im Zusammenhang mit Verbrechen des allgemeinen Strafrechts kaschiert wurden. In Peking wurden etwa 10000 Menschen verhaftet, 30000 in ganz China. Die Zahl der Verurteilungen zu Gefängnisstrafen zählte nach Tausenden, führende Mitglieder der Demokratiebewegung, die nicht abschworen, erhielten bis zu 13 Jahren Haft. Pressionen und Schikanen gegen die Familien waren an der Tagesordnung, obgleich man die Praxis der Sippenhaft überwunden geglaubt hatte, ebenso mußten die Gefangenen sich in der Öffentlichkeit wieder mit gesenktem Kopf bewegen, wurden sie in der Haft mißhandelt und richtete sich das Strafmaß nach dem Ausmaß der gezeigten Reue und der

Bereitschaft des Angeklagten zu denunzieren. Die politischen Gefangenen waren zwar nur noch eine kleine Minderheit aller Gefangenen, dennoch belief sich ihre Zahl im Jahr 1991 auf noch rund 100 000, davon etwa 1000 Angehörige der jüngsten Dissidentenbewegung.[304] Im kommunistischen China des ausgehenden Jahrhunderts gibt es beträchtlich mehr Wohlstand und weniger staatliche Gewalt als zu Maos Zeiten, von der Verlockung der Utopie und der Illusion des reinigenden Bürgerkriegs hat es sich endgültig verabschiedet. Doch da China sich auch nie von seinem Gründervater distanziert hat, ist es in der beständigen Versuchung, in schweren Krisensituationen wieder auf manche seiner schrecklichen Methoden zurückzugreifen.

Tibet: Genozid auf dem Dach der Welt?

Nirgendwo wirkte sich die Politik der Ära Deng verheerender aus als in Tibet, nirgendwo war die Kontinuität vom Großen Steuermann zum Kleinen Steuermann deutlicher zu spüren. China ist zwar ein Einheitsstaat, gewährt aber den nationalen Minderheiten besondere Rechte und den größeren Minderheitengruppen eine gewisse administrative Unabhängigkeit. Die vier bis sechs Millionen Tibeter, die *de facto* gezeigt haben, daß sie sich damit nicht zufriedengeben wollen, sehnen sich nach einer Zeit zurück, in der sie praktisch ihre eigenen Herren waren und in denen ihr historisches Land nicht aufgeteilt war auf die Autonome Region Tibet (nicht einmal die Hälfte des ursprünglichen Landes) und mehrere chinesische Provinzen: Die Provinz Qinghai wurde in den fünfziger Jahren auf Kosten des tibetischen Amdo geschaffen, und die kleinen tibetischen Minderheiten in Sichuan, Gansu und Yunnan haben nur wenig Rechte. Sie wurden dort mit wahrscheinlich noch weniger Rücksicht behandelt als in der autonomen Region, und dies führte insbesondere zu dem schweren Aufstand der kriegerischen Golok-Nomaden aus Amdo[305] (Nordtibet).

Ohne Zweifel haben die Tibeter seit dem Einmarsch der Volksbefreiungsarmee (VBA) 1950/51 eine Tragödie durchlebt. Man kann zumindest die Frage stellen, ob diese Tragödie noch zusätzlich verschlimmert wurde durch die von den Menschen in der Volksrepublik geteilte generelle chinesische Verachtung für die »hinterwäldlerischen Wilden« weit weg auf den Hochebenen. Nach Angaben von Regimegegnern sollen in der Zeit von 1959 bis 1962/6370000 Tibeter verhungert sein (und wie in anderen abgelegenen Regionen dauerte es mancherorts besonders lange, bis der Hunger halbwegs wieder überwunden war[306]). Dies wären 2 bis 3 % der Bevölkerung, eher weniger als im gesamten Land. Eine jüngst von Becker erstellte Untersuchung kommt zu deutlich höheren Zahlen, demnach seien in Qinghai, der Heimat des Dalai Lama, bis zu 50% infolge der Hungersnot gestorben.[307] Zwischen 1965 und 1970 wurden die Familien zwangsweise zu militärisch strukturierten Volkskommunen zusammengefaßt - wie überall im Land, wenn auch ein

wenig später. Die Entschlossenheit, die gleichen »großen« Getreidesorten wie im chinesischen Kernland zu züchten, veranlaßte die Verantwortlichen zu absurden Entscheidungen, die dann zu der Hungersnot führten, so etwa schlecht geplante Bewässerungs- und Terrassierungsprojekte, die Abschaffung der Bracheperiode, die für karge, nicht gedüngte Böden unerläßlich ist, die systematische Ersetzung der robusten Gerste, die Kälte und Trockenheit aushält, durch den empfindlicheren Weizen, und die Einschränkung der Weide fläche der Yaks: Viele gingen ein, und die Tibeter hatten nicht mehr genug Milchprodukte (Butter ist eines ihrer Grundnahrungsmittel) und keine Häute, um im Winter ihre Zelte abzudichten - die Menschen erfroren. Allem Anschein nach wurden auch wie andernorts außerordentlich hohe Quoten für die zwangsweise Abgabe von landwirtschaftlichen Erzeugnissen festgesetzt. Die einzigen besonderen Schwierigkeiten, mit denen die Tibeter im Unterschied zu den Chinesen zu kämpfen hatten, waren ab 1953 der Zuzug Zehntausender chinesischer Siedler nach Osttibet (Sichuan), wo ihnen ein Teil des kollektivierten Landes übertragen wurde, die Anwesenheit von rund 300000 Han-Chinesen, darunter 200000 Angehörigen des Militärs, in der autonomen Region, die mit ernährt werden mußten, und die Verzögerung der 1962 von Liu Shaoqi in Gang gebrachten Erleichterungen für Bauern - in Tibet zusammengefaßt in der Parole »Ein Stück Land, ein Yak«[308] - bis zum Jahr 1965.

Auch die Kulturrevolution ging an Tibet nicht spurlos vorüber. Ab Juli 1966 durchsuchten Rotgardisten (darunter auch Tibeter[309], was den von den Anhängern des Dalai Lama gehegten Mythos von der Einmütigkeit des tibetischen Volkes zerstört) Privatwohnungen und ersetzten die Buddhafiguren auf den Hausaltären durch Bilder Mao Zedongs. Sie zwangen die Mönche zu »Kampfversammlungen«, bei denen es auch Tote gab, und vor allem zerstörten sie Tempel, darunter sehr berühmte und bedeutende: Zhou Enlai mußte persönlich verfügen, daß der Potala-Palast von Lhasa (die ehemalige Residenz des »lebendigen Gottes«) durch Soldaten geschützt wurde. Wie das Kloster Jokhang in Lhasa wurden Zehntausende weiterer Klöster zerstört oder schwer beschädigt. Ein Mönch berichtet: »Es gab Hunderte von Kapellen. Nur zwei blieben verschont. Alle anderen wurden vollkommen geplündert und besudelt. Alle Statuen, heiligen Texte und Kultgegenstände wurden zerstört oder weggeschleppt... Nur die Statue von Sakyamuni am Eingang von Jokhang verschonten die Roten Garden, denn... sie symbolisierte die Bindungen zwischen China und Tibet. Das Zerstörungswerk dauerte fast eine Woche. Danach wurde Jokhang in eine Kaserne für chinesische Soldaten umgewandelt... Ein anderer Teil... diente künftig als Schlachthof«[310] In Anbetracht des Stellenwerts der Religion in der tibetischen Gesellschaft verletzten diese für die damalige Zeit eher typischen Übergriffe die Tibeter wohl besonders. Zudem scheint die weniger als in China mit der Bevölkerung verbundene Armee die Rotgardisten noch unterstützt zu haben, zumindest wenn sie auf Widerstand stießen. Doch die schwersten

Massaker ereigneten sich auch in Tibet erst gegen Ende der Kulturrevolution, im Jahr 1968, entweder bei Auseinandersetzungen zwischen maoistischen Gruppen (im Januar gab es dabei in Lhasa Hunderte von Toten) und vor allem im Sommer, als die Armee die Bildung eines Revolutionskomitees unter ihrer Führung anordnete. Möglicherweise kamen so im Verlauf der Kulturrevolution insgesamt mehr Chinesen um als Tibeter.[311]

Die für Tibet mit Abstand schlimmsten Jahre waren die nach dem Einmarsch der chinesischen Truppen mit einem Höhepunkt 1959, als die Zwangskollektivierung verfügt wurde (drei Jahre später als im übrigen Land). Es folgten eine massive Erhebung, deren brutale Niederschlagung und die Flucht des Dalai Lama (des weltlichen und geistlichen Oberhauptes der Tibeter) nach Indien zusammen mit 100000 seiner Landsleute, darunter der Großteil der schmalen gebildeten Elite des Landes. Zwar waren die fünfziger Jahre auch in China nicht rosig, aber auf den tibetischen Hochebenen legte das Regime äußerste Gewalt an den Tag, entschlossen, einer unbeugsam unabhängigen, teils (zu 40%) halbnomadischen, teils in mehr oder weniger starker Abhängigkeit von Klöstern stehenden Bevölkerung mit dem Kommunismus zugleich auch die chinesische Herrschaft aufzuzwingen. Mit der Kollektivierung Mitte des Jahrzehnts spitzte sich die Lage noch weiter zu. Auf die Erhebung der Khampa-Rebellen reagierte die Armee mit einer Brutalität, die alle Dimensionen sprengte. Doch bereits bei den Feiern zum tibetischen Neujahrsfest 1956 war die große Klosteranlage Chode Gaden Phendeling in Batang durch einen Bombenangriff aus der Luft zerstört worden, mindestens 2000 Mönche und Pilger kamen dabei ums Leben.[312]

Die Liste der Grausamkeiten ist lang, und vieles läßt sich nicht überprüfen. Aber die Zeugenaussagen stimmen insoweit überein, daß der Dalai Lama mit einiger Berechtigung über jene Zeit sagen konnte: »[Die Tibeter] wurden nicht nur erschossen, sondern zu Tode geprügelt, gekreuzigt, lebendig verbrannt, ertränkt, verstümmelt, ausgehungert, erdrosselt, aufgehängt, verbrüht, lebendig begraben, zerstückelt und enthauptet.«[313] Der dunkelste Augenblick war ohne Zweifel das Jahr 1959, das Jahr der großen Rebellion von Kham (Osttibet), die schließlich nach Lhasa übergriff. Es ist nicht möglich, genau abzugrenzen, welchen Anteil die einzelnen Faktoren dabei hatten: die Reaktion auf die Errichtung der Volkskommunen und den Großen Sprung, die spontane Erhebung gegen jahrelange Übergriffe und die von der CIA betriebene massive Infiltration von Khampa-Rebellen, die auf den CIA-Basen in Guam und Colorado für den Guerillakampf ausgebildet worden waren.[314] Die Zivilbevölkerung, die offensichtlich mit den Aufständischen sympathisierte und duldete, daß die Aufständischen sich unter sie mischten, erlitt mit ihnen zusammen die schwere Bombardierung durch die chinesische Armee. Die Verwundeten konnten nicht versorgt werden, sie wurden manchmal lebendig begraben oder die Beute streunender Hunde - ein Faktor, der erklärt, warum es unter den Besiegten so viele Selbstmorde gab. Bei der Rückeroberung von Lhasa am 22. März, einer Bastion von

20000, vielfach mit Musketen und Säbeln bewaffneten Tibetern, kamen zwischen 2000 und 10 000 Menschen um, der Ramoche-Tempel und der Potala-Palast, beide Ziele der Angriffe, wurden schwer beschädigt. Das Oberhaupt der Tibeter und rund 100000 seiner Landsleute flohen nach Indien.[315] Im Jahr 1969 gab es in Lhasa noch einmal einen Aufstand, weniger heftig als zehn Jahre zuvor, der ebenfalls blutig niedergeschlagen wurde. Die Rebellenbewegung der Khampa flackerte wieder auf und kämpfte bis 1972 weiter. Der Kreislauf Aufstand - Gewalt - erneuter Aufstand begann zumindest in Lhasa ein weiteres Mal im Oktober 1987 und führte im März 1989 zur Verhängung des Kriegsrechts. Unmittelbar davor hatte die tibetische Hauptstadt drei Tage lang Unruhen erlebt, die offen von dem Ruf nach Unabhängigkeit begleitet waren, und es zeichneten sich Pogrome gegen die Chinesen ab. Nach Aussage des Generals Zhang Shaosang sollen innerhalb von 18 Monaten 600 Menschen ums Leben gekommen sein.[316] Zwar gab es schlimme Übergriffe, insbesondere gegen festgenommene Nonnen, aber insgesamt hatte sich das Vorgehen der Chinesen verändert: Von Massakern kann man für diesen Zeitraum nicht mehr sprechen. Doch alles in allem kann fast jede tibetische Familie von einer Tragödie berichten.[317]

Die größte Tragödie des modernen Tibet ist das Schicksal jener Hunderttausende von Menschen - möglicherweise ein Zehntel aller Tibeter -, die in den fünfziger und sechziger Jahren interniert wurden. Es scheint, daß nur sehr wenige (bisweilen ist von 2% die Rede[318]) lebendig aus den gezählten 166 Lagern, die meisten in Tibet und den angrenzenden Provinzen, herausgekommen sind: Stellen des Dalai Lama sprachen 1984 von 173 000 Toten unter den Lagerhäftlingen. Ganze Klostergemeinschaften wurden geschlossen in die Kohlebergwerke geschickt. Die Haftbedingungen - Kälte, Hunger, äußerste Hitze - scheinen entsetzlich gewesen zu sein; es wird von Hinrichtungen berichtet, wenn Häftlinge sich weigerten, dem Wunsch nach einem unabhängigen Tibet abzuschwören, und auch von Kannibalismus unter den Häftlingen während der Hungersnot zur Zeit des Großen Sprungs.[319] Man behandelte die Tibeter - ein Viertel der erwachsenen Männer sind Lamas -, als wären sie alle Verdächtige: Ein Sechstel aller Erwachsenen wurden als »Rechte« klassifiziert, im Gegensatz zu einem Zwanzigstel in China. In den Weidegebieten Tibets, in Sichuan, wo Mao und seine Anhänger sich während des Langen Marsches mit Nahrungsmitteln versorgen konnten, wurden in den fünfziger Jahren zwei von drei Männern festgenommen und erst 1964 oder 1977 freigelassen. Der Panchen Lama, der nach dem Dalai Lama zweithöchste geistliche Würdenträger Tibets, wagte 1962 mit einem Bericht bei Mao gegen die Hungersnot und die Unterdrückung seiner Landsleute zu protestieren. Als einzige Antwort wurde er ins Gefängnis geworfen und anschließend bis 1977 unter Hausarrest gestellt. Das »Urteil« gegen ihn wurde erst 1988 aufgehoben.[320]

Zwar gibt es keinen konkreten Beleg dafür, daß die Chinesen die physische Ausrottung der Tibeter planten, doch unbestreitbar planten sie die kul-

turelle Ausrottung. Wie bereits erwähnt, griffen sie gezielt die Tempel an: Unmittelbar nach der Kulturrevolution waren ganze 13 von 6259 Kultstätten des tibetischen Buddhismus noch funktionsfähig. Die beliebtesten der anderen Kultstätten wurden in Kasernen, Hangare und Gefängnisse umgewandelt: Schwer beschädigt, überstanden sie diese Zeit immerhin, einige konnten später sogar wieder ihrer ursprünglichen Bestimmung zugeführt werden. Doch viele Kultstätten wurden dem Erdboden gleichgemacht, ihre Schätze - jahrhundertealte Manuskripte, Fresken, Malereien *(Thanka),* Statuen usw. - wurden zerstört oder, wenn sie wertvolle Metalle enthielten, geraubt. Eine chinesische Gießerei verarbeitete bis 1973 600 Tonnen tibetischer Skulpturen. 1983 erhielt eine Delegation aus Lhasa in der chinesischen Hauptstadt 32 Tonnen tibetischer Reliquien zurück, darunter 13 537 große und kleine Statuen.[321] Im Rahmen der Bestrebungen, den Buddhismus auszulöschen, wollte man auch durchsetzen, daß tibetische Neugeborene chinesische Namen erhielten, und bis 1979 versuchte man, den tibetischen Schulen Mandarin als Unterrichtssprache aufzuzwingen. Als verspäteter - und unangebrachter - Nachhall der Rebellion gegen die Mandschu 1911 schnitten die Roten Garden den Tibetern beiderlei Geschlechts zwangsweise die Zöpfe ab, und sie wollten die Tibeter zwingen, den Bekleidungsstil der Han-Chinesen zu übernehmen.

In Tibet dürfte es, umgerechnet auf die Bevölkerungszahl, mehr gewaltsame Todesfälle gegeben haben als in jeder anderen chinesischen Region. Allerdings kann man den von der tibetischen Exilregierung 1984 verbreiteten Zahlen wohl nicht uneingeschränkt Glauben schenken: Demnach hätte es 1,2 Millionen Tote gegeben, rund ein Viertel aller Tibeter. Daß 432000 Tibeter bei Kämpfen gestorben sein sollen, erscheint besonders unwahrscheinlich. Doch insgesamt kann man sicher von *genozidartigen Massakern* sprechen: im Hinblick auf die Zahl der Toten, auf die rücksichtslose Behandlung der Zivilbevölkerung und der Gefangenen und auf die Regelmäßigkeit, mit der Massaker vorkamen. Die Bevölkerungszahl in der autonomen Region sank nach offiziellen Angaben von 2,8 Millionen im Jahre 1953 auf 2,5 Millionen im Jahre 1964. Unter Berücksichtigung der Zahl derjenigen, die das Land verlassen haben, und der Geburtenrate (die nur geschätzt werden kann), ergibt sich ein »Sterbeüberschuß« von bis zu 800000 Menschen, eine Zahl, die an die Verhältnisse in Kambodscha unter den Roten Khmer erinnert.[322] Daß in Anbetracht dieser Situation die tibetischen Frauen selbst mit kurzen Krankenhausaufenthalten die Angst vor Abtreibung und Zwangssterilisierung verbanden, ist ebenso ein Hinweis auf ein Gefühl äußerster Unsicherheit wie ein Reflex der strikten Geburtenkontrolle (seit kurzem gelten für die Tibeter die gleichen Vorschriften wie für die Mehrheit der Han-Chinesen, während die Minderheiten bislang davon ausgenommen waren). Es heißt, der Generalsekretär der KPCh, Hu Yaobang, habe bei einem Besuch in Lhasa 1980 Tränen vergossen angesichts der Diskriminierung und der strikten Trennung zwischen Han-Chinesen und Tibe-

tern und von »reinem Staatskolonialismus«[323] gesprochen. Die Tibeter, die so lange abgeschieden in ihrem Land des Schnees und der Götter lebten, haben das Pech, daß ihre Region im Herzen Asiens von herausragender strategischer Bedeutung ist. Es ist ihnen zu wünschen, daß sie dafür weder mit physischer Vernichtung bezahlen müssen - was glücklicherweise unwahrscheinlich ist - noch mit der Vernichtung ihrer Seele.

Nordkorea, Vietnam, Laos: Die Saat des Drachens

Verbrechen, Terror und Geheimnis in Nordkorea

von Pierre Rigoulot

Die Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK) wurde am 9. September 1948 in dem nördlich des 38. Breitengrades gelegenen Teil des Landes proklamiert. Nach einem im August 1945 mit den Amerikanern geschlossenen Abkommen war die UdSSR mit der »vorübergehenden« Verwaltung dieses Gebiets beauftragt worden, die Amerikaner verwalteten Südkorea, das Gebiet südlich des 38. Breitengrades.

Kurze Zeit später erwies sich Nordkorea als der am stärksten abgeschirmte kommunistische Staat der Welt. Die Sowjets verwehrten schon bald jedem Vertreter der internationalen Staatengemeinschaft den Zugang in den Norden.

Die Abschottung verstärkte sich weiter in den ersten beiden Jahren nach Gründung der DVRK.

Der Krieg, den Nordkorea am 25. Juni 1950 auslöste und der immer noch nicht offiziell beendet ist, da es bis heute nur den am 27. Juli 1953 mit den UNO-Truppen unterzeichneten Waffenstillstandsvertrag gibt, förderte Lügen, Desinformation und Propaganda und die Deklaration immer weiterer Bereiche als »Staatsgeheimnis«.

Allerdings war der Krieg nicht die einzige Ursache: Die Kompromißlosigkeit des kommunistischen Regimes in Nordkorea, das sich selbst innerhalb der kommunistischen Welt abschottete (im chinesisch-sowjetischen Konflikt lavierten die nordkoreanischen Kommunisten und schlugen sich nie ganz oder für längere Zeit auf eine Seite) und die an Albanien oder Kambodscha erinnernde Furcht davor, Einflüsse von außen könnten die »ideologische Einheit des Volkes und der Partei« untergraben, geben denjenigen Recht, die Nordkorea als »Eremitenkönigreich« bezeichnen. Man versuchte sogar eine theoretische Rechtfertigung der Abschottung mit der sogenannten »Juche«-(oder Chuche)-Ideologie, das heißt Eigenständigkeit, Unabhängigkeit bis hin zur Autarkie; auf dem V. Parteitag der »Partei der Arbeit Ko-

reas« im November 1970 wurde dieses Konzept offiziell in den Parteistatuten verankert.

Angesichts dieser Umstände ist es im Falle Nordkorea sehr viel schwieriger als bei den anderen Ländern, umfassende und detaillierte Informationen über die Unterdrückungspraxis des kommunistischen Regimes zusammenzutragen, zumal sich weder innerhalb noch außerhalb des Landes eine aktive Opposition bilden konnte, die wie die Opposition in der UdSSR und in den kommunistischen Staaten Osteuropas Informationen hätte sammeln und verbreiten können. Wir müssen uns deshalb mit der Deutung und Entzifferung offizieller Verlautbarungen zufriedengeben, mit den Aussagen der früher seltenen, in letzter Zeit allerdings etwas zahlreicheren Überläufer, sowie mit Daten, welche die Geheimdienste der Nachbarstaaten und insbesondere Südkoreas gesammelt haben. Für all diese Quellen gilt freilich, daß sie mit Vorsicht zu betrachten sind.

Vor der Gründung des kommunistischen Staates

Der koreanische Kommunismus wurde nicht von Kim II Sung begründet, auch wenn die Hagiographen dies der nordkoreanischen Bevölkerung von klein auf eintrichtern. Sein Ursprung reicht vielmehr weiter zurück, und bereits 1919 existierten zwei Gruppen, die sich auf den Bolschewismus beriefen. Da Moskau zunächst weder der einen noch der anderen Gruppe seinen Segen gab, bekämpften sie sich erbittert. Die ersten Opfer des koreanischen Kommunismus waren somit Kommunisten. Antijapanische Partisanen der »panrussischen koreanischen kommunistischen Partei«, die sogenannte »Gruppe von Irkutsk«, lieferten sich bewaffnete Auseinandersetzungen mit Partisanen einer anderen Gruppe, die im Juni 1921 eine »koreanische kommunistische Partei« gegründet hatte. Dabei verloren mehrere hundert Kämpfer ihr Leben, und die Komintern sah sich schließlich gezwungen, ihr Stillschweigen aufzugeben und zu versuchen, die koreanische kommunistische Bewegung zu einen.

Die koreanischen Kommunisten kämpften vielfach in vorderster Front gegen die Japaner (an dieser Stelle sei daran erinnert, daß Korea seit 1910 japanische Kolonie war), zahlreiche Kommunisten fielen der grausamen Unterdrückung durch die Kolonialmacht zum Opfer. Allerdings muß man den koreanischen Kommunisten eine gewisse Mitschuld daran zusprechen: Ihre im Ausland geschulten Kader kannten das Land schlecht, und vielleicht aus Heldenmut - der allerdings furchtbare Folgen hatte - demonstrierten sie an symbolträchtigen Tagen wie dem 1. Mai.

Weitere Kommunisten starben bei Fraktionskämpfen anläßlich der Teilung des Landes in zwei Zonen nach der Niederlage der Japaner. Kim II Sung, einfacher Befehlshaber einer antijapanischen Guerillaeinheit an den Grenzen zur Mandschurei, wurde von den Sowjets an die Spitze gehievt,

vorbei an den Kommunisten, die schon lange im Land kämpften. Ab September 1945 wurden in Pjöngjang etliche kommunistische Funktionäre, die Gegner Kim II Sungs waren, ermordet, darunter Hyon Chun Hyok. Bis heute weiß niemand, wie viele Menschen damals starben, ob es womöglich mehrere hundert waren.

Die Nationalisten, die in jenem Winter 1945/46 in Pjöngjang auch noch Heimatrecht hatten, wurden ebenfalls verjagt und festgenommen. Mit ihrem Führer Cho Man Sik an der Spitze kritisierten sie die auf der Moskauer Außenministerkonferenz im Dezember 1945 getroffene Entscheidung, Korea für einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren unter Treuhänderschaft zu stellen. Cho wurde am 5. Januar 1946 festgenommen und mehr als vier Jahre später, im Oktober 1950, hingerichtet, als Pjöngjang angesichts des Vormarsches der UN-Truppen evakuiert wurde. Es versteht sich von selbst, daß etliche seiner engen politischen Freunde sein Los teilten.

Die Repression traf auch die Bevölkerung. Im Nordteil des Landes formten die Sowjets einen Staat, der bis in die Einzelheiten dem Modell Sowjetunion glich: Durchführung einer Agrarreform als Vorbereitung zur Kollektivierung der Landwirtschaft, Einheitspartei, ideologische Kontrolle der Bevölkerung durch Massenorganisationen usw. Jeder politische Gegner, jeder Landbesitzer, jeder, der sich der Agrarreform widersetzte, jeder Bürger, der im Verdacht stand, mit den Japanern kollaboriert zu haben, wurde verfolgt. Gleichwohl ist es schwierig, die Opfer einer Säuberung, die unter den Nationalisten mit anderen Vorzeichen wohl genauso hart ausgefallen wäre, allein auf das Konto der Kommunisten zu verbuchen. Im übrigen führte die Etablierung des Regimes zunächst weniger zu blutigen Exzessen als zur Massenflucht in den Süden; zu Hunderttausenden verließen die Angehörigen der genannten sozialen Schichten und alle, die um ihr Leben und ihr Eigentum fürchteten, den Norden. Zwar blieb der Norden schon sehr bald für Vertreter offizieller internationaler Organisationen und Vertreter von Institutionen aus dem Süden verschlossen, doch bis 1948 konnte man mehr oder weniger leicht vom Norden in den Süden gelangen.

Opfer des bewaffneten Kampfes

Daß diese Fluchtbewegung möglich war in den ersten drei Jahren der Existenz eines kommunistischen Herrschaftsgebildes, das noch keinen Staat darstellte, bedeutet nicht, daß die kommunistischen Führer das Ziel, kommunistische Strukturen auf der gesamten Halbinsel durchzusetzen, aufgegeben hätten. Sie gingen tatsächlich von der baldigen Vereinigung des Nord- und Südteils zu ihren Bedingungen aus. Dokumente in seit kurzem zugänglichen Moskauer Archiven zeigen, daß Kim II Sung darauf brannte, jene Führung zu stürzen, die er bereits als »Marionetten« der Amerikaner bezeichnete: Die sogenannten Marionetten hatten eine sehr viel schwächere

Armee als der Norden (die Vereinigten Staaten fürchteten, daß der Süden sich aus eigenem Antrieb in ein Abenteuer im Norden stürzen könnte), gegen ihre autoritäre Machtausübung gab es Widerstand in Form von Streiks, Attentaten und von Kommunisten geschürten Guerillaaktivitäten in verschiedenen Teilen des Landes; Kim II Sung dachte - oder sagte es zumindest -, daß die Menschen im Süden Vertrauen zu ihm und seiner Armee hätten.[324] Dementsprechend drängte er Stalin, und Ende des Winters 1949/50 gab Stalin dann endlich grünes Licht. Am 25. Juni 1950 fand der geplante Einmarsch statt: Nordkoreanische Truppen drangen in einem Überraschungsangriff nach Süden vor. Dies war der Beginn eines schrecklichen Krieges, dem mehr als eine halbe Million Menschen beider Landesteile zum Opfer fielen; die Chinesen, die den Nordkoreanern zu Hilfe gekommen waren, als deren totale Vernichtung durch die UNO-Truppen unter General Mac Arthur drohte, verzeichneten 400 000 Tote und eine etwas höhere Zahl von Verletzten. Mindestens 200000 nordkoreanische und 50000 südkoreanische Soldaten starben, außerdem mehr als 50000 Amerikaner, Millionen heimatloser Flüchtlinge irrten umher. Das französische UNO-Kontingent hatte etwa 300 Tote und 800 Verwundete zu beklagen.

Nur wenige Kriege lassen sich so eindeutig auf kommunistisches Expansionsstreben - selbstverständlich zum Wohle des Volkes - zurückführen. Seinerzeit stellten sich etliche französische Intellektuelle - Jean-Paul Sartre beispielsweise - auf die Seite der Kommunisten und brandmarkten Südkorea als Aggressor, der in ein friedliches Land eingedrungen sei. Heute, nachdem viele Archive zugänglich geworden sind, kann es keinen Zweifel mehr geben: Diese und andere Leiden, etwa die Leiden der Kriegsgefangenen (6000 amerikanische Soldaten und ungefähr ebenso viele aus anderen Ländern, vorwiegend aus Südkorea, starben in Gefangenschaft), das Martyrium der französischen und englischen Botschaftsangehörigen, die in Seoul geblieben waren und von nordkoreanischen Truppen festgenommen und anschließend deportiert wurden, und dasjenige der in Südkorea tätigen Missionare, die ebenfalls deportiert wurden, gehen auf das Konto des Kommunismus.[325]

Bekanntlich wurde nach drei Jahren Krieg im Juli 1953 ein Waffenstillstand unterzeichnet, der die Errichtung einer entmilitarisierten Zone zwischen Nord- und Südteil des Landes entlang der ursprünglichen Demarkationslinie, dem 38. Breitengrad, vorsah. Bei etlichen Vorstößen und Angriffen Nordkoreas gegen den Süden starben in der Folgezeit zahlreiche Opfer. Unter den Schlägen, die der Norden dem Süden zufügte und die sich sowohl gegen Militärangehörige wie gegen die Zivilbevölkerung richteten, sind der Angriffeines 31 Mann starken Kommandos im Jahr 1968 auf den Präsidentenpalast in Südkorea zu nennen (nur ein Angreifer überlebte), der Anschlag im birmanischen Rangun am 9. Oktober 1983 auf Mitglieder der Seouler Regierung - 16 Tote, darunter vier südkoreanische Minister -, und die Explosion eines Verkehrsflugzeugs der Korea Air Line am 29. November 1987 in der Luft, bei der 115 Passagiere starben.

Nordkorea ist nicht tatverdächtig - es ist schuldig. Eine in nordkoreanischen Diensten stehende Terroristin sagte nach ihrer Festnahme, bei dem Anschlag 1987 sei es darum gegangen, durch die Demonstration, daß der Süden nicht in der Lage sei, die Sicherheit der Olympischen Spiele zu gewährleisten, die wenige Monate später in Seoul stattfinden sollten, das internationale Ansehen des Landes zu beschädigen.[326]

Fügen wir, da es hier um den Krieg gegen die gesamte kapitalistische Welt geht, noch hinzu, daß Nordkorea in den sechziger und siebziger Jahren unterschiedlichen terroristischen Gruppen Zuflucht gewährte, insbesondere der japanischen Roten Armee, die sich durch Attentate in Israel hervorgetan hatte, palästinensischen Fedajin, phillippinischen Guerilleros usw.

Kommunistische Opfer der nordkoreanischen Staatspartei

Wie erinnerlich, ging es Chruschtschow in seinem berühmten Bericht in erster Linie darum, die Verbrechen Stalins an Kommunisten aufzudecken. Auch in Nordkorea ist die Liste der Opfer von Säuberungen innerhalb der Partei der Arbeit lang. Man hat nachgerechnet, daß von den 22 Mitgliedern der ersten nordkoreanischen Regierung 17 ermordet, exekutiert oder durch Säuberungen ausgeschaltet wurden![327]

Unmittelbar nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes von Panmunjon fielen eine Reihe hochrangiger Funktionäre einer Säuberung in der nordkoreanischen Partei zum Opfer. Am 3. August 1953 wurde bei einem »großen Prozeß« ein Schlag gegen Kommunisten »aus dem Inneren« geführt, sie wurden verurteilt wegen Spionage für die Amerikaner und Bestrebungen zum Sturz der Regierung. Tibor Meray, ein ungarischer Journalist und Schriftsteller, wohnte dem Prozeß bei. Er kannte einen der Angeklagten, Sol Jang Sik. Dieser war stellvertretender Dolmetscher der nordkoreanischen Delegation bei den Verhandlungen von Kaesong im Juli/August 1951, schrieb Gedichte und hatte Shakespeare ins Koreanische übersetzt.

Nummer 14

Jedem Angeklagten war eine große Nummer auf den Rücken seiner Jacke genäht. Der wichtigste Angeklagte hatte die Nummer 1, ihrer Bedeutung nach waren sie durchnumeriert bis zur Nummer 14.

Die Nummer 14 war Sol Jang Sik.

Ich erkannte ihn kaum wieder. Sein schönes, einst so ausdrucksvolles Gesicht war leblos, von Erschöpfung und Resignation gezeichnet. Seine dunklen und nur ein wenig schrägen Augen hatten ihren Glanz verloren. Er bewegte sich wie ein Roboter. Viele Jahre später erfuhr ich, daß die Angeklagten einige Wochen vor ihrem Erscheinen [beim Prozeß] besonders gut verpflegt wurden.

damit sie nach dem Leiden und der Folter wieder besser aussahen. Wenn ein Prozeß öffentlich geführt wurde, bemühten sich die Behörden, dem Publikum und vor allem den Vertretern der westlichen Presse den Eindruck zu vermitteln, daß die Häftlinge bei guter Gesundheit wären, wohlgenährt, körperlich und geistig fit. Diesen Prozeß in Korea verfolgten keine westlichen Korrespondenten, es waren nur Vertreter der Sowjetpresse und anderer kommunistischer Zeitungen zugegen; das einzige Ziel war offensichtlich, ihre Schuld zu demonstrieren, diese Menschen zu demütigen, die einst mehr oder weniger wichtige Persönlichkeiten gewesen und heute nur noch Angeklagte waren.

Abgesehen davon verlief der Prozeß sehr ähnlich wie die verschiedenen politischen Prozesse in Ungarn, der Tschechoslowakei und Bulgarien. Ich war erschüttert, als ich Sol so sah, und es wurde so summarisch übersetzt, daß ich mich kaum an den genauen Inhalt der Anklage erinnern kann (ich hoffte nur, daß Sol mich nicht sehen konnte, und ich denke, daß er es nicht konnte, weil der Saal sehr voll war). Soweit ich mich erinnere, war von Verschwörung gegen die koreanische Volksdemokratie die Rede und von einem Komplott zur Ermordung Kim II Sungs, des vielgeliebten Führers der Nation. Die Angeklagten hätten zur alten feudalen Ordnung zurückkehren wollen... Zudem hätten sie Nordkorea Syngman Rhee ausliefern wollen, und darüber hinaus hätten sie für die amerikanischen Imperialisten und die von ihnen bezahlten Agenten spioniert[328]...

Unter den Angeklagten waren nicht wenige hochrangige Funktionäre - unter anderen Li Sung Yop, Sekretär des Zentralkomitees der kommunistischen Partei, Paik Hyung Bok aus dem Innenministerium, und Che II Myung, stellvertretender Minister für Kultur und Propaganda. Sol war in dieser Gruppe eher ein kleiner Fisch. Viele kamen aus dem Süden des Landes.

Außenminister Pak Hon Yong, ein Kommunist, der schon vor vielen Jahren im Land gekämpft hatte, wurde am 15. Dezember 1955 als »amerikanischer Geheimagent« zum Tode verurteilt und drei Tage später hingerichtet. Weitere Hinrichtungen folgten 1956, angefangen mit Mu Chong, einem Vertreter der sogenannten »Yenan-Gruppe«, ehemals General der VIII. chinesischen Feldarmee, Befehlshaber der nordkoreanischen Artillerie und später, im Krieg gegen den Süden und die UNO, Stabschef im Generalhauptquartier der vereinigten Streitkräfte von China und Nordkorea. Weitere Säuberungen richteten sich im März 1958 gegen Kader mit Verbindungen zu den Sowjets wie Ho Kai und wiederum gegen Kader der sogenannten Yenan-Fraktion, die mit den Chinesen verbunden waren, wie Kim Du Bong, und, parallel dazu, gegen Funktionäre, die Chruschtschows Reformen aufgeschlossen gegenüberstanden. Neue Säuberungswellen ereigneten sich in den Jahren 1960, 1967 (damals kam Kim Kwang Hyup, Sekretär des Parteisekretariats, in ein Lager), 1969 (das bekannteste Opfer war der mit der Durchführung von Geheimoperationen gegen den Süden beauftragte Hu

Hak Bong, aber auch die 80 verschwundenen Studenten vom Revolutionsinstitut für Fremdsprachen in Pjöngjang dürfen nicht vergessen werden), 1972 (Pak Kum Chul, ehemaliger stellvertretender Ministerpräsident und Mitglied des Politbüros, wurde in ein Lager eingewiesen), 1977 (Li Yong Mu, ehemals Mitglied des Politbüros, wurde gleichfalls in ein Lager geschickt; auch bei dieser Säuberung verschwanden wieder etliche Studenten, Söhne von Kadern, die in die Schußlinie geraten waren), 1978, 1980 usw.

Tatsächlich sind diese Säuberungen keine in unregelmäßigen Abständen zu beobachtende Ausnahmeerscheinungen, sondern ein strukturelles Phänomen. Noch in allerjüngster Zeit, zu Beginn des Jahres 1997, konnte eine gegen Armeeoffiziere und Parteikader mit reformerischen Anwandlungen, an der Spitze Ministerpräsident Kang Song San, gerichtete Säuberung erfolgen. Nach Aussagen von Überläufern werden jedesmal, wenn Spannungen auftreten, weil der Bevölkerung weitere materielle Entbehrungen auferlegt werden, einige kommunistische Funktionäre als Sündenböcke ausgewählt, ins Gefängnis geworfen, in ein Lager geschickt oder hingerichtet. Damit soll verhindert werden, daß der Unmut sich gegen die Spitze der Macht richtet.

Die Hinrichtungen

Es gibt keine Angaben über die Zahl der Hinrichtungen, aber ein Blick in das nordkoreanische Strafgesetzbuch liefert immerhin einen Anhaltspunkt: Die Todesstrafe steht auf nicht weniger als 47 Straftaten, die zu folgenden Kategorien zusammengefaßt werden können:

- Verbrechen gegen die staatliche Souveränität;
- Verbrechen gegen die staatliche Verwaltung, Verbrechen gegen Staatseigentum;
- Verbrechen gegen Personen;
- Verbrechen gegen den Besitz von Staatsbürgern;
- Militärverbrechen.

Kang Koo Chin, der für die sechziger und siebziger Jahre beste Kenner des nordkoreanischen Rechtssystems, hat eine Schätzung nur im Hinblick auf die Säuberungen innerhalb der Partei für den Zeitraum der besonders brutalen Repression 1958-1960 versucht. Er kommt zu dem Ergebnis, daß etwa 9000 Personen aus der Partei ausgeschlossen, abgeurteilt und zum Tode verurteilt worden seien! Wenn man diese durchaus ernstzunehmende Schätzung für alle bekannten großen Säuberungen (etwa zehn) hochrechnet, ergibt dies die beachtliche Zahl von 90 000 Exekutionen. Es sei noch einmal darauf hingewiesen, daß es sich nur um eine Größenordnung handelt: Die Archive in Pjöngjang werden später genauer Auskunft geben.

Überläufer berichten von öffentlichen Hinrichtungen von Angehörigen der »Zivil«-Bevölkerung, die Anklagen lauteten auf »Prostitution«, »Verrat«, Mord, Vergewaltigung, »Aufruhr«... Die Zuschauer wurden zur Unter-

Stützung aufgefordert und begleiteten die Vollstreckung des Urteils mit Schreien, Beleidigungen, auch mit Steinwürfen. Manchmal stachelte man die Menge regelrecht zur Lynchjustiz auf, und der Verurteilte wurde zu Tode geprügelt, während die Menschen Parolen riefen. Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse spielt bei Hinrichtungen eine große Rolle. Zwei Zeugen bestätigten gegenüber Mitarbeitern von Asia Watch, daß Vergewaltigung nur dann mit dem Tode bestraft wird, wenn die Täter den »untersten Kategorien« angehören.

Richter als Befehlsempfänger der Partei - von Anfang an werden sie dazu angehalten, strikt im Einklang mit der marxistisch-leninistischen Rechtsauffassung zu urteilen -, Entscheidungen über Haft und Hinrichtung, die nicht immer in Prozessen fallen - raschere Verfahren werden durchaus praktiziert -, Anwälte als Befehlsempfänger der Partei: all dies vermittelt einen Eindruck von der Natur des nordkoreanischen Justizwesens.

Gefängnisse und Lager

Li Sun Ok war Mitglied der Partei der Arbeit, ihr unterstand eine ausschließlich Kadern vorbehaltene Versorgungseinrichtung. Sie fiel einer der ersten regelmäßigen Säuberungen zum Opfer und wurde zusammen mit anderen Genossen verhaftet. Nach schweren Folterungen mit Wasser und Strom, nach Schlägen und Schlafentzug gab sie schließlich alles zu, was man von ihr verlangte, und gestand insbesondere, daß sie Staatseigentum entwendet habe; daraufhin wurde sie zu dreizehn Jahren Gefängnis verurteilt. Und es handelte sich wirklich um eine Gefängnisstrafe, auch wenn der Begriff »Gefängnis« offiziell nicht gebraucht wird. 6000 Häftlinge, darunter 2000 Frauen, arbeiteten in der Haftanstalt wie Tiere, von halb sechs Uhr morgens bis Mitternacht, sie stellten Pantoffeln her, Revolvertaschen, Handtaschen, Gürtel, Zünder für Sprengkörper, künstliche Blumen. Schwangere Gefangene wurden zu brutalen Abtreibungen gezwungen. Wenn doch ein Kind im Gefängnis zur Welt kam, wurde es unweigerlich erwürgt oder erdrosselt.[329]

Schon früher hatten Zeugen von außerordentlich harten Haftbedingungen berichtet. Eine einzigartige Schilderung des Lebens hinter nordkoreanischen Gefängnismauern in den sechziger und siebziger Jahren verdanken wir Ali Lameda, einem kommunistischen Dichter aus Venezuela, der dem nordkoreanischen Regime positiv gegenüberstand und ins Land gekommen war, um offizielle Propagandatexte zu übersetzen. Nachdem er vorsichtige Zweifel an der Wirksamkeit der Propaganda angemeldet hatte, wurde er 1967 verhaftet. Lameda selbst wurde zwar während seiner Haft nicht gefoltert, aber er berichtete, daß er die Schreie von Gefangenen gehört habe, die gefoltert worden seien. Während der Haft verlor er rund 20 Kilogramm Gewicht, und überall auf seinem Körper bildeten sich Geschwülste und Geschwüre.

In einer von amnesty international veröffentlichten Schrift schildert er die Farce der Gerichtsverhandlung, die mit der Verurteilung zu 20 Jahren Zwangsarbeit endete, weil er angeblich versucht hatte, »zu sabotieren, zu spionieren und ausländische Agenten nach Nordkorea einzuschleusen«, die Haftbedingungen[330] und seine Freilassung nach sechs Jahren auf wiederholte Interventionen der venezolanischen Behörden hin.

Andere Zeugen berichten, daß Hunger systematisch als Mittel eingesetzt wurde, um die Häftlinge zu brechen. Nicht nur die Menge des Essens war unzureichend, in der Regel wurde auch alles getan, um es ungenießbar zu machen. Reihenweise erkrankten die Häftlinge: Durchfall, Hauterkrankungen, Lungenentzündung, Hepatitis und Skorbut waren an der Tagesordnung.

Die Gefängnisse und Lager sind Teil eines weitgespannten Netzes von Unterdrückungseinrichtungen. Man kann unterscheiden:

- »Unfallstationen«: eine Art von Durchgangsgefängnissen, deren Insassen wegen leichterer politischer Vergehen oder nicht politischer Vergehen und Verbrechen auf ihre Aburteilung warten.
- »Zentren zur Erholung« durch Arbeit: Dort sitzen 100 000 bis 200 000 als asozial, untätig, mit anderen Worten faul eingestufte Personen ein. Solche »Zentren« gibt es in nahezu jeder Stadt. Die Insassen bleiben dort zwischen drei Monaten und einem Jahr, häufig ohne Urteil und ohne sogar präzise Anklage.
- Zwangsarbeitslager: Davon gibt es im gesamten Land ein gutes Dutzend, jedes Lager hat zwischen 500 und 2500 Insassen. Die Häftlinge sind gewöhnliche Kriminelle, verurteilt etwa wegen Mordversuch oder Vergewaltigung, aber auch Kinder von politischen Häftlingen, Personen, die bei Fluchtversuchen festgenommen wurden, usw.
- »Deportationszonen«: Dorthin werden als »unsichere Elemente« eingestufte Personen zwangsumgesiedelt (Familienangehörige von Überläufern, die in den Süden geflohen sind, Familienangehörige von ehemaligen Landbesitzern usw.). Es handelt sich um abgelegene Gebiete, die Zahl der Betroffenen soll sich auf mehrere Zehntausend belaufen.
- »Gebiete unter besonderer diktatorischer Gewalt«: Dabei handelt es sich um regelrechte Konzentrationslager, in denen politische Häftlinge interniert sind. Es gibt etwa ein Dutzend davon mit zwischen 150000 und 200000 Insassen. Angemerkt sei, daß dies weniger als 1 % der Gesamtbevölkerung ist und damit deutlich unter der Zahl der Häftlinge im sowjetischen Gulag zu Beginn der fünfziger Jahre liegt. Das darf freilich nicht als Folge besonderer Milde verstanden werden, sondern vielmehr als Indiz für eine außerordentlich perfektionierte Kontrolle und Überwachung der Bevölkerung.

Diese Gebiete unter besonderer diktatorischer Gewalt liegen hauptsächlich im Norden des Landes, in Bergregionen, die oft schwer zugänglich sind. Die Yodok-Zone soll mit 50000 Personen die größte sein. Sie umfaßt die äu-

ßerst isoliert gelegenen Lager Yongpyang und Pyonjon, in denen rund zwei Drittel der Häftlinge der gesamten Zone einsitzen, sowie die Lager Kououp, Ibsok und Daesuk, in denen, allerdings getrennt, die Familien ehemals in Japan ansässiger Koreaner und unverheiratete Personen festgehalten werden. Weitere Zonen unter besonderer diktatorischer Gewalt liegen in Kaechon, Hwasong, Hoiryoung und Chongjin.

Die Lager wurden Ende der fünfziger Jahre eingerichtet für »politische Kriminelle« und Gegner Kim II Sungs innerhalb der Partei. Die Zahl der Lagerinsassen stieg 1980 nach einer großen »Säuberung« stark an, der die unterlegenen Gegner der auf dem VI. Parteitag der Partei der Arbeit beschlossenen Institutionalisiserung eines dynastischen Kommunismus zum Opfer fielen. Einige Lager, so etwa das Lager Nr. 15 in der Yodok-Zone, sind unterteilt in eine »Abteilung für Revolutionarisierung«, deren Insassen darauf hoffen können, eines Tages wieder in die Welt draußen zurückkehren zu können, und einen »Hochsicherheitsbereich«, den niemand lebend verläßt.

In den Abteilungen für Revolutionarisierung sitzen hauptsächlich Häftlinge der politischen Elite oder Rückkehrer aus Japan mit Beziehungen zu den Leitern japanischer Organisationen, die Nordkorea gegenüber positiv eingestellt sind.

Die wenigen Überläufer, die durch solche Lager gegangen sind, geben erschreckende Beschreibungen: hoher Stacheldraht, Schäferhunde, bewaffnete Wärter, ringsherum Minenfelder. Die Versorgung mit Nahrungsmitteln ist völlig unzureichend, die Isolierung von der Außenwelt perfekt, die Arbeit hart (zwölf Stunden täglich Einsatz im Bergwerk, im Steinbruch, beim Ausheben von Bewässerungskanälen, bei Holzfällarbeiten, dazu kommen noch zwei Stunden »politische Erziehung«). Der Hunger ist die wohl schlimmste Folter, die Häftlinge fangen und essen Frösche, Ratten, Regenwürmer.

Zu diesem alles in allem klassischen Schreckensbild muß man noch den kontinuierlichen physischen Verfall der Häftlinge hinzufügen, die Heranziehung von Häftlingen zu »Sonder«-Einsätzen wie dem Ausheben geheimer Tunnel, zu gefährlichen Arbeiten etwa in den Nuklearanlagen und ihre Verwendung als lebendige Zielscheiben für die Schießübungen der Wärter. Auch Folter und sexuelle Quälereien gehören zum grauenvollen Alltag der nordkoreanischen Gefangenen.

Zu ergänzen ist noch, daß in den Augen des Regimes immer die gesamte Familie schuldig ist: Ganze Familien finden sich im Lager wieder, weil ein Familienmitglied verurteilt wurde. Bei der Säuberung unter den Gegnern Kim II Sungs im Jahr 1958 wurden die Strafen oft auf Angehörige von drei Generationen ausgedehnt, so hart wird heute nicht mehr verfahren. Aber auch in Berichten aus relativ junger Vergangenheit begegnet uns noch dieses eigenartige Rechtsverständnis. Ein junger Überläufer namens Kang Chul Hwan kam mit neun Jahren ins Lager. Das war im Jahre 1977. Er wurde zusammen mit seinem Vater, einem seiner Brüder und zwei Großelternteilen interniert, nachdem in dem betreffenden Jahr der Großvater, ein ehemaliger

Verantwortlicher der Vereinigung der Koreaner im japanischen Kyoto, wegen einiger allzu wohlwollender Bemerkungen über das Leben im Kapitalismus festgenommen worden war.

Bis zum Alter von 15 Jahren erfuhr Kang Chul Hwan im Lager die Kindern vorbehaltene Behandlung: morgens Schule, wo vorzugsweise das Leben des Nationalhelden Kim II Sung gelehrt wurde, nachmittags Arbeit (Unkraut jäten, Steine aufsammeln usw.[331]).

Sollen wir uns auf die Aussagen der französischen Diplomaten stützen, die im Juli 1950, zu Beginn des Koreakrieges, von den Nordkoreanern festgenommen wurden? Oder auf die amerikanischen Besatzungsmitglieder der *Pueblo,* eines vor Korea auf hoher See liegenden Aufklärungs-Hilfsschiffs, das 1968 gekapert wurde? Beide Male lagen besondere Umstände vor, aber die einen wie die anderen berichten übereinstimmend von brutalen Verhören, Gleichgültigkeit gegenüber einem Menschenleben, systematisch harten Haftbedingungen. [332]

Im Jahre 1992 brachten zwei Überläufer Informationen über das Leben im größten nordkoreanischen Lager mit, dem Lager von Yodok. Sie bestätigten, daß die Haftbedingungen dort so hart sind, daß trotz der Elektrozäune, trotz der Wachtürme in jeweils einem Kilometer Abstand und der Gewißheit, daß jeder gescheiterte Fluchtversuch mit einem öffentlichen Prozeß und der Hinrichtung unter den Augen der Mitgefangenen endet, jedes Jahr rund 15 Häftlinge zu fliehen versuchen. Sie vergrößern die Blutschuld der Kommunisten weiter, denn den beiden Überläufern zufolge ist noch nie ein Fluchtversuch gelungen.

Kürzlich hat ein ehemaliger Wärter eines Lagers in der Zone Hoiryong eine sehr eindrucksvolle Schilderung abgegeben. Der Mann namens An Myung Chul, der im Jahre 1994 nach China floh und von dort weiter nach Seoul, hat unser Wissen über die koreanischen Konzentrationslager beträchtlich vergrößert.[333] Er berichtete, wie »schlechte Subjekte« zur Hinrichtung ausgewählt werden: »Ungehorsame, Aufrührer, Mörder, schwangere Frauen (den Häftlingen sind jegliche sexuelle Beziehungen formell untersagt), Menschen, die Vieh getötet haben, und solche, die für die Produktion bestimmtes Material zerstört haben. Im Kerker steckt man ihnen ein großes Holzstück zwischen die nach hinten gefesselten Beine und den Hintern, und dann müssen sie sich hinknien. Das Holzstück hemmt die Blutzirkulation, was bleibende Schäden verursacht, und selbst wenn man sie freiließe, könnten sie nicht mehr laufen und würden innerhalb von Monaten sterben.«

Die Hinrichtungen in den Lagern finden inzwischen nicht mehr öffentlich statt. Von öffentlichen Hinrichtungen ist man abgerückt, weil sie so häufig waren, daß sie nicht mehr abschreckten, sondern die Häftlinge nur zur Rebellion anstachelten. Schwerbewaffnete Wärter mußten den Hinrichtungsort schützen, und seit 1984 werden Hinrichtungen heimlich durchgeführt.

Mit Schaufelhieben

Wer nimmt Hinrichtungen vor? Die Entscheidung bleibt den Agenten der Sicherheit überlassen, die durch Erschießen töten, wenn sie sich die Hände nicht schmutzig machen wollen, und langsam morden, wenn sie den Todeskampf verfolgen wollen. Ich habe gelernt, daß man mit Stockhieben töten kann, durch Steinigung und mit einer Schaufel. Es ist vorgekommen, daß Häftlinge wie zum Spiel getötet wurden, als Schieß Wettbewerb, bei dem man auf die Augen zielte. Es ist auch vorgekommen, daß man die Verurteilten gezwungen hat, gegenseitig aufeinander einzuschlagen und sich gegenseitig zu zerfleischen. [...] Mit eigenen Augen habe ich mehrfach schrecklich zugerichtete Leichen gesehen: Die Frauen sterben selten einen leichten Tod. Ich habe Brüste gesehen, die durch Stiche und Schnitte verstümmelt waren, Genitalien, in die man den Stiel einer Schaufel gerammt hatte, Nacken, die durch Hammerschläge zertrümmert waren. [...] Im Lager ist der Tod etwas sehr Banales. Und die »politischen Kriminellen« kämpfen mit allen Mitteln um ihr Leben. Sie tun alles für ein paar Maiskörner mehr und ein wenig mehr Schweinefett. Dennoch, trotz ihres Kampfes, sterben im Durchschnitt vier oder fünf Häftlinge täglich, an Hunger, durch Unfälle und... durch Hinrichtung.

Flucht ist so gut wie undenkbar. Wenn ein Wärter einen Gefangenen bei einem Fluchtversuch stellt, winken ihm die Aufnahme in die Partei und der Besuch der Universität. Manche Wärter zwingen Häftlinge, über den Stacheldrahtzaun zu klettern. Dann schießen sie und behaupten, sie hätten sie an der Flucht gehindert.

Außer den Wärtern bewachen Hunde die politischen Häftlinge. Man setzt schreckliche, hervorragend zu regelrechten Tötungsmaschinen abgerichtete Tiere ein. Im Juli 1988 wurden im Lager Nr. 13 zwei Häftlinge von Hunden angegriffen. Es blieben nur Knochen von ihnen übrig. Und 1991 wurden zwei 15jährige Jungen von Wachhunden zerrissen.

An berichtet von einem Gespräch zwischen dem Leiter und zwei Angehörigen der Bewachungsmannschaft im Lager Nr. 13. Dabei kamen Methoden zur Sprache, die bislang nur von nationalsozialistischen Konzentrationslagern bekannt waren. »Genösse«, sagte der eine, stellvertretender Befehlshaber eines Trupps, »ich habe gestern Rauch aus dem Kamin des Dritten Büros[334] aufsteigen sehen. Stimmt es, daß man die Leichen erhitzt, um das Fett herauszuziehen?«

Der Leiter der Wachmannschaft erwiderte, er habe einmal den Tunnel des Dritten Büros am Fuß eines Hügels betreten.

»Ich habe Blut gerochen und Haare an den Wänden kleben gesehen... In jener Nacht konnte ich nicht einschlafen. Der Rauch, den du gesehen hast, stammt davon, daß sie die Knochen der Verbrecher verbrennen. Aber du darfst nicht darüber sprechen, sonst wirst du es bedauern. Wer weiß, wann du eine schwarze Bohne [eine Kugel] in den Kopf bekommst?«

Andere Wärter berichteten von Experimenten im Lager. Zum Beispiel ließ man Gefangene verhungern, um ihre Widerstandskraft zu studieren:

»Diejenigen, die solche Hinrichtungen und Experimente durchführen sollen, trinken Alkohol, bevor sie töten. Inzwischen sind sie regelrechte Experten; manchmal schlagen sie Häftlinge mit einem Hammer hinten auf den Kopf Die Unglücklichen verlieren das Gedächtnis, und halbtot dienen sie als lebendige Zielscheiben für Schießübungen. Wenn das Dritte Büro Nachschub braucht, kommt ein schwarzer LKW, genannt ›der Rabe‹, und verbreitet Angst und Schrecken unter den Häftlingen. Der Rabe rollt einmal im Monat ins Lager und fährt mit vierzig oder fünfzig Personen wieder davon, niemand weiß wohin...«

Die Verhaftungen werden stets möglichst unauffällig vorgenommen, ohne juristische Verfahrensregeln, so daß selbst die Eltern und die Nachbarn nichts mitbekommen. Wenn sie bemerken, daß jemand verschwunden ist, wagen sie in der Regel keine Fragen zu stellen aus Angst, sie könnten selbst die nächsten Opfer sein.

Nach diesem Horrorgemälde wagt man kaum zu erwähnen, daß es seit 1967 in Sibirien nordkoreanische Holzfällerlager gibt. Auch dort sind die Arbeitsbedingungen hart, die Essensrationen kärglich, die Wärter bewaffnet, und wer sich einen Verstoß gegen die nordkoreanische Disziplin zuschulden kommen läßt, landet in einem Verlies.

Mehrere Holzfäller, die fliehen konnten, berichteten über die Zustände in den Lagern. Nach dem Zerfall der Sowjetunion gelang es dank der Bemühungen von Sergej Kowaljow, dem Leiter einer von Boris Jelzin eingesetzten Menschenrechtskommission, für diese speziellen Arbeitskräfte Verbesserungen zu erwirken, und die Lager unterstehen mittlerweile nicht mehr ausschließlich der Kontrolle der nordkoreanischen Behörden.

Halten wir an dieser Stelle einen Augenblick inne. Wie bereits bei den innerparteilichen Säuberungen kann man auch hier die Zahl der Opfer nur mit einer ungefähren Größenordnung beziffern. Nach der Schätzung eines Zeugen saßen im Lager Nr. 2210000 Häftlinge ein, fünf Personen starben pro Tag. Wenn wir davon ausgehen, daß die Zahl der Häftlinge in allen nordkoreanischen Lagern zusammen bei etwa 200000 liegt[335], ergibt dies 100 Tote pro Tag, 36 500 pro Jahr. Mit 45 multipliziert (für den Zeitraum 1953 -1998) kommen wir auf rund 1,5 Millionen Tote, die direkt auf das Konto des koreanischen Kommunismus gehen.

Die Überwachung der Bevölkerung

In den Lagern konzentriert sich der Schrecken, das heißt aber nicht, daß es außerhalb der Lager Freiheit gäbe. In Nordkorea wird die individuelle Wahlfreiheit, die Autonomie der Persönlichkeit, negiert. »Die gesamte Gesellschaft muß fest zu einer geeinten politischen Kraft geformt werden, die im

Einklang atmet und voranschreitet, mit nur einem Gedanken und nur einem Willen, unter der Leitung des obersten Führers«, hieß es in einer Radioansprache vom 3. Januar 1986. Und eine in Nordkorea geläufige Parole befiehlt: »Denkt, sprecht und handelt wie Kim II Sung und Kim Jong II...«

Von den obersten bis zu den untersten Stufen der sozialen Leiter kontrollieren der Staat, die Partei, die Massenorganisationen und die Polizei die Bürger im Namen der sogenannten »zehn Prinzipien der Partei zur Verwirklichung der Einheit«. Dieses Dokument und nicht die Verfassung regelt heute das Alltagsleben der Nordkoreaner. Es sei nur Artikel 3 zitiert, um einen Eindruck davon zu vermitteln: »Wir werden die Autorität unseres Führers bedingungslos durchsetzen.«

Seit 1945 gibt es ein Büro für soziale Sicherheit (das für die Überwachung der Bevölkerung im gesellschaftlichen Bereich zuständig ist), seit 1975 einen Nationalen Ausschuß für Zensur (Zensur gab es freilich schon sehr viel früher) und seit 1977 einen »Rechtsausschuß für sozialistisches Leben«.[336]

Aus der politischen Polizei ging 1973 ein »Ministerium für den nationalen politischen Schutz« hervor, heute heißt die Institution »Behörde für nationale Sicherheit« und ist in verschiedene Büros gegliedert (das Büro Nummer 2 ist für Ausländer zuständig, Büro Nummer 3 für den Schutz der Grenzen, Nummer 7 für die Lager usw.).

Einmal pro Woche wird jeder zur ideologischen Unterweisung »gebeten«, und ebenfalls einmal pro Woche zu einer Versammlung zum Zwecke der Kritik und Selbstkritik, die in Nordkorea »Lebensbilanz« heißt. Dort muß man sich mindestens einer politischen Verfehlung beschuldigen und gegen den Nebensitzer mindestens zwei Vorwürfe erheben.

Die nordkoreanischen Kader sind, was die Versorgung mit Nahrungsmitteln und anderen Dingen angeht, ohne Zweifel privilegiert, aber sie werden genauso streng überwacht wie die übrige Bevölkerung: Sie wohnen in einem speziellen Viertel, ihre Telefongespräche und sonstigen Unterredungen werden abgehört, Audio- und Videokassetten in ihrem Besitz werden kontrolliert unter dem Vorwand, sie müßten »repariert« oder in der Wohnung müsse eine »Überprüfung wegen Entweichen von Gas« durchgeführt werden. Die Radio- und Fernsehgeräte aller Nordkoreaner sind durch die Blockierung bestimmter Knöpfe so eingerichtet, daß nur die staatlichen Sender empfangen werden können; Umzüge müssen von den örtlichen Behörden und den Arbeitsbrigaden genehmigt werden; der Zuzug nach Pjöngjang, Hauptstadt des Landes und Schaufenster des nordkoreanischen Sozialismus, wird wie in vielen anderen kommunistischen Ländern strikt kontrolliert.

Versuch eines intellektuellen Genozids?

Repression und Terror bedeuten nicht nur Angriff auf und Zwang gegen den Körper, sondern auch gegen den Geist. Ein Mensch kann auch geistig eingesperrt sein, und das ist keineswegs weniger schlimm. Zu Beginn des vorliegenden Überblicks wurde auf die methodischen Probleme hingewiesen, die sich aus der Abschottung des Landes ergeben: Es war nicht möglich, für Nordkorea zu so detaillierten und verläßlichen Daten zu gelangen, wie wir es gewünscht hätten. Die Abschottung von der Außenwelt und die permanente ideologische Beschallung, die in ihrer Intensität einzigartig ist, sind unbestreitbar bei den Verbrechen des nordkoreanischen Kommunismus mit zu veranschlagen. Gewiß legen die Überläufer, denen es gelungen ist, durch die Maschen des Netzes zu schlüpfen, Zeugnis für die außerordentliche Widerstandskraft des Menschen ab. Darauf beziehen sich die Gegner des Tota-Utarismus-Konzepts, wenn sie argumentieren, daß es immer einen gewissen »Spielraum« gibt, Raum für Widerstand, und daß die vom *Big Brother* angestrebte »totale Erfassung« niemals erreicht werden kann.

In Nordkorea geht die Propaganda in zwei Richtungen. Die eine ist die klassische marxistisch-leninistische Linie: Der revolutionäre sozialistische Staat bietet seinen glückseligen Bürgern die beste nur erdenkliche Lebensweise. Allerdings darf man in der Wachsamkeit gegenüber dem imperialistischen Feind niemals nachlassen (dies um so mehr, so können wir heute hinzufügen, als viele »Genossen« draußen vor eben diesem Feind kapituliert haben). Die andere ist eine nationalistische, archaische Linie: Weit entfernt vom dialektischen Materialismus propagieren die nordkoreanischen Machthaber eine Mythologie um die Kim-Dynastie, die ihre Untertanen glauben machen soll, der Himmel und die Erde stünden in innigem Einvernehmen mit ihren politischen Herrn. So meldete die offizielle nordkoreanische Nachrichtenagentur, daß am 24. November 1996 (und dies ist nur ein Beispiel unter tausend) bei einem Inspektionsbesuch Kim Jong Ils bei Einheiten der nordkoreanischen Armee in Panmunjon[337] auf einmal ebenso dichter wie unerwarteter Nebel das gesamte Gebiet eingehüllt habe. Der Nummer eins des Staates sei es auf diese Weise möglich gewesen, sich nach Belieben überallhin zu begeben und sich über die »feindlichen Stellungen« zu informieren, ohne selbst bemerkt zu werden. Auf geheimnisvolle Weise lichtete sich der Nebel und klarte der Himmel ausgerechnet in dem Augenblick auf, als Kim Jong II mit einer Gruppe Soldaten für ein Foto posierte... Ein ähnliches Phänomen konnte man auf einer Insel im Gelben Meer beobachten: Kim Jong II machte sich gerade daran, auf einem vorgeschobenen Beobachtungsposten eine Karte zu studieren, auf der alle Operationen verzeichnet waren, als der Regen aufhörte und der Wind sich legte, die Wolken verschwanden und die Sonne erstrahlte... In Mitteilungen derselben offiziellen Presseagentur war weiterhin die Rede von »einer Reihe geheimnisvoller Phänomene, die sich an verschiedenen Orten im Land zutrugen, als der drit-

te Jahrestag des Todes des Großen Führers herannahte. [...] Im Bezirk Kumchon leuchtete der bis dahin düstere Himmel auf einmal [...] und drei Gruppen roter Wolken zogen in Richtung Pjöngjang... Gegen 20 Uhr 10 am 4. Juli hörte der Regen auf, der seit dem Morgen fiel, und ein doppelter Regenbogen entfaltete sich über der Statue des Präsidenten [...], dann funkelte ein sehr heller Stern über der Statue« usw.[338]

Eine starre Hierarchie

In diesem Staat, der das Etikett »sozialistisch« für sich in Anspruch nimmt, wird die Bevölkerung nicht nur überwacht und kontrolliert, sondern auch nach verschiedenen Kriterien registriert wie soziale und geographische (stammt die Familie aus dem Süden oder aus dem Norden?) Herkunft, politisches Vorleben, jüngste Bekundungen der Treue zum Regime. Auf diese Weise wurde in den fünfziger Jahre eine »wissenschaftliche« Aufschlüsselung der gesamten Bevölkerung vorgenommen. Mit reichlich Bürokratie erstellte man nicht weniger als 51 Kategorien, und die Kategorisierung hatte weitreichenden Einfluß auf die materiellen, sozialen und politischen Möglichkeiten eines jeden einzelnen. Dieses System wurde, vermutlich weil es zu schwerfällig war, in den fünfziger Jahren vereinfacht, statt 51 gab es künftig nur noch drei soziale Kategorien. Allerdings werden weiterhin detaillierte Akten geführt, denn über die »Klassifizierung« hinaus überwacht der Geheimdienst bestimmte »Kategorien« innerhalb der einzelnen Klassen besonders, vor allem all diejenigen, die aus dem Ausland kommen, gleichgültig ob sie dort gewohnt oder sich nur besuchsweise aufgehalten haben.

Unterschieden werden eine »zentrale« Klasse oder der »Kern« der Gesellschaft, eine »unentschiedene« Klasse und eine »feindliche« Klasse«, letztere umfaßt rund ein Viertel der nordkoreanischen Bevölkerung. Mit dieser Unterscheidung rechtfertigt das nordkoreanische kommunistische System eine Art von Apartheid: Ein junger Mann mit »guter Herkunft«, zum Beispiel aus einer Familie ehemaliger antijapanischer Partisanenkämpfer, darf kein junges Mädchen mit »schlechter Herkunft«, etwa die Tochter einer Familie aus dem Süden, heiraten. Koh Young Hwan, ein ehemaliger nordkoreanischer Diplomat, der in den achtziger Jahren erster Sekretär an der nordkoreanischen Botschaft in Zaire war, bestätigt dies: »Das nordkoreanische System ist strenger als das Kastensystem.«[339]

Mag diese Art der Diskriminierung nach der Herkunft vielleicht aus der Sicht der marxistisch-leninistischen Theorie noch einen Sinn ergeben, so ist die biologische Diskriminierung aus dieser Sicht nicht zu rechtfertigen. Doch die Fakten sprechen eine eindeutige Sprache: Behinderte sind in Nordkorea Aussätzige. Es ist ausgeschlossen, daß sie in der Hauptstadt Pjöngjang bleiben. Noch vor wenigen Jahren wurden sie nur in die Außenbezirke verbannt, so daß die nicht behinderten Familienmitglieder sie besuchen konn-

ten. Heute werden Behinderte an abgelegene Orte deportiert, ins Gebirge oder auf Inseln im Gelben Meer. Zwei Orte wurden mit Sicherheit als Verbannungsstätten identifiziert: Boujun und Uiju im Norden des Landes, unweit der Grenze zu China. Die Diskriminierung von Behinderten hat sich weiter zugespitzt mit der Übertragung dieser Regelung auf andere große Städte neben Pjöngjang wie Nampo, Kaesong und Chongjin.

Wie die Behinderten werden Zwergwüchsige systematisch aufgespürt, festgenommen und in Lager eingewiesen. Sie werden isoliert und daran gehindert, Kinder zu bekommen. »Die Rasse der Zwerge muß verschwinden«, hat Kim Jong II höchstpersönlich angeordnet. [340]

Flucht

Trotz der Überwachung durch Grenzwächter ist einigen Nordkoreanern die Flucht gelungen; seit dem Krieg sind rund 700 Personen nach Südkorea gekommen, man nimmt an, daß mehrere Tausend die Grenze nach China überwunden haben. Da die Nordkoreaner keine Vorstellung von dem Leben außerhalb ihres Landes haben und da die Überwachung der Bevölkerung sehr engmaschig ist, ist die Zahl der Flüchtlinge, die heimlich die Grenze passieren, noch gering. Schätzungen zufolge haben im Jahre 1997 rund 100 Überläufer den Süden erreicht, ein deutlicher Anstieg gegenüber den achtziger Jahren und vor allem gegenüber früheren Jahrzehnten. Die Zahl der jährlichen Grenzübertritte hat sich seit 1993 verfünffacht und ist weiter im Anstieg begriffen. Im allgemeinen fliehen die Flüchtlinge vor einer drohenden Strafe, oder es handelt sich um Personen, die Gelegenheit zu einer Auslandsreise hatten. Darum sind unter den Flüchtlingen immer auch Diplomaten und hochrangige Funktionäre. Im Februar 1997 flüchtete der Chefideologe der Partei, Hwang Jang Yop, in die Botschaft Südkoreas in Peking und gelangte von dort weiter nach Seoul. Der nordkoreanische Botschafter in Ägypten, der Ende August 1997 in die Vereinigten Staaten kam, hatte Grund, um sein politisches Schicksal zu fürchten: Im Jahr zuvor war sein eigener Sohn »verschwunden«. Koh Young Hwan, der bereits erwähnte Diplomat an der nordkoreanischen Botschaft in Zaire, rechnete mit seiner bevorstehenden Verhaftung: Er hatte unvorsichtigerweise nach einer Fernsehsendung über den Prozeß gegen das Ehepaar Ceausescu gesagt, er »hoffe, daß in seinem Land nichts ähnliches geschehen« werde - eine eklatanter Beweis für seinen Mangel an Vertrauen in die Führung. Er floh, nachdem er einige Tage nach dieser Äußerung erfahren hatte, daß Agenten der Staatssicherheit in der Botschaft eingetroffen waren. Wie er sagte, führt jeder Fluchtversuch, der vorzeitig entdeckt wird, unweigerlich zur Festnahme und ins Lager. Schlimmer noch: Im jordanischen Amman erlebte er mit, wie ein Diplomat, der seine Flucht plante, »neutralisiert« wurde - er wurde von Kopf bis Fuß eingegipst und auf der Stelle nach Pjöngjang zurückge-

bracht. Am Flughafen ist in solchen Fällen von einem Autounfall oder sonstigen Unfall die Rede!

Einfachen Bürgern ergeht es nach einem gescheiterten Fluchtversuch nicht besser. Wie die französische Presse vor kurzem berichtetet[341] werden die Flüchtlinge aller Wahrscheinlichkeit nach auf besonders demütigende Weise gebrandmarkt und exekutiert: »Entlang des Flusses [des Yalu] berichteten die Menschen alle das gleiche. Wenn Polizisten Flüchtlinge aufgreifen, ziehen sie ihnen einen Draht durch die Wangen oder durch die Nase und zeigen damit, daß sie Verräter an ihrem Land sind, daß sie gewagt haben, ihr Vaterland aufzugeben. Dann werden sie zurückgebracht und hingerichtet. Ihre Familien kommen in Arbeitslager.«

Aktivitäten des Regimes außerhalb der Landesgrenzen

Die nordkoreanische Führung läßt es nicht damit bewenden, jeden Fluchtversuch brutal zu vereiteln, sie schickt ihre Agenten auch ins Ausland, damit sie dort gegen Staatsfeinde vorgehen. So wurde beispielsweise im September 1996 der südkoreanische Kulturattache in Wladiwostok ermordet. Japan verdächtigt die Nordkoreaner, etwa 20 japanische Frauen verschleppt und gezwungen zu haben, an der Ausbildung zu Agenten und Terroristen mitzuwirken. Japan und Nordkorea streiten weiterhin über den Verbleib von Hunderten japanischer Frauen, die seit 1959 als Ehefrauen koreanischer Männer nach Nordkorea gekommen sind. Ungeachtet der seinerzeit abgegebenen Versprechen der nordkoreanischen Regierung konnte keine dieser Frauen jemals nach Japan zurückkehren, auch nicht für einen Besuch. Durch Aussagen der wenigen Überläufer wissen wir, daß etliche Frauen festgesetzt wurden und daß die Sterblichkeit bei ihnen sehr hoch ist. Von 14 Japanerinnen, die Ende der siebziger Jahre im Lager Yodok festgehalten wurden, waren 15 Jahre später nur noch zwei am Leben. Die nordkoreanische Regierung bedient sich der Frauen als Tauschobjekte und verspricht ihre Freilassung als Gegenleistung für japanische Nahrungsmittelhilfen. In den Agenturmeldungen ist nichts darüber zu lesen, wie viele Kilo Reis in den Augen der nordkoreanischen Führung die Freiheit einer japanischen Frau wert ist. Neben anderen Organisationen haben sich amnesty international und die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte dieser Fälle angenommen. Außer den Frauen hält Nordkorea auch südkoreanische Fischer fest.

In den vierzig Jahren von 1955 bis 1995 ist es immer wieder zu derartigen Zwischenfällen gekommen. Nach Angaben der südkoreanischen Regierung werden mehr als 400 Fischer vermißt. Ferner sind etliche Passagiere und Besatzungsmitglieder eines 1969 entführten Flugzeugs nie mehr nach Südkorea zurückgekehrt, ein im April 1979 in Norwegen entführter südkoreani-

scher Diplomat und der im Juli 1995 in China gekidnappte und nach Nordkorea verschleppte Pastor Ahn Sung Un liefern weitere Beispiele, wie südkoreanische Staatsbürger im Ausland Opfer nordkoreanischer Übergriffe wurden.

Hunger und Mangel

In jüngster Zeit ist das nordkoreanische Regime aus einem anderen schwerwiegenden Grund in Bedrängnis geraten: Die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung ist prekär. Die Versorgungslage war schon seit langem nicht gut, doch in den letzten Jahren hat sich die Situation so zugespitzt, daß die nordkoreanischen Behörden trotz des sakrosankten Grundsatzes der Selbstversorgung in jüngster Zeit um internationale Hilfe gebeten haben. Die Getreideernte im Jahre 1996 belief sich auf 3,7 Millionen Tonnen, drei Millionen weniger als zu Anfang der neunziger Jahre. 1997 wird die Ernte nicht wesentlich anders ausfallen. Nordkorea verweist gegenüber dem Welternährungsprogramm der UNO, auch gegenüber den Vereinigten Staaten und der Europäischen Gemeinschaft auf mehrere Naturkatastrophen (Überschwemmungen in den Jahren 1994 und 1995, Trockenheit und Flutwelle 1997). Tatsächlich hängen die Ursachen der Lebensmittelknappheit mit den strukturellen Schwierigkeiten jeder sozialistischen, nach dem Prinzip der Zentralverwaltungswirtschaft organisierten Landwirtschaft zusammen. Grobe Fehler wie massive Abholzung in den Hügelregionen und die hastige Anlage von Terrassenkulturen durch mehr oder weniger fähige Arbeitstrupps auf Anordnung der Parteispitze trugen ihren Teil dazu bei, daß die Überschwemmungen so schlimm wurden. Die Auflösung des sowjetischen Kommunismus und der neue Kurs Chinas hatten zur Folge, daß die Hilfslieferungen dieser beiden Länder an Nordkorea deutlich zurückgingen. Rußland und China wollen mittlerweile nach Weltmarktgesetzen Handel treiben. Der Mangel an harter Währung ist darum eine schwere Belastung für die nordkoreanische Regierung, der Erwerb von Landmaschinen, Düngemitteln und Treibstoff stellt sie vor immer größere Schwierigkeiten.

Aber wie gravierend ist die Ernährungssituation tatsächlich? Trotz der Katastrophenmeldungen von humanitären Organisationen wie World Vision - das zwei Millionen Hungertote für möglich hält - oder dem deutschen Roten Kreuz - das davon spricht, pro Monat würden 10000 Kinder verhungern[342] sind genaue Aussagen nicht möglich. Zwar gibt es klare Anhaltspunkte für erhebliche Schwierigkeiten: UN-Experten berichten davon, daß entsprechende Gerüchte unter der chinesischen Bevölkerung in den Grenzgebieten im Umlauf seien; ohne Zweifel sind Nahrungsmittel generell knapp, und mancherorts herrscht Hunger. Doch die Präsentation wohlmeinender Besucher, die bereitwillig »Millionen von Toten« prophezeien, wenn keine Hilfe kommt, die Verbreitung von Bildern ausgezehrter Kinder im

Ausland und die Videoaufzeichnungen von Fernsehsendungen, in denen den Menschen Ratschläge für die Zubereitung von Wildkräutern gegeben werden, deuten auf ein höchst planvolles Unternehmen hin zu dem Zweck, ein alles andere als rosiges Bild gezielt noch mehr einzutrüben. Es geht heute nicht darum, wie seinerzeit dem Präsidenten Herriot mitzuteilen, daß in der Ukraine alles gut stehe, während dort in Wahrheit eine schreckliche Hungersnot herrschte, vielmehr lautet jetzt die Botschaft, daß Nordkorea vor einer schrecklichen Hungersnot steht und daß die Unterbrechnung der Hilfslieferungen zu unbesonnenen Aktionen führen könnte, welche die Stabilität der Halbinsel und den Frieden im Fernen Osten gefährden könnten. Die Soldaten der riesigen nordkoreanischen Armee sind weiterhin gut genährt, und auch der Bau immer besserer Raketen geht unverändert weiter.

Wir haben so gut wie keine Angaben über die Zahl der Opfer jener Lebensmittelknappheit, nur einige Informationen von den Nordkoreanern selbst über die nicht unbeträchtliche Zahl von Kindern, die Anzeichen von Unterernährung aufweisen: Die ErnährungsSpezialisten des Welternährungsprogramms konnten beispielsweise eine Untersuchung an einer Gruppe von 4200 nordkoreanischen Kindern durchführen, die allein von der nordkoreanischen Regierung ausgesucht worden waren. Nach dieser Unterschung litten 17% der Kinder an Unternährung[343], ein Ergebnis, das für einen allgemeinen Mangelzustand und die Existenz lokaler und regionaler Hungergebiete spricht. Der Mangel und der Hunger, zum größten Teil verursacht durch die politischen Entscheidungen des nordkoreanischen Regimes, werden jedoch begrenzt und bekämpft dank der Anstrengungen der »imperialistischen« Welt, die Millionen Tonnen von Getreide ins Land bringt. *Wenn die nordkoreanische Bevölkerung ausschließlich dem kommunistischen Regime ausgeliefert wäre, müßte sie in der Tat eine wirkliche Hungersnot mit schrecklichen Folgen durchleiden.* Festzuhalten ist ferner, daß die Nahrungsmittelknappheit zwar durchaus Opfer fordert, daß ihre Auswirkungen sich aber in erster Linie indirekt bemerkbar machen etwa durch eine verstärkte Anfälligkeit für unterschiedliche Erkrankungen.

Zusammenfassend können wir sagen, daß die Zahl der direkten und indirekten Opfer der Nahrungsmittelknappheit auf mehrere Hunderttausend zu veranschlagen ist, daß aber das Bestreben der nordkoreanischen Regierung mit bedacht werden muß, die Situation mit allen Mitteln zusätzlich »schwarz zu malen«, wie es die Sowjets taten, als sie 1921 einen »Hilfsausschuß für die Hungernden« einrichteten und um die Hilfe der Menschen guten Willens in der kapitalistischen Welt baten.

Fazit

Das durch den Kommunismus verursachte Leid läßt sich für Nordkorea schwieriger als für andere Länder in Zahlen fassen. Die Statistiken sind unzureichend, Nachforschungen vor Ort können nicht durchgeführt werden, Archive sind nicht zugänglich. All dies hat auch mit der Abschottung des Landes zu tun. Und wie soll man die Wirkung einer ebenso permanenten wie dummen Propaganda messen? Wie ist das Fehlen jeglicher Freiheitsrechte (Vereinigungsfreiheit, Meinungsfreiheit, Freizügigkeit usw.) zu veranschlagen? Wie geht das zerstörte Leben eines Kindes in die Bilanz ein, das in einem Lager aufwächst, weil sein Großvater verurteilt wurde, oder das Leben einer Frau, die gezwungen wurde, unter entsetzlichen Umständen abzutreiben? Welchen Wert in der Statistik erhält die Tatsache, daß so viele Menschen ein kümmerliches Leben ohne ausreichend Nahrungsmittel, Brennstoff, ohne bequeme oder gar elegante Kleidung usw. fristen? Wieviel wiegt demgegenüber die »Amerikanisierung« der südkoreanischen Gesellschaft, auf die unsere ultra-liberalen Zeitgenossen verweisen, wenn sie die offenkundig unvollkommene Demokratie im Süden und den organisierten Alptraum im Norden in einen Topf werfen?

Man könnte einwenden, daß der nordkoreanische Kommunismus genauso eine Karikatur des Kommunismus ist, wie sie die Herrschaft der Roten Khmer war, eine ur-stalinistische Ausnahme. Das mag zwar sein, doch ist dieser Kommunismus aus dem Museum, dieses asiatische Wachsfigurenkabinett, noch höchst lebendig...

Mit all diesen Einschränkungen können wir von 100000 Toten infolge Säuberungen innerhalb der Partei ausgehen, von 1,5 Millionen Toten, die in Lagern und Gefängnissen starben, und von 1,3 Millionen Toten, die Opfer des von den Kommunisten gewollten, geplanten und ausgelösten Krieges wurden - eines Krieges, der immer noch nicht zu Ende ist und durch gezielte, tödliche Einzelaktionen (Angriffe nordkoreanischer Kommandos gegen den Süden, terroristische Anschläge usw.) die Liste der Opfer immer weiter verlängert. Hinzuzufügen sind die direkten und indirekten Opfer der Unterernährung. Genaue Daten dazu vermissen wir heute ganz besonders; die Situation spitzt sich zu, und es könnte sein, daß die Angaben für die Zahl der Opfer in allernächster Zukunft dramatisch in die Höhe korrigiert werden müssen. Selbst wenn wir für die Zeit seit 1953 nur 500000 zusätzliche Sterbefälle ansetzen, die indirekt durch die Anfälligkeit infolge unzureichender Ernährung oder direkt durch Hunger verursacht wurden (zur Zeit gibt es sogar Gerüchte über Kannibalismus, die selbstverständlich nicht nachprüfbar sind), kommen wir für ein Land mit insgesamt 23 Millionen Einwohnern nach fünfzig Jahren kommunistischer Herrschaft auf eine Gesamtzahl von mehr als drei Millionen Toten.

Vietnam:
Die Sackgasse eines Kriegskommunismus

von Jean-Louis Margolin

»Wir werden die Gefängnisse in Schulen verwandeln!«

Le Duan, Generalsekretär der
Kommunistischen Partei Vietnams[344]

Die Mißstände des vietnamesischen Kommunismus zuzugeben, fällt im Westen noch heute vielen von denen schwer, die gegen andere Mißstände - gegen den französischen Kolonialismus und den amerikanischen Imperialismus - mobil gemacht und sich damit ins Lager der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV) begeben hatten. Von dort aus war es nur noch ein kleiner Schritt zu der Auffassung, die KPV sei der Ausdruck der Sehnsüchte eines ganzen Volkes und habe die Errichtung einer brüderlichen und egalitären Gesellschaft angestrebt. Dazu trugen nicht zuletzt das liebenswürdige Erscheinungsbild Ho Chi Minhs, ihres Gründers und Führers bis 1969, sowie eine geschickte Propaganda im Ausland bei. So schwer es fiel, für Kim II Sung und seine Riege von Betonköpfen Sympathien aufzubringen, so gerne zog man dem morschen Regime Nguyen Van Thieus (1965-1975) in Saigon die lächelnden und sittenstrengen roten Mandarine in Hanoi vor. Gerne glaubte man, die PKV gehöre nicht zu den stalinistischen Parteien: Zunächst und vor allem nationalistisch geprägt, sollte sie das Etikett »kommunistisch« ja vornehmlich wegen der Unterstützung der Chinesen und Sowjets angenommen haben.

Der aufrichtige Patriotismus der vietnamesischen Kommunisten ist nicht in Frage zu stellen: Mit beispielloser Entschlossenheit kämpften sie ein halbes Jahrhundert gegen Franzosen, Japaner, Amerikaner und Vietnamesen: Der Vorwurf des »Verrates« und der »Kollaboration« spielte in Vietnam oft die gleiche Rolle wie jener der »Konterrevolution« in China. Aber überall konnte der Kommunismus mit Nationalismus, ja mit Fremdenfeindlichkeit einhergehen, in Asien mehr als anderswo. Zudem stößt man bei einer unvoreingenommenen Betrachtung hinter der Fassade der vietnameischen nationalen Eintracht auf einen Stalinismus und Maoismus, die sich den Vorbildern gegenüber besonders unterwürfig zeigen.

Die Anfänge der jungen Kommunistischen Partei Indochinas (KPIC)[345] stehen unter einem schlechten Stern. Kurz nach der Gründung 1930 wird sie anläßlich eines spektakulären Prozesses mit den Verirrungen einiger Aktivi-

sten aus Saigon konfrontiert: Die seit 1928 aktiven Angeklagten, die von der Tradition der Geheimgesellschaften und vom nationalistischen Terrorismus beeinflußt sind, haben einen Genossen in Selbstjustiz hingerichtet und die Leiche verbrannt. Seine einzige Schuld: Er hatte eine Aktivistin verführt.[346] 1931 beginnt die KPIC (nach dem Vorbild des chinesischen Xangxi und trotz der eingeschränkteren geographischen Verhältnisse in Vietnam) völlig überstürzt, ländliche »Sowjets« zu gründen; unmittelbar darauf werden Hunderte von Grundbesitzern liquidiert. Daß ein Teil der Bevölkerung aus der Provinz flieht, sorgt mit für eine rasche und gewaltsame Rückkehr der Kolonialtruppen. Als die KPIC, getarnt als die »Einheitsfront« des Vietminh (Liga für die Unabhängigkeit Vietnams), im Frühjahr endlich die groß angelegte Gegenoffensive startet, rechnet sie mehr mit den »Verrätern« und »Reaktionären« (mitunter alle Beamte) als mit dem gut bewaffneten japanischen Besatzer ab. Ein Funktionär schlägt »zur Beschleunigung des Fortschritts der Bewegung« eine Mordkampagne vor.[347] Grundbesitzer und die Mandarine auf dem Land geraten ebenfalls ins Visier der Kommunisten. Um sie zu verurteilen und ihre Güter zu beschlagnahmen, werden »Volkstribunale« eingerichtet.[348] Der Terror richtet sich gleichzeitig gegen politische Gegner der schwachen KPIC, die bislang nur über ungefähr fünftausend Aktivisten verfügt: Es gilt, rasch aufzuräumen und sich als einzige politische Kraft an die Spitze der nationalen Bewegung zu stellen. Eine wilde Jagd auf Mitglieder der mit den Japanern verbündeten nationalistischen Dai-Viet-Partei beginnt: Der Vietminh von Son Tay fordert aus Hanoi einen Stromgenerator und einen Spezialisten an, um die »Verräter« in großem Stil zu foltern.[349]

Die Revolution vom August, die bei der japanischen Kapitulation Ho Chi Minh an die Macht katapultiert, macht die KPIC zum zentralen Bestandteil des neuen Staates. Die wenigen Wochen bis zum Eintreffen der verbündeten Truppen (Franzosen und Briten im Süden, Chinesen im Norden) werden dazu genutzt, die Konkurrenz mit verstärkten Anstrengungen auszuschalten. Gemäßigte Konstitutionalisten (einschließlich der symbolträchtigen Figur Bui Quang Chieu) und die politisch-religiöse Sekte Hoa Hoa (auch ihr Gründer Huynh Phu So, selbst Drahtzieher von Morden) trifft es ebenso wie Pham Quynh, den großen Intellektuellen und Politiker der Rechten. Einen regelrechten Vernichtungsfeldzug führt die Partei gegen die Trotzkisten, die trotz ihrer zahlenmäßigen Schwäche in der Region von Saigon noch immer aktiv sind: Ihr wichtigster Führer, Ta Thu Tau, wird verhaftet und im September in der Provinz Quang Ngai getötet, wo die Säuberungen besonders heftig wüten.[350] Der kommunistische Führer von Saigon, Tran Van Giau, ein Veteran mit Moskau-Erfahrung, streitet für die Morde später zwar jedwede Verantwortung ab, rechtfertigt sie aber trotzdem. Am 2. September verkündet er: »Eine gewisse Anzahl von Vaterlandsverrätern sind dabei, ihre Reihen zu erweitern, um dem Feind zu dienen [...]. Die Banden, die in der Demokratischen Republik Vietnam (DRV) Unruhe stiften und dem Feind so Gelegenheit geben, bei uns einzufallen, müssen bestraft wer-

den.«[351] In einem Artikel des Vietminh in Hanoi vom 29. August wird dazu aufgerufen, in allen Stadtvierteln und Dörfern »Komitees zur Eliminierung von Verrätern« zu gründen.[352] Dutzende, vielleicht sogar Hunderte von Trotzkisten werden gejagt und ermordet. Andere, die im Oktober an der Verteidigung Saigons gegen die französisch-britischen Truppen teilnehmen, werden vom Nachschub an Munition und Lebensmitteln abgeschnitten, so daß die meisten in den Kämpfen umkommen.[353] Schon am 25. August wird nach sowjetischem Vorbild in Saigon eine Staatssicherheit organisiert, worauf sich die eben erst geleerten Gefängnisse wieder füllen. Der Vietminh bedient sich eines durch die Straßen patrouillierenden »Tötungskomitees«. Die sich hauptsächlich aus der Unterwelt rekrutierenden Mitglieder bilden die Speerspitze des antifranzösischen Pogroms vom 25. September, das Dutzende, zuweilen verstümmelte Leichen hinterläßt.[354] Die Lebenspartner von Franzosen werden mitunter systematisch umgebracht, wofür dann allerdings »falsche Vietminh« verantwortlich gemacht werden. Allein für August und September gehen Tausende Morde und Zigtausende widerrechtliche Festnahmen auf das Konto des Vietminh. Auch wenn der Anstoß oft von einer lokalen Führung ausgeht, so hat dabei der zentrale Parteiapparat unwiderlegbar die Hand im Spiel. Die KP1C wird später öffentlich bedauern, daß sie nicht mehr »Feinde« liquidieren konnte.[355] Im Norden, dem einzigen Landesteil, der bis zum Ausbruch des Indochinakrieges von ihr kontrolliert wird, gibt es im Dezember 1946 bereits Internierungslager und eine politische Polizei. Die DRV wird faktisch von einer Einheitspartei regiert: die Mitglieder der Viet Nam Quoc Dan Dang (VNQDD), der 1927 gegründeten radikalen Nationalpartei Vietnams, die sich mit dem Vietminh einen erbitterten Kampf mit beiderseitigen Morden geliefert hatte, sind seit Juli 1946 die Zielscheibe einer Vernichtungskampagne. Dabei hatte ihre Partei ebenso unter der Repression der Kolonialherren zu leiden wie die KPIC, vor allem wegen ihrer führenden Rolle während des Aufstandes von Yenbai.

In der Folge müssen die Kommunisten ihre Kräfte lange Zeit wieder auf den bewaffneten Widerstand gegen Frankreich konzentrieren. Zahlreiche Augenzeugenberichte haben die Aufmerksamkeit auf die Lager für die Gefangenen des französischen Expeditionskorps gelenkt[356], in denen viele umkommen: Als das Genfer Abkommen (Juli 1954) in Kraft tritt, können von 20000 nur noch 9000 Internierte freigelassen werden.[357] Stark dezimiert werden sie vor allem durch die endemischen Krankheiten in den Bergregionen Indochinas: Die Kader des Vietminh gestehen ihnen weder eine medizinische Versorgung noch auch nur minimale Hygienestandards zu. Ihre unzulängliche Ernährung hat häufig Methode. Die französischen Militärs sind Mißhandlungen und sporadisch auch der Folter ausgeliefert, obwohl sie dem Regime nützlich sind: Als »Kriegsverbrecher« sollen sie zur Reue bewegt, zur Übernahme der Werte ihrer Unterdrücker gezwungen und - zu propagandistischen Zwecken - zu Gegnern des eigenen Lagers gemacht werden. Diese »Umerziehung« nach chinesischer Art (die von Mao entsand-

ten Berater strömen seit 1950 ins Land) - auf propagandistischen Schauveranstaltungen wird die aktive Teilnahme der »Schüler« verlangt, die Gefangenen werden in »Reaktionäre« und »Progressive« eingeteilt und Versprechungen (auch die spätere Freilassung) gemacht - zeitigten erstaunliche Erfolge, die allerdings weitgehend auf die physische und psychische Erschöpfung der Betroffenen zurückzuführen sind. Ein weiterer Grund liegt darin, daß die französischen Gefangenen noch immer besser behandelt werden als später die vietnamesischen in der DRV

Im Dezember 1953, als der Sieg offenbar in greifbare Nähe rückt, wird in den befreiten Zonen die Agrarreform in Angriff genommen. Vor Ende 1954 ist das gesamte Territorium nördlich des siebzehnten Breitenkreises betroffen, also das gesamte Gebiet, das der DRV durch das Genfer Abkommen zugesprochen wird. Abgeschlossen wird die Landreform erst im Jahre 1956. Die Etappen und Zielsetzungen sind die gleichen wie in China in den Jahren 1946-1952 *(siehe oben):* eine Straffung der Beziehungen der Partei - die es offiziell seit 1951 wieder gibt - zu den armen und mittelständischen Bauern, eine Ausweitung der staatlichen Kontrolle als Vorbereitung zur wirtschaftlichen Entwicklung und die Beseitigung potentieller Widerstandsnester gegen den Kommunismus. Und dabei hatte die traditionelle ländliche Elite - noch stärker als es in China der Fall gewesen war - aus einem übersteigerten Nationalbewußtsein heraus den Vietminh massiv unterstützt. Die barbarischen Methoden und die systematisch eingesetzten Grausamkeiten sind allerdings die gleichen wie beim großen Nachbarn im Norden: In sämtlichen Dörfern heizen Agitatoren (zuweilen mit Unterstützung von Theatergruppen) den besitzlosen und mittelständischen Bauern - oft mit Mühe - ein, dann folgt der »Bitternisprozeß« gegen das oder die oft willkürlich herausgepickten Opfer (eine Quote ist einzuhalten: 4-5% der Bevölkerung - die ewigen 5% des Maoismus).[358] Es erfolgt deren Hinrichtung oder zumindest Inhaftierung und eine Beschlagnahme der Güter. Wie in China wird die Schmach auch hier auf die ganze Familie ausgedehnt. Daß dabei politische »Verdienste« nicht beachtet werden, zeigt neben dem unerbittlichen Dogmatismus der KPV auch deren Willen zu einer totalitären Überwachung der Gesellschaft. So wird beispielsweise eine reiche, im Handel tätige Grundbesitzerin, die Mutter von zwei Kämpfern des Vietminh der ersten Stunde - sie darf sogar den Titel »Wohltäterin der Revolution« führen -, zweimal öffentlich »niedergekämpft«, wobei es nicht ganz gelingt, die Bauern gegen sie aufzubringen. Schließlich wird eine »in China gut geschulte Gruppe vor Ort entstandt, der es gelingt, die Versammlung umzustimmen. [...] Man beschuldigte Frau Long, sie habe vor 1945 drei Teilpächter getötet, mit dem französischen Residenten geschlafen, den Franzosen die Stiefel geleckt und für sie spioniert. Von der Haft erschöpft, gab sie schließlich alles zu und wurde zum Tod verurteilt. Ihr Sohn, der sich in China aufhielt, wurde zurückbeordert, degradiert, zur Rückgabe seiner Orden gezwungen und zu zwanzig Jahren Haft verurteilt.«[359] Wegen der Unfehlbarkeit der Partei be-

deutet wie in Peking schon die Anklage einen Beweis für Schuld. Das kleinere Übel besteht darin, die Rolle zu erfüllen, die von einem erwartet wird: »Schließlich ist es besser, wenn man Vater und Mutter getötet hat und es zugibt, als wenn man nichts zugibt und nichts getan hat.«[360]

Eine Lawine der Gewalt kommt ins Rutschen. Überall wird Haß gepredigt - auf den Klassenfeind oder auf andere: Le Duc Tho, mit Henry Kissinger der künftige Friedensnobelpreisträger, drückt es so aus: »Wenn man die Bauern dazu bringen will, zu den Waffen zu greifen, muß man den Haß auf den Feind schüren.«[361] Im Januar 1956 schreibt das offizielle Organ der KP, *Nhan Dan:* »Die Klasse der Grundbesitzer hält niemals still, bevor sie nicht eliminiert ist.«[362] Wie nördlich der Landesgrenze lautet die Devise: »Lieber zehn tote Unschuldige als ein überlebender Feind.«[363] Ende 1954 äußert sich Ho Chi Minh besorgt über die gängige Anwendung der Folter: »Einige Kader haben schon wieder *[sic]* den Fehler begangen, die Folter zu gebrauchen. Das ist eine barbarische Methode, die von den Imperialisten, Kapitalisten und Feudalherren eingesetzt wird, um die Massen und die Revolution niederzuzwingen. [...] Innerhalb dieses Stadiums *[sic]* ist die Anwendung der Folter strikt untersagt.«[364]

Eine Besonderheit gegenüber dem offenkundigen Vorbild Chinas: Die Agrarreform, diese »Ausrichtung« der Gesellschaft, wird begleitet von einer (später als in China erfolgenden) Ausrichtung in der Partei. Sie erklärt sich aus der großen Anzahl von Mitgliedern aus privilegierten Schichten. Auch in Vietnam soll die Partei zu 5% unterwandert sein - von Elementen der VNQDD, die mit der chinesischen Kuomintang in Verbindung gebracht wird; als ferner Nachklang der Säuberungen von Jiangxi *(siehe oben)* wird eine Hetzjagd auf angebliche »konterrevolutionäre Elemente AB« (Antibol-schwiki) veranstaltet. Die Paranoia kennt keine Grenzen: Helden des Indo-chinakrieges kommen ums Leben oder verschwinden in Lagern. Angesichts dieses schrecklichen Traumas steht »1956« (der *chinh huan* erreicht seinen Höhepunkt am Anfang des Jahres) in den Reden der vietnamesischen Kommunisten bis auf den heutigen Tag für den Höhepunkt des Schreckens: »Ein Parteisekretär bricht unter den Kugeln des Erschießungskommandos mit dem Ruf zusammen: ›Es lebe die Kommunistische Partei Indochinas!‹ Unfähig, die Ereignisse zu begreifen, hält er seine Henker für Faschisten.«[365] Obwohl schwer zu beziffern, sind die Verluste katastrophal: wahrscheinlich um die 50 000 Exekutionen auf dem Land (ohne irgendwelche Kämpfe), also ungefähr 0,3-0,4% der Gesamtbevölkerung (was der geschätzten Anzahl der Opfer der chinesischen Landreform sehr nahe kommt). Zwischen 50000 und 100000 Personen werden offenbar inhaftiert. In den ländlichen Zellen der Partei werden nach Schätzungen 86% das Opfer von Säuberungen und zuweilen bis zu 95 % der Kader, die am antifranzösischen Widerstand teilgenommen haben, aus der Partei ausgeschlossen.[366] Nach dem Verantwortlichen der Säuberung, der im Juli 1956 »Irrtümer« einräumt, habe »die Leitung (der Ausrichtungsbewegung) ein tendenziöses Urteil über die Organisation

der Partei gefällt. Sie ging davon aus, daß die ländlichen Zellen, insbesondere die in der neu befreiten Zone, ausnahmslos alle in die Hände des Feindes geraten oder von ihm unterwandert worden seien und daß auch die Führungsorgane der Bezirke und Provinzen weitgehend von der Klasse der Grundbesitzer und von konterrevolutionären Elementen beherrscht worden seien!«[367] Ein Vorgeschmack auf das pauschale Verdammungsurteil über das »Neue Volk« unter den kambodschanischen Roten Khmer *(siehe unten).*

Als erste hatte die Armee 1951 in ihren Reihen einen *chinh huan* organisiert, der eher ideologischen als repressiven Charakter hatte.[368] Zwischen 1952 und 1956 wird die »Ausrichtung« fast zu einem Dauerzustand. In einigen »Studienkursen« wird die Spannung so groß, daß man den Männern zur Verhinderung von Selbstmorden Rasiermesser und Messer abnehmen und über Nacht das Licht brennen lassen muß.[369] Trotzdem kommt aus der Armee auch der Anstoß zur Beendigung der Säuberungen. Da die eigenen Kader häufig ebenfalls Verfolgungen ausgesetzt sind und viele deshalb desertieren oder nach Südvietnam fliehen[370], ist eine Schwächung zu befürchten, die die Erfüllung ihrer Aufgabe der Wiedervereinigung des Landes vereiteln könnte. Anders als China zwingt die militärische Notwendigkeit Vietnam oft zu einem gewissen Realitätssinn, und die kleine Fläche des Landes begünstigt die Flucht von Unzufriedenen: Beides sorgt für eine gewisse Eindämmung der willkürlichen Gewalt. Das Schicksal der Katholiken im Norden (1,5 Millionen, 10% der Gesamtbevölkerung) belegt dies ebenfalls: Als gut organisierte Verfolgte des Regimes nutzen sie die Gelegenheit zu einem Massenexodus unter dem Schutz der letzten französischen Truppen. Mindestens 600000 gelingt die Flucht in den Süden.

Der XX. Parteitag der KPdSU (Februar) wirkt sich ebenfalls spürbar auf Vietnam aus, und schon im April 1956 erlebt das Land eine zaghafte »Hundert-Blumen-Kampagne«. Die im September erscheinende Zeitschrift *Nhan Van* (Humanismus) wird zu einem Symbol für die Sehnsucht der Intellektuellen nach Freiheit. Schriftsteller wagen es, die Prosa des offiziellen Zensors To Huu zu verspotten, der auch folgendes Gedicht geschrieben hat:

Es lebe Ho Chi Minh,
Der Leuchtturm des Proletariats!
Es lebe Stalin,
Der große ewige Baum!
Der Frieden in seinem Schatten birgt!
Tötet, tötet noch einmal, keine Minute stehe die Hand still;
Damit Reisfelder und Boden Reis im Überfluß hervorbringen,
Damit rasch die Steuern kassiert werden.
Damit die Partei fortbestehe, marschieren wir gemeinsam
mit einem Herzen.
Huldigen wir dem Vorsitzenden Mao,
Bereiten wir Stalin einen ewigen Kult.[371]

Sie haben Pech: Schon im Dezember 1956 werden die kritischen literarischen Zeitschriften verboten. Mit persönlicher Unterstützung Ho Chi Minhs breitet sich nach und nach eine Kampagne aus wie die in China gegen Hu Feng und die künstlerische Freiheit *(siehe oben).*[372] Die Intellektuellen in Hanoi, Mitglieder der Partei oder ihr nahestehend und oft Veteranen des Untergrundkampfes, sollen so auf Kurs gebracht werden. Anfang 1958 werden 476 »Saboteure der ideologischen Front« zur Selbstkritik gezwungen und in ein Arbeitslager oder in eine vietnamesische Entsprechung des chinesischen Laojao geschickt.[373] Wie in der VR China werden alle an Chruschtschow erinnernden Bestrebungen rasch niedergeschlagen und von einem totalitären Schub abgelöst. Verglichen mit den Irrungen des Nachbarn im Norden wirkt hier allerdings der Krieg im Süden, der 1957 erneut aufflammt und sich gegen die blutige antikommunistische Unterdrückung durch das von den Amerikanern unterstützte Regime von Ngo Dinh Diem richtet, als Antrieb und Hemmnis zugleich. Insgeheim beschließt die KPV im Mai 1959, den Krieg auszuweiten und ihn unter gewaltigen Opfern der nordvietnamesischen Bevölkerung mit Waffenlieferungen und Entsendungen von Soldaten weiterzuführen. Trotz der widrigen Umstände wird nach einer Serie begeisterter Artikel von Ho Chi Minh persönlich (Oktober 1957) in der Landwirtschaft im Februar 1959 eine Art »großer Sprung nach vorn« lanciert.[374] Die gewaltigen Bauarbeiten an Bewässerungssystemen führen während einer schweren Dürre wie beim nördlichen Nachbarn zu einem dramatischen Rückgang der Agrarproduktion und damit zu einer Hungersnot, deren Todesopfer später niemals beziffert werden.[375] Auch verhindern die Kriegsanstrengungen nicht, daß 1963-1965 und 1967 Hunderte »prosowjetische« Parteikader Säuberungen zum Opfer fallen, darunter auch der ehemalige Privatsekretär von »Onkel Ho«. Die KPV teilt damals den »Antirevisionismus« der chinesischen Kommunisten. Einige Opfer verbringen ein Jahrzehnt ohne Gerichtsurteil im Lager.[376]

Der »amerikanische Krieg« endet erst mit dem Pariser Abkommen (Januar 1973), das den Abzug der US-Truppen oder besser den Zusammenbruch des südvietnamesischen Regimes (30. April 1975) besiegelt. Dieses Ende wird nicht wie im benachbarten Kambodscha - und wie viele befürchteten -von »Blutbädern« begleitet. Allerdings wurden die vietnamesischen Gefangenen der kommunistischen Streitkräfte - einschließlich der »Verräter« in den eigenen Reihen - vielfach grausam mißhandelt und auf dem Vormarsch liquidiert.[377] Bei den Kampfhandlungen, bei denen es sich ebenso um einen Bürgerkrieg wie um einen »Befreiungskampf« handelt, werden auf beiden Seiten zahlreiche Greuel verübt, auch an »aufsässigen« Zivilisten, die das eine oder andere Lager unterstützen. Eine Bezifferung der Opfer und eine Einschätzung, auf welcher Seite mehr Terror eingesetzt wird, ist allerdings sehr schwierig. Von den Kommunisten ist zumindest ein größeres Massaker bekannt: In den wenigen Wochen, in denen der Vietcong[378] (während der Ted-Offensive im Februar 1968) die alte Kaiserstadt Hue kontrolliert, tötet

er mindestens 3000 Menschen (sehr viel mehr als amerikanische Soldaten bei ihren schlimmsten Greueln), darunter vietnamesische Priester, französische Mönche, deutsche Ärzte und alle kleinen oder höheren Beamten, derer die Kommunisten habhaft werden können. Einige werden lebendig begraben, andere zu »Studienkursen« vorgeladen, von denen sie nie zurückkehren werden.[379] Diese schwerbegreiflichen Verbrechen, die von den Urhebern niemals eingeräumt werden, bieten einen Vorgeschmack auf die Politik der Roten Khmer. Wäre es auch in Saigon zu einem solchen Blutbad gekommen, wenn die Kommunisten es schon 1968 eingenommen hätten?

Im Jahre 1975 verhielten sie sich jedenfalls anders. Wenige Wochen lang konnten ungefähr eine Million ehemalige Beamte und Militärs des Saigoner Regimes sogar glauben, die vielgepriesene »Politik der Milde des Vorsitzenden Ho« sei kein leeres Wort. Folglich ließen sie sich ohne Scheu bei den neuen Machthabern registrieren. Anfang Juni erfolgten Vorladungen zur Umerziehung, »drei Tage für einfache Soldaten«, »ein Monat« für Offiziere und hohe Beamte.[380] Aus den drei Tagen wurden allerdings drei, aus dem Monat sieben oder acht Jahre. Die letzten Überlebenden kehrten schließlich 1986 aus den »Umerziehungslagern« zurück.[381] Pham Van Dong, der damalige Premierminister, sprach 1980 für den Süden von 200000 von Umerziehungsmaßnahmen Betroffenen. Seriöse Schätzungen schwanken zwischen 500000 und einer Million (auf eine Bevölkerung von ungefähr 20 Millionen Bewohner), darunter zahlreiche Studenten, Intellektuelle, Mönche (vor allem buddhistische, zuweilen katholische), politische Aktivisten (auch Kommunisten), von denen viele mit der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams sympathisiert hatten.

Die »Befreiungsfront« stellt sich jedoch rasch als ein Aushängeschild heraus, hinter dem die Kommunisten aus dem Norden rasch an die Macht drängen. Fast sofort brechen sie alle Versprechen, die Besonderheiten des Südens zu respektieren. Wie 1954-1956 sind die Weggefährten und Genossen von gestern die »Auszurichtenden« von heute. Zu den Gefangenen, die in speziellen Haftanstalten, und für Jahre, eingesperrt werden, kommt eine nicht genau zu beziffernde große Anzahl von Menschen hinzu, die von leichteren »Umerziehungsmaßnahmen« betroffen sind. Für einige Wochen werden sie an ihrem Arbeits- oder Studienort unter Arrest gestellt. Es bleibt darauf hinzuweisen, daß linke Gegner des südvietnamesischen Regimes in dessen finsterster Phase die Inhaftierung von 200 000 Personen anprangerten...[382]

Die Haftbedingungen sind nicht überall gleich. Zahlreiche, in der Nähe von Städten gelegene Lager haben keine Stacheldrahtzäune, und es herrscht ein eher lästiges als hartes Regiment. »Schwierige Fälle« werden dagegen in die ungesunden Gebirgsregionen des Nordens verschickt. Wohl einige dieser Lager sind von französischen Gefangenen eingeweiht worden. Bei völliger Isolation und minimaler medizinischer Versorgung hängt das Überleben oft von Lebensmittelpaketen ab, die sich die Familien der Gefangenen vom

Mund absparen müssen. Dramatisch unterernährt sind auch die Insassen der Gefängnisse (eine Tagesration von 200 Gramm rötlicher Reis, vermischt mit Sandkörnchen). Dabei dient die Haft als »Präventivmaßnahme« für Verdächtige während der laufenden Untersuchung. Von Doan Van Toai stammt eine erschütternde Beschreibung dieser Welt, die vielfach an chinesische Gefangenenlager erinnert - bei noch schlimmeren Verhältnissen, was die Überbelegung, die sanitären Einrichtungen, die drakonischen - zum Teil tödlichen - Strafmaßnahmen (vor allem Auspeitschen) und die Langsamkeit der Untersuchung angeht. In eine Zelle für 20 Gefangene werden 70 bis 80 zusammengepfercht. Da im Inneren der Gefängniskomplexe in aller Eile weitere Bauten hochgezogen werden, ist nicht einmal mehr ein Hofgang möglich. Dagegen waren die Gefängniszellen der Kolonialzeit Inseln des Komforts. Das tropische Klima und die mangelnde Belüftung erschwert in den Zellen das Atmen (die Zelleninsassen lösen sich den ganzen Tag über vor einer winzigen Fensteröffnung ab), der Gestank ist unerträglich, Hautkrankheiten grassieren. Selbst das Wasser ist streng rationiert. Am schwierigsten zu ertragen ist die mitunter jahrelange Isolation ohne jeden Kontakt zur Familie. Die Folter wird heimlich praktiziert, ist aber ebenso präsent wie Hinrichtungen. Der kleinste Verstoß gegen Bestimmungen wird mit Dunkelhaft bestraft. Angesichts der knappen Lebensmittelrationen sterben dort die Gefangenen binnen Wochen.[383]

Zu diesem seltsamen Bild einer »Befreiung« gehört auch das Martyrium von Hunderttausenden von Boat people, die der Unterdrückung und dem Elend zu entfliehen versuchen: Viele ertrinken oder werden das Opfer von Piraten. Eine gewisse Entspannung zeichnet sich erst 1986 ab. Der neue Generalsekretär der KPV, Nguyen Van Linh, setzt die meisten politischen Gefangenen auf freien Fuß und löst 1988 die letzten Todeslager in den Bergregionen des Nordens auf. Schließlich wird ein erstes Strafgesetzbuch in Kraft gesetzt. Die Liberalisierung erfolgt allerdings zaghaft und widersprüchlich, und das gegenwärtige Jahrzehnt ist gekennzeichnet von einem labilen Kräftegleichgewicht zwischen Konservativen und Reformern. Die nicht zu leugnenden repressiven Tendenzen haben viele Hoffnungen enttäuscht, selbst wenn die Verhaftungen inzwischen eher gezielt und seltener vorgenommen werden. Verfolgt und verhaftet wurden zahlreiche Intellektuelle und Mönche. Die Unzufriedenheit der Bauern im Norden entlud sich in Krawallen, die gewaltsam unterdrückt wurden. Die größte Chance für eine Entspannung liegt auf absehbare Zeit wohl im unaufhaltsamen Vormarsch der Privatwirtschaft, durch den ein wachsender Teil der Bevölkerung wie in China der Kontrolle von Staat und Partei entzogen wird. Doch gibt es zugleich Tendenzen einer Bildung von mafiosen Strukturen in der Geschäftswelt wie in der Verwaltung, was der Bevölkerung - die Armut ist hier noch größer als in China - eine neue, alltäglichere Form der Unterdrückung aufbürdet.

Das Testament der gefangenen Patrioten Vietnams (Auszug)

Wir,
- patriotische Arbeiter, Bauern und Proletarier,
- Mönche, Künstler, Schriftsteller und Intellektuelle, die wir augenblicklich in den verschiedenen Gefängnissen von Vietnam sitzen,

wollen zunächst unseren herzlichen Dank aussprechen an:

- alle fortschrittlichen Bewegungen der ganzen Welt,
- alle Kampfbewegungen der Arbeiter und Intellektuellen,
- und alle Personen, die in den letzten zehn Jahren Bewegungen unterstützten, die für die Achtung der Menschenrechte in Vietnam, für Demokratie und für die Freiheit der unterdrückten und ausgebeuteten Vietnamesen gekämpft haben. [...]

Der Strafvollzug der vorangegangenen Herrschaft (die Weltöffentlichkeit hat ihn wiederholt scharf verurteilt und heftigen Protest geäußert) ist durch ein anderes Regime ersetzt worden, das auf subtilere Weise auf Grausamkeit und Schrecken beruht. Jeder Kontakt zwischen dem Gefangenen und seiner Familie, sogar per Post, ist strengstens untersagt. Dessen Familie lebt in ständiger Ungewißheit und unerträglicher Angst und muß angesichts dieser erniedrigenden und diskriminierenden Maßnahmen Stillschweigen bewahren, aus Furcht, der Gefangene, der gewissermaßen als Geisel dient, könne jeden Augenblick ohne ihr Wissen getötet werden. [...]

Auch muß auf die unvollstellbaren Haftbedingungen hingewiesen werden. Im Chi Hoa, dem offiziellen Gefängnis von Saigon, waren unter der früheren Herrschaft über 8000 Personen inhaftiert, was streng verurteilt worden ist. Das war noch gar nichts: Heute sind im gleichen Gefängnis 40 000 Menschen zusammengepfercht. Oft verhungern Gefangene, ersticken oder sterben unter der Folter oder durch Selbstmord. [...]

In Vietnam gibt es zwei Arten von Gefängnissen: die offiziellen Gefängnisse und die Konzentrationslager. Letztere liegen in unzugänglichen Dschungelregionen, der Gefangene dort ist zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt, er bekommt nie einen Prozeß, und kein Anwalt verteidigt ihn. [...]

Auch wenn sich die gegenwärtige Menschheit angesichts der Entwicklung des Kommunismus und vor allem angesichts der angeblichen »Unsichtbarkeit« der vietnamesischen Kommunisten, die den »allmächtigen amerikanischen Imperialismus besiegt« haben, angstvoll zurückzieht: Wir, die Gefangenen Vietnams, bitten das Internationale Rote Kreuz, die humanitären Organisationen der Welt und die Menschen guten Willens, jedem von uns bald möglichst eine Zyankalikapsel zu schicken, damit wir unser Leiden und unsere Erniedrigung beenden können. Wir wollen sofort sterben! Helft uns, diesen Akt zu realisieren: Helft uns, unserem Leben sofort ein Ende zu setzen. Wir werden euch sehr dankbar sein.

Verfaßt in Vietnam von August 1975 bis Oktober 1977[384]

Laos: Völker auf der Flucht

Von der Tragödie der vietnamesischen Boat people hat jedermann gehört. Doch erlebte Laos, das 1975 im Sog Südvietnams ebenfalls kommunistisch wurde, im Verhältnis einen noch bedeutenderen Massenexodus. Zwar genügte zur Flucht nach Thailand eine einfache Überquerung des Mekong, in dessen Nähe die Mehrheit der Laoten lebte, und zudem wurde der Exodus durch die Länge dieses Grenzverlaufs und die beschränkten repressiven Mittel der Staatsgewalt gefördert. Das ändert nichts daran, daß ungefähr 300000 Laoten (10% der Gesamtbevölkerung) ihr Land verließen, darunter 30% der H'mong, einer bedeutenden Minderheit in den Gebirgsregionen (ungefähr 100 000 Personen), und wahrscheinlich 90 % der Intellektuellen, Fachleute und Beamten. Die Bedeutung dieses Ereignisses wirft so manche Frage auf. Im kommunistischen Asien erlebte wohl nur Nordkorea während des Koreakrieges einen Exodus in einem proportional noch gewaltigeren Umfang.

Seit 1945 war das Schicksal von Laos eng an das Vietnams gekoppelt. Die Franzosen und später die Amerikaner unterstützten dort - auch mit militärischer Gewalt - eine von rechten Kräften dominierte Monarchie. Die vietnamesischen Kommunisten stärkten dagegen den schwachen Pathet Lao, der, von lokalen Kommunisten (vielfach mit persönlichen Beziehungen zu Vietnam) dominiert, militärisch stets vollständig von Vietnam abhing. Der besonders dünn besiedelte Osten von Laos wurde während des amerikanischen Engagements direkt in den Vietnamkonflikt hineingezogen: Durch ihn verlief der legendäre Ho-Chi-Minh-Pfad, der Nachschubweg für die nordvietnamesischen Einheiten im Süden. Während die USA das Gebiet unablässig bombardierten, gelang es der CIA, unter den H'mong eine starke bewaffnete antikommunistische Bewegung ins Leben zu rufen. In dem eher lau und sporadisch ausgetragenen Konflikt ist über bedeutende Massaker nichts bekannt. 1975 kontrollierten die Kommunisten die östlichen drei Viertel des Landes, aber nur ein Drittel der Bevölkerung. Die anderen, einschließlich der 600000 inneren Flüchtlinge (einer von fünf Laoten), hielten sich im Westen am Mekong auf.

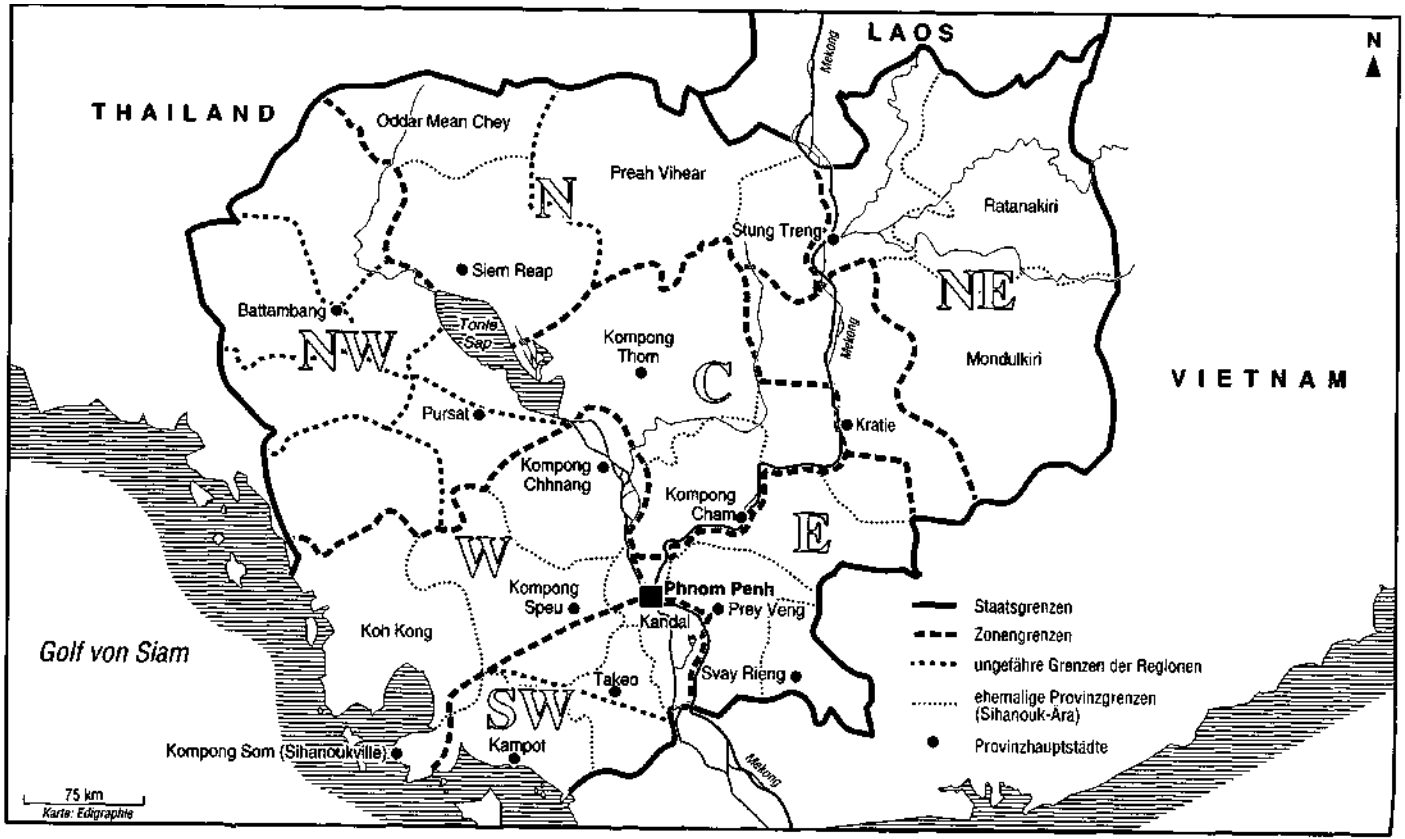
Die Machtübernahme durch die Kommunisten und die Kräfteverschiebung in Indochina vollzogen sich unblutig: als eine Art asiatischer »Prager Staatsstreich« (von 1948). Der neutralistische Ex-Premierminister Suvanna Phuma wurde zum (einflußreichen) Sonderberater des neuen Regimes, vertreten durch Prinz Suvannavong, einem Verwandten des abgedankten Königs. Die neue Demokratische Volksrepublik Laos folgte allerdings dem vietnamesischen Beispiel: Fast alle Beamten der früheren Regierung (ungefähr 30000) wurden in »Studienkurse« - also Umerziehungslager - gesteckt, oft in den abgelegenen und ungesunden Provinzen im Norden und Osten nahe Vietnam. Dort blieben sie im Durchschnitt fünf Jahre. Die un-

beugsamsten »Kriminellen« (die Offziere von Armee und Polizei), insgesamt ungefähr 3000, wurden in Zwangslagern auf den Inseln Nam Ngum interniert. Die Mitglieder der einstigen Königsfamilie wurden 1977 verhaftet, der letzten Kronprinz starb in Gefangenschaft. All das war für zahlreiche Laoten Anlaß für eine Flucht außer Landes, die für viele tragisch endete: Auf Flüchtlinge wurde mitunter geschossen.

Die wichtigste Besonderheit gegenüber dem vietnamesischen Vorbild liegt indes darin, daß eine antikommunistische Guerilla von einigen tausend Kämpfern, mehrheitlich H'mong, sich hartnäckig halten konnte. Beunruhigt ließen die Machthaber in Vientiane sie um 1977 von der Luftwaffe bombardieren. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang »gelbe Regen« aus chemischen und bakteriologischen Kampfstoffen, deren Existenz allerdings nie nachgewiesen werden konnte. Sicher ist hingegen, daß diese Guerilla aus mobilisierten H'mong den Anfang des Massenexodus bildete. Schon 1975 schlugen endlose Kolonnen von Zivilisten der H'mong den Weg nach Thailand ein. Dabei gab es mindestens einen besonders schweren Zwischenfall mit kommunistischen Streitkräften. In Flüchtlingskreisen war die Rede von insgesamt 45 000 Opfern (die auf der Flucht getötet wurden oder an Entkräftung starben), wobei die Zahl nicht verifizierbar ist. 1991 warteten noch immer 55000 Laoten, darunter 45000 Bergbewohner, zumeist H'mong, in thailändischen Flüchtlingslagern auf eine dauerhafte Aufnahme durch ein Land (einige nahm Französisch-Guyana auf...)

Die Spitze von Staat und Partei war ebenfalls von mehreren (unblutigen) Säuberungen betroffen: 1979, beim Bruch mit China, und 1990, als Funktionäre in Versuchung gerieten, eine ähnliche Entwicklung wie in Osteuropa herbeizuführen. Der Abzug von 50000 vietnamesischen Soldaten 1988, dann eine weitgehende wirtschaftliche Liberalisierung und eine Wiedereröffnung der thailändischen Grenze sorgten für Entspannung. Es gibt kaum noch politische Häftlinge, und die propagandistischen Töne der Kommunisten sind leiser geworden. Allerdings sind nur wenige tausend Flüchtlinge endgültig ins »Land der Million Elefanten« zurückgekehrt. Die Intensivierung der Beziehungen des besonders armen und rückständigen Landes mit dieser kompetenten und zuweilen wohlhabenden Diaspora ist im Hinblick auf die Zukunft des Landes eine wichtige Herausforderung.[385]

DAS DEMOKRATISCHE KAMPUCHEA



3

Kambodscha: Im Land der unfaßbaren Verbrechen

»Wir müssen der Geschichte der Partei ein reines und vollkommenes Erscheinungsbild geben.«

Pol Pot[386]

Die offenkundige Herkunft der Ideen Pol Pots von denen Mao Zedongs ist eines der Paradoxe, das die Revolution der Roten Khmer, diesen Vernichtungsfeldzug gegen die eigene Bevölkerung, so schwer nachvollziehbar macht: Einerseits war der kambodschanische Tyrann in seiner kaum zu bestreitenden Mittelmäßigkeit nur eine farblose Kopie des launenhaften und kultivierten Pekinger Autokraten, dem es immerhin gelungen ist, im bevölkerungsreichsten Land der Erde ohne entscheidende Unterstützung von außen ein bis heute lebensfähiges Regime zu errichten. Andererseits nehmen sich aber die Kulturrevolution und der Große Sprung nach vorn als unzulängliche Probeläufe für das aus, was Pol Pot bis in die letzte Konsequenz zu verwirklichen versucht hat: die *sofortige* und vollständige Einführung des Kommunismus ohne die lange Übergangsperiode, die eigentlich zu den Grundsätzen des orthodoxen Marxismus-Leninismus gehört zu haben schien; zudem die Abschaffung der Geldwirtschaft und vollständige Kollektivierungen in weniger als zwei Jahren, die Aufhebung aller gesellschaftlicher Unterschiede, die Liquidierung der besitzenden, intellektuellen und Handel treibenden Schichten sowie die Auflösung des jahrtausendealten Antagonismus zwischen Stadt und Land, indem alle Städter zu Bauern gemacht wurden. Mit fester Entschlossenheit sollte das Paradies auf die Erde herab geholt werden: Pol Pot glaubte ganz offenbar, seine ruhmreichen Vorgänger - Marx, Lenin, Stalin und Mao Zedong zu überflügeln: Die Revolution des 21. Jahrhunderts würde Khmer sprechen, wie die des 20. Jahrhunderts Russisch und Chinesisch gesprochen hatte.

Doch hinterließen die Roten Khmer[387] in der Geschichte nichts als eine Blutspur. Die reichhaltige Literatur zu diesem kurzzeitigen Experiment deutet stets in die gleiche Richtung: Ob Überlebende berichten oder Historiker Thesen aufstellen, die Rede ist praktisch nur von Repression. Und immer wieder taucht die Frage auf: Warum all dieses Grauen? Tatsächlich übertrifft der kambodschanische[388] Kommunismus, was den Terror angeht, alle anderen - und weicht von ihnen ab. Je nach Blickwinkel ist er eine Randerschei-

nung und ein Extremfall - dafür spricht die Kürze der Machtausübung (drei Jahre und acht Monate) -, oder die Karikatur einiger Grundzüge des Kommunismus, dessen eigentliches Wesen er offenbart. Diese Diskussion ist noch nicht abgeschlossen, schon deshalb nicht, weil über die Führer der Roten Khmer nur wenig bekannt ist. Sie gaben sich wortkarg und hinterließen kaum Schriftliches, und die Archive ihrer aufeinanderfolgenden Berater - der Vietnamesen und Chinesen - sind noch immer nicht zugänglich.

Trotzdem ist das Material zu einem stattlichen Dossier angewachsen: Kambodscha, das sich dem Kommunismus erst spät verschrieb, trennte sich als erstes Land wieder von ihm (1979), zumindest in seiner radikalen Form. Die seltsame »Volksdemokratie« während des folgenden Jahrzehnts der vietnamesischen Militärbesatzung gründete sich in ideologischer Hinsicht (der Sozialismus war durch den vorangegangenen Terror in Verruf geraten) auf die Verurteilung der »völkermörderischen[389] Clique Pol Pot-Ieng Sary«. Die Opfer - sie waren zum Teil ins Ausland geflohen - wurden zum Sprechen ermutigt (sie ließen sich nicht lange bitten), Wissenschaftler - in beschränktem Maß - zu Nachforschungen aufgefordert. Deren materielle Bedingungen verbesserten sich, als der US-amerikanische Kongreß - nach der Einführung eines pluralistischen Systems[390] 1992 unter der Schirmherrschaft der UNO - Gelder zur Aufklärung des kambodschanischen Völkermordes (unter Federführung der Universität Yale) bereitstellte. Andererseits hatte der Wille zur »Aussöhnung« unter den Kambodschanern - die letzten Roten Khmer wurden sogar ins politische System integriert - bei der Elite des Landes einen beängstigenden Gedächtnisschwund zur Folge, wobei ernsthaft in Erwägung gezogen wurde, das Museum des Völkermordes (das ehemalige Zentralgefängnis) zu schließen und die geöffneten Massengräber wieder zuzuschütten.

Recht genau bekannt ist, welchem Terror die Kambodschaner zwischen 1975 und 1979 ausgesetzt waren, auch wenn bei den quantitativen Ausmaßen, den lokalen Unterschieden, dem genauen zeitlichen Ablauf und bei der Art der Entscheidungsfindung in der Kommunistischen Partei Kampucheas (KPK) noch vieles aufzuklären bleibt. Auf jeden Fall weiß man jetzt, daß Francois Ponchaud[391] und Simon Leys mit Recht frühzeitig Alarm geschlagen haben, auch wenn die konformistische Linke die Warnungen eine Zeitlang nicht hören wollte.[392] Nachdem die Schreckensmeldungen vom Terror der Roten Khmer endlich geglaubt wurden - dies verdankte man zum Teil den vietnamesischen Kommunisten -, trugen sie im Westen nicht unerheblich zur Krise des Kommunismus und Marxismus bei. Wie die Überlebenden des Holocaust die letzten Kräfte aufboten, um der Welt das erlittene Unrecht vor Augen zu führen, so setzten einige entkommene Kambodschaner alles daran, das unfaßbare Grauen zu bezeugen: Ihre Ausdauer hat sich ausgezahlt. Heute ist die gesamte Menschheit aufgerufen, ihre Fakkel weiterzureichen. Wichtig ist beispielsweise der Bericht Pin Yathays, der einen Monat lang allein und vom Hungertod bedroht durch den Dschungel

geirrt war, »um den kambodschanischen Völkermord zu bezeugen, [...] den eiskalt geplanten Mord an mehreren Millionen Menschen, an Greisen, Frauen und Kindern... [Er mußte Zeugnis ablegen], wie das Land dem Erdboden gleichgemacht, in die Steinzeit zurückgeworfen und seine Bewohner gefoltert wurden... Ich wollte überleben, um die Welt anzuflehen, den Überlebenden zu helfen, der totalen Vernichtung zu entgehen.«[393]

Die Spirale des Grauens

Trotz ihres empfindlichen Nationalismus erkennen nicht verblendete Kambodschaner, daß ihr Land letztlich sich selbst zum Opfer fiel: einer kleinen Gruppe politischer Fanatiker und einer traditionellen Elite, die bei der Führung des Landes auf verhängnisvolle Weise versagt hat. Solche spannungsgeladenen Verhältnisse sind weder in Asien noch sonstwo ungewöhnlich, aber nur selten kommt es zur Revolution. In Kambodscha war hierfür das Zusammenwirken zweier weiterer Faktoren von entscheidender Bedeutung: die besondere geographische Lage (die lange Grenze mit Vietnam und Laos) und eine gefährliche historische Situation (der seit 1964 eskalierende Vietnamkrieg).

Ein Bürgerkrieg (1970-1975)[394]

Das Khmer-Königreich, seit 1863 französisches Protektorat, hatte sich aus dem Indochinakrieg (1946-1954) weitgehend heraushalten können. Als 1953 die mit dem Vietminh verbündeten kambodschanischen Untergrundkämpfer an Boden gewannen, verstand es König Sihanouk, seinen politischen Gegnern mit einem friedlichen »Kreuzzug für die Unabhängigkeit« den Wind aus den Segeln nehmen. (Seine guten Beziehungen zu Paris begünstigten seinen Erfolg.) Allerdings stieß er mit seiner Schaukelpolitik -mit ihr versuchte er sich im Konflikt zwischen den vietnamesischen Kommunisten und den USA Neutralität zu sichern - in der Außenpolitik auf allgemeines Mißtrauen und nach innen auf immer größeres Unverständnis.

Bei seinem Sturz im März 1970, betrieben von seiner eigenen Regierung und der Nationalversammlung - die CIA begrüßte ihn zwar, hatte ihn aber anscheinend nicht organisiert - stürzte nicht sofort das gesamte Land in den Bürgerkrieg: Aber bei schrecklichen Pogromen unter der vietnamesischen Minderheit (von den ungefähr 450000 Menschen flohen zwei Drittel nach Südvietnam) gingen die Botschaften des kommunistischen Vietnam in Flammen auf, während die »ausländischen Truppen« (vergebens) ultimativ zum Verlassen des Landes aufgefordert wurden. Hanoi konnte nur noch auf die Karte der Roten Khmer setzen. Es begann sie massiv zu unterstützen (Waffen, Berater, militärische Ausbildung in Vietnam) und besetzte in deren Namen den größten Teil des Landes - oder besser im Namen Sihanouks, der

sich angesichts seiner schmachvollen Niederlage mit den Kommunisten, dem einstigen Erzfeind, verbündet hatte: Auf Anraten aus Peking und Hanoi wurde er von den Roten Khmer hofiert, ohne daß diese ihm irgendeine Kontrolle über den Widerstand im Land zugestanden. Die Kommunisten, offiziell »Royalisten«, kämpften somit gegen eine eher formell bestehende »Khmer-Republik«.[395] Deren Vertreter waren den Nordvietnamesen militärisch unterlegen und verstanden es nicht, die Unbeliebtheit Sihanouks dazu zu nutzen, um die städtischen, mittel ständischen und intellektuellen Schichten hinter sich zu bringen. Es blieb ihnen nichts anderes übrig, als an amerikanische Hilfe zu appellieren (Bombardements, Waffenlieferungen, Militärberater) und einer aussichtslosen Intervention durch südvietnamesische Söldner zuzustimmen.

Nachdem Anfang 1972 bei der katastrophalen Operation Chenla-II die tauglichsten republikanischen Truppen dezimiert worden waren, entwickelte sich der Bürgerkrieg für die Republik zu einer langsamen Agonie, bei der die wichtigsten städtischen Zonen, deren Versorgung und Verbindung zur Außenwelt fast nur noch über den Luftweg aufrechterhalten werden konnte, immer fester in die Zange genommen wurden. Diese Nachhutgefechte wirkten ebenso zerstörerisch wie destabilisierend, und sie kosteten zahlreiche Opfer unter der Zivilbevölkerung, die anders als die vietnamesische von Schrecken dieser Art bislang verschont geblieben war. Vor allem amerikanische Bomber warfen über den Gefechtszonen 540 000 Tonnen Sprengstoff ab, die Hälfte davon in den sechs Monaten vor dem Verbot durch den Kongreß (August 1973). Die Bombardements verzögerten zwar den Vormarsch der Roten Khmer, doch verschafften sie ihnen einen verstärkten Zulauf aus den ländlichen Gebieten, in denen die USA sich verhaßt gemacht hatten. Sie destabilisierten die Republik durch gewaltige Flüchtlingsströme (wahrscheinlich ein Drittel der acht Millionen Kambodschaner floh in die Städte[396]), lieferten den Roten Khmer den Vorwand für die Evakuierung der Städte und leisteten einer später immer wiederkehrenden Propagandalüge der KPK Vorschub: »Wir haben die erste Weltmacht in die Knie gezwungen, also werden wir jeden Widerstand, die Natur, die Vietnamesen usf. überwinden.«[397]

Der Fall Phnom Penhs am 17. April 1975 und der letzten Städte der Republik war folglich längst erwartet worden, so daß ihn selbst die Besiegten mit fast einhelliger Erleichterung aufnahmen: Nichts könne grausamer und sinnloser sein als dieser Krieg, so meinte man. Aber man täuschte sich... Die Roten Khmer hatten schon vor ihrem Sieg unter Beweis gestellt, daß sie in ihrem Fanatismus zu allem fähig waren. Mit fortschreitender »Befreiung« überzogen sie das Land mit »Umerziehungslagern«, die immer stärker Zuchthäusern ähnelten. Wohl nach dem Vorbild der Lager des Vietminh in den fünfziger Jahren dienten sie vornehmlich für Gefangene aus der Armee Lon Nols. An eine Anwendung der Genfer Konventionen war nicht zu denken, denn die republikanischen Kämpfer galten nicht als Kriegsgefangene,

sondern als »Verräter«. Während französische oder andere Gefangene in den Lagern der Vietnamesen im allgemeinen glimpflich davon gekommen waren, herrschte in Kambodscha ein grausames Regiment, das offenbar von Anfang an auf die physische Vernichtung aller Gefangenen zielte. Henri Locard beschreibt die Verhältnisse in einem großen Lager, in dem über tausend Gefangene einsaßen[398]: Ab 1971 oder 1972 verschwanden darin gegnerische Soldaten mit ihren (tatsächlichen oder mutmaßlichen) Familien, einschließlich der Kinder, buddhistische Mönche, »verdächtige« Reisende und viele andere mehr. Rasch starben die allermeisten und *sämtliche* Kinder an den Folgen von Mißhandlungen, Hunger und Krankheiten. Ebenso alltäglich waren Exekutionen: jede Nacht[399] bis zu dreißig.

Nach andere Quellen kam es bei der Eroberung der alten Königsstadt Udong 1974 zu einem Massaker an zehntausend Menschen.[400] Und schon 1973 begannen massive Deportationen von Zivilisten: Etwa 40000 Menschen wurden aus der Provinz Takeo ins Grenzgebiet zu Vietnam verschleppt, viele flohen nach Phnom Penh. Nach dem gescheiterten Versuch, die Stadt Kampong Cham einzunehmen, zwangen die Roten Khmer Tausende von Städtern, ihnen beim Rückzug zu folgen.[401] Kratie, die erste eroberte größere Stadt, wurde vollständig evakuiert. 1973 war zudem der entscheidende Augenblick der Emanzipation von Nordvietnam: Empört über die Weigerung der KPK, an den Pariser Verhandlungen zum Abzug der Amerikaner (Verträge von Paris 1973) teilzunehmen, schränkte Vietnam seine Unterstützung massiv ein. Daß es damit auch sein Druckmittel verlor, nutzte Pol Pots[402] Mannschaft dazu, mit der Liquidierung der überlebenden »Khmer-Vietminh« zu beginnen, den ungefähr tausend ehemaligen antifranzösischen Widerstandskämpfern, die nach den Verträgen von Genf (1954) nach Hanoi gegangen[403] und dann nach Kambodscha zurückgekehrt waren. Wegen ihrer Kampferfahrung und ihren Beziehungen zur vietnamesischen KP stellten sie eine mögliche Konkurrenz zu den augenblicklichen Parteiführern dar, die zumeist erst *nach* dem Indochinakrieg und/oder als Studenten in Frankreich zum Kommunismus gestoßen waren. Viele von ihnen hatten ihre aktive politische Tätigkeit in der Kommunistischen Partei Frankreichs begonnen.[404] 1973 richtete die Führer der KPK denn auch das geschichtsfälschende Dogma auf, wonach ihre Partei im Jahre 1960 entstanden sei: In Wahrheit war sie 1951 aus der von Ho Chi Minh gegründeten und um Vietnam zentrierten Kommunistischen Partei Indochinas hervorgegangen. Damit wurde den inzwischen verjagten »51ern« jede historische Legitimität entzogen und zugleich eine künstliche Kontinuität mit der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV) geschaffen. Bei der Gelegenheit wurden auch die wenigen Anhänger Sihanouks in der Untergrundbewegung liquidiert. Auf das Jahr 1973 gehen offenbar auch die ersten Zusammenstöße zwischen vietnamesischen Truppen und Roten Khmer zurück.[405]

Deportationen und Aussonderung der Bevölkerung (1975 -1979)

Die vollständige Evakuierung Phnom Penhs[406] unmittelbar nach dem Einmarsch bedeutete für die Einwohner und die Weltöffentlichkeit ein Schock. Zum erstenmal begriff man, daß in Kambodscha Ungewöhnliches vor sich ging, auch wenn die Bewohner der Hauptstadt noch versucht waren, den Vorwänden der neuen Herren zu glauben: Angeblich sollten sie vor amerikanischen Bombardements geschützt und ihre Versorgung sichergestellt werden. Obwohl spektakulär, kostete die Evakuierung der Städte - sie bleibt vielleicht das »Markenzeichen« des Regimes in der Geschichte - nicht allzu viele Menschenleben: Die Bevölkerung war noch nicht geschwächt und unterernährt, zudem durften Vorräte (und Tauschmittel wie Gold, Schmuck... und Dollar[407]) mitgenommen werden. Systematischer Terror unterblieb vorläufig, auch wenn Auflehnung mit dem Tode bestraft und gegnerische Soldaten hingerichtet wurden. Die Verschleppten wurden nicht systematisch durchsucht und ausgeplündert. Bei den direkten und indirekten Todesopfern der Evakuierung handelt es sich um alleinstehende Alte und Kranke, Verletzte und Frischoperierte aus Krankenhäusern oder um Menschen, die mitunter mit ihrer gesamten Familie Selbstmord begingen, insgesamt ungefähr 10 000[408] Menschen von zwei bis drei Millionen Einwohnern der Hauptstadt und einigen hunderttausend Evakuierten aus anderen Städten (46 bis 54% der Gesamtbevölkerung sollen in Marsch gesetzt worden sein).[409] Trotzdem wurde die Evakuierung zu einem Trauma, das den Überlebenden bis heute im Gedächtnis haften blieb. Innerhalb von knapp 24 Stunden mußten sie alles im Stich lassen, zunächst noch beschwichtigt durch die fadenscheinige Behauptung[410], es handle sich »nur um drei Tage«. Im Mahl ström des Aufbruchs konnte es leicht geschehen, daß Familien für immer auseinandergerissen wurden. Unerbittliche Soldaten, die niemals lächelten *(yothea),* trieben die Menschen aufs Land: Der genaue Bestimmungsort hing vom Stadtviertel des Abmarschs ab. Szenen von Tod und Verzweiflung begleiteten die Deportierten auf einem wochenlangen Exodus, bei dem sie von den Roten Khmer nicht die geringste Unterstützung (Lebensmittel oder medizinische Versorgung) erhielten.

Bei dieser ersten Deportation wurden unter den ehemaligen Stadtbewohnern an Straßenkreuzungen erste Aussonderungen vorgenommen. Oberflächlich durchgeführt, ging es im allgemeinen um eine Feststellung der Identität: Daß die Roten Khmer die Vernichtung aller Ausweispapiere befohlen hatten - mit Blick auf die polizeiliche Kontrolle eine völlig unverständliche Maßnahme[411] -, ermöglichte es zahlreichen Beamten und Militärs der Republik, sich eine neue Identität zuzulegen, die ihnen mit etwas Glück das Leben rettete.[412] Deshalb versuchten die Roten Khmer jetzt, unter dem zweifelhaften Angebot, sie könnten der neuen Regierung in der Hauptstadt dienen oder an einem ehrenvollen Empfang Sihanouks teilnehmen - er war bis 1976 offizieller Staatschef-, möglichst viele mittlere und höhere Beamte,

vor allem aber Offiziere der Armee ausfindig zu machen. Die meisten wurden auf der Stelle liquidiert, oder sie starben kurz darauf im Gefängnis.

Zur damaligen Zeit war der Machtapparat der Roten Khmer - nach den allgemeinen Schätzungen verfügten sie 1975 über 120000 Aktivisten und (zumeist recht neue) Sympathisanten, davon etwa die Hälfte kampferprobte Soldaten - noch nicht groß genug, um die gewaltigen Menschenströme aus den Städten nach festgelegten Plänen aufs Land zu dirigieren. So ließ man die Evakuierten die Lagerplätze (wenn möglich) selbst wählen, sofern die Ortsvorsteher der jeweiligen Dörfer ihr Einverständnis gaben. Im recht kleinen, eher spärlich besiedelten Kambodscha hatte fast jeder Städter auf dem Land Angehörige, zu denen sich viele durchschlagen konnten, was ihre Überlebenschancen steigerte, falls sie nicht später erneut deportiert wurden (siehe unten). Die Versorgungslage war im allgemeinen noch nicht dramatisch: Zuweilen schlachteten die Dorfbewohner zu Ehren der Neuankömmlinge eine Kuh[413] oder halfen oft beim Aufschlagen des Lagers. Ganz allgemein bestätigen Augenzeugenberichte bis zum Sturz des Regimes, daß Hilfsbereitschaft und Tauschhandel in der Beziehung zu den Alteingesessenen eine mindestens ebenso große Rolle gespielt haben wie Feindseligkeiten, vor allem ganz am Anfang. Schikanen waren selten, und spontane Exekutionen kamen offenbar noch überhaupt nicht vor.[414] Besonders freundschaftlich scheint das Verhältnis zu den *Khmer Loeu* (einer ethnischen Minderheit in abgelegenen Regionen) gewesen zu sein.[415] Da sie den Roten Khmer als erste Stützpunkte gedient hatten, genossen sie - zumindest bis 1977 - besondere Vergünstigungen, was darauf schließen läßt, daß die anderswo oft auftretenden Reibereien zwischen Bauern und Neuankömmlingen von der katastrophalen Versorgungslage herrührten, die sich mit jedem Neuzugang verschärfte: Solche Situationen haben den Altruismus noch nie gefördert...[416]

Der Zustrom von Städtern brachte Unruhe ins ländliche Leben und verknappte die Ressourcen: In den fruchtbaren Reisebenen der Region 5 (Nordwest) kamen zu den 170000 Ansässigen beispielsweise 210000 Neuankömmlinge hinzu![417] Und die KPK unternahm alles, um zwischen den *Pracheachon Chah* — dem »Alten« oder »Basisvolk,« das zuweilen auch »die 70er« genannt wurde, da es seit Kriegsbeginn im allgemeinen unter der Kontrolle der Roten Khmer stand - und den *Pracheachon Thmei* - dem »Neuen Volk«, den »75ern« oder auch »17ern« (nach dem »17. April«) -Gräben aufzureißen. Sie schürten den »Klassenhaß« der »Proletarierpatrioten« gegenüber den »kapitalistischen Knechten der Imperialisten«. Ihre diskriminierende Gesetzgebung räumte nur den »Alten«, einer dünnen Mehrheit unter der Bevölkerung, wenige Rechte ein: so die private Bewirtschaftung eines kleinen Stückes Landes, auf den Vortritt beim obligatorischen Kantinenbesuch und auf eine geringfügig bessere Verköstigung. Nebenbei durften sie gelegentlich an »Wahlen« mit einem Einheitskandidaten teilnehmen. Es herrschte vollständige *Apartheid:* Die beiden Gruppen durf-

ten im Prinzip nicht miteinander sprechen und auf keinen Fall untereinander heiraten. Zudem wohnten sie im Dorf in getrennten Bereichen.[418]

Die Politik der Spaltung setzte sich innerhalb der beiden großen Bevölkerungsgruppen fort. So hetzten die Roten Khmer bei den »Alten« die »armen Bauern« gegen die »Landbesitzer«, die »reichen Bauern« und die (nach einer vollständigen Kollektivierung) ehemaligen Händler auf. Bei den »Neuen« sonderten sie möglichst viele ehemaligen Staatsdiener und Intellektuelle aus. Beide Gruppen erwartete zumeist ein düsteres Los: Sie fielen nach und nach Säuberungen zum Opfer, die in der Hierarchie schrittweise von oben nach durchgeführt wurden. Am Ende stand meistens die vollständige Vernichtung, ab 1978 oft Frauen und Kinder eingeschlossen.

Daß sie fast die gesamte kambodschanische Bevölkerung aufs Land verschleppt hatten, war den Führern der KPK nicht genug: Kaum hatten sich die »Neuen« an den Aufnahmeorten nach einigen Monate notdürftig eingerichtet, wurden die meisten ein weiteres Mal verschleppt, diesmal ganz ohne Mitspracherecht. Allein im September 1975 verließen mehrere hunderttausend Menschen die Zonen Ost und Südost in Richtung Nordwest.[419] Nicht selten wurden Betroffene gleich drei oder vier Mal hintereinander deportiert - nicht mitgerechnet die Arbeitseinsätze in Brigaden, zu denen Jugendliche und Erwachsene, sofern sie keine Kleinkinder hatten, abkommandiert wurden. Solche Einsätze fernab des Dorfes dauerten zuweilen mehrere Monate ohne Unterbrechung. Mit dieser Politik der ständigen Wanderschaft verfolgte das Regime vier Ziele: dauerhafte Bindungen zwischen »Neuen« und »Alten« und unter »Neuen« sollten als politisch gefährlich möglichst unterbunden werden.[420] Zudem ging es um eine weitere »Proletarisierung« der »Neuen«, die bei einer weiteren Deportation fast ihre gesamte Habe zurücklassen mußten[421] und von ihren Aussaaten nicht mehr profitierten. Daneben sollte die gesamte Bevölkerung mobilisiert werden, um die dünnbesiedelten Berg- und Dschungelregionen in den Grenzgebieten landwirtschaftlich zu erschließen. Schließlich dienten die Deportationen wohl auch als ein bequemes Mittel, möglichst viele »unnütze Esser« loszuwerden: Angesichts der beginnenden Unterernährung und der fehlenden medizinischen Versorgung bedeutete eine erneute Verschleppung (zu Fuß, bestenfalls auf Ochsenkarren oder in vollgestopften Bummelzügen mit tagelangen Wartezeiten) für viele das Ende.

Ein Sonderfall waren die »freiwilligen« Umsiedlungen. »Neuen« wurde oft eine »Rückkehr in die Heimatdörfer« oder die Arbeit in einer Kooperative angeboten, wo angeblich bessere Lebensbedingungen herrschten. Die zahlreichen Freiwilligen fanden sich dann in Gegenden wieder, in denen das Überleben noch schwieriger war. Pin Yathay, ein Opfer des Regimes, kam dem Geheimnis auf den Grund: »In Wahrheit ging es darum, individualistische Neigungen aufzuspüren. [...] der Städter stellte unter Beweis, daß er seine üblen Neigungen noch immer nicht abgelegt hatte. Wie er zeigte,

brauchte er eine noch strengere ideologische Umerziehung in einem Dorf mit [besonders] schwierigen und harten Lebensbedingungen. Wenn wir uns freiwillig meldeten, denunzierten wir uns selbst. Es war ein unfehlbares Mittel der Roten Khmer, besonders unsteten und unzufriedenen Deportierten auf die Spur zu kommen.«[422]

Die Zeit der Säuberungen und großen Massaker (1976-1979)

Der Klassifizierungs- und Eliminierungswahn, dem die gesamte Gesellschaft unterworfen wurde, griff allmählich auch auf die Spitze der Macht über. Sehr früh schon waren die echten »Provietnamesen« und Hou Youn, wie erwähnt, eliminiert worden. Im Dezember 1975 wurden die Diplomaten der »königlichen Regierung«, unter denen auch Nichtkommunisten waren, abberufen und mit zwei Ausnahmen nach Folterungen hingerichtet.[423] In der KPK, wo in der Regel chaotische Verhältnisse herrschten, wurde die Angst vor Verrat dadurch geschürt, daß in den verschiedenen Zonen (die Armee wurde erst nach dem 17. April vereint) weitgehend Autonomie herrschte. Hinzu kamen die offenkundigen wirtschaftlichen Mißerfolge und ab 1978 die mühelosen Gegenoffensiven der Vietnamesen an der Grenze.

Nach der Verhaftung im September 1976 von Keo Meas, der »Nr. 6« in der Hierarchie, fielen immer mehr Angehörige der Parteiführung Säuberungen zum Opfer. Stets ohne Prozeß und nach undurchsichtigen Vorwürfen wurden alle Verdächtigen nach schrecklichen Folterungen hingerichtet. Obwohl ihre »Geständnisse« mögliche Vorwürfe erahnen lassen, sind niemals deutliche Abweichungen zur offiziellen Linie Pol Pots erkennbar. Wahrscheinlich ging es einfach darum, all diejenigen auszuschalten, die Pol Pots Vorherrschaft durch Charisma, eingeständiges Denken oder frühere Beziehungen zur KPV (oder sogar zur chinesischen »Viererbande« wie im Falle Hu Nims) hätten gefährden können.[424] Der Verfolgungswahn übertraf die schlimmsten Exzesse unter Stalin. So beschwor die Parteizentrale gleich nach Beginn der Säuberungen auf einer Schulung von KP-Kadern »einen erbitterten und gnadenlosen Kampf gegen den Klassenfeind [...], besonders innerhalb [der eigenen] Reihen«.[425] Im Juli 1978 schrieb das monatlich erscheinende Parteiblatt *Tung Padevat (Revolutionäre Fahnen):* »Feinde in unseren Reihen gibt es überall, in der Zentrale, in der Parteiführung, in den Zonen, den Basisdörfern.«[426] Zu diesem Zeitpunkt waren bereits fünf der dreizehn wichtigsten Parteiführer vom Oktober 1975 und die Mehrheit der Parteisekretäre auf regionaler Ebene hingerichtet worden.[427] Zwei der sieben Mitglieder der neuen Führung von 1978 starben noch vor 1979, darunter der Vizepremier Vorn Vet, dem Pol Pot bei einer eigenhändigen Prügelaktion ein Bein gebrochen haben soll.[428] Die Säuberungen liefen schließlich wie von selbst: Für eine Verhaftung genügten drei Denunziationen als »Agent der CIA«. Geradezu obsessiv wurden »große Fische« zu immer neuen

schriftlichen Geständnissen gezwungen (sieben im Fall Hu Nims).[429] Immer weitere »Komplotte« wurden entdeckt, immer weiterere »Netze« zerschlagen. Der Haß auf Vietnam erstickte jeden Realitätssinn im Keim: Ein Arzt bezichtigte sich selbst, er habe für die »vietnamesische CIA« gearbeitet. Er sei 1956 in Hanoi von einem als Tourist getarnten amerikanischen Agenten angeworben worden.[430] Die Liquidationen setzten sich auf der Ebene der Kooperativen fort: Nach damaligen Schätzungen sollten in einem einzigen Bezirk angeblich 40000 der 70000 Einwohner »Kollaborateure der CIA« sein.[431]

Die Ausmaße eines Völkermordes nahmen die Säuberungen allerdings nur in der Zone Ost an. Sie lag in gefährlicher Nähe zum feindlichen Vietnam. Zudem hatte der militärische und politische Führer Sao Phim sich hier auf lokaler Ebene eine solide Machtbasis geschaffen. In einer einzigartigen Erscheinung eskalierte eine Rebellion örtlicher Kader zu einem Bürgerkrieg, der von Mai bis Juni 1978 dauerte. Bis April waren 409 Kader aus dieser Zone im Tuol-Sleng-Gefängnis verschwunden. Im Juni beging Sao Phim angesichts seiner hoffnungslosen Lage Selbstmord. Bei den Trauerriten wurden seine Frau und seine Kinder abgeschlachtet. Einige versprengte Soldaten aus der Zone versuchten den Widerstand aufrechtzuerhalten, flohen anschließend nach Vietnam und bildeten die Keimzelle der »Einheitsfront zur Rettung der Nation«, die später mit der nordvietnamesischen Armee nach Phnom Penh marschieren sollte. Nach ihrem Sieg verurteilte die Parteizentrale die »Vietnamesen in Khmerkörpern«, zu denen sie die Bewohner der Zone Ost stempelte, faktisch zum Tode. Von Mai bis Dezember 1978 wurden zwischen 100000 und 250000 (der 1,7 Millionen Bewohner) ermordet - angefangen von den Jugendlichen und Parteiaktivisten -, darunter alle 120 Familien (700 Menschen) aus dem Dorf von Sao Phim. In einem weiteren Dorf wurden zwölf von fünfzehn Familien vollständig ausgelöscht, ganze zwei Personen konnten dem Massaker entrinnen.[432] Die Überlebenden der Massenmorde wurden ab Juli auf Lastwagen, in Zügen und per Schiff abtransportiert und in anderen Zonen ihrer schrittweisen Vernichtung zugeführt (schon bei den Transporten kamen Tausende um): Zu ihrer Kenntlichmachung steckte man sie in (eigens aus China angelieferte) blaue Anzüge, damit sie sich vom sonst üblichen Schwarz der »Uniform« unter Pol Pot abhoben. Nach und nach und von den übrigen Dorfbewohnern zumeist unbemerkt verschwanden die »Blauen« von der Bildfläche. In einer Kooperative im Nordosten waren beim Eintreffen der vietnamesischen Armee von ungefähr 3000 gerade noch um die hundert am Leben.[433] Diese Massaker unmittelbar vor dem Zusammenbruch des Regimes markierten in dreifacher Hinsicht einen Wendepunkt: Die Roten Khmer nahmen keine Rücksicht mehr auf Frauen, Kinder und Greise und machten beim Morden zwischen »Alten« und »Neuen« keinen Unterschied mehr. Da sie ihren Vernichtungsfeldzug nicht mehr alleine bewältigten, zwangen sie die Bevölkerung, auch die »75er«, sich an ihm zu beteiligen. Die »Revolution« geriet

zU einem Blutbad, dem die letzten Kambodschaner zum Opfer zu fallen drohten.

Daß die Herrschaft der Roten Khmer die meisten Kambodschaner zur Verzweiflung trieb, belegen die zahlreichen Fluchten ins Ausland: die wenigen Zugänge vom April 1975 nicht mitgerechnet, waren in Thailand schon im November 1976 23000 Flüchtlinge zu verzeichnen.[434] Im Oktober 1977 wurden in Vietnam 60 000 Kambodschaner gezählt.[435] Die meisten Fluchtwilligen wurden allerdings abgeschreckt durch die drohende Todesstrafe und die Aussicht, bei völliger Erschöpfung tage- oder wochenlang durch den lebensfeindlichen Dschungel irren zu müssen.[436] Von den Todesmutigen, die es dennoch wagten, kam nur eine kleine Minderheit davon (von den zwölf aus Pin Yathays Gruppe, die bestens vorbereitet war, ganze vier). Nach zwanzig Monaten eines immer wieder aufflammenden Grenzkonfliktes, der erst ab Januar 1978 offen ausgetragen wurde, marschierten die Vietnamesen im Januar 1979 schließlich nach Kambodscha ein: Die große Mehrheit der Bevölkerung empfand ihre Ankunft als »Befreiung« (wie der Einmarsch bis heute offiziell heißt). Es sagt viel über die Herrschaft der Roten Khmer aus, daß die Dorfbewohner von Samlaut (die »Helden« des Aufstands von 1967) wie viele andere ihre Kader, die noch nicht geflohen waren, niedermetzelten.[437] Dagegen nutzten die Dagebliebenen die verbleibende Zeit für letzte Greuel: In den zahlreichen Gefängnissen[438], auch im Tuol Sleng, war praktisch niemand mehr zu befreien. Daß viele Rote Khmer sich nach der Niederlage unterwarfen und daß Hanoi mit seinem Einmarsch nicht zuerst humanitäre Ziele verfolgte, ändert nichts an einer Tatsache, die zur damaligen Zeit noch umstritten war: Angesichts des immer grausameren Gemetzels der Roten Khmer, vor allem ab 1978, kamen die vorrückenden Panzer der Vietnamesen für eine unabsehbare Anzahl von Menschen als allerletzte Rettung. Anschließend lebte das Land allmählich wieder auf, die Bewohner erhielten schrittweise ihre Freiheit zurück, konnten sich wieder bewegen, ihre Felder bestellen, glauben, lernen und lieben...

Variationen um ein Martyrologium

Das Grauen muß nicht beziffert werden. Das Gesagte und noch zu Sagende genügt, um die Schreckensherrschaft der KPK zu beleuchten. Und doch heißt quantifizieren auch begreifen: Wenn *keine* Gruppe der Gesellschaft verschont blieb, welche traf es am härtesten? Wo und wann passierte was? Welchen Platz hat die kambodschanische Tragödie zwischen den vielen anderen dieses Jahrhunderts und in der Landesgeschichte? Mit verschiedenen Methoden (Demographie, quantitative Einzeluntersuchungen, Augenzeugenberichten, Einschätzungen der Betroffenen) - eine einzige würde nicht ausreichen - kann man sich der Wahrheit nähern.

Zwei Millionen Tote?

Sucht man nach einer globalen Einschätzung des kambodschanischen Massenmordes, so fällt zunächst auf, daß sich die Schere der verschiedenen Zahlen besonders weit auftut. Schon das deutet auf gewaltige Dimensionen hin: Je entsetzlicher und irrationaler das Grauen, desto schwieriger das Zählen der Opfer. Auch haben die beteiligten Seiten mit entgegengesetzten Zielen größtes Interesse daran, eine objektive Bezifferung der Opfer zu verhindern: Während die Vietnamesen und ihre kambodschanischen Verbündeten unter einem Zwang zur Rechtfertigung stehen, versuchen die Roten Khmer jede Schuld von sich zu weisen. Bei seinem letzten Interview im Dezember 1979 versicherte Pol Pot, daß höchstens »einige tausend Kambodschaner in Folge einer fehlerhaften Umsetzung unserer Politik, die dem Volk Überfluß bescheren sollte, ums Leben gekommen« seien.[439] Genauer drückte sich Khieu Samphan in einer offiziellen Broschüre von 1987 aus: demnach gab es 3000 Opfer durch »Irrtümer«, 11 000 Exekutionen »vietnamesischer Agenten« und 30000 Morde durch »infiltrierte vietnamesische Agenten« *(sie).* Die vietnamesischen Besatzer hätten dagegen zwischen 1979 und 1980 »ungefähr 1 500000« Menschen umgebracht. Diese völlig übertriebene Zahl ist sicher ein erbärmlicher Erklärungsversuch für die gewaltigen Verluste an Menschenleben seit 1975, von denen die allermeisten auf das Konto der Roten Khmer gehen.[440] Noch durchsichtiger ist das Manöver, die Ermordeten des Regimes zu Bürgerkriegsopfern aus der Zeit vor dem 17. April zu stempeln: Im Juni 1975 nannte Pol Pot die übertriebene Zahl von 600000 Bürgerkriegstoten, 1978 wurden aus ihnen »über 1,4 Millionen«.[441] Dagegen bezifferte der Ex-Präsident Lon Nol die Anzahl der Opfer der Roten Khmer auf 2 500 000 Menschen. Pen Sovan, der Ex-Generalsekretär der ab 1979 regierenden Revolutionären Volkspartei Kampucheas (RVPK) nannte dagegen eine Zahl, die von der »Volksrepublik Kampuchea« und der vietnamesischen Propaganda übernommen wurde: 3 100000.

Die ersten beiden als seriös geltenden Studien zur Bezifferung des Massenmordes - Ungenauigkeiten werden eingeräumt - lieferten wohl Ben Kiernan mit einer Schätzung von 1 500 000 Opfern[442] und Michael Vickery, der (von einer zu niedrig angesetzten ursprünglichen Bevölkerungszahl ausgehend) eine niedrigere Zahl nennt. Stephen Heder übernimmt Kiernans Einschätzung, geht aber von einer gleich hohen Anzahl an Todesfällen unter »Alten« und »Neuen« aus (was eher unwahrscheinlich ist), wobei Hunger und Gewalteinwirkung die gleiche Rolle gespielt haben sollen.[443] David Chandler, der unumstrittene Spezialist, der allerdings keine eigene analytische Schätzung vornimmt, spricht von 800 000 bis einer Million Toten.[444] Eine Studie der CIA, die von Näherungswerten ausgeht, beziffert die Bevölkerungsverluste (einschließlich des Geburtenrückgangs) zwischen 1970 und 1979 (einschließlich der Kriegsopfer von 1970-1975) auf 3 800 000 Menschen gegenüber 5 200 000 Überlebenden 1979.[445] Nach einer anderen

Schätzung, die auf einem Vergleich zwischen der Reisanbaufläche vor 1970 und der 1983 beruht, soll die Herrschaft der Roten Khmer 1200000 Opfer gekostet haben.[446] In einer wegweisenden Studie neueren Datums - sie beruht auf einer demographischen Untersuchung, ist wegen fehlender Zahlen zwischen dem Ende der sechziger Jahre und 1993 aber fragwürdig - kommt Marek Sliwinski auf knapp zwei Millionen Tote, das sind 26% der Gesamtbevölkerung (die natürliche Sterblichkeit von 7% herausgerechnet). Dabei ist Sliwinski der einzige, der die erhöhte Sterblichkeit der Jahre 1975-1979 im Hinblick auf das Geschlecht und das Alter der Opfer aufschlüsselt: Das Verhältnis von 33,9% Männern zu 15,7% Frauen spricht dafür, daß die meisten eines gewaltsamen Todes starben. Die Sterblichkeit war in allen Altersgruppen erschreckend hoch, am höchsten aber bei den jüngeren Erwachsenen (34%) der 20-30 jährigen Männer, 40% der 30-40 jährigen) und bei den über 60 jährigen (54%). Wie in Zeiten der großen Hungersnöte und Seuchen im alten Europa sank die Geburtenrate dramatisch: von 3 % im Jahre 1970 auf 1,1 % im Jahre 1978.[447] Sicher ist immerhin soviel, daß kein Land seit 1945 einen so gravierenden Bevölkerungsschwund erlitten hat. 1990 lag die Einwohnerzahl noch immer unter der von 1970. Und unter der Bevölkerung herrscht noch heute ein deutlich spürbares Ungleichgewicht: Auf einen Mann kommen 1,3 Frauen. Bei den Erwachsenen von 1989 zählte man 38% Witwen auf ganze 10%) Witwer.[448] 64% der Gesamtbevölkerung und 35% der Familienoberhäupter sind Mütter. Ähnliches gilt sogar für die 150000 kambodschanischen Flüchtlinge in den USA.[449]

Die dramatischen Verluste - auszugehen ist von mindestens einem von sieben, wahrscheinlicher aber von vier bis fünf Kambodschanern - widerlegen jedenfalls die oft vorgebrachte Ansicht[450], die Greuel der Roten Khmer seien weitgehend durch den Terror der amerikanischen Bombardements ausgelöst worden, die ein ganzes Volk in den Wahnsinn getrieben habe. Diese Meinung kann nicht erklären, warum andere Völker, die ebenfalls unter schrecklichen Bombardements gelitten haben (die Briten, Deutschen, Japaner, Vietnamesen...) keine vergleichbare Radikalisierung erlebten (in einigen Fällen war das Gegenteil der Fall). Vor allem aber sind die Kriegs wirren, so dramatisch sie auch waren, mit den Verbrechen der Roten Khmer *in Friedenszeiten* nicht im mindesten zu vergleichen, auch dann nicht, wenn man das letzte Jahr ihrer Schreckensherrschaft und ihren Grenzkonflikt mit Vietnam ausklammert. Selbst Pol Pot, der an einer Beschönigung der Zahlen gewiß nicht interessiert war, hatte die Opfer der Kriegszeit (ohne Begründung), wie erwähnt, auf 600 000 geschätzt - und dieser Anzahl schlössen sich überraschenderweise viele Fachleute an. Chandler setzt - ebenfalls ohne genauere Begründung - eine »halbe Million« Opfer an. Bei den amerikanischen Bombardements geht er anhand verschiedener Studien von 30 000 bis 250 000 Toten aus.[451] Sliwinski kommt bei einer Schätzung anhand eines Mittelwertes dagegen auf 240 000 Opfer, denen gegebenenfalls 70 000 getötete Vietnamesen hinzuzurechnen seien, zumeist Opfer der Pogrome von

1970. Im Bombenhagel seien dagegen »nur« ungefähr 40000 Menschen umgekommen (ein Viertel Soldaten), denn die am stärksten betroffenen Provinzen seien zumeist schwach besiedelt gewesen (mit etwas über einer Million Menschen 1970) und durch die Flüchtlingsströme in die Städte rasch entvölkert worden. Dagegen sollen schon während des Krieges ungefähr 75 000 Menschen aus politischen Motiven ermordet worden sein, mehrheitlich von Roten Khmer.[452] Zwar bereitete der Krieg den Roten Khmer ein Stück weit den Boden, indem er den Widerstand der Gesellschaft schwächte und die Eliten dezimierte und demoralisierte. Unterstützt wurden sie zudem durch die strategischen Entscheidungen Hanois und die unverantwortliche Haltung Sihanouks, so daß sich die Verantwortlichen und Hintermänner des Putschs vom März 1970 einiges vorzuwerfen haben. Aber all das ändert nichts an der grundlegenden Verantwortung der KPK für den Völkermord nach 1975: Hinter den Massakern stand in den allermeisten Fällen, wie erwähnt, planvolle Absicht.

Zugleich erhebt sich die Frage, auf welche Weise diese Massenmorde durchgeführt wurden. Die wenigen seriösen Studien, die das Grauen beziffern, vermitteln trotz ihrer Widersprüche eine gewisse Vorstellung von der Art und Weise der Vernichtung. Die gewaltsame Umsiedlung der Städter aufs Land und die anschließende Zwangsarbeit kostete maximal 400000 Menschen das Leben, wahrscheinlich deutlich weniger. Der größte Unsicherheitsfaktor sind die Exekutionen, bei denen der Mittelwert der Schätzungen bei ungefähr 500000 liegt. Dagegen geht Henri Locard auf der Grundlage einer Hochrechnung allein bei den Gefängnissen von mindestens 400000 bis 600000 Opfern aus, wobei sich »standrechtliche« Hinrichtungen in der gleichen Größenordnung bewegen sollen.[453] Sliwinski nennt eine Gesamtzahl von einer Million Ermordeter. Krankheiten und Hunger dürften ebenfalls verheerend gewirkt - und mindestens 700000 Menschen dahingerafft haben.[454] Sliwinski nennt die Zahl von 900 000 Toten einschließlich der direkten Opfer der erzwungenen Umsiedlungen aufs Land.[455]

Gruppen und Verdächtige im Visier

Eine globale Einschätzung anhand lokaler Studien ist deshalb so schwierig, weil der Terror mit unterschiedlicher Intensität gewütet hat. So waren die »70er« weniger stark vom Hunger betroffen als die »75er«, auch wenn hier vor einem verzerrten Bild gewarnt werden muß, denn fast die Gesamtheit der veröffentlichten Augenzeugenberichte stammt von »Neuen«. Unter den ehemaligen Städtern war die Sterblichkeit besonders hoch: Kaum eine Familie, die nicht mindestens ein Mitglied verloren hat. Und diese Gruppe stellte ungefähr die Hälfte der Gesamtbevölkerung. Von 200 Familien, die in der Zone Nord angesiedelt wurden, waren im Januar 1979 nur noch fünfzig übrig, eine von ihnen hatte »lediglich« die Großeltern verloren.[456] Noch stärker dezimiert wurden besondere Bevölkerungsgruppen. Die Jagd nach

ehemaligen Beamten der Regierung Lon Nol und vor allem nach Militärs wurde bereits erwähnt. Von den Säuberungen waren schließlich auch einfache Beamte betroffen.[457] Auf ihren Posten blieben lediglich die unersetzbaren Mitarbeiter der Eisenbahn, wobei Bahnhofsvorsteher gut daran taten, bei der Befragung subalterne Positionen anzugeben.[458] Die Mönche, eine traditionell beherrschende Schicht im buddhistischen Kambodscha, bildeten eine konkurrierende Macht: Wer sich weigerte, die Kutte abzulegen, wurde liquidiert. Von einer Gruppe von 28 Mönchen, die in ein Dorf in der Provinz Kandal verschleppt worden waren, lebte 1979 noch einer.[459] Auf nationaler Ebene dürften von 60000 ganze 1000 überlebt haben.[460] Ermordet wurden auch fast alle Pressefotografen.[461] Unterschiedlicher gestaltete sich das Schicksal der »Intellektuellen«.[462] Zuweilen wurden sie als solche verfolgt, doch begnügten sich die Khmer offenbar häufiger damit, ihren gesellschaftlichen Status zu ächten und ihre Attribute (Bücher, sogar Brillen) zu verbieten.

Dem Alten Volk wurde eine bessere Behandlung zuteil - vor allem bei der Versorgung mit Lebensmitteln: Es bekam in beschränktem Maß Obst, Zukker und sogar etwas Fleisch. Die Rationen fielen größer aus, zudem kamen »Alte« oft in den Genuß von »festem« Reis, ein unerhörter Luxus unter Pol Pot, unter dem die sonst allgemein übliche dünne Reissuppe zumeist chronischen Hunger bedeutete. Trotz zur Schau getragener Genügsamkeit bedienten sich die Militärs der Roten Khmer beim Essen stets zuerst. Die »70er« genossen eine gewisse medizinische Versorgung mit Medikamenten aus China. Aber diese Vorteile waren relativ: Die Alteingesessenen wurden häufig zu verschiedenen Arbeiten fernab der Heimatdörfer abkommandiert: Die langen Arbeitstage zehrten ebenfalls an den Kräften. Die dünne Arbeiterschicht, die in Phnom Penh wie in einem Militärlager lebte, war ebenfalls harter Disziplin unterworfen. Zudem lösten arme Bauern, die als loyaler galten, allmählich die Proletarier von vor 1975 ab.[463]

Im Jahre 1978 gab es Anzeichen für einen schrittweisen Abbau der Barriere zwischen »Alten« und »Neuen«. Einigen »Neuen« wurden auf lokaler Ebene sogar gewisse Verantwortlichkeiten übertragen. Nach einer positiven Deutung sollen diejenigen, die den Terror bis hierher überlebt hatten, den Ansprüchen des Regimes schließlich genügt haben. Nach weniger optimistischen Interpretationen ging es um eine Stärkung der nationalen Einheit angesichts des Konfliktes mit Vietnam, ähnlich Stalins Bestrebungen 1941 gegenüber Deutschland. Zudem dürfte sich vor dem Hintergrund der allgemeinen Säuberungen die Notwendigkeit ergeben haben, auch im Parteiapparat große Lücken zu schließen. Die allgemeine Verschärfung der Repression im letzten Jahr des Regimes deutet jedenfalls darauf hin, daß nach unten hin alle Unterschiede aufgehoben wurden. In dieser Zeit ging wahrscheinlich auch die große Mehrheit der »70er« zu den Roten Khmer innerlich in Opposition.

Die ungefähr 20 ethnischen Minderheiten, die 1970 mindestens 15% der

Bevölkerung des Landes stellten, erlitten verschiedene Schicksale. Zu unterscheiden ist zunächst zwischen vornehmlich *städtischen* Minderheiten (Chinesen, Vietnamesen) und solchen vom Land (die muslimischen Cham, die an See- und Flußufern siedelten, sowie die Khmer Loeu, ein Oberbegriff für die verschiedenen Volksgruppen in den Berg- und Dschungelregionen). Die städtischen Minderheiten wurden als solche offenbar nicht unterdrückt, jedenfalls nicht bis 1977. Zwar wurden zwischen Mai und Ende September 1975 ungefähr 150 000 Vietnamesen auf freiwilliger Basis in ihr Heimatland zurückgeführt,[464] so daß sich die Gemeinschaften auf einige zigtausend Mitglieder verringerte (vornehmlich Ehepartner von Khmer). Aber andererseits nutzten viele Kambodschaner die Gelegenheit, sich der Bevormundung durch die Roten Khmer dadurch zu entziehen, daß sie sich als Vietnamesen ausgaben, was gegen eine direkte Verfolgung spricht.

An den Zielorten der Deportationen scheint es zwischen den städtischen Minderheiten und den anderen ehemaligen Stadtbewohnern keine Diskriminierung gegeben zu haben. Das gemeinsam erlittene Schicksal hat die Gruppen offenbar sogar zusammengeschweißt: »Die Kambodschaner aus den Städten, Chinesen und Vietnamesen wurden in buntem Durcheinander unter der abwertenden Bezeichnung ›Neues Volk‹ zusammengefaßt. Wir alle waren Brüder. Die nationalistischen Rivalitäten und der einstige Groll waren vergessen [...]. Die Kambodschaner empfanden die Situation am deprimierendsten. Sie waren empört über das Treiben ihrer Landsleute und Peiniger: den Roten Khmer. [...] Der Gedanke, daß unsere Folterer unsere Nationalität besaßen, brachte uns in Rage.«[465]

Wie erklärt es sich dann, daß von diesen Minderheiten ein überproportional großer Anteil das Regime der Roten Khmer nicht überlebte? Von den ungefähr 400 000 Chinesen sollen 50% umgekommen sein[466], noch größer ist dieser Anteil anscheinend bei den Vietnamesen, die nach 1975 im Land geblieben waren. Sliwinski spricht dagegen von nur 37,5% der Vietnamesen und 38,4% der Chinesen.[467] Die Antwort auf die oben gestellte Frage erhält man, wenn man sich die Sterblichkeitsraten bei anderen Gruppen von Opfern anschaut: nach Sliwinski starben 82,6 %› der Offiziere der republikanischen Armee, 51,2 % der Hochschulabgänger und vor allem 41,9 % der Einwohner Phnom Penhs.[468] Die letzte Zahl kommt denen der Minderheiten recht nahe: Sie wurden als besonders schwer umerziehbare Städter (1962 zählte Phnom Penh 18%) Chinesen, 14%› Vietnamesen[469]) und unverbesserliche »Krämerseelen« verfolgt, da viele zunächst nicht daran dachten, ihre frühere gesellschaftliche Stellung zu verleugnen. Sie waren im allgemeinen reicher als die Khmer, was sich für sie als Segen und Fluch erwies. Zum einen ermöglichten ihnen legal mitgebrachte Tauschgüter, ihre Überlebenschancen über den Schwarzmarkt zu verbessern[470], zum anderen standen sie gerade deshalb auf der Abschußliste. Als konsequente Kommunisten war den Roten Khmer der Klassenkampf (oder was sie darunter verstanden) wichtiger als der Konflikt zwischen Rassen oder Völkern.

Dennoch wußte die KPK aber auch aus dem Nationalismus und der Fremdenfeindlichkeit politisches Kapital zu schlagen. Pol Pot versicherte 1978, Kambodscha werde den Sozialismus ohne äußere Vorbilder errichten, und seine Rede in Peking zu Ehren Mao Zedongs (1977) wurde in Phnom Penh nicht ausgestrahlt. Der Haß auf Vietnam, das im 18. Jahrhundert Kampuchea Krom an sich gerissen hatte (es wurde Teil von Cochinchina), wurde nach und nach zu einem zentralen Thema der Propaganda - und er stellt für die heute noch existierenden Roten Khmer praktisch die einzige Existenzberechtigung dar. Als die in Kambodscha verbliebenen Vietnamesen 1976 mit einem Ausreiseverbot belegt wurden, saßen sie schließlich in der Falle. Auf lokaler Ebene kam es sporadisch zu Massakern. Systematisch liquidiert wurde die schon stark dezimierte Minderheit aber erst, als die Zentrale am 1. April 1977 die Verhaftung aller Vietnamesen und ihre Überstellung an die zentralen Sicherheitskräfte anordnete. Der Befehl betraf auch deren Freunde und Khmer, die Vietnamesisch sprachen. In der Provinz Kratie an der vietnamesischen Grenze - die Feindseligkeiten mit dem Nachbarland hatten bereits begonnen - stand jeder, der einen einzigen vietnamesischen Vorfahren hatte, auf der Abschußliste: Das Regime verfolgte die *Yuon* als den »historischen Feind«.[471] Vor diesem Hintergrund kam der 1978 erhobene Vorwurf, sämtliche Bewohner der Zone Ost seien »Vietnamesen in Khmerkörpern«, einem Todesurteil gleich.

Die Handvoll kambodschanischer Katholiken war nach Sliwinski von allen ethnischen und religiösen Gruppe den schlimmsten Verfolgungen ausgesetzt: 48,6% kamen um.[472] Da sie häufig Stadtbewohner und zudem oft vietnamesischer Abstammung waren, wurden sie mit dem »Kolonialimperialismus« in Verbindung gebracht. Die Kathedrale von Phnom Penh wurde als einziges Gebäude der Hauptstadt dem Erdboden gleichgemacht. Ethnische Minderheiten verloren ihr Recht auf eine eigenständige Identität. Nach einem Erlaß gab »es in Kampuchea eine einzige Nation und eine einzige Sprache, die Khmer-Sprache. [...] die verschiedenen Nationalitäten [gab es] nicht mehr.«[473] Dennoch wurden die »Bergvölker« (Khmer Loeu), kleine Volksgruppen, die in den Dschungelregionen der Jagd nachgingen, anfangs eher bevorzugt: Sie hatten der KPK als erste Stützpunkte und als wichtige Basis zur Rekrutierung von Soldaten gedient. Wegen der obsessiv betriebenen Ausweitung des Reisanbaus wurden ab Ende 1976 aber ihre höher gelegenen Dörfer niedergerissen und die Einwohner gewaltsam in den Tälern angesiedelt, eine Tragödie, die den Verlust der kulturellen Identität bedeutete.[474]

Anders sah das Schicksal der Cham aus, die wegen ihres muslimischen Glaubens verfolgt wurden. Die Cham, Jäger und Fischer, stellten mit 250 000 Mitgliedern 1970 noch die bedeutendste einheimische Minderheit dar. Wegen ihres Rufs als ausgezeichnete Krieger wurden sie am Anfang des »Befreiungskrieges« von den Roten Khmer noch hofiert. Sie galten allgemein als Altes Volk, obwohl ihnen ihre besonderen Aktivitäten im Handel zum Vorwurf

gemacht wurden (sie versorgten einen großen Teil der Kambodschaner mit Fisch). Schon 1974 befahl Pol Pot hinter den Kulissen die Auflösung ihrer dicht besiedelten Dörfer, was schrittweise in die Tat umgesetzt wurde. 1976 wurden alle Kader des Regimes mit Cham-Abstammung ihrer Ämter enthoben. Nach einem Text der Roten Khmer von 1975 mußten Cham »ihren Namen ändern und neue, den Khmer ähnliche, annehmen. Die Denkweise der Cham [wurde] abgeschafft. Wer sich diesem Befehl widersetzt[e], [trug] die Folgen.«[475] In der Zone Nordwest konnte das Sprechen von Cham mit dem Tod bestraft werden. Frauen wurde untersagt, den Sarong (den malaiischen Wickelrock) und lange Haare zu tragen.

Die schlimmsten Tragödien verursachten Versuche, der Bevölkerung den Islam auszutreiben. Schon 1973 wurden in den »befreiten« Gebieten die Moscheen zerstört und das Beten verboten. Ab Mai 1975 war das ganze Land von diesen Maßnahmen betroffen. Bücher des Koran wurden eingezogen und verbrannt, die Moscheen zweckentfremdet oder dem Erdboden gleichgemacht. Im Juni starben dreizehn muslimische Würdenträger durch Hinrichtungen: einige waren einer politischen Versammlung ferngeblieben, um ihr Gebet zu verrichten, andere hatten das Recht auf eine religiöse Eheschließung gefordert. Muslime wurden oft vor die Wahl gestellt, Schweine zu züchten und zu essen oder zu sterben: In einer Zeit, in der Fleisch für die meisten Kambodschaner vom Speisezettel verschwand, mußten Cham mitunter zweimal im Monat Schwein essen (viele sorgten dafür, daß sie sich anschließend erbrachen). Besonders stark dezimiert wurden strenggläubige Muslime: von eintausend Hadschis[476] überlebten nur ungefähr dreißig. Im Gegensatz zu anderen Kambodschanern kam es unter Cham mehrfach zu Aufständen, die dann blutig niedergeschlagen wurden.[477] Ab Mitte 1978 begannen die Roten Khmer mit der systematischen Ausrottung von ihren Dorfgemeinschaften, auch der Frauen und Kinder, unabhängig davon, ob sie zum Essen von Schweinefleisch bereit gewesen waren.[478] Ben Kiernan geht bei den Cham von einer Todesrate von insgesamt 50%, Sliwinski von 40,6% aus.[479]

Räumliche und zeitliche Unterschiede

Bei den Todesraten gab es auch bedeutende örtliche Unterschiede. So nach der Herkunft der Opfer: Nach Sliwinski lebten von den ehemaligen Einwohnern Phnom Penhs 1979 noch 58,1 % (ungefähr eine Million Menschen, also etwa die Hälfte), von denen der dicht besiedelten Provinz Kompong Cham 71,2 % und von denen der Provinz Oddar Mean Chhey im fast menschenleeren Norden sogar noch 90,5%. Die durch das Regime verursachte erhöhte Sterblichkeit betrug hier folglich »nur« 2,6 %.[480] Am stärksten litten naheliegenderweise die Gebiete, die zuletzt erobert wurden, die am dichtesten besiedelt waren oder die besonders nahe an der Hauptstadt lagen (die Evakuierung der Provinzstädte verlief offenbar weniger dramatisch). Für die

Kambodschaner hing das Überleben nicht von der Heimatzone, sondern von dem Gebiet ab, in dem sie sich (freiwillig oder erzwungen) in der Zeit des Demokratischen Kampuchea aufhielten. Wer in ein Dschungel- oder Berggebiet oder in eine Region verfrachtet wurde, in der Industrierohstoffe wie Jute angebaut wurden (einen Austausch von Nahrungsmitteln zwischen Regionen gab es praktisch nicht), war so gut wie zum Tod verurteilt[481]: in seinem Egalisierungswahn setzte das Regime ohne geringste Unterstützung stets ungefähr gleich hohe Produktionsnormen an. Beträchtliche Verluste kosteten schon das anfängliche Roden des Geländes und das Errichten einer armseligen Hütte: die Lebensmittelrationen waren angesichts der Schwerstarbeit unzulänglich, und oft gaben die Ruhr oder die Malaria den geschwächten Körpern den Rest. Nach einer Schätzung von Pin Yathay kamen Ende 1975 in einem Lager im Dschungel ein Drittel der Bewohner innerhalb von vier Monaten um.[482] In dem in einem Rodungsgebiet gelegenen Dorf Don Ey, wo immer nur Hunger herrschte und wo es keine Geburten gab, starben insgesamt etwa 80 % der Einwohner.[483]

Reelle Überlebenschancen boten sich dagegen in den wohlhabenden landwirtschaftlichen Regionen, vor allem, wenn sich der Zustrom durch Neues Volk in Grenzen hielt und die Ressourcen den Lebensmittelbedarf einigermaßen deckten. Andererseits herrschte eine strengere Überwachung mit häufigeren Säuberungen; aus diesem Grund hatten abgelegenere Regionen ihre Vorteile, konnte man doch auf tolerantere Kader und auf die erwähnte größere Aufnahmebereitschaft durch Khmer Loeu hoffen. Die Hauptgefahr dürften Krankheiten gewesen sein.

Auf dörflicher Ebene war das Verhalten der örtlichen Kader auch deshalb entscheidend, weil es weitgehend die Beziehungen zum Alten Volk bestimmte. Da der bürokratische Apparat der Roten Khmer nicht straff genug durchorganisiert war, genossen die lokalen Parteiführungen weitgehend Autonomie, im Positiven wie im Negativen.[484] So gab es sadistische (recht oft auch junge Frauen[485]), karrieresüchtige oder unfähige Kader, die durch besondere Repressionen oder ein herauf schrauben des Arbeitssolls Lorbeeren zu ernten versuchten. Gesteigert wurden die Überlebenschancen dagegen durch zwei Typen von Kadern: durch besonders humane wie ein Dorfvorsteher, der den Verschleppten 1975 nur vier Stunden Arbeit pro Tag auferlegte[486], oder anderen, die Kranken oder Erschöpften Ruhepausen gönnten, Ehemänner ihre Frauen besuchen ließen oder die grundsätzlich verbotene, aber überlebensnotwendige »Selbstversorgung« geflissentlich übersahen. Für das Überleben ebenso wichtig waren andererseits korrupte Figuren, die gegen eine teure Armbanduhr oder eine Goldmünze dafür sorgten, daß man den Aufenthaltsort oder die Arbeitsbrigade wechseln oder eine Zeitlang sogar ein Leben am Rande der strikten Überwachung führen konnte.[487] Die fortschreitende Zentralisierung des Regimes schränkte die Spielräume für Toleranz allerdings immer mehr ein, und die human gesinnten Kader - sie galten als Schwächlinge oder waren der Korruption verdächtig - wurden im

Zuge der Säuberungen immer mehr durch jüngere, besonders linientreue und vor allem hartgesottene ersetzt.

Die Todesraten variierten schließlich auch in zeitlicher Hinsicht. Wegen ihrer kurzen Dauer und der regionalen Unterschiede läßt sich die Herrschaft der Roten Khmer nicht in deutlich abgegrenzten Perioden einteilen. Auch wüteten Terror und Hunger ständig und fast überall. Lediglich die Intensität variierte, was sich auf die Überlebenschancen aber entscheidend auswirkte. Die Augenzeugenberichte liefern immerhin ausreichend Material, um das Martyrium des kambodschanischen Volkes auch chronologisch nachzuzeichnen. Die ersten Monate der Herrschaft kennzeichneten Massaker, die sich gegen bestimmte gesellschaftliche Gruppen richteten und denen die anfängliche Gutgläubigkeit der »75er« Vorschub leistete. Dagegen spielte die Lebensmittelknappheit bis zum Herbst keine entscheidende Rolle. Die Familien durften ihre Mahlzeiten in den Kantinen noch gemeinsam einnehmen.[488] Zwischen Ende Mai und Oktober 1975 ordnete die Parteizentrale mehrfach die Einstellung der Massaker an. Bei diesen Befehlen machten sich wohl letzte Spuren vom Einfluß gemäßigter Führer bemerkbar, doch dürfte es vor allem auch darum gegangen sein, die Vorherrschaft der Zentrale über die allzu selbständig gewordenen Führungsspitzen in den Zonen deutlich zu machen. Das Morden wurde zwar nicht ganz gestoppt, doch vollzog es sich langsamer: Dem Bankier Komphot zufolge, der sich als Vertriebener in der Zone Nord aufhielt, wurden »die Menschen einzeln getötet - es gab keine großen Massaker. An die Reihe kam zunächst ein Dutzend ›Neuer‹, die verdächtigt wurden, sie seien Soldaten oder ähnliches gewesen. Während der ersten beiden Jahre wurden ungefähr zehn Neue umgebracht, einer nach dem anderen und mit ihren Kindern. Wie viele es insgesamt waren, weiß ich nicht.«[489]

1976 war offenbar ein Jahr schreckliche Hungers. Die größenwahnsinnigen landwirtschaftlichen Entwicklungsprojekte wurden unter Hochdruck vorangetrieben. Sie banden einen Großteil der aktiven Bevölkerung, während zum Bestellen der Felder Arbeitskräfte fehlten. Trotzdem fiel die erste Ernte 1976 (Dezember/Januar) nicht allzu schlecht aus, so daß die Situation zumindest in der ersten Jahreshälfte stabil blieb. Dabei wurde aber nur mit Mühe die Hälfte der durchschnittlichen Erträge aus den sechziger Jahren erzielt.[490] Das Jahr 1977 markierte für die Schreckensherrschaft einen ersten traurigen Höhepunkt: eine verheerende Hungersnot, aber auch neue Säuberungswellen[491], diesmal anderer Art als 1975: Stärker machtpolitisch (oft als Folge innerparteilicher Flügelkämpfe) und ethnisch motiviert, wurden sie auch systematischer betrieben: Nach den Lehrern richteten sie sich gegen neue gesellschaftliche Gruppen, vor allem gegen die reichen und mittelständischen Bauern aus dem »Basisvolk«.[492] Auch die Brutalität nahm zu: Während schon 1975 bei der Hinrichtung der republikanischen Offiziere die Liquidierung von Frauen und Kindern vorgeschrieben gewesen war, wurden jetzt auch die Frauen von Männern festgenommen und getötet, die bereits

(oft lange zuvor) exekutiert worden waren. Die Ausrottung ganzer Familien, ja Dörfer - wie das des Ex-Präsidenten Lon Nol (350 Familien) am 17. April 1977 zur Feier des Jahrestages der »Befreiung« - stellte keine Ausnahme mehr dar.[493] Über die Situation 1978 scheiden sich die Geister: Nach Sliwinski soll sich die schwierige Ernährungslage dank besserer Ernten und einer größeren Flexibilität der Führung spürbar verbessert haben. Nach Twining, der eher durch Zeitzeugen bestätigt wird, hätten die Trockenheit und der Krieg zu einer bislang noch nicht dagewesenen Hungersnot geführt.[494] Sicher ist immerhin, daß die Schlächtereien, von denen immer mehr Bevölkerungsgruppen betroffen waren (auch »Alte« und vor allem die Zone Ost) einzigartige Ausmaße annahmen.

Der alltägliche Tod unter Pol Pot

»Im Demokratischen Kampuchea gab es keine Gefängnisse, keine Gerichte, keine Universitäten, keine Gymnasien, kein Geld, keine Post, keine Bücher, keinen Sport, keine Unterhaltung... Bei einem Vierundzwanzigstundentag wurde keine Ausfallzeit geduldet. Der Alltag war so eingeteilt: zwölf Stunden körperliche Arbeit, zwei Stunden zum Essen, drei Stunden Ruhe und Erziehung, sieben Stunden Schlaf. Wir lebten in einem riesigen Konzentrationslager. Es herrschte der Zustand der Rechtlosigkeit. Über jeden Akt unseres Lebens entschied Angkar.[495] [...] Die Roten Khmer benutzten oft Gleichnisse, um ihre widersprüchlichen Handlungen und Befehle zu begründen. Sie verglichen das Individuum mit einem Ochsen: ›Ihr seht den Ochsen, der den Karren zieht. Er frißt, wo man ihm zu fressen gibt. Läßt man ihn auf einem Feld weiden, frißt er dort. Führt man ihn auf ein anderes Feld, wo nicht genug Gras wächst, weidet er trotzdem dort. Er kann sich nicht frei bewegen. Er steht unter Aufsicht. Und wenn man ihn den Karren ziehen heißt, zieht er den Karren. Er denkt niemals an seine Frau, an seine Kinder...‹«[496]

Bei allen Überlebenden hat das Demokratische Kampuchea derlei Erinnerungen an Entfremdung, Orientierungslosigkeit und Werteverfall hinterlassen. Die Menschen waren in eine andere Welt eingetreten, und wer überleben wollte, mußte sich an die Spielregeln halten. Die erste bestand darin, daß ein Menschenleben keinerlei Wert hatte: »Wenn du umkommst, ist es kein Verlust. Wenn du am Leben bleibst, bringt es keinen Nutzen.« Diese Schreckensformel zieht sich wie ein Roter Faden durch die Berichte der Überlebenden.[497] Die Kambodschaner durchschritten eine Hölle, in die einige schon 1973 eingetreten waren: In den »befreiten« Gebieten in der Zone Südwest hatten die Roten Khmer schon damals den buddhistischen Kult abgeschafft, die Jugendlichen aus ihren Familien gerissen, den Uniformzwang eingeführt und die Menschen in Arbeitsbrigaden gesteckt. Von den zahllosen Möglichkeiten, wie man dabei umkommen konnte, soll im folgenden die Rede sein.

Strahlende Zukunft, Sklaverei, Hunger

Zunächst einmal mußten die Menschen mit ihrem neuen Leben zurechtkommen, das - zumindest für »75er« - so hart war wie das von Arbeitstieren oder Kriegssklaven[498] (auch eine Tradition aus Angkor...). In den Dörfern wurde man vom Alten Volk desto besser aufgenommen, je gesünder man aussah und je weniger »unnütze Esser« man mitbrachte.[499] Die Neuankömmlinge wurden Zug um Zug ausgeplündert: Bei der Evakuierung durch Soldaten der Roten Khmer und auf dem Land durch Kader und »Alte«: ein Päckchen Reis (250 Gramm) erzielte während der schlimmsten Hungersnot auf dem Schwarzmarkt einen Spitzenpreis von 100 Dollar.[500] Die Menschen mußten sich mit dem Verlust aller Errungenschaften eines zivilisierten Lebens abfinden: Es gab keine Schule, keine Bewegungsfreiheit, keinen legalen Handel, keine wirksame medizinische Betreuung, keine Religion und keine Bücher. Statt dessen regelte eine strenge Disziplin selbst die Kleidung (ein langärmeliger schwarzer Anzug mit Knöpfen bis zum Hals) und das alltägliche Verhalten (untersagt waren der Austausch von Zärtlichkeiten, Streit, Beschimpfungen, Klagen und Tränen). Jeder Anweisung war blind zu gehorchen, jede der endlosen politischen Versammlungen (mit aufmerksamer Mine) zu besuchen. Auf Befehl mußte gejubelt, geklatscht und Kritik an anderen oder Selbstkritik geübt werden... In der Verfassung des Demokratischen Kampuchea von 1976 stand das Recht auf Arbeit opportunerweise an erster Stelle: das Neue Volk kannte nichts anderes. Keineswegs überraschend kennzeichnet eine Selbstmordwelle die erste Zeit der Herrschaft. Wer von seinen Angehörigen getrennt worden war, wer seiner Familie nicht mehr zur Last fallen wollte oder wer Reichtümer verloren hatte, nutzte oft diesen letzten Ausweg.

Die Integration der »75er« wurde oft erschwert durch die schlechten Voraussetzungen für deren Aufnahme (falls von einer solchen die Rede sein kann). Ein großer Teil landete in lebensfeindlichen Regionen, vor allem im Herbst 1975. Für die Arbeit standen nur primitive Werkzeuge zur Verfügung. Technische Hilfsmittel oder eine praktische Einweisung gab es nicht. Die Essensrationen reichten niemals aus, und wer sich ungeschickt anstellte, wurde streng bestraft. Selbst Behinderte galten als »Drückeberger« und Nichtsnutze und wurden als solche aus dem Weg geräumt.

Ohne besonders engen Familienanschluß war an eine Integration nicht zu denken. Wechselnde Einsätze in den Arbeitsbrigaden und immer weitere Zwangsumsiedlungen gaben ein Gefühl des völligen Ausgeliefertseins an die Willkür eines anonymen Machtapparates. Dies erklärt die Fluchtversuche besonders Mutiger, die sich ein Stück Rationalität, Berechenbarkeit oder Humanität zurückerobern wollten. Ihre Unternehmungen waren oft glatter Selbstmord: Zumeist ohne Kompaß und Karte[501], oft in der Regenzeit, um eine Verfolgung und Entdeckung zu erschweren, und körperlich geschwächt, machten sie sich auf den Weg. Die meisten kamen auch dann um,

wenn sie keiner Patrouille in die Hände fielen, die mit jedem Flüchtling sofort kurzen Prozeß machen mußte. Trotzdem waren Fluchtversuche sehr häufig, auch deshalb, weil wegen der geringen Anzahl an Soldaten und Kadern schärfere Kontrollen nicht möglich waren.[502]

Das herrschende System mutete den Neuankömmlingen bei der Eingewöhnung gewaltige Strapazen zu - ohne Gelegenheit zur Erholung. Offenbar waren die Verantwortlichen überzeugt, die angepeilte »strahlende Zukunft« liege zum Greifen nahe vor ihnen, am Ende des Vierjahresplanes (1977-1980), den Pol Pot im August 1976 vorgestellt hatte. Vorgesehen war eine massive Ausweitung der Produktion und des Exportes landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die einzige erkennbare Ressource des Landes. Auf diese Art sollte Kapital angehäuft werden, das dann zur Industrialisierung der Landwirtschaft, zum Aufbau einer diversifizierten Leicht- und etwas später einer gewaltigen Schwerindustrie eingesetzt würde.[503] Die Modernismusträume gründeten sich seltsamerweise auf einen Mythos der Vergangenheit: Angkor. »Da unser Volk zur Errichtung Angkors fähig war, ist ihm alles möglich«, verkündete Pol Pot am 27. September 1977 in der langen Rede, in der er zugleich offiziell bekannt gab, daß sich hinter Angkar die Kommunistische Partei Kampucheas verbarg.[504] Eine weitere Rechtfertigung für die Willkürherrschaft der Roten Khmer war der »ruhmreiche 17. April«, der die Überlegenheit der armen Bauern Kambodschas über die erste Macht des Imperialismus demonstriert habe.

Geradezu aberwitzig war in diesem Zusammenhang der Aufruf an die Bevölkerung, Anstrengungen zu unternehmen, um die Erträge mit allen Mitteln auf »drei Tonnen pro Hektar«[505] Reisfeld zu steigern: 1970 waren es gerade knapp eine Tonne gewesen. Nicht minder unrealistisch war die geplante Verdreifachung der Reisanbauflächen in der reichen nordwestlichen Zone. Konkret bedeutete dieses Ziel umfangreiche Rodungen und die Anlage eines gewaltigen Bewässerungssystems[506]: Sehr rasch sollten zwei und schließlich drei Reisernten pro Jahr eingefahren werden. Der Anbau aller anderen Erzeugnisse wurde Nebensache. Zu den Anstrengungen, die von der »Armee der Arbeit«, den »Neuen«, hierfür unternommen werden müßten, lagen nicht einmal Schätzungen vor.[507] Die Umsetzung verzehrte die vitalsten Kräfte des Landes: Die kräftigsten Männer, die auf den Baustellen am begehrtesten waren, kamen als erste um.[508] Während der Arbeitstag gewöhnlich elf Stunden dauerte, wetteiferten die Dörfer (zum Ruhm der Kader) oft um immer höhere Leistungen, so daß die Arbeiter häufig um vier Uhr morgens aufstehen und bis um 22 oder 23 Uhr auf den Baustellen bleiben mußten.[509] Ein Ruhetag (er wurde oft ganz gestrichen) wurde gewöhnlich nur alle zehn Tage eingelegt.[510] Ausgefüllt wurde er mit einer der üblichen endlosen politischen Versammlungen. Obwohl die Arbeitszeiten unter normalen Umständen denen der traditionellen kambodschanischen Landwirtschaft entsprachen, lag der große Unterschied im fast völligen Fehlen von Entspannungsmöglichkeiten, Ruhepausen während der Arbeit und vor allem in der chronischen Unterernährung der Arbeiter.[511]

So strahlend die Zukunft sein mochte, die Gegenwart sah katastrophal düster aus. Schon im November 1976 schätzte die amerikanische Botschaft in Bangkok, gestützt auf Berichte von Flüchtlingen, daß die bebauten Flächen gegenüber der Zeit vor 1975 um 50% zurückgegangen seien.[512] Augenzeugen, die damals durch das Land reisten, sprachen von halb verlassenen Landstrichen und brachliegenden Feldern, Ergebnis der gewaltigen Abwanderung zu den Baustellen und Rodungsgebieten. Der Augenzeugenbericht von Laurence de Picq liest sich erschütternd:

Die Verödung des Landes

Auf beiden Seiten der Straße breiteten sich bis zum Horizont brachliegende Felder aus.

Vergeblich suchte ich die Gegend nach Bauern ab, die Reispflänzchen setzten. Nichts, erst nach Kilometern entdeckte ich einen kleinen Arbeitstrupp aus jungen Mädchen.

Wo waren die Hunderte junger Arbeitskräfte der mobilen Brigaden, von denen im Radio täglich die Rede war?

Stellenweise traf ich auf Gruppen von Männern und Frauen, die mit ausdrucksloser Mine und einem Bündel über der Schulter ihres Weges gingen. An ihren zerrissenen bunten Kleidern, engen Hosen oder zerfetzten Röcken erkannte man, daß es »Neue«, also vertriebene Stadtbewohner, waren.

Wie ich erfuhr, waren Mitte des Jahres weitere Umsiedlungen organisiert worden. Sie sollten notdürftig eine Lücke schließen, die durch die irrsinnige Politik einer »Verräterbande« entstanden sei.

Diese Städter waren zunächst in die benachteiligten südwestlichen Regionen verschickt worden und mußten dort angesichts völliger Mittellosigkeit die »Welt neu erfinden«. Derweil fehlten in den fruchtbaren Regionen die Arbeitskräfte. Während im ganzen Land Menschen verhungerten, wurde nur ein Fünftel des Ackerlandes bestellt!

Wo waren die Arbeitskräfte, die dieses Land früher kultiviert hatten? Viele Fragen blieben ohne Antwort.

Die mobilen Brigaden, die für ihre rastlose Arbeit bejubelt wurden, lebten unter erbärmlichen Bedingungen. Das Essen kam zu ihnen auf die Felder: Einige Windenblätter in kochendem Wasser, etwas Reis, ungefähr die Hälfte von dem, was wir in Phnom Penh bekommen hatten. Bei solchen Rationen war jede Anstrengung und folglich auch jede Produktion unmöglich. [...]

Ich sperrte die Augen auf. Das Schauspiel war entsetzlich: unbeschreibliches menschliches Elend, unsägliche Mißwirtschaft jämmerliches Chaos...

Als wir in rasantem Tempo weiterfuhren, lief uns ein Greis mit beiden Armen heftig winkend entgegen. Am Straßenrand lag eine junge Frau, wahrscheinlich krank. Der Fahrer wich aus und fuhr weiter, während der Alte mitten auf der Straße mit zum Himmel erhobenen Händen stehen blieb.[513]

Schon die wirtschaftlichen Pläne der KPK beinhalteten übermenschliche Anstrengungen durch die ausführenden Arbeiter. Hinzu kam ihre dilettantische Umsetzung durch die Ignoranz der Kader. Mit dem Bau eines gewaltigen Bewässerungssystems, der Eckstein des gesamten Vierjahresplanes, wurde faktisch die gesamte Gegenwart der Zukunft geopfert - wobei die Mehrzahl dieser Opfer völlig sinnlos war. Von den wenigen heute noch betriebenen Flußdeichen, Kanälen und Stauwehren abgesehen, kam es bei den Bauarbeiten zu zahllosen Pannen. Viele Deiche wurden beim ersten Hochwasser weggespült (wobei Hunderte von Arbeitern und Dorfbewohner ertranken), zahlreiche Kanäle leiteten das Wasser in die falsche Richtung und Staubecken füllten sich binnen Monaten mit Schlamm... Die wenigen Wasserbauingenieure unter den Arbeitern konnten ihre Empörung nur in sich hineinfressen: Kritik bedeutete einen Angriff auf Angkar - mit bekannten Konsequenzen... »Zum Bau von Staudämmen braucht ihr nichts anderes als politische Schulung«, predigte man den Sklavenarbeitern.[514] Für ihre Vorgesetzten, oft Analphabeten vom Land, galt nur ein technisches Prinzip: mit möglichst vielen Arbeitern bei möglichst hoher Arbeitsleistung möglichst viel Erde zu bewegen.

Neben dieser Verachtung für Technik und Facharbeiter ignorierten die Verantwortlichen auch allen gesunden Menschenverstand. Über den armen Bauern, die als Baustellenleiter und Ortsvorsteher fungierten, saßen zumeist städtische Intellektuelle, die die Aufgaben mit einem rationalistischen Formalismus, einer Vorliebe für Uniformität und dem Glauben an die eigene Unfehlbarkeit angingen. So der Befehl, die meisten kleinen Dämme zwischen den Reisfeldern einzuebnen und überall Felder mit einer vorschriftsmäßige Normgröße von einem Hektar zu schaffen.[515] Zudem wurde der zeitliche Ablauf der Bewirtschaftung für die einzelnen Regionen zentral festgelegt - ohne Rücksicht auf lokale ökologische Gegebenheiten.[516] Da die Steigerung der Reisproduktion das einzige Erfolgskriterium darstellte, ließen einige Kader alle Bäume, auch Obstbäume, fällen. Damit verloren räuberische Spatzen einen Unterschlupf - und die hungernde Bevölkerung eine Nahrungsquelle.[5,7] Während die gesamte Natur einer Nivellierung unterworfen wurde, erfuhren die Arbeitskräfte eine ins Groteske übersteigerte Unterteilung und Spezialisierung: Während jede Altersstufe gesondert »mobilisiert« wurde[518] (die 7- 14-jährigen, die 14-jährigen bis zu den Verheirateten, die Alten, usf.), entstanden immer weitere Sonderkommandos für besondere Aufgaben. Und die Kader, die in der Ferne im Nimbus der Allmacht agierten, beschränkten sich auf Befehle, denen blind zu gehorchen war.

Der Hunger, der jahrelang an Millionen von Kambodschanern nagte, wurde auch bewußt dazu eingesetzt, die Massen gefügig zu halten. So schreckte die eigene körperliche Schwäche und das Fehlen von Lebensmittelreserven viele vor einer Flucht ab. Der dauernde Gedanke an Nahrung erstickte eigenständiges Denken, Widerspruchshaltungen und selbst sexuelle

Regungen im Keim. Er zerstörte die Solidarität, auch zwischen Eltern und Kindern, und forderte so die seelische Abhängigkeit von der Partei. Die Erwartung einer verbesserten Versorgungslage verschaffte Zwangsumsiedlungen eine größere Akzeptanz, und der dauernde Hunger erleicherte den Gang zum Gemeinschaftsmahl in den Kantinen. Schon mit wenigen ausreichenden Mahlzeiten eroberte sich Angkar die Herzen, und keiner scheute sich, Nahrung aus einer Hand zu nehmen, an der soviel Blut klebte.[519]

Eine traurige Ironie: unter dem Regime, das in einer gewaltigen Mystifizierung alles dem Reisanbau opferte (ähnlich der Stahlproduktion in der UDSSR und dem Zuckeranbau auf Kuba) wurde dieses Grundnahrungsmittel zu einem immer knapperen Gut. Hatte Kambodscha seit den zwanziger Jahren mehrere hundert Tonnen Reis jährlich exportiert und die eigene Bevölkerung leidlich ernährt, so sahen viele Kambodschander nach Einführung der Gemeinschaftsverpflegung in Kantinen Anfang 1976 fast nur noch die dünne Reissuppe, bei der auf eine Person ungefähr vier Teelöffel Reis kamen.[520] Der Reisanbau warf stets nur spärliche bis katastrophal geringe Erträge ab. Die Rationen sanken binnen weniger Jahre dramatisch. Hatte ein Erwachsener vor 1975 in der Region Battambang nach Schätzungen noch ungefähr 400 Gramm Reis täglich verbraucht - die Untergrenze bei normaler körperlicher Anstrengung - so bedeutete es unter den Roten Khmer schon ein Festmahl - so die übereinstimmenden Augenzeugenberichte, wenn einem ein Päckchen Reis (250 Gramm) pro Person zur Verfügung stand. Bei stark schwankenden Rationenen konnte es durchaus vorkommen, daß sich fünf, sechs oder sogar acht Personen ein einziges Päckchen teilen mußten.[521]

Überlebenswichtige Bedeutung kam daher dem Schwarzmarkt zu, auf dem vor allem Reis getauscht wurde, den Kader von den Rationen nicht deklarierter Toter abgezweigt hatten. Ebenso wichtig war die individuelle Nahrungsbeschaffung, die im Prinzip verboten war - da Angkar das Wohl des Volkes im Auge hatte, mußten die Rationen ja ausreichend sein -, aber offiziell[522] oder halboffiziell geduldet wurde, sofern es sich nicht um »Diebstahl« handelte. Der verzweifelte Hunger der Menschen machte vor nichts halt, weder vor Kollektivbesitz (Reis vor oder bei der Ernte, Früchte) noch vor dem spärlichen Privateigentum (den Hühnerställen und Haustieren des Alten Volkes). Gegessen wurden Krabben, Frösche, Schnecken, Echsen und Schlangen aus den Reisfeldern sowie rote Ameisen, große Spinnen (roh), Pflanzenschößlinge, Pilze und Knollen aus dem Dschungel, wobei Verwechslungen oder unzulängliches Kochen[523] zahlreiche Todesfalle zur Folge hatten. In ihrer Verzweiflung gingen die Menschen bis zum äußersten: Sie machten den Schweinen die Kleie im Trog streitig[524] und verzehrten Ratten als Leckerbissen.[525] Die individuelle Nahrungsbeschaffung gab häufig Anlaß zu Strafmaßnahmen, die von einer Verwarnung bis zur Hinrichtung reichten. Letztere traf vor allem Hungernde, die sich allzu massiv an der Ernte vergriffen.[526]

Die chronische Unterernährung schwächte die Ab Wehrkräfte und förderte so alle möglichen Krankheiten (vor allem die Ruhr). Das Hungerödem, die schlimmste und häufigste Mangelerkrankung, wurde auch durch zuviel Salz in der täglichen Reissuppe begünstigt. Die Kranken fielen ins Koma und starben, ein relativ friedliches Ende, das manchen, vor allem den Greisen, als beneidenswert erschien.[527]

Die dramatische Zunahme von Krankheiten - mitunter war fast die gesamte Dorfgemeinschaft betroffen[528] - rührte die Roten Khmer im allgemeinen wenig. Im Gegenteil: Der Kranke war dafür verantwortlich, wenn »Angkar eine Arbeitskraft verlor«.[529] Wer darniederlag, machte sich als Simulant verdächtig. Wer nicht weiterarbeiten konnte, wurde in eine Krankenstation oder ein Hospital eingewiesen, wo ihn neben der Halbierung der Lebensmittelration ein hohes Infektionsrisiko erwartete. Sicher zu Recht schreibt Henri Locard, »die Hospitäler [seien] eher Einrichtungen zur Beseitigung der Bevölkerung als zu deren Genesung« gewesen[530]: Pin Yathay verlor in einem Hospital binnen Wochen vier Familienmitglieder. Fünfzehn Jugendliche, die sich an Windpocken angesteckt hatten, mußten ohne medizinische Betreuung weiterarbeiten und trotz eiternder Wunden weiterhin auf dem nackten Boden schlafen: Ein einziger der Gruppe überlebte.

Von der Zerstörung der Werte zur Barbarei

Hunger kann den Menschen bekanntlich zum Tier machen. Auf sich selbst zurückgeworfen, kann er keinen anderen Gedanken mehr fassen als den an das Überleben. Wie sonst lassen sich die sporadischen Fälle von Kannibalismus erklären? Dieser war in Kambodscha allerdings seltener als in China zur Zeit des Großen Sprungs, und er beschränkte sich anscheinend auf den Verzehr von Toten. Pin Yathay führt zwei konkrete Beispiele an: eine ehemalige Lehrerin, die Leichenteile seiner Schwester verspeiste, und mehrere Insassen eines Hospitals, die sich das Fleisch eines jungen Verstorbenen teilten. In beiden Fällen wurden die »Menschenfresser« (in der Tradition der Khmer ein schrecklicher Dämon) hingerichtet, wobei die Lehrerin vor der versammelten Dorfgemeinschaft (und ihrer kleinen Tochter) zu Tode geprügelt wurde.[531] Kannibalismus als Rache war wie in China ebenfalls bekannt: Ly Heng[532] berichtet von einem desertierten Soldaten der Roten Khmer, der vor der Hinrichtung seine Ohren essen mußte. Öfter genannt wird der Verzehr von menschlicher Leber, was allerdings keine Besonderheit der Roten Khmer war: Zwischen 1970 und 1975 verspeisten gelegentlich republikanische Soldaten die Lebern ihrer Gefangenen. Ähnliche kannibalische Bräuche finden sich in Südostasien überall.[533] Haing Ngor[534] berichtet aus einem Gefängnis, einer ermordeten Schwangeren seien der Fötus, die Leber und die Brüste herausgeschnitten worden. Der Fötus wurde weggeworfen (weitere trockneten an Stricken am Rand des Gefängniszeltes) und die Leichenteile mit der Bemerkung mitgenommen, jetzt hätte man »für den Abend genug

Fleisch«. Ken Khun berichtet vom Chef einer Kooperativen, der aus menschlichen Gallenblasen[535] ein Augenheilmittel hergestellt (und unter die Leute gebracht) sowie den Geschmack menschlicher Leber gelobt[536] habe. Man kann sich fragen, ob dieser Kannibalismus nicht den Extremfall eines allgemeineren Phänomens darstellt: den Zusammenbruch aller Werte, eine vollständige moralische und kulturelle Orientierungslosigkeit, die jedes Mitleid, die Kardinaltugend des Buddhismus, unmöglich macht. Gerade darin lag das Paradox der Herrschaft der Roten Khmer: Mit dem Anspruch, eine Gesellschaft der Gleichheit, der Gerechtigkeit, der Brüderlichkeit und des Altruismus errichten zu wollen, erreichten sie wie alle kommunistischen Regime das Gegenteil: eine Herrschaft des Egoismus, der sozialen Kälte und der Willkür, in der einige alle und andere keine Macht besaßen. Um hier zu überleben, mußte man vor allem folgendes können: lügen, betrügen, stehlen und herzlos sein.

Das Vorbild kam gewissermaßen von ganz oben. Pol Pot ging 1963 in den Untergrund und unternahm auch nach dem 17. April 1975 nichts, um Kontakt zu seiner Familie aufzunehmen. Seine Schwägerin und seine beiden Brüder wurden folglich mit allen anderen deportiert, der eine kam bald darauf um. Die beiden Überlebenden erfuhren erst anhand eines offiziellen Porträtfotos von Pol Pots wahrer Identität, aber sie hielten es (wahrscheinlich zu Recht) für klüger, das Geheimnis ihrer verwandtschaftlichen Beziehungen zu dem Diktator niemals zu lüften.[537] Das Regime unternahm alles, um die Familienbande zu lösen oder zu zerreißen: Sie standen dem totalitären Machtanspruch Angkars im Wege, die darauf bedacht war, jedes Individuum in ausschließlicher Abhängigkeit von sich zu halten. Die Arbeitsbrigaden verfügten häufig über eigene, zuweilen nahe am Dorf gelegene »Räumlichkeiten« (oft nur Matten oder Hängematten), die nur in Ausnahmefällen verlassen werden durften: Auf diese Weise wurden Ehemänner für Wochen oder länger von ihren Frauen getrennt, Kinder den Eltern entzogen und Jugendliche ein halbes Jahr ohne jeden Kontakt[538] von der Familie ferngehalten. Es kam vor, daß man bei der Rückkehr niemanden mehr lebend antraf.[539] Auch hier hatte es Vorbildcharakter, daß Funktionärsehepaare oft voneinander getrennt lebten.[540] Und Mütter, die sich um ihre Kinder, selbst um kleine, besonders fürsorglich kümmerten, machten sich verdächtig.

Den Ehemännern wurde die Strafgewalt über ihre Frauen und den Eltern über ihre Kinder entzogen. Wer seine Frau ohrfeigte oder seine Kinder schlug, riskierte bei einer Anzeige die Hinrichtung, wer schimpfte oder stritt, konnte zu öffentlicher Selbstkritik gezwungen werden.[541] Hinter diesen Verboten standen freilich keine humanitären Erwägungen: Es ging einzig und allein darum, der Partei das unumschränkte Gewaltmonopol zu sichern und alle anderen Autoritätsbeziehungen zu eliminieren. Entsprechend wurden familiären Empfindungen nur Verachtung entgegengebracht: Oft wurden Angehörige für immer auseinandergerissen, wenn sie nicht auf dem gleichen Lastwagen Platz hatten oder wenn die Karren bei den Depor-

tationen auf unterschiedlichen Routen weiterfahren mußten. Wenn Greise oder Kinder plötzlich mutterseelenallein dasaßen, wurden sie von zynischen Kadern beschwichtigt: »Macht euch keine Sorgen. Angkar kümmert sich schon um euch. Vertraut ihr Angkar etwa nicht?«[542]

Als ein weiterer Angriff auf den Zusammenhalt der Familie wurde die traditionelle Leichenverbrennung durch Erdbestattungen abgelöst (bei besonders humanen Kadern konnte man eine Ausnahme erbetteln): Einen Leichnam in der Kälte, im Schlamm oder ohne die Bestattungsriten (sie waren nicht vorgesehen) zurückzulassen bedeutete für den traditionsbewußten Khmer, dem Verstorbenen den elementaren Respekt schuldig zu bleiben. Seine Wiedergeburt stand in Frage, möglicherweise irrte er als böser Geist umher. Gerade in der Zeit der dauernden Wanderschaft war es den Menschen wichtig, wenigstens etwas Asche von einem verstorbenen Angehörigen mitzunehmen. Bei der Maßnahme handelte es sich um den Eckpfeiler einer Politik, die auf die systematische Zerstörung des reichen Kulturerbes der Khmer zielte, ob buddhistisch oder vorbuddhistisch (die eher archaischen Riten der Khmer Loeu wurden ebensowenig respektiert wie die der Kultur Angkors), ob volkstümlich (Liebeslieder, Scherze) oder in Kunstform (höfische Tänze, Tempelmalereien, Skulpturen...). Der Vierjahresplan von 1976, zu dem vermutlich die chinesische Kulturrevolution das Vorbild lieferte, ließ keine anderen künstlerischen Ausdrucksformen zu als revolutionäre Lieder und Gedichte.[543]

Die Mißachtung des Totenkultes war im übrigen nur die konsequente Fortsetzung einer Politik, die den Lebenden jede Würde absprach. »Ich bin kein Mensch, ich bin ein Tier«, schließt der ehemalige Parteiführer und Minister Hu Nim sein »Geständnis«.[544] Unter den Roten Khmer war ein Mensch nicht mehr wert als ein Tier. Wer einen Ochsen entlaufen ließ, riskierte die Hinrichtung, wer einen schlug, dem drohten Foltern bis zum Tod.[545] Menschen wurden neben Kühen vor den Karren gespannt, und wenn sie nicht im gleichen Schritt mitzogen, gnadenlos vorangepeitscht.[546] So wenig war ein Menschenleben wert... »Du hast individualistische Neigungen. [...] Du mußt [...] dich von deinen Gefühlen trennen«, entgegnete ein Soldat der Roten Khmer Pin Yathay, als er verlangte, seinen verletzten Sohn bei sich zu behalten. Als er, selbst krank, den Toten wenige Tage später noch einmal sehen wollte, erhielt er die Erlaubnis nur unter der Bedingung, daß er seine »Kräfte für Angkar schone«. Später verweigerten ihm die Roten Khmer einen Besuch bei seiner kranken Frau im Hospital unter dem Vorwand, »Angkar [kümmere] sich schon um sie«. Als er nach einer schwerkranken Nachbarin und ihren beiden kleinen Kindern sah, handelte er sich eine Abmahnung ein: »Es ist nicht deine Pflicht, ihr zu helfen. Das beweist vielmehr nur, daß du noch immer zuviel Mitleid, zu-viele freundschaftliche Gefühle hast. Auf diese Gefühle mußt du verzichten, dir die individuellen Neigungen aus dem Kopf schlagen. Geh jetzt nach Hause.«[547]

Diese systematische Verleugnung aller humanitären Werte hatte für die Machthaber eine Kehrseite: Ihre Opfer logen hemmungslos, drückten sich, wo sie konnten, und stahlen alles irgendwie Eßbare - eine Frage von Leben und Tod angesichts der von Angkar zugebilligten Lebensmittelrationen: Alle machten sich des Diebstahls schuldig, von den Kinder bis zu den Alten, worunter nach staatlicher Definition auch das heimliche Pflücken von Früchten fiel - ein teuflisches Dilemma, bei dem die Menschen vor der Wahl standen, zu stehlen und zu betrügen oder zu verhungern: Die *Entzivilisierung* dieser Zeit sorgt noch heute, vor allem unter Jugendlichen, für einen Zynismus und Egoismus, der Kambodschas Entwicklungschancen auf lange Zeit gefährdet.

Der Triumph der Brutalität

Ein weiterer unauflösbarer Widerspruch des Systems: Während die Führungsclique von den Untertanen im Leben und Denken absolute Transparenz verlangte, umgab sie sich selbst mit einer besonderen Geheimhaltung. Unter kommunistischen Regimen einzigartig, wurde die Existenz der KPK erst am 27. September 1977, also drei Monate nach dem 17. April, offiziell bekanntgegeben. Eines der bestgehütetsten Geheimnisse war die Persönlichkeit Pol Pots. Seinen ersten öffentlichen Auftritt hatte er bei den »Wahlen« vom März 1976 als »Arbeiter einer Kautschukplantage«. In Wahrheit hatte er dort ebensowenig gearbeitet wie auf »dem Bauernhof seiner Eltern«, was während seines Staatsbesuchs in Nordkorea im Oktober 1977 in einem Lebenslauf verbreitet wurde. Erst westliche Geheimdienste kamen seiner wahren Identität auf die Spur: Hinter Pol Pot verbarg sich Saloth Sar, ein militanter Kommunist, der 1963 aus Phnom Penh geflohen war. Funktionären der KPK zufolge sollte er anschließend »im Maquis umgekommen« sein. Pol Pots Bestreben, seine Allmacht ganz aus dem dunkel heraus auszuüben, ging so weit, daß er weder eine Biographie veröffentlichen ließ, noch die Anfertigung von Büsten oder von offiziellen Porträts erlaubte. Nur selten tauchte eine Fotografie auf, und Textsammlungen erschienen überhaupt nicht. Das Fehlen jedes Personenkultes ging so weit, daß viele Kambodschaner von der Identität ihres Premierministers erst nach Januar 1979 erfuhren.[548] Pol Pot und Angkar gingen ganz ineinander auf: Als der Anonymste einer anonymen Organisation schien er selbst im kleinsten Dorf präsent, selbst im unbedeutendsten Vertreter der Autorität verkörpert zu sein. Das Nichtwissen um seine Person war die Mutter allen Schreckens: Niemand konnte sich zu irgendeinem Zeitpunkt in Sicherheit wiegen.

Undurchschaubarkeit versus Transparenz: Die Sklaven des Systems hatten alle Selbstbestimmung verloren, ihr Dasein wurde beherrscht vom Zwang zu rastloser Arbeit, von ständigem Hunger und von den häufigen Versammlungen mit Kritik und Selbstkritik, bei denen jedem die kleinste Verfehlung zum Verhängnis werden konnte. Ihre Vergangenheit wurde akri-



Martwa Droga, die Straße des Todes. 1949 ordnete Stalin den Beginn von Bauarbeiten für eine Eisenbahnlinie im nördlichen Polarkreis an, die Salechard mit Igarka verbinden sollte. »Vorwärts zum Kommunismus«, verkündet das Spruchband *(oben)*. Nach dem Tod des Diktators wird das Bauvorhaben aufgegeben. Die »Lokomotive der Geschichte«, die den gepanzerten Zug Trotzkis und später die Waggons der Deportierten zog, endet schließlich im Nichts *(unten)*.

© Tomasz Kizny/Vu

bisch durchleuchtet[549], bei leisesten Zweifeln an den Angaben die »Wahrheit« mit Folter ans Tageslicht gebracht. Sie waren auf Gedeih und Verderb Denunziationen ausgeliefert, einer Zufallsbegegnung mit einem ehemaligen Kollegen, einem Nachbarn oder Studenten... Das Leben hing an einem seidenen Faden, den der Moloch des Systems jeden Augenblick durchtrennen konnte. Nichts durfte dem Blick der Staatsgewalt, die »so viele Augen wie eine Ananas« hatte - so ein gängiger Slogan - verborgen bleiben. Da jede Lebensäußerung politische Bedeutung hatte, galt der kleinste Verstoß gegen geltende Regeln als Akt der Auflehnung, also als »konterrevolutionäres Verbrechen«. Jede kleine Verfehlung, selbst ein Versehen, mußte unterbleiben: in der paranoiden Logik der Roten Khmer (die Verräter saßen ja angeblich überall) gab es keine Irrtümer, keine Zufälle oder Ungeschicklichkeiten, sondern immer nur »Verrat«. Wer ein Glas zerbrach, einen Wasserbüffel nicht im Griff hatte oder Furchen schräg zog, mußte sich vor der Kooperative verantworten, die über ihn - und seine Eltern und Freunde - zu Gericht saß. An Anklägern fehlte es nicht. Wer sein Leben verlor - als gerecht bestrafter Verräter oder als Weichling, der Angkar seine Arbeitskraft entzogen hatten -, durfte nicht mehr erwähnt werden. Das Wort »Tod« wurde tabuisiert, wurde abgelöst vom Ausdruck *bat kluon,* dem »verschwindenden Körper«.

Die Schwachstelle im System lag dagegen im Fehlen jedes richterlichen Apparates - auch für Haftbefehle (es gab nie einen Prozeß) - und vor allem eines Polizeiapparates, der diesen Namen verdient hätte. Die innere Sicherheit oblag vielmehr der Armee, die auf eine solche Aufgabe kaum vorbereitet war. Die rudimentäre Organisation des repressiven Apparates läßt auf die Leichtigkeit schließen, mit der schwarz gehandelt, privat geredet oder gestohlen wurde... Gleichzeitig erklärt er auch den massiven Einsatz von Kindern und Jugendlichen zur Unterstützung der Polizei. Die einen, sogenannte *Chhlop,* waren in den Apparat der Roten Khmer integriert und dienten vor allem als Spitzel, indem sie beispielsweise, unter Pfahlbauten versteckt, »konspirative« Gespräche belauschten und verbotene Privatvorräte aufspürten. Die anderen, oft jüngeren, hatten zumeist die Gesinnung ihrer Eltern und Geschwister auszuspionieren und jedes Abweichlertum »zum eigenen Wohl« anzuzeigen. Den Kambodschanern war grundsätzlich alles nicht ausdrücklich Erlaubte verboten. Da Gefängnisstrafen Todesurteilen gleichkamen, galten kleinere Vergehen bei Ersttätern bei spontaner und überzeugender Selbstkritik als gesühnt oder wurden mit einem neuen Arbeitseinsatz (zum Beispiel - nach chinesischer Art - im Schweinestall) bestraft. An der Tagesordnung waren zudem mehr oder weniger heftige Prügel, die gewöhnlich am Ende der Versammlungen verabreicht wurden. Gründe gab es zuhauf. Wie sollten die Mitglieder einer Familie beispielsweise damit fertigwerden, daß sie sich monatelang nicht sahen, obwohl sie nur wenige Kilometer voneinander entfernt arbeiteten? Wie waren Fehler bei der Arbeit zu vermeiden, wenn Erfahrung fehlte, nach anstrengenden Einsätzen die

Konzentration nachließ oder mit abgenutztem Werkzeug gearbeitet werden mußte? Wie sollte man bei quälendem Hunger der Verlockung widerstehen, Lebensmittel abzuzweigen oder heimlich eine Banane zu pflücken? Sogar Mundraub war Diebstahl.

Alle diese »Verbrechen« konnten mit Gefängnis und Tod bestraft werden.[550] Da *alle* sie begingen, wurde allerdings meistens maßvoll gestraft, was relativ zu verstehen ist: Eine alltägliche Strafe waren Peitschenhiebe, vor allem bei Jugendlichen, während Erwachsene offenbar eher verprügelt und mitunter totgeschlagen wurden. Als Vollstrecker dienten zuweilen Soldaten der Roten Khmer, häufiger aber Leidensgenossen beim Arbeitseinsatz, »75er«, die oft desto härter zuschlugen, je mehr sie sich selbst in Bedrängnis sahen. Und wie immer galt es vollständige Unterwerfung unter das System zu demonstrieren: Jammergeschrei oder, schlimmer noch, Protest war ein Zeichen der Auflehnung gegen die Strafe und damit das Regime. Neben der körperlichen Züchtigung dienten die Strafen auch dem Terror: Scheinhinrichtungen waren nicht selten.[551]

Mord als Herrschaftsmethode

»Für das Land, das wir aufbauen, genügen eine Million Revolutionäre. Den Rest brauchen wir nicht. Lieber schlachten wir zehn Freunde, als daß wir einen Feind am Leben lassen«, verkündeten die Roten Khmer auf den Versammlungen der Kooperativen.[552] Diese völkermordende Logik setzten sie in die Tat um. Ein gewaltsamer Tod gehörte unter Pol Pot zum Alltag. So starben mehr Menschen durch Gewalteinwirkung als an Krankheiten oder Altersgebrechen. Die Vollstreckung der »Höchststrafe« wurde angesichts ihrer Häufigkeit und der Geringfügigkeit der Schuld zum banalen Akt. Doch wanderten - perverse Verkehrung der Verhältnisse - die schlimmsten »Verbrecher« ins Gefängnis (was allerdings nur einen Aufschub bedeutete), wo aus ihnen weitere Geständnisse und Namen von Mitverschworenen herausgepreßt wurden. Trotz der sorgsamen Verschleierung - als Mysterium erschien es noch furchtbarer - wurde das System der Unterdrückung von einigen in Ansätzen durchschaut: »Vielleicht gab es zwei parallele Unrechtssysteme. Ein System der Inhaftierung als integraler Bestandteil der Bürokratie, das sich [durch erzwungene Denunziationen] selbst am Leben hielt und rechtfertigte; und ein weiteres, eher informelles, das den Leitern der Kooperativen das Recht gab, selbst Recht zu schaffen. Für die Gefangenen war das Ergebnis letztlich dasselbe.«[553] Henri Locard bestätigt diese These.[554] Hinzuzufügen bleibt eine dritte Art der physischen Vernichtung, die in den letzten Jahren der Herrschaft offenbar in den Vordergrund rückte: die »militärische Säuberung«, die an die Niederschlagung der royalistisch-klerikalen Bauernerhebung in der Vendee (1793-1795) gegen die Französische Revolution erinnert: Die Truppen der Parteizentrale metzelten eine gesamte lokale Führungsspitze, ein ganzes verdächtiges Dorf oder - wie in der Zone Ost - die

gesamte Bevölkerung einer Region nieder. Und stets fehlten klar formulierte Vorwürfe, die Möglichkeit zur Verteidigung und Auskünfte über den Verbleib der Opfer an Angehörige oder Mitglieder der Arbeitseinheit: »Angkar tötet, aber erklärt nie«, so ein geflügeltes Wort, das unter der Bevölkerung die Runde machte.[555]

Eine Liste der Delikte, die mit dem Tod bestraft wurden, ist schwer zu erstellen: Das Problem liegt darin, daß es praktisch *keine* Verfehlung gab, die nicht den Kopf kosten konnte: Unter den Funktionären der Roten Khmer galt es geradezu als Beweis für politische Intelligenz, wenn man geringste Unregelmäßigkeiten als Kapitalverbrechen auszulegen wußte. Wir beschränken uns deshalb auf eine Nennung der wichtigsten Gründe für eine Hinrichtung, beginnend mit den häufigsten. »Diebstahl« von Lebensmitteln stand auf der Liste ganz oben. Da das Regime in einer Mystifizierung alle Kräfte auf den Reisanbau konzentrierte, wundert es nicht, daß Todesurteile massiv bei illegalem »Stoppeln«, heimlichem Auflesen von Reiskörnern in Speichern oder beim Sammeln von Reis in der Küche verhängt wurden. Die Ertappten wurden oft an Ort und Stelle mit dem Griff einer Hacke erschlagen und als abschreckendes Beispiel liegengelassen.[556] Die Chancen, mit einigen Prügeln davonzukommen, standen dagegen beim Diebstahl von Obst oder Gemüse nicht schlecht. Trotzdem verlor eine hungernde stillende Mutter wegen einiger Bananen ihr Leben.[557] Jugendliche, die in Obstgärten Mundraub begingen, wurden von Kameraden (die sich fügen mußten) abgeurteilt und auf der Stelle mit einer Kugel in den Kopf hingerichtet: »Wir zitterten. Uns wurde gesagt, das sei uns eine Lehre.«[558] Seltener waren heimliche Schlachtungen: Trotzdem konnte nachlässig bewachtes Geflügel oder anderes Vieh leicht abhanden kommen. Das beengte Zusammenleben machte zwar Diebstähle größerer Tiere fast unmöglich, aber es kam vor, daß eine ganze Familie wegen der illegalen Schlachtung eines Kalbs hingerichtet wurde.[559]

Gefährlich waren auch nicht genehmigte Besuche bei Familienangehörigen, selbst wenn sie nur kurz dauerten, denn sie galten als Desertion. Sein Leben riskierte man allerdings anscheinend nur als Wiederholungstäter - außer beim besonders gravierenden Verbrechen, seine Arbeit im Stich zu lassen. Überhaupt wurde übertriebene Zuneigung zu Angehörigen nicht gern gesehen, und sich mit ihnen oder anderen zu streiten, konnte einen ebenfalls das Leben kosten (im allgemeinen auch nur im Wiederholungsfall). Angesichts äußerster Sittenstrenge - Männer sollten beispielsweise von Frauen, die nicht zur Familie gehörten, beim Sprechen drei Meter Abstand halten - wurden Sexualkontakte außerhalb der Ehe systematisch mit dem Tod bestraft: Die Strafe traf nicht nur Jungverliebte, sondern auch zahlreiche Kader, die auf diese Art »strauchelten«.[560] Ein weiteres Kapitalverbrechen war Alkoholkonsum[561] (im allgemeinen vergorener Palmsaft). Dies betraf allerdings vor allem Funktionäre und »Alte«, denn »Neue« hatten genug damit zu tun, unter Lebensgefahr Nahrungsmittel zu organisieren. Reli-

giöse Praktiken, obgleich verpönt, blieben straflos, sofern sie diskret und vollkommen individuell vollzogen wurden (Buddhisten war dies möglich, Muslimen dagegen kaum). Tranceritуale konnten dagegen mit dem Tod bestraft werden.[562] Selbstverständlich hatte jede Art der Auflehnung tödliche Folgen. Nutzten vor allem anfangs einige die angebliche Redefreiheit auf den Versammlungen dazu, die unzureichende Versorgung mit Lebensmitteln und Kleidung zu kritisieren, so »verschwanden« diese Kritiker sehr bald von der Bildfläche - ebenso die deportierten Lehrer, die im November 1975 gegen den Hunger eine Protestkundgebung organisierten, die allerdings nicht offen unterdrückt wurde.[563] Wer sich »defätistisch« äußerte, dem Regime den Untergang wünschte (oder, wie viele 1978, Sehnsucht nach einem Sieg der Vietnamesen äußerte), oder auch nur über Hunger klagte, mußte mit dem Schlimmsten rechnen. Die *Chblop* hatten den Auftrag, entsprechende Äußerungen zu registrieren und sie zuweilen zu provozieren.

Wer seine Aufgabe aus irgendeinem Grund nicht erfüllte, geriet in größte Gefahr. Sogar unvermeidliche Fehler und Mißgeschicke konnten einem zum Verhängnis werden. Diesem absoluten Erfolgszwang fielen vor allem Behinderte, Invaliden und psychisch Kranke zum Opfer: Sie galten als Versager und Saboteure, als unnützer als die Masse der »Neuen«. Selbstverständlich dem Tod geweiht waren sämtliche Kriegsversehrten der republikanischen Armee. Besonders gefährdet waren jene, die die Ge- und Verbote nicht begriffen und umsetzen konnten: Ein Geistesgestörter, der einen Maniokschößling mitnahm oder in wirren Worten Unbehagen ausdrückte, wurde im allgemeinen getötet.[564] Die Kommunisten der Khmer hatten ihr eigenes Euthanasieprogramm...

Obwohl die allgegenwärtige Gewalt im Demokratischen Kampuchea erschreckende Dimensionen annahm, zeichnete sich der Terror für viele gerade durch seine Unsichtbarkeit aus: Weniger das Schauspiel des Todes als das tagtägliche mysteriöse Verschwinden von Menschen verbreitete Angst und Schrecken: Fast immer kam der Tod lautlos und heimlich. Von dieser diskreten Art der Hinrichtung wurde später eine Verbindungslinie zu der unbeirrbaren Freundlichkeit der Soldaten und Funktionäre der KPK gezogen: »Ihre Worte blieben herzlich, sehr sanft, selbst in den schrecklichsten Momenten. Nicht einmal beim Morden legten sie die Höflichkeit ab. Mit freundlichen Worten verhängten sie ein Todesurteil. [...] Sie waren zu allen Versprechungen fähig, nur um unser Mißtrauen zu beschwichtigen. Ich wußte, ihre sanftmütigen Worte begleiteten Verbrechen oder gingen ihnen voran. Die Roten Khmer waren zu jeder Gelegenheit höflich, auch wenn sie sich anschickten, uns wie Vieh abzuschlachten.«[565] Nach einer ersten Erklärung war ihre Freundlichkeit Taktik: Nach Yathay sei es darum gegangen, die Verhafteten zu überrumpeln und Weigerungen oder Auflehnung zu vermeiden: Eine zweite Erklärung ist kultureller Art: Selbstbeherrschung hat im Buddhismus einen großen Stellenwert. Wer Gefühle zeigt, verliert sein Gesicht. Eine dritte Erklärung ist politischer Art: Wie in den besseren Tagen des chinesischen

Kommunismus (vor der Kulturrevolution) soll hinter der gelassenen Freundlichkeit die unerschütterliche Rationalität einer Partei demonstriert werden, die weder momentanen Gefühlsregungen noch individuellen Impulsen nachgibt und deshalb als Führung jeder Situation gewachsen ist. Daß die Hinrichtungen in aller Stille durchgeführt wurden, sei ein hinreichender Beweis dafür, daß sie weitgehend von der Zentrale aus koordiniert wurden: Ausbrüche primitiver, spontaner Gewalt, zum Beispiel bei Pogromen, vollziehen sich gewöhnlich unter den Augen der Öffentlichkeit. Unter Pol Pot wurde man dagegen an einem Spätnachmittag oder eines Nachts von Soldaten abgeholt - zu einer » Befragung«, einem »Studienkurs« oder zum üblichen »Arbeitsdienst« im Dschungel. Oft banden sie ihrem Opfer die Ellenbogen hinter dem Rücken aneinander, was dann das Ende bedeutete. Manchmal wurde später im Dschungel eine unbestattete Leiche gefunden, - vielleicht um mehr Schrecken zu verbreiten -, allerdings nicht immer identifizierbar. Heute weiß man, daß ganz Kambodscha mit Leichengruben übersät ist - über 1000 in den Provinzen, in denen die Untersuchungen abgeschlossen sind, insgesamt um 20 000.[566] Die ständig wiederholte finstere Drohung der Roten Khmer, man werde als »Dünger für [die] Reisfelder«[567] dienen, wurde häufig in die Tat umgesetzt: »Sie töteten unablässig Männer und Frauen und nutzten sie zur Düngung. Sie verscharrten sie in Massengräbern überall in unseren Feldern, vor allem in Maniokfeldern. Wenn man eine Maniokknolle aus dem Boden zog, haftete an ihr oft ein menschliches Stirnbein - die Wurzeln waren in die Augenhöhlen eingewachsen.«[568] Einige Machthaber glaubten anscheinend, nichts sei besser zum Dünger geeignet als menschliche Überreste.[569] Ebenso kann man in dieser Methode der Leichenbeseitigung die letzte Konsequenz einer Sicht sehen, die dem »Klassenfeind« alles Menschliche abspricht und die deshalb zu einer Art Kannibalismus (der Kader) führt.

Die Barbarei des Systems offenbarte sich auch bei der Hinrichtung der Opfer. Um Kugeln zu sparen, aber oft auch aus reinem Sadismus[570] waren Erschießungen eher selten: Nach Sliwinskis Untersuchung[571] machten sie nur 29% der Hinrichtungen aus. Dagegen wurden 53 % der Opfer der Schädel eingeschlagen (mit einer Eisenstange, einem Spatenstiel und manchmal einer Hacke), 6% wurden aufgehängt oder (mit einem Plastiksack) erstickt, 5% erdrosselt oder totgeschlagen. Alle Augenzeugenberichte bestätigen, daß nur ungefähr 2% der Morde in der Öffentlichkeit ausgeführt wurden, darunter eine große Anzahl von Hinrichtungen mit exemplarischem Charakter an entmachteten Kadern, wobei besonders barbarische Methoden angewandt wurden. Der Feuertod (eine Art Reinigungsritus?) spielte dabei offenbar eine große Rolle: Die Opfer wurden in eine Grube gesteckt und diese bis zur Brust mit glühenden Kohlen aufgefüllt[572] oder die Köpfe mit Petroleum Übergossen und angezündet.[573]

Der kambodschanische Gulag

Im Demokratischen Kampuchea gab es im Prinzip keine Gefängnisse. So verkündete Pol Pot im August 1978: »Wir haben keine Gefängnisse und benutzen nicht einmal das Wort ›Gefängnis‹. Schädliche Elemente werden produktiven Aufgaben zugeführt.«[574] Die Roten Khmer verwiesen mit Stolz auf die Abschaffung der Gefängnisse als Bruch mit der politischen Vergangenheit und der religiösen Tradition: Gefängnishaft komme einem Aufschub der Strafe gleich und entspreche deshalb der buddhistischen Lehre vom Karma, wonach sich Sünden erst im nächsten Leben auswirken: Von nun an werde sofort gestraft...[575] Dagegen gab es »Umerziehungslager« *(munty operum),* die mitunter auch »Distriktpolizeizentren« hießen. Die ehemaligen Kerker der Kolonialzeit, deren Insassen mit der übrigen Stadtbevölkerung evakuiert wurden, blieben im übrigen leer, außer in Provinzstädten, wo in winzigen Zellen bis zu dreißig Häftlinge zusammengepfercht wurden. Als Ersatz dienten häufig Schulgebäude - sie wurden ja nicht mehr benötigt -, zuweilen auch Tempel.[576]

In der Tat hatten diese Gefängnisse mit üblichen Haftanstalten oder Zuchthäusern nichts gemein. Die Haftbedingungen waren unbeschreiblich: Mit Hungerrationen (zuweilen ein Päckchen Reis für 40 Personen)[577], ohne medizinische Versorgung und bei einer katastrophalen Überbelegung blieben die Gefangenen - Frauen und »leichtere« Straftäter an einem, Männer an zwei Fußgelenken, die Ellenbogen zuweilen hinter dem Rücken zusammengebunden - ständig an einer Eisenstange *(khnoh)* am Boden angekettet. Es gab weder Toiletten noch Waschgelegenheiten... Die mittlere Lebenserwartung der Häftlinge wurde auf drei Monate geschätzt, wobei nur wenige überlebten.[578] Einer, der dieser Hölle entronnen war, wußte sein Gefängnis in der Zone West zu schätzen: »Nur die Hälfte der Gefangenen, ja weniger, wurden getötet.«[579] Offenbar hatte er das Glück, schon Ende 1975 inhaftiert worden zu sein; zu diesem Zeitpunkt war - wie vor dem 17. April - an eine Freilassung noch zu denken: Bis 1976 wurden 20-30% der Gefangenen wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Funktion der Umerziehung (hauptsächlich durch Zwangsarbeit), das Kernstück der chinesisch-vietnamesischen Rehabilitierung, wurde damals mitunter noch ernstgenommen: Die Beamten des ehemaligen Regimes und sogar Soldaten hatten bei guter Führung und harter Arbeit gewisse Chancen, mit dem Leben davonzukommen, sogar noch zu Beginn der Deportationen.[580] Die Terminologie blieb danach bestehen (die Inhaftierung wurde oft als Vorladung zu einem »Studienkurs« verschleiert; der Ausdruck in Khmer entstand nach dem Chinesischen *xuexi),* aber die Bedeutung ging vollständig verloren. Daß der erzieherische Anspruch praktisch aufgegeben wurde (außer in dem von Y Phandara beschriebenen Lager Bung Tra Bek für kambodschanische Rückkehrer aus dem Ausland, mehrheitlich Studenten), belegt beispielsweise die Vorschrift einer lokalen Parteiführung, Kinder unabhängig vom Alter mit ihren Müttern zu-

sammenzusperren, »um alle auf einmal loszuwerden«.[581] Die Regelung war eine Umsetzung der Devise: »Wenn man Unkraut herausreißt, muß man alle Wurzeln mit herausziehen«[582], eine radikale Konsequenz der von fanatischen Maoisten gerne verfochtenen These von der »Erblichkeit der Klassenzugehörigkeit«. Die inhaftierten Kinder, die zwar nicht angekettet wurden, aber auch keinerlei Versorgung erhielten, erwartete ein trauriges Schicksal. Noch schlimmer war das Los der kleinen »Straftäter«, die ohne Altersgrenze nach unten hinter Gitter kamen.

Kinder in einem Bezirksgefängnis

Besonders erschütterte uns das Schicksal von zwanzig kleinen Kindern, vor allem von Deportierten nach dem 17. April 1975. Die Kinder hatten aus Hunger gestohlen. Man hatte sie nicht inhaftiert, um sie zu bestrafen, sondern um sie auf grausame Weise zu töten:

- Die Gefängniswärter schlugen oder traten sie solange, bis sie schließlich starben.
- Sie mißbrauchten sie als lebende Spielzeuge, banden sie an den Füßen aneinander, hängten sie am Dach auf und schwangen sie hin und her. Dann versuchten sie sie mit Tritten wieder zum Stillstand zu bringen.
- Nahe dem Gefängnis lag ein Tümpel. Die Mörder warfen die kleinen Gefangenen hinein, stießen sie mit den Füßen unter Wasser, und wenn sie sich zu winden begannen, ließen sie ihre Köpfe wieder auftauchen. Dann begann das Spiel von vorn.

Wir, die anderen Gefangenen und ich, weinten im stillen über das Schicksal dieser armen Kinder, die auf so schreckliche Weise aus der Welt geschieden waren. Im Gefängnis dienten acht solcher Folterknechte als Wärter. Bun, der Chef, und Lan (ich erinnere mich nur an diese beiden), waren die blutrünstigsten, aber alle haben sich an diesem abscheulichen Treiben beteiligt, alle haben darin gewetteifert, ihre Mitmenschen grausam zu quälen.[583]

In der Hauptsache gab es zwei Kategorien von Gefangenen: Solche, die, wenn man so sagen darf, auf kleiner Flamme geschmort wurden, und die anderen, die gleich hingerichtet wurden. Zu welcher Gruppe man gehörte, hing vor allem vom Grund der Inhaftierung ab: Übertretungen von Verboten, die Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe, offenkundige Abneigung gegen das Regime oder die mutmaßliche Teilnahme an einem »Komplott«. In den drei letzten Fällen erwartete einen im allgemeinen ein Verhör: entweder sollte man die Zugehörigkeit zu einer verdächtigen Berufsgruppe zugeben oder die Beteiligung an einem Komplott gestehen und Namen von Mitverschworenen preisgeben. Beim geringsten Zögern wurde die Folter eingesetzt, häufiger als unter jedem anderen kommunistischen Regime. Die Folterknechte der Roten Khmer stellten bei ihrem perversen Treiben erstaunlich viel Phantasie unter Beweis.[584] Als sehr geläufige Methode wurde

dem Opfer eine Plastiktüte über den Kopf gestülpt, so daß es fast erstickte. Zahlreiche geschwächte Gefangene überlebten diese Verhöre nicht, vor allem Frauen, bei denen besonders grausame Verfahren angewandt wurden. Die Folterer rechtfertigten ihre Methoden mit der angeblich effizienteren Wahrheitsfindung. So heißt es im Bericht zu einem Verhör, der Gefangene sei »sanft, ohne Schläge, befragt worden. So konnten wir nicht wissen, ob er die Wahrheit sagte oder nicht.«[585] In besonders gravierenden Fällen oder wenn mit Blick auf weitere Anklagen vielversprechende Geständnisse zu erwarten waren, wanderte der Gefangene in einen Kerker auf höherer Ebene: aus dem örtlichen Gefängnis ins Bezirksgefängnis, das Gefängnis einer Zone oder sogar in das zentrale Tuol-Sleng-Gefängnis. Das Ergebnis war jedoch auf allen Ebene meistens das gleiche: Wenn aus dem Gefangenen keine weiteren Informationen herauszupressen waren (dazu nahmen sich die Verhörenden oft Wochen, ja Monate Zeit), wurde er hingerichtet. Die Vollstreckung erfolgte oft mit Hieb- und Stichwaffen, zuweilen gab es lokale Besonderheiten wie in Tramkak, wo dem Opfer mit einer Eisenstange der Hals abgequetscht wurde. Dröhnende Revolutionsmusik aus Lautsprechern übertönte gegebenenfalls Todesschreie.

Die Gründe für eine Inhaftierung ähnelten den Anlässen, wegen denen man in den Kooperativen bestraft oder getötet wurde, allerdings mit einer anderen Gewichtung. Wer wegen Diebstahls im Gefängnis saß, hatte ihn im allgemeinen im großen Stil und mit Komplizen begangen. Viele wurden wegen außerehelicher Sexualkontakte und noch mehr wegen »subversiver« Bemerkungen inhaftiert: wegen Kritik an der ungerechten Lebensmittelverteilung, am sinkenden Lebensstandard oder an der ideologischen Abhängigkeit von China, abfällige Äußerungen gegen die Propaganda, die die Landwirtschaft als permanante militärische Offensive feierte, Scherze über die Revolutionshymne, die Verbreitung von Gerüchten über die antikommunistische Guerilla oder Wiedergabe von buddhistischen Prophezeiungen, die dem Chaos des Atheismus den Untergang voraussagten. Inhaftiert wurde beispielsweise auch eine »70erin«, die in der Kantine aus Wut einen Löffel zerbrochen hatte, weil ihr die Erlaubnis zu einem Besuch bei ihrem sterbenden letzten Kind (vier waren schon verhungert) im Krankenhaus verweigert worden war. Neben diesen politischen »Straftätern« gab es auch soziale Delinquenten, die beispielsweise ihren früheren Beruf verleugnet oder kompromittierende Abschnitte ihrer Biographie (so ein längerer Aufenthalt im westlichen Ausland) verschwiegen hatten. Eine weitere Besonderheit des Kreises der Inhaftierten lag schließlich darin, daß sich unter ihnen auch eine stattliche Anzahl (dennoch eine Minderheit) von Personen aus dem Alten Volk sowie Soldaten und Funktionäre der Roten Khmer befanden: 10 % nach einer Stichprobe (46 von 477 Akten) im Gefängnis von Tramkak. Auch sie hatten sich abfällig über das System geäußert oder galten wegen einem Besuch bei Angehörigen als »Deserteure«. Rangmittlere oder -höhere Funktionäre wurden meistens direkt an die Parteizentrale und ihr Tuol-Sleng-Gefängnis überstellt.

Das Grauen überleben

Weil ich das Verbrechen begangen hatte, Englisch zu sprechen, wurde ich von den Roten Khmer verhaftet und - mit einem Strick um den Hals, hinkend und taumelnd - ins Gefängnis von Kach Roteh bei Battambang geschleppt. Das war nur der Anfang. Ich wurde mit sämtlichen anderen Gefangenen zusammengekettet, die Eisen schnitten mir ins Fleisch. Noch heute habe ich Narben an den Knöcheln. Monatelang wurde ich immer wieder gefoltert. Erleichterung hatte ich nur, wenn ich das Bewußtsein verlor.

Jede Nacht polterten die Wachen herein und riefen die Namen von einem, zwei oder drei Gefangenen. Sie wurden abgeführt, und man sah sie nie wieder - sie wurden auf Befehl der Roten Khmer getötet. Meines Wissens bin ich einer der wenigen Gefangenen, die Kach Roteh, ein regelrechtes Folter- und Vernichtungslager, überlebt haben. Ich bin nur deshalb davongekommen, weil ich den Jugendlichen und Kindern, die unsere Wärter waren, Fabeln von Äsop und die klassischen Tiermärchen der Khmer erzählen konnte.[586]

Ein Besuch in dem ehemaligen Gymnasium, das im Organisationsplan der KPK unter dem Decknamen S-21 auftauchte, gibt noch immer eine Ahnung vom einstigen Schrecken. Dabei handelt es sich nur um eines von Hunderten von Internierungszentren, das trotz seiner 20 000 Toten nicht unbedingt das entsetzlichste war. Überall herrschten die gleichen schrecklichen Haftbedingungen. Nur 2 % der Ermordeten und vielleicht 5 % der Inhaftierten durchliefen das Tuol-Sleng-Gefängnis, dem somit keineswegs eine so zentrale Bedeutung zukam wie Auschwitz unter den Konzentrationslagern der Nazis. Keine der dort angewandten Foltermethoden war für das Gefängnis typisch, höchstens der häufige Einsatz von Elektroschocks. Dennoch war das Tuol Sleng etwas Besonderes: als »Gefängnis des Zentralkommitees« landeten in ihm zum einen vornehmlich in Ungnade gefallene Kader und entmachtete Parteiführer, zum anderen war es eine Art »Schwarzes Loch«, in dem fast alle für immer verschwanden. Nur sechs oder sieben Gefangene kamen lebend aus ihm heraus. Die letzte Besonderheit liegt in seiner akribischen Buchführung: ein komplettes Register der Zugänge von 1975 bis Mitte 1978 (14000 Namen), und vor allem mehrere tausend detaillierte Geständnisse und Verhörprotokolle, von denen einige Regimegrößen betreffen.[587]

Ungefähr vier Fünftel der Gefangenen waren Rote Khmer. 1978 wurden dort auch Arbeiter und Techniker, vor allem chinesischer Abstammung, inhaftiert, ebenso einige Ausländer (zumeist Seeleute), die das Pech hatten, dem Regime in die Hände zu fallen.[588] Dauerhaft wurden 1000 bis 1500 Gefangene gezählt - bei starker Fluktuation, wie die kontinuierlich steigenden Zahlen der Neuzugänge (sie entsprechen ungefähr den Todesopfern eines Jahres) zeigen: knapp 200 im Jahre 1975, 2250 im Jahre 1976, 6330 im Jahre 1977 und 5765 allein im ersten Halbjahr 1978. Die verhörenden Roten

Khmer steckten in einer Zwickmühle: »Wir halten die Folter für absolut notwendig«, heißt es in einem Notizbuch, aber andererseits verhinderten vorzeitige Todesfälle weitere »Geständnisse«, was eine »Niederlage der Partei« bedeutete. Daher das Paradox, daß gerade ein Gefängnis, dessen Insassen generell zum Tod verurteilt waren, über ein Minimum an medizinischer Versorgung verfügte.[589] Unproblematische Gefangene waren die Frauen und Kinder der (oft bereits hingerichteten) Inhaftierten. Sie wurden rasch zu einem festgesetzten Zeitpunkt beseitigt. Am 1. Juli 1977 wurden beispielsweise 114 Frauen (darunter 90 Ehefrauen von Hingerichteten) ermordet. Am nächsten Tag kamen die 21 Söhne und 43 Töchter der Gefangenen an die Reihe. Fünfzehn waren zuvor aus einem Kinderheim abgeholt worden. Einen Höhepunkt erreichten die Hinrichtungen eines einzigen Tages kurz nach Bekanntgabe der Existenz der KPK: 418 am 15. Oktober 1971.[590] Nach einer Schätzung wurden im S-21 1200 Kinder ermordet.[591]

Die Ursachen des Wahnsinns

Wie bei anderen Massenmorden des Jahrhunderts gerät man angesichts dieser Barbarei in Versuchung, eine *ultima ratio* für all diese Verbrechen im Wahnsinn eines Einzeltäters und in der begeisterten Verblendung eines ganzen Volkes zu suchen. Auch wenn es an der Verantwortung eines Pol Pot nichts ändert: Daß es zu diesen Grauen kommen konnte, hat auch mit der nationalen Geschichte Kambodschas, mit dem internationalen Kommmunismus und mit dem Einfluß bestimmter Länder (angefangen mit China) zu tun. Unabhängig davon, zu welchen Greueln die Roten Khmer fähig waren, ihre Diktatur muß auch als Ergebnis dieser drei Faktoren und vor ihrem geographischen und zeitgeschichtlichen Hintergrund gesehen werden.

Eine Besonderheit der Khmer?

»Die Khmer-Revolution ist beispiellos. Was wir zu verwirklichen versuchen, ist in der vergangenen Geschichte noch nie vollbracht worden.«[592] Die Roten Khmer, die sich von ihren vietnamesischen Schutzherren emanzipiert hatten, beriefen sich immer wieder auf die Einzigartigkeit ihres gesellschaftlichen Experimentes. Das Ausland findet in offiziellen Reden fast niemals Erwähnung, höchstens im Negativen, so wie auch die Gründerväter des Marxismus-Leninismus und selbst Mao Zedong kaum zitiert werden. Der Nationalismus der Roten Khmer erinnert seltsam an den ihrer Vorgänger Sihanouk und Lon Nol: eine fanatische Leidensideologie, vermischt mit Größenwahn; ein geknechtetes Land, stets unterdrückt von perfiden, grausamen Nachbarn, die erbittert seine Zerstörung betreiben, als hänge ihr Überleben davon ab, vor allem Vietnam; zugleich ein Schlaraffenland, gesegnet von den Göttern, mit einer ruhmreichen Vergangenheit und einem einzigartigen

Volk, dem auf Erden eine Führungsrolle beschieden wäre, wenn nur...[593] Die Siegesgewißheit war grenzenlos: »Wir sind dabei, eine einzigartige Revolution zu verwirklichen. Kennen Sie ein einziges Land, das, wie wir, es wagte, die Märkte und das Geld abzuschaffen? Wir überflügeln die Chinesen, unsere Bewunderer, bei weitem. Sie versuchen uns nachzueifern, aber es gelingt ihnen noch nicht. Wir werden zum Vorbild für die ganze Welt«, so ein intellektueller Funktionär mit Auslandserfahrung.[594] Noch nach dem Verlust der Macht betrachtete Pol Pot den 17. April 1975 als das größte Ereignis der Geschichte, »mit Ausnahme der Pariser Commune von 1871«.[595]

Anders die nüchterne Realität: Kambodscha war ein kleines, allzu lange auf sich selbst bezogenes Land, das unter der Schutzmacht der Franzosen zu einem Hort feudalistischer Traditionen geworden war, in dem sich verschiedene Clans fast ständig um die Macht stritten. Dabei schreckten sie nicht davor zurück, an ausländische Hilfe zu appellieren. Die Frage einer wirtschaftlichen Entwicklung des Landes stellte sich offenbar keiner: Es gab wenig Unternehmen, eine dünne Mittelschicht, kaum Fachkräfte und im Agrarsektor fast nur Subsistenzwirtschaft. Kurzum, Kambodscha war der »kranke Mann« Südostasiens.[596] Mangelnder Realitätssinn fördert den Gedanken an radikale Lösungen. So leistete die Kombination aus dem fast paranoiden Mißtrauen gegenüber dem Ausland und der völligen Überschätzung der eigenen Möglichkeiten einer Ideologie Vorschub, die das Heil in der Rückbesinnung auf die eigenen Kräfte und in der Abschottung nach außen sucht. Die wirtschaftliche Schwäche und die Armut eines Großteils der Bevölkerung ließ diejenigen als attraktive Führer erscheinen, die sich als Wegbereiter eines möglichen Fortschritts präsentierten. Kambodscha war wirtschaftlich wie politisch also ein »schwaches Glied in der Kette«. Die weltpolitische Lage, genauer der Vietnamkrieg, sorgten für alles übrige. So hatte die Barbarei der Roten Khmer ihre Ursprünge im ungelösten Widerspruch zwischen einem maßlosen nationalistischen Ehrgeiz und den Zwängen der nüchternen Realität.

Auch gehen einige Autoren davon aus, daß gewisse Eigenarten der kambodschanischen Nation den Terror der Roten Khmer gefördert haben. Eine zwiespältige Rolle spielte der Buddhismus: Zwar laufen dessen Gleichgültigkeit gegenüber sozialen Gegensätzen und der Verweis auf ein künftiges Dasein als Abgeltung für Verdienst und Schuld des gegenwärtigen der revolutionären Vision zuwider. Andererseits entspricht dessen individualismusfeindliche Haltung ganz der Ausmerzung des »Ich« unter den Roten Khmer. Zudem führt der begrenzte Wert einer Existenzform im Strudel der Wiedergeburten zu einem Fatalismus, der den Widerstand gläubiger Buddhisten angesichts des Machtmißbrauchs entscheidend geschwächt hat.[597]

Eine alte Frau sagte Haing Ngor, der bei der Befreiung aus dem Gefängnis elend aussah, schließlich ins Gesicht, was alle dachten:

»Samnang, vielleicht haben Sie in Ihrem früheren Leben etwas besonders Schlimmes getan. Vielleicht sind Sie dafür bestraft worden.«

»Ja, das wird es sein. Ich glaube, mein *Kamam* ist nicht besonders gut!«[599] Obwohl der Buddhismus gewaltsam unterdrückt wurde, setzte er den Roten Khmer sicher nicht soviel Widerstand entgegen wie der Islam der Cham.

Im Spiegel der Gegenwart erscheint die Vergangenheit oft in einem anderen Licht. Auch wenn es nicht darum geht, feststehende Fakten auf »nordkoreanische Art« zurechtzubiegen, verändert sich im Rückblick doch deren Wertigkeit und Deutung. So hatte das scheinbar friedliche Kambodscha Sihanouks, diese Insel der Neutralität inmitten der Kriege Indochinas, zur Überbetonung des »Khmer-Lächelns« geführt: das der Apsaras auf den Reliefs von Angkor, das der gütigen Monarchen und der Kleinbauern, die fast mühelos Reis und Palmzucker ernteten und Fische fingen. Dagegen lenken die Wirren der letzten drei Jahrzehnte unsere Aufmerksamkeit auf die Schattenseiten dieser Kultur: Auch wenn Angkor zweifellos eine kulturelle Meisterleistung[600] darstellt, so zeigen seine kilometerlangen Flachreliefs in der großen Mehrheit doch Kriegsszenen.[601] Zur Errichtung der gewaltigen Bauten und der Anlage der noch größeren Wasserspeicher *(baray)* war der massive Einsatz deportierter Sklavenarbeiter nötig.

Obwohl aus der Periode von Angkor (8.-14. Jahrhundert) nur wenige schriftliche Zeugnisse erhalten sind, diente dieser Khmer-Staat den anderen hinduistisch-buddhistischen Monarchien auf der südostasiatischen Halbinsel (Thailand, Laos, Birma...) als Vorbild. Ihre Geschichte, durch die sich ebenfalls eine Blutspur zieht, ähnelt der Kambodschas. Überall ließen Herrscher verstoßene Konkubinen von Elefanten zertreten, begannen sie ihre Herrschaft mit Blutbädern in der eigenen Familie und ließen sie ganze Völkerschaften in Wüstengebiete deportieren. Der Absolutismus war in diesen Kulturen so tief verwurzelt, daß jeder Protest einem Sakrileg gleichkam. Der aufgeklärte Despot hielt sich zurück, denn angesichts einer schwachen Verwaltung konnte die Situation rasch eskalieren. Andererseits war die Akzeptanz der Bevölkerung besonders groß: Im Gegensatz zur chinesischen Welt lehnte sie sich nur selten gegen die Monarchie auf, weil eine Lösung eher in einer Flucht in andere (nahe gelegene) Staaten oder in entlegene Gebiete gesucht wurde.[602]

Die Herrschaft Sihanouks (seit 1941, auch wenn das französische Protektorat bis 1953 bestehen blieb) erscheint fast idyllisch gemessen an dem, was auf seinen Sturz im März 1970 folgte. Dennoch schreckte auch der Prinz vor übermäßiger Gewaltanwendung nicht zurück, vor allem gegen die linke Opposition. Beunruhigt über die wachsende Popularität der Prokommunisten, die die Korruption des Machtapparates geißelten, wirkte er 1959/60 aktiv oder zumindest duldend an der Ermordung des Chefredakteurs der Zeitung *Pracheachun* (Das Volk) mit und ließ den künftigen Führer der Roten Khmer, Khieu Samphan, damals Leiter der zweiwöchentlich erscheinenden französischsprachigen Zeitung *L 'Observateur,* auf offener Straße zusammenschlagen. Im August 1960 wurden 18 Oppositionelle der Linken verhaf-

tet und deren wichtigste Presseorgane verboten. Und unter bis heute geheimnisvollen Umständen wurde 1962 - vermutlich durch die Geheimpolizei -der Generalsekretär der im Untergrund agierenden KPK, Tou Samouth, ermordet, was Saloth Sar den Weg für die Übernahme der Parteiführung ebnete. 1967 lösten der Aufstand von Samlaut und Einflüsse der Kulturrevolution über einige chinesische Schulen die bislang größte Welle der Repression aus, der zahlreiche Menschen zum Opfer fielen: Die letzten öffentlich agierenden Kommunisten schlössen sich mit ungefähr hundert Intellektuellen der bewaffneten Untergrundbewegung der Roten Khmer an.[603] Muß man vor diesem Hintergrund Henri Locard recht geben, der schreibt: »Die Gewalttätigkeiten unter Pol Pot fanden ihren Ursprung in der Repression unter Sihanouk«?[604] Man muß, sofern man den zeitlichen Ablauf der Ereignisse meint: Der fürstliche Autokrat und ab 1970 der wirklichkeitsfremde Marschall Lon Nol hatten alle Kritiker ihres unfähigen Regimes zum Schweigen gebracht, so daß als einzig glaubwürdige Opposition die KPK übrigblieb. Locards Satz gilt dagegen nicht auf genealogischer Ebene: Das ideologische Fundament und die eigentlichen Ziele der Roten Khmer entstanden nicht als *Reaktion,* sie stehen vielmehr in der »großen Tradition«, die vom Leninismus über Stalin zu Mao Zedong und Ho Chi Minh führt. Die schwierige Entwicklung Kambodschas nach der Unabhängigkeit und seine Verwicklung in den Krieg haben die Machtergreifung durch die Fanatiker der KPK *erleichtert* und ihren beispiellosen Einsatz von Gewalt *legitimiert.* Aber kein äußerer Umstand erklärt ihren Fanatismus als solchen.

1975: Ein radikaler Bruch

Die Ziele der kambodschanischen Revolution lassen sich leichter im negativen als im positiven formulieren. Tatsächlich kam sie einem kollektiven Rachebedürfnis entgegen, das ihr die wichtigste soziale Basis bescherte, wobei das Hauptanliegen einer Verbesserung der Lebensbedingungen durch die radikale Kollektivierung enttäuscht wurde. Dank der Revolution konnte die Landbevölkerung mit den Städtern abrechnen: Rasch nahmen die »Alten« die »Neuen« aus, sei es auf dem Schwarzmarkt oder auch nur durch den Diebstahl ihres Gepäcks.[605] In den Dörfern rechneten die armen Bauern mit den örtlichen »Kapitalisten« ab (diejenigen, die etwas verkaufen oder Arbeitskräfte beschäftigen konnten). Abgerechnet wurde aber auch und vielleicht vor allem im zwischenmenschlichen Bereich, in Beruf und Familie, wo die einstige Rangordnung auf den Kopf gestellt wurde. In Augenzeugenberichten ist immer wieder die Rede von Randexistenzen im Dorf, zum Beispiel von Alkoholikern, die auf lokaler Ebene in Führungspositionen gelangten: »Von Angkar rehabilitiert und mit Befehlsgewalt betraut, konnten sie ihre Landsleute ohne Reue, ohne Skrupel töten.«[606] Haing Ngor sieht in dieser Taktik die politische Absegnung des niedrigsten Zuges in der Volksseele der Khmer: *Kum,* ein tiefsitzendes Rachebedürfnis, gegen das selbst

die Zeit machtlos ist. So gehörten zu denen, die ihm am stärksten schadeten, eine Tante aus seinem Heimatdorf, die auf die Hilfe der Verwandten in der Stadt angewiesen gewesen war, und ein Krankenpfleger aus seinem früheren Hospital, der ihn ans Messer zu liefern versuchte; er wurde zum Leiter seiner Arbeitsbrigade befördert - eine Umkehrung der Hierarchie, unter der er einst gelitten hatte.[607] Die neuen Machtverhältnisse sorgten für eine Entladung von allerlei Spannungen, von denen nur wenige im engeren Sinne sozialer Art waren.

In einer Umwertung der Werte wurden Berufe mit geringem gesellschaftlichen Ansehen - etwa Koch (sogar Auskehrer der Kantine) oder Fischer -zu besonders begehrten Tätigkeiten, weil man so leichter unter der Hand an Lebensmittel herankam. Abschlußzeugnisse wurden dagegen zu »nutzlosen Fetzen Papier«. Wehe dem, der sich durch sie einen Vorteil verschaffen wollte. Bescheidenheit wurde zur Kardinaltugend: Unter den ins Land zurückgekehrten Funktionären war das »Toilettenschrubben seltsamerweise die begehrteste Tätigkeit [...] das Überwinden von Ekel war ein Beweis des inneren ideologischen Wandels«.[608] Angkar beanspruchte das Monopol auf alle emotionalen Bindungen, auch familiärer Art: In der Öffentlichkeit wurde die Organisation mit der Kollektivbezeichnung »Väter-Mütter« angeredet (womit Staat und Partei bei den Erwachsenen an die Stelle der Eltern traten, typisch für den asiatischen Kommunismus). Entsprechend wurde die Revolutionszeit nach 1975 als *samay pouk-me* (Ära der Väter-Mütter) bezeichnet. Militärführer waren »Großväter«.[609] Furcht und Haß bestimmten auf extreme Weise die Haltung gegenüber der Stadt: Das nach Lebensgenuß strebende kosmopolitische Phnom Penh war für die Roten Khmer die »Große Hure des Mekong«.[610] Eine Rechtfertigung für die Evakuierung der Hauptstadt lieferte auch ein angeblicher »politisch-militärischer Geheimplan der amerikanischen CIA und des Regimes Lon Nol [...], unsere Landsleute zu korrumpieren und ihren Kampfgeist nach der ›Befreiung‹ durch Mädchen, Alkohol und Geld zu schwächen«.[611]

Noch ernster als die Chinesen nahmen die kambodschanischen Revolutionäre den berühmten Ausspruch Maos: »Auf das weiße Blatt schreibt man die schönsten Gedichte.«[612] Entsprechend mußte allem abgeschworen werden, was über die Habe eines armen Bauern hinausging: Rückkehrern nach Kambodscha wurde fast das gesamte Gepäck abgenommen, auch sämtliche Bücher. Werke, die in »imperialistischer Schrift« - Englisch oder Französisch - oder in Khmer (Relikte der feudalistischen Kultur)[613] verfaßt waren, wurden vernichtet. Haing Ngor mußte sich von etwa zehnjährigen Kindersoldaten der Roten Khmer sagen lassen: »Mit den kapitalistischen Büchern ist jetzt Schluß! Die ausländischen Bücher sind Instrumente der alten Herrschaft, die das Land verraten hat. Wozu brauchst du Bücher? Bist du von der CIA? Keine ausländischen Bücher mehr unter Angkar!«[614] Entsprechend wurden auch sämtliche Abschlußzeugnisse, Ausweispapiere und sogar Fotoalben verbrannt[615]: Die Revolution galt als Neuanfang bei Null. Lo-

gischerweise wurde gepriesen, was noch keine Vergangenheit hatte: »Nur das Neugeborene ist ohne Makel«, lautete ein Slogan.[616] Die Ausbildung wurde auf das unterste Niveau abgesenkt: Der Schulunterricht, sofern er stattfand, beschränkte sich auf Kinder zwischen fünf und neun Jahren. Zuweilen nur eine Stunde am Tag lernten sie Schreiben und Lesen - und vor allem Revolutionslieder. Die Lehrer waren oft selbst kaum alphabetisiert. Allein praktische Kenntnisse zählten: Statt über das angeblich nutzlose Buchwissen verfügten die »Kinder aus den ländlichen Gebieten von jeher über sehr nützliche Kenntnisse. Sie können eine ruhige Kuh von einer unruhigen unterscheiden. Sie können vorwärts und rückwärts auf einem Büffel reiten. Sie beherrschen die Herden. Sie haben sich praktisch zu Herren über die Natur aufgeschwungen. Sie kennen die verschiedenen Sorten Reis wie ihre Westentaschen. [...] Sie wissen und begreifen tatsächlich [...] dieser Typ Wissen entspricht ganz der Realität der Nation.«[617]

Pol Pot oder die Herrschaft der Kinder... Alle Berichte von Zeitzeugen bestätigen, daß eine große Anzahl der Soldaten der Roten Khmer sehr jung waren. Sie wurden mit zwölf Jahren oder früher rekrutiert. Zu Sihanouks Leibgarde gehörten Kindersoldaten, die sich die Zeit mit dem Quälen von Katzen vertrieben.[618] Ly Heng schildert die letzte Rekrutierungskampagne - unmittelbar vor dem Einmarsch der Vietnamesen -, die auch auf »Neue« ausgedehnt wurde: Angeworben wurden Jungen und Mädchen im Alter zwischen 13 und 18 Jahren. Wegen des geringen Erfolgs wurden Jugendliche aus den mobilen Arbeitsbrigaden abgezogen und der Armee eingegliedert.[619] Junge Rekruten verloren jeden Kontakt zur Familie und gewöhnlich auch zu ihrem Dorf. Sie lebten relativ isoliert in Lagern und waren bei der übrigen Bevölkerung gefürchtet. Als Lieblinge der Staatsgewalt fühlten sie sich allmächtig und waren von Säuberungen weniger bedroht als die Kader. Von den üblichen revolutionären Phrasen abgesehen, bestand ihre Motivation vielfach darin, so das Bekenntnis von Überläufern, »nicht arbeiten zu müssen und Leute umbringen zu können«.[620] Die gefährlichsten waren im allgemeinen Kindersoldaten unter 15 Jahren: »Man warb sie besonders früh an und brachte ihnen nichts anderes bei als Disziplin. Nur Befehle ausführen, Erklärungen sind überflüssig [...] Sie glaubten weder an Religion noch Tradition, einzig an die Befehle der Roten Khmer. Deshalb brachten sie ihr eigenes Volk um, eingeschlossen Säuglinge, wie man Moskitos zerquetscht.«[621]

Bis 1978 handelte es sich bei den Soldaten ausschließlich um Altes Volk. Kinder von »75ern« ab acht bis neun Jahren wurden dagegen oft als Spione eingesetzt. Allerdings war die Bindung an das Regime so schwach, daß sie mit den Ausspionierten häufig eine stillschweigende Komplizenschaft eingingen und auf ihre Anwesenheit aufmerksam machten.[622] Nur wenig älter waren die »Kindermilizen«, die nach den massiven Säuberungen unter den örtlichen Kadern als Unterstützer der neuen Chefs in den Kooperativen dazu ausersehen waren, »Selbstversorger« aufzuspüren, zu verhaften und zu verprügeln.[623] Nach der Erfahrung von Laurence Picq in der Parteizentrale soll-

te diese »Kinderdiktatur« mit der Zeit offenbar auch auf den zivilen Bereich ausgedehnt werden. Vorgesehen war die beschleunigte »Ausbildung« eines Kontingentes aus Kindern vom Land:

»Man erklärte ihnen, die erste Generation von Kadern habe Verrat begangen, und die zweite sei kaum besser gewesen. Deshalb seien sie dazu berufen, sehr rasch ihre Nachfolge anzutreten [...].

Mit dieser neuen Generation tauchten Kinder als Ärzte auf, sechs Mädchen zwischen neun und dreizehn Jahren. Obwohl sie kaum lesen konnten, hatte die Partei jeder eine Schachtel mit Spritzen anvertraut. Sie waren mit der Verabreichung von Injektionen betraut.

›Unsere kleinen Ärztinnen‹, so hieß es, ›kommen aus dem Bauernstand. Sie sind bereit, ihrer Klasse zu dienen. Sie sind bemerkenswert intelligent. Sagt man ihnen, die rote Schachtel enthält Vitamine, dann merken sie es sich! Zeigt man ihnen, wie man eine Spritze sterilisiert, dann können sie das!‹

Diese Mädchen waren fraglos unverdorben, aber man hatte übersehen, wie erhebend das Können war, Spritzen zu verabreichen! Ganz plötzlich zeigten sich die Mädchen hochnäsig und frech wie noch nie.«[624]

Der Umbruch brachte zudem die Unterdrückung der Religion und einen Zwang zur äußersten Sittenstrenge in allen Bereichen des Alltagslebens *(siehe unten)* mit sich. Für Menschen, die auf irgendeine Art von der Norm abwichen, gab es, wie erwähnt, keinen Platz: weder für chronisch Kranke noch für Geistesgestörte oder Behinderte. Dabei geriet das System in Widerspruch zum offiziell verkündeten Ziel der Schaffung einer mächtigen und zahlreichen Nation: Die Zwänge um Sexualität und Ehe und mehr noch die ständige Unterernährung erstickten jedes Bedürfnis im Keim.[625] Entsprechend sank die Geburtenrate von 30 auf 1000 Einwohner im Jahre 1970 auf (geschätzte) 11 von 1000 im Jahre 1978.[626]

Nichts, das dem Willen der KPK gewollt oder ungewollt zuwiderlief, durfte bestehen bleiben. Selbst den unbedeutendsten Beschlüssen der Partei haftete das Dogma der Unfehlbarkeit an, eine gefährliche Hypothek für jeden, der sich verdächtig gemacht hatte. Wie in China genügte als »Beweis« für die Schuld allein schon die Verhaftung, wobei die späteren Geständnisse die Aktion, die Angkar beschlossen hatte, vollauf rechtfertigten. Einem Verhafteten von 1972 gelang es beispielsweise erst nach zwei Jahren, den Vorwurf zu entkräften, er sei ein Militär der Republik gewesen. Seiner Freilassung ging eine propagandistische Versammlung voran, auf der die Milde Angkars gepriesen wurde, die selbst bei einem »Offizier von Lon Nol« Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit zu honorieren wisse.[627] Und dies zu einem Zeitpunkt lange vor dem Terror nach dem 17. April... Die Willkür war total: Die Partei mußte weder politische Entscheidungen noch die Auswahl von Funktionären, noch Änderungen der Linie oder Ämterbesetzungen begründen: Wehe, wenn jemand nicht rechtzeitig begriff, daß die Vietnamesen der Feind oder ein bestimmter historischer Führer der Bewegung ein Agent der CIA gewesen war!

Die neue Welt

»Im Demokratischen Kampuchea unter der ruhmreichen Herrschaft Angkars müssen wir an die Zukunft denken. Die Vergangenheit ist begraben, die ›Neuen‹ müssen den Cognac, die kostspieligen Kleider, modische Haarschnitte vergessen. [...] Wir brauchen die Technologie der Kapitalisten nicht, keineswegs! Unter dem neuen System müssen die Kinder nicht mehr zur Schule gehen. Unsere Schule ist das Landleben. Der Boden ist unser Papier, der Pflug unsere Schreibfeder: Wir schreiben, wenn wir pflügen! Zertifikate und Prüfungen sind überflüssig. Pflügen und Kanäle graben können: das sind eure neuen Diplome! Und auch Ärzte brauchen wir nicht mehr! Wenn man jemandem die Eingeweide entnehmen muß, kümmere ich mich persönlich darum!«

Er deutete die Handbewegung an, mit der man mit einem Messer einen Bauch aufschlitzt - für den Fall, daß wir nicht begriffen hätten.

»Ihr seht, es ist einfach, dazu braucht man keine Schule! Wir brauchen auch keine kapitalistischen Berufe wie Ingenieure oder Professoren! Wir brauchen keine Schullehrer, die uns sagen, was wir tun sollen. Die sind alle korrupt. Wir brauchen nur Leute, die harte Feldarbeit leisten wollen! Trotzdem, Genossen... gibt es Elemente, die Arbeit und Opfer verweigern... Es gibt Aufrührer, denen die rechte revolutionäre Gesinnung fehlt. Die, Genossen, sind unsere Feinde! Und einige sind sogar hier, heute abend!«

In der Versammlung breitete sich ein Gefühl des Unbehagens aus, das sich an verschiedenen Bewegungen bemerkbar machte. Der Rote Khmer blickte in die Gesichter vor sich.

»Diese Elemente klammern sich an die alten Gesinnung der kapitalistischen Welt! Man kann sie erkennen: Ich sehe unter uns noch immer welche, die Brillen tragen! Und warum setzen sie Brillen auf? Weil sie mich nicht sehen können, wenn ich ihnen eine Ohrfeige verpasse?«

Er schritt mit erhobener Hand rasch auf uns zu.

»Ach! Sie weichen zurück, also können sie mich sehen, also brauchen sie keine Brillen! Sie tragen Brillen, um der kapitalistischen Mode zu folgen, sie glauben, das mache sie schön! Wir brauchen das nicht: Die schön sein wollen, sind Faulenzer und Blutsauger, die dem Volk die Lebensenergie abzapfen!«

Reden und Tänze folgten stundenlang aufeinander. Schließlich stellten sich alle Funktionäre in Reih und Glied auf und schrien mit einer einzigen Stimme: »BLUT RÄCHT BLUT!« Beim Wort »Blut« schlugen sie sich mit der Faust auf die Brust. Bei »rächt« salutierten sie mit erhobenem Arm und ausgestreckter Faust. »BLUT RÄCHT BLUT! BLUT RÄCHT BLUT!«

Mit starrer, wildentschlossener Miene brüllten sie ihre Parolen im Rhythmus der Schläge auf ihre Brust und schlössen ihre furchtbare Demonstration mit einem donnernden: »Lang lebe die kambodschanische Revolution!«[628]

Die immer offensichtlicheren (wirtschaftlichen und militärischen) Mißerfolge des Regimes wurden von Pol Pot und seiner Führungsclique als Verrat und Sabotage der ehemaligen Ausbeuterklassen und ihrer Verbündeter gedeutet: Von daher der immer massivere Einsatz von Terror.[629]

Das System, das kaum Leistungen vorzuweisen hatte und auch sonst nichts darstellte, kam über seine kriegerischen Ursprünge nicht hinaus; der Haß wurde zum Gegenstand eines Kultes, der sich in einer obsessiven Beschwörung von Blut ausdrückte.

In diesem Sinne repräsentativ ist die erste Strophe der Nationalhymne, *Der Strahlende Sieg des 17. April:*

Scharlachrotes Blut, das Stadt und Land des Vaterlandes
Kambodscha überströmt,
Blut unserer strahlenden Arbeiter-Bauern,
Blut der revolutionären Kämpfer und Kämpferinnen,
Blut das sich in schrecklicher Wut, in erbittertem Kampfe regte,
Der 17. April, unter der Standarte der Revolution,
Blut zur Befreiung aus der Sklaverei,
Es lebe, es lebe der strahlende Sieg des 17. April,
Grandioser Sieg, bedeutender als die Epoche Angkors![630]

Pol Pot kommentierte die Hymne so:

»Wie ihr wißt, wurde unsere Hymne nicht von einem Dichter geschrieben. Ihr Wesen ist das Blut unseres ganzen Volkes, von allen Gefallenen der vergangenen Jahrhunderte. Dieser Ruf des Blutes wurde in unsere Nationalhymne aufgenommen.«[631]

Selbst ein Wiegenlied endete mit: »Niemals darfst du die Rache der Klasse vergessen.«[632]

Ein fanatischer Marxismus-Leninismus

Angesichts der außergewöhnlichen Dimensionen des Grauens unter den Roten Khmer ist man - wie angesichts des nationalsozialistischen Holocausts - versucht, die Einzigartigkeit dieser Schreckensherrschaft hervorzuheben. Die anderen kommunistischen Regime und ihre Verteidiger gingen jedenfalls mehrheitlich diesen Weg: Pol Pots Tyrannei sei eine ultralinke Entgleisung, ja ein als Kommunismus getarnter »roter Faschismus« gewesen. Trotzdem liegt rückblickend deutlich zutage, daß die KPK an der Macht sehr wohl Teil der »großen Familie« gewesen ist. Natürlich wies Kambodscha bedeutende Besonderheiten auf, aber Albanien war ja auch nicht Polen... Global betrachtet, ähnelte der kambodschanische Kommunismus eher dem Chinas als dem Sowjetsystem.

Auf mögliche Einflüsse auf die Roten Khmer ist mehrfach hingewiesen worden. Besonders interessant sind natürlich die Beziehungen zu Gedanken

aus Frankreich: Fast alle Führer der Roten Khmer hatten in Frankreich studiert und die meisten der KPF angehört, auch der spätere Pol Pot.[633] In dieser Zeit wurden sie mit gewissen historischen Vorbildern konfrontiert. So versichert beispielsweise Ieng Sarys Stellvertreter Suong Sikoeun: »Die Französische Revolution hat mich stark beeinflußt, vor allem Robespierre. Von da aus war es für mich nur ein kleiner Schritt zum Kommunisten. Robespierre ist mein Held. Robespierre und Pol Pot: Beide Männer haben die gleiche Qualität von Entschlossenheit und Integrität.«[634] Sieht man von der gepriesenen Kompromißlosigkeit ab, entdeckt man in der Praxis und in den Reden dieser kommunistischen Führungsclique allerdings kaum weitere wichtige Einflüsse aus Frankreich oder dem französischen Kommunismus. Den Führern der Roten Khmer ging es weniger um die Theorie als um die Praxis: Was sie wirklich faszinierte, waren Erfahrungen mit dem »realen Sozialismus«.

So richtete sich ihre Begeisterung eine Zeitlang auf Nordvietnam, das an der Entstehung des kambodschnischen Kommunismus einen größeren Anteil hatte als die KPF und an dem diese sich bis 1973 orientierten. Die KPK entstand als Sektion der Kommunistischen Partei Indochinas (KPIC), die vollständig von Vietnam dominiert und die 1951 auf Betreiben von Ho Chi Minhs Genossen in drei nationale Zweige gespalten wurde (ohne dabei selbst zu verschwinden). Bis zum Kriegsausbruch zeigte die KPK keinerlei Anzeichen einer Selbständigkeit gegenüber der KPV, weder programmatisch, strategisch (die legalen und die bewaffneten Aktionen der kambodschanischen Kommunisten dienten vor allem dazu, während des Vietnamkrieges Druck auf Sihanouk auszuüben)[635] oder taktisch (Bewaffnung, Kader, Logistik). Selbst nach dem Putsch standen die revolutionäre Regierung in den »befreiten Zonen« und die neuen kambodschanischen Rekruten noch immer unter der Kontrolle der vietnamesischen Kader. Die Gräben rissen erst nach dem Pariser Abkommen vom Januar 1973 auf: Hanois Strategie zielte darauf ab, die KPK an den Verhandlungstisch zu drängen, was Sihanouks Stellung gestärkt und die organisatorische Schwäche der Roten Khmer offenbart hätte. Deshalb weigerten sie sich zum ersten Mal, als Manövriermasse zu dienen: Ermöglicht wurde dieser Schritt durch ihre inzwischen ausreichend starke Position.

Welche besondere Prägung erfuhr die KPK durch den vietnamesischen Kommunismus? Die Antwort liegt nicht auf der Hand: Die KPV hatte stark unter dem Einfluß Chinas gestanden. Wie soll man folglich unterscheiden, welche Einflüsse auf die KPK direkt aus Peking und welche über den Umweg aus Hanoi kamen? Einige Besonderheiten der Roten Khmer erinnern allerdings sehr an den vietnamesischen Kommunismus. Zunächst die obsessiv betriebene *Geheimhaltung* und *Verschleierung.* Als Ho Chi Minh 1945 auf der politischen Bühne erschien, blieb seine Vergangenheit als Funktionär der Komintern unter dem Namen Nguyen Ai Quoc unerwähnt. Ganze Abschnitte seines Lebenslaufes wurden erst mit der Öffnung der so-

wjetischen Archive bekannt.[636] Die KPIC erklärte im November 1945 ihre Selbstauflösung zugunsten des Vietminh, bildete sich 1951 aber als »Partei der Werktätigen Vietnams« erneut und nahm erst 1976 wieder die Bezeichnung »kommunistisch« an. Die Revolutionäre Volkspartei in Südvietnam bildete nur einen Teil der Nationalen Befreiungsfront. Dennoch unterstanden alle diese Organisationen der eisernen Führung der gleichen kleinen Gruppe kommunistischer Veteranen. Eine ganz ähnliche Taktik, die allerdings nirgendwo in der kommunistischen Welt so exzessiv betrieben wurde, stand auch hinter den Verwandlungen Pol Pots (auch hinter dem angeblichen »Rücktritt« und »Tod« nach der Niederlage von 1979), der Tarnung der KPK als Angkar und der Verschleierung der Verhältnisse in der Führung.

Ein zweiter gemeinsamer Zug, der ergänzend zum ersten wirkte, war die große Bedeutung einer *Einheitsfront:* So diente der Ex-Kaiser Bao Dai 1945 eine Zeitlang als Berater Ho Chi Minhs, der sich auch die Unterstützung der Amerikaner zu sichern wußte und seine Unabhängigkeitserklärung nach dem Vorbild der Erklärung der USA verfaßte. Entsprechend nahmen die Roten Khmer 1970 an einem Gouvernement Royal d'Union Nationale du Cambodge (GRUNC) teil und verfolgten diese Strategie nach ihrem Sturz 1979 erneut. Weder der Vietminh noch Angkar beriefen sich jemals auf den Marxismus-Leninismus; sie setzten unbefangen auf einen Nationalismus, der sich schließlich zu einem zentralen politischen Anliegen verselbständigte. Bei beiden Systemen handelt es sich zudem um einen *Kriegskommunismus:* sie waren offenbar nur vor dem Hintergrund eines bewaffneten Konfliktes erfolgreich[637] und neigten stark zum Militarismus[638], wobei die Armee das Rückgrat und bisweilen sogar die Existenzberechtigung der Regierung bildete und zudem als Vorbild für die Mobilisierung der Zivilbevölkerung, vor allem in der Wirtschaft, diente.

Und der Einfluß Nordkoreas? Das typisch koreanische Bild vom fliegenden Pferd *(Chollima)* dient häufig als Symbol für den wirtschaftlichen Fortschritt.[639] Pjöngjang war eine der beiden ausländischen Hauptstädte, die Pol Pot als Regierungschef besuchte, und zahlreiche nordkoreanische Techniker halfen beim Wiederaufbau der kambodschanischen Wirtschaft.[640] Von der Herrschaft eines Kim II Sung übernahm Pol Pot vielleicht die permanenten Säuberungen, die Polizeikontrolle und das System der allgemeinen Bespitzelung, ebenso wie die Ideologie, die den Klassenkampf einer Dialektik unterordnet, in der sich eine Volksgemeinschaft gegen eine Handvoll Verräter zur Wehr setzen muß. In der Praxis bedeutete dies, daß die Repression sich gegen die Gesamtheit der Bevölkerung richtete und daß die Einheit Partei/Staat das unangefochtene Gewaltmonopol besaß. Insofern standen die Roten Khmer dem Stalinismus näher als dem Maoismus.

Nach 1973 strebte die KPK einen Wechsel seines »großen Bruders« an. Als Ersatz für Vietnam bot sich das China Mao Zedongs an, und zwar aus ideologischen (sein Bekenntnis zur Radikalität) und geographischen Grün-

den (es konnte Druck auf das angrenzende Vietnam ausüben). Die Chinesen bereiteten dem kambodschanischen Diktator bei dessen erster offizieller Reise ins Ausland im September 1977 in ihrer Hauptstadt einen triumphalen Empfang. Die Freundschaft zwischen beiden Ländern wurde als »unzerstörbar« bezeichnet, womit Kambodscha einen Status erhielt, wie ihn bislang nur Albanien besessen hatte.[641] Seit Mai 1975 waren bereits erste chinesische Techniker nach Phnom Penh geströmt - mindestens 4000 (15 000 nach Ben Kiernan) -, und China sagte zudem eine Milliarde Dollar für Beihilfen verschiedener Art zu.[642]

Vorbildcharakter hatte China im Hinblick auf die Umstrukturierung des Landes auf der Grundlage einer Kollektivierungskampagne. Die Volkskommune, ein großer Organismus, die verschiedenen Aktivitäten nachging, so autark wie möglich wirtschaften sollte und als Basis zur Mobilisierung von Arbeitskräften und für die Verwaltung dienen sollte, war sicher der Prototyp der kambodschanischen Kooperativen. Bis in die Details findet man hier einige Neuerungen aus dem China von 1958 wieder: den obligatorischen Kantinenbesuch, die gemeinschaftliche Kinderbetreuung, eine weitgehende Kollektivierung, die sich selbst auf Gebrauchsgegenstände erstreckte, die gewaltigen Wasserbauprojekte, die einen Großteil der Arbeitskräfte beanspruchten, die (hierzu im Grunde widersprüchliche) Konzentration auf eine oder zwei landwirtschaftliche Monokulturen, die völlig unrealistisch angesetzten Planziele, der hartnäckig betriebene Versuch, diese möglichst rasch umzusetzen, und eine Ideologie, nach der durch die richtige Mobilisierung von Arbeitskräften einfach alles zu erreichen sei... Auf Maos Wort, wonach »mit Korn und Stahl alles möglich« sei, antworteten die Roten Khmer mit dem Slogan: »Wenn wir Reis haben, haben wir alles.«[643] Daß von »Stahl« nicht die Rede ist, zeigt immerhin, daß die Roten Khmer sich trotz ihres mangelnden Realitätssinns darüber im klaren waren, daß es in Kambodscha weder Eisenerz noch Kohlelager gibt. Dagegen war Pol Pot offenbar verborgen geblieben, wie Chinas Großer Sprung geendet hatte[644] - oder zumindest kümmerte er sich nicht darum, denn der Begriff nahm in der kambodschanischen Ideologie bald eine zentrale Rolle ein. Die Nationalhymne endet beispielsweise mit: »Errichten wir unser Vaterland, auf das es einen Großen Sprung nach vorn tue!«[645]

Das Demokratische Kampuchea hielt am Vorbild von Chinas Großem Sprung wider jedes bessere Wissen eisern fest: Die Umsetzung hatte hier wie dort vor allem eine verheerende Hungersnot zur Folge.

Die Kulturrevolution übte dagegen kaum einen direkten Einfluß aus. Wie die anderen kommunistischen Regierungen hatten auch die Kambodschaner bemerkt, wie gefährlich es sein konnte, die »Massen« gegen einen Parteiflügel zu mobilisieren, selbst wenn sie Kadern unterstellt und mit besonderen Weisungen ausgestattet wurden. Im übrigen war die Kulturrevolution auch eine vornehmlich städtische Bewegung, die aus den Schulen und Hochschulen hervorging, so daß sie auf Kambodscha per Definition nicht übertragbar

war. Allerdings findet man hier - sogar in potenzierter Form - den Antiintellektualismus von 1966 und die Kulturzerstörung wieder, deren Symbole Jiang Qings »Revolutionsopern«[646] waren (die unter Pol Pot anscheinend ebenfalls kopiert wurden). Und die »Hinunterschickung aufs Land« von Millionen ehemaliger Roter Garden mag als Vorbild für die Evakuierung der kambodschanischen Städte gedient haben.

Es scheint, als seien die Roten Khmer von der Volksrepublik China weniger bei den tatsächlichen Praktiken als vielmehr auf theoretischer Ebene und durch die maoistischen Slogans beeinflußt worden. Zwar wurden in China Millionen von Städtern, vor allem unmittelbar nach der Kulturrevolution aufs Land, die Heimstätte der Revolution, verschickt (und noch heute versucht das Regime die Landflucht mit rüden Methoden einzudämmen). Andererseits spielten die großen Städte nach 1949 noch immer die Rolle eines Motors, blieb das Industrieproletariat der Liebling der Machthaber. In Chinas KP gab es niemals Bestrebungen, die Städte zu evakuieren, die Bevölkerung ganzer Regionen umzusiedeln, das Geld und das Schulsystem abzuschaffen und generell Hetzjagden auf alle Intellektuelle zu veranstalten. Zwar zeigte Mao ihnen bei jeder Gelegenheit seine Geringschätzung, doch blieb er sich ihrer Unentbehrlichkeit stets bewußt. Zudem waren die Roten Garden oft Absolventen von Eliteuniversitäten. 1976 begrüßte Khieu Samphan die nach Kambodscha zurückgekehrten Intellektuellen mit unverkennbar maoistischen Tönen: »Wir sagen euch klipp und klar, wir brauchen euch nicht, wir brauchen Leute, die den Boden pflügen können, nur das. [...] Wer politisch denkt, wer das Regime begriffen hat, der kann alles, die Technik kommt später [...]; wir brauchen keine Ingenieure, um Reis anzubauen, Mais zu pflanzen oder Schweine zu züchten.«[647] Eine solche Geringschätzung von Fachkompetenz wurde in China niemals offizielle Politik... Und auf jede Radikalisierung, auf jede Welle der Repression folgte im »Reich der Mitte« wieder eine Rückkehr zu Normalität und Mäßigung, wobei die entscheidenden Anstöße aus der Partei kamen: Wahrscheinlich sicherte gerade dies dem Regime seine Beständigkeit, während die KPK sich von innen heraus selbst zerfleischte.

Ähnliche Unterschiede bestehen auch im Hinblick auf die Methoden der Unterdrückung. Sicher lieferte China (auch über Vietnam) das Vorbild für das System: ständige und endlose Versammlungen mit obligatorischer Kritik und Selbstkritik, mit denen ein vages »um«-erzieherisches Ziel verfolgt wurde. So der Zwang, ständig seinen Lebenslauf herunterzubeten oder schriftliche »Geständnisse« zu verfassen, sobald die »Organe« auf einen aufmerksam geworden waren; die Erfassung durch eine »soziale Kartei« (Herkunft, Beruf), die die »politische Einstufung« und somit das persönliche Sündenregister bestimmt, und eine verschärfte Anwendung der Prinzipien der Sippenhaft und der Vererbung der Klassenzugehörigkeit. Und wie überall in Asien führte die intensive Politisierung und der Zwang zur politischen Mitarbeit zu einer Aufhebung der Gegensätze von Partei und Staat

einerseits und der Gesellschaft andererseits - eben typisch totalitaristische Tendenzen.

Trotzdem hatte der kambodschanische Kommunismus beträchtliche Besonderheiten, die im Hinblick auf das Vorbild durchweg in Richtung einer Radikalisierung gehen. Der Hauptunterschied lag beispielsweise darin, daß die Umerziehung bei den Kommunisten Chinas und Vietnams - zumindest bis in die sechziger Jahre[648] - ernst genommen wurde: Mit bedeutenden Anstrengungen wurden die Inhaftierten von der Richtigkeit der Haltung der Partei zu überzeugen versucht, womit Mißhandlungen oder ein Einsatz der Folter praktisch nicht in Betracht kamen: In Kambodscha wurde beides dagegen systematisch praktiziert. Zudem durften Gefangene bei »guter Führung«, wenn auch höchst theoretisch, auf eine Freilassung, eine Rehabilitierung oder zumindest auf Hafterleichterungen hoffen: Demgegenüber kam aus den kambodschanischen Gefängnissen praktisch keiner lebend heraus, bedeutete eine Inhaftierung den Tod binnen Kürze... In China und Vietnam wurden die Wellen der Repression von Perioden der Lockerung unterbrochen. Auch wenn gewisse mehr oder weniger große gesellschaftliche Gruppen in die Schußlinie gerieten, machten diese doch nur einen kleinen Teil der Bevölkerung aus. In Kambodscha waren dagegen von vornherein zumindest alle »75er« verdächtig, und die Repression wütete ununterbrochen. Und schließlich ein weiterer Unterschied: In den anderen asiatischen Ländern wurden die repressiven Maßnahmen, vor allem am Anfang, offenbar organisiert, effizient, relativ kohärent und (wenn auch auf pervertierte Art) intelligent durchgeführt. Dagegen bestimmten in Kambodscha nackte Brutalität und Willkür eine Repression, die weitgehend von den lokalen Führungsspitzen ausging, auch wenn diese nach Prinzipien aus der Zentrale handelten. Nirgendwo sonst in Asien sind solche Massenhinrichtungen, die auf lokaler Ebene beschlossen wurden, bekannt geworden. Ausnahmen gab es bis zu einem gewissen Grad höchstens in China oder in Vietnam während der Agrarreform (wobei allerdings nur Grundbesitzer und Gleichgestellte zu Opfern wurden) und der Kulturrevolution (aber zeitlich und örtlich eher punktuell). Kurz, die Maoisten am Mekong praktizierten einen primitiven (oder, wenn man so will, auf die Spitze getriebenen) Stalinismus.

Ein beispielhafter Tyrann

Stalin und Mao drückten den jeweiligen Systemen so deutlich ihren Stempel auf, daß ihr Tod rasch zu fundamentalen Veränderungen führte, vor allem im Hinblick auf die Unterdrückung. Kann man analog zum Stalinismus und zum Maoismus auch von einem Polpotismus sprechen? Saloth Sar, wie er ursprünglich hieß, prägte die Geschichte des kambodschanischen Kommunismus vom Anfang bis zum Ende: Wie dieser ohne Pol Pot ausgesehen hätte, ist nur schwer vorstellbar. Tatsächlich leisteten einige persönliche Züge des Diktators den blutigen Exzessen unter seiner Herrschaft Vorschub. Zu-

nächst entsprach seine Abstammung der revolutionären Legende so wenig, daß er sie mit allen Mitteln zu leugnen versuchte: Seine Schwester und seine Cousine waren Tänzerinnen und Konkubinen des Königs Monivong gewesen, sein Bruder hatte bis 1975 als Hofbeamter im Palast gearbeitet und er selbst einen großen Teil seiner Kindheit in der Hauptstadt der Uraltmonarchie verbracht: Wollte er sich mit seinen wiederholten Vernichtungsfeldzügen gegen die alte Welt von der eigenen Vergangenheit reinwaschen? Der Realitätsverlust, dem Pol Pot immer stärker anheimfiel, hatte seine Ursachen vielleicht auch im Unvermögen, die eigene Lebensgeschichte zu akzeptieren. Als Apparatschik, der lieber in kleinen Ausschüssen als vor der Menge agitierte, verbrachte er ab 1963 ein gegen die übrige Welt abgeschottetes Leben: in Lagern im Dschungel und in (bis heute unbekannten) geheimen Residenzen im menschenleeren Phnom Penh, wo er seine tiefsitzenden Verfolgungsängste pflegte: Noch nach seinem Aufstieg zur unumschränkten Herrschaft ließ er jeden, der ihn aufsuchte, durchsuchen. Er wechselte oft den Aufenthaltsort, fürchtete sich vor Giftanschlägen seiner Köche und ließ Elektriker hinrichten, weil sie für Stromausfälle verantwortlich seien.[649]

Nur als Verfolgungswahn läßt sich seine merkwürdige Antwort während eines Interviews mit einem Journalisten des schwedischen Fernsehens 1978 deuten: »Können Eure Exzellenz uns sagen, worin die bedeutendste Leistung des Demokratischen Kampucheas seit dreieinhalb Jahren besteht?«

»Die bedeutendste Leistung [...] besteht darin, daß wir alle Komplotte und Akte der Einmischung, der Sabotage, alle Putschversuche und Akte der Aggression durch Feinde jedweder Couleur vereitelt haben.«[650]

Welcher Offenbarungseid für einen Regierungschef!

Der empfindsame und schüchterne Lehrer, der sich für die französische Dichtung begeisterte, von seinen Schülern geliebt wurde und von den fünfziger bis in die achtziger Jahre allseits als leidenschaftlicher Verfechter revolutionärer Überzeugungen geschildert wurde, war eine janusköpfige Figur: Als Machthaber ließ er seine ältesten Weggefährten, die sich für seine persönlichen Freunde hielten, verhaften, trotz ihrer Bittbriefe grausam foltern und hinrichten.[651]

Das »Bedauern«, das er während eines Seminars für Kader 1981 nach der Niederlage ausgedrückt haben soll, ist nichts als Heuchelei:

»Er hat gesagt, er habe gewußt, daß er bei vielen im Land verhaßt war und für die Massaker verantwortlich gemacht wurde. Er hat gesagt, er habe gewußt, daß viele umgekommen sind. Fast erlitt er einen Zusammenbruch und brach in Tränen aus. Er hat gesagt, er müsse die Verantwortung übernehmen, denn es sei eine zu radikale linke Linie eingeschlagen worden, und er habe das Geschehen nicht näher verfolgt. Er hat gesagt, er gleiche einem Hausherrn, der nicht weiß, was die Kinder treiben, und der den Menschen zu sehr vertraut. [...] Sie erzählten ihm Lügen, alles laufe gut, nur dieser oder jener sei ein Verräter. Aber die wahren Verräter waren schließlich sie. Das Hauptproblem waren die von den Vietnamesen ausgebildeten Funktionäre.«[652]

Glaubt man dagegen einem anderen Uraltgenossen, seinem ehemaligen Schwager Ieng Sary, so ist Pol Pot größenwahnsinnig: »Pol Pot betrachtet sich als ein unvergleichliches Genie auf militärischem wie wirtschaftlichem Gebiet, in der Hygiene, beim Schreiben von Liedern[653], in der Musik und im Tanz, in der Kochkunst, der Mode *[sie],* in allem, einschließlich der Kunst des Lügens. Pol Pot glaubt sich über alle irdischen Kreaturen erhaben. Er ist ein Gott auf Erden.«[654] All dies erinnert sehr an gewisse Porträts von Stalin. Ein Zufall?

Die harte Wirklichkeit

Neben den inneren Widersprüchen und dem Einfluß anderer kommunistischer Systeme wurde der Terror der Roten Khmer auch durch den zeitgeschichtlichen und geographischen Hintergrund gefördert: Das Regime, das gleichsam von einem weit über Kambodscha hinausgehenden Krieg an die Macht gelangte, entdeckte gleich nach dem errungenen Sieg entsetzt die eigene Schwäche und innere Isolation. Die Feindschaft Vietnams und die erdrückende Umarmung durch China besorgten den Rest.

Der 17. April war kein Fanal zum Aufbruch, sondern der Abgesang einer morschen Welt, die dem Untergang geweiht war. Die erste und wohl auch gefährlichste Schwachstelle in der Position der Roten Khmer bestand wohl darin, daß ihre Machtübernahme eine historische Ausnahme bedeutete: Ihre Herrschaft verkörperte weniger eine Utopie als vielmehr einen Anachronismus. Sie war ein »Spätkommunismus«, die Schlußphase eines ausgehenden Zeitalters, das durch ein neues abgelöst wurde. Bei Pol Pots Machtergreifung waren Stalin (1953) und Ho Chi Minh (1969) bereits tot, und Mao schwanden allmählich die Kräfte (er sollte im September 1976 sterben). Es blieb nur noch Kim II Sung im fernen und kleinen Nordkorea. Das große Vorbild China bekam vor den Augen des neuen Diktators Risse: Die 1975 unternommenen Versuche der »Viererbande« einer Wiederbelebung der Kulturrevolution waren zum Scheitern verurteilt. Nach letzten Manövern brachte der Tod des Großen Steuermanns das Kartenhaus vollends zum Einsturz. Die Roten Khmer setzten auf die letzten maoistischen Fanatiker, die ab Ende 1977 gegen die unvermeidliche Rückkehr Deng Xiaopings und seine Reformer ein Nachhutgefecht führten. Ein Jahr später kam das Ende des offiziellen Maoismus, wurde die Mauer der Demokratie abgeschafft: Derweil liefen in Kambodscha die Massenmorde auf Hochtouren. Der Große Sprung war vorüber, der Revisionismus triumphierte! Noch deprimierender aus der Sicht der Roten Khmer sah es im übrigen Asien aus: Nach dem kurzzeitigen Auftrieb, den die maostisch angehauchten Guerillabewegungen in Thailand, Malaysia und Birma durch den Sieg der revolutionären Kräfte in Indochchina erhalten hatten, verloren sie erstmals wieder an Boden. Noch deprimierender waren die Aussichten in den - beneideten und bewunderten - aufstrebenden Wirtschaftsmächten des Kontinents, wo sich neben Japan

die antikommunistisch gesonnenen »kleinen Drachen« (Singapur, Taiwan, Südkorea, Hongkong) von der westlichen Bevormundung immer stärker emanzipierten. Beunruhigend waren zudem die Nachrichten aus dem Westen, in dem der Marxismus bei der Intelligentia den endgültigen Niedergang erlebte. Änderte die Geschichte ihre Laufrichtung? Auf diese schleichenden Umwälzungen konnten die Roten Khmer auf zwei Arten reagieren: Mitziehen, den Weg der Mäßigung beschreiten und Dogmen revidieren mit dem Risiko, die eigene Identität und Existenzberechtigung zu verlieren. Sie konnten aber auch den eingeschlagenen Weg weiterverfolgen, ihre Aktionen radikalisieren und eine Flucht nach vorn antreten: mit einem auf die Spitze getriebenen Voluntarismus wie er sich auf theoretischer Ebene in der nordkoreanischen *Juche*-Ideologie niederschlug. Der Eurokommunismus (er stand damals in Blüte) oder die *Brigade rosse* (Aldo Moro wurde 1978 ermordet): Beides führte, so ist heute bekannt, in eine historische Sackgasse, aber beim einen wurde Blut vergossen, beim anderen nicht. Es scheint, als hätten die ehemaligen Studenten im Frankreich der fünfziger Jahre begriffen, daß auch sie um Kompromisse mit der bestehenden Realität nicht herumkommen würden, wenn sie ihre Utopie nicht sofort und mit aller Gewalt in die Tat umsetzten. Sie mußten der Bevölkerung ohne Aufschub eine »Stunde Null« aufzwingen oder würden beiseite gefegt. Chinas Großer Sprung hatte nicht die erhofften Früchte getragen? Die Kulturrevolution war gescheitert? Doch wohl nur deshalb, weil man auf halbem Wege stehengeblieben war und nicht alle Widerstandsnester der Konterrevolution ausgehoben hatte: die korrupten und unkontrollierbaren Städte, die arroganten, auf geistige Unabhängigkeit bedachten Intellektuellen, das Geld und die grundlegenden Tauschbeziehungen, diese Wegbereiter einer kapitalistischen Restauration, und die Unterwanderung der Partei durch »Verräter«. Dieser Wille, rasch zu einer neuen Gesellschaft, zum neuen Menschen zu kommen, stieß trotz oder gerade wegen des fügsamen Charakters der Kambodschaner letztlich an das unüberwindbare Hindernis des Realen. Da das Regime nicht nachgeben wollte, versank es immer tiefer im Ozean des Blutes, das es für den Machterhalt vergießen zu müssen meinte. Die KPK verstand sich als ruhmreiche Nachfolgerin von Lenin und Mao: Trat sie, historisch gesehen, nicht als Vorgängerin jener Gruppen auf, die unter Berufung auf den Marxismus-Leninismus jedes erdenkliche Verbrechen begehen: der Leuchtende Pfad in Peru, die Liberation Tigers of Tamil Eelam in Sri Lanka, die Kurdische Arbeiterpartei (PKK) etc.?

Die Tragik der Roten Khmer liegt vielleicht gerade in deren Schwäche, auch wenn die Propaganda diese sorgfältig zu verschleiern versuchte. Daß es zu den Ereignissen vom 17. April kam, hatte im wesentlichen zwei Gründe: die bedeutende militärische Unterstützung der Roten Khmer durch Nordvietnam, und die Unfähigkeit des Regimes Lon Nol (das von der inkonsequenten amerikanischen Politik zusätzlich geschwächt wurde). Lenin,

Mao und weitgehend auch Ho Chi Minh hatten ihren Sieg - gegen keineswegs schwache Gegner - praktisch ihren eigenen Anstrengungen zu verdanken gehabt. Ihre Parteien und - im Falle der beiden letzten - auch ihre Streitkräfte waren langsam und in geduldiger Arbeit aufgebaut worden und hatten lange vor der Machtübernahme bedeutende Stärke erlangt. Ganz anders Kambodscha: Bis zur Mitte des Bürgerkrieges blieben die Roten Khmer vollständig von den Streitkräften Hanois abhängig. Noch 1975 verfügten die Roten Khmer nach einer Schätzung über nur ungefähr 60000 kampferfahrene Soldaten (weniger als 1 % der Bevölkerung), auch wenn diese mit den ungefähr 200 000 demoralisierten republikanischen Soldaten fertig wurden.

Schwache Armee, schwache Partei... In den Quellen - allerdings ist keine wirklich zuverlässig - sind die Zahlen von 4000 Mitgliedern im Jahre 1974 und 14000 im Jahre 1975 genannt worden[655]: Damit hatte sich die KPK von einer großen Splittergruppe zu einer kleinen Partei entwickelt. Die Zahlen zeigen zugleich, daß altgediente Funktionäre bis zum Ende des Regimes spärlich vertreten waren, wodurch sich die Säuberungen in ihren Reihen noch dramatischer auswirkten. Die Folgen dieser organisatorischen Schwäche spiegeln sich in den Berichten der Deportierten wider: Auf einen kompetenten Funktionär kamen zahlreiche, die ihre Unfähigkeit durch Arroganz, Grausamkeit und Borniertheit wettzumachen versuchten. »Die zu Kadern beförderten ›Alten‹ waren völlig unfähig. Sie setzten die revolutionären Grundsätze falsch um oder gaben schiefe Erläuterungen ab. Diese Inkompetenz förderte die Verblödung der Roten Khmer.«[656] Allem Anschein nach verlangte die uneingestandene Schwäche und die resultierende Unsicherheit der Machthaber eine Verschärfung des Terrors, die noch mehr Sympathien kostete, so daß mit weiterem Terror reagiert werden mußte, usf. Diese Spirale der Gewalt erklärt die allgemeine Verunsicherung, das ständige Mißtrauen und die Zukunftsängste, die die gesamte Gesellschaft traumatisierte. Dies alles spiegelt sich in der Isolation der Führungsspitze von Staat und Partei wider: Da überall »Verräter« lauerten, durfte man »bei einer Verhaftung stets einen Fehler begehen, aber nie bei einer Freilassung«, so ein Slogan der Roten Khmer[657]: eine Aufforderung zur blindwütenden Unterdrückung. Pin Yathay faßt den Teufelskreis der Gewalt so: »Die Roten Khmer fürchteten, den Haß des Neuen Volkes zu entfesseln, sobald der Druck des repressiven Apparates etwas nachließ. Besessen von der Idee einer möglichen Revolte, hatten sie beschlossen, uns die angebliche Auflehnung büßen zu lassen. Permanente Angst regierte. Wir hatten Angst vor ihren Verfolgungen. Sie hatten Angst vor einer Volkserhebung. Und zugleich fürchteten sie die ideologischen und politischen Winkelzüge ihrer Kampfgenossen …[658] War diese Furcht vor Aufständen gerechtfertigt? Es gibt keinen Hinweis auf häufige Revolten[659], und alle, die ausbrachen, wurden sofort mühelos und... grausam niedergeschlagen. Doch brach sich der Haß der Sklaven des Systems bei der ersten Gelegenheit, zum Beispiel bei einer

Destabilisierung der lokalen Führung durch eine Säuberung, sofort wieder Bahn, worauf der Terror noch heftiger wütete.

Einige Aufstände wurden durch Verzweiflung, andere durch irrsinnige Gerüchte ausgelöst. Eine einfache Form des Widerstandes äußerte sich beispielsweise auf Baustellen, wenn aus der Dunkelheit heraus einem Soldaten der Roten Khmer höhnische Worte zugerufen wurden.[660] Die Berichte der Zeitzeugen erwecken im allgemeinen den Eindruck, als seien die »Neuen« in den Arbeitsbrigaden recht offen miteinander umgegangen; bei Mundraub oder heimlichen Pausen wurde Stillschweigen bewahrt, und Denunziationen waren selten: Das Spitzelwesen arbeitete offenbar ziemlich ineffizient, eine Bestätigung für die unüberbrückbare Kluft zwischen den Funktionären und den »75ern«. Die Lösung wurde in der Aufrechterhaltung einer Atmosphäre des Kriegszustandes und schließlich im Krieg selbst gesehen - eine altbewährte Methode. Bezeichnend waren typische Slogans wie: »Die eine Hand hält die Hacke, die andere schlägt den Feind.«[661] Oder: »Mit Wasser zieht man Reis, mit Reis führt man Krieg.«[662] Die Roten Khmer hätten es nicht besser ausdrücken können: Da ihre Herrschaft Reis zur ständigen Mangelware machte, verloren sie auch den Krieg.

Ein Völkermord?

An dieser Stelle geht es darum, die Verbrechen der Roten Khmer zu klassifizieren. Dies ist ein Anliegen der Wissenschaft: Der kambodschanische Terror soll seinen Platz innerhalb der Schrecken dieses Jahrhunderts und innerhalb der Geschichte des Kommunismus zugewiesen bekommen. Das ist zugleich auch eine juristische Notwendigkeit: Nicht wenige aus der Führungsriege der KPK führen noch heute ein aktives Leben. Muß man sich damit abfinden, daß sie noch immer auf freiem Fuß sind? Wenn nicht, unter welchen Anklagen können sie abgeurteilt werden?[663]

Daß Pol Pot und seine Führungsclique Kriegsverbrechen begangen haben, ist offenkundig: Die Gefangenen der republikanischen Armee wurden systematisch mißhandelt, viele exekutiert, und diejenigen, die im April 1975 ihre Waffen abgegeben hatten, anschließend unerbittlich verfolgt. Ebenso eindeutig nachweisbar sind Verbrechen gegen die Menschlichkeit: Ganzen soziale Gruppen, denen das Existenzrecht abgesprochen wurde, fielen einem Vernichtungsfeldzug zum Opfer. Und die kleinste Abweichung von der offiziellen politischen Linie, ob tatsächlich oder mutmaßlich, wurde mit dem Tod bestraft. Probleme bereitet dagegen der Vorwurf des Völkermordes. Wörtlich genommen, führt diese Anschuldigung in eine etwas absurde Diskussion: Der Begriff des Völkermordes bezieht sich auf nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppen. Da nicht alle Khmer von der systematischen Ausrottung bedroht waren, konzentriert sich die Aufmerksamkeit hier auf die ethnischen Minderheiten und auf die buddhistische

Geistlichkeit. Allerdings stellt dieser besonders betroffene Bevölkerungskreis nur einen beschränkten Teil der Opfer des Systems dar. Auch ist die Behauptung umstritten, die Roten Khmer hätten vor allem Minderheiten unterdrückt; sicher gilt dies lediglich für die Vietnamesen seit 1977, wobei zu dieser Zeit nur noch sehr wenige in Kambodscha lebten. Die Cham wurden hingegen vor allem wegen ihres muslimischen Glaubens verfolgt, weil er der offiziellen Politik im Weg stand. Einige Autoren haben das Problem des Genozids durch die Einführung des Begriffs *Politizid*[664] zu lösen versucht, den sie, grob, als Völkermord auf politischer Basis definieren (ebenso könnte man von einem »Soziozid«, einem Genozid auf sozialer Grundlage, sprechen). Bei dieser etwas gewundenen Lösung erhebt sich allerdings die Frage, ob das Verbrechen juristisch auf die gleiche Weise zu bewerten sei wie der Genozid. Wenn ja - und die Autoren wollen dies offenbar so verstanden wissen -, dann fragt sich, ob man der Klarheit halber nicht weiter den ursprünglichen Begriff gebrauchen sollte. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Diskussion vor Verabschiedung der Völkermord-Konvention durch die UNO: Bei der Erörterung um die verschiedenen Spezifikationen des Verbrechens hat sich lediglich die UdSSR - aus durchsichtigen Gründen - einer Aufnahme des Adjektivs »politisch« widersetzt. Die Lösung bringen sollte dagegen vor allem der Ausdruck *rassisch* (der weder die Ethnie noch eine Nation bezeichnet): Doch hat sich der Begriff der Rasse dank neuerer Erkenntnisse als eine Schimäre herausgestellt, die nur in den Augen derer existiert, die zwanghaft an ihm festhalten wollen. In Wahrheit existiert eine jüdische ebensowenig wie eine »bourgeoise Rasse«. Gleichwohl sind für die Roten Khmer wie übrigens auch für die chinesischen Kommunisten einige soziale Gruppen generell und von Natur aus kriminell. Und ihr »Verbrechen« überträgt sich zudem auf Ehepartner und via Erblichkeit der (sozialen) Charaktere auf die Nachkommen. Hier nähern sich die Roten Khmer der Logik Lyssenkos an. Mit Recht kann man folglich von einer *Übertragung der Rassenideologie* auf soziale Gruppen sprechen: Deren physische Vernichtung läßt sich somit als einen Genozid begreifen, der in Kambodscha systematisch betrieben wurde. So sagte ein Arbeiter der Roten Khmer zu Y Pandara anläßlich des 17. April: »Im Namen der Städter wurde das Regime des Verräters Lon Nol unterstützt. [...] Unter euch gibt es viele Verräter. Wachsam hat die kommunistische Partei einen Großteil vernichtet. Die noch leben, arbeiten auf dem Land. Sie haben nicht mehr die Kraft, sich gegen uns zu erheben.«[665]

Millionen von Kambodschanern hat das Trauma der »Ära Pol Pot« eine nicht heilende Wunde geschlagen. 1979 waren 42% der Kinder Waisen, dreimal so oft vom Vater als von der Mutter. 7 % hatten beide Elternteile verloren. 1992 war die familiäre Situation bei den Jugendlichen am dramatischsten: 64% Waisen.[666] Dieses Fehlen der familiären Geborgenheit ist die Ursache für einen Teil der drängenden sozialen Probleme im heutigen Kambodscha, die in Südostasien nirgendwo Ihresgleichen finden: eine er-

drückende Kriminalität oft mit Gewaltverbrechen (Feuerwaffen sind überall verbreitet), allgemeine Korruption, fehlender Respekt vor jedweder Autorität, mangelnde Solidarität und auf allen gesellschaftlichen Ebenen das Fehlen von jeder Art Gemeinsinn. Die Hunderttausende von Flüchtlingen im Ausland (150000 allein in den USA) sind durch die Ereignisse noch immer traumatisiert: häufige Alpträume, die höchste Rate an Depressionen von allen Indochina-Flüchtlingen, völlige Vereinsamung vor allem der Frauen, die ihre Männer verloren haben und alleine ins Land kamen.[667] Trotzdem ist die Lebensenergie der kambodschanischen Gesellschaft ungebrochen: Als 1985 die letzten Überbleibsel der ländlichen Kooperativen aufgegeben und so die Erträge gesteigert wurden, verschwand die Lebensmittelknappheit fast über Nacht.[668]

Was die Verantwortung an der Diktatur der Roten Khmer angeht - diese perverse Versuchsanstalt des Kommunismus -, so darf man den Kambodschanern, die ein berechtigtes Bedürfnis nach Normalität haben, die Bewältigung dieser entsetzlichen Vergangenheit nicht allein aufbürden. Die Weltgemeinschaft, die ihre Henker so oft und noch zu einem so späten Zeitpunkt hofiert hat, ist hier ebenfalls in der Pflicht.

Schlußfolgerung

In Asien, und fast nur noch dort, gibt es noch immer kommunistische Regime. Aber gibt es auch einen *asiatischen Kommunismus* in dem Sinne, wie es einen osteuropäischen Kommunismus gegeben hat? In Europa und in gewisser Weise auch in Jugoslawien, ja sogar Albanien (und anderswo) hatten diese Regierungen zumindest den gleichen »großen Bruder« gemein. Mit den Auflösungserscheinungen der UdSSR brachen praktisch alle gleichzeitig zusammen (selbst in Jugoslawien und Albanien), worauf der große Bruder ebenfalls zu Grabe getragen wurde. In Asien findet man ähnliche Beziehungen nur zwischen Vietnam und Laos, deren Geschicke noch immer eng miteinander verknüpft erscheinen. Ansonsten fällt auf, daß diese Länder bei der Eroberung und Konsolidierung der Macht jeweils ihren eigenen Weg gingen, auch wenn Nordkorea zur Zeit Stalins eine Art Volksdemokratie war und das Auftauchen der Volksbefreiungsarmee an den Grenzen Tonkings für den Vietminh die Wende zum Sieg bedeutete. In Asien gab es niemals einen kommunistischen »Block«, höchstens im Wunschdenken Pekings: Es fehlten die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit, der Austausch von Funktionären im großen Stil, die gemeinsamen Kaderschulen und vor allem die diskreten Beziehungen zwischen den militärisch-politischen Apparaten. Entsprechende Versuche blieben beschränkt und von kurzer Dauer (wiederum mit Ausnahme von Laos und dem »großen Bruder« Vietnam): zwischen China und Nordkorea während und kurz nach dem Koreakrieg, zwischen China und Vietnam in den fünfziger Jahren, zwischen China und dem Kambodscha Pol Pots und schließlich zwischen Vietnam und dem Kambodscha der achtziger Jahre. In Asien gibt es fast nur *nationalistisch* geprägte kommunistische Regime, die vor allem über eine eigenständige Landesverteidigung verfügen (außer Laos...), auch wenn die chinesische (und zuweilen auch sowjetische) Hilfe mehrfach zentrale Bedeutung hatte. Nur in Asien brachen Ende der siebziger Jahre Kriege aus, die »100%ig kommunistisch« waren: zwischen Vietnam und Kambodscha und bald darauf zwischen Vietnam und China. Schwerlich findet man auf der Welt, was das Bildungswesen, die Propaganda und die Darstellungsweise von Geschichte angeht, nationalistischere, ja chauvinistischere Regime als in den kommunistischen Ländern Asiens, die allesamt aus dem Kampf gegen den ausländischen Imperialismus hervorgingen. Zumindest hierin liegt eine Gemeinsamkeit. Das Problem besteht darin, daß dieser kommunistische Nationalismus sich häufig gegen ein kommunistisches Nachbarland richtet.

Verblüffende Ähnlichkeiten stellt man indes fest, wenn man sich eingehend mit den Details der jeweiligen Politik (vor allem der der Unterdrükkung, um die es hier geht) befaßt; auf die zahlreichen Gemeinsamkeiten ist in den vorangegangenen Kapiteln hingewiesen worden. Vor einer Rekapitulierung der wichtigsten empfiehlt sich ein Vergleich zwischen den *Chronologien* der einzelnen Regime. In Europa vollzogen sich die großen Etappen

der kommunistischen Politik in den einzelnen Länder jeweils eng an die der anderen gekoppelt, mit der Ausnahme Albaniens und in geringerem Umfang Rumäniens und Jugoslawiens. In Asien liegen zunächst die Anfänge der Regime - zwischen 1945 und 1975 - zeitlich weit auseinander: ebenso die jeweiligen Agrarreformen und die Kollektivierungen, bei denen es im Falle Vietnams zudem den Unterschied zwischen Nord und Süd gibt. Allerdings folgen beide Etappen in allen Ländern kurz auf die Übernahme der Macht (höchstens sieben Jahre - im Fall Chinas - für den gesamten Prozeß). Auf politischer Ebene zeigt die KP in der Phase der Machtergreifung nie ganz offen ihr Gesicht. Der Anschein einer »Einheitsfront« wird nach der Machtergreifung eine Zeitlang aufrechterhalten (acht Jahre in China), und sei es auch nur dazu, wie im Falle Kambodschas bis 1977 die Existenz der Partei zu verschleiern. Während die Kommunisten *vorher* viele mit dem Versprechen einer pluralistischen Demokratie täuschen können (vor allem in Vietnam trägt dies zu ihrem Erfolg bei), lassen sie *nachher* rasch die Maske fallen: So weht in einem Gefangenenlager für südvietnamesische Soldaten, die bis zum 30. April einigermaßen korrekt verköstigt und gekleidet und nicht zu Schwerarbeit gezwungen wurden, nach der »Befreiung« sofort ein anderer Wind: drastisch reduzierte Lebensmittelrationen, eine Verschärfung der Disziplin und Zwangsarbeit. Und so die Begründung der Lagerleiter: »Bis jetzt habt ihr vom Status der Kriegsgefangenen profitiert [...] Jetzt ist das ganze Land befreit, wir sind die Sieger, ihr die Besiegten. Ihr müßt euch glücklich schätzen, daß ihr noch am Leben seid! Nach der Revolution von 1917 wurden alle Besiegten eliminiert.«[669] Die verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte innerhalb der Einheitsfront (vor allem Intellektuelle und »nationale« Kapitalisten) sind bei der Errichtung der Diktatur mit voller Härte vom Scherbengericht und der Repression betroffen.

Betrachtet man die Entwicklung in den einzelnen Ländern indes genauer, zeigen sich gewisse Unterschiede. So hat die politische Entwicklung Nordkoreas seit Ende der fünfziger Jahre einen eigenen Rhythmus, wobei das Land als Auslaufmodell des Stalinismus seit langem in eine vollständige Isolation geraten ist. Die chinesische Kulturrevolution findet keine Nachahmer. Pol Pot erringt seinen Sieg kurz vor der Entmachtung Jiang Qings und strebt den Großen Sprung vierzehn Jahre nach dessen Aufgabe in China an. Andererseits wird das Zeitalter Stalins überall dort, wo eine KP an der Macht ist, ebenfalls von Säuberungen und dem Aufbau einer Staatssicherheit begleitet. Die Schockwelle des XX. Parteitages führt überall zu Ansätzen einer politischen Liberalisierung, die fast sogleich einer erneuten Verschärfung der Repression und auf wirtschaftlicher Ebene übertrieben ehrgeizigen und utopischen Zielsetzungen weichen: der Große Sprung in China, seine vietnamesische und nordkoreanische *(chollima)* Entsprechungen. Außer in Nordkorea sind die achtziger und neunziger Jahre durch eine wirtschaftliche Liberalisierung gekennzeichnet: In Laos und in Südvietnam folgt sie rasch auf die nie ganz abgeschlossenen Kollektivierungsmaßnah-

men. Die wirtschaftlichen Reformen führen rascher als oft vorhergesagt auch zu einer politischen Normalisierung und Lockerung, eine Entwicklung, die allerdings kontrastreich, widersprüchlich und unvollständig verläuft. Außer in Pjöngjang gehören Terror gegen die Massen und politische Gleichschaltung der Erinnerung an, sitzen in den Gefängnissen nicht mehr politische Gefangene als in einer durchschnittlichen Diktatur Südamerikas: Nach Amnesty International gingen die Zahlen in Laos von 6000 bis 7000 im Jahre 1985 auf 33 im März 1991 zurück, ähnliche Rückgänge sind auch in Vietnam und China zu verzeichnen. So gibt es in unserem Zeitalter trotz allem auch positive Neuigkeiten, und die Entwicklung beweist ganz nebenbei, daß die kommunistischen Regime Asiens wie einst die in Europa auch ohne den Massenmord auskommen können. Um auf das zentrale Thema dieses Buches zurückzukommen: Auch Asien kannte ein Zeitalter des *Terrors,* das oft allzulange dauerte (bis um 1980) und sich hier wie überall in Greueln und Verbrechen niederschlug. Heute ist der Terror einer gewöhnlichen, hauptsächlich selektiven und der Abschreckung dienenden Unterdrückung gewichen, während Maßnahmen zur Umerziehung auf dem Rückmarsch sind.

Der Schlüssel zum Verständnis dieser zeitlichen Übereinstimmungen -sie überwiegen gegenüber den Unterschieden - liegt seit 1956 eher in Peking als in Moskau. Für sie verantwortlich ist letztlich der XX. Parteitag der KPDSU, der als Schock wirkte: Mao Zedong, Ho Chi Minh und Kim II Sung betrachteten ihn ebensosehr als Bedrohung wie der Parteisekretär der französischen KP Maurice Thorez, was den besonderen Mut Chruschtschows beweist.

Die chinesische Parteizentrale war, zumindest seit ihren Anfängen in Yanan, für die Kommunisten ganz Asiens zu einem Mekka geworden. Andererseits genoß Stalins UdSSR gewaltiges Ansehen, wozu auch deren bedeutende wirtschaftliche und militärische Mittel beitrugen. Mit der chinesischen Intervention in Korea und später mit Chinas massiver Unterstützung für den Vietminh deutete sich hier eine Wende an, doch stellte sich Mao 1956 an die Spitze eines faktisch »antirevisionistischen« Lagers, zu dem sich von da an auch die Bruderstaaten Asiens zählten. Die Auswüchse der Kulturrevolution schwächten den chinesischen Einfluß. Die militärische Notwendigkeit trieb Vietnam seit Mitte der sechziger Jahre in ein Zweckbündnis mit der UdSSR. Aber die Chronologie galt auch hier: Die Anstöße kamen regelmäßig aus China und wurden häufig bis in kleinste Detail nachgeahmt. Wenn alle kommunistischen Regime eine Art unverkennbarer Familienähnlichkeit aufwiesen, so handelte es sich bei den Systemen in Asien um einen Klon, zum Beispiel im Hinblick auf die vietnamesische und die chinesische Agrarreform.

Daß der von Chruschtschow geliebte »Gulaschkommunismus« für die kommunistischen Regime Asiens, zumindest bis zu Beginn der achtziger Jahre, so unattraktiv blieb, hatte zwei Gründe: Zum einen befanden sie sich

noch immer in der Phase der Revolutionskriege, zum anderen stellten sie in seltenem Maße *Ideokratien* dar, Systeme, in denen der Ideologie eine alles beherrschenden Bedeutung zukam. In der konfuzianischen Tradition der »Ausrichtung der Namen« (und in dieser Tradition stehen alle erwähnten Länder außer Kambodscha) hat sich die Realität dem Wort zu beugen. Im Strafrecht zählen nicht die Taten, sondern die gefällten Urteile und das Etikett, das dem Täter angeheftet wird - wobei hinter beidem Überlegungen stehen, die mit der Straftat eigentlich nichts zu tun haben. Mehr als durch die gute Tat werden die Gemüter durch das richtige Wort befriedigt. Daher die beiden Aspekte der kommunistischen Systeme Asiens: eine auf die Spitze getriebene Ideologisierung, aber auch Voluntarismus. Der erste Aspekt entspringt einer Klassifizierungs- und Umstrukturierungswut, aus einer Kombination aus konfuzianischem Denken und einer revolutionären Vision von der totalen gesellschaftlichen Erneuerung. Der zweite, der für die Perspektive einer noch globaleren Weltveränderung steht, stützt sich auf die ideologische Schulung der Massen, denen das »richtige Gedankengut« eingeimpft werden muß. Erwähnt wurden jene Rededuelle, die gewonnen wurden, wenn der Gegner mit einem Maozitat ausgestochen wurde. Der Große Sprung nach vorn war auch eine Festveranstaltung der Worte. Aber diese Wirklichkeitsfremdheit der Asiaten hat ihre Grenzen: Es wird durchaus bemerkt, wenn die Realität sich den Worten widersetzt. Und wenn das Scheitern der Ideologie und die von ihr ausgelösten Katastrophen erkannt sind, dann gilt nur noch das Wort des ideologiefeindlichen Pragmatikers Deng Xiaoping: »Ganz gleich, ob die Katze schwarz oder grau ist, wenn sie nur Mäuse fängt.«

Aber die eigentliche Besonderheit des asiatischen Kommunismus liegt wohl darin, daß es gelungen ist, die auf die Spitze getriebene Ideologisierung und den Voluntarismus - Ähnlichkeiten gibt es zum Beispiel in der stalinistischen UdSSR - von der Partei auf die gesamte Gesellschaft zu übertragen. Auch hier stützte er sich auf zwei sich ebenfalls ergänzende Traditionen. Im chinesisch beeinflußten Asien (neben China selbst Vietnam und Nordkorea) ist ein Auseinanderklaffen zwischen der Kultur der Eliten und der Volkskultur, wie man sie im Westen beobachtet, lange Zeit unbekannt gewesen: Von der herrschenden Klasse ausgehend, prägte der Konfuzianismus in weitgehend unentstellter Form das ganze Land bis in die entlegensten ländlichen Gebiete. Und dies galt seit Beginn dieses Jahrtausends selbst für einen so irrsinnigen Brauch wie den, Frauen die Füße einzubinden. Im übrigen war der Staat hier niemals eine zusammenhängende, von der Gesellschaft abgetrennte und auf einem Rechtssystem beruhende Institution. Im Gegensatz zu dem Erscheinungsbild, das sich die chinesisch geprägten Monarchien oft zu geben versuchten, fehlten ihnen fast stets die meisten förmlichen Instrumente zur Durchsetzung ihrer Autorität, die die Königreiche im Abendland seit dem ausgehenden Mittelalter besaßen.[670] Sich an der Macht halten und herrschen konnten sie nur durch den Konsens der Unter-

tanen, der weder durch eine demokratische Konsultation noch über einen institutionalisierten Schiedsspruch zur Vermittlung divergierender Interessen erreicht wurde. Hinter ihm stand vielmehr ein allseits verbreitetes, tief verwurzeltes Wertesystem, das den familiären und zwischenmenschlichen Bereich einschloß: ziemlich genau das, was Mao als die »Massenlinie« bezeichnet hat. Der sittliche (oder ideologische) Staat hat in Ostasien eine lange und reichhaltige Tradition. An sich arm und schwach, erringt dieser Staat, wenn er alle gesellschaftlichen Gruppen, die Familie und das Individuum für seine Werte und Ideale gewinnen kann, eine unerhörte, fast unbegrenzte Macht - vergleichbar den Gewalten der Natur, Maos unerbittlicher Feindin während des Großen Sprungs. Der asiatische Kommunismus versuchte sich folglich an der Schaffung einer durch und durch *ganzheitlichen* Gesellschaft, was ihm für begrenzte Augenblicke (die überall vorüber sind) tatsächlich auch gelang. So kann sich beispielsweise ein zum Aufseher berufener vietnamesischer Gefangener im Recht glauben, wenn er seinen renitenten Mitgefangenen anbrüllt: »Du widersetzt dich dem Aufseher der Revolution. Also widersetzt du dich der Revolution!«[671] In diesem Zusammenhang ist auch das ungewöhnlich geduldige und hartnäckige Bestreben zu sehen, alle bis zum letzten Gefangenen einschließlich der französischen Eliteoffiziere zu Trägern und Verkündern der Botschaft der Partei zu machen. Während die russische Revolution es nicht vermochte, die Gräben zwischen dem »Ihnen« und »Uns« zuzuschütten, konnte die Kulturrevolution eine Zeitlang vielen Glauben machen, daß auch sie Staat und Partei angehörten: So beanspruchten oftmals nicht zur KP gehörige Rote Garden für sich das Recht, über Parteiausschlüsse zu entscheiden. Kritik, Selbstkritik, endlose Versammlungen zur »Diskussion« und die Durchsetzung kanonischer Texte waren auch unter dem osteuropäischen Kommunismus bekannt, aber dies alles blieb für gewöhnlich auf die Sphäre der Partei beschränkt. In Asien wurden die gleichen Normen auf alle ausgeweitet.

Für die Formen der Unterdrückung hat dies zweierlei bedeutende Konsequenzen. Die augenfälligste ist das Fehlen - darauf wurde mannigfach hingewiesen - von jeder auch nur formellen Berufung auf Recht, Gesetz und Justiz: alles ist politisch und nur politisch. So markierte das sehr späte Erscheinen eines Strafgesetzbuchs (1979 in China, 1986 in Vietnam) denn auch *de facto* das Ende des Terrors. Als zweite Konsequenz zeichneten sich die großen Wellen der Repression stärker noch als durch ihre Blutigkeit durch ihren *generalisierenden* Charakter aus: Sie trafen entweder die gesamte Gesellschaft oder besonders große gesellschaftliche Gruppen in der Gesamtheit (Bauern, Städter, Intellektuelle etc.). Das Regime Deng Xiaopings räumte ein, daß unter der Kulturrevolution zehn Millionen Chinesen verfolgt worden seien - eine nicht nachprüfbare Anzahl. Aber sie kostete wahrscheinlich nicht mehr als eine Million Tote. Bei den stalinistischen Säuberungen sah dieses Verhältnis ganz anders aus. Warum gleich töten, wenn man so effizient terrorisieren kann? Die Effizienz des Terrors vermag

auch die Häufigkeit von *Selbstmorden* unter den politischen Todesopfern zu erklären: Angesichts der Heftigkeit der Kampagnen, an der Arbeitskollegen, Freunde, Nachbarn und selbst die Familie beteiligt waren, gerieten viele Betroffene in eine unerträgliche Situation, in der der Tod als einzig möglicher Ausweg erschien.

Allerdings stoßen diese Erklärungen auf Grenzen: Sie gelten nicht für Kambodscha (und in wesentlich geringerem Umfang für Laos). Kambodscha erfuhr niemals eine konfuzianische Prägung, seine politische Tradition ist sehr viel stärker durch Indien als durch China beeinflußt. Muß man in der kambodschanischen Schreckensherrschaft, die blind gegen alle und alles wütete und die nur dieses Land in solchen Ausmaßen erlebte, das verzweifelte Bemühen einer Staatsführung sehen, die chinesisch-vietnamesischen Rezepte auf eine hierauf völlig unvorbereitete Gesellschaft zu übertragen? Sicher ist man hier auf der richtigen Fährte, doch muß man sich auch eingehend mit den äußeren Umständen befassen, die zu dieser - zum Glück einzigartigen - Entwicklung geführt hatten.

Es war unser Anliegen, die Besonderheiten des asiatischen Kommunismus (zumindest in der chinesisch geprägten Welt) herauszuarbeiten. Dessen enge Beziehungen zum Weltkommunismus und zum tonangebenden Sowjetsystem mag der Leser des ganzen Buches viel bequemer selbst entdekken. Viele der hier herausgehobenen Erscheinungen (das »unbeschriebene Blatt«, diese Sehnsucht nach einem absoluten Neuanfang, nach der Tabula rasa) findet man leicht auch bei anderen kommunistischen Systemen wieder. Allerdings wirft die schon jetzt völlig unterschiedliche Entwicklung der kommunistischen Systeme in Europa und in Asien die Frage nach den strukturellen Unterschieden von Varianten einer globalen Erscheinung auf.

Teil Fünf

Die Dritte Welt

von Pascal Fontaine, Yves Santamaria
und Sylvain Boulouque

1

Lateinamerika: Heimsuchungen des Kommunismus

von Pascal Fontaine

Kuba: Der fast nicht endende tropische Totalitarismus

Die Politik auf der größten Insel der Karibik hat seit Anfang des Jahrhunderts einen stürmischen Verlauf genommen, der von demokratischen und sozialen Bewegungen geprägt wurde. Schon 1933 hatte ein Militärputsch unter Führung des Unteroffiziers Fulgencio Batista die Diktatur Gerardo Machados gestürzt. Als Armeechef berief und entließ Batista dann 20 Jahre lang die Führer einer sozial orientierten und gegen amerikanische Einmischungen gerichteten Regierung. Nachdem er 1940 zum Staatspräsidenten gewählt worden war, verkündete er eine liberale Verfassung. 1952 führte Batista einen letzten Staatsstreich und unterbrach den demokratischen Prozeß, dessen Symbol die für jenes Jahr vorgesehenen freien Wahlen waren. Er regierte, indem er sich mal auf die eine, mal auf die andere politische Partei stützte, darunter die sozialistische Volkspartei (PSP) - eigentlich die kommunistische Partei Kubas.

Unter Batista verzeichnete die Insel einen deutlichen Wirtschaftsaufschwung, doch verteilte sich der Reichtum sehr ungünstig.[1] Insbesondere bestand ein großes Ungleichgewicht zwischen den benachteiligten ländlichen Gebieten und den Städten, die eine gute Infrastruktur aufwiesen und vom schnellen Geld der italo-amerikanisch geprägten Unterwelt dominiert wurden - 1958 zählte man in Havanna 11 500 Prostituierte. Korruption und Geschäftemacherei waren Kennzeichen der Ära Batista, und nach und nach ging der Mittelstand auf Distanz zum Regime.[2] Unter Führung von Jose Antonio Echeverria bildeten die Studenten ein revolutionäres Studentendirektorium, das eine bewaffnete Gruppe unterstützte und im März 1957 den Präsidentenpalast angriff. Der Überfall schlug völlig fehl. Echeverria wurde getötet, das Direktorium zerschlagen. Doch am 26. Juli 1957 griff eine andere Studentengruppe die Moncada-Kaserne an. Mehrere dieser Studenten wurden getötet und einer ihrer Führer, Fidel Castro, verhaftet. Er wurde zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt, aber bald freigelassen. Er ging nach

Mexiko und gründete eine Guerillabewegung, die »Bewegung 26. Juli«, die im wesentlichen aus jungen Liberalen bestand. Der bewaffnete Kampf zwischen Batista und den »barbudos« (den Bärtigen) sollte 25 Monate dauern.

Die Unterdrückung durch das Regime war brutal und forderte Tausende von Opfern.[3] Davon waren die Verbindungen der Stadtguerilla am meisten betroffen; sie verzeichneten Verluste von 80%, während es bei den Guerillagruppen in der Sierra 20% waren. Am 7. November 1958 begann Ernesto Guevara an der Spitze eines Zuges von Guerilleros den Marsch auf die Hauptstadt Havanna.

Am 1. Januar 1959 flohen Batista, wie auch die führenden Persönlichkeiten seiner Regierung. Rolando Masferrer, Chef der »die Tiger« genannten unheilschwangeren Sonderpolizei, und Esteban Ventura, Chef der Geheimpolizei - zwei Folterer -, gelangten nach Miami. Der Führer des Gewerkschaftsverbands CTC (Confederacion de Trabajadores Cubanos), Eusebio Mujal, der mit Batista zahlreiche Vereinbarungen getroffen hatte, hielt es für angemessen, in der argentinischen Botschaft Zuflucht zu suchen. Der leichte Sieg der Guerilleros überdeckte die Rolle, die andere Bewegungen beim Sturz Batistas gespielt hatten. Tatsächlich hatte die Guerilla lediglich kleinere Kämpfe ausgefochten. Batista wurde vor allem deshalb besiegt, weil er als Folge des Terrorismus in den Städten die Kontrolle über Havanna verloren hatte. Auch das amerikanische Waffenembargo wirkte sich zu seinem Nachteil aus.

Am 8. Januar 1959 marschierten Castro und die »barbudos« im Triumphzug in die Hauptstadt ein. Vom Augenblick der Machtergreifung an waren das Gefängnis La Cabafia in Havanna und das in Santa Clara Schauplatz von Massenhinrichtungen. Der Auslandspresse zufolge forderte diese Massensäuberung unter den Batista-Anhängern in fünf Monaten 600 Opfer. Die Sondertribunale wurden ausschließlich zur Verkündung der Urteile organisiert. »Die Art der Prozesse und die Grundsätze, auf denen das Recht aufgebaut wurde, waren vielsagend: Der totalitäre Charakter des Regimes war darin von Anfang an festgeschrieben«, stellt Jeannine Verdes-Leroux fest.[4] Gerichtsverfahren werden zum Schein und in Volksfestatmosphäre abgewickelt: Eine Menge von 18 000 Menschen »verurteilt« im Sportpalast den des mehrfachen Mordes angeklagten Kommandeur und Batista-Anhänger Jesus Sosa Blanco, indem sie den Daumen nach unten hält. Er schreit auf: »Das ist wie im alten Rom!« Er wird erschossen.

In der Sierra hatte Castro 1957 dem Journalisten Herbert Matthews von der *New York Times* in einem Interview erklärt: »Die Macht interessiert mich nicht. Nach dem Sieg will ich in mein Dorf zurückkehren und wieder meinen Anwaltsberuf aufnehmen.« Diese Absichtserklärung war sicherlich geheuchelt. Sie wurde von der Politik, die er verfolgte, unmittelbar dementiert. Gleich nach der Machtergreifung unterminierten heftige innere Kämpfe die junge Revolutionsregierung. Am 15. Februar 1959 trat Ministerpräsident

Miro Cardona zurück. Castro, der bereits Armeechef war, trat an seine Stelle. Im Juni beschloß er, das Vorhaben freier Wahlen zu annullieren, deren Durchführung binnen 18 Monaten zuvor versprochen worden war. Vor den Einwohnern Havannas rechtfertigte er seine Entscheidung so: »Wahlen? Wozu?« Damit verneinte Castro einen grundlegenden Programmpunkt der Anti-Batista-Bewegung und perpetuierte eine vom gestürzten Diktator geschaffene Situation. Außerdem hob er die die Grundrechte garantierende Verfassung von 1940 auf und regierte ausschließlich per Dekret, bis er 1976 eine von der sowjetischen inspirierte Verfassung einführte. Wichtig war ihm auch die Verkündung zweier Gesetzestexte, der Gesetze Nr. 54 und 53 (bezüglich des Gesetzes über Vereinigungen), die die Koalitionsfreiheit beschränkten.

Castro, der damals eng mit den ihm Nahestehenden zusammenarbeitete, war darauf aus, die an der Regierung beteiligten Demokraten auszuschalten. Dabei stützte er sich auf seinen Bruder Raul Castro (Mitglied des PSP, also der KP) sowie auf den entschieden sowjetfreundlich eingestellten Guevara. Ab Juni 1959 trat der Gegensatz zwischen Liberalen und Radikalen deutlich hervor. Anlaß war die Diskussion über die am 17. Mai ausgerufene Agrarreform. Das ursprüngliche Projekt sollte mit Hilfe einer Landverteilung mittelständischen Grundbesitz schaffen. Castro entschied sich für eine radikalere Politik, die unter der Ägide des Instituto nacional de reforma agraria (INRA) durchgeführt wurde. Das INRA wurde orthodoxen Marxisten anvertraut, Castro sein erster Präsident. Mit einem Federstrich annullierte er den vom Landwirtschaftsminister Humberto Sori Marin vorgelegten Plan. Um die Agrarreform zu beschleunigen, befahl Castro im Juni 1959 der Armee, die Kontrolle über 100 Landgüter in der Provinz Camagüey zu übernehmen.

Die schwelende Krise brach im Juli 1959 erneut aus, als Staatspräsident Manuel Urrutia zurücktrat, ein ehemaliger Untersuchungsrichter, der 1956 mutig für die »barbudos« eingetreten war. Bald wurde der Außenminister, Roberto Agramonte, durch Raul Roa ersetzt, einen Castristen der ersten Stunde. Der Sozialminister trat zurück, weil er ein Verdikt gegen Piloten mißbilligte, die eines Verbrechens an Zivilpersonen angeklagt worden waren.[5] Im Lauf des Jahres 1960 weitete sich die Krise aus: Im März brach Rupo Lopez Fresquet, Finanzminister seit Januar 1959, mit Castro, ging in die Opposition und später ins Exil. Ein weiteres Regierungsmitglied, Anres Suarez, verließ ebenfalls 1960 das Land für immer. Die letzten unabhängigen Zeitschriften verschwanden, das systematische Verhängen von Maulkörben erreichte sein Ziel. Am 20. Januar 1960 ging Jorge Zayas, Herausgeber der gegen Batista eingestellten Zeitung *Avance,* ins Exil. Im Juli verließ der Chefredakteur von *Bohemia,* Miguel Angel Quevedo, das Land. *Bohemia* hatte Castros Erklärungen während des Moncada-Prozesses abgedruckt. Nur die kommunistische Zeitschrift *Hoy* blieb übrig. Im Herbst 1960 wurden die letzten bekannten Persönlichkeiten der Opposition, Politiker und Militärs, verhaftet, so z.B. William Morgan oder Humberto Sori

Marin. Morgan, einst Kommandant in der Sierra, wurde Anfang 1961 erschossen.

Bald zogen sich die letzten Demokraten aus der Regierung zurück, so der Bauminister Manolo Ray[6] oder der Verkehrsminister Enrique Oltusky. Zu dieser Zeit erfolgte die erste große Welle des Auszugs: Fast 50000 Personen aus den Mittelschichten, die die Revolution unterstützt hatten, gehen ins Exil. Die Abwesenheit von Ärzten, Lehrern oder Anwälten sollte die kubanische Gesellschaft auf Dauer schwächen.

Nach dem Mittelstand wird die Arbeiterschaft Opfer der Unterdrückung. Die Gewerkschaften verhielten sich gegenüber dem neuen Regime und seinem Auftreten von vornherein störrisch. Einer ihrer bedeutendsten Führer war der für die Zuckergewerkschaften zuständige David Salvador. Als Linker hatte er mit dem PSP gebrochen, als die Partei sich weigerte, die Diktatur Batistas zu bekämpfen. 1955 hatte er die großen Streiks der Zuckermühlen organisiert. Er war verhaftet und gefoltert worden. Später hatte er den Streik vom April 1958 unterstützt, zu dem die Castristen der »Bewegung des 26. Juli« aufgerufen hatten. 1959 wurden Salvador nach seiner demokratischen Wahl zum Generalsekretär der CTC zwei Beigeordnete, Kommunisten der ersten Stunde, aufgedrängt, die nicht demokratisch gewählt worden waren. Zwar versuchte er, die Infiltration und Kontrolle der Gewerkschaftszentrale durch die Kommunisten zu verhindern, war aber schon im Frühjahr 1960 isoliert. Im Juni ging Salvador in den Untergrund. Nach seiner Verhaftung im August 1962 saß er zwölf Jahre Gefängnis ab. Somit war eine weitere wichtige Persönlichkeit des Widerstands gegen Batista ausgeschaltet. Schließlich erreichte Castro 1962, daß die Einheitsgewerkschaft CTC die Abschaffung des Streikrechts forderte: »Die Gewerkschaft ist kein Organ zur Durchsetzung von Forderungen«, präzisierte ein Parteiapparatschik.

Fidel Castro hatte nach der Verhaftung im Jahr 1957 seine Haut der Intervention des Erzbischofs von Santiago de Cuba, Perez Serantes, zu verdanken. Die Flucht Batistas nahm der Klerus mit Erleichterung auf. Einige Priester folgten den Guerilleros sogar in die Sierra. Aber die Kirche hatte sich gegen die umstandslosen Urteile des Batista-Regimes ebenso erhoben, wie sie die Verbrechen von Masferrers »Tigern« verurteilt hatte. Von 1959 an kritisierte die Kirche die kommunistische Infiltration. Castro nahm die Schweinebucht-Affäre[7] zum Vorwand, um die Zeitschrift *La Quincena* per Regierungsanordnung zu verbieten. Im Mai 1961 wurden alle religiösen Schulen geschlossen und ihre Gebäude beschlagnahmt, darunter auch das Jesuitenkolleg in Belen, das Fidel besucht hatte. Eingeschnürt in seine Uniform erklärte der Lider Máximo (»Oberster Führer«): »Die falangistischen Pfarrer sollen ihre Koffer packen!« Die Warnung war nicht umsonst, denn am 17. September 1961 wurden 131 Priester und Ordensleute ausgewiesen. Um zu überleben, mußte die Kirche sich auf sich selbst zurückziehen. Das Regime drängte die kirchlichen Institutionen an den Rand der Gesellschaft.

Zum Beispiel ließ es jeden Kubaner seinen Glauben offen bekennen, soweit er die Retorsionsmaßnahmen hinnahm, z. B. Verbot des Zugangs zur Universität oder zur Funktionärslaufbahn.

Ebenso hart wurden Kunst und Kultur von der Unterdrückung betroffen. Schon 1961 hat Castro die Rolle des Künstlers in der Gesellschaft definiert. Ein Schlagwort faßte seine Vorstellungen zusammen: »In der Revolution alles, außerhalb nichts!« Das Schicksal Eraesto Padillas illustriert hervorragend die Atmosphäre, in der kulturelles Leben auf Kuba stattfand. Der revolutionäre Schriftsteller verließ die Insel schließlich 1970 nach einer erzwungenen »Selbstkritik«. Nach zehn Jahren des Herumirrens nahm Reinaldo Arenas die über den Hafen von Mariel abgewickelte Massenauswanderung zum Anlaß, das Land ebenfalls für immer zu verlassen.

Che Guevara - die Kehrseite des Mythos

Fidel Castro bezog sich ständig auf die französische Revolution: Das jakobinische Paris hatte Saint-Just, das Havanna der Guerrilleros hatte seinen Che Guevara - eine lateinamerikanische Version Netschajews.

1928 als Sohn aus gutem Hause in Buenos Aires geboren, reist Ernesto Guevara schon als junger Mann kreuz und quer über den amerikanischen Subkontinent. Der durch chronisches Asthma geschwächte Bürgersohn beendet sein Medizinstudium nach einer Rundreise auf dem Mofa, die ihn von der argentinischen Pampa bis in die Dschungel Mittelamerikas führte. Anfang der fünfziger Jahre erlebt er die guatemaltekische Misere zur Zeit des progressistischen Regimes von Jacobo Arbenz, der von den Amerikanern gestürzt wird - Guevara lernt die Vereinigten Staaten hassen. »Aufgrund meiner ideologischen Ausbildung gehöre ich zu denen, die meinen, daß sich die Lösung für die Probleme dieser Welt hinter dem sogenannten Eisernen Vorhang befindet«, schreibt er 1957 einem Freund (Brief an Rene Ramos Latour, zitiert in: Jeannine Verdes-Leroux, *La Lune et le caudillo,* Paris 1989). 1955 trifft er eines Nachts in Mexiko einen jungen exilierten kubanischen Anwalt, der seine Rückkehr in die Heimat vorbereitet: Fidel Castro. Guevara beschließt, mit den Kubanern zu gehen, die im Dezember 1956 auf der Insel landen. Im Untergrund zum Kommandanten einer »Kolonne« ernannt, wird er rasch wegen seiner Härte bekannt. Ein Guerillero seiner Kolonne, ein Junge noch, der ein bißchen Nahrung gestohlen hat, wird sofort, ohne irgendeine Art von Prozeß, erschossen. Der »unbeirrbare Anhänger des Autoritarismus« - wie ihn sein ehemaliger Mitstreiter aus Bolivien, Regis Debray *(Loues soient nos seigneurs,* Paris 1996, S. 184) nannte -, der bereits eine kommunistische Revolution durchsetzen will, gerät mit mehreren wirklich demokratischen kubanischen Kommandanten aneinander.

Im Herbst 1958 eröffnet Guevara eine zweite Front in der Ebene von Las Villas im Zentrum der Insel. Er erringt einen glänzenden Sieg, als er in Santa Clara einen von Batista geschickten Verstärkungszug angreift: Die Soldaten verweigern den Kampf und fliehen. Nach dem Sieg übernimmt Guevara das Amt des »Anklägers« und entscheidet über Gnadengesuche. Auf jeden Fall

ist das Gefängnis La Cabana, in dem er amtiert, Schauplatz zahlreicher Hinrichtungen, insbesondere von ehemaligen Waffengefährten, die demokratisch blieben.

Als Industrieminister und Zentralbankdirektor hat Guevara Gelegenheit, seine politische Doktrin anzuwenden und Kuba das »sowjetische Modell« überzustülpen. Er verachtet das Geld, lebt aber in den Vierteln der Reichen in Havanna, ist Wirtschaftsminister, hat aber keine Ahnung von den elementarsten Wirtschaftsbegriffen. So ruiniert er schließlich die Zentralbank. Leichter fällt ihm die Einführung von »Sonntagen der freiwilligen Arbeitseinsätze« - eine Folge seiner Bewunderung für die Sowjetunion und China. Die Kulturrevolution wird Guevara begrüßen. Regis Debray (a.a.O., S. 185) hebt hervor: »Er, nicht Fidel, erfand 1960 das erste ›Lager für Besserungsarbeit‹ (wir würden ›Zwangsarbeit‹ sagen), das auf der Halbinsel Guanaha errichtet wurde.«

In seinem Testament lobt der Zögling der Schule des Terrors »den wirksamen Haß, der aus dem Menschen eine effiziente, starke, selektiv und kaltblütig vorgehende Tötungsmaschine macht« (Regis Debray, a. a. O., S. 186). »Ich kann nicht mit jemandem befreundet sein, der meine Ideen nicht teilt«, behauptet der Sektierer, der seinen Sohn aus Verehrung für Lenin Wladimir nennt. Dogmatisch, kalt und intolerant, ist der »Che« (wie sich Argentinier untereinander anreden) von völlig anderem Temperament als die offenen und warmherzigen Kubaner. Auf der Insel ist Guevara mitverantwortlich für die Rekrutierung der Jugend in Organisationen, die dem Kult des neuen Menschen huldigen.

Getrieben von dem Wunsch, die kubanische Version der Revolution zu exportieren, und verblendet von einem pauschalen Antiamerikanismus, propagiert er unter dem Motto »Schafft zwei, drei, viele Vietnams!« (Mai 1967) die Guerilla weltweit. 1963 ist er in Algerien, später in Daressalam/Tansania, bevor er in den Kongo geht. Dort trifft er einen gewissen Desire Kabila, einen Marxisten, der heute über Zaire herrscht und vor Massakern an der Zivilbevölkerung nicht zurückscheut.

Castro bedient sich Guevaras aus taktischen Gründen. Als der Bruch zwischen ihnen vollzogen ist, geht Guevara nach Bolivien. Dort versucht er, die Theorie vom Guerillaherd umzusetzen, ohne auf die Politik der KP Boliviens Rücksicht zu nehmen. Bei der Landbevölkerung, von der niemand sich seinem umherziehenden Lager anschließt, findet er keinerlei Unterstützung. Isoliert und eingekreist, wird er am 8. Oktober 1967 gefangengenommen und am nächsten Tag hingerichtet.

Auch die ehemalige Rebellenarmee wurde nach und nach gleichgeschaltet. Schon im Juli 1959 nahm der Castro nahestehende Luftwaffenkommandeur Diaz Lanz seinen Abschied und ging in die Vereinigten Staaten. Im Monat darauf wurde eine erste Verhaftungswelle eingeleitet unter dem Vorwand, einen Putschversuch zu vereiteln.

Seit 1956 hatte Huber Matos den »barbudos« in der Sierra geholfen. Er warb um Unterstützung in Costa Rica, versorgte mit einem Privatflugzeug

die Guerilleros mit Waffen und Munition und befreite Santiago de Cuba, die zweitwichtigste Stadt des Lands, an der Spitze der Kolonne Nr. 9 »Antonio Guiterras«. Er wurde Gouverneur der Provinz Camagüey, war aber mit den kommunistischen Tendenzen des Regimes überhaupt nicht einverstanden, und trat schließlich von seinen Ämtern zurück. Castro sah darin eine Verschwörung und beauftragte einen Guerillahelden, Camillo Cienfuegos, Matos wegen »Antikommunismus« zu verhaften. Ungeachtet der Verdienste dieses beispielhaften Kämpfers überzog ihn Castro mit einem »Moskauer Prozeß in Havanna«, bei dem er selbst intervenierte. Castro übte rücksichtslos Druck auf das Gericht aus: »Ich sage Ihnen, Sie haben die Wahl: Matos oder ich!« Zeugen zugunsten des Angeklagten verbot er das Wort. Matos wurde zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt, die er bis zum letzten Tag absaß. Alle seine Angehörigen wurden eingekerkert.

Jeglicher Ausdrucksmöglichkeit beraubt, gingen zahlreiche Gegner Castros in den Untergrund, wo die ehemaligen Aktiven der Stadtguerilla gegen Batista zu ihnen stießen. Anfang der sechziger Jahre formierte sich diese Untergrundopposition zu einer Bewegung von Aufständischen, die sich in den Escambray-Bergen einnistete. Sie wurde von echten »barbudos« organisiert und widersetzte sich der Zwangskollektivierung des Bodens und der Diktatur. Raul Castro brachte alle ihm zur Verfügung stehenden militärischen Mittel - Panzer und Artillerie - sowie Hunderte von Milizionären zum Einsatz, um die Revolte zu beenden. Die Familien der aufständischen Bauern wurden zwangsverschickt, um den Rückhalt der Rebellen in der Bevölkerung zu untergraben. Hunderte von ihnen fanden sich mehrere hundert Kilometer von Escambray entfernt auf dem Westzipfel der Insel im Gebiet der Tabakpflanzungen bei Pinar del Rio wieder. Dies ist das einzige Mal, daß die Castro-Regierung Bevölkerungsgruppen deportierte.

Dennoch hielten die Kämpfe fünf Jahre lang an. Zunehmend isoliert, verschwanden die Verstecke schließlich eins nach dem anderen. Mit den Rebellen und ihren Führern wurde kurzer Prozeß gemacht. Guevara hatte Gelegenheit, einen der ehemaligen jungen Führer der Anti-Batista-Guerilla, Jesus Carreras, zu liquidieren, der sich seiner Politik seit 1958 widersetzt hatte. Carreras, der in einem Gefecht verwundet worden war, wurde zur Hinrichtung geschleift. Guevara verweigerte ihm die Begnadigung. In Santa Clara wurden 381 gefangengenommene »Banditen« verurteilt. Im Gefängnis von La Loma de los Coches wurden in den Jahren nach dem Triumph von 1959 und im Zuge der Liquidierung der Widerstandsnester des Escambray mehr als 1000 »Konterrevolutionäre« erschossen.

Nach seinem Rücktritt als Landwirtschaftsminister versuchte Humberto Sori Marin, auf Kuba ein Zentrum des bewaffneten Kampfs zu gründen. Er wurde *verhaftet, vor ein* Militärgericht *gestellt und zum Tod verurteilt. Seine* Mutter bat Castro um Gnade für ihn und erinnerte daran, daß sich die beiden seit den fünfziger Jahren kannten. Castro versprach, das Leben ihres Sohns werde verschont. Einige Tage später wurde Sori Marin erschossen.

Nach dem Widerstand im Escambray gab es immer wieder Versuche, bewaffnete Kommandos auf kubanischem Boden abzusetzen. Die meisten gehörten zu Tony Cuestas Kommandos »Liberación« und zu den Anfang der sechziger Jahre gegründeten »Alpha 66«-Gruppen. Die meisten dieser von Castros eigener Landung inspirierten Versuche scheiterten.

1960 verloren die Richter ihre Unabsetzbarkeit und wurden der Zentralregierung unterstellt - eine Verneinung der Gewaltentrennung, wie sie für Diktaturen typisch ist.

Auch die Universität konnte der allgemeinen Gleichschaltung nicht entrinnen. Der Student des Bauingenieurwesens Pedro Luis Boitel kandidierte für den Vorsitz der Föderation der Universitätsstudenten (FEU). Wie er jahrelang gegen Batista gewesen war, so war er auch ein eingefleischter Gegner Fidel Castros. Unterstützt von den Brüdern Castro und schließlich gewählt wurde der Kandidat der Regierung, Rolando Cubella. Kurz darauf wurde Boitel verhaftet und zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Eingekerkert wurde er in dem besonders harten Gefängnis Boniato. Mehrfach trat er in den Hungerstreik, um gegen unmenschliche Behandlung zu protestieren. Am 3. April 1972 tat er dies erneut, um anständige Haftbedingungen zu erreichen. Einem Verantwortlichen schleuderte Boitel entgegen: »Ich trete in diesen Streik, damit man mir die Rechte der politischen Gefangenen gewährt - die Rechte, die Sie für die Häftlinge in den lateinamerikanischen Diktaturen fordern, aber denen Ihres eigenen Landes verweigern!« Aber es half nichts. Boitel siechte ohne medizinischen Beistand dahin. Ab dem 45. Tag wurde sein Zustand kritisch. Am 49. fiel er in eine Art Koma. Die Behörden schritten immer noch nicht ein. Am 23. Mai starb Boitel um drei Uhr morgens nach 53 Tagen Hungerstreik. Seiner Mutter wurde nicht erlaubt, den Leichnam zu sehen.

Schon bald stützte sich Castro auf einen effizienten Informationsdienst. Die »Sicherheit« wurde Ramiro Valdes anvertraut, während Raul Castro das Verteidigungsministerium unterstand. Er belebte die Militärgerichte neu, und rasch wurde der »paredón«, die Wand oder der Pfahl für Erschießungen, zu einem gängigen Justizwerkzeug.

Von den Kubanern »rote Gestapo« genannt, debütierte die Abteilung Staatssicherheit (DSE), auch unter dem Namen Dirección General de Contra-Inteligencia bekannt, in den Jahren 1959 bis 1962 mit dem Auftrag, die verschiedenen Castro-kritischen Oppositionsgruppen zu infiltrieren und zu zerstören. Die DSE dirigierte die blutige Liquidation des Widerstands in Escambray und überwachte die Errichtung von Zwangsarbeitslagern. Und, wohlgemerkt, dieser Stelle war auch das Gefängniswesen untergeordnet.

Die DSE war vom sowjetischen Modell inspiriert und wurde von Anfang an von Ramiro Valdes geführt, der mit Castro seit der Zeit in der Sierra Madre verbunden war. Im Laufe der Jahre spielte die DSE eine immer bedeutendere Rolle und gewann eine gewisse Autonomie. Theoretisch untersteht

sie dem Innenministerium. Sie umfaßt mehrere Zweige, die der Luftwaffengeneral Del Pino nach seiner Flucht nach Miami 1987 detailliert darlegen sollte. Bestimmte Sektionen haben die Aufgabe, alle Verwaltungsbeamten zu überwachen. Die dritte Sektion kontrolliert die im Bereich der Kultur, des Sports und des künstlerischen Schaffens (Schriftsteller, Filmschaffende) Tätigen. Die vierte Sektion beschäftigt sich mit Organisationen mit Bezug zur Wirtschaft, dem Transport- und dem Verkehrsministerium. Aufgabe der sechsten Sektion, die mehr als 1000 Agenten beschäftigt, ist das Abhören von Telefonen. Die achte Sektion überwacht die Briefpost, das heißt, sie verletzt das Briefgeheimnis. Andere Sektionen sind für das diplomatische Korps und die ausländischen Besucher zuständig. Die DSE trägt zum Überleben des castristischen Systems bei, indem sie die Tausende von zur Zwangsarbeit abgeordneten Häftlinge zu wirtschaftlichen Zwecken einsetzt. Sie stellt einen Kreis von Privilegierten dar, die über unbeschränkte Vollmachten verfügen.

Die Dirección Especial del Ministerio del Interior (DEM) rekrutiert die Denunzianten zu Tausenden, um die Bevölkerung zu überwachen. Sie arbeitet auf drei Schienen: Auf der ersten, »Information« genannt, wird ein Dossier über jeden Kubaner erstellt. Auf der zweiten, »Stand der öffentlichen Meinung«, werden die Ansichten der Einwohner erforscht. Aufgabe der dritten Schiene, genannt »ideologische Ausrichtung«, ist die Überwachung der Kirchen und Glaubensgemeinschaften mittels Infiltration.

Seit 1967 hat das Innenministerium eigene Einsatzkräfte, die »Fuerzas Especiales«. 1995 zählten sie 50000 Mann. Diese Stoßtruppen arbeiten eng mit der Dirección 5 und der mit dem Personenschutz beauftragten Dirección de Seguridad Personal (DSP) zusammen. Als Castros Leibgarde umfaßt die DSP drei Begleitschutzeinheiten von jeweils mehr als 100 Mann. Verstärkt durch Taucher und eine Marineabordnung, ist sie für Castros physische Sicherheit zuständig. Schätzungen zufolge belief sich das mit dieser Aufgabe betraute Personal 1995 auf mehrere tausend Menschen. Darüber hinaus studieren Fachleute Szenarios möglicher Attentate auf den »Lider Máximo«, Vorkoster untersuchen seine Nahrung und ein besonderes Ärztekorps steht ihm täglich 24 Stunden zur Verfügung.

Die Dirección 5 ist »spezialisiert« auf *die* Eliminierung von Oppositionellen. Zwei authentische Batista-Gegner, die zu Anticastristen geworden waren, wurden Opfer dieser Abteilung: Elias de la Torriente wurde in Miami und Aldo Vera, einer der Anführer der Stadtguerilla gegen Batista, in Puerto Rico ermordet. In seinem Exil in Miami sieht sich Huber Matos gezwungen, sich von mehreren bewaffneten Wächtern beschützen zu lassen. Die Inhaftierungen und Verhöre der Dirección 5 finden in der Strafanstalt Villa Marista in Havanna statt, einem ehemaligen Gebäude des Maristenordens. Die eher psychischen als physischen Folterungen spielen sich in einem geschlossenen Universum ab, vor jeder Einsichtnahme geschützt, in einer für den Häftling absoluten Isolation.

Eine weitere Einheit der politischen Polizei, die Dirección General de la Inteligencia, ähnelt eher einem klassischen Geheimdienst. Ihre bevorzugten Aufgaben sind Spionage, Gegenspionage, Infiltration von Regierungen nichtkommunistischer Länder sowie von Organisationen der Exilkubaner.

Folgende Bilanz kann für die Unterdrückung in den sechziger Jahren gezogen werden: 7000 bis 10 000 Menschen wurden erschossen, die Zahl der politischen Häftlinge wurde auf 30000 geschätzt. Dementsprechend hatte die Castro-Regierung bald eine beträchtliche Zahl politischer Gefangener zu verwalten, darunter insbesondere die aus Escambray und die von der Playa Giron (Schweinebucht).

Die von 1964 bis 1967 bestehende Militäreinheit zur Unterstützung der Produktion (UMAP) war der erste Versuch, Arbeitseinsätze im Strafvollzug zu entwickeln. Ab November 1965 betriebsbereit, waren die UMAP-Lager regelrechte Konzentrationslager, in denen bunt durcheinander Gläubige (Katholiken, darunter der jetzige Erzbischof von Havanna, Jaime Ortega, Protestanten, Zeugen Jehovas), Zuhälter, Homosexuelle und sonstige »der Gesellschaft potentiell gefährliche« Individuen inhaftiert wurden. Die Häftlinge mußten sich die Baracken selbst bauen, vor allem in der Region Camagüey. Die »Abweichler« wurden einer militärischen Disziplin unterworfen, die sich in ein Regime der Mißhandlungen, der Unterernährung und der Isolation verwandelte. Um dieser Hölle zu entkommen, verstümmelten Häftlinge sich selbst. Andere gingen aus der Haft psychisch zerstört hervor. Zu den Aufgaben der UMAP gehörte die »Umerziehung« der Homosexuellen. Schon vor der Gründung dieser Einheit hatten viele Homosexuelle ihren Arbeitsplatz verloren, vor allem im kulturellen Bereich. In der Universität von Havanna fanden anti-homosexuelle Säuberungen statt. Üblicherweise wurden die Homosexuellen an ihrem Arbeitsplatz öffentlich »vor Gericht gestellt«. Sie wurden gezwungen, ihre »Laster« zu bekennen, sich davon loszusagen oder entlassen zu werden. Dann wurden sie inhaftiert. Internationale Proteste führten zur Schließung der UMAP-Lager, nachdem sie zwei Jahre lang existiert hatten.

1964 wurde ein Zwangsarbeitsprogramm auf der Isla de Pinos (heute Isla de la Juventud) eingerichtet: der »Camillo-Cienfuegos-Plan«. Die Häftlinge wurden in Brigaden organisiert, die in »cuadrilla« genannte Gruppen zu je 40 Personen aufgeteilt waren. Diese wurden von einem Sergeanten oder Leutnant kommandiert. Abgeordnet wurden sie zu Arbeiten in der Landwirtschaft oder in den Steinbrüchen, vor allem zur Marmorgewinnung. Die Arbeitsbedingungen waren sehr hart. Die Häftlinge arbeiteten fast nackt, nur mit einer kurzen Hose bekleidet. Widerspenstige mußten zur Strafe Gras mit den Zähnen schneiden, andere wurden für mehrere Stunden in Abortgruben gesteckt.

Die Gewalttätigkeit in den Strafanstalten betraf die politischen Häftlinge genauso wie die Kriminellen. Sie begann mit den Verhören des Departamen-

to Tecnico de Investigaciones (DTI), den mit den Ermittlungen betrauten Stellen. Das DTI wandte Isolation an und nutzte die Phobien der Häftlinge aus: Eine Frau, die Angst vor Insekten hatte, wurde in einer Zelle voller Küchenschaben eingeschlossen. Das DTI setzte auch gewaltsame physische Druckmittel ein: Häftlinge wurden gezwungen, Treppen in mit Blei beschwerten Schuhen hochzusteigen und wurden dann die Stufen hinuntergeworfen. Zur physischen Folter kam die psychische, die häufig medizinisch unterstützt wurde. Die Aufseher benutzten Thiopental und andere Drogen, um die Häftlinge wachzuhalten. Im Krankenhaus von Mazzora wurden Elektroschocks ohne jede Einschränkung zu repressiven Zwecken eingesetzt. Die Aufseher arbeiteten mit Wachhunden und schritten zu Scheinexekutionen. Die Zellen für verschärften Arrest verfügten weder über Wasser noch Strom. Häftlinge, die entpersönlicht werden sollten, wurden in Isolationshaft gehalten.

Da auf Kuba die Verantwortung als etwas Kollektives angesehen wird, gilt das auch für die Strafe. Dies ist ein weiteres Druckmittel: Die Angehörigen des Häftlings bezahlen das politische Engagement ihres Verwandten mit ihrer gesellschaftlichen Stellung. Die Kinder erhalten keinen Zugang zur Universität und die Ehegatten verlieren ihren Arbeitsplatz.

Zu unterscheiden ist zwischen »normalen« Strafanstalten und den GH-Sicherheitsgefängnissen der politischen Polizei. Das Gefängnis »Kilo 5,5«, das sich in genau dieser Kilometerentfernung an der Autobahn von Pinar del Rio befindet, ist ein Hochsicherheitsgefängnis, das heute noch existiert. Geleitet wurde es vom Hauptmann Gonzalez, genannt El Nato, der Politische und Kriminelle absichtlich mischte. In den für zwei Häftlinge vorgesehenen Zellen drängten sich sieben oder acht. Geschlafen wurde auf dem Boden. Die für verschärften Arrest vorgesehenen Zellen wurden »Toaster« genannt, weil dort zu jeder Jahreszeit eine unerträgliche Hitze herrschte. Kilo 5,5 ist eine geschlossene Anstalt, in der die Häftlinge Kunstgewerbeartikel herstellen. Es gibt dort auch eine Frauenabteilung. In Pinar del Rio wurden unterirdische Zellen sowie Räume für die Verhöre eingerichtet. Die Folterungen dort sind seit einigen Jahren eher psychologischer denn physischer Art. Vor allem wird der Schlafentzug angewandt, eine in der Sowjetunion seit den dreißiger Jahren wohlbekannte Folter. Zum unterbrochenen Schlafrhythmus und dem Verlust des Zeitgefühls kommen Drohungen gegen Angehörige und die Erpressung mit der Besuchshäufigkeit. Im Gefängnis »Kilo 7« in Camagüey geht es besonders gewalttätig zu. 1974 verursachte eine Meuterei den Tod von 40 Häftlingen.

Die 1980 erbaute GII-Anstalt in Santiago de Cuba verfügt über das schreckliche Privileg von Zellen sehr hoher und sehr niedriger Temperatur. Die Häftlinge werden alle 20 oder 30 Minuten geweckt. Diese Behandlung kann Monate dauern. Nackt, völlig von der Außenwelt abgeschnitten, weisen viele Häftlinge nach einiger Zeit irreversible Schäden auf.

Das Gefängnis mit dem schlechtesten Ruf war lange Zeit La Cabaiia, wo Sori Marin und Carreras hingerichtet wurden. Noch 1982 wurden dort fast 100 Häftlinge erschossen. Die »Spezialität« von La Cabana waren die »Rattenlöcher« genannten besonders engen Arrestzellen. Dieses Gefängnis wurde 1985 geschlossen. Doch die Hinrichtungen gehen weiter im Hochsicherheitsgefängnis Boniato, in dem zügellose Gewalt herrscht und Dutzende politischer Häftlinge verhungert sind. Um nicht von Kriminellen vergewaltigt zu werden, schmieren sich manche mit Exkrementen ein. Boniato ist nach wie vor das Gefängnis für die zum Tod Verurteilten, Politische wie Kriminelle. Es ist bekannt für seine vergitterten Zellen (»tapiadas«). Dutzende von Häftlingen fanden dort mangels medizinischer Versorgung den Tod. Die Dichter Jorge Valls, der 7340 Tage absaß, und Ernesto Diaz Rodriguez sowie der Kommandant Eloy Gutierrez Menoyo haben die außerordentlich harten Bedingungen, die dort herrschen, bezeugt. Im August 1995 traten in diesem Gefängnis Politische und Kriminelle gemeinsam in den Hungerstreik, um auf die erbärmlichen Lebensbedingungen aufmerksam zu machen: verdorbenes Essen und Infektionskrankheiten wie Typhus und Leptospirosen. Der Streik dauerte fast einen Monat.

In einigen Gefängnissen ist man auf Eisenkäfige zurückgekommen. Ende der sechziger Jahre wurden im Gefängnis Tres Macios del Oriente die ursprünglich für Kriminelle vorgesehenen »gavetas« (Käfige) politischen Häftlingen zugewiesen. Es handelte sich dabei um eine 1 m breite, 1,8 m hohe und etwa 10 m lange Zelle. In dieser Enge, in der die Promiskuität kaum zu ertragen ist, ohne Wasser oder hygienische Einrichtungen, blieben die Häftlinge, Politische und Kriminelle gemischt, wochenlang, oft monatelang eingeschlossen.

In den sechziger Jahren wurden die »requisas«, schikanöse Durchsuchungen, erfunden. Mitten in der Nacht wurden die Häftlinge geweckt und brutal aus der Zelle getrieben. Wie betäubt von den Schlägen und häufig nackt mußten sie gemeinsam das Ende der Inspektion abwarten, bevor sie ihre Zellen wieder betreten konnten. Diese Durchsuchungen konnten sich mehrmals im Monat wiederholen.

Die Besuche von Angehörigen bieten den Wärtern Gelegenheit, die Häftlinge zu erniedrigen. Im Gefängnis La Cabana mußten diese nackt vor ihre Familie treten. Die verheirateten Häftlinge mußten der intimen Durchsuchung ihrer Ehefrauen zuschauen.

In der Gefängniswelt Kubas ist die Lage der Frauen besonders dramatisch, denn sie sind dem Sadismus der Aufseher schutzlos ausgeliefert. Seit 1959 sind mehr als 1100 Frauen aus politischen Gründen verurteilt worden. 1963 wurden sie im Gefängnis von Guanajay eingekerkert. Aus den vorliegenden Zeugenaussagen geht hervor, daß Frauen systematisch zusammengeschlagen und auf verschiedene Art gedemütigt wurden. Ein Beispiel: Vor dem Duschen mußten sich die Inhaftierten vor den Wärtern ausziehen und wurden geschlagen. 1986 wurden im Lager Potosi im Gebiet von Las Victo-

rias de las Tunas 3000 inhaftierte Frauen gezählt - Delinquentinnen, Prostituierte und politische Häftlinge durcheinander. In Havanna ist das Gefängnis Nuevo Amanecer (»Neuer Morgen«) nach wie vor das bedeutendste. Eine langjährige Freundin Castros, die in den siebziger Jahren Kuba bei der Unesco vertrat, die Ärztin Martha Frayde, hat diese Strafanstalt beschrieben, in der die Lebensbedingungen besonders hart waren: »Meine Zelle war sechs auf fünf Meter groß. Wir waren darin zu 22 und schliefen auf Liegen, von denen jeweils zwei oder drei übereinandergestellt waren. [...] Es kam auch vor, daß wir 42 in der Zelle waren. [...] Die hygienischen Bedingungen wurden absolut unerträglich. Die Tröge, in denen wir uns waschen mußten, waren voller Unrat. Es war völlig unmöglich geworden, sich zu waschen. [...] Es gab kein Wasser mehr. Die Toiletten konnten nicht mehr entleert werden. Sie wurden immer voller und liefen schließlich über. Es bildete sich ein See von Exkrementen, der in unsere Zellen eindrang. Als unaufhaltsame Flut gelangte er in den Gang, auf die Treppe und schließlich in den Hof. [...] Die politischen Gefangenen machten einen solchen Krawall, daß die Gefängnisleitung beschloß, einen Tankwagen kommen zu lassen. [...] Mit dem fauligen Wasser aus dem Lastwagen fegten wir die Exkremente weg. Aber das Wasser aus dem Tank reichte nicht aus, und wir mußten weiter in diesem ekelhaften See leben, der erst einige Tage später entfernt wurde.«[8]

Eines der größten Konzentrationslager, El Manbi, befindet sich in der Region Camagüey und zählte in den achtziger Jahren mehr als 3000 Häftlinge. Das Lager Siboney, in dem ebenfalls die Lebensbedingungen, wie auch das Essen, entsetzlich sind, zeichnet sich durch das furchtbare Privileg eines Hundezwingers aus. Die Schäferhunde werden bei der Verfolgung entflohener Häftlinge eingesetzt.

Auf Kuba gibt es Arbeitslager mit »strengem Regime«. Verurteilte, die nicht an den Ort ihrer Inhaftierung zurückgekehrt sind, werden vor das interne Volkstribunal des Lagers gestellt und dann in ein Lager mit strengem Regime verlegt. Dort spielen die Consejos de trabajo de los presos (d.h. Arbeitsräte der Gefangenen) eine Rolle, die der von Kapos in NS-Lagern entspricht: Diese »Räte« verurteilen und bestrafen ihre eigenen Schicksalsgenossen.

Oft werden die Strafen auf Initiative der Gefängnisverwaltung verlängert. Wer sich widersetzt, dem wird eine weitere Haftstrafe zur ursprünglichen Strafe hinzugefügt. Die zweite Strafe wird verhängt z. B. für die Weigerung, die Gefängnisuniform der Kriminellen zu tragen, am »Rehabilitationsplan« teilzunehmen, oder für einen Hungerstreik. In einem solchen Fall fordern die Gerichte mit der Behauptung, der Häftling habe einen Anschlag auf die Staatssicherheit im Sinn, eine Strafe aus Gründen der »Sicherheit nach begangenem Delikt«. Bei einer solchen Strafe handelt es sich in Wirklichkeit um eine Verlängerung der Arbeitslagerhaft um ein oder zwei Jahre. Nicht selten verbüßen Häftlinge zusätzlich ein Drittel oder die Hälfte ihres ur-

sprünglichen Strafmaßes. Der zu zehn Jahren Gefängnis verurteilte Boitel hatte auf diese Weise eine Haftstrafe von 42 Jahren angesammelt.

In der Nähe von Santiago de Las Vegas befindet sich das Lager Arco Iris, vorgesehen für 1500 Jugendliche. Es ist nicht das einzige: Im Südosten der Insel gibt es noch das Lager Nueva Vida (»Neues Leben«). In der Gegend von Palos befindet sich Capitiolo, ein besonderes Internierungslager für Kinder im Alter von etwa zehn Jahren. Die Jugendlichen schneiden Zuckerrohr oder stellen Kunstgewerbeartikel her, wie auch in den achtziger Jahren die von der angolanischen MPLA oder der äthiopischen Regierung für ein Praktikum nach Kuba geschickten Kinder. Andere Insassen der Lager und Gefängnisse, die Homosexuellen, kennen jede Art von Gefängnisregime: Auf Zwangsarbeit und UMAP-Lager folgen die »klassischen« Inhaftierungen im Gefängnis. Gelegentlich gibt es innerhalb der Strafanstalt einen besonderen Bereich für sie, wie es in La Nueva Carceral in La Habana del Este der Fall ist.

Obwohl ihm alle Rechte genommen werden, wird der Häftling einem »Rehabilitationsplan« unterworfen, der ihn auf die Wiedereingliederung in die sozialistische Gesellschaft vorbereiten soll. Dieser Plan umfaßt drei Schritte: Der erste heißt »Phase größter Sicherheitsvorkehrungen« und wird im Gefängnis abgewickelt. Der zweite findet unter »mittleren Sicherheitsvorkehrungen« in einer »granja« (Farm oder Fabrik) statt. Im dritten Schritt geht es bei »geringsten Sicherheitsvorkehrungen« an die »Arbeitsfront«.

Die am Plan teilnehmenden Häftlinge trugen wie die Kriminellen eine blaue Uniform. Dadurch wollte das Regime eben politische mit gewöhnlichen Häftlingen vermischen. Die Politischen, die den Plan ablehnten, wurden in gelbe Uniformen gesteckt, wie sie in der Batista-Armee getragen worden waren - eine unerträgliche Zumutung für zahlreiche politische Häftlinge, die schon gegen Batista gekämpft hatten. Die sich dem Plan widersetzenden, »undisziplinierten« Häftlinge verweigerten energisch sowohl die eine wie die andere Kleidung. Die Behörden ließen ihnen manchmal über Jahre hinweg nur eine kurze Hose als Bekleidung und verboten jeglichen Besuch. Einer von ihnen, Huber Matos, erklärte: »Ich lebte also mehrere Monate lang ohne Uniform und ohne Besuch. Ich wurde isoliert, nur weil ich mich geweigert hatte, mich der Willkür der Beamten zu unterwerfen. [...] Ich ziehe es vor, so nackt zu bleiben, mitten unter den anderen, ebenfalls unbekleideten Häftlingen, in einer schwer erträglichen Nähe.«

Der Übergang von einem Schritt zum nächsten hängt von der Entscheidung eines »Umerziehungsbeamten« ab. In der Regel will er während der Umerziehung die Resignation des Häftlings durch physische und moralische Erschöpfung erzwingen. Als ehemaliger Funktionär des Regimes analysiert Carlos Franqui den Geist dieses Systems so: »Der Oppositionelle ist krank und der Polizist sein Arzt. Der Häftling wird frei sein, wenn er im Polizisten Vertrauen weckt. Akzeptiert er die ›Kur‹ nicht, spielt Zeit keine Rolle.«

Die schwersten Strafen werden im Gefängnis verbüßt. Das später aufgegebene Gefängnis La Cabana hatte 1974 einen für Zivilisten (Zone 2) und einen für Militärs (Zone 1) reservierten Bereich. In Zone 2 befanden sich in kurzer Zeit mehr als 1000 Menschen, verteilt auf 30 m lange und 6 m breite Galerien. Es gab auch der politischen Polizei GII unterstehende Gefängnisse.

Die zu leichteren Strafen von drei bis sieben Jahren Haft Verurteilten werden den »Arbeitsfronten« oder »granjas« zugeteilt. Die Granja ist eine Innovation Castros. Sie besteht aus Baracken, die von Einheiten des Innenministeriums überwacht werden. Diese sind berechtigt, jeden des Fluchtversuchs Verdächtigen auf der Stelle zu erschießen.[9] Umgeben von mehreren Stacheldrahtzäunen und Wachtürmen sieht eine Granja aus wie ein sowjetisches Zwangsarbeitslager. Einige Granjas konnten 500 bis 700 Häftlinge aufnehmen. Die Haftbedingungen sind fürchterlich: 12 bis 15 Stunden Arbeit täglich und allmächtige Aufseher, die nicht zögern, die Häftlinge mit Bajonettstößen dazu anzuhalten, schneller zu arbeiten.

Bei der »Arbeitsfront« handelt es sich um eine Werkstatt oder Baustelle, auf der der Häftling auch untergebracht ist, und die im allgemeinen militärischem Kommando untersteht. Auf diesen Bauhöfen ist die Zahl der Häftlinge unterschiedlich, sie schwankt zwischen 50 und mehr als 100, bei größeren Projekten auch 200 Gefangenen. Die Granja-Häftlinge - Politische oder Kriminelle - fertigen Teile vor, die an der »Arbeitsfront« zusammengesetzt werden. Der Arbeitsfronthäftling hat am Ende jedes Monats drei Tage Urlaub. Verschiedenen Zeugenaussagen zufolge ist das Essen dort weniger schlecht als in den Lagern. Die einzelnen »Fronten« sind unabhängig, was die Verwaltung der Häftlinge erleichtert und eine allzu starke Konzentration von politischen Häftlingen vermeidet, die Widerstandsgruppen bilden könnten.

Dieses System ist durchaus von wirtschaftlichem Interesse.[10] So werden sämtliche Häftlinge für die Zuckerrohrernte mobilisiert. Der für die Gefängnisse in Oriente, im Süden Kubas, zuständige Papito Struch erklärte 1974: »Die Häftlinge stellen das größte Kontingent an Arbeitskräften auf der Insel dar.« In jenem Jahr belief sich der Wert der ausgeführten Arbeiten auf mehr als 348 Millionen Dollar. Staatliche Organisationen haben Zugriff auf die Häftlinge. So setzt die Stelle für Entwicklung sozialer und landwirtschaftlicher Projekte (DESA) an ihren Arbeitsstätten zu mehr als 60% Häftlinge ein. Die Gefangenen arbeiten in Dutzenden von Landwirtschaftsbetrieben in Los Valles de Picadura, dem Schaufenster der durch die Umerziehung mittels Arbeit erzielten Wohltaten. Dutzende von Gästen der Regierung haben diese Einrichtungen besucht, darunter Staatschefs wie Leonid Breschnew, Houari Boumedienne und 1974 Francois Mitterrand.

Sämtliche Sekundärschulen in den Provinzen wurden von politischen Häftlingen errichtet, wobei ihnen so wenig Zivilpersonen (z. B. Techniker) wie möglich zugeordnet wurden. In der Region Oriente haben die Häftlinge

im Gebiet von Camagüey mehr als 20 polytechnische Bildungsstätten gebaut. Auf der ganzen Insel sind zahlreiche Zuckerfabriken ihrer Arbeit zu verdanken. Die Wochenzeitung *Bohemia* listete noch weitere durch Häftlingsarbeit verwirklichte Projekte auf: Molkereien und Rinderzuchtbetriebe in der Provinz Havanna, Zimmerplätze und Sekundärschulen in Pinar del Rio, ein Schweinezuchtbetrieb, eine Molkerei, ein Zimmerplatz in Matanzas, zwei Sekundärschulen und zehn Molkereien in Las Villas... Die Arbeitspläne wurden jedes Jahr anspruchsvoller und erforderten eine immer höhere Zahl Häftlinge.

Im September 1960 schuf Castro die Komitees zur Verteidigung der Revolution (CDR). Basis dieser Stadtteilkomitees ist der Häuserblock in einem Straßengeviert. Er wird einem Verantwortlichen unterstellt, der die »konterrevolutionären Machenschaften« aller Bewohner überwachen soll. Dieses Netz der sozialen Überwachung ist außerordentlich engmaschig. Die Komiteemitglieder sind gehalten, an den CDR-Versammlungen teilzunehmen, und werden für Kontrollgänge zur Abwehr »feindlicher Infiltrationen« mobilisiert. Dieses Überwachungs- und Denunziationssystem zerstört die Privatsphäre der Familien.

Der Zweck der CDR wurde schlagartig deutlich, als auf Veranlassung von Sicherheitschef Ramiro Valdes an einem Wochenende im März 1961 eine gigantische Razzia organisiert und durchgeführt wurde. Aufgrund von Listen, die die Komitees zusammengestellt hatten, wurden mehr als 100000 Personen verhört und mehrere Tausend von ihnen in Stadien, Hochhäusern oder Turnhallen festgehalten.

Ein Ereignis, das die Kubaner zutiefst aufgewühlt hat, war der Massenexodus aus dem Hafen von Mariel im Jahr 1980. Verstärkt wurden die Emotionen noch dadurch, daß die CDR auf Befehl »Haßveranstaltungen« zur gesellschaftlichen Marginalisierung und moralischen Verletzung der »gusanos« (Würmer) genannten Oppositionellen und deren Familien organisierten. Eine haßerfüllte Menge versammelt sich vor dem Haus des Regimegegners, bewirft es mit Steinen und fängt Streit mit den Bewohnern an. Castristische Slogans und Beleidigungen werden an die Mauern geschrieben. Die Polizei schreitet nur ein, wenn die »revolutionäre Massenaktion« dem Opfer physisch gefährlich wird. Dieses Beinahe-Lynchen nährt wechselseitige Haßgefühle bei den Bewohnern einer Insel, auf der jeder jeden kennt. Die Haßveranstaltungen zerreißen nachbarschaftliche Bindungen und beeinträchtigen das gesellschaftliche Miteinander, wodurch sich die Allmacht des sozialistischen Staats um so besser behaupten kann. Das mit Rufen wie »Raus mit dem Wurm!«, »CIA-Agent« und natürlich »Es lebe Fidel!« niedergeschrieene Opfer hat keinerlei Möglichkeit, sich vor Gericht zu verteidigen. Der Vorsitzende des kubanischen Komitees für die Menschenrechte, Ricardo Bofill, mußte 1988 eine Haßveranstaltung über sich ergehen lassen. 1991 war der Präsident der christlichen Bewegung

»Liberation«, Oswaldo Payas Sardinas, an der Reihe. Allerdings riefen die Behörden angesichts der Lustlosigkeit, mit der die Kubaner diesem Aufruf zum Haßausbruch folgten, Aktivisten zu Hilfe, die aus anderen Stadtvierteln als dem der Opfer kamen.

Nach Artikel 16 der kubanischen Verfassung »organisiert, dirigiert und kontrolliert der Staat die Wirtschaftsaktivitäten entsprechend dem Einheitsplan für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung«. Hinter diesen kollektivistischen Phrasen verbirgt sich eine viel prosaischere Realität: Ein Kubaner verfügt in seinem eigenen Land weder über seine Arbeitskraft noch über sein Geld. 1980 fegte eine Welle der Unzufriedenheit und des Aufruhrs über die Insel, Warenlager wurden angezündet. Sofort verhaftete die Staatssicherheitsabteilung DSE in weniger als 62 Stunden 500 »Oppositionelle«. Danach gingen die Sicherheitskräfte auf dem Land gegen die freien Bauernmärkte vor, und schließlich wurde die Insel mit einer breitangelegten Kampagne gegen Schwarzhändler überzogen.

Das im März 1971 verabschiedete Gesetz Nr. 32 verbot das Wegbleiben vom Arbeitsplatz. 1978 wurde das Gesetz über »Gefährlichkeit vor begangenem Delikt« verkündet. Mit anderen Worten: Ein Kubaner konnte künftig unter welchem Vorwand auch immer verhaftet werden, sofern die Behörden ihn als Gefahr für die Staatssicherheit einschätzten, selbst wenn er nichts in diesem Sinne getan hatte. In Wirklichkeit schreibt dieses Gesetz die Äußerung jeglichen mit dem Kanon des Regimes nicht übereinstimmenden Denkens als Verbrechen fest, ja, mehr noch: Jeder wird zum potentiell Verdächtigen.

Nach Auflösung der UMAP setzte das Regime Häftlinge des obligatorischen Wehrdiensts ein. 1967 im Rahmen der Vorbereitungen zur Jahrhundertfeier des Aufstands gegen die Spanier 1868 geschaffen, wurde die »Jugendkolonne der Jahrhundertfeier« 1973 zum »Jugendheer der Arbeit« (Ejercito Juvenil del Trabajo). In einer paramilitärischen Organisation arbeiten die Jugendlichen unter häufig erbärmlichen Bedingungen auf den Feldern oder auf Baustellen, mit schwer erträglichen Arbeitszeiten und einer lächerlichen Entlohnung von 7 Pesos, was 1997 einem Drittel Dollar entsprach.

Diese Militarisierung der Gesellschaft war bereits vor dem Krieg in Angola zu beobachten. Jeder Kubaner mußte nach Ableistung seiner Wehrpflicht seinen Ausweis von einer Militärkommission kontrollieren lassen und sich dort alle sechs Monate zur Überprüfung seiner Daten (Arbeitsplatz, Wohnort) melden.

Seit den sechziger Jahren haben die Kubaner »mit den Rudern abgestimmt«. Die ersten, die die Insel schon 1961 massenweise verließen, waren die Fischer. Die »balseros« - das kubanische Äquivalent der südostasiatischen »boat-people« - sind so typisch für Kuba wie die Zuckerrohrschneider. Das

Exil wird von Castro wie ein subtiler Mechanismus zur Regulierung interner Spannungen auf der Insel gehandhabt. Das Phänomen war von Anfang an da und ununterbrochen bis Mitte der siebziger Jahre präsent. Viele gingen nach Florida oder auf die amerikanische Militärbasis Guantánamo.

Doch der ganzen Welt bekannt wurde dieses Phänomen durch die Krise vom April 1980. Tausende Kubaner belagerten die peruanische Botschaft in Havanna und forderten Ausreisevisa, um einem unerträglichen Alltag zu entkommen. Nach mehreren Wochen genehmigten die Behörden 125000 von ihnen - die Gesamtbevölkerung betrug damals 10 Millionen Einwohner -, das Land zu verlassen und sich im Hafen von Mariel einzuschiffen. Castro nutzte die Gelegenheit, Geisteskranke und wegen geringer Vergehen Bestrafte »freizulassen«. Dieser Massenexodus machte deutlich, wie sehr die Regierung die eigenen Ideale verriet, denn die »marielitos« kamen aus den untersten Schichten der Gesellschaft, denen sich das Regime angeblich besonders zuwandte. Weiße, Mulatten und Schwarze, die meisten Jugendliche, flohen den kubanischen Sozialismus. Nach der Mariel-Episode schrieben sich viele Kubaner in Listen ein, um ihr Land verlassen zu dürfen. 17 Jahre später warten sie immer noch auf die Genehmigung.

Im Sommer 1994 war Havanna zum erstenmal seit 1959 Schauplatz heftiger Unruhen. Ausreisewillige, die die »balsas«, die floßartigen Glücksschiffchen nicht besteigen konnten, lieferten sich Schlägereien mit der Polizei. In den Straßen des Colon-Viertels und auf der Strandpromenade, dem Malecön, wurde geplündert. Bei der Wiederherstellung der Ordnung wurden mehrere Dutzend Personen verhaftet, aber schließlich genehmigte Castro erneut den Exodus von 25 000 Menschen. Danach hörten die Ausreisen nicht auf und die Militärbasen von Guantánamo und in Panama sind voller Kubaner, die freiwillig ins Exil gingen. Castro versuchte auch, die Flucht auf Flößen einzudämmen, indem er Hubschrauber die zerbrechlichen Gefährte mit Sandsäcken bombardieren ließ. Fast 7000 Menschen sind im Sommer 1994 auf See umgekommen. Schätzungen zufolge ist insgesamt ein Drittel der »balseros« auf der Flucht gestorben. In dreißig Jahren sollen fast 100 000 Kubaner ihr Heil in der Flucht über das Meer gesucht haben. Insgesamt führten die verschiedenen Massenauswanderungen dazu, daß heute 20% der kubanischen Staatsbürger im Exil leben. Bei einer Gesamtbevölkerung von 11 Millionen Einwohnern leben fast 2 Millionen Kubaner im Ausland. Das Exil hat die Familienstrukturen zerbrochen. Zahllose Familien leben verstreut zwischen Havanna, Miami, Spanien oder Puerto Rico...

Von 1975 bis 1989 unterstützte Kuba das marxistisch-leninistische Regime der Volksbewegung zur Befreiung Angolas (MPLA - siehe den Beitrag von Yves Santamaria), die von der UNITA Jonas Savimbis bekämpft wurde. Außer den zahllosen »Mitarbeitern« und »technischen Beratern« entsandte Havanna ein Expeditionskorps von 50000 Mann[11]. Die kubanische Armee benahm sich in Afrika wie auf erobertem Gebiet. Es gab zahlreiche

Schmuggeleien (Silber, Elfenbein, Diamanten), und die Korruption war allgegenwärtig. Als 1989 der Konflikt durch die New Yorker Vereinbarungen beigelegt war, wurden die kubanischen Soldaten, mehrheitlich Schwarze, repatriiert. Ihre Verluste werden mit 7000 bis 11000 Tote angegeben.

Diese Erfahrung hatte die Überzeugung vieler Offiziere ins Wanken gebracht. Der General Arnaldo Ochoa, Chef des Expeditionskorps in Angola und außerdem Mitglied des Zentralkomitees der kommunistischen Partei, schmiedete ein Komplott, um Castro zu stürzen. Nach seiner Verhaftung wurde er, zusammen mit mehreren führenden Persönlichkeiten der Streit- und Sicherheitskräfte, darunter den Brüdern La Guardia, vor ein Militärgericht gestellt. Die beiden letzteren hatten sich für den MC-Dienst, eine von den Kubanern mit dem Spitznamen »Marihuana und Kokain« bedachte Spezialeinheit, am Drogenhandel beteiligt. Dies galt nicht für Ochoa, der aus Angola lediglich ein bißchen Elfenbein und Diamanten mitgebracht hatte. In Wirklichkeit nutzte Castro die Gelegenheit, sich eines potentiellen Rivalen zu entledigen, der aufgrund seines Ansehens und seiner hohen politischen Ämter die Unzufriedenheit leicht hätte kanalisieren können. Kaum war Ochoa verurteilt und hingerichtet, begann eine Säuberung in den Streitkräften, die sie noch weiter destabilisierte und traumatisierte. Da Castro sich der starken Ressentiments der Offiziere gegenüber dem Regime bewußt war, vertraute er das Innenministerium einem Raul Castro nahestehenden General an, nachdem der bisherige Innenminister wegen »Korruption« und »Fahrlässigkeit« geopfert worden war. Seitdem ist für das Regime sicherer Verlaß nur noch auf die blinde Gefolgschaft der »Fuerzas Especiales«.

1978 gab es auf Kuba 15000 bis 20000 politische Häftlinge. Viele kamen aus der Bewegung des 26. Juli, den gegen Batista gerichteten Studentenbewegungen, dem Widerstand in Escambray oder waren Ehemalige von der Schweinebucht. 1986[12] betrug die Zahl der politischen Gefangenen, inhaftiert in 50 auf der ganzen Insel verteilten »Regionak-Gefängnissen, 12000 bis 15000 Personen. Hinzu kommen heute die zahlreichen »Arbeitsfronten«, verstärkt durch Brigaden von 50, 100, manchmal 200 Häftlingen. Manche Arbeitsfronten werden in städtischen Gebieten organisiert. So gab es in Havanna Ende der achtziger Jahre sechs solcher »Fronten«. Heute gibt die Regierung die Existenz von 400 bis 500 politischen Häftlingen zu. Doch im Frühjahr 1997 kam es auf der Insel zu einer neuen Verhaftungswelle. Nach Aussagen kubanischer Vertreter von Menschenrechtsorganisationen, die häufig selbst ehemalige Häftlinge sind, wird auf Kuba nicht mehr physisch gefoltert. Diesen selben Vertretern und Amnesty International zufolge wird es 1997 zwischen 980 und 2500 politische Häftlinge (Männer, Frauen und Jugendliche) gegeben haben.

Seit 1959 haben mehr als 100000 Kubaner die Lager, Gefängnisse oder Arbeitsfronten kennengelernt. 15 000 bis 17000 Personen wurden erschossen. »Kein Brot ohne Freiheit, keine Freiheit ohne Brot«, proklamierte 1959

der junge Anwalt Fidel Castro. Doch, wie ein Dissident vor dem Beginn des »Spezialregimes« (dem Ende der sowjetischen Unterstützung) präzisierte: »Auch ein Gefängnis mit Lebensmitteln bleibt immer noch ein Gefängnis.« Castro, ein Tyrann, der außerhalb der Zeit zu stehen scheint, sagte angesichts des Scheiterns seines Regimes und der Schwierigkeiten in Kuba 1994, daß er lieber sterbe, als die Revolution aufzugeben. Welchen Preis müssen die Kubaner noch zahlen, um seinen Stolz zu befriedigen?

Nicaragua: Das Scheitern eines totalitären Projekts

Nicaragua ist ein kleines Land in Mittelamerika, eingeklemmt zwischen Honduras auf der einen und Costa Rica auf der anderen Seite. Es blickt auf eine lange Reihe blutiger politischer Umstürze zurück. Mehrere Jahrzehnte lang wurde das Land von der Familie Somoza und ihrem Oberhaupt, dem General Anastasio Debayle Somoza, beherrscht, der im Februar 1967 zum Staatspräsidenten »gewählt« worden war. Gestützt auf eine Furcht und Schrecken verbreitende Nationalgarde, eignete sich die Familie Somoza nach und nach fast 25 % des bebaubaren Landes und die Mehrzahl der Tabak-, Zuckerrohr-, Reis- und Kaffeeplantagen sowie eine große Zahl von Fabriken an.

Diese Situation führte zur Entstehung bewaffneter Oppositionsbewegungen. Nach kubanischem Vorbild gründeten Carlos Fonseca Amador und Tomas Borge die Sandinistische nationale Befreiungsfront (FSLN), benannt nach Cesar Sandino, einem ehemaligen Bauern, der die Guerilla der Vorkriegszeit organisiert hatte und 1934 ermordet worden war. Ohne Unterstützung von außen gelang es der Bewegung nur unter Schwierigkeiten, einige wenige Guerillastützpunkte aufrechtzuerhalten. 1967 brachen Unruhen in Managua aus. Mindestens 200 Menschen wurden in den Straßen der Hauptstadt von der Nationalgarde getötet. 1978, nach der Ermordung des Herausgebers der liberalen Zeitung *La Prensa,* Pedro Joaquin Chamorro, belebte die seit einigen Jahren von Kuba unterstützte FSLN den Guerillakampf neu. Es entbrannte ein regelrechter Bürgerkrieg zwischen der FSLN und der Somoza-Garde. Am 22. Februar 1978 erhob sich die Stadt Masaya. Im August bemächtigte sich der Guerillakommandant Eden Pastora des Präsidentenpalasts in Managua und erreichte die Freilassung zahlreicher FSLN-Führer. Im September warf die Nationalgarde Napalmbomben auf Esteli, um die Stadt zurückzuerobern, und tötete bei äußerst heftigen Straßenkämpfen viele Zivilisten. 160 000 Menschen flohen aus Nicaragua ins Nachbarland Costa Rica. Im April 1979 erhoben sich die Städte Esteli und Leon erneut, ebenso Granada. Der revolutionäre Kampf, diesmal besser koordiniert als im Vorjahr, war um so erfolgreicher, als die Somozisten inzwischen praktisch die ganze Bevölkerung gegen sich aufgebracht hatten. Im Juni erhob sich Managua. Am 17. Juli 1979 wurde der Diktator, der jegliche Unterstützung aus dem Ausland verloren hatte, gezwungen, das Land zu verlassen. Der Bürgerkrieg und die Repression dürften 25000 bis 35000 Todesopfer gekostet haben, wobei die Sandinisten von 50 000 Opfern sprechen. Wie viele es auch gewesen sein mögen - der Preis, den dieses von drei Millionen Menschen bewohnte Land gezahlt hat, war enorm.

Ortega und Pastora: Lebensweg zweier Revolutionäre

Sie sind beide Nicaraguaner und lernen schon sehr früh Somozas Gefängnisse kennen. Pastora, der aus einer Familie des landbesitzenden Mittelstands kommt, ist gut 20 Jahre alt, als in Kuba die »barbudos« siegen. Ortega wurde 1945 in bescheidenen Verhältnissen geboren. Anfang der sechziger Jahre nimmt er am Kampf der gegen Somoza gerichteten Jugendorganisationen teil.

Die 1961 von Carlos Fonseca Amador und Tomas Borge geschaffene Sandinistische nationale Befreiungsfront vereint, so gut sie kann, verschiedene Richtungen. Schon die beiden Gründer haben unterschiedliche Vorlieben. Amador ist Castro-Anhänger, während Borge sich für Mao Zedong erklärt. Im Laufe der Jahre lassen sich in der FSLN drei Strömungen unterscheiden: Der »verlängerte Volkskrieg« maoistischer Orientierung bevorzugt den Kampf von den ländlichen Gebieten aus. Die marxistisch-leninistische oder »proletarische« Richtung Amadors und Jaime Wheelocks stützt sich auf ein noch embryonales Proletariat. Die von marxistischen Dissidenten und Demokraten befürwortete »tercerista«- oder »aufständische« Strömung arbeitet am Aufbau einer Stadtguerilla. Pastora gehört dazu wie auch Ortega, der aber bald zu den Proletariern stoßen wird. Daniel Ortega kam zur Revolution aufgrund seines politischen Engagements. Pastora wurde Revolutionär, um seinen Vater zu rächen, einen demokratischen Oppositionellen, der von Somozas Garde ermordet worden war. Nach den Proteststreiks, die 1967 als Reaktion auf die gefälschten Präsidentschaftswahlen aufflammen, wird Pastora verhaftet. Nach Folterungen (man zwang ihn nach einem Aderlaß, sein eigenes Blut zu trinken) freigelassen, bereitet er eine Aktion vor, um seine Folterer zu bestrafen. Die beiden Guerilleros, die sich ihm anschließen, heißen Humberto und Daniel Ortega. Dann gerät Daniel Ortega in die Fänge der Somoza-Polizei. Eden seinerseits baut die Guerilla weiter aus. Bei Fidel Castro bekräftigt er seine Bindung an die parlamentarische Demokratie und knüpft Verbindungen zu mittelamerikanischen Demokraten wie Fugueres aus Costa Rica und Torrijos aus Panama. Ortega wird 1974 nach der Geiselnahme eines Würdenträgers des Somoza-Regimes freigelassen. Ohne zu zögern, nimmt er das erste Flugzeug nach Havanna. Pastora bleibt mit seinen Kämpfern zurück.

Im Oktober 1977 wird in verschiedenen nicaraguanischen Städten eine Erhebung organisiert. Von der Nationalgarde gejagt und der Luftwaffe Somozas bombardiert, ziehen sich Pastora und Ortega in den Urwald zurück. Im Januar 1978 erhebt sich das ganze Land. Im August desselben Jahres stürmt Pastora das Abgeordnetenhaus. Unter anderem erreicht er die Freilassung sämtlicher politischer Gefangener, darunter auch Tomas Borge. Daniel Ortega pendelt zwischen Havanna und der Front im Norden Nicaraguas. Bei einem Angriff auf Masaya findet Camillo Ortega, einer der Brüder Daniels, den Tod. Gut strukturiert und mit Unterstützung kubanischer Berater gewinnt der Aufstand an Boden. Schon dringen FSLN-Truppen, die sich nach Kuba zurückgezogen

hatten, in Nicaragua ein. Südlich von Managua kämpfen Pastora und seine »muchachos« erbittert gegen die Eliteeinheiten der Garde.

Nach dem Sieg der Sandinisten im Juli 1979 wird Pastora stellvertretender Innenminister, während Ortega erwartungsgemäß zum Staatspräsidenten gewählt wird. Ortega lehnt sich offen an Kuba an. Managua ist voll von kubanischen Militärberatern und »Internationalisten«. Pastora, immer stärker isoliert, bekräftigt seine Verbundenheit mit der parlamentarischen Demokratie. Enttäuscht tritt er im Juni 1981 zurück und organisiert den bewaffneten Widerstand im Süden des Landes.

Unmittelbar nach dem Sieg schlössen sich die Anti-Somoza-Gruppen in einer »Junta des nationalen Wiederaufbaus« zusammen, in der die verschiedenen Strömungen vertreten waren: Sozialisten, Kommunisten, aber auch Demokraten und Gemäßigte. Diese Regierung legte ein 15-Punkte-Programm vor, nach dem ein demokratisches System auf der Grundlage allgemeiner Wahlen und des Rechts zur Organisation in politischen Parteien errichtet werden sollte. Bis dahin blieb die Exekutive allerdings in Händen der Junta, die mehr und mehr von den Sandinisten bestimmt werden sollte.

Die Junta räumt besondere Beziehungen zu Kuba[13] ein, schließt aber eine Beteiligung des Westens am Wiederaufbau des Landes nicht aus, in dem die vom Bürgerkrieg verursachten Schäden auf 800 Millionen Dollar geschätzt werden. Doch rasch sehen sich die Demokraten an den Rand gedrängt. Schon im März 1980 tritt die Witwe Pedro Joaquin Chamorros, Violeta Chamorro, zurück - eine der großen Gestalten im Kampf gegen Somoza. Bald folgt ihr eine weitere Führungspersönlichkeit: Adolfo Robelo. Sie protestieren unter anderem gegen die Beherrschung des Staatsrats durch die FSLN.

Während dieser politischen Krise stellte die inzwischen von der FSLN dominierte Junta eine Geheimpolizei auf. Die Sandinisten schaffen Streitkräfte, indem sie die 6000 Guerilleros von 1979 in eine Armee umwandeln, die zehn Jahre später 75 000 Mann zählen wird. Die Wehrpflicht wird ab 1980 eingeführt. Zum Wehrdienst herangezogen werden können alle Männer im Alter von 17 bis 35 Jahren. Sie sind auch den im Dezember 1980 geschaffenen Militärgerichten unterworfen. Ein Student, der seinen Kurs in Wehrkunde nicht absolvierte, konnte nicht damit rechnen, ein Diplom ausgestellt zu bekommen. Diese Armee sollte es erlauben, zur Verwirklichung eines Traums beizutragen, der in der Euphorie des Siegs entstanden war: eine Kette von Triumphen der mittelamerikanischen Guerillas, angefangen in El Salvador. Von Januar 1981 an wiesen die Behörden dieses Landes auf Übertritte sandinistischer Kämpfer auf ihr Gebiet hin.

Die neue Regierung richtete Sondertribunale ein. Das Dekret 185 vom 5. Dezember 1979 schuf spezielle Gerichte für die ehemaligen Nationalgardisten und die zivilen Parteigänger Somozas. Die Sandinisten wollten die »somozistischen Verbrecher« vor Gericht stellen, wie es die Castristen mit

den »Batista-Verbrechern« getan hatten. Die Verhafteten wurden zwar nach dem zum Zeitpunkt der Tat gültigen Strafgesetzbuch verurteilt, doch funktionierten die Sondertribunale parallel zur ordentlichen Gerichtsbarkeit, und Berufung konnte nur bei der Berufungsinstanz eben dieser Tribunale eingelegt werden. Darin lag ein unfehlbares Mittel, neben dem ordentlichen Justizapparat eine Sondergerichtsbarkeit zu schaffen. In den Verfahren häuften sich die Unregelmäßigkeiten. So wurden Verbrechen manchmal als Tatbestand hingestellt, obwohl kein einziger konkreter Beweis vorgelegt worden war. Die Richter zogen die Unschuldsvermutung überhaupt nicht in Betracht. Die Urteile beruhten häufig eher auf dem Begriff der kollektiven Verantwortung als auf dem Nachweis der individuellen Schuld. Gelegentlich kam es zu Urteilen, in denen nicht die Spur eines Beweises für die Tatsächlichkeit des Verbrechens zu erkennen war.

Zur Umsetzung dieser Repression benötigte man ein wirksames Instrument. Die 15 000 dem Innenministerium unterstellten Soldaten hatten das Land rasch unter Beobachtung. Doch für die besonderen Aufgaben einer politischen Polizei stand ein eigener Dienst, die Dirección General de Seguridad del Estado (DGSE) zur Verfügung. Ausgebildet von kubanischen GII-Agenten, unterstand diese Abteilung unmittelbar dem Innenminister. Ihre Aufgabe war das Verhaften und Verhören der politischen Häftlinge. Angewandt wurde dabei die »saubere Folter«, wie sie von kubanischen und ostdeutschen Experten gelehrt wurde. In entlegenen ländlichen Gebieten waren es häufig Einheiten der regulären Armee, die verdächtige Zivilisten festnahmen und mehrere Tage in Militärlagern inhaftierten, bevor sie sie der DGSE übergaben. Die Verhöre fanden vor allem in der Haftanstalt von Chipote statt, im Militärkomplex »German Pomares«, einem militärischen Sperrgebiet am Abhang des Vulkans Loma de Tiscapa, genau hinter dem Hotel Intercontinental von Managua. Zwei Mitglieder der christlich-sozialen Partei, Jose Rodriguez und Juana Blandon, bestätigen die Erpressung von Angehörigen und den Schlafentzug. Der Sicherheitsdienst setzte auch Erniedrigung als Mittel ein. So wurden die Häftlinge in winzige dunkle, kastenartige Zellen gesteckt, die »chiquitas« (die Kleinen) genannt wurden. Ein Mann konnte sich darin nicht hinsetzen, die Bodenfläche betrug kaum mehr als einen Quadratmeter. Die Zellen waren völlig dunkel und verfügten weder über Lüftung noch über sanitäre Einrichtungen. Manchmal wurden Häftlinge darin mehr als eine Woche lang isoliert. Die Verhöre fanden zu jeder Tages- oder Nachtzeit statt. Es kam vor, daß Häftlinge mit einer Waffe bedroht, zum Schein hingerichtet oder mit dem Tod bedroht wurden. Manchen Häftlingen wurden nach der Verhaftung Nahrung und Wasser verweigert. Nach etlichen Tagen waren viele physisch so geschwächt, daß sie Protokolle voller falscher Beschuldigungen unterschrieben.

Am 15. März 1982 rief die Junta den Belagerungszustand aus. Dies erlaubte ihr, die unabhängigen Radiosender zu schließen, die Versammlungsfreiheit aufzuheben und die Koalitionsfreiheit einzuschränken, weil sich be-

stimmte Organisationen weigerten, Hilfsorgane der Regierung zu werden, die ihre Rolle auf die Konsolidierung des Systems beschränken wollte. Außerdem ist die Verfolgung protestantischer Minderheiten wie der Böhmischen Brüder oder der Zeugen Jehovas zu nennen. Im Juni 1982 schätzte Amnesty International die Zahl der Häftlinge auf über 4000, darunter viele Angehörige der Somoza-Garde, aber auch mehrere hundert politische Gefangene. Ein Jahr später wurde die Zahl der Gefangenen auf 20000 geschätzt. Eine erste, Ende 1982 aufgestellte Bilanz der Ständigen Kommission für Menschenrechte hob ein noch beunruhigenderes Phänomen hervor: das häufige »Verschwinden« von Personen, die als »Konterrevolutionäre« verhaftet und »auf der Flucht« getötet worden waren.

Neben der Einrichtung des Unterdrückungsapparats betrieb das Regime auf wirtschaftlichem Gebiet eine überzogene Zentralisierung: Der Staat kontrollierte fast 50% der Produktionsmittel. Das ganze Land mußte das Gesellschaftsmodell akzeptieren, das ihm von der FSLN oktroyiert wurde. Nach dem Vorbild Kubas überzog die junge sandinistische Regierung Nicaragua mit Massenorganisationen. Jedes Stadtviertel hatte sein Komitee zur Verteidigung des Sandinismus, das die gleiche Aufgabe hatte wie die kubanischen CDR: das Land in Beobachtungsraster aufzuteilen und die Einwohner im Auge zu behalten. Die Kinder, die nun eine bessere Schulbildung genossen als unter Somoza, wurden fest in Pionierorganisationen eingebunden. Diese wurden »Camillitos« genannt zu Ehren Camillo Ortegas, des in Masaya umgekommenen Bruders des sandinistischen Führers Daniel Ortega. Die Frauen, die Arbeiter, die Bauern wurden in scharf von der FSLN kontrollierten Verbänden zusammengefaßt. Die politischen Parteien hatten keinerlei einklagbare Rechte. Der Presse wurde schnell ein Maulkorb verpaßt, die Journalisten einer strengen Zensur unterworfen. Gilles Bataillon hat diese Politik perfekt charakterisiert, als er schrieb, die Sandinisten wollten »die Gesamtheit des sozialen und politischen Raums besetzen«.[14]

Die Sandinisten und die Indios

An der Atlantikküste Nicaraguas lebten gut 150000 Indios - Miskito, Sumo und Rama - sowie Kreolen und Ladinos. Die Sandinisten griffen diese Gemeinschaften bald an, die entschlossen waren, ihr Land und ihre Sprache zu verteidigen. Bis dahin hatten sie von einer Autonomie profitiert, die noch aus der Kolonialzeit stammte und sie von Steuerzahlung und Militärdienst befreite. Im Oktober 1979, zwei Monate nach seiner Verhaftung, wurde der »Alpromisu«-Führer Lyster Athders ermordet. Anfang 1981 wurden die nationalen Führer von »Misurasata«, der politischen Organisation der verschiedenen Stämme, verhaftet. Am 21. Februar 1981 gingen die Streitkräfte gegen Lehrkräfte der Alphabetisierung vor. Sie töteten sieben Miskito und verwundeten 17 weitere. Am 23. Dezember 1981 massakrierte die sandinistische Armee in Leimus 75 Bergleute, die die Auszahlung ihres noch ausstehenden Lohns ge-

fordert hatten. Am folgenden Tag ereilte 35 weitere Bergleute dasselbe Schicksal.

Eine weitere Ausprägung der sandinistischen Politik bestand in der Verschickung von Bevölkerungsgruppen unter dem Vorwand »des Schutzes gegen bewaffnete Übertritte der ehemaligen Somoza-Garden, die sich in Honduras festgesetzt haben«. Im Verlauf dieser Aktionen machte sich die Armee zahlreicher Übergriffe schuldig. Tausende Indios (damaligen Schätzungen zufolge 7000 bis 15 000 Personen) flohen nach Honduras, während viele andere (14000 Personen) in Nicaragua festgehalten wurden. Die Sandinisten schössen auf Flüchtlinge, die den Rio Coco überquerten. Diese dreifach problematische Situation von Massakern, Deportationen von Bevölkerungsgruppen und Exil im Ausland veranlaßte den Ethnologen Gilles Bataillon, von einer »Politik des Ethnozids« zu sprechen.

Diese autoritäre Wendung brachte die Indiostämme gegen die Regierung in Managua auf. Sie organisierten sich in zwei Guerillagruppen, Misura und Misurata. In beiden mischten sich Sumo, Rama und Miskito, deren Form des Gemeinschaftslebens mit der integrationistischen Politik der »Kommandanten« in Managua nicht vereinbar war.

Entsetzt hatte Eden Pastora in der Kabinettssitzung aufgeschrien: »Aber selbst der Tyrann Somoza hat sie in Ruhe gelassen. Er hat sie vielleicht ausgebeutet, aber ihr, ihr wollt sie mit Gewalt proletarisieren!« Tomas Borge, Innenminister und durch und durch Maoist, gab zurück, daß »die Revolution keine Ausnahmen dulden kann«.

Die Regierung machte kurzen Prozeß: Die Sandinisten entschieden sich für die Zwangsassimilierung. Der Belagerungszustand wurde im März 1982 ausgerufen und dauerte bis 1987. Von 1982 an »verschickte« die sandinistische Volksarmee fast 10000 Indios ins Landesinnere. Dabei wurde der Hunger zu einer gefährlichen Waffe des Regimes. So erhielten die im Innern des Landes neu gebildeten Indiogemeinden Nahrungsmittel nur in bestimmten Mengen, die von Regierungsfunktionären ausgeteilt wurden. Machtmißbrauch, offenkundige Menschenrechts Verletzungen und die systematische Zerstörung von Indiodörfern kennzeichnen die ersten Jahre der Politik der sandinistischen Regierung an der Atlantikküste.

Bald erhob sich das Land von Nord nach Süd gegen das diktatorische, totalitäre Tendenzen zeigende Regime in Managua. Ein neuer Bürgerkrieg begann, der sich auf viele Gebiete ausdehnte, im Norden auf die Regionen von Jinotega, Esteli, Nueva Segovia, im mittleren Nicaragua auf Matagalpa und Boaco, im Süden auf Zelaya und Rio San Juan. Am 9. Juli 1981 brach der berühmte »Comandante Zero« (»Kommandant Null«) Eden Pastora, stellvertretender Verteidigungsminister, mit der FSLN und verließ das Land. Der Widerstand gegen die Sandinisten organisierte sich und mußte sich die Beschimpfung »Contra«, also konterrevolutionär, gefallen lassen. Im Norden formierte sich die Demokratische Streitkraft Nicaraguas (FDN), in der Somoza-Anhänger und authentische Liberale kämpften. Im Süden bildeten

ehemalige Sandinisten mit gegen die Kollektivierung des Bodens rebellierenden Bauern und Indios, die nach Honduras oder Costa Rica geflohen waren, die Revolutionäre demokratische Allianz (ARDE). Sie operierte von Costa Rica aus, mit Alfonso Robelo als politischem und Eden Pastora als militärischem Führer.

Um die Widerstandsgruppen zu bekämpfen, richtete der Staat im April 1983 »antisomozistische Volkstribunale« ein, die die Angeklagten wegen Verbindungen zu den Contras beziehungsweise wegen Teilnahme an militärischen Operationen verurteilen sollten. Rebellion und Sabotage fielen gleichfalls in die Zuständigkeit dieser Tribunale. Ihre Mitglieder wurden von der Regierung ernannt und kamen aus FSLN-nahen Organisationen. Die Rechtsanwälte, häufig Pflichtverteidiger, begnügten sich mit der Abwicklung der Formalitäten. Es war gängige Praxis, daß die Volkstribunale außergerichtliche, von anderen Stellen als dem Richter erlangte Geständnisse als Beweis zuließen. 1988 wurden die Tribunale aufgelöst.

Der neue Bürgerkrieg weitete sich aus. Die heftigsten Kämpfe fanden von 1982 bis 1987 im Norden und Süden des Lands statt. Ausschreitungen gab es auf beiden Seiten. Der Konflikt in Nicaragua war im Kontext des Ost-West-Gegensatzes zu sehen. Die Kubaner bildeten die sandinistische Volksarmee aus und hatten Vertreter in jeder Einheit. Sie nahmen sogar an Kabinettssitzungen in Managua teil, und Fidel Castro war sich nicht zu schade, als Mentor der Kommandanten zu fungieren. So hatte Eden Pastora, bevor er in den Widerstand ging, zu seiner großen Verblüffung in Havanna eine bemerkenswerte Szene miterlebt: Die sandinistische Regierung ist vollzählig im Arbeitszimmer Castros versammelt. Dieser nimmt sich die Minister einzeln vor und erteilt »Ratschläge«, wie in der Landwirtschafts-, Verteidigungs- oder Innenpolitik vorzugehen sei. Managua hing völlig von Kuba ab. Verantwortlich für die kubanischen Militärberater war eine Zeitlang der General Arnoldo Ochoa. An Ort und Stelle nahmen die Sandinisten mit Unterstützung von Bulgaren, Ostdeutschen und Palästinensern die Deportation von Bevölkerungsgruppen über große Entfernungen in Angriff.

1984 organisierte die Regierung, die sich ein demokratisches Gesicht geben und zu einer neuen Legitimität finden wollte, Präsidentschaftswahlen. Aus einer Rede Bayardo Arces, eines der neun Mitglieder der nationalen Leitung der FSLN, vom Mai 1984 geht die Absicht der Sandinisten besonders deutlich hervor: »Wir glauben, daß die Wahlen dazu da sind, daß man für den Sandinismus stimmt. Denn der Sandinismus wird vom Imperialismus in Frage gestellt und stigmatisiert. Dadurch können wir zeigen, daß das nicaraguanische Volk - was auch immer daran sein mag - für diesen Totalitarismus [den Sandinismus] ist, daß es für den Marxismus-Leninismus ist. [...] Man muß jetzt darüber nachdenken, Schluß zu machen mit diesem ganzen gekünstelten Pluralismus, mit der Existenz einer sozialistischen, einer kommunistischen, einer christlich-sozialen und einer sozialdemokrati-

sehen Partei. Bisher war uns das nützlich. Aber jetzt ist die Zeit gekommen, damit Schluß zu machen ...« Und Bayardo Arce forderte seine Gesprächspartner von der (pro-sowjetischen) Sozialistischen Partei Nicaraguas auf, sich mit der FSLN zu einer Einheitspartei zusammenzuschließen.[15]

Angesichts der Gewalttätigkeiten der »turbas«, der Helfershelfer der sandinistischen Partei, zog der konservative Kandidat Arturo Cruz seine Kandidatur zurück. So war die Wahl Daniel Ortegas keine Überraschung, was aber nicht dazu beitrug, die Feindseligkeiten einzudämmen. 1984/85 organisierte das Regime großangelegte Offensiven gegen die antisandinistischen Widerstandsgruppen. 1985/86 griffen die Truppen der Regierung in Managua die Gebiete an der Grenze zu Costa Rica an. Trotz einer gewissen Unterstützung aus der Bevölkerung gab Eden Pastora 1986 den Kampfaufund zog sich mit seinen Leuten nach Costa Rica zurück. Ab 1985 kam auch von der Moskitia, die von den sandinistischen Kommandos unter Kontrolle gehalten wurde, nur noch sporadischer Widerstand. Die Truppen der Contras und des »antisandinistischen Widerstands« lösten sich auf, verschwanden aber nicht ganz.

Die Regierung rechtfertigte die Aufhebung zahlreicher Grundrechte und politischer Freiheiten mit dem Hinweis auf die Angriffe der Contras. Hinzu kam am 1. Mai 1985 ein von den Vereinigten Staaten verfügtes Embargo, das allerdings von der Haltung europäischer Länder konterkariert wurde. Die Verschuldung Nicaraguas stieg sprunghaft an, die Inflationsrate erreichte 1989 mit 36000% ihren Höhepunkt. Fast 50% des Haushalts wurden für Militärausgaben aufgewendet. Der Staat war nicht mehr in der Lage, die Grundversorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Es fehlte an Milch und Fleisch. Die Kaffeeplantagen waren vom Krieg verwüstet.

Von 1984 bis 1986 kam es zu Verhaftungswellen auf dem Land. Der FSLN-Abgeordnete Carlos Nuves Tellos verteidigte die verlängerte Schutzhaft mit dem Argument, sie sei »eine Notwendigkeit, die uns von den Schwierigkeiten aufgezwungen wird, die durch Hunderte von Verhören in ländlichen Gebieten entstehen«. Mitglieder von Oppositionsparteien - Liberale, Sozial- und Christdemokraten - sowie oppositionelle Gewerkschafter wurden aufgrund ihrer »den Feind begünstigenden« Aktivitäten verhaftet. Im Namen der Verteidigung der Revolution vervielfachten sich die von der DGSE angeordneten Verhaftungen. Rechtsmittel konnten nicht eingelegt werden. Die politische Polizei DGSE hatte, abgesehen von ihrem gewalttätigen Auftreten, die Vollmacht, jeden Verdächtigen zu verhaften und ihn unbegrenzt an geheimem Ort ohne Anklage festzuhalten. Sie konnte auch über die Haftbedingungen und die Kontakte der Häftlinge mit Anwälten und Angehörigen entscheiden. Manche Häftlinge hatten niemals Gelegenheit, mit ihrem Anwalt in Verbindung zu treten.

In einigen Gefängnissen waren die Haftbedingungen außerordentlich hart. So mußten die Häftlinge in Las Tejas stehen, ohne Arme oder Beine beugen zu können. Die Zellen waren alle nach demselben Modell konstru-

iert und verfügten weder über Licht noch über sanitäre Einrichtungen. Während des Notstands mußten Häftlinge dort mehrere Monate zubringen. 1989 wurden diese »chiquitas« genannten Zellen nach einer Kampagne von Menschenrechtsorganisationen zerstört. Amnesty International zufolge gab es in den DGSE-Gefängnissen wenig Todesfälle. Allerdings starben Danilo Rosales und Salomon Tellevia offiziell an »Herzversagen«. 1985 sah der Häftling Jose Angel Vilchis Tijerino, der selbst mit dem Gewehrkolben geschlagen worden war, wie einer seiner Leidensgenossen nach Mißhandlungen starb. Amnesty International sowie verschiedene Nichtregierungsorganisationen hoben ähnliche Mißhandlungen in den ländlichen Gebieten hervor. Ein Häftling des Gefängnisses Rio Blanco in Matagalpa berichtete, er sei mit 20 Mitgefangenen in einer Zelle eingeschlossen gewesen, die so klein war, daß sie im Stehen hätten schlafen müssen. Ein anderer, dem fünf Tage lang Nahrung und Wasser vorenthalten wurde, mußte seinen Urin trinken, um zu überleben.

Der Strafvollzug richtet sich nach dem kubanischen Modell. Das von kubanischen Vorlagen inspirierte Begnadigungsgesetz vom 2. November 1981 sah vor, daß die Einstellung des Häftlings bei der Entscheidung über seine eventuelle Freilassung zu berücksichtigen sei. Die Grenzen des Gesetzes waren rasch erreicht. Wenn auch Hunderte von durch die Sondertribunale verurteilte Häftlinge begnadigt wurden, wurden diese Urteile doch niemals systematisch überprüft.

Die Verhaftungen erfolgten wegen »somozistischer Verbrechen«, was nichts Genaues besagt. So gab es 1989 unter 1640 wegen konterrevolutionärer Vergehen verhafteten Personen nur 39, die führende Somozisten waren. Bei den Contra-Truppen überschritt die Beteiligung ehemaliger Angehöriger der Somoza-Garde übrigens niemals 20%. Es war aber dieses Argument, mit dem die Sandinisten die Inhaftierung ihrer Gegner begründeten. Mehr als 600 von ihnen wurden auf diese Weise im Modelo-Gefängnis kaltgestellt. Die Fälschung von Beweisen beziehungsweise grundlose Beschuldigungen kennzeichneten die ersten Jahre der sandinistischen »Rechtsprechung«.

1987 vegetierten mehr als 3700 politische Häftlinge in den nicaraguanischen Gefängnissen. Das von Las Tejas war bekannt für Mißhandlungen. Die Häftlinge mußten sich auskleiden und eine blaue Uniform anziehen, bevor sie in die DGSE-Zellen kamen. Diese waren winzig und hatten Liegen, die in die Betonmauern eingelassen waren. Fenster gab es nicht, das Licht drang in einem schmalen Streifen durch einen engen Lüftungsschlitz, der sich über der Stahltür befand.

Hinzu kam die Rehabilitation durch Arbeit. Dabei gab es fünf Haftkategorien. Wer aus Sicherheitsgründen als ungeeignet für die Arbeitsprogramme angesehen wurde, wurde in den Hochsicherheitstrakten eingekerkert. Diese Häftlinge sahen ihre Familie nur alle 45 Tage und konnten ihre Zelle nur an sechs Stunden in der Woche verlassen. Die in die Rehabilitationspro-

gramme aufgenommenen Häftlinge durften bezahlte Arbeiten verrichten. Ihnen stand einmal im Monat der Besuch des Ehepartners und alle zwei Wochen der Besuch von Angehörigen zu. Wer die Anforderungen des Arbeitsprogramms erfüllte, konnte den Transfer in eine Arbeitsfarm mit einem weniger strengen, dem sogenannten halboffenen Regime beantragen, um später zum »offenen« Regime überzugehen.

1989 befanden sich 630 Gefangene in der 20 Kilometer von Managua entfernten Haftanstalt Modelo. 38 ehemalige Somoza-Gardisten saßen dort in einem Sondertrakt ihre Strafe ab. Die übrigen politischen Häftlinge waren auf Regionalgefängnisse verteilt: Esteli, La Granja, Granada. Manche Häftlinge weigerten sich, vor allem im Modelo-Gefängnis, aus ideologischen Gründen, an den Arbeiten teilzunehmen. Dabei ging es nicht ohne Gewalttätigkeiten ab. Amnesty International berichtete von Mißhandlungen nach Protestaktionen und Hungerstreiks.

Am 19. August 1987 wurden etwa zehn Häftlinge in El Chipote von den Wachen mit Stöcken geschlagen. Andere Gefangene berichteten über den Einsatz von Elektro-Schlagstöcken. Im Februar 1989 traten im Modelo-Gefängnis angesichts der harten Haftbedingungen 90 Häftlinge in den Hungerstreik. 30 von ihnen wurden zur Strafe nach El Chipote transferiert, wo man sie alle zusammen zwei Tage lang nackt in eine einzige Zelle sperrte. In anderen Gefängnissen wurden viele Häftlinge nackt, in Handschellen und ohne Wasser eingesperrt.

Unter dem Vorwand, Guerillaanschlägen vorzubeugen, deportierte die Regierung Teile der Bevölkerung, die ihres Erachtens den bewaffneten Widerstand unterstützten. Die Offensiven und Gegenoffensiven beider Lager erschwerten die Ermittlung einer genauen Zahl der Verluste. Dennoch steht fest, daß auf dem Land, wo die Kämpfe besonders heftig waren, mehrere hundert Regimegegner hingerichtet wurden. Bei den Kampfeinheiten der Armee und des Innenministeriums scheinen Massaker gang und gäbe gewesen zu sein. Die Sondertruppen des Ministeriums unterstanden dem Innenminister Tomas Borge. Sie entsprachen den »Fuerzas Especiales« des kubanischen Innenministeriums.

Über Hinrichtungen von Dorfbewohnern wurde aus dem Gebiet von Zelaya berichtet. Exakte Zahlen liegen nicht vor. Die Leichen waren in der Regel verstümmelt, männliche Opfer kastriert. Die ermordeten Bauern waren verdächtigt worden, die Contra zu unterstützen oder ihr anzugehören. Ihre Häuser wurden dem Erdboden gleichgemacht, die Überlebenden deportiert. Diese Gewaltakte sind Soldaten der regulären Armee zuzuschreiben. Die Regierung wollte ihre Politik mit Terror durchsetzen und dem bewaffneten Widerstand die Basis entziehen. Wo sie der Widerstandskämpfer nicht habhaft werden konnten, rächten sich die Sandinisten an deren Angehörigen. Im Februar 1989 stellte Amnesty International Dutzende extralegaler Hinrichtungen, insbesondere in den Provinzen Matagalpa und Jinotega, fest. Die verstümmelten Leichen wurden von den Angehörigen der Opfer in der Nähe

ihres Wohnorts gefunden und identifiziert. Solange der Krieg dauerte, gab es zahlreiche Fälle von Verschwinden, für die DGSE-Angehörige verantwortlich sein dürften. Hinzu kommen die Zwangsdeportationen ins Landesinnere. Die Miskito-Indios und die Landbevölkerung der Grenzgebiete hatten besonders unter dem Verschwindenlassen zu leiden. Ein Lager war grausamer und entsetzlicher als das andere. So ließ der Innenminister ohne Zögern in Managua inhaftierte politische Gefangene mit automatischen Waffen umbringen.

Doch die im August 1987 unterzeichneten Vereinbarungen von Esquipulas in Guatemala haben den Friedensprozeß in Gang gebracht. Im September 1987 durfte die oppositionelle Tageszeitung *La Prensa* wieder erscheinen. Am 7. Oktober desselben Jahres wurde in drei Gebieten der Provinzen Segovia, Jinotega und Zelaya ein einseitiger Waffenstillstand unterzeichnet. Mehr als 2000 politische Häftlinge wurden freigelassen. Im Februar 1990 zählte man allerdings immer noch 1200 politische Gefangene. Im März 1988 wurden in Sapoa in Costa Rica direkte Verhandlungen zwischen der Regierung und der Opposition aufgenommen. Im Juni 1989, acht Monate vor den Präsidentschaftswahlen, hatte sich die Mehrzahl der 12000 antisandinistischen Guerilleros auf ihre Stützpunkte in Honduras zurückgezogen.

Der Krieg hat 45000 bis 50000 Menschenleben gekostet. Die meisten Opfer waren Zivilisten. Mindestens 400 000 Nicaraguaner sind nach Costa Rica, Honduras oder in die Vereinigten Staaten, vor allem nach Miami und Kalifornien, geflohen.

Nicht in der Lage, ihre Ideologie auf Dauer durchzusetzen, im In- und Ausland bekämpft, geschwächt von Auseinandersetzungen innerhalb der FSLN, sahen sich die Sandinisten gezwungen, ihre Macht wieder demokratischen Spielregeln zu unterwerfen. Am 25. Februar 1990 wurde die Demokratin Violeta Chamorro mit 54,7% der Stimmen zur Präsidentin gewählt. Zum erstenmal in 160 Jahren der Unabhängigkeit wurde ein politischer Machtwechsel friedlich vollzogen. Das Streben nach Frieden war mit dem permanenten Kriegszustand zu erklären. Was auch immer der Grund sein mag - ob sie schließlich die Bedeutung der Demokratie erfaßt oder ob sie sich lediglich dem bestehenden Kräfteverhältnis gebeugt haben - die nicaraguanischen Kommunisten sind nicht, wie andere kommunistische Machthaber, den Weg des Terrors bis zu Ende gegangen, um, koste es, was es wolle, an der Macht zu bleiben. Aber es bleibt festzuhalten, daß die Sandinisten in ihrer Entschlossenheit zur politischen Hegemonie und zur Anwendung einer Doktrin ohne jeden Realitätsbezug den gerechten Kampf gegen eine blutige Diktatur fehlgeleitet und einen zweiten Bürgerkrieg herbeigeführt haben, der einen vorübergehenden Rückschlag für die Demokratie und zahlreiche Opfer in der Zivilbevölkerung mit sich brachte.

Peru: Der blutige »Lange Marsch« des Sendero Luminoso

Am 17. Mai 1980, dem Tag der Präsidentschaftswahlen, war Peru Schauplatz der ersten bewaffneten Aktion eines maoistischen Grüppchens, das sich »Sendero Luminoso« (Leuchtender Pfad) nannte. In Chuschi bemächtigten sich junge Mitglieder dieser Gruppe der Wahlurnen und verbrannten sie. Das sollte ein Zeichen für den Beginn des »Volkskriegs« sein, eine Warnung, auf die damals kaum jemand achtete. Einige Wochen später entdeckten Einwohner der Hauptstadt Lima an Straßenlampen aufgehängte Hunde, die ein Schild mit dem Namen Deng Xiapings um den Hals trugen, des »revisionistischen« chinesischen Politikers, dem vorgeworfen wurde, die Kulturrevolution verraten zu haben. Woher kam diese seltsame politische Gruppierung, die solch makabre Praktiken anwandte?

In Peru ging es Ende der siebziger Jahre außerordentlich stürmisch zu: Zwischen 1977 und 1979 gab es sechs massiv unterstützte Generalstreiks, denen jeweils Massendemonstrationen in größeren Städten - Ayacucho, Cuzco, Huancayo, Arequipa und sogar Pucallpa - vorangegangen waren. Dabei entstanden auch »Verteidigungsfronten«, die breite Unterstützung fanden und von sozialen Forderungen getragen wurden. Diese Organisationsform, die in Ayacucho schon seit längerem existierte, wurde die Matrix des Sendero Luminoso. Ayacucho bedeutet in der Indiosprache Ketschua »Winkel der Toten«. Dieses Departement ist eines der ärmsten in Peru: Weniger als 5 % des Bodens sind bebaubar, das durchschnittliche Einkommen je Einwohner beträgt etwa 300 DM jährlich, die Lebenserwartung 45 Jahre. Die Säuglingssterblichkeit erreicht den Rekordstand von 20%, während sie in ganz Peru »nur« 11 % beträgt. In diesem Boden der sozialen Hoffnungslosigkeit wurzelte Sendero Luminoso.

Ayacucho entwickelte seit 1959 mit den universitären Fachbereichen Säuglingspflege, angewandte Anthropologie und Landmaschinenbau ein reges akademisches Leben. Rasch bildete sich eine Front revolutionärer Studenten, die an der Universität eine wichtige Rolle spielte. Orthodoxe Kommunisten, Guevara- und Mao-Anhänger stritten erbittert um die Kontrolle über die Studenten. Schon Anfang der sechziger Jahre spielte dabei ein junger maoistischer Aktivist, der Philosophieprofessor Abimael Guzman, eine herausragende Rolle.

Am 6. Dezember 1934 in Lima geboren, absolvierte Abimael Guzman als schweigsamer junger Mann seinen Bildungsweg mit ausgezeichnetem Erfolg. 1958 trat er der kommunistischen Partei bei und machte bald durch sein rhetorisches Talent auf sich aufmerksam. 1965 gehörte er zu den Gründern der kommunistischen Gruppe »Bandera Roja« (Rote Fahne), einer Abspaltung, die sich in der peruanischen KP aus dem chinesisch-sowjetischen Schisma ergab. Einige behaupten, er sei nach China gereist, andere bestreiten das.[16] Als die Regierung nach Aufständen 1966 die Universität schloß,

gründeten die Maoisten der Roten Fahne die Front zur Verteidigung der Bevölkerung von Ayacucho. Guzman engagierte sich von 1967 an für den bewaffneten Kampf. Im Juni 1969 beteiligte er sich an der Entführung des Subpräfekten Octavio Cabrera Rocha in Huerta im Norden der Provinz Ayacucho. 1970 wegen eines Vergehens gegen die Staatssicherheit inhaftiert, wurde er einige Monate später wieder freigelassen. 1971 führte auf der Vierten Konferenz der Roten Fahne eine weitere Spaltung zur Entstehung einer neuen kommunistischen Gruppierung, des Sendero Luminoso. Diese Bezeichnung wurde dem Werk Jose Carlos Mariäteguis[17] entlehnt, der geschrieben hatte: »Der Marxismus-Leninismus wird den leuchtenden Pfad der Revolution eröffnen.« Von den Mitgliedern der Gruppe wird Guzman hoch verehrt und »das vierte Schwert des Marxismus« - nach Marx, Lenin und Mao - genannt. Vargas Llosa analysiert Guzmans revolutionären Ansatz wie folgt: »Seines Erachtens entspricht das von Jose Carlos Mariätegui in den zwanziger Jahren beschriebene Peru im wesentlichen der Realität in China, wie sie damals von Mao analysiert worden war: eine ›halbfeudale und halbkoloniale Gesellschaft. Peru wird seine Befreiung mit einer Strategie erreichen, die der der chinesischen Revolution ähnelt: ein verlängerter Volkskrieg, der mit der Landbevölkerung als Rückgrat die Städte angreift. [...] Das Sozialismusmodell, das er fordert, sind die stalinistische Sowjetunion, die Kulturrevolution der ›Viererbande‹ und das Regime Pol Pots in Kambodscha.«[18]

Von 1972 bis 1979 scheint sich der Sendero Luminoso ganz auf den Kampf um die Kontrolle der Studentenorganisationen konzentriert zu haben. Unterstützt wurde er von den Studenten der technischen Universität San Martin de Torres in Lima. Die Organisation infiltrierte weitgehend die Gewerkschaft der Grundschullehrer. Die Guerilla-Kolonnen auf dem Land wurden häufig von Lehrern rekrutiert. Von Ende 1977 an hielt sich Guzman im Untergrund verborgen. Danach erreichte ein 1978 eingeleiteter Prozeß sein Ziel: Am 17. Mai 1980 entschied sich die maoistische Partei auf ihrer zweiten Vollversammlung für den bewaffneten Kampf. Die Sendero-Kämpfer erhielten Verstärkung von den Trotzkisten der Gruppe um Carlos Mezzich sowie von maoistischen Dissidenten der Gruppe Pukallacta. Die Stunde des bewaffneten Kampfs hatte geschlagen. So kam es zur Aktion von Chuschi. Ihr folgte am 23. Dezember 1980 die Ermordung des Grundbesitzers Benigno Medina - der erste Fall von »Volksjustiz«. Der Sendero Luminoso, der ursprünglich über 200 bis 300 Mann verfügte, beseitigte systematisch Vertreter der besitzenden Klassen sowie der Ordnungskräfte.

1981 wurden die Polizeistationen von Totos, San Jose de Secce und Quinca überfallen. Im August 1982 eroberten die Maoisten den Stützpunkt Viecahuaman. Dabei wurden sechs Anti-Guerilla-Kämpfer (sogenannte Sinchis - ein Ketschuawort für »stark, mutig«) getötet, 15 weitere flohen oder wurden gefangengenommen. Weil sie keine Unterstützung von außen bekamen, rüsteten sich die Guerilleros mit Waffen aus den Magazinen der Polizei und

Sprengstoff aus Bergwerken aus. Dabei scheuten sie sich nicht, die Unterkünfte von Bergleuten anzugreifen. Der mit der traditionellen »Maraka«-Schleuder abgeschossene Dynamitstab wurde zu ihrer Lieblingswaffe. Neben diesen Überfällen verübten sie eine Vielzahl von Anschlägen[19] auf öffentliche Gebäude, Stromleitungen und Brücken. In Ayacucho fest verwurzelt, bemächtigten sich die Kommandos im März 1982 der Stadt, überfielen das Gefängnis und befreiten 297 Häftlinge (Politische und Kriminelle). Die minutiöse Vorbereitung des Angriffs, das Eindringen in die Stadt, die gleichzeitig erfolgenden Aktionen gegen die Polizeikasernen offenbarten eine lange Erfahrung in der Subversion.

Der Sendero Luminoso bemühte sich verbissen um die Zerschlagung der vom Staat geschaffenen Einrichtungen und der Infrastruktur, um die Basis für seine »Volkskommunen« zu errichten. So zerstörte ein Kommando im August 1982 das agronomische Forschungszentrum Allpahaca: Die Tiere wurden erschlagen und die Maschinen in Brand gesteckt. Ein Jahr später ging das Institut für technische Forschungen an Kameltieren (Lamas, Guanacos, Alpakas) in Rauch auf. Ganz nebenbei wurden auch die als Träger der kapitalistischen Korruption betrachteten Ingenieure und Techniker umgebracht. So wurde der Leiter des Forschungsprojekts, Tino Alansaya, ermordet und sein Körper in die Luft gesprengt. Die Guerilleros rechtfertigten sich mit der Erklärung: »Das ist ein Agent des bürokratisch-feudalen Staats.« In acht Jahren wurden auf dem Land 60 Ingenieure ermordet. Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen wurden dabei nicht verschont. 1988 richtete der Sendero Luminoso den amerikanischen AID-Mitarbeiter Constantin Gregory hin. Am 4. Dezember desselben Jahres wurden zwei französische Entwicklungshelfer ermordet.

Guzman soll vorausgesagt haben: »Der Triumph der Revolution wird eine Million Tote kosten.« (Damals zählte Peru 19 Millionen Einwohner.) Dieses Grundsatzes eingedenk machten sich die Maoisten daran, sämtliche Symbole einer verhaßten politischen und sozialen Ordnung zu beseitigen. Im Januar 1982 richteten sie zwei Grundschullehrer vor ihren Schülern hin. Einige Monate später wurden 67 »Verräter« während eines »Volksprozesses« öffentlich ermordet. Zunächst hatte die Hinrichtung von Großgrund- und anderen Landbesitzern die von hohen Steuern und Kreditzinsen erdrückte Landbevölkerung nicht weiter erschüttert. Doch die Beseitigung des Kleinbürgertums und der Händler nahm ihr eine Reihe von Vorteilen (Kredite zu erträglichen Zinssätzen, Beschäftigung, Hilfen verschiedener Art). In ihrem Streben nach revolutionärer Reinheit und zur Festigung ihrer Herrschaft dezimierten die Guerilleros auch die Banden der Viehdiebe, die die Hochebenen unsicher machten. Dieser Kampf gegen das Verbrechen war aber rein taktischer Natur. 1983 begann der Sendero Luminoso, mit den Drogenhändlern von Huánuco zusammenzuarbeiten.

In den von ethnischen Spannungen beherrschten Gebieten wußte der Sendero Luminoso den Haß auf die Zentralregierung in Lima zu nähren, das

Überbleibsel einer »verhaßten kolonialen Vergangenheit«, an die der Präsident Gonzalo (Guzman) gern erinnert. Die Organisation spielte sich als Verteidiger der indianischen Identität auf, wie sich Pol Pot auf die Reinheit der Khmer zur Zeit der Kultur von Angkor bezog. Auf diese Weise gewann der Sendero Luminoso Sympathien bei einigen Indiostämmen, die aber mit der Zeit die maoistische Gewalttätigkeit immer weniger ertrugen. 1989 wurden die Ashaninkas im Amazonasgebiet zwangsrekrutiert oder verfolgt. 25 000 von ihnen lebten zurückgezogen im Urwald, bis sie unter Armeeschutz gestellt wurden.

Die Region von Ayacucho war der maoistischen Verfolgung ausgeliefert und lebte nach einem neuen Moralkodex: Prostituierte wurden geschoren, untreue Ehemänner und Betrunkene ausgepeitscht, Widerspenstigen Hammer und Sichel in die Kopfhaut geschnitten, als ungesund betrachtete Festlichkeiten verboten. Die Gemeinden wurden von »Volkskomitees« geleitet, an deren Spitze fünf »politische Kommissare« standen. Diese Pyramidenstruktur ist typisch für die politisch-militärische Organisation des Sendero Luminoso. Mehrere Komitees bildeten zusammen eine Unterstützungsbasis, die einer Hauptkolonne von sieben bis elf Mitgliedern unterstand. Den politischen Kommissaren waren andere Kommissare beigeordnet, die mit der Organisation der Landwirtschaft und der Produktion beauftragt waren. Diese letzteren organisierten in den »befreiten Gebieten« die Arbeit im Kollektiv. Verweigerung wurde nicht geduldet und das geringste Ausscheren mit dem sofortigen Tod bestraft. Der Sendero Luminoso hatte sich für eine Politik der Autarkie entschieden und zerstörte Brücken, um die ländlichen Gebiete von den Städten zu isolieren. Das rief von Anfang an heftigen Widerstand in der Landbevölkerung hervor. Um die Kontrolle über die Bevölkerung zu sichern und die Eltern zu erpressen, wurden von der Organisation auch Kinder zwangsrekrutiert.

In der ersten Zeit setzte die Regierung Sonderkommandos (die »Sinchis«) und Marineinfanteristen gegen den Terrorismus ein, aber ohne Erfolg. 1983/84 ging der »Volkskrieg« in die Offensive. Im April 1983 eroberten 50 Guerilleros des Sendero Luminoso Luconamanca, wo 32 »Verräter« sowie weitere Personen, die fliehen wollten, mit Axthieben und Messerstichen ermordet wurden. Die Bilanz ergab 67 Tote, darunter vier Kinder. Mit diesem Massaker wollte die Organisation den Behörden zu verstehen geben, daß sie unerbittlich sein werde. 1984/85 richtete sich ihre Offensive gegen die Vertreter der Macht. Schon im November 1983 war der Bürgermeister der Bergwerksstadt Cerro de Pasco ermordet und sein Körper in die Luft gejagt worden. Weil sie sich von den Behörden im Stich gelassen fühlten, traten mehrere Bürgermeister und stellvertretende Bürgermeister zurück, Pfarrer flohen.

1982 hatte dieser Krieg 200 Todesopfer gefordert. 1983 verzehnfachte sich die Zahl. 1984 wurden mehr als 2600 Terrorakte gezählt. Mehr als 400 Soldaten und Polizisten kamen bei den Operationen um. Auf die Verbrechen des Sendero Luminoso folgten die Exzesse der Armee. Als die Guerilleros

in drei Gefängnissen von Lima Meutereien anzettelten - vermutlich, um den Krieg in die Städte zu tragen -, war die Repression brutal. Es wurden mehr als 200 Tote gezählt. Den Maoisten gelang es nicht, die gut strukturierten Gewerkschaften der Bergarbeiter und die mit einer soliden Verbandsstruktur ausgestatteten Stadtviertel der Armen dauerhaft zu unterwandern. Um sich eine gewisse Glaubwürdigkeit zu bewahren, konzentrierte der Sendero Luminoso dann seine Angriffe auf die Mehrheitspartei APRA[20], die die Regierung bildete. 1985 wurden sieben APRA-Politiker ermordet. Sie erlitten die Spionen vorbehaltenen Verstümmelungen: Ohren und Zungen herausgeschnitten, die Augen ausgestochen. Im gleichen Jahr eröffnete der Sendero Luminoso eine neue Front in Puno. Das Departement Libertad, die Provinzen Huánuco und de la Mar sowie das Amazonasgebiet wurden mit Guerilla-Überfällen überzogen. In den Städten Cuzco und Arequipa wurden auf die Elektrizitätswerke Anschläge mit Plastiksprengstoff verübt. Im Juni 1984 ließen die Maoisten einen mit Bleikonzentrat beladenen Güterzug entgleisen und wenig später einen, der Kupfer transportierte. 1984 wurde in zehn der 146 peruanischen Provinzen der Ausnahmezustand erklärt.

Um die Gewaltakte zu stoppen, verlegte sich die Armee zunächst auf die Repression: Für 60 getötete Bauern versprach der Generalstab drei Guerilleros zu beseitigen. Diese Politik wirkte sich zunächst so aus, daß sie die Unentschiedenen den Maoisten in die Arme trieb. Anfang der neunziger Jahre änderte die Regierung ihre Strategie. Die Landbevölkerung wurde nicht länger als feindlich, sondern als Partner betrachtet. Eine Umgestaltung der militärischen Hierarchie sowie bessere Rekrutierungsverfahren ermöglichten es, die Zusammenarbeit mit der ländlichen Bevölkerung zu verbessern. Der Sendero Luminoso verfeinerte seine Taktiken ebenfalls. Auf seiner dritten Konferenz wurden vier Formen des Kampfes definiert: Guerillakrieg, Sabotage, selektiver Terrorismus sowie psychologische Kriegführung, z. B. Angriffe auf Bauernmärkte.

Als sich eine Welle der Rebellion in der Partei erhob - die dann allerdings rasch wieder in sich zusammenfiel -, folgten Hinrichtungen der »die bürgerliche Linie vertretenden Verräter«. Um die zu bestrafen, die die »Volksstreitkräfte« verrieten, errichtete der Sendero Luminoso Arbeitslager im Amazonasgebiet. Im Dezember 1987 gelang es 300 halbverhungerten Frauen, Kindern und Alten, diesem peruanischen »Gulag« zu entfliehen und am Rande des Urwalds Belem zu erreichen. Die zur Zwangsarbeit in den vom Sendero Luminoso beherrschten Gebieten verpflichteten Bauern, die dort Äcker und Kokafelder bestellen und die Kolonnen der Guerilleros versorgen mußten, begannen 1983, diese Gegenden zu verlassen. Zahlreiche in der Hochebene geborene Kinder fanden dort den Tod. Wer zu fliehen versuchte, wurde systematisch umgebracht. In Lagern eingesperrt, zur Teilnahme an Lektionen über die Texte des Präsidenten Gonzalo gezwungen, lernten die Häftlinge auch bald den Hunger kennen. So erging es 500 Personen in einem Lager im Gebiet von Convención.

Im September 1983 hatte die Polizei einen ersten Sieg errungen, als sie Carlos Mezzich, einen von Guzmans Generalstabschefs, verhaftete. Der Grausamkeiten einer Organisation müde, die ihr Schicksal auch nicht wenden konnte, hatte sich die Mehrheit der Landbevölkerung nicht auf die Seite der Revolution Guzmans geschlagen. Darüber hinaus wurde der Sendero Luminoso von anderen politischen Bewegungen bekämpft. Die Gruppierung der Vereinigten Linken, die in den Gewerkschaften fest verankert war, widersetzte sich mit Erfolg den Infiltrationsversuchen der Maoisten. Überhaupt erwies sich der Sendero Luminoso bei blutrünstigen Aktionen sehr viel geschickter als in der Gemeinde- oder Verbandsarbeit. 1988/89 nahm die Organisation Lima und Cuzco direkt ins Visier. Die Elendsviertel sollten zum revolutionären Nährboden werden, getreu den Anweisungen des Präsidenten Gonzalo: »Es geht darum, die Elendsviertel zur Basis zu machen und das Proletariat zum Führer!« Die Elendsviertel wurden also mit Beobachtungsnetzen überzogen und Widerspenstige beseitigt. Angehörige des Sendero Luminoso unterwanderten bestimmte Hilfsorganisationen, z. B. die Peruanische Volkshilfe. Die Maoisten versuchten sogar, die Verwurzelung der klassischen marxistischen Linken in der Stadt zu untergraben. Doch nach den vergeblichen Versuchen, die Gewerkschaften in die Hand zu bekommen, scheiterten sie erneut. Außerdem kollidierte der Sendero Luminoso auf seinem Weg mit der Revolutionären Bewegung Tupac Amaru (MRTA). Die Zusammenstöße waren von beispielloser Brutalität. 1990 fanden dabei 1584 Zivilisten und 1542 Rebellen den Tod. Bedrängt von der MRTA, gejagt von der Armee, begann der Sendero Luminoso an Kraft zu verlieren.

Am 12. und 13. September 1992 wurden Guzman und seine Assistentin Elena Iparraguire verhaftet. Einige Wochen später fiel der Polizei die Nummer 3 der Organisation, Oscar Alberto Ramirez, in die Hände. Am 2. März 1993 wurde die militärische Beauftragte des Sendero Luminoso, Margot Dominguez (im Untergrund Edith genannt) festgenommen. Schließlich zerschlugen die Sicherheitskräfte im März 1995 eine Kolonne von 30 Guerilleros, die von Margie Clavo Peralta geführt wurden. Trotzdem konnte Sendero Luminoso 1995 durch Erhöhung seiner Truppenstärke 25 000 Mitglieder aufstellen, darunter 3000 bis 5000 »Reguläre«.

Guzmans Vorhersage ist nicht eingetreten. Peru wurde nicht im eigenen Blut ertränkt.[21] Einigen Quellen zufolge hat Sendero Luminoso den Tod von 25 000 bis 30000 Menschen zu verantworten. Die Kinder in den ländlichen Gebieten mußten dem Terror des Bürgerkriegs hohen Tribut zollen: Zwischen 1980 und 1991 kamen bei Attentaten 1000 Kinder ums Leben, rund 3000 wurden verstümmelt. Da in den Kriegsgebieten viele Familien auseinandergerissen wurden, blieben fast 50000 Kinder sich selbst überlassen, zahlreiche von ihnen als Waisen.

2

Formen des Afrokommunismus: Äthiopien, Angola, Moçambique

von Yves Santamaria

Für die öffentliche Meinung in Frankreich bestand die Verbindung zwischen »Übersee« und kommunistischer Bewegung insofern, als letztere den antikolonialistischen Kampf unterstützte. Dann globalisierte der Kalte Krieg die Risisken. Angesichts der entkolonialisierungsfreundlichen Tendenzen in Washington versuchte die Vierte Republik glauben zu machen, daß jedes Nachgeben gegenüber den Nationalisten in jenen Ländern per se Moskauer Ambitionen ermutige, entsprechend dem Lenin zugeschriebenen Satz: Von Osten aus gesehen führt der Weg nach Paris über Algier. Als die internationalen Beziehungen nach der amerikanischen Niederlage in Vietnam 1975 einfroren, wurde die heikle Verbindung zweier wild exotischer und doch so vertrauter Themen - Afrika und Kommunismus - zwar als negativ angesehen, aber lediglich aus dem Blickwinkel des Ost-West-Konflikts. Erst als im ehemals portugiesischen Afrika und in Äthiopien pro-sowjetische Regime errichtet wurden, beschränkte sich die Vorstellung, eine solche Verbindung sei schädlich, nicht mehr nur auf den geopolitischen Rahmen. Jenseits einer möglichen Einmischung des sozialistischen Lagers in vom Westen als lebenswichtig erachteten Bereichen wurde nun deutlich, daß der Kommunismus, weit davon entfernt, das unumgängliche Heilmittel gegen die Unterentwicklung in der Dritten Welt zu sein, die lokalen Bevölkerungen abermals zu bestrafen schien. Solche Strafen hatten überall in der Welt bereits jene Völker hinnehmen müssen, die nur ungenügend durchdrungen waren von der Mission, die ihnen (in den Augen der Erben der Oktoberrevolution) die Geschichte zugedacht hatte.

Der Kommunismus im Spiegel Afrikas

»Schwarze Khmer« - so wurden 1989, bereits nach dem Fall der Mauer, die Kämpfer der Patriotischen Front Ruandas (Tutsi) genannt, weil man ihnen einen Hang zu Pol Pot zuschrieb. Doch das ersparte ihrem Anführer, Paul Kagame, nicht den Spitznamen »Amerikaner«. Er bekam ihn von französischen Verantwortlichen, die darauf aufmerksam gemacht worden waren, daß er sei-

ne Ausbildung in den Vereinigten Staaten absolviert hatte - eine Tatsache, die den Argwohn gegenüber angelsächsischen Einmischungen im afrikanischen Hinterhof Frankreichs weckte.[22] In all ihrer Komplexheit veranschaulichen die Ereignisse in der Region um die Großen Seen auch heute noch ein schwieriges Problem von Beobachtern und Praktikern der afrikanischen Politik: Auf den »schwarzen« Kontinent projiziert der Westen besonders gern politische Trugbilder. Kann man unter diesen Umständen vom »afrikanischen Kommunismus« sprechen, ohne sich des Ethnozentrismus schuldig zu machen - auch wenn der Präsident von Moçambique, Joaquim Chissano, bezüglich der Umstürze in Osteuropa unumwunden zugab, daß »diese Marxismus-Geschichte uns ganz entschieden Probleme zu bereiten beginnt«?[23] Tatsächlich haben die Debatten über die Authentizität eines Eintritts der Afrikaner ins kommunistische Universum eine frappierende Ähnlichkeit mit jenen, die man, wer immer solche Auseinandersetzungen schätzen mochte, bezüglich anderer Weltgegenden führen konnte. Und schließlich, wenn für den General de Gaulle die Sowjetunion nach wie vor das geliebte und mächtige Rußland blieb, warum sollte die Bewegung für die Befreiung Angolas (MPLA) nicht der »marxistisch-leninistische« - wie man im Westen übersetzen würde - Ausdruck eines aus kreolischen, indischen und Mbundu-Elementen zusammengesetzten ethnischen Flickenteppichs sein? Was die Weigerung betrifft, dem »roten Negus« Mengistu die Würde eines »Kommunisten« zuzuerkennen, so ist bekannt, daß bedeutende Sektoren der marxistischen extremen Linken Stalin diese Eigenschaft absprachen. Unter ihnen sind die Trotzkisten nicht gerade die Gruppe mit dem geringsten Einfluß.

Nehmen wir also einfach zur Kenntnis, daß im ganzen hier betrachteten Zeitraum (im wesentlichen von 1974 bis 1991) die Ernsthaftigkeit der Bezugnahme auf Marx, den Bolschewismus und die Sowjetunion durch die hier behandelten Parteien, Staaten und Regime nicht bestritten wurde, weder von den Akteuren, noch von ihren Gegnern und erst recht nicht von der legitimierenden Instanz, nämlich von der Sowjetunion und der internationalen kommunistischen Bewegung. Gewiß gehörte nur eine Minderheit der kommunistischen Bewegung als organisierte Mitglieder an: Sowjetischen Schätzungen zufolge belief sich diese Zahl in ganz Afrika für 1939 auf 5000 und für Anfang der siebziger Jahre auf 60000.[24] Zahlreiche, vor allem europäische Beispiele erinnern uns aber daran, daß nach leninistischer Logik lediglich die ideologische Konformität der *Machthaber* zählt - mehr als die des Regimes oder des Staats. Die Macht nimmt *apriori* wenig Rücksicht darauf, ob die Gesellschaft bereits von kommunistischer Kultur durchdrungen ist. Sobald sie an den Schaltstellen saßen, überzogen die neuen Führer das Land sorgfältig mit einem symbolischen Netz und vervielfältigten dadurch die Bruchstellen des »afrikanischen Sozialismus«, der nach den ersten Unabhängigkeitserklärungen in den fünfziger und sechziger Jahren erblüht war. Die Lehre, die aus dem Scheitern des ersten Schwungs zu ziehen war, verstand sich von selbst: Wenn die von Julius Nyerere in Tansania eingeführte

Politik der genossenschaftlich organisierten Siedlungen auf dem Land *(ujamaa)* nicht die erhofften Ergebnisse zeitigte, liege das daran, so erklärte man in der Frelimo (Front zur Befreiung Moçambiques) wie bei den äthiopischen Experten, daß die TANU/ASP-Partei[25] nicht hinreichend »marxistisch-leninistisch« gewesen sei. Die Anwendung eines Rasters des »wissenschaftlichen Sozialismus« ermöglichte es den Führungseliten, die Gefahr von Stammeseinflüssen auszuschalten, die aus ihrer Sicht natürlich zu ungeplanten Zusammenschlüssen in der Landbevölkerung führten. Die Machthaber akzeptierten von vornherein, daß der Staat die Nation aufbaut - ein Modell, das den Europäern nicht fremd war -, und integrierten sie in die internationale Gemeinschaft. Wer mit dem Flugzeug in Maputo, der Hauptstadt Moçambiques, landete, konnte nicht übersehen, daß er sich einer »zone liberee de l'humanite«[26] näherte.[27]

Weit davon entfernt, zu irgendeiner Leugnung der Menschenrechte aufzufordern, zeigte der Slogan, der an der Fassade des Flughafengebäudes prangte, die beiden dem kommunistischen Projekt wesensgleichen Dimensionen auf: Antiimperialismus gegenüber dem rassistischen Südafrika und, an der Seite der sozialistischen Staaten, die Zugehörigkeit zum weltweiten kommunistischen System. Wie Moçambique haben auch Angola und Äthiopien dort ihren Platz in der Reihe der »sozialistisch orientierten« Länder gefunden. Seit Chruschtschow bemühten sich die sowjetischen Analytiker nämlich um eine Verfeinerung ihrer Typologie. Das Entstehen neuer »progressistischer« Nationen zwang zur Anwendung einer adäquaten Terminologie, in die auch die Länder hineinpaßten, die sich zwar vom »kapitalistischen Weg« gebührend entfernt hatten, aber sich nicht wie Kuba oder Vietnam mit dem Etikett »sozialistisch« zu schmücken wußten.[28] Dieses Etikett garantierte seitens der Sowjetunion ein Engagement, dessen Rentabilität in Afrika nicht gesichert schien. Auch die sozialistisch orientierten Staaten müssen sich zur Sicherung der materiellen Basis ihrer Entwicklung im wesentlichen auf die eigenen Ressourcen und westliche Finanzierung verlassen. Was den militärischen Aspekt der Zusammenarbeit betrifft, so gehört er zur langen Tradition des »roten Imperialismus«, der von den ersten Schritten der Kommunistischen Internationale[29] an die Pflicht zur proletarischen Unterstützung lehrte. Wenn bezüglich des Transfers von Militärtechnologie die sowjetische Klientel in Afrika auch über die in diesem Kapitel behandelten drei Staaten weit hinausging, waren diese doch die Hauptempfänger. Die feste Einbindung in ein weltumspannendes System ermöglichte es ihren Staatsführungen, von den unterschiedlichen Ressourcen der kommunistischen Galaxie zu profitieren: Neben 8850 auf dem ganzen Kontinent tätigen sowjetischen Beratern wurden 1988 53 900 Kubaner gezählt. Die Zahl der besonders von Sicherheitsdiensten geschätzten ostdeutschen Spezialisten konnte nicht genau ermittelt werden.[30]

Es ist zweifellos zulässig, in der Übernahme der marxistisch-leninistischen Rhetorik durch die angolanische MPLA, die moçambiquanische Fre-

limo und den äthiopischen Derg/PTE das bei Altertumswissenschaftlern als »Interpretation« bekannte Verfahren wiederzuerkennen, nach dem die gallischen Götter unter römischen Kleidern noch lange unsterblich blieben. Natürlich ist die »Instrumentalisierung« keine Einbahnstraße. Es trifft z. B. zu, daß die kaiserliche Bürokratie in Äthiopien das zentralistische Potential des real existierenden kommunistischen Modells durchaus zu ihrem Vorteil zu kanalisieren wußte. Unabhängig von der Aussagekraft dieses Erklärungsmodells steht aber fest, daß sich in Afrika, gestützt auf eine ganze Reihe von Kriterien, eine kommunistische *Politik* identifizieren läßt. Für sich genommen gelten viele dieser Kriterien auch für die Beschreibung anderer afrikanischer Staaten. Das fängt an bei der Ablehnung des Mehrparteiensystems, die mit »Avantgardismus« verbunden wird - eine Tugend, die nur der an der Macht befindlichen Gruppe zufällt. Moskau aber sollte das Etikett »avantgardistische Partei, die sich auf eine revolutionäre Theorie stützt« lediglich der MPLA-Arbeitspartei in Angola, der Frelimo-Arbeiterpartei in Moçambique und der kongolesischen Arbeitspartei verleihen, zu denen 1984 noch die äthiopische Arbeiterpartei kam. Dasselbe gilt hinsichtlich einer mafiosen »Politik des vollen Bauchs«[31], bei der angesichts des Fehlens einer »bürgerlichen Klasse« die Manipulation des Staats die einzige Quelle persönlicher Bereicherung darstellt. Zuzugeben ist, daß es sich hier um Nomenklatura-Praktiken handelt, auf die Afrika keineswegs ein Monopol hat. Und man könnte sich sicherlich darauf beschränken, das spezifisch Kommunistische der drei hier behandelten Regime herauszuarbeiten, indem man ihre einhellige und mit derselben Rhetorik vorgetragene Absicht hervorhebt, einen »neuen Menschen« zu schaffen. Zu diesem Zweck wird dem jeweiligen Wahrheitsministerium die Aufgabe übertragen, aus den überkommenen Traditionen das herauszusuchen, was Folklorisierung verdient beziehungsweise auszumerzen ist.

Übrig bliebe die Frage, warum die Eliten, die die Führung dieser Staaten übernahmen, auf dem Bazar der Ideologien des 20. Jahrhunderts ihren Bedarf ausgerechnet in der Abteilung für Marxismus-Leninismus deckten.[32] Wenn man sich auf diesen einen Aspekt des Verständnisses konzentriert, ist es nicht ausgeschlossen, daß die Faszination, die die von der Doktrin eröffneten Möglichkeiten eines schwindelerregenden Einsatzes von Gewalt ausüben, ein diskussionswürdiges Element darstellt. Und wie im Westen den Wissenschaftlern die Verbindungen zwischen den totalitären Strömungen und der im Europa der Jahre 1914 bis 1945 bestimmenden »Kriegskultur« immer deutlicher werden, so reiht sich in Afrika die kommunistische Episode in eine lange Phase der Gewalt ein, deren Erforschung gerade einmal begonnen hat, die manichäischen Gegensätze präkoloniale Harmonie oder Barbarei, kolonialistische Ordnung oder Unterdrückung sowie Anomie als Folge der Unabhängigkeit und/oder neokolonialer Begehrlichkeiten zu überwinden.[33] Natürlich stellt das kommunistische Afrika nicht ein einsames Eiland der Gewalt dar. Vielmehr haben Nigeria mit dem Biafrakrieg

und Ruanda mit dem Völkermord an den Hutu jeweils zu ihrer Zeit hinreichend Gründe dafür geliefert, daß der Mensch am Mitmensch verzweifelte. Dennoch weisen Äthiopien, Angola und Moçambique - strittige Statistiken einmal beiseitegelassen - einen spezifischen verbrecherischen Aspekt auf, selbst wenn es sich nur um den Prozeß gesellschaftlicher Umstrukturierung handelte, der von der zwangsweisen »Verdörflichung« des Lebens auf dem Land und vom Hunger als politischer Waffe gekennzeichnet ist. Darüber hinaus fallen in diesen Ländern einem nicht auf Afrika spezialisierten Kommunismusexperten sofort vertraute Bilder auf, sowohl was Parteisäuberungen oder die Liquidierung nicht linientreuer Linker betrifft als auch die Behandlung der Opposition, ob sie nun nationalen beziehungsweise ethnischen, parteipolitischen oder religiösen Charakter hat.

Obwohl der Agitprop immer professioneller wird, wird es für die Leugner des Massenmordes zusehends schwieriger, durch die Maschen der internationalen Mediennetze zu schlüpfen. So führte die verbrecherische Dimension des afrikanischen Kommunismus zu einer Blüte der Absolutionen und Apologien. Bei jenen, die den auf ansonsten »progressistischen« Regimen lastenden Verdacht der Vorsätzlichkeit zerstreuen wollen, wird jede Initiative des marxistisch-leninistischen Staats zu einer die Verhältnismäßigkeit wahrenden Antwort auf konterrevolutionäre Kräfte. Ein Streitpunkt, der seit langem bezüglich der Schreckensherrschaft der französischen Revolution besteht und von der bolschewistischen Revolution belebt wurde, trifft als »Zwangsherrschaft der Umstände« in der afrikanischen Situation auf reichhaltiges Material für Plädoyers. Diese kommen aus Kreisen, die weit über die kommunistischen Reihen hinaus reichen. So gesehen dürfte das - stets relative, aber mit der Diskussion über andere afrikanische Länder sozialistischer Orientierung[34] nicht vergleichbare - Ausmaß der Polemik, die im Westen bezüglich der drei Staaten ausbrach, unsere Auswahl zur Genüge rechtfertigen. Zu den klassischen Figuren des Bösen (das Vermächtnis der Vergangenheit, die interventionistische Strategie des Imperialismus) gesellen sich in Äthiopien, Moçambique oder Angola die Naturgewalten einer Umwelt, deren Unbarmherzigkeit die kommunistische Welt gern zu unterstreichen pflegt. So fehlt nicht viel, daß sie selbst die Dürre in den Dienst ihrer prometheisehen Projekte stellt. Ob nun auf Unregelmäßigkeiten bei der Niederschlagsmessung oder auf ethnische Probleme hingewiesen wird, nicht immer widersteht die Argumentation der Versuchung, afrikanische Barbarei einer hypothetischen Afrikanität zuzuschreiben. Doch die afrikanischen Gesellschaften sind mindestens so abhängig von ihrer Zeit wie von ihrem Erbe, und so gesehen hätten ihnen die totalitären Aderlässe nicht erspart bleiben können.

Das rote Imperium: Äthiopien

Als am 12. September 1974 das vom damals 82 Jahre alten Negus Haile Selassie I. verkörperte Imperium untergeht, scheint die Diagnose einfach. Geschwächt durch die Unsicherheit über einen möglichen Nachfolger und den Erdölschock, erschöpft von Grenzkriegen und Schwierigkeiten mit der Nahrungsmittelversorgung, von den aus der gesellschaftlichen Modernisierung hervorgegangenen städtischen Bevölkerungsschichten in Frage gestellt, fällt das Regime ohne große Erschütterungen in sich zusammen. Die Armee, die sich 1950 in Korea an der Seite der Amerikaner ausgezeichnet hat, ist eine Frucht der geopolitischen Bemühungen des gestürzten Souveräns.[35] Nun etabliert sie sich an den Hebeln der Macht: 108 Personen bilden den Provisorischen Militärischen Verwaltungsrat (Derg), in dem sich die ideologischen Gegensätze unter der Parole »Ethiopia tikdem« (Äthiopien zuerst) zu verwischen scheinen. Doch bald schon lösen sich die Mehrdeutigkeiten auf. Der als Regierungschef eingesetzte General Aman Andorn, Held des Krieges gegen Somalia und eritreischer Herkunft, wird in der Nacht vom 22. auf den 23. November umgebracht. Einige Stunden später sind 59 Politiker an der Reihe. Nach bewährter Strategie erleiden die Liberalen dasselbe Schicksal wie die dem Ancien Regime verbundenen Traditionalisten. Das Los der Derg-Mitglieder ist von nun an, an das ihres Vorsitzenden geknüpft, den sie im Juli in sein Amt gewählt haben und der vom 21. Dezember 1974 an für das Land offen den Sozialismus anstrebt: Mengistu Haile Mariam.

Die Biographie des ehemaligen Präsidenten ist noch zu schreiben.[36] Er gefiel sich in der Rolle des Paria und spielte seine dunkle Haut und seine geringe Körpergröße aus (die er allerdings durch Einlagen in den Schuhen zu kaschieren suchte), um sich gegenüber dem Amhara-Clan, der führenden Schicht des kaiserlichen Regimes, als Mann der Unterschicht darzustellen. Vom privilegierten Milieu profitierte er jedoch durch seine Mutter, die aus einer authentischen Adelsfamilie stammte. Obwohl er ein uneheliches Kind war (sein Vater war ein des Lesens und Schreibens unkundiger Gefreiter), protegierte ihn ein Onkel, der ihm als Minister des Negus den Beginn einer Militärkarriere erleichtern konnte. Die Ausbildung Mengistus beschränkte sich allerdings auf die Grundschule. Ohne Zeugnis trat er in die für mittellose Jugendliche vorgesehene Militärschule von Holetta ein. Als Kommandant einer motorisierten Brigade erbrachte er immerhin so gute Leistungen, daß ihm zweimal ein Aufenthalt in Fort Levenworth (Texas) gewährt wurde. An theoretischem Gepäck schien er nicht schwer zu tragen, war aber mit einem handfesten Machthunger ausgestattet. Drei Jahre brauchte er, um seine Rivalen auszustechen. Nach der Beseitigung des Obersten Sisaye (wegen eines »rechten« Komplotts) nahm er am 3. Februar 1977 den General Teferi Bante und acht von dessen Kollegen ins Visier. Der Legende zufolge beschloß Mengistu auf einer denkwürdigen Sitzung der führenden Derg-Mitglieder das Schicksal der »Weichlinge« mit einem Maschinengewehr 12,7.

In dem von Menelik II. nach der Gründung Addis Abbebas 1886 errichteten Palast konnte sich der oberste Führer Äthiopiens nun den kaiserlichen Nachlaß aneignen, vom Parlament einmal abgesehen.[37] An seinem unerbittlichen Kommandostil, der durch eine professionelle Öffentlichkeitsarbeit populär gemacht wurde, war nichts, was die Untertanen des verstorbenen »Königs der Könige« hätte befremden können. Mengistus Legitimität galt im sozialistischen Lager als unbestritten. Dieses hatte jetzt in ihm einen verläßlichen Partner. Dem Coup vom Februar war nämlich im Dezember 1976 ein Besuch Mengistus in Moskau vorausgegangen. Im April 1977 brach Äthiopien seine militärischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten ab. Massive Unterstützung kam nun von den Kubanern und Sowjets, sowohl was die Ausrüstung als auch das Personal[38] anging. Sie sollte sich gegenüber den eritreischen Unabhängigkeitskämpfern und bei der somalischen Offensive 1977 in Ogaden als entscheidend erweisen. Der Kreml wußte die vom Regime unternommenen Sowjetisierungsanstrengungen zu schätzen, bei denen gelegentlich der Sozialismus nachgeahmt wurde, den man im damals mit der UdSSR verbündeten Somalia hochhielt. Der im Dezember 1974 vom Provisorischen Rat skizzierte »äthiopische Weg« nahm im Januar 1975 konkrete Form an, als der Derg Banken und Versicherungen sowie wesentliche Teile des produzierenden Gewerbes verstaatlichte. Insbesondere die im März erfolgende Abschaffung des Grundbesitzes und die Beschränkung des Immobilieneigentums auf eine Einheit je Familie sprachen für die Radikalisierung des Regimes. Moskau drängte dabei nur auf die Schaffung eines Instruments, das aus sowjetischer Sicht als einziges geeignet war, die Führungselite eine entscheidende Schwelle überschreiten zu lassen: die Partei. Erst 1979 jedoch wurde eine Organisationskommission für die Arbeiterpartei eingerichtet. Die Ergebnisse des zweiten Kongresses im Januar 1983 beurteilten die Sowjets dann als ausreichend, so daß am 11. September 1984 *die* Gründung der Arbeiterpartei Äthiopiens (PTE) die Feierlichkeiten zum zehnten Jahrestag der Revolution krönte. Die PTE betrachtete sich als Erbe der »Großen Oktoberrevolution« und erreichte die höchste Stufe der Integration im kommunistischen Weltsystem: Vereinbarungen von Partei zu Partei. Als Wermutstropfen aber blieb, daß Äthiopien nicht in den Rang einer »Volksdemokratie« aufsteigen konnte - dafür fielen die Schwachpunkte ethnische Zersplitterung und wirtschaftliche Abhängigkeit vom Westen zum damaligen Zeitpunkt zu sehr ins Gewicht.

Das Tempo der Parteigründung trug nicht zu einer »guten« soziologischen Durchmischung der Mitglieder bei. Trotz der erklärten Bemühungen, den landläufigen Vorstellungen von einer »Partei der Arbeiterklasse« stärker zu entsprechen, stellten kurz vor der endgültigen Gründung die sogenannten Werktätigen weniger als ein Viertel der Mitglieder. In Abbildung der tatsächlichen Machtverhältnisse in der Gesellschaft standen Militärs und Funktionäre in einer erdrückenden Mehrheit von fast drei Vierteln 3 % Bauern[39] gegenüber - in einem Staat, in dem die ländliche Bevölkerung

87% der Gesamtbevölkerung ausmacht. Auf der Führungsebene fiel das Kräfteverhältnis noch stärker zugunsten der Armeekader aus. Das Politbüro der Partei bestand im wesentlichen aus Überlebenden des Derg. Der knapp bemessene Platz der Intelligentzija erklärte sich aus der physischen Vernichtung ihrer Funktionäre und Organisationen. Nach der Ankunft von Studenten, die an europäischen und amerikanischen Universitäten den damals üblichen Radikalismus aufgesogen hatten, begaben sich 50 000 Studenten (und einige Professoren) im Zuge einer maoistisch-populistisch inspirierten Kampagne der Zusammenarbeit aufs Land, um ins bäuerliche Milieu einzutauchen. Daraus ergab sich bei der Rückkehr in die Stadt eine Stärkung der marxistisch-leninistischen Organisationen, der Revolutionären Partei des äthiopischen Volks (PRPE) und der »Meison« (Akronym für »Sozialistische panäthiopische Bewegung«). In den Augen der sich im wesentlichen indifferent verhaltenden Bevölkerung erklärte sich die Rivalität der beiden Bewegungen aus ihrer ethnischen Zusammensetzung: Bei der PRPE dominierten die Amhara, bei der Meison die Oromo. Vom ideologischen Standpunkt aus waren sich die beiden Organisationen recht nahe, unterschiedlich behandelt wurde jedoch die eritreische Frage. Meison neigte dem zentralistischen Ansatz des Derg zu. Indem er sich die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den beiden Gruppen zunutze machte und sie geschickt als »weißen Terror« apostrophierte, beseitigte Mengistu diese Organisationen in zwei Schritten. In einer ersten, im Herbst 1976 ausgelösten Welle vernichtete der »rote Terror« die PRPE. In einer öffentlichen Rede rief Mengistu am 17. April 1977 die Bevölkerung dazu auf, die »Feinde der Revolution« anzugreifen. Seine Worte unterstrich er mit einer Geste, indem er drei Flaschen, die Blut enthalten sollten, nacheinander zerbrach: Symbole für den »Imperialismus«, »Feudalismus« und »bürokratischen Kapitalismus«. Meison leistete einen wesentlichen Beitrag zu dieser Operation, indem sie die 293 »Kebele« infiltrierte, vom Derg nach dem Vorbild der Pariser »Sektionen« der französischen Revolution[40] aufgestellte städtische Milizen, die von der Armee entsprechend ausgestattet waren. Nachdem am 11. November der Oberstleutnant Atnafu Abate[41], der wichtigste Meison-Vertreter im Derg, hingerichtet worden war, schnappte die Falle auch über dieser Bewegung zu. 504 Mitglieder erlangten traurige Berühmtheit als Opfer der »Dämpfer« genannten, den Sicherheitsdiensten unterstehenden Todesschwadronen.[42]

Verläßliche Daten über die Terroropfer sind zur Zeit nicht verfügbar. In dem Prozeß, der im Mai 1995 in Addis Abbeba stattfand[43], war für den Zeitraum Februar 1977 bis Juni 1978 von 10000 politischen Morden allein in der Hauptstadt die Rede. Zwischen den Opfern zu unterscheiden (von den pro-chinesisch Eingestellten bis zu den Falaschas - äthiopischen Juden, die den Massakern von 1979 zum Opfer fielen -), dürfte deplaziert sein. Wie Karel Bartosek[44] in bezug auf die Tschechoslowakei hervorhebt, ist die Zeit vorbei, in der man es wagte, unter den Leichenhaufen denen einen besonderen Platz einzuräumen, die dem Thema vom bolschewistischen Saturn Nah-

rung geben, der bekanntlich seine eigenen Kinder frißt. Nach dem Vorbild der stalinistischen Vorwürfemischungen, in denen dieselben Spione gleichzeitig aus den Haushalten Hitlers, Chamberlains, Daladiers und des Tenno bezahlt wurden, überzogen die eilig erstellten Anklagereden der dem Derg unterstehenden Staatsanwälte die Fuhren von Verurteilten kurzerhand mit vorgefertigten, rituellen Beschuldigungen wie »reaktionäre, antirevolutionäre, gegen das Volk gerichtete anarchistische und subversive PRPE-Mitglieder«. Wie in der ehemaligen Sowjetunion ist in Äthiopien die Aufdekkung von Massengräbern nicht abgeschlossen, in denen als Leichen viele wiedergefunden werden, die von Amnesty International als verschwunden gemeldet wurden. Wie in China wurden die Familien nach dem »paying for the bullet«-Prinzip aufgefordert, dem Staat einen Teil der durch die Urteilsvollstreckung entstandenen Kosten zu erstatten. Markenzeichen des Obersten Teka Tulu (genannt »Hyäne«), eines der meistgehaßten Chefs der Staatssicherheit, war die Nylonschnur oder »Mengistu-Fliege«, die bei vielen Hinrichtungen benutzt wurde. Diese Technik wurde übrigens 1975 in einer Augustnacht an dem gestürzten Kaiser erprobt. Offiziell wurde sein Tod (wie auch der seiner Enkelin, der Prinzessin Ijegayehu Asfa) dem Scheitern eines chirurgischen Eingriffs zugeschrieben.

Die Unterstützung durch die ostdeutsche und sowjetische Staatssicherheit wurde höheren Orts sehr geschätzt. Auch die in Moskau wohnenden äthiopischen Studenten wurden nicht verschont. In mehreren Fällen lieferten sowjetische Behörden Studenten an die zuständige äthiopische Stelle aus. In Addis Abbeba fungierte der Sergeant Legesse Asfaw als Mittler zwischen den europäischen Spezialisten und ihren einheimischen Kollegen. Diese führten abschreckende Praktiken ein, was die Zurschaustellung von Folteropfern auf den Gehwegen Addis-Abbebas betrifft.[45] Am 17. Mai 1977 berichtete der schwedische Generalsekretär des Save the Children Fund: »Rund 1000 Kinder wurden in Addis Abbeba massakriert. Ihre Leichen liegen in den Straßen und werden zur Beute frei herumlaufender Hyänen. [...] Man kann die Leichen der ermordeten Kinder, meist zwischen 11 und 13 Jahren alt, am Rand der Ausfallstraße von Addis Abbeba sehen.«[46]

Die 1823 Fälle, die nach 1991 von der Justiz des Präsidenten Meles Zenawi[47] untersucht wurden, betrafen im wesentlichen prominente Städter. Aber sich allzusehr auf die Hauptstadt zu konzentrieren hieße, das soziologische und geographische Ausmaß des Terrors gegen ein Land zu verringern, das sich in seinen damaligen Grenzen über 1222 000 Quadratkilometer erstreckte und von wahrscheinlich fast 40 Millionen Menschen bewohnt wurde. Auch im Wollo-Gebiet, in dem die PRPE relativ gut verwurzelt war, kam es zu Ausschreitungen. Im Mai 1997 mußten sich der Oberst Fantaye Yhdego sowie die Leutnants Haile Gebeyahu und Ambachew Alemu vor der Strafkammer des Obersten Gerichtshofs in Addis Abbeba wegen ihrer Taten verantworten. Unter anderem verdächtigte sie das Gericht der Vergasung von 24 PRPE-Mitgliedern im Februar 1977 in Dese und Kombalcha.[48] Au-

ßerhalb von Schoa[49] ist die Situation von Eritrea die am besten bekannte. Dort konnte die außerordentlich gut organisierte nationalistische Opposition, die von marxistischen und für die Dritte Welt engagierten Kreisen stark unterstützt wurde, Informationen sammeln und verbreiten, die das Regime in Addis-Abbeba in den Augen der internationalen Öffentlichkeit[50] diskreditierte. Das Regime hatte schon am 20. Dezember 1974 die Unteilbarkeit der Nation bekräftigt. Eine Abspaltung der ehemaligen italienischen Kolonie[51] hätte Äthiopien ja des Zugangs zum Roten Meer beraubt. Was die südöstliche Richtung zum Indischen Ozean hin angeht, trafen die panäthiopischen Tendenzen auf die Ansprüche, die Somalia auf Ogaden erhob. In Somalia bekannte sich das Regime Siyad Barres seit 1969 offiziell zum Marxismus-Leninismus. Die Annäherung zwischen Moskau und Mogadischu gipfelte 1974 sogar in einem Freundschaftsvertrag. Moskau traf seine Wahl unter den beiden Schützlingen. Nachdem die Sowjets vergeblich versucht hatten, eine Föderation zwischen Äthiopien, Somalia und Südjemen ins Spiel zu bringen, setzten sie auf Äthiopien. Von da an kamen Mengistu im Rahmen der »Operation Roter Stern« die Feuerkraft und die logistische Unterstützung der See- und Luftstreitkräfte der Roten Armee wie auch des kubanischen Expeditionskorps zugute. Auf diese Weise wurden die Offensiven der marxistisch-leninistischen Volksfront zur Befreiung Eritreas und der somalischen Armee von Juli 1977 bis Januar 1978 zurückgeschlagen.

Mengistu ging so geschickt vor, daß ihm auf der 39. Tagung des Büros des Internationalen Gewerkschaftsbunds in Addis Abbeba vom 28. bis 30. März 1988 die Organisation - in der die französische CGT, damals unter Führung Henri Krasuckis, eine gewichtige Rolle spielte - ihre Goldmedaille »für seinen Beitrag zum Kampf für den Frieden und die Sicherheit der Völker sowie für ihre nationale und wirtschaftliche Unabhängigkeit« verlieh. Vor Ort ging das für die betroffenen Völker manchmal nicht ohne Schmerzen ab: Kurz nach Abschluß der Tagung, im Juni 1988, kamen 2500 Einwohner von Hawzen[52] im Bombenhagel um. Wie bei der Bombardierung Guernicas im spanischen Baskenland war Markttag. Ob es sich nun um einen Kolonialkrieg oder die Unterdrückung von ethnischen Minderheiten handelte, die Randgebiete Äthiopiens (Eritrea, Tigre, Oromo, Ogaden, Wollega, Wollo) wurden von Revolten erschüttert, die häufig von »Volksfronten« organisiert wurden, deren Führer mit ihren Gegnern zumindest die marxistisch-leninistische Rhetorik teilten.[53] Ihretwegen wurden militärische Ressourcen unterschiedlicher Herkunft eingesetzt. Bestimmte linke und/oder pro-chinesische Gruppen wiesen dann genüßlich auf die Verantwortung hin, die nacheinander Amerikaner, Sowjets und Israelis[54] für die (unbestreitbaren) barbarischen Ausschreitungen zu übernehmen hätten. Nach dem Vorbild der gegen die amerikanische Intervention in Vietnam organisierten Happenings wurde im Mai 1980 in Mailand ein »Ständiges Tribunal der Internationalen Liga für die Rechte und die Befreiung der Völker« abgehalten. Seine Urteilsbegründungen wurden 1981 vom belgischen Comite de secours á l'Erythree veröf-

fentlicht und spiegeln die Position der Volksfront zur Befreiung Eritreas (FLPE)[55] wider. Bestimmte Angaben, die sich mit Berichten von Amnesty International decken, erlauben jedoch den Vergleich mit vielen anderen Schauplätzen. Einem französischen Beobachter fiel beim Bericht über die Massaker an der Zivilbevölkerung in Kirchen spontan der Name Oradour-sur-Glane ein. So erinnert die Broschüre des »Ständigen Tribunals« an den Fall im Dorf Wokiduba, bei dem im Sommer 1975 in der orthodoxen Kirche 110 Menschen massakriert wurden. Während in Addis-Abbeba weiße Peugeots benutzt wurden, zogen die Todesschwadronen in Asmara beigefarbene Kleinlaster der Marke Volkswagen vor. Damit wurden die ins »Schlachthaus« (d. h. Massengrab) gebracht, für die nicht genug Zeit war, sie im Konzentrationslager von Adi Qualla in der Nähe von Mendefera zu inhaftieren. Die Bilanz des von Mengistu im August 1977 dekretierten »totalen Kriegs« gegen die eritreischen »Sezessionisten« ist noch nicht abgeschlossen. 80000 Tote (Zivilisten und Militärs) allein im Zeitraum 1978 bis 1980? Zu dieser Schätzung[56], die vor allem die Opfer der massiven Unterdrückungsoperationen und des Bombenterrors berücksichtigt, sollte man die Auswirkungen einer systematischen Politik der Desorganisation auf dem Land hinzurechnen. Während die städtischen Zentren von einer Bevorzugung bei der Lebensmittelversorgung und von der Präsenz der Sold beziehenden Militärs profitierten, die die Geschäfte belebten, litt die Landwirtschaft unter der Dezimierung des Viehbestands - vor allem durch Piloten, die auf Kameljagd versessen waren -, unter den Minen, der Waldzerstörung und der behördlichen Desorganisation des Handels. Die landwirtschaftliche Produktion wurde vor allem von den Frauen getragen, und da diese systematisch von den Soldaten vergewaltigt wurden, entstand ein Klima der Unsicherheit, das außerhäusliche Aktivitäten nicht gerade begünstigte.[57]

Man kann kaum behaupten, daß das Bemühen der Regierung, die Guerilla von ihrer Basis in der Bevölkerung zu trennen, der ursprüngliche Grund für die massiven Bevölkerungsverschiebungen während der Hungersnot von 1982 bis 1985 gewesen sei, auch wenn es stellenweise zu beträchtlichen demographischen Aderlässen gekommen sein kann. Während Eritrea davon kaum betroffen war, galt dies für Wollo in nicht unbeträchtlichem Ausmaß: Von den 525000 von November 1984 bis August 1985 deportierten Personen stammten 310 000 aus Wollo[58] (das waren 8,5 % der Bevölkerung dieser Provinz). Bestimmte Grenzregionen (Gondar) waren bereits buchstäblich geleert von großen Teilen der Bevölkerung (30 bis 40%). Diese sammelten sich im Sudan in von oppositionellen Organisationen kontrollierten Lagern.[59] Als schwere, aber doch regional begrenzte Versorgungskrise, die 25 % der Bevölkerung betraf, reihte sich die Hungersnot in eine ganze Serie von Engpässen ein, deren letzter 1972/73 in die Zeit reichte, in der das kaiserliche Regime gestürzt wurde. Die Auswirkungen der Krise wurden verschärft durch die Verarmung eines Teils der bäuerlichen Schichten, die sich genötigt sahen, ihre Reserven aufzulösen, um die Ablieferungsquoten zu er-

füllen, die ihnen vom Staat auferlegt wurden. Ohnehin schon unter schweren Steuerlasten ächzend, waren die Bauern manchmal gezwungen, auf dem freien Markt zu hohen Preisen Koni zu erwerben, das ihnen zuvor von der Verwaltung zu diktierten Preisen abgekauft worden war. Viele von ihnen mußten sich von ihrem Viehbestand trennen und waren so in schwierigen Zeiten erst recht ohne Rückhalt. Die Krise, die 1982 begann, war in erster Linie Folge einer regelrechten Dürre. Sie weitete sich aus, weil der Handel paralysiert wurde, wobei sowohl die Verfolgung der Händler als auch die allgemeine Unsicherheit eine Rolle spielte. Das Mengistu-Regime stellte die Krise in den Dienst von Zielen, die in der Relief and Rehabilitation Commission festgelegt wurden, einem Sondergremium des äthiopischen Politbüros. Mittels der Kontrolle über die Hilfsleistungen und durch die Deportationen wurden mit der Waffe Lebensmittelversorgung mehrere Ziele verfolgt. Dazu gehörten nicht zuletzt die Unterwerfung von Unruheherden und die »wissenschaftliche« Raumordnung durch die Staatspartei.[60] Mit dem Nichtregierungsorganisationen gegenüber ausgesprochenen Verbot, woanders als in Wollo zu intervenieren, und der Umleitung der für Tigre bestimmten Hilfe sollte erreicht werden, daß die ländliche Bevölkerung aus den Gebieten unter Guerilla-Kontrolle in die von der Armee gehaltenen Sektoren wanderte. Die Zwangstransporte, die häufig durch die Ankündigung erleichtert wurden, es würden Lebensmittel verteilt, wurden als eine Umsiedlung vom trockenen Norden in den feuchten und fruchtbaren Süden dargestellt. Sie betrafen nicht in erster Linie die Opfer der Hungersnot, sondern schlicht die unter Armeekontrolle stehenden Bevölkerungsgruppen, und zwar unabhängig von der Versorgungslage in ihrer Heimatregion. Ein typisches Beispiel dafür sind die Einwohner der zwischen dem Derg und der Tigre-Befreiungsfront umstrittenen Gebiete. Der freiwillige Charakter dieser Aktionen - soweit er nicht punktuell ohnehin verneint werden kann - verliert angesichts des Ausmaßes der Deportationen an Bedeutung. Diesen Raumordnungsdespotismus hatte die Führung sinnigerweise »bego teseno« getauft, was man mit »Zwang zum Wohl des Nächsten« übersetzen könnte. Von 1980 an wurde er bereits auf Kosten anderer »Freiwilliger« ausgeübt, die in den großen Ballungsgebieten mit militärischer Gewalt für die landwirtschaftlichen Staatsbetriebe ausgehoben wurden. Die Lebensbedingungen dort zogen die Aufmerksamkeit angelsächsischer Gesellschaften zur Bekämpfung der Sklaverei auf sich.[61]

Die Politik der Verdörflichung stieß, soweit sie intakte Gemeinschaften betraf, häufig auf Widerstand. Oft kam es zu blutigen Auseinandersetzungen, die den düsteren Reigen der Bauernkriege in kommunistischen Regimen verlängerten. Wenn das Ziel dieser Politik auch - wie in Moçambique - darin bestand, die dörflichen Gemeinschaften an einen leichter von der Partei zu kontrollierenden Ort zu verlegen, mußte sie doch dem Bauern ermöglichen, »sein Leben und sein Denken zu ändern, ein neues Kapitel in der Errichtung einer modernen Gesellschaft in den ländlichen Gebieten auf-

zuschlagen und beim Aufbau des Sozialismus zu helfen«.[62] In Verbindung mit dem Wiederansiedlungsprogramm sah die Politik der Verdörflichung sowohl die Ausdehnung des landwirtschaftlichen Sowchosensystems als auch die Schaffung eines »neuen Menschen« vor. Wie der Geowissenschaftler Michel Foucher[63] bemerkt hat, »gingen die Auswirkungen der Hungersnot weit über die von der klimatisch bedingten Krise betroffenen Sektoren und Bevölkerungsgruppen hinaus. Diese bot vielmehr die Gelegenheit, auf autoritärem Weg eine umfassende Neuordnung des Raums in Angriff zu nehmen«. Der Erfolg einiger Schaufenster-Aktionen soll nicht bestritten werden. Es ist hier auch außerordentlich gewagt, in Zahlen ausdrücken zu wollen, was die Operation an menschlichem Leid gekostet hat. Die Sterblichkeitsrate (14%) bestimmter Transitlager, wie das von Ambassel in Wollo, lag über der in den Hungergebieten registrierten.[64] Es ist wahrscheinlich nicht unrealistisch, wenn man den 200000 bis 300000 Menschen, die der mangelnden Vorsorge und der Verheimlichung zum Opfer fielen, eine gleichhohe Zahl von Menschen hinzurechnet, die dem beschleunigten Übergang vom »Feudalismus« zum »Sozialismus« geopfert wurden, indem man sie bewußt außerhalb der Reichweite der internationalen Hilfe hielt, bei Razzien oder auf der Flucht erschlug, in die Laderäume von Lastwagen preßte, die sie ins Paradies brachten, wo sie dann ohne Vorräte zurückgelassen wurden und der oft mörderischen Feindseligkeit der zuerst Angekommenen ausgesetzt waren. Was die Darstellung in den Medien betrifft, fiel die Bilanz für das Regime widersprüchlich aus: Nachdem Mengistu zunächst versucht hatte, das Ausmaß der Hungersnot zu verschleiern, schlug er zurück. Er machte sich die im Herbst 1984 im Westen verbreiteten schokkierenden Bilder zunutze und erklärte am 16. November 1984, auf dem Höhepunkt der durch die Medien geschürten Emotionen, er habe beschlossen, 2,5 Millionen Menschen umzusiedeln - ein gewagtes Spiel, das er in der Hoffnung betrieb, die angekündigte Hilfe aus dem Ausland seinen Projekten zukommen zu lassen, und zwar ungeachtet der feindseligen Haltung der Regierung Reagan. Die Reaktionen in Frankreich waren geteilt. Daß ein Teil der Intellektuellen aufgrund der kulturellen Vertrautheit mit dem Kommunismus gegen eine kritische Einstellung immun war, war einer der Gründe, warum sich »Medecins sans frontieres« gegen ein Engagement entschied. Die Ärztegruppe weigerte sich als einzige Nichtregierungsorganisation, die »Resettlement«-Politik gutzuheißen, und wurde am 2. Dezember 1985 vom Regime zur persona non grata erklärt. Weltweit jedoch schlugen die Medien eine beispielhafte Schlacht. Noch verstärkt durch die Unterstützung zahlreicher UN-Experten, ermöglichten sie es dem Regime, die Früchte der Hilfsaktion zu militärischen Zwecken oder für Luxusausgaben einzuheimsen. Eine solche Welle menschlicher Solidarität hatte es noch nicht gegeben. Obenauf schwammen Rockstars unterschiedlichen Kalibers wie Bob Geldof und Michael Jackson, die, Seite an Seite mit den schönsten Stars des amerikanischen Showbusiness, die Hymne »We are the World« vortrugen. Vom

äthiopischen Drama, so ist zu befürchten, bleibt allerdings in der Erinnerung von Millionen und Abermillionen ehemaliger Jugendlicher der verflossenen achtziger Jahre keine einzige Spur.

Von 1988 an vermischte sich die Untergangsstimmung des Mengistu-Regimes nur teilweise mit der in der Sowjetunion. Die Abberufung der sowjetischen Berater außerhalb der Kampfgebiete wurde im März 1990 bekanntgegeben. Zu diesem Zeitpunkt war das Kräfteverhältnis bereits umgeschlagen: An allen Fronten zog sich die Armee vor den aufständischen Kämpfern der Volksbefreiungsfronten Eritreas und Tigres zurück. Das Regime fand mit dem Ruf »Vaterland in Gefahr« keinen Widerhall mehr. Das Stoppen der Umsiedlungspolitik und die ostentative Ankündigung von Maßnahmen zur Liberalisierung der Wirtschaft fielen zusammen mit einer Säuberung in den Streitkräften. Dort wurde am 16. Mai 1989 ein verfrühter Putschversuch blutig niedergeschlagen. Die Putschisten waren von den Informationsdiensten weitgehend unterwandert worden. Am 21. Juni 1990 dekretierte Mengistu die Generalmobilmachung. Theoretisch Personen über 18 Jahre vorbehalten, sparte sie auch ganz junge Leute im Alter von 14 bis 16 Jahren nicht aus. Sie wurden in den Fußballstadien oder im Umkreis von Schulen rekrutiert. 1991 wurden sämtliche Einrichtungen der höheren Bildung geschlossen und alle Studenten aufgefordert, ihren Teil zur Kriegsanstrengung beizutragen, die der Nation abverlangt wurde. Während der Druck auf Addis-Abbeba immer stärker wurde, rief Mengistu am 19. April 1991 zur Schaffung einer Wehrpflichtigenarmee »nach irakischem Vorbild« auf, die eine Million Kämpfer umfassen sollte. Doch die zahlenmäßig stärkste Armee in Subsahara-Afrika, der zu diesem Zeitpunkt 450 000 Mann (gegenüber 50 000 im Jahr 1974) angehörten, gehorchte bereits nicht mehr. Ihre neuen amerikanischen und israelischen Verbündeten sahen mit Befriedigung, wie sich eine Ersatzlösung abzeichnete. Am 21. Mai 1991 flog Oberst Mengistu über Kenia nach Harare. Der Held des Kampfs gegen die weißen rhodesischen Siedler, Robert Mugabe, gewährte ihm politisches Asyl. Im Herbst 1994 wurde der Hauptverantwortliche der äthiopischen Tragödie vor ein Gericht in Addis Abbeba geladen. Doch Zimbabwe verweigerte die Auslieferung des Obersten, der die ostdeutschen Journalisten des *Ethiopian Herald* zu einer ihrer gewaltigsten Proklamationen inspiriert hatte: »Wir werden das satanische Erbe der Vergangenheit liquidieren und die Natur unserer Kontrolle unterstellen«.[65]

Gewaltherrschaft im portugiesischsprachigen Afrika: Angola und Moçambique

Portugal war an den afrikanischen Küsten zwar schon seit dem 15. Jahrhundert präsent, begann aber erst spät mit der Kolonisierung des immensen Reichs (25mal so groß wie das Mutterland), das es sich dank der europäischen Rivalitäten aus dem schwarzen Kontinent herausschneiden konnte. Diese späte und oberflächliche Besetzung des Raums trug sicherlich nicht dazu bei, ein Gefühl der Homogenität und Zugehörigkeit innerhalb der so umrissenen Territorien zu verbreiten. In vieler Hinsicht mußten sich die Organisationen, die zu Beginn der sechziger Jahre den bewaffneten Kampf aufnahmen, bei der nichtweißen Bevölkerung auf antikoloniale Ressentiments stützen, die viel virulenter waren als mögliche nationale Bestrebungen.[66] Da sich die nationalistischen Führungen der Hindernisse bewußt waren, auf die ihr Jakobinismus stieß, einigten sie sich rasch darauf, die Aufmerksamkeit dauerhaft auf den »inneren Feind« zu lenken. Traditionelle Führungspersönlichkeiten, Kollaborateure der Kolonisatoren, politische Dissidenten wurden beschuldigt, dem gefährdeten Vaterland zu schaden. Dieser Aspekt kennzeichnete eine politische Kultur, die gleichermaßen vom genetischen Code des Salazarismus wie des Stalinismus geprägt war und kaum zu einer Verehrung der repräsentativen Demokratie prädestinierte. Trotz des überstürzten Abzugs der Kolonialmacht sollte sich dieser Zug noch verstärken.

Die Volksrepublik Angola

Zu dem Zeitpunkt, als sich die in Lissabon an der Macht befindlichen Offiziere, gedrängt von einer wütenden weißen Bevölkerung, am 27. Juli 1974 für die Unabhängigkeit der Kolonien aussprechen, ist die portugiesische Armee noch Herr des angolanischen Territoriums. Ihr hastiger Rückzug macht den Weg frei für drei die Unabhängigkeit anstrebende Organisationen: Die Volksbewegung für die Befreiung Angolas (MPLA), die Nationale Front für die Befreiung Angolas (FNLA) und die Nationale Union für eine völlige Unabhängigkeit Angolas (UNITA). Am 15. Januar 1975 erkennt die neue portugiesische Republik sie mit der Unterzeichnung des Unabhängigkeitsvertrags von Alvor als »einzige legitime Vertreter des angolanischen Volks« an. Der Kalender sieht vielversprechend aus: Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung nach Ablauf von neun Monaten, Verkündung der Unabhängigkeit am 11. November 1975. Doch während sich der Auszug von 400 000 Portugiesen von Februar bis Juni 1975 beschleunigt, stellt sich die Arbeitsfähigkeit der Regierungskoalition, in der der Informations-, Justiz- und Finanzminister der MPLA angehören, rasch als Illusion heraus. Die blutigen Zusammenstöße häufen sich. Der am 14. Juni in Nakuru geschlossene

Waffenstillstand ist nichts als eine Atempause, die von jeder Bewegung genutzt wird, um Kräfte zu sammeln und die Intervention der jeweiligen ausländischen Verbündeten vorzubereiten.

Seit Oktober 1974 verstärken sowjetische Waffen die Schlagkraft der MPLA-Milizen, zu denen außerdem der linke Flügel der portugiesischen Armee stößt, der in der »Bewegung der Streitkräfte« organisiert ist. Diese Gruppen werden von der KP Portugals beeinflußt und können auf den »roten Admiral« Rosa Coutinho zählen, der sich seit Mai 1974 in Luanda aufhält. Im März 1975 gehen die ersten Kubaner und Sowjets in Angola an Land. Fidel Castro wird im nachhinein seine Entscheidung theoretisch begründen: »Afrika ist heute der wunde Punkt des Imperialismus. Dort gibt es ausgezeichnete Perspektiven, von einem Zustand, der noch fast ganz von den Stammeskulturen beherrscht wird, zum Sozialismus überzugehen, ohne dabei die verschiedenen Etappen durchschreiten zu müssen, die andere Weltgegenden hinter sich zu bringen hatten.«[67] Nach dem Zerfall der Regierung (8. bis 11. August) läuft die *Vietnam Heroico* in Luanda ein. An Bord befinden sich mehrere hundert meist schwarze Soldaten. Es sind bereits 7000, als Südafrika am 23. Oktober der UNITA massiv zu Hilfe kommt. Diese wird von der *Prawda* künftig qualifiziert als »eine Marionette, die von Söldnern Chinas und der CIA bewaffnet und von südafrikanischen und rhodesischen Rassisten unterstützt wird«.[68] Die Analyse ist, wie man einräumen muß, nicht ganz abwegig. Die nach maoistischem Vorbild geformte UNITA-Führung hat nämlich einen ausgeprägten Sinn für Teufelspakte. Das Sammelsurium der Hilfen unterschiedlicher Herkunft paßt nahtlos in die Welt des leninistisch-stalinistischen Realismus, denn das Lavieren Sawimbis, das ihn schließlich an die Seite Piek W Bothas führte, kann Beweihräucherer des deutsch-sowjetischen Pakts von 1939 keineswegs irritieren. Doch einstweilen erweist sich die sowjetisch-kubanische logistische Unterstützung durch Luft- und Seestreitkräfte als entscheidend für das Überleben des Regimes. Am 11. November 1975 erklären MPLA und UNITA jede für sich die Unabhängigkeit des Landes.[69] Inzwischen wird eine neue Karte dessen gezeichnet, was einst die Perle der portugiesischen Überseebesitzungen war: Der MPLA gehören die Häfen, das Erdöl und die Diamanten, also grob gesprochen der Küstensaum. Ihre Rivalen, unter denen die UNITA bald die Oberhand gewinnt, stützen sich auf den Norden und vor allem auf die Hochebenen in der Mitte des Landes.

Von nun an fällt westlichen Beobachtern die Identifikation der Akteure leichter, wie übrigens auch Kommunisten des südlichen Afrikas. Für den moçambiquanischen Politiker Samora Machel ergibt sich die Unerbittlichkeit des Kampfs aus der Konstellation der Kräfte: »In Angola stehen sich zwei Parteien gegenüber: auf der einen Seite der Imperialismus, seine Verbündeten und Marionetten, auf der anderen die progressistischen Kräfte, die die MPLA unterstützen. Nichts weiter.«[70] Unangefochtener Führer dieser Bewegung ist Agostinho Neto, schwarz, ein ehemaliger »assimilado« aus ei-

ner Familie protestantischer Pastoren. Politisch engagiert ist er seit den fünfziger Jahren bei der bewährt pro-sowjetischen portugiesischen KP. Die 1956 gegründete MPLA hat eine ganze Reihe ihrer Führer (z. B. J. Mateus Paulo oder A. Domingos Van Dunem) nach dem damals gültigen marxistisch-leninistischen Modell geformt. Dazu trugen Aufenthalte in der Sowjetunion bei, die sich im Laufe der sechziger Jahre häuften. Zum Studium des wissenschaftlichen Sozialismus kam für einige von ihnen (J. Njamba Yemina) eine entsprechende militärische Ausbildung in der Sowjetunion oder in den kubanischen Guerillaschulen. Nach der Machtergreifung stellte der vom 4. bis 10. Dezember 1977 in Luanda stattfindende Parteitag fest, daß man nun von einer Volksfrontbewegung zu einer avantgardistischen Struktur nach bolschewistischem Muster übergehen müsse, das geeignet sei, den Rang einer »Bruderpartei« in der internationalen kommunistischen Bewegung einzunehmen. Die neue »MPLA-Arbeitspartei« wurde von dem auf dem Parteitag anwesenden Raul Castro prompt als das einzige Organ anerkannt, das fähig sei, »die Interessen des werktätigen Volks korrekt auszudrücken«.

Die Konzeption des Staats als eines »Instruments zur Durchführung der von der Einheitspartei festgelegten Richtlinien« bedeutete für die neue Partei verschärfte Wachsamkeit gegenüber rivalisierenden Gruppen, die ihre konterrevolutionäre Natur möglicherweise mit einer linken Phraseologie kaschierten. Außerdem galt es, den demokratischen Zentralismus um jeden Preis durchzusetzen. Es ist daher nicht erstaunlich, daß in südlichen Breiten Praktiken der Bekämpfung von Abweichlern zum Vorschein kommen, die bisher der nördlichen Hemisphäre vorbehalten waren. Noch vor der offiziellen Einführung des angolesischen Bolschewismus erwies sich Neto auf diesem Gebiet bereits als außerordentlich kenntnisreich. Als er im Februar 1975 mit Unterstützung portugiesischer Truppen die Gruppierung »Aufstand des Ostens« dezimierte, nahm der aus dem Owimbundu-Volk stammende Führer dieser Gruppe, Daniel Chipenda, den Vorfall zum Anlaß, die Liquidierungen, denen MPLA-Dissidenten seit 1967 zum Opfer gefallen waren, öffentlich darzulegen. Danach läßt sich das von der Bewegung im Februar 1974 veröffentlichte Kommuniqué leichter entschlüsseln, dem zufolge sie eine Verschwörung der internen Konterrevolution »vereitelt und neutralisiert« hatte, »deren Ziel die physische Eliminierung des Präsidenten und zahlreicher seiner Mitarbeiter«[71] gewesen sei.

Ein Rivale Netos, der Minister für innere Verwaltung Nito Alves, war bei den Ereignissen des 25. April 1974, die das Ende der Kolonialherrschaft ankündigten, in Luanda dabei. Da es eine Steuerung von außen nicht mehr gab, gelang es ihm, bei den städtischen Schwarzen durchaus Anklang zu finden. Vor allem lehnte er eine angolesische Staatsangehörigkeit für Weiße ab, es sei denn, sie wiesen antikolonialistisches Verhalten nach. Er stützte sich auf ein Netz von Stadtteilkomitees mit dem Namen »Poder popular« (Volksmacht), für dessen Eroberung er vor den stalinistischsten Methoden nicht zurückgeschreckt war. Diese konnten die Opfer übrigens kaum überraschen,

denn sie waren in der Regel Maoisten.[72] Durch Zusicherungen bestärkt, die ihm sicherlich von Sowjets, Kubanern und portugiesischen Kommunisten gegeben worden waren, versuchte Alves am 27. Mai 1977 zu putschen, um einer seit kurzem gegen seine Anhänger betriebenen Säuberung zuvorzukommen. Sobald offensichtlich war, daß der Putschversuch (vor allem wegen der abwartenden Haltung der ausländischen Berater Nito Alves') gescheitert war, ergriff Neto im Radio das Wort: »Ich glaube, unser Volk wird verstehen, warum wir mit einer gewissen Härte gegen die vorgehen, die mit diesen Ereignissen in Verbindung stehen.« Die Abweichler wurden des »Rassismus, Tribalismus und Regionalismus« angeklagt und einer radikalen Säuberung unterzogen. Während das Zentralkomitee und der Parteiapparat umfassend erneuert wurden[73] und in der Hauptstadt blutige Auseinandersetzungen tobten, griff die Repression auf die Provinzhauptstädte über: In Ngunza (Kuanza-Süd) sollen allein in der Nacht vom 6. August 204 Dissidenten ermordet worden sein.[74] Diese Aussage verliehe den nach 1991 von Überlebenden gemachten Angaben eine gewisse Glaubwürdigkeit, denen zufolge sich die MPLA bei dieser Gelegenheit endgültig mehrerer tausend ihrer Mitglieder entledigt hätte. Auch die politischen Kommissare der Streitkräfte fielen der Wachsamkeit des ZK-Mitglieds Sapilinia zum Opfer, der ihre Liquidierung in Luena (Moxico)[75] persönlich leitete.

Die nicht unbeträchtliche Popularität Nito Alves' wurde genährt durch kritische Berichte über den Rückgang des Lebensstandards in der Tageszeitung *Diario de Luanda* und den Radiosendern *Kudibanguela* und *Povo em armas.* Diese Quellen lassen auf gravierende Lebensmittelknappheiten (die Anhänger Nito Alves' sprechen von »Hungersnot«) in bestimmten Regionen schließen. Sie beschreiben den Zustand der noch Erwerbstätigen in den Städten als erschöpft. Außerdem würden sie vom Regime tyrannisiert. Im November 1975 wurden ein Gesetz und im März 1976 eine Verordnung erlassen, um die Disziplin im Produktionssektor zu sichern. Dadurch werden außergewerkschaftliche (d.h. gegen die Partei gerichtete) Streiks entsprechend der Losung »produzieren und widerstehen« einem Verbrechen gleichgestellt. Somit entstehen - trotz ihrer Instrumentalisierung durch die Verwaltung - Formen eines Protests, der sich nicht mehr mit der rituellen Klage über die vom Exodus der Weißen und vom Krieg verursachte Desorganisation begnügt. Die seit den sechziger Jahren blühende Wirtschaft Angolas ist ja von 1975 an buchstäblich zerbröckelt. Der staatlichen Kontrolle des Systems gelingt es immer weniger, die allgemeine Ausrichtung auf den Dollar zu verbergen. Dieser wird zu einem Kurs gehandelt, der den offiziellen um das 50fache übertrifft. Da die Partei das Monopol auf den Zugang zu dieser Devise besitzt, begünstigt diese Situation das Entstehen einer Nomenklatura, die gegenüber den Lebensbedingungen des »werktätigen Volks« weitgehend indifferent bleibt. Zehn Jahre lang ist niemand in der Lage, die Versorgungssituation in weiten Teilen des Landes zu beurteilen. Während es der Regierung gelingt, den von den Erdöleinnahmen lebenden

städtischen Markt von den einheimischen Produzenten abzukoppeln, vernachlässigt der Staat das vom Krieg gebeutelte und vom Rekrutierungsbedarf der beiden feindlichen Lager ausgeblutete flache Land. Der zunächst von den amtlichen Stellen sorgfältig vermiedene Ausdruck »Hungersnot« taucht 1985 in einer Warnung der Welternährungsorganisation auf. Im Zuge der von der sowjetischen Perestroika ausgelösten umfangreichen Selbstkritiken räumte die angolesische Regierung endlich den Ernst der Lage ein. Es war so weit gekommen, daß - so ein Unicef-Bericht von Anfang 1987 - im Jahr zuvor mehrere zehntausend Kinder verhungert waren.

Zwar war das Regime reich aufgrund der erdölreichen Exklave Cabinda[76], doch arm an administrativen und militärischen Ressourcen sowie an Unterstützung aus der Bevölkerung. So konnte es den Vorhaben der Kollektivierung und Verdörflichung auf dem Land nur wenige Mittel widmen. Von großen Teilen der Landbevölkerung wurden die Maßnahmen so, wie sie dann durchgeführt wurden, als Bedrohung aufgefaßt. Vor allem die steuerlichen Aderlässe, die unzureichenden Investitionen der öffentlichen Hand, die Behinderungen des Handels und das Austrocknen der städtischen Absatzmärkte bewirkten einen Niedergang der ländlichen Gebiete. 13 Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung veröffentlichte der Staat in einem amtlichen Bericht[77] die Warnung des Agronomen Rene Dumont, der in einer seinen Adressaten verständlichen Sprache den »ungleichen Tausch« kritisierte, durch den die Bauern des von ihnen geschaffenen »Mehrwerts« beraubt würden. Diese Lage führte bald zu einer feindseligen Haltung gegenüber der Küste, die von einer (damals marxistisch orientierten) Kultur kreolischer »assimilados« oder von Mischlingen dominiert wurde, die in der MPLA-Führungsspitze stark vertreten waren. Verstärkt durch den Haß auf die kubanischen, russischen, ostdeutschen oder nordkoreanischen Ausländer[78], war dies die Ausgangsbasis, die es Jonas Sawimbi - auch wenn seine Kämpfer das Auspressen der lokalen Bevölkerung schamlos praktizierten - ermöglichte, von einer Unterstützung aus den Provinzen zu profitieren, die immer weiter über seinen ursprünglichen ethnischen Rückhalt im Owimbundu-Gebiet hinausging. Unter diesen Bedingungen wäre nicht so sehr von einem Krieg stalinistischen Typs (der von der MPLA gegen die Landbevölkerung geführt würde), zu sprechen als vielmehr von einem angolanischen »Bauernkrieg«, bei dem sich die Parteien dem tatsächlichen Kräfteverhältnis entsprechend etwa gleich stark gegenüberstehen. Die UNITA-Führer werden zwar von der Regierung Reagan unterstützt, sind aber durch und durch maoistisch. So schöpfen sie unbekümmert aus der entsprechenden Rhetorik, indem sie vom Gegensatz zwischen Stadt und Land reden und im Namen des »afrikanischen Volks« die »kreolische Aristokratie« der MPLA kritisieren.[79] Dennoch bleibt es schwierig zu beurteilen, wie stark die Landbevölkerung Sawimbi am Vorabend des Umsturzes im Ostblock unterstützte. Nachdem sich die Südafrikaner und Kubaner entsprechend der am 22. Dezember 1988 in New York getroffenen Vereinbarungen zurückgezogen hatten, hatte

die Konversion der MPLA den erwarteten Effekt. Im Juli 1990 beschloß ihre Führung die Marktwirtschaft und rang sich zum Parteienpluralismus durch, was bei den Wahlen von 1992 eine Niederlage der UNITA zur Folge hatte. Die unbestreitbare Entwicklung, die diese Organisation in den ersten 15 Jahren der Unabhängigkeit durchmachte, war im wesentlichen der Ausdruck einer Abwehrreaktion gegenüber dem MPLA-Staat. Diese Abwehr wiederum ergab sich aus der traumatischen Erfahrung von 15 Jahren, in denen der Handel destrukturiert wurde und es zu Zwangsaushebungen und massiven Bevölkerungsverschiebungen kam, zu schweigen von der massiven Unterdrückung der Oppositionellen, die keinerlei Rechtsschutz genossen. Die Zeit des Übergangs zum Mehrparteiensystem war im übrigen nicht besonders günstig für Untersuchungen über Verstöße gegen die Menschenrechte. Die Angehörigen der politischen Polizei - die wie in der Sowjetunion häufig aus ethnischen Minderheiten kamen -, mußten sich aufgrund des Fortbestands des Regierungsapparats kaum für frühere Aktivitäten verantworten. Abgesehen von kleinen Gruppen, in denen sich Überlebende der Säuberungen sammelten, hielt es keine der beiden großen Parteien für geraten, eine Untersuchung der Zehntausende von Fällen zu fordern, deren Ausgang für die Opfer - um sich der für Amnesty International typischen nüchternen Ausdrucksweise zu bedienen - nicht den international anerkannten Rechtsgrundsätzen entsprach.

Moçambique

Am 25. September 1974 hatten die portugiesischen Militärs in Lissabon gerade das Mehrparteiensystem eingeführt, als sie das Schicksal Moçambiques allein der Front zur Befreiung Moçambiques (Frelimo) anvertrauten. Die Bewegung war im Juni 1962 gegründet worden[80] und hatte sich unter der Führung des Anthropologen Eduardo Chivambo Mondlane international Sympathien erworben. Von China wie von der Sowjetunion wurde sie militärisch unterstützt. Im Gegensatz zu den Befreiungsfronten in Angola war es Frelimo kurz vor der portugiesischen »Nelkenrevolution« vom 25. April 1974 gelungen, die - übrigens mehrheitlich aus Afrikanern bestehenden - Kolonialtruppen in Schwierigkeiten zu bringen.[81] Da sich hier ein breites Spektrum der nationalistischen intellektuellen Elite zusammenfindet, spiegeln sich in der Organisation die verschiedenen ideologischen Richtungen wider. 1974 ist jedoch die marxistisch-leninistische Ausrichtung der Führung kaum mehr zu verbergen. Seit dem zweiten Kongreß von 1968 schien die Bedeutung des antiimperialistischen Kampfs, von Samora Machel nach der chinesischen Logik der »befreiten Gebiete« entwickelt, täglich mehr der Feststellung zu entsprechen, die Mondlane kurz vor seinem Verschwinden 1969 geäußert hatte: »Heute ist meine Schlußfolgerung, daß Frelimo sozialistischer, revolutionärer und progressistischer ist denn je und daß wir uns

jeden Tag mehr am marxistisch-leninistischen Sozialismus orientieren.« Er nannte auch die Gründe für diese Entwicklung: »Denn angesichts der Lebensbedingungen in Moçambique lässt uns der Feind keine Wahl.«

Nach der Unabhängigkeitserklärung mußte der Feind den neuen Herren offenbar eine Atempause einräumen. Diese, bei denen die »assimilados« - Weiße, Mischlinge oder Inder aus den Städten - vorherrschten, betätigten sich enthusiastisch als Geburtshelfer der Nation. Für sie bedeutete die Erfindung der Nation in einem ländlich geprägten Staat, daß nur eine das ganze Gebiet überziehende Staatspartei eine konsequente Politik der Verdörflichung sicherstellen konnte. Auf diese Weise konnte auch der »hörnern novo« entstehen, der dem Dichter Sergio Vieira[82] besonders teuer war. Bereits Anfang der siebziger Jahre in den »befreiten Gebieten« mit unterschiedlichem Erfolg eingeleitet, wurde diese Politik dann im ganzen Land systematisch verfolgt. Sämtliche Landbewohner, also 80 % der Gesamtbevölkerung, sollten ihre traditionellen Wohnorte aufgeben und sich in den Dörfern sammeln. In der Begeisterung der Unabhängigkeit folgten die Menschen den Aufrufen der Verwaltung und bestellten die - in den kommenden Jahren rasch verlassenen - kollektiven Felder. Sie beteiligten sich zum Teil sogar an der Errichtung der geforderten Gebäude, ohne allerdings in jedem Fall auch darin wohnen zu wollen. Auf dem Papier jedoch war das Land mit einer hierarchisierten Verwaltung überzogen und unterstand theoretisch der Kontrolle von Zellen einer Partei, die 1977 offen das bolschewistische Erbe für sich in Anspruch genommen hatte. Sie rief zur Ausweitung der Bodenkollektivierung auf und forderte eine engere Bindung an die internationale kommunistische Bewegung. Mit dem Ostblock waren verschiedene Verträge abgeschlossen worden. Die Versorgung mit Waffen und Ausbildern schien eine verstärkte Unterstützung der in der Zimbabwe African National Union (ZANU) zusammengeschlossenen rhodesischen Nationalisten zu gestatten.

Während sich Moçambique dem Block anschloß, der es zu erdrosseln drohte, entschloß sich das bedrängte weiße Rhodesien unter Ian Smith, den Widerstand zu unterstützen, der sich auf dem Land formierte. Unter der Führung Alfonso Dhlakamas profitierte die Resistencia Nacional Moçambicana (Renamo) bis zur Unabhängigkeit Zimbabwes von der engen Zusammenarbeit mit rhodesischen Sonderdiensten. Danach (1980) übernahm Südafrika die logistische Unterstützung. Zur Überraschung zahlreicher Beobachter bekam die Widerstandsbewegung immer mehr Zulauf aus der Dorfbevölkerung, ungeachtet des barbarischen Vorgehens der Renamo, deren Taten selbst die rhodesischen Berater entsetzten. Eifrig dabei waren Entflohene aus den »Umerziehungslagern«, die sich seit 1975[83] unter der Regie des Nationalen Dienstes für die Volkssicherheit (SNASP) vervielfacht hatten. Soweit sich die Bevölkerung ihnen nicht anschloß, war die Kontrolle über sie für beide Parteien von entscheidender Bedeutung. Die seltenen Feldstudien bestätigen die Beobachtungen von Human Rights Watch[84] be-

züglich des Ausmaßes und der Bestialität der Ausschreitungen beider Seiten gegenüber der Zivilbevölkerung. Zwar ereigneten sich die Gewalttätigkeiten der Renamo in einem weniger geordneten Rahmen als die vom Frelimo-Staat verübten, doch ließen sie sich nicht auf Plünderungen und Rowdytum reduzieren. Die Unterstützung, die Renamo trotz allem zuteil wird, ist Ausdruck eines Hasses auf den Staat, dessen Intensität sich dadurch erklärt, daß Frelimo Gewaltausbrüche mit dem Kampf gegen den »Tribalismus« rechtfertigt (und das in einer fremden Sprache), das Festhalten an religiösen Praktiken als »Obskurantismus« abqualifiziert und Loyalität gegenüber Ahnenreihen und Stammesgebieten seit der Unabhängigkeitserklärung pauschal als »Feudalismus« zurückweist.[85]

Schon bevor die Behörden in Maputo das Ausmaß der Bedrohung durch Renamo erfaßt hatten, waren die Vorrechte des Sicherheitsdienstes erheblich erweitert worden. Bereits im Oktober 1975 geschaffen, war die Volkssicherheit sogar ermächtigt, jeden eines »Anschlags auf die Staatssicherheit« Verdächtigen zu verhaften und festzuhalten, was auch für wirtschaftliche Vergehen galt. Der SNASP war berechtigt, diese Personen vor ein Gericht zu bringen, dessen Ermittlungen er dann übernahm. Er konnte die Verhafteten allerdings auch unmittelbar in ein »Umerziehungslager« schicken. Der Grundsatz habeas corpus wurde den Verhafteten vom Artikel 115 der Strafprozeßordnung verweigert und war nichts als Erinnerung (vorausgesetzt, daß er zur Zeit Salazars angewandt wurde), als sich 1977 der erste größere Angriff der Widerstandsbewegung gegen das Umerziehungslager Sacuze richtete. Die von Samora Machel in regelmäßigen Abständen durchgeführten »Legalitätsoffensiven« (»ofensivas pela legalidade«) beschnitten den Sicherheitsdienst nicht in seiner Macht. Vielmehr sollten sie die Fakten mit dem Recht in Einklang bringen. Dies war die innere Logik des Gesetzes 2/79 vom 28. Februar 1979 über Verbrechen gegen die Sicherheit des Volkes und den Volksstaat, mit dem die in Portugal und allen seinen Kolonien seit 1867 abgeschaffte Todesstrafe wiedereingeführt wurde. Allerdings wurde diese Strafe nicht immer gemäß den Vorschriften vollstreckt, vor allem nicht, wenn es um die Beseitigung von Frelimo-Dissidenten ging. (Dies galt insbesondere für Lazaro Nkavandame, Joana Simaiáo und Uria Simango, die bei ihrer Verhaftung 1983 liquidiert wurden und deren Schicksal geheimgehalten wurde, bis die Partei einen Schlußstrich unter den Marxismus-Leninismus zog.[86]) Damit nicht genug, wurde das Jahr 1983 in juristischer Hinsicht noch durch die Schließung der rechtswissenschaftlichen Fakultät Eduardo Mondlane in Maputo hervorgehoben. Glaubt man den Begründungen der Regierung, so war es tatsächlich klar, daß diese Einrichtung die Juristen nicht darauf vorbereitete, die Interessen des Volks zu verteidigen, sondern allein die der Ausbeuter.[87] Die Intelligentzija fiel im allgemeinen recht schnell in eine diskrete Enttäuschung, gefärbt von Servilität gegenüber der nährenden moçambiquanischen Schriftstellervereinigung. Privat gaben sich Intellektuelle ikonoklastischen Vergleichen zwischen

KGB, CIA und SNASP hin.[88] Seltener waren die, die wie der Dichter Jorge Viegas ihre kritische Haltung mit einem Aufenthalt in einer psychiatrischen Klinik und später mit dem Exil bezahlten.

Die bereits festgestellte politische Verhärtung ging - entsprechend einer Logik, die sich schon bei den ersten Schritten Sowjetrußlands bewährt hatte - mit einer wirtschaftlichen Öffnung einher. Zweifellos machte sich diese im Ausland nicht besonders bemerkbar. Investitionen aus dem Westen waren nach wie vor willkommen, wie es einem Land »sozialistischer Orientierung« ansteht, dem die Sowjetunion den Beitritt zum Comecon verweigerte.[89] Die Aufmerksamkeit des IV Kongresses von 1983 wandte sich vielmehr der Landbevölkerung zu und stoppte die Kollektivierungspolitik, die verheerende Auswirkungen hatte. In einer der von ihm bevorzugten Anklagereden zum Thema drückte sich Samora Machel nicht gerade zurückhaltend aus: »Wir vergessen, daß unser Land vor allem aus Bauern besteht. Wir bestehen darauf, von der Arbeiterklasse zu sprechen, und stellen die Bevölkerungsmehrheit in die zweite Reihe.«[90] Jedesmal, wenn die Regierungsmilizen auf (den theoretischen) Befehl der um die Verdörflichungsquote besorgten Vorgesetzten Strohhütten in Brand steckten, erhielt die Renamo automatisch Zulauf. Darüber hinaus trugen die Zerstörung der Bebauungssysteme, die Verschlechterung des Austauschverhältnisses zwischen Konsumgütern und Nahrungsmitteln sowie die Desorganisation des Handels zu einer Verschärfung der Versorgungsprobleme bei.

Es sieht nicht so aus, als sei Hungersnot systematisch als Waffe eingesetzt worden, weder von den Behörden noch von Renamo. Doch die Kontrolle über die Nahrungsmittelhilfe war für Frelimo ein wichtiger Trumpf bei der Umsiedlung von Bevölkerungsgruppen, um deren Loyalität die beiden Lager kämpften. Aus dieser Tatsache ergab sich, daß die unproduktive Konzentration von Bauern, die später nicht mehr auf ihr Land zurückkehren konnten, künftige Probleme der Lebensmittelversorgung bereits in sich trug. Im ganzen gesehen ist Human Rights Watch zufolge der Mangel an insgesamt verfügbaren Rationen im Zeitraum 1975 bis 1985 der Grund dafür, daß die Zahl der Hungertoten die der Opfer bewaffneter Zusammenstöße übersteigt.[91] Diese Einschätzung wird von Unicef bestätigt. Das Kinderhilfswerk beziffert die Opfer der Hungersnot für den hier betrachteten Zehnjahreszeitraum auf 600 000 und zögert nicht, einen Vergleich mit Äthiopien zu ziehen. Die internationalen Hilfsorganisationen leisteten eine wesentlichen Beitrag zum Überleben der gefährdeten Bevölkerungsgruppen. So schickte der Botschafter der Vereinigten Staaten in Maputo dem State Departement im Januar 1987 einen Bericht, dem zufolge 3,5 Millionen Moçambiquaner von Hungersnot bedroht waren[92], und löste damit in Washington und bei den einschlägigen internationalen Organisationen eine Soforthilfeaktion aus. Dennoch wurden die unzugänglichsten und klimatischen Unbilden am stärksten ausgesetzten Gebiete Opfer mörderischer Hungersnöte, deren Ausmaß schwer zu schätzen ist. So starben nach Angaben der Hilfsorgani-

sationen im Frühjahr 1989 in der Region Memba 8000 Menschen vor Hunger.[93] Was die von der ausländischen Solidarität erreichten Gebiete betrifft, so herrschten dort bald wieder der Markt und seine Gesetze. Das gehört jedenfalls zu den Schlußfolgerungen, die ein Bericht der Europäischen Gemeinschaft von 1991 zieht[94]. Daraus geht hervor, daß lediglich 25% der Nahrungsmittelhilfe zum vereinbarten Preis verkauft wurden. 75% blieben in den Händen der Verwaltung, die nur die absolut unerläßliche Menge freigab und den Rest auf Parallelmärkten anbot. Der »hörnern novo«, den Samora Machel und die Seinen erschaffen wollten, war eben »das zutiefst pathologische Ergebnis des Kompromisses, der vom Individuum als Entehrung, Lüge und Schizophrenie erlebt wird. Der Einzelne will leben, aber dazu muß er sich spalten, ein verstecktes wahres und ein öffentliches falsches Leben führen, das zweite wollen um das erste zu schützen, und unaufhörlich lügen, um sich irgendwo einen Winkel der Wahrheit zu bewahren.«[95]

Daß die Herrschaft der Staatsparteien im Osten so plötzlich zerfiel, hat die Aufmerksamkeit ganz natürlich auf deren Schwäche gelenkt und die Widerstandsfähigkeit der Zivilgesellschaften hervorgehoben. Auch wenn im Lauf der hier behandelten 15 Jahre die öffentliche Bezeichnung des afrikanischen Kommunismus als »moderne politische Legitimation«[96] für einen dortigen Akademiker schmerzliche Folgen hätte haben können, verliert diese Auffassung nichts von ihrem Erklärungspotential. Die Kürze der afrikanischen Erfahrung mit dem Kommunismus könnte, gekoppelt mit der herrschenden Auffassung von einem Kontinent, der allein wegen seiner Afrikanität schon der Gewalt verfallen ist, dazu führen, daß sich trotz der am Anfang des Kapitels ausgesprochenen Warnungen die Umrisse unseres Themas verwischen. Um dieser Versuchung zu widerstehen, wäre es sicher nicht nutzlos, die Perspektive umzudrehen. Wenn es stimmt, daß die Besonderheiten der Gewaltanwendung, wie sie in marxistisch-leninistischen Staaten zu beobachten sind, auf einem von Einheitsparteien gekennzeichneten Kontinent kaum hervortreten, sind dann nicht, wie A. Mbembe schrieb, die Massaker an Zivilisten und die Hungersnot der Tatsache zuzuschreiben, daß die afrikanischen Länder zwar »von den westlichen Mächten kolonisiert und dann zur Unabhängigkeit geführt wurden, ihnen aber definitiv die Regierungen sowjetischen Typs als Modell vorschwebten«, wobei die Demokratisierungsbemühungen »die zutiefst leninistische Natur der afrikanischen Staaten nicht verändert haben«?

3

Der Kommunismus in Afghanistan

von Sylvain Boulouque

Afghanistan[97] erstreckt sich über 640 000 Quadratkilometer - d. h. es ist etwas größer als Frankreich - und grenzt an folgende Staaten: Turkmenistan, Usbekistan und Tadschikistan im Norden, Iran im Westen, Pakistan im Süden und Osten sowie, auf einer Länge von wenigen Dutzend Kilometern im Osten, China. Das Territorium besteht zu mehr als einem Drittel aus Gebirgen. Einige Berge sind mehr als 7000 m hoch. 1979 hatte Afghanistan 15 Millionen Einwohner verschiedener Ethnien. Die mit sechs Millionen Menschen bedeutendste Volksgruppe ist die der Paschtunen, die vor allem den Süden des Lands bewohnen, mehrheitlich Sunniten sind und ihre eigene Sprache, das Paschto, sprechen. Die Tadschiken sind auch meist Sunniten und sprechen das dem Persischen verwandte Dari. Sie zählen gut vier Millionen Menschen, die vorwiegend den Osten Afghanistans bewohnen. Die ebenfalls sunnitischen Usbeken sind eine turksprachige Volksgruppe im Norden, die etwa 1,5 Millionen Einwohner ausmacht. Die Ethnie der überwiegend schiitischen Hazara wird auf etwa 1,5 Millionen Menschen geschätzt, die in der Landesmitte leben. Die übrigen Volksgruppen, darunter Turkmenen, Kirgisen, Belutschen, Kohistani, Nuristani, verteilen sich über das gesamte Land und machen insgesamt 10% der afghanischen Bevölkerung aus.

Das Land wird in erster Linie vom Islam zusammengehalten. Die Bevölkerung besteht zu 99% aus Muslimen, von denen wiederum 80 %› der sunnitischen und 20% oder schiitischen Konfession angehören. Es gibt Minderheiten von Sikhs und Hindu sowie eine kleine jüdische Gemeinde. In Städten und Dörfern war der Alltag von einem gemäßigten Islam bestimmt, der die traditionellen Stammesstrukturen intakt ließ, so daß die Stammesführer kleine Gemeinschaften leiteten. Im überwiegend ländlich geprägten Afghanistan gab es 1979 eine große Stadt mit mehr als 500000 Einwohnern, die im Osten des Landes gelegene Hauptstadt Kabul, und weniger bedeutende Städte wie Herat im Westen, Kandahar im Süden, Mazar-i-Sharif und Kunduz, von denen keine mehr als 200 000 Einwohner hat. Eine lange Tradition des Widerstands gegen Eroberungsversuche ist ebenfalls eine Gemeinsamkeit der Afghanen. Sie hatten bereits Invasionsversuche der Mongolen und später der Russen abgewehrt. Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1919 stand Af-

ghanistan unter britischer Oberherrschaft. Während England und Rußland, später die Sowjetunion, einander mittels der zentralasiatischen Völker bekämpften, suchte die afghanische Monarchie stets eine relative Unabhängigkeit zu wahren, da sie schon oft Spielball zwischen den Mächten gewesen war. Als König Sahir 1963 die Regierung an sich riß, gewann die Welle der kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Modernisierung an Schwung. Seit 1959 mußten die Frauen keinen Schleier mehr tragen und hatten Zugang zu Schulen und Universitäten. Da sich der König entschieden hatte, das Regime zu demokratisieren, befand sich Afghanistan auf dem Weg zu einem parlamentarischen System. 1965 wurden die politischen Parteien anerkannt und freie Wahlen abgehalten. Der kommunistische Staatsstreich vom 27. April 1978 und die darauffolgende sowjetische Intervention veränderten das Gleichgewicht Afghanistans und warfen den ohnehin im Wandel befindlichen traditionellen Rahmen des Lands vollends über den Haufen.

Afghanistan und die Sowjetunion von 1917 bis 1973

Die engen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Afghanistan bestanden schon lange. Im April 1919 stellte König Aman Ullah diplomatische Beziehungen mit der neuen Regierung in Moskau her, die fünf Konsulate in Afghanistan eröffnen konnte. Am 28. Februar 1921 wurden ein Friedensvertrag und ein Abkommen über Zusammenarbeit unterzeichnet, und die Sowjets beteiligten sich an der Errichtung einer Telegraphenleitung. Sie überwiesen dem König eine jährliche Unterstützung von 500000 Dollar. Diese Allianz kennzeichnete für die Sowjets ihre Entschlossenheit, dem englischen Einfluß im Land entgegenzuwirken[98], aber auch die Absicht, die Revolution auf Länder unter kolonialer oder halbkolonialer Herrschaft auszudehnen. So waren die Verantwortlichen der kommunistischen Internationale auf dem vom 1. bis 8. September 1920 abgehaltenen Kongreß der Völker des Orients in Baku der Meinung, der Antikolonialismus und Antiimperialismus könnte die »unter Vorherrschaft« stehenden Völker in ihr Lager ziehen, und sie stürzten sich in die Ausarbeitung von Erklärungen, in denen der Begriff Klassenkampf durch »Jihad« (»heiliger Kampf«) ersetzt wurde. (Drei Afghanen scheinen an dieser Konferenz teilgenommen zu haben: Agazade für die afghanischen Kommunisten, Azim für die »Parteilosen« und Kara Tadschijew, der später Vertreter der Parteilosen auf dem Kongreß wurde.[99]) Ebenso warben die Resolutionen des am 7. November 1922 eröffneten IV Kongresses der Internationalen dafür, die »imperialistischen Mächte« durch die Schaffung und Organisation von »antiimperialistischen Einheitsfronten« zu schwächen.

Unter Führung des Generals Michail Wassiljewitsch Franse (1888-

1925), eines Mitbegründers der Roten Armee (der übrigens an der Unterdrückung der anarchistischen Bewegung Nestor Machnos in der Ukraine beteiligt war), annektierten sowjetische Truppen im September 1920 das Chanat (die Provinz Buchara), das einmal zum Königreich Afghanistan gehörte. Es kam zu einer Vielzahl von Aktionen gegen die bäuerliche Bevölkerung, die Basmatschis, die auch als »Räuber« bezeichnet wurden und sich stets der russischen und später bolschewistischen Vorherrschaft in der Region widersetzt hatten. Bei diesen Operationen wurden Methoden angewandt, die denen gegen die aufständischen Bauern in Rußland entsprachen. Die Annexion des Gebiets wurde 1924 festgeschrieben, obwohl die Kämpfe weitergingen. Derweil flohen eine Million Basmatschis nach Afghanistan. Erst 1933 gelang es der Roten Armee, die Basmatschis endgültig niederzuwerfen. Der Einfluß der Kommunisten auf die Führungsschichten Afghanistans machte sich bereits bemerkbar. Viele afghanische Offiziere gingen zur Ausbildung in die Sowjetunion. Parallel dazu waren »sowjetische Diplomaten« im Untergrund tätig: Ein Militärattaché sowie Ingenieure wurden deshalb des Landes verwiesen.[100] Auch die Anwesenheit von GPU-Agenten in Afghanistan ist bezeugt, und zwar durch Georgi Agabekow, der seit 1920 bei der Tscheka war und zur Auslandssektion gehörte. In deren Auftrag hielt er sich illegal erst in Kabul, später in Istanbul auf, von wo aus er sich weiter mit Afghanistan beschäftigte, bis er 1930 mit der GPU brach.[101]

1929 leitete König Aman Ullah eine Agrarreform ein und betrieb eine antireligiöse Kampagne. Die Gesetze orientierten sich an denen des türkischen Reformators Kemal Atatürk und provozierten eine Bauernerhebung, deren Führer Batchaye-Saqqao war, der »Sohn des Wasserträgers«. Er stürzte das Regime.[102] Zunächst betrachtete die Kommunistische Internationale diese Erhebung als antikapitalistisch. Dann unterstützte die Sowjetunion die Truppen des Ancien regime, geführt vom afghanischen Botschafter in Moskau, Gulam-Nabi Khan, bei der Rückkehr nach Afghanistan. Die sowjetischen Truppen - die besten Einheiten aus Taschkent, unterstützt von der russischen Luftwaffe - drangen in afghanischen Uniformen in das Land ein. 5000 Afghanen, die das Regierungsheer darstellten, wurden getötet. Sämtliche Bewohner der Dörfer, durch die die Rote Armee kam, wurden hingerichtet.[103] König Aman Ullah und Gulam-Nabi Khan flohen ins Ausland, und die sowjetische Unterstützung hörte auf. Nadir Schah, der eilends aus dem französischen Exil zurückkehrte, stellte sich an die Spitze der afghanischen Armee, und die Honoratioren und die Stämme riefen ihn zum König aus. Der »Sohn des Wasserträgers«, der geflohen war, wurde verhaftet und hingerichtet. Nadir Schah suchte die Verständigung mit Engländern und Sowjets. In Moskau wurde er anerkannt und fand Gehör, mußte aber als Gegenleistung die Unterstützung der aufständischen Basmatschis aufgeben. Der Basmatschi-Führer Ebrahim Beg wurde von der afghanischen Armee auf sowjetisches Territorium abgedrängt, dort festgenommen und hingerichtet.[104] Am 24. Juni 1931 wurde ein neuer Nichtangriffspakt unterzeichnet.

Nadir Schah wurde von einem Studenten ermordet und Sahir Schah, sein Sohn, 1933 König.

Nach 1945 erlebte Afghanistan mehrere Wellen der »Modernisierung«, die sich vor allem in der Hauptstadt bemerkbar machten. Fünf- und Siebenjahrespläne wurden eingeleitet. Mit der Sowjetunion wurden neue Partnerschafts- und Freundschaftsabkommen geschlossen, darunter das vom Dezember 1955, das das Prinzip der Nichteinmischung betonte. Gleichzeitig wurden zahlreiche sowjetische Berater nach Afghanistan geschickt, vor allem um zur Modernisierung der Armee beizutragen.

Prinz Mohammed Daud, ein Cousin des Königs, regierte als Ministerpräsident von 1953 bis 1963. Er beteiligte sich an der Gründung der Bewegung der Blockfreien. Im Lauf der Zeit gewann der sowjetische Einfluß die Oberhand. Die Sowjets unterwanderten die Armee und wichtige Bereiche der Gesellschaft. Die Wirtschaftsabkommen wurden fast ausschließlich zugunsten der Sowjetunion abgefaßt, obwohl sich der Prinz regelmäßig um eine Annäherung an die Vereinigten Staaten bemühte. 1963 entließ König Sahir Schah Daud und übte fortan selbst die Macht aus. Von 1963 bis 1973 bemühte sich Sahir, das Regime in eine konstitutionelle Monarchie umzuwandeln. Die politischen Parteien wurden legalisiert, die ersten freien Wahlen fanden im Januar 1965 statt. Eine zweite Wahl wurde 1969 organisiert. Bei beiden Wahlen fiel das Ergebnis zugunsten der örtlichen Honoratioren und der die Regierung stützenden Gruppen aus. Afghanistan verwestlichte und modernisierte sich, auch wenn das Land noch nicht eine echte Demokratie war: »Das Königsregime war keineswegs perfekt: arrogant, privilegiert, häufig korrumpiert«, hebt Michael Barry hervor. »Doch war es weit davon entfernt, so abgrundtief barbarisch zu sein, wie es die afghanischen Kommunisten gern darstellen. Darüber hinaus hatte die Monarchie 1905 die Folter abgeschafft, und selbst die von der Scharia vorgesehenen körperlichen Strafen waren in Vergessenheit geraten. In dieser Hinsicht stellt das kommunistische Regime einen barbarischen Rückschritt dar.«[105]

Die afghanischen Kommunisten

Die afghanische KP, die im Untergrund geblieben war, stellte sich der Öffentlichkeit unter dem Namen Demokratische Volkspartei (DVPA) vor. Aus den Wahlen gingen Babrak Karmal und seine Gefährtin Anathiha Ratebzad als Abgeordnete hervor. Zwei weitere Kommunisten, darunter Hafizullah Amin, wurden 1969 gewählt. Ein Parteitag setzte mit Zustimmung der Sowjets Anfang 1965 Nur Mohammed Taraki als Generalsekretär ein. Hinter der einheitlichen Fassade bestanden Rivalitäten und Meinungsverschiedenheiten, die sowohl politisch als auch in den verschiedenen Ethnien und Persönlichkeiten begründet waren. Babrak Karmal stammte aus Kabul und gehörte der königlichen Familie an. Sein Vater war der General Mohammed

Hosayn Khan, und »Karmal« war lediglich ein Pseudonym, das »Freund der Arbeiter« bedeutet. Einem KGB-Überläufer zufolge soll Karmal dem sowjetischen Geheimdienst seit vielen Jahren angehört haben. Der andere Mitbegründer der Partei, Nur Mohammed Taraki, war Sohn eines wohlhabenden Bauern und in einem Dorf in der Provinz Ghazni geboren. Er war Paschtune und kam dank seiner Englischkenntnisse in Regierungskreise. Hafizullah Amin war ebenfalls Paschtune und stammte aus einer Beamtenfamilie in der Vorstadt von Kabul.[106]

Die Partei bestand aus zwei Fraktionen, von denen jede ihre Zeitung hatte, *Chalk* (Das Volk) und *Parcham* (Flagge). Chalk versammelte die Paschtunen aus dem Südosten Afghanistans hinter sich, Parcham vertrat die wohlhabenden persischsprachigen Schichten und wollte die Theorie der Einheitsfront umsetzen. Beide bekannten sich offen zur orthodoxen Linie und achteten genau auf die sowjetische Politik, wobei Parcham allerdings mehr Gefühl für die Moskauer Zielvorstellungen zu haben schien. Die Scheidung zwischen den beiden Gruppen bestand von 1966 bis 1976. In dieser Zeit beanspruchte jede den Titel der afghanischen Kommunisten für sich und handelte im Namen der DVPA. 1976 wurden Chalk und Parcham vereinigt. Die Zahl der Parteimitglieder betrug nie mehr als 4000 bis 6000.[107] Neben diesen beiden Gruppierungen der DVPA gab es auch prochinesische Spielarten des Kommunismus. Schola-ye-Dschawid (»Die ewige Flamme«) rekrutierte ihre Mitglieder hauptsächlich bei den Schiiten und Studenten und spaltete sich nach und nach in mehrere Gruppen. Alle maoistischen Gruppen sollten sich später im Widerstand treffen. Die afghanischen Kommunisten betrieben von 1965 bis 1973 eine Kampagne der systematischen Zersetzung der Regierung und der Monarchie. Immer häufiger kam es zu Demonstrationen und Sitzungsunterbrechungen im Parlament. Daneben bemühten sich die DVPA-Mitglieder um die Werbung von Anhängern vor allem aus den Führungsschichten.

Der Staatsstreich Mohammed Dauds

Daud, der 1963 von König Sahir entmachtet worden war, betrieb einen Staatsstreich und hatte damit 1973 dank der Unterstützung kommunistischer Offiziere Erfolg. Diese Tatsache wird unterschiedlich interpretiert: Während die einen den Coup als von Moskau ferngesteuert ansehen[108], gehen andere davon aus, daß Daud die Kommunisten benutzte. Jedenfalls wies Dauds Regierung sieben kommunistische Minister aus der »Parcham«-Fraktion auf. Die von der Verfassung garantierten Freiheiten wurden aufgehoben. Auf Betreiben der Kommunisten wurde eine erste Phase der Unterdrückung eingeleitet. »Der nationalistische Politiker Hashim Maiwandwal (von 1965 bis 1967 Ministerpräsident liberaler Orientierung) wird unter dem Vorwurf der Verschwörung mit etwa 40 weiteren Personen festgenommen, von denen

vier hingerichtet werden. Maiwandwal begeht im Gefängnis ›Selbstmord‹ so die offizielle Version. Nach allgemeiner Auffassung handelt es sich um Mord. Ziel sei dabei gewesen, Daud jedes Umschwenken unter Wahrung seiner Glaubwürdigkeit unmöglich zu machen und bestimmte nichtkommunistische Persönlichkeiten zu beseitigen.«[109] Folter und Terror wurden zur üblichen Vorgehensweise. 1974 wurde das berüchtigte Gefängnis Pul-e-Charchi in Kabul eingeweiht.

Doch 1975 schloß Daud über den Kopf der Kommunisten hinweg neue Handelsabkommen mit Ostblockländern, aber auch mit Iran und Indien. Die Beziehungen zur Sowjetunion verschlechterten sich. Bei einem offiziellen Besuch in der UdSSR überwarf sich Daud mit Leonid Breschnew. Er suchte die wirtschaftliche Unabhängigkeit seines Landes zu sichern. Seine Tage waren gezählt: Am 27. April 1978 wurde Daud gestürzt. Michael Barry faßt die Lage am Vorabend des Staatsstreichs gut zusammen: »Das Afghanistan vor 1978 war ein laizistischer Staat, der eine fundamentalistischmuslimische Opposition praktisch nicht duldete, offiziell neutral, mit einer freundlichen Einstellung gegenüber der Sowjetunion, deren Grenzen oder Vorherrschaft über andere Muslime er nicht im geringsten in Frage stellte. [...] Die Behauptung, Moskau habe die Initiative ergriffen, um eine aufsteigende Welle des muslimischen Fundamentalismus zu stoppen, ist sinnlos. Indem die Sowjetunion Daud stürzte, stärkte sie vielmehr den islamischen Widerspruch, den sie bis dahin zu unterschätzen geneigt war. Höchstens hat sie den kommunistischen Staatsstreich beschleunigt, um zu verhindern, daß Afghanistan in letzter Stunde noch dem Herrschaftsbereich der Sowjetunion entschlüpft.«[110]

Der Staatsstreich vom April 1978: Die »Saur-Revolution«

Das Ereignis, das den kommunistischen Staatsstreich auslöste, war die Ermordung Mir-Akbar Khaybars, eines Gründers der DVPA, unter nach wie vor ungeklärten Umständen. Eine erste Version, die nach der Machtergreifung der Parcham in Umlauf gebracht wurde, besagte, er sei von Chalk- Angehörigen unter Führung von Hafizullah Amin beseitigt worden. Einer zweiten Version zufolge beging den Mord Mohammed Nadschibullah, der künftige Leiter der afghanischen Geheimdienste, unter Beihilfe sowjetischer Geheimdienste.[111] Auf diesen Mord hin fand eine Vielzahl kommunistischer Demonstrationen statt. Daud wurde gestürzt. Tatsächlich spricht einiges dafür, daß die Machtergreifung nicht aus dem hohlen Bauch erfolgte. Amin, der Führer der Chalk, hatte besonders gute Beziehungen zu den Militärs und für April 1980 einen Staatsstreich geplant.[112] Das Charakteristische an der Verankerung des Kommunismus in Afghanistan war ja die Wiederaufnahme der ursprünglich in Spanien eingeführten Methoden, die später

in den »Volksdemokratien« angewandt worden waren: Infiltration der Führungsschichten, Unterwanderung der Armee und der obersten Verwaltung, dann gewaltsame Machtergreifung im Zuge des Staatsstreichs vom April 1978, der als »Aprilrevolution« oder »Saur- (Stier)-Revolution« bezeichnet wurde. Die Kaltstellung der Kommunisten durch Daud und die Ermordung Mir-Akbar Khaybars beschleunigten die Vorbereitungen. Die kommunistischen Demonstrationen weiteten sich aus. Daud ließ die wichtigsten kommunistischen Führer verhaften oder unter Hausarrest stellen. Amin, der unter Hausarrest stand, nutzte offenbar die Beihilfe von Polizisten aus, die DVPA-Mitglieder waren und seine Wohnung bewachten. So konnte er den Staatsstreich von zu Hause aus organisieren.[113]

Am 27. April 1978 wurde der Präsidentenpalast mit Panzern und Flugzeugen im Sturm genommen. Daud, seine Familie und seine Leibgarde weigerten sich, sich zu ergeben. Er und 17 seiner Angehörigen wurden am folgenden Tag liquidiert. Vom 29. April an wurde eine erste, 3000 Opfer fordernde Säuberung unter den nichtkommunistischen Militärs durchgeführt. Der Unterdrückung der Anhänger des Ancien regime fielen rund 10000 Menschen zum Opfer. Zwischen 14000 und 20000 Menschen wurden aus politischen Gründen verhaftet[114].

Die neue Regierung unter Nur Mohammed Taraki wurde am 30. April ausgerufen. Der Chalk-Anhänger Taraki wurde zum Präsidenten der Demokratischen Republik Afghanistan ernannt, Babrak Karmal von der Parcham wurde Vizepräsident und stellvertretender Ministerpräsident. Hafizullah Amin (Chalk) wurde Zweiter Vizepräsident und Außenminister. Die Sowjetunion war der erste Staat, der die neue Regierung anerkannte.[115] Ein Abkommen über Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand wurde unterzeichnet. Taraki dekretierte Reformen, die nach Einschätzung sämtlicher Beobachter und Zeugen die traditionelle Struktur der afghanischen Gesellschaft zerbrach. Pachtschulden und Bodenhypotheken wurden aufgehoben, die Schulpflicht eingeführt und eine antireligiöse Propaganda organisiert. Taraki wurde zum »Führer und Vater der Aprilrevolution« erklärt. Doch die Reformen führten zu allgemeiner Unzufriedenheit. Die ersten Aufstände brachen im Juli 1978 in Asmar im Südosten Afghanistans aus. Überall kam es zu politisch motivierten Gewalttätigkeiten. Am 14. Februar 1979 entführte die maoistische Gruppe Setem-i-Milli den amerikanischen Botschafter Adolph Dubs. Die Gruppe verlangte die Freilassung eines ihrer Führer, Barrudim Bahes, der aber inzwischen von der Khad, dem sowjetisch beratenen afghanischen Geheimdienst, hingerichtet worden war. Khad-Angehörige griffen ein und töteten den Botschafter wie seine Entführer.[116] »Einige werden behaupten, daß es bei dieser Aktion eine geheime Absicht gegeben habe, das Chalk-Regime in diplomatischen Kreisen zu kompromittieren.«[117] Nicht ein einziger Zeuge der Geiselnahme überlebte.

Wenig später befahl die kommunistische Regierung eine antireligiöse Kampagne. Der Koran wurde öffentlich verbrannt. Religiöse Führer (Ima-

me) wurden verhaftet und ermordet. So wurden im Clan der Modschaddedi, einer einflußreichen religiösen Gruppe in einer schiitischen Ethnie, alle Männer aus einer Familie, d.h. 130 Menschen, in der Nacht vom 6. Januar 1979 massakriert.[118] Die Ausübung der Religion wurde sämtlichen Konfessionen verboten. Das galt auch für die kleine jüdische Gemeinde, deren 5000 Mitglieder vor allem in Kabul und Herat wohnten. Sie fanden Asyl in Israel.

Der Aufstand breitete sich aus, nahm vielfältige Formen an, ohne eine handfeste Struktur zu besitzen. Er wuchs zunächst in den Städten und dehnte sich dann auf das Land aus. »Jeder Stamm, jede Volksgruppe hat ihre eigenen Traditionen und bildet ein eigenes Widerstandsnetz. Der Widerstand wird aus einer Vielzahl von Gruppen gebildet, die in ständiger Verbindung mit der Bevölkerung sind. Das wichtigste Bindeglied ist der Islam.«[119] Angesichts der allgemeinen Ablehnung ihrer Machtergreifung greifen die Kommunisten, unterstützt von sowjetischen Beratern, zum Terror. Michael Barry ruft folgendes Ereignis in Erinnerung: »Im März 1979 wurde das Dorf Kerala zum Oradour-sur-Glane Afghanistans: 1700 Erwachsene und Kinder, die gesamte männliche Bevölkerung des Dorfs, wurden auf dem Platz versammelt und aus nächster Nähe mit Maschinengewehren erschossen. Die Toten und Verwundeten wurden übereinander in drei Massengräbern mit Hilfe eines Baggers verscharrt. Die entsetzten Frauen sahen in schier endlosen Momenten zu, wie die Erdhaufen zitterten, weil die lebend Begrabenen freizukommen versuchten. Dann bewegte sich nichts mehr. Die Mütter und Witwen gingen alle nach Pakistan. In Flüchtlingshütten erzählen sie -›feudale Konterrevolutionärinnen, die sich an die chinesischen und amerikanischen Interessen verkauft haben‹ -, unter schmerzlichen Seufzern ihr Leid.«[120]

Die afghanischen Kommunisten drängten bei den Sowjets auf diskrete Hilfe. Ihre Forderungen wurden immer größer. Im März 1979 starteten MiG-Kampfflugzeuge in der Sowjetunion und bombardierten Herat, das soeben den Aufständischen in die Hände gefallen war, die sich den kommunistischen Machthabern widersetzten. Je nach Quelle forderten die Bombardierung und die nachfolgenden Repressionsmaßnahmen bei einer Bevölkerung von 200000 Einwohnern zwischen 5000 und 25000 Todesopfer. Die Armee hatte die Säuberung der Stadt von Aufständischen übernommen. Über das Ausmaß der Unterdrückung liegen keine Angaben vor.[121] Der Aufstand breitete sich über das ganze Land aus. Die Kommunisten sahen sich gezwungen, erneut bei den Sowjets um Hilfe zu bitten, die sie ihnen auch gewährten: »›Sondergut‹ für 53 Millionen Rubel [...], darunter 140 Geschütze und Raketenwerfer, 90 Schützenpanzerwagen (davon 50 vorrangig zu liefern), 48000 Stück Schützenwaffen, ungefähr 1000 Granatwerfer, 680 Fliegerbomben [...] Als vorrangige Hilfe werden [...] 100 Flugzeug-Brandbehälter und 150 Kassettenbomben geliefert. Es wird als unmöglich angesehen, Gasbomben mit nichttoxischen chemischen Kampfstoffen zu liefern«,

und auch die Bitte um Entsendung von Hubschraubern und Luftlandetruppen mit sowjetischer Besatzung abgeschlagen.[122] Gleichzeitig herrschte in Kabul der blanke Terror. Das Pul-e-Charchi-Gefängnis in Kabul wird zum Konzentrationslager.[123] Der Gefängnisdirektor, Sayyed Abdullah, erklärte den Häftlingen: »Ihr seid hier, um zu Abfall gemacht zu werden.« Folter war gang und gäbe: »Die schlimmste Strafe im Gefängnis war, lebend in einer Latrinengrube begraben zu werden.«[124] Jede Nacht wurden mehrere hundert Häftlinge hingerichtet. »Die noch lebenden Verwundeten wurden zusammen mit den Leichen mit Baggern begraben.«[125] Stalins Methoden der Bestrafung von Volksgruppen wurden aufgenommen. So wurden am 15. August 1979 unter dem Verdacht der Unterstützung des Widerstands 300 Menschen aus der Ethnie der Hazara festgenommen. »150 von ihnen wurden mit Baggern lebend begraben. Die andere Hälfte wurde mit Benzin Übergossen und lebend verbrannt.«[126] Im September 1979 gaben die Strafvollzugsbehörden zu, daß 12 000 Häftlinge liquidiert worden seien. Der Leiter des Pul-e-Charchi-Gefängnisses prahlte vor jedem, der es hören wollte: »Wir werden nicht mehr als eine Million Afghanen am Leben lassen, das genügt, um den Sozialismus aufzubauen!«[127]

Während sich das Land in ein gigantisches Gefängnis verwandelte, gingen die Auseinandersetzungen zwischen Chalk und Parcham innerhalb der DVPA weiter. Schließlich gewann Chalk die Oberhand. Die Parcham-Vertreter wurden in die afghanischen Botschaften der Ostblockländer entsandt. Ihr Führer Babrak Karmal, der KGB-Agent gewesen war,[128] wurde auf ausdrücklichen Wunsch der Sowjetunion in die Tschechoslowakei geschickt. Am 10. September 1979 wurde Amin Ministerpräsident und DVPA-Generalsekretär. Er beseitigte seine mutmaßlichen Gegner und ließ Taraki umbringen, der laut offizieller Lesart bei der Rückkehr von einer Reise in die Sowjetunion an den Folgen einer langen Erkrankung starb. Mehrere Beobachter weisen auf die Anwesenheit von 5000 sowjetischen Beratern in Afghanistan hin, insbesondere auf die des Generalobersten Iwan Gregorjewitsch Pawlowski, des Stabschefs der sowjetischen Landstreitkräfte.[129]

Gut ein Jahr nach dem kommunistischen Staatsstreich war die Bilanz entsetzlich. Shah Bazgar erläutert: »Babrak Karmal selbst gab zu, daß den Säuberungen seiner beiden Vorgänger Taraki und Amin mindestens 15 000 Menschen zum Opfer gefallen seien. In Wirklichkeit waren es mindestens 40000. Unter ihnen waren unglücklicherweise auch zwei meiner Cousins mütterlicherseits. Sie verschwanden im Pul-e-Charchi-Gefängnis. Der eine, Selab Safay, war ein bekannter Schriftsteller, dessen Gedichte in Radio und Fernsehen vorgetragen wurden. Ich mochte ihn sehr. Mein anderer Cousin, sein Bruder, war Lehrer. Die gesamte Elite des Lands war eliminiert worden. Die wenigen Überlebenden berichteten von den kommunistischen Untaten. Die Zellentüren standen offen: Mit den Listen in der Hand buchstabierten die Soldaten mühsam die Namen der Gefangenen. Diese erhoben sich. Wenige Augenblicke später hörte man die ohrenbetäubenden Salven der Ma-

schinengewehre.«[130] Diese Zahlen berücksichtigen lediglich die Ereignisse in Kabul und den übrigen größeren Städten Afghanistans. Die Hinrichtungen auf dem Land, wo die Kommunisten mit Hilfe des Terrors Ordnung schafften, um jede Form des Widerstands im Keim zu ersticken, sowie die Bombardierungen dieser ländlichen Gebiete forderten fast 100000 Todesopfer. Die Zahl der Afghanen, die vor dem Massenmord flohen, wurde auf mehr als 500000 geschätzt.[131]

Die sowjetische Intervention

Afghanistan versank im Bürgerkrieg. Trotz der Repressionsmaßnahmen gelang es den Kommunsten nicht, sich an der Macht zu halten. Erneut baten sie um sowjetische Unterstützung. Am 27. Dezember 1979 wurde die Operation »Sturm 333« ausgelöst. Die sowjetischen Truppen betraten Afghanistan. Wie im Abkommen über Zusammenarbeit und Freundschaft vereinbart, wurden sie gerufen, um den »Brüdern« in Kabul zu Hilfe zu kommen. Eine Sonderabteilung des KGB unter Führung des Obersten Bojarinow greift den Palast an und ermordet Amin sowie jeden, der etwas über die Ereignisse erzählen könnte.[132] Amin schien sich aus der sowjetischen Bevormundung zu lösen. Sein Studium in den fünfziger Jahren in den Vereinigten Staaten zum Anknüpfungspunkt nehmend, hatte er Kontakt mit den Amerikanern aufgenommen und die Beziehungen zu Ländern ausgebaut, die nicht unmittelbar unter sowjetischem Einfluß standen. Tatsächlich war die sowjetische Entscheidung schon seit dem 12. Dezember 1979 gefällt. Babrak Karmal ersetzte ihn. Amin sollte sich zurückziehen und einen vergoldeten Ruhestand akzeptieren. Angesichts seiner Weigerung wurde die neue Regierung über Rundfunk vom Süden der Sowjetunion aus proklamiert, noch bevor Amin ermordet war.[133]

Bezüglich der sowjetischen Intervention gibt es viele Hypothesen. Einige sehen darin die Fortführung der russischen Expansion mit dem Ziel, Zugang zu den warmen Meeren zu bekommen. Für andere handelte es sich um die Absicht, die Region angesichts der Ausbreitung des radikalen Islams zu stabilisieren - sofern diese Intervention nicht Ausdruck der Expansion des sowjetischen Imperialismus wie auch des messianischen Charakters des marxistischen Regimes war, das alle Völker dem Kommunismus unterwerfen wollte. Hinzu kam die Absicht, einen von Kommunisten beherrschten und angeblich von »Agenten des Imperialismus« bedrohten Staat zu verteidigen.[134]

Die sowjetischen Truppen erreichten Afghanistan am 27. Dezember 1979. Schon Anfang 1980 betrug das Kontingent mehr als 100000 Mann. Der Krieg in Afghanistan hatte vier Phasen. Die sowjetischen Truppen besetzten das Land zwischen 1979 und 1982. Die schlimmste Phase dieses totalen Kriegs waren die Jahre 1982 bis 1986. Der Rückzug erfolgte in den

Jahren 1986 bis 1989. 200000 sowjetische Soldaten waren ständig in Afghanistan stationiert. Die letzte Phase, zwischen 1989 und 1992, war dadurch gekennzeichnet, daß Mohammed Nadschibullah an der Macht gehalten wurde. Ihm war die Rolle eines afghanischen Gorbatschow zugedacht. Er schlug eine nationale Versöhnung vor. In dieser Phase transferierte die Sowjetunion nach dem vollständigen Abzug der Truppen am 15. Februar als Unterstützung Militärtechnologie im Wert von 2,5 Milliarden Rubel für das Jahr 1989 und 1,4 Milliarden für 1990. Die Regierung Nadschibullah stürzte erst 1992, als die Sowjetunion zerfiel.[135]

Es wurden also zwei Techniken kombiniert: einerseits die von den Sowjets verfolgte Taktik des totalen Kriegs, eine Politik der verbrannten Erde, und andererseits die Methoden des Massenterrors und der systematischen Beseitigung von tatsächlichen oder vermeintlichen Oppositionellen in den Spezialgefängnissen. Diese unterstanden zunächst der AGSA (Organisation zum Schutz der Interessen Afghanistans), aus der 1980 die Khad (der Staatsinformationsdienst) wurde, aus der 1986 wiederum das Ministerium für Staatssicherheit entstand. Sie alle hingen, sowohl was die Finanzierung als auch die Ausbildung anging, unmittelbar vom KGB ab. Diese Herrschaft durch Massenterror dauerte bis 1989, als sich die sowjetischen Truppen aus Afghanistan zurückzogen. Genaugenommen hielt sie sogar bis zum Sturz der Regierung Mohammed Nadschibullah 1992 an.

In 14 Jahren Krieg beherrschten die Sowjets und die afghanischen Kommunisten kaum mehr als 20% des Lands. Sie begnügten sich damit, die Hauptverkehrsachsen zu halten, die wichtigsten Städte, die Kornkammern sowie die Erdgas- und Erdölgebiete, deren Produktion natürlich für die Sowjetunion bestimmt war. »Die Ausbeutung der Ressourcen und die Nutzbarmachung Afghanistans entspricht den Strukturen einer typisch kolonialistischen, auf Ausbeutung ausgerichteten Wirtschaft: Die Kolonie liefert die Rohstoffe und muß die Industrieprodukte der Metropole aufnehmen, wodurch sie deren Industrie am Laufen hält. [...] Nach einer wohlbekannten russischen Methode läßt die Besatzungsmacht das besetzte Land die Kosten der Eroberung und Besatzung bezahlen. Die Streitkräfte, die Panzer, die Bombardierung von Dörfern werden dem Land in Rechnung gestellt und mit seinem Erdgas, seiner Baumwolle, später mit seinem Kupfer und seinem Strom bezahlt.«[136] In diesen 14 Jahren führten die Sowjets mit Unterstützung der afghanischen Armee einen totalen Krieg. Doch letztere, die 1978 noch 80 000 Mann zählte, mußte aufgrund der zahlreichen Desertionen Aderlässe hinnehmen. Zwei Jahre später kam sie kaum über 30 000 Mann hinaus. 1982 wurden die Reservisten aufgerufen. Im März 1983 wurde eine Generalmobilmachung für alle Männer ab 18 Jahren verfügt. Kinder im Alter von 15 Jahren wurden zwangsrekrutiert.

Die nach Afghanistan entsandten sowjetischen Soldaten waren, abgesehen von den Sondertruppen, im wesentlichen Bürger der Randrepubliken - Ukrainer, Letten, Litauer, Esten. Sie ersetzten die Kontingente muslimischer

Sowjets, weil die Machthaber die Ausbreitung des radikalen Islams fürchteten. Mindestens 600000 Wehrpflichtige wurden nach Afghanistan geschickt. Die Zahl der gefallenen sowjetischen Soldaten dürfte über 30000 liegen.[137] Ihre Leichen wurden weder den Familien zurückgegeben noch in die Sowjetunion gebracht. In den plombierten und versiegelten Zinksärgen waren die Leichen mit Sand oder mit anderen Soldaten ausgetauscht worden.[138] Demoralisiert von einem unbegreiflichen Krieg verfielen die Soldaten dem Alkohol oder Drogen (Haschisch, Opium und Heroin). Der Drogenhandel wurde zum Teil vom KGB organisiert. Die Erträge aus der afghanischen Drogenproduktion stachen die des Goldenen Dreiecks aus. Um repatriiert zu werden, verstümmelten die Soldaten sich selbst. Nach ihrer Heimkehr wurden die Wehrpflichtigen sich selbst überlassen, einige kamen wegen psychischer Störungen in psychiatrische Kliniken[139], andere wurden kriminell. Wieder andere entwickelten eine nationalistische Rhetorik, aus der die ultranationalistische und antisemitische Bewegung Pamiat entstand, die sich der wohlwollenden Unterstützung des KGB erfreute.[140]

Angesichts der sowjetischen Invasion organisierte sich der afghanische Widerstand. Die Zahl der Widerstandskämpfer wurde auf 60000 bis 200 000 Mann geschätzt. Sie wurden von der Bevölkerung unterstützt. Der Widerstand setzte sich aus sieben sunnitischen Parteien zusammen, die ihren Rückhalt in Pakistan hatten, und acht schiitischen Parteien mit Basis im Iran.[141] Sämtliche Widerstandsgruppen berufen sich auf den radikalen oder gemäßigten Islam, wie die des Kommandanten Massud. Unterstützt wurde der afghanische Widerstand vom amerikanischen Kongreß, der ihm Waffen liefern ließ. Darunter befanden sich ab Mitte der achtziger Jahre »Stinger«-Boden-Luft-Raketen, mit denen die Widerstandskämpfer die sowjetischen Luftangriffe behindern konnten, eines der wesentlichen Elemente der Kriegführung der Invasoren. Die Sowjets hatten die Strategie des Terrors gewählt. Jeder Mensch, jedes Dorf, die verdächtigt wurden, den Widerstand mehr oder weniger zu unterstützen, wurden sofort Opfer von Repressalien. Die Repression schlug immer und überall zu.

Daß Grausamkeiten begangen werden, ist allen Kriegen gemein. Afghanistan wurde mit der Gewalttätigkeit geschlagen, die aus der Brutalisierung der Massen sowie der von den Sowjets verfolgten Strategie des totalen Kriegs[142] entstand. Auch die afghanischen Widerstandskämpfer verübten Massaker. Wenn sie hier nicht erwähnt werden, bleiben die Ausschreitungen des Widerstands doch inakzeptabel und unentschuldbar. Im Gegensatz zu anderen Konflikten, wie dem in Vietnam - mit dem Afghanistan verglichen wurde -, ist bei diesem Krieg hervorzuheben, daß er wenig Beachtung in den Medien fand. Nur wenige Bilder sickerten durch. Es handelte sich um einen allgemeinen Aufstand als Reaktion auf einen kommunistischen Staatsstreich, der noch von einer Invasion verstärkt wurde. Im übrigen ist anzumerken, daß die die Widerstandskämpfer unterstützenden Mächte sich kaum darum kümmerten, inwieweit einige von diesen die Menschenrechte

achteten, und manchmal gerade die obskursten Gruppen förderten. Gleichwohl bleibt festzuhalten, daß die Verantwortung für die Ereignisse in Afghanistan unmittelbar den Kommunisten und ihren sowjetischen Verbündeten zukommt. Das Regieren mittels Massenterror und der Einrichtung eines Zwangssystems bleibt eine Konstante in der Geschichte des Kommunismus.

Das Ausmaß der Unterdrückung

Die Flüchtlinge

Die Zahl der Flüchtlinge erhöhte sich ständig. Ende 1980 wurde sie auf mehr als eine Million geschätzt. Es ist bekannt, daß am 4. Juli 1982 80% der Intellektuellen das Land verlassen hatten. Anfang 1983 wurden bei einer Gesamtbevölkerung von 15 Millionen Einwohnern fast drei Millionen Flüchtlinge gezählt. 1984 überstieg ihre Zahl vier Millionen, d. h., sie betrug mehr als ein Viertel der Gesamtbevölkerung.[143] Anfang der neunziger Jahre erreichte sie fünf Millionen. Zu den Flüchtlingen, die Afghanistan verlassen hatten, kamen die »internen Flüchtlinge«, die ihr Dorf verließen, um dem Krieg und der Repression zu entkommen. Die Zahl dieser Flüchtlinge beläuft sich auf fast zwei Millionen. Laut Amnesty International sind die, die Afghanistan verlassen haben, die größte Flüchtlingsgruppe der Welt.[144] Die meisten von ihnen - mehr als zwei Drittel - ließen sich in Pakistan nieder. Etwa ein Drittel lebt in Iran, und eine winzige Minderheit schaffte es, sich in Westeuropa und den Vereinigten Staaten festzusetzen. Ein Beobachter stellt fest: »Im Herbst 1985 gelang es dem schwedischen Arzt Johann Lagerfeit und mir [Michael Barry], bei einer von der Internationalen Föderation für die Menschenrechte in vier Provinzen des Ostens und des Zentrums durchgeführten geheimen Mission zu Pferd 23 Dörfer zu erfassen. Dort stellten wir eine Entvölkerungsrate von 56,3% fest.«[145] Im ganzen Land mußte fast die Hälfte der afghanischen Bevölkerung ins Exil gehen. Das war die unmittelbare Konsequenz des Terrors, der von der Roten Armee und ihren afghanischen Ersatztruppen in großem Stil ausgeübt wurde.

Die Zerstörung der Dörfer und die Kriegsverbrechen

Bei der Intervention konzentrieren sich die sowjetischen Angriffe von Anfang an auf vier Gebiete: entlang der Grenze, im Panshir-Tal, in der Region von Kandahar im Süden und der von Herat im Osten, die beide im Februar 1982 besetzt wurden. Der totale Krieg, den die Sowjets führten, wurde bald schon vom »Ständigen Tribunal der Völker« verurteilt, der Nachfolgeinstitution der früheren Russell-Tribunale, die »sich unmittelbar vom Nürnberger Gerichtshof inspirieren lassen, als dessen juristische Folge sie sich verstehen«.[146] Das »Ständige Tribunal« führte eine Untersuchung dieses

Massenmordens durch. Es beauftragte damit den Afghanologen Michael Barry, den Juristen Ricardo Fraile und den Fotografen Michel Baret. Die Untersuchung bestätigte, daß am 13. September 1982 in Padkhwab-e Shana (in der Provinz Logar südlich von Kabul) 105 Dorfbewohner, die sich in einem unterirdischen Bewässerungskanal versteckt hatten, von den Sowjets lebendig verbrannt wurden. Diese hatten tatsächlich Erdöl, PETN und Dinitrotoluol, eine leicht entzündliche Flüssigkeit, eingesetzt, um über an Lastwagen angeschlossene Schläuche die Afghanen im Versteck zu töten. In der Sitzung des Tribunals der Völker, das am 20. Dezember 1982 in der Sorbonne stattfand, wurde dieses Verbrechen offiziell verurteilt. Der Vertreter der afghanischen Regierung in Paris beschuldigte das Tribunal, Werkzeug der Imperialisten zu sein, und leugnete das Verbrechen. Er argumentierte, daß »der Durchmesser der afghanischen ›karez‹ [der Tunnelröhren] nur wenige Zentimeter beträgt. [Es ist] unmöglich, daß Menschen dort hineinkommen.«[147] Ein ähnliches Massaker war im Dorf Khascham Khala, ebenfalls in der Provinz Logar, verübt worden. Etwa 100 Zivilisten, die keinerlei Widerstand leisteten, waren auf dieselbe Weise getötet worden.[148] Sobald die sowjetische Armee in ein Dorf kam, brach der Terror los: »Der Konvoi hält in Sichtweite des Dorfs. Nach einer Vorbereitung durch die Artillerie werden alle Straßen, die aus dem Dorf hinausführen, blockiert. Dann steigen die Soldaten aus ihren Panzern, um das Dorf nach ›Feinden‹ zu durchsuchen. Nur allzuoft, dafür gibt es unzählige Zeugen, werden diese Durchsuchungen von blinder Barbarei begleitet. Frauen und alte Menschen werden ermordet, sobald sie ein Zeichen der Angst erkennen lassen. Die Soldaten, sowjetische wie afghanische, nehmen sich Radios oder Teppiche und reißen den Frauen den Schmuck ab.«[149] Die Kriegsverbrechen und barbarischen Akte kamen mit größter Regelmäßigkeit vor: »Sowjetische Soldaten gössen einem Jungen Kerosin über die Arme und setzten ihn in Gegenwart seiner Eltern in Brand, weil diese keine Informationen liefern wollten. Dorfbewohner wurden gezwungen, bei Temperaturen von mehreren Grad unter Null barfuß im Schnee zu stehen. Damit wollte man sie zum Reden bringen.« Ein Soldat erklärte: »Wir machten keine Kriegsgefangenen. Nicht einen. Im allgemeinen wurden die Gefangenen an Ort und Stelle getötet. [...] Bei Strafexpeditionen wurden die Frauen und Kinder nicht mit Kugeln getötet. Man schloß sie in einen Raum ein und warf Granaten hinein.«[150]

Die Sowjets wollten Terror säen, die Bevölkerung erschrecken und sie von der Unterstützung des Widerstands abhalten. In diesem Sinn erfolgten auch die Repressalien. Frauen wurden nackt aus Hubschraubern geworfen, und als Rache für den Tod eines sowjetischen Soldaten wurden Dörfer zerstört. So berichteten Beobachter: »Nach dem Angriff eines Konvois in der Nähe von Muchkizai in der Region Kandahar am 13. Oktober 1983 wurde die Bevölkerung der Dörfer Kolschabad, Muchkizai und Timur Qalatscha im Zuge von Repressalien massakriert. Die Gesamtzahl der Opfer beträgt 126: 40 in Timur Qalatscha, das sind alle Einwohner dieses Weilers; 51 in

Kolschabad und 35 in Muchkizai. Bei den Opfern handelt es sich vor allem um Frauen und Kinder; 50 Frauen im Alter zwischen 20 und 32 Jahren sowie 26 Kinder. Bei der Ankunft des Konvois hatten die Männer die Dörfer verlassen, um der Rekrutierung zu entgehen.«[151] Außerdem wurden die Dörfer systematisch bombardiert, um den Widerstand an Gegenoffensiven zu hindern. So zerstörten die Sowjets am 17. April 1985 Dörfer, um dem Widerstand in der Region Laghman den Rückhalt zu nehmen. Dabei kamen fast 1000 Menschen um. Am 28. Mai 1985 verließen die Sowjets das Gebiet Laghman-Kunar und »säuberten« die Dörfer.[152]

Internationale Konventionen wurden systematisch verletzt. Die sowjetische Armee setzte bei der Bombardierung ländlicher Gebiete Afghanistans intensiv Napalm und Phosphor ein.[153] Gase verschiedener Art wurde ebenfalls gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt. Verschiedene Zeugenaussagen berichten von der Bombardierung mit Reiz-, Erstickungs- und Tränengas. Am 1. Dezember 1982 wurde der Einsatz von Nervengift gegen den afghanischen Widerstand bekanntgegeben, doch weiß man nichts über die Zahl der Opfer.[154] 1982 stellte das amerikanische Außenministerium den Einsatz von Mykotoxin fest, einer biologischen Waffe. Die Zeitschrift *Les Nouvelles d'Afghanistan* schrieb im Dezember 1986: *»Le Point* vom 6. Oktober 1986 zufolge sollen die Sowjets in diesem Sommer eine chemische Waffe in Kandahar eingesetzt haben. Von der Anwendung tödlicher chemischer Produkte wurde auch aus Pagman berichtet.«[155] Außerdem warf die sowjetische Armee toxische Substanzen in Trinkwasserquellen und verursachte damit den Tod von Menschen und Vieh.[156] Das sowjetische Oberkommando ließ Dörfer bombardieren, in die sich Deserteure geflüchtet hatten, um die Afghanen davon abzuhalten, diese aufzunehmen.[157] Dieses Oberkommando schickte auch afghanische Soldaten zum Minenräumen oder auf Vorposten. Ende 1988 benutzte die Rote Armee zur »Säuberung« der Hauptverkehrsstraßen, die sie für ihren Rückzug benötigte, »Scud«- und »Ouragan«-Raketen. 1989 gingen die sowjetischen Truppen den Weg, auf dem sie zehn Jahre zuvor gekommen waren, zurück und überwachten dabei die großen Routen, um Angriffe von Widerstandskämpfern zu vermeiden. Vor ihrem Rückzug hatten die Sowjets noch eine neue Strategie eingeführt, die Ermordung von Flüchtlingen. Amnesty International hebt hervor: »Gruppen von Männern, Frauen und Kindern auf der Flucht aus ihren Dörfern werden von den sowjetischen und afghanischen Streitkräften als Vergeltung für Guerilla-Angriffe heftig bombardiert. Unter anderem wird folgender Fall zitiert: Eine Gruppe von etwa 100 Familien aus dem Dorf Sherkhudo in der Provinz Faryab im äußersten Nordwesten Afghanistans wurde während ihrer Flucht zur mehr als 500 Kilometer entfernten pakistanischen Grenze zweimal angegriffen. Beim ersten Angriff im Oktober 1987 sollen die Regierungstruppen sie eingekreist und 19 Personen, darunter sieben Kinder unter sechs Jahren, getötet haben. Zwei Wochen später hätten Hubschrauber das Feuer auf die Gruppe eröffnet und dabei fünf Männer getötet.«[158] Mehrfach wurden auch die Flüchtlings-

dörfer in Pakistan, in denen man einen Rückhalt des Widerstands vermutete, bombardiert, so das in Pakistan gelegene Lager Matasangar am 27. Februar 1987.[159]

Die Beobachter konnten den massiven Einsatz von Anti-Personen-Minen feststellen. 20 Millionen Minen wurden vor allem um die Sicherheitszonen herum gelegt. Diese Minen sollten die sowjetischen Truppen und die Industrieanlagen schützen, die für die Sowjetunion produzierten. Von Hubschraubern wurden auch Minen auf landwirtschaftlich genutzte Gebiete abgeworfen, um den Boden unbrauchbar zu machen.[160] Die Anti-Personen-Minen sollen mindestens 700 000 Menschen verstümmelt haben und fordern noch heute ihre Opfer. Um die Zivilbevölkerung zu terrorisieren, wandten sich die Sowjets an die Kinder und boten ihnen »Geschenke« an: als Spielzeug getarnte Minen, die meist vom Flugzeug aus abgeworfen wurden.[161] In seiner Beschreibung der systematischen Zerstörung der Dörfer kommt Shah Bazgar zu dem Schluß: »Die Sowjets kämmten hartnäckig jede Behausung durch. Sie plünderten und vergewaltigten die Frauen. Diese Barbarei ist schlimmer als eine Instinkthandlung, sie erscheint programmiert. Sie wissen, daß sie mit ihrem Tun die Grundfesten unserer Gesellschaft zerschlagen.«[162]

Mit dieser Strategie der verbrannten Erde und des totalen Kriegs ging die systematische Zerstörung des afghanischen Kulturerbes einher. Kabul war einmal eine kosmopolitische Stadt, in der »der lebhafte kabulische Geist, geprägt von einem an Frivolität grenzenden Humor, eine Gelöstheit und eine Freizügigkeit der Sitten zur Schau stellte, die von der kargen Strenge auf dem Land weit entfernt waren«.[163] Dieser besondere Charme war durch den Krieg und die sowjetische Besatzung verschwunden. Herat wurde zu einer Märtyrerstadt. Als Vergeltungsmaßnahme für den allgemeinen Aufstand, der sich im Westen Afghanistans im März 1979 entwickelt hatte, ist sie immer wieder von den Sowjets bombardiert worden. Die Kulturdenkmäler dieser Stadt, so die Große Moschee aus dem 12. Jahrhundert und die Altstadt aus dem 16. Jahrhundert, wurden stark beschädigt, ihr Wiederaufbau von der sowjetischen Besatzung verhindert.[164]

Zum Krieg gegen die Zivilbevölkerung kam der politische Terror, der unablässig in den Gebieten herrschte, die von den afghanischen Kommunisten und ihren sowjetischen Schutzherren kontrolliert wurden. Das sowjetisierte Afghanistan war in ein riesiges Konzentrationslager verwandelt worden. Gegen die Oppositionellen wurden Haft und Folter systematisch eingesetzt.

Der politische Terror

Der Oberbefehl lag in den Händen der Khad, der afghanischen Geheimpolizei, die dem KGB entsprach. Dieser Dienst kontrollierte die Haftzentren und praktizierte Folter und Mord in großem Stil. Zwar wurde die Khad offiziell von Mohammed Nadschibullah geleitet, doch »seit der sowjetischen Besät-

zung hatte Vatanschah, ein sowjetischer Tadschike von etwa 40 Jahren [...], die Leitung des Dienstes für Folter und Verhöre in den Khad-Zentren übernommen.[165] Das Pul-e-Charchi-Gefängnis zwölf Kilometer östlich von Kabul war nach einer Amnestie geleert worden, als Babrak Karmal an die Macht kam. Im Februar 1980 rief Karmal das Kriegsrecht aus, und die Gefängnisse waren erneut voll. »Dieses Gefängnis besteht aus acht Flügeln, die wie die Speichen eines Rads angeordnet sind. [...] Block Nr. 1 ist für die Angeklagten reserviert, deren Verhöre abgeschlossen sind, die aber noch nicht verurteilt sind. Block Nr. 2 ist für die wichtigsten Häftlinge, besonders für ehemalige kommunistische Funktionäre von Gruppierungen, die die Macht verloren haben. [...] Block Nr. 4 nimmt andere wichtige Häftlinge auf. [...] Block Nr. 3 ist der gefürchtetste, denn er wird von den anderen eingeschlossen und bekommt kein Sonnenlicht. In diese Kerker werden die unruhigsten Gefangenen gesperrt. Die Zellen dieses Blocks Nr. 3 sind so klein, daß man darin weder stehen noch sich ausstrecken kann. Die Zellen sind überbevölkert. [...] Das Gefängnis wurde im Frühjahr 1982 durch unterirdische Zellen erweitert. Es sind wahrscheinlich diese Zellen, von denen die Häftlinge sprechen, wenn sie mit Schaudern die ›Tunnel‹ erwähnen. [...] In Pul-e-Charchi gibt es in Wirklichkeit 12 000 bis 15 000 Häftlinge. Hinzuzurechnen sind mindestens 5000 weitere politische Gefangene, die in anderen Gefängnissen in Kabul und den acht wichtigsten Haftzentren inhaftiert sind.«[166]

Anfang 1986 beschuldigte ein von den Vereinten Nationen veröffentlichter Bericht über die Situation der Menschenrechte in Afghanistan[167] die Khad, die als »Foltermaschine« bezeichnet wurde. Aus dem Bericht geht hervor, daß der Geheimdienst sieben Haftzentren in Kabul kontrolliert: »1) das Khad-Büro Nr. 5, genannt Khad-i-Pandsch. 2) das Hauptquartier der Khad in Shasdarak. 3) das Gebäude des Innenministeriums. 4) das zentrale Büro für Verhöre, genannt Sedarat. 5) das Büro des militärischen Zweiges der Khad-i-Nezami, sowie zwei Privathäuser in der Nähe des Sedarat-Gebäudes: 6) das Ahmad-Shah-Khan-Haus. 7) das Wasir-Akbar-Khan-Haus, die Khad-Büros im Distrikt von Howzai Bankat.«[168]

Außerdem hatte der Geheimdienst 200 Privathäuser im Umkreis der Hauptstadt sowie in den Großstädten Gefängnisse und Militäreinrichtungen requiriert.[169] Die Art der Foltern betreffend heißt es in dem UN-Bericht: »Dem Sonderberichterstatter wurde eine ganze Reihe von Foltermethoden erläutert, die angewandt würden. In seiner Aussage hat ein ehemaliger Offizier der Sicherheitspolizei acht Folterarten erklärt: Folter mit Elektroschocks, die im allgemeinen die Geschlechtsteile der Männer und die Brüste der Frauen treffen; Herausbrechen der Nägel mit Elektroschocks; den Häftlingen wird verboten, ihre Notdurft zu verrichten, sodaß sie nach einiger Zeit nicht umhin können, es in Gegenwart ihrer Mithäftlinge zu tun [...]; Einführen von Holzstücken in den After, insbesondere bei älteren und geachteten Häftlingen; Ausreißen des Barthaars, insbesondere bei älteren Männern oder religiösen Würdenträgern; Zusammenpressen des Halses von

Gefangenen, um sie zu zwingen, den Mund zu öffnen, damit man hineinurinieren kann; Einsatz von Polizeihunden gegen Häftlinge; Aufhängen an den Füßen für unbestimmte Zeit; Vergewaltigung der Frauen, wobei ihnen Füße und Hände festgebunden werden, und Einführen verschiedener Gegenstände in die Vagina.«[170] Zu diesen physischen Foltern kommen alle möglichen psychologischen Quälereien hinzu: simulierte Ermordung, Vergewaltigung einer bekannten oder befreundeten Person in Gegenwart des Häftlings, vorgetäuschte Freilassung.[171] Die sowjetischen Berater nahmen an den Verhören teil und leisteten den Henkern tatkräftige Hilfe.[172] Christopher Andrew und Oleg Gordiewsky verweisen darauf, daß »der KGB auf afghanischem Boden teilweise die Schrecken seiner stalinistischen Vergangenheit Wiederaufleben« ließ.[173] Die Khad zählte 70000 Afghanen - darunter 30000 Zivilisten -, die von 1500 KGB-Offizieren kontrolliert wurden.[174]

Trotz des Terrors, der in Kabul seit dem kommunistischen Staatsstreich wütete, gab es immer mehr Widerstandsgruppen. Die Räumlichkeiten verantwortlicher Kommunisten wurden das Ziel von Bombenanschlägen. Demonstrationen kamen auf. So streikten die Schüler und Studenten in der Woche vom 27. April 1980, um auf ihre Weise den Jahrestag des Staatsstreichs zu begehen. Bei der Demonstration sollen 60 Studenten, darunter sechs Mädchen, getötet worden sein.[175] Der Streik dauerte einen Monat. Er führte zur Inhaftierung vieler Studenten und Studentinnen, von denen einige gefoltert wurden. »Die mehr Glück hatten, wurden von ihrer Schule vorläufig oder für immer ausgeschlossen.«[176] Berufsverbote wurden gegen Nichtkommunisten ausgesprochen. Die nachfolgende Repression gegen Schüler und Lehrer war noch härter. »Um die Gymnasiasten zu beeindrucken, führten die Henker sie in die ›Schreckenskammern‹, in denen Widerstandskämpfer gefoltert werden. Farida Ahmadi sieht abgeschnittene Gliedmaßen verstreut in der ›Kammer‹ der Khad. [...] Diese aus Schüler- und Studentenkreisen ausgewählten Opfer werden oft freigelassen, damit sie mit ihren Berichten Angst und Schrecken bei den Schulkameraden verbreiten.«[177]

Im Herbst 1983 veröffentlichte Amnesty International ein Dokument und einen Appell zur Freilassung bestimmter Gefangener. Professor Hassan Kakar, Leiter der Abteilung für Geschichte und Spezialist für afghanische Geschichte, der in Boston und Harvard gelehrt hatte, wurde wegen Unterstützung von Parcham-Mitgliedern (obwohl selbst kein DVPA-Mitglied) und Beherbergung von mehreren Personen festgenommen. Sein Prozeß lief hinter verschlossenen Türen und ohne Rechtsanwalt ab. Er wurde konterrevolutionärer Vergehen angeklagt und zu acht Jahren Gefängnis verurteilt. Zwei seiner Professorenkollegen wurden zu zehn und acht Jahren Gefängnis verurteilt. Der einzige afghanische Kernphysiker, Mohammad Junis Akbari, wurde 1983 seiner Aufgaben enthoben, festgenommen und ohne Anklage inhaftiert. Er war bereits zweimal, 1981 und erneut 1983[178], verhaftet worden und wurde dann 1984 zum Tode verurteilt; 1990 wurde er hingerichtet.[179] Intellektuelle, die an Arbeitskreisen teilnahmen, um nach Möglichkei-

ten für den Frieden zu suchen, wurden inhaftiert. Jeder, der möglicherweise zur »Bedrohung« für das Regime werden konnte, wurde systematisch beseitigt.

Der Informationsfluß wurde streng überwacht. Nicht beim Regime akkreditierte Ausländer waren persona non grata. Das galt auch für Ärzte und Journalisten. Gleich nach der Verhaftung wurden sie von den Sowjets ins Zentralgefängnis gebracht und verhört. Sie wurden nicht physisch gefoltert, denn die humanitären Organisationen wußten von ihrem Aufenthalt in Afghanistan und forderten sofort ihre Freilassung. Dennoch wurden sie in Prozessen, die in allen Teilen gefälscht waren, gezwungen, Spionageaktivitäten zugunsten ausländischer Mächte und die Teilnahme an Kämpfen der Widerstandsbewegung zu gestehen, obwohl sie für rein humanitäre Aufgaben eingereist waren.[180]

Wenn die Ausländer auch störende Zeugen waren, wurden sie doch nicht gefoltert oder ermordet.[181] Hingegen wurde jeder verdächtige Afghane verhaftet, gefoltert und im allgemeinen ermordet. So wurden die Mitglieder der 1966 gegründeten paschtunischen sozialdemokratischen Partei (Afghan Mellat) am 18. Mai 1983 verhaftet, obwohl sie Informationen zufolge den afghanischen Widerstand nicht unterstützten. Amnesty International veröffentlichte eine später vervollständigte Liste von 18 inhaftierten Mitgliedern, die »öffentliche Geständnisse« abgelegt haben sollten. Offiziell gab die Regierung zwischen dem 8. Juni 1980 und dem 22. April 1982 mehr als fünfzig Todesurteile wegen konterrevolutionärer Aktivitäten bekannt, 1984 waren es 77 und 1985 40 solcher Urteile.[182]

Am 19. April 1992 wurde das Pul-e-Charchi-Gefängnis erobert. 4000 Menschen wurden befreit. Im Mai 1992 wurde in der unmittelbaren Umgebung des Gefängnisses ein Massengrab mit 12000 Leichen entdeckt.[183] Im Sommer 1986 hatte Shah Bazgar eine Untersuchung durchgeführt, der zufolge es in Kabul 52 000 und in Jalalabad 13 000 Häftlinge gab. Seine Zählungen ergaben, daß die Gesamtzahl der Häftlinge mehr als 100000 betragen hatte.[184]

1986 wurde Babrak Karmal seiner Ämter enthoben und durch den mit Gorbatschow stark sympathisierenden Präsidenten Mohammed Nadschibullah ersetzt, der sich »Genosse Nadschib« nennen ließ, um den Bezug auf Allah in seinem Namen zu vermeiden. Allerdings wurde er wieder Nadschibullah, als er für die nationale Versöhnung werben mußte. Nadschibullah war ein Handlanger Moskaus. Von Beruf Arzt, war er Botschafter im Iran gewesen und Parcham-Mitglied. Von 1980 bis 1986 leitete er die Khad, was ihm von Juri Andropow, dem ehemaligen KGB-Leiter und späteren KP-Generalsekretär, Glückwünsche für die geleisteten Dienste einbrachte. Sein Bruder, Seddiqoullah Rahi, nannte ihn »den Ochsen« und verglich ihn mit Berija. Rahi erklärte, daß Nadschibullah in sechs Jahren Hinrichtungsbefehle für 90000 Menschen unterzeichnet habe.[185] Nadschibullah leitete die Spezialdienste nicht nur, er hatte auch zahlreiche Menschen gefoltert.

So bezeugt einer der wenigen Überlebenden: »Nachdem ich mehrfach die Anschuldigungen zurückgewiesen hatte, näherte Nadschibullah sich mir und schlug mir mehrmals in den Bauch und ins Gesicht. Ich krümmte mich auf der Erde. Halb bewußtlos am Boden liegend, erhielt ich mehrere Fußtritte ins Gesicht und in den Rücken. Blut lief mir aus Mund und Nase. Erst einige Stunden später erlangte ich wieder das Bewußtsein, als man mich bereits in meine Zelle zurückgeschafft hatte.«

Zum politischen Terror gesellte sich die absolute Willkür. Ein Händler, der unter König Sahir Abgeordneter in der Nationalversammlung gewesen war, wurde irrtümlich verhaftet, gefoltert und dann freigelassen: »Ich wurde gegen 21.30 Uhr verhaftet. [...] Man steckte mich in eine Zelle, die bereits zwei weitere Insassen hatte: ein Arbeiter vom Kalahan-Gebäude im Norden Kabuls und ein Funktionär aus der Provinz Nangahar, der im Landwirtschaftsministerium tätig gewesen war. Der Arbeiter war offensichtlich grob mißhandelt worden. Seine Kleider waren voller Blut und seine Arme wiesen schwere Wunden auf. [...] Ich wurde zum Verhör gebracht. Man sagte mir, ich sei in den letzten Wochen in Mazar-i-Sharif und Kandahar gewesen, um Unzufriedenheit bezüglich der Regierung zu säen. [...] Ich hatte seit mehr als sechs Monaten Kabul nicht verlassen. Ich beteuerte meine Unschuld, doch sobald ich das sagte, begannen die Schläge. [...] Sie verbanden meine Zehen mit einem Kurbeltelefon, durch das sie Stromstöße jagten. [...] Danach wurde ich nicht mehr verhört. Zwei Tage später kam einer der Khad-Männer, die mich verhört hatten, in meine Zelle, um mir mitzuteilen, ich würde entlassen. Er sagte mir, die Khad sei jetzt davon überzeugt, daß meine Verhaftung ein Irrtum gewesen sei .. ,«[186]

Auch Kinder wurden terrorisiert. Sie wurden bei Razzien eingesammelt, in die Sowjetunion geschickt und dort als Kinderspione ausgebildet, die den Widerstand unterwandern sollten. Naim erzählte Shah Bazgar: »Ich stamme aus Herat. Mit acht Jahren hat man mich aus der Schule genommen und ins Sazman [afghanische kommunistische Jugendbewegung] geschickt. Danach verbrachte ich neun Monate in der Sowjetunion. Manche Eltern wurden gezwungen, das zu akzeptieren. Bei mir war mein Vater, der für die Kommunisten ist, einverstanden. Meine Mutter ist tot. Er hat wieder geheiratet. Zu Hause waren bis auf einen Bruder und eine Schwester alle für Chalk. Mein Vater hat mich an die Sowjets verkauft. Mehrere Monate lang hat er Geld bekommen. [...] Wir mußten spionieren.« Die Kinder wurden unter Drogen gesetzt, um ihre Selbständigkeit einzuschränken. Die älteren durften die »Dienste« von Prostituierten in Anspruch nehmen.

»Hast du ein Kind sterben sehen?«

»Mehrere. Einmal geschah es mit Strom. Der Körper des Kinds machte einen Sprung von vielleicht einem Meter, dann fiel er auf den Boden zurück. Das Kind hatte sich geweigert, diese Spionagearbeit zu machen. Ein andermal wurde ein Kind zu uns gebracht. Man warf ihm vor, einen seiner Kameraden nicht denunziert zu haben, der sich offenbar unter einen russischen

Panzer hatte gleiten lassen, um ihn anzuzünden. Der Junge wurde vor unseren Augen an einem Baum gehenkt. Die Verantwortlichen schrien: ›Da seht ihr, was euch passieren kann, wenn ihr euch weigert zu tun, was man euch befiehlt‹«, berichtet Naim.[187]

Insgesamt wurden 30000 Kinder zwischen sechs und vierzehn Jahren in die Sowjetunion geschickt. Eltern, die protestierten, wurden Widerstandskämpfern gleichgestellt und inhaftiert.

Der Terror erstreckte sich auf die gesamte Bevölkerung. Menschen aller Altersklassen wurden Opfer des totalen Kriegs und der totalitären Politik. Die sowjetischen Besatzungstruppen suchten die Widerstandsnester mit allen Mitteln zu beseitigen. Dazu setzten sie den Terror in großem Stil ein: Bombardierung der Zivilbevölkerung, Massenmorde an Dorfbewohnern oder deren Vertreibung. Mit dem Terror der Zivilbevölkerung ging der politische Terror Hand in Hand. In allen Großstädten gab es Spezialgefängnisse, in denen die Häftlinge gefoltert und meistens ermordet wurden.

Konsequenzen der Intervention

Der kommunistische Staatsstreich und die ihm folgende sowjetische Intervention in Afghanistan hatten tragische Konsequenzen für das Land. Während sich seit den sechziger Jahren die Wirtschaft günstig entwickelte, das Land sich modernisierte und erste Züge einer funktionierenden Demokratie annahm, wurde der demokratische Prozeß durch den von den Kommunisten unterstützten Staatsstreich Dauds abrupt beendet. Die Machtergreifung der Handlanger Moskaus nahm dem Land jeden wirtschaftlichen Elan. Afghanistan versank im Bürgerkrieg. Die Wirtschaft verwandelte sich in eine Kriegswirtschaft, die im wesentlichen zugunsten der Sowjets am Laufen gehalten wurde. Schmuggel aller Art wurde organisiert (Waffen, Drogen). Die Volkswirtschaft war binnen kürzester Zeit ruiniert. Der Umfang des Desasters ist auch heute noch schwer zu ermessen. Bei einer Gesamtbevölkerung von rund 16 Millionen Einwohnern haben mehr als fünf Millionen Menschen das Land verlassen, um in Pakistan und Iran unter elenden Bedingungen zu hausen. Die Zahl der Toten ist äußerst schwierig festzustellen: Zeugenaussagen zufolge soll die Zahl der Opfer zwischen 1,5 und zwei Millionen betragen, von denen 90% Zivilisten waren. Es gab zwischen zwei und vier Millionen Verwundete. Die mittelbare und unmittelbare Rolle, die der Kommunismus beim Aufstieg der islamistischen Bewegungen und beim Entstehen von Spannungen zwischen Volksgruppen spielte, ist nicht von der Hand zu weisen, auch wenn sie heute noch schwer zu analysieren ist. Während Afghanistan einst ein Land auf dem Weg in die Modernität war, ist es heute ein Land, in dem die Kultur des Kriegs und der Gewalt die einzigen Bezugspunkte sind.

Warum?

von Stephane Courtois

»Die blauen Augen der Revolution leuchten vor notwendiger Grausamkeit.«

Louis Aragon

Jenseits der Verblendung, der Leidenschaften der Parteigänger und der freiwilligen Amnesie sollte dieses Buch die Gesamtheit der in der kommunistischen Welt begangenen Verbrechen in groben Zügen darstellen, vom Mord an Einzelpersonen bis zum Massenmord. Bei dem Versuch, das Phänomen des Kommunismus im 20. Jahrhundert als Ganzes zu erfassen, ist das Buch lediglich ein Schritt in einem entscheidenden Moment: als nämlich 1991 das Herz des Systems in Moskau zerfiel und reichhaltige Dokumentationen zugänglich wurden, die bis dahin streng unter Verschluß gestanden hatten. Doch selbst eine - gleichwohl unerläßliche - Zusammenstellung der genauestens belegten, bestfundierten Kenntnisse kann weder die intellektuelle Neugier noch das Gewissen befriedigen. Die grundlegende Frage nach dem Warum bleibt bestehen. Warum etablierte sich der 1917 erstmals auftretende moderne Kommunismus beinahe sofort als blutige Diktatur und dann als verbrecherisches Regime? Konnten seine Ziele nur mittels extremer Gewaltanwendung erreicht werden? Wie ist es zu erklären, daß die kommunistischen Machthaber das Verbrechen jahrzehntelang als eine banale, normale, ordnungsgemäße Maßnahme aufgefaßt und praktiziert haben?

Sowjetrußland war das erste kommunistisch regierte Land. Es war das Zentrum, der Motor eines weltweiten kommunistischen Systems, das sich allmählich aufbaute und sich nach 1945 enorm ausweitete. Die Sowjetunion Lenins und Stalins war die Matrix des modernen Kommunismus. Daß diese Matrix von vornherein eine verbrecherische Dimension annahm, ist um so erstaunlicher, als diese Tatsache der Entwicklung der sozialistischen Bewegung zuwiderlief.

Während des ganzen 19. Jahrhunderts wurde das Nachdenken über die revolutionäre Gewalt von der grundlegenden Erfahrung der Französischen Revolution bestimmt. In dieser gab es 1793/94 eine Episode extremer Gewaltanwendung, die drei Hauptformen aufwies. Die zügelloseste manifestierte sich in den Septembermorden, bei denen die Aufständischen in Paris etwa 1000 Personen ermordeten, ohne daß irgendeine Regierungsanordnung oder die Anweisung irgendeiner Partei vorgelegen hätte. Die bekannteste bestand in der Einrichtung des Revolutionstribunals, des Sicherheitsausschusses und der Guillotine. Auf diese Weise wurden 2625 Menschen in Paris und 16 600 in ganz Frankreich umgebracht. Lange Zeit verschleiert wurde der Terror der

republikanischen Truppen, die die Vendee auslöschen sollten und in der unbewaffneten Bevölkerung Zehntausende töteten. Und doch bilden diese Monate der Schreckensherrschaft nur eine blutige Episode, einen Moment in einem längeren Zeitraum, der durch die Schaffung einer demokratischen Republik mit Verfassung, Versammlung gewählter Vertreter und politischen Debatten charakterisiert wird. Sobald der Konvent wieder mutiger wurde, wurde Robespierre gestürzt, und die Schreckensherrschaft war beendet.

Francois Füret zeigt gleichwohl, wie damals eine bestimmte Idee der Revolution entsteht, die nicht von extremen Maßnahmen zu trennen ist: »Der Terror... ist nur noch die Herrschaft der Furcht, die Robespierre in seiner Theorie zu einer Herrschaft der Tugend verwandelt. Der Terror, der die Aristokratie beseitigen sollte, endet als ein Mittel, um die Böswilligen zu reduzieren und das Verbrechen zu bekämpfen. Zukünftig besteht er gleichzeitig mit der Revolution, untrennbar von ihr, da er allein es eines Tages erlaubt, eine Republik von Bürgern hervorzubringen. [...] Wenn die Republik freier Bürger noch nicht möglich ist, dann liegt dies daran, daß die Menschen durch die vergangene Geschichte pervertiert, böse sind; die Revolution, dieses unerhörte Ereignis, diese totale Innovation schafft durch den Terror einen neuen Menschen.«[1]

In gewisser Hinsicht nimmt die Schreckensherrschaft das Vorgehen der Bolschewiken vorweg - das Manipulieren sozialer Spannungen durch die Jakobiner, das Anheizen des ideologischen und politischen Fanatismus, das Ingangsetzen eines Vernichtungskriegs gegen revoltierende Bauern. Zweifellos hat Robespierre mit einem ersten Stein den Weg gepflastert, der Lenin später zum Terror führte. Hatte er nicht bei der Abstimmung über die Prairial-Gesetze vor dem Konvent erklärt: »Um die Feinde des Vaterlands zu bestrafen, genügt es, ihre Persönlichkeit festzustellen. Es geht nicht darum, sie zu bestrafen, sondern darum, sie zu vernichten«[2]?

Diese Urerfahrung des Terrors scheint die wichtigsten revolutionären Denker des 19. Jahrhunderts kaum inspiriert zu haben. Marx hat ihr wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Gewiß betonte und forderte er die »Rolle der Gewalt in der Geschichte«. Aber er sah darin eine sehr allgemeine These, die nicht auf eine systematische, absichtliche Gewaltanwendung gegen Personen zielte. Andererseits haftete ihr eine gewisse Ambiguität an, die sich die Verfechter des Terrors als Verfahren zur Lösung sozialer Konflikte zunutze machten. Unter Hinweis auf die für die Arbeiterbewegung katastrophale Erfahrung der Pariser Kommune und deren außerordentlich harte Unterdrückung (mindestens 20 000 Tote) kritisierte Marx nachdrücklich diese Art von Aktionen. In der in der Ersten Internationalen begonnenen Auseinandersetzung zwischen Marx und dem russischen Anarchisten Michail Bakunin schien sich ersterer eindeutig durchgesetzt zu haben. Kurz vor dem Ersten Weltkrieg konnte man die interne Debatte der sozialistischen Arbeiterbewegung über terroristische Gewalt als nahezu abgeschlossen betrachten.

Parallel dazu wurde die rasche Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Europa und den Vereinigten Staaten zu einem neuen und entscheidenden Faktum. Die parlamentarische Praxis erwies, daß die Sozialisten auf dem Gebiet der Politik von Gewicht waren. Bei den Wahlen zur französischen Nationalversammlung von 1910 erhielt die französische Sektion der Internationale (SFIO) 74 Sitze, wozu noch 30 für die unabhängigen Sozialisten unter Alexandre Millerand kamen. Dieser war 1899 als Handelsminister in ein bürgerliches Kabinett eingetreten. Jean Jaures stand für die Synthese der alten revolutionären Wortklauberei mit einem reformistisch-demokratischen Vorgehen in der Tagespolitik. Die deutschen Sozialisten waren in Europa am stärksten und am besten organisiert. Vor dem Ersten Weltkrieg zählte die SPD eine Million Mitglieder, 110 Reichstagsabgeordnete, 220 Vertreter in den Landtagen und 12 000 in Städten und Gemeinden, 89 Tageszeitungen. Auch die englische Arbeiterbewegung war zahlreich und gut organisiert, unterstützt von mächtigen Gewerkschaften. Was die skandinavische Sozialdemokratie betrifft, so war sie sehr aktiv, im wesentlichen reformistisch und ausschließlich parlamentarisch ausgerichtet. Die Sozialisten hatten Grund zu der Hoffnung, eines nicht allzu fernen Tages eine absolute Mehrheit im Parlament zu erringen, die es ihnen ermöglichen würde, auf friedlichem Weg grundlegende soziale Reformen in Angriff zu nehmen.

Diese Entwicklung wurde theoretisch untermauert von Eduard Bernstein, einem der wichtigsten marxistischen Denker des ausgehenden 19. Jahrhunderts und (mit Karl Kautsky) Verwalter des Marxschen Nachlasses. Nach Bernsteins Ansicht zeigte der Kapitalismus nicht die von Marx angekündigten Zerfallserscheinungen, und er propagierte deshalb einen allmählichen friedlichen Übergang zum Sozialismus, gestützt auf das Vertrautwerden der Arbeiterklasse mit Demokratie und Freiheit. Schon 1872 hatte Marx die Hoffnung geäußert, die Revolution könne in den Vereinigten Staaten, in England und Holland friedliche Formen annehmen. Diese Einstellung wurde von seinem Freund und Schüler Friedrich Engels im Vorwort zur 1895 veröffentlichten zweiten Ausgabe des Marxschen Textes »Die Klassenkämpfe in Frankreich« vertieft.

Dennoch war die Haltung der Sozialisten zur Demokratie zwiespältig. In der Dreyfus-Affäre, die Frankreich um die Jahrhundertwende erschütterte, hatten sie gegensätzliche Positionen vertreten: Während sich Jaures für Dreyfus einsetzte, erklärte der führende französische Marxist Jules Guesde herablassend, das Proletariat habe sich nicht in eine interne Querele der Bourgeoisie einzumischen. Die europäische Linke war nicht einheitlich, und einige ihrer Strömungen - Anarchisten, Syndikalisten, Blanquisten - tendierten noch zu einer radikalen Ablehnung des Parlamentarismus, auch unter Anwendung von Gewalt. Gleichwohl orientierte sich die Zweite Internationale, die sich offiziell zum Marxismus bekannte, am Vorabend des Ersten Weltkriegs an friedlichen Lösungen, die sich auf die Mobilisierung der Massen und allgemeine Wahlen stützten.

Innerhalb der Internationale bildete sich seit dem Anfang des Jahrhunderts ein extremistischer Flügel aus, zu dem die radikalste Gruppierung der russischen Sozialisten gehörte, die von Lenin geführten Bolschewiken. Sie fühlten sich zwar mit der europäischen Tradition des Marxismus verbunden, waren aber ebenso in der russischen revolutionären Bewegung verwurzelt. Während des ganzen 19. Jahrhunderts hatte diese einen engen Bezug zur Gewaltausübung durch eine Minderheit, die ihren ersten radikalen Ausdruck in Sergej Netschajew fand. Er inspirierte Dostojewski zur Gestalt des Revolutionärs Pjotr Werkowjenski in dem berühmten Roman »Die Dämonen«. 1869 schrieb Netschajew einen »Katechismus des Revolutionärs«, in dem er sich definierte: »Der Revolutionär ist ein Geweihter. Es gibt für ihn weder persönliche Interessen, noch Geschäfte, Gefühle, Bindungen, er besitzt nichts, nicht einmal einen Namen. Sein Geist wird völlig in Anspruch genommen von einem einzigen, ausschließlichen Interesse, einem einzigen Gedanken, einer einzigen Leidenschaft: der Revolution.

Tief in seinem Innern, nicht nur mit Worten, sondern auch tatsächlich, hat er alle Bande gelöst zwischen sich und der bürgerlichen Ordnung und der ganzen zivilisierten Welt mit den Gesetzen, Konvenienzen, der Moral und den Konventionen, die allgemein in dieser Welt Gültigkeit haben. Er ist ihr unversöhnlicher Feind, und wenn er weiterhin in dieser Welt lebt, dann nur, um sie desto sicherer zu zerstören.«[3]

Dann präzisierte Netschajew seine Ziele: »Ein Revolutionär nimmt am Leben des Staates teil, an der Welt der Klassen, der sogenannten zivilisierten Welt und lebt in dieser Umgebung nur, weil er an ihre nahe und vollständige Zerstörung glaubt. Er ist kein Revolutionär, wenn er an irgendetwas, was es auch sein mag, in dieser Welt hängt.«[4] Netschajew faßte die Aktion unmittelbar ins Auge: »Diese ganze unsaubere Gesellschaft soll in mehrere Kategorien eingeteilt werden, die erste besteht aus denjenigen, welche ohne Verzug zum Tode verurteilt werden. [...] Die zweite umfaßt die, die man einstweilen am Leben läßt, damit sie mit ihren monströsen Handlungen das Volk zur unausweichlichen Erhebung treiben.«

Netschajew hatte Nacheiferer. Am 1. März 1887 wurde ein Anschlag auf Zar Alexander III. verübt. Er mißglückte, die Täter wurden verhaftet. Unter ihnen war Alexander Iljitsch Uljanow, Lenins ältester Bruder, der mit vier seiner Komplizen gehenkt wurde. Lenins Haß auf das Zarenregime war tief verwurzelt. Er persönlich beschloß und organisierte ohne Wissen des Politbüros 1918 die Ermordung der kaiserlichen Familie.

Martin Malia beurteilt die Gewalttat einer Gruppe der Intelligentsia so: »Diese phantastische Neuinszenierung der Französischen Revolution setzte das Signal für den Beginn des politischen Terrorismus, wie ihn die moderne Welt kennt - Terror als zielgerichtete, fortgesetzte Taktik im Unterschied zum isolierten Gewaltakt. So verband sich in Rußland die von den Narodniki verfolgte Strategie der Massenerhebung von unten mit dem Terror revolutionärer Eliten von oben, und damit erhielt die politische Gewalt in Rußland

eine Legitimation, die breiter und zugleich authentischer begründet war als die anfängliche Legitimierung politischer Gewalt durch die revolutionären Traditionen des Westens von 1789 bis 1871.«[5]

Die politischen Gewaltakte von Minderheiten nährten sich allerdings von einer Gewalttätigkeit, die das russische Leben seit Jahrhunderten durchzieht. Helene Carrere d'Encausse hebt hervor: »Dieses Land erscheint denen, die sein Schicksal erforschen, in seinem namenlosen Unglück wie ein Enigma. Beim Versuch, die tieferen Ursachen für diese jahrhundertealte Tragik zu erhellen, stößt man auf eine besondere Verbindung, die offenbar - und immer mit dem schlimmsten Ergebnis - die Eroberung oder den Erhalt der Macht mit dem politischen Mord verknüpft, ob er nun an Einzelnen oder Massen, tatsächlich oder symbolisch verübt wird. [...] Diese lange Tradition des Mordens hat zweifellos ein kollektives Bewußtsein geschaffen, in dem die Hoffnung auf ein befriedetes politisches Universum kaum Platz hat.«[6]

Zar Iwan IV, genannt »der Schreckliche«, war noch nicht 13 Jahre alt, als er 1543 seinen wichtigsten Minister, Fürst Schujskij, von Hunden zerreißen ließ. 1560 stürzt ihn der Tod seiner Frau in einen Rachewahn. Er vermutet in jedem einen möglichen Verräter, löscht in konzentrischen Kreisen sämtliche Angehörigen seiner tatsächlichen oder eingebildeten Feinde aus. Er schafft sich eine Leibgarde, die Opritschnina, die alle Vollmachten hat und individuellen und kollektiven Terror ausübt. 1572 liquidiert er die Opritschniki, bevor er seinen eigenen Sohn und Thronerben ermordet. Unter seiner Herrschaft wird die Einschränkung der bäuerlichen Freizügigkeit eingeführt. Peter der Große ist kaum zurückhaltender, weder was die erklärten Feinde Rußlands, noch den Adel, noch das Volk betrifft. Und auch er brachte seinen Sohn und Thronfolger eigenhändig um.

Von Iwan dem Schrecklichen bis zu Peter dem Großen gab es in Rußland einen besonderen Mechanismus, der den Willen zum Fortschritt, der von einem absolutistischen Machthaber ausging, an eine immer stärkere Unterjochung des Volkes und der Eliten durch den diktatorischen und terroristischen Staat band. So schreibt Wassilij Grossman über die Bauernbefreiung von 1861: »Dieses Ereignis war, wie das folgende Jahrhundert gezeigt hat, revolutionärer als das Ereignis der Großen Oktoberrevolution. Dieses Ereignis hat die tausendjährige Geschichte Rußlands in Frage gestellt, die Grundlage, die weder Peter noch Lenin angerührt hatten: Die Abhängigkeit russischer Entwicklung vom russischen Sklaventum.«[7] Und wie immer konnte dieses Sklaventum nicht jahrhundertelang erhalten werden ohne ein hohes Maß ständiger Gewaltausübung.

Der hochgebildete tschechische Staatsmann Thomas Masaryk, der 1918 die tschechoslowakische Republik gründete und aufgrund längerer Aufenthalte zwischen 1917 und 1919 das revolutionäre Rußland gut kannte, stellte von vornherein den Bezug zwischen zaristischer und bolschewistischer Gewalt fest. 1924 schrieb er: »Die Russen, und auch die Bolschewiken, sind

Kinder ihres Zarismus; er hat sie jahrhundertelang erzogen und geformt. Sie verstanden, den Zaren zu beseitigen, beseitigten aber nicht den Zarismus. Sie tragen die zarische Uniform, wenn auch gewendet; [...] Die Bolschewiken ... waren auf eine positive administrative Revolution nicht vorbereitet, sondern waren nur einer negativen Revolution gewachsen. Negativ in dem Sinne, daß sie in ihrer Einseitigkeit, Engbrüstigkeit und Kulturlosigkeit vieles ganz überflüssigerweise zerstörten. Insbesondere werfe ich ihnen vor, auf völlig zarische Weise in der Vernichtung von Menschenleben zu schwelgen.«[8]

Diese Kultur der Gewalt war keine Eigentümlichkeit der Machthaber. Wenn die Bauern revoltierten, waren Massaker an Adligen und zügelloser Terror an der Tagesordnung. An zwei dieser Aufstände erinnert man sich in Rußland besonders, an den unter Stenka Rasin von 1667 bis 1670 und vor allem an den Pugatschows, der sich zwischen 1773 und 1775 an die Spitze einer großen Bauernrevolte stellte, den Thron Katharinas der Großen erzittern ließ und das ganze Wolgatal entlang eine Blutspur hinter sich her zog, bis er gefangengenommen und grausam hingerichtet wurde - gevierteilt, in Stücke geschnitten und den Hunden vorgeworfen.

Dem Schriftsteller Maxim Gorki zufolge, einem Zeugen und Interpreten des russischen Elends vor 1917, geht diese Gewalttätigkeit von der Gesellschaft selbst aus. 1922, als er die bolschewistischen Methoden bereits kritisiert, schreibt er einen langen warnenden Text:

»Die Grausamkeit ist etwas, das mich mein ganzes Leben lang erstaunt und nicht in Ruhe gelassen hat. Worin bestehen, wo sind die Wurzeln der menschlichen Grausamkeit? Darüber habe ich viel nachgedacht. Nichts habe ich verstanden und verstehe immer noch nichts. [...] Jetzt, nach dem entsetzlichen Wahnsinn des Weltkriegs und der blutigen Ereignisse der Revolution, [...] muß ich sagen, daß die russische Grausamkeit sich nicht entwickelt zu haben scheint. Ihre Formen wandeln sich offenbar nicht. Ein Chronist vom Anfang des 17. Jahrhunderts erzählt, daß zu seiner Zeit folgende Foltern üblich waren: ›Man schüttete Pulver in den Mund und zündete es an. Anderen führte man Pulver von hinten ein. Man durchlöcherte die Brüste der Frauen, zog Schnüre durch die Wunden und hing die Frauen daran auf.‹ 1918 und 1919 machte man im Gebiet von Don und Ural dasselbe: Einem Mann führte man von hinten eine Dynamitpatrone ein und ließ sie explodieren. Ich glaube, ausschließlich das russische Volk hat - so wie ausschließlich den Engländern der Sinn für Humor eigen ist - den Sinn für eine besondere Grausamkeit, eine kaltblütige Grausamkeit, die anscheinend die Grenzen des menschlichen Widerstands gegenüber dem Leid erproben, die Hartnäckigkeit, die Standfestigkeit des Lebens studieren will. In der russischen Grausamkeit ist ein teuflisches Raffinement zu spüren, es steckt darin etwas Subtiles, Ausgeklügeltes. Diese Besonderheit wäre nicht mit Worten wie Psychose oder

> Sadismus zu erklären, die im Grunde nichts besagen. [...] Wären diese Grausamkeiten nichts als der Ausdruck der Perversionen Einzelner, brauchte man darüber nicht zu reden: Es wären Fälle für den Psychiater, nicht für den Moralisten. Aber ich spreche hier nur über das kollektive Vergnügen am Leiden. [...] Wer ist grausamer, die Weißen oder die Roten? Wahrscheinlich sind beide gleich grausam, denn die einen wie die anderen sind Russen. Im übrigen wird die Geschichte die Frage nach der größeren Grausamkeit ganz klar beantworten: Der Aktivere ist der Grausamere.«[9]

Doch seit Mitte des 19. Jahrhunderts schien Rußland einen gemäßigteren, westlicheren, demokratischeren Kurs eingeschlagen zu haben. 1861 schaffte Zar Alexander II. die Leibeigenschaft ab und befreite die Bauern. Er schuf die Semstwo genannten Organe der lokalen Selbstverwaltung. Mit dem Ziel, einen Rechtsstaat aufzubauen, führte er 1864 eine unabhängige Justiz ein. Die Universitäten, die Künste, die Zeitschriften blühten. 1914 war der Analphabetismus unter der Landbevölkerung, die 85% der Gesamtbevölkerung ausmachte, zu einem großen Teil beseitigt. Die Gesellschaft schien von einer zivilisatorischen Strömung getragen, die die Gewaltausübung auf allen Ebenen verringerte. Selbst die gescheiterte Revolution von 1905 verstärkte noch einmal die demokratische Bewegung in der Gesellschaft als Ganzem. Es ist paradox, daß genau zu dem Zeitpunkt, an dem ein Sieg der Reform über Gewalt, Obskurantismus und Rückständigkeit möglich schien, der Krieg alles zunichte machte und am 1. August 1914 in Europa Massengewaltausübung in heftigster Form losbrach.

Martin Malia schreibt: »In Aeschylos' ›Orestie‹ zeugt ein Verbrechen das andere, bringt Gewalt neue Gewalt hervor, bis das erste Verbrechen, die Erbsünde des Geschlechts, durch anhaltendes Leiden gesühnt ist. Wie der Fluch, der auf dem Geschlecht der Atriden lag, kam das Blut von 1914 über das Haus des modernen Europa und löste eine Welle der Gewalt aus, die als Krieg und Bürgerkrieg unser Zeitalter beherrschte. Die Gewalt und der Blutzoll des Krieges standen zu jedem denkbaren Gewinn, den eine der Parteien sich erhoffen mochte, in keinem Verhältnis mehr. Aus dem Kriegsgeschehen ging die russische Revolution und damit die bolschewistische Machtergreifung hervor.«[10] Lenin hätte dieser Analyse nicht widersprochen. Schließlich forderte er schon 1914, »den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg zu verwandeln«, und prophezeite, daß aus dem kapitalistischen Krieg die sozialistische Revolution hervorgehen werde.

Gewalttätigkeit wütete vier Jahre lang, ein ununterbrochenes, sinnloses Abschlachten, in dem 8,5 Millionen Kriegsteilnehmer den Tod fanden. Es entsprach einem Krieg neuen Typs, der von General Ludendorff als »totaler Krieg« definiert wurde und bis in den Tod Militärs und Zivilisten gleichermaßen einbezog. Dennoch blieb dieser Gewaltausbruch, der ein in der Welt-

geschichte bis dahin nicht gekanntes Niveau erreichte, begrenzt durch eine ganze Reihe völkerrechtlicher Gesetze und Gebräuche.

Andererseits hat der tägliche Umgang mit Hunderten und Tausenden Toter, oft unter fürchterlichen Umständen - das Giftgas, Menschen lebend begraben unter dem Pfeifen der Granaten, das langsame Sterben zwischen den Linien - die Gewissen erheblich beschwert und die psychologische Abwehr der Menschen gegen den Tod - den eigenen wie den des Nächsten - geschwächt. Eine Art Betäubung konnte entstehen, ja sogar eine gewisse Desensibilisierung. Karl Kautsky, der wichtigste Führer und Theoretiker der deutschen Sozialisten, kam darauf 1920 zurück: »Die Hauptursache der Umkehrung des Ganges der bisherigen Entwicklung zur Humanität in eine Entwicklung zur Brutalität ist im Weltkrieg zu suchen. [...] Als... der Weltkrieg ausbrach und vier Jahre lang fast die gesamte gesunde männliche Bevölkerung in seinen Bann zog, da wurden die verrohenden Tendenzen des Militarismus auf den Gipfel der Gefühllosigkeit und Bestialität gesteigert, da konnte sich auch das Proletariat ihnen nicht mehr entziehen. Es wurde in hohem Maße von ihnen angesteckt, kehrte in jeder Beziehung verwildert heim. Der Heimkehrer war durch die Kriegssitten nur zu oft in eine Stimmung gebracht worden, die ihn bereit machte, im Frieden den eigenen Landsleuten gegenüber seine Ansprüche und Interessen mit Gewalttat und Blutvergießen zu vertreten. Das wurde zu einem Element des Bürgerkriegs.«[11]

Paradoxerweise hat kein bolschewistischer Führer am Krieg teilgenommen, sei es, weil sie im Exil waren, wie Lenin, Trotzki und Sinowjew, sei es, daß sie ins hinterste Sibirien verbannt waren, wie Stalin und Kamenew. In ihrer Mehrzahl Akademiker oder Debattenredner ohne militärische Erfahrung, hatten sie nie an einem wirklichen Kampf mit wirklichen Toten teilgenommen. Bis zu ihrer Machtergreifung waren die Kriege, die sie ausfochten, verbaler, ideologisch-politischer Natur. Ihre Vorstellungen vom Tod, vom Massaker, von der Menschheitskatastrophe waren abstrakt.

Diese persönliche Unkenntnis der Schrecken des Kriegs hat möglicherweise die Brutalität begünstigt. Die Bolschewiken entwickelten eine im wesentlichen theoretische Klassenanalyse, die den tiefverwurzelten nationalen beziehungsweise nationalistischen Aspekt des Ersten Weltkriegs übersah. Sie schrieben dem Kapitalismus die Verantwortung für das Massaker zu und rechtfertigten somit a priori die revolutionäre Gewalt: Indem die Revolution die Herrschaft des Kapitalismus beenden würde, würde sie diesen Massakern ein Ende setzen, koste es auch die Vernichtung einer »Handvoll« verantwortlicher Kapitalisten. Eine makabre Spekulation, die auf der völlig irrigen Hypothese fußte, Böses sei mit Bösem zu bekämpfen. Aber in den zwanziger Jahren trug ein bestimmter, vom Protest gegen den Krieg genährter Pazifismus dem Kommunismus häufig Anhänger zu.

Letztlich bleibt, wie François Füret in »Das Ende der Illusion« hervorhebt, das Resümee: »Der Krieg wird von Massen einberufener Zivilisten be-

stritten, die von der bürgerlichen Selbstbestimmung zu militärischem Gehorsam übergewechselt sind und nicht wissen, für welchen Zeitraum; man schickt sie in eine Feuerhölle, in der ›Durchhalten‹ mehr gilt als Kalkül, Wagnis oder Sieg. Nie zuvor war dem militärischen Dienst weniger Würde beschieden als in den Augen dieser Millionen an die Front verfrachteter Männer, die soeben erst die sittliche Welt bürgerlicher Rechtsordnung verlassen hatten. [...] Der Krieg... ist der für den Bürger unfaßbarste politische Zustand. Seine Notwendigkeit gründet sich in Leidenschaften, nicht in Interessenlagen, die zum Einlenken führen könnten, und noch weniger in der Vernunft, die eine Annäherung zwischen den Menschen bewirken könnte. [...] Die kriegführende Armee bildet eine Sozialordnung, in der das Individuum nicht mehr existiert und deren Unmenschlichkeit zugleich die Ursache ihrer fast unerschütterlichen Erstarrung ist.«[12] Der Krieg hat von neuem die Gewalttätigkeit und die Mißachtung des einzelnen Menschen legitimiert und gleichzeitig eine noch in den Kinderschuhen steckende demokratische Kultur geschwächt und eine Kultur des Sklaventums neu belebt.

Zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts befand sich die russische Wirtschaft in einer Phase dynamischen Wachstums. Die Gesellschaft baute ihre Autonomie täglich aus. Plötzlich legten die außerordentlichen Zwänge, die der Krieg sowohl auf die Menschen als auch auf die Produktion und die Strukturen ausübte, die Grenzen des politischen Systems frei. Dem Mann an der Spitze des Regimes mangelte es an Energie und Weitsicht, die die Lage vielleicht gerettet hätten. Die Revolution vom Februar 1917 war die Antwort auf eine Katastrophensituation und nahm einen klassischen Verlauf: eine bürgerlich-demokratische Revolution mit der Wahl einer konstituierenden Versammlung, die gleichzeitig eine soziale Revolution der Arbeiter und Bauern war. Der Staatsstreich der Bolschewiken vom 7. November 1917 stürzte alles um. Die Revolution trat in eine Phase der allgemeinen Gewalttätigkeiten ein. Es bleibt eine Frage: Warum kam es in Europa nur in Rußland zu einem solchen Umsturz?

Gewiß tragen der Erste Weltkrieg und die Tradition der Gewalt in der russischen Geschichte zum Verständnis des Kontexts bei, in dem die Bolschewiken an die Macht gelangten. Sie erklären aber nicht den außerordentlich brutalen Weg, den diese von vornherein einschlugen und der in scharfem Kontrast zu der im Februar 1917 begonnenen Revolution steht, die in ihren Anfängen einen im wesentlichen friedlichen und demokratischen Charakter aufwies. Der Mann, der diese Gewaltsamkeit durchsetzte, wie er auch seiner Partei die Machtergreifung aufzwang, war Lenin.

Lenin errichtete eine Diktatur, die sich sehr rasch als terroristisch und blutig herausstellte. Die revolutionäre Gewalt trat nicht länger reaktiv auf, als Abwehrreflex gegen die seit Monaten von der Bildfläche verschwundenen zaristischen Truppen, sondern als eine aktive Kraft, die die alte russische Tradition der Brutalität und Grausamkeit belebte und die latente Gewalt der sozialen Revolution schürte. Zwar begann der Terror »offiziell«

erst am 2. September 1918, doch gab es einen »Terror vor dem Terror«. Lenin organisierte ihn von November 1917 an, wohlüberlegt und ohne mit offenem Widerstand der anderen Parteien oder der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen konfrontiert zu sein. Am 4. Januar 1918 ließ er die erstmals in der Geschichte Rußlands aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Konstituierende Versammlung auflösen und auf deren in den Straßen protestierende Anhänger schießen.

Diese erste Phase des Terrorismus wurde sofort von einem russischen Sozialisten, dem Menschewistenführer Juri Martow, scharf kritisiert. Er schrieb im August 1918: »Von den ersten Tagen ihrer Machtergreifung an und obwohl sie die Todesstrafe für abgeschafft erklärt hatten, begannen die Bolschewiken zu töten. Sie töteten die Gefangenen des Bürgerkriegs, wie es alle Wilden tun. Sie töteten die Feinde, die sich nach der Schlacht ergeben hatten auf das Versprechen hin, daß ihr Leben verschont werde. [...] Nachdem derartige Massaker von den Bolschewiken organisiert oder auch toleriert worden waren, nahmen die Machthaber die Liquidierung ihrer Feinde selbst in die Hand. [...] Nachdem sie Zehntausende von Menschen ohne Gerichtsurteil ausgelöscht hatten, gingen die Bolschewiken dann dazu über, in aller Form hinzurichten. So bildeten sie ein neues oberstes Revolutionstribunal, um über die Feinde der Sowjetmacht zu Gericht zu sitzen.«[13]

Martow hatte düstere Vorahnungen: »Die Bestie hat das warme Blut des Menschen geleckt. Die Maschinerie zur Tötung des Menschen ist in Gang gesetzt. Die Herren Medwedjew, Bruno, Peterson, Karelin - die Richter des Revolutionstribunals - haben ihre Ärmel aufgekrempelt und sich zu Schlächtern gemacht. [...] Doch Blut ruft Blut herbei. Der von den Bolschewiken seit Oktober organisierte politische Terror hat seine blutigen Dämpfe über Rußland verbreitet. Der Bürgerkrieg verschärft die Grausamkeiten, erniedrigt die Menschen zur Zügellosigkeit und Wildheit. Mehr und mehr vergessen sie die großartigen Prinzipien der wahren Menschlichkeit, die der Sozialismus immer gelehrt hat.« Dann wendet sich Martow an Radek und Rakowski, zwei Sozialisten, die sich den Bolschewiken angeschlossen hatten, der eine ein polnischer Jude, der andere rumänisch-bulgarischer Herkunft: »Sie sind zu uns gekommen, um unsere uralte, von den Zaren genährte Barbarei zu kultivieren, um auf dem alten russischen Altar des Mordens zu weihräuchern, um die Mißachtung des Lebens des anderen bis zu einem selbst in unserem wilden Land bisher nicht gekannten Grad zu treiben, um schließlich das panrussische Werk der Henkersherrschaft zu organisieren. [...] Der Henker ist zur zentralen Figur des russischen Lebens geworden!«

Im Unterschied zur Schreckensherrschaft der Französischen Revolution, die, abgesehen von der Vendee, nur eine kleine Schicht der Bevölkerung traf, zielt der Terror unter Lenin auf alle politischen Gruppierungen und sämtliche Schichten der Bevölkerung: auf Adel, Großbürgertum, Militär, Polizei, aber auch auf konstitutionelle Demokraten, Menschewiken, Sozialrevolutionäre wie auch auf das Volk in seiner Masse, auf Bauern und Arbei-

ter. Die Intellektuellen wurden besonders schlecht behandelt. Am 6. September 1919, nach der Verhaftung mehrerer Dutzend führender Intellektueller, schrieb Gorki Lenin einen wütenden Brief: »Für mich bemißt sich der Reichtum eines Landes, die Kraft eines Volkes nach der Quantität und Qualität seines intellektuellen Potentials. Die Revolution hat nur Sinn, wenn sie das Wachstum und die Entwicklung dieses Potentials begünstigt. Die Wissenschaftler müssen mit einem Höchstmaß an Zuvorkommenheit und Respekt behandelt werden. Doch wir, während wir unsere Haut retten, schlagen den Kopf des Volks ab, wir zerstören unser Hirn.«[14]

Lenins Antwort war so brutal wie Gorkis Brief hellsichtig: »Die ›intellektuellen Kräfte‹ des Volkes mit den ›Kräften‹ der bürgerlichen Intellektuellen in einen Topf zu werfen - das ist nicht richtig. [...] Die intellektuellen Kräfte der Arbeiter und Bauern wachsen und festigen sich im Kampf für den Sturz der Bourgeoisie und ihrer Helfershelfer, der Intelligenzler, der Lakaien des Kapitals, die sich einbilden, das Hirn der Nation zu sein. In Wirklichkeit ist das kein Hirn, sondern Dreck.«[15] Diese Anekdote über die Intellektuellen ist ein erster Hinweis auf die tiefe Verachtung, die Lenin für seine Zeitgenossen hegte, auch für die bedeutendsten Köpfe unter ihnen. Bald nach der Zeit der Verachtung kam die Zeit des Mordens.

Lenins vorrangiges Ziel war es, sich möglichst lange an der Macht zu halten. Nach zehn Wochen, als die Dauer der Pariser Kommune überschritten war, fing er an, von mehr zu träumen. Seine Entschlossenheit, an der Macht zu bleiben, wuchs ins Ungeheure. Die Geschichte war an einer Wegscheide angekommen, und die russische Revolution, nunmehr in Händen der Bolschewiken, schlug eine bis dahin unbekannte Richtung ein.

Warum war der Machterhalt so wichtig, daß er alle Mittel und die Aufgabe der elementarsten moralischen Grundsätze rechtfertigte? Weil Lenin nur so seine Ideen in die Tat umsetzen, »den Sozialismus aufbauen« konnte. Die Antwort offenbart das eigentliche Motiv des Terrors: die leninistische Ideologie und der völlig utopische Wille, eine Doktrin anzuwenden, die keinerlei Bezug zur Realität hat.

In diesem Zusammenhang ist die Frage berechtigt, was denn am Leninismus vor 1914 und vor allem nach 1917 marxistisch sei. Gewiß ging Lenin von einigen marxistischen Grundbegriffen aus: dem Klassenkampf, der Gewalt als Geburtshelfer der Geschichte, der geschichtlichen Berufung des Proletariats. Aber schon 1902 forderte er, wie in seiner berühmten Schrift »Was tun?« dargelegt, eine neue Konzeption der revolutionären Partei als Untergrundorganisation von Berufsrevolutionären mit quasi-militärischer Disziplin. Er nahm das Modell Netschajews auf, entwickelte es weiter und entfernte sich damit weit von den Auffassungen der großen sozialistischen Organisationen in Deutschland, England und selbst Frankreich.

1914 kam es zum definitiven Bruch mit der Zweiten Internationale. Während sich die sozialistischen Parteien angesichts der Gewalt der nationalisti-

schen Gefühlsausbrüche praktisch geschlossen hinter ihre jeweiligen Regierungen stellten, verlegte sich Lenin auf eine theoretische Flucht nach vorn: Er sagte die »Verwandlung des imperialistischen Kriegs in einen Bürgerkrieg« voraus. Während nüchterne Überlegungen zu dem Schluß führten, daß die sozialistische Bewegung noch nicht stark genug sei, um dem Nationalismus zu wehren, und daß sie nach einem unvermeidlichen Krieg - denn man hatte ihn nicht vermeiden können - ihre Kräfte neu sammeln müsse, um neuerliche kriegerische Auseinandersetzungen zu verhindern, siegte bei Lenin die revolutionäre Leidenschaft: Er legte ein Bekenntnis ab, schlug eine Wette vor, setzte alles auf eine Karte. Zwei Jahre lang schien seine Prophezeiung sinnlos. Dann gab es plötzlich eine großartige Überraschung: In Rußland brach die Revolution aus. Lenin war überzeugt, daß darin eine eindeutige Bestätigung seiner Vorhersage zu sehen sei. Der Voluntarismus Netschajews siegte über den marxistischen Determinismus.

Wenn die Diagnose bezüglich der Möglichkeit der Machtergreifung auch genauestens zutraf, erwies sich die Hypothese, daß Rußland bereit sei, den Weg des Sozialismus einzuschlagen und dadurch enorme Fortschritte machen werde, als grundfalsch. In dieser fehlerhaften Einschätzung liegt ein wichtiger Grund für den Terror: das Mißverhältnis zwischen der Realität - einem Rußland, das die Freiheit wollte - und dem Willen Lenins, die absolute Macht zu erringen, um eine Doktrin auszuprobieren.

Schon 1920 stellt Trotzki diese gnadenlose Verkettung deutlich heraus: »Es ist ganz klar, daß es, wenn man sich die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln als Aufgabe stellt, dafür keinen anderen Weg gibt als die Konzentration aller Staatsmacht in den Händen des Proletariats, die Schaffung einer Ausnahmeregierung während der Übergangszeit. [...] Die Diktatur ist unerläßlich, denn es geht nicht um partielle Änderungen, sondern um die Existenz der Bourgeoisie. Auf dieser Basis ist kein Kompromiß möglich, nur die Gewalt kann entscheiden. [...] Wer den Zweck will, kann vor den Mitteln nicht zurückschrecken.«[16]

In der Zwickmühle zwischen seiner Entschlossenheit, seine Lehre anzuwenden, und der Notwendigkeit, an der Macht zu bleiben, erfand Lenin den Mythos der bolschewistischen Weltrevolution. Bereits 1917 wollte er daran glauben, daß das Feuer der Revolution alle am Krieg beteiligten Länder, in erster Linie Deutschland, verwüsten werde. Doch eine Weltrevolution fand nicht statt. Nach der deutschen Niederlage im November 1918 entstand ein neues Europa, das sich um die in Ungarn, Bayern und auch in Berlin rasch erloschenen revolutionären Funken nicht kümmerte. Daß die leninistische Theorie von der europäischen und Weltrevolution versagt hatte, trat bei der Niederlage der Roten Armee 1920 bei Warschau offen zutage, wurde aber erst 1923, nach dem Scheitern der deutschen Revolutionsbewegung, eingestanden. Die Bolschewiken standen nun allein da, alleingelassen mit einem völlig anarchischen Rußland. Mehr als je zuvor stand Terror auf der Tagesordnung. Der Terror ermöglichte es, an der Macht zu bleiben, mit der Um-

gestaltung der Gesellschaft entsprechend der Theorie zu beginnen und all die mundtot zu machen, die durch ihr Reden, durch ihr Verhalten oder durch ihre bloße Existenz (sozial, ökonomisch, intellektuell) auf die Hohlheit der Doktrin hinwiesen. Die Utopie an der Macht wurde zur mörderischen Utopie.

Dieses doppelte Mißverhältnis zwischen marxistischer und leninistischer Theorie und später zwischen der leninistischen Theorie und der Realität führte zur ersten Grundsatzdebatte über die Bedeutung der russisch-bolschewistischen Revolution. Schon im August 1918 hatte Kautsky ein unwiderrufliches Urteil gefällt: »Auf keinen Fall brauchen wir anzunehmen, daß sich in Westeuropa die Vorgänge der großen französischen Revolution wiederholen werden. Wenn das heutige Rußland soviel Ähnlichkeit mit dem Frankreich von 1793 aufweist, so beweist das nur, wie nahe es dem Stadium der bürgerlichen Revolution steht. [...] Was sich jetzt dort abspielt, ist tatsächlich die letzte der bürgerlichen, nicht die erste der sozialistischen Revolutionen.«[17]

Damals ereignete sich etwas Wichtiges: Der Stellenwert der Ideologie in der sozialistischen Bewegung änderte sich total. Schon vor 1917 hatte sich Lenin fest davon überzeugt gezeigt, daß er als einziger die wahre sozialistische Lehre besitze und den wahren »Sinn der Geschichte« entschlüsseln könne. Der Ausbruch der russischen Revolution und vor allem die Machtergreifung schienen ihm »Zeichen des Himmels«, ein schlagender, unumstößlicher Beweis dafür, daß seine Ideologie und seine Analyse unfehlbar seien[18]. Nach 1917 werden seine Politik und die zugehörigen theoretischen Ausarbeitungen zum Evangelium. Die Ideologie verwandelt sich in ein Dogma, in eine absolute, universale Wahrheit. Diese Sakralisierung hat unmittelbare Konsequenzen, die Cornelius Castoriadis genau beschrieben hat: »Wenn es nun also eine wahre Theorie der Geschichte gibt und in den Dingen eine Vernunft am Werk ist, dann muß die Lenkung dieser Entwicklung natürlich Spezialisten anvertraut werden, die sich mit dieser Theorie auskennen, mit anderen Worten: den Technikern dieser Vernunft. Die absolute Macht der Partei [...] besitzt philosophischen Status. Sie hat ihren Vernunftgrund in der ›materialistischen Geschichtsauffassung‹ [...] Wenn diese Geschichtsauffassung wahr ist, *muß* die Macht der Partei absolut sein; Demokratie ist dann allenfalls ein Zugeständnis an die menschliche Fehlbarkeit der Führer oder eine pädagogische Maßnahme, deren richtige Dosierung von den Führern zu verordnen ist.«[19]

Der Aufstieg der Ideologie und Politik in den Rang einer absoluten, weil »wissenschaftlichen« Wahrheit begründet die »totalitäre« Dimension des Kommunismus. Diese Wahrheit kommandiert die Einheitspartei, rechtfertigt den Terror und verpflichtet schließlich die Machthaber, sämtliche Aspekte des sozialen und individuellen Lebens zu beherrschen.

Lenin bekräftigt die Richtigkeit seiner Ideologie, indem er sich zum Ver-

treter des russischen Proletariats erklärt, dessen Zahl aber gering ist und das er nicht zögern wird zu vernichten, sobald es revoltiert. Diese Inanspruchnahme des Proletarischen gehörte zu den großen Schwindeleien des Leninismus. 1922 veranlaßte sie Alexander Schljapnikow, einen der wenigen bolschewistischen Führer, die aus der Arbeiterschaft kamen, zu einer kaltblütigen Anmerkung. Auf dem XI. Parteitag kritisierte er Lenin: »Wladimir Iljitsch hat gestern behauptet, das Proletariat existiere als Klasse im marxistischen Sinne nicht [in Rußland]. Erlauben Sie mir, Sie dazu zu beglückwünschen, daß Sie die Diktatur im Namen einer Klasse ausüben, die nicht existiert!« Die Manipulation des Symbols »Proletariat« findet sich in allen kommunistischen Diktaturen Europas und der Dritten Welt wieder, von China bis Kuba.

Hierin liegt ein wesentliches Kennzeichen des Leninismus: in der Manipulation der Sprache, in der Abkoppelung der Wörter von der Realität, die sie darstellen sollen, in einer abstrakten Vision, in der die Gesellschaft und die Menschen jegliche Konsistenz verloren haben und nur noch Teile einer Art historisch-sozialen Metallbaukastens sind. Diese mit dem ideologischen Ansatz eng verbundene Abstraktion ist eine Grundgegebenheit des Terrors: Man löscht nicht Menschen aus, sondern »Bourgeois«, »Kapitalisten«, »Volksfeinde«. Nicht Nikolaus II. und seine Familie werden umgebracht, sondern »Feudalherren«, »Blutsauger«, Parasiten, Flöhe...

Dieser ideologische Ansatz bekam bald beträchtliches Gewicht, weil es ihm gelang, sich die Macht des Staats zu sichern, der Legitimität, Ansehen und Mittel verschafft.

Im Namen der Wahrheit ihrer Botschaft gingen die Bolschewiken von der symbolischen Gewalt zur tatsächlichen Gewaltanwendung über und errichteten eine absolute, willkürliche Herrschaft. Sie nannten sie »Diktatur des Proletariats« und nahmen damit einen Ausdruck auf, den Marx zufällig in einem Briefwechsel gebraucht hatte. Darüber hinaus zeigen die Bolschewisten ein ungeheures Sendungsbewußtsein. Sie vermitteln neue Hoffnung, indem sie den Eindruck erwecken, der revolutionären Botschaft ihre Reinheit wiederzugeben. Diese Hoffnung findet rasch Anklang, sowohl bei denen, die bei der Heimkehr aus dem Krieg von einem Wunsch nach Rache beseelt sind, als auch bei denen - häufig denselben -, die von einer Erneuerung des Revolutionsmythos träumen. Abrupt gewinnt der Bolschewismus universale Tragweite und Anhänger auf allen Kontinenten. Der Sozialismus steht am Scheideweg: Demokratie oder Diktatur.

Mit seinem im Sommer 1918 geschriebenen Buch »Die Diktatur des Proletariats« legt Kautsky den Finger auf die Wunde. Als die Bolschewiken erst sechs Monate an der Macht sind und lediglich einige Anzeichen die Tausende von Todesopfern ahnen lassen, die ihr politisches System fordern wird, stellt er heraus, worum es eigentlich geht: »Der Gegensatz der beiden sozialistischen Richtungen [...] ist der Gegensatz zweier grundverschiedener

Methoden: der *demokratischen* und der *diktatorischen.* Beide Richtungen wollen dasselbe: das Proletariat und damit die Menschheit durch den Sozialismus befreien. Aber den Weg, den die einen gehen, halten die anderen für einen Irrweg, der ins Verderben führt. [...] Freilich stellen wir uns mit der Forderung freiester Diskussion schon auf den Boden der Demokratie. Die Diktatur heischt nicht Widerlegung der gegnerischen Ansicht, sondern die gewaltsame Unterdrückung ihrer Äußerung. So stehen sich die beiden Methoden der Demokratie und der Diktatur schon unversöhnlich gegenüber, ehe die Diskussion begonnen hat. Die eine fordert, die andere verbietet sie.«[20]

Kautsky stellt die Demokratie in den Mittelpunkt seiner Überlegungen und führt aus: »Ihre kraftvollste Stütze findet die Diktatur einer Minderheit stets in einer ergebenen Armee. Aber je mehr sie die Gewalt der Waffen an die Stelle der Majorität setzt, desto mehr drängt sie auch jede Opposition dahin, ihr Heil im Appell an die Bajonette und Fäuste zu suchen statt im Appell an die Wahlstimmen, der ihr versagt ist; dann wird der *Bürgerkrieg* die Form der Austragung politischer und sozialer Gegensätze. Wo nicht vollständige politische und soziale Apathie und Mutlosigkeit herrscht, wird die Diktatur einer Minderheit stets von gewaltsamen Putschen oder einem ständigen Guerillakrieg bedroht. [...] Diese kommt dann aus dem Bürgerkrieg nicht mehr heraus, ist in steter Gefahr, durch ihn gestürzt zu werden.

Für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft gibt es aber kein größeres Hindernis wie den inneren Krieg. [...] Im Bürgerkrieg kämpft jede Partei um ihre Existenz, droht dem Unterliegenden völlige Vernichtung. Dieses Bewußtsein macht die Bürgerkriege leicht so grausam.«[21]

Diese warnende Analyse schrie geradezu nach einer Antwort. Voller Wut und ungeachtet der vernichtenden Kritik schrieb Lenin einen berühmt gewordenen Text: »Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky«. Schon der Titel zeigte die Wendung an, die die Diskussion genommen hatte, oder, wie Kautsky vorhergesagt hatte, die Verweigerung der Diskussion. Lenin definiert hier den Kern seines Denkens und Handelns: »In den Händen der herrschenden Klasse ist der Staat eine Maschinerie zur Vernichtung des Widerstands der gegnerischen Klasse. So gesehen unterscheidet sich die Diktatur des Proletariats im Grunde in nichts von der Diktatur jeder anderen Klasse, denn der proletarische Staat ist eine Maschine zur Vernichtung der Bourgeoisie.« Diese sehr summarische, reduzierende Auffassung vom Staat bringt ihn dazu, das Wesen dieser Diktatur aufzudecken: »Die Diktatur ist eine sich unmittelbar auf Gewalt stützende Macht, die an keine Gesetze gebunden ist. Die revolutionäre Diktatur des Proletariats ist eine Macht, die erobert wurde und aufrechterhalten wird durch die Gewalt des Proletariats gegenüber der Bourgeoisie, eine Macht, die an keine Gesetze gebunden ist.«[22]

Der zentralen Frage nach der Demokratie weicht Lenin mit einer Pirouette aus: »Die proletarische Demokratie, deren eine Form die Sowjetmacht ist, hat gerade für die gigantische Mehrheit der Bevölkerung, für die Ausgebeu-

teten und Werktätigen, eine in der Welt noch nie dagewesene Entwicklung und Erweiterung der Demokratie gebracht.«[23] Diesen Ausdruck muß man sich merken: »proletarische Demokratie«. Jahrzehntelang wird er als Schlagwort dazu dienen, die schlimmsten Verbrechen zu verschleiern.

Der Streit zwischen Kautsky und Lenin hebt die beiden mit der bolschewistischen Revolution auftretenden Grundtendenzen hervor - einen Marxismus, der sich an unterstellte »Gesetzmäßigkeiten der Geschichte« halten will, und einen aktivistischen Subjektivismus, dem alles recht ist, was die revolutionäre Leidenschaft nährt. Die unterschwellige Spannung, die im Werk Karl Marx' zwischen dem Messianismus des »Kommunistischen Manifests« von 1848 und der kühlen Analyse der Gesellschaftsentwicklung im »Kapital« besteht, verwandelt sich durch die Auswirkung dreier Ereignisse - des Ersten Weltkriegs, der Februar- und der Oktoberrevolution - in einen tiefen, unheilbaren Riß, der aus Sozialisten und Kommunisten die berühmtesten feindlichen Brüder des zwanzigsten Jahrhunderts machen wird. Was in diesem Streit auf dem Spiel steht, ist nach wie vor von Bedeutung: Demokratie oder Diktatur, Menschlichkeit oder Terror.

Besessen von revolutionärer Leidenschaft machen sich die beiden Hauptakteure dieser ersten Phase der bolschewistischen Revolution, Lenin und Trotzki, angesichts der sich überstürzenden Ereignisse daran, ihr Handeln mit Theorie zu unterlegen. Genauer gesagt: Sie bringen die Schlußfolgerungen, die ihnen die Entwicklung nahelegt, in ideologische Form. Sie erfinden die permanente Revolution: Die Lage in Rußland läßt es zu, von der bürgerlichen Revolution im Februar direkt zur proletarischen Revolution im Oktober überzugehen. Der Verwandlung der permanenten Revolution in permanenten Bürgerkrieg wird das passende ideologische Mäntelchen umgehängt.

Hier kann man den Einfluß des Kriegs auf die Haltung der Revolutionäre in seiner ganzen Tragweite ermessen. Trotzki schreibt: »Kautsky sieht im Krieg, in seinem fürchterlichen Einfluß auf die Sitten, einen der Gründe für den blutigen Charakter des revolutionären Kampfs. Das ist unbestreitbar.«[24] Doch daraus ziehen die beiden Männer nicht dieselbe Schlußfolgerung. Der deutsche Sozialist wird angesichts des Gewichts des Militarismus immer sensibler für die Frage der Demokratie und der Verteidigung des Individuums. Für Trotzki besteht »die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft, aus der die zeitgenössische Demokratie entstanden ist, keinesfalls im Prozeß einer allmählichen Demokratisierung, von der vor dem Krieg der größte Utopist der sozialistischen Demokratie, Jean Jaures, träumte, und von der zur Zeit der klügste aller Pedanten, Karl Kautsky, träumt«[25].

Trotzki verallgemeinert seine These und spricht »vom erbarmungslosen Bürgerkrieg, der sich über die ganze Welt ausbreitet«. Seiner Meinung nach ist die Welt in eine Phase eingetreten, »in der der politische Kampf sich rasch in Bürgerkrieg verwandelt«, in der bald nur noch zwei Kräfte aufeinander stoßen: »das revolutionäre Proletariat unter Führung der Kommuni-

sten und die konterrevolutionäre Demokratie, an deren Spitze sich Generäle und Admiräle stellen«. Hier liegt ein zweifacher perspektivischer Irrtum vor: Zum einen hat die Geschichte gezeigt, daß der Wunsch nach repräsentativer Demokratie und seine Verwirklichung zu einem weltweiten Phänomen geworden sind, sogar in der Sowjetunion von 1991. Zum anderen neigt Trotzki wie Lenin stark dazu, den ohnehin überzogen interpretierten russischen Fall zu generalisieren. Die Bolschewiken sind davon überzeugt: Weil in Rußland ein Bürgerkrieg - im wesentlichen von ihnen - entfacht wurde, werde und müsse er sich auf Europa und dann auf die ganze Welt ausdehnen. Doch gerade auf dieser doppelten Fehlinterpretation wird die Rechtfertigung des kommunistischen Terrors jahrzehntelang aufbauen.

Aus diesen Anfängen zieht Trotzki definitive Schlußfolgerungen: »Man kann und muß begreiflich machen, daß wir in Bürgerkriegszeiten die Weißen Garden auslöschen, damit sie nicht die Arbeiter auslöschen. Daher ist es nicht unser Ziel, Menschenleben zu vernichten, sondern zu retten. [...] In der Revolution wie im Krieg geht es darum, den Willen des Feinds zu brechen, ihn zur Kapitulation zu bringen und dazu, daß er die Bedingungen des Siegers akzeptiert. [...] Die Frage, wem die Macht im Land gehören wird, d. h. ob die Bourgeoisie leben oder sterben soll, wird nicht unter Bezugnahme auf Verfassungsartikel gelöst, sondern mittels aller Formen der Gewalt.«[26] Hier findet man bei Trotzki die Ausdrücke, auf denen bei Ludendorff der Begriff des totalen Kriegs fußt. Die Bolschewiken, die sich für große Neuerer hielten, waren in Wirklichkeit von ihrer Epoche und dem herrschenden extremen Militarismus bestimmt.

Allein die Bemerkungen Trotzkis über die Pressefreiheit zeigen, wie prägend diese Kriegsmentalität ist: »In Kriegszeiten werden alle Institutionen, die Organe der Regierung wie die der öffentlichen Meinung, mittelbar oder unmittelbar Organe zur Kriegsführung. Das betrifft in erster Linie die Presse. Eine Regierung, die ernstlich einen Krieg führt, kann niemals zulassen, daß auf ihrem Territorium Publikationen verbreitet werden, die offen oder verdeckt den Feind unterstützen. Das gilt noch viel mehr in Zeiten des Bürgerkriegs. Zur Natur des Bürgerkriegs gehört es, daß die beiden sich bekämpfenden Lager im Rücken ihrer Truppen Bevölkerungen haben, die mit dem Feind gemeinsame Sache machen. Im Krieg, in dem der Tod über Erfolg und Mißerfolg entscheidet, müssen die feindlichen Agenten, die sich ins Hinterland der Armeen eingeschlichen haben, die Todesstrafe erleiden. Gewiß ein unmenschliches Gesetz, aber bisher hat noch niemand den Krieg als eine Schule der Menschlichkeit betrachtet, und noch viel weniger den Bürgerkrieg.«[27]

Die Bolschewiken sind nicht die einzigen, die in diesen Bürgerkrieg verwickelt sind, der in Rußland im Frühsommer 1918 ausbricht und während fast vier Jahren einen Furor der Grausamkeiten auf beiden Seiten entfesselt: Es wird gekreuzigt, gepfählt, bei lebendigem Leib zerteilt und verbrannt. Aber nur die Bolschewiken haben eine Theorie des Bürgerkriegs und beken-

nen sich zu ihm. Unter dem Einfluß der Doktrin und der vom Krieg eingeführten neuen Sitten *wird der Bürgerkrieg für sie zu einer dauerhaften Form des politischen Kampfs.* Der Bürgerkrieg der Roten gegen die Weißen verbirgt einen anderen, viel größeren und folgenschwereren Krieg: den Krieg der Roten gegen einen bedeutenden Teil der Arbeiterschaft und einen großen Teil der Bauern, für die vom Sommer 1918 an die bolschewistische Zuchtrute unerträglich zu werden beginnt. In diesem Krieg stehen sich nicht mehr, wie nach dem traditionellen Verständnis, zwei einander bekämpfende politische Gruppierungen gegenüber, sondern die Machthaber und der größere Teil der Gesellschaft. Das ist neu, ein nie dagewesenes Phänomen, das nur dadurch eine gewisse Dauer und ein gewisses Ausmaß erhalten kann, daß ein totalitäres System errichtet wird, das sämtliche gesellschaftlichen Aktivitäten kontrolliert und sich auf Massenterror stützt.

Die neuerdings mit Archivmaterial durchgeführten Untersuchungen zeigen, daß dieser »schmutzige Krieg« (Nicolas Werth) der Jahre 1918 bis 1921 die eigentliche Matrix des Sowjetregimes war, der Schmelztiegel, aus dem die Männer hervorgingen, die diese Revolution führen und entwickeln würden, der Hexenkessel, in dem die so eigentümliche leninistisch-stalinistische Mentalität zusammengebraut wurde: eine Mischung aus idealistischer Exaltation, Zynismus und unmenschlicher Grausamkeit. Dieser Bürgerkrieg, der sich vom sowjetischen Territorium auf die ganze Welt ausbreitete und so lange dauern sollte, bis der Sozialismus den Planeten erobert hätte, etablierte die Grausamkeit als »normale« Umgangsform unter Menschen. Er ließ die traditionell bestehenden Dämme gegen eine unbedingte, grundsätzliche Gewalt brechen.

Dennoch quälten die von Kautsky aufgeworfenen Probleme die russischen Revolutionäre von den ersten Tagen der bolschewistischen Revolution an. Isaac Steinberg, ein Sozialist der revolutionären Linken, der sich den Bolschewisten angeschlossen hatte und von Dezember 1917 bis Mai 1918 Volkskommissar für Justiz war, sprach schon 1923 von der bolschewistischen Macht als einem »System des methodischen Staatsterrors« und stellte die zentrale Frage nach den Grenzen der Gewalt in der Revolution: »Der Umsturz der alten Welt, ihr Ersatz in Form eines neuen Lebens, das doch noch dieselben Übel aufweist und von denselben alten Prinzipien vergiftet ist - das stellt den Sozialisten vor eine entscheidende Wahl: die alte [zaristische, bürgerliche] Gewalt oder die revolutionäre Gewalt zum Zeitpunkt des entscheidenden Kampfs. [...] Die alte Gewalt ist nichts als ein kränklicher Schutz für die Versklavung, die neue Gewalt ist der schmerzhafte Weg zur Befreiung. [...] Das entscheidet unsre Wahl: Wir nehmen das Instrument der Gewalt in die Hand, um die Gewalt für immer zu beenden. Denn es gibt keine andere Waffe gegen sie. Hier klafft die moralische Wunde der Revolution. Hier zeigt sich ihre Antinomie, ihr innerer Schmerz, ihr Widerspruch.«[28] Steinberg fügte hinzu: »Wie der Terror vergiftet die Gewalt (auch in Form von Zwang und Lüge) immer die innersten Gewebe der Seele, zuerst des Be-

siegten und gleich darauf des Siegers, und schließlich der ganzen Gesellschaft.«

Steinberg war sich der ungeheuren Risiken bewußt, denen sie sich einfach vom Standpunkt der »universalen Moral« oder des »natürlichen Rechts« her aussetzten. Gorki war in derselben Stimmung, als er am 21. April 1923 Romain Rolland schrieb: »Ich verspüre nicht den leisesten Wunsch, nach Rußland zurückzukehren. Ich käme nicht zum Schreiben, wenn ich meine Zeit damit verschwenden müßte, immer wieder denselben Vers zu singen: Du sollst nicht töten.«[29] Alle Skrupel dieser nichtbolschewistischen Revolutionäre und die letzten Vorbehalte der Bolschewiken selbst wurden vom Furor Lenins hinweggefegt, der von dem Stalins abgelöst wurde. Und am 2. November 1930 konnte Gorki, der sich dem »genialen Führer« gerade wieder angeschlossen hatte, demselben Romain Rolland schreiben: »Mir scheint, Rolland, daß Sie die Ereignisse in der Sowjetunion gelassener und gerechter beurteilt hätten, wenn Sie folgende simple Tatsache zugegeben hätten: Das Sowjetregime und die Avantgarde der Partei der Werktätigen befinden sich im Bürgerkrieg, d. h. im Klassenkrieg. Der Feind, den sie bekämpfen - und bekämpfen müssen -, ist die Intelligentsia, die sich um eine Restaurierung des bürgerlichen Regimes bemüht, und der reiche Bauer, der bei der Verteidigung seines eigenen kleinen Guts, der Basis des Kapitalismus, das Werk der Kollektivierung behindert. Sie greifen auf den Terror zurück, auf die Ermordung von Kollektivisten, auf das Brandschatzen kollektivierter Güter und anderer Methoden des Partisanenkriegs. Im Krieg wird getötet.«[30]

In Rußland gab es dann noch eine dritte Revolutionsphase, die bis 1953 von Stalin verkörpert wurde. Sie war gekennzeichnet von einem allgemeinen Terror, wie ihn die Große Säuberung der Jahre 1937/38 symbolisiert. Von da an befindet sich die Gesellschaft als Ganzes im Visier, aber auch der Staats- und Parteiapparat. Stalin legt die auszulöschenden feindlichen Gruppen eine nach der anderen fest. Dieser Terror wartet nicht auf die Ausnahmesituation eines Kriegs, um loszubrechen. Er findet in einer außenpolitisch friedlichen Phase statt.

So wenig sich Hitler um die Repression kümmerte - er überließ diese »untergeordneten« Aufgaben ausnahmslos Vertrauensmännern wie Himmler - so sehr interessiert sich Stalin dafür, der sie initiiert und organisiert. Er zeichnet persönlich Listen mit Tausenden Namen zu Erschießender ab und zwingt die Mitglieder des Politbüros, dies ebenfalls zu tun. Zur Zeit der vierzehn Monate anhaltenden Großen Säuberung von 1937 bis 1938 werden im Zuge von 42 umfassenden, sorgfältig vorbereiteten Operationen 1,8 Millionen Menschen verhaftet, fast 690 000 ermordet. Ständig herrscht eine Atmosphäre des Bürgerkriegs, mal »heiß«, mal »kalt«, heftig und offen oder verdeckt und schleichend. Der Ausdruck »Krieg der Klassen«, häufig dem des Klassenkampfs vorgezogen, hat nichts Metaphorisches mehr. Der politische Feind ist nicht mehr dieser oder jener Gegner und auch nicht mehr die »feindliche Klasse«, sondern die Gesellschaft als Ganzes.

Unausweichlich wie eine ansteckende Krankheit breitete sich der Terror, dessen Ziel die Zerstörung der Gesellschaft war, auf die Gegen-Gesellschaft aus, die von der Partei an der Macht gebildet wurde. Schon unter Lenin, von 1921 an, waren Abweichler oder Oppositionelle Sanktionen unterworfen worden. Doch die potentiellen Feinde blieben die, die nicht Parteimitglied waren. Unter Stalin wurden sogar die Parteimitglieder zu potentiellen Feinden. Erst bei der Ermordung Kirows allerdings fand Stalin den Vorwand für die Anwendung der Todesstrafe auf Parteimitglieder. So knüpft er an Netschajew an, dem Bakunin im Juni 1870 die Freundschaft aufkündigte. In seinem Abschiedsbrief schrieb Bakunin: »Daher muß unserem Wirken dies klare Gesetz zugrunde liegen: Aufrichtigkeit, Loyalität, Vertrauen unter allen [revolutionären] Brüdern. Lüge, List, Täuschung und nötigenfalls Gewalt werden nur gegen die Feinde angewandt. [...] Was Sie betrifft, mein lieber Freund - und das ist Ihr Grundprinzip, Ihr ungeheurer Irrtum -, Sie haben sich verleiten lassen von dem System der Loyolas und Machiavellis. [...] Da Ihnen die Grundsätze und Vorgehensweisen der Jesuiten und der Polizei Bewunderung abverlangen, haben Sie es für richtig gehalten, auf diesen Ihre eigene Organisation zu gründen. [...] wobei Sie sich Ihren Freunden gegenüber so verhalten, als ob sie Feinde wären.«[31]

Eine weitere stalinistische Innovation besteht darin, daß es den Henkern ihrerseits bestimmt ist, Opfer zu werden. Nach der Ermordung Sinowjews und Kamenews, seiner alten Parteigenossen, erklärte Bucharin seiner Lebensgefährtin: »Ich bin schrecklich froh, daß man diese Hunde erschossen hat!«[32] Keine zwei Jahre später wird Bucharin selbst wie ein Hund erschossen. Dieser stalinistische Zug findet sich in den meisten kommunistischen Diktaturen wieder.

Für einige seiner »Feinde« sah Stalin vor ihrer Auslöschung ein besonderes Los vor: Er ließ sie in Schauprozessen auftreten. Lenin hatte 1922 dieses Verfahren mit einem ersten Scheinprozeß, dem gegen die Sozialrevolutionäre, eingeführt. Stalin verbesserte es und machte es zum dauerhaften Bestandteil seines Unterdrückungsapparates. Nach 1948 ließ er solche Prozesse auch in Osteuropa durchführen.

Annie Kriegel hat auf den fürchterlichen Mechanismus sozialer Prophylaxe hingewiesen, den diese Prozesse darstellten. Ihr Charakter einer »Pädagogik der Hölle« ersetzte auf Erden die von der Religion angedrohte Hölle[33]. Gleichzeitig wurde eine Pädagogik des Klassenhasses und der Stigmatisierung des Feindes betrieben. Im asiatischen Kommunismus wird dieses Vorgehen konsequent bis an sein äußerstes Extrem getrieben: Dort werden Tage des Hasses organisiert.

Der Pädagogik des Hasses hatte Stalin die Pädagogik des Mysteriums an die Seite gestellt. Absolute Geheimhaltung umgab die Verhaftungen, die Gründe, die Verurteilungen, das Schicksal der Opfer. Mysterium und Geheimnis standen in enger Verbindung mit dem Terror und nährten in allen Bevölkerungskreisen eine schreckliche Angst.

Weil sie sich im Krieg glaubten, stellten die Bolschewisten eine umfassende Terminologie des Feindes auf: »feindliche Agenten«, »Bevölkerungsgruppen, die gemeinsame Sache mit dem Feind machen« usw. Im Kriegsmodell wird die Politik auf grob vereinfachte Begriffe reduziert, die als Freund/Feind-Beziehung[34], als die Behauptung eines »wir« gegen ein »sie« definiert werden. Dazu gehört eine Aufteilung nach »Lagern« - ein weiterer Ausdruck aus dem Militärischen: das revolutionäre und das konterrevolutionäre Lager. Und ein jeder ist, unter Androhung der Todesstrafe, gehalten, sein Lager zu wählen - eine schwerwiegende Regression in ein archaisches Stadium der Politik, die 150 Jahre Arbeit des am Individuum orientierten demokratischen Bürgertums zunichte macht.

Wie ist der Feind zu definieren? Da die Politik auf einen allgemeinen Bürgerkrieg zwischen zwei Kräften, der Bourgeoisie und dem Proletariat, zurückgeführt wird und die Auslöschung einer der beiden mit den gewalttätigsten Mitteln erfordert, ist der Feind nicht nur ein Mensch des Ancien Regime - Aristokrat, Großbürger, Offizier -, sondern jeder, der sich der bolschewistischen Politik widersetzt und als »bourgeois« eingestuft wird. »Feind« bezeichnet alle Personen oder sozialen Kategorien, die aus der Sicht der Bolschewisten die absolute Macht behindern. Dieses Phänomen taucht sofort auf, sogar als der Terror noch nicht existiert - in den Wahlversammlungen der Sowjets. Kautsky ahnte es voraus, als er 1918 schrieb: »Nur jene dürfen wählen, ›die die Mittel zu ihrem Unterhalt durch produktive oder gemeinnützige Arbeit erwerben‹. Was aber ist gemeinnützige und produktive Arbeit‹? Das ist ein richtiger Kautschukbegriff. Nicht minder kautschukartig ist die Bestimmung über diejenigen, die vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Dazu gehören jene, ›die Lohnarbeiter zum Zwecke des Gewinnes beschäftigen‹ [...] Man sieht, wie wenig dazu gehört, um nach dem Wahlregiment der Sowjetrepublik zum Kapitalisten gestempelt zu werden und das Wahlrecht zu verlieren. Das Kautschukartige der Begriffsbestimmungen des Wahlrechtes, die der weitesten Willkür die Tore öffnen, liegt nicht am Gesetzgeber, sondern am Gegenstand. Es wird nie gelingen, den Begriff des Proletariats juristisch eindeutig und präzis zu fassen.«[35]

Nachdem der Begriff des »Proletariers« den des »Patrioten« unter Robespierre ersetzt hat, ist die Kategorie des Feindes ein dehnbarer Begriff geworden. Sie kann an- oder abschwellen je nach den Erfordernissen der jeweiligen Politik. Diese Kategorie wird zu einem wesentlichen Element in der kommunistischen Theorie und Praxis. Tzvetan Todorov präzisiert: »Der Feind ist die große Rechtfertigung des Terrors. Der totalitäre Staat kann ohne Feinde nicht leben. Fehlen sie ihm, erfindet er sie. Sobald sie identifiziert sind, gibt es keine Gnade mehr für sie. [...] Feind sein ist ein unheilbarer, erblicher Fehler. [...] Manchmal wird die Tatsache betont, daß die Juden nicht dafür verfolgt wurden, was sie getan hatten, sondern dafür, was sie waren: eben Juden. Doch unter den kommunistischen Machthabern ist es nicht anders: Sie fordern die Unterdrückung (oder in Krisenzeiten die

Beseitigung) der Bourgeoisie als Klasse. Die einfache Zugehörigkeit zu dieser Klasse genügt, es ist nicht erforderlich, irgendetwas zu *tun.«*[36]

Eine wichtige Frage ist noch offen: Warum den »Feind« auslöschen? Die traditionelle Aufgabe der Repression ist, wie es im Titel eines berühmten Werks heißt, zu »überwachen und bestrafen«. War diese Phase des Überwachens und Strafens überholt? War der »Klassenfeind« ein hoffnungsloser Fall? Solschenizyn steuert eine erste Antwort bei. Er schildert, daß im Gulag die Strafgefangenen grundsätzlich besser behandelt wurden als die politischen Häftlinge, nicht nur aus praktischen Erwägungen - sie übten eine gewisse Eingliederungsfunktion aus -, sondern auch aus »theoretischen« Gründen. Das Sowjetregime rühmte sich ja, einen »neuen Menschen« zu schaffen und dabei selbst die eingefleischtesten Kriminellen umzuerziehen. Dieses Argument erwies sich in der Propaganda als äußerst fruchtbar, sowohl in Stalins Rußland als auch im China Maos oder Kuba Castros.

Aber warum muß der »Feind« getötet werden? Es ist ja nun nicht neu, daß Politik unter anderem darin besteht, Freund und Feind zu unterscheiden. Bereits im Evangelium heißt es: »Wer nicht für mich ist, ist gegen mich.« Das Neue besteht darin, daß nach Lenin nicht nur gilt, wer nicht für ihn sei, sei sein Gegner, sondern auch: »Wer gegen mich ist, muß sterben.« Diese Aussage dehnt er vom Bereich der Politik auf die Gesellschaft insgesamt aus.

Durch den Terror vollzieht sich eine doppelte Verwandlung: Der Gegner, zunächst ein Feind, wird zum Kriminellen und schließlich zum Ausgeschlossenen. Das Ausschließen läuft fast automatisch auf die Idee vom Auslöschen hinaus. Denn von da an reicht die Freund/Feind-Dialektik zur Lösung des Grundproblems des Totalitarismus nicht mehr aus: des Strebens nach einer vereinten, gereinigten, nicht antagonistischen Menschheit mittels der messianischen Dimension des marxistischen Projekts, die Menschheit im und durch das Proletariat zu vereinen. Dieses Projekt rechtfertigt eine erzwungene Vereinheitlichung - der Partei, der Gesellschaft, schließlich des Reichs -, die als Abfall all die zurückweist, die nicht in den Entwurf passen. So kommt man bald von einer Logik des politischen Kampfs zu einer des Ausschließens, von einer Ideologie des Eliminierens schließlich zu einer des Auslöschens sämtlicher unreiner Elemente. Am Ende dieses Gedankengangs steht das Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Die Einstellung bestimmter kommunistischer Regime in Asien - China, Vietnam - ist etwas anders. Wahrscheinlich liegt es an der konfuzianischen Tradition, daß der Umerziehung mehr Raum gegeben wird. Diese Institution ist charakteristisch für den chinesischen Laogai. Sie zwingt den als »Schüler« oder »Studenten« bezeichneten Häftling, sein Denken unter der Aufsicht seiner Kerkermeister bzw. Lehrer zu verändern. Steckt in dieser Art von »Umerziehung« nicht eine weniger offene, noch heuchlerischere Haltung als in der simplen Ermordung? Ist es nicht schlimmer, seine Feinde zu zwingen, sich zu verleugnen und sich dem Diskurs ihrer Henker zu unter-

werfen? Demgegenüber wählten die Roten Khmer von vornherein eine radikale Lösung: Sie waren der Ansicht, die Umerziehung eines Teils der Bevölkerung sei unmöglich, weil dieses Volk allzu »verdorben« sei. So beschlossen sie, sich ein anderes Volk zuzulegen. Das führte zur Auslöschung der gesamten intellektuellen und städtischen Bevölkerung, wobei auch dort beabsichtigt war, den Feind zunächst auf psychologischer Ebene zu vernichten, seine Persönlichkeit durch eine aufgezwungene »Selbstkritik« zu zersetzen, in der er sich mit Schande bedeckt, die ihm aber keinesfalls die Höchststrafe erspart.

Die Führer der totalitären Regime nehmen für sich das Recht in Anspruch, ihre Nächsten in den Tod zu schicken, und haben die »moralische Kraft« dazu. Ihre wichtigste Rechtfertigung ist immer dieselbe: die wissenschaftlich begründete Notwendigkeit. In seinen Überlegungen zu den Ursprüngen des Terrorismus schreibt Tzvetan Todorov: »Es ist der Szientismus, nicht der Humanismus, der dazu beigetragen hat, die Grundlagen für den Totalitarismus zu schaffen. [...] Die Beziehung zwischen Szientismus und Totalitarismus beschränkt sich nicht auf die Rechtfertigung von Handlungen mit angeblich wissenschaftlichen (biologischen oder historischen) Notwendigkeiten. Man muß den Szientismus (und sei es ein »barbarischer«) bereits praktizieren, um an die perfekte Transparenz der Gesellschaft und damit an die Möglichkeit zu glauben, die Gesellschaft durch eine Revolution nach einem Ideal formen zu können.«[37]

Trotzki illustrierte diese These schon 1919, als er schrieb: »Historisch gesehen, ist das Proletariat eine aufsteigende Klasse. [...] Die Bourgeoisie befindet sich zur Zeit im Niedergang. Nicht nur spielt sie keine wesentliche Rolle in der Produktion, sondern sie zerstört mit ihren imperialistischen Methoden der Aneignung auch die Weltwirtschaft und die menschliche Kultur. Doch die historische Vitalität der Bourgeoisie ist ungeheuer. Sie klammert sich an die Macht und will sie nicht loslassen. Dadurch droht sie bei ihrem Fall die ganze Gesellschaft mit sich zu reißen. Man muß ihr die Macht entreißen und ihr dazu die Hände abschneiden. Der rote Terror ist eine Waffe, die gegen eine dem Tod geweihte Klasse eingesetzt wird, die sich damit nicht abfinden will.«[38] Trotzkis Schlußfolgerung: »Die gewaltsame Revolution wurde notwendig, gerade weil den unmittelbaren Erfordernissen der Geschichte mit dem Apparat der parlamentarischen Demokratie nicht genügt werden konnte.«[39] Hier treffen wir auf die Vergöttlichung der Geschichte, der alles geopfert werden muß, und auf die unheilbare Naivität des Revolutionärs, der sich aufgrund seiner Dialektik einbildet, die Heraufkunft einer gerechteren und menschlicheren Gesellschaft mit kriminellen Methoden zu begünstigen. Zwölf Jahre später drückte Gorki die Dinge brutaler aus: »Gegen uns steht all das, dessen Zeit, die die Geschichte ihm zugemessen hat, abgelaufen ist. Das berechtigt uns zu der Ansicht, daß wir uns nach wie vor im Bürgerkrieg befinden. Daraus ergibt sich ganz natürlich die Schlußfolgerung: Wenn sich der Feind nicht ergibt, wird er vernichtet.«[40] Im

selben Jahr machte Aragon eine Gedichtzeile daraus: »Die blauen Augen der Revolution leuchten vor notwendiger Grausamkeit.«

Demgegenüber ging Kautsky das Problem schon 1918 mutig und offen an. Er machte sich frei von jeglichem Terminologiefetischismus und schrieb: »Genaugenommen ist jedoch nicht der Sozialismus unser Endziel, sondern dieses besteht in der Aufhebung ›jeder Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht, eine Rasse‹. [...] Würde uns nachgewiesen, daß wir darin irren, daß etwa die Befreiung des Proletariats und der Menschheit überhaupt auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln allein oder am zweckmäßigsten zu erreichen sei..., dann müßten wir den Sozialismus über Bord werfen, ohne unser Endziel im geringsten aufzugeben, ja wir müßten das tun, gerade im Interesse dieses Endzieles.«[41] Kautsky stellte den Humanismus eindeutig über den marxistischen Szientismus, dessen herausragendster Vertreter er doch war.

Töten im eigentlichen Sinn erfordert eine pädagogische Hilfestellung: Angesichts des Widerwillens im Menschen, seinen Nächsten zu töten, besteht die effizienteste Pädagogik hier immer noch darin, die Menschlichkeit des Opfers zu leugnen, es vorher zu »entmenschlichen«. Alain Brossat bemerkt sehr richtig: »Der barbarische Ritus der Säuberungen, die volle Auslastung der Vernichtungsmaschinerie sind im Diskurs und in den Praktiken der Verfolgung nicht zu trennen von dieser Animalisierung des Anderen, der Reduzierung eingebildeter und tatsächlicher Feinde auf tierische Wesen.«[42]

Tatsächlich gab sich der Generalstaatsanwalt Wyschinski, ein Intellektueller und Jurist mit klassischer Bildung, während der großen Moskauer Prozesse einer wahren Orgie der »Animalisierung« von Angeklagten hin: »Erschießt die tollgewordenen Hunde! Tod dieser Bande, die ihre Raubtierkrallen und -zähne vor den Volksmassen versteckt! Zum Teufel mit dem Geier Trotzki, der vor giftigem Schleim schäumt und damit die großartigen Ideen des Marxismus-Leninismus bespritzt! Setzt ihn außerstande, diese Lügner zu verderben, diese Komödianten, diese miserablen Pygmäen, diese Kläffer, diese Hündchen, die sich auf einen Elefanten stürzen! [...] Ja, nieder mit diesem tierischen Abschaum! Schluß mit diesen widerwärtigen Bastarden aus Fuchs und Schwein, diesem stinkenden Aas. Bringt ihr schweinisches Grunzen zum Schweigen! Vernichten muß man diese tollgewordenen Hunde des Kapitalismus, die die Besten unserer sowjetischen Erde zerreißen wollen! Stopft ihnen ihre bestialischen Haßausbrüche gegen die Führer unserer Partei in den Rachen!« War es nicht sogar Jean-Paul Sartre, der 1952 roh äußerte, jeder Antikommunist sei ein Hund? Diese Rhetorik des Verteufelns und Animalisierens scheint Annie Kriegeis These von der in erster Linie pädagogischen Funktion der großen Schauprozesse zu untermauern. Wie in den mittelalterlichen Mysterienspielen werden hier für das gutgläubige Volk die Figur des »Bösen«, des Häretikers, des »Trotzki-

sten«, und bald die des »zionistischen Kosmopoliten«, kurz, die des Teufels in Szene gesetzt.

Brossat erinnert daran, daß aus Karnevals- und ähnlichen Bräuchen eine regelrechte Tradition der Animalisierung des Anderen entstanden war, die sich seit dem achtzehnten Jahrhundert in der politischen Karikatur wiederfindet. Mit diesem metaphorischen Ritus konnten, eben durch den Umweg über das Tier, Krisen und latente Konflikte zum Ausdruck gebracht werden. Im Moskau der dreißiger Jahre ist allerdings nichts metaphorisch: Der »animalisierte« Feind wird als Jagdwild behandelt, bevor er zum Galgenvogel wird, das heißt, mit einer Kugel ins Genick rechnen muß. Hat Stalin diese Methoden systematisiert und generalisiert, so sind sie von seinen chinesischen, kambodschanischen und anderen Nachfolgern weitgehend übernommen worden. Stalin hat sie allerdings nicht erfunden. Auch Lenin ist nicht frei von diesem Vorwurf, denn nach der Machtergreifung titulierte er alle seine Feinde mit Ausdrücken wie »Insekten«, »Ungeziefer«, »Skorpione«, »Vampire«.

Während des Scheinprozesses gegen die »Industriepartei« veröffentlichte die Liga für Menschenrechte einen Protest, der unter anderem von Albert Einstein und Thomas Mann unterzeichnet war. Gorki antwortete darauf mit einem offenen Brief: »Meines Erachtens war diese Hinrichtung absolut legitim. Es ist ganz natürlich, daß die Arbeiter- und Bauernmacht ihre Feinde wie Ungeziefer vernichtet.«[43]

Alain Brossat zieht aus dieser mißbräuchlichen Zoologie den Schluß: »Wie immer verraten sich die Dichter und Schlächter des Totalitarismus in erster Linie durch ihren Wortschatz. Das ›liquidieren‹ der Moskauer Henker, eng verwandt mit dem ›behandeln‹ der Techniker des nazistischen Mordens, stellt den linguistischen Mikrokosmos der irreparablen mentalen und kulturellen Katastrophe dar, die damals im sowjetischen Raum offen zutage tritt: Das menschliche Leben ist als Wert zerfallen, das Denken in Kategorien (›Volksfeinde‹, ›Verräter‹, ›verlässliche Elemente‹...) hat den ethisch positiv besetzten Begriff des Menschengeschlechts ersetzt. [...] In den nazistischen Reden, Praktiken und Apparaten der Vernichtung verbindet sich die Animalisierung des Anderen, die von der Zwangsvorstellung des Schmutzes und der Ansteckung nicht zu trennen ist, eng mit der Rassenideologie. Sie baut sich aus den unerbittlich hierarchischen Begriffen des Diskurses von der Rasse auf, aus der Unterscheidung zwischen Über- und Untermensch. [...] Doch im Moskau von 1937 sind der rassistische Diskurs und die zugehörigen totalitären Einrichtungen abgeriegelt, stehen nicht zur Verfügung. Daraus ergibt sich die Bedeutung der Animalisierung des Anderen für das Denken und die Umsetzung einer auf dem totalitären › Alles ist erlaubt‹ fußenden Politik.«[44]

Doch es gab auch solche, die nicht zögerten, die ideologische Barriere zu durchbrechen und vom Gesellschaftlichen zum Rassischen zu kommen. In einem Brief von 1932 schreibt Gorki, der damals, wohlgemerkt, ein persönlicher Freund des GPU-Chefs Jagoda war und dessen Sohn Angestellter

eben dieser GPU war: »Der Klassenhaß muß durch die organische Abstoßung des Feinds als eines inferioren Wesens kultiviert werden. Meine innerste Überzeugung ist, daß der Feind ein durchaus minderwertiges Wesen ist, physisch, aber auch ›moralisch‹ degeneriert.«[45]

Gorki wird diesen Weg bis ans Ende gehen und sich zugunsten der Schaffung des Instituts für Versuchsmedizin aussprechen. Gleich zu Beginn des Jahres 1933 schreibt er: »Die Zeit ist nahe, da die Wissenschaft eine unabweisbare Anfrage an die sogenannten Normalen richten wird: Wollt ihr, daß alle Krankheiten, die Behinderungen, die Unvollkommenheiten, die Senilität und der frühzeitige Tod des Organismus präzise untersucht werden? Diese Untersuchung könnte nicht mit Experimenten an Hunden, Kaninchen und Meerschweinchen durchgeführt werden. Versuche am Menschen selbst sind unerläßlich. An ihm selbst müssen das Funktionieren seines Organismus, Prozesse wie der Intermediärstoffwechsel, die Blutbildung, neurochemische Vorgänge und überhaupt sämtliche Abläufe in seinem Organismus untersucht werden. Dazu wird man Hunderte von menschlichen Einheiten benötigen. Das wird ein echter Dienst an der Menschheit sein, das wird ganz offensichtlich viel bedeutender, viel nützlicher sein als die Vernichtung vieler Millionen Gesunder für das bequeme Leben einer miserablen, psychisch und moralisch degenerierten Klasse von Räubern und Parasiten.«[46] So verbinden sich die übelsten Auswirkungen des sozio-historischen mit denen des biologischen Szientismus.

Diese »biologischen« oder »zoologischen« Entgleisungen helfen zu verstehen, inwieweit zahlreiche Verbrechen des Kommunismus auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit beruhen und warum die marxistisch-leninistische Ideologie diese Verbrechen dulden und rechtfertigen konnte. Unter Bezugnahme auf juristische Entscheidungen zu den jüngsten Entdeckungen der Biologie schreibt Bruno Gravier: »Die Gesetzestexte zur Bioethik [...] überdecken andere, düsterere Gefahren, die mit dem Fortschritt der Wissenschaft verbunden sind. Dessen Rolle bei der Genese von Ideologien, die sich auf dem Terror als ›Gesetz der Bewegung‹ (J. Asher) gründen, ist allzu sehr verkannt worden. [...] Der eugenische Zug in den Schriften renommierter Mediziner wie Richet oder Carrel bereitete der Massenvernichtung bis hin zu den abwegigen Maßnahmen der NS-Ärzte den Weg.«[47]

Im Kommunismus gibt es eine sozio-politische Eugenik, einen Sozialdarwinismus. Dominique Colas drückt es so aus: »Als Meister des Wissens über die Entwicklung der sozialen Spezies nimmt Lenin die Schnitte vor, um zu entscheiden, welche davon verschwinden müssen, weil sie von der Geschichte verdammt sind.«[48] Sobald man mit wissenschaftlichem Anspruch - ideologisch und politisch-historisch wie der Marxismus-Leninismus - dekretiert, die Bourgeoisie sei eine überholte Etappe der Menschheitsentwicklung, rechtfertigt man ihre Liquidierung als Klasse und bald auch die Liquidierung einzelner Menschen, aus denen sie besteht oder die ihr zugerechnet werden.

Unter Bezugnahme auf den Nationalsozialismus spricht Marcel Colin von »Klassifikation, Segregation, Ausschluß, rein biologischen Kriterien, die von der kriminellen Ideologie transportiert werden. Wir denken an diese szientistischen Präsuppositionen (Vererbung, Kreuzung, Rassereinheit) und auch an den phantastischen, millenaristischen oder planetarischen Beitrag, die historisch genau abgegrenzt und unüberschreitbar sind.«[49] Die auf die Geschichte und die Gesellschaft angewandten szientistischen Prämissen -die »geschichtliche Berufung des Proletariats« usw. -beruhen eben auf einer millenaristisch-planetarischen Phantasmagorie und sind im Kommunismus allgegenwärtig. Durch diese Setzungen wird eine »kriminogene« Ideologie fixiert und nach rein ideologischen Kriterien eine willkürliche Segregation (Bourgeoisie/Proletariat) sowie Klassifizierungen (Klein- und Großbürger, reiche, mittlere und arme Bauern usw.) festgelegt. Indem er diese Einteilungen festschreibt, als wären sie definitiv gegeben und als könnten die Menschen nicht von einer Kategorie in die andere wechseln, begründet der Marxismus-Leninismus den Primat der Kategorie und der Abstraktion gegenüber dem Wirklichen und Menschlichen. Jedes Individuum, jede Gruppe wird als Archetyp aus einer vereinfachten, abstrakten Soziologie aufgefaßt. Das erleichtert das Verbrechen: Der Denunziant, der Untersuchungsrichter, der Henker der NKWD denunziert, verfolgt, tötet nicht einen Menschen, sondern eliminiert eine dem Wohl der Allgemeinheit schädliche Abstraktion.

Die Doktrin wurde zu einer verbrechenerzeugenden Ideologie, einfach weil sie eine Grundgegebenheit leugnete: die Einheit dessen, was Robert Antelme »das Menschengeschlecht« oder was die Präambel der Menschenrechtserklärung von 1948 die »menschliche Familie« nennt. Wurzelte der Marxismus-Leninismus vielleicht weniger in Marx als in einem verfehlten Darwinismus, der sich der sozialen Frage zuwendet und dabei auf die gleichen Irrwege gerät wie in der rassischen Frage? Eins ist sicher: Das Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist Ergebnis einer Ideologie, die den Menschen und die Menschheit auf einen nicht universalen, sondern speziellen - biologisch-rassischen oder sozio-historischen - Zustand reduziert. Auch hier gelang es den Kommunisten mit einem Propagandatrick, ihren Ansatz als einen universalen, die ganze Menschheit berücksichtigenden darzustellen. Häufig sah man sogar einen grundlegenden Unterschied zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus darin, daß ersterer speziell sei - extrem nationalistisch und rassistisch -, während das leninistische Projekt universalistisch gewesen sei. Nichts könnte falscher sein: Lenin und seine Nachfolger schlössen den Kapitalisten, den Bourgeois, den Konterrevolutionär usw. eindeutig von der Menschheit aus. Die aus dem soziologischen oder politischen Diskurs geläufigen Begriffe nahmen sie auf und machten daraus absolute Feindbilder. Wie Kautsky 1918 sagte, handelt es sich dabei um kautschukartig dehnbare Begriffe, die dazu berechtigen, aus der Menschheit auszugrenzen, wen, wann und wie man will, und die direkt zum Verbrechen gegen die Menschlichkeit führen.

Mireille Delmas-Marty schreibt: »Sogar Biologen, z. B. Henri Atlan, erkennen an, daß der Begriff der Menschheit einen biologischen Ansatz übersteigt, und daß die Biologie ›über die menschliche Person wenig zu sagen hat‹. [...] Es trifft zu, daß man das Menschengeschlecht durchaus als eine tierische Spezies unter anderen betrachten kann, eine Spezies, die der Mensch selbst herzustellen lernt, wie er bereits Tier- oder Pflanzenarten herstellt.«[50] Haben nicht die Kommunisten genau das versucht? Gehörte die Idee vom »neuen Menschen« nicht zum Kern des Kommunismus? Haben nicht größenwahnsinnige »Lyssenkos« über neue Mais- und Tomatensorten hinaus auch eine neue Spezies Mensch schaffen wollen?

Die wissenschaftsgläubige Mentalität des ausgehenden neunzehnten Jahrhunderts, die mit dem Triumph der Medizin einhergeht, inspirierte Wassilij Grossman zu folgender Bemerkung über die bolschewistischen Führer: »Dieser Charakter benimmt sich in der Menschheit wie ein Chirurg in den Stationen seiner Klinik__ Seine Seele steckt in seinem Messer. Das Eigentliche an solchen Menschen liegt im fanatischen Glauben an die Allmacht des Skalpells. Das Skalpell - es ist der große Theoretiker, der philosophische Führer des zwanzigsten Jahrhunderts.«[51] Pol Pot treibt diesen Gedanken auf die Spitze: Er amputiert mit einem entsetzlichen Schnitt den »verdorbenen« Teil des Volkskörpers - das »alte Volk« - und rettet den gesunden - das »neue Volk«. So verrückt die Idee auch anmutet - ganz neu war sie nicht. Schon in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts schlug Pjotr Tkatschow, russischer Revolutionär und würdiger Schüler Netschajews, die Auslöschung aller Russen über 25 Jahre vor, weil sie unfähig seien, die Revolutionsidee zu verwirklichen. Zur gleichen Zeit empörte sich Bakunin in einem Brief an Netschajew über diesen irrsinnigen Einfall: »Unser Volk ist kein leeres Blatt Papier, auf das jede beliebige geheime Gesellschaft schreiben kann, was ihr gefällt, zum Beispiel Ihr kommunistisches Programm.«[52] Auch die Internationale fordert dazu auf, »reinen Tisch« zu machen, und Mao verglich sich mit einem genialen Dichter, der seine Kalligraphien auf das berühmte unbeschriebene Blatt pinselt. Als ob man eine mehrere tausend Jahre alte Kultur für ein leeres Blatt halten könnte...

Gewiß gründet sich die gesamte hier beschriebene Entwicklung des Terrors auf die Sowjetunion unter Lenin und Stalin. Sie umfaßt aber einige unveränderliche Elemente, die man in unterschiedlicher Intensität in sämtlichen sich marxistisch-leninistisch nennenden Regimen wiederfindet. Jedes Land, jede kommunistische Partei hat eine eigene Geschichte, lokale und regionale Besonderheiten, mehr oder weniger pathologische Fälle. Doch die feststehenden Elemente gehörten immer zu der in Moskau ab November 1917 entwickelten Matrix, die deshalb wie ein genetischer Code den Lauf der Dinge prägte.

Wie soll man die Akteure dieses schrecklichen Systems begreifen? Wiesen sie besondere Kennzeichen auf? Offenbar hat jedes totalitäre System bestimmte Neigungen geweckt und die Menschen, die seinem Funktionieren

am ehesten dienlich waren, zu entdecken und zu fördern gewußt. Der Fall Stalins ist einzigartig. Was die Strategie betrifft, war er ein würdiger Nachfolger Lenins, der eine lokale Angelegenheit eingehend untersuchen, aber genauso eine Situation von weltweiter Bedeutung überblicken konnte. Wahrscheinlich wird Stalin von der Geschichte später als der größte Politiker des zwanzigsten Jahrhunderts angesehen werden, dem es gelang, die unbedeutende Sowjetunion von 1922 in den Rang einer Supermacht zu heben und für Jahrzehnte den Kommunismus als Alternativlösung zum Kapitalismus durchzusetzen.

Er war auch einer der größten Verbrecher eines an formidablen Henkern nicht gerade armen Jahrhunderts. Muß man in ihm einen neuen Caligula sehen, wie ihn 1953 Boris Souvarine und Boris Nicolaievski beschrieben? Ist sein Handeln das eines reinen Paranoikers, wie Trotzki zu verstehen gab? Ist es nicht im Gegenteil das eines für die Politik außerordentlich begabten Fanatikers, der demokratische Verfahren verabscheut? Stalin ging den Weg zu Ende, den Lenin eingeschlagen und Netschajew vorgezeichnet hatte: Er benutzte extreme Mittel für eine extreme Politik.

Daß Stalin bewußt das Verbrechen gegen die Menschlichkeit als Mittel der Staatsführung wählte, weist auch auf die typisch russische Dimension dieser Persönlichkeit hin. Als Ossete aus dem Kaukasus hatte er in seiner Kindheit und Jugend immer wieder Geschichten von den großen Räubern gehört, den »Abrek«. Sie lebten, von ihrem Clan verbannt oder weil sie Blutrache geschworen hatten, als Kämpfer im kaukasischen Hochgebirge, erfüllt vom Mut der Verzweiflung. Stalin benutzte als Decknamen den Namen Koba, nach einem sagenumwobenen Räuber, einer Art Robin Hood. In dem Brief, in dem Bakunin mit Netschajew bricht, heißt es:

> »Erinnern Sie sich, wie ärgerlich Sie waren, als ich Ihnen sagte, Sie seien ein *abrek,* und Ihr Katechismus ein Katechismus von *abreki;* Sie würden verlangen, daß alle Menschen so geartet sein müßten, daß vollkommene Selbstaufgabe und Verzicht auf alle persönlichen Wünsche, auf alle Vergnügungen, Gefühle, Neigungen und Beziehungen der normale, natürliche und dauernde Zustand aller Menschen ohne Ausnahme sein müßte. Ihre Härte gegen sich selbst, die Sie bis zur Selbstverleugnung treiben, Ihr wirklich außerordentlicher Fanatismus, daraus wollen Sie, sogar heutzutage noch, eine Lebensregel für die Gemeinschaft machen. Das was Sie verfolgen, ist widersinnig, undurchführbar, ist die vollständige Verneinung der Natur des Menschen und der Gesellschaft.«[53]

Trotz seines bedingungslosen Engagements für die Revolution hatte Bakunin 1870 zu erkennen begonnen, daß sich auch das revolutionäre Handeln bestimmten grundlegenden moralischen Zwängen unterwerfen muß.

Der kommunistische Terror ist häufig mit dem im Jahr 1199 von der katholischen Inquisition eingeführten verglichen worden. Hier kann der Ro-

mancier sicher mehr erklären als der Historiker. In seinem großartigen Roman »La Tunique d'infamie« bemerkt Michel del Castillo: »Der Zweck liegt nicht im Foltern oder Verbrennen: Er besteht darin, die richtigen Fragen zu stellen. Kein Terror ohne die Wahrheit, auf der er beruht. Besäße man nicht die Wahrheit, wie könnte man den Irrtum erkennen? [...] Sobald man sich sicher ist, die Wahrheit zu besitzen, wie kann man dann beschließen, seinen Nächsten im Irrtum zu belassen?«[54]

Die Kirche versprach die Vergebung der Erbsünde und das Heil im Jenseits oder das Feuer einer übernatürlichen Hölle. Marx glaubte an eine prometheische Selbsterlösung der Menschheit, den messianischen Traum von der großen Dämmerung. Doch Leszek Kolakowski meint: »Der Gedanke, daß die bestehende Welt so völlig verdorben ist, daß es undenkbar ist, sie auszubessern, und daß *gerade aus diesem Grunde* die Welt, die ihr nachfolgen wird, die Fülle der Vollkommenheit und die endgültige Befreiung bringen wird, dieser Gedanke ist eine von den monströsesten Aberrationen des menschlichen Geistes. [...] Diese Aberration ist zwar keine Erfindung unserer Zeit; man muß aber zugestehen, daß sie im religiösen Denken, das die Ganzheit der zeitlichen Werte der Kraft der übernatürlichen Gnade gegenüberstellt, viel weniger abstoßend ist als in den weltlichen Doktrinen, die uns versichern, wir seien imstande, uns aus dem Höllengrund mit einem Sprung auf den Gipfel des Himmels zu retten.«[55]

Ernest Renan hatte die Problematik sicher richtig erkannt, als er in seinen »Dialogues philosophiques« annahm, daß es, um sich in einer Gesellschaft von Atheisten die absolute Macht zu sichern, nicht genüge, den Widerspenstigen mit dem Feuer einer mythologischen Hölle zu drohen. Vielmehr müsse eine wirkliche Hölle eingerichtet werden, ein Konzentrationslager zur Unterdrückung der Aufständischen und Einschüchterung aller übrigen, das von einer besonderen Polizei geführt wird, von Wesen ohne jeden moralischen Skrupel und den jeweiligen Machthabern völlig ergeben: »gehorsame Maschinen, zu jeder Barbarei bereit«[56].

Nach der Entlassung der meisten GULAG-Häftlinge 1953 und selbst noch nach dem 20. Parteitag der KPdSU, als eine gewisse Form des Terrors nicht mehr an der Tagesordnung war, behielt das terroristische Prinzip weiter Gültigkeit. Die Erinnerung an den Terror genügte, um den Willen zu lähmen, wie sich Aino Kuusinen erinnert: »Infolge dieses Terrors lastete immer noch Furcht auf den Gemütern - es war, als könnte man nicht daran glauben, daß Stalin wirklich von der Bildfläche verschwunden war. Es gab kaum eine Familie in Moskau, die nicht in irgendeiner Weise davon betroffen gewesen war, und doch wurde auch jetzt noch nicht darüber gesprochen. Ich selbst zum Beispiel sprach sogar mit meinen engsten Freunden nie über meine Gefängnis- und Lagererlebnisse - und sie stellten keine Fragen. Die Angst hatte sich zu tief in den Herzen eingenistet.«[57] Wenn die Opfer diese Erinnerung an den Terror stets bei sich trugen, so stützten sich die Henker auch weiterhin darauf. Mitten in der Ära Breschnew gab die UdSSR eine Brief-

marke zum fünfzigsten Jahrestag der Tscheka heraus und veröffentlichte eine Festschrift zu Ehren dieser Organisation[58].

Zum Abschluß geben wir ein letztes Mal Gorki das Wort, der in seiner Hommage an Lenin 1924 schrieb: »Ein alter Bekannter von mir,..., aus Sormowo und ein weichherziger Mensch, beklagte sich über die schwere Arbeit in der Tscheka. Ich sagte ihm: ›Auch mir scheint, das ist nichts für Sie, entspricht nicht Ihrem Charaktere Traurig stimmte er zu: ›Es entspricht gar nicht meinem Charaktere Doch sagte er, nachdem er nachgedacht hatte: ›Wenn ich aber daran denke, daß sich Iljitsch wahrscheinlich auch oft zusammennehmen muß - dann schäme ich mich meiner Schwächer ... Kam es vor, daß Lenin ›an sich halten‹ mußte? Er beachtete sich selbst zuwenig, um mit anderen von sich zu sprechen, er verstand wie niemand, über die geheimen Stürme seiner Seele zu schweigen. Doch einmal,... als er ein paar Kinder streichelte, sagte er: ›Die hier werden schon ein besseres Leben haben als wir; vieles, was wir erlebt haben, werden sie nicht durchmachen. Ihr Leben wird weniger grausam sein.‹ Er sah in die Ferne... und fügte nachdenklich hinzu: ›Und trotzdem beneide ich sie nicht. Unserer Generation ist es gelungen, eine Arbeit zu vollbringen, die in ihrer historischen Bedeutsamkeit erstaunlich ist. Die durch die Umstände erzwungene Grausamkeit unseres Lebens wird verstanden und gerechtfertigt werden. Alles wird verstanden werden, alles!‹«[59]

Ja, allmählich wird alles verstanden, aber nicht in dem Sinn, den Wladimir Iljitsch Uljanow meinte. Was bleibt heute von dieser »in ihrer historischen Bedeutsamkeit erstaunlichen Arbeit«? Nicht ein illusorischer »Aufbau des Sozialismus«, sondern eine ungeheure Tragödie, die auf dem Leben von Hunderten Millionen Menschen lastet und den Übergang ins dritte Jahrtausend prägen wird. Wassilij Grossman, der Kriegskorrespondent von Stalingrad, der Schriftsteller, der zusehen mußte, wie der KGB das Manuskript seines Hauptwerks konfiszierte, und der an dieser »erstaunlichen Arbeit« gestorben ist, zieht daraus gleichwohl eine optimistische Lehre, die wir uns merken wollen: »Unser Jahrhundert ist das Jahrhundert der größten Vergewaltigung des Menschen durch den Staat. Aber die Kraft und die Hoffnung der Menschen liegt hierin: gerade das zwanzigste Jahrhundert hat das Hegelsche Prinzip des welthistorischen Prozesses - ›alles Wirkliche ist vernünftig‹ - ins Wanken gebracht, ein Prinzip, das die russischen Denker des vorigen Jahrhunderts sich in unruhevollen Diskussionen zu eigen gemacht haben. Und gerade jetzt, in der Zeit, in der die Macht des Staates über die Freiheit des Menschen triumphiert, wird von den russischen Denkern in Lagerwattejacken das Hegelsche Gesetz umgeworfen und das höchste Prinzip der Weltgeschichte vorbereitet: ›Alles Unmenschliche ist sinnlos und vergebens. ‹ Ja, ja, in der Zeit der totalen Unmenschlichkeit wurde offenbar, daß alles mit Gewalt Geschaffene sinnlos und vergeblich ist, ohne Zukunft lebt, spurlos bleibt.«[60]

Die Aufarbeitung des Sozialismus in der DDR

von Joachim Gauck und Ehrhart Neubert

Politische Verbrechen in der DDR

von Ehrhart Neubert

Flucht aus der Geschichte

Die ostdeutsche Provinz des Weltkommunismus hatte einen wunderbaren Namen: »Deutsche Demokratische Republik«. Dieser Name verbindet, was die Deutschen in diesem Jahrhundert bis zur Wiedervereinigung 1990 nur in der kurzen Episode der Weimarer Republik zusammenbrachten. Richard von Weizsäcker, der spätere Bundespräsident, erklärte 1978 als Abgeordneter des Bundestages anläßlich einer deutschlandpolitischen Debatte, »daß es unverrückbar darauf ankomme, unser Nationalbewußtsein mit der freiheitlich-demokratischen Lebensform auszusöhnen und zu verbinden«[1]. In der »alten« Bundesrepublik konnte dies versucht werden. Aber sie war nur ein Teilstaat. Die Verknüpfung von Nation und Demokratie in der »DDR« war ein Zerrbild, weder Nation noch Demokratie. Sie verdankte ihre Entstehung und ihr Bestehen und schließlich auch ihren Untergang der sowjetischen Siegermacht. Mühselig mußte sie durch sowjetische Gewalt und DDR-staatlich organisiertes Verbrechen zusammengehalten werden. Und zusammengehalten wurde die DDR auch, weil es den Mächtigen gelang, genügend Menschen als Überzeugungstäter in ihre Politik zu verstricken. Von den Opfern in der Sowjetisch Besetzten Zone und der DDR, die den Preis für dieses kommunistische Unternehmen darstellen, ist hier die Rede.

Der deutsche Nationalsozialismus hat Millionen Menschen Europas das Leben gekostet, auch Millionen Deutschen, vor allem Deutschen jüdischen Glaubens und jüdischer Herkunft. Die Etablierung der kommunistischen Macht in Ostdeutschland und die Verteidigung dieser Macht kostete wieder tausenden Menschen das Leben. Wem aber sollen die über zwei Millionen deutschen Zivilisten, die durch Vertreibung aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten ums Leben kamen, angelastet werden? Und wer ist schuld am Tod von über einer Million deutschen Soldaten, die in sowjetischer Kriegsgefangenschaft starben? Dies wäre alles nicht geschehen, wenn die Nationalsozialisten nicht den Krieg begonnen hätten. Und gewiß hätten mehr überleben können, wenn Rußland ein demokratisches Land gewesen wäre. Im Ineinander von Ursachen und Folgen des Krieges ist Trauer über

Deutschland und Klage um die Opfer die vornehmlich angebrachte Antwort. Das bloße Aufrechnen von Opfern kann eine besonders subtile Form von Verantwortungslosigkeit bedeuten. Wer aber Verantwortung wahrnehmen will, muß von den Opfern sprechen, auch von schuldig gewordenen und unschuldigen, von sinnlosen und vergeblichen, aber auch von denen, die zu Opfern wurden, weil sie selbst nicht schuldig werden wollten. Von ihnen allen muß erzählt, sie alle müssen auch gezählt werden. Darum werden hier auch die Opfer in Ostdeutschland gezählt, Tote und Häftlinge, Flüchtlinge, physisch und psychisch Mißhandelte.

Das Motiv, die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft zu zählen, kann und darf nicht aus dem Triumph über den Zusammenbruch des Kommunismus herrühren. Die dringenden Fragen, wie das alles hat geschehen können und wie dies möglich war, müssen im Unterton das Erstaunen und Erschrecken über die menschlichen Abgründe mitklingen lassen. Es gibt unter Zeitgenossen widersinnige Rechtfertigungen und Verharmlosungen der kommunistischen Herrschaft samt ihrer Verbrechen. Doch diese bestätigen eigentlich nur, wie leicht Menschen zu Tätern und politischen Verbrechern werden können.

Der Kommunismus ist ein Phänomen der europäischen Kultur. Idee und politische Praxis des Kommunismus, seine Genese und seine Krise sind so eng mit der europäischen Geschichte verbunden, daß die Kritik des Kommunismus diesen Horizont im Blick haben muß. Die Wurzeln des Kommunismus hafteten im Boden der jüdisch-christlichen Traditionen, ihren Werten und Widersprüchen, ihren Denkmustern und Ausuferungen. Philosophisch und intellektuell waren die Schöpfer der kommunistischen Ideologie auf der Höhe ihrer Zeit. Mit Marx und Engels waren Deutsche beteiligt. Andere europäische Nationen haben ihre Denker beigesteuert. Die kommunistische Idee konnte sich mühelos in diesem Jahrhundert breitmachen. Sie wucherte in großer Vielfalt, in nationalen Kontexten, in den Varianten kommunistischer Parteiinteressen, in primitivierten Formen ebenso wie in künstlerisch durchgestalteten Sprachen. Den Kommunismus als geschlossenes Ideengebäude gibt es nicht, sondern nur viele Ansprüche auf die kommunistischen Traditionen und Orthodoxien. Dabei hat jede kommunistische Partei ihre geschlossene Geistesgeschichte mittels eines hermeneutischen Wahrheitsbegriffes erfunden. Für nahezu alle Kommunisten sind Marx und Engels, bisweilen auch Lenin, unversiegbare Quellen der Legitimation ihrer Politik. Doch viele Parteien haben weitere »Klassiker« kanonisiert, um ihre partiellen Interessen universell erscheinen zu lassen.

Die Suche nach dem gemeinsamen Nenner des Kommunismus stößt schon in ideologischen Gefilden auf größte Differenzen, die sich in den gegenseitigen Verdammungen der Kommunisten potenzieren und in den politischen Strategien und deren taktischen Umsetzungen noch einmal vervielfältigen. Und dennoch haben die Kommunisten aller Spielarten etwas gemeinsam. Es ist die totale Okkupation der Geschichte, um sie nach ihrem

Bilde neu zu schaffen. Dies macht den Kommunismus überall auf der Welt wiedererkennbar.

Von Beginn an haben die Schöpfer der kommunistischen Ideologien den Ausstieg aus der Geschichte proklamiert. Sie mußten und wollten darum zuerst die Wurzeln Europas ausreißen, die christliche Religion. Der Entwurf einer neuen Welt war ihre Mission. Der junge Marx und die Junghegelianer suchten in ihren Philosophien einen »Kristallisationspunkt massenhaft existentieller Sozialität, an dem sich die akute gesellschaftliche Misere und der Vorschein künftiger Befreiung, an dem sich Resignation und Rebellion, Depression und Hoffnung zu einer in ihrer Ambivalenz alltäglichen Erfahrung synthetisieren und theoretisch generalisieren ließen«. Dies war für die Junghegelianer nur im Bereich der Religion zu beobachten. So ging von der Religion für sie »bei aller verbalradikalen Ablehnung eine Faszination aus«, da in ihr die Synthese »von die Gegenwart transzendierenden Glücksversprechen und Kompensation akuter sozialer Misere«[2] gelungen schien. Im Versuch, der Religion zu entkommen, sie vom Kopf auf die Füße zu stellen, warfen sich schon die Junghegelianer gegenseitig vor, selbst noch in religiösen Denkmustern befangen zu sein. Mit Recht! Es war unabweislich, daß im Gebäude der Theorie von der Einheit aller Widersprüche das religiöse Erbe seine Verstecke fand. Im Zuge der Dogmatisierungen, der Simplifizierungen und dem Gebrauch der Ideologie zur Legitimation praktischer Politik wurde die Religion zum doppelten Schicksal des politischen Marxismus. Einerseits nahm er selbst quasireligiöse Gestalt an, wie er andererseits auf eine Gegenposition gegenüber dem Religiösen fixiert blieb.

Um sich in den Stand immerwährender Unschuld zu versetzen und aus der Geschichte zu stehlen, haben die Kommunisten auf beachtliche Opferbilanzen der europäischen Zivilisation verwiesen. Das Christentum hat die sozialen Probleme nicht gelöst und seine Ketzer auf den Scheiterhaufen geschickt. Die Nationen des christlichen und des bürgerlich aufgeklärten Europas haben schreckliche Kriege miteinander geführt, wie sie sich in einem verheerenden Kolonialismus die Welt aufteilten. Der frühe Kapitalismus führte zur Verelendung ganzer Regionen. Davon distanzierten sich die Kommunisten und offenbarten neues Heil. Es gab plausible Gründe, die Welt nicht nur zu interpretieren, sondern zu verändern und zu revolutionieren.

Als aber die Kommunisten Macht in den Händen hielten und ihre Unschuld bei diesen Veränderungen nur allzu sinnfällig verloren hatten, flüchteten sie auch aus ihrer eigenen Geschichte. Wieder kam das Prinzip der totalen Okkupation der Geschichte zum Tragen. Aus der verbrecherischen Diktatur Stalins wurde der von den Kommunisten zögerlich zugegebene, aber nicht mehr zu übergehende »Stalinismus«. Damit hatte die abgelegte Vergangenheit und überwundene Formation einen Namen. So konnte der Henker der Ukraine, Nikita Chruschtschow, der selbst ein übler Stalinist war, 1956 die erste Entstalinisierung und 1961 eine zweite wagen. Die Entstalinisierung wurde zur Legitimitätsstütze des Sozialismus. Jenseits von

Stalin lag nun das gelobte Land, und die Kommunisten entzogen sich mit dem Abschneiden der Tradition, diesmal ihrer eigenen, wieder der Verantwortung. Sie konnten verkleistern, daß der Stalinismus der Sozialismus/Kommunismus in der Zeit und im Einflußbereich Stalins war.

Als mit der Entmythisierung Stalins der ideologisch-politische Bezugspunkt des Gesamtsystems ausfiel, wurden Zentrifugalkräfte in den herrschenden Parteien und in den beherrschten Gesellschaften entbunden. In Polen und Ungarn kam es zu schweren Unruhen und Panzer rollten. Die Entstalinisierung hatte nichts mit einer Liberalisierung gemein. Sie setzte das Prinzip der Legitimation kommunistischer Herrschaft durch das Bestreiten der Verantwortung früherer Verbrechen nur fort. Insofern war die Entstalinisierung die Fortsetzung des Stalinismus mit anderen ideologischen Mitteln.

Nicht anders war es in der DDR. Das Politbüro der SED sprach sich selbst und Ulbricht vom »Personenkult« frei und setzte den Prozeß der Konzentration der Macht in den Händen einer Person, nämlich Ulbrichts, fort. Wer sich der Zentralisierung entgegenstellte oder dies auch nur potentiell hätte tun können, wurde verfolgt. Im Herbst 1956 ließ Ulbricht vorbeugend die Kampfgruppen vor der unruhigen Studentenschaft in Berlin aufmarschieren und setzte eine rigorose Verfolgung gegen jede ideologische Aufweichung durch die »Revisionisten« in Gang. Die Entstalinisierung blieb ein organisiertes Vergessen bis 1989, selbst als in der UdSSR Gorbatschow schon andere Wege ging.

Auch die Kontinuität der Legitimation kommunistischer Politik durch Verabschiedung von der eigenen Verantwortung blieb gewahrt. Neue Politiken wurden mit der Verdammung der Vorgänger legitimiert. Ulbricht schaffte es zweimal, die Krise seines politischen Systems auf seine Paladine, zwei schreckliche Minister für Staatssicherheit, abzuwälzen. Wilhelm Zaisser mußte 1953 nach dem Aufstand vom 17. Juni und Ernst Wollweber mußte 1956 im Zusammenhang mit der ersten Entstalinisierung zurücktreten. 1971 kam es dann zur Ent-Ulbricht-isierung. Sein treuester Vasall, Erich Honecker, stürzte ihn. Ulbricht wurde nicht nur gestürzt, sondern sogleich vergessen. In der Krise 1989 kam es zur Ent-Honecker-isierung. Wieder waren es seine Treuesten, Erich Mielke und Egon Krenz, die die »Wende« mit Honeckers Sturz einleiteten. Als es Krenz nicht gelang, die SED wieder handlungsfähig zu machen, zwang ihn Gregor Gysis Truppe zum Rücktritt. Noch unter Hans Modrow und Gysi begann dann die Enthoneckerisierung, die keine wirkliche Aufarbeitung, sondern eine kommunistische Säuberung darstellte. Honecker und Mielke wurden wegen Hochverrats angeklagt. Eine solch absurde Anklage konnte sich die bundesdeutsche Justiz nach der Vereinigung nicht leisten. Dies geschah, als aus Kommunisten Postkommunisten wurden. Beide kennen keine Verantwortung, und die Postkommunisten distanzieren sich besonders heftig von ihrer Geschichte.

Die kommunistischen Verbrechen sind auch keine Folge der Psychopa-

thien einiger kommunistischer Führer. Wie der psychische Habitus der Persönlichkeit Hitlers den Nationalsozialismus nicht erklärt, sondern allenfalls illustriert, dürfen die Persönlichkeitsmerkmale der kommunistischen Führer nicht einer Argumentation Vorschub leisten, nach der der deutsche Kommunismus lediglich in die falschen Hände gefallen wäre. Die Spitzenleute haben der kommunistischen Politik ihre persönliche Note gegeben, wie gleichzeitig die kommunistische Theorie und Praxis diese Personen physisch und politisch selektierte und hervorbrachte.

Der »demokratische Zentralismus«, die einheitliche Organisation des politischen Systems, führte zur Machtakkumulation bei einzelnen Personen und dem hierarchisch gegliederten Kadersystem. Die dauernde Säuberung der Kader zur Ausbildung und zum Erhalt eines Potentials absolut ergebener Funktionäre ersetzte öffentliche und standardisierte Verfahren der Konfliktregulierung durch die Unterwerfungsrituale gegenüber dem Despoten, der das einheitliche politische und ökonomische System repräsentierte. Eine solche Zuschreibung von absoluter Macht über Geschichte und Schicksal mußte einzelne in der Rolle Mensch überfordern. Wer aber die Rolle eines Übermenschen annahm, mußte in rücksichtsloser Gewalt das Walten der Geschichte zum guten Zwecke erkennen. Walter Ulbricht und Erich Honekker sahen sich als letzte Instanzen der Weltgeschichte. Sie konnten darum am Schreibtisch Todesurteile aussprechen und über die Effektivität von Tötungsmaschinen an der Grenze nachdenken. Die Selbstüberschätzung kommunistischer Führer wurde für Gorbatschow ein Problem, als er sein Reich mit einer vorsichtigen Dezentralisierung noch retten wollte. Am 1. November 1989 sagte er zu Egon Krenz in Moskau, »Genosse Erich Honecker habe sich offensichtlich für die Nummer 1 im Sozialismus, wenn nicht gar in der Welt gehalten«[3]. Gorbatschow hat damals nicht gesehen, daß die Selbsterhöhung kommunistischer Führer Folge des kommunistischen Allmachtsanspruches war. Woran er auch nicht gedacht haben mag, war der Umstand, daß Honecker seinen Vorgänger Ulbricht aus dem gleichen Grund gestürzt hatte. Honecker hatte sich im Jahre 1971 bei Breschnew beschwert, daß Ulbricht sich selbst für »unwiederholbar« halte und daß er eine »übertriebene Einschätzung seiner Person«[4] auf die DDR übertrüge. Ulbricht mußte gehen.

Ein Mörder war Mielke, der seine Mordkarriere schon Anfang der dreißiger Jahre begann und als Chef des MfS für die Blutspur dieses Organs hauptverantwortlich ist[5]. Wer sich mit seinem Leben und Wirken befaßt, seine Reden auf Bändern hört, seine rüden Äußerungen zur Kenntnis nimmt, ist angewidert. Das Entsetzen an diesem Mann darf die Erkenntnis nicht verstellen, daß Mielke zuerst ein kommunistischer Parteisoldat war, der der Macht der Partei alles unterordnete, selbstverständlich auch Leben und Würde von Menschen. Mielke klagte noch im April 1989 anläßlich einer gelungenen Flucht: »Wenn man schon schießt, dann muß man es eben so machen, daß nicht noch der Betreffende wegkommt, sondern dann muß er da-

bleiben bei uns. Was ist das denn für eine Sache, was ist denn das, 70 Schuß loszuballern, und der rennt nach drüben.«[6] Dieses zynische Mordverlangen ist die Vernunft des Kommunismus.

Die Diener ihrer Herren auf den niedrigeren Rängen waren ebenso bereit, Mord und Totschlag, physische und psychische Folter und jede Form des Eingriffs in die Rechte und Würde von Menschen vorzunehmen. Unter ihnen gab es besondere Schreckensgestalten, wie die langjährige Justizministerin Hilde Benjamin[7], im Volksmund die »rote Hilde« genannt, oder einen von vielen gefürchteten Strafvollzugsbeamten, den die Häftlinge »Roter Terror« nannten. Neben ihnen stehen zahlreiche MfS-Offiziere, Grenzer, Vernehmer, Richter, Staatsanwälte, Polizisten, Lehrer, Spitzel. Sie waren Menschen und keine Dämonen. Sie wurden zu Mördern und Menschenschindern, weil sie ihre eigenen Interessen mit denen des Kommunismus im Einklang sahen und damit menschliche Maßstäbe dahingaben. Sicher haben manche dabei ihre eigenen sadistischen Gelüste ausgelebt. Das aber war nur möglich, weil sie auch darin gebraucht wurden.

Die kommunistische Herrschaft von 1917 bis 1991, in Ostdeutschland von 1945 bis 1989, war aus einem Guß. Die Brüche, die Kurswechsel, die neuen Strategien, die Wechsel von Eiszeiten und Tauwettern, die Verdammung der Vorgänger, die anschließenden Rehabilitationen von eingesperrten und ermordeten Genossen, die veränderten Politiken in den jeweils anderen »Kämpfen unserer Zeit«, wie dies ein Staatsdichter bezeichnete, die ideologischen und politischen Wenden zeigen keine Diskontinuität, sondern die Kontinuität der totalen Verfügung über die Geschichte.

Die Kommunisten haben den Bruch mit der europäischen Zivilisation organisieren wollen und konnten sich dabei nicht über die unaufgeklärten Ränder dieser Zivilisation hinausbegeben. Sie blieben eine europäische Politsekte, die dem berechneten und dann stets ausgefallenen Weltgericht hinterherlief, neu berechnete, den Irrtum zur Übergangserscheinung erklärte und sofort neue Offenbarungen verkündete. In diesem Anspruch waren sie maßlos. Sie waren ein Schisma der Aufklärung und der europäischen Vernunft mit einer religiösen Sendung ohne religiöse Selbstkontrolle. Selbst die Nationalsozialisten sind nicht derart aus der Geschichte entflohen. Sie haben die Geschichte germanisieren und »entjuden« wollen und dabei allerlei Mythisches ausgerechnet aus der jüdisch-christlichen Tradition, wie das 1000jährige Reich, aufgenommen. Es waren lächerliche Montagen aus romantischen Bühnenbildern und verfallenen Grüften. Es waren Kinderbuchphantasien von Kleinbürgern, die ihren Mordrausch und ihre Mengele-Exzesse in den Rang abendländischer Großtaten hoben. Das Ganze konnte unverarbeitete Ängste und abwegige Phantasien mobilisieren, war aber keine wirkliche Gefahr für die intellektuellen Köpfe Deutschlands und Europas. Die Vernunft stand dagegen und auch die Moral.

Anders der Kommunismus. Er setzte tiefer an, mobilisierte die unauslöschliche Sehnsucht nach dem Guten, die allen Europäern in die zivilisato-

rische Wiege gelegt ist. Seine Verführungskraft wurzelte in den Schattenseiten der bürgerlichen Welt, die aufzuhellen schon an sich eine Berechtigung hat. Damit konnte er über die halbe Welt die Macht ergreifen, die Gesellschaften tiefgehend verändern. Im Namen des antiimperialistischen Kampfes wurde er zum wirklichen europäischen Kulturimperialismus. Seine Flucht aus der europäischen Geschichte im Namen des Guten geriet zur Schande Europas und seiner Zivilisation. Kein anderer europäischer Kolonialismus hat derartige Zerstörungen angerichtet und soviel Todesopfer gekostet. Wohlmeinend könnte zugestanden werden, daß der Weltkommunismus nicht auf seinen Terror und nicht auf die von ihm zu verantwortenden Millionen Todesopfer reduzierbar ist. Doch wo, muß dann gefragt werden, ist seine Kulturleistung? Was ist sein Beitrag zur Kulturgeschichte der Menschheit, der Bestand haben wird? Hier ist nichts, gar nichts, worauf die Menschheit stolz sein kann.

Der Kommunismus war nicht allein auf der Welt, und die sich gegenseitig exkommunizierenden Kommunisten waren nicht unter sich. Sie bekämpften den Westen und seine Zivilisation, die europäische Tradition und das moderne Amerika als ihre Erzfeinde. Aber sie mußten auch mit diesen Feinden kommunizieren. Im geteilten Deutschland waren die Kommunisten nicht nur geographisch dem Westen nahe. Sie ergriffen die Macht auch in einem Teil eines unteilbaren Kulturraumes und eines damals seit hundert Jahren zusammengewachsenen Wirtschaftsraumes. Zudem bestanden millionenfache familiäre Bindungen über Demarkationslinien und Grenzen hinweg. Sie blieben zu jeder Zeit auf ihren Feind, den Westen, fixiert. Immer gab es eine heimliche Faszination durch westliche Technik und westliche Wirtschaftskraft. Wie sich der werdende Marxismus nicht wirklich von der Faszination durch die Religion lösen konnte, konnte sich der politisch zur Macht gekommene Kommunismus auch nicht von seinem Feind lösen. In der DDR trieb das besondere Blüten. Viele Jahre war die Chiffre für die ökonomische Westorientierung »Weltniveau«. »Überholen ohne einzuholen!« verkündete Ulbricht. In den letzten Jahren schauten die Bürger mitsamt den Genossen offiziell-inoffiziell Westfernsehen, und selbst im Wohngetto des Politbüros in Wandlitz gab es westliche Konsumgüter und Pornovideos.

Wie aber haben sich umgekehrt die »Klassenfeinde«, die Vertreter der westlichen Zivilisation gegenüber dem Kommunismus verhalten? Gewiß, sie wollten nicht in der Art, wie sie von den Kommunisten definiert wurden, Feinde sein. Sie konnten sich andererseits dem erklärten Klassenkampf auch nicht ganz entziehen. Der nichtkommunistische Rest der Welt nahm aber den Kampf nur selten an und auf. Und wenn er den Kampf aufnahm, war er fast immer an die Mittel gebunden, die ihm im Interessenkampf zwischen westlichen Nationen angemessen erschienen.

Wohl gab es immer Antikommunisten und Antibolschewisten, die ihre Identität aus dieser Feinschaft definierten. In der Weimarer Republik machten die Nationalsozialisten und die Kommunisten gegeneinander mobil.

Doch trotz blutiger Auseinandersetzungen haben sie gemeinsam gegen die Demokratie paktiert[8]. Der Antibolschewist Hitler schloß schließlich einen Vertrag mit Stalin. Als er dann doch gegen die bolschewistische Sowjetunion zu Felde zog, segelte er im Wind der Angst vor dem Kommunismus einen Kurs, der alles übertraf, worauf die Angst beruhte. Sie bekämpften sich gegenseitig und brauchten sich gegenseitig, um ihren Kampf zu legitimieren.

Viel wichtiger ist darum die Frage, wie die Demokraten im Nachkriegsdeutschland auf den Kommunismus reagiert haben. Hatten die demokratischen Gegner des Kommunismus nicht auch einen Anteil an der Gestalt des Kommunismus?

Die Entspannungspolitik der siebziger Jahre brachte Erleichterungen im sogenannten Kalten Krieg. Positiv gesehen waren dies Waffenstillstandsverhandlungen, die zweifellos legitim waren, selbst wenn die Kommunisten auf die Proklamation ihres Endsieges nicht verzichteten. Doch im geteilten Deutschland hat es auf westlicher Seite einen Sinnüberschuß in der West-Ost-Politik gegeben. Nicht nur der Status quo als Balanceakt zum Zwecke der Friedenssicherung, sondern ein Status pro zum Zwecke der Anerkennung kommunistischer Legitimation wurde gepflegt. Abgesehen von der üppigen Finanzierung des Sozialismus übte sich wenigstens ein Teil der politischen Klasse im Vergessen der frühen und im Verdrängen der damals gegenwärtigen Verbrechen. Mehr noch: Die ostdeutschen Kommunisten erschienen als Opfer westlicher Politik. Der Erhalt ihrer Macht wurde zur Friedensaufgabe. Oder hat das professionelle Übersehen kommunistischer Verbrechen etwas mit der Verstörung zu tun, die unfreiwillige Zeugen von Untaten befällt? Lösten sich das Unbehagen an Verbrechen und ihre Unerträglichkeit in der Suche nach deren verborgenem Sinn auf? Das liegt schon deswegen nahe, weil bis heute kommunistische Verbrechen relativiert und verdrängt werden.

Der DDR-Sozialismus in den achtziger Jahren wurde zu einer west-östlichen Inszenierung. Politiker beteuerten, keine kalten Krieger zu sein, und Intellektuelle entdeckten in ihm eine legitime Alternative. Als 1989/90 der Kommunismus in Europa zusammenbrach, gerieten sie darum zunächst in die politische Krise.

Idee und Praxis des deutschen Kommunismus kamen auf den Prüfstand. Und immer noch fällt es vielen auch im Westen schwer, anzuerkennen, daß die DDR nie eine Legitimation besaß. Es gibt kaum ein Eingeständnis der Täuschung und Selbsttäuschung, und es gibt die Aufforderung zum Vergessen. Die DDR hätte schließlich keine Leichenberge, sondern nur Aktenberge hinterlassen. Auch die sollten noch verbrannt werden. Vor allem ist aber die kommunistische Idee ein Reservoir für nachholende Legitimation. Nur wenige Dogmatiker halten sich noch an der kompletten Ideologie fest. Aber beträchtlich sind die Versuche, wenigstens einen Zipfel kommunistischer Wahrheit zu erhaschen. Manchmal geht es dabei nur um die Würdigung der Intentionen und Absichten. Doch wer zugreift, hat unversehens das Ge-

wand in der Hand, und der Träger ist entwischt. In einem ist der Kommunismus ernst zu nehmen: Er beanspruchte die Wahrheit, und im Namen der Wahrheit machte er sich zum Herrn über Leben und Tod, Freiheit und Recht. Ohne diesen Anspruch gibt es auch keinen Kommunismus. Ein Zweifel an der eigenen Wahrheit wäre das Ende des Kommunismus vor seinem Anfang gewesen.

Die kommunistische Idee war und ist tödlich, sie war ein Liquidationsprogramm von Anfang an. Sie war die Entscheidung für den kommunistischen Homunkulus und gegen den wirklichen und unvollkommenen Menschen. Darum gab es keine Humanisierung oder Liberalisierung des Stalinismus, des Kommunismus, des Sozialismus. In den achtziger Jahren verringerte sich die Zahl der Todesopfer, aber es gab mehr Herrschaft. Die Gewalt war in eine andere, in eine modernere Gestalt geschlüpft. Deshalb mußten nun nicht mehr massenweise die Köpfe vom Rumpf getrennt werden. Es genügte, die Menschen zum Verzicht auf den Gebrauch wesentlicher Funktionen des Kopfes und des Herzens zu bewegen. Das macht die Aufarbeitung schwer verständlich. Zu den kommunistischen Verbrechen gehört deren ideelle Tarnung, deren ideologische Konspiration, die anhaltende Tabuisierung. Die Verbrechen sind hinter großen Ideen verbarrikadiert. Wer sie wahrnimmt, setzt sich dem Verdacht aus, Böses zu wollen oder überhaupt nicht bei Tröste zu sein.

Die intellektuelle Auseinandersetzung um Rechtfertigung und Delegitimation des Kommunismus findet auf vielen theoretischen und abstrakten Ebenen statt, etwa der Frage nach der Gültigkeit der Totalitarismustheorie oder der Legitimität des Diktaturenvergleichs. Es gibt aber Maßstäbe der Bewertung, die die Kommunisten selbst gesetzt haben. Dazu gehört der von ihnen zugegebene Bruch mit der europäischen Aufklärung. Diese hat die europäische Zivilisation auf Menschenrechte und Menschenwürde, auf die Freiheit des Individuums und auf das Prinzip der Verantwortung festgelegt, Werte, die die Kommunisten erklärtermaßen für ihre Heilstaten beschnitten. Die Apologeten werden sich gegen diese Maßstäbe wehren. Das ist auch folgerichtig. Sie haben nicht im Blick, wofür sie immer blind waren.

Der Kommunismus kann nicht in das Museum der Sozialgeschichte entlassen werden, weil seine »Großtaten« wie die Pyramiden oder die chinesische Mauer zu touristischen Sehenswürdigkeiten geworden sind. Er darf sich auch nicht in die zwischenmenschlichen Beziehungen seiner Untertanen verflüchtigen. Es geht im deutschen Fall nicht um die soziale Gefängnisordnung, die Privatangelegenheiten einzelner Insassen, die Freigangerlaubnis für Privilegierte, sondern um das Gefängnis DDR. Es war ein relativ kleines Gefängnis im Vergleich zu dem, was Kommunisten in aller Welt Menschen zugemutet haben. Im engen Raum zwischen Elbe und Oder, in dem sich 1945 etwa 19 Millionen Menschen drängten, wurde aber auch fast nichts von dem ausgelassen, was Kommunisten der Menschheit angetan haben.

Sowjetischer und »deutscher« Kommunismus

Schon 1944 planten die deutschen Kommunisten unter sowjetischer Anleitung in Moskau den Aufbau einer kommunistischen Diktatur für ganz Deutschland. Das sowjetische politische System sollte übernommen und eine Westorientierung Deutschlands verhindert werden. Wichtigstes strategisches Element sollte eine Blockpolitik sein, in der alle anderen demokratischen Parteien eingebunden und nach einem Spaltungskonzept gelähmt werden sollten[9]. Stalin schickte nach Kriegsende 1945 die »Gruppe Ulbricht« in die sowjetische Besatzungszone. Kommunisten, die die nationalsozialistische Verfolgung und die stalinistischen Säuberungen überstanden hatten, machten unter Führung der sowjetischen Militäradministration die SBZ und die frühe DDR zur Filiale des sowjetischen Kommunismus. Sie galten auch in der Bevölkerung als die Handlanger der Besatzungsmacht. Entgegen den Moskauer Planungen gelang es nicht, in den Westzonen Fuß zu fassen.

Die Sowjets behielten sich zunächst das Gewaltmonopol vor, das sie nur schrittweise den deutschen kommunistischen Behörden abtraten. Sowjetische »Berater« gab es aber bis zuletzt in allen sicherheitsrelevanten Bereichen der DDR. Dieser Staat blieb ein »Kind der Sowjetunion, und die Vaterschaft für seine Kinder müsse man anerkennen«[10], klagte Krenz im November 1989 gegenüber Gorbatschow ein, um der SED die Schutzmacht zu erhalten. In der DDR-Außenpolitik gegenüber den anderen osteuropäischen Staaten war die SED stets gewaltbereit. Schon 1956 überlegte die SED, ob sie Freiwillige nach Ungarn zur Rettung des Sozialismus schicken sollte. 1968 ließ Ulbricht seine Truppen in Stellung für den Einmarsch in die CSSR gehen. 1980 und 1981 gehörte Honecker zu den Scharfmachern unter den osteuropäischen Politikern und hielt die NVA als Reserve für den Einfall in Polen bereit[11]. Als die Welt im Juni 1989 über die blutige Niederschlagung der Demokratiebewegung in China erschüttert war, verbreiteten die SED-Medien zynische Mitteilungen über den Kampf der KPCh gegen die bürgerliche Liberalisierung. Honecker, Krenz und Modrow gratulierten den chinesischen Kommunisten.

Die SED-Führer waren nicht nur übereifrige Zöglinge der Sowjets, sondern wußten, daß sie nur in einem politisch und militärisch festgefügten Ostblock eine Überlebenschance hatten. Zu den Besonderheiten der kommunistischen Herrschaft in der SBZ/DDR gehörte der Viermächtestatus und die besonders exponierte Lage als westlicher Vorposten des Kommunismus, in den die Weltöffentlichkeit begrenzt Einblick hatte. Hier bedurfte es einer besonderen Legitimation. Die Kommunisten sicherten ihre Herrschaft darum nicht nur durch Repression, sondern auch durch eine auf die deutschen Verhältnisse zugeschnittene Legitimation.

In einer kurzen Phase beruhte diese auf der Propagierung der Demokratie. Wie dies praktisch aussah, geht aus der bei Wolfgang Leonhard überlie-

ferten Äußerung Ulbrichts hervor: »Es muß alles demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.«[12] Stärker noch wurde »Sozialismus« in allen Varianten als »deutscher Sozialismus«, als »christlicher Sozialismus« oder als »demokratischer Sozialismus« zum Vehikel der Legitimation. Dieser offene Sozialismusbegriff übte in den ersten Jahren nach dem Krieg auf Intellektuelle eine große Faszination aus. Er galt als Synonym für einen Neubeginn Deutschlands nach einer gescheiterten Demokratie, nach Krieg und Völkermord. Weithin bestand die Ansicht, daß die deutschen Konservativen am Aufkommen des Nationalsozialismus schuld seien und deswegen nur eine sozialistische Alternative möglich und moralisch gerechtfertigt sei. Dies nutzten die Kommunisten geschickt aus und wendeten es gegen die westdeutsche Demokratie. In späteren Jahren hat die SED alle verfolgt, die nicht der Parteilinie folgten. Und obwohl Ideen von einem demokratischen Sozialismus zwischen West- und Ostorientierung zu einem wichtigen Movens von Dissidenten wurden, blieb in ihnen die Legitimation der DDR als Alternative zur Bundesrepublik erhalten. Aber diese Alternative war nur in den Köpfen von Intellektuellen real. Der reale Sozialismus band sich an die KPdSU.

Zur wichtigsten Legitimation aber wurde der Antifaschismus. Er band tatsächlich zahlreiche Intellektuelle moralisch an die Kommunisten, die eine Antwort auf die Verbrechen der Nationalsozialisten suchten. Der Mythos Antifaschismus[13] überwölbte die geistige Spannung, die Schuld, Versäumnis, Ohnmacht und der Wunsch nach Entschuldung verursachten. Er wirkte in der DDR bis 1989, und trotz einer breiten aufklärerischen Literatur wirkt er noch heute unter Intellektuellen. Er entstellte die Wirklichkeitswahrnehmung derart, daß ein kommunistischer Schriftsteller jüdischer Abkunft seine antifaschistische Biographie noch zusätzlich mit einem KZ-Aufenthalt aufbesserte[14]. Subjektiv war das nicht einmal eine bewußte Fälschung. Die antifaschistische Haltung bekam ihre Bilder.

Gegner und Kritiker der SED mußten die geistige und moralische Bindungskraft des Antifaschismus überwinden. So bekannte Kritiker wie der Wissenschaftler Robert Havemann oder der Menschenrechtler und Bischof Hans-Joachim Fränkel konnten selbst eine antinationalsozialistische Vergangenheit vorweisen. Die 1958 gegründete »Aktion Sühnezeichen«, die eine ethische Alternative zum kommunistischen Antifaschismus darstellte, verdankte ihr Entstehen Lothar Kreyssig, einem Juristen und Mitglied der Bekennenden Kirche in der NS-Zeit. Kirchliche Gruppen haben oft gegen den Willen der Behörden jüdische Friedhöfe gepflegt, des Judenpogroms vom 9. November 1938 gedacht, gegen den Antizionismus protestiert, die Auseinandersetzung mit dem alltäglichen Antisemitismus und neonazistischen Phänomenen geführt.

Das kommunistische Projekt Antifaschismus war immer nur ein selektives Programm zur Geschichtsklitterung und Instrument des Machterhaltes. So steht neben der Verfolgung von tatsächlichen und ungerechtfertigt be-

schuldigten NS-Belasteten deren Integration. Allein die Option für den Kommunismus, mehr noch die bedingungslose Ausrichtung an der jeweils gültigen Parteilinie und den Parteiinteressen, wurde als Antifaschismus anerkannt. Mit dieser Reduktion wurde der kommunistische Widerstand, der tatsächlich vielen Kommunisten das Leben kostete, höher als alle anderen Widerstandsformen bewertet. Und selbst die Bewertung des kommunistischen Widerstandes war von dessen Nähe zur Parteilinie abhängig.

Die Wurzeln des kommunistischen Antifaschismus liegen in den zwanziger Jahren. Er wurde schnell zu einem antidemokratischen Instrument, das auch Sozialdemokraten als Sozialfaschisten disqualifizierte. Stalin hatte ohnehin kein Interesse an einem substantiellen Antifaschismus. So konnte es geschehen, daß bis 1941 von den Sowjets bis zu 1000 deutsche und österreichische kommunistische Antifaschisten und Juden an Nazideutschland ausgeliefert wurden, was für viele den sicheren Tod bedeutete. Diese Abschiebungen von Exilanten begannen schon 1937 und verstärkten sich nach dem Hitler-Stalin-Pakt 1939[15].

Die Kommunisten duldeten auch nach dem Krieg keine unabhängige antinationalsozialistische Selbstorganisation. Als Ulbricht 1945 nach Berlin kam, löste er dort sofort die zuvor spontan gebildeten Antifa-Komitees auf, die mit der Reorganisation des sozialen Lebens begonnen hatten[16]. Die örtlichen und regionalen Gliederungen der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« (VVN) wurden 1953 aufgelöst und durch das zentralistisch von der SED angeleitete Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer ersetzt[17]. Damit entledigte sich die Partei zugleich der ungeliebten jüdischen Verbandsmitglieder und auch der Kritiker an der Integration von ehemaligen Nazis.

Der ideologische Antifaschismus sollte die kommunistische Diktatur rechtfertigen. Das, was ein Anti-Nationalsozialismus hätte leisten können und sollen, die Legitimation und die Begründung einer demokratischen Tradition in Deutschland, an der es wahrlich fehlte, durfte nicht sein. Die antifaschistische Propaganda im Inneren diente vorwiegend dem Transformationsprozeß. Bürgerliche und nichtkommunistische Gruppen wurden tendenziell unter Faschismusverdacht gestellt. In vielen Einzelfällen war es auch nicht schwer, solche Zusammenhänge herzustellen. Allein schon die Mitgliedschaft in nationalsozialistischen Organisationen wurde zur Enteignung, zur Vertreibung und zum Austausch von Eliten benutzt. Dabei wurden selbst erwiesene Nichtnationalsozialisten Opfer dieser Vorgehens weise. Gleichzeitig verfolgten die Kommunisten eine Integrationspolitik ehemaliger Nazis. Diese rührte aber nicht etwa aus dem edlen Motiv, den minderschwer Belasteten eine reelle Chance des Neuanfangs zu geben, sondern zielte auf deren Nutzung und Vereinnahmung für den Aufbau der Diktatur. Die Kommunisten unterbreiteten darum schon seit 1945 der Masse der NS-Belasteten Versöhnungsangebote. Die erste »Massenorganisation«, der am 4. Juli 1945 gegründete und kommunistisch dominierte Kulturbund, schloß

die Mitarbeit von minderschwer belasteten Sympathisanten der Nazis ein. Selbst manchen Kommunisten paßte das nicht. Aber es ging um den Aufbau einer »nationalen Einheitsfront der deutschen Geistesarbeiter«[18]. Nach diesem Muster wurde dann der »Antifaschistische Block« im Juli 1945 gegründet, die spätere »Nationale Front«, das Instrument zur Knebelung der Demokraten. Um auch innerhalb des Blocks die bürgerlichen Parteien einzuschränken, gründete die SED 1948 eigens eine Partei für die früheren »Mitläufer«, die NDPD.

Zwar hat die SED eine öffentlich nachweisbare Integration von NS-Tätern gescheut und auch im inneren Kern der Machtsicherung, etwa dem MfS, keine NS-Täter geduldet. Aber für den Aufbau der Justiz, der Propaganda oder des Wissenschaftsbereiches wurden selbst belastete Nazis verwendet. Vor allem kamen NS-Militärs in größerer Zahl und mit teilweise hohen Dienstgraden in den militärischen Formationen der Kommunisten unter. Anfang der fünfziger Jahre hatten mehr als ein Viertel der SED-Mitglieder eine NS-Vergangenheit.

Als es der SED darauf ankam, die Westintegration der Bundesrepublik zu verhindern, wollte Honecker als FDJ-Chef die politische Organisationskraft von ehemaligen HJ-Führern, Offizieren der Wehrmacht und Waffen-SS nutzen. Mit diesen traf er sich mit einer Delegation von FDJ-Funktionären, in der sich ebenfalls ehemalige nationalsozialistische hochrangige Jugendführer befanden, am 29. und 30. 1. 1951 in Berlin[19]. Bisweilen gab es Aufsehen erregende und für die SED peinliche Enthüllungen. Doch die antifaschistische Dauerpropaganda ging darüber hinweg. Alles, was den realen Sozialismus in Frage stellte, wurde als faschistisch diffamiert. So war der Aufstand am 17. Juni 1953 ein faschistischer Putsch und die Mauer ein antifaschistischer Schutzwall. Als Havemann zum Kritiker wurde, ließ ihn die SED kurzerhand aus den Listen der antifaschistischen Widerstandskämpfer streichen. Selbst die Opposition der achtziger Jahre mußte sich mit dem Faschismusvorwurf auseinandersetzen.

Auch in der Propaganda gegen die demokratische Bundesrepublik war der Antifaschismus Dreh- und Angelpunkt. Die Bundesrepublik wurde generell als imperialistisch und potentiell faschistisch deklassiert. In den Westen seien vor allem die Altnazis aus der DDR geflohen, und dort würde der Neofaschismus begünstigt. Die DDR veröffentlichte immer wieder Listen mit Nazis in Bonner Diensten und startete aufwendige Propagandaaktionen. Aus dem Westen wurde gekontert und über Nazis in der DDR berichtet. Die gegenseitigen Vorwürfe hatten Anhaltspunkte in den tatsächlichen Versäumnissen beider Staaten. Allerdings übertraf der Zynismus der kommunistischen Propaganda jedes Maß. Die SED inszenierte mangels Masse bisweilen selbst die faschistische Gefahr. So organisierte das MfS während des Prozesses gegen den Organisator der Judenmorde Adolf Eichmann in Israel im Jahr 1961 eine antisemitische Kampagne in München. In den Unterlagen der »Aktion J - Briefschreiber«[20] finden sich Drohbriefe an jüdische

Bürger wie auch schon die Reaktionen der verängstigten Juden, die das MfS zur Diskreditierung der Bundesrepublik selbst verfaßt hatte.

Die SED renommierte gegenüber der Bundesrepublik mit der angeblich entschlossenen juristischen Verfolgung von NS-Verbrechen. Doch auch die justitielle Verfolgung von NS-Tätern war stets der politischen Zweckmäßigkeit untergeordnet. In den frühen Jahren diente sie einerseits der Abrechnung mit dem Nationalsozialismus, andererseits wurde sie immer mehr zu einer »instrumentalisierten politischen Säuberung«[21], die auch andere Gegner und Kritiker der Kommunisten erfaßte. So gab es neben Ahndungen von NS-Untaten, die rechtsstaatlichen Ansprüchen genügten, vollkommene Willkürurteile. Wie viele der insgesamt etwa 13 000[22] in der SBZ/DDR als NS-Täter Verurteilten keinen oder nur einen vorgeschobenen NS-Bezug hatten, kann bislang nicht exakt festgestellt werden.

Nach 1951 wurden nur noch wenige hundert NS-Täter abgeurteilt. Dieser Rückgang beruht teilweise auf Motiven, die dem kommunistischen Antifaschismuskonzept entstammten. Neben den bremsenden Faktoren der Integrationspolitik wollte die SED gegenüber der Bundesrepublik eine vollständige Bewältigung des NS-Problems vorweisen. Dieses Motiv war so stark, daß die SED später auf die Verfolgung von Kriegsverbrechern verzichtete und sie geradezu versteckte[23]. Die Ermittlungen waren in diesen Fällen oft schon abgeschlossen, und ein Zugriff hätte erfolgen können. Private Ermittlungen wurden durch das MfS verhindert. Manche der NS-Täter hatten in der DDR wieder eine Karriere gemacht. Unter diesen befanden sich Ärzte, die an der Euthanasie mitgewirkt hatten. Deren Verfolgung hätte nicht in die antifaschistische Landschaft gepaßt. Die Verhinderung der Strafverfolgung ging so weit, daß bundesdeutsche Auskunftsersuchen bei dortigen Strafverfahren gegen NS-Täter nicht oder falsch beantwortet wurden. Die wenigen in der DDR noch durchgeführten Strafverfahren hatten den Zweck, den in der Bundesrepublik noch geführten Prozessen etwas entgegenstellen zu können. Gleichzeitig scheute sich das MfS nicht, NS-Täter als IM anzuwerben. Erst nach 1990 kamen diese Tatsachen aus den Akten an die Öffentlichkeit.

Dem entspricht der Umgang der SED mit nichtkommunistischen NS-Opfern. Ganze Opfergruppen, wie Angehörige der »Zeugen Jehovas«, »Zigeuner«, »Asoziale« oder Homosexuelle, blieben nicht nur weithin ignoriert, sondern fanden sich neuen politischen und sozialen Drangsalierungen ausgesetzt. Zeugen Jehovas, die in Konzentrationslagern überlebt hatten, wurden z. B. wieder inhaftiert. Besonders galt dies aber für die jüdischen Bürger. Als Anfang der fünfziger Jahre eine Welle des Antisemitismus durch die kommunistischen Staaten lief, kam es auch in der DDR zu neuen Verfolgungen. Diese hatten zwar nicht das Ausmaß wie in der Tschechoslowakei oder in der UdSSR. Sie veranlaßten aber führende Vertreter der kleinen jüdischen Gemeinden, die Juden in der DDR aufzufordern, das Land zu verlassen. Über 500 Juden flohen bis 1953. Auch in der SED wurden zahlreiche jüdi-

sehe Kommunisten zurückgestuft und benachteiligt. In den späteren Jahren schlüpfte der Antisemitismus in die Gestalt des antiimperialistischen Antizionismus. Erst 1988, als Honecker seine internationale Reputation aufbessern wollte, wurde der Verfolgung der Juden im Nationalsozialismus mit großem staatlichen Aufwand gedacht.

Das Heer der bürokratischen Apparatschiks konnte aber nicht allein mit Utopie und antifaschistischer Moral bei der Stange gehalten werden. Der DDR-Staat mußte die Tugenden der Untertanen mobilisieren. Im Laufe der Jahrzehnte nahm der deutsche Kommunismus immer mehr Elemente der traditionellen deutschen politischen Kultur, gerade auch der vordemokratischen, in sich auf. Dazu gehören Gemeinschaftsideale, der unverwüstliche Glaube an die Allmacht des Staates, der hohe Wert des Militärischen, die Abgrenzung gegen Fremdes und selbst der Antisemitismus, in den fünfziger Jahren in Gestalt des Antikosmopolitismus und in den siebziger Jahren in Gestalt des Antizionismus. Auch der traditionelle Chauvinismus wurde instrumentalisiert. Die DDR war darauf bedacht, nur wenige Ausländer aufzunehmen. Vertragsarbeiter aus politisch befreundeten Ländern hatten unter Ausgrenzung in der Bevölkerung und Restriktion der Behörden zu leiden. Antipolnische Ressentiments wurden 1980 während der Polenkrise und 1989 während der Revolution benutzt. Wenn es schon angesichts der traumatisierenden Teilung nicht gelang, eine sozialistische deutsche Nationalkultur zu schaffen, wurden doch Forderungen nach Sauberkeit, Ordnung, Pflichtbewußtsein, Disziplin sehr wohl verstanden. Die sozialistische Staatsreligion kreierte einen Ethikersatz, wie etwa Ulbrichts »10 Gebote der sozialistischen Moral« aus dem Jahr 1958. Die auf Machterhalt und Klassenkampfideologie gestutzte Ethik konnte letztlich nur einige banalisierte, deutsche konservative Werte reproduzieren.

»Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß es sich bei diesem deutschen Sozialismus um eine politische Kultur der Angst handelte, der Angst vor dem Hauptfeind Heterogenität, vor dem Chaos der Zivilisation, als das die westliche Moderne nach wie vor wahrgenommen wurde. Es mußte gelingen, die Moderne in den Plan zu pressen; er symbolisierte Einheit und verlangte die unbedingte Disziplin der Kämpfenden ebenso wie ihren Gehorsam vor der Autorität.«[24] Die marxistische Ideologie steuerte das ideologische Gerüst für den kommunistischen Weltenplan bei. Die deutsche politische Kultur gab das Maß für die Verhaltensmuster der Exekutoren. Angesichts der Größe der Aufgabe der Welterlösung waren alle offensichtlichen Unzulänglichkeiten und Mängel lediglich »Übergangserscheinungen«. Die kommunistischen Revolutionen - eine Metapher zur Veredelung von Verbrechen - waren die apokalyptischen Wehen der neuen Zeit. So pendelt die kommunistische Lebenswelt zwischen Banalität und Heroismus. In der Rückschau sagt der MfS-Offizier: »Wir haben unsere Pflicht getan.« Intellektuelle erklären: »Wir hatten Ideale von einer neuen Zeit.« In der Architektur stehen stalinistischer Byzantinismus oder der himmelstürmende

Fernsehturm den Einheitsplattenbauten gegenüber. Nach der Ideologie sollte im Sozialismus Arbeit das Bedürfnis aller sein, nicht mehr durch Entfremdung und Ausbeutung gezeichnet. In der Praxis war Arbeit Mittel zur Erziehung und Strafe. Wie die Nazis mit dem »Arbeitsdienst« versuchten es die Kommunisten Anfang der fünfziger Jahre mit einem »Dienst für Deutschland«[25], um die Jugend einspannen zu können. Und immer wieder richteten sie Arbeitslager für Strafgefangene ein.

In Tausenden von MfS-Berichten wird der Verrat der IM an den Mitmenschen durch die Führungsoffiziere moralisch bewertet. Die IM wären treu, ergeben, zuverlässig, ehrlich. Doch das war nicht neu in Deutschland. Dietrich Bonhoeffer klagte in der NS-Haft über die Verwirrung aller ethischen Begriffe.

»Liquidierung« von Gesellschaft und Tradition

Die SED-Politik zielte auf die perfekte Kontrolle, auf die Aufhebung aller nichtkommunistischen Potentiale des sozialen, kulturellen und geistigen Lebens, wenn sich diese nicht für die kommunistische Macht instrumentalisieren ließen. Der Anspruch war total und lief auf die »Liquidierung« von Gesellschaft und Tradition hinaus. Das Endziel der kommunistischen Politik, die eine gerechte Welt, die Gesellschaft der Gleichen, die Überwindung der Entfremdung des Menschen von sich selbst, das Ende der Ausbeutung und des Krieges, das »Reich der Freiheit«, gab immer schon die Mittel der Politik vor. Die Kommunisten wollten die Bedingungen schaffen, die das ermöglichten. Die Utopie brauchte aber eine konkrete Fassung, die nur in der Negation des westlichen bürgerlichen Kapitalismus und seiner Traditionen Gestalt gewann. Da die Kommunisten nicht zaubern konnten, setzten sie auf revolutionäre Gewalt. Beides führte zur Zerstörung der sozialen und strukturellen Grundlagen der von ihnen beherrschten Gesellschaft. Die Annahme, eine neue, alternative Gesellschaft aufbauen zu können, hat bei den bürokratischen Parteieliten »die Illusion der ›Allmächtigkeit‹, der unbegrenzten Steuerungsmöglichkeiten«[26] gesellschaftlicher Prozesse erzeugt. Diese Illusion wurde nicht durch die Tatsache erschüttert, daß der Totalanspruch zu keiner Zeit vollständig durchzusetzen war. Es hat nur die Energie der Kommunisten zu weiteren und nachhaltigeren Eingriffen gesteigert. Und dies hat sie zu Opfern der Theorie von einer dauernden Verschwörung des Westens werden lassen. »Feinde« im Inneren konnten nur von außen gesteuert sein.

Die Gesellschaft wurde durch die zentralistische und durchorganisierte Parteigesellschaft ersetzt. In ihr war die Partei der Politorden mit allen Vollmachten der Inquisition, nach dessen Ratschlüssen die Operationen durchgeführt wurden und der auch die geschichtliche Bedeutung dieser Operationen verkündete. Jede Zerstörung wurde als neue oder höhere Qualität

ausgegeben. So konnten unentwegt Siege gefeiert werden, und gewaltsame Eingriffe bewahrheiteten stets die Ideologie. Die Auslöschung traditioneller Schichten, »Klassen« und Milieus, der bürgerlichen, der bäuerlichen und auch der proletarischen Traditionen sowie die kulturelle, soziale und ökonomische Gleichschaltung erzeugten nicht eine Gesellschaft der Gleichen, sondern lediglich eine entstrukturierte Gesellschaft, die ihre internen Steuerungsfunktionen verlor.

Die Liquidierung der Gesellschaft stand im Dienst des ökonomisch-sozialen Umbauprozesses und stellte einen Angriff auf die gesellschaftlichen Differenzierungen, Pluralität und Interessenvielfalt dar. Statt milieubedingter Solidaritäten und vielfältiger Normenkontrolle kam es zur organisierten Verantwortungslosigkeit. Die Gesellschaft kam an den Rand ihrer Reproduktionsfähigkeit, als ihr Öffentlichkeit und Erinnerung genommen wurden. Je näher die Kommunisten dem Ziel der Liquidierung der Gesellschaft kamen, desto mehr mußten sie darauf achten, jede soziale Selbstorganisation oder geistige Unabhängigkeit zu verhindern. Sie mußten in der gleichgeschalteten Gesellschaft jedes Individuum kontrollieren, um Individualität in die Vorgaben der Parteigesellschaft zu zwingen. Die flächendeckende konspirative Überwachung und Beeinflussung war damit schon vorgegeben.

Die Liquidierung von Individualität konnte auch zur Liquidierung des Individuums führen. »Liquidierung« ist ein gängiger kommunistischer Begriff, der hundertfach in den operativen Akten des Repressionsapparates verwendet wird. Er fordert eine begriffliche Klärung heraus[27]. Gemeint ist immer die politische Vernichtung von Gegnern. Ihm ist aber auch die Bedeutung der physischen Vernichtung inhärent. Dem entsprechen auch Bedeutungzuschreibungen anderer Begriffe, wie dem der Säuberung. Gesäubert wurden Geschichtsbücher und Parteiprogramme. Gesäubert wurde auch immer wieder die Partei. Letzteres kostete dann auch Todesopfer.

In den ersten Jahren nach dem Kriegsende gab es besonders viele Todesopfer, aber keine systematische Massenvernichtung. Die physische Vernichtung von Gegnern war nicht Selbstzweck, da der Kommunismus keine platte biologistische Ideologie hatte, wenn es auch semantisch auffällige Gemeinsamkeiten gab. So wurde vom »Ausmerzen« der »Schädlinge« geredet[28]. Das Gewicht lag auf der politischen Ausschaltung von Menschen oder Gruppen, die zu Feinden erklärt worden waren. Allerdings sahen sich auch die deutschen Kommunisten als Herren über Leben und Tod und zögerten nicht, aus politischer Willkür Menschen um ihr Leben zu bringen. Mehr noch, sie kalkulierten den Tod von Gegnern stets mit ein. Die Tötung war insofern eine Variante bei der Liquidation von Gegnern, die nach der Zweckmäßigkeit gewählt werden konnte.

Selbst in den Jahren als die internationale Entspannungspolitik, der KSZE-Prozeß und auch die schon spürbare wirtschaftliche Abhängigkeit vom Westen die SED zwang, formal internationale Normen einzuhalten, änderte sich das nicht. Die Liquidierung von Feinden blieb im Kalkül, sie wur-

de nun allerdings sorgfältiger konspiriert. Die Texte des Repressionsapparates zeigen bei der Verwendung des Begriffes Liquidierung eine semantische Unscharfe, die nachträglich irritiert. Nur politisch gemeint ist der Begriff, wenn er synonym mit der Auflösung einer sozialen Schicht, der Zerschlagung einer Oppositionsgruppe, einer Festnahme oder einer Einweisung in ein Lager gebraucht wird. Aber es kann eindeutig auf das Töten bezogen in einer Anleitung zum Kampf von Sondereinheiten in Westdeutschland heißen: »Das Liquidieren beinhaltet die physische Vernichtung von Einzelpersonen und Personengruppen. Erreichbar durch: Das Erschießen, Erstechen, Verbrennen, Zersprengen, Strangulieren, Erschlagen, Vergiften, Erstikken.«[29] Mehrdeutig ist die Feststellung, die sich auf die innere Opposition bezieht: »Mit der Planung der spezifischen Vorbeugemaßnahmen ist zu gewährleisten, daß [...] Feinde erkannt und so unter Kontrolle gebracht werden, daß ihre Liquidierung/Ausschaltung auf besonderen Befehl erfolgen kann, wenn es die Lage erfordert und wenn es politisch richtig und notwendig ist.«[30]

Die scheinbare Mehrdeutigkeit löst sich auf, wenn berücksichtigt wird, daß der Machtkampf der Kommunisten in die Ideologie vom unversöhnlichen Klassenkampf verkleidet als einheitliche und eindeutige politische Bewegungsform nach innen und außen verstanden wurde. Ob Revolution und gesellschaftliche Umwälzung oder militärischer Kampf, ob innere Stabilitätspolitik oder Entspannungspolitik nach außen, ob Verfolgung einzelner Kritiker oder Erziehungsmaßnahmen gegen Unbotmäßige, immer handelte es sich im kommunistischen Verständnis um den gleichen Klassenkampf.

Diese Unscharfe zeigt die Quelle der verbrecherischen Energie. Der Wert des Menschen, seine Rechte und seine Würde sind dem politischen Interesse vollständig unterworfen. Hinter diesem Machtinteresse verschwimmt die Person des einzelnen und sein Selbstwert. Darum gibt es in kommunistischer Sicht auch keinen eigentlichen Unterschied zwischen ideologischen Abweichlern, inneren politischen Gegnern und äußeren Feinden. Liquidiert werden mußte die politische Aktion von Gegnern und schon im Vorfeld seine soziale, kulturelle und individuelle Fähigkeit zur Selbstbehauptung und Gegenwehr. Vernichtet werden mußte die Fähigkeit zur Überwindung der inneren und äußeren Abgrenzung des geschlossenen kommunistischen Systems, das nur in dieser Abgrenzung Bestand hatte, da es sich aus sich selbst nicht reproduzieren konnte.

Das alles schlägt sich in der kommunistischen Gewaltsprache nieder, in der der Herrschaftsapparat seine Selbstverständigung betrieb. Liquidieren, Vernichten, Ausmerzen, Ausschalten, Paralysieren, Zersetzen u. a. amtliche Begriffe waren unterlegt von affektgeladenen Äußerungen. Die Genossen verschriftlichten ihre Emotionen in den Äußerungen über unbotmäßige Bürger, die sie »Banditen«, »Drecksäcke«, »miese Schweinehunde« nannten. Selbst in den Zeitungen haben sich die Kommunisten sexistischer und fäka-

listischer Sprache bedient, wenn es darauf ankam, ihre Gegner, wie Wolf Biermann oder Oskar Brüsewitz, zu diskreditieren. In den konspirativen Diffamierungsaktionen gegen Oppositionelle konnten sie sich ganz ausleben. Wer die Akten der kommunistischen Repressionsorgane liest, hat nicht nur mit einer aufs äußerste reduzierten Sprache der politischen Bürokratie zu kämpfen, sondern hat auch schlichtweg ästhetische Probleme.

Dieser Semantik entsprachen auch die monströsen Dimensionen der Gewaltpotentiale, mit denen ein vielfach größeres Land hätte in Schach gehalten werden können. Die Vorstellung der Kommunisten von einem möglichen inneren Machtkampf hatte einen Apparat geschaffen, der für einen Bürgerkrieg von apokalyptischen Dimensionen gerüstet war. Abgesehen von der gewaltigen militärischen Aufrüstung, auch Teile der Armee konnten für die Bekämpfung innerer Feinde eingesetzt werden, unterhielt die SED für die Niederhaltung und Bekämpfung des inneren Feindes 50000 Mann in den Grenztruppen mit Tausenden »Freiwilligen Helfern der Grenztruppen«, 200 000 Mann paramilitärische Kampfgruppen, FDJ-Ordnungsgruppen sowie paramilitärische GST-Einheiten. Auch SED-Funktionäre waren bewaffnet und konnten im Krisenfall eingesetzt werden. Über 80000 Polizisten verfügte die »Deutsche Volkspolizei«, von denen ein Teil, wie die politischen Abteilungen der Kriminalpolizei und die Bereitschaftspolizei, speziell für die Niederhaltung innerer Feinde vorgesehen war. Der Polizei waren außerdem 8000 Transportpolizisten und 15000 Betriebsschutzleute unterstellt. Die Polizei hatte neben inoffiziellen Mitarbeitern für die politische Kriminalpolizei über 177 500 »Polizeihelfer«, die ebenfalls auch politische Aufgaben hatten. Das Ministerium für Staatssicherheit war mit 90 000 hauptamtlichen und 175 000 inoffiziellen Mitarbeitern das wichtigste Organ zur Kontrolle der Bevölkerung. Innerhalb des MfS standen neben den einzelnen Funktionsabteilungen auch Antiterroreinheiten zur Verfügung, die spezielle Aufgaben bei der Bekämpfung der inneren Opposition hatten.

Diese Gewaltpotentiale konnten jahrzehntelang die gesellschaftspolitischen Eingriffe machtpolitisch sichern. Aber sie waren keine Mittel zur Steuerung der Gesellschaft und im Management einer politischen Krise eher hinderlich. Das wurde 1989 schlagartig deutlich. Daß die Sowjets in der Revolution militärischen Beistand versagten, hatte keine militärische, sondern eine politische Bedeutung. Wichtigster Grund für den Erfolg der Revolution war, daß die Kommunisten nicht mit der für sie verheerenden Wirkung des völligen Verfalls ihrer politischen Legitimität rechneten und auch nicht rechnen konnten. Den Feind, auf den sie sich eingestellt hatten, gab es nicht. Die Westdeutschen waren nicht einmarschiert, die der SED lange bekannten Oppositionellen unternahmen keine Terroranschläge und waren keine westlichen Geheimdienstagenten, das Volk war kein aufgeputschter, faschistischer Pöbel. Demonstranten und Oppositionelle unterliefen die Situationen, die es der SED ermöglicht hätten, den Bürgerkrieg zu erklären. Die SED mußte gleichsam der Entwicklung in den Kirchen und auf den Straßen poli-

tisch hinterherlaufen. Sie war gezwungen, erst ihre Kampfgruppen und schließlich das MfS selbst aufzulösen, um politisch handlungsfähig zu werden. Der Machtapparat kam aus den Fugen, und das »letzte Gefecht« fiel aus, weil die stets von den Kommunisten befürchtete Konterrevolution nicht den Szenarien entsprach, für die sie geprobt hatten.

In den Wochen der Revolution begann sich die Gesellschaft wieder zu regen. »Auferstanden aus Ruinen«, allerdings anders, als es in der kommunistischen Nationalhymne der DDR gemeint war, meldeten sich die unterdrückten Interessen zurück. Die einsetzende Massenflucht widerlegte die Legende von der Interesseneinheit von Volk und Partei. Die Träger der Revolution kamen aus jenen gesellschaftlichen Bereichen, aus Kultur und Kirche, die ihre geistige Unabhängigkeit wenigstens teilweise hatten verteidigen können. Die Beschädigungen der ostdeutschen Gesellschaft und des Kulturraumes trugen unmittelbar zur Auslösung der Revolution bei. Die Nachhaltigkeit der Schäden war allerdings selbst 1989 noch nicht gleich erkennbar. Allein die materiellen Schäden mit unmittelbaren Folgen für die Menschen, die der Kommunismus in Ostdeutschland anrichtete, übersteigen alles, was vorhergehende Perioden auch ohne ökologische Rücksichtsnahmen bewirkten. Die Landwirtschafts-, Energie- und Industrialisierungspolitik richtete so gewaltige Schäden an, daß Generationen noch mit der Sanierung zu tun haben werden. Folge dieser Politik war schon zu DDR-Zeiten, daß die Lebenserwartung deutlich hinter der in westeuropäischen Ländern, besonders der Bundesrepublik, zurückblieb.

Noch folgenreicher war die Liquidierungspolitik in immateriellen Bereichen, da sie die geistigen Lebensgrundlagen der Gesellschaft nachhaltig angriff. Ein Blick auf die Ergebnisse zeigt, daß es sich nicht um einzelne, zufällige Folgen ungünstiger Konstellationen oder ungewollte Nebenwirkungen einer an sich konstruktiven Gesellschaftspolitik handelt. Die Zerstörungen waren systematisch organisiert und einkalkuliert. Im systematischen Vorgehen hatte die Liquidation des genuin Politischen Priorität. Es folgten die Eigentumsverhältnisse, Wissenschaft, Kultur und Religion.

Zunächst wurde von den Kommunisten nach dem Kriege der Zugang zur Politik kanalisiert und der öffentliche Raum für die geregelte Konfliktaustragung geschlossen. Die relativ kleine Gruppe der von Moskau abhängigen kommunistischen Kader konzentrierte auf sich alle Machtfunktionen. Unter dem Deckmantel einer Scheindemokratie erfolgte 1946 die Einverleibung der SPD, die Gleichschaltung der bürgerlichen Parteien als »Blockparteien« und die Dominanz der kommunistischen Politik in allen öffentlichen Institutionen. Dieser Prozeß verlief stets unter Anwendung von Gewalt und kostete zahlreiche Opfer. Nachdem die Kommunisten den Staat erobert hatten, nutzten sie ihn selbst als Terrorinstrument, das die Unterordnung aller Interessen unter die der Partei durchzusetzen hatte. Formal blieb es bei einer institutionellen Trennung von Partei und Staat. Diese Maske fiel aber in einigen Kernbereichen der Machtsicherung. So war das Ministerium für

Staatssicherheit auch offiziell »Schild und Schwert der Partei«, und der Führungsanspruch der SED wurde in der Verfassung festgeschrieben.

Das Außerkraftsetzen politischer Verfahren mußte zur Zerstörung des politischen Denkens und Handelns führen. Die Monopolisierung der Politik durch die Kommunisten führte zu einer Entpolitisierung der Gesellschaft. Anfangs war der Rückzug aus der Politik aus Angst ein Nebeneffekt des Partei- und Staatsterrors. Später wurde diese Entpolitisierung von der SED selbst gefördert. Tatsächlich erreichte die SED auch einen eigentümlichen unpolitischen Konsens, ein Stillhalteabkommen zwischen Herrschern und Beherrschten. Die Bevölkerung nahm zu weit über 90 Prozent an den Einheitswahlen oder an der Jugendweihe teil. Die Leute kamen zu den Massendemonstrationen, unterschrieben fast jede geforderte Übereinstimmungserklärung oder waren zu Millionen Mitglieder in Massenorganisationen. Die vielfach geschworene Treue war für die Herrschenden eine Vergewisserung der »sozialistischen Persönlichkeiten«. Für die Untertanen war die Teilnahme der Freikaufpreis zur Sicherung privater Spielräume. Jahrelang hatte etwa die SED gegen den Konsum westlicher Medien gekämpft. Als sie nichts ausrichtete und die Frustration derer beobachtete, die kein westdeutsches Fernsehen empfangen konnten, ließ sie in Dresden die technischen Möglichkeiten schaffen, damit dort ein unpolitisches unterhaltsames Fernsehprogramm aus dem Westen empfangen werden konnte.

Entpolitisierungsstrategien wurden in den achtziger Jahren auch in den SED-eigenen Unterhaltungskünsten gefahren. Die Kirchen sollten genötigt werden, die in ihnen operierenden kritischen Gruppen zu »theologisieren« und zu »verkirchlichen«. Wenn auch die DDR-Bürger nicht so dumm waren, daß sie auf die seltenen Bananenzuteilungen vor Feiertagen mit politischer Zufriedenheit reagierten, haben diese Entpolitisierungsstrategien doch bis 1989 der SED eine gewisse Stabilität beschert.

Besonders stolz waren die Kommunisten auf die Revolutionierung der Eigentumsverhältnisse. Fast alle Enteignungen waren Unrecht und wurden zumeist brutal durchgesetzt. Die erste große Enteignungsaktion nach dem Krieg war die Bodenreform im September 1945, die sich formal auf Beschlüsse der Siegermächte stützte. Neben dem Großgrundbesitz über 100 Hektar Land sollten Kriegsverbrecher und Naziaktivisten zugunsten von Neubauern, Umsiedlern aus dem Osten und Landarbeitern enteignet werden. Die Reform wurde damals auch von nichtkommunistischen Parteien unterstützt. Doch schon bei dieser Reform wurde häufig den selbst gewählten Verfahren nicht entsprochen, und es kam zu vielen Rechts- und Menschenrechtsverletzungen. Die Enteignung der Industrie begann ab Oktober 1945[31], wobei sich die sowjetische Besatzungsmacht einen kräftigen Anteil durch Demontage oder in Form der »Sowjetischen Aktiengesellschaften« sicherte. In Sachsen sprach sich 1946 eine Mehrheit in einem Volksentscheid für Enteignungen aus. In der SBZ erreichten 1948 die Privatbetriebe nur noch einen Anteil von 40 Prozent der Bruttoproduktion. Seit dieser Zeit

setzte auf die Unternehmer, vorwiegend waren Kleinbetriebe übriggeblieben, ein ungeheurer Druck ein. Häufig wurden sie als »Wirtschaftsverbrecher« angeklagt und hart abgestraft.

Als im Juli 1952 die SED den »Aufbau des Sozialismus« in der DDR beschloß, wurde nach sowjetischem Vorbild die nahezu vollständige Sozialisierung der Wirtschaft angestrebt. Unter anderem sollte »die Justiz mit konstruierten Anklagen und Urteilen ihren Beitrag zur sozialen Liquidierung des gewerblichen Mittelstandes und einer selbständigen Bauernschaft leisten«. Diese Strafverfahren waren »schlecht versteckte Raubzüge des Staates«[32]. Bis zu dem von den Sowjets befohlenen sogenannten Neuen Kurs vom 9. Juni und zum Aufstand am 17. Juni 1953 setzte ein starker Druck auf die Bauern ein, um die Kollektivierung zu erreichen. Mit der Krise der SED 1953 kam dies zunächst zum Stillstand. In einer weiteren Kollektivierungswelle ab 1958 wurde schließlich die gesamte bäuerliche Landwirtschaft erreicht.

Ähnliches geschah auch mit der gewerblichen Wirtschaft und dem Handel. Meist wurden konstruierte Vorwände zur Kriminalisierung der Mittelständler benutzt. Dazu gehörte die berüchtigte »Aktion Rose«[33] im Frühjahr 1953 an der Ostseeküste. In kürzester Zeit wurden bei diesem Raubzug über 600 Hotels, Pensionen, Gaststätten und andere Ferienbetriebe enteignet. Über 400 Eigentümer wurden verhaftet und später verurteilt. Hunderte flohen in den Westen. Als Vorwände dienten manchmal nur das Hören westlicher Radiosender oder geringfügige Bestände von Lebensmitteln, die die Betriebe für die Versorgung der Gäste brauchten. 1971 und 1972 kam es unter dem gerade zur Macht gekommenen Honecker zur letzten großen Verstaatlichungskampagne. An den Methoden hatte sich nichts geändert. Zwang und Erpressung zur »freiwilligen« Einwilligung in die Verstaatlichung waren die Regel. Vielfach wurden willkürlich Steuerlasten festgelegt, die die Inhaber kriminalisierten. Als besondere Demütigung mußten viele ehemalige Unternehmer ihren Betrieb noch eine Weile nach der Verstaatlichung leiten. Danach erzeugten die Staatsbetriebe 99 Prozent der Warenproduktion. Hinter diesen Zahlen verbergen sich unzählige persönliche Tragödien, scharfe Verfolgung und Rechtsbeugungen aller Art. Doch den ostdeutschen Kommunisten stand nicht nur der Sinn nach Enteignung der Wirtschaft. Sie scheuten keinen Rechtsbruch, um an das Eigentum ihrer Bürger heranzukommen. Für die Enteignung von Haus- und Grundbesitz gab es stets politische und ökonomische Vorwände. Besonders begehrlich war die SED auf private Kunst- und Antiquitätensammlungen. »Ein Besitzer von Antiquitäten wurde kurzerhand eingesperrt, er starb nach 14 Tagen in der Haft. In einem anderen Fall hat man den Eigentümer von wertvollen Antiquitäten sogar in eine psychiatrische Klinik eingewiesen. Als er nach zwei Jahren entlassen wurde, waren seine Antiquitäten verschwunden.«[34]

Auch die vielen Flüchtlinge bis 1961 und die Ausreiseantragsteller seit den siebziger Jahren waren eine Reserve für Bereicherungen. Wer in den

Westen ging, dem wurde Vermögen und Grundbesitz abgepreßt. Die herrschende Klasse der Kader bediente sich dabei kräftig. Das Regime war sich auch nicht zu schade, im Laufe der Jahre 30 Millionen DM aus Briefsendungen zu klauen. Und selbst die Pakete aus dem Westen für die Ostverwandten wurden gefleddert. In den Läden der MfS-Offiziere wurde dieses Diebesgut zum Kauf angeboten.

Nach dem Krieg hatten die Institutionen der Wissenschaft und Bildung, die durch Nationalsozialismus und Krieg ideell und personell beschädigt waren, eine kurze Atempause. Mit Billigung der SMAD entwickelten sich Ansätze eines bürgerlich-pluralistischen Geisteslebens an den Universitäten[35]. Eine Schulreform vereinheitlichte die Schulen zwar, ohne aber zunächst den Bildungsauftrag zu gefährden. Doch mit der allmählichen Machtübernahme der Kommunisten versuchten diese, auch Schulen und Hochschulen politisch in die Hand zu bekommen. Die Entnazifizierung trat in den Schatten der »Demokratisierung«, die auf die politische Ausschaltung der bürgerlichen Parteien und ihrer Vertreter hinauslief. Dieser Kampf wurde mit aller Schärfe betrieben. Zahlreiche Professoren und Studentenvertreter wurden verhaftet, in die UdSSR deportiert, und nicht wenige kamen dabei ums Leben. Die Hochschulreformen in den Jahren 1952 und 1958 sicherten nicht nur das politische Übergewicht der SED, sondern führten auch zu einer vollständigen Ideologisierung. Jetzt wurde jede ideologische Abweichung bekämpft und die Dominanz des Marxismus-Leninismus in Forschung und Lehre durchgesetzt. Die bürgerlichen Bildungseliten flohen zu Tausenden.

Mit der Ideologisierung war auch ein qualitativer Niedergang eingeleitet. Da sich ideologische Reinheit und wissenschaftliche Wahrheit an der unbedingten Treue zur Parteilinie bemaßen, schnitt sich die SED selbst ihre intelligentesten Köpfe ab, wie den Leipziger Marxisten Ernst Bloch. Es kam zum nachhaltigen Konflikt von Rationalität und sozialistischem Wissenschaftsbetrieb, der eine latente Innovationsunfähigkeit verursachte und den Wissenschaftler zum Parteisoldaten reduzierte. In den Naturwissenschaften reichten die Schatten von sowjetischen Wissenschaftsscharlatanen, wie den Biologen Mitschurin und Lyssenko, bis in die DDR der sechziger Jahre. Sie übertrugen die Stalinsche Erziehungstheorie auf die Biologie, besonders auf die Pflanzen- und Tierzucht, und fügten damit der Landwirtschaft schwere Verluste zu. Die Genetiker wurden in dieser Zeit verfolgt. Doch selbst als diese Auswüchse überwunden waren und ehemals verfemte Wissenschaftszweige wieder arbeiten konnten, blieb das Primat der Ideologie in den Wissenschaften bestehen. Die »wissenschaftliche Weltanschauung« wurde zur (Stief-)Mutter der Wissenschaft.

So wurde der Naturwissenschaftler Robert Havemann über die Auseinandersetzung mit einer ideologiegeleiteten Wissenschaft zum politischen Dissidenten. Er hatte erstmals 1958/59 seine Bedenken angemeldet, übte aber zunächst noch einmal Selbstkritik. 1963 hielt er seine berühmte Berliner

Vorlesung »Dialektik ohne Dogma«, in der er den Beitrag des Dialektischen Materialismus zur Wissenschaftsentwicklung bestritt. Dies führte zu seiner Amtsenthebung an der Universität und zum Akademieausschluß. Die Technik- und Naturwissenschaften konnten wenigstens die Kluft noch wegen ihrer Nützlichkeit überbrücken, und Naturwissenschaftler, soweit sie sich als Marxisten gaben, lebten mit zwei Materiebegriffen, einem methodischen und einem hermeneutischen, einem für ihre wissenschaftliche Arbeit und einem für ihre politischen Äußerungen. So konnten Naturwissenschaftler auch beachtliche Einzelerfolge erzielen. Insgesamt aber organisierte der Sozialismus die Innovationsverluste und behinderte den denkenden und handelnden Menschen, indem er ihn mit politischen und ideologischen Vorgaben belastete. Als die SED mit Milliardeninvestitionen und großer personeller Ausstattung ein anspruchsvolles Mikroelektronikprogramm in Gang setzte, scheiterte dies, weil sie nie begriff, »wie wichtig der subjektive Faktor Mensch‹ für die auf Hochtechnologie orientierte Volkswirtschaft war. Der Sicherheitsdoktrin folgend war dieser Faktor lediglich ein ideologischer Topos der DDR-Propaganda; der ›Kader‹ war... eine austauschbare ›Beschäftigungseinheit‹«[36].

Die ideologisierten Geisteswissenschaften hatten das politische System zu legitimieren und übten besonders gegenüber dem Westen eine apologetische Funktion aus. Sie wurden ein »extrem artifizielles Gebilde« und »Simulationsraum der Ideologie«[37] mit Berufsideologen als scholastischen Darstellern der kommunistischen Weltmission. Und diese Leistungen waren beträchtlich. Denn oft genug ist der Westen auf diese politische Zweckwissenschaft eingegangen, die auch auf internationalem Parkett agierte. Als etwa die DDR besonders in der Menschenrechtsfrage Ende der achtziger Jahre in die Defensive geraten war, brauchte sie ihre »intellektuellen Krummbukkel«[38], um findig die Freiheitsrechte der Politik unterzuordnen und die internationale Kontrolle der Menschenrechtslage zu umgehen.

Die Kommunisten waren immer zwischen ideologiebedingter Blockade einerseits und Machbarkeitswahn und Wissenschaftsgläubigkeit andererseits eingeengt. Ende der fünfziger Jahre, als der Sputnik die Erde umkreiste, wurde die Wissenschaft zum Götzen des alternden Diktators Ulbricht, der nun meinte, der Sozialismus siege, wenn er wissenschaftlich geleitet würde. Die größten »Erfolge« hatte aber der Sozialismus nur dort, wo er zur rücksichtslosen und menschenverachtenden Instrumentalisierung der Humanwissenschaften überging. Dazu gehörte die »operative Psychologie« des MfS zur Bekämpfung der Opposition oder das ohne ethische Bremsen pragmatisch für politische Ziele eingesetzte Staatsdoping. Hier handelten nicht einzelne ehrgeizige Sportler oder Trainer. Die DDR-Athleten sollten die Überlegenheit des sozialistischen Sports demonstrieren, und tatsächlich staunte die Welt über den Medaillenregen, der zu einem Teil dem systematischen Doping zu verdanken war. Die Risiken dieser Versuche am Menschen hatten die Sportler zu tragen. Oft wurden schon Kinder mit Anabolika, Hör-

monen und anderen leistungsfördernden Mitteln vollgepumpt. Männern wuchsen Brüste, und Frauen wurden zu Männern. Sie standen kurz auf den Siegerpodesten und haben nun oft lebenslang Selbstzweifel und Probleme, die ihnen das Leben mit ihren getrimmten Körpern und gequälten Seelen bereitet[39].

Die Kommunisten glaubten sich auf der Seite des wissenschaftlichen Fortschrittes und blieben in einem anthropologischen Funktionalismus stekken. Dabei liquidierten sie die elementaren Voraussetzungen, die die Wissenschaft und diejenigen, die sie betreiben, brauchen - die Freiheit des Denkens und den freien Lauf der Ideen.

Die SED-Kulturpolitik hatte von Anfang an die Aufgabe, den »gesellschaftlichen Überbau«, damit auch die Kunst, unter die Verfügungsgewalt der Partei und ihrer Ideologie zu bringen, um eine sozialistische Kultur bzw. Nationalkultur zu schaffen. Damit war ein unlösbarer zivilisatorischer Dauerkonflikt programmiert. Das von den Sowjets besetzte Gebiet Mitteldeutschlands konnte keine nationale Identität entwickeln, die sich historisch oder kulturell von der ohnehin nicht eindeutig abgrenzbaren gesamtdeutschen Kultur hätte abspalten können. Die behauptete Nationalkultur der DDR konnte nur die Erfindung einer Tradition sein, die angeblich auf den DDR-Sozialismus zulief. Die großen Gestalten der deutschen Kultur, wie nach langen Wirrungen auch Luther, wurden darum derart interpretiert, daß sich die DDR, wie es schon das Kaiserreich und der NS-Staat getan hatten, eine Tradition schuf, die das Staatswesen in der deutschen Tradition verankern und das »Geschichts- und Nationalbewußtsein«[40] stärken sollte. Diese Art Erbepflege blieb eine gekünstelte und irreale Inszenierung, da die vielstimmige deutsche Kultur mit europäischem Kontext nur dann in die kommunistischen Raster gepreßt werden konnte, wenn sie geistig beschnitten, verkürzt und in weiten Teilen einfach unterschlagen wurde.

Alle in der DDR entstandenen künstlerischen Produkte der »Kulturschaffenden« sollten Äußerungen der sozialistischen Kultur sein, die sich in ästhetischer Hinsicht als »sozialistischer Realismus« auszuweisen hatten. Als Maßstab der Bewertung konnte nur die jeweils herrschende Parteilinie gelten. Da sich aber schon die Vielfalt des von subjektiven Faktoren abhängigen künstlerischen Schaffens überhaupt nicht zu einem monolithischen Ideologiegebilde zusammenbacken ließ, mußte sich die SED unentwegt mit den Abweichungen in Form und Inhalt auseinandersetzen. Die Geschichte der Kulturpolitik ist darum eine wechselvolle Geschichte des Kampfes um Vereinnahmung und Abgrenzung. Wer und was nicht auf die Parteilinie festgelegt werden konnte, nicht instrumentalisierbar war, nicht wenigstens politisch neutralisert werden konnte, wurde ausgeschieden. Im Panoptikum des kulturellen Klassenkampfes findet sich darum die Abwehr des Kosmopolitismus, Formalismus, der Dekadenz und jeder Form der »bürgerlichen« Unkultur. Als den Kulturpolitikern in späteren Jahren nichts mehr einfiel, galt es einfach nur noch, die Kritik an der DDR zu verhindern.

Das kulturpolitische Instrumentarium reichte von der großzügigen Förderung bis zur aufwendigen Kontrolle der Künstler und ihrer Institutionen. An der Spitze der für die Kultur zuständigen Machthierarchie stand die Parteiführung. Ulbricht und Honecker haben sich selbst als Kunstkritiker betätigt und wenn die Gefahr der Ausuferung und Verselbständigung der Kunst drohte, den Parteiknüppel geschwungen. Grotesk war etwa der von Ulbricht befohlene Bitterfelder Weg seit 1959, auf dem mit Hilfe »schreibender Arbeiter« die »Höhen der Kultur« erstürmt werden sollten. Erreicht wurde aber nur der Gipfel der Primitivität. Ulbricht und Honecker leisteten sich auf dem 11. Plenum des ZK der SED im Jahr 1965 den berüchtigten »Kahlschlag«. Es hagelte Verbote und Verdammungen. Die Partei schuf sich damit ihre Dissidenten, u. a. Wolf Biermann. 1976 veranlaßte Honecker persönlich die Ausbürgerung von Biermann und löste damit den Exodus einer großen Anzahl von Künstlern aus. Unter Honecker versuchte die Partei alles, um sich der Künstler zu vergewissern. Mit kurzen Phasen der Lockerung, mit Privilegierung und Bestrafung, mit der Gewährung von Sonderrollen und Sonderrechten sowie der Verhängung von Zensur und Verboten sollten die Künstler auf der Parteilinie gehalten werden. Je stärker aber die Künstlerschaft vom sozialistischen Wege abzuweichen drohte, desto mehr kam es zur konspirativen Durchsetzung der Kulturbereiche mit vielen Künstler-IM des MfS[41].

Daß es eine sozialistische Nationalkultur der DDR nie gegeben hat, kann auch der einfältigste Ideologe im nachhinein nicht bestreiten. Sie ist ein »propagandistischer Hokuspokus«[42]. Beste Einzelleistungen hat es aber immer trotz vieler Rücksichtnahme auf Zensur und trotz verinnerlichter Unterdrückung gegeben. Doch selbst der Begriff für das Flaggschiff der DDR-Kunst, die »DDR-Literatur«, sagt nicht mehr, als daß es einen Bezug der Literaten zur DDR gegeben hat. Selbst diejenigen »DDR-Künstler«, die der SED Förderung und Aufstieg zu verdanken hatten, wurden unversehens zu Ost-West-Existenzen. Sie schrieben in der DDR und veröffentlichten in der DDR und im Westen oder, wenn es besonders kritisch war, auch nur im Westen. Ehemals geförderte Schriftsteller und Künstler flohen in hellen Scharen, viele wurden ausgewiesen oder wurden verdrängt. Die kommunistische Kulturpolitik liquidierte die künstlerische Pluralität und die Freiheit des Künstlers und löste damit einen dauernden Abfall vom politischen Anspruch und der Ideologie aus. Zum Torso des DDR-Kunstbetriebes im Jahr 1989 gehörten dann diejenigen, die am längsten in der DDR geblieben waren. Das waren Künstler, die einfach »noch« in der DDR lebten. Dazu gehörten nicht wenige, die in irgendeiner Form sich arrangiert hatten und die schon deswegen Lieblinge des Publikums waren, weil Lesen und Schauen mit dem Reiz verbunden waren, die kryptische Kritik zu dechiffrieren. Und es gab auch diejenigen, die im Auftrag der Partei den öffentlichen Kunstbetrieb bedienten und für das MfS heimlich über ihre Kollegen schrieben. Letztere repräsentierten wohl mit ihrer künstlerischen Mittelmäßigkeit und

menschlichen Schäbigkeit das, was der kulturrevolutionäre Elan der Kommunisten hervorzubringen vermochte, eine tiefe Verarmung.

Das gilt auch für die städtischen und ländlichen Lebens-, Traditions- und Kulturräume der DDR. Wenn sich auch 1990 mit der Wiedervereinigung keine Utopie verwirklichte und verwirklichen konnte und manche privilegierten Utopisten enttäuscht wurden, brachte die Revolution allein für die historische Substanz der Architektur gerade noch rechtzeitig die Rettung. Die von den Kommunisten angerichteten oder hingenommenen Zerstörungen werden möglicherweise nur noch von den Flächenbombardements im Zweiten Weltkrieg übertroffen. Diese Zerstörungen folgten einerseits aus der wirtschaftlichen Schwäche und waren andererseits auch ideologisch verursacht. Nach Kriegsende begann es mit dem Einreißen von Schlössern. Später verrotteten Kirchen, Baudenkmäler aller Art und ganze Innenstädte. Die Kommunisten ließen sprengen, um ihre Überlegenheit in öden Symbolbauten zu demonstrieren.

Die deutschen Kommunisten mußten auf sowjetische Weisung zunächst den Kirchen nach 1945 einen gewissen Spielraum einräumen. Diese taktische Duldung wurde eingeschränkt, als die Sowjets ihre deutsche Provinz dauerhaft sicherten. Es begann 1948 nach sowjetischem Vorbild eine atheistische Propaganda in den Schulen, im Wissenschaftsbereich und in den Medien, in der Religion als Ideologie des Kapitalismus und Imperialismus denunziert wurde. Bald folgten administrative Maßnahmen. Seit Dezember 1952 bereitete die SED-Führung unter Leitung des FDJ-Vorsitzenden Honecker den systematischen Kampf gegen die Jugendarbeit der Kirchen vor, weil diese der kommunistischen Jugendorganisation als Konkurrenz erschien. Die Junge Gemeinde sollte als westliche Tarnorganisation entlarvt werden. Die SED entfesselte eine Verfolgungskampagne gegen junge Christen und Jugendpfarrer. In einer großen Verhaftungswelle wurden zahlreiche Jugendliche und über 70 Theologen und Jugendleiter verhaftet und manche zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt. Im Laufe der Exzesse organisierten die Kommunisten in Schulen und in Betrieben Austrittskampagnen unter Einsatz massivsten Druckes. Wer sich nicht von der Jungen Gemeinde lossagte, dem drohte die Entfernung aus den Oberschulen und Universitäten. In kurzer Zeit wurden so etwa 3000 Schüler und knapp 2000 Studenten relegiert.

Nach dem Aufstand 1953 vollzogen die Kommunisten einen Strategiewechsel, da sie die Bevölkerung nicht wieder bis zum Äußersten reizen wollten. Nun wurden die bis 1989 gültigen Prinzipien einer Kirchenpolitik eingeführt, die überaus wirksam waren. Offen und verdeckt wurden die Claqueure der Kommunisten gefördert, die materielle Korrumpierung einzelner Kirchenleute organisiert, die konspirative Unterwanderung und Zersetzung der Kirchen eingeleitet und die antireligiöse Propaganda verstärkt. Kernstück war die Kompensation von Religion durch die Angebote einer sozialistischen Ersatzreligion. So wurde seit 1955 die Jugendweihe unter erhebli-

chem Druck eingeführt. Die Jugendweihe bildete in wesentlichen Teilen die kirchliche Konfirmation bzw. Firmung nach. Die Teilnehmer sollten durch ein Gelöbnis auf Staatstreue und Sozialismus festgelegt werden. Durch tatsächliche und angedrohte Benachteiligungen wurde die Jugendweihe praktisch zur Zwangsveranstaltung. Die Kirchen verloren dadurch einen großen Teil der jungen Generation. Auch andere Rituale wurden den kirchlichen nachgebildet, wie die sozialistische Namensweihe der Taufe oder die sozialistische Eheschließung der Trauung. Dazu kamen die kultische Verehrung von Personen, ein sozialistischer Festkalender, ein ausgeprägter Staatskult sowie die Ritualisierung des Militärischen.

Trotz innerer Abwehr gegenüber der Ideologie und der Kritik von propagandistischen Überzeichnungen haben große Teile der Bevölkerung den sozialistischen Religionsersatz angenommen und die Zwangslagen bei ihrer Durchsetzung verdrängt, da lebensbegleitende Riten stets auch einen sozialen Anteil haben, der von den Menschen privat genutzt wurde. Daß auch Intellektuelle und die jüngere Intelligenz dem Sog der marxistischen Weltanschauung erlagen, rührte teils aus den schweren Bildungsdefiziten, die die kommunistische Erziehung hinterließ, und teils aus der Einbildung, daß die marxistischen Deutungsmuster von Geschichte und Gesellschaft eine Wahrnehmung der Realität seien. Das metaphysische Geschichtsbild, in dem praktisch handelnde und eigenverantwortliche Individuen keinen Platz hatten, tröstete über die politische Entmündigung hinweg, indem die Angehörigen des Staatskollektivs zu »Siegern der Geschichte« erklärt wurden. Daß ein solches Konstrukt überhaupt Religion ersetzen konnte, lag auch an seiner emotionalen Stützung. Hier war es vor allem die Erziehung zum Haß und ein Feindbilddenken, das dem Glauben an die kommunistische Vision Erlösungsqualität gab. Den Kindern wurde erzählt: »Lenin hat gesagt, diese Zeit, in der die Tränen nicht mehr gebraucht werden, hat einen Namen. Sie heißt nicht Weihnachtszeit und nicht Frühlingszeit. Merkt euch das schwere Wort. Sie heißt: Kommunismus!«[43]

Das Projekt der SED, eine sozialistische und atheistische Kultur durchzusetzen, fußte auf einer Zerstörung wesentlicher traditioneller Grundlagen der Gesellschaft. Das reichte von Sprachregelungen, die Christliches aus dem Alltag verbannen sollten, bis hin zur gezielten Vernichtung des christlichen Erbes. Wenn Widerstand aufkam, wurde Gewalt angewendet. Eines der markantesten Beispiele dafür war der fast zehnjährige Widerstand gegen den Abriß der Leipziger Universitätskirche, die am 30. 5. 1968 in einem Akt von Kulturvandalismus gesprengt wurde[44]. Die Kommunisten haben ihren Machtvorteil und ihre Erfolge im Kampf gegen die Religion stets als Bewahrheitung ihrer Weltanschauung ausgegeben. Als sie durch ihre Kirchenpolitik einen Teil der Kirche bewegen konnten, um der Selbsterhaltung willen zu schweigen oder gar zu akklamieren, galt ihnen dies auch noch als Bestätigung ihrer Humanität und Toleranz.

Zu allen Zeiten waren die Kommunisten in der offenen geistigen Ausein-

andersetzung auch feige. Es gab nie einen echten christlich-marxistischen Dialog, da sich der Staatsmarxismus einer wirklichen geistigen Debatte nicht stellte. Kirchliche Versuche, der ideologischen Herausforderung zu begegnen, führten zu Verfolgungen. Der Studentenpfarrer Siegfried Schmutzler in Leipzig wurde 1958 zu einer hohen Strafe verurteilt, weil er den offenen Dialog mit Studenten um den marxistischen Philosophen Ernst Bloch organisierte. In späteren Jahren wurde dies schon vorbeugend verhindert. Denn es galt immer der dialektische Zynismus: »Den Kampf gegen die Religion muß man als Kampf für die Befreiung der Gläubigen vom Joch der religiösen Irrtümer betrachten. Dabei haben die Kommunisten es niemals für zulässig gehalten, den Gläubigen das Recht zu nehmen, solche falschen Ansichten zu haben.«[45]

Die in die Enge getriebene, ihrer unabhängigen sozialen Organisation und ihrer Interessenvertretungen beraubte Gesellschaft befand sich stets im Zustand einer Dauerflucht, auf der Flucht vor dem totalen Zugriff und der Suche nach einem wenigstens minimal selbstbestimmten Leben. Wolf Biermann plädierte 1976 bei seinem letzten Auftritt in der DDR für das Standhalten und warnte vor der Flucht in die »private Idylle oder die Karriere«[46]. Doch die Flucht war allemal leichter. In die privaten Nischen flüchteten fast alle. Millionen haben die Flucht in den Apparat angetreten. Über zwei Millionen Mitglieder hatte allein die SED. Die Motive waren oft unpolitischer Natur, etwa Karrierewünsche und einfach auch Teilhabeverhalten, um Konflikten zu entgehen. Das konnte die SED noch ertragen, denn auf diese Weise blieb ihr wenigstens noch die Verfügungsgewalt.

Diese Verfügung verlor sie aber, wenn die Menschen in den Westen flüchteten. Es gibt kaum ein Land in Europa nach dem Weltkrieg, dem ein so großer Anteil der Bevölkerung davongelaufen ist wie der SBZ/DDR[47]. Die Kommunisten haben die von ihnen beherrschte Bevölkerung regelrecht in die Flucht geschlagen. 1990 hatte die DDR noch gut 16 Millionen Einwohner. Bis dahin hatten etwa 4,6 Millionen Menschen, etwa ein Viertel der Bevölkerung, ihre Heimat verlassen. Über die Motive der Flüchtlinge bestehen im Grunde keine Zweifel. In den Wirren der Nachkriegszeit gab es Wanderungen, die durch Familien- und Heimatbindungen begründet waren. Aus dem Westen kam aber weniger als ein Prozent der Einwohner in den Osten, von denen einige politisch motiviert waren. Insgesamt handelte es sich bei der Flucht aus dem Osten weit überwiegend um eine politische »Abstimmung mit den Füßen«, eine radikale Absage an das soziale, wirtschaftliche und politische System. Vor dem Mauerbau stehen die Flüchtlingszahlen mit den Repressionen in einem unmittelbaren Verhältnis. So flohen allein 1953, dem Jahr des Aufstandes, über 330000 Menschen. Spürbar war auch die Massenflucht von besonders bedrückten Gruppen. So flohen viele Bauern trotz ihrer traditionellen Bodenständigkeit Anfang der fünfziger Jahre und verstärkt 1960 nach der Zwangskollektivierung. Bürgerliche, Wissenschaftler, Mediziner, Künstler, Christen gingen gehäuft, wenn in ihren Lebensbereichen starker Druck ausgeübt wurde.

Die Sowjets und die SED hatten schon früh versucht, die Grenzen undurchlässig zu machen, und verfolgten jeden Fluchtversuch. 1957 führte die SED den schon sprachlich entlarvenden Straftatbestand »Republikflucht« ein. Seitdem füllten schon vor dem Mauerbau Flüchtlinge die Gefängnisse. Der Mauerbau am 13. August 1961 schloß das verbliebene Schlupfloch Berlin. Bis dahin waren schon 3,5 Millionen gegangen. Trotz Strafandrohung, Stacheldraht, Minen und Schießbefehl setzte sich bis zum Ende der DDR eine weitere Million ab. 461000 Menschen gelang eine Flucht. Die Mehrheit setzte sich bei privaten und dienstlichen Reisen ab. Über die schwer bewachten Grenzen flohen mehr als 30000. Weiteren 70000 gelangen solche Unternehmungen nicht, und sie landeten in Gefängnissen. Über 900 kamen ums Leben und mehr noch wurden teilweise schwer verletzt. Die Energie der Flüchtlinge zeigte sich an der Art der Fluchtversuche, der hohen Risikobereitschaft und auch dem Erfindungsgeist im Einsatz der Fluchtmittel: durch Tunnel und mit Ballons, mit umgebauten Fahrzeugen für gewaltsame Grenzdurchbrüche, auf Luftmatratzen und selbstgebauten Wasserfahrzeugen, mit Leitern und Seilbahnen, in den ausgefallensten Verstecken in Zügen und LKW, mit gefälschten Dokumenten oder über Fluchthelferorganisationen.

Auch Antragsteller für die sogenannte »legale« Ausreise gingen in der Regel ein hohes Risiko ein. Nur ein kleiner Teil konnte relativ leicht die Ausreise erlangen. Dazu gehörten Alte, Invalide, Pflegebedürftige, Fälle der Familienzusammenführung und solche, die der DDR keinen ökonomischen Nutzen mehr brachten. Es entspann sich ein regelrechter kalter Bürgerkrieg zwischen der SED und den Antragstellern. Diese sollten von ihrem Vorhaben abgebracht werden, und die Anträge wurden von den Behörden meist überhaupt nicht entgegengenommen. Sie wurden beruflich ausgegrenzt, um ihren Besitz gebracht, aus Bildungsanstalten vertrieben, vielfach kriminalisiert, wo immer es ging erpreßt, verfolgt, mit Geldstrafen belegt und inhaftiert. Das alles geschah entgegen internationalen Verträgen, die die DDR eingegangen war. Im Gegenzug unternahmen die Antragsteller Demonstrationen, Botschaftsbesetzungen, richteten Hilfsersuchen an westliche Politiker oder internationale Gremien, organisierten sich in Gruppen und leisteten durch politische und soziale Verweigerungen aller Art passiven und aktiven Widerstand.

Die SED versuchte alles, um Flucht und Ausreisebegehren einzudämmen. Der Staatsapparat, das MfS, die Betriebe richteten eigene Arbeitsbereiche ein. 1984 wurde eine Art Befreiungsschlag durchgeführt. Über 20 000 Menschen wurden in den Westen entlassen, um die hartnäckigen Antragsteller loszuwerden. Doch danach vervielfachten sich sofort die Anträge. Es wurde ideologisch und propagandistisch alles versucht, die Antragsteller »zurückzugewinnen«. Die Legende von der Ab Werbung von DDR-Bürgern durch den Westen wurde in vielen oft absurden Versionen bis 1989 verbreitet. Hinzu kam die Verdächtigung der Flüchtlinge als Faschi-

sten, Spione, Kriminelle, Arbeitsscheue, Irregeleitete u.a.m. Trotz allem stieg die Zahl der Anträge. Ende 1988 gab es trotz vorhergehender Massenentlassungen aus der DDR-Staatsbürgerschaft 113 000 Anträge. Mehr als eine halbe Million Menschen haben ihre Ausreise »legal« erreicht.

Die Massenflucht hat den ostdeutschen Kommunisten schwer geschadet, ihre Herrschaft delegitimiert und war schließlich ein wichtiger Faktor der Revolution 1989. Aber der Aderlaß von Menschen, unter ihnen oft die wirtschaftlich hochmotivierten und intellektuell potenten Eliten, hat die ostdeutsche Gesellschaft auch beschädigt und geistig verarmen lassen.

Zu den traurigsten Kapiteln der SED-Gesellschaftspolitik gehören die vielen politisch motivierten Selbstmorde, die Flucht in den Tod. Die DDR hatte neben Ungarn die höchste Selbstmordrate in Europa[48]. Noch ist nicht umfassend geklärt, ob und wie viele dieser Selbstmorde einen politischen Hintergrund hatten. Aber es gibt auch kein Land in Europa, in dem so viele Selbstmorde im Zusammenhang mit der Politik der Kommunisten stehen. Die SED hat seit Mitte der siebziger Jahre keine Statistiken mehr veröffentlicht. Sie hatte Gründe. Solche Selbstmorde signalisierten die Ausweglosigkeit von Individuen in Situationen, die für sie unerträglich waren, weil sie in der geforderten Unterwerfung um ihre Würde gebracht und im Kern ihres Wesens getroffen wurden. Das aber geschah mit vielen Menschen, die in die Mühlen kommunistischer Behandlung gerieten. Der Tod aus Überforderung und Selbstmorde waren häufig Gegenstand der Literatur in der DDR, die oft als Seismograph der psychosozialen Situation fungierte. Christa Wolf hat sich in mehreren Texten mit diesem Problem auseinandergesetzt. Ulrich Plenzdorf hat in seiner Erzählung »Die neuen Leiden des jungen W.« einen jungen Arbeiter an einem Explosionstod sterben lassen, den dieser nach Verweigerung sozialistischer Kollektivzwänge bei einem Experiment herbeiführte, das eine eigene individuelle Leistung darstellen sollte. Reiner Kunze dokumentierte in »Die wunderbaren Jahre« einen Schülerselbstmord.

Bauern, Handwerker oder kleine Unternehmer, die um Hab, Gut und Tradition gebracht wurden, flüchteten in den Tod. Der Druck, um den Preis der Karriere sich von Tradition, Religion und manchmal auch von den »reaktionären« Familienmitgliedern zu trennen, führte auch bei Funktionären der SED oder bei Wissenschaftlern zum Selbstmord. Als sich in einer solchen Lage 1958 der Rostocker Historiker Johannes Nichtweiß das Leben nahm, meinte die dortige SED-Führung, der Wissenschaftler hätte »unmarxistische Schlußfolgerungen«[49] gezogen. In jeder der zahlreichen kommunistischen Repressionswellen gab es gehäuft Selbstmorde. Während der Zwangsaussiedlungen aus den Grenzgebieten 1952 unternahmen eine größere Anzahl Deportierter Selbstmordversuche. Mehrere wurden vollendet. In Sonneberg/Thür. ging ein Ehepaar mit zwei Kindern in den Freitod[50].

Eine große Anzahl politischer Gefangener nahm sich das Leben[51]. Suizide kamen häufig schon in den Untersuchungshaftanstalten vor. So wurden

1959 18 und von Januar bis September 1960 17 Suizide allein von Untersuchungshäftlingen registriert. Noch im Zeitraum zwischen dem 1.1.1977 und dem 15.10.1978 ereigneten sich 21 Suizide und 46 Versuche im Strafvollzug. Auch in der Armee, besonders bei den Grenztruppen, kam es häufig zu Selbstmorden. Von Dezember 1987 bis November 1988 gab es bei den Grenztruppen 22 Suizidversuche, bei denen acht Soldaten starben. Nur fünf hatten private Ursachen. Durch Bespitzelung, politische Indoktrination und erfahrene Sinnloskeit des Dienstes wurden junge Soldaten in die Isolierung und zur »Selbstaufgabe«[52] getrieben.

Die zahlreichen hochriskanten und häufig mißglückten Fluchtversuche über die waffenstarrenden und mit Tötungsmaschinen bewehrten Grenzen tragen in sich eine Komponente des letzten Risikos, das den Tod einkalkuliert hatte. Die Chancen, die Grenze überwinden zu können, standen häufig in keinem Verhältnis zu den eingegangenen Risiken und waren oft die letzte Möglichkeit, die erfahrenen Demütigungen zu kompensieren. Auch Ausreiseantragsteller haben die Strapazen langjähriger Ausgrenzungen und Verfolgungen in der Wartezeit nicht durchgestanden und nahmen sich das Leben[53]. Der politisch motivierte Selbstmord bekam bisweilen größere Öffentlichkeit, wenn prominente Politiker betroffen waren. 1965 hatte schon der Selbstmord des Politbüromitgliedes und wirtschaftspolitischen Aufsteigers Erich Apel nach Auseinandersetzungen mit Honecker und Günter Mittag Aufsehen erregt. 1974 nahm sich der Wirtschaftswissenschaftler Arne Benary das Leben. Prominente Selbstmörder hatten sich nach der Propaganda in einem »Anfall von Depressionen« das Leben genommen.

Zu den politisch induzierten Selbsttötungen gehören auch zahlreiche Selbstmorde von Jugendlichen. Darunter waren immer wieder Oppositionelle und viele in kirchlichen Gruppen Engagierte, die dem seelischen Druck nicht standhielten. Manchmal waren sie in Haftanstalten zur Zusammenarbeit mit dem MfS genötigt worden und konnten dies nicht verkraften. Hierher gehört möglicherweise auch der Tod des Jenaer Oppositionellen Matthias Domaschk, der 1981 nach nächtlichen Verhören unter einen derartigen psychischen Druck gesetzt wurde, daß er sich selbst erhängte. Ob die Staatssicherheit auch auf andere Weise nachgeholfen hat, ist bis heute ungeklärt[54]. Das MfS notierte Anfang der achtziger Jahre bei der Bearbeitung oppositioneller Kreise: »Die im Berichtszeitraum weiter angestiegene Zahl der Suizidversuche und -absichten ist als Ausdruck einer Tendenz der Ausweglosigkeit, Labilität, Resignation sowie nicht bewältigter persönlicher, beruflicher und gesellschaftlicher Konflikte unter einem Teil des operativ interessierenden Personenkreises zu werten.«[55]

Erschütternd sind auch die Berichte von Selbsttötungen von Kindern. Diese kamen häufig in den staatlichen Zwangserziehungseinrichtungen vor. Andere nahmen sich das Leben, weil sie und ihre Familien politischen Willkürmaßnahmen ausgesetzt waren. Ein 15jähriger Junge war mit seinen Eltern im Grenzgebiet im Kreis Ludwigslust ausgebürgert worden. Sein Va-

ter war beschuldigt worden, in der NS-Zeit Ortsbauernführer gewesen zu sein, was schon nicht stimmte, da der Mann erst 1927 geboren war. Der Junge kehrte heimlich mehrfach zurück und erhängte sich im Haus seiner zurückgebliebenen Großeltern[36]. Die Pastorin Ursula Meckel aus Thale wagte es, 1980 eine Traueranzeige auszuhängen: »Unsere Gemeinden trauern um den Konfirmanden, das Kind Volker M(xxx), geboren am 14.12.1964 in Thale. Er hat sich am 24. 5.1980 in Halle in einer Strafvollzugseinrichtung erhängt! Vom Kreisgericht Quedlinburg war er am 25.4. 1980 zu 12 Monaten Freiheitsentzug verurteilt worden, weil er versucht hatte, die DDR zu verlassen. Matth. 18.«[57]

Selbstmorde sind Zeichen für die Umwelt und ihre Ankündigungen oft flehende Bitten um Gehör. Gehör wollte sich auch der Pfarrer Oskar Brüsewitz verschaffen, der nach dem Vorbild des tschechischen Studenten Jan Palach, der sich aus Protest gegen die Vergewaltigung seines Landes 1969 in Prag selbst verbrannte, im August 1976 in Zeitz mit Benzin übergoß und anzündete. Er führte das Plakat mit: »Die Kirche in der DDR klagt den Kommunismus an! Wegen Unterdrückung in Schulen, an Kindern und Jugendlichen.«[58] Als diese Selbstverbrennung die Menschen beschäftigte, sprach Wolf Biermann in der Kirche von Prenzlau von einer »Flucht in den Tod«[59]. Er wollte damals junge Menschen für ein Standhalten im Leiden und ein Bleiben in der DDR aus der Hoffnung auf Veränderungen ermutigen. Doch der Freitod von Brüsewitz war mehr als nur eine Flucht aus Resignation. Er war die letzte Möglichkeit seiner Gegenwehr.

Die Kommunisten und ihre Helfershelfer haben damals nur zynisch reagiert und Brüsewitz als krank, sexuell abnorm und eben religiös anormal diskreditiert. Zynisch reagieren die kommunistischen Altkader und ihre ideellen und juristischen Verteidiger noch heute. Für sie sind etwa riskante Fluchtunternehmen bis heute lediglich Angelegenheit von Psychopathen. Die Flüchtlinge hätten schließlich gewußt, daß geschossen wird. In dieser Logik ist der Mensch, nicht der Kommunismus, das Risiko.

Repression und Gewalt - Phänomene der permanenten Revolution

Die Kommunisten sicherten sich seit 1945 alle Instrumente der Macht, und nahtlos knüpften sie an die Gewaltakte der sowjetischen Siegermacht an. Sie verfügten über bzw. okkupierten den Staat und seine Organe, bauten einen nach innen gerichteten Geheimdienst auf und instrumentalisierten das Rechtswesen. Die Grundrechte wurden aus politischen Gründen willkürlich eingeschränkt. Mit Willkürmaßnahmen, Verhaftungen, Schauprozessen, Drohungen wurde offene Gewalt ausgeübt. Diese wich später anderen, nur scheinbar »weicheren« Formen der Unterdrückung. Das Nachlassen der Repression beruhte lediglich auf einem Methodenwechsel, der im MfS, in der

politischen Justiz, den sozialen Repressionsorganen und den ideologischen Zwangsinstrumenten zum Zuge kam. Der Terror wurde - u. a. aus außenpolitischen Gründen - stärker verdeckt ausgeübt. Die Entwicklung vom »bekennenden«[60] zum verdeckten Terror war so erfolgreich, daß selbst im Westen eine gewisse Liberalisierung in der DDR wahrgenommen wurde. Zu keiner Zeit aber konnte das Regime auf Gewalt und Gewaltmittel verzichten. Bis 1989 trugen diese Methoden den Charakter eines Bürgerkrieges, der sich, ideologisch veredelt, als revolutionärer Prozeß und Diktatur des Proletariats ausgab. Die direkte und indirekte Gewalt war immer von zynischer Propaganda begleitet, und die Opfer wurden verhöhnt. Das Bauernlegen Ende der fünfziger Jahre lief unter dem Motto »Der Apfel ist reif!«. Die SBZ/DDR war ein kleines Land. Trotzdem gab es nahezu alle politisch motivierten Massenverbrechen.

Die sowjetische Besatzung legte der Bevölkerung schwerste Lasten auf. Reparationen, Demontagen, die Ausnutzung und Verschleppung von Wissenschaftlern[61] waren Folgelasten des Krieges, die angesichts der deutschen Zerstörungen in den Kriegsgebieten selbst vielen Deutschen gerechtfertigt erschienen. Doch in den von den Sowjets angewandten Methoden und der extensiven Ausbeutung drückte sich auch der menschenverachtende kommunistische Staatsterror der Stalinzeit aus. Als ab 1944 die sowjetischen Truppen die ost- und mitteldeutschen Gebiete besetzten, kam es zu ungeheuerlichen Gewaltexzessen von Sowjetsoldaten gegen die Zivilbevölkerung, die von der sowjetischen Führung geduldet wurden. Mit Mord, Raub oder Vergewaltigung sollten die Deutschen gedemütigt werden. Diese Übergriffe rührten nicht nur aus den alle menschlichen Maßstäbe brechenden Kriegszuständen und aus dem Racheverlangen der von den Deutschen geschundenen Russen, sondern waren auch politisch geduldet und gewollt. Die deutschen Kommunisten, die unter Ulbricht in der SBZ zu Handlangern der Besatzer wurden, haben diese Übergriffe oft schweigend hingenommen und den Opfern meist Hilfe verweigert.

Als sich späterhin die Lage etwas normalisierte, blieben die Übergriffe und Gewaltverbrechen der Roten Armee bis 1990 an der Tagesordnung. Obwohl die Bevölkerung regional immer einiges davon wahrnahm, wurde diese Kehrseite der angeblichen deutsch-sowjetischen Freundschaft stets vertuscht und tabuisiert. Gut eine halbe Million sowjetische Soldaten waren in der DDR stationiert. Dies war nicht nur ein Kostenfaktor für die ostdeutsche Wirtschaft, sondern war stets auch eine Quelle von Kriminalität. Noch in den achtziger Jahren wurden von sowjetischen Soldaten mehr als 20000 Straftaten begangen[62]. Neben vielen Gewalttätigkeiten starben 100 Menschen durch Mord, Schießereien oder leichtfertig verursachte Unfälle. Sehr häufig kam es zu Vergewaltigungen. Auf das Konto der Soldaten gingen auch jährlich 1500 Einbrüche, die oft zur Versorgung der Soldaten ausgeführt wurden, rücksichtslose Umweltverschmutzungen und zahlreiche Waldbrände.

Trotz rechtlicher Vereinbarungen mit der DDR ver- und behinderten die sowjetischen Kommandeure die Verfolgung dieser Straftaten und legten ihre Besatzermentalität mitten im Frieden nie ab, auch wenn es viele Berichte über menschliches Verhalten und sogar Hilfeleistungen durch sowjetische Soldaten und Offiziere gibt. Das Auftreten der Besatzer ging einerseits auf die faktische Dominanz des sowjetischen Militärs auch gegenüber den ostdeutschen »Waffenbrüdern« zurück. Andererseits muß auch die Lage der sowjetischen Soldaten gesehen werden. Die Verhältnisse in der Roten Armee waren derart menschenunwürdig, daß Soldaten häufig zur Verzweiflung getrieben wurden und jede Selbstkontrolle verloren. Die Soldaten waren von normalen sozialen Kontakten abgeschnitten, mußten härteste Strafen hinnehmen, wurden in ihrer kulturellen Identität verletzt und in jeder menschlichen Regung eigener individueller Bedürfnisse unterdrückt. Sie wurden unmenschlich in dieser kommunistischen Armee geschunden, und insgesamt hat die Masse der Soldaten mehr Leiden auf sich genommen, als dieses in aggressivem Verhalten weiterzugeben. Dafür stehen nicht nur viele verzweifelte und sinnlose Fahnenfluchten, sondern auch die hohe Sterblichkeit unter den Soldaten. Obwohl die DDR-Behörden versuchten, diese Erscheinungen zurückzudrängen, hatten sie selbst Anteil daran. Sie verzichteten mit der von ihnen verantworteten absoluten Nachrichtensperre auf den entscheidenden politischen Druck. Den aber wollten sie nicht ausüben, hing doch ihre Macht wesentlich von diesen »Freunden« ab.

Zu den kommunistischen Verbrechen, die Formen der Massenvernichtung annahmen, müssen die zehn Internierungslager gezählt werden, die der sowjetische Geheimdienst (NKWD) 1945 einrichtete und von denen drei bis 1950 bestanden. Für zwei dieser Lager wurden ehemalige NS-Konzentrationslager genutzt. Offiziell wurden diese Lager bis 1989 in der DDR verschwiegen. 1990 gab es dazu die ersten konkreten Nachrichten: »Sowjetische Archivdokumente belegen, daß in den genannten Lagern in der Zeit ihres Bestehens von 1945 bis 1950 122671 Deutsche einsaßen, von denen 45 262 wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. 14202 Häftlinge wurden dem Mdl der DDR übergeben. 12770 Personen wurden in die UdSSR gebracht. 6680 wurden in Kriegsgefangenenlager überführt. 212 Häftlinge flüchteten. In der gesamten Zeit verstarben nach vorhandenen Angaben 42 889 Personen infolge von Krankheit, vor allem 1945-1947. Durch das Militärgericht wurden 756 Personen zum Tode verurteilt. Hinweise auf Grabstätten wurden in den Archiven nicht gefunden.«[63]

Bei den Zahlenangaben handelte es sich um Mindestzahlen, die inzwischen korrigiert werden mußten. 1993 wurden als Höchstzahlen 234300 Gefangene angegeben, von denen 105 500 ums Leben kamen[64]. In diesen Zahlen sind nicht die Menschen erfaßt, die unmittelbar nach ihrer Entlassung an den Folgen der Haft starben oder nach ihrer Verschleppung in die UdSSR dort ums Leben kamen.

Inzwischen steht auch fest, daß zu den Internierten eine große Anzahl

kleiner Nazis bzw. nomineller Mitglieder von NS-Organisationen gehörte und vollkommen Unbelastete, die lediglich Opfer von Denunziationen waren. Schon seit 1945 wurden auch zahlreiche Personen interniert, die den Sowjets als unbotmäßige Kommunisten, Sozialdemokraten oder Mitglieder anderer Parteien im Wege standen[65]. Die Lager waren deswegen vor allem Konzentrationslager, die zur Machtsicherung der Kommunisten dienten. Die Abrechnung mit dem Nationalsozialismus war schließlich nicht mehr das Hauptmotiv zur Unterhaltung der Lager, wenn auch unter den Opfern eine nicht näher bestimmbare Anzahl von wirklichen Nazitätern gewesen ist. Ihr Vorbild waren die Stalinschen Todes- und Arbeitslager, die seit den zwanziger Jahren in der UdSSR existierten. Wie dort wurden die Häftlinge mit Kälte, Hunger, Verweigerung von medizinischer Betreuung, Arbeit, Folter und Isolierung getötet.

Weitere Konzentrationslager für Deutsche existierten in Polen, wo ebenfalls Tausende umkamen. Auch hier wurden ehemalige NS-Konzentrationslager weitergeführt. Diese Lager sind im Zusammenhang mit der nationalen Abrechnung der Polen mit Deutschen zu sehen. Aber sie waren zugleich auch Instrumente der polnischen Kommunisten für ihre Herrschaftssicherung, und die vom polnischen Sicherheitsdienst verübten Grausamkeiten entsprachen den Methoden des NKWD[66].

Wie in der Sowjetunion hat die sowjetische Besatzungsmacht Deportationen durchgeführt und ca. 128 000 Zivilisten unmittelbar nach Kriegsende in sowjetische Arbeitslager verschleppt. Oft gab es bei diesen Menschen überhaupt keinen NS-Bezug. Überwiegend Frauen und Jugendliche wurden häufig bei der Besetzung aufgegriffen und sofort deportiert. Von ihnen sollen über 47 000 umgekommen sein[67].

Die sowjetischen Militärtribunale (SMT) verurteilten bis Anfang der fünfziger Jahre etwa 30000 Soldaten und 40000 Zivilisten. Teilweise sind diese in den Internierungslagern oder in sowjetischen Arbeitslagern festgehalten worden. Die Anzahl der Toten bzw. Hingerichteten ist bislang nicht bekannt[68]. In den ersten Jahren gab es bei vielen dieser Verurteilten einen NS-Bezug, später fehlte dieser häufig. Dann überwogen Verurteilungen von Personen, die sich gegen die »neue Ordnung« vergangen hatten. Die Brutalität der Gefangenenbehandlung, besonders während der Untersuchungshaft, kannte keine Grenzen. Schlafentzug, Hunger, Steh- und Wasserzellen, Prügel und überhaupt jede mögliche Form der Folter wurden zur Geständniserpressung eingesetzt. In den völlig überbelegten sowjetischen und deutschen Haftlagern grassierten Krankheiten, herrschten Hunger und Kälte. Die Gefangenen waren den Wachmannschaften schutzlos ausgeliefert. Ein tragisches Schicksal erlitten Tausende Jugendliche, oft noch Kinder, die beschuldigt wurden, als faschistische Partisanen dem »Werwolf«[69] anzugehören. Es gab kaum solche Aktivitäten, und die Jugendlichen waren Opfer von willkürlichen Verhaftungen oder durch Folter erzwungenen Geständnissen. Sie wurden hingerichtet oder starben an den Strapazen in den

Lagern. Ihre verschonten Altersgenossen, die fast alle auch in den nationalsozialistischen Kinder- und Jugendorganisationen erfaßt waren, konnten damals schon mühelos in der FDJ Mitglieder und Funktionäre werden.

SMT arbeiteten noch bis Mitte der fünfziger Jahre, wenn zuletzt auch nur noch in ausgesuchten und politisch wichtigen Fällen. Manche der Abgeurteilten wurden noch in die UdSSR gebracht und kamen dort ums Leben. Deutsche Kommunisten und die von ihnen schon seit 1945 dominierte Polizei mit der berüchtigten Abteilung K5, einer der Vorgängerorganisationen des MfS, halfen bei der Verfolgung von Demokraten und übergaben ihre Ermittlungsergebnisse an die sowjetischen Behörden. Das ostdeutsche Justizwesen war schon seit Ende der vierziger Jahre fast vollständig in die Hände der Kommunisten geraten und wurde vom ZK der SED gesteuert. Als eine besonders verbrecherische Aktion der SED gelten die Waldheimer Prozesse aus dem Jahr 1950. Als die sowjetischen Behörden die Internierungslager auflösten, übergaben sie den DDR-Behörden neben 10 000 schon verurteilten Gefangenen etwa 3400 noch nicht verurteilte Internierte. In wenigen Wochen, von April bis Juni 1950, wurden Tausende Geheimprozesse geführt, die vom ZK der SED organisiert wurden. In diesen Schnellverfahren in der Strafanstalt Waldheim mit von der SED ausgesuchtem Justizpersonal wurden 32 Todesurteile gefällt und etwa 2000 Haftstrafen von über 15 Jahren verhängt. Die Angeklagten hatten keine Verteidiger, und die Rahmen der Urteile waren vorher schon festgelegt worden. Dies galt ausdrücklich auch, wenn keine individuelle Schuld nachgewiesen werden konnte. Nur in zehn Fällen war sich die SED so sicher, daß öffentliche Schauprozesse durchgeführt wurden. Neben einer Reihe von schwer belasteten NS-Tätern wurde summarisch eine große Anzahl von Menschen verurteilt, die lediglich Mitglieder von NS-Organisationen gewesen waren. 160 Personen, darunter einige Kommunisten, wurden als »Feinde der neuen Ordnung« verurteilt. Die Scheinverfahren waren Teil der Integrationspolitik gegenüber ehemaligen Nazis. Sie sollten den Abschluß einer konsequenten Verfolgung von NS-Tätern demonstrieren.

Noch einmal brauchte die SED die Sowjets direkt. Beim Aufstand vom 17. Juni 1953 mußten die sowjetischen Truppen die Macht der SED sichern. Der Aufstand, der zu Streiks, Demonstrationen und Besetzungen von Gebäuden der SED-Staatsmacht in über 560 Orten der DDR geführt hatte, kostete neben zahlreichen Verletzten mindestens 50 Menschen das Leben[70]. Die meisten wurden von sowjetischen Truppen getötet. Darunter waren sieben standrechtlich Hingerichtete. Vier wurden von der Volkspolizei erschossen. Sechs Volkspolizisten starben, teilweise durch Waffenunfälle. Ob auch, wie bisweilen behauptet, 40 sowjetische Soldaten wegen Befehlsverweigerung hingerichtet wurden, ist bislang nicht bewiesen.

Der von der SED ausgeübte Justizterror kam besonders in den verhängten Todesurteilen zum Ausdruck. Die SBZ/DDR-Justiz sprach von 1945 bis 1982 insgesamt 372 Todesurteile aus, davon 141 bis zur Gründung der

DDR[71]. 72 Urteile ergingen wegen politischer und 164 wegen krimineller Delikte. Nach dem Selbstverständnis der DDR-Justiz wurden 136 Urteile wegen NS-Verbrechen ausgesprochen. Ein Teil der Todesurteile gegen NS-Verbrecher beruhte tatsächlich auf schwersten Belastungen, wenn auch häufig der politische Hintergrund dieser Prozesse in der propagandistischen Auseinandersetzung mit dem Westen zu sehen ist, um den entschlossenen Antifaschismus nachzuweisen. Sie waren damit ebenfalls politische Zweckurteile. In verschiedenen Fällen wurde aus anderen politischen Gründen verurteilt und der NS-Bezug als Vorwand genutzt.

Häufig dienten die Todesurteile zur Abschreckung und Niederhaltung des antikommunistischen Widerstandes. Sie wurden ausgesprochen und vollstreckt, um die bürgerlichen Parteien einzuschüchtern, wie im Fall von zwei CDU-Mitgliedern Anfang der fünfziger Jahre. Todesurteile fielen, um die Kollektivierung der Landwirtschaft durchzusetzen, gegen abtrünnige MfS-Offiziere oder flüchtige Grenzsoldaten.

Seit 1950 wurden die Todesurteile vom Politbüro der SED genehmigt oder gar gefällt[72]. Als es dem Staatssicherheitsdienst 1955 gelang, Mitglieder der Widerstandsgruppe »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« zu verhaften, schlug die zuständige ZK-Abteilung in einem Bericht an Ulbricht für den Hauptangeklagten Gerhard Benkowitz die Todesstrafe vor. Auf der Liste stand unter Benkowitz der Name von Hans Dietrich Kogel, der wegen wesentlich geringerer Belastung 15 Jahre Zuchthaus erhalten sollte. Ulbricht änderte dieses Strafmaß durch die Hinzufügung von »Gänsefüßchen« in eine Todesstrafe um. Dem folgte das Gericht selbstverständlich. Beide wurden hingerichtet.

In einem anderen Fall organisierte und inszenierte die SED 1955 einen Schauprozeß, um den Einfluß des gehaßten Westberliner Senders RIAS einzudämmen. Es wurde eine Reihe von Personen verhaftet, die Verbindungen zu diesem Sender hatten und Nachrichten aus der DDR zutrugen. Für den Hauptangeklagten, Joachim Wiebach, war aus dem ZK-Apparat eine lebenslängliche Haftstrafe vorgeschlagen worden. Ulbricht strich dies durch und schlug ein Todesurteil vor. Das Gericht folgte dem Vorschlag.

1981 wurde das letzte Todesurteil an einem MfS-Offizier vollstreckt, der seine Flucht vorbereitet hatte. 1987 schaffte die DDR nach internationalem Druck die Todesstrafe ab. In einer Geheimrede drohte Mielke auch noch danach, daß er Verräter hinrichten lassen würde, weil er »Humanist« sei.

Die rücksichtslose politische Justiz stand unter der Verfügung des Politbüros der SED oder nachgeordneter Parteiorgane. Alle Rechte der Bürger gegenüber dem Staat wurden außer Kraft gesetzt. Faktisch schon seit Ende der vierziger Jahre und gesetzlich seit 1958 wurde die Verwaltungsgerichtsbarkeit abgeschafft. In der DDR wurden weit mehr als 200 000 Menschen aus politischen Gründen zu einer Haftstrafe verurteilt. Die Anzahl der Gefangenen ist inzwischen gut erforscht[73]. Von 1949 bis 1989 gab es selten weniger als 30000 Häftlinge. Diese Zahlen unterlagen starken Schwankungen.

1953 befanden sich etwa 60000, 1955 rund 47000, 1960 etwa 23 000, 1974 48000 und 1987 nur rund 5000 Menschen in Haft. Die geringe Anzahl von 1987 spiegelt eine der typischen Erscheinungen in der Strafzurechnungspraxis wider. Sie kam wegen einer umfassenden Amnestie zustande, von denen es in größeren Abständen mehrere gegeben hat. Nach solchen Amnestien füllten sich die Gefängnisse rasch wieder auf. So gab es bis Oktober 1989 wieder 27 000 Häftlinge.

Ein hoher Zuwachs an Häftlingen ergab sich neben der veränderten Strafzumessung auch aus bestimmten politischen Konstellationen, Krisen und Ereignissen, in denen die SED besonders mit ihren Gegnern abrechnete oder das politische Strafrecht zur Durchsetzung von Zwangsmaßnahmen einsetzte. So häuften sich politische Prozesse in der Aufbauphase des Sozialismus bis 1952, nach dem niedergeschlagenen Aufstand 1953, nach dem Mauerbau 1961, während der verstärkten Abgrenzungspolitik unter Honecker Anfang der siebziger Jahre, nach der Polenkrise 1980/81 und in den Krisenjahren 1984 und 1988/1989. Aber auch vorbeugend wurde die Strafjustiz eingesetzt. Als in Ostberlin 1973 die »Internationalen Weltfestspiele der Jugend und Studenten« durchgeführt wurden, kam es im Vorfeld zu Einweisungen in Haft- und Arbeitslager, die die Häftlingszahlen wie in den Anfangsjahren in die Höhe schnellen ließen.

Politische Zweckjustiz wurde besonders deutlich nach dem 17. Juni 1953. Schon kurz vor dem Aufstand hatten die Sowjets die SED-Führung zum »Neuen Kurs« gezwungen, da das Ausmaß der Unterdrückung die DDR in die Krise trieb. Der Aufstand war aber durch die Lockerungen nicht mehr abzuwenden. Die SED-Führung entließ nach dem Aufstand über 20 000 politische Häftlinge und ging auch relativ milde mit den Aufständischen um. Sie verzichtete zwar nicht auf eine drastische Abrechnung zur Abschreckung, unterwarf diese aber politischen Überlegungen. Sie wollte die Bevölkerung nicht erneut provozieren, zumal nach dem Aufstand wegen der Verhaftungen immer neue Streiks aufflammten. Etwa 13 000 Personen waren festgenommen worden, von denen etwa die Hälfte längere Zeit festgehalten wurde. Etwas weniger als 2000 Personen erhielten schließlich teilweise hohe Zuchthausstrafen. Zwei Todesstrafen, abgesehen von den standrechtlich Erschossenen, wurden ausgesprochen. Unter den Verurteilten waren vor allem »Rädelsführer«. Über zwanzig Westberliner wurden verurteilt, weil damit die Behauptung der Weststeuerung unterstrichen werden sollte.

Beide Todesurteile waren Justizmord. Der Magdeburger Ernst Jennrich war an der Erstürmung eines Gefängnisses beteiligt, bei der drei Aufseher ums Leben kamen. Hier wurde ein Schuldiger gebraucht. Hilde Benjamin gab dem Gericht das Todesurteil vor, obwohl nachgewiesen wurde, daß Jennrich nicht auf die Aufseher geschossen hatte. Das zweite Todesurteil traf die in die DDR-Geschichte und in die sozialistische Literatur eingegangene »KZ-Kommandeuse« Erna Dorn. Diese Frau war eine Psychopathin und wegen kleiner krimineller Taten Vorbestrafte, die sich selbst und andere

schon seit Jahren bezichtigte, NS-Verbrechen begangen zu haben. Nicht einmal ihre Identität ist je geklärt worden. Am 17. Juni saß sie in Halle im Gefängnis und wurde mit anderen Häftlingen von den Aufständischen befreit. Als man sie wenig später aufgriff, hatte die SED endlich die faschistische Rädelsführerin, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit verurteilt und auf Beschluß des Politbüros hingerichtet wurde. Ein besonders übler Fall kommunistischer Zweckjustiz richtete sich gegen einen ehemaligen Sozialdemokraten, den Justizminister Max Fechner. Er hatte nach dem Aufstand in einem Interview mildes Vorgehen der Justiz angekündigt. Diese öffentliche Bekundung hätte aber nach Meinung des Politbüros die Klassenfeinde ermuntern können. Er wurde verhaftet und nach zwei Jahren Untersuchungshaft zu einer hohen Zuchthausstrafe verurteilt. Fechner hatte selbst in einem NS-KZ gesessen und wurde nun von einem ehemaligen NS-Juristen, Ernst Melsheimer, verurteilt.

Die Terrorjustiz mit jahrelangen Haftstrafen wurde häufig gegen Jugendliche angewendet, da oft Schüler und Studenten Widerstands- und Protestaktionen unternahmen.

Seit Anfang der siebziger Jahre kam es zu einem Umschwung vom offenen Justizterror zu einem formalisierten Scheinrecht. Dies war in keiner Weise für Betroffene günstiger. Die politischen Verfahren fanden nun unter MfS-Regie statt. Richter, Staatsanwälte und immer häufiger auch die Rechtsanwälte wurden nach wie vor auf die Urteile im vorhinein festgelegt. Der Gang der Verhandlungen bis hin zum Wortlaut der Äußerungen war abgesprochen. Die Prozesse wurden zur Farce.

Verschiedene Strafrechtsreformen und das Ordnungswidrigkeitsgesetz von 1984 paßten die Möglichkeiten der politischen Justiz an die jeweiligen politischen Bedingungen an. Gegen Oppositionelle wurden seit Mitte der achtziger Jahre nur noch selten Strafverfahren durchgeführt. Sie sollten mit konspirativen Mitteln zersetzt werden. Um die Flut der Ausreiseanträge einzudämmen, wurden aber nach wie vor Ausreisewillige schon bei den geringsten Anlässen strafrechtlich belangt.

Die Haftbedingungen in den DDR-Strafanstalten standen in den frühen Jahren ihren sowjetischen Vorbildern in nichts nach. Als 1950 die DDR-Behörden die Zuchthäuser und Lager übernahmen, verschlimmerte sich die Lage mancherorts noch. So kam es am 13. und 31. März 1950 zu Hungerrevolten der 7000 Häftlinge in Bautzen, die mit größter Brutalität niedergeschlagen wurden. Dort war die Sterblichkeit unter den Häftlingen durch Unterernährung und Tbc so hoch, daß die Behörden sich Gedanken machen mußten, wie dies verheimlicht werden könne[74]. Auch in anderen Haftanstalten gab es Anfang der fünfziger Jahre Revolten aus Verzweiflung, die jedesmal brutal niedergeschlagen wurden. Noch gibt es keine Forschungsergebnisse über die Anzahl der Häftlinge, die wegen der außerordentlich schlechten Haftbedingungen bis Ende der fünfziger Jahre starben. Insgesamt handelt es sich um mehrere tausend Menschen.

In den sechziger und noch einmal in den siebziger Jahren verbesserten sich formal die Haftbedingungen. Schwere Menschenrechtsverletzungen und Übergriffe gegen Häftlinge blieben aber an der Tagesordnung. Die Haftanstalten waren generell überbelegt und die sanitäre und medizinische Lage immer unzureichend. Besonders wenn Häftlinge diszipliniert werden sollten, konnte es zu Ausschreitungen kommen. Es gab viele Formen der Strafverschärfung, Dunkelhaft, menschenunwürdige Arrestzellen wie den vergitterten »Tigerkäfig«, Essensentzug, körperliche Mißhandlungen, Kürzung der Aufenthalte im Freien und anderes, um die Häftlinge gefügig zu machen. Schon seit den fünfziger Jahren wurde die Arbeitskraft der Häftlinge bei den schlechtesten Arbeitsbedingungen, der Vernachlässigung von Sicherheitsbestimmungen und mangelhafter medizinischer Betreuung ausgebeutet. Ein Übermaß an schwerer Zwangsarbeit stand der völligen Isolierung und dem Beschäftigungsentzug gegenüber. Viele Haftanstalten hatten ihre besonderen Traditionen in den Grausamkeiten der Wärter. Und in vielen Haftanstalten gab es einzelne Wärter, die je ihre eigenen sadistischen Methoden entwickelt hatten und sich Exzesse gegenüber den Gefangenen leisteten.

Neben den gegen alle Häftlinge in späteren Jahren weniger eingesetzten physischen Mißhandlungen und Foltermethoden nahmen die psychischen zu. Ziel blieb es, die Persönlichkeit des Häftlings zu brechen. Militärische Führung, ständig spürbare Bespitzelung, strengste Haus- und Zellenordnung, der Einsatz von Debilen und Kriminellen gegen Politische. Besonders in der Untersuchungshaft kam es zur Erpressung von Geständnissen mit psychologisch ausgefeilten Methoden, Erpressungen mit Drohungen gegen den Häftling und seine Familie, Verunsicherungen und vielen Arten der Angstauslösung, Desinformationen, Herbeiführen von psychischen Erschöpfungszuständen sowie zur Anwendung des gesamten Arsenals der operativen Psychologie des MfS[75].

Wie alle totalitären Diktaturen, die der Arbeit einen ideologischen Glorienschein verleihen, haben auch die ostdeutschen Kommunisten die Arbeit als Instrument der politischen »Erziehung« und Disziplinierung genutzt und Arbeitslager der verschiedensten Art eingerichtet. Während die Nazis Arbeit zur physischen Vernichtung einsetzten, haben die Kommunisten die Arbeit zur psychischen Versklavung benutzt. Im Falle der Kommunisten offenbarten sich bei dieser Zwangsarbeit die Folgen der marxistischen Ideologie, die das Menschliche auf die Ökonomie und den einzelnen Menschen auf die Arbeit reduzierte. Der nationale und der internationale Sozialismus haben dabei ihre Gefangenen bis zum letzten ausbeuten wollen. In der DDR waren große VEB-Kombinate an der Ausbeutung beteiligt. Sowohl für den Inlandbedarf wie für die Erwirtschaftung von Devisen mußten die Häftlinge arbeiten. Alle Möglichkeiten sollten ausgeschöpft werden. Von 1952 bis 1974 unterhielt das MfS neben der Untersuchungshaftanstalt in Hohenschönhausen ein Arbeitslager, das Lager X, in dem bis zu 8000 Häftlinge in diesem Zeit-

raum einsaßen. Nach sowjetischem Vorbild sollte dort bei etwas günstigeren Haftbedingungen auch die geistige Arbeitskraft für technische Entwicklungen und Spezialarbeiten ausgebeutet werden[76].

Als 1961 die Grenzen geschlossen wurden, erließ das Justizministerium am 25. August 1961 die »Verordnung über Aufenthaltsbeschränkung«. In der Verordnung wurde den Kreisgerichten die Möglichkeit gegeben, gegen Verurteilte, auch wenn die Strafe nur bedingt war, Aufenthaltsbeschränkungen zu verhängen und Arbeitsplatzbindungen auszusprechen. Wichtiger war noch, daß auch ohne nachgewiesene Straftat »auf Verlangen der örtlichen Staatsmacht«[77] die Kreisgerichte »Arbeitserziehung« anordnen mußten. Diese Arbeitserziehung erfolgte in »Arbeitslagern«, die von 1962 bis 1976 bestanden. In den Lagern saßen manchmal bis zu 10 000 Personen ein, ohne daß es irgendwelche rechtlichen Regelungen gab. Dort herrschte ein strenges und demütigendes Regime, das den Zuchthäusern nicht nachstand. Die SED löste damit auf ihre Weise für eine kleine Gruppe ein soziales Problem, denn in die Arbeitslager sollten Arbeitsbummelanten eingewiesen werden. So landeten etliche sozial schwache Menschen in den Lagern. Aber viel mehr waren diese ein kleiner deutscher Gulag. Die Arbeitserziehung traf auch politische Verweigerer aller Art, Bauern, die sich gegen die Kollektivierung wehrten, protestierende Arbeiter, Menschen, die öffentlich westliches Radio oder Fernsehen empfingen, sowie immer wieder aufmüpfige Jugendliche, Schüler, Lehrlinge, Studenten. Nach Auflösung der Lager im Jahr 1976 wurden sozial schwache und auffällige Personen, bzw. die als solche definiert wurden, weiterhin nach § 249 StGB der DDR wegen »asozialen Verhaltens« verurteilt und in normale Haftanstalten eingewiesen. 1988 betraf das 7541 Menschen[78].

Auch für Heranwachsende ab vierzehn Jahren, die sozial oder politisch auffällig geworden waren, hatte die SED ein System der Arbeitserziehung geschaffen. In einem Netz von Jugendwerkhöfen sollten Schwererziehbare durch strenge Disziplinierung, politische Schulung und Arbeitserziehung in den sozialistischen Alltag eingegliedert werden. In ihnen gab es zahlreiche Übergriffe gegen die Persönlichkeitsrechte der Kinder und Jugendlichen. Unter diesen Einrichtungen war der Geschlossene Jugendwerkhof Torgau als Ort der unmenschlichen Erziehungsquälerei besonders berüchtigt. In Torgau befand sich schon in der NS-Zeit eine Wehrmachtsstrafanstalt, nach dem Krieg ein NKWD-Lager sowie ein DDR-Zuchthaus und eine Jugendstrafanstalt. 1965 wurde dann das »Spezialheim der Jugendhilfe der DDR«[79] eingerichtet, das direkt der Volksbildungsministerin Margot Honecker unterstellt war. Über 5000 Kinder und Jugendliche, teilweise auch unter vierzehn Jahren, mußten hier eine schreckliche Zeit hinter sich bringen. Sie wurden wie in einem Gefängnis gehalten, hinter Stacheldraht und internen Gittern, bewacht mit Hunden, belastet mit schwerer Arbeit und allen erdenklichen Strafen. Es gab Isolierungsarrest, Zwangssport, Sprechverbot und Prügelstrafen. Ein fast unbeschreiblicher Psychoterror mit militari-

schem Drill, völlig kontrollierten Tagesabläufen und ideologischer Indoktrination sollte jede Individualität brechen. Von der Einweisung, die ohne Gerichtsbeschluß erfolgte, bis zur Entlassung waren die Kinder und Jugendlichen der Willkür der »Erzieher« ausgesetzt. Der Torgauer Geschlossene Jugendwerkhof offenbart gerade mit seinen extremen Mitteln, worauf das kommunistische Erziehungskonzept zielte und welche Mittel dazu angewendet werden konnten. Im November 1989 wurde der Jugendwerkhof aufgelöst, und die Täter versuchten, die Spuren zu verwischen.

Den DDR-Bürgern blieb die Einrichtung von Isolierungslagern erspart, die seit den fünfziger Jahren von der SED geplant und vorbereitet wurden, um in Spannungsperioden und im Verteidigungszustand Tausende als unzuverlässig eingestufte Menschen vorbeugend verhaften zu lassen[80]. Es gab auch Maßnahmepläne für Internierungen von Ausländern, Diplomaten oder Korrespondenten, die den militärischen Sicherheitsbedürfnissen im Kriegsfall Rechnung tragen sollten. Die geplanten Isolierungslager richteten sich aber gegen die eigenen Bürger und sollten in einer innenpolitischen Krise jeden Widerspruch ersticken helfen. Der Feind war politisch zu liquidieren. Vorbild waren offenbar auch die großangelegten Internierungen von Gewerkschaftsanhängern und Oppositionellen in Polen nach Ausrufung des Kriegszustandes im Jahr 1981. Die Planungen wurden regelmäßig aktualisiert. Festgelegt waren die Objekte, in denen die Lager eingerichtet werden sollten, alle Einzelheiten der Verhaftungen, der Unterbringung, der Verpflegung und der Lagerordnung. Auch die Personen waren namentlich vorher festgelegt, und die entsprechenden Listen wurden stets auf den neuesten Stand gebracht. 1988 waren 85939 Personen für die Isolierung erfaßt. Es handelte sich um Oppositionelle aus der Friedens- und Umweltbewegung sowie aus der Menschenrechts- und Demokratiebewegung, kritische Kirchenleute vom Amtsträger bis zum Gemeindemitglied, hartnäckige Ausreiseantragsteller, aus politischen Gründen Vorbestrafte und politisch Unzuverlässige oder auch nur Verdächtige in vielen gesellschaftlichen Bereichen. Selbst das Spitzelsystem in den Lagern war schon eingeplant. In den Wochen der Revolution 1989 wurden diese Planungen noch fortgesetzt, und Honecker nahm die Isolierung in Aussicht. Sein Sturz und der rasche Zusammenbruch der Machtstrukturen machten dieses Vorhaben zu Makulatur.

Das real existierende größte Isolierungslager mit 17 Millionen Insassen war allerdings die DDR selbst. Die todbringende Grenze mit ihren Sperrzonen im Vorfeld, doppelten Zäunen, Sperrgräben, Signaldrähten, Beobachtungstürmen, Röntgengeräten, Hunden und anderen Mitteln war schließlich derart hermetisch abgeschlossen, daß Mitte der achtziger Jahre die Selbstschußapparate und ein Teil der Minenfelder abgebaut werden konnten. Möglich machte dies auch ein tiefgestaffeltes Grenzregime[81], in das alle staatlichen, militärischen und polizeilichen Organe sowie das MfS eingebaut waren. Nur fünf Prozent der Flüchtlinge konnten die Grenze überwinden. 1988 standen 2312 Festnahmen an den Grenzen 100 gelungene Fluch-

ten gegenüber. Zumeist wurden Flüchtende schon im Vorfeld der Grenze gestellt. Die immer in Aktion befindlichen militärischen und halbmilitärischen Einheiten zur Verhinderung der Flucht führten im eigentlichen Sinne einen dauernden Guerillakampf. Die zu bekämpfenden Ziele waren allerdings unbewaffnete Zivilisten, die für das Regime aber schon deswegen gefährlich waren, weil jede Flucht und jeder Fluchtversuch die Legitimität der kommunistischen Herrschaft untergrub.

Da die Fluchtverhinderung oberstes Gebot für die SED-Führung war, war die Tötung von Flüchtlingen einkalkuliert und der Schießbefehl nichts anderes als vorsätzlicher Mord an Flüchtenden. Die Machthaber haben dies auch immer gewußt und versuchten, die Tötungen an den Grenzen mit großen Anstrengungen zu verheimlichen. In den Jahren nach der Revolution mußte daher erst eine große Anzahl solcher Vorfälle ermittelt werden. Wurde bis 1989 davon ausgegangen, daß rund 200 Menschen an den Grenzen umkamen, sind bis jetzt schon über 900 Todesfälle und noch mehr Fälle von Verletzten bekannt.

Hinter diesen Zahlen verbergen sich jeweils tragische Schicksale und ebenso das brutale Vorgehen von Grenzern und deren Vorgesetzten. Kinder wurden erschossen, und verletzte Flüchtlinge verbluteten durch verweigerte Hilfeleistungen im Stacheldraht. Es gab regelrechte Hinrichtungen, bei denen Flüchtlinge, die schon erkenntlich aufgegeben hatten, noch ums Leben gebracht wurden. Fallen wurden gestellt, wie im Fall des nach zehnjähriger Haft in den Westen freigekauften ehemaligen DDR-Bürgers Michael Gartenschläger, der 1976 von DDR-Grenzposten erschossen wurde, als er zum wiederholten Male versuchte, ein Selbstschußgerät am Sperrzaun abzumontieren. Ein Spitzel hatte das Vorhaben verraten, und auf Gartenschläger warteten schon die Grenzer. Am 6.2.1989 gab es das letzte Todesopfer an der Berliner Mauer, den zwanzigjährigen Chris Gueffroy.

In zwei großen Deportationswellen[82] zur Absicherung der Grenzgebiete wurden in den vorwiegend ländlichen Grenzkreisen der DDR etwa 12000 Menschen zwangsweise ausgesiedelt, die dem Regime als unzuverlässig galten. Das waren etwa vier Prozent der Bevölkerung in den Grenzbereichen, den sogenannten Sperrgebieten. Im Mai und Juni 1952 wurde die »Säuberung« auf sowjetischen Befehl im Zuge des militärischen Ausbaus der Grenze durchgeführt. Es kam zur Einrichtung des inneren, 500 m breiten »Schutzstreifens« und der 5000 m tiefen »Sperrzone«. Etwa 9000 Menschen mußten in kürzester Frist ihre Heimat verlassen und wurden in das Hinterland der DDR deportiert. Das MfS nannte diese Maßnahmen Aktion »Ungeziefer«. Nach dem Mauerbau am 13. August 1961 wurden die Aktionen »Festigung« und »Rose« durchgeführt, bei denen schlagartig am 3. Oktober 1961 über 3000 Personen binnen weniger Stunden ausgesiedelt wurden. Neben diesen Deportationen wurden späterhin immer wieder vereinzelt Bürger aus den Grenzgebieten vertrieben.

Die Vorgehensweisen gegen die Ausgesiedelten, darunter ganze Fami-

lien, alleinstehende Mütter, Schwerkranke, Schwangere, Alte und Gebrechliche, waren derart menschenverachtend, daß sogar unter den eingesetzten Kampfgruppen und Sicherheitsorganen manchem die Nerven versagten. Fast immer kamen die Sicherheitsorgane im Morgengrauen, verluden die notwendigsten Haushaltsgegenstände und fuhren die verzweifelten und erschütterten Opfer zum nächsten Güterbahnhof oder auch direkt zum Ankunftsort. Aufkommende Panik und Widerstand der Betroffenen oder von hilfsbereiten Nachbarn wurde brutal unterdrückt.

Neben dem Heimatverlust, der die Landwirte besonders traf, mußten die Deportierten Vermögensverlust und Enteignungen hinnehmen. Die Einweisungen erfolgten in schlechten Wohnraum. Nachhaltig wirkten auf sie das jahrelang auferlegte Schweigen, die anhaltenden beruflichen Benachteiligungen und andere Verfolgungen. Dazu kam ein fortgesetzter Rufmord. Die Propaganda benutzte den Vorwand, daß sich unter den Ausgesiedelten einige geringfügig NS-Belastete befanden. Zur gleichen Zeit wurden in anderen Bereichen NS-Belastete von der SED in Dienst genommen. Es wurde behauptet, unter den Deportierten wären Räuber und Mörder, Prostituierte, Schieber, Agenten, Arbeitsscheue, und andere Absurditäten. In Wirklichkeit sollte die nicht kontrollierte Kommunikation im Grenzgebiet gestört werden. So wurden im 500-Meter-Schutzstreifen alle Gastwirte deportiert. Diese Aktionen verfehlten ihr Ziel nicht. Seit den Deportationen grassierte unter den Verbliebenen die Angst vor Aussiedelungen und Enteignungen. Die latente Angst bewirkte, daß sich in den Grenzgebieten viele Menschen in das Spitzel- und Meldesystem einbauen ließen.

Völlige Freizügigkeit gab es selbst innerhalb der kleinen DDR nicht. Eine Vielzahl von Aufenthaltsbeschränkungen ergab sich schon aus der Einrichtung der Sperrgebiete in Grenznähe seit 1952. Seit der »Verordnung über Aufenthaltsbeschränkung« aus dem Jahre 1961 konnten die Behörden willkürlich Personen in ihrem Bewegungsraum begrenzen. Der besonders von Jugendlichen und Oppositionellen gefürchtete polizeiliche Ersatzausweis »PM12« sollte die Betroffenen an den Wohnorten festhalten und war häufig mit dem Verbot des Besuches von Berlin oder der Ostseeküste verbunden. Bei besonderen staatlichen Feiertagen oder Massenveranstaltungen wurden zusätzliche Reiseverbote verhängt. Bisweilen kam es auch aus demselben Grunde zur Einweisung in psychiatrische Anstalten. Hinzu kamen Reiseverbote in Ostblockstaaten, die einzig möglichen, daher begehrten Reiseländer.

Zu den politischen Willkürmaßnahmen der SED gehörten die Abschiebungen und Ausweisungen in den Westen. Obwohl die Kommunisten jede Flucht und schon deren Versuch hart verfolgen ließen oder prominente Gegner gewaltsam wieder in die DDR verschleppten, haben sie aus politischer Taktik auch das Instrument der Ausweisung benutzt. So wurden vor 1961 Bauern im Grenzgebiet, die sich gegen die Kollektivierung wendeten oder sich sonst kritisch äußerten, manchmal kurzerhand über die Grenze in den Westen vertrieben[83].

Die öffentlich bekannteste Ausbürgerung betraf im November 1976 den kritischen Liedermacher Wolf Biermann. Neben ihm wurden zahlreiche Oppositionelle und Bürgerrechtler mit und ohne vorherige Haft abgeschoben, wie die Gruppe Oppositioneller um Thomas Auerbach in Jena im Jahr 1977 oder im gleichen Jahr der Bürgerrechtler Günther Schau aus Naumburg. Der Jenaer Oppositionelle Roland Jahn weigerte sich 1983 beharrlich, in den Westen zu gehen. Er wurde gewaltsam in Handschellen in ein verschlossenes Abteil eines Interzonenzuges gesperrt. Die Ausweisungen sollten die SED politisch entlasten. Deswegen wurden Ausreiseantragsteller, die sich organisiert hatten oder mit Oppositionsgruppen zusammenarbeiteten, seit 1988 in größerer Zahl schnell in den Westen entlassen. Im September 1989 wollte die SED auf diese Weise noch die Energie der ersten großen Demonstrationen in Leipzig brechen.

Kein Staat in diesem Jahrhundert hat seine Bürger regelrecht verkauft[84]. Die Praxis des Freikaufs in den Westen hat die DDR eingeführt. 1963 kam es durch die Vermittlung der Kirchen zu den ersten acht Häftlingsfreikäufen. Bis 1989 wurden 31 775 Häftlinge für 3 399 337 134,64 DM verkauft. Das Geld gab die Bundesregierung, die mit diesem auch für den Westen fragwürdigen Menschenhandel humanitäre Hilfe leisten wollte. Weitere Milliarden kassierte die DDR für die Bewilligung von etwa 250000 Ausreiseanträgen. In der DDR war bekannt, daß die Kommunisten »Kopfgeld« kassierten, das auch noch nach dem Ausbildungsstand der Betroffenen gestaffelt war. Die Entwertung des Bürgers zum Exportgut zeigte sich ebenfalls an dem Umstand, daß die DDR bei besonders akutem Geldmangel an der »Humanitätsschraube« drehte, um mehr Menschen verkaufen zu können.

Diese Entwertung wirkte sich auch in einer schleichenden Pathologisierung der Gesellschaft aus. Seit Mitte der achtziger Jahre wurde in oppositionellen Kreisen diskutiert, was sich massenhaft als Folge der jahrzehntelangen psychischen Gewalt der Abgrenzung zeigte, die Verinnerlichung der Abgrenzung, die »Mauerkrankheit«. Der Psychiater Ludwig Drees nannte dies 1987 »die stumme Wunde unseres Lebens in diesem Lande«. Die Folge der Isolation sei »die Störung der Weiterentwicklung einer ganzen Gesellschaft« und »die ängstliche Unbeweglichkeit und Vermeidung innergesellschaftlicher Konfrontation«. Dies hätte zu »einer eigenartigen Verleugnung der Wirklichkeit« geführt, einer Hinnahme von Beleidigungen und sogar zur Übernahme der Rechtfertigung der Abgrenzung und dem Verdrängen der »heimliche(n) Liebe zu Deutschland«. So hätten die in der DDR Verbliebenen den Ausreiseantragstellern »die Krankheit«, das »Isolierungssyndrom«, zugesprochen, das in Wahrheit die »Hierbleiber«[85] hätten. Erst mit dem Mauerfall im November 1989 löste sich das Isolierungssyndrom auf, möglicherweise nur teilweise. Symptome wie die »Verleugnung der Wirklichkeit« sind in der ostdeutschen Gesellschaft noch nach Jahren zu beobachten.

Zu den Verleugnungen gehört auch die Verdrängung der latenten Gewalt gegen Kinder. Dem gesellschaftspolitischen Prinzip der Erziehung, dem die

Arbeit und die Arbeitsorganisation, die politische Indoktrination und das Bildungswesen, das Militär und das politische Strafrecht zu dienen hatten, war auch im Alltag des Schulwesens gewalttätig. Die sozialistische Schule hatte die Prügelstrafe als Ausdruck früherer Klassenherrschaft gekennzeichnet. Aber der physische und psychische Druck einer gewalttätigen Erziehung aus politischen Gründen auf Kinder und Jugendliche hat nie aufgehört. Es gab sowohl Maßnahmen, die einzelne Kinder oder bestimmte Kindergruppen betrafen, wie auch einen dauernden halbmilitärischen Kollektivdrill. Häufig zielten besondere Maßnahmen gegen spezifische Gruppen. Besonders zu leiden hatten immer christliche Kinder. Die erste große pogromartige Verfolgungswelle 1951 bis 1953 vertrieb nicht nur zahlreiche junge Christen aus den Bildungseinrichtungen, sondern führte zu unmenschlichen Exzessen. In Zeitungen wurde offen gedroht und Namenslisten von Kindern und Jugendlichen, manchmal waren schon Zehnjährige darunter, als Feinde mit den unsinnigsten Vorwürfen denunziert. Es gab Versammlungen, die in rasende Tribunale ausarteten. Von einer solchen »Protestversammlung« gegen vorgeführte Jugendliche an der Pädagogischen Hochschule in Potsdam berichtete eine Zeitung: »Und dann folgen die anderen ..., sie stehen im Saal wie etwas Fremdes, Kaltes, Widerliches, von dem man sich abwendet. Gisela Frömmrich tut, als beschreite sie für ihre ›Idee‹, die da heißt: Spaltung der Jugend, Verleumdung unserer Staatsorgane, Kampf gegen Frieden und Sozialismus, ›den Weg der Märtyrerin‹. Mit eisiger Stimme bittet sie um Wasser, mit der gleichen eisigen Stimme nennt sie die ›Junge Welt‹ ein Lügenorgan und verweigert schließlich, in die Enge getrieben, die Aussage. ... Recht so, Ihr Arbeiter- und Bauernkinder, fetzt ihm die Maske vom Gesicht; schützt Euch vor diesen Agenten...«[86]

Anfang der siebziger Jahre, als Honecker die ideologischen Zügel anzog, gab es eine neue Welle. Wieder hatten Kinder in den Schulen zu leiden. Als 1982 die kirchliche Bewegung »Schwerter zu Pflugscharen« von der DDR-Jugend angenommen wurde, ließ die SED auch auf den Straßen nach den Trägern des Symbols Jagd machen, verbot diesen den Zutritt zu den Bildungsstätten oder entfernte sie dort. Selbst noch Ende der achtziger Jahre, als christliche Kinder schon in der Minderheit waren, kamen solche Übergriffe vor.

Politische Anlässe, um Kinder zu mißbrauchen, gab es immer. Die Kleinsten wurden schon verhört, welche Fernsehprogramme die Eltern sehen würden, um damit den Westeinfluß einzudämmen. Kollektivstrafen und Einzelstrafen vor dem Kollektiv gab es stets. Im Zuge der Militarisierung der Schule und aller Ausbildungsstätten, die ohnehin auf eine Disziplinierung zielte, wurden Werbungen für militärische Berufe ab 12 Jahren durchgeführt. Diese nahmen oft gewalttätige Formen an. Neben der Verlockung mit guten Zensuren standen stundenlange Gespräche und Abstiegsdrohungen. Die unzähligen politisch begründeten Relegierungen an den Schulen und die Zwangseinweisungen in Betriebe zur »Bewährung in der Produk-

tion« gab es bis 1989. Kinder und Jugendliche waren für die Kommunisten ein besonders formbares Material. Für die politischen Zwecke wurde auf sie keine Rücksicht genommen. Anleitungen zur Denunziation und Werbung als Jugend-IM, harte Selektion der körperlich Tüchtigen schon im Kindergarten, die Teilnahme an den militärischen Manövern für Kinder oder die erfolgreiche Einprägung des Feindbildes Westdeutschland wurden als Errungenschaft gefeiert. Mit Kindern wurden geflohene oder inhaftierte Eltern erpreßt. In diesen Fällen war ohnehin Sippenhaft die Regel. Aberkennung des Erziehungsrechtes und Zwangsadoptionen kamen immer wieder vor.

Viele Publizisten sehen in der Schule ein wirksameres Disziplinierungsinstrument, als es das MfS je war. Wer zählt die geschundenen Kinderseelen? Freya Klier schrieb schon 1990 über die Folgen der kommunistischen Erziehung: »Wir ahnen, daß wir uns tief zu unseren Wurzeln hinunter graben müssen. Und mag der Schlüssel zum Verständnis des westlichen Teils Deutschlands im alles beherrschenden Spiel seiner Wirtschaft zu finden sein - der Schlüssel zum Verständnis seines östlichen Teils liegt in der Erziehung.«[87]

Auch der Alltag des Bürgers war von offener und verdeckter Repression durchzogen. Selbst für den unpolitischen Untertanen und den Flüchtling ins Private war die immer wieder abverlangte Akklamation und die organisierte »Dankbarkeit« des Bürgers lästig. Er mußte sich in das Kontrollsystem im Betrieb oder in den »Hausgemeinschaften« fügen. Das Führen von »Hausbüchern« war Pflicht. Selbst in der SED mußten die Genossen demütigende Kontrollverfahren und Disziplinierungen hinnehmen. Lagen sie nicht auf der Linie, blieb ihnen Selbstkritik nicht erspart. Möglicherweise haben viele von ihnen diese Unterwerfung als notwendig betrachtet.

Unverhüllte öffentliche Drohungen für mögliche Verweigerer gab es vor den Scheinwahlen und anderen Ereignissen, bei denen das Erscheinen staatsbürgerliche Pflicht war. Wahlverweigerer waren besonderen Demütigungen ausgesetzt. 1953 nach dem Aufstand oder 1961 nach dem Mauerbau und zu jeder passenden Gelegenheit wurde Stärke vor dem und gegen das Volk demonstriert. Auch als 1989 die Krise der DDR offensichtlich wurde, ließ die SED die blutige Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung feiern. Die letzten Drohungen und Einschüchterungsversuche der SED-Führung an das Volk gab es im Herbst 1989, als in den Zeitungen Kampfgruppenkommandeure ankündigten, die Ruhe wiederherstellen zu wollen, »wenn es sein muß, mit der Waffe in der Hand!«.

Jahrzehntelang übte die SED auf Sondergruppen, jugendliche Abweichler und Subkulturen, Alternative aller Art sowie Homosexuelle einen direkten sozialen Druck aus. Der Alltag dieser Gruppen war von ihrer sozialen Minderheitensituation ebenso geprägt wie von der ständigen Benachteiligung oder auch Verfolgung durch die Behörden.

Die alltägliche Angst, allein schon durch die Allgegenwart der Repressi-

onsorgane geschürt und die vielfachen Kontrollen aller gesellschaftlichen Bereiche und des privaten Lebens verstärkt, schüchterte alle Bevölkerungsgruppen ein. Es war eine Angst vor Statusverlust, vor Ausgrenzung, vor öffentlicher Bloßstellung und Disziplinierung.

Die deutschen Kommunisten hatten in der Weimarer Republik mit den Methoden einer außerparlamentarischen und rechtswidrigen Opposition ihre Erfahrungen gemacht und setzten diese regellose gewalttätige Politik des »Faustrechtes«[88] sofort nach dem Kriege fort. Noch vor der Gründung der DDR ergänzten sie so die sowjetische Macht mit ihrem Straßen- und Institutionsterror gegen Demokraten und alle Nichtkommunisten. In den Kommunen, besonders in Ostberlin, den Universitäten oder den neu entstehenden Verwaltungen besetzten sie häufig kurzerhand im Handstreich alle ihnen wichtig erscheinenden Machtpositionen. Als die SED den Staat und die Justiz mit sowjetischer Hilfe okkupieren konnte, haben sie auf das Mittel des Faustrechtes nicht verzichtet. SED-Genossen wurden auch dazu angehalten, den Kampf gegen Andersdenkende zu führen. Bis in die sechziger Jahre berichteten die Zeitungen in Siegesmeldungen über solche Schlägerszenen.

Seit dem 13. August 1961 wurde diese Art des Terrors systematisiert. Die kommunistische Jugendorganisation begann die FDJ-Ordnungsgruppen aufzubauen. Zwar haben die Einheiten der Volkspolizei oder die paramilitärischen »Kampfgruppen der Arbeiterklasse« stets auch den Staatsterror exekutiert, und die SED mobilisierte immer wieder zuverlässige Genossen gegen Kritiker. Wahlverweigerer sollten die »Faust der Arbeiterklasse« zu spüren bekommen. Aber die FDJ-Ordnungsgruppen wurden zu organisierten Schlägerschwadronen, die mit den Staatsorganen im Rücken handelten. Widerspenstige sollten »erst verdroschen, dann den staatlichen Organen übergeben«[89] werden. Ihre erste Bewährungsprobe hatten diese roten Garden schon 1961. Sie sollten nun auch die elektronische Mauer aufbauen und drangen gewaltsam unter dem Motto »Aktion Blitz - kontra NATO-Sender« in Tausende Wohnungen ein, bauten Teile aus Fernsehgeräten aus oder zerstörten Antennen. Bis 1989 standen die FDJ-Ordnungsgruppen der SED als Einsatzgruppe zur Verfügung. Sie wurden besonders gegen ihre Altersgenossen eingesetzt. Bei Großveranstaltungen aller Art, bei denen Jugendliche erwartet wurden, tauchten sie auf, manchmal nur zur Einschüchterung und manchmal, um handgreiflich zu werden.

Als eine Form des präventiven Terrors setzte die SED sogenannte »gesellschaftliche Kräfte« besonders bei kirchlichen oder oppositionellen Veranstaltungen ein. Zuverlässige Genossen, manchmal auch ausgesuchte Mitglieder der Blockparteien, sollten in großer Zahl solche Veranstaltungen blockieren oder durch ihre Beiträge stören. Noch in der ersten Phase der Revolution 1989 sollten Friedensgebete neutralisiert und Demonstrationen verhindert werden.

Die organisierte Stimme des Volkes wurde zudem immer wieder bei Einwohnerforen oder Betriebsversammlungen eingesetzt, wenn öffentlich mit

Gegnern der SED abgerechnet wurde. Als etwa 1961 zur Abschreckung vor Republikfluchtversuchen eine Gruppe von jungen Christen zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt wurde, weil sie angeblich ein Schiff auf der Ostsee hätten entführen wollen, fand unter Leitung des damaligen Köpenicker SED-Chefs Hans Modrow ein solches Einwohnerforum statt. Es hatte den Charakter eines Tribunals, das mit organisierten Beiträgen Mitgliedern der Kirchenleitung, der Kirchengemeinde und den Eltern eine »faschistische Provokation« der »Militärkirche«[90] anlastete. Neben solchen demütigenden Tribunalen kamen auch immer wieder einzelne spontane Gewaltakte von Angehörigen der Staatsorgane vor, die sich in ihrer Machtfülle nicht beherrschen konnten. So erschoß ohne ersichtlichen Grund ein MfS-Offizier in Güstrow kurz vor Weihnachten 1984 in der Nacht auf offener Straße zwei junge Männer und verletzte einen dritten schwer. Die Mordopfer hatten zeitweise in einer Oppositionsgruppe gearbeitet. Der oppositionelle Pfarrer Heiko Lietz betreute die Familien, konnte aber wegen der Nachrichtensperre des MfS nichts ausrichten. Erst nach der Revolution wurde der Offizier gerichtlich belangt[91].

Die vielfachen Formen der Gewaltanwendung wären ohne das Organ mit den »spezifischen Mitteln«, dem MfS, nicht durchführbar gewesen. Wenn an den eingesetzten Mitteln zu erkennen ist, wie die Ziele gemeint sind, dann ist der Kommunismus allein schon durch seine Geheimdienste und deren Methoden für alle Zeiten indiskutabel geworden. In den ersten Jahren nach seiner Gründung war das MfS bzw. seine Vorläuferorganisationen, die bis in den geheimen KP-Apparat zurückreichen, vorwiegend ein Repressions- und Terrororgan, das seine Gewaltpotentiale auch sichtbar zeigte. Die Bevölkerung sollte eingeschüchtert und von der Zwecklosigkeit jeden Widerstandes überzeugt werden. Später wurde diese Funktion von der Aufgabe überlagert, die Fassade einer heilen sozialistischen Welt zu inszenieren. Konspiriert wurden damit nicht einfach nur die geheimdienstlichen Mittel und Methoden, sondern auch die gesellschaftliche Wirklichkeit und die innenpolitischen Widersprüche.

Die konspirative Gewalt des MfS kann nicht mit einer besonders aggressiv vorgetragenen geheimdienstlichen Tätigkeit, die bisweilen auch andere Geheimdienste im Kampf gegeneinander ausüben, erklärt werden. Gewalt war Politikersatz. Der Großteil der Aktivitäten richtete sich direkt und indirekt gegen die eigene Bevölkerung, gegen Dissidenten oder Flüchtlinge und deren Helfer. Dabei ist die absolute Unverhältnismäßigkeit der Mittel bemerkenswert. Unerschöpflich war der Erfindungsgeist des MfS bei der Wahl der operativen Mittel und Methoden der Verfolgung. Es gab Versuche, Oppositionelle mit radioaktiven Materialien zu kennzeichnen, von ihnen wurden Geruchsproben genommen, immer wieder alle Formen von Sippenhaft und Nötigungen aller Art eingesetzt.

Das Rückgrat des konspirativen Kampfes war die »Schattenarmee« der DDR, die im Laufe der DDR-Geschichte bis zu einer halben Million zählen-

den inoffiziellen Mitarbeiter des MfS[92]. Schon die Rekrutierung dieser IM war mit Gewalt verbunden. Ein großer Teil hat sich aus »Überzeugung« anwerben und gegen ihre Mitmenschen gebrauchen lassen. Andere sind materiellen Verlockungen erlegen, und eine nicht unerhebliche Zahl erlag Erpressungen aller Art. Notlagen und Abhängigkeitsverhältnisse wurden ausgenutzt, wie bei Zelleninformatoren in Gefängnissen oder Kinder- und Jugend-IM. Fast alle IM haben überschaut, für und gegen wen sie arbeiteten, denn es gab auch immer diejenigen, die sich Werbungen entzogen. Die Zerrüttung fundamentaler ethischer Normen wurde vom MfS in Kauf genommen oder auch bewußt organisiert. So haben Eltern ihre Kinder verraten und Eheleute ihre Partner dem MfS ausgeliefert.

Gewalt wurde auch über die Grenzen hinweg ausgeübt. Das MfS hatte Kontakte zu RAF-Terroristen und unterstützte sie. Für alle Fälle wurden kommunistische Kampfgruppen im Westen ausgebildet. Im »Operationsgebiet«, wie der Westen genannt wurde, verfolgte das MfS ehemalige DDR-Bürger, vor allem Oppositionelle. Da innenpolitische Gegnerschaft, auch ideologische Abweichung, als feindlicher Einfluß des äußeren Gegners definiert wurde, hat die HVA, die Spionageabteilung des MfS, zugleich auch im erheblichen Maße innere »Feinde« bekämpft. Die IM waren auch die wichtigsten Handlanger für Gewaltaktionen im Westen. Für Auftragsmorde[93] wurden dort sogar Kriminelle angeworben. Sie sollten Fluchthelfer, geflüchtete NVA-Soldaten oder andere unliebsame Kritiker durch Bombenanschläge, Gift oder Schußwaffen beseitigen. Obwohl vielfach die Unterlagen vernichtet sind, konnten bislang einige solcher Fälle gerichtlich verfolgt werden. IM spielten auch häufig eine Schlüsselrolle bei den Entführungen aus der Bundesrepublik und Westberlin[94]. Insgesamt soll das mehr als 500 Menschen betroffen haben. Viele Entführte kamen um oder für Jahre in die Zuchthäuser der DDR. Niemand weiß genau, wie viele Menschen auf diese Weise in und außerhalb der DDR umgekommen sind. Da wundert es nicht, wenn hinter zahlreichen ungeklärten und auch oft mysteriösen Todesfällen das Werk des MfS vermutet wird[95].

Zu den schlimmsten Methoden und Mitteln des MfS gehörte die »lautlose« Gewalt der »Zersetzung«. Seit Ende der sechziger Jahre gab es in der DDR einen Verrechtlichungsprozeß, bei dem allerdings stets nur der Schein des Rechts gewahrt wurde. Der außerrechtliche Kampf gegen die politischen Gegner hatte Vorrang und wurde streng konspiriert. Das Strafrecht blieb der Joker der Repression. Die geheime »Richtlinie Nr. 1/76 zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge« aus dem Jahr 1976 dokumentiert diese Vorgehensweise. Zersetzungsmaßnahmen seien danach anzuwenden, »wenn in der Bearbeitung Operativer Vorgänge die erforderlichen Beweise für das Vorliegen eines Staatsverbrechens oder einer anderen Straftat erarbeitet wurden und der jeweilige Operative Vorgang aus politisch-operativen Gründen im Interesse der Realisierung eines höheren gesellschaftlichen Nutzens nicht mit strafrechtlichen Maßnahmen abgeschlossen werden soll«[96].

Diese Richtlinie ist insgesamt eine Anleitung für perfektionierte Methoden der Zerstörung der menschlichen Persönlichkeit. Sie ist auch tausendfach angewendet und mit der gesamten kriminellen Energie der Zersetzer ergänzt und überboten worden. Die in der DDR angewandte Zersetzung liegt im Rahmen der weltweit beobachteten »Modernisierung« der Folter, die in vielen diktatorischen Systemen von physischen auf wissenschaftlich konzipierte psychische Gewaltformen übergegangen ist. Bei den bearbeiteten »Feindpersonen« sollten Interesselosigkeit, Depressionen, Angst, Bestürzung, Panik, Isolierung und Verunsicherung erzeugt werden. Durch den Einsatz von IM wollte das MfS an charakterliche und moralische Schwächen anknüpfen. Wenn es solche Anhaltspunkte nicht gab, sollten diese durch Gerüchte behauptet werden. Allein zur Zersetzung einer kirchlichen »feindlich-negativen Gruppe« wurden folgende Maßnahmen eingesetzt:

»1. die zielstrebige Untergrabung von Überzeugungen im Zusammenhang mit bestimmten Ideen, 2. das Erzeugen von Mißtrauen und gegenseitigen Verdächtigungen innerhalb der Gruppe, 3. das Erzeugen bzw. Ausnutzen von Rivalitäten innerhalb der Gruppe durch zielgerichtete Ausnutzung persönlicher Schwächen einzelner Mitglieder, 4. die Beschäftigung der Gruppe mit internen Problemen, 5. die systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufs, des Ansehens und des Prestiges und 6. die systematische Organisierung beruflicher und gesellschaftlicher Mißerfolge zur Untergrabung des Selbstvertrauens der einzelnen Personen«[97]. Praktisch haben die psychologisch geschulten MfS-Offiziere seelische Grausamkeiten, sexistische Übergriffe, materielle Notlagen und menschliche Konflikte organisiert. Die Wirkung der Zersetzung war groß, weil die Betroffenen nicht wußten, woher diese destruktiven Dinge kamen, und nicht einmal erkannten, daß hinter ihnen ein planerisches Wollen stand. Das MfS hatte auf alle staatlichen Stellen Zugriff und konnte deren Aktionen koordinieren. Und es hatte Zugriff auf den wohlmeinenden Seelsorger, den mahnenden Lehrer, den freundlichen Kollegen, den strengen Vorgesetzten, den entgegenkommenden Nachbarn, den fürsorglichen Anwalt, den besten Freund, eben auf alle IM, die für das MfS und von ihm angeleitet Zug um Zug die Zersetzung exekutierten. Es gab nur wenige IM, denen das Gewissen schlug, als sie die Wirkung wahrnahmen. Die »Zielpersonen« mußten diese Dinge auf sich selbst, auf ihre soziale und psychische Unfähigkeit zurückführen. Aufkommende Gewissensnöte wurden nicht entlastet, und Zornausbrüche fanden keinen Anhalt. Das MfS registrierte die Wirkung und den Fortschritt der Zerstörung der Persönlichkeit und arbeitete die Ergebnisse wissenschaftlich auf, damit sie für den nächsten Fall reproduzierbar waren. Die systematische Anwendung von Zersetzungsmaßnahmen hat die Betroffenen häufig mehr geschädigt, als es durch ein ordentliches Strafverfahren möglich gewesen wäre. Viele sind lebenslang geschädigt und bedürfen therapeutischer Hilfe wie Opfer physischer Folter.

1990 - Öffnung der Geschichte

In den gespannten Wochen vor der Herbstrevolution 1989 kam der Aufstand vom 17. Juni 1953 in Erinnerung. Mielke fragte besorgt seine Generale im August 1989: »Ist es so, daß morgen der 17. Juni ausbricht?«[98] Bärbel Bohley schrieb fast gleichzeitig in einer illegalen Zeitschrift im August 1989: »Und dieser Kampf darf nicht ausgehen wie am 17. Juni 1953.«[99] Der Ausgang des Kampfes war ungewiß. Er endete mit der Entmachtung der Kommunisten, und er blieb friedlich. Die Forderung nach Auflösung des MfS und die Aufklärung von Gewaltakten waren ein zentrales Motiv der Revolution. Aus der Bewegung der Revolution heraus begann die Aufarbeitung des Sozialismus. Einzelne Oppositionsgruppen hatten schon vor 1989 mit der Aufarbeitung des Stalinismus begonnen. Diese Tradition ging in die Arbeit von Bürgerkomitees und Untersuchungskommissionen ein. Vor allem die Vertreter der Bürgerbewegungen haben seit 1990 auf rechtsstaatliche Lösungen gedrängt, um die Aufarbeitung auf Dauer stellen zu können. Eine der wichtigsten Erfolge war die vom Bundestag eingerichtete Behörde des »Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR«. Diese Institutionalisierung brachte eine gewisse Bürokratisierung mit sich. Aber die bislang einzigartige Einrichtung konnte bisher hunderttausenden Opfern die Akten ihrer Verfolgung zugänglich machen und ermöglichte die Überprüfung von Belasteten. Rechtlich geregelt wurde auch die Rehabilitierung der Opfer und die Wiedergutmachung von Geschädigten. Die juristische Verfolgung von politischen Verbrechen ist in Gang gekommen.

Die rechtliche Aufarbeitung hat aber nur eine begrenzte Reichweite, und Kritiker beklagen viele Mängel. Durch die im Einigungsvertrag festgelegte Regelung und das Rückwirkungsverbot kommen nur wenige, zu wenige, Täter vor die Schranken der Gerichte. Vor allem aber gibt es Mängel bei der Wiedergutmachung für die Opfer. Ganze Opfergruppen kommen zu kurz, etwa die 1945 in die UdSSR deportierten Zivilisten, die psychisch Geschädigten oder die Zersetzungsopfer der achtziger Jahre. Besonders schwierig sind die Eigentumsfragen, da sich hier Unrechtsakte oft mehrfach überlagern.

An der öffentlichen Diskussion beteiligen sich zahlreiche gesellschaftliche Initiativen, Vereine, Opferverbände, Nachfolgeorganisationen der Bürgerbewegungen und noch immer existierende Bürgerkomitees. Diskussionen gab und gibt es in den Kirchen, im Sport, im Kulturbereich. Die Wissenschaften haben die DDR noch einmal entdeckt, und in Tausenden Buchveröffentlichungen werden Aufstieg und Fall der Diktatur dargelegt. Auch die öffentliche Debatte verläuft nicht konfliktfrei. In den historischen Wissenschaften gibt es Streit um Gewichtungen und die Kriterien der Bewertung. Hochgradig emotional besetzt und ideologisch belastet ist die Frage des Vergleichs und der Beziehungen zwischen Nationalsozialismus und

Kommunismus. Politische Interessen werden eingetragen und zugleich in der Debatte als unstatthaft erklärt. Und immer wieder gibt es den Verweis auf die im Verhältnis zu den Verbrechen in der DDR ungleich größere Verbrechensbilanz der Nationalsozialisten. Doch es wird nicht gelingen, die kommunistischen Verbrechen angesichts der Naziuntaten zu legitimieren. Im Streit der Historiker ist eines gewiß: Die immer wieder einmal vorgetragenen Forderungen nach einem Schlußstrich sind gescheitert. Hinter den umstrittenen Fragen stehen bedrängende Probleme. Wer auch immer versuchte, eine neuerliche Flucht aus der Geschichte zu organisieren, scheitert allein an der Fülle des Stoffes, den die Kommunisten geliefert haben. Tabuisierung, Verharmlosung, Relativierung und Vertuschung sind zwar an der Tagesordnung. Noch lebt und agiert die Generation der Täter. Die Opfer werden oft genug überhört, und die Aufarbeitung ist in Deutschland wieder täterorientiert. Aber die Verletzungen einzelner Menschen und der gesamten Gesellschaft sind so groß, daß sie immer wieder zur Sprache kommen werden. Langfristig ist mit einer Zunahme des Aufarbeitungswillens zu rechnen. Es wird möglicherweise wie nach dem Krieg kommen. Die nachfolgende Generation wird schärfer fragen. Wenn unsere Kinder und Enkel die Akten lesen, werden sie sich an den Kopf fassen, welche Mühen wir uns gaben, die Täter zu entlasten.

Der Amerikaner Norman M. Naimark stellte fest: »Die sowjetische Militäradministration (SMAD) und die neugegründete Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) veränderten Ostdeutschland in einer Weise, die sich nicht so schnell wieder rückgängig machen läßt.«[100] Für den wirtschaftlichen Aufbau müssen Milliarden aufgebracht werden. Die zerstörten sozialen Strukturen lassen sich überhaupt nicht restaurieren. Die Lebens- und Überlebenstechniken der Menschen in der Diktatur prägte eine sozialpsychologische Ausstattung mit einem spezifischen Wertehorizont, der im Transformationsprozeß zu Verunsicherung führt. Die Menschen sind auf die in den modernen Industriegesellschaften wirkenden Selbstorganisationsprozesse, sozialen Standardisierungen und selbst zu tragenden Risiken nicht vorbereitet, und »die alten Wahrnehmungs- und Handlungsstereotypen behalten eine relative Autonomie gegenüber der aktuellen Situation«[101]. Auf die Veränderungen wird weithin mit Unbehagen reagiert, wenn sich auch kaum jemand ernstlich die DDR zurückwünscht. Der Weg vom fürsorglich bevormundeten Untertanen zum Bürger ist lang, und die Entwicklung von Verhaltensweisen und Mentalitäten hinkt einer erforderlichen Umstellung auf die offene und zivile Gesellschaft nach.

Dieses Nachhinken der mentalen Entwicklung führt zu einer irrationalen DDR-Nostalgie. Als Erinnerung an die individuellen Glückserfahrungen ist sie verständlich. Sie ist aber zugleich ein Einfallstor für die Ideologisierung der Unbehagen bereitenden Anpassung. Jahre nach der Vereinigung zeigt sich das lange Leben der Mythen des Kommunismus. Hand in Hand geht damit die Tabuisierung seiner Verbrechen. Gepflegt wird der Mythos vom So-

zialstaat DDR, der Mythos von der Frauenemanzipation und vor allem der Mythos Antifaschismus. Er dient einer nachholenden Legitimation und Definition einer DDR-Identität, als hätte es keine Opfer, keine Flüchtlinge, keine Entmündigung gegeben. Vorreiter sind die Postkommunisten und viele Intellektuelle, die nach wie vor den Mythos vom demokratischen Sozialismus verkünden, die Segnungen der Diktatur preisen, die Verbrechen verharmlosen und zugleich die alten Feindbilder revitalisieren[102]. Wieder kommt für sie aus dem Westen Bedrohung und Entwertung des Ostens. Das kommunistische Geschichtsprinzip, die ewige Flucht aus der Verantwortung, kommt auch bei Nichtmarxisten zum Zuge. Schuldig für kommunistische Unbill sind »die Umstände«, »die Geschichte«, »der Kalte Krieg« und natürlich der Westen. Da auch noch über den Wertekonflikt zwischen Arbeit und Freiheit die Institutionen der Freiheit abgewertet werden, fördert dies das verbreitete mangelnde Vertrauen in die demokratischen Verfahren und Institutionen, und statt Teilhabe wird ein Verständnis von Politik, das allenfalls auf Teilnahme aus ist, verstärkt.

In dieser geistigen Landschaft gewinnt die Aufarbeitung und Erinnerung der Verbrechen beider deutscher Diktaturen besondere politische Bedeutung. Sie gehört zur Rückkehr Ostdeutschlands in die europäische Zivilisation, deren Werte und deren aufklärerische und demokratische Traditionen. Es ist ein Prozeß, der in Ostdeutschland besonders konfliktreich verläuft. Aber die Rückkehr kann keine Restauration im historischen Sinne sein. Woran sollte auch angeknüpft werden? Für die Bevölkerung der ehemaligen DDR gibt es keine Erinnerung an politische Verhältnisse, die wünschenswert wären. Für Westdeutschland bedeutet 1990 die zweite Ankunft in einer deutschen Demokratie und die erste in der gesamtdeutschen. Auch hier ist die Fremdheit gegenüber der Demokratie noch spürbar. Deutschland befindet sich nach dem Kommunismus in einer offenen Lage.

Die im Grundgesetz festgeschriebene rechtsstaatliche und freiheitliche Ordnung stellt eine Brücke zur Zivilisation dar. Aber es gibt keine Garantien gegen eine neue totalitäre Versuchung, die sich aus Konstellationen ergeben könnte, die wir noch gar nicht kennen. Die Wurzeln des Totalitären liegen in dieser Zivilisation. Dazu muß man nicht irgend etwas »Asiatisches« bemühen. Die Fortschreibungen dieser Zivilisation in diesem Jahrhundert haben aus dem Bemühen um Fortschritt und Emanzipation das Totalitäre entstehen lassen. Darum reicht weder die bloße Negation des Totalitarismus noch das blinde Vertrauen auf die neue Ordnung.

Nötig ist die politische Gestaltung der Beziehungen zwischen den Menschen, zwischen Individuen und Völkern. Das aber kann nur gelingen, wenn Auschwitz, der Gulag und deren kleine Varianten nicht aus der Geschichte verbannt werden. 1989/90 ist in Osteuropa und Ostdeutschland ansatzweise geglückt, was sich als dauernde Aufgabe stellt: die Vergesellschaftung der Verantwortung für die Geschichte und die Rückgewinnung des politischen Raumes. Die Verteidigung dieses Raumes ist die Voraussetzung, daß die

deutsche Nation nach einem schrecklichen Jahrhundert in Europa ihren Platz findet, selbstbewußt ihre demokratische Verfassung mitbringt und jede Art politischer oder ideologischer Welterlösungsprogramme von beharrlichen und gelassenen Demokraten zurückweisen lassen kann.

Vom schwierigen Umgang mit der Wahrnehmung

von Joachim Gauck

Dem Wunsch des Piper Verlages, diesem *Schwarzbuch* einen Essay aus ostdeutscher Sicht beizufügen, entspreche ich nur zögernd. Ich bin weder Historiker noch Politikwissenschaftler. Zwar veranlaßt mich mein jetziges Amt, am öffentlichen Diskurs über die untergegangene DDR-Gesellschaft teilzunehmen. Aber eine erneute Analyse des Stasi-Systems könnte kaum über das hinausreichen, was schon in den letzten Jahren zutage gefördert wurde. Zudem legen die erregten Diskussionen über das *Schwarzbuch* nahe, einem ganz anderen Phänomen nachzugehen - dem Phänomen der selektiven Wahrnehmung. Warum haben wir nicht gewußt, was wir wußten? Warum haben wir nicht gewußt, was wir nicht wußten? Warum ist selbst unser Erinnern selektiv?

Um es gleich zu sagen: Die Beschäftigung mit diesem Thema fiel mir nicht leicht. Denn ich spürte und spüre eine deutliche Unlust, meinen eigenen Wahrnehmungsdefiziten zu begegnen, die nun - fast zehn Jahre nach dem Umbruch - überdeutlich geworden sind: Ausblendungen, die eine fundamentale Kritik der politischen Zustände verhinderten und gelegentlich auch illusionäre oder romantische Politikvorstellungen begünstigten. Und da meine Abwehrmechanismen nicht untypisch waren, dürften die folgenden Überlegungen auch für einige meiner Landsleute aus der DDR sowie bestimmte Kreise im Westen zutreffen. Denn nur die lange Jahre vorherrschende Einäugigkeit in der Wahrnehmung erklärt, warum wir zehn Jahre nach seinem Zusammenbruch noch immer über die Menschenfeindlichkeit des Kommunismus streiten.

Eine grundsätzliche Bemerkung vorweg: In anderen, nicht kommunistisch regierten Teilen der Welt waren Parteigänger und Freunde des Kommunismus Verbündete von Demokraten gegen Diktatoren und brutale Ausbeuter. In manchen autoritären Regimen waren sie entschiedene, manchmal letzte Opposition. Ihr Widerstand und ihre Leidensbereitschaft erwuchsen aus kommunistischen Idealen. Es muß deutlich bleiben, daß wir einen Raum der Achtung offenhalten für jene, deren kommunistischen Idealen wir zwar Skepsis oder Kritik entgegenbringen, deren Haltung als Kämpfer gegen

Ohnmacht, Willkür und Unterdrückung uns aber Achtung und Sympathie abringt.

Auch ohne die ab 1990 erfolgte Öffnung von Geheimdienst-, Partei- und Staatsarchiven, die eine Fülle zum Teil unbekannter Fakten zutage förderte, haben die meisten DDR-Bürger ihrem System kräftig mißtraut. Vor einem Aufbegehren allerdings schützten sie sich durch eine ängstliche Rest-Loyalität. Deren Gründe liegen einerseits im forciert vorgetragenen Machtanspruch der Herrschenden, andererseits aber auch in dem Hang breiter Kreise, »es gar nicht so genau wissen« zu wollen. Damals die fehlende Legitimation des real sozialistischen Herrschaftsgebäudes nicht analysiert zu haben erscheint heute als etwas Peinliches. Und weil es nicht angenehm ist, eigene Lücken in der Wahrnehmung zu besichtigen, erinnern wir uns auch lieber selektiv. Bei den Verantwortlichen und Tätern der SED-Diktatur ist uns das »Schönreden« der Wirklichkeit geläufig. Tatsächlich aber ist die Neigung, es nicht so genau wissen zu wollen, ein Problem breitester Kreise in unfreien Systemen. Teile dieser Haltung entdecke ich rückblickend bei mir selber, obwohl ich weder Parteigänger noch Mitläufer war.

Ich wuchs in einer der vielen Familien auf, die nach dem Krieg die neue Ordnung als despotisch, ungerecht, staatsterroristisch erfuhren. Als ältestes von vier Kindern erlebte ich, wie es ist, wenn der Ernährer »abgeholt« wird. Mein Vater war einer der Deutschen, die ohne Grund in einem Verfahren eines sowjetischen Militärtribunals zu 25 Jahren Zwangsarbeit in Sibirien verurteilt wurden.

Zwar existierte die DDR schon - man schrieb das Jahr 1951 -, aber die Besatzer hatten noch die Macht, ihren stalinistischen Terror zu veranstalten. Besonders in Familien, die zu Regimeopfern gemacht wurden, gab es neben der Angst eine sehr wache Beobachtung jeglichen Unrechts. Kontakte wurden auch zu anderen Familien aufgenommen, die Ähnliches erlebten, wie die Familien der Tausenden von »Werwölfen«, die in der Nachkriegszeit in die teilweise direkt vom NS-Regime übernommenen Lager wie Sachsenhausen oder Buchenwald eingesperrt waren. Da es im ganzen Osten nach dem Krieg keine »Werwolf«-Aktivitäten gab, waren diese Verhaftungen von halben Kindern und Jugendlichen als reine Willkürakte bekannt. Andere Familien belasteten die Erlebnisse unzähliger Frauen und Mädchen, die in Zusammenhang mit der Befreiung Opfer brutaler Vergewaltigungen geworden waren. Wenn man dann noch bedenkt, daß das zerstörte Land durch umfangreiche Reparationsleistungen und Demontagen zusätzlich niedergedrückt war, wundert es nicht, daß in breiten Schichten der Bevölkerung die Einschätzung herrschte, man sei unter ein Unrechtsregime geraten. Vorherrschend war ein hoher Ton der Empörung.

Die ebenfalls emphatisch vorgetragene politische Moral der Sieger verfing dagegen nur begrenzt. Zwar hatte die Sowjetarmee die Vernichtungslager der Nazis befreit, hatte das Terrorsystem in die Knie gezwungen und dabei einen unsäglichen Blutzoll entrichtet. Zwar hatten sich auch deutsche

Kommunisten am Widerstand gegen die Nationalsozialisten beteiligt und dadurch eine gewisse Sympathie bei Menschen gewonnen, die als Christen, Sozialdemokraten, Liberale oder Unangepaßte sich ebenfalls nicht unterworfen hatten. Aber alles in allem überzeugte der kommunistische Antifaschismus nur eine Minderheit. Zu eindeutig waren die Sprache der Repression und die neue politische Wirklichkeit.

Die Schaffung eines »Blocks« beendete die Eigenständigkeit nichtkommunistischer Parteien und sicherte die Vorherrschaft der Kommunisten, die sich mit der SPD 1946 zur SED vereinigten. Hervorgehobene und wichtige Stellen wurden seitdem fast nur noch mit Kommunisten besetzt. Unbeliebt machten sich die Kommunisten auch, als sie Stalins Territorialforderungen nachgaben, die Westverschiebung Polens und damit den Verlust der deutschen Ostgebiete guthießen. Nicht nur, daß die SBZ sich schwertat, den hohen Prozentsatz von »Umsiedlern« zu integrieren, die in Mecklenburg und Brandenburg ein Drittel bis die Hälfte der Bevölkerung bildeten. Einheimischen wie Vertriebenen galt der Verlust der Heimat als grobes Unrecht, das die Kommunisten noch zementierten, als sie 1950 die Oder-Neiße-Grenze als neue deutsch-polnische Staatsgrenze anerkannten.

Nach 1952, als die SED die Kollektivierung der Landwirtschaft vorantrieb, in der Industrie keine Erfolge vorweisen konnte und Engpässe in der Versorgung auftraten, spitzte sich die Situation zu. Statt den »Aufbau des Sozialismus« zu unterstützen, stand der Bevölkerung der Sinn nach anderem: Am 17. Juni 1953 entwickelte sich spontan und breit ein fundamentaler Protest gegen Programm und Praxis des SED-Regimes - der erste Volksaufstand in Osteuropa gegen das sowjetische System. In über 550 Städten und Gemeinden wurden Forderungen laut, die keineswegs nur die Verbesserung, sondern die Abschaffung des bestehenden Systems zum Inhalt hatten: »Freie, allgemeine und gesamtdeutsche Wahlen«, »Rücktritt der Regierung«, »Loslösung der Gewerkschaft von der Partei«, »Freilassung der politischen Gefangenen« und »Beseitigung der Zonengrenzen«.

Ich selbst war damals dreizehn Jahre alt. Die gewaltsame Niederschlagung des Volksaufstands hat sich mir tief eingeprägt. Ähnlich betroffen war ich 1956, als sowjetische Truppen die Freiheitsbestrebungen der Ungarn niederwalzten. In beiden Fällen war selbstbestimmtes Handeln zur Erlangung demokratischer Zustände erstickt worden. Wahrscheinlich wurde damals jenes Grundgefühl erzeugt, das mich und den größten Teil meiner Landsleute bis 1989 begleitete: das Gefühl der Ohnmacht.

Konnte man sich der staatlichen Allmacht anfänglich noch einfach durch eine Reise mit der S-Bahn nach Westberlin entziehen, so verwandelte der Mauerbau am 13. August 1961 die Flucht zu einer Möglichkeit mit tödlichem Risiko. Ich, wir, die Durchschnittsbürger saßen fest hinter der »Mauer«. Wir fühlten uns endgültig ausgeliefert. In meiner Erinnerung veränderte dieser verfestigte Zustand von Ohnmacht und Ausweglosigkeit tiefgehend meine und die Einstellung vieler DDR-Bürger zum SED-Regime. Zwar

gab es schon in den 50er, den stalinistischen Jahren das Phänomen der Anpassung aus Angst; in der neuen Situation jedoch nahm die Anpassung noch zu, obwohl die nackte Repression nachließ. Zu offensichtlich war das sozialistische System auf Dauer angelegt. Hilfe von außen, also Beistand des Westens, war ausgeblieben: 1953, 1956 und 1961.

So blieb vielen nur die wenig tragfähige Hoffnung, das System möge sich von innen heraus humanisieren. Eigenständigkeit, unangepaßtes Verhalten und politische Opposition wurden zur Sache von Minderheiten. Die Masse entwickelte Haltungen, die wir als Minimalkonsens und Mindestloyalität bezeichnen können.

Der Minimalkonsens entwickelte sich durch ein Eingehen auf die Ratio der Herrschenden und eine stärkere Berücksichtigung der Logik des Faktischen. Was stattfand, war eine Selbstentmächtigung durch »höhere Einsicht«. Dabei beglaubigten tradierte Wertvorstellungen Teile der neuen Ideologie. Es erfolgte so etwas wie ein »Einleben« in die neue gesellschaftliche und ideologische Umgebung in Form eines schleichenden Übergangs vom Akzeptieren zum Mitmachen bis zum Mitverantworten. Die Regel war dabei kein schlagartiger Bewußtseinswechsel (obwohl es auch Mitglieder der NSDAP gab, die von einem Tag zum anderen zu Anhängern des Kommunismus mutierten), sondern ein Prozeß, bei dem sich in ein und derselben Person neue Einstellungen und Werte Schritt für Schritt neben den alten etablierten.

Derartiges kennen wir bereits aus der NS-Ära. In christlichen Milieus konnte Hitler beispielsweise religiöse Gefühle durch die Anrufung des »Allmächtigen« instrumentalisieren, in konservativen Kreisen die Neigung zu starker politischer Führung und die Hochschätzung der Nation. Deklassierten Arbeitern und Bauern hingegen machte er ein Integrationsangebot mit egalitärem Pathos und einem Sozialprogramm.

Nach dem Fiasko des Dritten Reiches fanden die Kommunisten bei Teilen der Intellektuellen und Arbeitern umgekehrt Gehör mit ihrer Forderung nach einer sozialistischen Alternative. Denn das »Monopolkapital« und die »Finanzoligarchie« hatten die Diktatur in den Sattel gehoben; nur eine Macht der Arbeiter und Bauern würde eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung garantieren können. Die Themen Gerechtigkeit und Frieden knüpften zudem an alte Heilserwartungen aus der christlichen Verkündigung an. Bodenreform und sonstige Enteignungen sollten Reichen nehmen und Armen geben - war es nicht Jesus Christus selbst, der die Armen selig gepriesen hatte?

Zu alledem trat noch ein Element der moralischen Entschuldung: Wer zum kommunistischen Lager gehörte, zählte zu den »Siegern der Geschichte« und war somit Teil der guten Welt des Antifaschismus. Verbündeter der Sowjetunion zu sein befreite automatisch von deutscher, brauner Schuld. Eine kurze Entnazifizierung in der SBZ diente primär dem Eliten Wechsel. Viele NSDAP-Mitglieder wurden zu Unrecht bestimmter Verbrechen be-

schuldigt, während andere, oft stärker belastete, Karrieren in Partei und Gesellschaft machten: Sobald sie ins Lager der Kommunisten überwechselten, waren sie einer substantiellen Bearbeitung eigener Verstrickung und Schuld enthoben.

Generell gilt offensichtlich: Wenn sich die Herrscher totalitärer Systeme lediglich auf die Furcht der Unterdrückten oder auf negative Gefühle wie Neid, Haß, Atavismus, Sadismus stützten, würden ihre Staaten eher zusammenbrechen. Dauerhafter werden sie, weil aus den positiven Motivschichten heraus der Mechanismus von Akzeptieren, Teilnehmen, Mitgestalten und Mitverantworten entsteht.

Ist dieser Adaptationsprozeß in den Anfangsjahren der DDR noch von einer deutlich oppositionellen Bewegung begleitet, so wird er in den 60er Jahren dominant. In der evangelischen Kirche, in der ich seit 1965 tätig war, zeigte sich der Umschwung von offener Opposition zu Loyalität (freilich unterschiedlicher Abstufung) beispielhaft.

Ende der 60er Jahre verabschiedete sich die evangelische Kirche mit ihrer Formel »Kirche im Sozialismus« explizit von der antitotalitären Haltung, wie sie u. a. die Bischöfe Otto Dibelius (Berlin) und Hans Joachim Fraenkel (Görlitz) oder der Studentenpfarrer Siegfried Schmutzler in Leipzig vertreten hatten. Sicher gab es Kapitulanten, sicher gab es inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit, die an diesem Prozeß mitwirkten. Entscheidend aber war, daß die Mehrheit der Christen in der DDR Minimalkonsens und Mindestloyalität als rational geboten ansah. Sie verhielten sich wie die Entspannungspolitiker: Der friedliche Ausgleich gewann gegenüber der kontroversen Auseinandersetzung.

Diese Haltung ebenso wie die spätere Phase der Entspannungspolitik hat ihre eigene Problematik, die ich an einem Zitat von Vaclav Havel deutlich machen will:

»Ich erinnere mich noch, wie zu Beginn der 70er Jahre einige meiner westdeutschen Freunde und Kollegen mir auswichen aus Furcht, daß sie durch einen wie auch immer gearteten Kontakt zu mir, den die hiesige Regierung nicht gerade liebte (...), die zerbrechlichen Fundamente der aufkeimenden Entspannung bedrohen könnten.«

Nicht seiner möglichen Kränkung wegen spricht Havel dieses Thema an, sondern wegen der Anpassung dieser Personen. »Nicht ich war es, sondern sie, die freiwillig auf ihre Freiheit verzichteten.«

In der Zeit zwischen 1968 und 1980 hatte ich selbst diese Position des »Realismus« übernommen. Der Antikommunismus, den mein Umfeld vertreten hatte und der in der DDR und in anderen Ostblockländern aus einer Fülle von Lebenserfahrungen und Leiden erwachsen war, hatte sich schrittweise verwandelt: An die Stelle der Delegitimierung des Systems war der Wunsch nach einem konstruktiven Dialog und einer zwar kritischen, aber aus taktischen Gründen solidarischen Haltung gegenüber dem real existierenden System getreten.

Bei Beibehaltung der prinzipiellen Ablehnung, so glaubte ich damals, wären die Möglichkeiten kirchlichen Handelns stärker gefährdet. Der 35jährige wollte nicht Anhänger einer Ideologie aus Zeiten des Kalten Krieges bleiben. Es erschien ihm erfolgversprechender, die Ideologie von ihrem eigenen Ansatz her in Frage zu stellen - so wie Robert Havemann und Ernst Bloch es taten. Außerdem verfolgten nach 1968 zahlreiche westliche Intellektuelle und zunehmend auch Vertreter der evangelischen Kirche einen kapitalismuskritischen Kurs und hingen verschiedenen sozialistischen Ideen an. Das »Prinzip Hoffnung« bot evangelischen Christen die Möglichkeit, den Sozialismus positiv zu rezipieren. Ohne die real existierende Herrschaft in Ostdeutschland zu exkulpieren, wollten viele Christen in der DDR mit der fortschrittlichen Linken des Westens die Zukunft eher nicht-kapitalistisch imaginieren. Der erwartete Vorteil für jene, die aus taktischer oder auch tatsächlicher Loyalität ihre Haltung änderten, blieb jedoch aus: Die Staatsmacht verweigerte jeden echten Dialog mit der Kirche.

Im Rückblick erscheint mir der Verlust, den die Taktik des friedlichen Ausgleichs mit sich brachte, höher als der Gewinn. In dem Maße, in dem die Debatten ausschließlich um philosophische und ideologische Probleme, also um Fragen des Überbaus kreisten, gerieten die politische Praxis mit ihren Menschenrechtsverletzungen und das grundsätzliche Legitimationsdefizit der SED-Herrschaft aus dem Blick. Ich war zwar verbunden mit den »fortschrittlichen« Milieus im Westen, deren Meinung ich schätzte, aber ich bezahlte dies mit einem Verlust an Wahrnehmung, Moral und Handlungsfähigkeit. Die Gehorsamsforderungen des Staates, die Militarisierung der Gesellschaft, die ökologischen Desaster, die Kriminalisierung von Ausreisewilligen, die Zersetzungsstrategien der Stasi gegenüber Oppositionellen verschafften der Wirklichkeit zwar Ende der 70er Jahre wieder den ihr gebührenden Platz in meinem Denken. Doch in den Gemeinden diskutierten wir noch bis 1988 häufiger über den Rassismus in der Dritten Welt und die Ungerechtigkeiten des Weltwirtschaftssystems als über die Menschenrechtsverletzungen im eigenen Land. In vollem Umfang ist mir dies erst nach 1989 deutlich geworden. Und so bleiben Fragen.

Warum habe ich grundlegendes, durch eigene Erfahrung erworbenes Wissen durch fremde, primär »linke« Analysen aus dem Westen ersetzt? Einerseits besaß ich Literatur, die meine kritische Position untermauerte: Manes Sperber, Alexander Solschenizyn, Wolf Biermann und andere verbotene Schriften standen in meinem Bücherschrank. Andererseits habe ich Bücher nicht gelesen, die meine emotionale Abneigung »auf den Begriff« gebracht und mir zu einer vertieften Kenntnis über die Struktur des Politischen im totalitären Staat verholfen hätten. Ich habe keinen Anlaß zu bereuen, daß ich die Bücher von Helmut Gollwitzer, Erhard Eppler oder Dorothee Solle gelesen habe. Aber warum habe ich beispielsweise Hannah Arendts Texte nicht gelesen? Warum so viel Moralisches über Politik und so wenig Politikwissenschaft? Hatte ich eine Abneigung gegenüber den Fakten? Genügte es

mir, eine *Meinung* über eine Realität zu haben, deren *Fakten* ich mir nicht bis zum Ende erschlossen hatte?

Es ist bitter, heute auf derartige Fragen mit Ja antworten zu müssen. Genaueres Wissen hätte mich mit der Frage nach entschiedenerem Widerstand gegenüber dem System konfrontiert, hätte möglicherweise auch größere Einsamkeit innerhalb meines Milieus, den Verlust eines Teils meiner geistigen Heimat nach sich gezogen. Ich war, obzwar in Opposition zum System, Teil einer Gesellschaft geworden, die - nach Hannah Arendt - infolge totalitärer Herrschaft selbst einen Verlust von Wirklichkeit erlitten hatte.

Neben jenen, die sich durch »höhere Einsicht« entmächtigten, existierte aber noch die große Gruppe derer, die sich »durchwurstelten«. Sie gab dem Staat opportunistisch das geforderte Ja - man darf vermuten, daß es ein Aber gab -, nur selten oder insgeheim durfte sich jedoch das Nein zeigen. Unüberzeugte Minimalloyalität wurde zum Kennzeichen breiter Kreise in den späten DDR-Jahren. Um im gesellschaftlichen Leben nicht zu Außenseitern zu werden, paßten sie sich nach außen an, im Freundes- und Familienkreis konnten sie allerdings entgegengesetzte Meinungen vertreten. Nach dem Prinzip der Drehbühne stellten viele die jeweils nützliche Einstellung in den Vordergrund - sie waren affirmativ und kritisch zugleich. Doppel- und Mehrfachidentitäten wurden zur Normalität.

Es geht nicht darum, den moralischen Zeigefinger zu erheben und über Charakterschwäche zu räsonieren. Das Aufzeigen solcher Mechanismen soll vielmehr den Grad einer politischen Entfremdung verdeutlichen, die nicht nur aus Opportunismus, sondern vor allem aus Angst erwachsen war. Im kollektiven Gedächtnis waren die Schrecken des frühen Terrors aus stalinistischer Zeit lebendig geblieben, und der übergroße Geheimdienst, das brutale Grenzregime, die unnachsichtige Verfolgung politisch Oppositioneller ließen selbst in den 80er Jahren die Rückkehr zu stalinistischen Methoden jederzeit als denkbar erscheinen. Zur Bestätigung dieser Vermutung dienten die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968, die Verhängung des Kriegsrechts in Polen 1981 und das Massaker auf dem Tienanmen-Platz 1989 in Peking.

Zwar erlebten wir in den letzten Jahren vor 1989 einen Kommunismus in der DDR, der nicht mehr mordete und folterte. Dankbare Zeitgenossen haben deshalb allerlei euphemistische Bezeichnungen für diese Ära ersonnen. Eine nüchterne Betrachtung der politischen Verhältnisse wird dennoch zu einem Urteil gelangen, das den Kommunismus ebenso als totalitär einstuft wie den Nationalsozialismus.

Die Unterschiedlichkeit der Ideologien fällt zwar sofort ins Auge. Auch der Vergleich der Staatsformen, der Staatsorgane und des geschriebenen Rechts ergibt größere Differenzen als Übereinstimmungen. Wer jedoch die konkrete Herrschaftstechnik vergleicht, die dienstbare Rolle des Rechts und den permanenten Einsatz von Terror, der findet genauso Ähnlichkeiten wie bei der Untersuchung der Folgen staatsterroristischer Herrschaft auf die

Bürger. Ins Auge fallen die Einschränkungen von Individualität und eine starke Entsolidarisierung. Angst um den Erhalt des Lebens oder die Aufstiegsmöglichkeiten trennt die anpassungsbereiten Mehrheiten von Minderheiten, die anders denken und leben und im Extremfall als Feinde, Abweichler oder Schädlinge ausgegrenzt, ja massenhaft eliminiert werden.

Totalitäre Herrschaft hat Folgen. So wie ein Krieg noch lange nach seinem Ende eine Spur der Verwüstung in den Seelen der Überlebenden - Tätern wie Opfern - hinterläßt, so zeichnet auch totalitäre Herrschaft Spuren von Verstörung und Zerstörung in die Seelen. Nur fallen die seelischen Folgen nicht so unmittelbar ins Auge wie die Ruinen nach dem Krieg oder die ökologischen und ökonomischen Desaster, die wir nach dem Zusammenbruch des Sozialismus erlebten.

Den Kommunismus als absolutistisch oder despotisch zu beschreiben scheint mir nicht ausreichend. Wir stehen vor gigantischen Menschheitsverbrechen, und bei allem Streit um Definitionen darf nicht verkannt werden, daß neben dem Nationalsozialismus auch mit dem Kommunismus in diesem Jahrhundert ein Qualitätssprung ins Negative erfolgt ist.

Statt des neuen Menschen erblicken wir am Ende des Jahrhunderts den nachhaltig verstörten Menschen, statt der neuen Gesellschaft die zerstörte Gesellschaft. Ob als Frucht der abendländischen Aufklärung, wie dem Skeptiker scheinen mag, oder als Flucht aus der Aufklärung, wie der Optimist hoffen mag: So real wie blutig ist tatsächlich »einmalig« Neues entstanden. Neben den Demokratien stellen die neuen totalitären Systeme das andere Gesicht der Moderne dar. Man hätte den Erkenntnissen Hannah Arendts aus der Nachkriegsära und den Totalitarismustheorien in den letzten zwanzig Jahren eine sensiblere Beachtung gewünscht. Die modische Verwerfung von Begriff und Theorie hat der westdeutschen Kommunismusrezeption mehr geschadet als genützt. Es entstand ein Defizit an Erkenntnissen.

Hinter dem Eifer vieler Kritiker der Totalitarismustheorie standen oft andere als wissenschaftliche Motive. Viele fürchteten, mit der Delegitimierung der linken Diktatur zu eng an jene heranzurücken, die sich vor der Aufarbeitung der rechten Diktatur drückten. Dabei produzierte die Furcht vor der Einseitigkeit des rechten die Einseitigkeit des linken Lagers. Außerdem erschien der Linken eine Kritik des Kapitalismus aufgrund seiner Verbindung zum Nationalsozialismus dringender als eine Kritik des Sozialismus - der angeblich trotz all seiner Fehler einzigen Alternative. Wer diese Engführung im Denken hätte aufbrechen können, wurde ausgegrenzt: seit jeher die »Renegaten«, d. h. die abtrünnigen Kommunisten; in den letzten zwanzig Jahren die osteuropäischen Dissidenten und ganz generell unvoreingenommene Zeitzeugen aus den Ländern des real existierenden Sozialismus. Statt die inoffizielle Sicht von unten einzubeziehen, beschränkte sich die jüngere westdeutsche DDR-Forschung weitgehend auf die Erforschung der offiziell zugänglichen Materialien. Nicht selten analysierte sie Potemkinsche Dörfer.

Um die Auffassung vom sozialistischen System als »an sich« besserer Alternative aufrechterhalten zu können, mußte auch sein Repressionsapparat marginalisiert werden. Dabei hätte beispielsweise eine Analyse seiner Funktionen höchst aufschlußreich für die Charakterisierung des politischen Systems sein können. Welche Rolle spielte der Sicherheitsdienst in den verschiedenen Phasen bei der Ausmerzung alles Anderen? War die Verwandlung von nacktem Terror in flächendeckende Überwachung und Kontrolle gleichbedeutend mit einer Liberalisierung? Was besagt ein gigantischer Apparat von 90000 Hauptamtlichen für nicht einmal 17 Millionen Einwohner - wie in der DDR - über die Stabilität des Staates? Brauchten die kommunistischen Regierungen den Sicherheitsdienst nicht genauso als Stabilitätsersatz wie das Militär oder die zentralistisch dirigierte Kaderpolitik?

Das Wissensdefizit begünstigte ein Haltungs- und Handlungsdefizit. Ein stärkeres Bewußtsein von der Gewalt nicht legitimierter Macht hätte eine stärkere Abgrenzung gegenüber den Ansprüchen der SED-Machthaber und einen anderen Umgang mit der DDR-Opposition nach sich gezogen. Es ist zwar nicht sicher, ob auch eine realistischere Zukunftsplanung unter Einbeziehung der Wiedervereinigung erfolgt wäre. Sicher hingegen ist, daß eine umfassendere Analyse des sozialistischen Deutschland dem demokratischen Deutschland einen Zugewinn an Selbstbewußtsein erbracht hätte.

Ich meine damit nicht ein Mehr jenes platten Bewußtseins, daß man mehr sei, wenn man mehr habe. Vielmehr meine ich, daß das politische Selbstbewußtsein der Westdeutschen durch einen exakten Vergleich mit der DDR ein deutliches Plus erfahren hätte. Die westdeutsche Realität wäre zwar nicht als das »Gute«, aber doch als das deutlich weniger Schlechte bewußt geworden. Die sozialistischen Wirtschaftsverhältnisse sollten zwar zur Befreiung von der Knechtschaft des Kapitals führen. Tatsächlich aber haben die Abschaffung des Marktes und die Verweigerung der Mitbestimmung zu einem wirtschaftlichen Ruin geführt. Und die Entfremdung im realsozialistischen System sollte sich als gravierender erweisen als jene, die Marx als Ergebnis kapitalistischer Wirtschaftsverhältnisse kritisierte.

Zwar sind die westlichen Gesellschaften nicht im seligen Hafen von Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit angekommen. Der Weg der Demokratien ist auch ein Kurs durch zahlreiche Klippen. Aber die Demokratie intendierte und entwickelte den politischen Raum, der allen Bürgern geöffnet ist und Partizipation auch tatsächlich ermöglicht. Indem sie Grund- und Bürgerrechte definierte und verwirklichte, gelangte so auch der Lohnabhängige schrittweise zu einer Freiheit und Würde, die in vordemokratischer Zeit nur Minderheiten vorbehalten waren.

Es ist das elementare Verdienst der parlamentarischen Demokratie, die eigene Würde und den Wert des Systems nicht ideologisch gesetzt und durchgesetzt zu haben - vielmehr schafft sie den Raum, in dem freie und ermächtigte Individuen und Gruppen ihre Lebensentwürfe durch Kontroverse und Konsens, Gestaltung und Herrschaft aushandeln. Wert und Würde der

Demokratie wachsen so von unten her in dem Maße, wie Freiheit und Würde des Bürgers wachsen.

Freie Wahlen, gleiches Recht für alle, eine Verfassung, die die Menschen- und Bürgerrechte schützt, und eine Gewaltenteilung verleihen der Demokratie eine Legitimation, an der es dem sozialistischen System immer gemangelt hat. Wenn dazu noch eine Sozialgesetzgebung tritt, die die Verelendung ausschließt, wenn Bürgerrechte wie Meinungs- und Pressefreiheit geschützt sind, die eine Kritik an Mißständen ermöglichen, wenn dazu eine Verwaltungs- und Verfassungsgerichtsbarkeit existiert, die dem Einzelnen auch gegenüber dem Staat zum Recht verhelfen kann, dann liegt die Überlegenheit der Demokratie eigentlich auf der Hand. Doch wo, wie im Westen, Unfreiheit abwesend ist, pflegen die Vorteile der Freiheit zu verblassen.

Wer, wie viele Menschen im Osten, noch die Erinnerung an totalitäre Herrschaft in sich trägt und noch vertraut ist mit der realen Entmächtigung jener Zeit, der könnte deswegen die einäugige Sichtweise auf den Kommunismus überwinden helfen. Denn wie schwach muß der Antifaschismus derer sein, die, in altem Anti-Antikommunismus befangen, die Sprache der Fakten fürchten und der Analyse des Kommunismus Zügel anlegen. Die Wahrnehmung der »schwarzen« Tatsachen roter Herrschaft läßt nur eine Einstellung zu: den antitotalitären Konsens aller Demokraten, der die intellektuelle und politische Äquidistanz gegenüber Demokratie und Sozialismus verbietet.

Nachwort 2000

von Stephane Courtois

Das *Schwarzbuch* und die historische Erforschung des Kommunismus

Auch wenn der Historiker wieder und wieder an dem Werk feilt, dem er sich in Ruhe und Gelassenheit widmet, kann er nicht voraussagen - und im übrigen will er das auch gar nicht -, wie sein Werk von Kollegen, von den Medien und von der breiten Öffentlichkeit aufgenommen werden wird: mit schweigender Gleichgültigkeit, mit freundlicher Neugier oder mit Aufregung und Empörung.

Das Schwarzbuch des Kommunismus hat unerwartete Reaktionen ausgelöst. Zunächst einmal war die Aufnahme in der Öffentlichkeit überraschend: Das Buch bekam auf Anhieb ein großartiges Echo. In Frankreich war die erste Auflage innerhalb von Tagen vergriffen, innerhalb von zwei Jahren wurden in mehreren Auflagen insgesamt fast 200000 Exemplare verkauft. Im Februar 1998 erschienen die ersten Übersetzungen (in Spanien, Italien, Rumänien, Deutschland), die Veröffentlichung des Buches in den osteuropäischen Ländern war ein verlegerisches und intellektuelles Ereignis. Heute liegen in sechzehn Ländern Übersetzungen vor, und fast noch einmal genauso viele weitere Übersetzungen sind geplant. Es ist geradezu symbolisch, daß das Buch fast gleichzeitig in Moskau und in den Vereinigten Staaten (bei Harvard University Press) veröffentlicht wurde. Alles in allem befinden sich heute nahezu 800000 Exemplare in den Händen der Leser.

Und noch ein anderer Umstand ist erstaunlich: die Rolle der Frauen bei der Veröffentlichung in den Ländern, in denen mit Hindernissen zu rechnen war. In Portugal, wo die kommunistische Partei noch mächtig ist, brachte eine Frau das Buch heraus, die ehedem Mitglied im Politbüro der PCP gewesen und Opfer eines »Prozesses von Moskau bis Lissabon« geworden war. Der Erfolg übertraf alle Erwartungen. In der Slowakei und in Bulgarien fand das Buch zwei bemerkenswerte Verlegerinnen. In Bosnien hat eine junge Frau ganz allein die 850 Druckseiten übersetzt, danach hatte sie noch die Energie, in Sarajewo eine faszinierende Konferenz zu organisieren, an der ehemalige politische Gefangene des Tito-Regimes und der Präsident

der Republik teilnahmen. Wer weiß, wie es heute in Sarajewo und in Bosnien aussieht, kann ermessen, welche Erwartung dieses Buch getroffen hat. Ohne daß die Verfasser bei ihrer Arbeit dies im geringsten geahnt hätten, ist das *Schwarzbuch* zu einem »Weltbuch« geworden, und das hat weniger mit der Globalisierung des Buchmarktes zu tun als mit der Tatsache, daß der Kommunismus ein internationales Phänomen darstellt und eine universelle Frage, die die Menschen rund um den Globus beschäftigt.

Die zweite große Überraschung war die Form, die diese Beschäftigung zuweilen annahm: die Heftigkeit der Reaktionen und die Leidenschaft der Auseinandersetzungen. Ebenso wenig wie meine Co-Autoren hatte ich nur einen Augenblick mit einem solchen Aufruhr und einer so heftigen Polemik gerechnet, die oft bis zu Angriffen *ad hominem* ging. Es zeugt wohl von einer gewissen Naivität, daß ich genauso dachte, wie Anne Applebaum es mit Blick auf Osteuropa beschreibt:

»Wie viele andere hatte ich geglaubt, daß mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Osteuropa die Zeit der moralischen Verwirrung und der Abwehr unangenehmer Wahrheiten vorüber wäre. Ich dachte, daß unsere Art, die Sowjetunion zu betrachten und zu beurteilen, genauso schnell verschwinden würde wie die Berliner Mauer, daß der ›Antikommunismus‹ die Auflösung des Warschauer Paktes nicht überleben würde. Von nun an würden wir, befreit von ideologischen Zwängen, von den Nachwirkungen der McCarthy-Ära, von den Erinnerungen an ein Militärbündnis mit einem untergegangenen Staat, mit Zugang zu geöffneten Archiven und Augenzeugenberichten der Überlebenden endlich in der Lage sein, die Vorgänge in Osteuropa mit einer gewissen Objektivität zu reflektieren und zu beschreiben, und wir könnten versuchen zu verstehen, welch gigantisches Experiment mit der menschlichen Natur der Kommunismus unternommen, welche Schrecken er erzeugt hat. Ich täuschte mich [...].«[1]

Die mehr oder weniger weit gehende Öffnung der Archive in Osteuropa und in Moskau hätte die Forschungen erleichtern und eine gewisse Distanz gegenüber einem lange Zeit heißen und nun plötzlich erkalteten historischen Gegenstand bringen sollen. Aber diese Abkühlung erfolgte nicht augenblicklich, sie verlangte einige Zeit, und obschon die Mauer in Berlin im November 1989 gefallen ist, steht sie in manchen Köpfen noch immer: Die Trauerarbeit um den Kommunismus wird viele Jahre dauern.

Das Schwarzbuch des Kommunismus ist zur richtigen Zeit erschienen, denn aus mindestens zwei Gründen hätte es noch vor zehn Jahren nicht erscheinen können. Der erste Grund ist ein technischer: Wenn sich nicht 1990/1991 langsam die Türen zu den kommunistischen Archiven geöffnet hätten, hätte dieses Buch bestenfalls eine Synthese bereits vorliegender Berichte und Untersuchungen werden können. Der selbst eingeschränkte Zugang zu russischen und osteuropäischen Archiven hat es möglich gemacht, daß dieses Buch in eine neue Ära der historischen Forschung über den Kommunismus fällt. Dies gilt, obwohl - wie in der Einleitung zur ersten

Auflage angemerkt - die Quellenlage höchst unterschiedlich ist, weil für manche Länder überhaupt keine Archivunterlagen existieren.

Stärker ins Gewicht fällt der zweite Grund: das intellektuelle Klima, in dem alle Untersuchungen über den Kommunismus vor 1989/1991 durchgeführt wurden. Die UdSSR war eine der beiden Supermächte, sie bildete die Spitze des »kommunistischen Weltsystems«, wie Annie Kriegel es genannt hat, das aus einem Zentrum und der Peripherie bestand: der UdSSR, den sozialistischen Ländern, den kommunistischen Parteien, dem System der Bündnisse (aus der Gewerkschaftsbewegung, Friedensbewegung und nationalen Befreiungsbewegungen).[2] Die politische Macht nährte eine einzigartige ideologische Macht, getragen von einem seit Ende der zwanziger Jahre[3] perfekt funktionierenden ideologischen Apparat und verbreitet von der öffentlichen Meinung einschließlich der akademischen Welt. Die Macht des kommunistischen und philokommunistischen Denkens erfaßte auch das Feld der historischen Forschung. Kurzum, die Kommunisten hatten es geschafft, bei den Intellektuellen und insbesondere in der Zeitgeschichtsforschung das Kräfteverhältnis eindeutig zu ihren Gunsten zu verschieben.

Dieses intellektuelle Klima, das sich auf den Gang der Forschungen auswirkte, hat 1991 seine objektive Unterstützung verloren; gleichwohl sind die Auswirkungen immer noch spürbar. Ich hatte, nebenbei bemerkt, die Unausweichlichkeit und die Wirkungsweise bereits 1993 in der Zeitschrift *Debat* beschrieben und geschildert, wie die kommunistische Erinnerung und die Erinnerung an den Kommunismus bei einem Teil der öffentlichen Meinung - auf dem linken wie auf dem rechten Flügel - der Arbeit des Historikers starken Widerstand entgegensetzen.[4] So zu tun, als gäbe es in diesem bestimmten Bereich der Geschichte diesen Kontext nicht, zeugt entweder von Verblendung oder von böswilliger Parteilichkeit, vielleicht auch nur von naiver Gutgläubigkeit der Forscher, die auf anderen Forschungsgebieten nicht mit derartigen Zwängen konfrontiert wurden. Doch den Zwängen entgeht man nicht dadurch, daß man sie ignoriert, und es kann durchaus sein, daß später, wenn der Schlachtenlärm einmal verhallt ist, die Veröffentlichung des *Schwarzbuchs* als Akt der Katharsis wirkt und eine weniger verbissene Diskussion erlaubt.

Zur Kritik am *Schwarzbuch* insgesamt

Die Debatte in Frankreich nach Erscheinen des *Schwarzbuchs* war ein besonders deutliches Symptom für die mangelnde Reife der französischen Öffentlichkeit im Umgang mit dem Problem des Kommunismus. Anders als beispielsweise in Deutschland, wo in der Presse eine Diskussion auf hohem Niveau geführt wurde und die ausgewiesenen akademischen Experten sich an der Erörterung beteiligten,[5] erschöpfte sich die Debatte in Frankreich in

einer heftigen politischen und ideologischen Polemik, die in erster Linie darauf abzielte, mit ihrem Getöse von der Aufklärung der Verbrechen des Kommunismus abzulenken, und die insofern perfekt ins Bild der »französischen Ausnahme« paßt. Pierre Rigoulot und Ilios Yannakakis haben dazu bereits einige erhellende Bemerkungen gemacht.[6]

Wie Marc Lazar ganz richtig anmerkt, wurde der Inhalt des *Schwarzbuchs* in Frankreichs niemals umfassend referiert.[7] Statt dessen meldeten sich die Kritiker zu Wort und ließen sich darüber aus, wie das Buch ihrer Meinung nach war und wie es besser hätte werden sollen. Tatsächlich ist bei einigen die Neigung auffällig, nicht über den Text zu diskutieren, der ihnen vorliegt, sondern darüber, wie das Buch ihrer Ansicht nach hätte aussehen sollen, freilich ohne auf die Idee zu kommen, daß sie sich an der Arbeit beteiligen könnten, die sie anderen so sehr ans Herz legen.

Begründeter ist die Kritik, wir hätten den Kontext zu wenig oder überhaupt nicht berücksichtigt, selbst in so gründlich ausgearbeiteten Teilen wie dem von Nicolas Werth verantworteten. Nun haben wir unsere Position bereits in der Einleitung dargelegt: Das Buch behandelt *nur* die Massenverbrechen. Mit voller Absicht haben wir darauf verzichtet, die Repressionssysteme insgesamt darzustellen, und schon gar nicht wollten wir sie in einen globaleren Kontext einordnen; das hätte ein ganz anderes Vorgehen verlangt.

Ein weiteres Versäumnis wird uns vorgehalten: Wir gehen nicht auf den Terrorismus der Roten Brigaden in Italien und der Rote-Armee-Fraktion in Deutschland ein. Diese Bewegungen gehörten ideologisch und organisatorisch zur Peripherie des kommunistischen Weltsystems, und sie praktizierten einen sehr »selektiven« Terrorismus - gegen Polizisten, Vertreter des Staatsapparates, Unternehmer - ohne Bezug zum Massenterror. Allerdings ist seit dem Fall der Mauer offenkundig geworden, daß einige RAF-Mitglieder in der DDR Zuflucht fanden und die RAF selbst zu einem militärisch-terroristischen verlängerten Arm des ostdeutschen Geheimdienstes wurde. Das »Versäumnis« ist unabweisbar.

In allgemeinerer Weise haben etliche Kollegen beklagt, es fehlten eine »vertiefte Darlegung der Erwartungen an das Forschungsprojekt« (Marc Lazar), ein genereller Vergleich der Unterdrückungssysteme der zahlreichen kommunistischen Systeme (Marc Lazar), eine Typologie der verschiedenen kommunistischen Systeme (Jean-Jacques Becker) oder gar ein Vergleich der untersuchten Länder.[8] Sie messen uns damit an wissenschaftlichen Ansprüchen, die unser Vorhaben bei weitem übersteigen. Wir hatten das viel bescheidenere Ziel, die folgende Hypothese zu verifizieren: Inwieweit stellten die Massenverbrechen eine Dimension dar, die in allen kommunistischen Systemen gegenwärtig war? Die Verifikation verlangte Recherchen und eine gemeinsame Arbeit, die es ermöglichten, eine Aussage zu treffen, eine Bestandsaufnahme zu machen, eine erste Einschätzung zu geben, inwieweit die Dimension des Verbrechens zum kommunistischen Sy-

stem gehörte, und damit wollten wir Perspektiven für weitere Forschungen eröffnen.

Ein wirkliches Forschungsprojekt, und sei es mit der eingegrenzten Fragestellung eines Vergleichs der Massenverbrechen in den kommunistischen Staaten, hätte die Erfüllung mehrerer Bedingungen verlangt, was nicht gegeben war. Das Faktenwissen über die Unterdrückungssysteme in den einzelnen kommunistischen Staaten ist noch nicht so entwickelt, daß ein Vergleich Schritt für Schritt möglich wäre über die augenfälligsten Gemeinsamkeiten und Unterschiede hinaus, die bei der Lektüre des *Schwarzbuchs* erkennbar werden. Was wissen wir beispielsweise über die Funktionsweise der verschiedenen Staatssicherheitsapparate, des sowjetischen NKWD, der ostdeutschen Stasi, der rumänischen Securitate, des polnischen MSW und so weiter? Der Stand der Forschung - oder eher Rückstand - hängt mit der unzureichenden Datenlage zusammen: Die Archive in China, Nordkorea und anderen Staaten sind nicht zugänglich, bestimmte Archive der Staatsführung (Stalin) und des Unterdrückungsapparates (von der Tscheka bis zum KGB) in der Sowjetunion sind praktisch verschlossen. In vielen Fällen können wir nur eine erste Bestandsaufnahme vorlegen. Wir haben keine vertieften Untersuchungen über die generelle Funktionsweise dieser Regime, und wir sind folglich weit davon entfernt, eine Typologie erstellen zu können, was im übrigen ganz und gar nicht das Anliegen unseres Werkes war. Schließlich müssen auch die Untersuchungen über die psychischen Dimensionen der Massenverbrechen in den kommunistischen Ländern noch sehr viel weiter vorangetrieben werden: Zum einen gilt es aufzuklären, welche Kräfte die Machthaber angetrieben haben, zum anderen müssen die Auswirkungen auf die unmittelbaren Opfer und auf die Bevölkerung insgesamt erhellt werden. In Frankreich wurden erste Arbeiten dazu vorgelegt, etwa die Untersuchung von Jacques Andre *La Revolution fratricide*[9], worin er aus psychoanalytischer Sicht die revolutionären Triebkräfte bei den Jakobinern untersucht, das Buch von Irena Talaban über *Terreur communiste et resistance culturelle*[10] oder die jüngst erschienene Dissertation von Radu Clit[11]. Aber von einer Gesamtdarstellung sind wir noch weit entfernt.

Damit kommen wir zu der Kritik am Inhalt des *Schwarzbuchs.* Ein Hauptvorwurf, der von Marc Lazar erhoben wurde, lautet, wir hätten den Kommunismus auf ein einziges Grundprinzip reduziert und es versäumt, »die grundsätzliche und permanente Spannung« zwischen »einer Tendenz zur Vereinheitlichung« und »der Vielfalt der realen Erscheinungsformen des Kommunismus« zu berücksichtigen. Und er schließt: »Wenn man auf der grundsätzlichen Einheit beharrt, werden die Unterschiede verwischt, wenn man bis zum Äußersten die Verschiedenheit betont, werden die gemeinsamen Züge verschleiert.«[12] Im Grundsatz können wir dieser Aussage nur zustimmen, dennoch ist es unerläßlich, die einheitlichen Züge des Phänomens hervorzuheben, weil sonst die Gefahr besteht, daß wir uns einem Kommunismus gegenübersehen, der in so viele räumliche und zeitliche Be-

Sonderheiten zerfällt, daß er als historischer Gegenstand nicht mehr existiert. Außerdem zeigen die Moskauer Archive ebenso wie alle Zeitzeugenaussagen seit 1917, alle Hinweise in kommunistischen Veröffentlichungen und das Handeln von Kommunisten, daß von 1917 an bis Ende der fünfziger Jahre jede kommunistische Partei und Staatspartei mit dem Zentrum in Moskau verbunden war, wo die ideologische Linie, die Organisationsstruktur und der politische Kurs festgelegt wurden. Zwar haben sich die Chinesen in den sechziger Jahren der sowjetischen Kontrolle entzogen, doch sie haben sich keineswegs vom grundsätzlichen Modell verabschiedet und sogar eine Rückkehr zu seiner repressivsten Form versucht. Die bemerkenswerte Einheitlichkeit des Kommunismus blieb bis zum Ende erhalten, und darum ist es legitim, daß wir im *Schwarzbuch* in unserer Bestandsaufnahme einen der wesentlichen einheitlichen Züge des Systems herausgearbeitet haben - den Massenterror -, auch wenn, wie bei der Lektüre hinreichend deutlich wird, der Terror unter sehr unterschiedlichen Bedingungen praktiziert wurde.

In diesem Zusammenhang möchten wir daran erinnern, daß wir bereits vor rund fünfzehn Jahren ein Schema zur Interpretation der französischen kommunistischen Partei erstellt haben, das es erlaubte, der Zugehörigkeit der PCF zu einem von der UdSSR beherrschten System Rechnung zu tragen und zugleich ihrem erfolgreichen Vordringen in die französische Gesellschaft. Unsere Interpretation des Kommunismus berücksichtigt zwei Dimensionen: zum einen die teleologische (Lehre, Organisation, politische Strategie und Taktik, wie sie von Moskau vorgeschrieben wurden) und zum anderen die gesellschaftliche (alles, was mit den Besonderheiten der jeweiligen Gesellschaft zu tun hat, in der eine bestimmte kommunistische Partei agiert). Dieses Schema ist weitgehend auf alle kommunistischen Parteien in Westeuropa anwendbar, und es könnte für die kommunistischen Staatsparteien erweitert werden. Tatsächlich finden wir bis jeweils zur Machtübernahme die drei teleologischen Elemente. Nach der Machtübernahme verändern sich die Staatsparteien ein Stück weit, weil sie nun die Möglichkeit haben, der Gesellschaft insgesamt - und nicht mehr nur den Mitgliedern der Partei - ihre totalitären Ansprüche aufzuzwingen. Aber auch bei den Staatsparteien bleiben die teleologischen Elemente noch erhalten - Lehre, Organisation, Innenpolitik und Außenbeziehungen werden ganz oder teilweise von Moskau diktiert. Die Zirkulation von »Beratern« ist in dieser Hinsicht sehr aufschlußreich, insbesondere im Bereich der Polizei und damit im Unterdrückungsapparat.

Jean-Jacques Becker geht von derselben Reflexion über die unbestreitbaren Unterschiede innerhalb des Kommunismus aus und führt die Kritik dann noch weiter: Es sei wissenschaftlich nicht haltbar, unter dem Blickwinkel der Massenverbrechen alle kommunistischen Regime nebeneinander zu betrachten, die doch in eben dieser Perspektive nichts miteinander zu tun hätten wie etwa Gottwalds Tschechoslowakei und Pol Pots Kambodscha.

Damit sind zwei grundsätzliche Fragen aufgeworfen. Erstens: Ist es vertretbar, mit dem Hinweis, sie seien »kommunistisch«, Regime in einer Untersuchung zusammenzufassen und damit auf eine Ebene zu stellen, die in sehr unterschiedlichen Kontexten entstanden sind und bei denen im übrigen der Terror ganz unterschiedlich viele Opfer gefordert hat? Und zweitens: Sind die europäischen kommunistischen Regierungen der Jahre 1980-1991 wirklich mit den Regimen gleichzusetzen, die von den zwanziger Jahren bis in die fünfziger Jahre hinein massenhaft Terror ausgeübt haben?

Die zweite Frage hat für die Autoren des *Schwarzbuchs* keine Rolle gespielt: Sie haben die einzelnen Regime in der Zeit des Massenterrors behandelt, die weitere Entwicklung nach diesen Krisenjahren war nicht ihr Thema. Hinsichtlich der ersten Frage ist die Haltung der Autoren des *Schwarzbuchs* über die gesamte Dauer ihrer wichtigen gemeinsamen Arbeit unverändert geblieben: Es gibt unbestreitbar Unterschiede zwischen den Parteien und den Staatsparteien, etwa hinsichtlich ihrer Größe - man denke an China mit seiner riesigen Bevölkerung - oder in bezug auf den Grad ihrer Verbrechen - in Kambodscha unter Pol Pot hat der Kommunismus in seiner verbrecherischen Dimension allem Anschein nach den Höhepunkt erreicht; aber dem Wesen nach gibt es keine Unterschiede.

Doch die Kritik geht manchmal noch weiter. So schreibt J.-J. Becker, »von der geschichtlichen Realität entfernen sich die Autoren allerdings, wenn sie behaupten, mit der Untersuchung der Verbrechen nicht nur einen Zug des Kommunismus zu analysieren, sondern den *ganzen* Kommunismus [...]«[13]. Dieses Argument grenzt an böswillige Unterstellung; tatsächlich wird bereits auf der dritten Seite des Buches zweimal deutlich gesagt, »die Geschichte der kommunistischen Regime und Parteien [...] erschöpft sich nicht in dieser Dimension des Verbrechens, auch nicht in einer Dimension des Terrors und der Unterdrückung«, vielmehr betrachteten wir das Verbrechen als *eine* Dimension, »die für das gesamte kommunistische System charakteristisch war«.

Dies sind die hauptsächlichen Kritikpunkte, die gegen das Buch als ganzes vorgebracht werden. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stand allerdings das Einführungskapitel.

Kontroversen über die Einführung

Die Kontroverse gehört in den Rahmen der Kritik am Einführungskapitel durch zwei Mit-Autoren des *Schwarzbuchs,* die dann von Zeitungen wie *Le Monde* und *L'Humanite* verbreitet wurde.[14] Henry Rousso greift die Kritik auf und faßt sie so zusammen: »[...] einer der Autoren, Stephane Courtois, hat ein legitimes wissenschaftliches Unternehmen, das bereits durch die Sensationsgier des Verlegers ernsthaft bedroht war, in ein ideologisches Unterfangen verwandelt, das für ihn gewiß ein großer wirtschaftlicher Erfolg

sein wird, aber Schatten auf ein Thema wirft, das eine andere Behandlung verdient hätte.«[15] Diese Aussage kommt zumindest unvermittelt, und Rousso führt sie an keiner Stelle weiter aus: Inwiefern ist das Unterfangen ideologisch ? Die Opfer des Kommunismus zu zählen, einen Vergleich zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus anzustellen, darauf hinzuweisen, daß das Vorgehen der meisten kommunistischen Regime den Tatbestand von Verbrechen gegen die Menschlichkeit erfüllte - heißt das, »ideologisch« vorzugehen? Die Absicht, den Begriff »ideologisch« im Gegensatz zu »historisch« zur Stigmatisierung zu verwenden, erinnert an die Kampfmethoden einer anderen Zeit. Vor allem aber scheint Henry Rousso mit dem Vorwurf der »Ideologie« dem Historiker das Recht absprechen zu wollen, daß er sich auf Werte bezieht. Doch es gilt, was François Bedarida über die Rolle des Historikers schreibt: »[...] auf welchem Fundament könnte der Begriff der Verantwortung ruhen, wenn da nicht die Forderung nach Wahrheit wäre? Zugegebenermaßen kommt man damit auf das Feld der Werte, und es tut sich ein Zusammenhang zwischen Geschichte und Ethik auf. Aber kann es zwischen Ethik und Verantwortung eine unüberwindliche Schranke geben?«[16]

Es sei noch einmal daran erinnert, unter welchen Rahmenbedingungen das Einführungskapitel zustande kam: Von Mai bis August 1997 wurden mit den Hauptautoren - Bartosek, Margolin, Panne und Werth - vier Fassungen diskutiert, von Februar bis September 1997 leisteten die Autoren eine enorme kollektive Anstrengung (siebzehn Besprechungen). Jeder konnte Kritik und Anmerkungen vorbringen, auch schriftlich, alle Vorschläge wurden diskutiert und die meisten berücksichtigt. Die Einleitung fällt zwar in meine Verantwortung, aber es geht nicht, daß bestimmte Co-Autoren entweder behaupten, sie hätten sie nicht gekannt, oder sagen, sie seien vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Sie haben über einen langen Zeitraum an der Ausarbeitung und Verbesserung der Einleitung mitgewirkt.

Die Kritik am Einführungskapitel, auch die von Wissenschaftlern formulierte, war sehr viel polemischer als die Kritik an dem Buch insgesamt. Besonders harte Worte fand Henry Rousso, der mir vorhielt, ich hätte »eine Vorannahme ausgedrückt, zu der viel Tinte geflossen ist, nämlich daß die Verbrechen des Nationalsozialismus und des Kommunismus ›gleichwertig‹ seien [...]«[17] Und er zitiert: »›Rassen-Genozid‹ und ›Klassen-Genozid‹ sind sich sehr ähnlich: Der Tod eines ukrainischen Kulakenkindes, das das stalinistische Regime gezielt der Hungersnot auslieferte, wiegt genauso schwer wie der Tod eines jüdischen Kindes im Warschauer Ghetto, das dem vom NS-Regime herbeigeführten Hunger zum Opfer fiel.«[18] Diese Darstellung ist in zweifacher Hinsicht falsch. Erstens gibt Rousso das Zitat verstümmelt wieder: *»Hier* sind sich ›Rassen-Genozid‹ und ›Klassen-Genozid‹ sehr ähnlich«, beginnt das Zitat, das am Ende eines Absatzes über die Hungersnot in der Ukraine 1932-1933 steht. »Hier« macht somit deutlich, auf welche konkrete historische Realität der Begriff »Klassen-Genozid« ange-

wendet wird. Zweitens benutzte ich nur an dieser Stelle die Wendung »wiegt genauso schwer« (französisch »vaut«), und ich setzte in der französischen Ausgabe das Wort in Anführungszeichen als Hinweis, daß ich es hier in einer besonderen und für einen Historiker unüblichen Weise gebrauche, weil es auf eine moralische Dimension verweist. Henry Rousso löst eine Wendung und einen Satz aus ihrem Kontext und überträgt sie auf die Einleitung insgesamt. Damit verdreht er meinen Gedankengang, weil er nur so argumentieren kann, daß ich mit meinem Text auf »Provokation« abziele und daß für mich »alle Systeme gleichwertig sind«.

Nun wird aber jeder zustimmen, daß ein Buch von fast 1000 Seiten, in dem es ausschließlich um die Verbrechen des Kommunismus geht, ohne Erwähnung der Nazi-Verbrechen zumindest in der Einleitung mit Fug und Recht als ein Beispiel für übelste Verleugnung aus einer rechtsextremen Ecke hätte gelten müssen. An dem »polemischen Argument« haben die Experten für Kommunismus und Faschismus unter den Vertretern der zeitgeschichtlichen Forschung, von Pierre Milza bis Marc Lazar und von Jean-Luc Domenach bis François Fejtö, offenkundig keinen Anstoß genommen, Fejtö hat der vielzitierten Formulierung vom Klassen-Genozid sogar ausdrücklich zugestimmt.[19]

Jean-Jacques Becker pflichtet Henry Rousso voll und ganz bei und schreibt, »der Koordinator des Werkes möchte eine wirkungsvolle Geschichtsschreibung, das heißt eine militante Geschichtsschreibung - eine Vorstellung von Geschichte, die stark an jene erinnert, die die kommunistischen Regime hegten (auch wenn er mit seiner Geschichtsschreibung diese angeblich bekämpfen will)«.[20] Ich weiß nicht, wie J.-J. Becker zu der Aussage kommt, ich sei Verfechter einer »militanten« Geschichtsschreibung. Militant in wessen Sinn? Um welcher Sache willen? Der Satz bleibt ein Rätsel, weil er weder näher ausgeführt noch mit Beispielen belegt wird. Noch erstaunlicher ist die Behauptung, die Art der Geschichtsschreibung im *Schwarzbuch* entstamme der gleichen Geisteshaltung wie die Geschichtsschreibung unter Stalin und Mao: Zu letzterer gehörte die systematische Lüge zum Ruhme des Diktators und seines Systems. Im *Schwarzbuch* geht es um die peinlich genaue Aufklärung der Wahrheit, und Grundlage sind, wo immer möglich, für jedermann überprüfbare Quellen.

J.-J. Beckers Überlegungen werden indes verständlich, wenn man betrachtet, welcher Zug seiner Meinung nach den europäischen Kommunismus definieren sollte: »[...] es ist in erster Linie eine Mischung aus permanenter Propaganda mit dem Ziel, den Verstand zu konditionieren und niemandem zu erlauben, sich dem zu entziehen, sowie einem vollkommenen Mangel an Freiheit und täglicher Unterdrückung. [...] Denn eindeutiger als das Verbrechen war sie [die Propaganda] untrennbar mit dem Sowjetsystem verbunden.«[21] Ich stimme ohne weiteres zu, daß die Propaganda mit den Wirkungen, die J.-J. Becker beschreibt, einer der wichtigsten Züge dieser totalitären Regime war. Aber der Umstand, daß es in der UdSSR in den dreißiger Jahren

eine allgegenwärtige Propaganda gab, kann das Ausmaß der Verbrechen, die damals geschahen, nicht aufwiegen, vermindern oder verschleiern. Die Propaganda ist zwar ein notwendiges Kriterium bei der Definition eines totalitären Regimes, aber sie ist kein hinreichendes. Mussolini betrieb intensive Propaganda, doch zu seiner Form der Machtausübung gehörten keine Massenmorde - sofern man der Auffassung zustimmt, daß die vom italienischen Militär an den Äthiopiern verübten Greueltaten eher in die Kategorie der Gewalt von Kolonialherren fallen. Aus eben diesem Grund sind die meisten zeitgenössischen Autoren der Auffassung, daß der italienische Faschismus trotz seines »totalitären« Anspruchs nicht in einem Atemzug mit den beiden radikalen Formen der totalitären Herrschaft, dem Kommunismus und dem Nationalsozialismus, genannt werden darf.

Doch wie hätte ein Versuch, »den Verstand zu konditionieren«, so lange weitergehen können, wenn er sich nicht auf die dauernde und generelle Angst hätte stützen können, die durch den Massenterror verbreitet und von einer allgegenwärtigen politischen Polizei immer wieder geschürt wurde ? Wie hätten diese Regime sich allein, ohne dieses Druckmittel, an der Macht halten können? Sobald das Druckmittel nicht mehr existierte, brachen die Regime innerhalb von Monaten zusammen - trotz einer unverändert obsessiven Propaganda. Als den Menschen in der DDR klar wurde, daß die Sowjetunion nicht eingreifen und die Polizei nicht schießen würde, fiel die Mauer. In der UdSSR genügte es, daß Gorbatschow bei den Wahlen nur ein Drittel unabhängiger Kandidaturen zuließ, und seine Herrschaft löste sich auf.

Noch bei einem weiteren Punkt ist viel zu oft Polemik an die Stelle von substantieller Kritik getreten: bei der Zahl der Opfer. So schreibt Henry Rousso, beim Thema der politischen Gewalt dürfe man »nicht bei oberflächlichen Ähnlichkeiten stehen bleiben: Die Aufrechnung der Opfer der jeweiligen Regime verlangt zwar gleichen Respekt für die Leiden auf beiden Seiten, aber sie trägt nichts zum Verständnis der politischen, sozialen und kulturellen Vorgänge bei.«[22] Marc Lazar wiederum wirft mir vor, ich würde »den Völkermord und die Repression der Kommunisten und der Nazis auf eine Stufe stellen«[23]. Ich habe die Opfer der jeweiligen Regime nicht »aufgerechnet«, ich habe mich auf die Feststellung beschränkt, die Zahl der Opfer in den kommunistischen Systemen verglichen mit den Opfern des Nationalsozialismus »sollte zumindest zum Nachdenken über die Ähnlichkeit anregen, die zwischen dem NS-Regime, das seit 1945 als das verbrecherischste des Jahrhunderts angesehen wird, und dem kommunistischen besteht, dessen Legitimität auf internationaler Ebene bis 1991 unangefochten war [...].«[24]

Das gibt schließlich auch Marc Lazar zu, der gleichwohl kritisiert, ich hätte hier zu sehr »im Alleingang« gehandelt, und anmerkt, daß meine Zahlen nicht mit denen von Werth, Bartosek und Paczkowski übereinstimmten. Das rührt von unterschiedlichen Schätzungen der Autoren her - selbst

wenn J.-L. Margolin meint, es seien »alles in allem sekundäre Punkte«[25] -, aber es ändert nichts an der Größenordnung. Für die UdSSR referiert Nicolas Werth nur die Zahlen, die sich mit dem vorhandenen Datenmaterial belegen lassen, ein vollkommen legitimes Vorgehen. Die Archive des Unterdrückungsapparates in Rußland sind zur Zeit nicht zugänglich, dies und die Umstände der damaligen Zeit haben zur Folge, daß zahlreiche Opfer noch nicht gezählt werden können und daß viele wohl niemals in den Dokumentationen auftauchen werden: Menschen, die bei der Deportation verstorben sind; Soldaten, die vom NKWD ermordet wurden, um die Kämpfer an der Front am Rückzug oder auch nur am Widerspruch zu hindern - innerhalb von vier Monaten wurden allein während der Schlacht von Stalingrad 13000 Soldaten erschossen[26]-, ehemalige sowjetische Kriegsgefangene, die ermordet wurden, bevor sie in die UdSSR zurückkehren konnten - zum Beispiel die Kosaken und die Soldaten der Wlassow-Armee, die 1945 von den Engländern an die Rote Armee übergeben wurden -, nationalistische Widerstandskämpfer, die nach 1945 verfolgt wurden, und so weiter. An dieser Stelle sei daran erinnert, daß die renommiertesten Autoren Zahlen nennen, die weit über unseren liegen: Conquest schreibt von 40 Millionen Toten, Wolkogonow von 35 Millionen, Panin von 60 Millionen, Solschenizyn von 66 Millionen, Kurganow ebenfalls von 66 Millionen. Eine Differenz von fünf Millionen Opfern ist deshalb außerordentlich maßvoll.

Im Hinblick auf die osteuropäischen Staaten - mit Ausnahme von Polen - haben neuere Forschungen ergeben, daß die Zahlen nach oben revidiert werden müssen. Wir haben die Verbrechen des Tito-Regimes erheblich unterschätzt, ob in Bosnien, Slowenien oder Triest, überall dort werden immer neue Massengräber entdeckt. In der DDR haben wir uns zu wenig um die Zeit gekümmert, als dieser Teil Deutschlands Besatzungszone war und die Rote Armee und der NKWD dort mit harter Hand regierten; das kostete zigtausende Menschen das Leben.[27] Die Zahl der Opfer während der sowjetischen Besetzung Polens von September 1939 bis Juni 1941 hat Andrzej Paczkowski ausgehend von Archivmaterial des NKWD auf 130000 veranschlagt, hinzurechnen muß man Alexandra Viatteau zufolge noch die verschleppten Polen, die nie mehr in ihre Heimat zurückkehren durften und auf fremdem Boden starben, noch einmal mehrere hunderttausend Menschen.[28] All diese Zahlen können nach dem gegenwärtigen Stand der Forschungen nur grobe Näherungen sein, insgesamt kommen wir demnach für ganz Osteuropa auf rund eine Million Opfer.

Trotz allem sind diese oft sehr polemischen Vorwürfe und Anmerkungen insofern interessant, als sie die Einstellung der allgemeinen und der akademischen Öffentlichkeit widerspiegeln. Anscheinend hat man das Ausmaß der Tragödie, welche die Menschen in den kommunistischen Regime erlitten, noch nicht begriffen, und das erklärt zumindest teilweise die heftige Reaktion auf das Einführungskapitel. Zwar endet das *Schwarzbuch* mit einem optimistischen Ausblick, aber die Einleitung sollte aufrütteln und all

jenen die Augen öffnen, die den vom Kommunismus verursachten Tragödien mit Unwissenheit oder Gleichgültigkeit begegnen.

Schließlich sind all die kritischen Beiträge zum *Schwarzbuch des Kommunismus,* auch wenn sie zuweilen in eine der historischen Auseinandersetzung unwürdige Polemik abgleiten, doch ein Zeichen, daß dieses Forschungsfeld, das Ende der vierziger Jahre Arendt, Aron, Camus, Rousset und einige andere[29] eröffnet haben und das auf kommunistischen Druck hin übereilt geschlossen wurde, nun definitiv wieder neu geöffnet ist. Und, das können wir ohne Prahlerei sagen, das *Schwarzbuch* hat daran durchaus seinen Anteil. Das zumindest ist sein Verdienst. Wie François Bedarida es ausgedrückt hat: »Die Geschichte liefert nicht so sehr Antworten, sondern vor allem Fragen.«[30] Das *Schwarzbuch* konnte Fragen aufwerfen, die nun, da dieses schreckliche, vom Totalitarismus geprägte 20. Jahrhundert zum geistigen und intellektuellen Abschluß kommt, unbedingt gestellt werden mußten.

Anmerkungen

1. Anne Applebaum, »Quand une memoire en cache une autre«, *Commentaire,* Nr. 78 (1997), S. 247.
2. Annie Kriegel, *Le Systeme communiste mondial,* Paris 1984.
3. Zur Infiltration in Frankreich in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen siehe Sophie Coeure, *La Grande lueur á l'Est. Les Français et V Union sovietique, 1917-1939,* Paris 1979.
4. Stephane Courtois, »Archives du communismus: mort d'une memoire, naissance d'une histoire«, *Le Debat,* Nr. 77, November - Dezember 1993.
5. Horst Möller (Hg.), *Der rote Holocaust und die Deutschen. Die Debatte um das Schwarzbuch des Kommunismus,* München, Zürich 1999.
6. Pierre Rigoulot, Ilios Yannakakis, *Un Pave dans Vhistoire. Le debat français sur* Le Livre noir du communisme, Paris 1998. Einige »Wissenschaftler« haben dem ideologischen Gefühlsüberschwang freien Lauf gelassen bis zu Angriffen *ad hominem.* So hat etwa Alain Brossat in der Zeitschrift der Ligue communiste revolutionnaire einen umfangreichen Artikel veröffentlicht mit dem Titel »A propos d'un Livre noir et d'un energumene« *(Critique communiste,* Nr. 151). Offensichtlich hat er dabei den Blick in das Wörterbuch vergessen. Dort wird »energumene« erklärt als »jemand, der vom Dämon besessen ist«. Wer spricht hier von »Dämonisierung«?
7. Marc Lazar, *»Le Livre noir du communisme* en debat«, *Communisme,* Nr. 59-60, 1999.

8. Marc Lazar und Jean-Jacques Becker ebenda, ferner Henry Rousso, *La hantise du passe,* Paris 1998, S. 90.
9. Jacques Andre, *La Revolution fratricide. Essai de psychanalyse du lien social,* Paris 1993.
10. Irena Talaban, *Terreur communiste et resistance culturelle. Les arracheurs de masque,* Paris 1999.
11. Radu Cht, *Cadre totalitaire et fonction narcissique,* Dissertation Universite Paris VIII, 1999.
12. Marc Lazar, a. a. O.
13. Jean-Jacques Becker, »Quelques remarques sur *Le Livre noir«, Communisme,* Nr. 59-60,1999.
14. Allerdings ist anzumerken, daß die acht Co-Autoren dem Einführungskapitel zugestimmt und die Zustimmung öffentlich kundgetan haben durch Mitunterzeichnung der Entgegnung, die ich in *Le Monde* vom 20. Dezember 1997 unter dem Titel »La Tragödie communiste« veröffentlicht habe.
15. Henry Rousso, *La Hantise,* a. a. O., S. 90.
16. François Bedarida, »Praxis historienne et responsabilite«, *Diogene,* Nr. 168, Oktober - Dezember 1994, S. *11.*
17. Philippe Burin, Henry Rousso et al., *Nazisme et stalinisme,* Brüssel 1999.
18. Jean-Louis Margolin spricht in diesem Zusammenhang von einem »falsch-richtigen Vergleich«, aber er erklärt nicht, was daran falsch sein soll; vgl. J.-L. Margolin, »Du cas cambodgien comme enjeu et revelateur«, *Communisme,* Nr. 59-60,1999, S. 177.
19. François Fejtö, Maurizio Serra, *Le Passager du siede,* Paris 1999, S. 197.
20. J.-J. Becker, a. a. O.
21. Ebenda.
22. H. Rousso, *Nazismus et Stalinisme,* a.a.O., S. 31.
23. M. Lazar, a. a. O.
24. *Das Schwarzbuch des Kommunismus,* S. 27.
25. Zitierter Artikel, S. 177.
26. Antony Beevor, *Stalingrad,* London 1999.
27. Zur DDR vgl. das Kapitel, das Ehrhard Neubert für die deutsche Ausgabe des *Schwarzbuchs* geschrieben hat: »Politische Verbrechen in der DDR«.
28. Alexandra Viatteau, *Staune assassine la Pologne,* Paris 1999.
29. Vgl. Pierre Gremion, *Intelligence de Vanticommunisme, le Congres pour la liberte de la culture, 1950-1970,* Paris 1995.
30. François Bedarida, a. a. O., S. 2.

Anmerkungen

Die Verbrechen des Kommunismus

(S. 11-43)

1 Raymond Queneau, *Eine Modellgeschichte,* München 1985, S. 9.
2 Zitiert in: Kostas Papaionannou, *Les Marxistes,* J'ai lu, 1965.
3 Andre Frossard, *Le Crime contre l'humanite,* Robert Laffont, 1987.
4 Wassilij Grossman, *Alles fließt...,* München/Hamburg 1985.
5 Jacques Baynac, *La Terreur sous Lenine,* Le Sagittaire, 1975, S. 75.
6 Gracchus Babeuf, *La Guerre de Vendee et le Systeme de depopulation,* Tallandier, 1987.
7 J.-R Azema, F. Bedarida, *Dictionnaire des annees de tourmente,* Flammarion, 1995, S. 777.
8 Pierre Vidal-Naquet, *Feflexions sur le genocide,* La Dicouverte, 1995, S. 268. Übrigens schreibt Vidal-Naquet: »Katyn wurde erwähnt und das 1940 verübte Massaker an polnischen Offizieren in sowjetischer Gefangenschaft. Katyn fällt ganz genau unter die Nürnberger Definition.«
9 Denis Szabo, Alain Joffe, »La repression des crimes contre l'humanite et des crimes de guerre au Canada«, in: Marcel Colin, *Le Crime contre l'Humanite,* Eres, 1996, S. 65.
10 Vgl. in diesem Zusammenhang die Analyse Jean-Noel Dardes, *Le Ministere de la Verite: histoire d'un genocide dans le Journal »L'Humanite«,* Le Seuil, 1984.
11 Robert Conquest, *Der große Terror,* München 1992.
12 Vgl. Louis Aragon, *Prelude au temps des cerises.*
13 Joseph Berger, *Le Naufrage d'une generation,* Denoel, »Lettres nouvelles«, 1974, S. 255.
14 Martin Malia, *Vollstreckter Wahn. Rußland 1917-1991,* Stuttgart 1994, S. 17.
15 Tzvetan Todorov, *L 'Homme depayse,* Le Seuil, 1996, S. 36.
16 Martin Broszat (Hg.), *Kommandant in Auschwitz, Autobiographische Aufzeichnungen des Rudolf Höß,* München 1981, S. 139.
17 Grossman, a.a.O., S. 135, 137, 147.
18 Raul Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden, Die Gesamtgeschichte des Holocaust.* Frankfurt/Main 1994.
19 Strobe Talbott (Hg.), *Chruschtschow erinnert sich,* Hamburg 1971, S. 351, 353.
20 Grossman, a. a. O.
21 Simone Weil, *Die Einwurzelung. Einführung in die Pflichten dem menschlichen Wesen gegenüber,* München 1956, S. 189.

scan & corr by rz 08/2008

22 Tzvetan Todorov, »La Morale de l'historien«. Vortragsreihe *L 'Homme, la langue, les camps,* Paris IV (Sorbonne), Mai 1997.
23 Vgl. Pierre Nora, »Gaullistes et communistes«, *Les Lieux de memoire,* Gallimard, 1997, IV, Bd. 2.
24 Witold Gombrowicz/Dominique de Roux, *Gespräche,* Pfullingen 1969, S.82.
25 Vgl. Pjotr Pigorov, *J'ai quitte mapatrie,* La Jeune Parque, 1952; oder Michel Koriakoff, *Je me mets hors la loi,* Editions du Monde nouveau, 1947.
26 Talbott, a.a.O., S.352.
27 Ebd., S. 352ff.
28 Francois Füret, *Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert,* München 1996, S. 559 f.
29 Vgl. Pierre Rigoulot, *Les Franqais au Goulag,* Fayard, 1984; und vor allem Jacques Rossi, *Le Goulag deAäZ,* Le Cherche Midi, 1997.
30 Warlam Schalamow, *Geschichten aus Kolyma,* Frankfurt/Berlin/Wien, 1983.
31 Pin Yathay, *Du mußt überleben, mein Sohn! Bericht einer Flucht aus dem Inferno Kambodschas,* München 1987.
32 Paul Barton, *L 'Institution concentrationnaire en Russie, 1930-1957,* Plön, 1959.
33 Bernard Chapuis, *Le Monde,* 3.7.1975.
34 Wladimir Bukowski, *Abrechnung mit Moskau. Das sowjetische Unrechtssystem und die Schuld des Westens,* Bergisch Gladbach 1996.
35 Vgl. z.B. das Buch von Ludo Martens, *Un autre regard sur Staline,* EPO, 1994 (350 Seiten), das 1997 auf dem Fest der Zeitung »L'Humanite« verkauft wurde. In kaum weniger hagiographischem Stil Lilly Marcou, *Statine, vieprivee,* Calman-Levy, 1996.
36 Francois-Rene de Chateaubriand, *Erinnerungen,* München 1968, S. 286.

TEIL EINS

Ein Staat gegen sein Volk

(S. 45-295)

1 Bis zum 1. Februar 1918 galt in Rußland der Julianische Kalender, dem unser Gregorianischer Kalender um 13 Tage vorausging. Dem 25. Oktober 1917 in Rußland entspricht nach der deutschen Zeitrechnung der 7. November 1917.
2 A. Z. Okorokow, *Oktiabr' i krax russkoi burzuaznoi pressy* (Der Oktober und der Zusammenbruch der russischen bürgerlichen Presse), Moskau 1971; V N. Brovkin, *The Mensheviks öfter October,* London 1987.
3 G. A. Below, *Iz istorii Vserossiiskoi Crezvycainoi komissii, 1917-1921: Sbornik dokumentov* (Geschichte der Außerordentlichen Kommission, 1917-1921: Dokumentensammlung) Moskau 1958, S.66; G. Leggett, The Cheka, *Lenin 's Political Police,* Oxford 1981, S.13-15.
4 Below, a.a.O., S. 54-55.
5 Ebd. S. 67.

scan & corr by rz 08/2008

6 D. I. Kurski, *Izbrannye stati i reci* (Ausgewählte Reden), Moskau 1958, S.67.
7 E. A. Finn, »Antisovetskaia pecat' na skam'e podsudimyx« (Die antisowjetische Presse auf der Anklagebank), in: *Sowjetskoi'e Gosudarstwo i prawo* 1967/2, S. 71-72.
8 S. A. Pawljucenkow, *Krestianskii Brest* (Der Brest-Vertrag für die Bauern), Moskau 1996, S. 25-26.
9 Leggett, a.a.O., S.7.
10 W. D. Brontsch-Brujewitsch, *Na boevyx postax fevral'skoi i-oktiabrskoi revoliutsii* (An den Kampfplätzen der Februar- und Oktoberrevolution), Moskau 1930, S. 191.
11 Brontsch-Brujewitsch, a. a. O., S. 197.
12 Leggett, a.a.O., S. 16.
13 *Lenin i VCK: Sbornik dokumentov* (Lenin und die Tscheka: Dokumentensammlung), Moskau 1975, S. 36-37; vollständiger Text: GARF 130/2/134/26-27.
14 *Delo Naroda,* 3. Dezember 1917.
15 W. I. Lenin, *Polnoe sobranie socinenii* (Gesammelte Werke), Moskau 1958-1966, Bd. *XXXV,* S. 311.
16 Die Akten können im GARF (Staatsarchiv der Russischen Föderation) eingesehen werden, sogenannter »Prager Archiv«-Bestand, Akten 1-195. Für den betreffenden Zeitraum: Akte 8,2,27.
17 Zit. in O. Figes, *The Russian Revolution,* London 1995, S. 379.
18 Archiv B. Nikolajewski, Hoover Institution, *Polozenie o CK na mestax* (Bericht über die lokalen Organisationen der Tscheka), 11. Juni 1918.
19 Leggett, a.a.O., S.29-40.
20 M. I. Latsis, *Dva goda borby na vnutrennom fronte* (Zwei Kampfjahre an der inneren Front), Moskau 1920, S. 6.
21 I. Steinberg, *In the Workshop ofthe Revolution,* London 1955, S. 145.
22 L. Schapiro, *Les Bolcheviks et l 'Opposition. Origines de l 'absolutisme communiste, 1917-1922,* Paris 1957, S. 84-86; Brovkin, a.a.O., S. 46-47 und 59-63.
23 E. Berard, »Pourquoi les Bolcheviks ont-ils quitte Petrograd?«, in: *Cahiers du monde russe et sovietique,* XXXIV (4), Oktober-Dezember 1993, S. 507-528.
24 Lenin, a. a. O., Bd. XXXV, S. 311.
25 CRCEDHC (Centre russe de conservation et d'etude de la documentation historique contemporaine) 158/1/10; Pawljuzenkow, a.a.O., S.29.
26 *Dekrety Sovetskoi Vlasti* (Dekrete der Sowjetmacht), Bd. 1 (1957), S. 490-491.
27 P. G. Sofinow, *Ocerki Istorii vserossiiskoi crezvycainoi komissii* (Geschichte der Außerordentlichen Kommission), Moskau 1960, S.43-44; Leggett, a.a.O., S. 35.
28 Below, a.a.O., S. 112-113.
29 Brovkin, a.a.O., S. 159.
30 Lenin, a. a. O., Bd. XXXVI, S. 265.
31 *Protokoly zasedanii VSIK 4-sozyva, Stenograficeskii otcet* (Protokolle der 4. Sitzung des ZEK), Moskau 1918, S. 250.

scan & corr by rz 08/2008

32 Ebd., S. 389.
33 K. Radek, »Puti russkoi revoliutsii« (Die Wege der Russischen Revolution), in: *Krasnaia* Nov. 1921/4, S. 188.
34 A. Graziosi, *The Great Soviet Peasant War,* Ukrainian Research Institute, Harvard University, 1996, S. 18.
35 Brovkin, a. a. O., S. 220-225.
36 CRCEDHC 17/6/384/97-98.
37 *Novaja Tschizn* (Das Neue Leben) 1. Juni 1918, S. 4.
38 N. Bernstam, *Ural i Prikamie, noiabr' 1917 - ianvar 1919* (Der Ural und das Kamagebiet, November 1917 -Januar 1919), Paris 1982.
39 *Instruksia Crezvycainym Komissiam* (Anweisungen für die örtlichen Tscheka-Verbände), Archiv B. I. Nikolaevski, Hoover Institution Stanford, zit. in Leggett, a.a.O., S. 39-40.
40 L. Trotzki, *O. Lenin* (Lenin), Moskau 1924, S. 101.
41 *Novaja Tschizn* 16., 26., 27., 28. Juni 1918; Brovkin, a.a.O., S. 243-249; S. Rosenberg, »Russian Labor and Bolshevik Power«, in: *Slavic Review 44* (Sommer 1985), S. 233 ff.
42 Lenin, a.a.O., Bd. L, S. 106.
43 L. M. Spirin, *Klassy ipartii v grazdanskoivoine v Rossii* (Klassen und Parteien des russischen Bürgerkriegs), Moskau 1968, S. 180 f.
44 Lenin, a. a. O., Bd. L, S. 142.
45 CRCEDHC 2/1/6/898.
46 GARF (Staatsarchiv der Russischen Föderation).
47 CRCEDHC 76/3/22.
48 *Leninskii sbornik* (Sammlung von Texten Lenins), Bd. 18 (1931), S. 145 f., in: D. Volkogonov, *Le Vrai Lenine,* Paris 1995, S. 248.
49 Lenin, a. a. O., Bd. L, S. 143.
50 CRCEDHC 76/3/22/3.
51 *Iswestia,* 23. August 1918; Leggett, a.a.O., S. 104.
52 S. Lyandres, »The 1918 Attempt on the Life of Lenin: A New Look at the Evidence«, in: *Slavic Review,* 48/3 (1989), S. 432-448.
53 *Prawda,* 31. August 1918.
54 *Iswestia,* 4. September 1918.
55 R. Abramowitsch, *The Soviet Revolution,* London 1962, S. 312.
56 *Severnaia Kommuna,Nr.* 109,19. September 1918, S. 2, in: Leggett, a.a.O., S. 114.
57 *Iswestia,* 10. September 1918.
58 Below, a.a.O., S. 197f.
59 Leggett, a.a.O., S. 111.
60 *Utro Moskvy* (Der Moskauer Morgen), Nr. 21, 4. November 1918.
61 *Ejenedelnik VCK* (Wochenzeitung der Tscheka), 6 Ausgaben, vom 22. September bis 27. Oktober 1918.
62 Leggett, a.a.O., S. 113.
63 Latsis, a.a.O., S.25.
64 Brief von J. Martow an A. Stein vom 25. Oktober 1918, in: V Brovkin, *Behind the Front Lines ofthe Civil War,* Princeton 1994, S. 283.
65 Bernstam, a.a.O., S. 129.
66 N. N. Gernet, *Protiv smertnoi kazni* (Gegen die Todesstrafe) St. Petersburg

scan & corr by rz 08/2008

1907, S. 385-423; N. S. Taganschew, *Smertnaia kazn* (Die Todesstrafe), St. Petersburg 1913. Ähnliche Zahlen liefert ein Bericht von Karl Liebknecht (1906 bis 1910: 5735 Todesurteile, davon 3741 vollstreckt; 1825 bis 1905: 525 Urteile, davon 191 vollstreckt) in: M. Ferro, *La Revolution de 1917. La chute du tsarisme et les origines d'Octobre,* Paris 1967, S. 483.

67 CRCEDHC 5/1/2558.
68 *Lenin i VCK* (Lenin und die Tscheka), a. a. O., S. 122.
69 Leggett, a.a.O., S.204-237.
70 GARF393/89/10a.
71 *Vlast'Sovetov* (Die Macht der Sowjets), 1922/1 - 2 , S. 41; L. D. Gerson, *The Secret Police in Lenin 's Russia,* Philadelphia 1976, S. 149 f.; Leggett, a.a.O., S. 178; GARF 393/89/18, 393/89/296.
72 Ebd. 393/89/182, 393/89/231, 393/89/295.
73 Gorelik (Hg.), *Gonenia na Anarxizm v Sovetskoi Rosii* (Die Verfolgung des Anarchismus im sowjetischen Rußland), Berlin 1922, S. 27-63.
74 *Iswestia,* 18.März 1919; Gerson, a.a.O., S. 151-152; Leggett, a.a.O., S.311-316;
75 V Brovkin, *Behind...,* a.a.O., S. 54.
76 Below, a.a.O., S. 354; CRCEDHC 5/1/2615.
77 Brovkin, *Behind...,* a.a.O., S. 252-257.
78 *Tsirkuliarnoie pis 'mo VCK* (Rundbrief der Tscheka), Archiv B. Nikolaevski,in:ebd. S.267f.
79 CRCEDHC 17/84/43/2-4.
80 Brovkin, *Behind...*, a.a.O. S. 69; CRCEDHC 17/84/43.
81 Leggett, a.a.O., S. 313; Brovkin, *Behind...,* a.a.O., S.71; Petrogradskaia Prawda, 13. April 1919, S. 3.
82 CRCEDHC 17/66/68/2-5; 17/6/351.
83 Ebd. 17/6/197/105; 17/66/68.
84 CRCEDHC 17/6/351; *Iswestia TsKa RPK(b)* (Nachrichten vom ZK der KP(b)R) Nr. 3, 4. Juli 1919; CRCEDHC 2/1/24095; GARF 130/3/363.
85 Brovkin, *Behind...,* a.a.O., S. 82-85; S.P. Melgunov, *La Terreur rouge en Russie, 1918-1924,* Paris 1927, S. 58 ff; P. Silin, »Astrachanskie rasstrely« (Die Erschiessungen von Astrachansk), in: V. Tschernow, *Tscheka: Materialy po deiatelnosti Cresvycainoi Komisii,* Berlin 1922, S.248-255.
86 CRCEDHC 2/1/11957.
87 Trotsky, *Papers,* Bd. II, S. 22.
88 Brovkin, *Behind...*, a.a.O., S. 289.
89 Trotsky, *Papers,* Bd. II, S. 20.
90 Brovkin, *Behind...*, a. a. O., S. 297 f.
91 Brovkin,*Behind...,* a.a.O., S. 292-296.
92 Graziosi, a. a. O.
93 Pawljucenkow, a.a.O., S. 188-240.
94 O. Figes, »The Red Army and Mass Mobilization during the Russian Civil War 1918-1920«, in: *Post and Pres•ent,* Nr. 129, November 1990, S. 199-200.
95 *Dekrety sovetskoi vlasti* (Die Dekrete der sowjetischen Macht), Moskau 1968, Bd. IV, S. 167.

scan & corr by rz 08/2008

96 Brovkin, *Behind...*, a. a. O., S. 318.
97 RGVA (Russisches Militärisches Staatsarchiv) 33 987/3/32.
98 Eine Sammlung dieser Berichte, zusammengestellt von einem Arbeitskreis russischer, französischer und italienischer Historiker, erscheint unter der Leitung von W. P. Danilow Ende 1997 in russischer Sprache.
99 M. S. Frenkin, *Tragedia krestianskix vosstanii v Rossii 1918-1921,* Jerusalem 1987; O. Figes, *Peasant Russia, Civil War: The Volga Countryside in the Revolution,* Oxford 1989; Brovkin, *Behind...*, a. a. O.
100 Taros Hunczak (Hg.), *The Ukraine 1917-1921,* Cambridge 1977.
101 Voline, *La Revolution inconnue,* Paris 1969, S. 509-626; A. Skirda, *Les Cosaques de la liberte,* Paris 1985; R. Pipes, *Russia under the BolshevikRegime 1919-1924,* London 1994, S. 106ff.;
102 Ebd., S. 105-131;
103 O. Figes, *Peasant Russia, Civil War,* London 1992, S.333f; Brovkin, *Behind...,* a.a.O., S. 323-325.
104 CRCEDHC 76/3/109.
105 V L. Genis, »Raskazacwanie v Sovetskoi Rossii« (Die Dekosakisierung im sowjetischen Rußland), in: *Voprosy Lstorii* (Fragen zur Geschichte) 1994/1, S. 42-55.
106 *Iswestia TskKPSS,* 1989 Nr. 6, S. 177-178.
107 CRCEDHC 5/2/106/7.
108 Genis, a.a.O., S.42-55.
109 CRCEDHC 17/6/83.
110 Genis, a.a.O., S. 50; CRCEDHC 17/84/75.
111 Melgunov, a. a. O., S. 77; Brovkin, *Behind...*, a. a. O., S. 346.
112 CRCEDHC 17/84/75/28.
113 Ebd. 17/84/75/59.
114 Brovkin, *Behind...,* a. a. O., S. 353.
115 CRCEDHC 85/11/131/11.
116 Ebd. 85/11/123/15.
117 *Krasnyi Metsch* (Das rote Schwert), Nr. 1, 18. August 1919, S. 1.
118 CRCEDHC 5/1/2159/35-38.
119 Ebd. 76/3/70/20.
120 Ebd. 17/6/384/62.
121 Ebd. 17/66/66.
122 *Iswestia Odesskogo Soveta rabocix deputatov,* Nr. 36, S. 1, in: Brovkin, *Behind...,* a.a.O., S. 121.
123 Melgunov, a.a.O., S. 61-77; Leggett, a.a.O., S. 199 f; Brovkin, *Behind...*, a.a.O., S. 122-125; GARF, Bestand der Denikin-Kommission, Akte 134 (Charkow), 157 (Odessa), 194, 195 (Kiew).
124 V Tschernow (Hg.), *Tscheka: Materialy po deiatelnosti crezvycainoi komissii* (Tscheka: Dokumente über die Aktivität der Außerordentlichen Kommission), Berlin 1922.
125 Die Schätzungen stammen von Melgunov, a. a. O., S. 77; ebenso Sozialrevolutionäre Quellen aus Charkow vom Mai 1921.
126 Lenin, a. a. O., Bd. XLII, S. 74.
127 Melgunov, a.a.O., S. 81.
128 W. Danilow und T. Schanin, *Krestianskoie vosstanie v Tambowskoi gubernii*

scan & corr by rz 08/2008

v 1919-1921 (Die Bauernrevolte in der Provinz Tambow 1919-1921), Tambow 1994, S. 38-40.

129 CRCEDHC 17/86/103/4; S. Singleton, »The Tambov Revolt«, in: *Slavic Review* Nr. 3 (1966), S. 498-512; O. Radkey, *The Unknown Civil War in Russia. A Study of the Green Movement in the Tambov Region,* Stanford 1976; O. Figes, *PeasantRussia, Civil War,* a.a.O.

130 Danilow/Schanin, a. a. O., S. 63 f.; Radkey, a. a. O., S. 122-126.

131 Lenin, a.a.O., Bd.LI, S. 310.

132 M. Bogdanow, *Razgrom zapadno sibirskogo kulacko-eserovskogo miateya,* Tiumen 1961.

133 CRCEDHC 76/3/208/12.

134 CRCEDHC 76/3/166/3.

135 Brovkin,*Behind...,* a.a.O., S. 392.

136 CRCEDHC 76/3/167/23.

137 R Avrich, *La Tragedie de Cronstadt,* Paris 1975, S. 153-183.

138 CRCEDHC 76/3/167.

139 *Kronstadt 1921, Dokumenty* (Dokumente), Moskau 1997, S. 15.

140 Legge«, a.a.O., S. 328.

141 S.A. Malsagoff, *An Island Hell: A Soviet Prison in the Far North,* London 1926, S. 45 f.

142 *Kronstadt 1921,* a.a.O., S. 367.

143 Brovkin, a.a.O., S.400.

144 A. Graziosi, »At the Roots of Soviet Industrial Relations and Practices, Piatakov's Donbass in 1921«, in: *Cahiers du Monde russe,* Bd. XXXVI/1-2 (1995), S. 95-138;

145 Danilow/Schanin, a.a.O., S. 179f.

146 Ebd. S. 178 f.

147 Danilow/Schanin, a.a.O., S.226f.

148 GARF 393/89/182; 393/89/231;393/89/295.

149 CRCEDHC 5/2/244/1.

150 Danilow/Schanin, a.a.O., S.218.

151 CRCEDHC 17/87/164; 76/3/237.

152 CRCEDHC 17/87/296/35-36.

153 *Prawda,* 21. Juli 1921; M. Heller, »Premier avertissement: un coup de fouet. L'histoire de l'expulsion des personnalites culturelles hors de 1'Union sovietique en 1922«, in: *Cahiers du Monde russe et sovietique* XX/2 (April/Juni 1979), S. 131-172;

154 GARF 1064/1/1/33 zit. inM. Wehner, »Golod 1921-22, Samarskoi gubernii«, in: *Cahiers du Monde russe* 1997 (1-2), S. 230.

155 CRCEDHC 2/1/26 847.

156 M.Heller, a.a.O., S. 141.

157 Ebd. S. 143.

158 Ebd. S. 148 f.

159 Ebd. S. 151.

160 S. Adamets, *Catastrophes demographiques en Russie sovietique en 1918-1923, ERESS* 1995, S. 191.

161 A. Beljakow, *lunost vozdia* (Die Jugend des Führers), Moskau 1960, S. 80ff., zit. in: Heller, a.a.O., S. 134.

scan & corr by rz 08/2008

162 CRCEDHC 2/1/22 947/1-4.
163 *Russkia Pravoslavnaia tserkov i kommunisticeskoi gosudarstvo 1917-1941* (Die russisch-orthodoxe Kirche und der kommunistische Staat 1917—1941), Moskau 1966, S. 69.
164 Volkogonov, a. a. O., Paris S. 346.
165 Ebd.
166 H. Carrere d'Encausse, *Le Malheur russe,* Paris 1988, S. 400.
167 Lenin, a.a.O., Bd. LIV, S. 189.
168 Ebd. S. 198.
169 Ebd. S. 265 f.
170 CRCEDHC 76/3/303.
171 Name einer Petrograder Literaturzeitschrift; der Übersetzer.
172 CRCEDHC 2/2/1338.
173 A. Livchine, >»Lettres de l'interiewx ä l'epoque de la NEP. Les campagnes russes et l'autorite locale«, in: *Communisme* 42-44 (1995), S. 45-56; V Izmozik, »Voices from the Twenties: private correspondance interceoted by the OGPU «, in: *The Russian Review* 55/2 (April 1996), S. 287-308.
174 N. Werth, G. Moullec, *Rapports secrets sovietiques 1921 -1991, La societe russe dans les documents confidentiels*, Paris 1995, S. 36.
175 Ebd. S. 105.
176 CRCEDHC 76/3/307/4-15.
177 *VoprosylstorüKPSS,* 1988, Nr. 11, S. 42-43.
178 CRCEDHC 76/3/362/1 -6.
179 CRCEDHC 76/3/306. In einem Brief an Mechli, gab F. Dserschinski zu, daß 1924 allein in der Republik Rußland 650 Personen von den Diensteinheiten hingerichet wurden (CRCEDHC 76/3/362/7-11).
180 *Istoria sovetskogo gosudarstva iprava* (Geschichte des Staates und des sowjetischen Rechts), Moskau 1968, Bd. 2, S. 580-590.
181 CRCEDHC 76/3/390/3-4.
182 A. Solschenizyn, *Der Archipel Gulag,* Bern und München 1974; W. Schalamow, *Grani 11 (1912),* S.42ff.; A. Melnik, A. Socina u.a., »Materialy k istoriko-geograficeskomu atlasu Solowkow« (Dokumente für einen politisch-historischen Atlas der Solowki-Inseln), in: *Zvenia,* Bd. 1, S. 301-330.
183 A. Bennigsen und C. Lemercier-Quelquejay, *Les Musulmans oublies, LTslam en Union sovietique,* Paris 1981, S. 55-59.
184 Ebd. S. 53-54.
185 M. Wehner, »Le Soulevement georgien de 1924 et la reaction des bolcheviks«, in: *Communisme* 42-44, S. 155-170.
186 »Dokumenty o sobytiax v Cecne 1925« (Dokumente über die Ereignisse in Tschetschenien 1925), in: *Istocnik* 1995/5, S. 140-151.
187 A. Graziosi, *The Great Soviet Peasant War, a.* a. O., S. 44.
188 Graziosi, a.a.O., S.44f.
189 M. Lewin, *La Paysannerie et lepouvoir sovietique, 1928-1930,* Paris 1968; E. H. Carr und R.W. Davies, *Foundations of a Planned Economy,* Bd. 1, London 1974, S. 71-112.
190 Carr/Davies, a.a.O., S. 610-642.
191 *Sovetskaia Iustitsia,* 1930, Nr. 24-25, S. 2.
192 Werth/Moullec, a.a.O., S.355.

scan & corr by rz 08/2008

193 O. Khlevniouk, *Le Cercle du Kremlin. Staline et le Bureau politique dans les annees 1930, lesjeux dupouvoir,* Paris 1996, S. 38-40.
194 N. A. Iwnitski, *Kollektivizatsia i raskoulacivanie* (Kollektivierung und Entkulakisierung), Moskau 1994, S. 32-49.
195 Ebd. S. 49-69.
196 Graziosi, a.a.O., S.449.
197 Russischer Buchweizen- oder Gerstenbrei (Anmerkung des Übersetzers).
198 M. Fainsol, *Smolensk ä l'heure de Staline,* Paris 1967, S. 271-277; R.W. Davies, *The Socialist Offensive. The Collectivisation ofSoviet Agriculture,* London 1980, S. 243-251.
199 V Danilov und A. Berelovitch, »Les Documents de la VCK-OGPU-NKVD sur la campagne sovietique, 1918-1837«, in: *Cahiers du Monde russe,* Bd. XXXV (3) 1994, S. 671-676.
200 Ebd. S. 674; A. Graziosi, »Collectivisation, revoltes paysannes et politiques gouvernementales ä travers les rapports du GPU d'Ukraine de fevrier- mars 1930«, in: *Cahiers du Monde russe* Bd. XXXV (3) 1994, S. 437-632.
201 Danilov/Berelowitch, a.a.O., S. 674ff.
202 L. Viola, »Babii bunty« (Die Aufstände der Bäuerinnen), in: *Russian* iteWewBd.45(1986),S.23-42.
203 Graziosi, a. a. O.
204 Graziosi, a.a.O., S. 462; W. P. Popow, »Gosudarstvennyi terror v Sovetskoi Rossii 1923-1953« (Der Staatsterror im Sowjetrußland 1923-1953), in: *Otecestvennye Archivy* 1992 Nr. 2, S. 28.
205 Iwnitski, a.a.O., S. 106.
206 Danilov/Berelowitch, a. a. O., S. 665 f.
207 Khlevniouk, a.a.O., S. 37.
208 V N. Zemskow, »Kulackaia ssylka v 30-ye gody« (Die Deportation der Kulaken in den dreißiger Jahren), in: *Sotsiologiceskie issledovania* 1991 Nr. 10, S. 3-20.
209 N. Werth, »>Deplaces speciaux< et >colons de travail< dans la societe stalinienne«, in: *Siecle,* Nr. 54 (April-Juni 1997), S. 34-50.
210 Iwnitski, a.a.O., S. 124.
211 Werth/Moullec, a.a.O., S. 140.
212 W. P. Danilow und S. A. Krasilnikow, *Spetzpereselentsy* v *Zapadnoi Sibiri* (Die Sonderumsiedler in Westsibirien 1930), Bd. 1, Nowossibirsk 1993, S.57f.
213 Ebd. S. 167.
214 Danilow/Krasilnikow, a.a.O. (Bd. 3), S. 89-99.
215 Zemskow, a.a.O., S.4f.
216 GARF 9414/1/1943/56-61, in: Werth/Moullec, a.a.O., S. 142ff.
217 Danilow/Krasilnikow, a.a.O. (Bd. 2), S. 81 ff; GARF 9479/1/7/5-12; Werth/Moullec, a.a.O., S. 363-374;
218 GARF 9414/1/1943/52.
219 GARF 1235/2/776/83-86.
220 Danilow/Krasilnikow, a. a. O. (Bd. 3), S. 244f.
221 GARF 374/28 s/4055/1 -12.
222 A. Blum, *Naitre, vivre er mourir en URSS1917-1991,* Paris 1994, S. 99.

scan & corr by rz 08/2008

223 F. Kupferman, *Aupays des Soviets. Le voyage francais in Union sovietique 1917-1939,* Paris 1979, S. 88.
224 A. Graziosi, »Lettres de Kharkov. La famine en Ukraine et dans le Caucase du Nord, ä travers les rapports des diplomates italiens 1932-1934«, in: *Cahiers du Monde russe et sovietique* Bd. XXX/1-2 (Januar-Juni 1989), S. 5-106.
225 M. Lewin, *La Formation du Systeme sovietique,* Paris 1987, S. 206-237.
226 GARF 1235/2/1521/71-78; Werth/Moullec, a.a.O., S. 152-155.
227 GARF 3316/2/1254/4-7.
228 Iwnitski, a.a.O., S. 192f.
229 Iwnitski, a.a.O., S. 198-206.
230 Zemskow, a. a. O., S. 4f.
231 Graziosi, »Lettres«, a. a. O., S. 51.
232 Iwnitski, a.a.O., S. 198f.
233 Ebd. S. 204.
234 Graziosi, »Lettres«, a.a.O., S. 59f.
235 Ebd. S. 79; R. Conquest, *Sanglantes moissons,* Paris 1995, S. 267-296.
236 A.P.F.R. (Archiv des Präsidenten der russischen Föderation) 45/1/827/7-22.
237 N. Aralowetz, »Poteri naselenia v 30-ye gody« (Die Bevölkerungsverluste in den dreißiger Jahren), in: *Otecestvennaia Istoria* 1995/1, S. 135-145; N. Ossokina, »Jertvy goloda 1933. Skol'ko ix?« (Die Zahl der Opfer der Hungersnot von 1933. Wieviele?), in: *Otecestvennaia Istoria* 1995/5., S. 18-26; V Tsaplin, »Statistika jertv stalinisma« (Statistik der Opfer des Stalinismus), in: *Voprosy Istorii* 1989/4, S. 175-181.
238 S. Merl, »Golod 1932-1933 - genotsid Ukraontsew dlia osuscestvlenia politiki russifikatsii?« (Die Hungersnot von 1932/33 - ein Völkermord zur Russifizierung der Ukraine?), in: *Otecestvennaia Istoria* 1995/1, S. 49-61.
239 Lewin, a.a.O., S. 330-334.
240 Khlevniouk, a. a. O., S. 40-50.
241 Ebd., S. 49.
242 *Pisma J. W. Stalina W. M. Molotowu* (Brief von J. Stalin an W. Molotow), Moskau 1995, S. 193 f.
243 S. Ikonnikow, *Sozdanie i deiatel'nost obedinennyx organow TsKK-RKI v 1923 -1934* (Kreativität und Aktivität der ZK-Inspektionsorgane der Arbeiter und Bauern von 1923 bis 1934), Moskau 1971, S. 212 ff.
244 S. Fitzpatrick, *Education and Social Mobility in the Soviet Union 1921-1934,* Cambridge 1979, S. 213-217.
245 N. Timasheff, *Religion in Soviet Russia,* London 1943, S. 64.
246 N. Werth, »Le Pouvoir sovietique et l'Eglise orthodoxe de la collectivisation ä la Constition de 1936«, in: *Revue d'Etudes comparatives Est-Ouest* 1993/3-4, S. 41-49.
247 GARF 374/28/145/13-26.
248 W. C. Fletcher, *L 'Eglise clandestine en Union sovietique,* Paris 1971.
249 Werth/Moullec, a. a. O., S. 291 -304.
250 A. I. Dobkin, »Lischentsy 1918-1936«, (Die Leute, denen das Bürgerrecht entzogen wurde), in: *Zvenia 2* (1992) S. 600-620.
251 Lewin, a.a.O., S. 311-317.

scan & corr by rz 08/2008

252 GARF 1235/2/1650/27-34.
253 Ebd.
254 GARF 9479/1/19/7; Werth/Moullec, a. a. O., S. 43 f.
255 GARF 9479/1/19/19.
256 Danilow/Krasilnikow, a. a. O. (Bd. 3), S. 96-99.
257 CRCEDHC 17/120/94/133-136.
258 Khlevniouk, a.a.O., S. 154ff.
259 GARF 1235/2/2032/15-29.
260 J. A. Getty, G. T. Rittersporn und V N. Zemskov, »Les victimes de la repression penale dans l'URSS d'avant-guerre«, in: *Revues des Etudes Slaves* Bd. 65/4 (1993), S. 641.
261 Graziosi, »Lettres«, a.a.O., S. 77.
262 CRCEDHC 17/3/922/56-58.
263 Popow, a.a.O., S.28.
264 Alla Kirilina, *L 'Assassinat de Kirov. Destin d'un stalinien, 1888-1934,* Paris 1995.
265 R. Conquest, *La Grande Terreur,* Paris 1995, S. 429 f.
266 Khlevniouk, a.a.O., S. 150-154.
267 Ebd., S. 158.
268 Khlevniouk, a.a.O., S. 156-159; über die Kampagne: J. A. Getty, *Origins ofthe Great Purges: the soviet CP Reconsidered,* 1933-1938, Cambridge 1985; CRCEDHC 17/120/240.
269 CRCEDHC 17/162/17; Khlevniouk, a. a. O., S. 154; Werth/Moullec, a. a. O., S.376f.
270 Popow, a.a.O., S.28.
271 *N.Werth, Les Proces de Moscou,* 1936-1938, Brüssel 1987, S. 61.
272 R. Conquest, *La Grande Terreur,* a. a. O.
273 J. A. Getty, *Origins of the Great Purges: The Soviet CR Reconsidered, 1933-1938,* Cambridge 1985; G. Rittersporn, *Simplifications staliniennes et complications sovietiques, 1933-1953,* Paris 1988; J. A. Getty und R. T. Manning (Hg.), *Stalinist Terror. New Perspectives,* Cambridge 1993.
274 *Stalinskoie Politbüro v 30-ye gody* (Das stalinistische Politbüro in den dreißiger Jahren), Dokumentensammlung zusammengestellt von O. W. Chlewniuk, A. W. Kwaschonkin, L. P. Koschlewa und L. A. Rogowaja, Moskau 1995; O. V Khlevniouk, L. P. Kocheleva und J. Howlett, L. Rogovaia, »Les Sources archivistiques des organes dirigeants du PC(b)R«, in: *Communisme* Nr. 42-44 (1995) S. 15-34.
275 *Troud, 4. Juni 1992.*
276 GARF 9479/1/978/32.
277 *Troud,*4.Juni 1992.
278 Khlevniouk, *Le Cercle du Kremlin,* a. a. O., S. 208-210.
279 Khlevniouk, a.a.O., S.212.
280 *Reabilitatsia. Politiceskie processy 30-50 godow* (Rehabilitierung. Die politischen Prozesse der dreißiger, vierziger und fünfziger Jahre), Moskau 1991, S. 39; *Istocnik* 1995/1, S. 117-130:
281 *Iswestia,* 10. Juni 1992, S. 2.
282 Zeitplan und Liste der von Stalin im Kreml empfangenen Besucher (für die Jahre 1936/7), in: *Istoriceskii Arxiv* 1995/4, S. 15-73.

scan & corr by rz 08/2008

283 *Istocnik* 1995/1, S. 117-132; Popow, a.a.O., S. 20-31.
284 Getty/Rittersporn/Zemskov, a. a. O., S. 631-663.
285 Getty/Rittersporn/Zemskov, a. a. O., S. 655.
286 W. Zemskow, »Gulag«, in: *Sotsiologiceskie Issledovania* 1991/6, S. 14-15.
287 *Leningradski Martirolog* (Martyrologium von Leningrad) *1937-1938,* St. Petersburg 1995, S. 3-50.
288 CRCEDHC 17/120/285/24-37.
289 Conquest, a.a.O., S. 918-921.
290 Ebd., S. 886-912.
291 A. Cristiani und V Michaleva (Hg.), *Le Repressioni degli anni trenta nelV Armata rossa,* Dokumentensammlung, Neapel 1996.
292 Ebd. S. 20ff.
293 Conquest, a. a. O., S. 749-772; V Chentalinski, *La Parole ressuscitee, Dans les archives litteraires du KGB,* Paris 1993.
294 M. I. Odinsow, *Naputi ksvobode sovesti* (Auf dem Weg zur Gewissensfreiheit), Moskau 1990, S. 53 f.
295 GARF 3316/2/1615/116-149.
296 Getty/Rittersporn/Zemskov, a.a.O.; N. Werth, *Goulag, les vrais chiffres,* a.a.O.; A. Nove, »Victims of Stalinism: How many?«, in: Getty/Mannig, *Stalinist Terror,* a. a. O.
297 Popow, a.a.O., S. 20-31.
298 Zemskov, »Goulag«, a. a. O., S. 11.
299 Chlewniuk, »Prinuditelnyi trud v ekonomike SSSR, 1929-1941« (Die Zwangsarbeit in der Wirtschaft der UdSSR), in: *Svobodnaja Mysl* 1992/13. S. 78-92.
300 Werth/Moullec, a.a.O., S.345-379.
301 Zemskov, a.a.O., S. 11-15.
302 Chlewniuk, a. a. O., S. 88 f.
303 Getty/Rittersporn/Zemskov, a.a.O., S. 650-657.
304 Die Zahlen stammen überwiegend aus den bisher zitierten Artikeln und Buchtiteln, besonders: Getty/Rittersporn/Zemskov, a.a.O.; Zemskow, a.a.O.; Werth, a.a.O.; Popow, a.a.O.; Khlevniouk, a.a.O.; *Istocnik* 1995/1,S. 117-130; Blum, a.a.O.
305 K. Sword, *Deportation and Exile, Poles in the Soviet Union, 1939-1948,* London 1994, S. 7.
306 Zemskow, »Spetzposelentsi«, a.a.O., S. 5.
307 Z. S. Siemaszko, *Wsowieckim osaczeniu,* London 1991; W. Wielhorski, *Los Polakow niewoli sowieckiej,* London 1956.
308 Sword, a.a.O.,S. 15-23.
309 GARF 940/1/4475.
310 Zemskow, *»Gulag«,* a.a.O., S. 19.
311 GARF 9492/2/42/125.
312 GARF 9492/2/42.
313 Werth/Moullec, a. a. O., S. 229.
314 *Istocnik* 1994/3, S. 107-112.
315 *Moskva Voennaia: Memuary i arkhivnye dokumenty* (Moskau im Krieg: Erinnerungen und Dokumente aus den Archiven), Moskau 1995.
316 CRCEDHC 17/88/45.

scan & corr by rz 08/2008

317 N. Bugai, *L. Berija-J. Stalinu, »Soglasno vasemu ukazaniu«* (L. Berija an J. Stalin, »Gemäß Ihren Anweisungen«), Moskau 1995, S. 27-55; N. Bugai, »40-ye gody: Avtonomiu Nemtsev Powoljia likwidirowat'« (Die vierziger Jahre: Die Aufhebung der Autonomie der Wolgadeutschen), in: *Istoria SSSR* 1991/2, S. 172-182; J.-J. Marie, *Les peuples deportes d'Union sovietique,* Brüssel 1995, S. 35-56.

318 Bugai, xxx, a. a. O., S. 56-220; Zemskov, a. a. O., S. 8-17; M. Guboglo und A. KusnetsoW (Hg.), *Deportatsii narodow SSSR, 1930-ye - 1950-ye gody* (Die Deportation der Völker der UdSSR zwischen 1930 und 1960), Dokumentensammlung, Moskau 1992; Marie, a.a.O., S. 57-128.

319 Bugai, xxx, a.a.O., S. 153.

320 Marie, a.a.O., S. 81 f.

321 Ebd., S. 103.

322 Ebd., S. 66.

323 Ebd., S. 64 f.

324 Zemskow, »Gulag«, S. 9.

325 Marie, a.a.O., S. 107f.

326 Bugai, a.a.O., S. 153-156.

327 Zemskow, »Gulag«, S. 9.

328 W. Zemskow, »>Kulatskaja ssylka< nakanune i v gody Velikoi Otecestvennoi voiny« (Die »Kulakendeportation« kurz vor und während des Großen Vaterländischen Krieges), in: *Sotsiologiceskie Issledovania* 1992/2, S. 3-26.

329 GARF 9414/1/330/56-62.

330 Werth/Moullec, a.a.O., S. 379-391; E. Bacon, *The Gulagat War: Stalin's ForcedLabour System in the Light ofthe Archives,* London 1994.

331 Zemskow, »Gulag«, S. 14 f.

332 Mit Bleistift unterstrichen. Am Rande, mit Bleistift: »Man fragt sich, wozu man sie >mitgebracht< hat?«

333 Im Artikel 58 des Strafgesetzbuchs wurden alle »konterrevolutionären Verbrechen« abgehandelt. Er enthielt nicht weniger als 14 Abschnitte. In den Straflagern bezeichnete man die politischen Häftlinge als die »58er«. Art. 58 Abschn. 10 richtete sich gegen »die Propaganda oder die Machenschaften mit dem Ziel, die Sowjetmacht zu zerstören oder zu schwächen«. Auf »Gruppenpropaganda« - ein häufiger Anklagepunkt - stand als Mindeststrafe: dreijährige Lagerhaft und als Höchststrafe: Todesstrafe.

334 Mit Bleistift unterstrichen. Am Rande, mit Bleistift: »Man sollte sie ein zweites Mal verurteilen oder sie vor die OS bringen.« (OS = Spezialkommission des NKWD, außerhalb der Rechtsordnung stehendes Organ zur Bekämpfung der »konterrevolutionären Verbrechen«).

335 Bacon, *Gulag,* a. a. O.

336 J. Rossi, *Spravocnikpo Gulagu* (Gulag-Lexikon), Moskau 1991, Stichworte: Speziallager, Zuchthaus.

337 GARF 9414/1/68/1-61 in *Istoriceski Arkhiv* 1994/3, S. 61-86.

338 GARF 9414/1/330/56-62.

339 Zemskow, »Gulag«, a.a.O., S. 8.

340 Zemskow, »Gulag«, a. a. O., S. 4.

341 *Sotsiologiceskie Issledowania* 1991/7, S. 4 f.

scan & corr by rz 08/2008

342 *Deportatsii narodow,* a.a.O., S. 162.
343 Subkowa, *Obszestwo i reformy, 1945-1964* (Die Gesellschaft und die Reformen, 1945-1964), Moskau 1993, S. 16-44.
344 W. F. Sima, »Poslewoiennoie obszestwo. Presupnost i golod, 1946-1947« (Die Nachkriegsgesellschaft. Kriminalität und Hungersnot, 1946-1947), in: *Otezestwennaia Istoria* 1995/5, S. 45-58.
345 W.P. Popow, »Golod i gosudarstwennaja politika, 1946-1947« (Die Hungersnot und die Regierungspolitik, 1946-1947), in: *Otezestwennye Arxivy* 1992/6, S.36-60; Werth/Moullec, a.a.O., S. 162-165.
346 Popow, *Gosudarstwennyi terror,* a. a. O., S. 27.
347 Zemskow, *»Gulag«,* a.a.O., S. 10f.
348 Popow, *Gosudarstwennyi terror, SL.* a. O., S. 27.
349 Zemskow, *»Gulag«,* a. a. O., S. 11 f.
350 Sima, a.a.O., S. 45-58; Subkowa, a.a.O., S. 63-69.
351 Marie, a.a.O., S. 124.
352 Marie, a.a.O., S. 122-126.
353 Bugai, *Berija - Stalinu,* a. a. O., S. 232.
354 W. I. Tsaranow, »O likwidatsii kulazestwa w Moldawii letom 1949« (Die Liquidierung der molawischen Kulaken im Sommer 1949), in *Otezestwennaja Istoria* 1996/2, S. 71-79; Marie, a. a. O., S. 127 f.
355 Y. Bilinsky, *The Second Soviel Republic: the Ukraine after World War II,* New Brunswick 1960, S. 132-135.
356 *Deportasii narodow SSSR,* a. a. O., S. 160.
357 GARF 9414/1 s/1391-1392.
358 M. Craveri und N. Formosow, »La resistance au Goulag. Greves, revoltes, evasions dans les camps de travail sovietiques de 1920 ä 1956« in *Communisme* 42-44 (1995), S. 197-209.
359 GARF 9414/1 s/513/185.
360 GARF 9414/1 s/642/60-91; N. Werth, »L'Ensemble concentrationnaire de Norilsk«, in: *Le Monde Juif* Nr. 495 Juli-September 1994, S. 88-100.
361 M. Craveri und O. Khlevniouk, »Krizis ekonomiki MVD« (Die Wirtschaftskrise desMVD), in: *Cahiers du Monde russe,* Bd. XXXVI/1-2, (1995), S. 179-190.
362 G. Kostyrzenko und S. Redlich, *Evreiskii Anitifazistkü Komitet v SSSR* (Das jüdisch-antifaschistische Komitee der UdSSR), Dokumentensammlung, Moskau 1996.
363 Kostyrzenko, a. a. O., S. 45 ff.
364 *Iswestia* KPSS, 1989, 12, S. 37.
365 Kostyrzenko/Redlich, a.a.O., S. 326-384.
366 Marie, a.a.O., S. 60f.
367 Kostyrzenko, *Vplenu,* a.a.O., S. 136f.
368 W. I. Demidow und W A. Kutusow, *Leningradskoie Delo* (Die Leningrad-Affäre), Leningrad 1990, S. 38-90.
369 Ebd., S. 139-151; Marie, a.a.O., S. 77-99.
370 Marie, a.a.O., S.90f.
371 Knight, a.a.O., S. 239-247.
372 Sudoplatow, a.a.O., S.385-434; Kostyrzenko, *Vplenu,* a.a.O., S.289-314.

scan & corr by rz 08/2008

373 W. P. Naumow (Hg.), *Neprawednyi sud. Stenograma sudebnogo protsessa nad clenami Evreiskogo Antifazistkogo Komiteta* (Stenogramme des Prozesses gegen die Mitglieder der jüdisch-antifaschistischen Komitees), Moskau 1994.
374 Marie, a.a.O., S. 159; Sudoplatow, a.a.O., S.424ff.
375 I. Rapoport, *Souvenirs duproces des Blouses Manches,* Paris 1989, S. 140 f.
376 *Istocnik* 1994/1, S. 106-111; *Iswestia TsK* 1991/1, S. 139-214; 1991/2, S. 141-208.'
377 Knight, a.a.O.
378 Knight, a.a.O.,S. 276.
379 M. Craveri und N. Formozov, »La resistance au Goulag«, in: *Communisme* 42-44(1995), S. 197-209.
380 W. N. Zemskow, »Massowoie osvsbosdenie spetzposelentsew i ssylnyx« (»Die Freilassung in Massen von Sonderdeportierten und Verbannten«), in: *Sotsiologiceskie Issledowania* 1991/1, S. 5-26.
381 Marie, a.a.O., S. 120ff.
382 Zemskow, »Gulag«, a.a.O., S. 14.
383 Werth/Moullec, a. a. O., S. 501 ff.
384 L. Alexeieva, *Soviet Dissent, Contemporary Movements for National, Religious and Human Rights,* Wesleyan UP 1985. Die vollständigste Zusammenfassung über die Dissidentenbewegungen, aus der auch die hier kursorisch dargestellten Informationen stammen.

TEIL ZWEI

Weltrevolution, Bürgerkrieg und Terror

(S. 297-394)

1 In seinem letzten Artikel in der *Roten Fahne* ließ Liebknecht einer sehr aufschlußreichen revolutionären Poesie freien Lauf: »Unter dem Dröhnen des herangrollenden wirtschaftlichen Zusammenbruchs werden die noch schlafenden Scharen der Proletarier erwachen wie von den Posaunen des Jüngsten Gerichts, und die Leichen der hingemordeten Kämpfer werden auferstehen«. Karl Liebknecht, *Gesammelte Reden und Schriften,* Bd. IX, Berlin 1968, S. 679 *{Rote Fahne,* Nummer 15,15. Januar 1919).
2 Arthur Koestler erblickt hierin eine der Hauptursachen der ungarischen Kommune, die »unmittelbares Resultat der Politik des Westens gewesen« sei, da die »westlichen Demokratien [...] ihren liberalen Verbündeten den Rücken kehrten«; *Pfeil ins Blaue,* Wien, München, Basel 1952, S. 74.
2 a Lenin, *Werke,* Bd. 29, Berlin 1961, S. 377.
3 Koestler, a.a.O., S. 79.
3 a Ebd., S. 79.
4 Miklos Molnär, *De Bela Kun ä Jänos Kädär, Soixante-dix ans de communisme hongrois,* Paris 1987; Arpad Szelpal, *Les 133jours de Bela Kun,* Paris 1959.
4 a *Protokoll des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale,* Hamburg 1921, S. 739.

scan & corr by rz 08/2008

4b Ebd., S.389f.
4 c Ebd., S. 392.
4dEbd., S.392.
4 e *Thesen und Resolutionen des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale,* Hamburg 1921, S. 55 ff.
5 Jan Valtin, *Tagebuch der Hölle,* Köln/Berlin 1957; s.a. Erich Wollenberg, *Der Apparat, Stalins Fünfte Kolonne,* Bonn 1946.
6 Zit. nach Henry de Chambon, *La Republique d'Estonie,* Paris 1936.
7 A. Neuberg, *LTnsurrection armee,* herausgegeben von der Kommunistischen Partei (SFIC), 1931, Nachdruck Paris 1970.
8 Joseph Berger, *Shipwreckofa Generation,* London 1971.
9 Victor Serge, *Beruf: Revolutionär, Erinnerungen 1901-1941,* Frankfurt a. M. 1967; Arkadi Vaksberg, *Hotel Lux,* Paris 1992 (übersetzt aus dem Russischen).
10 Margarete Buber-Neumann, *Kriegsschauplätze der Weltrevolution,* Stuttgart 1967, Kapitel 17: »Der Kantoner Aufstand«.
11 Chao-Iuy, *Die Kantoner Kommune,* Moskau 1929.
12 Zu diesem Thema siehe die Erinnerungen von Valtin, a. a. O., bes. S. 205 ff.
13 Der Aufstand von Tallinn wird von General Josef Unschlicht analysiert, der Hamburger Aufstand von Hans Kippenberger, der Aufstand in Kanton und Shanghai von Wassili Blücher und Ho Chi Minh, der auch die Frage der Bauernaufstände behandelt. Von Marschall Tuchatschewski stammen zwei Kapitel zur Militärtheorie.
14 Roger Faligot, Remi Kauffer, *Kang Sheng et les Services secrets chinois,* Paris 1987.
15 Siehe *Le Contrat social,* Nr. 4, Juli/August 1966, S. 253.
16 Roger Faligot und Remi Kauffer, *Histoire mondiale du renseignement,* Bd. 1,1870-1939, Paris 1993.
17 *Un crime sovietique devant la cour d'assises de la Seine* (5-14 decembre 1938), *L Enlevement du general Miller par le general Sklobine, Le Proces de Maurice Rickert,* Paris 1939; Martina Grey, *Le general meurt ä minuit,* Paris 1981; Marina Gorboff, *La Russie fantöme, L'emigration russe de 1920 ä 1950,* Lausanne 1995; Pawel und Anatolij Sudoplatow, *Der Handlanger der Macht,* Düsseldorf 1994.
18 Lenin, *Werke,* Band 32, Berlin 1961, S. 201.
18 a Karl Radek, O.A., aus dem Französischen zit.
18b Zitat o.A. (aus dem Französischen übersetzt).
19 Aino Kuusinen, *Der Gott stürzt seine Engel,* Wien/München/Zürich 1972, S.71.
20 Leonard Schapiro, *The Origin ofCommunist Autocracy,* Cambridge (Mass.) 1955; Pierre Broue, *Le Parti bolchevique,* Paris 1977.
21 »Boukharine en 1928«, in: *Le Contrat social,* Nr. 1, Januar/Februar 1964.
22 Siehe Ante Ciliga, *Dix ans aupays du mensonge deconcertant,* Paris 1977; Philippe Bourrinet, *Ante Ciliga 1898-1992. Nazionalismo e communismo in Jugoslavia,* Genua 1996.
23 Ante Ciliga, *Aupays du grand mensonge,* Paris 1938, S. 167.
24 Ebd., S. 168.
25 Jose Bullejos, *La Comintern en Espana,* Mexiko 1972, S. 206.

scan & corr by rz 08/2008

26 Guillaume Bourgeois, »Comment Staline dirigeait le PC«, in: *Le Nouvel Observateur,* 5.-11. August 1993; Vaksberg, a. a. O., S. 62 ff. Annie Kriegel und Stephane Courtois, *Eugen Fried, Le grand secret du PCF,* Paris 1997, Kapitel 13.
27 Elisabeth K. Poretsky, *Our Own People,* Oxford 1969.
28 Zit. nach Vaksberg, a. a. O., S. 32. Nach dem November 1927 hat Boris Souvarine in einem Brief an die russische Opposition versucht, auf dieses Phänomen und seine Konsequenzen aufmerksam zu machen. Siehe Boris Souvarine,i *contre-courant, Ecrits 1925-1939,* Paris 1984, S. 138-147.
29 Kriegel/Courtois, a. a. O., S. 293.
30 Zit. nach Vaksberg, a. a. O., S. 46-47.
31 Alla Kirilina, *L 'Assassinat de Kirov, Destin d'un stalinien, 1888-1934,* Paris 1995 (übersetzt aus dem Russischen).
32 Frauen und Kinder eingeschlossen, nach Berger, a. a. O., S. 103 ff.
33 *Les Cahiers Leon Trotski,* Nr. 53, April 1994.
34 *Le Contrat social,* Nr. 6, November/Dezember 1965.
35 Alfred Burmeister, *Dissolution and Aftermath ofthe Comintern, Experiences and Observations, 1937-1947,* New York 1995, S. 4ff. Zit. bei Lazitch, a.a.O.
36 Mikhai'l Panteleiev, »La Terreur stalinienne au Komintern en 1937-1938: Les chiffres et les causes«, in *Communisme,* Nr. 40/41, 1995.
37 Francois Fejtö, »Comment Staline liquida Bela Kun«, in: *France Observateur,* 9. April 1959. Fejtö stützte sich dabei auf die Erinnerungen Arvo Tuominens, die in Helsinki unter dem Titel *Die Uhren des Kreml (Kremlin Kellot)* erschienen sind.
38 Panteleiev, a.a.O. S.48.
39 *La Correspondance internationale,* Nr. 15, 12. März 1938.
40 *In den Fängen des NKWD, Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR,* hg. vom Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 1991.
41 Margarete Buber-Neumann, *Als Gefangene bei Stalin und Hitler,* Stuttgart 1958.
42 Mario Kessler, »Der Stalinsche Terror gegen jüdische Kommunisten«, in: Hermann Weber und Dietrich Staritz (Hg.), *Kommunisten verfolgen Kommunisten, Stalinscher Terror und »Säuberungen« in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren,* Berlin 1993, S. 87-102. Zur Geschichte von Birobidschan s. Henri Sloves, *LEtat Juif de l'Union sovietique,* Paris 1982.
43 Ubavka Vujosevic und Vera Mujbegovic, »Die jugoslawischen Kommunisten in den stalinistischen >Säuberungen< 1929 bis 1949«, in: Weber/Staritz (Hg.),a.a.O.,S. 157-173.
44 Zur Affäre Reiss siehe die Memoiren seiner Frau, Elisabeth K. Poretsky, a.a.O., und Peter Huber, Daniel Kunzi, »L'Assassinat d'Ignaz Reiss«, in: *Communisme,Nr.* 26/27, 1990.
45 Jan van Heijenoort, *De Prinkipo ä Coyacan, Sept ans aupres de L. Trotski,* Paris 1978, S. 172.
46 Das ist auch die Hypothese seines Biografen Pierre Broue in dessem Buch: *Leon Sedov,füs de Trotski, victime de Staline,* Paris 1993.
47 Sudoplatow, a.a.O., S. 127ff.

scan & corr by rz 08/2008

48 Ebd., S. 110 f.
49 Leo Trotzki, *CEuvres completes,* Bd. XXIY Institut Leon-Trotski, 1987, S. 79-82.
50 Leo Trotzki, »L'attentat du 24 mai et le Parti communiste mexicain, le Komintern et le GPU«, ebd., S. 310-361.
51 Zum »Schaltplan« der Operation siehe Sudoplatow, a. a. O., Kap. 4, S. 106 f.
52 Leandro A. Sanchez Salazar und Julian Gorkin, *Mord in Mexiko,* Frankfurt a.M. 1952.
53 Rene Dazy, *Fusillez ces chiens d'enmges, Le genocide des twtskistes,* Paris 1981, S. 248.
54 Ein unlängst erschienenes Buch (Pierre Broue und Roger Vacheron, *Meurtres au maquis,* Paris 1997) stellt die gewagte These auf, nach der die unfreiwillige Flucht Demazieres mehr oder weniger der Grund für die Hinrichtung seiner Kameraden gewesen sei, womit die verantwortlichen französischen Kommunisten von jeder Schuld freigesprochen würden.
55 Rene Dazy, a.a.O., S. 238-244.
56 »Les trotskistes de Buchenwald«, in: *Critique communiste,* Nr. 25, November 1978.
57 Rene Dazy, a. a. O., S. 266-274.
58 Panagiotis Noutsos, >»Säuberungen< innerhalb der griechischen KP (1931 bis 1956)«, in: Hermann Weber und Dietrich Staritz (Hg.), a. a. O., S. 487-494.
59 Brief vom 10. Mai 1939, in: *Les Cahiers Leon Trotski,* Nr. 46, Juli 1991.
60 *Action,* 19.-25. Juni 1950.
61 Kuusinen, a.a.O., S. 157ff.
62 *Die Glocken des Kreml,* S. 216, zitiert nach B. Lazitch, »Le Martyrologe du Komintern«, in: *Le Contrat social,* Nr. 6, November/Dezember 1965.
63 Armand Maloumian, *Les Fils du Goulag,* Paris 1976.
64 Wassilij Grossman, *Leben und Schicksal,* München/Hamburg 1984, S. 419-420.
65 Romolo Caccavale, *Communisti italiani in Unione Sovietica, proscritti da Mussolini soppressi da Stalin,* Mailand 1995.
66 Charles Jacquier, »L'affaire Francesco Ghezzi; la vie et la mort d'un anarcho-syndicaliste italien en URSS«, in: *La Nouvelle Alternative,* Nr. 34, Juni 1994. S. a. Emilio Guarnaschelli, *Unepetitepierre, L 'exil, la deportation et la mort d'un ouvrier communiste italien en URSS 1933-1939,* Paris 1979; Etienne Manac'h, *Emilio,* Paris 1990.
67 Hans Schafranek, *Zwischen NKWD und Gestapo, Die Auslieferung deutscher und österreichischer Antifaschisten aus der Sowjetunion an Nazideutschland 1937-1941,* Frankfurt a.M. 1990.
68 *Les Syndicats de l 'Union sovietique,* Paris 1935.
69 Hans Schafranek, a. a. O.
70 Karlo Stajner, *7000 Tage in Sibirien,* Wien 1975.
71 Wolfgang Leonhard, *Die Revolution entläßt ihre Kinder,* München 1979, S.33.
72 Bozidar Maslaric, *Moskva - Madrid - Moskva,* Zagreb 1952, S. 103. Zit. nach Lazitch, a. a. O.
73 Gustav Herling, *Welt ohne Erbarmen,* Köln 1953, S. 174.

scan & corr by rz 08/2008

74 Sylvestre Mora und Pierre Zwierniak, *La Justice sovietique,* Rom 1945, S. 161 f.
75 Israel Joshua Singer, *Camarade Nachman,* Paris 1985.
76 Julius Margolin, *Überleben ist alles,* München 1965, S. 40.
77 Ebd., S. 127.
78 *Jewish Daily Forward,* 30. Juni/7. Juli 1946.
79 Georges Coudry, *Les Camps sovietiques en France, Les »Russes« livres ä Staline en 1945,* Paris 1997.
80 *Masses,* Nr. 9/10, Juni/Juli 1947: »Wir fordern das Recht auf Asyl für die sowjetischen Emigranten.«
81 Nicholas Bethell, *The Last Secret,* New York 1974. Nikolai Tolstoy, *Victims ofYalta,* Sevenoaks 1977.
82 Wladimir Dedijer, *Tito,* Berlin 1953, S. 141.
83 Milovan Djilas, *Der Krieg der Partisanen,* Wien/München/Zürich/Innsbruck 1978, S. 196.
84 Paul Garde, *Vie et mort de la Yougoslavie,* Paris 1992.
85 Djilas, a.a.O., S. 572.
86 Der großartige Roman von Dobrica Cosic, *Gresnik. Otpanik (Le Temps du mal,* Lausanne 1990), vermittelt einen guten Eindruck von der außerordentlichen Komplexität der jugoslawischen Wirren.
86a Djilas, a.a.O., S. 558.
87 Christophe Chiclet, *Les Communistes grecs dans la guerre, Histoire du Parti communiste de Grece de 1941 ä 1949,* Paris 1987.
88 Zit. nach Evangelos Averoff-Tossizza, *Le Feu et la hache, Grece 1946-1949,* Paris 1973. Der Autor scheint diesen Studenten, der Rechtsanwalt in der Anwaltskammer von Athen geworden ist, gut zu kennen.
89 Die ELAS beschuldigte die EDES, einen Waffenstillstand mit den Deutschen unterzeichnet zu haben, was aber nicht der Wahrheit entsprach.
90 Im April hatte die demokratische Armee eine Stärke von 16000 Guerillas.
91 Irene Lagani, »Les Communistes des Balkans et la guerre civile grecque«, in: *Communisme, Nr. 9,* 1986.
92 Nikos Marantzidis, »La deuxieme mort de Nikos Zachariadis: l'itineraire d'un chef communiste«, in: *Communisme,* Nr. 29-31, 1992.
93 Philippe Buton, »L'entretien entre Maurice Thorez et Joseph Stalin du 19 novembre 1994. Methodologie et historiographie de la Strategie communiste ä la Liberation«, in: *Communisme,* Nr. 45/46, 1996.
94 Torgrim Titlestad, *I Stalins Skygge, Kampen om NKP 1945-1949,* Bergen 1997.
95 Federigo Argentieri, »Quando il PCI condamno a morte Nagy«, in: *Micromega,* Nr. 4, 1992.
96 Diese Statistik stammt von der Generaldirektion des Geheimdienstes und wurde dem Parlament von Miguel Maura, dem früheren Innenminister, vorgelegt. Vgl. Joaquin Maurin, *Revoluciön y contrarevoluciön en Espana,* Paris 1966.Zu den Kräfteverhältnissen s.a. Gerald Brenan, *Die Geschichte Spaniens, Historische und politische Hintergründe des spanischen Bürgerkrieges,* Berlin 1978.
97 Leon Blum hat sich wider Willen unter dem doppelten Druck Englands und der Radikalen dazu durchgerungen, die vor der Gefahr des Kriegs mit

scan & corr by rz 08/2008

Deutschland Angst hatten. Blum war kurz davor zurückzutreten, aber der spanische Botschafter, der Sozialist Fernando Los Rios, hat ihm das ausgeredet.

98 M. Ercoli, *Über die Besonderheiten der spanischen Revolution,* Moskau 1936.

99 Dolores Ibarruri, *Wir werden siegen, Reden, Artikel, Berichte,* Moskau 1937.

100 Jef Last, *Lettres d'Espagne,* Paris 1939.

101 Antonio Elorza, »Le Front populaire espagnol ä travers les archives du Komintern«, in: *Une histoire en revolution? Du bon usage des archives, de Moscou et d'ailleurs,* Dijon 1996.

102 Sein Sohn, ein Historiker, hat im katalanischen Fernsehen erklärt: »Die meisten Leute, die in Spanien verantwortliche Positionen innehatten, Militärs, Generäle, Ratgeber, Piloten, waren Agenten des NKWD«. Vgl. den Film von Llibert Ferri und Dolores Genoves, *Operation Nikolai,* 1992.

103 In seinen Erinnerungen gibt Pawel Sudoplatow folgende bezeichnende Ansicht wieder: »Spanien erwies sich als gute Schulung für all unsere zukünftigen Geheimoperationen«, a. a. O. S. 62-63.

104 Patrik von Zur Mühlen, *Spanien war ihre Hoffnung, Die deutsche Linke im spanischen Bürgerkrieg 1936-1939,* Bonn 1983.

105 Julian Gorkin, *Stalins langer Arm,* Köln 1980, S. 99 ff.

106 Elorza, a. a. O.

107 Siehe insbesondere *L 'Humanite* vom 24. Januar 1937.

108 Elorza, a.a.O.

109 Gorkin, a.a.O., S. 117f.

110 Vgl. den obengenannten Film von Llibert Ferri und Dolores Genoves.

HOaGorkin, a.a.O., S. 199.

111 Zitiert nach Gorkin, a. a. O., S. 208.

112 *Los Antros del terror stalinista,* eine heimlich von der POUM herausgegebene Broschüre; zitiert nach Gorkin, a. a. O., S. 233 f.

113 Gorkin, a.a.O., S. 234.

114 Katia Landau, *Le Stalinisme bourreau de la revolution espagnole,* Paris 1938.

115 Burnett Bolloten, *The Spanish Revolution, The Left and the Struggle for Power during the Civil War,* Chapel Hill 1979, S. 231 ff.

116 Cesar Lorenzo, *Les Anarchistes espagnols et lepouvoir, 1869-1969,* Paris 1969. Lorenzo weist ebenfalls daraufhin, daß die Freiheitskämpfer zu Hunderten an der Front umgebracht wurden.

117 Broue, a.a.O., S. 178.

118 Landau, a. a. O. Als er sich Kämpfern gegenübersah, deren Ernsthaftigkeit nicht in Frage zu stellen war, entschied sich Hubert von Ranke, von Zweifeln erfaßt, mit dem Servicio Alfredo Hertz zu brechen; nach seiner Flucht nach Frankreich lebte er im Untergrund, um seinen früheren Mitstreitern zu entkommen, und arbeitete für die Resistance.

119 Indalecio Prieto, *Comment et pourquoi je suis sorti du ministere de la Defense,* Paris 1939. Ramön Rufat erläutert in seinem Buch *Espions de la Republique* (Paris 1990) bezüglich des SIM: »Seine Aufgabe hatte, entgegen der ursprünglichen Intention, nichts mit den Aufgaben innerhalb der

scan & corr by rz 08/2008

Rebellengebiete zu tun. Vielmehr sollte er im Hinterland für die Sicherheit und Spionageabwehr innerhalb der republikanischen Gebiete sorgen.«

120 Gorkin, a.a.O., S. 196.

121 Peter Huber, »Die Ermordung des Ignaz Reiss in der Schweiz (1937) und die Verhaftung dissidenter Schweizer Spanienkämpfer durch den Geheimapparat der Komintern«, in: Weber/Staritz (Hg.), a. a. O., S. 85.

122 Brief von Karl Bräuning, zit. nach Zur Mühlen, a. a. O., S. 167.

123 »La Terreur communiste en Espagne«, in: *La Revolution proletarienne,* Nr. 263, 25. Januar 1938.

124 Am 8. Februar berichtete Marcel Cachin in *L 'Humanite* von der Eröffnung des Prozesses gegen Bucharin und seine Mitangeklagten: »Und wenn das Verbrechen bewiesen ist, wenn es gestanden ist, dann wundere man sich nicht über die Entschlossenheit der Richter. Man bemühe sich vielmehr, der Wachsamkeit der sowjetischen Behörden nachzueifern gegen die Saboteure und Verräter des Vaterlands. Wir spanische Freunde wissen genau, was wir sagen wollen.«

125 Im Februar 1938 schrieb Jef Last: »Die kommunistische Partei hatte ihren stärksten Rückhalt in der Internationalen Brigade, in der fast alle Offiziere und Politkommissare ihr ergeben waren.« (A.a.O., S. 39) Die neueren Untersuchungen der Historiker haben diese Einschätzung bestätigt.

126 Huber, a.a.O.

127 El Campesino, *Morgen ist ein anderer Tag, Memoiren,* Köln 1979, S. 77.

128 Gustav Regler, *Das Ohr des Malchus,* Köln/Berlin 1958.

129 Archivnummer CRCEDHC 545.6.1034; die Bemerkung wird zitiert nach R. Skoutelsky, »Andre Marty et les Brigades internationales«, in: *Cahiers d'histoire,* 2. Trimester 1997.

130 Ute Bonnen und Gerald Endres, *Internationale Brigaden, Freiwillige im spanischen Bürgerkrieg,* Gemeinschaftsproduktion von SDR und Arte, 1996.

131 Gorkin, a.a.O., S. 101.

132 In: *La Revolution proletarienne,* 25. Oktober 1937.

133 Rolf Reventlow, *Spanien in diesem Jahrhundert,* Wien/Frankfurt a. M./ Zürich 1968.

134 Broue, a. a. O., S. 180 und 185. Julian Gorkin, a. a. O.

135 El Campesino, *La Vie et la mort en URSS (1939-1949),* Paris 1950.

136 David W Pike fuhrt an, daß die Gesamtzahl der in die Sowjetunion eingereisten Spanier bei etwa 6000 liegt, von denen 2000 Kinder waren, die von 102 Lehrern begleitet wurden. Vgl. »Les republicains espagnols incarceres en URSS dans les annees quarante«, in: *Materiauxpour l'histoire de notre temps,Nv.* 4/5, 1985.

137 Nach El Campesino vergewaltigte Lister in betrunkenem Zustand fünf Mädchen.

138 Jesus Hernandez, *La Grande Trahison,* Paris 1954.

139 Gorkin, a.a.O., S.221; Rene Dazy, a.a.O., S.247ff. *Les Dossiers noirs d'une certaine resistance... Trajectoire du fascisme rouge,* Perpignan 1984, ist ein Buch, das die Liquidation spanischer Antifaschisten, die nach Frankreich geflohen sind, durch Kommunisten von der nationalen Union Spaniens behandelt.

scan & corr by rz 08/2008

140 Pierre Marion, *Mission impossible,* Paris 1991.
141 In voller Länger wurde dieser Text, von dem Paul Quinn vom *Boston Globe* Auszüge veröffentlicht hat, in den *Moskau News,* Bd. 25, Juni 1992, publiziert.
142 Pierre Pean, *L 'Extremiste,* Paris 1996.
143 Bernard Violet, *Carlos,* Paris 1996.
144 John Barron, *KGB, Arbeit und Organisation des sowjetischen Geheimdienstes in Ost und West,* München 1980.
145 Kim Hyon-Hui, *The Tears ofMy Soul,* New York 1993.

TEIL DREI

Das übrige Europa als Opfer des Kommunismus

(S. 395-504)

1 Zit. nach N. Pietrow, »Die polnische Operation des NKWD«, in: *Karta* 11 (1993), S. 27.
2 Vgl. K. Popinski, A. Kokurin, A. Gurjanow, *Straßen des Todes. Die Räumung der sowjetischen Gefängnisse in den >Grenzgebieten< im Osten der IL Republik im Juni und Juli 1941,* Warschau 1995, S. 96-99.
3 Es handelte sich dabei um polnische Staatsbürger, die unter Berufung auf ihre deutsche Abstammung die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten hatten.
4 Dieser Terminus bezeichnet diejenigen Polen der vom III. Reich annektierten Gebiete, die gezwungen worden waren, sich als »der deutschen Kultur nahestehend« registrieren zu lassen und die in der Wehrmacht gedient hatten.
5 Zentralarchiv des MSW, sygn. 17/IX/36, Bd. IL
6 Über die Gründe dieses Sachverhaltes gibt es widersprüchliche Vermutungen: Manche behaupten, Boleslaw Bierut, der Gomulka 1948 im Amt folgte, habe sich in diesem Punkt geschickt den Moskauer Anweisungen entzogen, andere wiederum meinen, es sei im Gegenteil Stalin gewesen, der sich weigerte, diesbezüglichen Vorschlägen aus Warschau zuzustimmen. Keine dieser Hypothesen wird durch Dokumente gestützt.
7 Vor dem Krieg war Wlodimierz Lechowiczs ziviler Mitarbeiter der militärischen Gegenspionage und Mitarbeiter des GRU. Während der deutschen Besatzung war er in der Londoner Exilregierung tätig, wobei er gleichzeitig weiter dem Netz der Gegenspionage der kommunistischen Partei angehörte. Marian Spychalski war sein Vorgesetzter.
8 Zentralarchiv des MSW, sygn. 17/IX/268, Bd. VII.
9 Der KGB hatte, wie bereits oben erwähnt, seit 1956 eine Vertretung in Polen. Nach 1986 richtete sich die Stasi auch in Bulgarien, in der Tschechoslowakei und Ungarn ein, allerdings mit weniger Personal als in Polen.
10 Vgl. Tamas Stark, »Hungarian prisoners in the Soviet Union (1941-1955)«, in: *1945: Consequences and Sequels ofthe Second World War* (Bericht des Internationalen Komitees für die Geschichte des Zweiten Weltkriegs), IHTP Nr. 27-28, Paris 1995, S. 203-213.

scan & corr by rz 08/2008

11 Vgl. Fredy Foscolo, »Epurations: passe et present« in: *La Nouvelle Alternative* (Dokumentation »Poids et enjeux des epurations«) 21 (1991), S. 8-9.
12 Tzvetan Todorov, *Au nom dupeuple,* Paris 1992, S. 52 f.
13 »Les hommes qui ont porte Ceau§escu au pouvoir«, *Sources - Travaux historiques* 20 (1990).
14 Francois Fejtö, *Histoire des democraties populaires,* Paris 1979, Bd. I, S.99.
15 Miklös Molnär, *De Bela Kun ä Janös Kädär. Soixante-dix ans de communisme hongrois,* Institut universitaire des hautes etudes internationales, Paris 1987, S. 164.
16 Klement Gottwald, *Vybrane spisy* (Ausgewählte Werke), Band I, Prag 1954, S. 139.
17 Lubomir Sochor, »Peut-on parier de la >societe civile< dans les pays du bloc sovietique?«, in: *Communisme* 8 (1985), S. 84.
18 »>Ich habe den Tod verdiente Schauprozesse und politische Verfolgung in Mittel- und Osteuropa, 1945-1956«, in: Wolfgang Maderthaner, Hans Schafranek, Berthold Unfried (Hg.), *Archiv 1991. Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung,* 7. Jahrgang (1991).
19 Sie stellten 65% der Grundschulen, 50% der weiterführenden Schulen für Knaben und 78 % der Realschulen und Gymnasien für Mädchen.
20 Frantisek Miklosko, *Nebudete ich moct rozratit* (Ihr könnt sie nicht zerbrechen), Bratislava 1991, S. 272 f.
21 Catherine Durandin, *Histoire des Roumains,* Paris 1995, S. 72 f.
22 Commission d'aide aux antifascistes de Bulgarie (Hg.), *Les Bulgares parlent au monde,* Paris.
23 Zu einer ausführlichen Analyse dieser Gesetze, der Funktionsweise der Lager und der diesbezüglichen Rechtsprechung vgl. Paul Barton und Albert Weil, *Salariat et contrainte en Tchecoslovaquie,* Paris 1956.
24 *Pitesti, laboratoire concentrationnaire (1949-1952),* mit einem Vorwort von Francois Füret, Paris 1996.
25 Ebd. S. 55.
26 Todorov, a.a.O., S. 38.
27 Noel Field wurde auf Verlangen Ungarns und auf Drängen sowjetischer Berater in Prag verhaftet. Allerdings wurde dem Amerikaner nie der Prozeß gemacht. Im Oktober 1954 kam er wieder frei, zusammen mit seiner Frau Herta (auch sie war in der Tschechoslowakei verhaftet und am 28. August 1949 an Budapest ausgeliefert worden) und seinem Bruder Hermann (verhaftet im August 1949 im Rahmen der Zusammenarbeit tschechoslowakischer und polnischer Geheimdienste).
28 AUV KSC, Kommission von Barnabitky, Brief von T. Balasz, *in:* Karel Kaplan, *Zprava o zavrazdeni generalniho tajemnika* (Bericht über die Ermordung des Generalsekretärs), Prag 1992, S. 68.
29 »Die Periode der Bewaffnung und Wiederbewaffnung«, in: *Soudobe dejiny* (Geschichte der Gegenwart) Nr. 4 - 5 (1994).
30 Kaplan, a. a. O.
31 Molnar, a.a.O., S. 187
32 Kaplan, a.a.O., S.256

scan & corr by rz 08/2008

33 Vgl. Mikhai'l Agourski, »La bataille au sein de la Securite D'Etat« in: *Le Monde,* 273. Oktober 1983.
34 Kaplan, a.a.O., S. 141.
35 Zu den Aktivitäten dieser Abteilung und zur Entstehung des Ostblocks vgl. die Arbeiten des russischen Historikers Leonid J. Gibianskii, z. B. *Kholodnaia vojna* (Der kalte Krieg, Neue Sichtweisen, neue Dokumente), Moskau 1995. Neben sowjetischen hat der Historiker auch polnische, jugoslawische und tschechische Archive ausgewertet.
36 Dieter Staritz, *Geschichte der DDR,* Frankfurt am Main 1996.
37 Wir stützen uns hierbei insbesondere auf eine Arbeit, die von Csaba Bekes, Janös M. Rainer und Pal Germuska, Mitarbeitern des Instituts für die Geschichte der ungarischen Revolution von 1956 in Budapest publiziert wurde, vgl. *Soudobe dejiny* (Geschichte der Gegenwart) 4 (1997).
38 Zum ersten Jahrestag der Besetzung der Tschechoslowakei von 1968 vergleiche auch die unter Leitung von Oldrich Tuma erstellte Dokumentensammlung *Srpen '69* (August 69), Prag 1996.
39 Raina und Alfred Foscolo, »Prisonniers ä Sofia«, in: *La Nouvelle Alternative* Nr. 47 (September 1997).
40 »Liberte sans paroles«, in: *Le Monde-Liber* Nr. 6 (Dezember 1990).
41 Maria Ferretti, *La Memoria mutilata. La Russia ricorda,* Mailand 1993.
42 *La Nouvelle Alternative* Nr. 46 (Juni 1997).
43 *Dziennik ustaw Rzeczypospolitej polskiej* (»Mitteilungsblatt der Polnischen Republik« Nr. 45) (29. Mai 1991).

TEIL VIER

Kommunistische Regime in Asien: Zwischen »Umerziehung« und Massenmord

(S. 505-708)

1 Bericht auf der 2. Plenartagung des VII. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas (5. März 1949). *Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung* (»Das kleine rote Buch«); Peking 1972, S.20, Kapitel II: »Klassen und Klassenkampf.« Während der Kulturrevolution begannen Verhöre oft damit, daß dieses Zitat laut vorgelesen wurde.
2 Im folgenden verwenden wir für die chinesischen Schriftzeichen die Pinyin-Umschrift verwendet, die von der Volksrepublik verpflichtend gemacht wurde und nahezu überall geläufig ist (Mao Tse-tung erscheint dementsprechend als Mao Zedong). Ausnahmen: einige Namen aus der Zeit vor 1949 und die Städte Peking (Beijing), Nanking (Nanjing) und Kanton (Guangzhou), die in der alten Schreibung vertraut sind.
3 Vgl. dazu Roger Faligot und Remi Kauffer, *Kang Sheng et les Services secrets chinois (1927-1987),* Paris 1987.
4 Kim II Sung, *Werke,* Bd. 30. Zit. in: Oh Il-whan, *La Propagande et le contröle de pensee: les facteurs de resistance du Systeme communiste nordcoreen,* unveröffentlichte Dissertation, Paris 1994, S. 209.

scan & corr by rz 08/2008

^

5 Hoang Van Hoan, *Une goutte d'eau dans le grand ocean - Souvenirs revolutionnaires,* Paris 1989.
6 *Nhan Dan,* Ausgabe vom 7. Mai 1964, zit. in: »Revolutionnaires d'Indochine«, *Cahiers Leon Trotski,* Nr. 40, Dezember 1989, S. 119 f.
7 Ebd., S. 119.
8 Georges Boudarel, »L'ideocratie importee au Vietnam avec le maoisme«, in: *La Bureaucratie au Vietnam - Vietnam-Asie-Debat n°* 1, Paris 1983, S.31-106.
9 Li Zhi Sui, *La vieprivee du President Mao,* Paris 1994.
10 Inspiriert von der Religion des vorislamischen Iran.
11 Diese und die folgenden Ausführungen stützen sich auf Richard Shek, »Sectarian Eschatology and Violence«, in: Jonathan N. Lipman und Stevan Harreil, *Violence in China - Essays in Culture and Counterculture,* New York 1990, S. 87-109.
12 Ebd., S. 101.
13 Ebd., S. 104.
14 Ebd., S. 105.
15 Ebd., S. 106.
16 Zit. nach: Sun Tzu, *L'Art de la guerre,* Paris 1972, S. 45 (Einführung von Samuel Griffith).
17 Ebd., S. 103.
18 Ebd., S. 108.
19 Ebd.
20 Ebd. und S. 108.
21 Danielle und Vadime Elisseeff, *La Civilisation de la China classique, Paris 1981,* S. 296.
22 John K. Fairbank, *Geschichte des modernen China 1800-1989,* München 1989, S. 90.
23 Schätzung nach Angaben von Jen Yu-wen, *The Taiping Revolutionäre Movement,* NewHaven 1973.
24 Marie-Claire Bergere, Lucien Bianco und Jürgen Domes (Hg.), *La Chine au XXiede* (Bd. 1: *D'une revolution ä lautre 1895-1949),* Paris 1989, S. 125.
25 Roderick MacFarquhar und John K. Fairbank (Hg.), *The Cambridge History of China,* Bd. 14: *ThePeople'sRepublic, Teil 1 (1949-1965),* Cambridge 1987, S. 371.
26 John K. Fairbank und Albert Feuerwerker (Hg.), *The Cambridge History of China,* Bd. 13: *Republican China 1912-1949, Teil 2,* Cambridge 1986, S.605L
27 Ebd., S. 292.
28 Ebd., S. 291 und S. 293.
29 Ebd., S. 294 ff. und S. 312 ff.
30 Text des Vertrages zit. in: Elisseeff, a. a. O., S. 264.
31 Fairbank/Feuerwerker, a. a. O., S. 307-322.
32 Vgl. Roland Lew, *1949: Mao prend le pouvoir,* Brüssel 1980.
33 Jean-Luc Domenach, *Chine: l'archipel oublie,* Paris 1992, S.47.
34 Gregor Benton, »Under Arms and Umbrellas: Perspectives on Chinese Communism in Defeat«, in: Tony Saich und Hans Van de Ven, *New*

scan & corr by rz 08/2008

Perspectives on the Chinese Communist Revolution, Armonk 1995, S. 131 ff.

35 Chen Yung-fa, »The Blooming Poppy under the Red Sun: The Yan'an Way and the Opium Trade«, in: Saich/Van de Ven, a. a. O., S. 263-298.

36 Zit. in: Yves Chevrier, *Mao et la revolution chinoise,* Florenz 1993, S. 65 (vgl. auch Mao Zedong, »Analyse der Klassen in der chinesischen Gesellschaft«, in: *Ausgewählte Werke,* Bd. I, Peking 1968, S. 16).

37 Frangois Godement, »La tourmente du vent communiste (1955-1965)«, in: Marie-Claire Bergere, Lucien Bianco und Jürgen Domes (Hg.), *La Chine au XXe siecle* (Bd. 2: *De 1949 ä aujourd'hui),* Paris 1990, S. 58.

38 Der vage Begriff »Zentrale« bezeichnet das Machtzentrum der Partei. Er deckt sich nur teilweise mit den offiziellen Gremien, denn deren Abgrenzung und Entscheidungsbefugnis wechselten häufig, und bestimmte Mitglieder waren zeitweilig sehr isoliert. Umgekehrt konnte ein »Ruheständler« ohne offizielle Funktion wie Deng Xiaoping über zehn Jahre hinweg die wahre »Nummer eins« sein.

39 Vgl. Benton, a. a. O., sowie Lucien Bianco, »Peasant Responses to CCP Mobilization Policies, 1937-1945«, in: Saich/Van de Ven, a.a.O., S. 175-187.

40 Vgl. Stephen C. Averill, »The Origins of the Futian Incident«, in: Saich und VandeVen,a.a.O.,S.79-115.

41 Vgl. David E. Apter, »Discourse as Power: Yan'an and the Chinese Revolution«, in: Saich und Van de Ven, a. a. O., S. 218 f.

42 Wladimirow (Vertreter der Komintern in Yanan), in: Boudarel, a.a.O., S.56.

43 Frederick C. Teiwes (mit Warren Sun), »From a Leninist to a Charismatic Party: The CCP's Changing Leadership, 1937-1945«, in: Saich/Van de Ven, a.a.O., S. 372.

44 Ebd., S. 373.

45 Ebd., S. 370-375; Apter, a. a. O.; Faligot/Kauffer, a. a. O., S. 186-206.

46 Domenach, *Chine,* a.a.O., S.48.

47 Ye Fei, Interview aus dem Jahr 1983, zit. in: Benton, a. a. O., S. 138.

48 Domenach, *Chine,* a.a.O., S.44-52.

49 Wladimirow, in: Boudarel, a. a. O., S. 55 f.

50 Domenach, *Chine,* a.a.O., S. 52-55.

51 Diese These vertrat beispielsweise Jack Beiden - und lieferte gleichzeitig Anhaltspunkte für das Gegenteil - in einem der ersten Augenzeugenberichte über die chinesische Revolution: *China Shakes the World,* Harmondsworth 1973 (erstmals erschienen 1949).

52 William Hinton, *Fanshen,* Paris 1971 (engl. Originalausgabe 1968).

53 Alain Roux, *La Chine populaire, Band 1 (1949-1966),* Paris 1983, S.81.

54 Ebd., S. 82.

55 Bianco, a. a. O.

56 Hinton, a.a.O., S. 649-651.

57 Lynn T. White III., *Policies of Chaos: The Organizational Causes ofViolence in China 's Cultural Revolution,* Princeton 1989, S. 82. ^k

58 A. Doak Barnett und Ezra Vogel, *Cadres, Bureaucracy* ***andjM*** *« # / Power in Communist China,* New York 1967, S. 228. ^ ^ J SSk

scan & corr by rz 08/2008

59 Domenach, *Chine,* a.a.O., S. 71; Claude Aubert, »Economie et societe rurales«, in: Bergere/Bianco/Domes, a.a.O., Bd. 2, S. 150.
60 Domenach, *Chine,* a.a.O., S. 70ff.
61 Hinton, a. a. O., S. 285. Es sei angemerkt, daß Hinton im Prinzip dem chinesischen Kommunismus *sehr positiv* gegenübersteht. Dennoch ist sein Augenzeugenbericht bemerkenswert, und er war selbst Landwirt (in den Vereinigten Staaten).
62 He Liyi (in Zusammenarbeit mit Ciaire Anne Chik), *Mr China 's Son - A Villager's Life,* Boulder 1993, S. 52 ff.
63 Richard Masden, »The politics of revenge in rural China during the Cultural Revolution«, in: Lipman und Harreil, a. a. O., S. 186.
64 Werner Meissner, »La voie orthodoxe (1949-1955)«, in: Bergere/Bianco/ Domes, a.a.O., Bd. 2, S. 19.
65 Mao Zedong, »Bei der Unterdrückung der Konterrevolutionäre wohlüberlegt, genau gezielt und unerbittlich zuschlagen«, in: *Ausgewählte Werke,* Bd.V,S.55.
66 Roux, a.a.O., S. 164.
67 Domenach, *Chine,* a. a. O., S. 67 und S. 80.
68 Meissner, a. a. O., S. 25.
69 White, a.a.O., S. 93.
70 Domenach, *Chine,* a.a.O., S. 86.
71 Ebd., S. 94-101.
72 Roux, a.a.O., S. 170.
73 Domenach, *Chine,* a.a.O., S. 77f.
74 Ebd., S. 79.
75 »Quinze ans de persecution contre les catholiques en Chine communiste«, in: *Est et Ouest,* 16.-30. September 1966, S.4-9; Domenach, *Chine,* a.a.O., S. 504.
76 Domenach, *Chine,* a.a.O., S. 80f.
77 Zit. in: *The Cambridge History of China,* a. a. O., Bd. 14, S. 88.
78 White, a.a.O., S. 104-124.
79 Jacques Andrieu, »Le mouvement des idees«, in: Bergere/Bianco/Domes, a.a.O.,Bd.2,S.268f.
80 Domenach, *Chine,* a.a.O., S. 118.
81 Vgl. beispielsweise Jean Pasqualini (in Zusammenarbeit mit Rudolph Chelminski), *Prisonnier de Mao: sept ans dans un camp de travail en Chine,* Paris 1975 (engl. Originalausgabe 1973).
82 Domenach, *Chine,* a.a.O., S. 121-126.
83 Jean-Luc Domenach, *Aux origines du Grand Bond en avant: le cas d'une province chinoise, 1956-1958,* Paris 1982, S. 151.
84 Zehn Jahre später waren sie Rotgardisten: Die erste nachrevolutionäre Generation hatte eine gründliche Schulung erfahren.
85 Das Wort »kämpfen«, transitiv gebraucht, bezeichnet in diesem Zusammanhang, daß eine Person kollektiv angegriffen und Reue von ihr verlangt, andernfalls zu ihrer Verurteilung aufgefordert wird. Es handelt sich um einen sehr speziellen »Kampf«, denn das Opfer kann sich nicht verteidigen, nicht einmal mit Worten. Im Prinzip steht von Anfang an fest, ob es bei Beschimpfungen bleiben oder auch Schläge geben wird und ob die Schläge ge-

scan & corr by rz 08/2008

gebenenfalls bis zur Tötung des Opfers gehen können (was zur Zeit der Agrarreform und während der Kulturrevolution häufig, in den Phasen dazwischen nur selten vorkam).

86 He, a.a.O., S. 3-8.

87 Diese Zahl schien geradezu magisch zu sein, denn sie tauchte in den »Kampagnen« immer wieder auf. Tatsächlich bezeichnete sie lediglich ein *Minimum,* das auf keinen Fall unterschritten werden durfte. Auch in den Reden Pol Pots finden wir später diese Zahl: Sie zu überschreiten war in Kambodscha besonders wichtig.

88 MacFarquhar/Fairbank, a.a.O., S. 257.

89 Hinton, a.a.O., S.484.

90 So erging es He Liyi, a. a. O.

91 Justin Yifu Lin, »Collectivization and China's Agricultural Crisis in 1959—1961«, in: *Journal ofPoliticalEconomy* 98 (1990), Nr. 6, S. 1228-1250.

92 Domenach, *Origines,* a.a.O., S. 152.

93 William Hinton, *Shenfan,* New York 1984.

94 Domenach, *Origines,* a.a.O., S. 149.

95 Geheimrede Maos, zit. in: Roderick MacFarquhar, Timothy Cheek und Eugene Wu (Hg.), *Secret Speeches of Chairman Mao. From the Hundred Flowers to the Great Leap Forward,* Harvard 1989.

96 MacFarquhar/Fairbank, a.a.O., S. 380.

97 Ebd., S. 369.

98 Ebd.

99 Domenach, *Origines,* a.a.O., S. 157.

100 Diese Darstellung stützt sich vor allem auf Jasper Becker, *Hungry Ghosts: China 's Secret Famine,* London 1996. Nach unserer Kenntnis ist dies die einzige Untersuchung, die einen Gesamtüberblick über die Hungersnot im Anschluß an den Großen Sprung gibt.

101 Ebd., S. 133.

102 Roux, a.a.O., S.295f.

103 Becker, a.a.O., S. 283.

104 MacFarquhar/Fairbank, a. a. O., S. 370 und S. 383.

105 Ebd., S. 376f.

106 Becker, a.a.O., S. 113.

107 Ebd., S. 146.

108 Ebd., S. 139.

109 Domenach, *Origines,* a.a.O., S. 155.

110 Becker, a.a.O., S. 112-149.

111 Roux, a.a.O., S.296f.

112 Pasqualini, a. a. O., S. 262.

113 Ebd., S. 252.

114 Ebd., S. 225-228.

115 Lin, a.a.O.

116 Becker, a.a.O., S. 270-273.

117 MacFarquhar/Fairbank, a.a.O., S. 370ff.

118 Ebd., S. 372-386 für die hier genannten Zahlen und den Großteil der folgenden Angaben über den Großen Sprung.

119 Im Jahr 1968 versteckte sich der damals 18jährige Rotgardist Wei Jinsheng,

scan & corr by rz 08/2008

der schon bald Schwierigkeiten mit den Behörden bekam, bei Familienangehörigen in einem Dorf in der Provinz Anhui, die unter den Folgen des Großen Sprungs besonders schwer gelitten hatte.

120 Eine der offiziellen Bezeichnungen für den Großen Sprung.

121 Eine berühmte Bezeichnung Lin Biaos für Mao Zedong, geprägt in einer Rede am 18. September 1966.

122 Anspielung auf die »Falle« der Hundert-Blumen-Kampagne.

123 Wei Jingsheng, »Mon evolution intellectuelle entre seize et vingt-neuf ans«, in: *La Cinquieme Modernisation et autres ecrits du >Printemps de Pekin<«,* Paris 1997, S. 244ff. Mehr über Wei siehe unten. *(Anm. d. Übers.:* Vgl. Jürgen Kremb, *Bis zum letzten Atemzug. Wei Jingsheng und das Schicksal einer chinesischen Familie,* München 1997; zu der geschilderten Szene S. 165 f.)

124 MacFarquhar/Fairbank, a.a.O., S. 381.

125 Becker, a.a.O., S. 235-254.

126 Domenach, *Origines,* a.a.O., S. 154.

127 Lin, a.a.O.; Claude Aubert, »Economie et societe rurales«, in: Bergere/Bianco/Domes, a. a. O., Bd. 2, S. 166 ff.

128 Hua Linshan, *Les Annees rouges,* Paris 1987, S. 202.

129 Becker, a.a.O., S. 243.

130 Harry Wu, *Laogai: le goulag Chinois,* Paris 1996 (engl. Originalausgabe 1992), S. 28 und S. 198.

131 Yan Jiaqi und Gao Gao, *Turbulent Decade: A History ofthe Cultural Revolution,* Honolulu 1996 (chines. Originalausgabe 1986), S. 164.

132 Pasqualini, a.a.O., S. 182.

133 Ebd., S. 262.

134 Wu, a.a.O., S. 38.

135 Domenach, C/zm^a.a.O., S. 242; Pasqualini, a.a.O., S. 318.

136 Domenach, *Chine,* a.a.O., S.489.

137 Ebd., S. 512.

138 Vgl. dazu Wu, a.a.O., S. 23-39; Domenach, *Chine,* a.a.O., S. 139-226.

139 Pasqualini, a.a.O., S. 104.

140 Domenach, *Chine,* a.a.O., S. 541.

141 Wu, a.a.O., S. 30.

142 Wu spricht von »Besserung«, andere Autoren sprechen auch von »Umformung«. Vgl. dazu Harry Wu (in Zusammenarbeit mit George Vesey), *Wer schweigt, macht sich schuldig,* Bergisch Gladbach 1996, S. 22.

143 Ebd., S. 142 f.

144 Pasqualini, a.a.O., S. 282.

145 Domenach, *Chine,* a.a.O., S. 162.

146 In: Wu, a. a. O., S. 49 und S. 55.

147 Pasqualini, a.a.O., S. 208.

148 Wu, a.a.O., S. 50.

149 Pasqualini, a.a.O., S. 51 f.

150 Ebd., S. 33.

151 Ebd., S. 53.

152 Pasqualini, a.a.O., S.267ff.

153 Ebd., S. 55-59, S. 117-120, S.263.

scan & corr by rz 08/2008

154 Blumiger Name einer großen Haftanstalt in Peking.
155 Die chinesische Entsprechung zu unserem Brot, im Norden des Landes wichtiger als Reis.
156 Nationalfeiertag der Volksrepublik China.
157 Wohl eher während der anschließenden Anti-Rechts-Kampagne.
158 Pasqualini, a.a.O., S.47ff.
159 Ebd., S. 77.
160 Ebd., S. 38.
161 Ebd., S. 315 f.
162 Ebd., S. 156.
163 Ebd., S. 86.
164 Albert Stihle, *LePretre et le commissaire,* Paris 1971.
165 Domenach, *Chine,* a.a.O., S. 170.
166 Pasqualini, a.a.O., S.232.
167 Ebd., S. 243.
168 Ebd., S. 33.
169 Domenach, *Chine,* a.a.O., S. 168.
170 Pasqualini, a.a.O., S.43f.
171 Nien Cheng, *Vie et mort ä Shanghai,* Paris 1987 (engl. Originalausgabe 1987), S. 409.
172 Ebd., S. 312 ff.
173 Pasqualini, a. a.O., S. 77.
174 Nien, a.a.O., 3. Teil.
175 Domenach, *Chine,* a.a.O., S. 170 und S. 185.
176 Nien, a.a.O., S.438.
177 Pasqualini, a.a.O., S.41.
178 Domenach, *Chine,* a.a.O., S.211.
179 Ebd., S. 213.
180 Pasqualini, a.a.O., S. 188-191.
181 Ebd., S. 197 f.
182 Vgl. beispielsweise Fairbank, a.a.O., S. 314f., und Thurston, a.a.O., S. 149.
183 Die »Gruppe für die Kulturrevolution beim Zentralkomitee« wurde bei der erweiterten Sitzung des Politbüros der KP am 16. Mai 1966 gebildet und unterstand nur dessen ständigem Ausschuß, das heißt Mao persönlich. Sie verfolgte das Ziel, Peng Zhen von der Leitung der Kulturrevolution (der bis dahin mit ihrer Vorbereitung beauftragt gewesen war) und aus dem von Liu Shaoqi und Deng Xiaoping geleiteten Sekretariat des Zentralkomitees zu verdrängen. Die GK wurde von extremistischen Maoisten gelenkt wie Jiang Qing (»Frau Mao«), Chen Boda und Hang Chunaia, Kang Shen war ihr offizieller, ständiger Berater. Die Gruppe arbeitete eng mit Mao zusammen und war *de facto* bis 1968 anstelle des Zentralkomitees und des Politbüros das wichtigste Entscheidungsgremium.
184 Harry Harding, »The Chinese State in crisis«, in: Roderick MacFarquhar und John K. Fairbank (Hg.), *The Cambridge History of China,* Bd. 15, 2. Teil: *Revolutions within the Chinese Revolution, 1966-1982,* Cambridge 1991, S. 209.
185 Domenach, *Chine,* a.a.O., S.259.

scan & corr by rz 08/2008

186 Vgl. Yves Chevrier, »L'empire distendu: esquisse du politique en Chine des Qing ä Deng Xiaoping«, in: Jean-Francois Bayart, *La Greffe de l 'Etat - Trajectoires du politique 2,* Paris 1996.
187 Ebd., S. 383 und S. 375.
188 Wei, a.a.O., S. 227.
189 Vgl. Frederick C. Teiwes und Warren Sun, *The Tragedy ofLin Biao: Riding the Tiger during the Cultural Revolution, 1966-1971,* Honolulu 1996.
190 Hua Linshan, *Les Annees rouges,* Paris 1987, S. 251.
191 Vgl. insbesondere die faszinierenden Erinnerungen von Ni Yuxian, Schüler der Marineakademie in Shanghai, in: Anne F. Thurston,^4 *Chinese Odyssey: The Life and Times ofa Chinese Dissident,* New York 1991.
192 White, a.a.O., S. 203.
193 Doch was die Roten Garden bei den Reisen zum »Erfahrungsaustausch« und bei der erzwungenen »Hinunterschickung« aufs Land im Jahr 1968 sahen, beschleunigte - freilich ein wenig spät - ihre Distanzierung vom Regime, wie das Beispiel Wei Jingshengs zeigt.
194 *Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung* (»Das kleine rote Buch«), a.a.O., S.341.
195 Zit. in: Zhai Zhenhua, *Red Flow er of China,* New York 1992, S. 81.
196 Der Wärter.
197 Pasqualini, a.a.O., S. 311.
198 Wer jedoch einmal im Gefängnis gesessen hatte, durfte sich an keinerlei politischen Aktivitäten mehr beteiligten (Hinton, *Fanshen,* a.a.O., S. 529).
199 Harding, a.a.O., S. 150.
200 White, a.a.O., S.247ff.
201 Das führte bisweilen zu kuriosen Fällen von Ämtertausch: So war der gemäßigte Parteiführer von Henan, Pan Fusheng, am Vorabend des Großen Sprungs auf Druck des Ultramaoisten Wu Zhipu kaltgestellt worden, und 1966 kam er im Umkreis der ultralinken Clique um Chen Boda wieder zu Amt und Würden, während Wu festgenommen und wahrscheinlich 1967 von den Roten Garden in Kanton getötet wurde. Vgl. Domenach, *Origines,* a.a.O., S. 163.
202 Vgl. dazu die faszinierende Schilderung eines ehemaligen Rotgardisten, der später Dozent an einer amerikanischen Universität wurde: Wang Shaoguan, *Failure of Charisma: The Cultural Revolution in Wuhan,* Hongkong 1995, S. 95-111 und S. 161-209.
203 Alain Roux, *La Chine populaire, Bd. 2 (1966-1984),* Paris 1984, S. 45 f.
204 Vgl. Yan/Gao, a.a.O., S. 152-166 und S. 197-228.
205 Ebd., S. 28.
206 Ebd., S. 210.
207 Zit. bei Anne F. Thurston, »Urban violence during the Cultural Revolution: who is to blame?«, in: Jonathan N. Lipman und Stevan Harrell, a. a. O.
208 Zit. in: Marie-Claire Bergere, *La Republique populaire de Chine de 1949 ä nosjours,* Paris 1987, S. 133.
209 Jack Beiden, *China Shakes the World,* Harmondsworth 1973 (erstmals erschienen 1949), S. 228.
210 Becker, a.a.O., S. 218; Wu, a.a.O., S. 46.

scan & corr by rz 08/2008

211 Ling, a.a.O., S. 174-183, und Zhai, a.a.O., S. 84-90. »Ich versuchte zu weinen, aber ich konnte nicht«, erzählt sie (S. 88). Tatsächlich gewann Mao nicht, wenn man ihn aus nächster Nähe sah. »Ich war ein wenig enttäuscht. Er erschien älter, als ich ihn mir vorgestellt hatte, seine Haare waren mehr als zur Hälfte weiß. Sein Gesicht zeigte die Spuren des Alters und strahlte nicht, wie es hätte strahlen sollen. Seine Bewegungen waren langsam. Er war ein seniler alter Mann.« (S. 87).
212 Thurston, a.a.O., S. 149.
213 Yan/Gao, a.a.O., S. 76.
214 Nien, a.a.O., S. 101.
215 Pasqualini, a.a.O., S. 194.
216 Zhai, a.a.O., S. 62.
217 Douwe Fokkema, »Creativity and Politics«, in: MacFarquhar und Fairbank, a.a.O., S. 600.
218 Yan/Gao, a.a.O., S. 79.
219 Schilderung eines beteiligten Rotgardisten, in: Roux, a. a. O., S. 37.
220 Yan und Gao, a. a. O., S. 70.
221 Ling, a. a. O., S. 49; Yan/Gao, a. a. O., S. 71.
222 Nien, a.a.O., S. 110.
223 Ebd., S. 86.
224 Einige wählten: »Genosse Norman Bethune ist Mitglied der kanadischen kommunistischen Partei.« Humor?
225 Vgl. etwa Zhai, a. a. O., S. 92-100.
226 Ebd., S. 100.
227 Wang,a.a.O.,S.72.
228 Yan/Gao, a.a.O., S. 77.
229 Domenach, *Chine,* a. a. O., S. 273 f. und S. 284 f.
230 Yan/Gao, a. a. O., S. 212. Die Zahlenangaben sind mit Vorsicht zu betrachten; sie stammen aus dem Prozeß gegen die »Viererbande« (1981).
231 Nien, a.a.O., S. 602.
232 Roux, a.a.O., S. 50.
233 Ken Ling, Miriam London und Li Ta-ling, *Maos Kleiner General Die Geschichte des Rotgardisten Ken Ling,* München 1974 (engl. Originalausgabe 1972), S. 19-22. Der Vorfall trug sich in einer Elite-Oberschule in Xiamen zu.
234 »Lange Zeit« gilt offensichtlich nicht für Simon Leys, dessen bahnbrechende Arbeiten noch heute sehr aufschlußreich sind im Hinblick auf die Chronologie der Ereignisse und die Ideologie der Kulturrevolution verstehen helfen: *Les Habits neufs du president Mao: Chronique de la »Revolution culturelle«,* Paris 1971; und *Ombres chinoises,* Paris 1974.
235 In Wuhan gab es innerhalb weniger Monate fünf solcher Handstreiche im Kampf um die Führung des Arbeiterhauptquartiers (Wang, a. a. O., S. 89).
236 Ling, a.a.O., S. 267ff.
237 Vgl. insbesondere Ling, a. a. O.
238 Harding, zitierter Beitrag, S. 168.
239 Hua, a.a.O., S. 311.
240 Ling, a.a.O., S.32f.
241 Keith Forster, »Spontaneous and Institutional Rebellion in the Cultural Re-

scan & corr by rz 08/2008

volution: The Extraordinary Case of Weng Senhe«, in: *Australian Journal of Chinese Affairs* 27 (1992), S. 38-75.

242 Domenach, *Chine,* a.a.O., S.278-286.

243 »Die Studenten sagten: >Wenn wir erst einmal die Kontrolle über das Amt für öffentliche Sicherheit haben, können wir festnehmen, wen wir wollen.<« Ling, a.a.O., S. 252.

244 Die wichtigsten Schriften sind abgedruckt in: Hector Mandares u.a., *Revo cul dans la Chine pop: anthologie de la presse des Gardes rouges (mai 1966-janvier 1968),* Paris 1974, S. 353-427.

245 Und er selbst tat nicht das geringste dazu, seine Ideen zu erläutern, denn damit wäre er Gefahr gelaufen, sich zu sehr an eine bestimmte Gruppierung zu binden: Er hielt *nicht eine einzige Rede* über die Kulturrevolution!

246 Ling, a.a.O., S. 119.

247 Nien, a.a.O., S. 503.

248 »Wir hatten eines gemeinsam: Die Überzeugung, >Gewalt löst alle Problemen« Ling, a. a. O., S. 200.

249 Vgl. etwa Hua, a. a. O., S. 328.

250 Zhai, a.a.O., S. 81.

251 Im Original unterstrichen.

252 Ebenso.

253 Ebd., S. 105.

254 Spitzname einer Oberschülerin.

255 Ling, a.a.O., S. 42.

256 Hua, a.a.O., S. 106.

257 Ebd., S. 108.

258 Nien, a.a.O., S.494.

259 »Ein grundlegender Unterschied zwischen Studenten und Arbeitern war offenkundig: Die Studenten wollten die Macht, die Arbeiter wollten mehr Geld.« Ling, a.a.O., S. 252.

260 Wang, a.a.O., S. 118.

261 Ebd., S. 158.

262 Hinton, *Shenfan,* a.a.O., S. 521.

263 Wang, a.a.O., S. 66.

264 Ebd., S. 94.

265 Ebd., S. 143-208.

266 Ling, a.a.O., S. 85.

267 White, a.a.O., S. 325.

268 Hinton, *Shenfan,* a.a.O., S. 519 und S. 527f.

269 Vgl. insbesondere den Bericht des ehemaligen Rotgardisten Hua Linshan, a.a.O.

270 Bergere, a.a.O., S. 133.

271 Thurston, a.a.O., S. 158f.

272 Roux, a.a.O., S.54f.

273 Harding, a.a.O., S. 188.

274 Thurston nennt die Zahl 12 Millionen, Fairbank 14 Millionen, Bergere 20 Millionen, a. a. O.

275 White, a.a.O., S. 294.

276 Harding, a.a.O., S. 212.

scan & corr by rz 08/2008

277 Hua, a.a.O., S.345f.
278 Domenach, *Chine,* a.a.O., S.278.
279 Das Wort klingt im Chinesischen ähnlich wie der Begriff für »einzigartiger, tapferer Held«.
280 Hua, a. a. O., S. 338 und S. 341 f.
281 White, a.a.O., S.260
282 Ebd., S. 277.
283 Yan/Gao, a. a. O., S. 266 f.
284 Faligot/Kauffer, a. a. O., S. 407; Harding, zitierter Beitrag, S. 214.
285 Yan/Gao, a. a. O., S. 252-265.
286 Hua, a.a.O., S.365.
287 Domenach, *Chine,* a.a.O., S.279.
288 Zit. in: Mandares u. a., a. a. O., S. 50.
289 Nien, a.a.O., S. 345-348.
290 Sebastian Hellmann, »The Suppression of the April 5 th Movement and the Persecution of >Counterrevolutionaries< in 1976«, in: *Issues and Studies,* Bd. 30, Nr. 1, Januar 1994, S. 37-64.
291 Wei, a.a.O., S.226.
292 Der vollständige Text (mit Anhang) ist in dem bereits zitierten Band mit Schriften Weis zu finden.
293 Angel Pino, »Postface«, in: Wei, a. a. O., S. 261-347.
294 Jürgen Domes, »La societe politique«, in: Bergere/Bianco/Domes, a.a.O., S.251.
295 Domenach, *Chine,* a.a.O., S.335-345.
296 Ebd., S. 491.
297 Ebd., S. 415.
298 Jean-Pierre Cabestan, »Chine: un Etat de lois sans Etat de droit«, in: *Revue Tiers Monde,* Nr. 147, Juli-September 1996, S. 649-668.
299 Wu, a.a.O., S. 186.
300 Cabestan, a. a. O., S. 662 f.
301 Andrew Scobell, »The Death Penalty in Post-Mao China«, in: *The China Quaterly,* Nr. 123, September 1990, S. 503-520.
302 Ders.
303 Domenach, *Chine,* a.a.O., S.352-355.
304 Ebd., S. 365-378.
305 Becker, a.a.O., S. 171.
306 Vania Kewley, *Tibet: Behind the Ice Curtain,* London 1990, S. 251.
307 Becker, a.a.O., S. 166.
308 Ebd., S. 171.
309 Pierre-Antoine Donnet, *Tibet mort ou vif,* Paris 1990, S. 126.
310 Ebd., S. 126 f.
311 Ebd., S. 128 f.
312 Kewley, a.a.O., S. 269f.
313 Donnet, a.a.O., S. 70.
314 Kewley, a.a.O., S. 165.
315 Donnet, a.a.O., S. 66-69.
316 Ebd., S. 202.
317 Ebd., S. 137.

scan & corr by rz 08/2008

318 Kewley, a.a.O., S.255.
319 Ebd., S.122ff.,S. 291 und S. 314-318.
320 Becker, a.a.O.,S. 173-176.
321 Donnet, a.a.O., S. 133f.
322 Becker, a.a.O., S. 181.
323 Donnet, a.a.O., S. 154f.
324 Vgl. insbesondere den Brief des sowjetischen Botschafters in Pjöngjang, Tschtikow, an Wyschinski, datiert vom 19. Januar 1950. Vom Woodrow Wilson Center übersetztes Archivmaterial, Nr. 5 und Nr. 6 des Projekts einer internationalen Geschichte des Kalten Krieges, Washington 1995 und 1996.
325 Charles Martel und Georges Perruche, »Prisonniers francais en Coree«, in: *Les Cahiers d'histoire sociale,* Nr. 3, Oktober 1994.
326 Kim Hyun Hee, *Dans la fasse aux tigres,* Paris 1994, sowie Gespräch mit dem Autor (Februar 1997).
327 *Asia Watch Human rights in the Democratic People's Republic of Korea,* Washington 1988.
328 Tibor Meray, »Wilfred Burchett en Coree«, in: *Les Cahiers d'histoire sociale,* Nr. 7, Herbst/Winter 1996, S. 87.
329 Gespräch mit dem Autor in Seoul, Februar 1997.
330 Es wurde noch ein weiterer Ausländer festgenommen, ein Franzose namens Jacques Sedillot. Er arbeitete auch im Institut für fremdsprachige Veröffentlichungen in Pjöngjang und wurde als »Agent des französischen Imperialismus« ebenfalls zu 20 Jahren Haft verurteilt. Im Jahre 1975 kam er frei, allerdings war sein Gesundheitszustand so zerrüttet, daß er nicht mehr nach Frankreich zurückkehren konnte und wenige Monate nach seiner Freilassung starb.
331 Gespräch mit dem Autor in Seoul, Februar 1997.
332 *Les Cahiers d'histoire sociale,* Nr. 3, a. a. O., für den Fall der Franzosen; *Human Rights in the Democratic People 's Republic of Korea,* a. a. O., für den Fall der Amerikaner.
333 Lange Auszüge aus seiner Schilderung sind abgedruckt in: *Coreana* (Mitteilungsblatt der Gesellschaft für Korea-Studien), Nr. 1, März 1995.
334 Eine Unterabteilung der »Behörde für nationale Sicherheit«, die zuständig ist für die Grenzregionen. Das Lager liegt in unmittelbarer Nähe der Grenze zu China.
335 Eine vorsichtige Schätzung: Die Angaben reichen von 150000 bis 400000 Häftlinge.
336 Jean-Pierre Brule, *La Coree du Nord de Kim II Sung,* Paris 1982.
337 Dieses Dorf, in dem die Waffenstillstandsverhandlungen geführt wurden, ist der einzige Ort, an dem die Armee von Nordkorea direkten Kontakt mit den Streitkräften von Südkorea und der Vereinigten Staaten hat.
338 Die Meldungen sind abgedruckt in: *La Lettre de Coree,* Nr. 4 und Nr. 5, Juni und August 1997.
339 *Le Figaro Magazine,* 8. März 1997.
340 Ebd.
341 Marc Epstein in: *L'Express,* 14. August 1997.
342 *Le Monde,* 10. Oktober 1997.

scan & corr by rz 08/2008

mm

343 Interview mit Catherine Bertini, *La Croix,* 8. Oktober 1997. Eine Anfang der neunziger Jahre von derselben Organisation durchgeführte Untersuchung ergab im Kontrast dazu, daß 43 % der Kinder in Indien an Unterernährung litten.

344 Zitiert nach Doan Van Toai, *Le Goulag vietnamien,* Paris 1979, S. 28. Le Duan besuchte damals das Straflager auf der Insel Con-son nach der »Befreiung« Südvietnams 1975.

345 Die zahlenmäßig von Vietnamesen dominierte und ganz unter deren Kontrolle stehende KPIC erhebt einen Fühmngsanspruch für die Revolution im gesamten französischen Indochina, einschließlich in Laos und Kambodscha. Nach einer formellen Selbstauflösung 1945 agiert sie bis 1951 weiter. Zu dieser Zeit gehen aus ihr drei noch immer eng verbündete Parteien hervor, die aber nicht mehr den offiziellen Status kommunistischer Parteien haben (siehe das Kapitel zu Kambodscha).

346 Ngo Van, *Vietnam 1920-1945: revolution et contre-revolution sous la domination coloniale,* Paris o. J, S. 128 f.

347 David G. Marr, *Vietnam 1945: The Quest for Power,* Berkeley 1995, S. 234-237.

348 Ebd., S. 415 f.

349 Ebd., S. 409 u. 413.

350 Ebd., S. 434 f.

351 Ngo, a.a.O., S. 341.

352 Marr, a.a.O., S. 518.

353 Ngo, a.a.O., S. 352u. 358-361.

354 Ebd., S. 338, 341 u. 350.

355 Marr, a.a.O., S.517u.519f.

356 Siehe zum Beispiel Albert Stihle, *Le Pretre et le Commissaire,* Paris 1971.

357 *L'Histoire,* Nr. 149, Mai 1991. Nach einer anderen Rechnung der französischen Armee im Oktober 1954 waren es 36900 Gefangene (einschließlich der mit Frankreich verbündeten Vietnamesen), von denen anscheinend 5500 vor und nach der Einstellung der Kampfhandlungen freigelassen wurden. Die Verlustrate (etwas weniger als 60%) ist jedenfalls in beiden Rechnungen die gleiche. Siehe Colonel Robert Bonnafous, *Les Prisonniers francais des camps Viet-minh,* Dissertation, Montpellier 1985, S.217. Zum Vergleich: nach einem Brief von General Beaufort, dem Chef der französischen Mission bei der Internationalen Kommission zur Kontrolle der Umsetzung des Genfer Abkommens vom März 1955, sollen ungefähr 9000 der 63 000 Kriegsgefangenen der Vietminh umgekommen sein. Siehe hierzu Bonnafous, a. a. O.

358 Georges Boudarel, *Centfleurs ecloses dans la nuit du Vietnam: communisme et dissidence 1954-1956,* Paris 1991, S. 177.

359 Ebd., S. 174 f.

360 Ebd., S. 176.

361 Ebd., S. 171.

362 Ebd., S. 191.

363 Ebd., S. 170.

364 Ebd., S. 177 f.

365 Ebd., S. 190.

scan & corr by rz 08/2008

366 Ngo, a.a.O., S. 375.
367 Zit. nach Boudarel, *Centfleurs,* a. a. O., S. 200. Weitere Informationen siehe S. 199-202.
368 Georges Boudarel, »L'ideocratie importee au Vietnam avec le maoisme«, in: *La Bureaucratie au Vietnam - Vietnam-Asie-Debat n°* 1, Paris 1983, S. 63.
369 Ebd., S. 61.
370 Boudarel *(Centfleurs),* a.a.O., S. 183f.
371 Zit. nach Ngo, a. a. O., S. 404.
372 Georges Boudarel, »1954: les dilemmes de l'independance«, in: Georges Boudarel und Nguyen Van Ky, *Hanoi 1936-1996: Du drapeau rouge au billet vert,* Paris 1997, S. 141.
373 Ngo, a.a.O., S.404.
374 Boudarel *(Centfleurs),* a.a.O., S. 150.
375 Gerard Tongas, *J'ai vecu dans l'enfer communiste au Nord Vietnam,* Paris 1960, S. 231 f.
376 Daniel Hemery, Gespräch, Paris, Oktober 1997; Georges Boudarel, »1965-1975: guerre ou paix?« in: Boudarel/Nguyen, a. a. O., S. 154.
377 Doan, a.a.O., S.206f.
378 Die »vietnamesischen Kommunisten«, ein südvietnamesischer Ausdruck.
379 Stanley Karnow, *Vietnam: A History,* Harmondsworth 1984, S. 530f.
380 Doan, a.a.O., S. 178f.
381 Gespräch mit einem ehemaligen kommunistischen Funktionär, Ho-Chi-Minh-Stadt 1996.
382 Siehe zum Beispiel die Communaute vietnamienne, *Les Prisonnier politiques,* Paris 1974.
383 Doan, a.a.O.
384 Zit. nach Doan, a.a.O., S.331-334. Der Appell zirkulierte in auswendig gelernter Form in den Gefängnissen von Ho-Chi-Minh-Stadt und wurde dort von achtundvierzig Mutigen »mündlich unterzeichnet«.
385 Die Informationen stammen im wesentlichen aus Martin Stuart-Fox (Hg.), *Contemporary Laos Studies in the Politics and the Society ofthe Lao People 's Democratic Republic,* Saint Lucia 1982; aus Martin Stuart-Fox und Mary Koogman, *Historical Dictionary ofLaos,* Metuchen und London 1992; sowie aus einem Gespräch mit Christian Culas, dem an dieser Stelle mein besonderer Dank gilt.
386 Zit. nach Michael Vickery, *Cambodia 1975-1982,* Boston 1984, S. 148.
387 Den in Gebrauch gebliebenen Namen (den sie selbst stets ablehnten) hat Sihanouk zu Beginn der Untergrundbewegung am Ende der sechziger Jahre geprägt. Wir ziehen ihm der (in Kambodscha) geläufigeren Bezeichnung »Polpotisten« vor, da mit ihr eine in Wahrheit kollektiv geführte Bewegung zu sehr auf eine Einzelperson reduziert wird. Der Name leistet außerdem den augenblicklichen Bestrebungen von Funktionären wie Ieng Sary oder Khieu Samphan Vorschub, sich selbst von den vergangenen Verbrechen reinzuwaschen. Daß sie den Säuberungen 1975-79 entgangen sind, belegt hinlänglich, daß sie die gewaltigen Verbrechen zumindest gebilligt haben.
388 Wir beziehen das Adjektiv »kambodschanisch« hier auf das Land Kambodscha und »Khmer« auf die mehrheitliche Volksgruppe eines Landes, dessen Minderheiten vor 1970 mindestens 15% der Bevölkerung ausmachten.

scan & corr by rz 08/2008

Gleichwohl haben die aufeinanderfolgenden Machthaber in Phnom Penh im Zug eines ethnischen Nationalismus den Ausdruck »kambodschanisch« durch »khmer« zu ersetzten versucht. Bei »Kampuchea«, dem offiziellen Namen des Landes von 1975 bis 1991, handelt es sich um die Aussprache in Khmer des französisierten »Cambodge« (dt. Kambodscha). Das Wort stammt ursprünglich aus dem Sanskrit.

389 Seltsamerweise gebrauchten als erste - noch vor den westlichen Kommentatoren - Kommunisten den Begriff des Völkermordes im Zusammenhang mit einem kommunistischen Regime.

390 Ob es dabei bleibt, ist ungewiß: Im Juli 1997 hat der zweite Premierminister Hun Sen den Wahlsieger von 1993, Prinz Ranariddh, bei einem Staatsstreich gestürzt.

391 Francois Ponchaud, *Cambodge, annee zero,* Paris 1977

392 Es gab auch andere - beschwichtigende und verlogene - Berichte: Siehe beispielsweise Jeröme u. Jocelyne Steinbach, *Cambodge, l'autre sourire,* Paris 1976.

393 Pin Yathay, *L 'Utopie meurtriere: un rescape du genocide cambodgien temoigne,* Brüssel 1989, S. 381 (englische Originalausgabe 1987; dt. Ausgabe: >Du mußt überleben, mein Sohn!< Bericht einer Flucht aus dem Inferno Kambodschas, München 1987).

394 Geführt vom General (und baldigen Marschall) Lon Nol.

395 Zu den Vorboten des Demokratischen Kampuchea (so der offizielle Name des Staates der Roten Khmer) siehe die besonders wichtigen neueren Arbeiten von David P. Chandler, *The Tragedy of Cambodian History: Politics, War and Revolution since 1945,* New Haven 1991, und Marie-Alexandrine Martin, *Le Mal cambodgien: histoire d'une societe traditionelle face ä ses leaders politiques, 1946-1987,* Paris 1989.

396 Siehe David P. Chandler, *Pol Pot: frere numero un,* Paris 1993 (englische Originalausgabe 1992), S. 142, 162 f und 166 f; Ben Kiernan, *The Pol Pot Regime: Race, Power, and Genocide in Cambodia under the Khmer Rouge, 1975-79,* New Haven 1996, S. 20-25.

397 Siehe zum Beispiel Haing Ngor, *Une odysee cambodgienne* (mit Roger Warner), Paris 1988 (englische Originalausgabe 1987), S. 105 f.

398 Henri Locard, »Tramkäk District in the Grip of the Khmer Rouge«, Beitrag zum Kolloquium: *Cambodia: Power, Myth and Memory,* Universite Monash 1996, S. 26-33.

399 Die Roten Khmer vollstreckten Hinrichtungen stets nach Einbruch der Dunkelheit, was ihrer obsessiv betriebenen Geheimhaltung entsprach.

400 Chandler, *Pol Pot,* a. a. O., Anm. 28, S. 308; Kiernan, a. a. O., S. 108.

401 Ebd., S. 167.

402 Auf den »Bruder Nummer eins« wird noch zurückzukommen sein; die anderen wichtigsten Parteiführer waren damals Hou Youn, Hu Nim und Khieu Samphan (bis 1967 die »legalen« Aushängeschilder der KPK in Phnom Penh und alle Minister) sowie die ab 1963 zuweilen im Untergrund agierenden Nuon Chea, Sao Phim, Son Sen, Von Vet, Ieng Sary, ebenso die Frauen von Ieng Sary und Saloth Sar (alias Pol Pot), die Schwestern Ieng Thirith und Khieu Ponnary. Alle gehörten der gleichen Generation an und wurden Ende der zwanziger Jahre geboren. «id|

scan & corr by rz 08/2008

403 *Kiemm, Pol Pot Regime,* a.a.O., S. 108.
404 Chandler, *Pol Pot,* a. a. O., S. 63 f.
405 Serge Thion, »Chronology of Khmer Communism, 1940-1982«, in: David P. Chandler und Ben Kiernan, *Revolution and its Aftermath in Kampuchea: Eight Essays,* New Haven 1983, S. 301 f.
406 Die Maßnahme wurde offenbar im Januar 1975 beschlossen, ebenso die Abschaffung des Geldes, obwohl erst kurz zuvor Scheine gedruckt worden waren. Der einzige Gegner, der angesehene Hou Youn, ein ehemaliger Minister unter Sihanouk und Gründungsmitglied der KPK, »verschwand« in den folgenden Monaten - die erste Säuberung auf dieser Parteiebene, der bald weitere folgen sollten.
407 Die Roten Khmer schafften sofort das kambodschanische Geld ab. Als unbeabsichtigte Konsequenz wurde der Dollar auf dem Schwarzmarkt zur einzig gültigen Währung.
408 Kiernan, *Pol Pot Regime,* a. a. O., S. 48.
409 Marek Sliwinski, *Le Genocide khmer rouge: une analyse demographique,* Paris o.J., S. 30.
410 Was auch erklärt, warum viele fast ihre gesamte Habe zurückließen und sich deshalb auf dem Schwarzmarkt nicht ausreichend mit Lebensmitteln eindecken konnten, was für das Überleben in den folgenden Monaten und Jahren fast eine Voraussetzung war.
411 Offenbar behielt hier vor allem die dogmatische Feindschaft gegenüber jeder Art von nichtrevolutionärem Schrifttum die Oberhand (Bücher wurden vernichtet, blieben, wie in der Nationalbibliothek, der Verrottung überlassen oder wurden als Zigarettenpapier mißbraucht).
412 Siehe Pin Yathay, a.a.O., S. 60-64; Haing Ngor, a.a.O., S. 102f.
413 Augenzeugenbericht von Channo, *Phnom Penh Post* (im folgenden *PPP),* 7. April 1995, S. 5.
414 Siehe z. B. Pin Yathay, a. a. O., S. 57 u. 209 ff.
415 Usha Welaratna, *Beyond the Killing Fields: Voices ofNine Cambodian Survivors in America,* Standford 1993, S. 78.
416 Eine generelle Betrachtung der Beziehungen zwischen »Alten« und »Neuen« siehe Kiernan, a.a.O.,S. 210-215.
417 Ebd., S. 219.
418 Pin Yathay, a.a.O., S. 92.
419 Kiernan, *Pol Pot Regime,* a.a.O., S. 97.
420 Pin Yathay nennt in diesem Zusammenhang Fluchtpläne oder geplante Revolten, die durch eine weitere Deportation vereitelt wurden.
421 Als persönlicher Besitz waren schließlich nur noch eine Schale und ein Löffel erlaubt; siehe Charles H. Twining, »The Economy«, in: Karl D. Jackson (Hg.), *Cambodia 1975-1978: Rendezvous with Death,* Princeton 1989, S. 121.
422 Pin Yathay, a. a. O., S. 120.
423 Nach Julio Jeldres, Sihanouks Berater, in: *PPP,* 20. September 1996.
424 Chandler, *Pol Pot,* a.a.O., S. 205-209.
425 Kiernan, *Pol Pot Regime,* a. a. O., S. 333.
426 Chandler, *Tragedy,* a.a.O., S. 298.
427 Eine Verwaltungseinheit innerhalb der Zonen.

scan & corr by rz 08/2008

428 Y Pandara, *Retour ä Phnom Penh: le Cambodge du genocide ä la consolation,* Paris 1982, S. 208.
429 Chandler, *Pol Pot,* a. a. O., S. 207.
430 Ebd., S. 209; Chandler, *Tragedy,* a. a. O., S. 295.
431 Kiernan, *Pol Pot Regime,* a. a. O., S. 418.
432 Ben Kiernan, »Wild Chickens, Farm Cickens and Cormorants: Kampuchea's Eastern Zone under Pol Pot«, in: Chandler u. Kiernan, a.a.O., S. 191-197.
433 Chandler, *Tragedy,* a.a.O., S.296f; Kiernan, *Pol Pot Regime,* a.a.O., S. 392-411.
434 Kiernan, *Pol Pot Regime,* a.a.O., S., S. 144.
435 Nach mehreren Berichten von Zeitzeugen (vor allem Chandler, *Tragedy,* a. a. O., S. 276) wurden einige - zuweilen im Austausch gegen Vieh - nach Kambodscha zurückgeschickt, auch noch *nach den Grenzzwischenfällen,* was den fast sicheren Tod bedeutete.
436 Siehe z. B. Pin Yathay, a. a. O., S. 347-402.
437 YPandara, a.a.O., S. 228.
438 Henri Locard, *Le Goulag khmer rouge,* Manuskript, Lyon 1995, S. 17.
439 Chandler, *Pol Pot,* a.a.O., S.265.
440 Ebd., S. 322.
441 Locard, *Goulag,* a.a.O., S. 8f.
442 Die Schätzung beruht vor allem auf einer Auswertung mehrerer Detailstudien zu verschiedenen Bevölkerungssparten: 25% Verluste in Flüchtlingsfamilien; 35%, 41 % und 53% Verluste im Demokratischen Kampuchea in drei Dörfern; 42% in einem Viertel von Phnom Penh (von den Bewohnern verhungerte nur ein Drittel oder starb an Krankheiten); 36% in einer Gruppe von 350 Bewohnern der Zone Ost, von denen fast alle ermordet wurden.
443 Kiernan, *Pol Pot Regime,* a. a. O., S. 456-460.
444 Chandler, *Pol Pot,* a. a. O., S. 261.
445 Craig Etcheson, *The Rise and Demise ofDemocratic Kampuchea,* Boulder 1984, S. 148.
446 Leo Mong Hai, Präsident des Institut khmer pour la democratie, Persönliches Gespräch, Dezember 1996.
447 Sliwinski, a. a. O., S. 49-67.
448 Ebd., S. 52.
449 Welaratna, a. a. O., S. XIX u. 2.
450 Dieser Gedanke schwingt in einem sonst wertvollen und richtungsweisenden Werk mit: William Shawcross, *Sideshow: Nixon, Kissinger and the Destrucion ofCambodia,* London 1979; siehe ebenso Kiernan, a. a. O., S. 20 u. 24.
451 Chandler, *Pol Pot,* a.a.O., S. 13 u. 163.
452 Sliwinski, a. a. O., S. 42-48.
453 Locard, *Goulag,* a.a.O., S. 10.
454 Etcheson, a.a.O., S. 148.
455 Nach Sliwinski, a. a. O., S. 82.
456 Munthit, *PPP, 1.* April 1995, S. 6.
457 Siehe zum Beispiel Kenneth M. Quinn, »The Pattern and Scope of Violen-

scan & corr by rz 08/2008

ce«, in: Karl D. Jackson (Hg), *Cambodia 1975-1987: Rendezvous with Death,* Princeton 1989, S. 190.

458 Persönliches Gespräch, Dezember 1996.

459 *PPP, 1.* April 1995, S. 7.

460 David Hawk, »The Photographic Record«, in: Jackson, a. a. O., S. 212.

461 PP/?7.April1995,S.6.

462 Dazu zählten selbst Abgänger höherer Schulen, zuweilen reichte es, richtig alphabetisiert zu sein...

463 Charles H. Twining, »The Economy«, in: Jackson a. a. O., S. 134.

464 Doppelt soviele wie 1970 unter Lon Nol...

465 Pin Yathay, a. a. O., S. 169.

466 Kiernan, *Pol Pot Regime,* a.a.O., S.295, zitiert die Spezialuntersuchung von Stephen Heder.

467 Sliwinski, a.a.O., S. 77.

468 Ebd., S. 76.

469 Francois Ponchaud, »Social Change in the Vortex of Revolution«, in: Jackson, a.a.O., S. 153.

470 Pin Yathay berichtet allerdings auch von Chinesen, die verhungerten, weil sie ihre Goldbarren aus Geiz nicht gegen Reis eintauschten... (a.a.O., S.231)

471 Kiernan, *Pol Pot Regime,* a. a. O., S. 297 f.

472 Sliwinski, a.a.O., S. 76.

473 Zit. nach Elizabeth Becker, *Les Lärmes du Cambodge -l'histoire d'un auto-genocide,* Paris 1986. S.242.

474 Siehe den Bericht von Niseth, einem Deportierten im Dorf Pnong, in: Welaratna, a.a.O., S. 180.

475 Becker, a.a.O., S. 249.

476 Muslime nach einer Pilgerreise nach Mekka.

477 Sofern nicht anders ausgewiesen, stammen die Informationen zu den Cham aus der Spezialuntersuchung von Kiernan, *Pol Pot Regime,* a. a. O., S. 252-288.

478 Kiernan, *Pol Pot Regime,* a.a.O., S. 428-431.

479 Sliwinski, a.a.O., S. 76.

480 Ebd., S. 57.

481 Siehe Michael Vickery, »Democratic Kampuchea: Themes and Variations«, in: Chandler/Kiernan, a.a.O., S. 99-135.

482 Pin Yathay, a. a. O., S. 206.

483 Ebd., S. 251 f.

484 Unter anderem vor allem deshalb, weil sich die kommunistischen Funktionäre in Kambodscha im Gegensatz zu denen anderer Länder - vielleicht wegen ihrer krankhaften Verfolgungsängste - nur selten vom Fleck rührten. In den Augenzeugenberichten werden Reisen nirgendwo erwähnt, nicht einmal vom Hörensagen.

485 Siehe zum Beispiel Heng/Demeure, a.a.O., S. 105, 150f u. 172f.

486 Pin Yathay, a.a.O., S. 85.

487 Siehe zum Beispiel Pin Yathay, a. a. O., S. 280, 332 u. 344.

488 Allerdings verschlechterte sich die Situation dramatisch für diejenigen, die in die Rodungsgebiete verschickt wurden.

scan & corr by rz 08/2008

489 Becker, a.a.O., S. 276.
490 Twining, in: Jackson, a.a.O., S. 143
491 *PPP,* 7. April 1995, S. 5; Sliwinski, a. a. O., S. 65, bestätigt diese Eindrücke.
492 Diese Ausdehung des Klassenkampfes auf das Dorf und die Vollendung der vollständigen Kollektivierung (Verbot des gemeinsamen Essens von Familien und der Selbstversorgung) markieren den Zeitpunkt, als das Regime auch die Sympathien von einem Großteil des Alten Volkes verlor. (Kiernan, *PolPotRegime, a.a.O.,* S.202u. S.213f.)
493 Quinn, in Jackson: a. a. O., S. 201 f.
494 Sliwinski, a. a. O., S. 64 f; Twining, in: Jackson, a. a. O., S. 143 ff.
495 Die Kurzform für *Angkar padevat* (revolutionäre Organisation), das Aushängeschild der noch immer fast vollständig im Untergrund agierenden KPK.
496 Pin Yathay, a.a.O., S.305.
497 Siehe z.B. Chandler, *Pol Pot,* a.a.O., S. 195; Ly Heng und Francoise Demeure, *Cambodge: le sourire bäillonne,* Xonrupt-Longemer 1994, S. 100.
498 Haing Ngor (a. a. O., S. 158) hörte in einem Hospital der Roten Khmer, wie eine Krankenschwester eine Kollegin fragte: »Hast du den Kriegssklaven zu essen gegeben?«
499 Pin Yathay, a. a. O., S. 59.
500 Ebd., S. 263.
501 Pin Yathay tauschte einen Fetzen Landkarte gegen Gold ein.
502 Pin Yathay, a.a.O., S. 150.
503 Chandler, *Pol Pot,* a.a.O.,S. 191ffu. 197 f; die Passage zur Schwerindustrie nimmt den größten Raum ein…
504 Zit. nach ebd. S. 223.
505 Dies entspricht übrigens der Menge, die Hua Guofeng, der damalige chinesische Vizepremierminister, 1975 auf der nationalen Konferenz zum Musterfall Dazhai festsetzte.
506 Im relativ dünn besiedelten Kambodscha, wo man sich auf Regen und oft auch auf jährliche Überschwemmungen verließ, waren solche Projekte ziemlich überflüssig.
507 Chandler, *Pol Pot,* a. a. O., S. 193 f u. Karl D. Jackson; »The Ideology of Total Revolution«, in: Jackson (Hg.), a. a. O., S. 60.
508 Pin Yathay, a.a.O., S. 147.
509 Ebd., S.99u. 139.
510 Möglicherweise ein Anklang an den *decadi,* den Ruhetag in der zehntägigen Woche der Französischen Revolution.
511 Twining, in: Jackson, a. a. O., S. 130.
512 Kiernan, *Pol Pot Regime,* a.a.O., S. 235.
513 Laurence Picq, *Au-delä du ciel: cinq ans chez les Khmers rouges,* Paris 1984, S. 133 ff.
514 Pin Yathay, a.a.O., S. 166f.
515 Ebd., S. 199.
516 Twining, in: Jackson, a.a.O., S. 122.
517 Pin Yathay, a.a.O., S. 291.
518 Die Gleichsetzung der Arbeiter mit einer Armee und der Produktion mit einem militärischen Feldzug war während der Diktatur eine Konstante.

scan & corr by rz 08/2008

519 Picq, a.a.O.; Pin Yathay, a.a.O., S. 163f, 186u. 197.
520 PJY? 7. April 1995, S. 5.
521 Siehe insbesondere Twining, in: Jackson, a.a.O., S. 149 f; Kiernan, *Pol Pot Regime,* a. a. O., S. 240; Pin Yathay, a. a. O., S. 138.
522 Pin Yathay, a. a. O., S. 228; Haing Ngor, a. a. O., S. 25.7 f.
523 Jedes private Kochen war grundsätzlich verboten. Das Problem wurde oft dadurch gelöst, daß man vorschützte, Wasser abzukochen, eine von den Roten Khmer empfohlene Hygienemaßnahme.
524 Heng/Demeure, a.a.O., S. 139f.
525 PP/? 7. April 1995, S.7.
526 Haing Ngor (a.a.O., S.215) schildert den Fall eines vierjährigen Kindes, das vor den Augen seiner hilflosen Eltern an einen Pfahl angebunden über mehrere Tage hinweg langsam qualvoll starb.
527 Ebd., S. 135 f; Pin Yathay, a. a. O., S. 267.
528 Siehe z. B. Haing Ngor, a. a. O., S. 145.
529 Pin Yathay, a.a.O., S. 174.
530 Locard, *Goulag,* a.a.O., S. 6.
531 Pin Yathay, a.a.O., S. 217u. 227.
532 Heng/Demeure, a.a.O., S. 172f.
533 Ponchaud, in: Jackson, a.a.O., S. 160.
534 Haing Ngor, a. a. O., S. 174 u. 193 f.
535 Dabei soll es sich um eine Spezialität der Khmer Loeu handeln (Ponchaud, in: Jackson, a.a.O., S. 160).
536 Ken Khun, *De la dictature des Khmer rouges ä l 'occupation vietnamienne - Cambodge, 1975-1979,* Paris 1994, S.94.
537 Chandler, Po/Por, a.a.O., S. 174f.
538 Der Postbetrieb war natürlich zusammengebrochen.
539 Persönliches Gespräch, Kambodscha, Dezember 1996.
540 Picq, a.a.O.
541 Pin Yathay, a. a. O., S. 168.
542 Ebd., S.90u. 122.
543 Chandler, *Pol Pot,* a. a. O., S. 202; Henri Locard, *Les Chants revolutionnaires khmers rouges et la tradition culturelle cambodgienne, ou la revolution triomphante,* unveröffentlichtes und undatiertes Manuskript.
544 Francoise Correze und Alain Forest, *Le Cambodge ä deux voix,* Paris o. J.
545 Heng/Demeure, a.a.O., S. 132.
546 Haing Ngor, a. a. O., S. 131 ff.
547 Pin Yathay, a. a. O., S. 222 f, 226 u. 310; in *allen* Berichten von Zeitzeugen wimmelt es von solchen Episoden.
548 *PPP,* 7. April 1995, S. 7; Chandler, *Pol Pot,* a. a. O., S. 185 f, 227,245 u. 265.
549 Zuweilen mußte monatlich ein vollständiger Lebenslauf geschrieben werden; die kleinste Abweichung von einem zuvor abgelieferten bedeutete den Tod (Welaratna, a. a. O., S. 125).
550 Seng Kimseang *(PPP,* 7. April 1995, S. 7) berichtet von einem Jugendlichen, der wegen Reisdiebstahls bewußtlos geschlagen wurde und schließlich »verschwand«.
551 Heng/Demeure, a.a.O., S. 185.
552 Pin Yathay, a. a. O., S. 237.

scan & corr by rz 08/2008

553 HaingNgor, a.a.O., S. 178.
554 Locard, *Goulag,* a. a. O.
555 Chandler, *Tragedy,* a.a.O., S. 260.
556 Pin Yathay, a.a.O., S.289.
557 Ken Khun, a. a. O., S. 96. Die Frau wurde von den Soldaten der Miliz zuvor vergewaltigt; sie fielen später einer Säuberungsaktion zum Opfer.
558 *PPP,* 7. April 1995, S. 6.
559 Ebd., S. 7.
560 Pin Yathay, a. a. O., S. 314 f; Heng/Demeure, a. a. O., S. 107.
561 Tabak war dagegen allgemein in Gebrauch; selbst die Kindersoldaten der Roten Khmer rauchten. Drogen waren weniger weit verbreitet, fielen aber unter kein besonderes Verbot.
562 Ponchaud, in: Jackson, a. a. O, S. 169; *PPP,* 7. April 1995, S. 7.
563 Pin Yathay, a.a.O., S. 161 ff u. 190f.
564 Haing Ngor, a. a. O., S. 184; Welaratna, a. a. O., S. 53.
565 Pin Yathay, a.a.O., S. 163 u. 387.
566 *Le Monde,* 18. Juni 1997, S. 16.
567 Pin Yathay, a. a. O., S. 301.
568 Ken Khun, a.a.O., S. 123 (Schilderung eines Medizinstudenten).
569 Locard, *Goulag,* a.a.O., S. 12f.
570 Siehe z. B. Haing Ngor, a. a. O., S. 179 f.
571 Sliwinski, a. a. O., S. 78; die Zahlen sind gerundet wiedergegeben.
572 Haing Ngor, a. a. O., S. 268.
573 Heng/Demeure, a. a. O., S. 109. Die Hinrichtungsart erinnert an den berüchtigten Tod - möglicherweise ein Mythos -, den angeblich Khmer während der vietnamesischen Besatzung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erlitten: bis zum Hals eingegraben, sollen ihre brennenden Köpfe zur Erhitzung von Teekesseln gedient haben.
574 Locard, *Goulag,* a.a.O., S. 18.
575 Siehe Pin Yathay, a. a. O., S. 306.
576 Bei den Gefängnissen beziehen wir uns, sofern nicht anders angegeben, auf die beiden grundlegenden Studien Henri Locards: *Le Goulag khmer rouge,* Manuskript, Lyon 1995; und »Tramkäk District in the Grip of the Khmer Rouge«, Beitrag zum Kolloquium: *Cambodia: Power, Myth and Memory,* Universite Monash, Dezember 1996.
577 Pin Yathay, a.a.O., S. 231.
578 Zum Beispiel drei von achtzig Gefangenen in einem lokalen Gefängnis: Pin Yathay, a.a.O., S. 231.
579 Kiernan, *PolPotRegime,* a.a.O., S. 345, Anm.169.
580 PPi? 7. April 1995, S. 5.
581 Locard, »Tramkäk District«, a. a. O., S. 6.
582 Locard, *Goulag,* a.a.O., S. 11.
583 Bericht eines ehemaligen Beamten, in: Ken Khun, a.a.O., S. 131.
584 Siehe z.B. Haing Ngor, a.a.O.,S. 170-174,188-194u. 240-244; Hengu. Demeure, a. a. O., S. 144-149.
585 Locard, »Tramkäk District«, a. a. O., S. 8.
586 Kassie Neou, Leiter des Kambodschanischen Instituts für Menschenrechte, in: *PPP,* 20. September 1996, S. 8.

scan & corr by rz 08/2008

587 Chandler, *Tragedy,* a.a.O., S.285-302.
588 Quinn, in: Jackson, a.a.O., S. 198; Kiernan, a.a.O., S.432f.
589 Chandler, *Tragedy,* a.a.O., S. 374, Anm.27; Quinn, in: Jackson, a.a.O., S.210.
590 Kiernan, *Pol Pot Regime,* a. a. O., S. 353 f.
591 Quinn, in: Jackson, a.a.O., S. 198
592 Ieng Sary 1977, zit. nach Chandler, *Tragedy,* a. a. O., S. 240.
593 Zur Frage dieses »unglücklichen Bewußtseins« der Khmer siehe Jean-Claude Pomonti, »Angoisses khmeres«, in: *Le Monde,* 10. März 1995.
594 YPandara, a.a.O., S. 88.
595 Hier kommt der Einfluß der chinesischen Kulturrevolution zum Tragen: die »Kommune von Shanghai« vom Januar 1967 orientierte sich an der Pariser Revolution.
596 In zwei weiteren Länder herrscht derzeit eine teilweise vergleichbare Situation: in Laos und Myanmar (Birma). Allerdings stellt Laos erst seit 1945 eine politische Einheit dar, während das unter britischer Kolonialherrschaft besonders wohlhabende Birma den Nachbarn gegenüber eine stärkere Position innehat.
597 Ponchaud, in: Jackson, a.a.O., S. 170-175.
598 »Karma« in Khmer.
599 HaingNgor, a.a.O., S. 176.
600 Gleichwohl handelt es sich um eine besonders archaische Bauweise, die den Techniken der Ägypter näher steht als denen der zeitgleich entstandenen gothischen Kathedralen.
601 Im Gegensatz zu den ungefähr zur gleichen Zeit bzw. vier Jahrhunderte früher entstandenen großen javanischen Tempeln (vor allem Borobodur).
602 Viele Ethnologen heben hervor, daß die Khmer weniger stark mit dem Boden und den Ahnen verbunden seien als die chinesisch beeinflußte Welt, einschließlich Vietnams.
603 Chandler, *Pol Pot,* a.a.O., S. 101, 105f u. 135.; Raoul Marc Jennar, *Cambodge: unepresse souspression,* Paris 1997, S. 23.
604 Locard, *Goulag,* a.a.O., S. 15.
605 Haing Ngor, a. a. O., S. 163.
606 Pin Yathay, a. a. O., S. 95 f. Ein ähnlicher Kreis von Leuten wurde während der Phase der Machtergreifung oft auch von der chinesischen KP eingesetzt.
607 HaingNgor, a.a.O., S. 112, 126u. 237f.
608 Laurence Picq, a. a. O., S. 22.
609 Pin Yathay, a. a. O., S. 271; Ponchaud, in: Jackson, a. a. O., S. 164.
610 Chandler, *Tragedy,* a.a.O., S.247.
611 Ieng Sary, in: *Newsweek,* 4. September 1975.
612 *Rote Fahne* (Peking), 1.Juni 1958.
613 Pin Yathay, a. a. O., S. 60.
614 HaingNgor, a.a.O., S. 103.
615 Picq, a.a.O., S.21; YPandara, a.a.O., S. 91.
616 Locard, *PPP,* 20. Mai 1994, S. 16.
617 Radio Phnom Penh, 18. April 1977, zitiert nach Jackson, a. a. O. S. 74.
618 Nododom Sihanouk, *Prisonnier des Khmer rouges,* Paris 1986.
619 Hengu. Demeure, a.a.O., 189ff.

scan & corr by rz 08/2008

620 Chandler, *Tragedy,* a.a.O., S.243.
621 Dith Pran (Vorbild für den Film *La Dechirure),* zit. nach Sydney Schanberg, »The Death and Life of Dith Pran«, in: *New York Times Magazine,* 20. Januar 1980.
622 Heng/Demeure, a.a.O., S. 112.
623 KenKhun, a.a.O., S.97f.
624 Picq, a.a.O.
625 »Die Roten Khmer haben uns auf schleichende Art entmannt«, in: Pin Yathay, a.a.O., S. 316.
626 Sliwinski, a.a.O., S. 67.
627 Locard, »Tramkäk District«, a. a. O., S. 28.
628 Rede eines Funktionärs der Roten Khmer, Tonle Bati, Sommer 1975, zitiert nach Haing Ngor, a. a. O., S. 110 f.
629 Siehe z.B. Chandler, *Pol Pol,* a.a.O., S.214.
630 Locard, *Chants,* a.a.O., S. 17.
631 Rede vom 27. September 1977, zitiert nach Jackson, a. a. O., S. 73.
632 Pin Yathay, a.a.O., S. 181.
633 Chandler, *Pol Pot,* a. a. O., S. 63 u. 72f.
634 Interview nach der »Sammlungsbewegung« der Anhänger Ieng Sarys in: *PPP,* 15. November 1996, S. 6. Zum Einfluß des Jakobinismus auf den Kommunismus siehe Francois Füret, *Das Ende einer Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert,* München 1996 (frz. Originalausgabe 1996).
635 Selbst der Aufstand von Samlaut 1967, der offizielle Ausgangspunkt des bewaffneten Widerstandes, richtete sich gegen Bestrebungen Lon Nols, die Reislieferungen an die nordvietnamesische Armee zu reduzieren...
636 Sophia Quinn-Judge, »Ho Chi Minh: New Perspectives from the Comintern Files« in: Philippe Le Fauler und Jean-Marie Mancini (Hg.), *Viet Nam: Sources et approches,* Aix-en-Provence 1996, S. 171-186.
637 Das belegen auch die Mißerfolge Vietnams nach 1975.
638 In China zeigte sich eine ähnliche Erscheinung nur während der kurzen Herrschaft des Marschalls Lin Biao (1967-71).
639 Chandler, *Tragedy,* a.a.O., S.276.
640 Twining, in: Jackson, a.a.O., S. 132.
641 Chandler, *Pol Pot,* a. a. O., S. 225 f.
642 Ebd., S. 176; Kiernan, *Pol Pot Regime,* a.a.O., S. 379.
643 Radio Phnom Penh, 25. Juli 1975, in: Jackson, a. a. O., S. 60.
644 Nach Sihanouk hat Zhou Enlai die kambodschanische Führung 1975 vor einer Nachahmung gewarnt.
645 Locard, *Chants,* a.a.O., S. 17.
646 Pin Yathay, a. a. O., S. 321.
647 Marie-Alexandrine Martin, *Le mal cambodgien - histoire d'une societe traditionelle face ä ses leaders politiques, 1946-1987,* Paris 1989, S. 193.
648 Im folgenden nahm die Anzahl der Gefangenen, vor allem der politischen Häftlinge (in China früher als in Vietnam), stark ab.
649 Chandler, *Pol Pot,* a.a.O., S.216f.
650 Locard, *Goulag,* a.a.O., S. 19.
651 Chandler,Po/Po?, a.a.O., S.210L
652 Nach dem Bericht eines Teilnehmers, in: ebd., S. 266 f.

scan & corr by rz 08/2008

653 Nach Sihanouk soll die Hymne der Angkar von ihm stammen.
654 *PPP,* 20. September 1996, S. 7.
655 Timothy Carney, »The Organization of Power« in: Jackson, a. a. O., S. 95.
656 Pin Yathay, a.a.O., S. 308.
657 Locard, *Goulag,* a.a.O., S. 19
658 Pin Yathay, a. a. O., S. 288.
659 Die genaueste Bestandsaufnahme siehe Kiernan, a.a.O.
660 Haing Ngor, a. a. O., S. 227.
661 Locard, *Goulag,* a.a.O., S. 19.
662 Kiernan, *Pol Pot Regime,* a. a. O., S. 247.
663 Bei der folgenden Diskussion stütze ich mich zum Teil auf Craig Etcheson, »Genocide: By the Laws, not by Emotion«, in: *PPP,* 11. August 1995, S. 20.
664 Barbara Harff u. Ted Robert Gurr, »Towards an Empirical Definition of Genocides and Politicides«, in: *International Studies Quarterly,* Nr. 32, 1988.
665 YPandara, a.a.O., S.72f.
666 Nach Sliwinski, a.a.O., S. 128.
667 Welaratna, a.a.O., S.254-258.
668 Sliwinski, a.a.O., S. 153.
669 Doan, a.a.O., S. 302.
670 Siehe hierzu beispielsweise Yves Chevrier, »L'empire distendu: esquisse du politique en Chine des Qing ä Deng Xiaoping«, in: Jean-Francois Bayart, *La Greffe de l'Etat- Trajectoires du politique 2,* Paris 1996.
671 Doan, a.a.O., S. 195.

TEIL FÜNF

Die Dritte Welt

(S. 709-792)

1 1952 stand Kuba, bezogen auf das Bruttonationalprodukt je Einwohner, unter 20 lateinamerikanischen Ländern an dritter Stelle. 30 Jahre später, nach mehr als 20 Jahren Castrismus, nahm das Land nur noch den 15. Platz ein, vor Nicaragua, El Salvador, Bolivien und Haiti. Vgl. Jeannine Verdes-Leroux, *La Lune et le caudillo,* Paris, 1989, S. 16.

2 Bei der Kritik am Batista-Regime darf man die Lügen der castristischen Propaganda über den Zustand des Landes nicht außer acht lassen - das neue Regime mußte dem etwas »hinzufügen«, um glaubwürdiger zu erscheinen und die Sympathie der westlichen Intellektuellen zu gewinnen. Castro behauptete, 50% der Bevölkerung seien Analphabeten. Tatsächlich betrug die Quote 1958 auf Kuba 22%, während sie für dieselbe Zeit weltweit auf 44% geschätzt wurde.

3 Nach einer von ihr durchgeführten Untersuchung kommt Jeannine Verdes-Leroux zu dem Schluß, daß die von der castristischen Propaganda verbreitete und von den linken Intellektuellen im Westen aufgenommene Zahl von 20000 Toten falsch ist. Sie kommt, nach eingehender Quellendiskussion, auf 2000 Tote.

4 Verdes-Leroux, a.a.O., S. 179-189.

scan & corr by rz 08/2008

5 Beim sogenannten Fliegerprozeß vom Februar 1959 übernahm der Verteidigungsminister die Rolle des Anklägers. Nach dem Freispruch der Piloten intervenierte Castro, um sie in einem zweiten Prozeß im März verurteilen zu lassen - die Justiz im Dienst des Diktators.

6 Manolo Ray baut eine neue bewaffnete Bewegung auf, die »revolutionäre Volksbewegung« (MRP), die 1960/61 sehr aktiv ist.

7 Gescheiterte Landung anticastristischer Guerrilleros - eine Operation der CIA, initiiert von D. Eisenhower und weiter betrieben von J. F. Kennedy.

8 Martha Frayde, *Ecoute Fidel,* Paris, 1987.

9 Alfredo Carrion wurde von einem als »Jaguey Grande« bekannten Aufseher aus nächster Nähe erschossen, weil er versucht hatte, aus der Granja »Melena 2« zu entkommen.

10 Die regierungsoffizielle Wochenzeitung »Bohemia« gesteht im April 1973 ein, daß »konterrevolutionäre Häftlinge bei Aufgaben von öffentlichem Interesse eingesetzt« werden.

11 Castro ist bis in die achtziger Jahre hinein stets bereit, Revolutionen außerhalb Kubas zu unterstützen. 1979/80 schickt er 600 Militärberater nach Grenada, um das Regime des prosowjetischen Sozialisten Maurice Bishop zu stärken. Im Zuge der amerikanischen Intervention von 1983 wurden 750 Kubaner gefangengenommen.

12 Zur gleichen Zeit waren rund 35 000 Jugendliche im Rahmen der Wehrpflicht zu Zwangsarbeiten als Straf- oder Disziplinarmaßnahme abgeordnet.

13 Die besonderen Beziehungen sind belegt durch die Teilnahme von 500 nicaraguanischen Militärs am kubanischen Expeditionskorps in Angola. Welchem Block sich die Sandinisten angeschlossen haben, wird deutlich an ihrer Zurückweisung der UN-Resolution, die die sowjetische Intervention in Afghanistan verurteilt.

14 Gilles Bataillon, »Nicaragua: de la tyrannie ä la dictature totalitaire«, *Esprit* (Oktober 1983).

15 Bayardo Arce, »De la Strategie revolutionnaire et de la construction du socialisme«, *Esprit* (Januar 1986).

16 Mario Vargas Llosa, »Breviaire d'un massacre«, *Esprit,* 82 (Oktober 1983): »Entgegen der Behauptungen der übrigen Führer des Sendero Luminoso steht nicht fest, ob er in die Volksrepublik China ging, nicht einmal, ob er Peru jemals verließ.«

17 Jose Carlos Mariategui (1895-1930) verfaßte die berühmten *Sieben Versuche, die peruanische Wirklichkeit zu verstehen.* Er stand genau in der Mitte zwischen Marxismus und Populismus, weshalb ihn sowohl die Kommunisten als auch die Apristen für sich in Anspruch nahmen.

18 Vargas Llosa, a. a. O.

19 Im August 1982 bekannte sich Sendero Luminoso zu 2900 Aktionen.

20 Die »Revolutionäre amerikanische Volksallianz« (APRA) wurde 1924 von dem Peruaner Victor Raul Haya de la Torre gegründet. Ursprünglich sollte sie sich in ganz Südamerika entfalten, mußte sich aber nach und nach auf Peru beschränken.

21 Die Kosten der durch die Gewalttätigkeiten verursachten Schäden werden auf 20 Milliarden Dollar geschätzt.

scan & corr by rz 08/2008

22 Eric Fottorino, »Dans le piege rwandais«, *Le Monde,* 25. Juli 1997.
23 So gegenüber dem in Lissabon erscheinenden *Expresso,* 12. Mai 1990. Zitiert in: M. Cahen, »Le socialisme, c'est les Soviets plus l'ethnicite«, in: *Politique africaine* (Juni 1991).
24 Marina und David Ottaway, *Afrocommunism,* New York 1986, S. 30-35. Das Wort »Afrokommunismus« im Titel des vorliegenden Kapitels wurde von diesen beiden Autoren übernommen. Es handelt sich um eine rein lexikalische Bequemlichkeit, bei der jede positive Konnotation - etwa solche, die in den siebziger Jahren dem Begriff »Eurokommunismus« anhafteten - ausgeschlossen ist. Jene Konnotationen sollten ja die Hoffnungen, die ein beträchtlicher Teil der Linken bezüglich eines von sowjetischen Bürden freien »Sozialismus mit menschlichem Gesicht« hegte, auf die Beziehungen der KP Spaniens, Italiens und Frankreichs projizieren.
25 Tanganyka African National Union/Afro Shirazi Party (Sansibar).
26 *Anm. d. Übers.:* im Französischen doppeldeutig: »von jeglicher Humanität befreites Gebiet« oder »befreites Gebiet der Menschheit«.
27 Christian Geffray, »Fragments d'un discours du pouvoir (1975-1985): du bon usage d'une meconnaissance scientifique«, in: *Politique africaine* (März 1988).
28 Marie Mendras, »La Strategie oblique en Afrique subsaharienne«, in: GERSS (Groupe d'etudes et de recherches sur la Strategie sovietique), »L'URSS et le tiers-monde: une Strategie oblique«, in: *Cahiers de la Fondationpour les etudes de Defense nationale* 32 (1984).
29 Vgl. die an Deutlichkeit nicht zu übertreffenden Erläuterungen Bucharins während des Vierten Komintern-Kongresses am 18. November 1922 (Beilage zu *La Correspondance internationale* 38, 4. Januar 1923).
30 Gareth M. Windrow, *The Foreign Policy ofthe GDR in Africa,* Cambridge 1990.
31 Jean-Francois Bayart, »L'Etat«, in: Coulon-Martin, *Les Afriquespolitiques,* La Dicouverte, 1991, S.219.
32 Eine Frage, die zu Beginn jeglicher Diskussion über die Aufrichtigkeit des afrikanischen kommunistischen Glaubens steht, wie Michael Walter in seinem den marxistischen Militärregimen in Afrika gewidmeten Leitartikel zu den Nummern 3 und 4 (September/Dezember 1985) des *Journal ofCommunist Studies* betont.
33 Zur Annäherung an dieses Thema vgl. Rene Lemarchand, »La violence politique«, in: Coulon-Martin, a.a.O. Bedeutende Bibliographie.
34 Kurz vor Anbruch der Ära Gorbatschow (1985) zählten die Sowjets abgesehen von dem hier behandelten Trio Algerien, Benin, Guinea, Guinea-Bissau, Kap Verde, Kongo, Madagaskar, Säo Tome und Principe sowie Tansania dazu.
35 Haile Selassie war gezwungen worden, während der kurzen Episode der italienischen Kolonisation Äthiopiens (1936 bis 1941) ins Exil zu gehen.
36 Vgl. das Portrait von Jacques de Barrin in *Le Monde* vom 23. Mai 1991.
37 Paul B. Henze, »Communism and Ethiopia«, in: *Problems ofCommunism* (Mai-Juni 1981).
38 Die Zahl von 15 000 Kubanern stammt aus amerikanischer Quelle.

scan & corr by rz 08/2008

39 Olga Kapeliouk, »Quand le paysan est tenu ä l'ecart des decisions politiques«, in: *Le Monde diplomatique* (April 1984).

40 Ein wichtiges Mitglied der Meison und des Derg-Politbüros war Haile Fida. Die marxistisch-leninistische Ausbildung hatte er während seines Studiums in Frankreich erhalten. Er wurde im August 1977 verhaftet und verschwand nach einigen Monaten der Inhaftierung.

41 Atnafu hatte sich durch besondere Brutalität bei der Unterdrückung der PRPE ausgezeichnet.

42 Patrice Piquard, »L'Ethiopie juge Mengistu, le boucher rouge«, in: *L'Eveenement du Jeudi,* 22.-28. Dezember 1994.

43 Bertrand Le Gendre, »Ethiopie: le proces de la Terreur rouge«, in: *Le Monde,* 13. Mai 1995. 1977 hatte der Generalsekretär der äthiopischen Lehrergewerkschaft die Zahl von 30000 politischen Morden seit 1974 genannt. Vgl. Amnesty International, *Human Rights Violations in Ethiopia,* 1978, S. 16.

44 Karel Bartosek, *LesAveux des archives, Prague-Paris-Prague, 1948-1956,* Paris 1996.

45 Vgl. die weitergehende Darstellung in Amnesty International, a. a. O., S. 9-11.

46 Ebd., S. 14-15.

47 Zenawi wurde nach der Flucht Mengistus Staatspräsident. Der zunächst für Dezember 1994 angesetzte Prozeß gegen Würdenträger des Mengistu-Regimes, die wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt worden waren, wurde am 13. Mai 1995 wiederaufgenommen. Obwohl sie die Untersuchungen fortgeführt haben, verzichteten die Behörden offenbar auf eine Behandlung des Themas durch die Medien. Die Prozesse gegen Verantwortliche der mittleren Ebene wurden jedoch fortgesetzt.

48 *The Ethiopian Herald,* 13. Mai 1997.

49 Zentralprovinz, in deren Mitte Addis-Abbeba liegt.

50 Es wäre absolut falsch (und es wäre interessant, hier eine Parallele zu Algerien, Afghanistan oder Mocambique zu ziehen), das Bild eines im Kampf gegen den Invasoren geeinten Eritreas zu zeichnen. Die Region wurde von zahlreichen ethnischen Minderheiten bewohnt, und - ganz zu schweigen vom Schicksal der äthiopischen Soldaten - auch in den Reihen der Nationalisten gab es gelegentlich blutige Auseinandersetzungen.

51 Das ab 1882 von Italien besetzte Eritrea wurde 1962 von Haile Selassie annektiert, der ansonsten eine angesehene Persönlichkeit des afrikanischen Antikolonialismus war.

52 Hawzen liegt in Tigre, einer Randprovinz Äthiopiens im Hinterland der eritreischen Küste.

53 Außerdem gab es auf regionaler Ebene auch bewaffnete Opposition mit eher heterogenem Charakter: In der »Äthiopischen demokratischen Union« (UDE) sammelten sich Monarchisten, Enteignete und andere in der Revolution von 1974 Besiegte, die an der Seite von angesehenen Persönlichkeiten wie Beni Amer oder Afar kämpften. Wenn es sich auch nur um punktuelle Operationen handelte, trugen sie doch zur allgemeinen Unsicherheit bei.

54 Es trifft zu, daß die unter Gorbatschow erfolgte Rücknahme des sowjetischen Engagements im Hörn von Afrika unmittelbar eine Annäherung zwi-

scan & corr by rz 08/2008

sehen den Regierungen in Addis Abbeba und Tel Aviv zur Folge hatte. In Israel war man besorgt angesichts der möglichen Schwächung eines Gegners der islamischen Welt.

55 Die FPLE setzt sich aus Christen zusammen und ist 1970 aus einer dem Marxismus nahestehenden Gruppe hervorgegangen, die sich von der mehrheitlich muslimischen Eritreischen Befreiungsfront abgespalten hatte. Vgl. Alain Fenet, »Le programme du FPLE, nation et revolution«, in: *La Corne de V Afrique, Questions nationales etpolitique internationale,* Paris 1986.

56 *Evil Days. Thirty Years of War and Famine in Ethiopia: An African Watch Report,* New York 1991, S. 117.

57 Ebd., S. 127.

58 Georges Lecomte, »Utopisme politique et transfert de population en Ethiopie«, in: *Esprit* (Juni 1986).

59 Jean Gallais, »Secheresse, famine, Etat en Ethiopie«, in: *Herodote* 39 (Oktober-Dezember 1985).

60 Michel Foucher, »L'Ethiopie: ä qui sert la famine?«, in: *Herodote* 39 (Oktober-Dezember 1985).

61 Anti-Slavery Society, *Forced Labour in Humera: Intervention on Behalf of the Anti-Slavery Society,* vorgelegt dem Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen, Menschenrechtskommission, Arbeitsgruppe Sklaverei, in Genf, August 1981. Vgl. *Evil Days,* a. a. O., S. 167.

62 Bericht des Präsidenten Mengistu Haile Mariam vor dem Zentralkomitee der Arbeiterpartei Äthiopiens, 14. April 1986.

63 Foucher, a.a.O., S. 112.

64 Cultural Survival, *Ethiopia: More Light on Resettlement,* London 1991.

65 Le Gendre, a. a. O.

66 Vgl. zu diesem Punkt die Arbeiten von Michel Cahen, insbesondere seine polemische Auseinandersetzung mit Elisio M. Macamo in: *Lusotopie* (1996), S. 365-378.

67 Interview mit *Afrique Asie* 135 (16. Mai 1977). Zit. in: Pierre Beaudet (Hg.), *Angola, bilan d'un socialisme de guerre,* Paris 1992.

68 *Prawda,* 5. November 1975. Zit. in Branko Lazitch und Pierre Rigoulot, »Angola 1974-1988. Un echec du communisme en Afrique«, Beilage zu *Est et Ouest 54 (Mai 198%).*

69 Der Bezeichnung »Volksrepublik Angola«, die von Portugal erst im Februar 1976 anerkannt wurde, fügen UNITA und FNLA das Adjektiv »demokratisch« hinzu.

70 Lazitch/Rigoulot, a.a.O., S. 33.

71 *Liberation-Afrique 9* (März 1974).

72 Vgl. die Darstellung aus informierter trotzkistischer Sicht von Claude Gabriel, *Angola, le tournant africain?* Paris 1978.

73 Von 30 Mitgliedern wurden fünf (wie Nito Alves) erschossen, drei verschwanden unter ungeklärten Umständen, zwei wurden ausgeschlossen. Vgl. Lazitch, Rigoulot, a. a. O., S. 21.

74 So die trotzkistische portugiesische Zeitschrift *Accäo Comunista,* zit. in Gabriel, a.a.O., S.329.

75 Ebd.

76 Cabinda wurde 1956 von Portugal Angola zugeschlagen und ist vom Rest

scan & corr by rz 08/2008

des Landes durch die (zu Zaire gehörende) Kongomündung getrennt. Seine Bevölkerung (Bacongo), für die die Vorstellung einer auf den Erdöleinkommen fußenden Unabhängigkeit verlockend ist, wird ab 1975 von 10000 Mann der Streitkräfte sowie 2000 Kubanern in Schach gehalten.

77 *Sintese do piano de recuperdgo economica a nivel global para o bieno 1989-90,* Republica populär de Angola, 1988. Zit. in Baudet, a. a. O., S. 64.

78 Wie Jean-Francois Revel in seinem Vorwort zum Buch von Lazitch und Rigoulot (a. a. O.) bemerkt, »sind die Sowjet-Kubaner in Angola, um im Land das kommunistische System durchzusetzen, während es nicht in Frage kommt - das wäre unvorstellbar -, daß Südafrika das System der Apartheid nach Angola exportierte.«

79 Christine Messiant, »Angola, les voies de l'ethnisation et de la decompensation«, in: *Lusotopie* 1-2 (1994).

80 Im großen und ganzen ist Frelimo das Ergebnis einer Fusion nationalistischer Organisationen, die von den mocambiquanischen Emigranten in Tanganjika, Rhodesien und Njassaland gebildet worden waren. Vgl. Luis de Brito, »Une relecture necessaire: la genese du parti-Etat Frelimo«, in: *Politique africaine* 29 (März 1988).

81 Zur Schwäche des mocambiquanischen Nationalismus vgl. Claude Cahen, »Sur quelques mythes et quelques realites de la colonisation et de la decolonisation portugaises«, Beitrag zum Kolloquium *Decolonisations comparees,* Aix-en-Provence, (30. September- 3. Oktober 1993).

82 Christian Geffray, *La Cause des armes au Mozambique. Anthropologie d'une guerre civile,* Paris 1990, S. 27.

83 In einem der bedeutendsten, in Milange nahe der Grenze zu Malawi, waren 10000 Zeugen Jehovas inhaftiert.

84 Human Rights Watch: *Conspicuous Destruction. War, Famine & the Reform Process in Mozambique,* New York 1992.

85 Michael Cahen, »Check on Socialism in Mozambique. What Check? What Socialism?«, in: *Review ofAfrican Political Economy* 57 (1993), S. 54.

86 V Kongreß der Frelimo, Juli 1989.

87 Amnesty International: *Mozambique, independance et droits de l'homme,* 1990, S. 24.

88 Michel Laban, »Ecrivains et pouvoir politique au Mozambique apres 1'Independance«, *Lusotopie,* 1995.

89 Vgl. Michel Cahen, *Mozambique, la revolution implosee,* Paris 1987, S. 152-154.

90 Rede des Präsidenten Samora Machel in der Volksversammlung während der Sitzungsperiode Dezember 1985. Zitiert in M. Cahen, a. a. O., S. 163.

91 *Conspicuous Destruction,* a. a. O., S. 4. Unicef schätzt die Zahl der Hungertoten für den betrachteten Zehnjahreszeitraum auf 600000 und hält diese Zahl für der vergleichbar, die in Äthiopien, allerdings nur im Zeitraum 1984 bis 1985, zu beklagen war.

92 Jean-Francois Revel, »Au Mozambique aussi, le marxisme-leninisme engendre la famine«, in: *Est & Ouest* 40 (März 1987).

93 Geffray, a.a.O., S. 209.

94 H. Gebaver, »The Subsidized Food Distribution System in Mozambique and its Socio-Economic Impact«, Technical Assistance, EC Food Security

scan & corr by rz 08/2008

Department, Maputo 1991. Zit. in: *Conspicuous Destruction,* a.a.O., S. 120.

95 Alain Besancon, »La normalite du communisme selon Zinoviev«, in: *Pouvoirs* 21 (1982).

96 Jean Leca, zit. in: M. Cahen, a. a. O., S. 161.

97 Zur Geschichte Afghanistans vgl.: Michael Barry, *La Resistance afghane, du Grand Moghol ä VInvasion sovietique,* Paris 1989 (eine erste Version erschien 1984 im selben Verlag unter dem Titel *Le Royaume de l'Insolence);* Olivier Roy, *L'Afghanistan, Islam et modernite politique,* Paris 1985; Assem Akram, *Histoire de la guerre d'Afghanistan,* Paris 1996; Pierre und Michele Centlivres (Hg.), *Afghanistan, la colonisation impossible,* Paris 1984. Jacques Levesque, *L'URSS en Afghanistan,* Brüssel 1990; Eric Bachelier, *L Afghanistan en guerre, lafin du grandjeu sovietique,* Lyon, 1992; Andre Brigot und Olivier Roy (Hg.), *La Guerre d Afghanistan, Intervention sovietique et resistance,* »Notes et etudes documentaires« 4785, La Documentation francaise (1985); siehe auch die Zeitschrift *Les Nouvelles dAfghanistan,* die seit 1980 regelmäßig Informationen ausgezeichneter Qualität über die Entwicklung des Lands veröffentlicht.

98 Vgl. zu diesem Thema Louis Fisher, *Les Soviets dans les affaires mondiales,* Paris 1933, 766 S., und vor allem die Kapitel 13 und 29 über die englisch-russische Rivalität im später russisch-afghanischen Zentralasien.

99 Nicolas Tandler, »>Desinformation< ä propos de 1' Afghanistan«, in: *Est & Ouest 616* (1.-15. Juni 1978), S. 19f.

100 Ebd., S. 20.

101 Vgl. Marc Lazarevitch, »L'Intervention sovietique en Afghanistan de 1929«, in: *Les Cahiers d'histoire sociale* 1 (1993), S. 149-162, der ursprünglich in Italien erschienene Erinnerungen Agabekows übersetzt hat und in diesem Artikel vorstellt.

102 Ludwig Adamec, »Le Fils du porteur d'eau«, in: *Les Nouvelles d Afghanistan* 48 (Juli 1990), S. 16-17.

103 Marc Lazarevitch, a.a.O., S. 158. Zur Erhebung vgl. auch Roy, a.a.O., S.88f.

104 Barry, a.a.O., S.241.

105 Ebd., S. 253.

106 Die Biographien der wichtigsten DVPA-Führer finden sich ebd., S.294-297.

107 Etienne Gille, »L'accession au pouvoir des communistes prosovietiques«, in: Centlivres, a. a. O., S. 184, und Levesque, a. a. O., S. 35.

108 Olivier Roy, »De l'instauration de la Republique ä l'invasion sovietique«, in: Roy, *L Afghanistan,* S. 29-30.

109 Ebd., S. 30.

110 Barry, a.a.O., S.252.

111 Ebd., S. 301, und Assem Akram, a. a.O., S. 93-95; letzterer stützt sich auf eine Aussage des Bruders von Mohammed Nadschibullah.

112 Ebd., S. 300.

113 Ebd., S. 302.

114 Amnesty International, *Jahresbericht 1979* (Berichtszeitraum 1.5.1978-30.4. 1979), Frankfurt 1980, S. 144.

scan & corr by rz 08/2008

115 Barry, a.a.O., S. 304.
116 Remi Kauffer und Roger Faligot, *Les Maitres espions. Histoire mondiale du renseignement,* Bd. 2, *De la guerrefroide ä nosjours,* Paris 1994, S. 391; vgl. auch Patrice Franceschi, *Ils ont choisi la liberte,* S. 41-42, und Gille, a.a.O., S.199f.
117 Gille, a.a.O., S. 199.
118 Assem Akram, a.a.O., S. 516, und Marie Broxup und Chantal Lemercier-Quelquejay, »Les experiences sovietiques de guerres musulmanes«, in: Brigot/Roy, a.a.O., S.41.
119 Bachelier, a.a.O., S. 50.
120 Barry, a.a.O., S. 314. Zu den Witwen aus Kerala vgl. auch *Les Nouvelles d'Afghanistan* 35-36 (Dezember 1987), S. 33. Michael Barry erinnerte übrigens daran, daß sowjetische Offiziere die Aktion überwachten.
121 Levesque, a.a.O., S.48; Gille, a.a.O., S.200; vgl. auch Amnesty International, *Violation des droits de l 'homme et des libertes fundamentales en Republique democratique d'Afghanistan,* 11. April 1979, 30 S. Das Dokument stützt sich nur auf die offiziell bekanntgewordenen Fälle. Die Menschenrechtsorganisation erwähnte auch, daß Kinder inhaftiert worden seien.
122 Wladimir Bukowski, *Abrechnung mit Moskau. Das sowjetische Unrechtssystem und die Schuld des Westens,* Lübbe, Bergisch Gladbach 1996, S. 360. Der Verfasser gibt den vollständigen Text des Telefongesprächs zwischen Aleksej Kossygin und Nur Mohammed Taraki wieder, in dem letzterer um Unterstützung bittet, die Sowjets sich aber zunächst zurückhaltend zeigen.
123 Dieser Ausdruck ist Barry, a. a. O., S. 306 f., entnommen.
124 Ebd., S. 306.
125 Ebd,. S.307.
126 Ebd., S.307.
127 Ebd.
128 Christopher Andrew und Oleg Gordiewsky, *KGB: die Geschichte seiner Auslandsoperationen von Lenin bis Gorbatschow,* München 1990, S. 742.
129 Kauffer/Faligot, a.a.O., S. 390.
130 Shah Bazgar, *Afghanistan, la resistance au coeur,* Paris 1987, S. 65-66. Shah Bazgar starb am 23. November 1989 in einem Hinterhalt, der ihm während einer Reportage über die Bewässerungssysteme gelegt worden war. Er war mit nichts als seiner Kamera bewaffnet. Vgl. Gilles Rossignol und Etienne Gille, »Un temoin: Shah Bazgar«, in: *Les Nouvelles d Afghanistan* 45 (Dezember 1989), S. 6.
131 Roy, a.a.O., S. 126, und Gille, a.a.O., S. 199.
132 Vgl. Andrew/Gordiewsky, a.a.O., S. 742. Die Autoren merken an, daß Bojarinow von den eigenen Leuten getötet wurde, weil sie ihn für einen Afghanen hielten. Wladimir Bukowski kommt zu dem gleichen Schluß.
133 Archive des Politbüros, zitiert in Akram, a.a.O., S. 149-150; siehe auch Bukowski, a.a.O., S. 377ff.
134 Akram, a.a.O., S. 150-154, legt die verschiedenen Möglichkeiten der kommunistischen Expansion dar. ^^
135 Bukowski, a. a. O., S. 553. Christophe de Ponfilly und FredÄ Baffont berichten in *Poussieres deguerre* (Paris 1990, S. 91): »Die Ru^B Bteten ihre

scan & corr by rz 08/2008

modernsten Waffen ein: Die Flugzeuge (darunter SU-29-Maschinen) lassen Bomben aus mehr als 10000 m Höhe fallen.«

136 *Les Nouvelles d'Afghanistan 1* (November 1981), S. 9. In derselben Nummer dieser Zeitschrift widmet sich ein langes Dossier den sowjetischen Wirtschaftsinteressen in Afghanistan sowie den Plünderungen der natürlichen Ressourcen durch die Sowjets.

137 Akram, a. a. O., S. 346, und Bachelier, a. a. O., Kap. 6, S. 75-86.

138 S. Jemis, »Un bonjour d'Afghanistan«, in: *L 'Alternative* 19 (November-Dezember 1982), S. 43. Vgl. zu diesem Punkt das Zeugnis von Svetlana Aleksievitch, *Les Cercueils dezinc,* Bourgois, 1991.

139 de Pontilly und Laffont, a. a. O., S. 175.

140 Vgl. zu diesem Punkt Bukowski, a.a.O., S. 125 und 585, sowie Francoise Thom, »Le KGB et les Juifs«, *Pardes,* 19-20, Le Cerf (1994), S. 7-24.

141 Bachelier, a. a. O., S. 52; vgl. auch die detaillierte Untersuchung der Widerstandsgruppen in Roy, a. a. O., und Akram, a. a. O., Kap. 8.

142 Zum Begriff der Brutalisierung und Totalisierung der Massen vgl. Annette Becker und Stephane Audoin-Rouzeau, »Violence et consentement la culture de guerre du Premier conflit mondial«, in: Jean Pierre Rioux und Jean-Francois Sirinelli, *Pour une histoire culturelle,* Paris 1997, S. 251-271 und Francois Füret, *Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert,* München 1996, Kap. 2 und 3.

143 Olivier Roy, »Les limites de la pacification sovietique en Afghanistan«, in: *L Alternative* 31 (Januar-Februar 1985), S. 14.

144 Amnesty International, *Jahresbericht 1989* (Berichtszeitraum 1.1.-31. 12. 1988), Frankfurt 1989, S.315; vgl. auch »Les Refugies afghans«, in: *Les Nouvelles d Afghanistan* 35-36 (Dezember 1987).

145 Barry, a.a.O., S. 18.

146 Marina Isenburg, »Les origines du Tribunal permanent des Peuples«, in: *Bulletin d'Information et de liaison du Bureau international afghanistan, La Lettre du BIA,* Sondernummer »Afghanistan, Tribunal des peuples. Stockholm: 1981 - Paris: 1982, compte rendu des travaux«, S. 3.

147 Zit. in Barry, a. a. O., S. 80. Zum Massaker im Dorf Padkhwab-e Schana vgl. *La Lettre du BIA,* a. a. O., und Barry, a. a. O., Kap. 1: »Enquete sur un crime de guerre en Afghanistan«, S. 68-80.

148 Amnesty International, *Jahresbericht 1983* (Berichtszeitraum 1.1.-31.12.1982), Frankfurt/Main 1983, S.247, und Bernard Dupaigne, »L'armee sovietique en Afghanistan«, in: *L Alternative* 31 (Januar -Februar 1985), S. 8 f.

149 Ebd., S. 8-9.

150 Ebd.

151 Zit. in Roy, »Les limites …«, a. a. O., S. 13. Amnesty International berichtet im *Jahresbericht 1984* (Berichtszeitraum 1. 1.-31. 12. 1983), Frankfurt/ Main 1984, S. 279, von der Ermordung von 23 Zivilisten im Dorf Rauzda in der Provinz Ghazni. In jedem seiner Jahresberichte hob Amnesty International ähnliche Dorfzerstörungen hervor.

152 Akram, a.a.O., S. 523; Amnesty International, *Jahresbericht 1986* (Berichtszeitraum 31.1.-31. 12. 1985), Frankfurt/Main 1986, S. 266.

153 *La Lettre du BIA,* a.a.O., S. 15.

scan & corr by rz 08/2008

154 Pierre Gentelle, »Chronologie 1747-1984«, in: *Problemes politiques et sociaux* 499 (15. Dezember 1984), S. 14.
155 *Les Nouvelles d'Afghanistan* 31 (Dezember 1986), S. 23.
156 Akram, a.a.O., S. 523. Gennadij N. Bocarov berichtet von einer ähnlichen Praxis. Das Vieh wurde systematisch getötet *{Die Erschütterung: Afghanistan-das Vietnam der Sowjetunion,* Wien, Darmstadt 1990).
157 Bukowski, a. a. O., S. 530.
158 *La Chronique d'Amnesty International,* »Afghanistan, assassinats de refugies«, 19/2 (Juni 1988), S. 10. Amnesty erneuerte diese Feststellung in einer Pressemitteilung vom 4. Mai 1988 (Archiv Amnesty International, Dossier »Afghanistan«, 1988).
159 *Les Nouvelles d Afghanistan* 35-36 (Dezember 1987), S. 17.
160 Akram, a.a.O., S. 178-179, und Anne Guerin, »Une sanglante lassitude«, in: *La Chronique d Amnesty International, 2* (Dezember 1986), S. 9; Anne Guerin machte keine Angaben über die Zahl der Minen.
161 Ebd.
162 ShahBazgar, a.a.O., S. 101-102.
163 Olivier Roy, »Kaboul, la sinistree«, in: Eric Sarner (Hg.), *Villes en guerre,* Paris 1986, S. 74.
164 *Les Nouvelles d Afghanistan* hat dieser Stadt ein Sonderthema gewidmet: »Herat ou l'art meurtri«; 41-42 (März 1989), S. 40
165 Barry, a.a.O., S. 308.
166 Bernard Dupaigne, »Les droits de l'homme en Afghanistan«, in: *Nouvelles d Afghanistan* 24-25 (Oktober 1985), S. 8-9.
167 Bericht erstellt vom UN-Sonderberichterstatter Felix Ermacora in Anwendung der Resolution 1984/55 der Menschenrechtskommission, *La Question de la violation des droits de l'homme en Afghanistan,* 1985, 40 S.
168 Amnesty International, Pressemitteilung vom 2. November 1983, Archiv Amnesty International, Dossier »Afghanistan«, 1983.
169 Amnesty International, *Jahresbericht 1987* (Berichtszeitraum 1.1.-31.12.1986), Frankfurt/Main 1987, S. 295.
170 Bericht Felix Ermacoras, zit. in Shah Bazgar, a. a. O., S. 132.
171 Amnesty International, *Afghanistan: la torture de prisonniers politiques,* S. 19-26, und Cristina L'Homme, »Les Sovietiques interrogent, les Afghans torturent«, in: *La Chronique d Amnesty International* 2 (Dezember 1986), S. 6-8.
172 Aussage Tajwar Kakars, zit. in: Doris Lessing, *Der Wind verweht unsere Worte: Bericht aus Afghanistan,* Frankfurt/Main 1988, S. 155-166.
173 Andrew/Gordiewsky, a.a.O., S. 745.
174 Kauffer/Faligot, a.a.O., S. 392.
175 Amnesty International, *Jahresbericht 1981* (Berichtszeitraum 1.5.1980-30.4.1981), Frankfurt/Main 1982, S.254, und *Les Nouvelles d Afghanistan,* »Les manifestations etudiantes d'avril 1980«, 48 (Juli 1990), S. 18 ff.
176 Akram, a.a.O., S. 169.
177 Barry, a.a.O., S. 308.
178 Amnesty International, *Afghanistan,* externes Dokument, SF: 83 E 162 - ASA 11/13/83 (11. Oktober 1983), S.6f., sowie *Afghanistan: la torture des prisonniers politiques.*

scan & corr by rz 08/2008

179 Amnesty International, Jahresberichte 1983 bis 1991. Das Datum der Hinrichtung ist nicht bekannt, schreibt die Organisation in ihrem Bericht von 1991, S. 44.
180 Vgl. insbesondere Alain Guillo, *Un grain dans la machine,* Paris 1989; Philippe Augoyard, *La Prison pour delit d'espoir, medecin en Afghanistan,* Paris 1985, und Jacques Abouchar, *Dans la cage de l'Ours,* Paris 1985.
181 Francois Missen berichtete in *La Nuit afghane,* Paris 1990, daß er zusammen mit Antoine Darnaud, seinem Kameramann, und Osman Barai, seinem Führer, verhaftet wurde. Letzterer sei nie freigelassen worden.
182 Amnesty International, *Afghanistan,* a. a. O., S. 8. Bezüglich Afghan Mellat vgl. den Jahresbericht 1989, in dem erwähnt wird, daß von 30 inhaftierten Mitgliedern 23 freikamen.
183 Bachelier, a. a. O., S. 62, und Akram, a. a. O., S. 207-208.
184 Bazgar, a.a.O., S.227-229.
185 Seddiqoullah Rahi, »Connaissez-vous Najiboullah?«, zit. in Akram, a. a. O., S. 210. Diese Quellenangabe gilt auch für das folgende Zitat.
186 Amnesty International, *Afghanistan,* S. 13. Die von der Menschenrechtsorganisation veröffentlichten Zeugenaussagen sind anonym.
187 Aussage des zehn Jahre alten Naim, zitiert in Shah Bazgar, a.a.O., S. 25-28.

Warum?

(S. 793-825)

1 Francois Füret, »Die Schreckensherrschaft«, in: Francois Füret, Mona Ozouf (Hg.), *Kritisches Wörterbuch der Französischen Revolution,* Bd. 1, Frankfurt/Main 1996, S. 211 f.
2 Jacques Baynac, *La Terreur sous Lenine,* Le Sagittaire, 1975, S. 75.
3 Michael Confino, *Violence dans la violence. Le debat Bakounine-Netchaiev,* Maspero, 1973; hier zitiert nach: Michael Bakunin, *»Gewalt für den Körper. Verrat für die Seele?« Ein Brief von Michael Bakunin an Sergej Necaev,* Berlin 1980, S: 117.
4 Ebd., S. 120.
5 Martin Malia, *Vollstrecker Wahn,* Stuttgart 1994, S. 84
6 Helene Carrere d'Encausse, *Le Malheur russe. Essai sur le meurtre politi-*4i/e,Fayard,1988, S. 17.
7 Wassilij *Gmssmm, Alles fließt...,* München/Hamburg 1985, S. 199f.
8 Thomas Garrigue Masaryk, *Die Weltrevolution. Erinnerungen und Betrachtungen 1914-1918,* Berlin 1927, S. 188.
9 Maxim Gorki, *LePaysan russe,* Le Sagittaire, 1924, S. 126 f.
10 Martin Malia, *Vollstreckter Wahn,* Stuttgart 1994, S. 15.
11 Karl Kautsky, *Terrorismus und Kommunismus. Ein Beitrag zur Naturgeschichte der Revolution,* Berlin 1919, S. 102, 104.
12 Francois Füret, *Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert,* München 1996, S.71.

scan & corr by rz 08/2008

13 Youri Martov (frz. Schreibweise), »A bas la peine de mort«, zitiert in: Baynac, a. a. O., S. 266-267.
14 Zitiert in: Arkadi Vaksberg, *Le Mystere Gorki,* Albin Michel 1997, S. 111.
15 Zitiert nach: Eva Kosing, Edel Mirowa-Florin (Hg.), *Lenin und Gorki. Eine Freundschaft in Dokumenten,* Berlin/Weimar 1974, S. 201 f.
16 Leon Trotski, *Defense du terrorisme,* editions de la Nouvelle Revue critique, 1936, S.44.
17 Karl Kautsky, *Die Diktatur des Proletariats,* Wien 1918, S. 25, 43.
18 Vgl. die Darstellung von Nicolas Valentinov, *Mes rencontres avec Lenine,* Plön, 1964.
19 Cornelius Castoriadis, *Gesellschaft als imaginäre Institution. Entwurf einer politischen Philosophie,* Frankfurt/Main 1984, S. 101.
20 Kautsky, a.a.O., S.3f.
21 Ebd., S. 24 f.
22 Wladimir Iljitsch Lenin, *Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky,* Berlin 1982, S. 17 f.
23 Ebd., S. 30.
24 a.a.O., S. 83.
25 Ebd., S. 107.
26 Ebd., S. 57.
27 Ebd., S. 78.
28 Isaac Steinberg, *L'Aspect ethique de la revolution,* in: Baynac, a.a.O., S.370.
29 In: Vaksberg, a.a.O., S. 183.
30 Ebd., S. 264.
31 Confino, a.a.O., S. 137.
32 Alain Brossat, *Un communisme insupportable,* L'Harmattan 1997, S. 266.
33 Annie Kriegel, *Les Grands proces dans les systemes communistes, Gallimard, Idees, 1972.*
34 Carl Schmitt, *Der Begriff des Politischen,* München 1932.
35 Kautsky, a.a.O., S. 36.
36 Tzvetan Todorov: *L'Homme depayse,* Le Seuil 1995, S. 33.
37 Tzvetan Todorov, *Nous et les autres,* Le Seuil, 1989, S. 233.
38 Trotski, a.a.O., S. 82.
39 Ebd., S. 57.
40 Vaksberg, a. a. O.
41 Kautsky, a.a.O., S.4.
42 Brossat, a.a.O., S. 265.
43 Vaksberg, a.a.O., S.262.
44 Brossat, a.a.O., S. 268.
45 Vaksberg, a. a. O., S. 286-287.
46 Ebd., S. 312.
47 Bruno Gravier, »Une actualite toujours plus cruciale«, in: Marcel Colin (Hg.), *Le Crime contre l'humanite,* Eres, S. 10.
48 Dominique Colas, *Lenine et le leninisme,* PUF, Que sais-je?, 1987, S. 101. Vgl. auch seine Doktorarbeit *Le Leninisme,* PUF 1982.
49 Colin, a.a.O., S. 14.

scan & corr by rz 08/2008

50 Mireille Delmas-Marty, »L'Interdit et le respect: comment definir le crime contre l'humanite?«, in: Colin, a.a.O., S. 26.
51 Wassilij Grossman, *Alles fließt...*, München/Hamburg 1985, S. 186.
52 Bakunin, a. a. O., S. 66.
53 Ebd., S. 58.
54 Michel del Castillo, *La Tunique d'Infamie,* Fayard 1997, S. 25.
55 Leszek Kolakowski, *Der revolutionäre Geist,* Stuttgart 1972, S. 18 f.
56 Todorov, a. a. O., S. 226 f.
57 Aino Kuusinen, *Der Gott stürzt seine Engel,* Wien, München, Zürich 1972, S.307.
58 Dieser Text wurde analysiert von Michel Heller, »Lenine et la Vetcheka«, *Libre 2,19.*
59 Kosing und Mirowa-Florin, a. a. O., S. 69.
60 Wassilij Grossman, *Alles fließt...,* München/Hamburg 1985, S. 221.

Politische Verbrechen in der DDR

(S. 829-884)

1 Günter Johannes, Ulrich Schwarz, DDR. Das Manifest der Opposition. Eine Dokumentation, Fakten Analysen Berichte, München 1978, S. 150.
2 Wolfgang Bialas, Vom unfreien Schweben zum freien Fall, Ostdeutsche Intellektuelle im gesellschaftlichen Umbruch, Frankfurt a.M. 1996, S. 287 ff.
3 Hans-Hermann Hertle, Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates, Opladen 1996, S. 466.
4 Matthias Judt (Hg.), DDR-Geschichte in Dokumenten, Berlin 1997, S. 552.
5 Vgl. Heribert Schwan, Erich Mielke. Der Mann, der die Stasi war, München 1997.
6 Helmut Müller-Enbergs, Garanten äußerer und innerer Sicherheit, in: Matthias Judt, 1997, S. 480.
7 Zu Hilde Benjamin: Marianne Brentzel, Die Machtfrau. Hilde Benjamin 1902-1989, Berlin 1997.
8 Vgl. Heinrich August Winkler, Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1994.
9 Vgl. Manfred Wilke, Redebeitrag vor der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages am 13.11.1992, in: Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, 1995, Band IIA, S. 14ff.
10 Hans-Hermann Hertle, 1996, S. 151.
11 Vgl. Manfred Wilke, Redebeitrag am 13.10.1993, in: Materialien der Enquete-Kommission, 1995, Band V/1, S. 218ff.
12 Wolfgang Leonhard, Die Revolution entläßt ihre Kinder, Berlin 1990, Bd. 2, S.406.
13 Vgl. Antonia Grunenberg, Antifaschismus - ein deutscher Mythos, Reinbek 1993.

scan & corr by rz 08/2008

14 Vgl. Karl Corino, »Außen Marmor, innen Gips«. Die Legenden des Stephan Hermlin, Düsseldorf 1996.
15 Dazu: Hans Schafranek, Zwischen NKWD und Gestapo. Die Auslieferung deutscher und österreichischer Antifaschisten an Nazideutschland 1937-1941, Frankfurt a.M. 1990.
16 Vgl. Stefan Creuzberger, Die Liquidierung antifaschistischer Organisationen in Berlin. Ein sowjetisches Dokument, in: Deutschland Archiv 26 (1993) HS. 1266ff.
17 Vgl. Elke Reuter, Detlef Hansel, Das kurze Leben der VVN von 1947 bis 1953, Berlin 1997.
18 Jost Hermand, Kultur im Wiederaufbau. Die Bundesrepublik 1945-1965, München 1986, S. 104.
19 IZJA 11. 778, jetzt BA.
20 Aktion »J« - Briefschreiber; BStU ZA, HA XX/4-513, Bl. 1-65.
21 Klaus-Dietmar Henke, Hans Woller (Hg.), Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1991, S. 14.
22 Günther Wieland, Ahndung von NS-Verbrechen in Ostdeutschland 1945 bis 1990, in: Neue Justiz, Zeitschrift für Rechtssetzung und Rechtsanwendung, 2/1991, S.49ff.
23 Auskünfte von Henry Leide aus dessen Forschungsprojekt beim BStU, Abteilung Bildung und Forschung.
24 Sigrid Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989, Frankfurt a.M. 1992, S. 19.
25 Vgl. Michael Buddrus, Die Organisation »Dienst für Deutschland«: Arbeitsdienst und Militarisierung in der DDR, Weinheim 1994.
26 Christo Stojanov, Das »Immunsystem« des »real existierenden Sozialismus«, in: APuZ B 19/1991, S. 41.
27 Vgl. Thomas Auerbach, Vorbereitung auf den Tag X. Die geplanten Isolierungslager des MfS, Berlin 1995, S. 115 ff.
28 Helmut Müller-Enbergs, 1997, S.487.
29 Thomas Auerbach, 1995, S. 116.
30 Ebenda, 1995, S. 122.
31 Die folgenden statistischen Angaben sind entnommen: Hermann Weber, DDR - Grundriß der Geschichte 1945-1990, Hannover 1991.
32 Falco Werkentin, Die strafrechtliche »Bewältigung« des 17. Juni 1953 in der DDR, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Der 17. Juni 1953. Der Anfang vom Ende des sowjetischen Imperiums; Deutsche Teil-Vergangenheiten - Aufarbeitung West: Die innerdeutschen Beziehungen und ihre Auswirkungen auf die Entwicklung in der DDR, Dokumentation, 4. Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung 17.-18. Juni 1993, Büro Leipzig 1993, S. 56.
33 Vgl. Falco Werkentin, Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1995,S.59ff.
34 Hansjörg Geiger, Erfahrungen mit der Staatssicherheit und ihre rechtsstaatliche Aufarbeitung, in: Jürgen Weber, Michael Piazolo (Hg.), Eine Diktatur vor Gericht, Aufarbeitung von SED-Unrecht durch die Justiz, München 1995, S. 149.

scan & corr by rz 08/2008

35 Vgl. Waldemar Krönig, Klaus-Dieter Müller, Anpassung Widerstand Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994.
36 Reinhard Buthmann, Kadersicherung im Kombinat VEB Carl Zeiss Jena. Die Staatssicherheit und das Scheitern des Mikroelektronikprogramms, Berlin 1997, S. 128.
37 Wolfgang Bialas, Vom unfreien Schweben zum freien Fall, Ostdeutsche Intellektuelle im gesellschaftlichen Umbruch, Frankfurt a.M. 1996, S. 289.
38 Roland Brauckmann, Amnesty International als Feindobjekt der DDR, Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Schriftenreihe Bd. 3, Berlin 1996, S. 71. Dort wird auch die für die DDR peinliche Situation beschrieben, in die der DDR-Menschenrechtsexperte Professor Dr. Hermann Kienner, auch IM des MfS, während der 42. Tagung der UN-Menschenrechtskommission in Genf geriet. Dieser griff dort scharf Israel an. Die israelische Delegation wies daraufhin die NSDAP-Mitgliedschaft von Kienner nach, der daraufhin von der DDR zurückgezogen werden mußte.
39 Ein Beispiel aus den zahlreichen Veröffentlichungen zu den Folgen des Doping: Robert Hartmann, Wie aus Heidi Andreas wurde. Frühere DDR-Kugelstoßerin zeigt ihren ehemaligen Arzt an, in: Der Tagesspiegel, Berlin 23.12.1997, S. 24.
40 Erich Honecker, Im Ringen um Frieden dem Erbe Luthers verbunden. In: Neues Deutschland vom 10. November 1983.
41 Vgl. Joachim Walther, Sicherungsbereich Literatur, Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1996.
42 Hans Joachim Schädlich, zitiert nach: Günther Rüther (Hg.), Literatur in der Diktatur. Schreiben im Nationalsozialismus und DDR-Sozialismus, Paderborn, München, Wien, Zürich 1997, S. 254.
43 Ursula Werner-Böhnke, Wenn die Tränen ins Meer marschieren, in: »Verstörte Gewissen - beschädigte Seelen«, Kinder- und Jugendpsychologie des MfS und ihre Folgen; Reader zur Tagung der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg und der Heinrich-Böll-Stiftung e.V vom 2.-4.2.1996 im Haus der Kirchen in Berlin, dort Nachdruck von: Kinderzeitung »Bummi«1. Maiheft Nr. 9/1970.
44 Dazu: Katrin Löffler, Die Zerstörung. Dokumente und Erinnerungen zum Fall der Universitätskirche Leipzig, Leipzig 1993.
45 Wiktor Timofejew, Kommunismus und Religion. Über die sozialen Prinzipien, Berlin (Ost) 1975, S. 216.
46 Dietmar Keller, Matthias Kirchner (Hg.), Biermann und kein Ende. Eine Dokumentation zur DDR-Kulturpolitik, Berlin 1991, S. 79.
47 Alle im folgenden Abschnitt verwendeten statistischen Angaben sind entnommen: Bernd Eisenfeld, Flucht und Ausreise. Macht und Ohnmacht, bisher unveröffentlichtes Manuskript. Dort auch weitere Literatur.
48 Vgl. Wolf Oschlies, Selbstmorde in der DDR und in Osteuropa, in: Deutschland Archiv, 9 (1976) 1, S. 38-55.
49 Ilko-Sascha Kowalczuk, Legitimation eines neuen Staates, Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 1997, S. 305.

scan & corr by rz 08/2008

50 Vgl. Inge Bennewitz, Rainer Potratz, Zwangsaussiedelungen an der innerdeutschen Grenze, Analysen und Dokumente, Berlin 1994, S. 51. Fehlerhaft ist in der dortigen Wiedergabe die Erwähnung nur eines Kindes.
51 Auskünfte von Tobias Wunschik. Folgende Zahlen entnommen: BA, DO 111/1476, Bl. 130-134; BStU MfS VII/8 ZMA 610/78.
52 Dietmar Schultke, Das Grenzregime der DDR. Innenansichten der siebziger und achtziger Jahre, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/97, S. 52.
53 Ein solcher Fall ist dokumentiert in: Wolfgang Brinkschulte, Hans Jörgen Gerlach, Thomas Heise, Freikaufgewinnler. Die Mitverdiener im Westen, Frankfurt a. M., Berlin 1993, S. 34.
54 Vgl. Renate Ellmenreich, Matthias Domaschk, Die Geschichte eines politischen Verbrechens in der DDR und die Schwierigkeiten, dasselbe aufzuklären, Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR des Landes Thüringen (Hg.), Erfurt 1996.
55 Katharina Lenski u.a. in Zusammenarbeit mit dem Matthias-Domaschk-Archiv Jena (Hg.), Die andere Geschichte, Jena 1993, S. 14.
56 Vgl. Inge Bennewitz, Rainer Potratz, 1994, S. 141.
57 Ursula Meckel, An meine Freunde, Kollegen, Bekannten: 3. 6.1980, maschinenschriftlich, Archiv Büscher, Wensierski E/I/04.
58 Harald Schulze (Hg.), Das Signal von Zeitz, Reaktionen der Kirche, des Staates und der Medien auf die Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz 1976, Eine Dokumentation, Leipzig 1993, Abb. 11.
59 Dietmar Keller, Matthias Kirchner (Hg.), 1991, S. 79.
60 Falco Werkentin, 1995, S. 298.
61 Vgl. Norman M. Naimark, Die Russen in Deutschland, Berlin 1997.
62 Diese und folgende Angaben aus: Volker Koop, Zwischen Recht und Willkür. Die Rote Armee in Deutschland, Bonn 1996.
63 Hermann Weber, 1991, S. 32, dort zitiert nach: Neues Deutschland vom 27. Juli 1990.
64 Vgl. Wolfgang Schuller, Die sowjetische Militärjustiz und ihre Lager als Instrument der kommunistischen Herrschaft in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Der 17. Juni 1953, Berlin 1993, S. 69 ff.; mittlere Zahlen gibt an: Klaus-Dieter Müller, »Jeder krimineller Mörder ist mir lieber...«, in: »Die Vergangenheit läßt uns nicht los...« Haftbedingungen politischer Gefangener in der SBZ/DDR und deren gesundheitliche Folgen, Gedenkstätte für die Opfer politischer Gewalt Moritzplatz Magdeburg u. a. (Hg.), Magdeburg 1997, S. 7-127.
65 Beispiele in: Klonovsky, Michael und Flocken, Jan von, Stalins Lager in Deutschland 1945 bis 1950. Dokumente und Zeugenberichte, Frankfurt a. M. 1991, S. 119, 164ff.
66 Zu den polnischen Lagern: Helga Hirsch, Entrechtet, interniert, mißhandelt und zur Arbeit gezwungen, in: Der Tagesspiegel 8.1.1998. Vorabdruck ihres Buches »Die Rache der Opfer«.
67 Klaus-Dieter Müller, 1997, S. 15.
68 Klaus-Dieter Müller, 1997, S. 15.
69 Vgl. Benno Prieß, Erschossen im Morgengrauen. Verhaftet, gefoltert, verurteilt, erschossen, »Werwolf«-Schicksale mitteldeutscher Jugendlicher, Calw 1997.

scan & corr by rz 08/2008

70 Vgl. Torsten Diedrich, Der 17. Juni 1953 in der DDR, bewaffnete Gewalt gegen das Volk, Berlin 1991, S. 293 ff. Weitere Literatur: Karl Wilhelm Fricke, Ilse Spittmann, 17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR, Köln 1982; Karl-Wilhelm Fricke, Todesstrafe für Magdeburger »Provokateur«. SED-Rachejustiz nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953, in: Deutschland Archiv 26 (1993) 5 S. 527 ff; Ilko-Sascha Kowalczuk, Armin Mitter, Stefan Wolle (Hg.), Der Tag X - 17. Juni 1953, Die »Innere Staatsgründung« der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54, Berlin 1995.
71 Angaben nach Auskunft von Falco Werkentin. Von den Todesurteilen konnten danach bislang 206 Vollstreckungen nachgewiesen werden.
72 Für die beiden folgenden Fälle stellte freundlicherweise Roger Engelmann das Manuskript der geplanten Veröffentlichung zur Verfügung: Karl Wilhelm Fricke, »Konzentrierte Schläge«. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953-1956, Berlin 1998.
73 Vgl. Falco Werkentin, Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1995, S. 405 ff.
74 Vgl. BA, DO 111/1586, Bl. 35-37; BA, DO 111/1578, Bl. 129.
75 Dazu: Jürgen Fuchs, Bearbeiten, dirigieren, zuspitzen, in: Klaus Behnke, Jürgen Fuchs (Hg.), Zersetzung der Seele, Hamburg 1995, S. 71 ff.
76 Vgl. Peter Erler, »Lager X«. Das geheime Haftlager des MfS in Berlin-Hohenschönhausen 1952-1976, Arbeitspapier 25/1997 des Forschungsverbundes SED-Staat der Freien Universität Berlin.
77 Zitiert nach: Falco Werkentin, 1995, S. 264 ff. Dort auch weiteres zu den Arbeitslagern.
78 Roland Brauckmann, 1996, S. 85.
79 Norbert Haase, Brigitte Oleschinski, Das Torgau-Tabu. Wehrmachtsstrafsystem NKWD-Speziallager DDR-Strafvollzug, Leipzig 1993, S. 232-242.
80 Dazu ausführlich und Belege für die Angaben: Thomas Auerbach, 1995.
81 Vgl. Dietmar Schultke, 1997, S. 43-53.
82 Die Aktionen werden umfassend dokumentiert in: Inge Bennewitz, Rainer Potratz, 1994.
83 Vgl. Falco Werkentin, 1995, S. 252.
84 Folgende Angaben in: Wolfgang Brinkschulte, Hans Jörgen Gerlach, Thomas Heise, 1993.
85 Ludwig Drees, Aus der Isolation zu Wegen der Identifikation, in: Aufrisse I, 2. Aufl., Samisdat, S.23f.
86 Zitiert nach: Axel Noack, Die evangelischen Studentengemeinden in der DDR - Ihr Weg in Kirche und Gesellschaft 1945 -1985, Merseburg Dezember 1984, maschinenschriftlich, 2 Bände, Kopie, 3. Exemplar, S. 230.
87 Freya Klier, Lüg Vaterland. Erziehung in der DDR, München 1990, S. 13.
88 Falco Werkentin, 1995, S. 252.
89 Falco Werkentin, 1995, S. 254.
90 Dokumentiert in: Rudi Pahnke, Das FDJ-Archiv aus der Sicht evangelischer Jugendarbeit 1945-1989, Auswertung von Stichproben, kommentierte Dokumentensammlung, geheftet, Selbstverlag, Berlin 1991.
91 Auskünfte von Heiko Lietz.
92 Vgl. Helmut Müller Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, Berlin

scan & corr by rz 08/2008

1996; ders.: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Anleitung für Agenten, Kundschafter und Spione in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1998 (in Druck).

93 Freundlicherweise stellte diese Angaben Helmut Müller-Enbergs aus seinem bislang unveröffentlichten Manuskript »Herrschaft durch Information. Funktion und Bedeutung der Schattenarmee der DDR« zur Verfügung.

94 Dazu ein exemplarischer Fall: Karl Wilhem Fricke, Akten-Einsicht, Rekonstruktion einer politischen Verfolgung, Berlin 1995.

95 Vgl. Andreas Förster, Ein Toter in der eisigen Saale, in: Berliner Zeitung 22.12.1997, S. 3; Redaktionsartikel, Berliner Zeitung vom 9.2.1998, Skeletteile unter Stasiknast entdeckt. Bauarbeiter fanden Knochen, S. 19.

96 Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium für Staatssicherheit, Der Minister, Berlin Januar 1976, Richtlinie Nr. 1/76 zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge (OV), S. 47.

97 Zitiert nach: Klaus Behnke, Stefan Trobisch, Panik und Bestürzung auslösen. Die Praxis der »operativen Psychologie« des MfS, in: »Die Vergangenheit läßt uns nicht los...« Haftbedingungen politischer Gefangener in der SBZ/DDR und deren gesundheitliche Folgen, Gedenkstätte für die Opfer politischer Gewalt Moritzplatz Magdeburg u.a. (Hg.), Magdeburg 1997, S. 171.

98 Vgl. Armin Mitter, Stefan Wolle (Hg.), »Ich liebe euch doch alle!« Befehle und Lageberichte des MfS, Januar - November 1989, Berlin 1990, S 125.

99 Bärbel Bohley u. a. (Hg.),... und die Bürger melden sich zu Wort, Frankfurt a.M. 1989, Nachdruck von: »Urkunde. 40 Jahre DDR«, Samisdat 1989, Original im Archiv Bärbel Bohley, S. 11.

100 Norman M. Naimark, 1997, S. 13.

101 Christo Stojanov, 1991, S.45.

102 Als literarisches Beispiel sei genannt: Daniela Dahn, Westwärts und nicht vergessen - vom Unbehagen in der Einheit, Berlin 1996.

scan & corr by rz 08/2008

Auswahlbibliographie

TEIL DREI

Das übrige Europa als Opfer des Kommunismus

Polen, der »Erbfeind«

Sowjetische Repressionsmaßnahmen gegen Polen

Im folgenden sind lediglich in neuerer Zeit erschienene, allgemeine und umfassende Darstellungen aufgeführt, außerdem einige Publikationen ausgewählter Dokumente, die sich auf die seit kurzem zugänglichen sowjetischen Archive stützen. Zur besseren Information des Lesers wurden die polnischen Titel übersetzt. Die umfangreiche Memoirenliteratur wurde nicht berücksichtigt.

- A. Chmielarz, A. K. Kunert (Hg.), *Der Prozeß der Sechzehn. Dokumente des NKWD,* Warschau 1995.
- S. Ciesielski, G. Hryciuk, A. Srebakowski, *Die sowjetischen Massendeportationen in der Zeit des Zweiten Weltkriegs,* Wroclaw 1994 (vgl. vor allem das Kapitel »Deportationen polnischer Staatsbürger«, S. 26-82.
- Jan T. Gross, *Revolution from Abroad. The Soviet Conquest of Poland's Western Ukraine and Western Bielorussia,* Princeton 1988.
- Mikolaj Iwanow, *Die verfolgte Nation. Die Polen in der UdSSR, 1921-1939,* Warschau 1991.
- »Die Hand von *Etschow«, Karta* (unabhängige historische Zeitschrift) 11,1993.
- K. Komorowski (Hg.), *Die Heimatarmee. Der dramatische Epilog,* Warschau 1994.
- Jarema Maciszewski (Hg.), *Die Tragödie der kommunistischen Partei Polens,* Warschau 1989.
- W. Materski (Hg.), *Katyn. Dokumente eines Verbrechens;* Bd. 1, *Die Gefangenen eines nicht erklärten Krieges, August 1939 - März 1940,* Warschau 1995.
- W Materski, A. Paczkowski (Hg.), *Der NKWD, Polen und die polnische Bevölkerung. Forschungen in den Archiven,* Warschau 1996.
- A.F. Noskowa (Hg.), *NKWD i polskoje podpolje 1944-1945* (Po »osobym papkam« J. W. Stalina), Moskau 1994.
- K. Popinski, A. Kokurin, A. Gurjanow, *Straßen des Todes. Die Räumung der sowjetischen Gefängnisse in den östlichen »Grenzgebieten« der II. Republik im Juni und Juli 1941,* Warschau, 1995.
- Izabela Sariusz-Skapska, *Die polnischen Zeugen des Gulag. Literatur über die sowjetischen Lager 1939-1989,* Krakau 1995.

scan & corr by rz 08/2008

- J. Siedlecki, *Das Los der Polen in der UdSSR in den Jahren 1939-1986,* London 1987.
- P. Zaron, *Die polnischen Gefangenenlager in der UdSSR in den Jahren 1939-1941,* Warschau 1994.

Polen 1944 - 1989: Das System der Unterdrückung

Der vorliegende Text stützt sich vor allem auf eigene Recherchen in den Archiven. In meiner Eigenschaft als Experte der parlamentarischen Untersuchungskommission hatte ich Zugang zu vielen (bislang noch geheimen) Dokumenten aus den Jahren 1980-1982. Besonders umfangreich ist die Literatur über den Zeitraum von 1944 bis 1948. Für die Zeit danach gibt es hauptsächlich Gesamtdarstellungen und Dokumentationen einzelner gesellschaftlicher Konflikte. Diese Bibliographie verzeichnet nicht die zahlreich erschienenen persönlichen Zeugnisse und Erinnerungen.

- K. Bedynski, *Die Geschichte der Gefängnisse in der Volksrepublik Polen 1944-1956,* Warschau 1988.
- A. Dudek, T. Marszalkowski, *Straßenkänpfe in der Volksrepublik Polen 1956-1989,* Krakau 1992.
- J. Eisler, *März 1968,* Warschau 1991.
- A. Golimont, *Die Generäle der Staatssicherheit,* Warschau 1992.
- D. Jaroz, T. Wolsza, *Die Sonderkommission zum Kampf gegen Mißbrauch und Wirtschaftssabotage, 1945-1954, Ausgewählte Dokumente,* Warschau 1995.
- P. Machcewicz, *Polen im Jahre 1956,* Warschau 1993.
- S. Marat, J. Snopkiewicz, *Die Männer der Staatssicherheit. Dokumentation einer Periode der Gesetzlosigkeit,* Warschau 1990.
- R Michel, G. Mink, *Mort d'unpretre. L 'affaire Popieluszko,* Paris 1985.
- E. Nalepa, *Befriedung einer Stadt im Aufruhr. Die polnische Armee im Juni 1956 in Poznan,* Warschau 1992.
- Barbara Otwinowska, J. Zaryn (Hg.), *Die Polen angesichts der Gewalt, 1944-1956,* Warschau 1996.
- A. Paczkowski (Hg.), *Der Sicherheitsapparat 1944-1956. Taktik, Strategie, Methoden,* Bd. 1 (1945-1947), Warschau 1994, Bd. 2 (1948-1949), Warschau 1996.
- J. Poksinski, *TUN. Tatar- Utnik-Nowicki,* Warschau 1992.
- Danuta Suchorowska, *Die große Umerziehung. Erinnerungen politischer Gefangener aus der Volksrepublik Polen, 1945-1956,* Warschau 1990.
- K. Szwagrzyk (Hg.), *Das Golgatha von Wroclaw, 1945-1956,* Wroclaw 1995.
- A. Topol (Hg.), *Arbeitslager in Oberschlesien,* Kattowitz 1994.
- Maria Turlejska, *»Generationen voller Trauer... «. Die zum Tode Verurteilten und ihre Richter, 1944-1954,* London 1989.
- T. Walichnowski, *Die Verteidigung der Staatssicherheit und der öffentlichen Ordnung in Polen, 1944-1988,* Warschau 1989.

scan & corr by rz 08/2008

Mittel- und Südosteuropa

Die bereits in den Anmerkungen und Kästen genannten Titel werden nicht noch einmal aufgeführt.

- Karel Bartosek, *Les Aveux des archives Prague - Paris - Prague, 1948-1968,* Paris 1996.
- Antonia Bernard, *Petite histoire de la Slovenie;* Otto Urban, *Petite histoire des pays tcheques;* Liptak Lubomir, *Petite histoire de la Slovaqie,* Paris 1996.
- Karel Kaplan, *Dans les archives du Comite central - Trente ans de secrets du bloc sovietique,* Paris 1978.
- Antoine Mares (Hg.), *Histoire etpouvoir en Europe mediane,* Paris 1996.
- Georges Mink, *Vie et mort du bloc sovietique,* Florenz 1997.
- *La Nouvelle Alternative,* viermonatlich erscheinende Zeitschrift, Dokumentationen »Les regimes postcommunistes et la memoire du temps present« (Nr. 32,1993); »La justice du postcommunisme« (Nr. 35,1994); »Memoire des guerres et des resistances en Tchecoslovaquie, en Europe centrale et en France« (Nr. 37 u. 38,1995).
- Vincent Savarius, *Volontaires pour la potence,* Paris 1963.
- Vladimir Tismaneanu, *Fantoma lui Gheorghiu-Dej,* Bukarest 1995.

TEIL VIER

Kommunistische Regime in Asien

China (einschließlich Tibet)

Jasper Becker, *Hungry Ghosts: China 's Secret Famine,* London 1996.

Marie-Claire Bergere, *La Republique populaire de Chine de 1949 ä nos jours,* Paris 1987.

Lucien Bianco, Jürgen Domes (Hg.), *La Chine auXX Siecle, [Bd. 1: Bd. 2: De 1949 ä aujourd'hui),* Paris 1989 und 1990.

Yves Chevrier, *Mao et la revolution chinoise,* Florenz 1993.

Jean-Luc Domenach, *Chine: l'archipel oublie,* Paris 1992 (deutsch: *Der vergessene Archipel. Gefängnisse und Lager in der Volksrepublik China,* Hamburg 1995).

Pierre-Antoine Donnet, *Tibet mort ou vif,* Paris 1990.

John K. Fairbank und Albert Feuerwerker (Hg.), *The Cambridge History of China-Bd. 13: Republican China 1912-1949, Part2,* Cambridge 1986.

William Hinton, *Fanshen,* Paris 1971 (engl. Originalausgabe 1968; deutsch: *Fanshen. Dokumentation über die Revolution in einem chinesischen Dorf,* 2 Bde., Frankfurt/Main 1972).

Hua Linshan, *Les Annees rouges,* Paris 1987.

Ken Ling, Miriam London und Ta-ling Lee, *La Vengeance du ciel: unjeune Chinois dans la Revolution culturelle,* Paris 1981 (engl. Originalausgabe 1972;

[1] Genannt werden leicht zugängliche, grundlegende Werke, bevorzugt solche, die in französischer Sprache erschienen sind oder ins Französische übersetzt wurden.

scan & corr by rz 08/2008

deutsch: *Maos kleiner General. Die Geschichte des Rotgardisten Ken hing,* München 1974).

Roderick MacFarquhar und John K. Fairbank (Hg.), *The Cambridge History of China - Bd. 14: The People 's Republic, Part 1 (1949 -1965), Bd. 15, Part 2: Revolutions within the Chinese Revolution, 1966-1982,* Cambridge 1987 und 1991.

Nien Cheng, *Vie et mort ä Shanghai,* Paris 1987 (engl. Originalausgabe: *Life and Death in Shanghai,* London 1987).

Jean Pasqualini (in Zusammenarbeit mit Rudolph Chelminski), *Prisonnier de Mao: sept ans dans un camp de travail en Chine,* Paris 1975 (engl. Originalausgabe: *Prisoner of Mao,* New York 1973).

Alain Roux, *La Chine populaire, Bd. 1 (1949-1966), Bd. 2 (1966-1984),* Paris 1983.

Wei Jingsheng, *La Cinquieme Modernisation et autres ecrits du »Printemps de Pekin«,* Paris 1997.

Harry Wu, *Laogai: le goulag chinois,* Paris 1996 (engl. Originalausgabe: *Laogai - The Chinese Gulag,* Boulder u. a. 1992).

Yan Jiaqi und Gao Gao, Turbulent Decade: A History of the Cultural Revolution, Honolulu 1996 (chines. Originalausgabe 1986).

Vietnam

Georges Boudarel, *Centfleurs ecloses dans la nuit du Vietnam: communisme et dissidence 1954-56,* Paris 1991.

Collectif, *La bureaucratie au Vietnam - Vietnam-Asie-Debat n°* 1, Paris 1983.

Jacques Dalloz, *La Guerre d'Indochine 1945-1954,* Paris 1987.

Doan Van Toai, *Le Goulag vietnamien,* Paris 1979.

Daniel Hemery, *Revolutionnaires vietnamiens et pouvoir colonial en Indochine, 1932-37,* Paris 1975.

Stanley Karnow, *Viet-Nam,* Paris 1984 (engl. Originalausgabe: *Vietnam: A History,* Harmondsworth 1984).

David G. Marr, Vietnam 1945: *The Questfor Power,* Berkeley 1995.

Ngo Van, *Viet-Nam 1920-1945: revolution et contre-revolution sous la domination coloniale,* Paris 1995.

Laos

Martin Stuart-Fox und Mary Koogman, *Historical Dictionary ofLaos,* Metuchen und London, 1992.

Kambodscha

Elizabeth Becker, *Les Lärmes du Cambodge -l'histoired'un auto-genocide,* Paris 1986.

David P. Chandler, *The Tragedy of Cambodian History: Politics, War and Revolution since 1945,* New Haven 1991.

Ders., *Pol Pot: Frere Numero Un,* Paris 1993 (engl. Originalausgabe: *Brother Number One: apolitical biography ofPol Pot,* Boulder 1992).

scan & corr by rz 08/2008

Ben Kiernan, *The Pol Pot Regime: Race, Power, and Genocide in Cambodia under the Khmer Rouge, 1975- 79,* New Haven 1996.
Karl D. Jackson (Hg.), *Cambodia 1975-1978: Rendezvous with Death,* Princeton 1989.
Marie-Alexandrine Martin, *Le Mal cambodgien: histoire d'une societe traditionelle face ä ses leaderspolitiques 1946-1987,* Paris 1989.
Haing Ngor (in Zusammenarbeit mit Roger Warner), *Une odyssee cambodgienne,* Paris 1988 (engl. Originalausgabe: *Surviving the killing fields: the Cambodian Odyssey of Haing Ngor,* London 1988).
Laurence Picq, *Au-delä du ciel: cinq ans chez les Khmers rouges,* Paris 1984.
Marek Sliwinski, *Le Genocide Khmer rouge: une analyse demogmphique,* Paris 1995.
Pin Yathay, *L 'utopie meurtriere: un rescape du genocide cambodgien temoigne,* Brüssel 1989 (deutsch: *»Du mußt überleben, mein Sohn!«* Bericht einer Flucht aus dem Inferno Kambodschas, München 1987).

TEIL FÜNF

Die Dritte Welt

Lateinamerika: Heimsuchungen des Kommunismus

Michael Lowy, *Le Marxisme en Amerique latine de 1909 ä nosjours. Anthologie, Faris* 1980.
Louis Mercier-Vega, *La Revolution par l Etat. Une nouvelle classe dirigeante en Amerique latine,* Paris 1978; *Technique du contre-Etat,* Paris 1968; *Les Mecanismes dupouvoir en Amerique latine,* Paris 1967.
Veröffentlichungen von »La Documentation francaise«, Reihe Lateinamerika.

Kuba

Juan Clark, *Testimonio de unpueblo,* Miami.
Carlos Franqui, *Journal de la revolution cubaine,* Paris 1976.
Armando Valladares, *Wider alle Hoffnung: Gefangener unter Fidel Castro. Erinnerungen,* Stuttgart 1988.
Jorge Valls, *Mon ennemi, monfrere,* Paris 1989.
Jeannine Verdes-Leroux, *La lune et le caudillo. Le reve des intellectuels et le regime cubain (1959-1971),* Paris 1989.

Nicaragua

Genevieve und Elie-Georges Berreby, *Commandant Zero,* Paris 1987.
J. M. Caroit und V Soule, *Le Nicaragua, le modele sandiniste,* Paris 1981.
Rene Dumont, *Finis les lendemains que chantent,* Paris 1982; *Nicaragua. Colonialisme et revolution,* Paris 1982.
Gilles Bataillon, »Le Nicaragua et les indiens Miskito«, *Esprit* (Juli-August 1982); »Le Nicaragua et les indiens de la cöte atlantique«, *Esprit* (Juli 1983);

scan & corr by rz 08/2008

»Nicaragua: de la tyrannie ä la dictature totalitaire«, *Esprit* (Oktober 1983), Sondernummer »Ameriques latines ä la une«; »Nicaragua: des elections ä l'etat d'urgence« und »Paysage apres la bataille (Nicaragua)«, *Esprit* (Januar 1986); »L'Opposition nicaraguayenne ä la recherche d'une Strategie« *Esprit* (Juni 1987); »Communistes et sociodemocrates dans la revolution«, *Communisme* 13 (1987).

Peru

Alain Hertoghe und Alain Labrousse, *Die Koksguerilla: Der Leuchtende Pfad in Peru,* Berlin 1990.

scan & corr by rz 08/2008

Zu den Autoren

Stephane Courtois, Forschungsleiter am CNRS (GEODE-Paris X), Herausgeber der Zeitschrift *Communisme,* Experte für die Geschichte des Kommunismus. Seine wichtigsten Veröffentlichungen: *Le PCF dans la guerre,* Paris 1980, *Qui savait quoi? L'extermination des Juifs, 1941-1945,* Paris 1987 (zus. mit anderen Autoren), *Le Communisme,* Paris 1987 (zus. mit M. Lazar), *Le Sang de l 'etranger. Les immigres de la MOT dans la Resistance,* Paris 1989 (zus. mit anderen Autoren), *Cinquante ans d'unepassion frangaise. De Gaulle et les communistes,* Paris 1991 (zus. mit M. Lazar), *Rigueur et passion. Hommage ä Annie Kriegel,* Paris 1994 (zus. mit anderen Autoren), *L 'Etat du monde en 1945,* Paris 1994 (zus. mit A. Wieviorka), *Histoire du Parti communiste frangais,* Paris 1995 (zus. mit M. Lazar), *Eugen Fried. Le grand secret du PCF,* Paris 1997 (zus. mit A. Kriegel).

Nicolas Werth, Dozent für Geschichte, forscht am Institut für Zeitgeschichte mit dem Schwerpunkt Geschichte der UdSSR. Seine wichtigsten Veröffentlichungen: *Etre communiste en URSS sous Statine,* Paris 1981, *La Vie quotidienne des paysans russes de la Revolution ä la collectivisation, 1917—1939,* Paris 1984, *Histoire de l'Union sovietique, de l'Empire russe ä la CEI,* Paris 1992, *Rapports secrets sovietiques. La societe russe dans ses rapports confidentiels, 1921-1991,* Paris 1995 (zus. mit Gael Moullec).

Jean-Louis Panne, Historiker. Mitarbeiter am *Dictionnaire biographique du mouvement ouvrier frangais (1914-1939),* Autor (in Zusammenarbeit mit Emmanuel Wallon) von *L Entreprise sociale, le pari autogestionnaire de Solidarnosc,* Paris 1987, *Boris Souvarine, le premier desenchante du communisme,* Paris 1993.

Andrzej Paczkowski, stellvertretender Direktor am Institut für Politikwissenschaft der polnischen Akademie der Wissenschaften, Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des Archivs des Ministeriums für innere Angelegenheiten und Verwaltung. Autor etlicher Veröffentlichungen in polnischer Sprache zu Fragen der polnischen Geschichte im 20. Jahrhundert.

Karel Bartosek, Historiker tschechischer Abstammung, 1983-1996 Forscher am IHTP (CNRS), Herausgeber der Zeitschrift *La Nouvelle Alternative,* Spezialist für Mittel- und Osteuropa. Einige seiner Veröffentlichungen:

scan & corr by rz 08/2008

The Prague Uprising 1945 (erschien zwischen 1960 und 1965 in Tschechisch, Slowakisch, Deutsch und Englisch), *De l'exil ä la Resistance, Refugies et immigres d'Europe centrale en France 1933-1945,* Paris 1989 (als Mitherausgeber), *Confession,* Toronto 1989 (Gespräche mit Bedrich Fucik), *Le temoin duproces de Husak temoigne,* Prag 1991 (Gespräche mit Ladislav Holdos), *Les Aveux des archives. Prague-Paris-Prague, 1948-1968,* Paris 1996.

Jean-Louis Margolin, Dozent für Geschichte an der Universite de Provence, forscht am dortigen Institut für Süd-Ost-Asien-Forschungen (CNRS). Autor von *Singapour, 1959-1987. Genese d'un nouveau pays industriel,* Paris 1989.

Weiterhin haben mitgearbeitet

Remi Kauffer, Spezialist für die Geschichte des Geheimdienstes, des Terrorismus und geheimer Organisationen. Wichtigste Veröffentlichungen, in Zusammenarbeit mit Roger Faligot: *Service B,* Paris 1985, *KGB objectif Pretoria,* Lausanne 1986, *Kang Sheng et les Services secrets chinois 1927-1987,* Paris 1987 (deutsch: *Der Meister der Schatten: Kang Sheng und der chinesische Geheimdienst 1927-1987,* München 1988), *As-tu vu Cremet,* Paris 1991, *Histoire mondiale du Renseignement,* 2 Bände, Paris 1993-1994 (zus. mit anderen Autoren).

Pierre Rigoulot, Forscher am Institut für Sozialgeschichte. Chefredakteur der *Cahiers d 'histoire sociale.* Wichtigste Veröffentlichungen: *DesFrangais au Goulag,* Paris 1984, *La Tragedie des Malgre-nous,* Paris 1990, *Les paupieres lourdes. Les Frangais face au Goulag: aveuglement et Indignation,* Paris 1991.

Pascal Fontaine, Journalist und Lateinamerika-Experte.

Yves Santamaria, Dozent für Geschichte, Lehrbeauftragter am IUFM in Le Mans und am IEP in Paris. Autor von: *Du Printemps despeuples ä la Societe des nations,* Paris 1996 (zus. mit Brigitte Wache).

Sylvain Boulouque, Student der Geschichte, Forschungsassistent am GEODE (Universität Paris X).

scan & corr by rz 08/2008

Autoren der deutschen Beiträge

Joachim Gauck ist Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. Als Pfarrer hauptsächlich im Neubaugebiet Rostock-Evershagen, auch in seinen Funktionen als Jugendpfarrer und Leiter der mecklenburgischen Kirchentagsarbeit, wurde Gauck durch seine offenen und kritischen Worte bekannt. 1989 gehörte Gauck zu den Mitbegründern des »Neuen Forum« in Rostock. Dort war er Mitinitiator des kirchlichen und öffentlichen Widerstandes gegen die SED-Diktatur. Im März 1990 zog er als Abgeordneter der Bürgerbewegung in die Volkskammer ein und wurde zum Vorsitzenden des Parlamentarischen Sonderausschusses zur Kontrolle der Auflösung des MfS und später zum Sonderbeauftragten für die Stasi-Unterlagen gewählt. Seit Verabschiedung des Stasi-Gesetzes des Deutschen Bundestages Ende 1991 in seinem gegenwärtigen Amt.

Ehrhart Neubert ist Fachbereichsleiter in der Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Nach Jahren als Pfarrer der Evangelischen Kirche und Mitarbeit in thüringischen Friedensgruppen Kontakte zu sozialethischen Gruppen in der gesamten DDR. Mitarbeit am Zentralen Runden Tisch und in verschiedenen Untersuchungskommissionen. Zahlreiche Publikationen. Zuletzt erschienen: *Vergebung oder Weißwäscherei?,* Freiburg 1993; *Untersuchung zu den Vorwürfen gegen den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg, Dr. Manfred Stolpe,* Berlin 1992; *Geschichte der DDR-Opposition,* Berlin 1997.

scan & corr by rz 08/2008

Personenregister

Abakumow, Viktor 270,272-274, 479
Abate, Atnafu 755
Abdullah, Sayyed 780
Abensour, Miguel 430
Abramowitsch, Raphael 89, 378
Adolph, Alfred 381
Agabekow, Georgi 774
Agazade 773
Agramonte, Roberto 713
Agranow, Jakob 147
Ahmadi, Farida 789
Ahn Sung Un 627
Akbari, Mohammad Junis 789
Alansaya, Tino 744
Alemu, Ambachew 756
Alexander II. 801
Alexander III. 798
Alexandra (Zarin) 55
Alexejew 74
Alichanow, Gework 220, 321
Alter, Viktor 350
Alvärez del Vayo 367, 372, 377
Alves,Nito 764-765
Amador, Carlos Fonseca 731-732
Amin, Hafizullah 775-778,780-781
An Myung Chul 619, 620
Anders, Ladislaw 348, 415
Andorn, Aman 753
Andrade, Juan 375, 380
Andre, Jacques 899
Andrejew, Nikolai 160,175-176,197, 212, 258
Andrew, Christopher 789
Andrianow, Andrej 273
Andropow, Juri 790
Antelme, Robert 821
Antonescu, Ion 456,499
Antonow, Alexander 126,133
Antonow-Owsejenko, Alexander 67, 112,133,217
Anweit, Jan 307,327-328
Aoun, Rifaat Abul 391
Apel, Erich 860
Applebaum, Anna 896
Arachewa, Raina 490
Arafat, Yasser 389, 393
Aragon, Louis 24, 31, 337, 373,793, 818
Araquistäin, Luis 372
Arbenz, Jacobo 715
Arce,Bayardo 737-738
Arenas, Reinaldo 715
Arendt, Hannah 890,891,892,906
Arquer,Jordi 375,380-381
Aron, Raymond 906
Ascaso, Joaquin 377
Asfa, Ijegayehu 756
Asfaw, Legesse 756
Atarbekow, Georgij 119,122
Atatürk, Kemal 774
Athders, Lyster 735
Auerbach, Thomas 874
Augurskij, Samuel 333
Averbuch, Wolf 333
Azana, Manuel 372
Azema, Jean-Pierre 23
Azew, Ewno 314
Azim 773

Baader, Andreas 393
Babel, Isaak 223,273,496
Babeuf, Gracchus 21, 33
Baccala, Vincenzo 345
Bacilek 479
Badajew, Alexis 272
Bahes, Barrudim 778
Bakunin, Michail 796,814,822-823

scan & corr by rz 08/2008

Balluku, Bequir 495
Bante, Teferi 753
Bao-zhang, Li 309
Barabas, Francise 494
Barak, Rudolf 495
Barbieri, Francesco 374
Barbusse, Henri 32, 463
Baret, Michel 785
Barre, Siyad 757
Barry, Michael 775,777, 779, 785
Barton, Paul 39
Bartosek, Karel 364, 451, 755, 902, 904
Bartziotas, Vassilis 341
Baschtakow, Iwan L. 403
Bassow 272-273
Bataillon, Gilles 735-736
Batcha-ye-Saqqao 774
Batista,Fulgencio 711-715,717-719, 724,729,734,943
Battek, Rudolf 489
Beaufrere, Marcel 340
Becker, Jasper 603
Becker, Jean-Jacques 898, 900, 901, 903
Bedarida, Frangois 902, 906
Beg, Ebrahim 774
Beimler, Hans 383
Belishova, Liri 495
Benary, Arne 860
Benda, Vaclav 502
Benjamin (Metropolit von Petrograd) 143
Benjamin, Hilde 834, 867
Benkowitz, Gerhard 866
Benyu, Qi 578
Beran, Josef 449
Berdjajew, Nikolaj 147
Berger, Joseph 24, 333
Berija, Lawrenti 32,157, 212, 228, 233,236-237,241-242,245, 247-249,253-254,265,267, 272-273, 275-278, 280,325, 338, 350, 402-404,406,409, 479, 790
Berling, Zygmunt 408-409
Berman, Rudolf 208
Berneri, Camillo 374
Bernstein, Eduard 797
Bersin, Jan 370
Biao,Lin 508,543,559,573-574, 578-579,581,586,596-598
Bibö, István 433, 496
Biermann, Wolf 847, 854, 857, 861, 874, 890
Bierut, Boleslaw 417,421, 482
Birobidschan 269
Blagojewa, Stella 325
Blanco, Jesus Sosa 712
Blandon, Juana 734
Bloch, Ernst 851, 857, 890
Bloch, Gerard 340
Bloch, Jean-Richard 340
Bloch, Michel 340
Blücher, Wassili 221
Blum, Leon 369, 372
Bodnaras, Emil 435
Bofill, Ricardo 726
Bogomolow, Alexander 217
Bohley, Bärbel 881
Boitel, Pedro Luis 718, 724
Bojarinow 781
Bojarski 479
Bonet, Pedro 375, 380
Bonhoeffer, Dietrich 844
Borbely, I. 494
Borge, Tomas 731-732,736,740
Borodin, Michael 308-309
Borowski, Jan 327
Botha, Piek W 763
Boumedienne, Houari 725
Bozidar Maslaric 348
Brandler, Heinrich 305
Brankov, Lazar 468
Brätianu, Vintila 437-438
Bräuning, Karl 380
Brecht, Bertolt 35
Brener, Michail 97
Breschnew, Leonid 39, 216, 262, 390, 493,725, 777, 824, 833
Bressler, Moritz 378
Breton, Andre 342
Brichmann, Karl 328
Brontsch-Brujewitsch 71
Brossat, Alain 818-819
Broue, Pierre 384
Bruguiere 391

scan & corr by rz 08/2008

Brüsewitz, Oskar 847, 861
Brusilow, Alexis 58
Buber-Neumann, Margarete 31, 332-333
Bucharin, Nikolai 93,151,158-160, 178,190,206, 222,290, 318, 814
Buchholz, Mathieu 341
Bugai,N. 288
Bugan, Ion 494
Bui Quang Chieu 631
Bui,Alexej 193
Bukowski, Wladimir 31-32,39
Bulgakow, Sergej 147
Bulganin, Nicolai 91,275-276
Buli,Petro 490
Bullejos, Jose 320
Burillo, Ricardo 375
Burzew, Wladimir 314

Caballero, Largo 367, 372, 375
Caccavale, Romolo 344
Caligula 823
Calligaris, Luigi 345
Campanella, Tommaso 14
Camus, Albert 906
Cardona, Miro 713
Carlos siehe Iljitsch Ramirez Sanchez
Carlos, Jose 743
Carreras, Jesus 717, 722
Carrere d'Encausse, Helene 144, 799
Carton, Martinez 385
Castillo, Michel del 824
Castoriadis, Cornelius 807
Castro, Fidel 14, 32, 38, 339,393, 711-720,723,725-726,728-730, 732, 737, 816
Castro, Raul 713,717-718,729,764
Ceau§escu, Nicolae 15,464,494,501, 625
Celor, Pierre 321
Cepicka, Alexej 479
Cerquetti 345
Challaye, Fehden 380
Chamberlain, Huston 756
Chami, Djemal 341
Chamorro, Pedro Joaquin 731,733
Chamorro, Violeta 741
Chandler, David 654, 655
Chatajewitsch, Michail 182-183
Chateaubriand, Francois Rene de 42
Chautemps 336
Chehu, Memet 341
Cheng, Nien 566, 582, 586-587, 590
Chiang Kai-shek siehe Kai-shek, Chiang
Chimanow 314
Chimczak, Eugeniusz 414
Ching, Liu 581
Chingwen, Chow 534
Chipenda, Daniel 764
Chissano, Joaquim 749
Chlewniuk, O. 288
Cho II Myung 614
ChoManSik 611
Chong, Mu 614
Chruschtschow, Nikita 30,35-38, 201,207,212-214,276-277, 280-281, 329,462, 477,479,482, 540,578,613,614,636,705,750,831
Chunqiao, Zhang 596
Churchill, Winston 275, 351, 357
Chwostow, Nikolai 90
Cichowski, Kazimerz 334
Cienfuegos, Camillo 717
Ciliga, Ante 319, 335
Clementis, Vladimir 472
Clit, Radu 899
Codou, Roger 383
Codovilla, Vittorio 370
Colas, Dominique 820
Colin, Marcel 821
Confino, Michael 149
Conquest, Robert 24,207-208,905
Copic, Vladimir 220, 383
Cortina 384
Costa, Carlo 345
Courtade, Pierre 443
Coutinho, Rosa 763
Croce, Benedetto 500
Cruz, Arturo 738
Csati, Józef 450
Cubella, Rolando 718
Cuesta,Tony 718
Cuno, Wilhelm 305
Cusin, Gaston 369
Czerny, Józef 301-302

scan & corr by rz 08/2008

Dahl, Harry 392
Dai,Bao 692
Daladier, Edouard 756
DalaiLama 603-606
Dalos, György 497
Dan, Fedor 87,131
Daniel, Juri 285, 732
Daniel, Odile 458
Danilow, W. P. 288
Daud, Mohammed 775-778,792
David, Hans Walter 332
Dazhao, Li 521
Deat, Marcel 39
Debray, Regis 715-716
Dedic 335
Dedijer, Vladimir 466
Dehuai,Peng 543,548,577-578
Dekanosow, Wladimir 235
Delange, Jean 314
Deletant, Dennis 459
Delmas-Marty, Mireille 822
Dematiere, Albert 340
DemenyPäl 464
Deng Xiaoping siehe Xiaoping, Deng
Denikin, Anton 74-75,85,95-96, 102,111-112,119
Deutsch, Gustl 347
Dezire, Georges 323
Dhlakama, Alfonso 768
Diaz, Jose 375, 384
Dibelius, Otto 889
Dimitriu, Anton 437
Dimitrow, Georgi 274, 308, 324, 327, 329,468,481-482
Djilas, Milovan 357-358,495
Dobsa, Ladislas 301
Dolgich, Iwan 265
Dollfuß, Engelbert 346
Domaschk, Matthias 860
Domenach, Jean-Luc 545, 554, 557, 573, 903
Domenech, Juan Jose 385
Dominguez, Margot 747
Donath, György 436
Donskoi, Dimitri 144, 239
Doriot, Jacques 39, 322
Dorn, Eva 867
Dornbach, Alajos 486
Dostojewsky, Fjodor 26, 380, 798
Dragic 335
Drees, Ludwig 874
Dreyfus, Alfred 797
Dro 248
Drtina, Prokop 441
Dsemtschujina, Paulina 271
Dserschinski, Felix 29-30,67-68, 70-72,75-76,78-79,82-83, 86-91,93,98,101,106,113, 118-119,126,131,140,143, 146-147,151,153-154,158,220, 315, 317, 330, 397, 400
Dubcek, Alexander 482, 488, 489
Dubs, Adolph 778
Duclos, Jacques 14,311,320,336, 342, 370
Duhamel, Georges 380
Dume, Petrit 495
Dumitreasa, Gheorghe Calciu 493
Dumont, Rene 766
Dunem, A. Domingos Van 764
Dusza, Józef 414
Duvignaud, Jean 443
Duxiu, Chen 341
Dziurzynska-Suchon, Lucyna 406

Eberlein, Hugo 217
Eberling 335
Echeverria, Jose Antonio 711
Eden, Anthony 351, 372
Egorow, Alexander 91
Ehrenburg, Ilja 257, 269
Eiche, Robert 171,214
Eichmann, Adolf 29, 841
Eideman 221
Eiduk 82
Einstein, Albert 444, 819
Eitingon, Leonid Naum 273, 339, 370
El Campesino (Valentin Gonzalez) 378, 382,384-385
Ellenstein, Jean 25
Elorza, Antonio 369
Eluard, Paul 342
Emperador, Mariano Gömez 371,379
Engels, Friedrich 513, 797, 830
Eppler, Erhard 890
Epstein 269

scan & corr by rz 08/2008

Erlich, Henryk 350
Escuder 380
Ester, Jose 385
Etschow, Nikolaj 400,402

Fechner, Max 868
Fefer, Isaak 269
Fejgin 414
Fejtö, Francois 903
Feldbin, L. 370
Feldman, Fred 221
Feng, Hu 536, 636
Feng, Lei 558
Fengying, Yan 596
Ferro, Marc 52
Filiätre, Roland 341
Fischer, Ruth 383
Fischl, Otto 472
Flieg, Leo 217
Florin, Wilhelm 327,330
Foris, Stefan 464
Foscolo, Alfred 490
Foucher, Michel 760
Fourrier, Jules 323
Fraile, Ricardo 785
Franco, Francisco 42, 366, 368, 373, 376,381, 386
Frank, Josef 471-472
Frank, Robert 499
Frank, Semion 147
Fränkel, Hans Joachim 839, 889
Franqui, Carlos 724
Franz, Horst 392
Frayde, Martha 723
Frei, Rudolf 379
Frejka, Ludvik 472
Fresquet, Rupo Lopez 713
Freund, Hans 374
Fried, Eugen 324
Frommelt, Erich 382
Frömmrich, Gisela 875
Frossard, Andre 20
Frumkina, Maria J. 335
Frunse, Michail Wassiljewitsch 773
Fucik, Bedr 451
Fugueres 732
Füret, Francois 5, 34, 37, 253, 276, 796, 802
Furubotn, Peder 364
Fuzhi, Xie 580

Gagarin, Juri 545
Gaggi, Otello 345
Gartenschläger, Michael 872
Gasso, Juan Farre 386
Gaulle, Charles de 33-34,749
Gebeyahu, Haue 756
Gega, Liri 490
Geldof, Bob 760
Geminder, Bedrich 471-472,477,479
Genoud, Francois 391
Georgescu, Teohari 479
Georgiew, Kosta 307
Gerö,Ernö 370-371,375,378
Gheorgiu-Dej, Gheorghe 454, 467, 478,490
Ghezzi, Francesco 345
Gide, Andre 368, 380
Gijni 449
Gilels, Emil 269
Gimes, Miklös 484
Gironella, Pascal 380
Gitton, Marcel 323
Goebbels, Joseph 30
Goldberg, Alexander 97
Goldman 87
Golikow, Philipp 255
Goliwitzer, Helmut 890
Goma,Paul 496
Gombrowicz, Witold 35
Gomulka, Wladyslaw 334, 365, 417, 420,422, 424,482
Gonzalez, Valentin siehe El Campesino
Gonzalez 721
Gonzalo 747
Gopner 118
Gorbatiuk 313
Gorbatow 221
Gorbatschow, Michail 482, 493, 790, 832,833, 838, 904
Gordiewsky, Oleg 789
Gorelli, Aldo 345
Gorjew,W.J. 370
Gorki, Maxim 32,138, 800, 805, 813, 817, 819-820, 825

scan & corr by rz 08/2008

Gorkic, Milan 219, 335
Gorkin, Julian 339, 369, 372, 375, 377-379,383
Gornfeld 148
Gots, Abraham 144
Gottwald, Klement 329, 440-441, 468, 470-471,472, 473, 477,479, 482, 900
Grandi, Dino 372
Gravier, Bruno 820
Graziosi, Andrea 81,159,178, 288
Gregor 335
Gregory, Constantin 744
Grigorenko, Pjotr 31, 285
Groman 190
Gromyko, Andrej 216,390
Grossman, Wassilij 20, 28, 31, 269, 344, 799, 822, 825
Grösz 449
Guangmei, Wang 577
Gueffroy, Chris 872
Guesde, Jules 797
Guevara, Ernesto »Che« 14, 34, 712-713,715-717,742
Gulam-Nabi Khan 774
Guofeng, Hua 573, 594, 599
Guralski, August 305
Gurwitsch 270
Guseilla, Ion 494
Guzman, Abimael 393,742-747
Gysi, Gregor 832

Habbash, George 389-390
Haddad,Wadi 389-391
Hadschi, Usun 157
Haitas, A. 362
Hajdu, Vävro 472
Han, Wu 581
Hannian, Pan 313
Haubrichs, József 301
Havel, Vaclav 496-498, 889
Havemann, Robert 839, 841, 851, 890
Hawatmeh, Nayef 389
He,Liyi 530
Heder, Stephen 654
Heijenoort, Jan van 336
Heinrich VIII. 14
Helfferich, Karl 85
Heng, Ly 669, 687
Hernändez, Jesus 367, 385
Herriot, Edouard 178
Hertz, Alfredo 371,378-379
Hie, Marcel 341
Hilberg, Raul 29
Himmler, Heinrich 29, 813
Hinton, William 527
Hirsch, Werner 217
Hirszowicz, Likasz 350
Hitler, Adolf 26, 30,178,221, 238, 240, 326-327, 330-331,355,372, 384, 415,756, 813, 833, 836, 888
Ho Chi Minh 14, 30, 342, 630-631, 634,636,647, 685, 691-692,697, 699,705
HoangVanHoan 512
Honecker, Erich 832, 833, 838, 841, 843, 850,854, 855, 860, 867, 875
Honecker, Margot 870
Honel, Maurice 314
Hongwen, Wang 596
Hoover, Herbert 139
Horäkovä, Milada 443-445
Horthy, Nikolaus von 484
Höß, Rudolf 27
Hoxha,Enver 341,362,434,449,495, 501
Hryhoryiw, Mikola 110-111
Hu Hak Bong 615
Hugo, Wilhelm siehe Knorin
Huian, Guang 313
Humer, Adam 501
Husäk, Gustav 473, 488<
Hussein (König von Jordanien) 389
Huta, Nuri 467
Huu,To 635
Huynh Phu So 631
Hwang Jang Yop 625
Hyon Chun Hyok 611

Ibarruri, Dolores (La Pasionaria) 368,376
Ierunca, Virgil 460
Ignatjew, Alexej 275
Iljitsch, Alexander 798
Iparraguire, Elena 747
Irujo, Manuel de 380

scan & corr by rz 08/2008

Isgoj ew, Alexander 147 -148
Issajew, Pjotr 182
Iuga, Dimitru 494
Iwan IV, der Schreckliche 207, 799

Jackson, Michael 760
Jagoda, Genrich 30,76,153,162,169, 175,181,196,212,370,819
Jahn, Roland 874
Jakir, Jonas 221
Janata 223
Jankow, Kosta 308
Jankowskaja, L. 328
Jaroslawski, Jemeljan 192
Jaruzelski, Wojciech 363,427, 429, 501
Jaures, Jean 797
Jegorow 221
Jelzin, Boris 233, 621
Jennrich, Ernst 867
Jeschow, Nikolaj 30,203,206-207, 209,211-212, 221,228, 328, 330, 339
Jiaxing, He 313
Jäckel, Günter 392
Jihua, He 313
Joffe, Adolf 77
Johansen, Strand 364
Joliot-Curie, Frederic 322
Jordinis, J. 362
Jurenjew 217
Jusowski 270
Justinian (Patriarch) 453
Justus,Päl 468

Kabila, Desire 716
Kacmarek 419
Kädär, Janös 482, 485
Kagame, Paul 748
Kaganowitsch, Lasar 181,197, 211-212,217,224,276,329,403
Kai, Ho 614
Kai-shek, Chiang 308-309,517,520, 521, 525
Kakar, Hassan 789
Kakar, Tajwar 952
Kalandra, Zavis 342
Kalinin, Michail 129,136, 329, 403
Kamenew, Lew 63-64, 77, 93,100, 138,146,159,202,206,273, 317-318,802,814
KangChulHwan 618-619
Kang Koo Chin 615
Kang Song San 615
Kapalanz, Seppl 378
Kapitza, Pjotr 269
Kaplan, Fanny 88
Kaplan, Karel 444,455, 479
Kapustin 272
Karakach 325
Karmal, Babrak 775-776,778, 780-781,788,790
Kärolyi, Mihäly 300-301
Karsawin, Lew 147
Käskiewicz, Jerzy 414
Katharina die Große 207,240, 800
Kautsky, Karl 797,802,807-810,812, 815, 818, 821
Kedrow, Michail 130
Kelemen, Gyula 437
Kennedy, John F. 944
Keppert 479
Kerekes, József 302
Kerenski, Alexander 60, 83
Kevic, Stefan 469
Khan Mohammed Hosayn 776
Khaybar, Mir-Akbar 777-778
Khun, Ken 670
Kiernan, Ben 654, 660, 693
Kiesewetter, Alexander 147
Kim Du Bong 614
Kim Hyon Hui 394
KimllSung 14,22,512-513, 610-612, 618, 619, 622, 623,630, 692,697, 705
KimJongll 622-623,625
KimKwangHyup 614
KimSungll 394
Kin, Pa 581
Kirilina, Alla 201
Kirow, Sergej 102,188,201 -203,215, 274,281,326,335,814
Kissinger, Henry 634
Klaras, Thanasis 358
Klement, Rudolf 337

scan & corr by rz 08/2008

Klier, Freya 876
Kljuew, Nikolaj 223
Knight, Amy 278
Knorin (Wilhelm Hugo) 220, 328, 335
Kobulow, Bogdan C. 237,245,254, 403
Koestler, Arthur 302
Kogel, Hans Dietrich 866
Kogenman 251
KohYoungHwan 624-625
Kolakowski, Leszek 824
Koleci, Vasco 467
Kollontai, Alexandra 275, 315, 317
Koltschak, Alexander 95,98,102,109, 314
Kolzow, Michail 370, 373
Komarow 325
Komorowski, Ludwik 327
Komphot 662
Kondratjew, Nikolaj 138,190
Konfuzius 514,516
Konjew, Iwan 370
Kopp, Pascale 392
Koppensteiner, Fritz 347
Koritschoner, Franz 331
Kork 221
Kornilow, Lawrentij 60, 63, 74
Korolew,V 223
Korotschenko, Michail 212
Kossior 160,182,214
Kossygin, Aleksej 216, 390
Kostopoulos 358
Kostow, Traitscho 438,468-469
Kostrewa-Kochtchva, Wera 333
Kovächs, Bela 436
Kövägö, József 436
Kowaljow, Sergej 621
Krajewski, Anton 321, 327
Krasnow 85
Krassin, Leonid 141
Krasucki, Henri 757
Krawtschenko, Viktor 31
Krebs, Richard 306
Kreuz, Egon 501, 832, 833, 838
Krestinski, Nikolaj 206, 217
Kreyssig, Lothar 839
Kriegel, Annie 25, 215, 814, 818, 897
Kristo, Pandi 467
Kriwitzki, Walter 370
Kmglow, Sergej 261-262,264-265
Krylenko, Nikolai 136,151
Kun, Attila 494
Kun,Bela 219,300-304,328-329
Kunze, Reiner 859
Kurganow 905
Kurön,Jacek 424-425
Kurski 69,145-146
Kuskowa, Ekaterina 138-139,146
Kusnetsow, Nikolaj 272
Kutiepow, Alexander 313-314
Kutusow, Michail 239
Kuusinen, Aino 220, 316,329,343, 824

La Guardia 729
Laignel-Lavastine, Alexandra 500
Lama, Panchen 606
Lameda, Ali 616
Landau, Katja 374,377-378
Landau, Kurt 374,377-378
Lander, Karl 115
Langevin, Paul 325
Langumier, Adrien 322
Lanz, Diaz 716
Laotse 514
Lapschin, Iwan 147
Larin 318
Larisch, Emil 330
Lassalle, Ferdinand 89
Last, Jef 368
Lasutin 272
Latour, Rene Ramos 715
Latsis, Martyn 76, 87, 92,115,120
Laurencic 379
Laval, Pierre 39
Lazar, Marc 898, 899, 903, 904
Lazarevitch, Nicolas 345
Lazimir, Alexander 67
Lazis, Sergej Melgunow 20
Lazitch, Branko 327
Lechowicz, Wtodzimierz 421
Le Duan 630
Le Duc Tho 634
Lei, Fu 581
Lenin, Wladimir I. 14,19-21, 23,

scan & corr by rz 08/2008

26-27, 30, 34, 37, 43, 61-65, 68, 71-72,75-77, 80, 83-88, 93, 99, 104,107,118,126,128-129,131, 138-141,144-147,149, 206,239, 289, 299-301, 303,305,315-316, 325, 327, 330, 333, 345,352,391, 397, 513, 576, 643, 685, 698,716, 743,748,795, 796,798, 801-811, 813-814, 816, 819, 821-823, 825, 830
Leniton, Grigorjewitsch 271
Lensky, Julian 334
Leonhard, Wolfgang 347, 838
Lermontow, Michail 239
Levi, Paul 304-305
Levine, Eugen 300
Levy, Ives 377
Lewin, Moshe 279
Lewit 223
Leys, Simon 644
Li Sung Yop 614
Li Sun Ok 616
Li Yong Mu 615
Liberberg, Josif 333
Lichatschow, Michail 470, 478
Liebknecht, Karl 299-300
Lietz, Heiko 878
Ling 587
Ling, Ding 523, 581, 600
Linshan, Hua 587, 589
Lister, Enrique 377-378,382,385
Litoiu, Nicolae 494
Litvan, György 499
Litwinow, Maxim 222, 331
Llosa, Vargas 743
Locard, Henri 647, 656, 669, 674, 685
Loebl, Evzven 470, 472
Lominadze, Wissarion 309
London, Artur 472
Longo, Luigi 383
Lorenzo, Cesar M. 378
Losonczy, Geza 484, 486
Losski, Nikolaj 147
Loula, Anastaste 341
Luca,Vasile 478-479
Luchaire, Jean 322
Ludendorff, Erich 430, 811
Lultschew, Kosta 437
Luther, Martin 853
Lutowinow, Juri 315
Luxemburg, Rosa 299-300
Lyssenko, Trofim 223,541,701, 851

Maari, Gurgen 223
MacArthur, Douglas 612
Macciochi, Maria-Antonietta 32
MacGovern, John 380
Machado, Gerardo 711
Machel, Samora 763,767,769-771
Machno, Nestor 97,106,110-111, 113,124,774
Madry, Jindrvich 476
Maiski, Iwan 275,350
Maiwandwal, Hashim 776-777
Makarow, Nikolai 190
Maleter, Pal 484
Malenkow, Georgij 223,241, 275-277,479
Malia, Martin 25, 277, 798, 801
Malraux, Andre 325, 517
Mandelstam, Ossip 223,496
Maniu,Juliu 437-438
Mann, Thomas 819
Mantecön, Jose Ignacio 377
Manu, Gheorghe 494
Manuilski, Dimitri 220,320,327,329, 481
Manzew, Wassili 146
Mao Zedong 14-15, 22, 30, 32, 34, 38, 308, 310, 341, 393, 508-509, 511-513,516, 520-525, 528, 531, 534,536,539,541,543-545, 549-550,553,556-558,564-567, 571-572, 574-584,586-589, 591, 593-594, 599-600, 603, 604, 606, 630, 632, 643, 659, 682, 685, 692-695, 697-699,705, 707,732, 742-743, 816, 822, 903
Marchais, Georges 14
Marchak, Samuel 269
Marchlewski, Julian 400
Margolin, Jean-Louis 902, 905
Margolin, Julius 349
Margolius, Rudolf 471-472

scan & corr by rz 08/2008

Mariätegui, Jose Carlos 743
Marin, Humberto Sori 713-714,717, 722
Marion, Pierre 389
Markin, N. 86
Markish, Peretz 269-270
Markovic, Sima 335
Markow, Georgui 31, 496
Marr, Nikolai 223
Martmez, Alfredo 374
Martin, Robert 383
Martin du Gard, Roger 380
Martow, Juri 87, 92, 804
Marty, Andre 324,382-383
Marx, Karl 271, 299, 513, 643, 743, 749, 796-797, 808, 810, 821, 824, 830,831,893
Masaryk, Tomas 442, 799
Maschke (Kommission) 354
Masferrer, Rolando 712, 714
Maslow, Arkadi 383
Massud, Ahmed 783
Mastilak 449
Mateus,J. 764
Matos, Huber 716-717,719,724
Matthews, Herbert 375, 712
Matusow, Jakov 329
Matwejew 197
Mauriac, Francois 380
Maurin, Joaquin 366, 377
Maurin, Manuel 377
Mazowiecki, Tadeusz 429, 497
Mbembe, A. 771
McCarthy, Joseph 896
Meas, Keo 651
Meckel, Ursula 861
Medina, Benigno 743
Medwedjew 317
Meinhof, Ulrike 393
Meisel, Paul 331
Melgunow, Sergej 74-75,119,122
Mella, Julio Antonio 370
Melsheimer, Ernst 868
Menelik IL 754
Mengistu, Haile Mariam 14, 749, 753-761
Mengxiong, He 313
Menoyo, Eloy Gutierrez 722
Menschinski, Rudolfowitsch 76,147, 158,162,220
Menthon, Francois de 18-19
Meray, Tibor 613
Mercader, Caridad 339
Mercader, Ramön 338-339
Merker, Paul 495
Merkulow, Wsewold N. 236, 403, 406
Messing, Stanislaw 76,148
Metaxas, loannis 356
Meyerhold, Wsewolod 223, 273
Mezzich, Carlos 743, 747
Miakotin, Alexander 148
Miasnikow, Alexander 157
Michoels, Salomon 269-270
Mielke, Erich 392, 832, 833, 866
Mif, Pavel 313
Mihailovic, Draza 356-357
Mihalache, Jon 438
Mikojan, Anastas 160,211-212,247, 272,276,403
Mikoladse 223
Mikolajewski 131
Milew, Nicolas 307
Miller, E. K. 314
Millerand, Alexandre 797
Milstein, Salomon 246
Milza, Pierre 903
Mindszenty, József 449
Minew 370
Ming, Wang 523
Minkow, Iwan 308
Mirow-Abramow 220
Mitrojorgji, Vango 467
Mitschurin, Iwan 851
Mittag, Günter 860
Mitterrand, Danielle 32
Mitterrand, Francois 725
Mjasnikow, Gabriel 315-316
Mocun, Ding 313
Moczarski, Kazimierz 413-414
Modesto, Juan 385
Modrow, Hans 832, 838, 878
Modzelewski, Karol 424
Molnär, Miklös 478, 480
Molotow, Wjatscheslaw 138,165, 181-183,191, 211, 230, 237, 241, 271,275-276,353,403

scan & corr by rz 08/2008

Monard, Jacques 339
Monatte, Pierre 317
Mondlane, Eduardo Chivambo 767
Monivong 696
Morgan, William 713-714
Moro,Aldo 698
Moroz, Gregorij 76
Morus, Thomas 14
Moskwin, Michael 321,327-329
Mugabe, Robert 761
Mujal, Eusebio 712
Müller, Boris (Melnikow) 328
Munch-Petersen, A. 328
Mussolini, Benito 358, 372, 904

Nadschibullah, Mohammed 14, 777, 782,787,790
Nagy, Ferene 436, 484-485
Nagy,Imre 364-365,482,484-486, 488
Naim 791-792
Narvich, Leon 373
Nassedkin, Iwan 250
Nasser, Gamal Abdel 388
Nastasescu, Gheorghe 494
Ndreu, Dale 490
Nedkow 491
Negrin, Juan 367, 375, 381
Neto, Agostinho 14,763-765
Netschajew, Sergej 715, 798, 805-806,814,822-823
Netschew, Nikola 469
Netschiporenko, Oleg 393
Neuberg 312
Neumann, Heinz 217, 309, 329, 332
Nevski, Alexander 239
Ngo Dinh Diem 636
Ngor,Haing 669,683,685-686
Nguyen Ai Quoc 691
Nguyen Van Linh 638
Nguyen Van Thieu 630
Nichtweiß, Johannes 859
Nicod, Rene 322
Nicolaievski, Boris 823
Nidal, Abu 393
Nietzsche, Friedrich 38
Nikolajew, Leonid 201-202
Nikolaus IL 55,90-91,808
Nikolski, Alexandru 460
Nim, Hu 651-652,671
Nin, Andres 366,372-373,375-376
Nixdorf, Kurt 330-331
Nkavandame, Lazaro 769
Nol, Lon 646, 654, 657, 663, 682, 685-686,688,698,701
Novotny, Antonin 476
Nowotschilow, Wladimir 197
Nyerere, Julius 749
Nyeste, I. 448

Ochoa, Amaldo 729, 737
Okulicki, Leopold 410
01escha,Juri 223
Olminski, Alexandrow 93
Oltusky, Enrique 714
Ordschonikidse, Sergo 32,116,157, 166,188,190, 274
Orlow, Alexander 370-371,375
Ortega, Camillo 732-733, 735
Ortega, Daniel 732, 735, 738
Ortega, Humberto 732
Ortega, Jaime 720
Orwell, George 374
Oserow, Alexander 148
Ossinski, Nikolai 134
Ossorgin, Michail 147
Ostrowski, Nikolaj 217
Outrata, Eduard 473
Owtschinnikow, Pawel 186

Paczkowski, Andrzej 334, 349, 499, 904, 905
Padilla, Ernesto 715
Pai,Peng 519-521,526
Paik Hyung Bok 614
Pak Hon Yong 614
Pak Kum Chul 615
Palach, Jan 487, 861
Pampuch-Bronska, Wanda 327
Panin 905
Panne, Jean-Louis 902
Pantelejew, Michail 327, 329
Papandreou, Georgios 359
Pascal, Pierre 345
Pasqualini, Jean 546, 554, 557, 558, 562-563,566,575,580

scan & corr by rz 08/2008

Pastora, Eden 731-733,736-738
Pastukow, Krastiu 437
Pat, Jacques 351
Patrascanu, Lucretiu 467
Pauker, Ana 153,478-479
Pavel, Gheorghe 494
Pavelic,Ante 356-357
Pavlik, Gejza 470
Pawlow, Nikola 469
Pawlowski, Iwan 780
Pean, Pierre 391
Peluso, Edmundo 345
Peng, Dehuai 543, 578
Pentschew, Dimitar 495
Peralta, Margie Clavo 747
Petain, Philippe 323, 499
Peter der Große 207, 799
Peter, Gabor 478
Petermann 329
Peters, Jan 76,88-90,156
Petkow, Dimitri 439
Petkow, Nicolas 438-439,495
Petkow, Petko 439
Petljura, Simon 96,110
Petrescu, Constantin Titel 437
Petrischtschew 148
Petrowski,N. 88,93
Petschechonow 148
Pfeiffer, Wilhelm 330-331
Pham Van Dong 637
Phim, Sao 652
Piatakow-Brjuchanow, Georgij 131-132,191,206
Picelli, Guido 374
Picq, Laurence 666, 687
Pieck, Wilhelm 329-330
Pika, Heliodor 441-442
Pilecki, Witold 415
Pilnjak, Boris 223
Pilsudski, Józef 397, 399
Pineau, Christian 344
Pino, Del 719
Pipa, Mustafa 449
PiusXI. 41
Pjatnitzki, Ossip (Tarchis) 328, 335
Pjurwejew, D. P. 247
Piaton 13,307
Plechanow, Georgij 239
Plenzdorf, Ulrich 859
Plewistkaja, Nadeda 314
Pljuschtsch, Leonid 31
Plocek, Evzen 487
Plotkin 186
Podgornyj,Nikolaj 390
Podsednik, Josef 442-443
Pokrowski 222
Pol Pot (Saloth Sar) 15,16,22-23,28, 38, 40,508, 520, 643-644, 647, 651-652,654-655, 657,659-660, 665, 670, 672, 674, 677-678, 682-683, 685, 687, 690-697, 700-701,703-704,743,745,748, 822, 900, 901
Ponchaud, Francois 644
Popiehiszko, Jerzy 428
Popkow, Pjotr 272
Poretzki, Elisabeth 322
Poretzki, Nathan 336
Poskrebyschew, Alexander 271
Postsyschew 222
Postyschew, Pawel 160, 214
Potressow 87,148
Pouliopoulos, Pandelis 341
Prager, Rodolphe 341
Premtaj, Sadik 341
Prennushi, Vincene 448
Prieto, Indalecio 379
Primakow 221
Prokopowitsch, Serge 138-139, 146
Przemyk, Grzegorz 428
Psarros, Dimitri 358, 359
Pugatschow, Jemeljan 800
Puiu, Ion 493
Puschkin, Alexander 239
Pusitski, Nikolaj 175
Putna, Vitvot 221
Puzitski, Sergej 314

Qing, Jiang 573-574, 577, 580, 586, 596,694,704
Queneau, Raymond 13
Quevedo, Miguel Angel 713
Quingshi, Ke 313
Quynh, Pham 631

scan & corr by rz 08/2008

Radek, Karl 77,80,100,159,206,220, 315, 804
Radkiewicz, Stanislaw 412
Radomir 335
Radtschenko, Ljubow 148
Rahi, Seddiqoullah 790
Rajk,Läszlö 417,436,467-470, 477-478,485
Rajnai, Sandor 486
Räkosi, Mätyäs 301,305,437, 468, 470,478, 482,485
Rakowski, Christian 159, 318, 804
Ramirez, Oscar Alberto 747
Ramzin 190
Ramzyn, Alexander 190
Ranke, Hubert von 378
Rasin, Stenka 800
Rasputin, Grigorij 55
Ratebzad, Anathiha 775
Ravasz, Läszlö 449
Ray,Manolo 714
Reagan, Ronald 760, 766
Reboul,Jean 340
Rebull, Cabre 380
Regler, Gustav 382-383
Reicher, Gustav 334
Reicin, Bedrich 442, 472
Rein, Marc 378-379
Reingold, Isaak 114
Reiss, Ignaz 336
Remmele, Hermann 217
Renan, Ernest 824
Reventlow, Max 383
Rey, David 381
Rhee, Syngman 614
Ribbentrop, Joachim von 231-232
Rieger, Max 375
Rigoulot, Pierre 355, 898
Rio, Jaime Ramön Mercader del 339
Riumin, Martemian 275
Rivet,Paul 380
Rjutin, Martemiam 323
Roa, Raul 713
Robelo, Adolfo 733, 737
Robespierre, Maximilien 691,796, 815
Robotti, Paolo 219, 345
Rocha, Octavio Cabrera 743
Rodionow 272
Rodriguez, Ernesto Diaz 722
Rodriguez, Jose 734
Rojkow,N. A. 148
Rokossowski, Konstantin 221
Rolland, Romain 325, 346, 813
Romanow, Panteleimon 223
Romkowski 414
Roosevelt, Franklin D. 17, 30, 33
Rosales, Danilo 739
Rosanow 148
Rosenberg, Marcel 367
Rosental, N. 119
Rousset, David 31,38,906
Rousso, Henry 901-904
Roux, Alain 533
Rovira, Jose 380
Rozafiski, Józef 414, 421
Rudolph, Hans 383
Rudzutak, Jan 214
Ruiqing, Luo 578
Ruo-wang, Bao 554
Rychetsky, Pavel 503
Rykow, Alexej 100,159,190, 206

Sabata, Jaroslav 489
Sabolotski, Nikolaj 223
Sacharow, Andrej 31,188
Sadek, Abraham 340
Sadyrin, Andrej 190
Safay, Selab 780
Sahir Schah Daud 773,775-776,791
Saint-Just, Louis A. L. 715
Sala, Victorio 371,379
Salas, Rodriguez 373
Salazar, Antonio de 42, 769
Salini, Pierre 340
Salvador, David 714
Samouth, Tou 685
Samphan, Khieu 654, 684, 694
Samsonow, Timofei 97
Sanchez, Iljitsch Ramirez (Carlos) 390
Sandino, Cesar 731
Santamaria, Yves 728
Sapilinia 765
Sapronow, Timofej 315

scan & corr by rz 08/2008

Sar, Saloth siehe Pol Pot
Sarafis 359
Sardinas, Oswaldo Payas 727
Sartre, Jean-Paul 612, 818
Sary.Ieng 644,691,697
Sawimbi, Jonas 728, 763, 766
Sawinkow, Boris 86, 314
Scarioli, Nazareno 345
Scarselli, Tito 345
Schacht, Hjalmar 372
Schachty 189,192
Schah, Nadir 774-775
Schalamow, Warlam 38-39,155
Schau, Günther 874
Schdanow, Andrej 211-212,215-216, 235,242,268
Scheinin, Lew 273
Scheljajew 223
Scheptitski 254
Scherbakow, Alexander 268
Schiwkow, Todor 501
Schkiriatow 187
Schleyer, Hanns-Martin 393
Schljapnikow, Alexander 275, 315-317,808
Schmutzler, Siegfried 857, 889
Scholochow, Michail 184,186-187
Schtscherbakow, Alexander 481
Schubert, Hermann 217, 329
Schujskij 799
Schukow, Georgij 370
Schulenburg, Friedrich von der 331
Schulte, Fritz 217
Schwarzmann, Lev 273
Schwernik, Nikolaj 213
Sedow, Leo 337
Sejko, Temo 495
Selassie I., Haile 753
Semprün, Jorge 331
Senhe, Weng 587
Serantes, Perez 714
Serge, Victor 308, 318, 372
Sergej 192-193,340
Serman, Seilkowitsch 271
Serow,Iwan 235-236,241,245,280, 409-411
Sewina, Alexandrowna 271
Shah Bazgar 780,787, 790-791
Shaoqi,Liu 548-549,553,571, 574,577,583, 586, 590, 604
Shaosang, Zhang 606
She, Lao 581
Sheng, Kang 313, 511, 524, 578, 587
Shi, Qin 516
Shikai,Yuan 517
Shiqun, Li 313
Shiwei, Wang 523, 599
Shu-li, Chao 581
Shunzbang, Gu 313
Siantos, Georgios 359
Sihanouk, Nordom 645-648, 656, 682, 684-685, 687, 691
Sikoeun, Suong 691
Sikorski 350
Silone, Ignazio 14
Siloto 345
Silva, Amaldo 345
Simaiäo, Joana 769
Simango, Uria 769
Simone, Andre 472
Sinclair, Betty 388
Singer, Israel Joshua 349
Sinjawski, Andrej 285
Sinowjew, Grigorij 31,63-64, 84, 89, 100,128-129,158-159,202, 206, 215,273, 305, 307, 317-318, 802, 814
Sisaye 753
Sivers 75
Sklobine, Nikolaj 314
Skoblewski, Alexander 305
Skolnik, József 464
Skulski, Stanislaw (Mertens) 328
Sladek (Familie) 347
Slänsky, Rudolf 274, 417,448, 470-472, 475,477,479,486
Sling, Otto 443, 472
Sliwinski, Marek 655-656,658-660, 663,677
Smilie, Bob 377
Smirnow, Wladimir 104,118, 320
Smith, Ian 768
Snow, Edgar 522
Sochor, Lubomir 445

scan & corr by rz 08/2008

Sokolnikow 217
SolJangSik 613,614
Solle, Dorothee 890
Solowjew 272
Solschenizyn, Alexander 31-32, 37-39,223,264,286,376,816,890, 905
Somoza, Anastasio Debayle 731-733,735-736,739-740
Souvarine, Boris 309,317,324, 327, 823
Sovan, Pen 654
Sperber, Manes 890
Spiegelglass, Sergej 339
Spiridonowa, Maria 97-98,100
Spychalski, Marian 421
Stachanow, Andrej 204
Stajner, Karlo 347
Stalin, Josif W. 14-15,17,19, 21, 23, 26-28,30,33,36-37,39,43, 62,93,147,158-167,171,173, 182-184,186-191,193, 201-208, 211-212,217,220-225,231, 235, 236,238, 242,245,247-249, 261-262,267,269-279,281, 305,308,317-318,323-331, 333-336,338,340,343,351, 353,355, 358,362-364,368-370, 384, 386, 397-398, 403,408, 411, 417,423, 434-435,453-454,462, 467,470-471,473-476,478-479, 480, 482, 485,511, 513, 612, 630, 643,651, 657, 685, 695, 697, 703-705,749,780,795,802, 813-814, 816, 819, 822-823, 831-832, 836, 838, 840, 851, 887, 903
Stambolijski, Alexander 307
Staschewski, Arthur 370
Stefanow, Iwan 469
Stein, Wladyslaw 327
Steinberg, Isaac 76,812-813
Stepan, Miroslav 501
Stepun, Fedor 147
Stern, Antonia 383
Stoian, Maria 454
Stojadinovic, Milan 356
Stolypin, Pjotr 55, 59
Stresemann, Gustav 305
Stroop, Jürgen 414
Struch, Papito 725
Suarez, Anres 713
Sudoplatow, Pawel 337,338-339, 370
SunTzu 515-516
Suslow, Michail 272,275, 390
Süsskind, Heinrich 217
Suvanna Phuma 640
Suvannarong 640
Suworow, Alexander 239
Svab, Karel 470, 472
Svermova, Marie 473
Svoboda, Ludvik 43-5
Swerdlow, Jakob 93
Swerew 265
Swianiewicz, Stanislaw 404
Swiatlo, Josef 420-421
Swiecicki, J. 334
Syrtsow, Sergej 190
Szalai, Andräs 468
Szamuely, Tibor 301-302
Szilägyi, József 484,486
Szönyi, Tibor 468

Tabidse, Tizian 223
Tadschijew, Kara 773
Taittinger, Jean 311
Talaban, Irena 899
Taraki, Nur Mohammed 775-776, 778, 780
Tashko, Kogo 495
Ta Tu Thau 342, 631
Tay, Son 631
Teilevia, Salomon 739
Tellos, Carlos Nuves 738
Tertullian 32
Thacj, Gaspar 448
Thilo, Arthur 330-331
Thorez, Maurice 14,33,363,365,440, 477, 705
Ti,Mo 515
Tichon (Patriarch) 139,144,192
Tijerino, Jose Angel Vilchis 739
Tildy, Zoltän 436
Timaschuk 268
Tiso, József 499

scan & corr by rz 08/2008

Tito,Josip 274,335,356-357, 361-364, 388, 416, 417,434,465, 467,469,474, 895, 905
Tkatschow, Pjotr 822
To, Teng 581
Toai, DoanVan 638
Todorov, Tzvetan 11,25,33,462,815, 817
Togliatti, Palmiro 219, 274, 329, 365, 368, 370, 384,477
Tolstoi, Lew 239
Tomski, Michail 19
Torriente, Elias de la 719
Torrijos 732
Totu, Victor 494
Tran Van Giau 631
Treint, Albert 311
Tresso, Pietro 340
Tretjakow, Sergej 314
Trilisser, Meir 76, 308, 321, 327
Triolet, Elsa 373
Trochta, Stepan 450
Trotzki, Leo 34,43,73,77,87,93,100, 102,104,106,131,158-159,206, 273, 305, 312, 317-319, 326, 329, 333, 335-340, 364, 372, 398, 802. 806,810-811,817,823
Trubetskoi, Sergej 147
Tschaikowsky, Pjotr 239
Tschajanow 190
Tschastniji 84
Tschechow, Anton 239
Tscheglowitow, I. 90
Tschernomordik 321
Tschernow, Viktor 99
Tschernyschew, Wassilij 404
Tschubar 214
Tschukowskaja, Lydia 283
Tuchatschewski, Michail 130, 133,190, 212,220-222, 274, 398
Tulaikow 223
Tulu,Teka 756
Tuominen, Arvo 329, 343
Tupolew, Andrej 223
Turcanu, Eugen 460-462
Tutew, Iwan 469
Twining, Charles 663
Uborewitsch 158,221
Uhl, Petr 489
Ulbricht, Walter 832, 833, 838, 839, 840, 843, 852, 854, 862, 866
Ullah,Aman 773-774
Unschlicht, Josef 76,140,146-147, 158, 220
Uribe, Vincente 367
Uritzki, M. S. 88, 90
Urrutia, Manuel 713
Ursiny, Jan 441
Ustinow 216

Vackova, Ruzena 450
Vafiadis, Markos 361
Vailland, Roger 443
Vaksberg, Arkadi 325
Vales, Ramiro 718
Valdes, Ramön 726
Valls, Jorge 722
Valtin, Jan 306
Varga, Bela 436
Varga, Eugen (Jenö) 301
Vatanschah 788
Vayo, Astorga 367,377
Velouchiotis, Aris 341, 358, 360
Veltrusky, Jiri 39
Veltschew, Damian 435
Ventura, Esteban 712
Vera, Aldo 719
Verdes-Leroux, Jeannine 712
Vesely, Jindfich 480
Vet, Vorn 651
Vickery, Michael 654
Vidali, Vittorio 370
Vidal-Naquet, Pierre 23
Viegas, Jorge 770
Vieira, Sergio 768
Violet, Bernard 392
Vivaldi 375
Vlascianu, Florin 494
Voigt, Helmut 392
Volaj 449
VoNguyenGiap 513
Vujovic (Brüder) 335

Walecki, Maximilian 333
Wal$sa,Lech 425

scan & corr by rz 08/2008

Walter, Elena 327
Walther, Otto 331
Wandurski, Witold 399
Wankowicz, Melchior 424
Warski, Adolf 333
Wawilow 223
Wedemeyer 519
Wehner, Herbert 330
Wei Jingsheng 547,572, 599
Weil, Simone 33
Weinrich, Johannes 392
Weissberg, Alexander 332
Weizsäcker, Richard von 829
Werbitski 272
Werth, Nicolas 477,812,898,902,904, 905
Wheelock, Jaime 732
Wicha 422
Wiebach, Joachim 866
Wieviorka, Annette 456
Wigdortschik 148
Winogradowa 197
Wlassow, Andrej 256,351,905
Woikin, Nikolaj 197
Wolf, Christa 859
Wolf, Erwin 328, 374, 378
Wolkogonow, Dimitri 905
Wollweber, Ernst 388, 832
Wolodarski, W. 84
Wonka, Pavel 496
Woroschilow, Kliment 211, 221, 276, 278, 329, 403
Wosnessenski 272
Wrangel, Pjotr 112,115,122,126,303, 318
Wu, Harry 554, 579
Wybot, Roger 352
Wyschinski, Andrej 201, 235, 273, 329, 818
Wyszyhski, Stefan 419

Xiaoping, Deng 393,511-512,538, 550, 573-574, 577, 599, 600, 602, 603, 697,706-707,742
Xoxe, Koci 467
Xun, Lu 520, 536

Yacef, Saadi 387
Yannakakis, Bios 898
Yaobang, Hu 607
Yathay,Pin 38-39,644,650,653,661, 669, 671, 676, 699
Yemina, J. Njamba 764
Yi, Chen 578
Youn, Hou 651
Y Phandara 678,701
Yuanzi, Nie 578
Yun, Chen 313

Zachariadis, Nikos 358, 360-362
Zaisser, Wilhelm 832
Zajic, Jan 487
Zakowski, Andrej 119, 215
Zankow, Alexander 307
Zäpotocky, Antonin 476
Zaraiski 147
Zävodsky, Osvald 473
Zayas, Jorge 713
Zborowski, Mark 337
Zegvos, lannis 360
Zela, Stanislav 450
Zeleny 110-111
Zemskow, Viktor 288
Zenawi, Meles 756
Zervas, Napoleon 358
Zhenhua, Zhai 589
Zhidan, Liu 523
ZhouEnlai 309,523,573-574,577, 581, 596, 599, 604
Zurjupa, Alexander 77, 87

scan & corr by rz 08/2008

PIPER

Gilles Kepel
Das Schwarzbuch des Dschihad

Aufstieg und Niedergang des Fundamentalismus. Aus dem Französischen von Berthold Galli, Thorsten Schmidt und Reiner Pfleiderer. 532 Seiten. Gebunden

Der Islamismus, den die westliche Welt als religiös-politisches Phänomen erst durch den Anschlag auf das World Trade Center und das Pentagon im Herbst 2001 richtig zur Kenntnis genommen hat, existiert in Wahrheit schon mehr als ein Vierteljahrhundert. Seit dem Ende der sechziger Jahre die ersten Schriften einen erneuerten, radikalen Islam forderten, hat sich die Bewegung weltweit ausgedehnt. Gilles Kepel untersucht in seinem Standardwerk, wie auf den Trümmern des arabischen Nationalismus in Ägypten ein exemplarischer Islamismus entstand, der zur Ermordung Anwar as-Sadats führte. In einem großen Bogen durchmißt Kepel die gesamte islamische Welt, von den arabischen Ländern und dem Sudan über Iran und Irak bis Malaysia und Indonesien und skizziert die Situation zwischen Gewalt und Demokratisierung. Die Expansion des militanten Islamismus hat ihren Höhepunkt überschritten, so sein ermutigendes Fazit. Der Weg zur muslimischen Demokratie ist möglich.

01/1259/02/R

scan & corr by rz 08/2008

PIPER

Stephane Courtois (Hg.)

Das Schwarzbuch des Kommunismus 2

Das schwere Erbe der Ideologie. Aus dem Französischen von Bertold Galli. ca. 512 Seiten. Gebunden

Der lang erwartete zweite Band des »Schwarzbuch des Kommunismus«. Er behandelt Länder, zu denen bei Erscheinen des ersten Bandes noch keine Studien vorlagen, wie etwa Rumänien und Bulgarien oder die baltischen Staaten, die heute der EU angehören. Die Autoren analysieren das Phänomen kommunistischer Bewegungen im Westen, die stark waren, aber nicht zur Regierung gelangten, wie etwa in Italien oder Griechenland. Auch die Bewältigung der kommunistischen Vergangenheit im modernen Rußland wird ausführlich behandelt. In einer fulminanten Einleitung zeichnet der Herausgeber Stephane Courtois die Debatte um die Verbrechen des Kommunismus nach. Die Frage, wie es dazu kommen konnte, daß die Idee von der klassenlosen Gesellschaft so schrecklich pervertiert wurde, so viel Terror, Gewalt und Leid über die Menschheit brachte, wird uns noch lange beschäftigen.

01/1371/01/L

scan & corr by rz 08/2008

PIPER

Emmanuel Todd

Weltmacht USA. Ein Nachruf

Aus dem Französischen von Ursel Schäfer und Enrico Heinemann. 265 Seiten. Serie Piper

Die Zeit der imperialen Herrschaft Amerikas ist vorbei! Die Welt ist zu groß, zu vielgestaltig, zu dynamisch, sie nimmt die Vorherrschaft einer einzigen Macht nicht mehr hin - so die aufsehenerregende These von Emmanuel Todd. Und die USA selber haben nicht mehr das Ziel, die Demokratie zu verbreiten, obwohl Präsident George W. Bush nicht müde wird, das zu behaupten. In Wirklichkeit geht es darum, die politische Kontrolle über die weltweiten Ressourcen zu sichern. Denn die USA sind mittlerweile vom »Rest der Welt« viel abhängiger als umgekehrt. Amerika versucht, seinen Niedergang zu kaschieren durch einen theatralischen militärischen Aktionismus, der sich gegen relativ unbedeutende Staaten richtet. Der Kampf gegen den Terrorismus, gegen den Irak und die »Achse des Bösen« ist nur ein Vorwand.

Die wichtigsten strategischen Akteure sind heute Europa und Rußland, Japan und China. Amerika hat nicht mehr die Kraft, sie zu kontrollieren, und wird noch den letzten verbliebenen Teil seiner Weltherrschaft verlieren. In Zukunft wird Amerika eine Macht neben anderen sein.

01/1267/02/R

scan & corr by rz 08/2008

Lucas Delattre
Fritz Kolbe

Der wichtigste Spion des Zweiten Weltkriegs. Aus dem Französischen von Michael Bayer. 399 Seiten. Gebunden

Allan W. Dulles, amerikanischer Spionagechef in Europa, traute am 17. August 1943 seinen Augen nicht: In Bern legte ihm ein unscheinbarer Mann ein Bündel mit »Geheimen Reichssachen« auf den Tisch. Der höchstgeheime Lageplan von Hitlers Hauptquartier war genauso darunter wie der Angriffsbefehl auf einen amerikanischen Schiffskonvoi im Atlantik. Dieser Mann war Fritz Kolbe, 43 Jahre alt und Beamter im Auswärtigen Amt. Seine Informationen waren so brisant, daß sie direkt an Präsident Roosevelt geleitet wurden. Tragisch war, daß sie oft viel zu spät im alliierten Hauptquartier ankamen - sonst hätten beispielsweise zahlreiche Judentransporte noch verhindert werden können … Fritz Kolbe nahm nie einen Dollar für seine lebensgefährliche Tätigkeit: »Ich will nur etwas gegen diesen verbrecherischen Krieg tun!« Die Bundesrepublik Deutschland hat es ihm nicht gedankt: Er blieb »der Verräter«.

01/1370/01/L

scan & corr by rz 08/2008

Brigitte Seebacher

Willy Brandt

446 Seiten. Gebunden

»Wenn du jetzt nicht schreibst, wer dein Vater ist, arbeite ich nicht weiter mit an deinem Text!« Diese Szene beleuchtet, warum Brigitte Seebacher ein einzigartiges Buch über Willy Brandt geschrieben hat: Sie vermag vieles zu sagen, was der oft so verschlossene Mann ihr anvertraut hat. Einfühlsam, wie es nur jemand kann, der jahrelang mit Willy Brandt gelebt und geredet hat, zeichnet sie sein Porträt. Und zugleich wertet sie mit der Kompetenz der ausgewiesenen Historikerin und Journalistin das bislang unbekannte Quellenmaterial aus, zu dem ausschließlich sie Zugang hat. So werden beispielsweise viele der immer weiter wuchernden Legenden rund um den Rücktritt als Bundeskanzler 1974 widerlegt. Unbekannte Zusammenhänge werden sichtbar, die helfen, die politische und menschliche Ausnahmeerscheinung Willy Brandt zu verstehen.

01/1369/01/R

scan & corr by rz 08/2008

Brigitte Hamann

Der Erste Weltkrieg

Wahrheit und Lüge in Bildern und Texten, ca. 192 Seiten durchgehend farbig bebildert. Gebunden

Nach ihren hoch gelobten Bestsellern »Hitlers Wien« und »Winifred Wagner oder Hitlers Bayreuth« hat Brigitte Hamann das ganz andere Buch zum Ersten Weltkrieg geschrieben. Seit vielen Jahren sammelt die Historikerin Propagandakarten, Sterbe bilder, Plakate, Vermißtenlisten, Karikaturen, Kriegsanleihen, Tageszeitungen, Lebensmittelkarten, Kriegstagebücher, Briefe und Fotos. Mit diesen Dokumenten, die sie durch knappe Texte erklärt, zeigt Brigitte Hamann besonders eindrücklich den Alltag des Krieges. Ihr reichhaltiges Material belegt in aller Schärfe, was zuletzt auch für den Irak galt: Im Krieg klaffen Propaganda und Realität, Lüge und Wahrheit weit auseinander. Massive Irreführung der Bevölkerung, Materialschlachten mit neuen Waffen, skrupelloser Einsatz von Menschenleben und viele Millionen an Opfern - dieser Krieg, dessen Ausbruch 90 Jahre zurückliegt, war die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts.

01/1342/01/L

scan & corr by rz 08/2008

INHALT

DIE VERBRECHEN DES KOMMUNISMUS

EIN STAAT GEGEN SEIN VOLK – DIE SOWJETUNION

WELTREVOLUTION, BÜRGERKRIEG UND TERROR

DAS ÜBRIGE EUROPA ALS OPFER DES KOMMUNISMUS

KOMMUNISTISCHE REGIME IN ASIEN:
ZWISCHEN »UMERZIEHUNG« UND MASSENMORD

DIE DRITTE WELT

WARUM?

Die Bilanz der großen Illusion

Dieses weltweit diskutierte Buch hat den Blick auf das 20. Jahrhundert verändert. Es zieht die grausige Bilanz des Kommunismus, der prägenden Idee unserer Zeit. Über 80 Millionen Tote, so rechnen die Autoren vor, hat die Vision der klassenlosen Gesellschaft gekostet.

Exclusiv für die deutsche Ausgabe:

JOACHIM GAUCK
VOM SCHWIERIGEN UMGANG MIT DER WAHRNEHMUNG

EHRHART NEUBERT
POLITISCHE VERBRECHEN IN DER DDR